


STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1866

Erster Band.

Historisch-politische

Blätter

für das

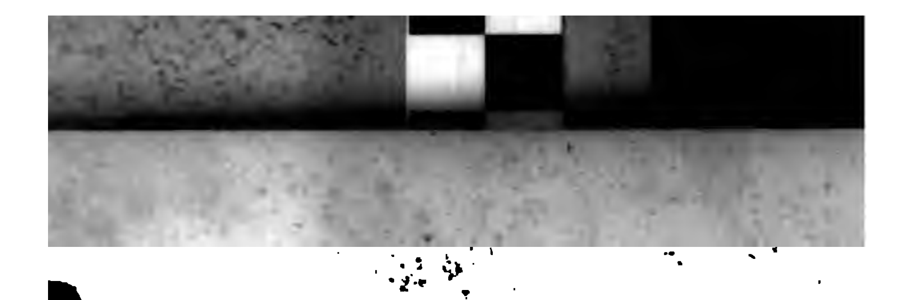
katholische Deutschland,

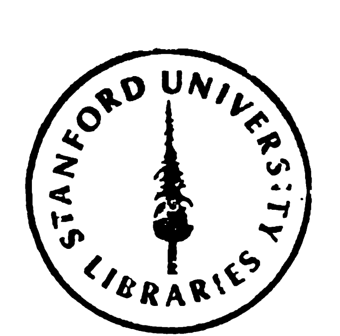
Edmund Jörg und Franz Binder.

(Eigenthum der Familie Görres.)

Siebenundfünfzigster Band.

München, 1866.
In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.




STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES



Seite



X

I.

Neujahrs-Klage.

Freuen mögen sich an diesem Sylvester-Abend alle die welche wünschen und hoffen, daß von dem historischen Recht Europa's kein Stein auf dem andern bleibe. Für Jedermann sonst ist nur die Klage am Platze in dem Moment, wo die Welt in das Jahr 1866 eintritt. „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu seyn; die Macht der Dinge hat sie umgestürzt, oder strebt sie beinahe überall umzustürzen; inmitten dieses allmähligen Zerreißens des europäischen Grundvertrags überreizen sich die glühenden Leidenschaften." So hat der französische Imperator am 5. November 1863 von seinem Throne herab gesprochen. „Eine tiefe, unvermeidliche Veränderung geht bei den europäischen Völkern vor sich": so hat jüngst noch das Echo aus der improvisirten Hauptstadt Italiens wiederholt. Die zwei Monarchen der gekrönten Revolution hatten recht. Aber auch sie haben keine Ursache sich auf das Jahr 1866 zu freuen, auch sie haben Grund zur Klage; denn hinter ihnen steht eine noch furchtbarere Macht, die den Gewinn zuletzt einstreichen und den Bahnbrechern noch weniger als das Nachsehen überlassen wird.

Man mag fragen, warum wir denn überhaupt in so tiefe Trauer versunken seyn sollten an dem Grabe des euro-

päischen Grundvertrags. Wenn die Geschichte nicht stille stehen soll, so kann ja nie ein solcher Vertrag für die Ewigkeit geschlossen seyn; daß das legale Europa an vielen Mängeln und Willkürlichkeiten von vornherein gelitten, das wagt ohnehin längst Niemand mehr zu läugnen; und schließlich wird es der liebe Herrgott immer wieder recht machen. Alles sehr wahr; wenn der liebe Herrgott nur auch immer die rechten Leute vor sich hätte, um die Dinge durch sie recht zu machen. Wäre das der Fall, dann könnten wir Deutsche jubeln über den unvermeidlichen Untergang des europäischen Grundvertrags, denn derselbe ist wahrlich weder von uns noch zu unsern Gunsten gemacht worden. Daß aber jener Fall bis jetzt noch in unabsehbarer Ferne steht, das ist unsere Klage. Man darf die Hoffnung nicht verlieren: das ist wahr. Aber es müßte in Deutschland binnen kurzer Frist Alles anders werden, sonst bleibt unfehlbar der Imperator Sieger; freilich auch er nicht für sich und seine Dynastie sondern als Diener und Vorarbeiter jener größern Macht der eigentlichen Macht der Finsterniß, die hinter ihm steht.

Er hat den Ruin des legalen Europa mit allen Künsten einer revolutionären Diplomatie angestrebt, und soweit wäre Alles trefflich gelungen. Die Vorsehung selbst hat ihm sichtlich in die Hände gearbeitet, wie sie den Geiseln Gottes gegenüber immer thut bis auf einen gewissen Punkt. Noch kurz vor dem Schluß des alten Jahres hat der Tod die zwei Männer abgerufen, die ihm in der Leitung der monarchischen Revolution in Europa die bedeutendste Concurrenz gemacht haben. Das ist die Bedeutung, die der Tod Lord Palmerstons und des Königs Leopold I. von Belgien für ihn und die Welt hat. Diese Männer haben viel mehr als Er zum Ruin der Legitimität geleistet; wer ihre Figuren genauer in's Auge faßte, dem mußte der Geschmack und Respekt vor dem europäischen Grundvertrag schon lange unbedingt vergehen. Sie sind nun dahin, und ihre Werke werden ihnen früher oder später nachfolgen in ihr Grab. Der alte Palmerston

hat sich noch in den Phantasien des Todeskampfes mit Belgien, mit dem „belgischen Vertrag" beschäftigt. Sonderbarerweise hat auch bei der ersten Trauerkunde aus Brüssel der Gedanke, daß es nun zu Ende seyn werde mit der „belgischen Nation", das gesammte Publikum Europa's durchzuckt*). So schnell wie man sich einbildet, wird es allerdings nicht gehen. Es werden erst noch zwei andere Schöpfungen des weiland Großmeisters der monarchischen Revolution an die Reihe kommen; denn der Umsturz in Spanien und Portugal ist das Sicherste, was man von dem Jahre 1866 prophezeien kann. Dann erst steht der Napoleonide als vollberechtigter Erbe der monarchischen Revolution da. Sein Erbrecht ist unanfechtbar, aber — die Erbschaft ist schwierig zu übernehmen und es gibt dabei kein Benefiz des Inventars.

Der Abbruch des wurmstichigen alten Gebäudes ist dem Mann an der Seine gelungen und zwar mit fabelhaftem Glück. Aber nun kommt die große Schwierigkeit. Die monarchische Revolution ist noch nicht die Anarchie, sondern nur die Vorstufe derselben. Die monarchische Revolution muß unbedingt auf den Trümmern die sie gemacht, einen für sie wohnlichen Neubau herstellen, und in der Person ihres allein noch übrigen Vertreters wird sie hiezu die enormsten Anstrengungen machen müssen. Wenn auch das kommende Jahr noch keine eigentliche Entscheidung bringen wird: soviel darf man von demselben unbedenklich prophezeien, daß der Imperator nicht länger in gemüthlich scheinender Muße wird zuschauen können. Gäbe es auch keine andern drängenden

---

*) Die „materiellen Interessen", Handel und Industrie, weisen eben zu entschieden auf den Anschluß an Frankreich hin. Es ist dieß ein instinktmäßiges Gefühl, das den ökonomischen Liberalismus aller Orten durchdringt; der ökonomische Liberalismus ist aber in der Gegenwart der Meister und Vormund des politischen. Vergl übrigens vorerst die „Zeitläufe in Belgien" Histor.-polit. Blätter Bd. 54 S. 379 ff., besonders S. 405 ff.

....e entfernte Aussicht vorhan
Beihülfe endlich herkommen soll. De
andere Aussicht täglich drohender her
eine allmählig in's Leben tretende Ge
bau des jüngsten und letzten Vertret
Revolution ebensowenig wohnlich find
Gerümpel von 1815, die sich vielmeh
fassung setzt, um allnächtlich zu zerstör
etwa aufbauen könnte. Mit Einem W
jenigen stehen vor der Thüre, die au
werden. Selbst wenn er mit seiner Revol
der Diplomatie siegen sollte, so wäre es l
Sieg der monarchischen Revolution —
Generation ein überwundener Standpunkt

Bleiben wir einen Augenblick bei die
stehen. Sie führen unmittelbar zu unserm
zurück, zu der unendlich wichtigen Rolle n
sehung jetzt uns Deutschen vorbehalten w
aktionsfähiges Deutschland gäbe oder in
solches Deutschland hergestellt werden kön

Ganz Europa hat sich seit ein paa
Imperator scheu zurück...

Erneuerung der englischen Allianz mit Frankreich verstorben. England im Schneckenhaus kümmert sich nur mehr um Handel und Geld; eine europäische Solidarität erkennt es überhaupt nicht mehr an, nichteinmal mehr die mit der monarchischen Revolution. Es ist eine politische Verthierung nach außen, die nothwendig mit der Zunahme des gesellschaftlichen Brutalismus im Innern Hand in Hand geht, über England gekommen. Die aristokratischen Kleingeister in deren schlotternden Händen noch die Zügel ruhen, wollen dieß nicht einsehen, die liberalen Oekonomisten welche in Wirklichkeit den Ton angeben, dürfen es nicht eingestehen. Bei Lord Palmerston war es anders. Es ist eine ebenso bekannte als instruktive Thatsache, daß England sowohl im schleswig-holsteinischen Kriege für Dänemark, als im nordamerikanischen Bürgerkrieg für das freie Selbstbestimmungsrecht der Südstaaten intervenirt hätte, wenn es auf den welterfahrnen alten Pam angekommen wäre. Daß beides nicht geschah, hat der europäischen Solidarität den letzten Rest gegeben, und insbesondere läßt sich keine Frage mehr erdenken, in welcher England zu einer aktiven Allianz mit Frankreich bewogen werden könnte, nachdem keine fremde Einmischung den Radikalismus der amerikanischen Nordstaaten an der Unterdrückung der Südstaaten gehindert hat.

Europa wird überhaupt an der unglücklichen Wendung der transatlantischen Krisis noch lange zu verdauen haben. Der Rückschlag auf die Parteiverhältnisse in unsern continentalen Staaten kann schon jetzt dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen; es wird aber unbedingt noch besser kommen. Will man genauere Nachfrage halten, seit wann die stolzirende neue Erhebung des Radikalismus bei uns datire, so wird man so ziemlich auf den Zeitpunkt zurückkommen, wo unsere Liberalen unvorsichtig genug waren, in dem gemeuchelten Präsidenten Lincoln nicht nur das Opfer politischen Wahnsinns zu beklagen, sondern den „Verbreiter der Humanität und Freiheit“ feierlich zu verehren. Doch davon reden wir

...gen das Ueberströmen der moralis...
allen Verbindungen und Stellungen der gr...
Politik. Der Imperator hat von Neuem ...
Scharfblick erwiesen, indem er, ungeachtet ...
Sympathien seines Volkes für die Republ...
und ungeachtet des oberflächlichen Geschrei...
Negerfreunde, aus allen Kräften bestrebt wa...
Mitintervention zu bewegen. Es ist ihm m...
nun zeigen sich bereits die Folgen. Er bef...
Meriko in fataler Lage, aber England befinde...
nicht weniger fatalen Lage gegenüber dem ver...
Haß der Yankees und ihren Anforderungen fü...
und Profite einer falschen Neutralität. Es han...
darum, welche von beiden Mächten zuerst mit ...
in Verwicklung gerathen soll, und es gehört kein...
sches Auge dazu um zu sehen, daß man sich ...
müht das Donnerwetter auf England hinüberz...
in London umgekehrt. In Paris streichelt man ...
wieder die irischen Fenier, weil man an ihre ...
mit dem weißen Hause in Washington glaubt. ...
hingegen hofft man, daß dem Imperator von d...
des amerikanischen Congresses ...

Es ist ein eigenthümlicher Charakterzug an dem unsere Zeit beherrschenden Genius: daß Alles was der Imperator Böses gethan, ihm nicht geschadet, sondern genützt hat; das einzige Gute hingegen was er in's Werk gesetzt, hat ihn in unabsehbare Schwierigkeiten verwickelt. Allerdings hat der Beherrscher der Tuilerien seine wohlüberlegten Nebenabsichten gehabt als er, im Zenith seiner Macht und seines Glückes stehend, die Gründung der mexikanischen Monarchie beschloß; immerhin aber trug die That den Heldenduft besserer Zeiten an sich, und sie ragte weit hinaus über den vorgeschriebenen Bewegungskreis der monarchischen Revolution in unserer modernen Welt. Es sieht wie eine tragische Nemesis aus, daß gerade dieses Unternehmen zur Strafe des Urhebers ausschlagen sollte, als sei es ihm nicht erlaubt etwas Anderes zu thun, als wozu er gesandt ist. Mexiko ist jetzt der böseste Traum der seine Nächte stört, und würde es bleiben selbst für den Fall, daß Erzherzog Max sich auf dem neuen Throne halten würde durch die gnädige Nachsicht der nordstaatlichen Radikalen; denn anders geht es schon nicht mehr. Selbst in diesem Falle muß der Imperator den Rückzug antreten, und hat er ein paar kostbare Jahre mit dem mexikanischen Versuch rein verscherzt. Seine europäische Politik ist inzwischen stille gestanden und seine Isolirung hat sich fixirt. Während die Sperlinge auf den Dächern von seiner überseeischen Verlegenheit erzählten, konnte er ernstliche Allianzen natürlich nicht suchen noch suchten sie ihn. Man hat viel gesprochen von geheimen Verhandlungen des Grafen Bismark in Biarritz und Paris. Es wäre eher zu glauben, wenn Mexiko nicht wäre.

Wir haben eine zweite Thatsache angedeutet, welche dem Prästigium des Mannes täglich mehr Eintrag thut; es ist die Thatsache, daß die Welt bereits Ursache hat, viel weniger den Imperator selber zu fürchten als Das, was nach ihm kommen wird und kommen muß. Von der Stelle im Senat wo sonst die Schrecken des „rothen Gespenstes“ und der „weißen Ameise“ vorgeführt wurden, hat gerade vor drei

Seite

I.

Neujahrs-Klage.

Freuen mögen sich an diesem Sylvester-Abend alle die welche wünschen und hoffen, daß von dem historischen Recht Europa's kein Stein auf dem andern bleibe. Für Jedermann sonst ist nur die Klage am Platze in dem Moment, wo die Welt in das Jahr 1866 eintritt. „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu seyn; die Macht der Dinge hat sie umgestürzt, oder strebt sie beinahe überall umzustürzen; inmitten dieses allmähligen Zerreißens des europäischen Grundvertrags überreizen sich die glühenden Leidenschaften." So hat der französische Imperator am 5. November 1863 von seinem Throne herab gesprochen. „Eine tiefe, unvermeidliche Veränderung geht bei den europäischen Völkern vor sich": so hat jüngst noch das Echo aus der improvisirten Hauptstadt Italiens wiederholt. Die zwei Monarchen der gekrönten Revolution hatten recht. Aber auch sie haben keine Ursache sich auf das Jahr 1866 zu freuen, auch sie haben Grund zur Klage; denn hinter ihnen steht eine noch furchtbarere Macht, die den Gewinn zuletzt einstreichen und den Bahnbrechern noch weniger als das Nachsehen überlassen wird.

Man mag fragen, warum wir denn überhaupt in so tiefe Trauer versunken seyn sollten an dem Grabe des euro-

[illegible]
[illegible]
[illegible]
Grenzvertrags, denn derselbe ist no
noch zu unsern Gunsten gemacht wo
Fall bis jetzt noch in unabsehbarer Fer
Klage. Man darf die Hemmung nic
wahr. Aber es müßte in Deutschlan
Alles anders werden, sonst bleibt un
Sieger; freilich auch er nicht für sich
sondern als Diener und Vorarbeiter j
der eigentlichen Macht der Finsterniß, di

Er hat den Ruin des legalen Europ
einer revolutionären Diplomatie angestreb
Alles trefflich gelungen. Die Vorsehung
lich in die Hände gearbeitet, wie sie d
gegenüber immer thut bis auf einen gew
kurz vor dem Schluß des alten Jahres ha
Männer abgerufen, die ihm in der Leitun
Revolution in Europa die bedeutendste
haben. Das ist die Bedeutung, die der
stons und des Königs Leopold [illegible]

hat sich noch in den Phantasien des Todeskampfes mit Belgien, mit dem „belgischen Vertrag“ beschäftigt. Sonderbarerweise hat auch bei der ersten Trauerkunde aus Brüssel der Gedanke, daß es nun zu Ende seyn werde mit der „belgischen Nation“, das gesammte Publikum Europa's durchzuckt*). So schnell wie man sich einbildet, wird es allerdings nicht gehen. Es werden erst noch zwei andere Schöpfungen des weiland Großmeisters der monarchischen Revolution an die Reihe kommen; denn der Umsturz in Spanien und Portugal ist das Sicherste, was man von dem Jahre 1866 prophezeien kann. Dann erst steht der Napoleonide als vollberechtigter Erbe der monarchischen Revolution da. Sein Erbrecht ist unanfechtbar, aber — die Erbschaft ist schwierig zu übernehmen und es gibt dabei kein Benefiz des Inventars.

Der Abbruch des wurmstichigen alten Gebäudes ist dem Mann an der Seine gelungen und zwar mit fabelhaftem Glück. Aber nun kommt die große Schwierigkeit. Die monarchische Revolution ist noch nicht die Anarchie, sondern nur die Vorstufe derselben. Die monarchische Revolution muß unbedingt auf den Trümmern die sie gemacht, einen für sie wohnlichen Neubau herstellen, und in der Person ihres allein noch übrigen Vertreters wird sie hiezu die enormsten Anstrengungen machen müssen. Wenn auch das kommende Jahr noch keine eigentliche Entscheidung bringen wird: soviel darf man von demselben unbedenklich prophezeien, daß der Imperator nicht länger in gemüthlich scheinender Muße wird zuschauen können. Gäbe es auch keine andern drängenden

*) Die „materiellen Interessen“, Handel und Industrie, weisen eben zu entschieden auf den Anschluß an Frankreich hin. Es ist dieß ein instinktmäßiges Gefühl, das den ökonomischen Liberalismus aller Orten durchdringt; der ökonomische Liberalismus ist aber in der Gegenwart der Meister und Vormund des politischen. Vergl übrigens vorerst die „Zeitläufe in Belgien“ Histor.-polit. Blätter Bd. 54 S. 379 ff., besonders S. 405 ff.

Momente, so wäre Rom genug und der Vertrag vom 15. September. Vor diesem Datum muß es kund werden, woran er mit den europäischen und insbesondere den deutschen Mächten ist, und diese mit ihm.

Bis jetzt aber hat er noch nirgends den Helfer oder die Helfer gefunden, deren er zum Wiederaufbau Europa's nach seinem Plane schlechthin bedarf. Bis zur Stunde ist nichteinmal eine entfernte Aussicht vorhanden, wo die benöthigte Beihülfe endlich herkommen soll. Dagegen wächst ihm eine andere Aussicht täglich drohender heran: die Aussicht auf eine allmählig in's Leben tretende Generation, die den Neubau des jüngsten und letzten Vertreters der monarchischen Revolution ebensowenig wohnlich finden wird wie das alte Gerümpel von 1815, die sich vielmehr sichtlich in die Verfassung setzt, um allnächtlich zu zerstören was er am Tage etwa aufbauen könnte. Mit Einem Worte: die Füße derjenigen stehen vor der Thüre, die auch ihn hinaustragen werden. Selbst wenn er mit seiner Revolution auf dem Felde der Diplomatie siegen sollte, so wäre es doch immer nur ein Sieg der monarchischen Revolution — für die kommende Generation ein überwundener Standpunkt!

Bleiben wir einen Augenblick bei diesen zwei Thatsachen stehen. Sie führen unmittelbar zu unserm eigentlichen Thema zurück, zu der unendlich wichtigen Rolle welche von der Vorsehung jetzt uns Deutschen vorbehalten wäre, wenn es ein aktionsfähiges Deutschland gäbe oder in letzter Stunde ein solches Deutschland hergestellt werden könnte.

Ganz Europa hat sich seit ein paar Jahren vor dem Imperator scheu zurückgezogen; Niemand will mehr mit ihm zu thun haben. Nur die italienische Creatur nennt sich noch seinen Alliirten und auch diese ganz und gar wider Willen. Florenz würde lieber heute als morgen an dem großmüthigen Schöpfer zum Verräther werden, wenn sich nur irgendwo die Gelegenheit hiezu mit Sicherheit erhaschen ließe. Namentlich ist mit Lord Palmerston auch jede Hoffnung auf eine aktive

Erneuerung der englischen Allianz mit Frankreich verstorben. England im Schneckenhaus kümmert sich nur mehr um Handel und Geld; eine europäische Solidarität erkennt es überhaupt nicht mehr an, nichteinmal mehr die mit der monarchischen Revolution. Es ist eine politische Verthierung nach außen, die nothwendig mit der Zunahme des gesellschaftlichen Brutalismus im Innern Hand in Hand geht, über England gekommen. Die aristokratischen Kleingeister in deren schlotternden Händen noch die Zügel ruhen, wollen dieß nicht einsehen, die liberalen Oekonomisten welche in Wirklichkeit den Ton angeben, dürfen es nicht eingestehen. Bei Lord Palmerston war es anders. Es ist eine ebenso bekannte als instruktive Thatsache, daß England sowohl im schleswig-holsteinischen Kriege für Dänemark, als im nordamerikanischen Bürgerkrieg für das freie Selbstbestimmungsrecht der Südstaaten intervenirt hätte, wenn es auf den welterfahrenen alten Pam angekommen wäre. Daß beides nicht geschah, hat der europäischen Solidarität den letzten Rest gegeben, und insbesondere läßt sich keine Frage mehr erdenken, in welcher England zu einer aktiven Allianz mit Frankreich bewogen werden könnte, nachdem keine fremde Einmischung den Radikalismus der amerikanischen Nordstaaten an der Unterdrückung der Südstaaten gehindert hat.

Europa wird überhaupt an der unglücklichen Wendung der transatlantischen Krisis noch lange zu verdauen haben. Der Rückschlag auf die Parteiverhältnisse in unsern continentalen Staaten kann schon jetzt dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen; es wird aber unbedingt noch besser kommen. Will man genauere Nachfrage halten, seit wann die stolzirende neue Erhebung des Radikalismus bei uns datire, so wird man so ziemlich auf den Zeitpunkt zurückkommen, wo unsere Liberalen unvorsichtig genug waren, in dem gemeuchelten Präsidenten Lincoln nicht nur das Opfer politischen Wahnsinns zu beklagen, sondern den „Verbreiter der Humanität und Freiheit" feierlich zu verehren. Doch davon reden wir

jetzt nicht. Sondern wir wollen nur bemerklich machen, wie der Ausgang des Bürgerkriegs im fernen Nordamerika auf die politischen Machtstellungen in Europa zurückgewirkt hat.

Hätten England und Frankreich gemeinsam intervenirt, so hätte die Gemeinsamkeit der überseeischen Politik die beiden Mächte auf lange hin aneinander gekettet. Es wäre wieder ein archimedischer Punkt vorhanden gewesen in der Gesammtpolitik Europa's, ein feststehendes Axiom und ein Damm gegen das Ueberströmen der moralischen Auflösung in allen Verbindungen und Stellungen der großen und kleinen Politik. Der Imperator hat von Neuem seinen eminenten Scharfblick erwiesen, indem er, ungeachtet der traditionellen Sympathien seines Volkes für die Republik Washingtons und ungeachtet des oberflächlichen Geschreies französischer Negerfreunde, aus allen Kräften bestrebt war England zur Mitintervention zu bewegen. Es ist ihm mißlungen, und nun zeigen sich bereits die Folgen. Er befindet sich mit Mexiko in fataler Lage, aber England befindet sich in einer nicht weniger fatalen Lage gegenüber dem verachtungsvollen Haß der Yankees und ihren Anforderungen für die Thaten und Profite einer falschen Neutralität. Es handelt sich nun darum, welche von beiden Mächten zuerst mit Nordamerika in Verwicklung gerathen soll, und es gehört kein criminalistisches Auge dazu um zu sehen, daß man sich in Paris bemüht das Donnerwetter auf England hinüberzulenken, und in London umgekehrt. In Paris streichelt man augenblicklich wieder die irischen Fenier, weil man an ihre Verbindungen mit dem weißen Hause in Washington glaubt. In London hingegen hofft man, daß dem Imperator von den Radikalen des amerikanischen Congresses keine andere Wahl gelassen werde als die zwischen Krieg und unehrenhaftem Rückzug aus Mexiko. Wenn es ihm doch noch gelänge, sich säuberlich aus der bösen Affaire mit dem mexikanischen Kaiserthum zu ziehen, so wäre der Schrecken sicher nirgends größer als im Kabinet Ihrer brittischen Majestät.

Es ist ein eigenthümlicher Charakterzug an dem unsere Zeit beherrschenden Genius: daß Alles was der Imperator Böses gethan, ihm nicht geschadet, sondern genützt hat; das einzige Gute hingegen was er in's Werk gesetzt, hat ihn in unabsehbare Schwierigkeiten verwickelt. Allerdings hat der Beherrscher der Tuilerien seine wohlüberlegten Nebenabsichten gehabt als er, im Zenith seiner Macht und seines Glückes stehend, die Gründung der merikanischen Monarchie beschloß; immerhin aber trug die That den Heldenduft besserer Zeiten an sich, und sie ragte weit hinaus über den vorgeschriebenen Bewegungskreis der monarchischen Revolution in unserer modernen Welt. Es sieht wie eine tragische Nemesis aus, daß gerade dieses Unternehmen zur Strafe des Urhebers ausschlagen sollte, als sei es ihm nicht erlaubt etwas Anderes zu thun, als wozu er gesandt ist. Meriko ist jetzt der böseste Traum der seine Nächte stört, und würde es bleiben selbst für den Fall, daß Erzherzog Max sich auf dem neuen Throne halten würde durch die gnädige Nachsicht der nordstaatlichen Radikalen; denn anders geht es schon nicht mehr. Selbst in diesem Falle muß der Imperator den Rückzug antreten, und hat er ein paar kostbare Jahre mit dem merikanischen Versuch rein verscherzt. Seine europäische Politik ist inzwischen stille gestanden und seine Isolirung hat sich firirt. Während die Sperlinge auf den Dächern von seiner überseeischen Verlegenheit erzählten, konnte er ernstliche Allianzen natürlich nicht suchen noch suchten sie ihn. Man hat viel gesprochen von geheimen Verhandlungen des Grafen Bismark in Biarritz und Paris. Es wäre eher zu glauben, wenn Meriko nicht wäre.

Wir haben eine zweite Thatsache angedeutet, welche dem Prästigium des Mannes täglich mehr Eintrag thut; es ist die Thatsache, daß die Welt bereits Ursache hat, viel weniger den Imperator selber zu fürchten als Das, was nach ihm kommen wird und kommen muß. Von der Stelle im Senat wo sonst die Schrecken des „rothen Gespenstes“ und der „weißen Ameise“ vorgeführt wurden, hat gerade vor drei

Jahren der Broschüren schreibende Senator von einem „mal inconnu" gesprochen, einem geheimnißvollen Uebel welches der allgemeinen Verstimmung in der französischen Bevölkerung zu Grunde liege. Was ist dieses Uebel von dem der ergraute Senator sagte, man kenne es nicht recht? Es ist die jüngere Generation selbst welche nun allmählig in's politische Leben eintritt, während das Mitalter des Imperators im Abtreten begriffen ist. Die jungen Leute von 1851 sind nun Männer geworden; sie haben jene Wirren und Abenteuer, jene Täuschungen und Niederträchtigkeiten nicht mit erlebt, welche die reifen Männer vor vierzehn Jahren bewogen hatten ihre „Freiheiten" mit Enthusiasmus über Bord zu werfen, um nur ein Bischen Ruhe und Frieden zu bekommen. Für diese Generation, müde und blasirt und jedes politischen Glaubens baar, war das Imperium wie gemacht, sie war leicht zu bändigen durch „Zuckerbrod und Peitsche." Nun aber rücken die Knaben von 1851 nach; welchen Geist dieselben eingesogen haben aus den Cisternen einer radikalen Wissenschaft, einer sittlich verworfenen Literatur, einer demoralisirten Gesellschaft, das hat die Reihe von Studenten-Excessen erwiesen, welche seit einigen Jahren in Paris sich auf dem Fuße folgten. Es ist vor Allem kund geworden am Lütticher Congreß, in den Ereignissen die an der Pariser Universität sich folgten und in den allgemeinen Sympathien des lateinischen Viertels. Wie konnte es auch anders kommen? Der „Kampf der modernen Ideen gegen das alte Regime", die „Grundsätze von 1789" haben der Regierung auch in den Zeiten der schroffsten Reaktion nie erlaubt für die Sache Gottes ehrlich Partei zu nehmen; das System des Liberalismus forderte noch unter dem Staatsstreich wenigstens soviel, daß dem Teufel jedenfalls stets eine gleich schwere und große Kerze angezündet bleibe wie dem lebendigen Gott. Davon reifen nun wieder die Früchte; sie reifen überall, aber wie immer zuerst in Frankreich.

Das sind die Umstände, unter welchen der Imperator darauf angewiesen ist, sich ernstlich um Allianzen umzusehen.

Und zwar ist seine Wahl, wenn wir von der eben bezeichneten sechsten Großmacht vorerst Umgang nehmen wollen, ausschließlich auf die deutschen Mächte beschränkt. An England ist wie gesagt für keine politische Combination mehr zu denken. Italien wäre als Dritter im Bunde wohl sehr am Platze, für sich allein ist es mehr eine Last als eine Hülfe. Rußland war nach 1856 als natürlicher Alliirter der französischen Zukunft in Aller Mund; aber seit Jahren ist auch daran kein Gedanke mehr. Selbst wenn der nordische Riese nicht durch seine innere Lage vollauf beschäftigt und an beiden Händen gebunden wäre, kein französischer Herrscher dürfte mehr eine Gemeinsamkeit mit jener Macht wagen, welche vor unsern Augen das haarsträubende Schauspiel in aller Gemächlichkeit vorüber führt, wie man ein ganzes Volk systematisch zu Tode martert oder noch schlimmer, sittlich corrumpirt. Die Scheußlichkeit der polnischen Russificirung hat dem Imperator den großen Dienst erwiesen, daß Tausende von Wohlmeinenden sich von dem europäischen Grundvertrag und der Legitimität kalt abwenden, auf die man sich bei solchen Gräueln immer noch berufen kann. Im Uebrigen ist Rußland definitiv aus der französischen Combination verschwunden. Es erübrigen somit nur noch Oesterreich oder Preußen als die zwei Möglichkeiten der französischen Allianz.

Die Richtung der nächstkünftigen Politik des Imperators würde natürlich verschieden seyn, je nachdem Oesterreich oder Preußen sich mit ihm in's Geschäft einließen; vom Standpunkt der monarchischen Revolution mag man sagen, seine Politik würde im erstern Falle conservativ seyn, im letztern Fall revolutionär. Vom deutschen Standpunkt aus ist der Unterschied nicht groß; das Eine Unglück käme so ziemlich dem andern gleich. Die deutsche Zukunft kann nur dann gerettet werden, und die deutschen Mächte thun nur dann ihre Pflicht gegen das historische Vaterland, wenn sie im engsten Anschluß an einander den Imperator sich selbst und der natürlichen Consequenz seiner Thaten überlassen. Nur

dann ist weder der Mann an der Seine zu fürchten, noch Das was nach ihm kommt.

Wenn alle anderen Staaten Europa's in moralisch-politischer Auflösung auseinander und gegeneinander fahren, könnte, sobald wir nur wollen, ein geeinigtes Deutschland inmitten einer Sturmfluth der Autoritätslosigkeit dastehen als der letzte Hort und harte Fels der Autorität, wie unser Vaterland in anderer Form schon Jahrhunderte lang diese große Mission gehabt und von Zeit zu Zeit dieselbe auch erfüllt hat. Unsere Souveraine und Regierungen könnten dem Vaterland eine Auferstehung so herrlicher Art bereiten; aber freilich gehörte dazu ein moralischer Aufschwung, eine Erleuchtung der Geister und ein in Selbstverläugnung und Opferwilligkeit bethätigter Bußsinn, den wir unserm armen Deutschland wünschen,' aber kaum mehr hoffen dürfen. Auch unser Zerfall ist eben ein geistiger und moralischer, nicht bloß ein politischer, und nachdem man in der Politik die Moral nicht mehr zulässig findet, so ist dieß natürlich noch weniger mit der Ascese der Fall. Indeß hat ein großer Heiliger den stummen Fischen gepredigt als die Leute ihn nicht hören wollten, und dieß ist auch unser neidloser Beruf.

Mehrere Monate vor dem Tode des belgischen Königs hat einer der berühmtesten Führer der conservativen Partei Belgiens eine Schrift herausgegeben, welche Aufsehen gemacht hat in der diplomatischen Welt Europa's. Sie bespricht die Bedingungen der Forteristenz des kleinen Königreichs an der Schelde. Die erste Bedingung geht dahin, daß die liberale Partei endlich aufhöre aus tyrannischem Haß gegen die treuen Söhne der Kirche wider ihr eigenes Fleisch und Blut zu wüthen; der Liberalismus in Belgien müsse sich wieder begnügen eine politische Partei zu seyn und nicht eine religiöse Sekte von Fanatikern; sonst sei Alles verloren. Die zweite Bedingung verlangt, daß Deutschland einig sei oder werde. „Man darf nicht vergessen, daß ein geeinigtes

Deutschland die Gefahr Frankreichs, und ein getheiltes Deutschland die Gefahr Belgiens ist."

Herr Adolph Dechamps — denn er selber ist der Verfasser*) — glaubt aber nicht, daß sich der Imperator in ersterer Beziehung eine gegründete Sorge zu machen brauche. Hr. von Bismarck mit seiner engherzigen und ehrgeizigen Politik werde ihn sicherlich der Angst überheben: Preußen werde es wegen Schleswig-Holstein zum Bruche mit Oesterreich treiben; und dann sei der französische Herrscher Meister der Situation. Er sei dann nach Wunsch aus der wenig beneidenswerthen Lage befreit, in die ihn sein Werk in Italien verwickelt habe; und die Franzosen brauchten nicht länger mit der Regierung zu schmollen, die sie in Langeweile verkommen lasse und schon seit sechs langen Jahren keinen Erfolg mehr aufzuzeigen wisse. Der Preis einer französisch-preußischen Allianz wäre aber vor Allem in Belgien zu suchen; ja, Herr Adolph Dechamps glaubt, daß Belgien, nämlich dessen Einverleibung oder Theilung zwischen Frankreich und Holland, von Graf Bismarck bereits angeboten worden sei. Dieß glauben bekanntlich noch viele andere Leute und so ziemlich alle Conjektural-Politiker innerhalb der deutschen Grenzen mit.

Wie wir bemerkten, so hat Hr. Dechamps an ein zu gemeinsamer Politik nach außen geeinigtes Deutschland allerdings zuvörderst gedacht, aber er hat dieser Voraussetzung nur erwähnt, um sie sofort in's Gebiet der baaren Unmöglichkeiten zu verweisen. Er sieht sich daher um eine andere Sicherung für die Unabhängigkeit seines kleinen Vaterlandes um, um eine Garantie die im Gegentheil aus der Uneinigkeit Deutschlands und aus dem entschiedenen Bruch zwischen

---

*) Die Schrift: „Situation de la Belgique" etc. war ursprünglich eine Abhandlung in der Brüßler Revue Générale. Aout 1865. Im Oktoberheft dieser Revue erschien ein Nachtrag, beziehungsweise eine Replik „Situation de la Belgique après Gastein par M. Ad. Dechamps", welche wir hier namentlich in's Au

Oesterreich und Preußen hervorgehen soll. Das französische Imperium, sagt er, habe nur drei Auswege aus seiner bald sechs Jahre andauernden Klemme und politischen Isolirung vor sich. Der erste ist die Preisgebung Roms, mit andern Worten das revolutionäre Programm von Ajaccio in der inneren und äußeren Politik. Das wäre dann freilich auch der Selbstmord des „Kaiserreichs". Der zweite ist die Allianz mit Oesterreich, und der dritte die mit Preußen, welche letztere Allianz aller Wahrscheinlichkeit nach vom Grafen Bismark selber werde angetragen werden (oder schon angetragen sei), da die norddeutsche Monarchie nun einmal ohne Frankreich nicht zu ihren Zwecken der Vergrößerungssucht gelangen könne. Der vornehme belgische Publicist räth unter diesen Umständen der österreichischen Regierung dringendst an, sie möge dem preußischen Rivalen lieber zuvorkommen und selbst den Bund mit Frankreich schließen. Und zwar möge man in Wien bald dazu thun, denn mit dem 15. September 1866 müsse der bekannte Vertrag wegen Rom vollzogen seyn, und die vorauszusehenden Ereignisse in Italien nöthigten den Imperator unbedingt, daraufhin sobald als möglich definitive Stellung zu nehmen und seiner Leute sicher zu seyn.

Freilich kostete es — Venedig. Hr. Dechamps weiß das und er verkennt die großen Schwierigkeiten eines solchen Verzichtes nicht. Aber er erinnert an den reichen Ersatz, den Oesterreich für Venetien und den Verzicht auf seine italienische Politik gewinnen könnte. Es könnte sich entschädigen in Deutschland und entschädigen im Orient; es könnte vor Allem und augenblicklich dem heiligen Stuhl Hülfe bringen, der von Oesterreich bisher gänzlich im Stiche gelassen werden mußte. Denn es würde dem Papst die Vortheile des Vertrags vom 15. September sichern, und über dessen ehrlicher Ausführung Hand in Hand mit Frankreich fortdauernd wachen. Bekanntlich gilt in der öffentlichen Meinung der österreichische Gesandte in Paris, Fürst Metternich, für den Vertreter der hier empfohlenen Politik, und unserm belgischen

Verfasser schien es bereits im verflossenen Monat Oktober sehr wahrscheinlich, daß in der fraglichen Richtung Vorbesprechungen zwischen den Höfen von Paris und Wien stattgefunden haben dürften. Es sei leicht zu errathen, in welcher Weise der französische Minister Oesterreich zu überzeugen gesucht haben würde; seine Sprache, meint Hr. Dechamps, werde ungefähr gelautet haben wie folgt:

Venedig als österreichische Provinz ist der fressende Krebs euerer Finanzen und eine ewige Gefahr euerer Politik. Ohne die Lombardei, die nun einmal für euch verloren ist, hat Venetien auch nicht einmal mehr das entscheidende Interesse für Oesterreich. Ihr standet auf dem Höhepunkt euerer politischen Macht in Zeiten, wo ihr Venedig nicht besessen habt. Ueberhaupt hat euch euere Politik in Italien mehrere große Kriege zugezogen, und der von 1859 würde wahrscheinlich nicht der letzte seyn. Alle euere Verlegenheiten kommen daher. Warum habt ihr den Rückzug angetreten vom Frankfurter Fürstentag im Jahre 1863? Warum hat Herr von Bismark dem Kaiser Franz Joseph die Unterschrift zum Gasteiner Vertrag entreißen können? Woher die unaufhörlichen Schwankungen in euerer gesammten Politik, woher? Alles aus dem Grunde, weil ihr fürchten müßt, daß ein Conflikt mit Preußen die preußisch-französische Allianz und einen neuen Krieg um Venedig nach sich ziehen würde. Ihr habt den Fehler begangen euere große Donau- und Orient-Politik fallen zu lassen, um euch auf die italienische Politik zu verlegen und mit ihr zu scheitern. Venedig ist der Herd des Umsturzes, auf dem Mazzini und Kossuth ihre Verschwörungen über Italien, die unteren Donau-Länder und Ungarn entzünden. Venedig ist aber nicht allein ein Herd der Revolution, sondern auch eine beständige Kriegsgefahr. Euere providentielle und civilisatorische Mission ist euch im Orient angewiesen. Euer herrlicher Fluß, die Donau, ist die wahre Wiege euerer künftigen Größe. Die Macht welche zuerst festen Fuß fassen wird auf dem Gebiet der orien

Frage, ist für eine der ersten Rollen in den Ereignissen der Zukunft bestimmt. Nicht für ein Lösegeld muthet man euch den Verzicht auf Venetien zu, das wäre unwürdig und erniedrigend, sondern eine politische und territoriale Entschädigung soll euch zukommen längs der Donau oder der Adria. Ihr werdet ferner in der Richtung von Verona eine militärische Vertheidigungs-Linie behalten, um die tyrolischen Alpen und Triest zu decken. Anstatt schwächer, werdet ihr stärker werden. Versöhnt mit Italien, dessen uneigennützige Schutzmacht ihr seyn werdet anstatt sein Gegner, wäret ihr der natürliche und beständige Alliirte Frankreichs in allen Sachen des gemeinsamen Interesses. Der Kaiser Napoleon, nach der durch euch ermöglichten Lösung seines Versprechens von Mailand: „Italien vom Mittelmeer bis zur Adria", hätte das Recht der Regierung von Florenz zu sagen: „ich gebe euch Venedig, aber ihr habt auf Rom zu verzichten, das fortan unwiderruflich unter der katholischen Protektion Oesterreichs und Frankreichs stehen wird." Wenn ihr Frankreich diesen Dienst leistet, so leistet ihr ihn der katholischen Welt, indem ihr dem Papstthum wieder Ruhe und Sicherheit schafft, und ihr erspart Europa einen Krieg. Hinwieder wird euch Frankreich, es wird euch Oesterreichern das Uebergewicht in Deutschland sichern. „Stellt euch an die Spitze Deutschlands, um heute den Ehrgeiz Preußens in den Elbherzogthümern niederzukämpfen, und morgen euer Bundesreform-Projekt in Frankfurt wieder aufzunehmen. Ich werde hierin nicht mehr gegen euch seyn wie 1863, sondern ich werde für euch, und ihr werdet unwiderstehlich seyn. Mächtig zu Frankfurt, mächtig zu Pesth wie zu Wien, mächtig in Croatien und an der Donau, wo ihr euch verstärken werdet, bis die Stunde der orientalischen Frage schlägt!" Und das Alles sollte Venedig nicht werth seyn?!

Gewiß eine prächtige Apostrophe, die wir mit Absicht hier wiedergegeben haben. Denn man kann in der That nicht leicht etwas Einleuchtenderes und Ueberzeugenderes hören

— aus dem Munde eines Franzosen oder Belgiers, eines Magyaren oder Croaten. Außer einigen Tausend ehrlicher deutschen Seelen glaubt eben kein Mensch in der ganzen Welt an die Zukunft Deutschlands, Niemand rings um unsere Grenzen hält die Hoffnungen auf eine gemeinsame deutsche Politik für mehr als ein Ammenmärchen, und wären wir in demselben Falle, so würden auch wir gerade so sprechen, wie Hr. Dechamps gesprochen hat. Auch wir würden sagen: Oesterreich hat sich zu viel aufgeladen, indem es eine vierfache Politik auf einmal verfolgte und seine Staatskanzlei mit vier Hauptaugenmerken zumal beschäftigte. Die danubisch-orientalische, die italienische, die ungarische, die deutsche Politik Oesterreichs — das war zu schwer für Einen Staat, in einer oder der andern Richtung mußte daher die Brücke brechen. Ja, wenn Deutschland nicht unsere Hoffnung wäre, so würden auch wir den Lenkern der Geschicke Oesterreichs zurufen: Tretet euere italienische Politik an den Imperator ab und laßt euch dafür anderwärts entschädigen; thut es lieber heut als morgen; verzichtet freiwillig und gegen gutes Entgelt auf Venedig, ehe Preußen seinen Handel mit Frankreich macht und euch in einen dritten italienischen Krieg verwickelt, der euch Venedig dennoch kosten würde und andere Opfer dazu.

Wer nicht an Deutschland glaubt, der kann nicht nur, er muß so zu Oesterreich sprechen. Auch die deutschen Kabinette welchen es mit der Anerkennung Italiens so sehr pressirt hat, müßten, wenn sie einmal aufrichtig wären und ihre Herzensgedanken nicht länger hinter hohlen Phrasen verbergen wollten, geradeso sprechen wie Hr. Dechamps gethan. Dadurch daß sie ihre italienische Politik von der Oesterreichs getrennt haben, sind indeß ihre Herzensgedanken dennoch offenbar geworden für einen Jeden der nicht geflissentlich taub seyn will. Diese Kabinette glauben eben trotz aller ihrer Betheuerungen selber nicht an die Zukunft Deutschlands: das und nichts Anderes hat ihre Anerkennung Italiens kundgethan. Freilich sprechen sie sich damit ihre eigene Zukunft ab.

Denn ihre Staatswesen stehen und fallen mit Deutschland. Hr. Dechamps so wenig als irgend ein anderer ernsthafter Politiker denkt an die deutschen Mittelstaaten, wenn von den Allianz-Verhältnissen der nächsten Zukunft die Rede ist. Der Imperator spekulirt darauf mit Oesterreich oder mit Preußen seine Geschäfte zu machen; die Mittel- und kleineren Staaten Deutschlands in ihrer tiefen Ohnmacht und allseitigen Zerfahrenheit — sie kommen freilich auch gar sehr in Betracht, aber nur so wie sie es verdient haben, nämlich als höchst schätzbares Ausgleichungs- und Entschädigungs-Material.

Vor einigen Jahren war es vielleicht noch anders. Damals genoß wenigstens der größte der deutschen Mittelstaaten noch eines gewissen historischen Respektes und die innere Auflösung, welche in allen diesen kleinern Körpern vor sich geht, war bei ihm doch noch nicht bis zum Schüttelfrost gesteigert, der für Jedermann sichtbar ist. Auch das hat sich nun in unglaublicher Weise geändert. In den verhängnißvollsten Augenblicken, von welchen unsere Geschichte erzählen wird, sind an dem bayerischen Staatskörper Symptome einer allgemeinen Zerrüttung und Zersetzung der Säfte hervorgetreten, welche diesen Staat bei dem gesammten Ausland um alles und jedes Ansehen gebracht haben. Unter solchen Umständen ist es um so mehr ausgemacht, daß auch Bayern als ein Faktor der europäischen Politik nur noch in der historischen Erinnerung existirt. Die bayerischen Patrioten verzehren sich in gerechtem Schmerz darüber; aber Eine gute Seite hat das unglückliche Verhängniß doch. Die Gefahr eines neuen Rheinbundes ist jetzt verschwunden. Zu einem solchen Bunde gehören mindestens zwei; Niemand braucht aber mehr zu fürchten, daß sich vorkommenden Falles mehr als Einer bereit finden lassen würde.

Unsere gesammte liberale Partei hat ihre Sprache gegen Italien seit sechs Jahren sehr geändert, um nicht zu sagen auf den Kopf gestellt. Man denke nur z. B. an die Augsburger Allgemeine Zeitung! Viele erinnern sich doch wohl,

wie dieses Blatt im Jahre 1859 ungestüm forderte, daß Deutschland „durch Dick und Dünn“ mit Oesterreich gehe, wie es über den unglücklichen Feldzug Giulay's, nach eigenem Geständniß, absichtlich durch „gefärbte Gläser“ berichtete, wie es noch Jahre lang von legitimistischen Correspondenzen wimmelte aus allen Centren Italiens, wie es endlich in der großen Krisis an der Spitze jener öffentlichen Meinung stand, welche über die Cavourisch gesinnte „Kölner Zeitung“ das Interdikt, Acht und Bann verhängte. Nun, man betrachte jetzt die Augsburger Allgemeine Zeitung! Wodurch unterscheidet sich die italienische Berichterstattung des Blattes noch von der „Kölnischen“, wenn nicht durch den überflüssigen Geifer seiner neuen Correspondenten aus der protestantischen Propaganda und aus dem radikalen Lager?

Wenige Wochen vor der bayerisch-sächsischen Anerkennung und als deren handgreiflicher Vorläufer ist ein langer Artikel in dem großen Augsburger Blatte erschienen, in dem es wörtlich heißt: „Es war eine verhängnißvolle Nothwendigkeit, daß wir die Geburt des neuen Italiens nicht mit frohem Glückwunsch begrüßen durften, sondern vielmehr mit feindseliger Rede, gleich jener Fee die, zu dem Wiegenfeste des *Königskindes* nicht geladen, ihr Zorneswort in den festlichen Saal hineinruft. Glücklicherweise hat unser Zorneswort nicht gewirkt! . . . Deutschland ist unterdessen mehr und mehr von den Bedenken des Jahres 1859 zurückgekommen, und statt länger noch in der Bildung eines selbstständigen Italiens Gefahr und Drohung für uns selbst zu erblicken, heißen wir vielmehr den neuen Staat im Süden willkommen, der uns zum Vorbild und zu eigener Förderung dienen kann“ 2c. *).

Sehr wohl, auch diese Ansicht läßt sich hören. Aber will man dann ehrlich seyn, oder soll nicht Herr Constantin Franz rechthaben mit seinem zornigen Wort, daß der gesunde Menschenverstand da aufhöre, wo der Liberalismus anfange:

---

*) Allg. Zeitung vom 28. Sept. 1865.

nun dann muß man nicht nur A sagen sondern auch B, und man muß dann Oesterreich gegenüber dieselbe Sprache führen, die wir aus dem Munde des Herrn Dechamps vernommen haben. Dieß ist das Erste. Und zweitens möge man sich doch ja nicht einbilden, daß Italien jemals unser Muster und Vorbild seyn könnte. Die unglückliche Halbinsel beherbergt bloß Eine „Großmacht", der geographische Begriff Deutschland hingegen enthält zwei, und daraus geht hervor, daß es eine deutsche Analogie zu der Entstehungsgeschichte des italienischen Reichs gar nicht gibt. Das Resultat des gleichen Processes bei uns wäre nicht eine deutsch-nationale Einheit, sondern die definitive Zweitheilung Deutschlands, mit Einem Worte die famose Mainlinie.

Hierin hat auch Hr. Dechamps es sehr versehen und in greifbare Widersprüche sich verwickelt. Er zählt unter den Vortheilen einer österreichischen Allianz mit Frankreich namentlich auch die Gewißheit auf, daß der Imperator alsdann dem Kaiser bei der Durchführung einer einheitlichen Bundesreform in Deutschland nicht mehr hinderlich, sondern vielmehr behülflich seyn würde; Oesterreich könnte dann auf den Beistand Frankreichs rechnen, um den Widerstand Preußens zu brechen. Andererseits bemerkt aber Hr. Dechamps selber sehr richtig, daß Frankreich zu allen Zeiten nichts mehr fürchte, als die Durchführung einer großen Bundesreform und die Einsetzung einer Centralgewalt zu Frankfurt, welche die Kraft einer Nation von 40 Millionen Seelen unter ihrer Leitung hätte. Von dem Tage an, sagt er, würde Frankreich sich herabgedrückt fühlen zu einer Macht zweiten Rangs. Ist nun Letzteres unwidersprechlich wahr, so kann Ersteres nicht wahr seyn, und es wird auch nie wahr werden. Sollte jemals einem französischen Herrscher Raum gegeben seyn, um auf die Neugestaltung der unhaltbar gewordenen deutschen Zustände maßgebenden Einfluß zu üben, so wäre der Dualismus der Mainlinie gleichfalls wieder das Höchste was sich erwarten ließe, abgerechnet natürlich die bekannten Procente, welche dabei als Provision in die französische Tasche fallen würden.

Nur so würde die französische Politik mit der deutschen Frage klappen, und anders hat sie auch nie geklappt. Es ist daher nicht einmal richtig, daß für den Imperator nur das Entweder-Oder einer Allianz mit Preußen gegen Oesterreich oder umgekehrt übrig bleibe. Wenn beide Mächte bereitwillig wären, könnte er sich sehr wohl mit beiden alliiren. Preußen könnte für die Fatalität einer belgischen Einverleibung und für den Verlust einigen angeschwemmten Landes am Rhein, im übrigen Deutschland entschädigt werden und Oesterreich für den Verzicht auf Venedig deßgleichen. Auch das ist ja bekanntlich schon dagewesen. Die Mittleren und die Kleineren müßten mit ihrer Existenz die Kosten der Abfindung für beide Mächte bezahlen. Sollte man nicht um so mehr vernünftigerweise meinen, es müßte bei diesen Mittleren und Kleineren der allgemeine Wahlspruch seyn: Alles vorzukehren und aufzubieten, um nur ja die Einigung der zwei deutschen Großmächte zu befestigen, und dadurch der Einen wie der andern jeden Gedanken an ein Zusammenspiel mit dem Imperator unmöglich zu machen?

Deutschland kann nur dann gerettet und einer bessern Zukunft entgegengeführt werden, wenn kein deutscher Finger sich nach dem französischen Imperium ausstreckt, wenn der Imperator in seiner Isolirung sich selbst überlassen bleibt. Auch die Rücksicht auf den heiligen Stuhl kann uns nicht zu andern Gedanken bewegen. Denn auf die Garantien der monarchischen Revolution geben wir nicht viel, und wollte der französische Herrscher sich durch einen Bund mit der social-demokratischen Revolution, welcher unbedingt mit der Preisgebung Roms besiegelt seyn müßte, aus der Isolirung heraushelfen — nun dann um so schlimmer für ihn, um so besser aber für die noch aufrecht stehenden Autoritäten, denn gegen einen solchen Gegner würde alle Welt zu ihnen halten. Inzwischen könnten die zwei deutschen Mächte, ohne wesentliche Beschädigung der kleineren, alle die Vortheile sich untereinander selber gewähren, welche ihnen nur immer aus der Allianz mit Frankreich zufließen könnten, und sie brauchten

[illegible] er das [illegible] [illegible] [illegible] zu bezahlen. Im günstigsten [illegible] könnte sich nur mit den schwächeren Gewichten [illegible] der [illegible] in der Lage beider genügt werden, ohne daß Preußen Verrath an Belgien übe und das linke Rheinufer preisgäbe, und ohne daß Oesterreich Venetien auf ein gewagtes Spiel setze. Wenn es aber so ist, warum muß man noch immer von Metternich in Paris und von Bismarck in Biarritz hören, und warum schreien nicht alle deutschen Patrioten wie aus Einem Munde zum Himmel nach einer solchen deutschen Politik?

Oesterreich muß, es ist wahr! nach irgendeiner der vier Hauptbeziehungen seiner auswärtigen Politik entlastet werden. Aber es ist nicht richtig, daß das Kaiserreich für seine übrigen und wichtigern Aufgaben gerade durch die Stellung in Italien absorbirt werden sei: das Haupthinderniß war seit fünfzehn Jahren vielmehr das Mißverhältniß zu Deutschland, die gänzlich verfehlte Rechnung auf die treue Anhänglichkeit der Mittelstaaten und der stete Rivalitätskampf mit Preußen. Erst dann wenn nach dieser Seite hin gute und auf die Dauer geregelte Beziehungen geschaffen wären, würde Oesterreich den Rücken und die Hände frei haben für das wahre Zukunftsfeld seiner Politik an der untern Donau und im ganzen Orient. Auch Venedig würde dann eine Frage für sich seyn und frei in den natürlichen Zusammenhang mit der orientalischen Frage gebracht werden können., Aber nicht früher.

Der berühmte belgische Publicist hat wiederholt erklärt, er verkenne die gewaltigen Schwierigkeiten des Verzichtes nicht, den er in Bezug auf Venedig anräth. Auch wir verlangen einen Verzicht, dessen Schwierigkeiten wir nicht verkennen. Indeß handelt es sich nur um ein juridisch-politisches Programm, und seit dem 20. September d. Js. ist ein neuer, freier und hochherziger Geist in den politischen Anschauungen Oesterreichs eingezogen. Wie Vieles hat man fünfzehn Jahre lang für schlechthin unmöglich erklärt, was nun laut der ungarischen Thronrede des Kaisers doch recht gut möglich ist und sogar bald thunlichst verwirklicht werden soll! Freilich

bezieht sich dieß auf die innere Verfassungsfrage und auf Ungarn, wovon wir jetzt nicht weiter sprechen wollen; denn es wird ein langes Tagen werden, das wir nicht vor dem Abend zu loben gedenken, und als gewitzigte Beobachter fürchten wir die hinkenden Boten. Aber der neue freie Geist in der österreichischen Verwaltung ist eine Thatsache, und es ist nicht abzusehen, warum das engherzige Mißverständniß, mit dem die Epigonen des Fürsten Felix von Schwarzenberg sich bis jetzt fortgeschleppt haben, gerade nur in Beziehung auf Deutschland conservirt werden sollte. Der Kaiser hat sich gegenüber Ungarn mit raschem Entschluß und energischem Schritt auf die alte pragmatische Sanktion gestellt. Nun ja, eine neue pragmatische Sanktion zwischen Oesterreich und Deutschland — das ist es was unser Vaterland und die Weltlage bedarf.

Aber Preußen will nicht, so sagt man. Wohl, wer hat denn aber praktisch versucht, die norddeutsche Monarchie geneigt zu machen? Man hat diktatorische Forderungen, nach dem Buchstaben des Programms, an sie gestellt, aber man hat ihr nie Bedingungen angeboten. Dazu wäre nun, seitdem die Herzogthümer völkerrechtlich von Dänemark losgerissen sind, eine Gelegenheit geboten, die wie gerufen erschienen ist und einmal versäumt nie wiederkehren würde. Es ist eine stereotype Rede, Preußen könne auf keinem anderen Wege als mit der Hülfe Frankreichs zur Befriedigung seines nagenden Bedürfnisses gelangen, welches eine erweiterte Basis seiner Machtstellung erheischt. So sagt man allgemein in Deutschland und in Belgien; aber es ist nicht wahr. Zeigen wir in Berlin durch die That, daß es nicht wahr ist! Die Ansicht dieser Blätter war es seit Jahr und Tag, daß in keiner anderen Weise die schleswig-holsteinische Krisis zu einem guten Ende geführt werden könne. Wir sind lange ganz allein gestanden mit dieser Meinung; allmählig aber ist sie auf verschiedenen Seiten durchgebrochen, und hat selbst in einem so ausgeprägt Augustenburgischen Organ wie die Allgemeine Zeitung entschlossene Vertreter gefunden. Man er-

laube uns die Genugthuung eine dieser Meinungsäußerungen hier anzuführen:

„Sollte es nicht möglich seyn in Betreff der Bundesreform-Frage von Preußen Zugeständnisse zu erlangen, wenn ihm der Weg in Schleswig-Holstein geebnet wird, und sollte nicht der Widerstand der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zu überwinden seyn, wenn ihre Zustimmung zu der Annexion einem Bundes-Reformplan Aussichten gewährt? Wir können das ceterum censeo bezüglich der Nothwendigkeit einer Bundesreform, und wäre es auch auf der bescheidensten Basis, niemals unterdrücken, so aussichtslos die Sache ist, und darum richten wir jene Fragen an die Interessenten. Würde es sich nicht der Mühe lohnen, daß die süddeutschen Staatsmänner diesen Versuch wenigstens machen? Oder ist auch in den süddeutschen Kabinetten der Pessimismus so stark, daß man steuerlos auf dem Meer der Thatsachen treibt, und sich auf die reine Negation beschränkt? Wenn sich dieser Pessimismus .... in der öffentlichen Meinung zum herrschenden Gedanken entwickelt, so wird das theoretische Festhalten am Rechtsprincip, welches die frühere Stimme aus Süddeutschland betont, sich als eine taube Nuß offenbaren. Darum videant Consules“*)!

Selbst wenn es sich wirklich um ein sonnenklares legitimes Recht handelte, selbst dann dürfte dasselbe der höheren politischen Nothwendigkeit unter Umständen weichen müssen. Es ist aber allmählig offenbar geworden, wie es die Parteien mit dem fraglichen „Rechte“ meinten. Jede verstand darunter nichts Anderes als ihr Interesse. Darum sind gewisse Mittelstaaten, ihre Minister und deren Fraktionen so rasch von dem Glauben an das Recht des Londoner Vertrags zu dem Glauben an das Erbrecht des Augustenburgers bekehrt worden. Darum gestehen die Liberalen vom Nationalverein allmählig offen zu: wenn Preußen die Herzogthümer unter ihrer Leitung und in i h r e m Geiste erobert hätte, so hätte kein irgend verständiges Urtheil der Berliner Politik einen Vorwurf daraus machen können, wenn sie ein so überaus werthvolles Stück Gebiet auch gleich behalten haben würde. Das Organ der Partei fährt wörtlich fort wie folgt:

„Ob eine solche Erwerbung zu dem Wortlaut dieser oder jener Urkunde aus dem Mittelalter stimmt, darauf konnte es,

*) S. Allg. Zeitung vom 28. Nov. 1865.

wenn man aufrichtig seyn will, weder der preußischen Regierung noch andern vernünftigen Leuten ankommen, und am wenigsten der freisinnigen und der Nationalpartei. Die Volksmeinung in den Herzogthümern selbst war in diesem Punkt von vornherein sehr unbefangen, völlig frei von allem Legitimitätsglauben und von jedem dynastischen Vorurtheil. Die Augustenburger waren in Schleswig-Holstein seit langen Jahren halb vergessen gewesen, und wenn man sich ihrer erinnert hatte, so war es viel häufiger mit Bitterkeit und Mißachtung, als mit andern Empfindungen geschehen" *).

Wenn aber alle Parteien mit der vorgeblichen Legitimität bloß ihr Interesse maskirten, warum sollten dann nicht auch die zwei Großmächte ihrerseits höhere politische Nothwendigkeiten geltend machen dürfen, ja müssen. Wir haben mit Sehnsucht noch vom alten Jahre einen einigenden Schritt in dieser Richtung erwartet. Es ist nichts geschehen. Die Nachrichten über die Beziehungen zwischen Wien und Berlin haben kalt und kälter gelautet; die Verhandlungen sind stille gestanden seit dem widerwilligen Tage von Gastein; und nicht einmal bezüglich der gemeinsamen Initiative welche die beiden Mächte wegen Mißbrauch des Versammlungsrechtes gegen die freie Stadt Frankfurt ergriffen hatten, war es möglich, ein Verständigung über das weitere Verfahren zwischen Wien und Berlin zu erzielen.

Also Nichts, gar Nichts — in so drängender Zeit! Das ist unsere Neujahrs-Klage.

II.

Das Christenthum und die moderne Civilisation.

Auch zum neuen Jahr.

Wir sind in der Lage unseren Lesern ein kleines Büchlein dringend zu empfehlen, welches den Namen eines gott-

*) Wochenblatt des Nationalvereins vom 7. Dec. 1865.

losen nicht nur verdient, sondern auch absichtlich für sich in Anspruch nimmt. Gewiß wird sich in der Lesung dieser 88 Seiten jedes christliche Herz sozusagen im Leibe umkehren; aber der Leser wird von dem vorübergehenden Schmerz einen bleibenden Vortheil haben. Denn das kleine Büchlein macht klare Stellungen, wie sie nur immer mittelst Papier und Druckerschwärze gemacht werden können. Klare Stellungen über eine Phrase, die schon so viele wohlmeinenden Christen verwirrt hat und seit einiger Zeit auch innerhalb der katholischen Kirche den Samen einer verderblichen Confusion der Ideen auszustreuen drohte. Ich meine das bekannte Schlagwort: daß die Aussöhnung des Christenthums oder der Kirche mit der „modernen Civilisation" das entscheidende Streben aller erleuchteten Männer der Gegenwart seyn müsse.

Aussöhnung des Christenthums oder der Kirche mit der modernen Civilisation: wer sollte dieß nicht von ganzer Seele wünschen, und wer könnte ein herrlicheres Ideal für alle diejenigen aufstellen, welche täglich beten, daß das Reich Gottes zu uns komme? Die fragliche Aussöhnung würde in ihrem Verfolg nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die allmählige Herstellung eines neuen Gottesreiches auf Erden. Darum gewinnt die Idee in dem Munde begeisternder Redner und Schriftsteller in Frankreich und Deutschland leicht ein so reizendes Gewand, daß man sich nur wundern muß, wie immer noch Leute existiren, welche der Sache schlechthin kein Vertrauen schenken.

Gerade die sogenannten Mittelalterlichen, die „Ultramontanen" denen man vorwirft, daß die Einheit von Staat und Kirche im Mittelalter noch immer ihr Ideal sei, bilden die Schaar dieser Zweifler. Sie glauben, daß die Lage der Menschheit besser wäre, wenn die Einigung des Christenthums und der Kirche in und mit der damaligen neuen Civilisation nicht unterbrochen, sondern unter dem reinigenden Einflusse der Zeit bis auf unsere Generation ungestört fortgesetzt worden wäre; aber sie glauben allerdings, daß es mit

der heutigen modernen Civilisation ganz anders stehe, und daß dieselbe für eine Aussöhnung mit Christenthum oder Kirche durchaus incapabel sei.

Der Streit geht tief und er greift weit. Die ganze Gedankenrichtung zweier Männer, welche über das Verhältniß der sogenannten modernen Civilisation zu unserer heiligen Sache verschiedener Ansicht sind, wird unfehlbar um die Weite einer Weltanschauung auseinander gehen. Weder das theoretische Urtheil noch das praktische Verhalten in allen großen Fragen des Tages wird bei beiden, obwohl sie vor ihrem Gewissen gleichmäßig gute Christen und Katholiken seyn mögen, übereintreffen können. Es ist daher auch unmöglich, daß selbst nur jene äußerliche Einheit, welche in der drangvollen Zeit vor siebzehn Jahren unsere Freude und unser Trost war, jemals wieder hergestellt werde, so lange wir nicht einig sind über das Verhältniß der modernen Civilisation zu der göttlichen Heilsanstalt auf Erden. Damals, unter dem Eindruck erschütternder Thatsachen, waren wir einig, leider nicht zu lange. Sobald die bewegenden Mächte der modernen Civilisation ihre scharfen Krallen einzogen und den weichen Katzenpelz hervorkehrten, gingen bei uns die Meinungen wieder auseinander in steigender Divergenz.

Wer hat recht? Ich glaube, daß die richtige Definition und Vorstellung davon, was denn eigentlich die „moderne Civilisation" ist, den Streit entscheiden muß. Anstatt in's Unbestimmte von der nöthigen Versöhnung des Christenthums und der Kirche mit der Weltmacht der modernen Bildung zu reden, sollte man stets eine genaue Begriffsbestimmung voranschicken, was die moderne Civilisation ist, und zwar nicht was sie ist in unserer gutmüthigen Einbildung, sondern was sie ist nach ihren Thaten und ihrer Praxis, sowie nach den Aussagen ihrer Träger und Stimmführer. Eine logische Präcision dieser Art müßte nothwendig klare Stellungen schaffen, und die herrschende Verwirrung der Ideen [illegible] unter uns weichen, sobald wir uns nicht mehr mit [illegible] kein Phrase tragen. Zu diesem Zwecke kommt aber [illegible]

dachte Büchlein wie gerufen. Man kann nicht bestimmter und mit überwältigenderm Eindruck der Wahrheit sagen, was die moderne Civilisation sei, als es hier geschieht.

Erzählen wir zunächst die Geschichte des Büchleins. Dieselbe enthält schon die deutlichsten Fingerzeige, was diejenigen von der modernen Civilisation halten, für die sie ihr eigenes Lebensprincip geworden ist.

Bekanntlich hat im vergangenen Juni der neugebildete „Protestanten-Verein" eine Versammlung gehalten, bei welcher die Thesen des geh. Kirchenraths Dr. Rothe aus Heidelberg die Hauptrolle gespielt haben. Der gedachte Verein ist aus den Kreisen der protestantischen Subjektivisten hervorgegangen. Diese „Gothaer des Glaubens" — so drückt sich das vorliegende Schriftchen aus — fühlen in sich den rastlosen Trieb zur Ausgleichung des welthistorischen Gegensatzes, worin sie die moderne Geistesbildung mit dem Christenthume stehen sehen. Was bewirken sie damit? Wir greifen dem Verfasser vor, indem wir die Antwort auf diese Frage gleich hier angeben. Sie bringen die Phrase zur Herrschaft und wenn es hoch kommt, so erreichen sie eine Verwischung der Gegensätze; mit andern Worten das Christenthum welches in den Versöhnungsproceß hineingeht und herauskommt, ist gar kein Christenthum mehr, und das was etwa noch davon übrig bleibt, gewinnt doch nicht die Sympathie der modernen Civilisation.

Beides wird gegenüber den Thesen des Kirchenraths Rothe schlagend nachgewiesen. „Die Kirche", hat er in Eisenach gesagt, „verstand es nicht, sich zu dem neuen Culturleben die richtige Stellung zu geben, und zuletzt machte die in ihr vorherrschende Strömung ihm eine grundsätzliche Opposition als einem unchristlichen oder gar widerchristlichen. Die unausbleibliche Folge davon war eine tiefe Entfremdung aller Derjenigen von ihr, die von dem Geiste der modernen Cultur ergriffen waren. Deßhalb kann aber diese ihre Entfremdung auch nur dadurch überwunden werden, daß die Kirche aus

ihrer jetzigen falschen Stellung zur modernen Culturentwicklung heraus und in die richtige hineingerückt wird."

So drückte Herr Rothe seine Weltanschauung aus, und in ähnlichen Worten kann man auch katholische Theologen über die große Frage reden hören. Gewiß nehmen sich solche Reden ganz scheinbar und auf den ersten Anblick bestechend aus: aber sind sie mehr als bloß scheinbar, sind sie wahr und thatsächlich begründet? In Hamburg lebt ein Mann Namens Hermann Tegow; er tritt, wenn wir uns recht erinnern, nicht jetzt zum erstenmale auf dem literarischen Markte auf. Sonst wissen wir nichts von ihm, als daß er ein gerader und überzeugungsvoller Kenner von dem geistigen Wesen der modernen Civilisation ist. Er schwört nicht nur auf die umfangreichen Werke Buckle's, Radenhausens rc., sondern er producirt auch selber; die Klarheit seines Kopfes und die vollkommene Unabhängigkeit seiner Urtheile läßt, abgesehen natürlich von dem atheistischen Herzen, nichts zu wünschen übrig. Dieser Hr. Tegow nun nimmt sich die Rothe'schen Thesen zu einer eingehenden Prüfung vor*), namentlich die auf den ersten Blick so scheinbare und glaubhaft anmuthende Stelle welche wir oben angeführt haben, und siehe! er stellt sich mit voller Entschiedenheit auf die Seite der Kirche — oder wenn man will, der Encyklica vom 8. Dezember — gegen den sie schulmeisternden Professor.

Herr Rothe, sagt er, mache da der Kirche einen durchaus ungegründeten Vorwurf. Die Kirche habe von vornherein ganz richtig den tiefen Gegensatz erkannt, in welchem die moderne Weltanschauung zu ihren Principien stehe. Die heutige Unkirchlichkeit vieler im christlichen Glauben Erzogenen beruhe keineswegs, wie Hr. Rothe es darstelle, auf der sicht, als repräsentire die herrschende Kirche nicht in w[illegible] Weise das Christenthum, sondern auf der Thatsache, daß

*) Die moderne Bildung und die christliche schreiben rc. von Hermann Tegow. H 1865.

von der modernen Bildung Ergriffenen von den Grundlehren des Christenthums abgefallen seien. So stehe die Sache: eine Versöhnung der modernen Bildung sei nicht nur mit dem Christenthum sondern mit der Religion überhaupt unmöglich. Hr. Tegow apostrophirt sodann den Heidelberger Kirchenrath in folgender Weise:

„Sie tadeln es, daß die Kirche bei der in ihr herrschenden Strömung dem neuen Culturleben, als einem unchristlichen oder gar widerchristlichen, eine principielle Opposition gemacht habe; denn dadurch sagen Sie, sei eine Entfremdung aller derjenigen bewirkt worden, welche vom Geiste der modernen Cultur ergriffen gewesen. Hierin bin ich mit Ihnen durchaus verschiedener Meinung. Nicht durch die Opposition der Kirche gegen die moderne Weltanschauung wurden die Anhänger der letzten der ersten entfremdet; sondern das Ergriffenseyn von der modernen Cultur war gleichbedeutend mit einem Abfall von der Kirche. Die Kirche mußte, wollte sie nicht ihr Fundament untergraben sehen, jene von Ihnen gerügte Opposition machen. Die christliche Kirche als solche hat darum der modernen Culturentwicklung gegenüber durchaus keine falsche Stellung eingenommen. Eine Versöhnung beider kann nur derjenige verlangen, welcher die Eine oder die Andere in ihrem Wesen verkennt. Sie sind Professor der Theologie, zu glauben daß Ihnen das Wesen der christlichen Kirche unbekannt sei, kann mir natürlich nicht in den Sinn kommen; um so entschiedener aber muß ich bezweifeln, daß Sie wissen, was das Charakteristische des modernen Culturlebens ist."

Hr. Tegow spricht hier nicht zu Dr. Rothe allein, sondern er spricht zu einem ganzen Typus von unklarer deutscher Gelehrsamkeit. Was ist denn nun aber nach seiner Meinung das Charakteristische des modernen Culturlebens? Die Begriffsbestimmung die er gibt, ist ungemein einfach und so praktisch, daß man meint, es müßte sie in der That jeder der heutigen Welt nur einigermaßen kundige Mann selber mit Händen greifen. Hr. Rothe verlangt zum Behuf der fraglichen Versöhnung nichts weiter, als daß „die Männer der modernen Bildung sich der erziehenden Einwirkung des Geistes Christi unterwerfen." Nun, erwidert Hr. Tegow, das glaube ich, wenn wir uns unterwerfen, dann ist der Friede möglich; aber das ist gerade das Charakteristische unserer Bildung, daß

wir jede Autorität zurückweisen und nur auf eigenen Füßen stehen wollen. „Die moderne Bildung will an die Stelle der Religion die Wissenschaft, an die Stelle des Glaubens die Erkenntniß gesetzt wissen.“ Hr. Tegow wiederholt: die Wissenschaft sei es, in welcher die moderne Bildung das Heil der Menschheit erblicke, und damit sei der Standpunkt derjenigen ganz unverträglich, welche die Menschheit auf den Glauben weisen. Wissenschaft oder Religion: auf dieses Entweder-Oder komme es an.

Nebenbei gesagt, zeigt sich hier ganz klar, was das Schlagwort von der „Wissenschaft“ und der „freien Wissenschaft“ in seinem eigentlichen Verstande und im Munde der Gründer bedeutet. Es zeigt sich nicht minder klar, in welche gefährliche Berührung alle diejenigen kommen, welche an diesem Schlagwort unvorsichtiger Weise participiren, indem sie die Wissenschaft als versöhnende Macht in eine Zwischenstellung zwischen der Kirche und der modernen Bildung bringen wollen. Die Absicht dieser Herren ist gewiß eine sehr wohlmeinende; aber sie gelingt nicht, und kann nicht gelingen. Indem man die Wissenschaft von der Kirche unabhängig stellt, will man mittelst dieser unabhängigen Wissenschaft sich der modernen Bildung bemächtigen und dieselbe gleichsam im Triumphe in die Kirche zurückführen. Aber für's Erste will die moderne Bildung ja eben nichts wissen von einer solchen Wissenschaft; was im mindesten noch einen religiösen Hintergrund oder Hintergedanken hat, das gilt ihr gar nicht für Wissenschaft. Zweitens schwebt die vermittelnde Wissenschaft in steter und in brennender Gefahr, ihre Unabhängigkeit von der Kirche unmerklich bis zur Abhängigkeit von der modernen Bildung fortzutreiben und auszudehnen. In diesem Falle ist das Versöhnungswerk nicht nur ebenfalls mißlungen, sondern die Kirche muß auch noch den Schaden tragen, daß die ursprünglich zu ihrem Besten vermittelnde Wissenschaft in eine von ihr abgewendete Wissenschaft verkehrt wird. So entwickelt sich jene unglückliche Verwischung der Gegensätze, von der wir oben gesagt haben, daß nur zu oft das Christenthum welches aus

dem Versöhnungsproceß herauskomme, gar kein Christenthum mehr sei.

Die moderne Bildung will von einer Wissenschaft, welche sie mit der Kirche vermitteln soll, unter keiner Bedingung etwas wissen: darüber gibt Hr. Tegow dem Heidelberger Kirchenrath die zweifellosesten Erklärungen. Dr. Rothe hat in Eisenach von dem Sprachgebrauch der gesammten Christenheit sich soweit als nur immer möglich freigemacht, um nur ja bei den Männern von der modernen Civilisation als richtiger Demokrat und nicht als ein Agent der „Geistlichkeits-Kirche" zu erscheinen. Christus, sagte er, müsse dem gegenwärtig lebenden Geschlecht in dessen eigener Zunge verkündigt werden, und nicht in der einer längst vergangenen Zeit angehörigen, jetzt fast lediglich historisch gewordenen dogmatischen Form; also „Christus soll der Welt verkündigt werden, nicht Jesus." Dieser Rath des Hrn. Rothe scheint nun allerdings der modernen Idee von Christus als einem allenfalls möglichen Menschheits-Ideale sehr nahe zu kommen. Aber Hr. Tegow ist mißtrauisch wie es die ganze moderne Civilisation gegen diese predigenden Parteigänger ist; er prüft genauer und alsbald entdeckt er den christlichen Pferdefuß. „Warum sagen Sie nicht statt, die Kirche soll Christus verkünden, die Kirche soll reine Menschlichkeit lehren? Sollten Sie Christus doch vielleicht in einem andern Sinne gebrauchen, ihn doch nicht trennen können von dem historischen Jesus?" Der Beweis, daß dem wirklich so sei, findet sich leicht, und sofort spricht Hr. Tegow der verunglückten Praxis dieser gesammten vermittelnden Wissenschaft feierlich das Urtheil:

„Sie werden sich mit dem Gedanken trösten, daß ich in meiner Gottlosigkeit mit nur wenigen Anderen ein vereinzeltes Phänomen bilde. Ihnen diesen Trost zu nehmen, Ihnen den tiefen principiellen Widerspruch zwischen dem religiösen Glauben und der modernen Bildung zu entwickeln, ist der Zweck dieses Schriftchens, und ich hoffe durch meine Darstellung auch Andern diesen Gegensatz zum Bewußtseyn zu bringen, sie zu veranlassen zwischen Wissen und Glauben die Wahl zu treffen. Ich stimme

mit Ihnen darin überein, daß im gegenwärtigen Moment ausreichende Bedingungen vorhanden sind, um einen entscheidenden Spruch zu fällen. Ich glaube aber nicht, daß derselbe eine Versöhnung der christlichen Kirche mit der modernen Bildung bewirken wird, sondern ich lebe vielmehr der festen Ueberzeugung, daß die Kluft zwischen beiden unausfüllbar ist. Ich sehe mit dem durch das Studium der Geschichte geschärften Blick der Erkenntniß, wie der Bau der christlichen Kirche immer mehr zerbröckelt. Erst seine Trümmer werden die Kluft ausfüllen, die das Herz der europäischen Menschheit auseinanderklaffen läßt."

Es würde nichts bedeuten auf die Gründe einzugehen, weßhalb Hr. Tegow die Annahme einer göttlichen Offenbarung für ganz unverträglich hält mit der rechten Wissenschaftlichkeit; genug daß er die Alternative stellt, entweder müsse das copernikanische Weltsystem falsch seyn, oder der Gott der christlichen Kirche untergehen. Wir wollen ja nur das aus dem Büchlein herausheben, was als Fingerzeig eines richtigen Urtheils über die moderne Bildung dient.

Dazu gehört schließlich noch die Erörterung mit Dr. Rothe über den Satz: ob denn wirklich das Christenthum die Mutter der europäischen Civilisation und insbesondere der deutschen Cultur sei? Bekanntlich sind in neuester Zeit auch in katholischen Kreisen Stimmen laut geworden, welche diese Behauptung, vermeintlich im gerechten Geiste der Unparteilichkeit, dahin näher bestimmen: es sei nicht abzuläugnen, daß die Bildung und Wissenschaft des heutigen Deutschland dem Protestantismus verdankt werden müsse. Hr. Tegow aber unterscheidet noch viel schärfer. Für das was eigentlich die moderne Civilisation und Bildung heißt, nimmt er nicht einmal die Reformation als ein Entwicklungsstadium an; denn die moderne Bildung sei durch und durch heidnisch und habe keine andere als — heidnische Traditionen. Die Reformation kommt ihm hiebei nur negativ und insoferne in Betracht, als neben ihr und gegen sie der Humanismus sich wieder zu einer herrschenden Macht erhob; der Humanismus war der wirkliche Stammvater unserer modernen Bildung, er aber war etwas specifisch Heidnisches vom Anbeginn bis jetzt.

Ist dieß richtig — und ein schärferer Blick in die Geschichte der großen geistigen Umwälzungen seit dreihundert Jahren beweist die Richtigkeit — so ist auch keine Illusion mehr erlaubt über die Lage derjenigen in der heutigen Welt, welchen die heilige Sache der Kirche am Herzen liegt. Ihr Verhalten ist ihnen dann deutlich vorgeschrieben. Wenn die herrschende geistige Weltmacht wieder heidnisch ist wie in der ersten Zeit der christlichen Kirche, dann bedarf es auch wieder der Gesinnung und des Muthes eines standhaften Martyriums, das lieber alle irdischen Güter preisgibt als das Knie vor den falschen Göttern beugt und ihnen Weihrauch streut. Auf dem Wege des Bekennens hat das junge Christenthum die Welt für das Erkennen erobert, und auf keinem andern wird jetzt die Welt zurückerobert werden, wenn dieß überhaupt im Rathschluß Gottes mit der Menschheit liegt.

Wir haben auch in dieser Beziehung ein sehr lehrreiches Jahr hinter uns. Möge es in vielen Herzen zur Gesinnung und zum Muthe eines solchen Martyriums den Samen ausgestreut haben, und möge daraus vor Allem eine neue Bethätigung des großen Testaments erblühen: „Liebet euch untereinander!"

Eine Wissenschaft ohne die Liebe nützt nicht bloß nichts im Dienste Gottes; sie zerstreut und veruneinigt nur. Eine Verantwortung, wer möchte sie tragen! Die herrschende geistige Weltmacht von heute kreuzigt noch nicht und wirft ihre Gegner nicht den wilden Thieren vor; aber sie überschüttet Jeden, der sich über sie keine Illusionen mehr macht, mit feineren Qualen, die vereint ertragen werden müssen und nur vereint ertragen werden können. Der Herr hat vorausgesagt, woran er erkennen werde, daß wir seine Jünger sind. Nennen wir uns nicht nur so, sondern seien wir es nach seiner Vorschrift! Das ist unser heißester Neujahrswunsch.

III.

Dante am Arno und am Rheine.

Vorbemerkung.

Vor einigen Jahren hat diese Zeitschrift meiner „Dante und Mazzini" überschriebenen Abhandlung in ihren Blättern Raum gegeben (Band 49, S. 81 ff.). Seitdem ist die Dante-Jubelfeier, im Mai 1865, vor sich gegangen, und in ihrem Gefolge eine Fluth von Schriften und Reden, die von Triest bis zum Monte Cassino hinab und hinauf durch sie hervorgerufen wurden, vieltönig an uns vorübergerauscht. Ueber die Bedeutung, den Verlauf und die Folgen der Dante-Feier ist viel und zur Genüge geschrieben worden, und was den gegenwärtigen Stand der Dante-Literatur im Allgemeinen und in Deutschland insbesondere betrifft, so hat sich gezeigt, daß sie mit dem Reichthum und der Vielseitigkeit der Shakespeare-Literatur nachgerade einen Vergleich aushält. Kommt nun jetzt, und zwar in etwas umfänglichem Maße, noch ein nachträglicher Literatur-Artikel, angeknüpft zunächst an ein mehr durch seine Tendenz als durch seinen Gehalt erwähnenswerthes Buch vom Rheine her*), so mag sich das auf den ersten Blick vielleicht befremdlich ausnehmen und fast eine

*) Dante Allighieri. Studie von Dr. Hermann Grieben, Redakteur der Kölnischen Zeitung. Köln 1865. — Hiezu: Giornale del Centenario di Dante Allighieri. Florenz 1864—1865.

Rechtfertigung erheischen. Ich darf aber hoffen, der Verfolg dieser Auseinandersetzung selber werde mich rechtfertigen.

Seit vielen Jahren, seit drei Jahrzehnten beinahe, habe ich mich in die göttliche Komödie hineinstudirt, in den letzten Jahren auch in Dante's übrige Werke. Schriften über Dante haben mich hineingeführt, dann aber sind sie mir zuwider geworden, nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen, daß auf keinem andern Wege das rechte Verständniß zu erlangen oder vielmehr zu begründen und sicher zu stellen sei, als durch das Studium der Geschichte der Philosophie von Boethius bis Thomas von Aquin und Duns Skotus, vom J. 500 bis 1300. Nun ist aber gerade der Ausgangspunkt zu dieser Forschung, Boethius, dem gelehrten Deutschland, dem katholischen sowohl als dem protestantischen, nahezu eine unbekannte Größe trotz Allem und gerade in Folge alles dessen, was über ihn geschrieben und gedruckt worden ist. Hand, Obbar und Nitzsch, denen so Viele auf's Wort geglaubt (Suttner namentlich bildet eine rühmenswerthe Ausnahme), haben ein Zerrbild von dem „letzten Römer" geliefert, das sobald noch nicht der bessern Erkenntniß weichen wird. Darum ist es schwer, etwas über Dante zu schreiben mit Rücksicht auf Boethius und auf eine philosophisch-theologische Bildung, deren bedeutendster Träger dieser gewesen; und das nicht bloß zu schreiben, sondern auch in die für „historisch-politische" Blätter geeignete Form zu kleiden, übersteigt, fürchte ich, meine Kräfte. Damit will ich jedoch nicht auf den Wunsch verzichtet haben, in einem der nächsten Jahre den Versuch dazu machen zu dürfen.

Die hohen Verdienste von Männern wie Witte, Blanc, Philalethes und Kopisch werden auf dem Wege, den ich einzuschlagen rathe, erst recht gewürdigt werden können; zeigen wird sich dann aber auch, woher es gekommen, daß unter den diis minorum gentium der Dantefreunde in Deutschland sowohl als in Italien Alles wild durcheinander geht und einerseits (mit Göschel, muß ich leider auf den Grund seines

„Nachlasses" sagen) in spiritualistische Willkür und Verschwommenheit, andererseits, wie das uns vorliegende Muster zeigen wird, in materialistische Verkehrtheit sich verliert. Den gemeinsamen Boden für diese Gegensätze bildet Göthe's Faust, das geradeste Gegenstück zu Dante's göttlicher Komödie.

So mag es mir denn vergönnt seyn, hier zunächst die Eine Stimme Rede stehen zu lassen, die sich mir gerade zuletzt und nicht wenig vorlaut hat vernehmen lassen. Es sind gewiß derer genug und mehr als genug, die es sich nicht zur Unehre rechnen, mit dem „größern Horn" in der Doppelflamme der achten Bulge verglichen und denen beigezählt zu werden, welche eigenmächtig über die Säulen des Herkules hinaus „der Sonne folgend, der Tugend und dem Wissen nachzugehen" wähnen, bis sie beim Anblick des Fegfeuerberges mit ihrem Schiffe vom Strudel erfaßt und in die Tiefe hinabgewirbelt werden (Hölle 26, 52 ff.).

Damit aber meine Leser wissen, wie viel oder wie wenig in dem Folgenden zur Berücksichtigung kommen konnte und gekommen ist, will ich ein Verzeichniß des Neueren hersetzen, was ich seit 1861 von Dante und über ihn gelesen habe:

1) Pietro Fraticelli: a) La Divina Commedia. Firenze 1860. b) Opere minori di Dante Al. — I. II. III. Seconda *edizione. Fir.* 1861. Eine schön ausgestattete und verhältnißmäßig billige, mit genügenden Anmerkungen versehene Handausgabe von Dante's sämmtlichen Werken. c) Storia della vita di Dante Al. Firenze 1861.

2) La Civiltà Cattolica. 1862. Vol. I. della Serie quinta p. 454. 592. 704 etc. — 1863. Vol. V. p. 170. 657 etc. Ausführliche Berichte und Urtheile über zwei Schriften von Giambattista Giuliani und über den alten Commentar von Francesco de Buti.

3) The Home and Foreign Review. October 1863. p. 574—609. Referat über 18 seit 1850 erschienene Schriften.

4) C. F. Göschel: Vorträge und Studien über Dante Al. — Aus seinem Nachlaß herausgegeben. Berlin 1863.

5) P. Villari: Antiche Leggende e Tradizioni che illustrano la Divina Commedia. Pisa 1865. Mit einer wunderlichen Vorrede von 53 Quartseiten, datirt vom 1. Mai d. Js.

6) Francesco Selmi: a) Chiose Anonime alla prima Cantica della Divina Commedia. Torino 1865. b) Il Convito — sua cronologia etc. — di Dante. Torino 1865.

7) Giornale del Centenario di Dante Allighieri. Die erste Nummer erschien am 10. Februar 1864, Nr. 48 am 31. Mai 1865, seitdem nur noch Eine, 49, d. d. 10. Sept. d. Js.; in Aussicht gestellt ist weiter nichts mehr als ein Namen- und Sachregister nebst Titel und Umschlag für's Ganze. Die erst vor wenigen Tagen in meine Hände gekommene Nr. 49 genügte für sich allein schon, nicht bloß die Zeitschrift, sondern die ganze Dantefeier zu charakterisiren. Da hören wir die „berühmte" Gräfin Dora d'Istria von der Emancipation des Weibes predigen, wie sie von Plato vorhergesehen, von den Aposteln angekündigt, von Dante in seiner Beatrice der Verwirklichung ganz nahe gebracht worden sei (p. 403). Die Sprecherin hat nach S. 404 durch mehrere sehr gelehrte Schriften sich um ihr Geschlecht und um die Menschheit wohl verdient gemacht, indem sie für die Gewissens-Freiheit streitet, indem sie namentlich das Weib aus der gesetzlichen Sklaverei, besonders aber von dem noch traurigern Gewissenszwange erlösen will, damit sie nicht hinfort mehr ihre Söhne nach dem stumpfen Geiste des Klerus erziehe und den unheilvollen Dualismus in den Schooß der Familie hineintrage. Ravenna hat, sagt derselbe Berichterstatter im Diritto, stolz auf den Besitz von Dante's Gebeinen, durch seine Festfeier zu Ehren des großen Dichters den neuen Kalender Italiens eingeweiht, um ihn an die Stelle des römischen zu setzen. Dante Allighieri's Name wird eine Reihe von neuen Heiligen eröffnen für die Kirche der Intelligenz und der Freiheit; weg mit den alten nichtssagenden oder grauenhaften Nebelbildern von vergötterten Dummköpfen und frommen Selbstmördern! — Endlich noch eine kurze Recension über

Dante as philosopher and poet. By Vincenzo. New-York 1865. Das Buch, sagt der Recensent im Giornale, gibt dem freien Amerika ein treues Bild von unserm großen Dichter; Botta hat denselben nach den gelehrten Forschungen von Foscolo und Rossetti als einen Vorläufer der Reformation aufgefaßt und dargestellt. „Ich selbst bin nicht der Meinung, halte vielmehr Dante für einen orthodoxen Gläubigen nach dem alten Credo" (L'Alighieri, per noi, è un ortodosso fedele al vecchio Credo). So der Recensent, und damit schließt das Giornale — also doch zuletzt noch gut katholisch! Dante (sein Name steht bereits nach Giorn. p. 283 in einem Berliner Almanacco Evangelico auf den 14. September, seinen Sterbetag, eingetragen) — dennoch „treu ergeben dem alten Glauben!"

G. S.

I.

Eine „Studie" nennt sich Dr. Grieben's Buch. Eine Studie, die wenig Studium verräth und nichts von der „gründlichen Vorschule", die der Verfasser doch selbst (S. 4) für nöthig erklärt, wohl aber viel studium et ira. „Als diese Aufsätze", heißt es in der Vorrede, „zur Vorfeier des Dante-Jubiläums, durch die Kölnische Zeitung feuilletonweise veröffentlicht wurden, fanden sie einen solchen Anklang, daß ich dem mir vielfach kundgegebenen Verlangen nach einer besondern Ausgabe wohl entsprechen darf." Was den „Anklang" bei sehr Vielen der Leser und Leserinnen besagten Feuilletons betrifft, so ist daran gar nicht zu zweifeln; ob aber dadurch auch eine „besondere Ausgabe" gerechtfertigt erscheine, wird sich aus dem Folgenden ergeben. Doch ja, auch sie ist von

vornherein für dankenswerth zu erklären aus dem Einen Grunde nämlich, weil dadurch wir Uebrigen, denen die Kölnische Zeitung kaum vier- oder fünfmal im Jahre, an einem Bahnhofe etwa, zu Gesicht kommt, in den Stand gesetzt werden, den Einklang zu beurtheilen, in welchem gewisse sehr zahlreiche Kreise diesseits und jenseits der Alpen brüderlich miteinander urtheilen und arbeiten. Denn das Schriftchen ist in der That nichts als ein mit gutem Bedacht ein wenig abgeschwächter, im Ganzen aber doch treuer Nachhall von der Art und Weise, wie, um mit dem Verfasser zu reden, „jetzt das moderne Italien nur Dante's Politik in's Auge faßt und die heutigen Nationalitätsbestrebungen darin bereits vorgebildet finden will" — will! „Aber

> Was man den Geist des Dichters heißt,
> Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
> Der in des Dichters Werken sich bespiegelt;

ein volles Verständniß ist es nicht." — Da haben wir ein ziemlich offenes Bekenntniß von der Natur dieser politischen Exegese, müssen aber doch noch etwas weiter gehen und sagen: So erlangt sich nicht bloß kein „volles Verständniß", sondern auch kein halbes; auch kann gar nicht die Rede seyn von einem Mißverständnisse ähnlicher Art, wie jener Eine den Meister Hegel „mißverstanden" haben soll; wir haben es vielmehr mit einer künstlich heraufbeschworenen Mißgestalt, einem klar bewußten Mißbrauch des altissimo poëta zu thun. Grieben persönlich beschuldige ich nicht der absichtlichen Mißdeutung: er versteht eben nichts von der Sache, worüber er schreibt. Gefehlt hat er nur darin, daß er nicht gesagt, woher er seine Wissenschaft entnommen: nämlich fast einzig und allein aus dem Giornale del Centonario di Dante. Hätte er sich rein referirend verhalten, so träfe ihn kein Vorwurf; aber so wie er sich, ohne seine Quelle zu nennen, Fremdes angeeignet und nothdürftig deutsch einzukleiden gesucht hat, muß er uns allerdings für mitschuldig gelten an dem frevelhaften Spiele, das sie dort mit ihrem divino treiben. Der

im eminentesten Sinne des Wortes kaiserliche Pegasus wird, indeß man ihn zu vergöttern scheint, an den gemeinen Pflug gespannt, welchen die Tuscana Tyrannis — vipera versa in viscera genetricis (D. Ep. VII, 3. 7) in die Hand eines Principe nach Machiavelli's Bild und Gleichniß (Giorn. p. 258) gelegt hat, auf daß er ihn über das Grab des Einen Papstthums und des Kaiserthums von Gottes Gnaden ziehe, über das Grab, wenn es möglich wäre, des Einen wahren Alleinherrschers, cioè dello 'mperadore dall' universo, che è Cristo, figliuolo del sovrano Iddio e figliuolo di Maria vergine (Conv. II, 6).

Dante's „Politik", sein Begriff von der civilitas als einer allumfassenden Rechtsordnung für das Pilgerleben der Erdbewohner*), ist sehr einfach. Er spricht sich darüber aus mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, im Convito, in Monarchia, in der göttlichen Comödie und in den Briefen. Leitende Idee war ihm, gerade so wie Bonifaz dem Achten in der Bulle Unam sanctam, die Einheit des Menschengeschlechtes: Ein Adam, Ein Christus, Ein Gottesreich auf Erden für die leiblichen wie für die geistigen Dinge, in jenen von dem Einen Kaiser, in diesen von dem Einen Papste überwacht und geleitet, nach gleichen oder doch harmonisch zusammenstimmenden göttlichen, ewigen Grundwahrheiten und Tugendregeln, in streng geordneter Stufenfolge vom Natürlichen zum Uebernatürlichen aufwärts steigend zur Erreichung wahren Friedens auf Erden und vermittelst desselben des Einen höchsten Zieles im ewigen Frieden. Dieses letzte Ziel, auf welches („anagogisch") Alles bezogen werden muß, ist ihm für jeden einzelnen Menschen, und zwar für den ganzen Menschen nach Leib und Seele, wie für die ganze Menschheit kein anderes, als die Ausfüllung der Lücken,

*) Finis totius humanae civilitatis. de Mon. I, 4. pro tota civitate peregrinantium in terris. Ep. 9, 11. Die Welt ist ihm ein saltus peregrinationis. Ep. 9, 4.

welche durch den Fall eines Zehntels vielleicht der Engel in allen Ordnungen des Geisterreiches entstanden ist*). Sein Ideal ist durch und durch katholisch; aber eine Art der Verwirklichung desselben hat er sich möglich gedacht und herbeigewünscht, die (nicht antikatholisch, auch nicht einmal unkatholisch, in Bezug auf die leiblichen Dinge vielmehr hyperkatholisch) dem praktischen Blicke der Päpste als unausführbar erscheinen und deßhalb Anstoß erregen mußte. Nicht mit der Grundanschauung, sondern nur mit der Beweisart und den Folgerungen in der genannten Bulle (welche übrigens nicht gegen die Ghibellinen, die kaiserlich Gesinnten, sondern gegen den kaiserfeindlichen König Philipp den Schönen von Frankreich — „den neuen Pilatus", Fegf. 20, 91 — gerichtet war) stimmt Dante nicht überein. Mit den „zwei Principien", in welche Bonifaz den Standpunkt seiner Gegner zuspitzt, hat unser Dichter gar nichts gemein; doch ist es ihm nur die Eine Person des Gottmenschen selbst, in welcher er sich „alle Gewalt im Himmel und auf Erden" geeinigt denken kann, wogegen in dessen menschlichen Stellvertretern nur gebrochen und in strenger Besonderung auf gegenseitige Hülfe angewiesen sich widerspiegeln kann das Eine „Gutseyn dessen, von welchem wie aus Einem Punkt zweizackicht abgezweigt erscheint des Papstes und des Kaisers Macht" **).

Ich will hier zunächst aus der anstößigsten von Dante's Schriften (wiewohl, so viel ich weiß, auch sie niemals als „ketzerisch" verurtheilt worden ist; keiner von den gegen Abälard, Arnold von Brescia, die Albigenser, Waldenser, Begharden, Fraticellen, Spiritualen, Ludwigs von Bayern

*) Dico, che di tutti questi ordini si perderono alquanti tosto che furono creati, forse in numero della decima parte; *alla quale restaurare fu l'umana natura poi creata.* (Conv. II, 6.)

**) Bonitas ejus, a quo velut a puncto bifurcatur Petri Caesarisque potestas. Ep. 5, 5.

im eminentesten Sinne des Wortes kaiserliche Pegasus wird, indeß man ihn zu vergöttern scheint, an den gemeinen Pflug gespannt, welchen die Tuscana Tyrannis — vipera versa in viscera genetricis (D. Ep. VII, 3. 7) in die Hand eines Principe nach Machiavelli's Bild und Gleichniß (Giorn. p. 258) gelegt hat, auf daß er ihn über das Grab des Einen Papstthums und des Kaiserthums von Gottes Gnaden ziehe, über das Grab, wenn es möglich wäre, des Einen wahren Alleinherrschers, cioè dello 'mperadore dall' universo, che è Cristo, figliulo del sovrano Iddio e figliulo di Maria vergine (Conv. II, 6).

Dante's „Politik", sein Begriff von der civilitas als einer allumfassenden Rechtsordnung für das Pilgerleben der Erdbewohner*), ist sehr einfach. Er spricht sich darüber aus mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, im Convito, in Monarchia, in der göttlichen Comödie und in den Briefen. Leitende Idee war ihm, gerade so wie Bonifaz dem Achten in der Bulle Unam sanctam, die Einheit des Menschengeschlechtes: Ein Adam, Ein Christus, Ein Gottesreich auf Erden für die leiblichen wie für die geistigen Dinge, in jenen von dem Einen Kaiser, in diesen von dem Einen Papste überwacht und geleitet, nach gleichen oder doch harmonisch zusammenstimmenden göttlichen, ewigen Grundwahrheiten und Tugendregeln, in streng geordneter Stufenfolge vom Natürlichen zum Uebernatürlichen aufwärts steigend zur Erreichung wahren Friedens auf Erden und vermittelst desselben des Einen höchsten Zieles im ewigen Frieden. Dieses letzte Ziel, auf welches („anagogisch") Alles bezogen werden muß, ist ihm für jeden einzelnen Menschen, und zwar für den ganzen Menschen nach Leib und Seele, wie für die ganze Menschheit kein anderes, als die Ausfüllung der Lücken,

*) Finis totius humanae civilitatis. de Mon. I, 4. pro tota civitate peregrinantium in terris. Ep. 9, 11. Die Welt ist ihm ein saltus peregrinationis. Ep. 9, 4.

Patet, quod genus hominum in quiete sive tranquillitate pacis ad proprium opus suum, quod fere divinum est (juxta illud: Minuisti eum paulo minus ab angelis) liberrime atque facillime se habet.

Per consequens — propinquissimum *medium*, per quod itur ad illud, ad quod velut ad ultimum finem omnia opera nostra ordinantur, est *pax universalis*.

So viel aus den sechs ersten Capiteln des ersten Buches de Monarchia.

Wie wenig Dante geneigt war, die Macht des Kaisers als eine „absolute" zu betrachten und auch über das geistige, religiöse und (im engern Sinne des Wortes) sittliche Gebiet sich erstrecken zu lassen, mag man beispielsweise aus Conv. IV, 6—9 ersehen, wo das Recht, zu erklären, was der Adel, gentilezza, wer ein Edler, nobilis i. e. non vilis sei, nicht dem Kaiser, sondern dem Aristoteles zugesprochen wird, dessen Philosophie man wohl als die katholische, d. h. als die der Offenbarung Antwort gebende Sprache der allgemeinen Vernunft bezeichnen dürfe (puotesi appellare quasi cattolica opinione). Wie alle äußere Thätigkeit in der menschlichen Gesellschaft durch den Kaiser auf ihre naturgemäßen Grenzen eingeschränkt gehalten wird, so hat auch Gott der Macht des Kaisers selbst bestimmte Grenzen angewiesen. Unter Gottes Leitung hat die griechische Philosophie auf dem höheren, das römische Reich auf dem niederen Gebiete, jene als speculatio, dieses durch operatio, die Wege gebahnt und die Wiege bereitet für die christliche Einheit im Denken und Wollen unter Einem Papst und Einem Kaiser. Wie Moses und die Propheten, so wird auch Alles, was in der Heidenwelt naturgemäße Entfaltung heißen kann, durch die übernatürliche Neugestaltung „nicht aufgehoben, sondern erfüllt."

Im Eingange zum zweiten Buche sieht Dante (und bedauert es, selbst daran Theil genommen zu haben — ut ipse solebam), wie heidnische Völker, christliche Völker, Könige und Fürsten nur im Widerstreben einig seien gegen ihren

mit Ihnen darin überein, daß im gegenwärtigen Moment ausreichende Bedingungen vorhanden sind, um einen entscheidenden Spruch zu fällen. Ich glaube aber nicht, daß derselbe eine Versöhnung der christlichen Kirche mit der modernen Bildung bewirken wird, sondern ich lebe vielmehr der festen Ueberzeugung, daß die Kluft zwischen beiden unausfüllbar ist. Ich sehe mit dem durch das Studium der Geschichte geschärften Blick der Erkenntniß, wie der Bau der christlichen Kirche immer mehr zerbröckelt. Erst seine Trümmer werden die Kluft ausfüllen, die das Herz der europäischen Menschheit auseinanderklaffen läßt."

Es würde nichts bedeuten auf die Gründe einzugehen, weßhalb Hr. Tegow die Annahme einer göttlichen Offenbarung für ganz unverträglich hält mit der rechten Wissenschaftlichkeit; genug daß er die Alternative stellt, entweder müsse das copernikanische Weltsystem falsch seyn, oder der Gott der christlichen Kirche untergehen. Wir wollen ja nur das aus dem Büchlein herausheben, was als Fingerzeig eines richtigen Urtheils über die moderne Bildung dient.

Dazu gehört schließlich noch die Erörterung mit Dr. Rothe über den Satz: ob denn wirklich das Christenthum die Mutter der europäischen Civilisation und insbesondere der deutschen Cultur sei? Bekanntlich sind in neuester Zeit auch in katholischen Kreisen Stimmen laut geworden, welche diese Behauptung, vermeintlich im gerechten Geiste der Unparteilichkeit, dahin näher bestimmen: es sei nicht abzuläugnen, daß die Bildung und Wissenschaft des heutigen Deutschland dem Protestantismus verdankt werden müsse. Hr. Tegow aber unterscheidet noch viel schärfer. Für das was eigentlich die moderne Civilisation und Bildung heißt, nimmt er nicht einmal die Reformation als ein Entwicklungsstadium an; denn die moderne Bildung sei durch und durch heidnisch und habe keine andere als — heidnische Traditionen. Die Reformation kommt ihm hiebei nur negativ und insoferne in Betracht, als neben ihr und gegen sie der Humanismus sich wieder zu einer herrschenden Macht erhob; der Humanismus war der wirkliche Stammvater unserer modernen Bildung, er aber war etwas specifisch Heidnisches vom Anbeginn bis jetzt.

großen Himmelsaugen, „das größere Licht, zu beherrschen den Tag, das kleinere Licht, zu beherrschen die Nacht und die Sterne" (I. Mos. 1, 16); daß Sonne und Mond von vorn-herein, noch ehe der Mensch geschaffen worden, dazu bestimmt gewesen seien, die erst durch den Sündenfall nöthig gewordenen beiden Gewalten, Papstthum und Kaiserthum vorzubilden (typice *importare* duo haec regimina), will er durchaus nicht gelten lassen; aus der natürlichen Stellung jener beiden zueinander dürfe man, meint er mit Recht, für das Macht- oder Rechtsverhältniß zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt nicht das Mindeste beweisen oder logisch folgern wollen. Zum Zwecke der bloßen Veranschaulichung jedoch bedient er sich hier wie in der göttlichen Komödie und in den Briefen ganz unbedenklich jenes Gleichnisses. Mond und Sonne stehen zueinander wie Leibliches und Geistiges, Natürliches und Uebernatürliches, Vernunft und Offenbarung, Philosophie und Theologie, Operatio und Speculatio, Kaiserthum und Papstthum. Die Bezeichnung der beiden letztgenannten als duo Soli (Fegf. 16, 17; Soli heißt „Sonnen", aber auch „die Alleinigen", Alleinherrscher) steht damit nicht in Widerspruch. Die menschliche Gerechtigkeit ist in ihrem höchsten Glanze Phoebae similis, fratrem diametraliter intuenti de purpureo matutinae serenitatis (de Mon. I, 13; vgl. Parad. 29, 1—3: „Wie wenn die beiden Kinder der Latona — bedecket von dem Widder und der Wage — zugleich sich gürten mit dem Horizonte"). Den Florentinern schreibt Dante (Ep. 6, 2): Ihr, die ihr nichts wissen wollt von dem Einen Kaiser, die ihr ihm gegenüber Sonderherrschaften haben wollt, ein eigenes florentinisches Staatsbürgerthum statt des allgemein römischen — warum neidet ihr nicht auch dem Papste seine Alleinherrschaft? wollt ihr den Mond am Himmel getheilt sehen, warum nicht auch die Sonne? Und der Schluß seines Sendschreibens „an alle Könige und Fürsten Italiens" ꝛc. lautet: Hic (Henricus) est, quem Petrus, Dei vicarius, honorificare nos monet; quem Clemens, nunc

Petri successor, luce apostolicae benedictionis illuminat: ut ubi radius spiritualis non sufficit, ibi splendor minoris luminaris illustret, d. h. damit, wo die Sonne der geistlichen Lehr- und Rechtsgewalt nicht hinreicht, sie da doch mittelbar durch ihren Abglanz vom Monde her Licht verbreite. (Ueber den Unterschied zwischen radius und splendor vgl. Conv. III, 14.)

Dante will nur nicht den Ursprung der kaiserlichen Gewalt auf die päpstliche zurückgeführt haben. „Etwas Anderes", sagt er, „ist das Seyn des Mondes an sich, etwas Anderes seine Kraft, etwas Anderes sein Wirken. Sein Seyn ist gar nicht, seine Kraft und Wirksamkeit nur insofern abhängig von der Sonne, als er, durch sie erleuchtet, besser wirkt (virtuosius operatur). So nun behaupte ich auch: die weltliche Regierung empfängt von der geistlichen nicht ihr Daseyn, nicht ihre Kraft oder Rechtsgewalt, auch nicht ihre Wirksamkeit als solche (simpliciter); wohl aber erhält sie von ihr, um besser (virtuosius) wirken zu können, das Licht der Gnade, welches im Himmel und auf Erden der Segen des Papstes über sie ausgießt" *).

Constantin konnte die Reichsgewalt nicht ihrer natürlichen Grundlage entfremden wollen, um sie an die auf Christus gegründete, zur Annahme einer so rechtsverletzenden Schenkung nicht befugte Kirche zu übertragen. Auch mit dem Papste sie zu theilen, stand nicht in seiner Macht; denn das Kaiserthum spalten, heißt es zerstören, weil es seinem Wesen nach in der Einheit einer alle weltliche Gerichtsbarkeit auf der ganzen Erde unter sich befassenden Alleinherrschaft

*) Aliud est *esse* lunae, aliud virtus ejus et aliud operari . . . . Sic ergo dico, quod regnum temporale non recipit *esse* a spirituali, nec virtutem, quae est ejus auctoritas, nec etiam operationem simpliciter; sed bene ab eo recipit, ut *virtuosius* operetur, lucem gratiae, quam in coelo et in terra benedictio summi pontificis infundit. Et ideo argumentum peccabat in forma (de Mon. III, 4).

besteht. Wohl aber konnte der Kaiser zum Schutze für die Kirche ein Patrimonium und andere Dinge ausscheiden, immer jedoch unbeschadet seiner Oberherrschaft, deren Einheit keine Theilung zuläßt. Auch durfte der Papst an Gottes statt ein solches Erbgut annehmen, nur nicht als Eigenthümer, sondern als Nutznießer und Ausspender für die Kirche und an die Armen Christi*). Der Papst also soll sich in weltlicher Beziehung mit einer Stellung zum Kaiser begnügen, wie Dante sie sämmtlichen Königen, Fürsten und Freistaaten der ganzen Erde zugedacht hat. Damit könnte er denn freilich auch jetzt noch ganz wohl zufrieden seyn, zumal ein nicht ganz christlich, nicht ganz katholisch gesinnter Kaiser in Dante's System nur insofern hineinpaßt, als ein solcher wohl immer nur auf kurze Zeit zur Züchtigung der Christenheit von Gott gesendet oder geduldet werden mag.

Das besonders merkwürdige Schlußcapitel des Ganzen (III, 15) beginnt wie folgt: Bisher ist mehr auf negativem Wege (ducendo ad inconveniens) gezeigt worden, daß die Rechtsgewalt des Kaiserthumes nicht in der Rechtsgewalt des Papstes ihren Grund habe (non causari); daß sie aber unmittelbar von Gott abhange, kann zwar aus dem Gesagten erschlossen werden (denn hängt sie nicht einmal von Gottes Stellvertreter ab, so folgt daraus, daß sie von Gott allein abhangen müsse); aber geradezu bewiesen ist es noch nicht. Dieser Beweis wird so ungefähr erbracht.

Der Mensch als ein Mittelwesen und Bindeglied der verweslichen und der unverweslichen Dinge (corruptibilium et incorruptibilium) und deßhalb von den Philosophen mit

*) Poterat tamen imperator in patrocinium ecclesiae patrimonium et alia deputare, immoto semper superiori dominio, cujus unitas divisionem non patitur. Poterat et Vicarius Dei recipere, non tanquam possessor, sed tanquam fructuum pro ecclesia proque Christi pauperibus dispensator; quod apostolos fecisse non ignoratur. III, 10.

den Horizont verglichen (vgl. zu der oben angeführten Stelle Parad. 29, 1 ff. noch V. 28 ff.), hat ein doppeltes Ziel zu anstreben: 1) zeitliche Wohlfahrt, 2) ewige Seligkeit. Zu jener gelangen wir durch den rechten Gebrauch der uns angeschaffenen sittlichen und geistigen Kräfte in Befolgung dessen, was die Philosophie bewahrheitet (per philosophica *documenta*); zu dieser durch die über die menschliche Vernunft hinausreichende Offenbarung (documenta spiritualia, quae humanam rationem transcendunt), wofern wir gemäß den und in Kraft der drei göttlichen Tugenden, des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe unser Leben einrichten. Dorthin also zeigt uns den Weg die Vernunft, wie sie durch die Weltweisen vollständig aufgeschlossen worden ist, hierhin der heilige Geist, welcher durch die Propheten und Hagiographen, durch den mit dem Vater gleichewigen Gottessohn Jesus Christus und durch dessen Jünger die übernatürliche, uns unentbehrliche Wahrheit an den Tag gebracht hat. Aber all dem würde die menschliche Begierlichkeit den Rücken kehren, wenn wir nicht den Pferden gleich, die ihrer thierischen Natur gemäß umherzuschweifen lieben, mit Zaum und Zügel auf dem rechten Wege festgehalten und geleitet würden. So bedurften wir denn einer doppelten Führung, durch den Papst gemäß der Offenbarung zu unserm ewigen Heile, durch den Kaiser nach den philosophisch festgestellten Wahrheiten zu unserm zeitlichen Wohlergehen. Um aber so in den rechten Hafen einzulaufen, bedarf es der Bändigung unserer Leidenschaften und der Herstellung einer für alle Menschen gleicherweise gesicherten Ruhe und Freiheit. Daß demnach auf dieser kleinen Tenne unserer Sterblichkeit in Freiheit und Frieden gelebt werden könne, dafür hat zumeist der curator orbis, der römische Kaiser zu sorgen. Weil nun aber diese Freiheit und dieser Friede in ihrer orts- und zeitgemäßen Ausgestaltung dem wohlgeordneten Lauf der Himmelskörper folgen sollen, so kann die Kraft zu ihrer Herstellung nicht anders als unmittelbar von dem Einen allwissenden, allgegenwärtigen Lenker

des Weltalls kommen. Er ist's, der wählt; die Electores verkündigen nur den von Gott gewählten Kaiser. Wehe uns, wenn diese von Leidenschaft geblendet mit einander streiten, weil sie nicht sehen und sagen wollen, was Gott will (nebula cupiditatis obtenebrati, divinae dispensationis faciem non discernunt).

Daß nun aber des weltlichen Alleinherrschers Macht und Recht unmittelbar von Gott stamme, das ist nicht buchstäblich so zu verstehen, als wenn der römische Kaiser in irgend einem Punkte dem römischen Papste nicht untergeben zu seyn brauchte. Denn jene zeitliche Wohlfahrt ist gewissermaßen nur um des ewigen Heiles willen da. Solche Ehrfurcht soll demnach Cäsar dem Petrus erweisen, wie der erstgeborne Sohn sie dem Vater schuldet, damit er durch das Licht der väterlichen Huld erleuchtet um so herrlicher den Erdkreis überstrahle — den Erdkreis, über welchen er von jenem Einen gesetzt ist, der alle sowohl die geistlichen als die weltlichen Dinge regiert*).

So Dante in dem „berüchtigten" Buche de Monarchia. Tiefer auf die Sache einzugehen, ist hier für jetzt wenigstens nicht der Ort. Theologisch gebildete Leser mache ich nur noch auf Eines aufmerksam und bitte es wohl beachten zu wollen. In dem kleinen, wandelbaren, an sich nur schwach leuchtenden, den Sterblichen oft verhüllten Planet Merkur findet Dante die guten Geister, welche sich auf Erden ruhmreicher Thätigkeit gewidmet haben (vgl. das oben über operatio Gesagte, dazu noch die Erscheinung und die Reden

*) Quae quidem veritas ultimae quaestionis non sic stricte recipienda est, ut romanus princeps in aliquo romano pontifici non subjaceat: cum mortalis ista felicitas quodammodo ad immortalem felicitatem ordinetur. Illa igitur reverentia Caesar utatur ad Petrum, qua primogenitus filius debet uti ad patrem, ut luce paternae gratiae illustratus, *virtuosius* orbem terrae irradiet; cui ab illo solo praefectus est, qui est omnium spiritualium et temporalium gubernator.

von Lia, Fegf. 27, 94 — 108, und Mathilde, Fegf. 28, 40 ff.). Von einer dieser „frommen würdigen Seelen“ wird der Dichter freudigst begrüßt; sie ist kein Geringerer als derselbe Kaiser Justinianus, welcher um die Mitte des sechsten Jahrhunderts Italien „die Zäume wieder angelegt hat“ (Fegf. 6, 88). Hier gibt er sich nun (Parad. 6, 10 ff.) als Cäsar zu erkennen, dem es nach dem Willen der höchsten Liebe gelungen sei, Uebermaß und Mangel (il troppo e il vano) aus den Gesetzen zu verbannen. Bevor er zu diesem Werke sich angeschickt, habe er in Christus nur Eine Natur (die *confusio naturarum* der Monophysiten) annehmen zu müssen geglaubt, durch Papst Agapetus jedoch sei er eines Bessern belehrt worden (über das inconfuse, inconvertibiliter, indivise, inseparabiliter des Conciliums von Chalcedon nämlich, gemäß dem katholischen ex duabus et in duabus); und erst nachdem er so die Füße mit der Kirche geregt und das, was er jetzt klar einsehe, gläubig angenommen habe, da erst habe es Gott gefallen, aus Huld ihm einzuhauchen das hohe Werk (nicht sowohl der Gesetzgebung, als vielmehr nur der Reinigung, Ordnung und Einschärfung altbewährter Gesetze). Dann befahl er seinem Belisar die Waffen, und des Himmels Rechte war mit ihm (so daß er der vandalischen und ostgothischen Sonderherrschaft, der falschen Einheit eines dem Papste wie dem Kaiser widerstrebenden Königthums in Afrika und in Italien ein Ende machte). Guelfen und Ghibellinen, so wie sie es gewöhnlich treiben, sind Beide gleich sehr im Unrecht, weil sie von dem gemeinschaftlichen Zeichen (des Reichsadlers) die Gerechtigkeit scheiden (v. 100 — 105). So Justinian. — Wie in dem langen Lehrstreit über das Verhältniß der beiden Naturen in Christus die Extreme sich gern berührten und es gar nicht leicht war, die rechte Mitte (nicht erst zu finden, aber) genau zu bestimmen und strenge festzuhalten, so war und ist noch immer in dem Streit um das rechte Verhältniß zwischen dem Einen Sacerdotium und dem (ideell auch für uns noch Einen) Imperium für die Vor-

kämpfer des einen sowohl als des andern die größte Gefahr vorhanden, bald der monophysitischen confusio, bald der nestorianischen separatio anheimzufallen. Die *Justitia* spricht: Operatur utraque natura (unaquaeque forma) *cum communione* alterius, quod *proprium* est (S. Leo M., ep. 10 nr. 4). Ob unser Dichter mit der discrezione, über welche er in seinem Gastmahl (Conv. I, 11; IV, 8) so schön und richtig spricht, und die in der That seinem ganzen Wesen als Siegel aufgeprägt erscheint, sich ebenso sehr von übermäßiger Scheidung wie von ungehöriger Mischung fern gehalten habe, dürfen wir ruhig dahingestellt seyn lassen; gewollt hat er jedenfalls nur Eintracht ohne Verschmelzung der geistlichen und der weltlichen Dinge unter dem Einen Papst und dem Einen Kaiser.

So hat denn Dante's Ghibellinismus, auch wie er in der Schrift de Monarchia seinen schärfsten Ausdruck gefunden, mit der modernen Omnipotenz des Staates und den sog. Nationalitätsbestrebungen auch **nicht** das **Mindeste** gemein. Von seinem idealistischen Standpunkte aus konnte er sich für vollkommen berechtigt halten, als treuer Sohn der Kirche, ein Ghibelline zwar aber zugleich ein Guelfe wie er seyn soll, gegen die Päpste manchen Tadel auszusprechen, der in sich zusammenfällt, sobald man ein einiges, weltbeherrschendes Kaiserthum, wie er es sich dachte, für unmöglich halten muß. Statt ihn aber so aus sich selbst zu erklären und für viele Härten in dem Uebermaße seines „Eifers für das Haus Gottes“ (gratia Dei sum id quod sum, et „zelus domus ejus me comedit“ — schreibt er an die Cardinäle, Ep. 9, 5) oder auch in persönlicher Verbitterung eine Entschuldigung zu finden, treibt man ein freches Spiel mit des zerrissenen Dichters Gliedern, will überall nur seine Widerrede gelten lassen und sagt, wo er uns päpstlich und katholisch gesinnt erscheine, da habe er nur **geheuchelt**, weil die Verhältnisse ihm nicht gestatteten, seine wahre Meinung offen auszusprechen.

Dante, sagt man, spricht und thut allerdings fast überall wie ein guter Katholik, aber er meinte es eigentlich gerade so, wie Machiavelli und Mazzini; und die Italiener, meint dazu Herr Grieben, „müssen es selbst am besten wissen, warum sie in dem großen Manne, der ihnen die Commedia geschaffen, den Genius ihrer Nationalgeschichte feiern." Wie sie das thun und gethan haben, tritt zwar durch das ganze Giornale del Centenario offen genug an den Tag, mit unverschämtester Nacktheit jedoch in einem Dante Antipapista überschriebenen Aufsatze von Prof. E. Teodorani in den Nummern 26, 31, 32 und 37 (26. Oktober 1864 bis 10. Februar 1865).

Nach Teodorani's Versicherung sind Ugo Foscolo und Gabriele Rossetti die Glücklichen, welchen es (vor 40 bis 50 Jahren) zuerst gelungen ist, den wahren Sinn von Dante's Schriften aufzuschließen. Und die Bemühungen dieser beiden Männer, der Ideologie des Dichters nachzuspüren und seinen Geist der Grabesfesseln zu entledigen, in welchen er seit fünf Jahrhunderten „von der Inquisition, der Unwissenheit und der klerikalen Lüge gefangen gehalten wurde", sie sind „jenseits der Alpen" besser gewürdigt worden, als in der Heimath. Teodorani selbst will auf den Reisen, die er in langjähriger Verbannung durch Frankreich, England und Deutschland zu machen genöthigt war, sich immer mehr in der Ueberzeugung befestigt haben, daß die idea Dantesca dem „christlichen Rationalismus" Arnold's von Brescia angehöre und nicht, wie man in Italien noch gläubig annehme, dem römischen Katholicismus der Päpste.

Das einzige und wahre Sinnbild von Dante's und seiner orientalischen Meister religiösem und politischem Geiste ist, nach dem Jungitaliener, die Sonne. Dem buchstäblichen Sinne der göttlichen Komödie ist der innere entgegengesetzt. Von Herzen ein Ghibelline, Papstfeind, Templer (veramente Ghibellino, Antipapista, Templario), mußte der Dichter sich doch, um nicht sich selbst und sein Werk zu gefährden, so

stellen, als sei er ein Guelfe (simularsi Guelfo), und demgemäß alle Personen seines großen Drama's mit katholischen Kleidern umhängen. So entstanden denn zwei Gedichte in Einem: eine innere, subjektive Komödie und eine äußere, objektive, um in solcher Verbindung Eine politisch-religiöse Einheit hervorzubringen, den Kaiser, der zugleich auch Papst sei!

In den, lauf von der provenzalischen Dichtkunst, im Stillen von sinnenden Weltweisen (nelle segrete meditazioni de' filosofi) gefeierten Albigensern und in dem furchtbaren Gerichte, das die Kirche über sie verhängt hatte, sah Dante die durch drei Jahrhunderte herangereifte Verschwörung der Vernünftigen (di cospirazione razionale) gegen die Autorität der Päpste wie verkörpert vor sich stehen und allen Martern zum Trotze leben. Da strömte vom Manichäismus herab Alles zusammen, was seit dem 11. Jahrhunderte der Spiritualismus und Rationalismus an Vernunftkraft aufgeboten hatte gegen die Glaubensherrschaft der römischen Kirche. Im Tempelorden einigten sich die Grundanschauungen der Albigenser mit der Weisheit des Orients, und so entstand die Philosophie der Umwälzung für das Abendland (la filosofia della revoluzione occidentale). Die Ghibellinen stimmten in Lehren und Gebräuchen überein mit den Albigensern, Paterinern, Gnostikern und allen Sektirern, die aus morgenländischen Quellen schöpften (sequaci delle teorie orientali). Sie alle wollten dem gigantischen Dualismus ein Ende machen, der in dem Streite der zwei großen Principien wie ein Incubus auf Italien lastete; und mit ihnen verbunden wurden die Templer zu Aposteln der Civilisation.

Unter den obwaltenden Verhältnissen war es für Alle, die sich vor Roms Verfolgungssucht zu fürchten hatten, eine gebieterische Nothwendigkeit geworden, zur Amphibologie ihre Zuflucht zu nehmen; und diese geheimnißvolle, doppelsinnige, der hergebrachten Sitte möglichst ähnlich thuende Ausdrucksweise, wie in der Rede so auch im ganzen Benehmen,

ward besonders noch durch die äußere Vernichtung des Tempelordens für dessen Freunde und Nachfolger zu einem unerbittlichen Gesetze (il mistero divenne legge inesorabile per gli amici e successori loro). Giorn. p. 249, 250.

Nicht zu verwundern ist es demnach, daß man in der arte platonica, gaia, cortegiana mit rechtem Kunstfleiß sich zu den Verhüllungen zurückwandte, welche bei den alten Völkern, bei den Griechen, Persern und Aegyptern, in den Eleusinischen Mysterien z. B., in Gebrauch gewesen waren. Unter ihrem Schutze fanden dann die Wissenschaft und das „neue Leben", welche in Folge der Kreuzzüge aus dem Oriente herübergekommen waren, überall im Abendlande Nahrung und Pflege in den Herzen und von den Händen sehr vieler Philosophen, Priester und Werkleute, bis nach und nach der Orientalismus den Katholicismus untergraben — Dante sich an die Stelle des heil. Thomas von Aquin gesetzt hatte (Giorn. p. 259). Rom bemerkte das wohl und hätte ganz gern den Dante durch die Dominikaner für einen Ketzer erklären lassen, aber mit kluger List hielt man das Urtheil zurück und eine feierliche Lüge aufrecht, bis diese traditionell geworden; denn wäre die Wahrheit an den Tag gekommen, so hätte das nur größeres Unheil anrichten und den Sieg in eine schmähliche Niederlage verwandeln können! Mit alle Dem ist's jetzt zu Ende; die Italiener werden hinfort einsehen, daß Dante, wie die Zeitumstände es verlangten, zwei Gedichte in Einem verfaßt hat, das eine nach den Regeln der Amphibologie, das andere dem Buchstaben gemäß zu deuten — dort vernünftig, hier katholisch redend (due poemi in uno, amfibologico l'uno, letterale l'altro, ossia il razionale e il cattolico. p. 260). So bereitete er den Triumph der Sonne vor, „die richtig führt die Menschen allerwegen."

Seit Rossetti, so behauptet Teodorani weiter, haben besonders die Deutschen sich mit dieser Erklärungsweise befreundet; und das sei nicht zu verwundern, da sie mehr als Andere mit den Lehren der Templer vertraut seien und dieselben zu

schätzen wüßten. Darum habe auch, als er in der Società Italiana zu Berlin seine Ansichten vorgetragen, die Mehrzahl der Mitglieder dieser Gesellschaft ihm beigepflichtet. Ja, die Berliner Presse habe sich in Folge seiner Vorlesungen einstimmig ausgesprochen zu Gunsten dieses Sieges der Wahrheit über die Lüge! (p. 298).

Aus Dante also spricht die christliche Antithese gegen die katholische Thesis des römischen Papstthums. Es handelt sich, kurz gesagt, um den Beweis, daß Dante in seiner Religion ein Templer, in seiner Politik ein Ghibelline gewesen sei (Dimostrare Dante religiosamente Templario, politicamente Ghibellino — *that is the question*). Die lächerlichen und unwissenden Kritiker in der Civiltà Cattolica und das ganze klerikale Synedrium, sie allesammt sind Leute ohne Gewissen und ohne Verstand, nur darauf bedacht, „die mysteriösen Felder der unbekannten Unsterblichkeit zu bevölkern" (p. 299). Dante's großartige Baukunst bewegt sich um den Gegensatz der philosophischen Wissenschaft zum theologischen Wissen der römischen Brüderschaft.

So möge denn — ist sein Vorschlag — ein Congreß zusammentreten von Gelehrten und wissenschaftlich gebildeten Männern aus allen Ländern (un congresso di letterati e scienziati), um die Fragen zu beantworten: „War Dante ein Guelfe oder ein Ghibelline? War er ein Katholik oder ein Christ schlechtweg? Und war er nicht das Letztere als ein Templer, nach der Weise der Ghibellinen und aller Gegner sowohl der geistlichen als der weltlichen Gewalt der Päpste?" (Giorn. p. 300).

So der Advokat und Professor E. Teodorani.

Ob bei dem Maifest in Florenz aus dem von ihm verlangten Congreß etwas geworden sei, weiß ich nicht. Die deutschen Theilnehmer wenigstens werden, denk' ich, über die Fragen gelacht oder höflichst „amphibologisch" geantwortet haben. Unsere nicht amphibologische Antwort versteht sich ganz von selbst:

1) Dante war weder ein Guelfe noch ein Ghibelline im gewöhnlichen Sinne des Wortes; im wahren, römisch-katholischen Sinne Guelfe und Ghibelline zugleich.

2) Er war ein katholischer Christ, wiewohl und eben weil er ein Christ schlechtweg; und eben einfach nur ein Christ war er, wiewohl und weil er ein römisch-katholischer Christ zu seyn sich bewußt war.

3) Er war ein Templer, insofern er vermuthlich glaubte, daß Philipp der Schöne mit Unrecht „seine Segel in den Tempel gelenkt" habe; er war kein Templer, wenn die Templer wirklich so sehr entartet waren, daß sie mit dem Auswurf der Ghibellinen, daß sie mit „allen", ja auch nur mit Einem von den „Gegnern der geistlichen sowohl als der weltlichen Gewalt" des Papstes in Gemeinschaft getreten wären.

Wir würden indeß dem Advokaten Teodorani Unrecht zu thun scheinen, wenn wir nicht etwas genauer zusehen wollten, wie er für Dante's Amphibologia sich den Beweis zurecht gemacht hat. Scheinbar höchst einfach. „Erstens" (heißt es Giorn. p. 259) „belehrt uns der Dichter in seinem Sendschreiben an Can Grande della Scala, die göttliche Komödie habe einen dreifachen Sinn, einen buchstäblichen, einen allegorischen und einen amphibologischen. Ich sehe nicht ein, wozu ihm der amphibologische Sinn dienen sollte, wenn er sein Gedicht nach dem katholischem Katechismus und den herrlichen Weisungen der Paladine der Kirche gemäß hätte einrichten wollen. Aber er schrieb in Feindeslager, und da mußte er wohl sich mehr eines listigen Spieles als der gewöhnlichen Waffen bedienen gegen die schweren Geschütze vom Vatican her."

Sehen wir dagegen, was der Dichter in dem bezeichneten Briefe, womit er seinem Gönner und Freunde den dritten Theil der Komödie widmet, wirklich gesagt hat. Ich muß den betreffenden Paragraphen (Ep. XI, 7) wörtlich hersetzen: Ad evidentiam itaque dicendorum sciendum est,

quod istius operis non est simplex sensus, imo dici potest polysemum (al. l. polysensuum), hoc est plurium sensuum; nam alius sensus est qui habetur per literam, alius est qui habetur per significata per literam. Et primus dicitur *literalis*, secundus vero *allegoricus* sive *mysticus*. Qui modus tractandi ut melius pateat, potest considerari in his versibus: „In exitu Israel de Aegypto, domus Jacob de populo barbaro, facta est Judaea sanctificatio ejus, Israel potestas ejus.“ Nam si *literam* solam inspiciamus, significatur nobis exitus filiorum Israel de Aegypto tempore Moysis; si *allegoriam*, nobis significatur nostra redemptio facta per Christum; si *moralem* sensum, significatur nobis conversio animae de luctu et miseria peccati ad statum gratiae; si *anagogicum*, significatur exitus animae sanctae ab hujus corruptionis servitute ad aeternae gloriae libertatem. Et quanquam isti sensus mystici variis appellantur nominibus, *generaliter* omnes dici possunt *allegorici*, quum sint a literali sive historiali diversi. Nam allegoria dicitur ab *ἀλλοῖος* graece, quod in latinum dicitur alienum sive diversum.

Gerade so erklärt sich der Dichter auch im Convito (II, 1) über die verschiedenen Arten der Schriftauslegung überhaupt, nicht bloß seiner Schriften, nicht dieser oder jener von seinen Schriften allein. Sie ergibt zunächst einen zweifachen Sinn: 1) nach dem Buchstaben: sensus literalis sive historialis; 2) nach dem Geiste: sensus mysticus sive allegoricus, das letztere Wort in seiner weitern Bedeutung genommen. Dieser zweite tiefere Sinn zerfällt dann wieder in drei, je nachdem vorzugsweise entweder 1) der Verstand, namentlich über Glaubenswahrheiten, belehrt (allegoricus im engern Sinne), oder 2) der Wille auf's Gute gerichtet (moralis), oder 3) das Herz oder vielmehr der ganze Mensch im Verlangen und Streben nach oben zur Erreichung seines höchsten Zieles gefördert werden soll (anagogicus). Demgemäß bedeutet z. B. der „Auszug aus Aegypten“ (Ps. 113, 1) 1) die Befreiung des israelitischen Volkes durch Moses; 2) die

Erlösung der ganzen Menschheit durch Christus; 3) unsere Umkehr von der Sünde und ihrem Elende in den Zustand der heiligmachenden Gnade; 4) der geheiligten Seele Ausgang aus der Knechtschaft irdischer Verweslichkeit zur Freiheit in der ewigen Glorie. Dabei muß immer, so heißt es im Convito weiter, der buchstäbliche Sinn jeder tiefer gehenden Deutung und Anwendung zu Grunde gelegt werden; in ihm sind die drei anderen als eingeschlossen zu betrachten; er ist die Grundlage, von welcher alles höhere Wissen aufsteigt; gar nicht möglich ist es, ohne Feststellung des buchstäblichen Sinnes sich der bildlichen oder geistigen Bedeutung zu versichern; und wäre das möglich, so müßte es doch als unvernünftig, ordnungswidrig, nicht naturgemäß bezeichnet werden, es wäre verlorene Mühe und viel Irrthum würde die Folge seyn, wenn man es verschmähen wollte vom Sinnlichen zum Uebersinnlichen, vom Aeußern zum Innern, vom Bekanntern zum weniger Bekannten stufenweise fortzuschreiten.

So schließt sich Dante mit seiner Vielsinnigkeit, polysemum oder polysensuum, ganz den Vätern und Lehrern der Kirche an, von den Heiligen Ambrosius, Hieronymus und Augustinus (Frühere, die Alexandriner Clemens und Origenes namentlich, wie noch früher der Jude Philo, thaten dem buchstäblichen oder historischen Sinne mehr Gewalt an), besonders aber von Cassiodor (in psalmos) und Papst Gregor dem Großen (in Job) abwärts das ganze Mittelalter hindurch. Bekannt sind die beiden Gersonischen Verse:

Littera gesta docet, quid credas allegoria,
Moralis quid agas, quo tendas anagogia.

Aber gerade tausend Jahre vor Gerson hatte fast mit denselben Worten, wie wir sie oben von unserm Dichter hörten, Johannes Cassianus sich über die Sache ausgesprochen. Derselbe sagt (Collect. Patr. II, 14, nach Dionys. Carth., ed. Col. fol. 99, 100): Religionis scientia duplex est. Prima est practica seu actualis, in emendatione et purgatione vitiorum

consistens. Alia theorica, quae consistit in contemplatione divinorum et cogitatione sensuum secretissimorum . . . Theorica in *duas* dividitur partes, puta in expositionem seu sensum historicum et intelligentiam spiritualem. Porro spiritualis scientiae *tria* sunt genera, utpote tropologia, allegoria et anagogia. Tropologia est moralis expositio . . . Sic una eademque Hierusalem *quadrupliciter* potest intelligi, utpote 1) secundum historiam: civitas Judaeorum; 2) secundum allegoriam: ecclesia Christi; 3) secundum anagogiam: coelestis illa quae est mater omnium nostrum; 4) secundum tropologiam: anima hominis, quae frequenter sub hoc nomine laudatur aut increpatur a domino.

Ueber diese altherkömmliche Weise der Schriftauslegung ist Dante nirgendwo hinausgegangen, weder in den ausführlichen Commentaren, die er zu mehreren seiner Gedichte geschrieben hat (Vita nuova und Convito), noch auch mit irgend einer seiner Andeutungen über den Sinn, in welchem er seine Werke überhaupt und namentlich die göttliche Komödie verstanden haben wollte. Das Wort amphibologia, amphibologicus, kommt bei ihm gar nicht vor, und die Gauner-Sprache welche damit bezeichnet wird, überhaupt alles Doppelsinnige, Heuchlerische, Lügenhafte im Reden und Handeln, wie er es in Folge und zu Gunsten der Geheimbündelei gegen die Kirche geübt haben soll, ist mit seinem durch und durch klaren, wahren, edlen, furchtlosen Wesen ganz und gar nicht zu vereinigen.

Indeß haben wir noch erst halb gehört, wie Teodorani sich, um seine Behauptung zu rechtfertigen, auf Dante selbst beruft. In unmittelbarem Anschluß an die mitgetheilte Stelle schreibt er (Giorn. p. 259) weiter: „Im Convito finden wir ein zweites, noch offeneres Bekenntniß von dem Kunstgriff, dessen er sich bedient hat, als er sein Gedicht schrieb. „„Es war sehr leicht, sagt er, zu sprechen so, wie wir es bisher gethan haben, von Liebe und von unserer Herrin; aber ich will ablassen von dieser Weise der Darstellung und meine

Donna anders einkleiden. Ich thue das sehr ungern, doch bin ich hier dazu genöthigt, da es der einzige Weg für mich ist, den Gefahren zu entgehen. Sie wird in dem Kleide erscheinen, das ihre Rivalin trägt, deren Liebhaber von uns Todte (so hießen die Katholiken) genannt werden. Ich selbst werde aussehen wie ein Todter, indem ich mir Gewalt anthue, um für einen von ihren (der Rivalin, d. h. der katholischen Theologie) Buhlen gehalten zu werden. Doch wird durch diese Verstellung mein Herz kein anderes werden, immer vielmehr wird es der herrlichen und vollkommenen Tochter des Kaisers aller Welt gehören, welcher Pythagoras den Namen Philosophie gab, und die das gemeine Volk Beatrice nennt, weil es nicht weiß, wie es sie nennen soll.""

Von alledem nun findet sich durch's ganze Convito nicht eine Spur, abgesehen, versteht sich, von Wörtern und Satztheilen in ganz anderer Verbindung. Mißbraucht hat Teodorani besonders aus Conv. IV die Canzone und das erste Capitel des Traktates. Zu vergleichen ist dann noch Conv. II, 9: terminare lo parlare di quella viva Beatrice beata; cap. 15: la divina scienza sq. Diese, die Theologie, gleicht dem höchsten Himmel, dem Himmel der Ruhe, der Ruhe in Gott; von ihr und von ihr allein gilt das Salomonische *una* est columba mea, *perfecta* mea. Alle Wissenschaften sind Königinen zu nennen oder Kebsweiber und Mägde; die Theologie ist die Eine Taube, ohne Makel, ohne Streit. Sie allein heißt die Vollkommene, weil sie uns vollkommen die Wahrheit lehrt, nach welcher unsere Seele dürstet*). Nachdem aber dem Dichter seine erste Liebe, des Allerhöchsten Braut, aus den Augen verschwunden war, nimmt er zu

*) Tutte scienze chiama regine, e drude, e ancille; e questa (la divina scienza) chiama colomba, perchè è senza macola di lite; e questa chiama perfetta, perchè perfettamente ne fa il vero vedere, nel qual si cheta l'anima nostra. — c. 15.

desselben Weltbeherrschers schönster und ehrenreichster Tochter, der Philosophie, seine Zuflucht*). Endlich vergleiche man noch im Eingang zur Vita nuova: la gloriosa donna della mia mente, la quale fu chiamata da molti Beatrice, i quale non sapeano che si chiamare.

Von einem Widerspruche zwischen Vernunft und Offenbarung, ratio und intellectus (ex fide), monna Vanna und monna Bice, zwischen der gentil donna, die als zweite Liebe den Dichter tröstet und seinen Glauben aufrecht erhält (onde la fede nostra è ajutata, heißt es in der Canzone vor dem dritten Traktate) und der gentilissima, seiner „ersten Liebe", die er im Paradiese wieder findet — von einem solchen Widerspruche, wie man ihn jetzt zwischen Wissen und Glauben zu finden meint, hatten Dante, Thomas von Aquin und die großen Denker jener Zeit gar keine Ahnung und hat auch jetzt noch die katholische Kirche keinen Begriff.

---

*) E così in fine di questo secondo trattato dico e affirmo, che la donna, di cui io inamorai *appresso lo primo* amore fu la bellissima e onestissima figlia dello imperadore dell' universo, alla quale Pitagora pose nome filosofia. c. 16.

IV.

Der Kampf um die Schule in Belgien.

Belgien ist der Experimentalstaat für das moderne Europa, seine ganze Geschichte ist eigentlich nichts Anderes als ein praktischer Curs über das moderne Staatsrecht. Die Wahrheit vorstehenden Satzes welcher in diesen „Blättern" zuerst ausgesprochen wurde (Bd. 54. S. 299), ist sehr leicht zu beweisen. In Folgendem soll sie zunächst auf einem Felde nachgewiesen werden, das man bei uns soeben an allen vier *Ecken in Brand* gesteckt hat, das aber in Belgien schon längst brennt — auf dem Felde der Schule. Ducpetiaux' Schriften, besonders „Le prêtre hors de l'école" werden zunächst als Ausgangspunkte bei der Umschau dienen.

Die belgische Constitution garantirt drei große Freiheiten: die Freiheit des Cultus, des Unterrichts und der Association. Da diese drei Freiheiten so gut wie unbeschränkt sind, so möchte man versucht seyn zu glauben, die Constitution Belgiens sei das Palladium des gesammten Liberalismus; dem ist aber durchaus nicht so.

Jener Partei in Belgien, welche unserer liberalen entspricht, sind die genannten Freiheiten ein Dorn im Auge, und sind dieß deßhalb, weil sie auch den Katholiken Luft und Licht gewähren. Sich im offenen Kampfe der Consti-

tution gegenüber zu stellen, darf man in Belgien noch nicht wagen, einstweilen wird aber jede Gelegenheit benützt sie zu untergraben, zu schwächen, zu neutralisiren. Wenn man nun bedenkt, wie tief die Freimaurerei aller Schattirungen sich in den belgischen Boden eingebaut hat, so wird begreiflich, mit welcher Hartnäckigkeit dort über und unter der Erde gekämpft wird. Einige der größeren Minen, welche von den Geheimen bisher gesprengt wurden, waren die Läugnung der Freiheit der Nächstenliebe; die Angriffe gegen den Gesetzesvorschlag über die Wohlthätigkeitsanstalten und der hitzige Kampf, zu welchem die Diskussion hierüber in der Kammer der Abgeordneten den Vorwand lieferte; der Kreuzzug, welchen man gegen die religiösen Genossenschaften predigte unter dem Feldgeschrei: „fort mit den Klöstern!"; der Aufruhr von 1857, welcher die Auflösung der in ihrer Mehrheit conservativen Kammer bewirkte und die Liberalen an's Ruder brachte; die Loslassung einer alles Kirchliche mit geschwornem Haß verfolgenden Presse; die Beraubung der Studienfonds welche man, dem Willen der Stifter Hohn sprechend, den Katholiken entriß; die Fallstricke, welche man der Freiheit des Wahlrechtes legte und welche den Wahlsieg der Liberalen assekurirten; die systematische Ausschließung der Katholiken bei der Anstellung zu öffentlichen Aemtern sowohl der reinen Justiz als der Administration; die Verletzung der katholischen Friedhöfe; die Einreichung des Gesetzvorschlages über die Temporalien der Culte, welcher die Unterordnung derselben unter die Willkür der weltlichen Macht zur Folge haben müßte, u. s. f.

Vor Allem aber ist es das Gebiet des Unterrichtes, wo sich die Strategie des Liberalismus am meisten anstrengt. Die Unterrichtsfrage ist eben der Schlüssel zum Gewölbe des 19. Jahrhunderts. Es gibt in Belgien drei Arten von Schulen: Privatschulen, welche dem Boden der Unterrichtsfreiheit entsprossen sind; Communalschulen, theilweise vor, theilweise nach Einführung jener Freiheit entstanden, und

Staatsschulen welche die entstehende Unterrichtsfreiheit bereits vorfand und — leider nicht beseitigte. Der Kampf tobt nun auf allen drei Punkten zugleich; am heftigsten im Centrum, wo die Staatsschulen liegen, seit die Liberalen durch die Straßentumulte von 1857 den Staat zu ihrer Domaine gemacht haben. Princip und Zweck der Partei sind weltbekannt, die Mittel aber sind je nach den Umständen und Verhältnissen sehr verschieden. Man sucht also vor Allem den Staatsschulen eine ganz ungesetzliche Präponderanz zu verschaffen, ist eifrig bestrebt freigeisterische Adepten in das Lehrpersonal einzudrängen, engt fortwährend das verfassungsmäßig dem freien Unterrichte geöffnete Feld ein, erschwert Bestand und Entwickelung der christlichen Schulen durch Verweigerung des Gründungs- und Dotations-Rechtes, ohne welches das Princip der Freiheit eine Illusion ist, und sucht den Privatschulen die durch das Budget bewilligten Subventionen auf alle mögliche Weise zu entziehen. Hiezu kommen dann noch zunehmende Hindernisse für den Priester, welcher in den Communalschulen Religionsunterricht ertheilen will; bitterer Druck auf die Eltern, um sie zu bestimmen, ihre Kinder aus den kirchlichen Schulen weg in die Staatsschulen zu schicken; Verweigerung der Unterstützung für jene Armen, welche ihr constitutionelles Recht die Erzieher ihrer Kinder selbst zu wählen, beharrlich gebrauchen wollen; Aufhebung jener Verträge, durch welche für den Religionsunterricht in den städtischen Gymnasien gesorgt war; Confiskation katholischer Stipendien zu Gunsten freigeisterischer Studenten; Gründung von sog. Musterschulen für Mädchen, um sie vor religiösen Einflüssen zu bewahren; und besonders die Agitation gegen das Gesetz von 1842, den Primärunterricht betreffend.

Kraft dieses Gesetzes, welches viele Analogien bietet zu dem Gesetze von 1833 durch das noch jetzt der Primärunterricht in Frankreich geregelt wird, ist der Religionsunterricht in den niederen Gemeindeschulen obligatorisch; der Klerus nimmt an der Aufsicht Theil und übt folglich eine gewisse mehr

officiöse und moralische, als officielle und coaktive Autorität über das Volksschulwesen und besonders über die Auswahl der Schulbücher. Gegen dieses Gesetz nun hat der Liberalismus Belgiens in erster Reihe seine Widder gerichtet. Indessen trägt der Kampf dort schon einen wesentlich anderen Charakter als bei uns in Deutschland. Selbst in Baden handelt sich ja der Streit im Augenblicke noch darum, ob die Religion mit der Schule organisch oder mechanisch verbunden seyn soll, ob der Katechismus die Seele, oder eine Zuthat der Schule seyn müsse. Knies wollte aus der Religion ein Studium, eine Schulübung machen, wofür man Zeit und Ort genau bestimmt. Die Katholiken aber sagen, daß der religiöse Einfluß in der Volksschule habituell gegenwärtig seyn müsse, nur unter dieser Bedingung könne er auf Seele und Leben der Kinder seine ganze heilbringende Wirkung üben. In Belgien schickt sich die Schulfrage bereits an dieses Stadium zu verlassen und in die entscheidende Krisis einzutreten; dort fragt es sich: ist es überhaupt gut, daß Religion in den Schulen gelehrt werde? Ist die Schule wirklich eine Erziehungsanstalt, oder hat sie bloß den Unterricht zu vermitteln? Daß die Frage sich in Belgien so scharf zuspitzt, ohne das badische Uebergangsstadium förmlich durchgemacht zu haben, kommt daher, weil dort die Parteien sich überhaupt schroffer gegenüberstehen, und weil die freien Schulen bereits nach beiden Polen hin sich ausgebildet haben.

Da die Frage in nicht allzuferner Zeit auch bei uns die nämliche Seite herauskehren dürfte, so kann es von instruktivem Interesse seyn die Gründe zu erfahren, die in Belgien gegen einander geführt werden.

1) Die Liberalen behaupten, die Zulassung des Priesters in der Schule, besonders mit einem Anspruche auf Autorität, verletze die Unabhängigkeit des Staates. Dagegen sagen nun die Katholiken, diese Zulassung sei vollkommen frei und selbstgewollt gewesen, daß Gesetz von 1842 sei nur deßwegen gegeben worden, weil das Wohl der Gesellschaft es gebieterisch

erheischte. Die Gesetzgeber hatten volle Gewalt den Priester zurückzuweisen, aber auf die Gefahr hin, die Staats- und Gemeindeschulen veröden zu sehen. Sie haben mithin einer Nothwendigkeit gehorcht, aber kein Recht des Staates vergeben. Es war ein gegenseitiger Vertrag, durch welchen der Klerus seine Mitwirkung zusagt unter gewissen frei diskutirten Bedingungen. Seine Autorität in der Schule ist also keine andere, als die jedes Contrahirenden, welcher die Ausführung der Vertragsbedingungen fordern darf, an die er selbst gebunden ist.

2) Die Liberalen urgiren das Recht des Staates auf den Unterricht; aber sie sind zwar noch nicht bei dem Unterrichtsmonopol angelangt, was Angesichts der belgischen Lehr- und Lernfreiheit keine kleine Hexerei wäre; indessen erklären sie das Unterrichts-Recht des Staates als ein wesentliches und absolutes. Das negiren die Katholiken entschieden. Sie sagen: der Unterricht ist nicht im mindesten ein Prärogativ des Staates, sondern der Gesellschaft. Der Staat steht nicht über der Societät, sondern die Societät über dem Staate. Es kann die Societät theilweise in Verhältnissen sich befinden, wo der Staat helfend eingreifen mag und soll, aber seine dießfallsige Verpflichtung bleibt neben seinen Hauptzwecken immer eine sehr untergeordnete. Der Unterricht bildet unter Umständen einen öffentlichen Dienst, aber dieser muß sich genau den Verhältnissen der Gesellschaft anschmiegen, in deren Hinblick er organisirt wurde. Daraus folgt, daß die Schule unter keinem Titel ein Werkzeug des Staates werden kann, sondern daß sie Eigenthum des Volkes bleiben muß, für dessen Bestes allein sie wirkt. Mit anderen Worten, die Schulen, auch die öffentlichen, sind gegründet im Interesse der Bürger, nicht des Staates.

3) Die Liberalen behaupten mit besonderer Betonung, der Unterricht in einer bestimmten positiven Religion oder, wie wir sagen, der confessionelle Unterricht sei eine Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit. Dagegen sagen die Ka-

tholiken, das Gegentheil wäre richtiger und die Ausschließung dieses Unterrichtes könnte mit gutem Recht als eine Verletzung der Religionsfreiheit der Familie betrachtet werden, für welche die Schule gestiftet ist und welche deren Kosten zahlt. Die Gesammtheit Belgiens bekennt sich zur katholischen Kirche: worin also wäre sie verletzt durch die Theilnahme des katholischen Priesters an der Erziehung ihrer Kinder? Die Liberalen sagen, weil die Gemeinde Allen offen stehe, Gläubigen und Ungläubigen, so müsse es auch die Gemeindeschule. Aber müssen denn die Gläubigen den Ungläubigen geopfert werden? Es ist bekannt, daß die meisten Eltern, welche für sich selber indifferent sind, ihre Kinder von wegen der Sittlichkeit doch nicht gerne in religionslosen Schulen erziehen lassen. Und wenn auch, dann blieben dieser verschwindenden Minorität doch noch die freien Schulen zur Verfügung; sie mögen also nicht verlangen, daß sich die katholische Bevölkerung insgesammt ihren Launen füge. So die belgischen Katholiken; was wird denn der deutsche Katholik obigem Einwande einmal entgegensetzen vom Standpunkte des Schulzwanges aus einerseits — und der gesetzlichen Religionsfreiheit anderseits?

4) Die Toleranz, sagen die Liberalen, ist eine der größten Errungenschaften neuerer Zeit, sie muß heilig gehalten werden. Man übe aber einen großartigen Akt der Toleranz durch die Verbannung des dogmatischen Religionsunterrichtes aus der Schule. Dieser Unterricht gehöre ausschließlich ins Bereich der Kirche, die Schule habe ihre specifische Bestimmung, die man ihr bewahren müsse. Die Katholiken aber erklären, diese Procedur würde einen flagranten Akt von Intoleranz bilden. Es gebe keinen Mittelweg mehr: wo die Schule aufhört christlich zu seyn, wird sie antichristlich; wenn der Priester sie verläßt, zieht der Freigeist ein. Wolle man wahre Toleranz üben, so organisire man die öffentlichen Schulen nach dem Gesichtspunkte des Bedürfnisses, der Religion und der Wünsche des Volkes, für das sie bestimmt

sind; sie seien katholisch für Katholiken und protestantisch für Protestanten, und wer sich selber eine ganz eigene Religion zusammengemacht habe, der möge sich auch selber eine ganz eigene Schule dafür herrichten.

5) Die Liberalen sind natürlich voll sittlicher Entrüstung über den Widerstand der Katholiken gegen ihre Toleranzprojekte. Man wolle ja nur den zänkischen Dogmatismus aus der Schule verbannen, eine sittliche Unterlage müsse und werde der Unterricht in Zukunft dennoch haben. Aber, fragen die Katholiken, welche Basis wird denn diese Moral bekommen? Wer wird sich um Moralsätze kümmern, wenn kein belohnender und strafender Gott dahinter steht? In welche Verwilderung, in welches Chaos wollt ihr die Geister hineintreiben? Wohin die Philosophen gekommen sind, wissen wir; glaubt ihr, daß die Schulmeister zurückbleiben werden? Nein, sie werden mit ihren Schülern auf das hohe Meer hinaustreiben mit vollen Segeln und dort werden sie untergehen.

Von diesen und ähnlichen Positionen aus wird in Belgien der Federkrieg um die Schule geführt; aber diese Theorien sind nur die Spruchbänder zur Plastik der Thaten. Erst in diesen Tagen hat sich ein neuer großartiger Verein gebildet unter dem pompösen Namen „Liga des Unterrichts“. Es gibt nichts Harmloseres und Schöneres als das ostensible Programm dieses Vereines: Ausbreitung und Vervollkommnung der Erziehung und des Unterrichtes. Aber die Namen der Gönner und Stifter des Vereines verrathen sein innerstes Ziel. Die Liga ist nichts anderes als die Verbindung der Freigeister und Freimaurer, um mit vereinter Kraft sich der Staats- und Gemeindeschulen zu bemächtigen und das Land mit freien Schulen zu übersäen, aus denen der Name Gottes verbannt seyn soll. Das Gesetz von 1842 soll um jeden Preis zum Falle kommen und die Erziehung der Mädchen, welche bisher fast ausschließlich in den Händen religiöser Orden lag, muß diesen entrissen werden. „Es ist, sagt das Programm, für die Eintracht der Gatten, für das Glück der Kinder, für das

Wohl Aller von Wichtigkeit, daß das Weib endlich eine Erziehung erhalte, welche aus ihr die Helferin und Rathgeberin des Mannes, die erste Lehrerin des Kindes macht." Der Gemeinderath von Brüssel hat nun gleich auch ein Muster einer solchen Mädchenschule gegründet. Darin sind alle äußeren Zeichen untersagt, welche im Stande wären die Schülerinen irgendwie an eine Religion zu erinnern. Das Bild des gekreuzigten Heilandes fehlt wie das der hl. Jungfrau. Das Gebet ist dort verboten wie anderwärts die Gotteslästerung. „Betet man hier nicht zum lieben Gott?" fragte ein kleines Mädchen die Lehrerin. „Nein, mein Kind, das kannst du zu Hause thun; hier haben wir etwas anderes zu thun:" war die Antwort. Und worin besteht dieses andere? Darin, daß man dem Kinde mit den religiösen Uebungen seiner ersten Lebensjahre gewöhnlich auch das Kleid der Unschuld abzieht, um die Einigkeit der Familie herzustellen, d. h. die Frau dem Manne gleich zu machen, der unglücklich genug war, den Glauben seiner Väter zu verlieren.

Es ist aber mit der Schule wie mit der aus Zungen bereiteten Mahlzeit des Aesop: da kann man zugleich das Beste und auch das Abscheulichste haben, was es gibt. Wer die Verbrecherwelt beobachten will, der kann constatiren, daß die ruchlosesten Missethäter jene sind, welche ein gewisses Maß von Wissen besitzen und dabei aller Religion baar sind. Was steht dem katholischen Belgien, was der menschlichen Gesellschaft bevor, wenn die „Liga des Unterrichts" das ausgedehnte Gebiet der Staats- und Gemeindeschulen für ihren giftigen Samen wirklich erhalten soll? Wahrhaft schaudervoll sind schon die Früchte, welche das Antichristenthum bisher auf dem beschränkten Terrain der freien Schulen erzielt hat. Hat doch der Studentencongreß zu Lüttich soeben ganz Europa mit Widerwillen und Grausen erfüllt! Steigen wir aber einen Augenblick in die Niederungen des freien Denkens hinab und vernehmen wir dort das Echo der Doktrinen der Meister! Hier folgt das „Vorspiel" einer Broschüre, welche unter der

Arbeiterklasse circulirt und leider zur Schande der Zeit dort nur zu viele Anhänger sammelt:

„In der Ueberzeugung, daß es Pflicht aller honnetten Leute ist, mit allen möglichen Mitteln zu arbeiten an der Ausrottung der Götzen, der Vorurtheile und des Aberglaubens .... entbieten die Gründer der Gesellschaft der Freidenker (Libres penseurs), während sie die Grundlagen ihres neuen Vereines legen, ihren älteren Brüdern, den Affranchis und Solidaires, ihren ehrerbietigen Gruß. Wie ihr, so wollen auch wir Freidenker ohne Haß und Zorn gegen die Unterdrückung der menschlichen Vernunft durch die Diener aller Religionen Protest erheben; wenn wir es für nothwendig befunden haben, eine dritte Gesellschaft neben euern beiden zu gründen, so geschah es, weil jene den Priester nur vom Sterbebette zurückweisen; es hat uns aber consequent geschienen, seine Intervention nicht bloß vom Sterbebette, sondern auch von den Familien zurückzuweisen, weil der Klerus aller Kirchen sich in die Familien nur einschleicht, um unsere Frauen und Kinder zu rauben .... Devise auf unser Banner:

Freidenker!

Kein Priester mehr bei unserm Tod, bei unserer Heirath, bei der Geburt unserer Kinder!" ...

In einer andern Broschüre mit dem Titel: „Wahrheiten, bewiesen durch die Gesellschaft der Freidenker" u. s. f. kommen folgende Sätze vor: „Es gibt keinen Gott! .... Da es keinen Gott gibt, so kann er auch nicht Schöpfer und nicht Lenker der Welt seyn, nicht gut, nicht gerecht und nicht ewig!" Bei ihren gotteslästerischen Begräbnissen, am Rande des Grabes hat man die Jünger dieser Sekte ihre Todten mit Blasphemien begrüßen und ausrufen hören, daß der Friede der Seele in der Gotteslängnung gefunden werde. Die Literatur dieser Besessenen steht in nichts ihrer Philosophie nach. Man urtheile hierüber aus dem nachfolgenden Probestück, das wir von gedruckten Blättern, welche zur Zeit der Wahlen von 1864 in tausenden von Exemplaren unter's Volk verbreitet wurden, abgeschrieben haben:

„Il est un dieu, d'un se l'imagine,
Un dieu bonhomme, un dieu de Béranger,
Un dieu vengeur, *fils d'une concubine*,
Un triple dieu, qu'on peut boire et manger,
Ah! que de fois, affligé par le doute,
Ai-je sondé néant, éternité,
Quand la raison, que tout prêtre redoute,
Vint m' éclairer sur la divinité."

Diese schauerlichen Strophen hat man nach der Arie eines religiösen Liedes in den Bierschenken und selbst von Kindern singen hören, und es hat sich ein Elender gefunden, der seinen Namen darunter setzte und sich dieser „poetischen Ausschweifung" rühmte! In einem Werke derselben Art, welches in Brüssel gedruckt und in zahlreichen Exemplaren in anderen Städten, besonders in Gent verbreitet wurde, liest man:

„Erwürgen wir sogleich des Hungers Grund, den Priester,
Den Priester, ihn zuerst, deß' Dogmen, die verkehrten,
Sind Schuld an allem Leid, das uns bedrückt auf Erden.
So lang ein Priester lebt, stirbt Neid und Zwietracht nicht,
Und Lug und Heuchelei, und jegliches Gezücht
Der Laster, die erzeugt hat die Verworfenheit,
Erhält des Menschen Sinn in seiner Niedrigkeit."

Mögen unsere Leser uns verzeihen, daß wir solche Schändlichkeiten ihnen vor Augen gesetzt haben. Aber wenn man sich über den Zustand eines Kranken informiren will, muß die Untersuchung auch auf ekle Geschwüre gefaßt seyn. Fragt man nun die Katholiken Belgiens, wie es komme, daß ihr schönes Land solche Ungeheuer ausbrüte, so deuten sie auf die antichristlichen Freimaurerschulen und auf die halbverdorbenen Staatsschulen und sagen: das sind die Brutöfen! Dort wird der Wind gesäet, der in einer giftigen Literatur wie in Aeolsschläuchen sich condensirt, um dereinst durch die Gassen zu stürmen. Die Brüder am Staatsruder sehen das Alles, und weder die Justiz noch die Administration hat etwas

dagegen einzuwenden. Die Schule ist der Schmelztigel, in der die Generationen geformt werden.

Jene Leute in Deutschland, deren Glaube an die absolute Nothwendigkeit des Polizeistockes unerschütterlich ist, weisen nun mit Fingern auf die geschilderten Zustände Belgiens hin und rufen: seht, das thut euere vielgepriesene Freiheit! Allein die Freiheit that es wahrlich nicht. Unter ihrem Schutze hat die Kirche Belgiens unzählige Schulen gegründet, und was die Liberalen aufbrachten, kam dagegen kaum in Betracht. Da zogen sie die Schnüre ihres Geldbeutels weislich zusammen und warfen ihre Sorgen auf den Staat.

Einer ihrer angesehensten Wortführer, Hr. Laurent, Professor an der Universität in Gent, nahm keinen Anstand zu erklären: „Die Freiheit des Unterrichtes läuft auf eine Zerstörung unserer socialen Ordnung hinaus." Er verficht den vom französischen Convent wieder hervorgezogenen Grundsatz der Spartaner, daß das Kind Eigenthum des Staates ist, noch ehe es der Familie gehört. „Die Katholiken vergessen, sagt er, daß die moderne Civilisation kein sogenanntes Recht des Vaters eigentlich mehr anerkennt: man rede also nicht mehr von Rechten des Familienvaters, das Kind ist es, das ein Recht auf Erziehung hat. Aber weil das Kind dieß Recht nicht geltend machen kann, so ist es Pflicht der Gesellschaft seine Interessen zu wahren. In diesem Sinne kann man sagen, daß der Unterricht wesentlich dem Staate zustehe; er kann sogar die Eltern zwingen, die Kinder in die Schulen zu schicken, die er dazu etablirt." So denkt sich der Freidenker den Fortschritt! Nur versteht sich dabei von selbst, daß der Staat nach der Façon des Fortschritts eingerichtet werde, daß dieser ihn nach seiner Doktrin und ausschließlich regiere, und daß dann die jugendlichen Geschlechter ja keine andere Bildung erhalten als die liberale. An pompösen Phrasen und optischen Täuschungen fehlt es nicht, um die Angel zu verdecken, wobei auch auf den Unverstand vieler Familienväter spekulirt werden kann.

Der liberalen Doktrin entsprechend werden nun auch den katholischen Schulen alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Es ist beinahe unglaublich, daß in Belgien, wo durch die Verfassung die umfassendste Unterrichtsfreiheit in formellen Ausdrücken sanctionirt ist, die herrschende politische Partei hartnäckig das natürliche Corollar dieser Freiheit läugnen kann. Niemand bestreitet den Katholiken das Recht zu lehren; aber wenn sie sich dieses Rechtes bedienen wollen, um eine Schule zu gründen, zu fundiren, so gestattet man das nicht. Was ist aber eine Schule ohne das zur Aufnahme der Schüler nöthige Gebände, ohne die zur Sicherung ihrer Existenz und Fortdauer bestimmte Dotation? Diese Beschränkung der Freiheit ist in Wirklichkeit eine flagrante Verletzung des Fundamentalvertrages und setzt die Privatanstalten in die Luft.

Die Liberalen entsetzen sich auch in Belgien, wie überall, über die große Anzahl von Kindern, welche wegen Mangel an Schulen ohne Unterricht aufwachsen. Wenn nun die Katholiken ihrerseits dem Mangel abhelfen wollen, so hält man ihnen ein unüberwindliches Veto entgegen. Man thut noch mehr: während man ihnen malitiöse Hindernisse legt, beschuldigt man sie, daß sie Feinde der Volksbildung seien. Gesetzt, ein reicher Katholik wohnt in einer Gemeinde, die keine Schule hat oder nur eine schlechte, wo die Kinder in der Unwissenheit belassen und dem Laster zugeführt werden. Die Gemeinde ist arm und folglich nicht in der Lage, dem traurigen Mangel abzuhelfen. Gerührt von diesem hilflosen Zustande und entschlossen ihm ein Ende zu machen, erbietet sich nun der reiche Mann ein Terrain abzulassen, ein Schulhaus darauf zu bauen, einen Lehrer anzustellen und die Existenz der Stiftung zu sichern ohne der Gemeinde einen Groschen aufzubürden, unter der einzigen Bedingung, daß die Schule ihre Unabhängigkeit und Freiheit bewahre. Nein, sagt die Curatelbehörde, so darf es nicht gehen. Ich will die Schenkung schon annehmen, aber ich gedenke die ganze Anstalt in meine

zu nehmen. Wenn nun der Wohlthäter das nicht
kann er die Schule wohl bauen, aber er kann sie
tiren und muß sie einer ungewissen Zukunft preisgeben.
Gesetze wurden auf den Barrikaden von 1857 ge-
Die Mittel, deren Aufbringung der privaten Nächsten-
ersagt ist, soll nun der Staat beischaffen, indem er
Volke die Millionen eintreibt, welche christliche Wohl-
keit vergebens anbot. So steht es in Belgien. Es
der Theorie nichts herrlicheres als die Freiheiten,
die Verfassung gewährt, und nichts jämmerlicheres als
schränkungen, Vorbehalte und Auslegungen mittelst
gelungen ist, sie in Schein zu verwandeln. Es ist
ges System von Finten und Schlichen, das sich unab-
lich einem mit machiavellistischem Scharfsinn angelegten
entrollt, und welches, wenn man nicht wieder die
Ordnung herstellt, mit einer wahren Sklaverei der
der Bürger endigen muß.
Lichter sind ausgelöscht, also müssen die Feuer an-
werden. Nachdem in beschriebener Weise der Freiheit der
standen ist, und die Schule Tag für Tag mehr den
des Staatsmonopols erhält, ist es Zeit dem Werke
aufzusetzen — durch den Schulzwang. Das wird
ergötzliches Schauspiel seyn: im freiesten Lande von
im Lande der allgemeinen Lehr- und Lernfreiheit —
Schulzwang! Vorläufig müssen nun die Gemüther prä-
werden. Mit dem Schulzwange in der plumpen Form,
in Deutschland grassirt, läßt sich in Belgien noch
operiren; man zerlegt also den Schulzwang in Lern-
und Schulbann, läßt letzteren einstweilen fahren, um
ersten durch's Oehr zu bringen. „Man beabsichtiget
sagt Jules Simon, die Familienväter zu zwingen,
Kinder in die Schule zu schicken, man zwingt sie bloß,
unterrichten, was etwas ganz anderes ist. Der Vater
die Wahl der Mittel, er kann selbst unterrichten, oder
wen immer es ihm gut dünkt, in seinem oder in einem

andern Hause unterrichten lassen. Es herrscht hier völlige Freiheit. Man verbietet ihm nur Eines: daß er nämlich seinen Sohn zur Unwissenheit verdamme. Weiter geht die Tyrannei nicht." Man sieht, diese Distinktion ist sehr verfänglich und maskirt ziemlich gut; aber die Thatsachen machen zu grelle Anmerkungen dazu. Die Freiheit der Wahl bleibt in der That nur dem Reichen und bis auf einen gewissen Punkt dem Arbeiter in den Städten, aber für die große Masse der Bevölkerung, welche in Orten mit nur einer Schule zerstreut lebt, existirt diese Freiheit nicht, und es würde der Zwang mit absoluter Nothwendigkeit dominiren. Ehe die katholischen Familien ihre Kinder ungläubigen Lehrern anvertrauen, werden sie es vorziehen, sie nicht in die Schule zu schicken trotz alles Zetterns der Liberalen. Schon jetzt aber wird mit hundert Drückern auf die Eltern gewirkt, um sie zu bestimmen, ihre Kinder aus den freien Schulen wegzunehmen und sie den Staatsschulen abzuliefern. Hier bietet man ihnen Unterstützungen an, dort entzieht man sie ihnen, um ihren Widerstand zu brechen. Kein Mittel läßt der Unglaube in Belgien unversucht, um die Kinder dem Heilande zu entreißen. Man möchte meinen, die Aufgabe der Menschheit bestehe darin, das nunmehr wieder einzureißen, was sie in tausend Jahren mit so viel Mühe errichtet hat, und es gäbe fortan keine andere Gefahr zu beschwören, als die Theilnahme des Christenthums an der Erziehung der Menschheit.

Wie wird wohl der Kampf um die Schule in Belgien enden? Es ist bekannt, daß der „große Orient" in Brüssel im vergangenen Sommer beschlossen hat, für Einführung des Schulzwanges zu agitiren, und demgemäß wäre wohl das Aeußerste zu fürchten. Aber es wäre doch möglich, daß der tiefbedrängten Freiheit Belgiens im kritischen Augenblicke noch ein Helfer erschiene, und dieser Helfer wäre dießmal — das rothe Gespenst oder die Furcht vor ihm. Der Schulzwang ist und bleibt nun einmal ein communistisches Princip; das wollen zwar unsere deutschen Liberalen nicht capiren,

aber die Communisten in den belgischen Fabriken capiren es bereits. Erst jüngst hat Agathon de Potter der belgischen Akademie eine Abhandlung über den „Schulzwang" eingereicht, die zwar in die Sammlung der Akademie nicht aufgenommen wurde, die wir aber aus dem betreffenden Referate des Hrn. Ducpetiaux kennen. Wenn wir de Potters Abhandlung aus den Wolken, in die er sie gehüllt hat, herausnehmen, so bleibt folgender Kern:

1) Das individuelle Eigenthumsrecht auf Grund und Boden muß aufgehoben werden, es ist dasselbe ein Monopol, dessen Ursprung und Erhaltung in keiner Weise gebilliget werden kann. Die Erde ist ein Eigenthum Aller, Alle haben auf sie ein gleiches Recht.

2) Der industrielle Fortschritt, die Anwendung der Maschine ist heutzutage ein bloßes Mittel die Arbeiter zu Gunsten des Capitales auszubeuten. Die Societät muß so organisirt werden, daß durch die Erfindungen und Maschinen nicht bloß Einige bereichert werden, sondern daß Jedermann greiflich erfährt, es gebe um so mehr Glückliche, als es Maschinen gibt.

3) Der Arbeiter ist heutzutage der Sklave des Herrn, der ihn beschäftiget und ausnützt. Um diesen Mißbrauch zu beseitigen, muß die Gesellschaft anders organisirt werden. Es soll also keine Eigenthümer mehr geben, unter welcher Form und Benennung es auch sei; man muß jedem klar machen, daß er Niemandes Eigenthum sei u. s. w.

4) Alle Menschen sind gleich, denn alle sind gebildet durch die Vereinigung eines Organismus mit einem fühlenden Princip, und alle fühlenden Principe sind anerkannt identisch. Damit diese Gleichheit verbürgt sei, müssen nothwendig alle durch Fürsorge und auf Kosten der Gesellschaft unterrichtet und erzogen werden, so daß auch die Wissenschaften allen zur Verfügung stehen, wie Grund und Boden und Maschinen.

5) Die schrankenlose Concurrenz ist die Quelle all

unseres Verderbens. Um sie zu entfernen, kommt es darauf an, die Geisteskraft Aller mit derselben Sorgfalt zu entwickeln u. s. f.

So der belgische Socialist. Man wird nicht läugnen können, daß seine Theorie wenigstens mehr Consequenz in sich hat als die der Liberalen. Der Liberalismus will die Gesellschaft nivelliren, will alle Berge eben machen, nur auf seinen Goldbergen möchte er ruhig sitzen bleiben. Da sagen die Communisten: nein! wenn der Communismus auf intellektuellem Gebiete mit Gewalt durchgeführt werden darf, so sehen wir nicht ein, warum das nicht auch auf materiellem Gebiete der Fall seyn soll. Das Kind hat ein Recht auf Unterricht, das Kind hat auch ein Recht auf Grund und Boden, und so lange es minorenn ist, hat die Gesellschaft für das Kind einzutreten.

Die Consequenz communistischer Arbeiterschaaren reicht bekanntlich nicht weniger als die der Liberalen von 1857 bis zu Pflastersteinen und Kanonen, und der liberalen Furcht vor der rothen Blouse könnte es vielleicht vorbehalten seyn, den Katholiken Belgiens Luft zu machen. Sonst wäre unbedingt Arges zu erwarten; denn in Belgien experimentirt das moderne Europa. „Es gibt, sagt Ozanam, im Innern der menschlichen Natur ein unzerstörbares Heidenthum, das in allen Jahrhunderten neu aufwacht, das immer gern zu den heidnischen Philosophen zurückgreift, zu den heidnischen Gesetzen, zur heidnischen Kunst, weil es dort seine Träume verwirklichet und seine Gelüste befriediget findet.“ Das ist auch der Abhang, über den unsere Zeit täglich tiefer und tiefer hinabrollt. In Belgien stehen sie bereits am Scheideweg zwischen Christenthum und Heidenthum; wird die Schule erobert seyn, so wird sie die erste Etappe bilden auf der gewählten Bahn hüben oder drüben.

aber die Communisten in den belgischen Fabriken capiren es bereits. Erst jüngst hat Agathon de Potter der belgischen Akademie eine Abhandlung über den „Schulzwang" eingereicht, die zwar in die Sammlung der Akademie nicht aufgenommen wurde, die wir aber aus dem betreffenden Referate des Hrn. Ducpetiaux kennen. Wenn wir de Potters Abhandlung aus den Wolken, in die er sie gehüllt hat, herausnehmen, so bleibt folgender Kern:

1) Das individuelle Eigenthumsrecht auf Grund und Boden muß aufgehoben werden, es ist dasselbe ein Monopol, dessen Ursprung und Erhaltung in keiner Weise gebilliget werden kann. Die Erde ist ein Eigenthum Aller, Alle haben auf sie ein gleiches Recht.

2) Der industrielle Fortschritt, die Anwendung der Maschine ist heutzutage ein bloßes Mittel die Arbeiter zu Gunsten des Capitales auszubeuten. Die Societät muß so organisirt werden, daß durch die Erfindungen und Maschinen nicht bloß Einige bereichert werden, sondern daß Jedermann greiflich erfährt, es gebe um so mehr Glückliche, als es Maschinen gibt.

3) Der Arbeiter ist heutzutage der Sklave des Herrn, der ihn beschäftiget und ausnützt. Um diesen Mißbrauch zu beseitigen, muß die Gesellschaft anders organisirt werden. Es soll also keine Eigenthümer mehr geben, unter welcher Form und Benennung es auch sei; man muß jedem klar machen, daß er Niemandes Eigenthum sei u. s. w.

4) Alle Menschen sind gleich, denn alle sind gebildet durch die Vereinigung eines Organismus mit einem fühlenden Princip, und alle fühlenden Principe sind anerkannt identisch. Damit diese Gleichheit verbürgt sei, müssen nothwendig alle durch Fürsorge und auf Kosten der Gesellschaft unterrichtet und erzogen werden, so daß auch die Wissenschaften allen zur Verfügung stehen, wie Grund und Boden und Maschinen.

5) Die schrankenlose Concurrenz ist die Quelle all

Born eines tiefbewegten Dichtergemüthes geschöpft sind. Daß Emilie Ringseis eine geborne Dichterin ist, braucht sie nicht erst zu erweisen; ihre geistlichen Dramen gehören zum Besten, was auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Auch in der Sammlung der vorliegenden Gesänge wird man den eigenthümlichen Charakter dieser Muse wieder erkennen. Ihrem Wesen ebenso wie dem Ernst der Zeiten angemessen, waltet durch die Mehrzahl derselben der religiöse Grundton vor, in allen ein streng ethischer Geist. Etwa ein Drittheil der Sammlung nehmen „Weltliches" und „Gelegenheitsgedichte" ein; daran schließt sich eine kleine Abtheilung frommer Gesänge und Sprüche als „Uebergang zum Geistlichen"; den Grundstock der eigentlich religiösen Gedichte bilden zu einem Theil „Eindrücke aus dem Kirchenjahr", zum andern die „dem hochwürdigsten Gut" gewidmeten Lieder, und als würdiger Schluß folgt dann noch ein geistliches dramatisches Gedicht: „des Blindgebornen Heilung."

Wie sich von selbst versteht, ist nicht Alles gleichbedeutend in dem Buch, und wie bei jeder andern Liedersammlung ließe sich auch hier bei Einzelnem darüber rechten, ob es besser aufgenommen oder bei Seite gelegt wäre. Auch bezüglich der Form kann gegen einzelne Freiheiten, die sich die Dichterin gestattet, Einwendung erhoben werden; in ihrem Kraftgefühl ringt sie der Sprache manche kühne Wortbildung und Wortverknüpfung ab, wovon vielleicht nicht jede vor dem Auge grimmer Wächter der Grammatik und Prosodie gleichmäßig Stand hält. Im großen Ganzen jedoch enthält das Buch so viel Schönes und Vortreffliches, daß diese milde Mischung mit minder Vollkommenem nur dazu dienen kann, der Sammlung einen liebenswürdig menschlichen Charakter zu verleihen. Hat sich ja in der Lyrik vor Allem der Mensch, die Persönlichkeit des Dichters selber darzustellen.

Die Gedichte dieser Sängerin zeigen einen merklichen Unterschied von der gewöhnlichen Frauenlyrik. Da ist nichts

Verschwommenes, Geschminktes, ätherisch Verduftendes: gedankenvolle Gedrungenheit ist ein wesentliches Kennzeichen der Dichtungen von Emilie Ringseis, und hierin kommt sie der ihr überhaupt geistesverwandten Annette von Droste-Hülshoff nahe. Auch die weltlichen Gedichte tragen den Ernst, der ihrer Muse auf die Stirne gedrückt ist. So besonders die Naturlieder wie: Gebirgseinsamkeit (S. 5), Wasserfall in der Klamm (S. 7), im See (S. 11). Sie haben etwas von der Wehmuth, welche über alle Natur ausgegossen ist, von jenem gemeinsamen Stöhnen der Creatur, von der die Schrift spricht. Das Unheimliche, das zuweilen aus den elementaren Kräften redet, ist gut verkörpert in der mythischen Gestalt des Staffelseereiters (S. 20). Eigentliche Lieder dagegen, jene sangbaren, weich hinfließenden oder frisch hinausgesungenen leichten Weisen findet man in der Abtheilung des „Weltlichen" fast gar nicht. Die Dichterin glaubt sich selber in einem Gedichte über den ernsthaften Zug ihres Wesens rechtfertigen zu müssen: ernst scheint sie ihr, die Welt, „am meisten, wenn ihr Lachen so sinnlos gellt", und ihr ist „der Ernst Geselle, kein drückend Joch" (S. 32). Wacker wehrt sie einen andern Einwurf gegen ihre Dichtungsweise, die man schon öfter als eine männliche bezeichnet hat, durch einen Spruch ab, worin sie sagt:

Nicht unweiblich ist, daß ich dichte,
Wenn ich's in weiblicher Zucht ausrichte . . .
Doch wie den Mann auch Zartheit ehrt,
Sei dem Weibe nicht Kraft verwehrt!
Läßt sich die Weiblichkeit nur erkennen,
Hör ich mich gern auch männlich nennen;
Denn so ward mir ja nichts entwandt,
Löbliches nur hinzuerkannt.

Daß sie übrigens den Ton zum Scherz und Schalkhaften findet, zeigen einige eingestreuten muntern Einfälle, deren man gern noch mehreren begegnen möchte, wie der fröhliche

Rhythmus vom „Kuß im Trabe“ und der kindliche Schwank über „rothes Haar“ (S. 31, 33). Sinnreich, von zutreffenden Bildern durchleuchtet ist die Selbstvertheidigung des Reims gegen einen Reimverächter (S. 42); vermöge ihres Gehalts kann sich diese hübsche oratio pro domo mit ihren klingenden Oktaven in jeder Poetik sehen lassen und wird auch vielleicht in mancher künftigen zu finden seyn.

Ueberhaupt entfaltet die Dichterin, wo sie für irgend eine Gerechtsame des Parnasses das Wort führt, eine warme und markige Redegewandtheit. Von Feuer durchglüht sind besonders die dreizehn Sonette, die sie zur Ehrenrettung der Schauspielkunst in eine Kette geschlungen hat. Man hört aus diesem Redestrom wohl heraus, daß hier eine dramatische Dichterin spricht, der, wie in engeren Kreisen längst bekannt ist, gelegentlich auch selber ein mimisches Talent zu Gebote steht, und zwar ein Talent von ungewöhnlicher Darstellungskraft. Die Schauspielkunst führt da ihre Selbstvertheidigung, um Rang und Anerkennung unter den andern Künsten zu erstreiten: auch sie, sagt sie, sei „Reit'rin auf dem Flügelpferde“, und will „gleichbürtig ihren Schwestern“ seyn. Sie tritt als eifernder Anwalt auf für „die Zunft die sich verkleidet“, und ergießt sich in fast zürnender Sprache gegen deren Schelter und Verächter. Freilich wer Beruf und Ziel der Schauspielkunst so hoch erfaßt, wie es unsere Dichterin in diesen Sonetten thut, für den bedarf es nicht erst einer Ehrenrettung jener Kunstform:

Nein, wuchre mit mir! Lerne Kunst gebrauchen
Als was sie ist: Zeugniß der Offenbarung,
Daß Gottes Bild du sei'st aus Gottes Hauchen!

Begreifst du so der Schöpferkraft Erfahrung,
Wird jede Kunst dem Glauben Liebesnahrung,
Dankwolke, zum Urschöpfer aufzurauchen!

In den Gelegenheitsgedichten lernt der Leser Emilie

Ringseis als warmblütige Patriotin kennen, namentlich in Gesängen aus dem Jahre 1859. Das prächtige Widmungs-Gedicht, das sie in das Radetzky-Album, bei der Kunde von der Genesung des alten Kriegshelden, schrieb, hat dazumal die Runde durch die deutschen Blätter gemacht. Ebenso ist der poetische Gruß an die heldenmüthige Königin Marie zu Gaeta ein schönes Gedächtnißblatt geworden. Andere sinnige Festgrüße in dieser Reihe sind: der Willkomm, womit Cornelius, der „Schlüsselmann neudeutscher Kunst, Peter mit dem Petersschwerte", auf seiner Heimkehr von Rom im Sommer 1861, im Festkreise der Künstler zu München begrüßt wurde; der heitere Ehrenspruch auf das goldene Schiff der Universität München, ein kunstreiches Trinkgefäß, das, ein Geschenk des Erzherzogs und nachmaligen Kaisers Ferdinand II. an die Universität Ingolstadt, noch jetzt bei festlichen Gelegenheiten umgereicht wird. Endlich wird Jeder mit Beifall in den Preis einstimmen, den die Dichterin ihrem hochverdienten Vater zum fünfzigjährigen Doktorjubiläum dargebracht hat, dem „tapfern Ritter ohne Furcht und Tadel", der „in Wissenschaft und Leben seinem Stand ein Adel, Licht, Heil und Trost für Viele, dem Vaterland ein Mann!" Ja, ein Mann wie Wenige in unserer an Charakteren so kläglich armen Zeit!

Vorzügliches hat Emilie Ringseis in den geistlichen Gedichten geleistet. Erreicht in diesen ihre Poesie den höchsten lyrischen Schwung, so gelangt auf der andern Seite ebenso die schlichte ungeheuchelte Frömmigkeit in vielen derselben zu tiefempfundenen Lauten. Namentlich sind die „dem hochwürdigsten Gut" geweihten Lieder frisch aus der Stimmung heraus geschrieben und geben Gefühlen, wie sie Jeder durchgelebt hat, einen ungekünstelten seelenvollen Ausdruck. Man lese beispielsweise jene von der Communion, wie gleich das erste unter denselben: „Bin zum Tisch des Herrn gegangen" 2c. (S. 179). Da spricht der unmittelbare, kindlich fromme Glaube.

Aecht und einfach ist auch folgendes Lied empfunden, das der Abtheilung „Uebergang zum Geistlichen“ eingereiht ist:

Schweigend sah der Herr vom Kreuze,
Ich auch sah Ihn schweigend an;
Denn ich hab so oft bereuet
Und so oft die Schuld erneuet,
Daß ich nichts mehr sagen kann.

„Herr, Du weißt ja!“ Das war Alles,
Da mein Blick den Seinen fand.
Daß ich nicht noch tiefer gleiten,
Sondern fürbaß möchte schreiten,
Reicht' Er mir die blut'ge Hand.

Unter den „Eindrücken aus dem Kirchenjahr“ findet sich ebenfalls viel Schönes in mannigfaltigem Anklang. Erwartung, Freude, Trauer und Triumph: alle diese Herzens-Bewegungen, wie sie der Kreislauf des christlichen Jahres erweckt, brechen nach einander in Liedertönen hervor. Die Anschauung des einfältigen Glaubens prägt das naive, im Geist der alten Noels gedachte, Weihnachtslied „das neugeborne Christkind“ (S. 150) recht lieblich aus. Ebenso innig aufgefaßt ist der Gesang der Jungfrau zu dem Neugebornen (S. 151). In kräftigen Akkorden aber klingen die festlichen Kirchentöne hinaus, wie „des Herrn Ruf auf Frohnleichnam“ (S. 199):

Tragt Mich hinaus von den Altären,
Ich will zu Meinem Volke gehn,
Den Anblick Allen zu gewähren!
Die sich von Meinem Tische nähren,
Sie sollen Mich mit Freudenzähren
In ihrer Mitte wandeln sehn!

Die volle Poesie eben dieses schönen Tages athmet der folgende Festgesang, der als eine letzte Probe ganz hier Platz finden soll:

Ringseis als warmblütige Patriotin kennen, namentlich in Gesängen aus dem Jahre 1859. Das prächtige Widmungs-Gedicht, das sie in das Radetzky-Album, bei der Kunde von der Genesung des alten Kriegshelden, schrieb, hat dazumal die Runde durch die deutschen Blätter gemacht. Ebenso ist der poetische Gruß an die heldenmüthige Königin Marie zu Gaeta ein schönes Gedächtnißblatt geworden. Andere sinnige Festgrüße in dieser Reihe sind: der Willkomm, womit Cornelius, der „Schlüsselmann neudeutscher Kunst, Peter mit dem Petersschwerte", auf seiner Heimkehr von Rom im Sommer 1861, im Festkreise der Künstler zu München begrüßt wurde; der heitere Ehrenspruch auf das goldene Schiff der Universität München, ein kunstreiches Trinkgefäß, das, ein Geschenk des Erzherzogs und nachmaligen Kaisers Ferdinand II. an die Universität Ingolstadt, noch jetzt bei festlichen Gelegenheiten umgereicht wird. Endlich wird Jeder mit Beifall in den Preis einstimmen, den die Dichterin ihrem hochverdienten Vater zum fünfzigjährigen Doktorjubiläum dargebracht hat, dem „tapfern Ritter ohne Furcht und Tadel", der „in Wissenschaft und Leben seinem Stand ein Adel, Licht, Heil und Trost für Viele, dem Vaterland ein Mann!" Ja, ein Mann wie Wenige in unserer an Charakteren so kläglich armen Zeit!

Vorzügliches hat Emilie Ringseis in den geistlichen Gedichten geleistet. Erreicht in diesen ihre Poesie den höchsten lyrischen Schwung, so gelangt auf der andern Seite ebenso die schlichte ungeheuchelte Frömmigkeit in vielen derselben zu tiefempfundenen Lauten. Namentlich sind die „dem hochwürdigsten Gut" geweihten Lieder frisch aus der Stimmung heraus geschrieben und geben Gefühlen, wie sie Jeder durchgelebt hat, einen ungekünstelten seelenvollen Ausdruck. Man lese beispielsweise jene von der Communion, wie gleich das erste unter denselben: „Bin zum Tisch des Herrn gegangen" rc. (S. 179). Da spricht der unmittelbare, kindlich fromme Glaube.

ihrem eigentlichen Herrschaftsgebiete. Wie es indirekt die lyrischen Gedichte sagen, die fast alle mehr oder weniger einen dramatischen Pulsschlag verrathen, so hat sich in dieser knappen biblischen Handlung die Natur ihres vorzugsweise dramatisch gestaltenden Schaffens unmittelbar und zwar wieder in ebenbürtiger Weise geoffenbart. Die Dichtung ist ein durch würdige Einfachheit wie durch plastische Sicherheit der Zeichnung ergreifender Vorgang. Zuerst das Bettler-Genrebild im Vorhof des Tempels, dann am Teiche Siloah der freudige Schrecken, das staunende Entzücken des Sehendgewordenen, hierauf die wohlangelegte Untersuchungsscene vor dem Hohenpriester, das Pharisäerthum in Lapidarstrichen, und endlich dem gegenüber die einfach stille Hoheit in der Erscheinung des Heilandes, vor dem der Geheilte niederstürzend das eine Wort nur findet: „O Herr, ich glaube!" — das ist in kurzen charaktervollen Zügen fein ausgeführt, in der Sprache packend, in der Bewegung der fortschreitenden Handlung künstlerisch abgerundet. Es ist ein Kleinod geistlicher dramatischer Poesie. Man kann hier nicht viel expliciren. Man kann nur sagen: nimm und lies; oder wenn man die Wirkung noch besser erfahren will: nehmt und traget vor!

VI.

Sophie Schlosser.

Ein Lebensbild.

Am 24. Mai 1865 starb auf ihrem Landgute, dem Stifte Neuburg bei Heidelberg, Frau Räthin Sophie Johanna Schlosser-du Fay. Sie war geboren zu Frankfurt am Main den 22. Dezember 1786, und vermählte sich am 23. Februar 1809 mit Dr. juris Johann Friedrich Heinrich Schlosser, später Rath der freien Stadt Frankfurt. Es ist nicht ein nach Außen bedeutend hervortretendes Leben, was uns dazu veranlaßt, dieser Frau hier ein Denkmal zu setzen, es ist hauptsächlich nur ihr persönliches Wesen, ihr vollendeter christlicher Charakter, ihr hoher und seltener innerer Werth, dem unsere Hochachtung und unsere Verehrung gilt. Omnis gloria ejus ab intus, in ihrem Herzen lag all das Herrliche, das wir an ihr rühmen.

Die Familie du Fay, welcher sie ihrer Geburt nach angehörte, entstammt einem uralten französischen Geschlechte. Zur Zeit der Hugenotten-Auswanderung hatte dieser Zweig derselben seinen Wohnsitz in Frankfurt genommen. Die Eltern der Seligen standen daselbst im höchsten Ansehen. Es herrschte im Hause ein sittlicher kräftiger Geist und eine ernste Kinderzucht. Mit großer Dankbarkeit erinnerte sich unsere

Freundin, in den letzten Lebensjahren noch, an die einfach-häusliche Weise, mit der ihre Mutter ihre Erziehung geleitet hatte. Sie erzählte manche Anekdote darüber, wie das verständige und praktische Verfahren der Mutter ohne viele Worte ihr die kleinen Fehler, die ihr als Kind angehaftet hatten, bei guter Gelegenheit ein für allemal zu verleiden und abzugewöhnen verstanden habe.

Mit dem reformirten Religionsbekenntniß fühlte sie sich jedoch schon in sehr früher Jugend in einem tiefen inneren Widerspruche, wie wir später aus ihren eigenen Worten hören werden. Schon wenige Jahre nach ihrer Vermählung trat sie darum mit ihrem Gemahle, der ein gleiches Verlangen nach religiöser Befriedigung in sich trug, zur katholischen Kirche über, zu welcher schon früher der hochbegabte Bruder Schlossers zurückgekehrt war. Im September 1814 reisten beide nach Wien, wo Schlosser als Vertreter der Stadt Frankfurt dem Congresse beiwohnte. Sie machten dort die Bekanntschaft des P. Hoffbauer und lernten durch ihn die katholische Religion kennen und liebgewinnen. Am 21. Dez. 1814 legten sie das katholische Glaubensbekenntniß ab. In einem Briefe*), den sie in den letzten Jahren ihres Lebens über P. Hoffbauer nach Wien schrieb, äußert sie sich über diesen frommen Mann und über den wichtigen Schritt, den sie unter seiner Leitung machte, in folgender Weise: „Es ist kaum möglich, den Eindruck, den dieser gottselige Mann machte, zu schildern. Der Grundton seines Lebens war Liebe zu Gott und der heiligen Kirche und das Verlangen die Seelen zu Gott zu führen. Dieß sprach sich aus in seinem ganzen Wesen, in seinen Worten und Werken und in seinen Predigten, die schlicht und einfach waren wie seine Person und dennoch einen unwiderstehlichen Eindruck machten. Wenn er von der Herrlichkeit der katholischen Kirche sprach

*) Siehe Rosenthal „Convertitenbilder“ S. 235.

und hinzusetzte: Nur die können sie erkennen die darin stehen, die das Glück haben, ihre Glieder zu seyn — da erfaßte die Sehnsucht, ein Kind der Kirche zu werden, das Herz und so trat ich wirklich, ohne recht zu kennen, was sie mir bieten würde, in die Kirche ein. Ich fühlte klar, daß ich nur dadurch die Befriedigung finden würde, die der Calvinismus mir nie gegeben hatte. P. Hoffbauer, nachdem er uns das Glaubensbekenntniß abgenommen hatte, behandelte uns wie seine Kinder, und glücklichere Stunden habe ich nie gehabt, als wenn wir, wie es öfter geschah, nachdem wir communicirt hatten, bei ihm frühstückten. Ich danke daher immer dem lieben Gott für die Gnade, daß er uns in seine Nähe geführt hat. Ich kann mir den P. Hoffbauer gar nicht anders denken als in der Anschauung Gottes."

Beide befanden sich in der Kirche vom ersten Augenblicke ihres Uebertrittes an so heimisch, als ob dieselbe ihnen nie fremd gewesen wäre. Sie fanden für den Geist die Wahrheit, für das Herz den Trost, für ihr Leben die Sicherheit welche sie gesucht hatten und freuten sich daran. Die hehre Weihe welche damit über ihr ganzes inneres Wesen kam, machte sie nur um so liebenswürdiger und verehrungswerther. Die sonst in jeder Beziehung so glückliche Ehe blieb kinderlos und so hatten die beiden Ehegatten keine anderen Familienpflichten als sich selbst gegenseitig zur höchsten Stufe eines wahrhaft gebildeten und vor Allem eines christlichen Lebens emporleiten zu helfen.

Im Sommer des Jahres 1823 unternahmen sie zusammen eine Reise in die Schweiz, welche nahezu vier Monate dauerte. Sie besuchten den Bodensee, den Vierwaldstätter-, Thuner-, Bieler- und Genfer-See und fuhren dann durch das Wallis und über den Simplon an den Lago maggiore und kamen bis hinab nach Mailand und Pavia. Eine zweite Reise in die Schweiz machten sie gleich im darauffolgenden Jahre. Sie verweilten dießmal längere Zeit in Appenzell und gingen dann über den Luzerner-See nach Interlacken.

Ueber beide Reisen führte Sophie Schlosser sehr ausführliche Tagebücher, in welchen ihre feine Beobachtungsgabe, ihre frische, kräftige, klare und bestimmte Darstellungsweise und ihre ruhige Objektivität auf jeder neuen Route immer wohlthuender hervortritt. Jeder Satz in diesen Aufzeichnungen ist ein Zeugniß für ihr offenes, wahres, lauteres und damals noch so ganz jugendfrisches Wesen.

Im darauffolgenden Jahre (1825) kauften sie das Stift Neuburg, jenen herrlichen aus einem alten Kloster geschaffenen Landsitz im Neckarthal, welcher von da an ihr gewöhnlicher Sommeraufenthalt und ein Vereinigungspunkt für viele hervorragende Männer Mittel- und Süddeutschlands wurde. Künstler und Gelehrte, Celebritäten der Kirche und des Staates fanden sich dort wie in einer gemeinsamen Heimath und lernten sich näher kennen. Viele, für das katholische Leben Deutschlands segensreiche Freundschaften wurden zwischen solchen Männern auf dem Stifte Neuburg geschlossen. Rath Schlosser legte in den sehr ausgedehnten Räumlichkeiten des Hauses eine reiche und gewählte Bibliothek an, sammelte vorzügliche Werke der Malerei und Kupferstecherkunst und stellte dieselben und legte sie „im gothischen Saale" in schönster Ordnung auf. Das Chor der alten Stiftskirche wurde durch den Architekten Hübsch zu einer sehr schönen Andacht erweckenden Hauskapelle umgestaltet. An der vorderen, dem Neckarthale zugewendeten Seite des ausgedehnten Hauses wurde eine reizende Blumenterrasse und auf der hinteren Seite ein kühler lauschiger Park angelegt, und so war nun das Stift durch Lage und Umgebung, durch Reize der Natur und durch Schätze der Kunst zu einer der schönsten Villen des Rhein- und Neckarthales ausgestattet.

Doch wollten sich die beiden Gatten für jetzt noch auf längere Zeit von diesem schönen Wohnsitze trennen, um Italien und Rom zu sehen. Am 23. Februar 1834 feierten sie ihre silberne Hochzeit und am 4. Oktober desselben Jahres traten sie ihre Reise nach Rom an. Ihr Weg führte sie

über München, Innsbruck, Verona, Venedig, Bologna. Am 28. November fuhren sie in die Thore von Rom ein.

Sie selbst hatte die Reise mit kräftiger Gesundheit überstanden, aber ihr Gemahl war nicht unbedeutend erkrankt und erholte sich nur ganz langsam, so daß sie mehrere Wochen fast ausschließlich seiner Verpflegung widmen mußte. Desto fleißiger und freudiger benützte sie aber nach seiner Genesung ihre Zeit in Rom. Ihr Tagebuch wächst rasch an; der Stoff ist fast nicht zu bewältigen und doch bleibt nie eine Lücke, nie kommt sie in Hast, nie wird sie ungenau oder unklar. Mit einer wahren Meisterschaft beherrscht sie die mannigfaltigen und großartigen Eindrücke eines jeden Tages. Es ist eine Zeit fortwährenden Arbeitens, Erndtens und Genießens für ihr reiches Gemüth und für ihren klaren Geist. Die Zeit vom 5. Mai bis zum 7. September 1835 verweilten sie in Neapel und Sorrent, kehrten aber dann wieder nach Rom zurück und brachten den Winter von 1835 auf 1836 daselbst zu.

Sie standen besonders in dieser Zeit im lebhaftesten Verkehre mit den dort wohnenden deutschen Künstlern und Gelehrten, mit Koch, Overbeck, Greith und Graf Reisach, aber auch mit den angesehensten Familien des römischen Adels und mit mehreren Cardinälen. Der Cardinal Weld, ein geborner Engländer, war ihr Hausfreund und die Lady Arundel ein sehr häufiger Besuch.

Am 22. April 1836 verließen sie Rom und kehrten über Florenz, Turin, Genf an den Rhein und Neckar zurück. Am 10. Juni kamen sie nach anderthalbjähriger Abwesenheit wieder auf dem Stift an. Von jetzt an machten sie keine größere Reise mehr und wohnten regelmäßig den Winter über in Frankfurt und während der bessern Jahreszeit auf dem Stift. Bereichert durch so viele herrliche Eindrücke, welche die Kunst, namentlich aber die großartige Wirksamkeit des katholischen Lebens in Rom auf sie gemacht hatte, war der Umgang mit der Familie ein hoher geistiger Genuß für alle die das Glück hatten, mit ihnen in nähere Berührung

zu kommen. Ueber die innere Gemüths- und Geisteswelt unserer seligen Freundin hatte sich seit ihrem Aufenthalt in Rom gleichsam ein neuer Himmel ausgespannt, in den blickend sie stets in eine gehobene und freudige Seelenstimmung kam. Rom erfüllte von da an ihre ganze Vorstellungswelt. Mochte sie in heiterer oder trüber Stimmung seyn, wenn die Rede auf Rom kam, verzog sich alles Andere, was ihr Inneres beherrschte und sie kehrte mit der ihr eigenthümlichen feierlichen Freudigkeit zu der Erinnerung an die großartigen Eindrücke ihres römischen Aufenthaltes zurück.

Der härteste Schlag traf sie bei dem plötzlichen Tode ihres Gemahles am 22. Januar 1851. Sie schrieb für jenen Tag in ihr Gedenkbuch die Worte: „An diesem Tage starb mein lieber Mann und mit ihm mein Lebensglück."

Mehr Worte gebrauchte Sophie Schlosser nicht, um das, was für sie das Schmerzlichste war, auszudrücken. Ihr Schmerz war kein sentimentaler, doch war er der größte, der sie hätte treffen können. Sie ertrug ihn aber mit jenem starken opferwilligen Gefühle, wie es tieffrommen christlichen Matronen eigen ist. Wie sie die äußeren Zeichen der Wittwen-Trauer bis an ihr eigenes Lebensende nicht mehr ablegte, so ging auch ihr ganzes Bestreben einzig dahin, sein Andenken zu ehren und in Allem was sie that zu pflegen. Sie wollte nach seinem Tode ebenso hinter dem Andenken an ihn zurückstehen, wie sie während seines Lebens sich ihm immer unbedingt untergeordnet hatte. Bald nach seinem Hinscheiden erschien durch ihr rastloses Bemühen die von ihm hergestellte Uebersetzung kirchlicher Hymnen im Druck. Dann ordnete sie seinen Nachlaß und veröffentlichte auch diesen in vier Bänden. Zwei Jahre vor ihrem Tode hatte sie noch die Freude, von der Uebersetzung der kirchlichen Hymnen eine zweite Auflage erscheinen lassen zu können. Aber auch in ihrem übrigen Leben setzte sie sein Andenken mit einer rührenden Pietät fort. Sie änderte nichts an dem, was er eingeführt hatte, sie hielt sich verbunden auch nach seinem Tode noch dem zu folgen, was er

im Leben gewollt hatte. Diese Hingebung und Treue, diese Liebe und Pietät ist aber um so mehr zu schätzen, als Sophie Schlosser einen ebenso selbstständigen als kräftigen Charakter besaß, und also gewiß nicht aus eigenem Unvermögen, sondern einzig im Gefühle ihrer tiefen Verehrung gegen ihren Gatten und im Bewußtseyn ihrer Pflicht und als christliche Hausfrau so handelte.

Lernen wir sie, um dieß ganz zu verstehen, nachdem wir jetzt mit den äußeren Umständen ihres Lebens bekannt sind, auch in ihrem innern Wesen näher kennen. Sie selbst hat uns in dieser Beziehung die Arbeit sehr erleichtert durch eine von ihr hinterlassene schriftliche Aufzeichnung, welche uns ein sehr klares Bild von vielen Seiten ihres Wesens gibt. Hören wir zuerst sie selbst; sie schreibt:

„Was mir von jeher in der Welt und unter den Menschen, die mich umgaben, am störendsten auffiel, war ein Mangel an innerer Ruhe und Freudigkeit, der sie für jeden wahren Genuß unfähig machte. An äußern Dingen lag dieß nicht, denn sie hatten ja äußerer Güter die Fülle und waren selten in der Lage sich einen Wunsch versagen zu müssen. Dadurch wurde es mir frühzeitig klar, daß nicht von außen her der Friede kommen könne, der mir als das höchste Gut vorschwebte. Wo ich diesen Frieden aber suchen und was ich thun sollte, um ihn zu erwerben, das wußte ich nicht und unter allen denen, die meine Jugend führten, war Niemand, der mich darüber hätte bedeuten können. — Das was ich späterhin in meiner Erziehung als das Fehlerhafte erkannte, war, daß man unterlassen hatte, meinen Gedanken eine feste Richtung zu geben, die ich bei allen Verwirrungen und Zerstreuungen des äußern und innern Lebens fest hätte im Auge behalten können; auch daß man mich nicht frühzeitig gelehrt hatte, mir selbst Rechenschaft zu geben von dem was sich in meinem Innern zutrug. Noch jetzt habe ich diesen Mangel oft schmerzlich zu beklagen, indem ich ihm beimessen muß, daß es mir so schwer fällt meine Seele zu sammeln und festzuhalten. Nur gar zu oft, indem ich mich mit den mir wichtigsten Gegenständen beschäftige, fühle ich mich zerstreut, und finde

meine Gedanken haftend an eitlen und nichtigen Dingen, von deren Unwerth ich doch so lebhaft durchdrungen bin."

„Das was man gewöhnlich in der Welt Tugend nennt, konnte mir niemals als solche erscheinen; auch konnte mir deßwegen nie einfallen mich selbst für tugendhaft zu halten, weil ich nicht in Fehler verfiel, die ich von Anderen begehen sah. Dasjenige Böse unterlassen, zu dem keine innere Neigung uns treibt, kann doch nicht für verdienstlich gehalten werden. Negative Tugend scheint mir nur die, wo Neigung, Leidenschaft, Versuchung von außen oder von unserem eigenen Herzen zu überwinden ist. Höre ich nun Menschen im Gefühle ihrer eigenen Gerechtigkeit den Stab über andere brechen, so muß ich immer im Stillen beten: Vater führe mich nicht in Versuchung. Was die Tugend betrifft, die sich durch Handlungen ausspricht, so achte ich immer darauf, wenn ich sie üben sehe, welchen Einfluß sie auf das Gemüth des Ausübenden hat. Gewinnt er dadurch nicht an Milde, Liebe, Ruhe und Freudigkeit, so kann ich mir auch nicht einreden, daß solche Handlungen tugendhaft sind, wenigstens in dem ächt christlichen Sinne wie er mir vorschwebt, sind sie es nicht. Auch weiß ich sehr wenige oder gar keine Handlungen meines Lebens, die ich mir als tugendhaft anrechnen möchte."

„Ich bin vielleicht zu nachsichtig gegen die bereits begangenen Fehler Anderer, denn ich kann mich nicht überreden, daß ein Mensch schlechter ist, weil er einmal von dem rechten Wege gewichen ist. Je härter mir die Urtheile sind, die ich über einen solchen fällen höre, je mehr nimmt mein Wunsch zu, ihn zu entschuldigen. Betrachte ich die Schwäche unserer eigenen Natur, und wie leicht es ist ungerecht zu seyn, und wie unwohlthätig zugleich für uns selbst eine übertriebene Härte des Gemüthes ist, so scheint es mir sehr heilsam, sich die größte Milde im Urtheil über Andere und die strengste Wachsamkeit über uns selbst zur Gewohnheit zu machen."

„Vielleicht ist es gut für mich, daß nicht viele Sorgfalt auf meine Geistesbildung ist verwendet worden; meine Art zu seyn und zu betrachten hätte leicht eine verkehrte Wendung nehmen können, da die Atmosphäre, in der ich lebte, immer

großen Einfluß auf mich gehabt hat. Von der anderen Seite freilich fühle ich dadurch einen schmerzlichen Mangel. Der Geist verlangt nach Beschäftigung, wird ihm nun nichts Höheres gereicht, so bewegt er sich im niedrigen Kreise und dieß ist weder gut, noch wird einem wohl dabei. Eine unverstandene und unbefriedigte Sehnsucht bleibt immer wach im Herzen. Darum ergriff ich immer begierig alles Neue, was sich mir darbot und den gewöhnlichen Gang meines Lebens unterbrach, und achtete immer vorzüglich auf die Menschen, in denen ich etwas Ungewöhnliches zu bemerken glaubte. Wie leicht hätte mir diese Neigung verderblich werden können. Späterhin wurde alles dieß ruhiger und gemessener in mir, es wurde mir leichter, das wahrhaft Edle von dem bloß Ungewöhnlichen zu unterscheiden. Mein Bedürfniß mit edlen und trefflichen Menschen umzugehen nahm zu und wird immer in dem Grade zunehmen, als mir die Bedürfnisse meines Verstandes deutlicher werden."

„Ich weiß, daß ich nicht viel aus mir erzeugen kann, ich habe dazu weder die Fähigkeit noch den Scharfsinn, und bin auch leider viel zu wenig im eigentlichen Nachdenken geübt; aber leichter wird es mir, mir das anerkannte Gute in Anderen, ihre Betrachtungsweise anzueignen."

„Ich habe mich öfters gefragt, ob ich mehr Geistes- oder mehr Herzens-Bedürfnisse habe, und wußte mir nie eine befriedigende Antwort darauf zu geben, auch weiß ich nicht, in wieferne sich dieß scheiden läßt. Das weiß ich klar, daß ich immer eine große Sehnsucht nach Andacht, nach dem eigentlichen Gottesfrieden hatte, daß keine Gespräche mich so fesseln konnten, als die sich mit göttlichen Dingen beschäftigten und darauf hinwiesen. Ich erinnere mich gar wohl, daß ich schon als Kind diese Neigung hatte; da ich erwachsener wurde, schlief sie ein, weil sie durchaus keine Nahrung von außen erhielt. Der äußere Gottesdienst, zu dem ich gehörte, war der Art, daß er mir durchaus keine Befriedigung gewährte, und so kam es, daß ich nicht sowohl gleichgültig gegen die Religion wurde, als vielmehr mich aller Beschäftigung damit enthielt, weil mir nichts Festes gegeben war, woran ich mich hätte halten können. Daß späterhin dieser Trieb auf's neue in mir erwachte, war eine

Folge meiner Umgebung, der bewegteren Zeit, wodurch die Unzuverlässigkeit alles Aeußeren mir offenbarer und die Nothwendigkeit einer festen inneren Richtung mir gewisser wurde.“

„Zu grübelndem Forschen und Untersuchen war ich nicht geneigt und viel Widerstrebendes liegt nicht in meinem Gemüth, und so konnte die Stimme leicht Eingang bei mir finden, die mir aus meinem Innern zurief: halte dich fest an das gegebene Wort und unterwirf dich in Demuth dem Glauben. Wo dieses Feste, Gegebene zu finden sei, darüber konnte kein Zweifel in mir walten. Hiezu gesellte sich ein gesteigertes höheres Verlangen nach einer für den menschlichen Verstand unerreichbaren Vereinigung mit der Gottheit, nach einem Ausruhen in ihr, das ich durch mich selbst nicht zu stillen wußte. Aus der Mutter-Kirche schien mir Befriedigung dieser Sehnsucht zu winken und täglich steigerte sich in mir der Wunsch ein Glied derselben zu werden. Unrecht konnte es von mir nicht seyn und auch kein Irrthum, und darum schwankte ich auch nicht lange mich in ihre Arme zu werfen. Nicht als hätte ich thörichter Weise gehofft, daß nun plötzlich durch diesen Schritt jeder Streit in mir geschlichtet und alles Ersehnte mir gefunden seyn würde. Das aber hoffte ich, daß ich dadurch meinem Streben ein Ziel finden, daß mir die eigentliche Quelle offenbar werden würde, wo ich die wahrhafte Ruhe und Freudigkeit des Herzens nach der ich dürstete, finden könnte.“

„Mir auf's neue alle Empfindungen zu vergegenwärtigen, die mich damals bewegten, ist mir in diesem Augenblick unmöglich; sie waren mächtig genug um mich zu dem Entschlusse zu bringen und machten allen Widerstand von meiner Seite unmöglich.“

In so schlichten Worten, in so lauterer Weise, mit solcher Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit spricht sich Sophie Schlosser über ihr Inneres aus. Wenn wir gar nicht auf das sehen was sie in diesem Seelenbekenntniß über sich gesagt hat, wenn wir nur darauf sehen wie sie es gesagt hat, so muß uns ein Gefühl von Ehrfurcht vor der Frau überkommen, welche so streng wahr sich selbst gegenüber bleibt,

daß in ihrem Urtheile über ihr eigenes Wesen keine Spur und kein Schein von Selbstliebe und Eitelkeit zu erkennen ist. Aber so war sie nicht etwa bloß dann, wenn sie sich wie hier in ihrem Selbstbekenntnisse gleichsam vorsätzlich verpflichtete unbedingt wahr zu seyn, sie war es immer sowohl gegen sich als gegen Andere. Sie konnte es nicht ertragen, daß man eine höhere Meinung von ihrer Geistesbildung oder von ihrer Frömmigkeit hegte als derselben gebührte, und wies jede derartige Ueberschätzung immer entschieden zurück, obgleich sie die Hochachtung der Menschen und besonders ihrer Freunde sich stets und in Allem zu sichern und zu erhalten bemüht war. Sie wollte aber nicht höher gestellt seyn als sie verdiente, weil sie es eben nicht dulden konnte, daß man eine unwahre Vorstellung von ihr hätte. Eine Unwahrheit zu sagen, auch in ganz indifferenten Dingen, wäre ihr geradezu eine Unmöglichkeit gewesen. Niemand, von allen die sie kannten, sah sie je in ihren Worten auch nur um eine Linie von der strengsten Wahrheit abweichen. Ganz so war sie auch in all' ihrem Thun und Lassen. Nie that sie etwas womit es ihr nicht voller Ernst gewesen wäre, wovon sie nicht innerlich überzeugt gewesen wäre. Aus dem was sie that, war es denen, die sie kannten, immer sofort klar was sie über die betreffende Sache dachte. Ihr Aeußeres war der unverfälschte Spiegel ihres Innern. Sie ertrug es darum auch durchaus nicht, daß in ihrer Nähe und soweit ihr Einfluß und ihr Ansehen reichte, irgend eine Unwahrheit oder Uebertreibung oder Affektation zum Vorschein kam. Augenblicklich erhob sie sich dagegen mit einem Eifer der manchmal an Aufregung und fast an Heftigkeit grenzte. Ihre Freunde erlebten es nicht selten, daß sie in der Gesellschaft ein unwahres Benehmen oder Reden auf's schärfste zurecht wies. Mochte der Betreffende eine noch so hohe Stellung einnehmen, sie scheute sich nicht vor ihm. Wir selbst haben es einmal erlebt, daß sie in sehr zahlreicher Gesellschaft einen Herren aus dem höchsten Adel, weil er nicht bei der Wahrheit blieb, in so

kräftigen Worten beschämte, daß er seine Aeußerung sofort zurücknahm. Wie alles Unwahre, so war ihr auch alles Unnatürliche, Affektirte und Uebertriebene in tiefster Seele zuwider, und es gehörte zu ihren schwersten Geduldsproben, wenn sie etwas dergleichen längere Zeit ansehen oder anhören mußte. Ebenso sehr widersprach ihrem Wesen Weichlichkeit und Ziererei. Sie hielt in ihrem Gesellschaftskreise streng auf die Formen und Regeln des feineren Umgangs, aber alles Uebertriebene schloß sie aus. Die Formen sollten Wahrheit seyn, sie sollten die unter den Gesellschaftsmitgliedern bestehende gegenseitige Achtung bezeugen, aber durchaus nicht als bloße leere Ceremonie zur Geltung kommen.

Das Bedürfniß nach Wahrheit und nach einem verlässigen, festen und sichern Boden für ihr geistiges Leben war es auch was sie, wie ihre eigenen Worte andeuten, in die katholische Kirche führte, und was ihr sowie sie die Kirche kennen gelernt hatte, sofort die Gewißheit gab, daß sie es sei wonach ihre Seele ein so mächtiges Verlangen trage und worin sie auch allein Befriedigung finde. Die Wahrheit hatte in ihrem Herzen keine hartnäckigen Vorurtheile, keine falsche Gemüthsrichtung, keine eitlen Einbildungen zu überwinden; sie ging darum in ihr offenes, großes, gerades Herz ohne allen Widerstand ein. Daß die katholische Religion und die menschliche Seele für einander bestimmt sind und sich gegenseitig zu finden suchen, das zeigte sich an ihrem Uebertritte zur Kirche klar.

Und wie ihr erster Schritt in die Kirche, so war auch ihr ganzes Leben in derselben bis zu ihrem Ende treu der Wahrheit dienend. Den Lehren der Religion gab sie immer eine so entschiedene, redliche und gewissenhafte Folge, daß kein Strahl des himmlischen Lichtes in ihrer Seele unbenützt blieb und verloren ging. Wie sie dasselbe lauter und willig in sich aufnahm, so strahlte sie es im reichsten Tugendglanze wieder zurück. Auf ihrem ganzen Leben liegt kein Flecken. Nicht bloß das angeborene natürliche, sondern auch das höhere

christliche, das religiöse Ehrgefühl war in ihr so groß, daß sie den hellen Tugendspiegel ihres christlichen Gewissens um nichts hätte trüben mögen. Sie war eine christliche Matrone und erinnerte in ihrer Erscheinung und in ihrem Wesen lebhaft an die altchristlichen Matronen Roms.

Es gibt Menschen, welche durch die hohe, reine und edle Begeisterung die sie für die Angelegenheiten, für das Leben und für die Interessen der Kirche beweisen, gleichsam wie mit der Adelsehre der katholischen Religion ausgezeichnet erscheinen, und zu diesen gehörte vor Allen Sophie Schlosser. Das adelige Wesen der Kirche und unseres Glaubens war ihr im vollsten Maße zu Theil geworden. Die Ehre der Kirche war ihr stets die wichtigste Angelegenheit des Herzens. Wenn sie dieselbe irgendwie angegriffen sah, so war ihr dieß der kränkendste Schmerz. Den tiefsten Widerwillen empfand sie darum besonders gegen jene Klasse von Zeitungen, welche vorsätzlich und absichtlich darauf ausgehen die Kirche zu verläumden. Ihre Wahrheitsliebe und ihre unbegrenzte Verehrung gegen die Kirche fühlten sich durch solche lügenhafte Schmähungen gleich sehr verletzt.

Für alle großen Angelegenheiten der Kirche hatte sie stets die lebhafteste Theilnahme; ihr klarer Blick zeigte ihr auch immer sofort was im besonderen Interesse der Kirche lag. Als Cardinal Wiseman seine Fabiola veröffentlicht hatte und die ganze katholische Welt durch dieses Buch für die Kirche begeistert war, da schrieb sie an den großen Erzbischof und Cardinal und bat ihn noch mehr Bücher in derselben Richtung zu schreiben. Sie that dieß in so beredten und eindringlichen Worten, daß Wiseman ihr in einem ausführlichen Briefe über diese Angelegenheit Antwort und das Versprechen gab, daß er ihrer Bitte soviel nur immer möglich Rechnung tragen werde.

An dem Projekt der Gründung einer freien katholischen Universität für Deutschland betheiligte sie sich mit hoher Begeisterung. Sie erkannte die Wichtigkeit dieses Unternehmens

ganz klar und sah ein, daß eine solche Anstalt das Mittel wäre die bessern Kräfte des katholischen Deutschlands zu sammeln und so in unserem Vaterlande die katholische Wissenschaft zum Siege zu bringen. Es war ihr bei so schönen Hoffnungen, die das Unternehmen in Aussicht stellte, ganz unbegreiflich, wie demselben sogar von katholischer Seite manche Hindernisse in den Weg geschoben wurden. Sie klagte bitter über manche katholische Zeitungen, die, statt kühn für das herrliche Unternehmen einzustehen, Staub gegen dasselbe aufzuwirbeln und es kleinlich zu bekritteln suchten. Sie war wie alle großartigen Menschen, mit aller Entschiedenheit für die muthige und unverkümmerte Durchführung wahrhaft großer und zeitgemäßer Gedanken. Die Klugheit und Umsicht wollte sie dabei nie aus dem Auge gelassen wissen, aber es widerstrebte ihr, wenn aus lauter Bedenklichkeit und Ueberlegung die Sache selbst aus dem Auge verloren wurde.

Ganz besonders lag ihr die katholische Literatur und Kunst am Herzen. Bei jeder Gelegenheit suchte sie für gute katholische Schriftsteller und Künstler und deren Werke Freunde zu gewinnen. Sie machte sich dieß wirklich zu einer ihrer Lebens-Aufgaben. Ihre Thätigkeit in dieser Hinsicht war unermüdlich. Sie brachte nicht nur alle bedeutenden Erscheinungen der katholischen Literatur und sehr viele Werke der Kunst in ihren Besitz, sondern empfahl solche auch in den weitesten Kreisen. Wäre in Deutschland auch nur eine kleine Anzahl von hochstehenden und einflußreichen Männern, welche sich um die Interessen der katholischen Literatur und Kunst so warm annehmen würden wie diese eine Frau es gethan hat', wir müßten die wohlthätigen Folgen davon bald deutlich sehen.

Sie selbst las sehr Vieles; doch nahm sie nie ein Buch, das ihre weibliche Fassungskraft durch seine Gelehrsamkeit oder durch seine tiefe Spekulation überragte. Sie wollte durchaus nicht als eine gelehrte Frau angesehen seyn, und war es auch nicht, so viele und schöne Kenntnisse und ein so klares Urtheil sie sich auch an der Seite ihres Gemahles

und im Umgange mit andern bedeutenden Männern über viele Dinge erworben hatte.

Hauptsächlich war es die Poesie und das ganze Gebiet der schönen Literatur, auf dem sie sehr bewandert war. Kaum konnte man ihr auf diesem Felde irgend etwas auch nur einigermaßen Bedeutendes nennen, das sie nicht kannte. Sie hatte ein ganz ungewöhnliches Gedächtniß und wußte aus unseren großen Dichtern viele und lange Stellen auswendig, die sie bei passenden Gelegenheiten sehr gerne citirte. Mancher jüngere und sogar auch mancher ältere Gelehrte fand sich, wenn die Unterredung mit ihr auf die Dichtkunst kam, vor ihrem tiefen Verständniß sowohl als vor ihrer reichen Kenntniß auf diesem Gebiete beschämt.

Besonders hatte sie viel Sinn für Sprachschönheit und wußte sie eine künstlerisch gelungene Darstellung in ihrer vollsten Bedeutung zu schätzen und zu beurtheilen. Sie hatte darum auch ein sehr großes Interesse für Sprachstudien. „Wenn ich ein Mann wäre, sagte sie oft, so würde ich mich ganz der Sprachforschung widmen." Sie selbst schrieb und redete immer nur in dem correktesten deutschen Styl, sowie sie des Französischen, Englischen und Italienischen völlig mächtig war. Die schöne spanische Sprache zu erlernen, blieb ihr unerfüllter Lieblingswunsch; dagegen hatte sie sich mit dem Lateinischen vertraut gemacht.

Bis in ihr hohes Alter las sie auf dem Stifte, wenn Abends nach der Theestunde die vorübergehenden Besuche sich entfernt hatten und nur die länger weilenden Gäste noch um den Tisch im großen Saale versammelt waren, irgend ein Werk der älteren oder neueren Poesie vor. Sie begann dieses Vorlesen immer mit einer gewissen spannenden Feierlichkeit und fesselte dadurch sofort die Aufmerksamkeit. Dann zeigte sich auf dem Antlitz der würdevollen, in edlem Anstand dasitzenden Matrone eine so hohe und ausdrucksvolle Begeisterung, in ihre Stimme legte sie eine so ergreifende dramatische Wärme und ihr Vortrag wurde so kräftig und

bedeutungsvoll, daß sie die Zuhörer immer vollständig für den vorgelesenen Gegenstand gewann. Als in den letzten Jahren ihres Lebens ihr Athem schwerer wurde und ihre Stimme die frühere Kraft zu verlieren begann, war es keine kleine, aber doch geduldig geübte Entsagung und den Freunden ihres gastlichen Hauses ein wirklicher Schmerz, daß das Vorlesen im Abendkreise an Andere übergehen mußte. Ueber das Vorgelesene wußte sie in der anregendsten Weise eine Conversation zu veranlassen. Sie machte auf die Schönheiten des gelesenen Werkes, die sie mit einer seltenen Genialität heraus fand, aufmerksam und führte durch die Freude, mit der sie dieß that, auch Andere in das Verständniß ein.

Sie hatte ein sehr großes Erzählungstalent. Dinge und Personen die sie gesehen, sowie Vorfälle die sie erlebt hatte, verstand sie so lebendig, anschaulich und interessant darzustellen, daß sie die Aufmerksamkeit ihrer Freunde oft Stunden lang festhielt. Am liebsten erzählte sie von ihrem Aufenthalte in Rom, aber auch sehr gerne von ihren beiden Schweizerreisen. Zahllose Anekdoten knüpften sich an alle ihre Reiseerinnerungen und umrankten sie mit der frischesten Poesie. Ihr Vorrath an Erzählungen war unerschöpflich. So reich sie auch oft die Gaben spendete, immer behielt sie doch noch einen unerschöpften Reichthum zurück, wie eine liebende Mutter die in geheimen Fächern immer noch Geschenke für ihre Kinder bewahrt, soviel sie deren auch schon ausgetheilt hat. Selbst ihre Sorgen nahmen, wenn sie davon erzählte, eine poetische Form an und verloren so durch das Aussprechen in der That das Schmerzliche was in ihnen lag.

Aus ihrer eigenen Feder floß manches Gedicht, und gerade in den letzten zehn Jahren ihres Lebens öfter als früher. In ihrem Nachlasse fanden sich nicht wenige ihrer Gedichte, welche von einer Sinnigkeit und Feinheit der Gedanken und von einer Kraft der Darstellung sind, daß sie recht wohl den Druck verdient haben würden.

Von unseren deutschen Schriftstellern kannte sie viele

persönlich und über Andere hatte sie von ihrem Gemahl und von ihren Bekannten so Vieles erfahren, daß sie Manches aufhellen konnte, worüber man in keiner Literaturgeschichte irgend eine Andeutung fand. Durch alles dieß machte sie ihren Gästen den Aufenthalt auf dem Stifte so genußreich und belehrend, daß Niemand dasselbe verließ, ohne geistig erfrischt und auf das vielseitigste angeregt zu seyn.

Die großen politischen Fragen, welche in den letzten Jahren das ganze europäische Staatsleben so sehr in Bewegung setzten und den heftigen Kampf, welcher von allen Seiten gegen die katholische Kirche tobte, verfolgte sie mit steter Aufmerksamkeit. Es verursachte ihr den tiefsten Kummer, daß das Ansehen der Fürsten in Deutschland immer mehr herabsank. Sie konnte sich durchaus nicht in die leider immer mehr um sich greifende Anschauung finden, daß die Landesherren nur mehr die obersten Beamten im Staate seyn sollten. Ihr war es noch voller Ernst mit der christlichen Anschauung, daß den Fürsten nach göttlichem Gesetz und Recht eine höhere Macht und Autorität zukomme, und daß sie deßhalb auch eine größere Verantwortlichkeit vor Gott hätten.

Die Bedrängnisse der Kirche und des heiligen Vaters waren seit dem Beginne der italienischen Revolution ein fortgesetzter Kummer für sie. Es war ihr unbegreiflich wie man die Kirche anfeinden, ihre Wahrheit hassen, ihre Heiligkeit frech und ungescheut lästern könne. Das Geheimniß der Bosheit, welches in diesem Kampfe sein teuflisches Wesen entfaltete, war ihr ein völliges Räthsel. Die sonst so ruhige und muthige Frau konnte hierüber in ein wahres Jammern kommen. Denn sie hatte überdieß noch die ganz besondere Sorge um Rom, wo sich ihr inneres Leben in jeder Beziehung zur letzten Vollendung erhoben hatte, weßhalb sie auch mit so kindlicher Liebe und Dankbarkeit an der ewigen Stadt hing, als ob sie dort ihre eigentliche Heimath gehabt hätte. Und dieses Rom sollte nun dem heiligen Vater entrissen werden, sollte in die Hände einer unkirchlichen Re-

gierung fallen und so in Allem bedroht seyn, was seinen Vorzug und seinen Ruhm vor allen Städten des Erdkreises ausmachte. Dazu kam noch ihre unbegrenzte Verehrung für Pius IX. und der innige Antheil, den sie an seinen persönlichen Leiden nahm. Wie viele Wünsche hörten wir sie für sein Wohl aussprechen, wie viel betete sie für ihn! Ein Jahr vor ihrem Tode erlebte sie noch die Freude, mit einem sehr huldvollen Sch[illegible] glückt zu werden. Sie hatte ihm durch ein[illegible]llenden Freund die zweite Auflage der [illegible]hres seligen Gemahls überreichen lassen. [illegible] er ihr in jenem Schreiben mit den hera[illegible] seine Anerkennung aus und gab ihr den [illegible] Es war rührend zu sehen, wie die greise [illegible] lateinischer Sprache abgefaßten Brief [illegible]n immer wieder aufs neue übersetzen ließ, [illegible] seligen Freude sie Wort für Wort in ihre kindlich-fromme Seele aufnahm.

Im öffentlichen Leben war es nur *ein* Ereigniß, an dem sie sich vor ihrem Lebensende mit froher Begeisterung wie an einem hellen Sonnenblicke erwärmte: es war der Fürstentag zu Frankfurt im Jahre 1863. Die That des Kaisers und der Fürsten war von jener edlen, großen und offenen Art, wie sie es so sehr liebte. Wer in jenen Tagen das durch und durch deutsche Gemüth der herrlichen Frau mit so stolzen Hoffnungen für das deutsche Reich erfüllt sah, der glaubte sich in die vergangenen großen Zeiten Deutschlands zurückversetzt. Es war die bitterste Erfahrung, welche sie vor ihrem Ende noch machte, daß jener kurze Lichtpunkt in der Geschichte Deutschlands nach wenigen Wochen schon wie ein wesenloser Traum dahinschwand.

Obgleich sie so lebendigen Antheil an politischen und religiösen, wissenschaftlichen und künstlerischen Interessen nahm, war Sophie Schlosser dennoch ihrem eigentlichsten Wesen nach eine mit den schönsten weiblichen Tugenden gezierte, einfache christliche Hausfrau. Mit musterhafter Umsicht und Gewissen-

haftigkeit stand sie ihrem Hauswesen vor. Nichts geschah in demselben, das, wenn es auch nur einigermaßen wichtig war, nicht durch sie geregelt und angeordnet wurde.

Die Entscheidung in höheren und wichtigeren Dingen überließ sie aber Männern, die sie hiezu befähigt glaubte. „Ich höre gern was weise Männer reden, daß ich verstehen kann wie sie es meinen": war eines der Worte, das sie unter ihre obersten Lebensgrundsätze aufgenommen hatte. Sie wollte keine Meinung festhalten und geltend machen, die sich nicht auf das Urtheil einsichtsvoller Männer gestützt hätte. War ihr aber für die Richtigkeit irgend einer Ansicht eine verlässige und sichere Bürgschaft gegeben, und hatte sie sich von deren Wahrheit fest überzeugt, dann scheute sie sich auch vor Niemanden dieselbe auszusprechen und zu vertheidigen. Es war ihrem geraden offenen Wesen, welches Niemanden gegenüber einen Hintergedanken haben konnte, unmöglich Behauptungen aussprechen zu hören, welche sie mit ihrer streng kirchlichen und christlichen Ueberzeugung nicht vereinbar fand. Sie wies dieselben stets aufs kräftigste zurück. Sie konnte sich bei solchen Veranlassungen für die richtige Auffassung der guten Sache aufs wärmste ereifern.

Ueberhaupt hatte ihr wahrheitliebendes und kräftiges Wesen, besonders als sie körperlich noch rüstiger und noch nicht zu jener Milde und Ruhe des Greisenalters gelangt war, eine Neigung, Alles was ihr unwahr und schwächlich oder neuerungssüchtig erschien, aufs entschiedenste zu bekämpfen. Vor allem war sie eine erklärte Gegnerin jeder Neuerungssucht, sie sah darin mit Recht ein unbeständiges und untreues Wesen, welches dem Reiz der Neuheit zu Liebe von dem erprobten Guten ablasse. Bei ihrer sonstigen Milde in der Beurtheilung „bereits begangener Fehler" Anderer würde dieser Eifer, den sie gegen die genannten Charakterschwächen mancher Menschen hervortreten ließ, auffallend seyn, wenn es nicht die nothwendige Folge ihrer unverstellten Wahrheitsliebe gewesen wäre.

Gegen alle Menschen hegte sie sonst das edelste Wohlwollen. Es gehörte zu den schönsten Vorzügen ihres Herzens, daß sie üble Nachreden, Verläumdungen und harte Beurtheilungen fremder Fehler in ihrer Gesellschaft durchaus nicht duldete. Wenn sie an einem Menschen etwas auszusetzen hatte, so sagte sie es ihm selbst, und sie wünschte, daß es Andere auch so machen oder über ihren Mitmenschen schweigen sollten.

So gibt sie uns in Allem das Bild einer hochherzigen und frommen christlichen Matrone. Und wie es einer solchen geziemt, übte sie darum auch ganz besonders die Tugend der christlichen Wohlthätigkeit. Kein Tag ging vorüber an dem sie nicht ein Werk der christlichen Nächstenliebe verrichtete. Sie that dieß in so großartigem Maße, daß die Einkünfte ihres sehr bedeutenden Vermögens oft kaum ausreichten. Wenn sie auf dem Stifte wohnte, war sie die Nährmutter der umliegenden Armen des Odenwaldes, und wenn sie dann wieder nach Frankfurt übersiedelte, reichte sie auch dort einer Anzahl von Familien die reichlichste Unterstützung für den Winter. Dazu kamen dann noch einzelne größere Gaben, die sie an besonders Bedrängte gelangen ließ, sowie das was sie an Waisenhäuser spendete, in denen sie arme und verlassene Kinder auf ihre Kosten zur Erziehung untergebracht hatte. Und was dieser ihrer Wohlthätigkeit den schönsten Werth verlieh, war daß sie dieselbe als eine religiöse Pflicht ansah, daß sie die Almosen aus Gehorsam gegen den Heiland spendete, der uns dieß befahl, und daß sie dazu aus Liebe zu den Armen bewegt wurde, in denen sie ihre Nächsten und die Brüder ihres Heilandes erkannte. Die „opere pie", wie sie scherzhaft diese ihre Pflichterfüllung gegen die Armen nannte, waren für sie ein täglicher Beruf, dem sie einen großen Theil ihrer Zeit widmete.

Ihre Frömmigkeit war so in jeder Beziehung eine lebenskräftige. Wenn sie morgens dem hl. Meßopfer beiwohnte, war sie voll tiefer Andacht. Auch im Laufe des Tages hatte sie ihre bestimmten Momente, in denen sie sich andächtig

sammelte und betete. Fast immer war der Vorsatz zu irgend einem guten Werke die Frucht solcher andächtigen Stunden.

Ihren Freunden war sie die edelste Freundin. Wen sie einmal ihrer Freundschaft werth erfunden hatte, dem bewahrte sie dieselbe unveränderlich, so lange er blieb als was sie ihn einmal erkannt hatte. Doch nur das, was einen unvergänglichen und ewigen Werth im Menschen hatte, schätzte sie. Eine Freundschaft, welche sich nicht auf Hochschätzung gegründet hätte, gab es für sie nicht. Selbst mit ihren nächststehenden Freundinen hielt sie sich auf dem Fuße jener gegenseitigen Achtung, welcher eine allzu große Intimität und Vertraulichkeit ausschließt. Sie war der Sentimentalität abhold wo sich dieselbe zeigte, und auch in der Freundschaft, ja in ihr am meisten. Aber eine unverstellte, wahre und ächte Herzlichkeit hatte sie für alle ihre Freunde, bei aller Hoheit die sie stets umgab. Sie vergaß keinen derselben. Die Freundschaft mit ihnen sollte bis in den Himmel fortdauern. In ihrem letzten Gedichte, das sie schrieb, wendet sie sich mit frommer Bitte an die hl. Dreifaltigkeit, an die Mutter Gottes und zuletzt an alle Heiligen des Himmels, an welche sie folgende vier Strophen richtet:

Seh' ich all' die sel'gen Geister
Knieend vor der Gottheit Thron,
Preisend ihren Herrn und Meister
Der sie rief zu ew'gem Lohn:

Flehend möcht' ich alle bitten,
Denket mein bei unserm Herrn,
Auch ihr habet einst gestritten,
Auch ihr waret einst Ihm fern.

Bittet, daß Er sich erbarme
Seiner Magd, die treu ihm schwört,
Daß er öffne Seine Arme,
Gnädig mein Gebet erhört.

Ach und bittet den Dreieinen
Welcher nimmt und wieder gibt,
Daß er möge dort vereinen,
Die sich hier so treu geliebt.

Wie einfach und wie innig ist diese ihre Bitte an die Heiligen um Wiedervereinigung mit ihren Freunden im Himmel! Der Wunsch für sie krönt alle ihre andern Wünsche, und das letzte Lied das ihre fromme poetische Seele betend zum Throne Gottes sendet, schließt mit dem Andenken an sie. Wir werden ihr dafür stets das dankbarste Andenken bewahren.

Ihr Geist blieb klar und ihr Gemüth blieb frisch bis an ihr Ende. Man konnte fast keine Veränderung an ihr wahrnehmen. Nur wurde ihr Inneres noch gemüthreicher und ihre Frömmigkeit noch kindlicher. Und wie das Licht der Sonne am Abend milder wird, so wurde auch sie am Schlusse ihres Lebens von Jahr zu Jahr milder. Sie ertrug auch jene Menschen, welche ihrem Wesen sehr antipathisch waren, mit dem ihrem Herzen so reichlich innewohnenden Wohlwollen. Die an ihr früher manchmal wahrnehmbare Erregbarkeit verschwand fast ganz. So hatte sie, auf der Höhe ihres Lebens angelangt, auch die vollkommenste Verklärung ihres Herzens erreicht.

Sie litt besonders in dem letzten Winter sehr an Athmungsbeschwerden. Doch hörte Niemand sie eine Klage darüber ausstoßen. Ja es war ihr sogar unangenehm, wenn Andere davon reden wollten. Die Schmerzen, welche sie ertrug, waren ihr stilles Opfer, das sie täglich auf den Altar Gottes legte und von dem sie nicht durch ungeduldiges Klagen wieder den besten Theil zurücknehmen wollte. Als zuletzt ihr Leiden manchmal so heftig wurde, daß ihre treue Dienerin darüber jammern wollte, verwies sie ihr dieß mit den ruhigen Worten: „Ich habe so lange gelebt und war in meinem Leben so wenig krank, daß es eine Undankbarkeit gegen Gott wäre, wollte ich die Schmerzen, die er mir jetzt im hohen Alter sendet, nicht ruhig und ergeben hinnehmen.“ Wenn gleich körperlich sehr angegriffen, beschloß sie doch für die bessere Zeit des Jahres wieder von Frankfurt nach dem Stifte überzusiedeln. Wie sonst immer, so traf sie auch dießmal wieder selbst alle für diesen Umzug nöthigen Anordnungen.

Samstags den 20. Mai langte sie auf dem Stifte an. Sie war von der Reise und von den derselben vorausgegangenen Anstrengungen sehr erschöpft, so daß es Niemand aus ihrer Umgebung bedenklich vorkam, daß sie leidender aussah als vor der Reise. Sie hielt sich auch immer so viel wie möglich aufrecht. Selbst am Abend bevor sie starb, blieb sie bis zehn Uhr außer Bette und war sehr heiter. Niemand ahnte, daß ihr Ende so nahe sei.

Die Nacht vom 23. auf den 24. Mai war eine sehr schwere für sie; sie kämpfte fortwährend um den Athem, so daß sie vor Erschöpfung fast alles Bewußtseyn verlor. Am Morgen des 24. sagte sie zu ihrem Arzt mit überraschend kräftiger Stimme, sie fühle sich wohler als seit langer Zeit. Es war die Aufregung des bereits eingetretenen Todeskampfes und der Scheidung ihrer großen Seele von dem hinfälligen Körper. Bald nach jenen Worten schlummerte sie ermüdet ein und ihr Schlummer ging nach kaum einer Stunde in den Todesschlaf über. So sanft und ruhig ging ihr herrliches Leben zu Ende, daß kaum ihre Wärterin den Eintritt des Todes bemerkte.

Ihre Leiche wurde nach Frankfurt überbracht und dort an der Seite ihres Gemahles beigesetzt. Als der Trauerzug von dem grünen Stiftshügel herabkam und sich längs dem Ufer des Neckar gegen Heidelberg hin bewegte, da schloß sich demselben eine zahlreiche Menge leidtragender Landleute aus den umliegenden Dörfern an, welche „der guten Frau Rath“, die ihnen so oft Hülfe und Trost gespendet hatte, das letzte Geleite geben wollten. Es war als ob die gemeinsame Mutter des Thales begraben würde.

Ihren sie aufs innigste liebenden Verwandten schien ihr Verlust ganz unglaublich und ebenso allen ihren Freunden. Die treue Anhänglichkeit an sie lebte in allen so fest, ihr wohlwollendes, offenes, mütterlich-theilnehmendes Bild stand in allen so frisch, daß sich Niemand vorstellen konnte, wie sie nun auf einmal nicht mehr daseyn sollte. Allen war aus ihrem Herzen stets so viel Güte und Liebe zugeflossen, daß

es ihnen unmöglich schien wie dieses Herz nun auf einmal stille stehen sollte. In jedem der ihr näher stand, starb mit ihrem Tode ein großer Theil der eigenen Freude mit.

Wie werth der christliche Glaube und das christliche Leben den Menschen für seine Mitmenschen mache, und wie wunderbar die christliche Tugend den Menschen verkläre, das haben wir an Sophie Schlossers Leben mit unwiderstehlicher Ueberzeugung kennen gelernt. Jeder der in ihre reine Seele und in ihr frommes Herz auch nur einen Blick zu werfen Gelegenheit hatte, mußte sich sagen, daß nur das Christenthum, das glaubens- und thatkräftige Christenthum, den Menschen zu seiner wahren Bestimmung, zu der ihm zukommenden sittlichen Vollendung, zu Gott und zur Seligkeit führen könne.

Wir schließen dieses unser Lebensbild am besten mit dem Sonette, in welchem Wilhelm Molitor, dieser geniale christliche Dramatiker unserer Zeit, der Verstorbenen, welcher er viele Jahre lang ein treuer Freund war, sein neuestes Drama „die Freigelassene des Nero“ widmet:

Du fandst den rechten Weg in ernsten Stunden,
Und frei und groß zogst du in seinem Lichte.
Dich fesselte das Aechte und das Schlichte;
Was du gewesen, warst du unumwunden.

Und lebtest du dem Wahren: tief empfunden
Hast du, wozu das Schöne uns verpflichte
So, mit sich selber streng stets im Gerichte,
Blieb jung der Greisin Herz, an Gott gebunden.

Drum warst du auch so huldvoll meinem Schaffen,
Denn meine Heldin führt ja deine Waffen,
Wie du, hat sie die Welt und sich bezwungen.

Jetzt sagst du mir nicht mehr, ob es gelungen,
Was dir ich weihte! Schmerzlich liegt die Gabe
Des treu'sten Dankes auf dem frischen Grabe.

VII.

Dante am Arno und am Rheine.

II.

Kehren wir nun vom Arno zurück an den Rhein und
n Herrn Teodorani zum Herrn Grieben. Er hat sich nicht
s Ausdruckes „Amphibologie“ oder „amphibologisch“ be-
ent, denn er wußte ohne Zweifel, daß über Teodorani wegen
iner gar zu offenbaren Fälschung in zwei der folgenden
lätter des Giornale eine, wiewohl nur gar zu schüchterne,
üge ergangen war (p. 312 und 331). In der Sache
och folgt er ganz getreulich seinem Meister. So sagt er
eich auf Seite 3: „der Dichter hat sich, theils weil er auf
m Wissens- und Bildungsstandpunkte seiner Zeit nicht
ders konnte, theils aber auch absichtlich so ausgedrückt,
ß seine Worte „„vielfach gedeutet““ werden konnten“; und
weiß dann S. 4 von einem „an die confusen Vorstellungen
ner Zeit gebundenen und obendrein auch noch absichtlich
eldeutigen Sänger der göttlichen Komödie.“ Was, bei-
ufig gesagt, die Confusion „auf dem phantastisch verworrenen
ebiete des mittelalterlichen Wissens“ (S. 31) betrifft, so
lle ich einfach die Frage: Wann und wo hat jemals eine
eit von siebenzig Jahren 1248 — 1318 drei Werke der

Wissenschaft und der Kunst hervorgebracht, in welchen so wenig, so gar nichts von Confusion und Verworrenheit aufgespürt werden kann, wie im Kölner Dom, in der Summa des heiligen Thomas und in der göttlichen Komödie? — Grieben fährt fort: „Dante hat ein stupend gelehrtes Buch il Convito geschrieben und darin allen denjenigen, welche Bücher überhaupt und insbesondere die seinigen lesen, die Anweisung gegeben, niemals bei dem buchstäblichen Sinne des Textes stehen zu bleiben, sondern immer auch nach der allegorischen, sodann nach der moralischen und endlich nach der anagogischen Bedeutung der Worte zu forschen.“ Was das „niemals“ und das „immer“ und die „Bedeutung der Worte“ betrifft, so sagt Dante das Gegentheil, theils schon in dem was wir oben von ihm über den buchstäblichen Sinn gehört haben, besonders aber im Eingang zum vierten Traktate. Die Canzone, welche er in demselben zu erklären sich anschickt, ist, versichert er, eine einfach didaktische und darf daher gar nicht figürlich oder allegorisch, sondern nur ihrem Wortsinne nach gedeutet und verstanden werden*). Den vierfachen Sinn übrigens, wie er sonst in der Regel gefunden werden kann, gibt Grieben an dieser Stelle ganz richtig an: buchstäblich, allegorisch, moralisch und anagogisch. Aber gleich auf den drei nächstfolgenden Seiten schreibt er dreimal „allegorisch oder moralisch“, und läßt es durch ein ganz willkürlich eingeschobenes sive (S. 5) den Anschein gewinnen, als wenn in der von Teodorani gefälschten Stelle aus dem Briefe an Can Grande der Dichter selbst den sensus allegoricus mit dem moralis identificirt haben wollte. Dann bliebe als dritte Erklärungsweise eben nur noch die „Anagogie“ übrig; und nach den Ausdrücken, die Grieben von ihr gebraucht, muß

*) E peroche in questa canzone ... non era buono sotto alcuna figura parlare ... Non serà dunque mestiere nella sposizione di costei alcune allegorie aprire, ma solamente la sentenzia secondo la lettera ragionare.

e wohl ihm und seinen Lesern mit dem was Teodorani Amphibologie" zu nennen beliebte, ganz unzweifelhaft zusammenfallen: sintemalen „namentlich in der anagogischen interpretation damals Haarspaltendes, ja Haarsträubendes geleistet" (S. 4) und demgemäß mit der Trilogie so verfahren wurde, daß nichts übrig blieb, „als ein aschgraues Gewebe anagogischer Subtilitäten." Nun ist aber gerade die anagogische Deutung oder Anwendung vielmehr, wie sie im Mittelalter gebräuchlich war, die einfachste von allen: sie ist die Beziehung von Allem, was wir denken und thun, auf Gott n Christo als Alpha und Omega. Denn ἀναγωγή heißt Zurückbeziehung und Aufwärtsführung — zurück ad principium, aufwärts ad finem; sie ist gar nicht zu trennen von dem Begriffe der Philosophie als amor sapientiae, wie Dante ihn m Convito (III, 9) erklärt; am bündigsten ab[illegible]und schönsten st ihr Wesen ausgesprochen in folgenden drei Stellen aus en Schriften des mit Recht (wie ich später einmal zu zeigen enke) damals so hochverehrten Boethius: Est enim philosophia amor et studium et amicitia quodammodo sapientiae, ... llius sapientiae, quae nullius indigens, vivax mens et sola rerum primaeva ratio est. Est autem hic amor sapientiae ntelligentis animi ab illa pura sapientia illuminatio et quodammodo ad seipsam retractio atque advocatio, ut videatur studium aeque sapientiae studium divinitatis et purae mentis llius amicitia. — in Porph. 1.

> Nec manet ulli traditus ordo
> Nisi quod fini junxerit ortum
> Stabilemque sui fecerit orbem. de Cons. III m 2.

Endlich die Schlußverse des schönen Gebetes (III m. 9):

> Tu requies tranquilla piis, te cernere finis,
> Principium, vector, dux, semita, terminus idem.

Aber, um unsern Mann weiter zu hören, Dante mußte ich wohl, wie ungern er es auch that, den Anschein geben,

als wenn er mit dieser Richtung nach dem „abstrakten Jenseits" hinauf einverstanden wäre. Sein **Gastmahl** (**il Convito**) namentlich ist in dieser Hinsicht ein gar seltsames Buch. Man könnte es, sagt Grieben, ein „unterbrochenes Opferfest" nennen. „Denn Dante gedachte darin nicht weniger als vierzehn seiner besten Canzonen abzuschlachten und auf dem Altare der Abstraktion zu opfern." Er „scheint seine Leser glauben machen zu wollen, daß die Gedichte einen ganz andern weit tiefern Sinn hätten, als aus dem einfachen Wortlaut derselben ersichtlich sei." Darum hat er seinen Grundgedanken „geflissentlich in transcendentale Nebel eingeschleiert und mit einer Encyklopädie alles menschlichen Wissens von untadelhafter Orthodoxie überthürmt" (S. 37, 38). Das mußte er leider, denn „gegen so kategorische Aussprüche der kirchlichen Autorität" (wie sie in der Bulle Unam sanctam ergangen seyn sollen) „blieb der ghibellinischen Publicistik nichts Anderes übrig, als sich mit orthodoxer Gelehrsamkeit zu panzern, ihre „„ketzerischen"" Ideen in unbestrittene Scholastik einzuwickeln und die Darstellung so unverfänglich als irgend möglich einzurichten. Darin haben wir den Hauptschlüssel zu der seltsamen Erscheinung des Buches vom Gastmahl, das von scholastischer Philosophie förmlich strotzt. Mit pedantischer Umständlichkeit werden allerlei wissenschaftliche Probleme hin- und hergewälzt; ein starrender Wust von Gelehrsamkeit wird über den armen Canzonen aufgestapelt, und wenn wir meinen, den Sinn eines Gedichtes einfach erfaßt zu haben, so sagt uns der Dichter selbst, alle seine Poesien dürften schlechterdings nicht buchstäblich, sondern müßten allegorisch, moralisch, anagogisch verstanden werden . . . Uns dagegen wird gerade durch die spitzfindige Absichtlichkeit, mit welcher der Dichter seine Canzonen anagogisch in's Transcendentale hinübercommentirt, die ganze Methode äußerst verdächtig. Es muß da irgend etwas verdeckt und verschleiert werden sollen, und da sagt uns denn richtig auch Dante selbst, er habe sein Buch geflissentlich so dunkel und philosophisch gehalten, „„weil

die Erfahrungen des Exils"" eine stärkere Verhüllung der Gedanken nothwendig gemacht hätten" (S. 40, 41).

Das sagt der Dichter nicht, er sagt das Gegentheil; aber Tedorani hat es gesagt, und Herr Grieben schreibt es ihm nach.

Wir sind indeß noch nicht zu Ende gekommen mit dem ersten Kapitel unserer „Studie". Auf S. 5 schreibt der Verfasser wörtlich: „In dem Begleitschreiben, mit welchem er (Dante) das fertige Manuscript des „„Paradieses"" an den Herzog von Verona, Can Grande della Scala, gesandt hat, ... wird Tendenz und Zweck der Commedia in folgender Weise erörtert: der Zweck des Ganzen und besonders des dritten Theiles ist, die jetzt lebende Mitwelt (viventes in hac vita) aus der Erbärmlichkeit der Gegenwart in glückliche Zustände hinüberzuführen." Die so übersetzten Worte stehen Ep. XI, 15. Dante will darin nichts „erörtern", sondern nur möglichst kurz angeben den Zweck des Ganzen und des (nicht „besonders", sondern wie jedes der beiden vorhergehenden, so auch dieses) dritten Theiles. Sie lauten: Omissa subtili investigatione dicendum est breviter, quod finis totius et partis est, removere viventes in hac vita de statu miseriae et perducere ad statum felicitatis. Also: Zweck des Ganzen und des Theiles ist: die auf Erden lebenden Menschen (totam civitatem peregrinantium in hac terra, wie wir oben hörten) aus dem (§. 7 näher bestimmten Sünden-) Elend emporzuheben und zu ihrem (zeitlichen und ewigen — cf. de Mon. III, 15) Glücke hindurchzuführen. Was aber den dritten Theil, das Paradies, „besonders" angeht, so spricht darüber der Schlußparagraph der Epistel (§. 33) in folgenden Worten: quod ibi procedetur ascendendo de coelo in coelum et recitabitur de animabus beatis inventis in quolibet orbe, et quod vera illa beatitudo in sentiendo veritatis principium consistit, ut patet per Joannem (17, 3): „Haec est vera beatitudo, ut cognoscant te Deum verum etc.", et per Boëtium in tertio de Consolatione (m. 9): „Te cernere finis."

konnte vom Dichter „die Tendenz und der Zweck des Ganzen und besonders des dritten Theiles“ unzweideutiger angegeben werden? Zur ewigen Seligkeit in der Anschauung Gottes zeigt er uns den Weg ganz nach demselben Stufengange, wie die Kirche ihn von jeher gelehrt und empfohlen, und wie Dante ihn namentlich aus den Schriften des heil. Augustinus, des Joannes Cassianus, des Joannes Climacus, des heil. Bernardus und des heil. Bonaventura kennen gelernt hatte. Um aber freilich in den Himmel zu kommen, ist es auch Jedermanns Pflicht, nach dem Maße der Kraft, die ihm gegeben, Gottes Reich auf Erden auszubreiten durch Förderung wahren Gemeinwohls, nicht in Bezug auf die geistigen Dinge allein, sondern auch in Allem, was den Leib und die Zeit angeht; denn wer im Kleinen nicht treu ist, verdient nicht über Vieles gesetzt zu werden.

Grieben fährt fort: „der „„buchstäbliche Sinn““ lag offen zu Tage; es war kein anderer, als der mit der dichterischen Behandlung des Dogma's von den letzten Dingen verbunden werden mußte. Da waren die Qualen der Hölle, die Pönitenzen des Fegfeuers, die Freuden des Paradieses anschaulich gemacht. Das konnte Jeder verstehen, das bedurfte keiner Ausdeutung. Ganz anders verhielt es sich mit dem moralischen oder allegorischen Sinne. Da waren die drei Reiche des Jenseits eben nur die Sinnbilder des Diesseits.“ Deutsch gesprochen: der sensus literalis (historicus, historialis) ergibt zwar die Lehre der katholischen Kirche vom Jenseits in dichterischer Einkleidung und als dichterische Einkleidung. Ganz anders verhält es sich aber mit dem geistigen Sinne, dem allegoricus, moralis, anagogicus (nicht: „dem moralischen oder allegorischen“; und warum ist hier gerade der anagogische ausgelassen?), d. h. mit der unter dem Buchstaben verborgen seyn sollenden Glaubens-, Liebes- und Hoffnungslehre. Da kehrt sich die Sache um. Dem „aschgrauen Gewebe anagogischer Subtilitäten“ entgehen wir nur dadurch, daß wir an die Stelle der ἀναγωγὴ die καταγωγὴ setzen,

von dem „Spiel mit Abstraktionen", welches der Dichter dem Dogma zu lieb scheinbar ganz gläubig treiben mußte, in die Wirklichkeit, in's allein confrete Diesseits herabsteigen und dort drüben nichts als „Sinnbilder" sehen und suchen von diesem Diesseits — übersinnliche Sinnbilder des Sinnlichen, abstrakte Symbole des Conkreten!! Demgemäß sind — und das „darf nicht vergessen werden" — die „vielen Leuten gar barock" erscheinenden Strafen in der Hölle „für Dante eben nur die Symbole der Verbrechen" (S. 64), „der in den Grund der Erde geschleuderte Engel der Urbosheit (!)" z. B. eben nur ein Symbol jener „diabolischen Sittenlehre", welche durch den Mund des Papstes unablässig störend eingriff in die „beatitudo der Welt", indem sie dem „Inhaber der vollen absoluten Reichsgewalt das Recht des weltlichen Universalregimentes" (S. 41) abstritt. Wie mit den Strafen, so verhält es sich auch mit den Bußen und Belohnungen im abstrakten Jenseits: Himmel, Hölle und Fegfeuer — Alles „eben nur Symbole" vom Diesseits! An eine wirkliche „Bevölkerung jener mysteriösen Felder der Unsterblichkeit" („ewig grünende Auen der Hoffnung" auf ein „seliges Land der Möglichkeit", nennt sie irgendwo Schlosser, der Heidelberger), daran denkt, wie wir Teodorani versichern hörten, jetzt im Ernste Niemand mehr — die Jesuiten ausgenommen. So offen, wie es die Epikuräer gethan, „behaupten, daß mit dem Leibe auch die Seele sterbe", das ziemt sich wohl auch nur deßhalb nicht, weil dann auch „das irdische Leben aller Göttlichkeit bar" (S. 61) erscheinen würde.

Man darf aber nicht vergessen, sage ich dagegen mit größerm Rechte, was Dante nicht als Dichter, sondern als Philosoph mit großem Ernste und in einer Sprache, die unmöglich amphibologisch umgedeutet werden kann, im Convito (II, 9) geschrieben hat: „Unter allen Bestialitäten ist das die thörichteste, niederträchtigste und schädlichste, welche sich einbildet, nach diesem Leben sei ein anderes nicht zu erwarten". „Und so glaube ich, so versichere ich, deß bin ich gewiß, daß ich

nach diesem Leben zu einem bessern hinübergehen werde, dorthin wo jene glorreiche Herrin lebt, die meine Seele liebgewonnen" *). Doch hören wir Herrn Grieben weiter: „Dem Dichter war es keineswegs darum zu thun, in einem religiösen Lehrgedichte die tiefern Fragen des Uebersinnlichen zu erörtern und zu veranschaulichen, wie es dem Menschen überhaupt nach dem Tode (post mortem) ergehe; sein Zweck war wie es in dem Schreiben weiter heißt, „„ein Gericht zu halten über die Menschen, je nachdem sie nach freier Wahl durch Verdienst oder Verschulden Lohn oder Strafe erwirkt haben.""

Die so, nicht umschriebene, nicht übersetzte, sondern höhnisch travestirte Stelle steht Ep. XI., 8. Sie handelt nicht von dem „Zwecke" des Dichters oder des Gedichtes; über ihn, finis totius et partis, haben wir oben bereits das Nöthige vernommen. Hier aber ist von dem Gegenstande, de subjecto hujus operis die Rede, wie er dem Buchstaben nach oder historisch, und wie er geistig oder allegorisch aufzufassen und zu erklären sei. Sie lautet wörtlich: Est ergo subjectum totius operis, literaliter tantum accepti, status animarum post mortem simpliciter sumptus. Nam de illo et circa illum totius operis versatur processus. Si vero accipiatur opus allegorice, subjectum est *homo, prout merendo et demerendo per arbitrii libertatem Justitiae praemianti aut punienti obnoxius est*. Dasselbe wiederholt der Briefschreiber §. 11 mit der genauern Bestimmung des für alle drei Reiche geltenden status animarum *simpliciter* sumptus für den besondern Zustand, status contractus, im Paradiese. Also der Gegenstand oder Stoff des ganzen Werkes (das der Verfasser

*) Intra tutte le bestialitadi quella è stoltissima, vilissima e dannosissima chi crede, dopo questa vita altra vita non essere . . . . ed io così credo, così affermo e così certo sono, ad altra vita migliore, dopo questa, passare; là dove quella gloriosa donna vive, della quale fu l'anima mia inamorata.

selbst §. 6. gewiß deutlich genug als ein religiöses Lehrgedicht, doctrinale opus bezeichnet) ist nach bloß buchstäblicher oder historischer Deutung der Zustand der Seelen nach dem Tode überhaupt, d. h. abgesehen von der für je einen der drei Theile nöthigen Einschränkung oder contractio. „Denn von diesem Zustand der Seelen nach dem Tode handelt und um ihn bewegt sich die Komödie von Anfang bis zu Ende. Sehen wir aber auf die geistige Bedeutung (allegorisch im weitern Sinne des Wortes), so ist des Werkes Gegenstand der Mensch, je nachdem er durch Verdienst oder Mißverdienst gemäß dem Gebrauche, den er von der Willensfreiheit gemacht haben wird, der Lohn oder Strafe austheilenden Gerechtigkeit anheimfällt."

Also nicht „keineswegs", sondern gar sehr, ja ganz allein darum war es dem Dichter zu thun, zur Warnung und Besserung seiner Mitmenschen . in einem religiösen Lehrgedichte die tieferen Fragen des Uebersinnlichen zu erörtern (praktisch zu verwerthen) und zu veranschaulichen, wie es den Menschen überhaupt nach dem Tode ergehe." — Warum nun so Alles in das bereits hier auf Erden „Erwirkte" herabgezogen? Und mit welchem Rechte schiebt Grieben den Dichter an die Stelle des ewigen Richters? Wie kann er sagen (S. 20): „Da setzte sich denn der Dichter selbst zu Gericht"? Die Antwort steht in Frageform schon S. 9: „Mußte ein Dichter", wie Dante, zu einer Zeit da „der Glaube an ein gemeinsames Princip erloschen" (S. 8) war, mußte da nicht ein Dante, „wenn er überhaupt ein Dichter war, den Beruf in sich fühlen, mit dem Schwerte einer bestimmten Idee (!) sich über die Gegenwart zu Gericht zu setzen und hinauszuweisen auf eine Zukunft, von der seines Erachtens allein das Heil zu erwarten stand?" Doch nicht als Dichter allein soll er dazu berechtigt seyn; Virgil selbst, der heilverkündende Herold der „Kaiser-Idee", hat ihn zu dem Zwecke „angethan mit Mitra und mit Krone" (S. 26). Ja wohl, Mantel und Krone erkennt ihm Virgil zu, aber

sehen wir genauer zu, in welchem Sinne. Auf der Höhe des Fegfeuerberges angelangt, sieht der von den „drei benedeiten Frauen am Richthof des Himmels" (H. II. 124) entsendete Retter aus dem „finstern Walde" (I. 2) sein Werk vollendet und erklärt das seinem Schützling mit den Worten (Fegf. 27, 139—142):

„Mein Wort erwarte nicht mehr, noch mein Winken:
Frei ist dein Wahlvermögen jetzt und grad und hell,
So daß es Unrecht wär', ihm widerstreben;
Drum über dich nun krön' und weih' ich dich."
Perch'io te sopra te corono e mitrio.

Das heißt für jeden unbefangenen Leser so viel als: die griechisch-römische Philosophie — griechische speculatio von römischer operatio getragen — hat nicht aus eigener Kraft, sondern unter dem Beistande der gratia actualis, der vorbereitenden, schreckenden, läuternden Gnade ihren Schüler bis zur Selbsterkenntniß und Selbstbeherrschung gebracht und bekennt nun, ihn nicht weiter führen zu können. Dieser ist nun wohl schon „erhaben über allem Getümmel der Welt", aber noch lange nicht so weit und so gesichert, daß es ihm auch nur entfernt einfallen könnte, „sich zu Gericht zu setzen über alles Volk"; er muß sich erst noch eine recht ernste „Strafpredigt" gefallen, sich tüchtig „den Kopf waschen" lassen, wie es S. 68 nur gar zu prosaisch heißt, bevor er die donna gentilissima entschleiert sehen darf. Doch lassen wir Herrn Grieben zu Ende reden: „Selbst angethan mit Mitra und mit Krone, d. h. als Dichter wandelnd auf der Menschheit Höhen und deßhalb wohl befugt, Gericht zu halten über Alle, selbst über Päpste und Kaiser, die sich am „„Reiche"" versündigt, vertrat er mit der ganzen Fülle seiner religiösen Begeisterung und wissenschaftlichen Kenntnisse bis vor Gottes Thron das unbeschränkte Herrscherrecht des römischen Kaisers von Gottes Gnaden." — Phrasen und nichts als Phrasen!

Indeß der Dichter richtet zwar und mußte richten, denn „vor seiner Phantasie gestaltete sich die Zeitgeschichte zum

Weltgerichte, und unter seiner Künstlerhand ward die Commedia zu einer religiös-politischen Satire im größten Style" (S. 51). Aber der praemians et puniens selbst, die Justitia, wie sie leibt und lebt, will doch nicht eigentlich er seyn. Hat er uns doch nach S. 6 ausdrücklich „als eine wesentliche „„Kategorie"" des Gedichtes auf den Agens hingewiesen, der „„namhaft gemacht sei und als die Seele des Ganzen erscheine."" Dieser Agens ist aber Niemand anders, als der in Hölle und Fegfeuer durch Virgil, im Paradiese durch Beatrice, auf Erden aber durch seinen Vicarius, eben jenen Can Grande della Scala, vertretene Römische Kaiser, dessen Recht wie Pflicht es ist, Gottes Ordnung wieder herzustellen im „„Reich"". — Nach Dante's eigener Erklärung ist also der allegorische oder moralische Sinn der Commedia ein entschieden politischer". Quod erat demonstrandum!

Gehen wir über die Confusion dieser durcheinander geworfenen Phrasen des Auslegers (sive Unterlegers) mit Gleichmuth hinweg und sehen wir uns den Agens etwas näher an.

Erstens: von einer wesentlichen oder unwesentlichen „Kategorie" des Gedichtes spricht Dante nirgendwo, und keinem Menschen kann es einfallen, davon zu sprechen, der überhaupt nur weiß, was „Kategorie" bedeutet. Zweitens: Dante sagt in dem Widmungsschreiben an Can Grande (Ep. XI, 6) ganz einfach: Zum bessern Verständnisse dessen, was er dem Herzog, seinem Freunde, als Einleitung (per modum introductionis) in diesen dritten Theil des Gedichtes schreiben wolle, glaube er etwas über das Ganze voranschicken zu müssen. *Sex* igitur sunt, quae in principio *cujusque doctrinalis operis* inquirenda sunt, videlicet *subjectum*, *agens*, *forma*, *finis*, libri *titulus* et *genus philosophiae*, d. h. sechs Vorfragen kommen in der Einleitung zu jedem Lehrwerke in Betracht: 1) nach dem Stoffe, 2) dem agens, 3) der Form, 4) dem Zwecke, 5) dem Titel, 6) zu welchem der beiden

Haupttheile der Philosophie das Buch gehöre, ob zur theoretischen oder zur praktischen. Diese sechs Fragen beantwortet er in folgender Ordnung:

1) §. 8: Stoff, Gegenstand, subjectum a) literaliter acceptum: status animarum etc. Zustand der Seelen nach dem Tode. b) allegorice: homo, prout etc. Der Mensch je nach Verdienst oder Mißverdienst von Gott nach dem Tode belohnt oder gestraft.

2) §. 9: Form, a) forma tractatus: äußere Anordnung des Stoffes, Eintheilung in Gesänge u. dgl; b) forma tractandi, die mehr wesentliche Ausgestaltung, poetische Behandlung u. s. w.

3) §. 10: Titel: „Incipit Comoedia Dantis Alagherii, Florentini natione non moribus": „Es beginnt die Komödie von Dante Alagheri, einem Florentiner von Geburt, aber nicht an Sitten."

Diese drei: Stoff, Form und Titel, fährt Dante §. 11 fort, sind zwar im Ganzen dieselben für alle drei Haupttheile des Gedichtes, erleiden aber für je einen derselben eine Einschränkung, so daß z. B. der Titel zur nähern Bezeichnung des dritten Theiles lautet: Incipit Cantica tertia Comoediae Dantis, quae dicitur Paradisus. Keine Verschiedenheit hingegen, heißt es dann §. 14, ist zwischen dem Ganzen und den einzelnen Theilen zu bemerken in Bezug auf die drei folgenden Fragen:

4) nach dem Agens: Agens igitur totius et partis est ille, qui dictus est, et totaliter videtur esse. Das ist Alles, was Dante über den (ille, also nicht das, wie Gieseler zweimal schreibt) Agens sagt.

5) §. 15: nach der Absicht des Dichters, dem Zwecke des Gedichtes. Finis totius et partis est, removere etc. Bestimmung des Buches ist, hinzuwirken auf die Bekehrung der Menschen und ihre Führung zum bleibenden Heile.

6) §. 16: nach der philosophischen Behandlungsweise. Genus vero philosophiae, sub quo hic in toto et parte pro-

ceditur, est morale negotium sive Ethica. Die philosophischen Erörterungen in dem Buche sind nicht sowohl um ihrer selbst willen, ad speculandum, angestellt, als vielmehr nur um auf das Leben einzuwirken, ad opus. (Nach Boethius handelt der zweite Haupttheil der Philosophie, die Ethik 1) vom contemplativen und ascetischen Leben; 2) vom politischen Leben und dessen Ordnung zum Wohle der Gesammtheit durch die vier Cardinaltugenden: Klugheit, Gerechtigkeit, Starkmuth und Mäßigung: secunda vero est, quae reipublicae curam suscipiens, cunctorum saluti suae *providentiae* solertia, et *justitiae* libra et *fortitudinis* stabilitate et *temperantiae* patientia medetur; 3) vom häuslichen und bürgerlichen Leben. Bo. in Porph. I. — Ganz mit demselben Rechte, wie Dante's Commedia, können zu diesem morale negotium gerechnet werden fast sämmtliche Schriften aus dem angehenden Mittelalter, von Cassiodor, Gregor dem Großen, Isidor und Beda; nicht weniger auch die von unserm Dichter vielfach benutzten Collationes Patrum von Joannes Cassianus und des heiligen Bernardus fünf Bücher de Consideratione ad Eugenium).

Das Alles sagt Dante im engsten Anschluß an seinen und des ganzen Mittelalters Hauptlehrer für Dinge der Art, an Boethius. Dieser schreibt in dem ersten seiner Dialoge zum Porphyrius: Sex (i. e. bis tria) omnino, inquam, magistri in omni expositione praelibant. Praedocent enim, quae sit cujuscunque operis (das Folgende gebe ich nur im Auszuge) 1) intentio, σκόπος. 2) utilitas, χρήσιμον. 3) ordo, τάξις. 4) Quartum, si *ejus*, *cujus esse opus dicitur*, *germanus propriusque liber* sit, quod γνήσιον interpretari solet. 5) inscriptio, ἐπιγραφή. 6) ad quam partem philosophiae cujuscunque libri ducatur intentio, εἰς ποῖον μέρος φιλοσοφίας ἀνάγεται.

Ganz damit übereinstimmend und nur scheinbar in der Zählung verschieden heißt es in dem (dem heil. Thomas von Aquin mit Unrecht zugeschriebenen, aber doch aus seiner oder Dante's Zeit herstammenden und gar nicht zu verachtenden)

Commentarius optimus in Boëtii de Consol. philosophiae libros V: Antequam ad literam accedamus, *quinque* sunt praemittenda. Das Folgende auszugsweise: 1) de causa suscepti operis: Theodorici regis tyrannica rabies etc. 2) de causis hujus libri. a) *causa efficiens:* Boëtius, qui describens materiam utitur prosa et metro. b) causa materialis sive subjectum: philosophica consolatio ordinata ad contemtum mundanorum et ad appetitum summae felicitatis; status miserabilis Boëtii. c) causa formalis α) tractatus: libri divisio, β) tractandi: modus agendi, dialogus i. e. sermo duorum. 3) Titulus. 4) causa intitulationis: rationabilis demonstratio declarans, de cujus amissione non sit dolendum etc. 5) generalis summa hujus libri.

Was hier unter Nr. 1 als causa suscepti operis, als die äußere Veranlassung zur Schreibung des Buches bezeichnet ist, die Geschichte des Verfassers ꝛc. betreffend, fällt natürlich bei Boeth. in Porph. und bei Dante weg, so weit es nicht zusammenfällt mit 2, a. Die drei Unterabtheilungen von Nr. 2 geben uns dann mit 3, 4, 5 zusammen gerade dieselben sex wie bei Boethius und Dante. Stellen wir sie nach Letzterm geordnet zusammen:

1. a) Dante: Subjectum b) Boethius: utilitas, χρήσιμον. c) Pseudo-Thomas: causa materialis sive subjectum.

2. a) — Forma. — b) ordo, τάξις. — c) causa formalis.

3. a) — Titulus. — b) inscriptio, ἐπιγραφή. — c) titulus.

4. a) — Agens. — b) si ejus, cujus esse dicitur, germanus, propriusque liber sit, γνήσιον. — c) causa efficiens.

5. a) Finis. — b) intentio, σκόπος. — c) causa intitulationis.

6. a) genus philosophiae. — b) pars philos. *εἰς ποῖον μέρος.* — c) generalis summa.

Erinnern wir uns dann noch des ersten Verses in Boethii Cons. Phil.: „Carmina qui quondam studio florente *peregi*", so können wir uns nur wundern, wie es möglich gewesen, daß man jemals auf die Frage kam, wer oder was denn eigentlich unter dem Agens zu verstehen sei. Es ist das

eben kein Anderer, als ille, qui dictus est, der eben vorher in dem Titel genannte Dante Alagherius, Florentinus natione non moribus; und in ächt Boethinischem Latein fügt dieser selbst noch bei: et totaliter videtur esse (ganz richtig in's Italienische übersetzt durch e totalmente essere *apparisce*) d. h. das Buch selbst verräth oder bezeugt sich auf jeder Seite und in jeder Zeile als γνήσιον, germanum propriumque ejus, cujus esse dicitur, librum; überall tritt eine und dieselbe causa efficiens totius et partis. Ein carmen agens, Ein actor, auctor, scriptor operis an den Tag. Vom „römischen Kaiser" oder der „Kaiser-Idee" ist §. 14 ebenso wenig als irgendwo sonst in dem ganzen Sendschreiben auch nur mit einer Silbe die Rede. Grieben's „wesentliche Kategorie", die „namhaft gemachte" politische „Seele des Ganzen" ist hin: eine „Abstraktion", womit er, selbst geäfft von Teodorani und Consorten, sein „Spiel getrieben".

Da wären wir nun endlich bis zum Ende des ersten Feuilleton-Artikels gekommen; und ich denke, wir haben damit genug und übergenug zur Charakteristik dieser neuitalienisch deutschen Schreibereien über einen Mann wie Dante, und ein Buch wie die göttliche Komödie.

Nur eine Stelle will ich aus dem Folgenden noch hervorheben, um die Tendenz dieser edlen Sippe auch in anderer Richtung an einem Beispiele zu illustriren. Einer der schmutzigsten Kreise in der Hölle ist von Brunetto Latini vertreten, dem „Staatssekretär der Republik" Florenz, Dante's Lehrer in der Grammatik und Rhetorik, ein Hauptförderer der von Teodorani gerühmten ars Platonica, cortegiana, gaia scienza, Astrolog und Fatalist. Diesen seinen Unglauben oder Aberglauben gibt er deutlich zu erkennen durch das, was er von „Zufall, Schickung, Schicksalssternen" (Hölle 15, 46. 55. 70) sagt. Dankbar für die von ihm gelernte Kunst, „wie sich der Mensch verewigt" (v. 85), erweist ihm Dante ganz die Ehre, wie er in seinem Gastmahl (Conv. IV, 24 ff.) den jüngeren Leuten gegen die Alten, dem Schüler gegen den

Lehrer zur Pflicht macht; aber ihm entgegen spricht er (v. 79 ff.) von Gebet und gutem Gewissen, also vom rechten Gebrauche unserer Willensfreiheit im Dienste eines frei waltenden Lenkers der Sterne. Mit diesem christlich frommen Gottvertrauen, sagt der Schüler, sei er seinerseits gefaßt auf jeden Umschwung des Rades der Fortuna. Brunetto schielt ihn betroffen an und bricht ab mit der allgemeinen Redensart: „Bene ascolta, chi la nota — wohl höret, wer es merket" (v. 99).

Statt nun diesen Gegensatz hervorzuheben, läßt gerade umgekehrt Dr. Grieben des weiseren und bessern Schülers Erwiderung:

„Macht mein Gewissen mir nur keine Pein,
Kann ich gefaßt auf jedes Schicksal seyn"

als „Brunetto's gute Lehre in Dante's Seele zeitlebens haften geblieben" seyn.

Als seine Gesinnungs- und Schicksalsgenossen bezeichnet sodann Brunetto auf Dante's Fragen:

1) Priscianus. Wahrscheinlich ist der Grammatiker gemeint, welcher, zu Cäsarea in Kleinasien geboren, in dem ersten Drittel des sechsten Jahrhunderts zu Constantinopel lebte und starb. Seine Schriften wurden durch das ganze Mittelalter viel gebraucht; von seiner Person aber wußte man damals und weiß man auch jetzt wohl noch kaum, ob er ein Christ gewesen sei oder nicht; geistliche Lehrer der Grammatik und Rhetorik gab es im fünften und zu Anfang des sechsten Jahrhunderts noch äußerst wenige. Möglicher Weise hat Dante sein Urtheil gefällt auf den Grund von Schriften — nicht des Grammatikers, sondern des Arztes Theodorus Priscianus, der neuplatonisch oder gnostisch, wie es scheint, gesinnt, jedenfalls aber kein katholischer Christ war; er lebte unter den Kaisern Gratian und Valentinian c. 375 n. Chr.

2) Franciscus von Accorso, einen tüchtigen Juristen aus Florenz, der als Professor in Bologna 1229 starb.

3) Einen, „den der Papst vom Arno zum Bachiglione versetzte." Genannt oder sonst näher kenntlich gemacht wird dieser Vierte aus der schmutzigen Sippschaft nicht; man vermuthet aber wohl nicht ohne Grund, es sei der Bischof Andreas von Mozzi gemeint.

Indeß hat Brunetto (v. 106) von den Bewohnern der Bulge im Allgemeinen versichert: In somma sappi, che tutti fur cherci — e letterati grandi e di gran fama, d. h. nach Kopisch: „Im Ganzen wisse, daß sie sämmtlich Schüler — auch wohl Gelehrte waren großen Rufes." Cherci, cherici für dotti, und laici für ignoranti zu setzen, war eine Sprechweise, die den Geistlichen der damaligen Zeit nicht zur Unehre gereicht. So nennt z. B. Giovanni Villani den Kanzler Petrus de Vineis einen savio cherico. Von Klerikern in unserem Sinne spricht also Dante hier ebenso wenig, wie von französischen Clercs. Dennoch steht nach Grieben (S. 62) „Priscian vermuthlich als Gattungsfigur der klerikalen Knaben-Erzieher der damaligen Zeit!" — Das ist eine der schmählichen Impertinenzen, zu denen sich Herr Grieben herbeiläßt. Warum nicht Priscian, der Orientale, der nicht klerikale Schulmann aus dem sechsten Jahrhunderte — Gattungsfigur für sämmtliche Philologen, die Hellenisten zumal, wie seiner Zeit, so aller Zeiten mit alleiniger Ausnahme des klerikalen Mittelalters? warum nicht Theodorus Priscianus als Gattungsfigur sämmtlicher Aerzte, nur nicht der katholischen? Warum sollte nicht Brunetto Latini selbst für sämmtliche Staatssekretäre, Diplomaten, Poeten und Astronomen stehen, besonders aber für alle Freunde und Förderer der ars Platonica, cortegiana, gaia, für Alle die sich mit den schönen Wissenschaften und Künsten befassen? Warum nicht Franciscus von Accorso — Gattungsfigur für alle Professoren und Juristen, namentlich aber für alle Bologneser Gelehrten und ihren Anhang in „der damaligen Zeit", den Anhang meine ich, welchen sich nach S. 94 „eine ursprünglich an der Universität Bologna gestiftete „„geheime Verschwörung""

sämmtlicher Ghibellinen wider das Papstthum" durch ganz Italien gewonnen hatte? Warum liest und versteht man nicht vielmehr das was Dante von dem vorzugsweise griechischen Laster sagt, einfach als Warnung vor den Gefahren, die aus unchristlicher Ueberschätzung der alten, namentlich der griechischen Klassiker erwachsen, und als Beweis, wie er selbst, trotz aller Hochachtung vor Plato und Aristoteles, doch weit entfernt war, sich denselben blindlings hinzugeben?

Das Beispiel wird genügen. Von sonstigen Curiosa, abgeschmackten Unterstellungen und lächerlichen Mißverständnissen, wovon das Buch wimmelt, nehmen wir natürlich keine Notiz. Den Schlüssel zu allen diesen Wunderlichkeiten in seiner „Studie" gibt uns der „Redakteur der Kölnischen Zeitung" selbst, indem er (S. 90) schreibt: „Eine merkwürdige Erscheinung im zweiten Zehntel dieses Jahrhunderts war jener berühmte oder „„berüchtigte"" Geheimbund, der sich unter Murat's Gewaltherrschaft in Neapel organisirte und in kurzer Zeit über ganz Italien ausbreitete: der Orden der Carbonari. Unter einem religiösen Ritual und einer eigenen nur dem Eingeweihten verständlichen Allegorie-Sprache verfolgte derselbe den ganz bestimmten politischen Zweck, das Vaterland von den Tyrannen zu befreien oder, wie dieß oben allegorisch ausgesprochen war, den Wald von den Wölfen zu säubern, die das Lamm unterdrückt hielten." — Nach der Restauration wurde „der Zweck genauer dahin bestimmt, daß ganz Italien unter Einer Regierung vereinigt und volle Glaubens- und Gewissensfreiheit errungen werden müsse. — Der Orden zerfiel. Aber die politische Idee, deren Träger er gewesen, blieb lebendig bis auf den heutigen Tag, und sie ist es, in welcher der jungitalienische Dante-Cultus seine eigentlichen Wurzeln hatte und noch hat." Ipse dixit.

Wäre Dante der Heuchler und Wortfälscher gewesen, zu welchem diese Leute ihn machen wollen — nun, auch dann noch hätte er „als Dichter wandelnd auf der Menschheit Höhen, Gericht zu halten" sich vermessen und eine „poli-

tische Satire" schreiben können über die „Gemeinheit und Verworfenheit seiner Mitmenschen" (S. 47); hat das doch auch, und zwar an eben desselben römischen Kaiserdichters Hand, der Erjesuit Blumauer gethan, und etwas Anderes wollte vielleicht auch Voltaire nicht mit seiner Pucelle. Aber die Divina Commedia hätten wir dann nicht erhalten und auch nicht eine Zeile von der Vita nuova oder dem Convito. Dann war und wäre „sein Antlitz zwar gerechten Mannes Antlitz — jedoch das andre Ende gänzlich Schlange." Der Dichter und Richter säße dann nach eigenem Spruche wohlaufgehoben unter der Obhut jenes „Unthiers mit gespitztem Schweife, das die ganze Welt verpestet" (Hölle 17, 1 ff.).

So aber blieb Dante sein Leben lang das schnurgerade Gegentheil von Heuchelei, und der Verfasser der Studie konnte allerdings sagen: „Davon daß Dante es jemals bereut, sein großes Kaiserlied gesungen zu haben, ist nicht die geringste zuverlässige Spur vorhanden" (S. 26). Sogar das „zuverlässig" hätte unser Berichterstatter sich ersparen können; so viel ich wenigstens weiß, ist wirklich auch nicht die allergeringste Spur vorhanden von einer solchen Reue. Wohl aber mehr als bloße Spuren, daß der Dichter sterbend noch sich gefreut und gerühmt habe, mit seinem Namen ein Werk bezeichnen zu dürfen, „an welchem Himmel und Erde gearbeitet"; und daß er dennoch als guter römisch-katholischer Christ aus diesem Leben geschieden sei.

Der Verfasser der Studie krönt sein italienisch-deutsches Machwerk mit den rhetorisch zugestutzten Versen: „Freiheit und Ordnung, Sittlichkeit und Recht! Dort ist das Heil, das sind des Schicksals Sterne." Klingende Phrasen, in die man Alles legen kann! Wir sagen lieber mit Boethius und Dante:

O felix hominum genus
Si vestros animos amor,
Quo coelum regitur, regat. — De Consolat. II. m. 8.
L'amor, che muove 'l sole e l'altre stelle. — Paradiso, Schluß.

VIII.

Die Politik Oesterreichs im Jahre 1813.

III.

Wir erinnern uns, daß die Bedingungen für den Frieden, wie sie Metternich im Namen der Verbündeten zu Prag an die Napoleonischen Botschafter im Falle eines Abschlusses zu stellen hatte, nach der Absprache zu Josephstadt (20. Juni) also lauteten: 1) Auflösung des Großherzogthums Warschau und Vertheilung desselben unter Rußland, Preußen und Oesterreich. 2) Wiederherstellung des Königreiches Preußen mit der Elbgrenze. 3) Abtretung der gesammten Illyrischen Provinzen an Oesterreich.

Wir wissen nun ebenso gut, daß Metternich vor lauter Formfragen und Einwendungen, Excusen und Nichtswürdigkeiten der Franzosen auf dem Congresse zu Prag gar nicht dazu kam, diese Bedingungen vorzulegen. Der Congreß lief, wie wir gesehen, ab, ohne daß die Verhandlungen überhaupt nur eröffnet werden konnten. Alles durch die Schuld Napoleons. Er wollte ja keine Condition, sondern die Entscheidung durch die Waffen. Nun ist es aber seit Jahrhunderten die Taktik der französischen Diplomatie, uns Deutsche als die Urheber alles Uebels, als kriegswüthig und eroberungslustig hinzustellen. Das haben Franz I. und Heinrich IV., Richelieu

und Ludwig XIV., das hat auch Napoleon I. gethan. Es konnte ihm für seine späteren Biographen nicht gleichgültig seyn, wie sie sein Auftreten 1813 behandelten. Unter allen Umständen, wie auch die Würfel des Krieges fallen mochten, war es gut, sich den Ruhm des „Friedfertigen" zu sichern. Gelang die Campagne, unterlagen die Verbündeten, so konnte man edelmüthig sagen: das habt ihr euch selbst gethan, weil ihr den Frieden verschmähtet. Mißlang die Campagne, unterlag Napoleon, so konnte er ebenso rührend dem französischen Volke vorspiegeln: seht! ich wollte ernstlich den Frieden, sie aber haben ihn zurückgewiesen, um uns zu vernichten.

Aus diesem Gesichtspunkte ist auch die vertraute Besprechung Metternichs mit dem Herzog von Vicenza am 6. August zu betrachten. Wir würden sie nicht erwähnen, wäre sie nicht benützt worden, auf den österreichischen Staatskanzler einen scharfen Tadel zu schleudern. Am 6. August nämlich ließ der Herzog den Kanzler um eine vertrauliche Besprechung bitten. Metternich gewährte sie. Warum auch sollte er sie versagen? Bei dieser Besprechung übergab der Herzog dem Kanzler Briefe von Napoleon und Marie Louise für den Kaiser Franz, und bat sie zu befördern. Metternich nahm diese Briefe entgegen. Weßhalb nicht? Beim Abschiede, wie zufällig, sagte Vicenza: „wie es Se. Majestät den Kaiser von Frankreich unangenehm berühre, daß das Friedenswerk zu Prag so langsam fortschreite. Er (Napoleon) wünsche einen friedlichen Abschluß und glaube, daß der Kanzler solchen am ersten zu Wege bringen könne." Daraufhin erwiderte Metternich: „es sei Sr. kaiserl. Majestät von Frankreich wohl bekannt, daß Niemand sehnsüchtiger den Frieden wünsche als Oesterreich. Der Kaiser (Napoleon) möge nur auf die Bedingungen eingehen, die man ihm zu stellen für nöthig zur dauernden Ruhe Europas halte." Vicenza fragte: welches denn diese Bedingungen seien? Worauf Metternich antwortete: „er wolle darüber die Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers Franz unverzüglich einholen." Wirklich begab

sich Metternich in der Nacht vom 6. auf den 7. August zu dem Kaiser nach Brandeis, überbrachte diesem die Briefe Vicenza's und erbat sich die Antwort auf die Anfrage bezüglich des Friedens. Der Kaiser stellte folgende Bedingungen: 1) Auflösung des Großherzogthums Warschau. 2) Wiederherstellung Preußens bis zur Elbe. 3) Abtretung Illyriens an Oesterreich.

Es sind dieß die nämlichen Bedingungen, über welche bereits zu Josephstadt (20. Juni) die drei Monarchen von Oesterreich, Rußland und Preußen übereingekommen waren. Es sind dieselben Bedingungen, welche dem Congresse zu Prag als Grundlage dienen sollten. Wir sagen Solches für Diejenigen, welche die vertrauten Besprechungen Metternichs mit dem Herzog von Vicenza (6. bis 10. August) so gerne tadeln, ja als Achselträgerei hinstellen möchten. Metternich sah ein, daß der Congreß, wie er seither verlaufen, unmöglich bis zum 10. August den Abschluß bringe. Wenn es ihm gelang, auf vertrautem Wege mit Napoleon schneller in's Reine zu kommen, weßhalb zögern? Denn wohl gemerkt! Die Bedingungen, welche Metternich auf vertrautem Wege an Napoleon gelangen ließ, sind dieselben, welche der Congreß öffentlich besprechen sollte. Es ist keine Doppelgängerei, es ist die wahrhafte Sehnsucht nach einem raschen friedlichen Abschlusse. Daß aber Napoleon bei Anknüpfung dieser vertrauten Besprechungen anders als Metternich dachte, werden wir gleich unten sehen.

Am 8. August Abends erhielt Napoleon in Dresden die Antwort Metternichs mit den drei Punkten. Sie waren klar und einfach: war wirklich Napoleon der „Friedfertige", so konnte er sie einfach annehmen und der Friede war geschlossen. Aber das lag nicht in dem Sinne des Kaisers. Er ließ den 9. August ohne Antwort verstreichen. In der Nacht vom 9. auf den 10., dem letzten Tag des Congresses, ging ein Eilbote nach Prag ab. Er überbrachte die Antwort Napoleons. Sie lautete: „Er sei geneigt, auf jene drei Punkte im All-

gemeinen einzugehen, doch habe er einige Ausstellungen zu machen. Was das Großherzogthum Warschau betreffe, so willige er in seine Auflösung, doch müsse Danzig eine freie Stadt bleiben. Zum Zweiten müsse sich der Rheinbund bis zur Oder ausdehnen. Auch die Illyrischen Provinzen überlasse er Oesterreich, jedoch mit Ausnahme von Triest. Der König von Sachsen müsse unter allen Umständen für den Verlust von Warschau durch die Gebietstheile von Böhmen, welche an Sachsen grenzen, entschädigt werden."

Metternich erhielt diese Eröffnungen am Morgen des 11. August. Es war zu spät. Schon hatte sich der Congreß mit Unwille und Verdruß über die französische Anmaßung und Falschheit aufgelöst. Auch waren die Propositionen Napoleons, denen man beim ersten Anblick die Hinterlist anmerkte, gar nicht dazu angethan, um nach den Erlebnissen der letzten Tage die Bewilligung Rußlands und Preußens zu erlangen, weßhalb es Metternich ganz unterließ, sie nachträglich mitzutheilen.

Als Napoleon die Kriegserklärung Oesterreichs erhielt, wurde er stutzig. So schnell hatte er den Abbruch nicht vermuthet. Also hatte Metternich doch Wort gehalten. Noch *glaubte* Napoleon die Aktion Oesterreichs hemmen zu können. Er *ließ* (14. August) an Metternich schreiben: daß er in jene drei Punkte, wie sie ihm seien mitgetheilt worden, pure willige. Aber Metternich erklärte, und hierin erkennen wir den wahrhaftigen Charakter dieses Staatsmannes, ganz offen: „Die in der französischen Note vom 14. August ihm gemachten Eröffnungen hätten zum Frieden führen können, wenn sie einige Tage früher an ihn gelangt wären. Jetzt, wo der Kaiser, sein Herr, nicht mehr Vermittler, sondern Verbündeter sei, müsse er die neuen Vorschläge zur Kenntniß seiner Verbündeten bringen, was ohne Verzögerung geschehen werde, indem der Kaiser von Rußland und der König von Preußen in Prag erwartet würden." Metternich, weil er einsah, daß der Congreß zu nichts führe, hatte es also nicht verschmäht

(6. bis 10. August) mit dem französischen Botschafter eine vertrauliche Correspondenz zu eröffnen, um desto rascher zum Abschlusse zu kommen. Kaum hatte aber auf dem Hradschin zu Prag am 10. August die mitternächtliche Stunde geschlagen, so hatte auch diese Vertraulichkeit ein Ende. Metternich stand jetzt auf der Seite der Verbündeten und nahm Vorschläge des französischen Kaisers nur in Uebereinstimmung mit jenen entgegen.

Auch begnügte sich Metternich jetzt nicht mehr mit obigen drei Punkten. Er forderte seit dem 10. August mehr und gab dieß deutlich zu verstehen. Als ihn Napoleon fragen ließ, welches denn die neuen Bedingungen zum Frieden seien, antwortete der Kanzler (16. August): „So lange man in Prag vereinigt gewesen, hätten jene drei Punkte als Grundlage zu einem Abschlusse genügt. Heute nicht mehr. Die Coalition verlange jetzt außerdem die Auflösung des Rheinbundes und der helvetischen Conföderation, die Abtretung der Nordseelande und die Zurückgabe Hollands." Es war bei Metternich die Zerreißung der Napoleonischen Karte von Europa, die möglichste Rückkehr zum Alten seit dem Scheitern des Congresses zu Prag eine beschlossene Sache.

Es ist merkwürdig, wie anscheinend zähe gerade Napoleon, der den Frieden doch mit Plan und Absicht hintertrieben, der Oesterreich mit Gewalt in seine jetzige Bahn geworfen hatte, an diesem Frieden in den Tagen vor und nach dem 10. August 1813 festhielt. Es war ihm, wie gesagt, um das Urtheil seiner Zeitgenossen, um das Urtheil der Nachwelt zu thun. Er wollte als der „Friedfertige" gelten, die Hunderttausende von Opfern, die noch bei Dresden und an der Katzbach, bei Großbeeren und Culm, bei Dennewitz und Leipzig ihr Blut vergoßen, sollten auf die Seelen der Verbündeten fallen. Die öffentliche Meinung in Frankreich mußte zu Gunsten des kriegslustigen Imperators bearbeitet werden, damit sie Geld und Rekruten ohne Murren lieferte. In dieser Absicht lediglich geschahen die Friedensanerbietungen Napoleons.

Obwohl Metternich unter dem 16. August die neuesten Eröffnungen Napoleons zurückgewiesen, so mußte trotzdem der Herzog von Bassano (18. August) eine weitere Note an den österreichischen Staatskanzler abgehen lassen. In der Einleitung wird zunächst Oesterreich der Text in einem mehr als unverschämten Tone gelesen. Da heißt es u. A.: „Der Unterzeichnete will das System der nach der einen Seite verschwendeten Betheuerungen, nach der anderen verbreiteten Einflüsterungen nicht auseinander setzen, durch welches das Wiener Kabinet die Würde seines Souverains bloßgestellt und dasjenige in seiner Entwicklung entweihte, was unter Menschen das Heiligste ist: eine Vermittlung, einen Congreß und den Namen des Friedens." „Wenn", heißt es weiter, „Oesterreich Krieg führen wollte, was hatte es nöthig sich mit einer falschen Sprache zu schmücken und Frankreich mit schlechtgewobenen Netzen, die allen Blicken auffielen, zu umgarnen?" Sodann bemerkt der Franzose: „Wenn der Vermittler den Frieden gewollt hätte, würde er dann verlangt haben, daß so verwickelte Verhandlungen in vierzehn Tagen oder drei Wochen beendigt seyn müssen? War das eine friedliche Absicht, welche darin bestand, Frankreich in weniger Zeit den Frieden zu diktiren als zum Abschlusse der Uebergabe einer belagerten Festung nöthig ist?"

Wir brauchen nicht daran zu erinnern, daß dieß Alles die reine Verläumdung ist: unsere seitherige Darstellung widerlegt solche Insinuationen am besten. Aber sie paßten für den Moniteur und das eitle französische Volk. Da heißt es weiter: „In den Verwicklungen, die aus der Vielfachheit und Verschiedenartigkeit der Interessen entsprangen, gesellten sich die Schwierigkeiten, die aus den offenen und versteckten Ansprüchen des Vermittlers hervorgingen, so daß es in der That lächerlich war zu verlangen, daß Alles in vierzehn Tagen mit der Uhr in der Hand beendigt seyn sollte. Ohne die verderbliche Einmischung Oesterreichs wäre der Friede

zwischen Frankreich, Rußland und Preußen heute abgeschlossen." Aber hätte Napoleon seinen Bevollmächtigten, den Herzog von Vicenza, zur festgesetzten Frist nach Prag abgehen lassen, so waren sechszehn Tage gewonnen. Daß in den Augen Napoleons die Einmischung Oesterreichs eine „verderbliche" war, haben wir oben gesehen; und wie der Friede beschaffen gewesen wäre, den Napoleon ohne diese Einmischung mit Rußland und Preußen abgeschlossen hätte, hat unsere Darstellung ebenfalls zur Genüge bewiesen.

Nach diesen unverschämten Aeußerungen wagt es der Herzog von Bassano in seiner Note vom 18. August, dem österreichischen Staatskanzler von einem neuen Friedensvorschlage zu sprechen. „Der Unterzeichnete", sagt er, „hat Befehl erhalten Oesterreich vorzuschlagen, von heute an die Mittel zur Erlangung des Friedens vorzubereiten und einen Congreß zu eröffnen, zu dem alle Mächte, die großen wie die kleinen, berufen, wo alle Fragen feierlich gestellt würden und man nicht verlangt, daß ein so schwieriges und heilsames Werk in einer Woche oder einem Monate beendet werde, wo mit der von jedem Geschäfte der Art unzertrennlichen Langsamkeit und jenem Ernste, der einem so großen Zwecke und so großen Interessen gebührt, vorgeschritten werden soll. Sind denn die Verträge von Utrecht, Nymwegen, Ryswick, Aachen in wenigen Tagen geschlossen worden? Bei den mehrsten denkwürdigen Verhandlungen war die Frage des Friedens stets unabhängig von der des Krieges; man unterhandelte, ohne zu wissen, ob man sich schlagen würde oder nicht; und da die Verbündeten so große Hoffnungen auf die Wechselfälle des Krieges gründen, so hindert heute ebenso wenig wie damals irgend etwas, daß man unterhandle während gekämpft wird."

Zum Schlusse heißt es in dieser denkwürdigen Note: „Der Unterzeichnete schlägt vor, einen Punkt an der Grenze

als Conferenzort für neutral zu erklären, daselbst die Bevollmächtigten von Frankreich, Oesterreich, Rußland, Preußen und Sachsen zu versammeln, die der anderen kriegführenden Mächte hinzuberufen und in dieser erlauchten Versammlung das heilsame Werk des von ganz Europa so lebhaft gewünschten Friedens zu beginnen. Die Völker würden mit wahrem Troste sehen, daß die Souveraine sich damit beschäftigen, den Drangsalen des Krieges ein Ziel zu setzen, und daß sie aufgeklärten und redlichen Männern die Sorge anvertrauen, die Interessen zu vereinigen, die Opfer auszugleichen und den Frieden ehrenvoll und vortheilhaft für alle Nationen zu machen."

Als diese Note später im Moniteur erschien, gab sie zu allerlei Randglossen Anlaß. Da wurde von der „seltenen Friedensliebe des Kaisers", der „Gier des Auslandes nach französischen Ländern", von „schmachvollen Zumuthungen" u. dgl. gesprochen. Und auch nur in dieser Hinsicht erfüllte die Note Bassano's vom 18. August ihre Aufgabe. Metternich wollte sie zuerst gar nicht beantworten. Doch genügte er der Etiquette, indem er am 21. schrieb: „Da der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich ausgebrochen sei, so halte es das österreichische Kabinet nicht für angemessen, die grundlosen Beschuldigungen, welche die Note des Herzogs von Bassano enthalte, zu rügen. Stark durch die öffentliche Meinung erwarte Oesterreich mit Ruhe das Urtheil Europas und der Nachwelt. Die in der Note des Herrn Herzogs von Bassano berührten Vorschläge wegen der Berufung eines neuen Friedens-Congresses werde er (Metternich) der Ansicht der verbündeten Höfe unterbreiten und den Herrn Herzog von der Rückantwort in Kenntniß setzen." Aber Metternich übereilte sich nicht mit der Mittheilung der Note Bassano's, auch nicht mit der Antwort. Es war vorbei mit einem friedlichen Abschlusse zwischen Napoleon und den Verbündeten. Die Waffen sollten entscheiden.

Was die letzten friedlichen Eröffnungen Napoleons betrifft, so läßt sich auch bei ihnen getrost behaupten, daß sie reine Spiegelfechterei gewesen. Er benützte den Waffenstillstand, um seine Streitkräfte zu complettiren und zu sammeln. Er hatte gehofft, wie wir aus den Befehlen an den Herzog von Vicenza ersahen, den Congreß zu Prag auch über die Ablaufszeit des Waffenstillstandes hinauszudehnen, um Oesterreich unthätig hinzuhalten. Als die Gesandten am Abend des 10. August ihre Mission für erloschen erklärten, versuchte Napoleon neue Unterhandlungen einzuleiten, indem er scheinbar auf die Forderungen der Verbündeten einging. Aber man hatte ihn durchschaut. Seine Anträge wurden entgegen genommen, ohne daß sie auf den Gang der Ereignisse Einfluß erhielten. Damit war Napoleon nicht gedient. So entbrannte der Kampf. Hunderttausende bluteten für den Starrsinn und die Hinterlist eines Einzigen.

Es ist nicht unsere Absicht, die kriegerischen Ereignisse des J. 1813 zu beschreiben, sondern die Zielpunkte der Politik Oesterreichs zu verfolgen; weßhalb wir auch die Zeit vom Beginn der Feindseligkeiten (16. August) bis zur Völker-Schlacht von Leipzig überspringen dürfen. Denn auf jener blutigen Ebene erscheint der Napoleonische Versucher in Gestalt eines Friedensgottes im österreichischen Hauptquartiere unverhofft wieder.

Indeß verdienen zwei politische Fakta, welche in die Zwischenzeit fallen, hier erwähnt zu werden. Es ist der definitive Abschluß Oesterreichs mit Rußland und Preußen (9. September) zu Teplitz und die Uebereinkunft Oesterreichs mit Bayern (8. Oktober) zu Ried.

Obwohl bereits im August 1813 die österreichischen Heere bei Dresden und Culm gegen Napoleon kämpften, wurde doch erst im September der Vertrag endgültig ratificirt. Darin versprachen sich die drei Mächte: Oesterreich, Rußland

und Preußen gegen Frankreich eine gegenseitige Hülfe von je 60,000 Mann, um hierdurch wieder in den Besitz ihrer alten Lande zu kommen. Dieß waren die für die Oeffentlichkeit bestimmten Punktationen. Der Vertrag zu Teplitz hatte aber, wie alle Abschlüsse jener Zeit, auch seine „geheimen" Artikel, welche im Allgemeinen wichtiger sind als die öffentlichen. In diesen geheimen Artikeln stand u. A.: 1) Die österreichische Monarchie solle wieder hergestellt werden, wie sie vor dem Feldzuge von 1805, die preußische, wie sie vor dem Tilsiter Frieden bestanden. 2) Der Rheinbund sollte aufgelöst und die zwischen dem österreichischen und preußischen Gebiet liegenden deutschen Staaten für unabhängig erklärt werden. 3) Die Besitzungen des Hauses Braunschweig-Lüneburg sollten demselben zurückgegeben werden. 4) Das Schicksal des Großherzogthums Warschau sollte durch eine Uebereinkunft der drei Mächte geordnet werden. 5) Eine jede der drei Mächte übernimmt die Verbindlichkeit, während des Krieges mindestens 150,000 Mann im Felde vollzählig zu erhalten.

Gegen Bayern hatte Oesterreich im August 1813 am Inn ein Corps von 25,000 Mann zur Beobachtung zusammenziehen lassen. Doch kam es hier zu keinem blutigen Schlagen. Auch in Bayern bereitete sich der Umschlag vor. Schon seit dem Waffenstillstande hatte Napoleon alle Ursache, Bayern zu mißtrauen. Zwar hatte König Max nach dem verunglückten russischen Feldzuge seine Regimenter von neuem ergänzt, sogar eine Division unter General Raglovich zu dem zwölften französischen Armeecorps (Marschall Oudinot) stoßen lassen. Aber seine alte Anhänglichkeit an das Napoleonische Haus hatte bereits einen argen Stoß erlitten. Das bayerische Volk wollte nicht länger mit den Franzosen gehen, im Heere zeigte sich Mißmuth, der Kronprinz Ludwig selbst trat als der entschiedenste Gegner Frankreichs auf. Die bayerische Armee, welche unter Wrede am Inn gegen die Oesterreicher

aufgestellt war, sympathisirte mit dem „Feinde“. Schon im Juli hatte Napoleon befohlen, in Franken 15,000 Mann unter Augereau zusammenzuziehen, um Bayern zu überwachen. Nach den unglücklichen Schlachten von Culm, Dennewitz und an der Katzbach zog der Kaiser dieses Corps zur Unterstützung an sich. In denselben Tagen schrieb König Max von Bayern (3. September 1813) an Napoleon: „Er beharre in seiner alten Ergebenheit und werde in nichts von der Freundschaft gegen Frankreich abweichen; deßhalb habe er einen Theil seiner Truppen zu dem Heere des Kaisers befehligt und gegen Oesterreichs drohende Stellung ein ganzes Armeecorps zusammengezogen. Er hoffe, der Kaiser werde überall seiner Feinde Herr werden: das sei der aufrichtige Wunsch des bayerischen Königshauses. Doch halte er es für Pflicht, unter gegenwärtigen Umständen offen zu reden. So könne er nicht verhehlen, wie es ihm unmöglich seyn werde, der allgemeinen Stimmung der deutschen Nation und der Abneigung gegen die Fortsetzung des Krieges, welche auch seine Bayern ergriffen habe, länger als bis zum November zu widerstehen, so daß er sich werde gezwungen sehen, sein gegenwärtiges Verhältniß zu lösen, wenn er nicht von seinen Unterthanen verlassen seyn wolle, weßhalb er den Kaiser inständigst beschwöre, baldmöglichst Frieden zu schließen.“ Seitdem fanden geheime Verhandlungen zwischen München und Wien statt, welche in dem Vertrag vom 8. Oktober ihren Abschluß erhielten.

Dieser Vertrag bestimmte: daß Bayern dem Rheinbunde entsage, seine Truppen mit den österreichischen vereinige und gegen Frankreich die Waffen kehre. In einem geheimen Artikel versprach Bayern, Tyrol und Salzburg an Oesterreich gegen eine später zu bestimmende Entschädigung sofort abzutreten. Es ist auch hier die Rückkehr zum Alten, das Zerreißen der Napoleonischen Geographie.

Wir möchten unsere Leser darauf hinweisen, wie Metternich

allmählig in seinen Forderungen wuchs. Im März und April 1813 genügte ihm die Elbgrenze. Er war entschlossen, wenn dadurch der Friede Europas gegründet werden konnte, mit der gesammten Kraft Oesterreichs einzustehen. Napoleon wies solches Ansinnen verächtlich zurück. Bubna in Dresden (1813 im Mai) und Metternich selbst auf dem Congresse zu Prag gingen nicht weiter. Denn der österreichische Staatskanzler wollte nicht zu schroffe Bedingungen stellen, um Napoleon die Zustimmung zu einem friedlichen Abschlusse möglich zu machen. Als Metternich indeß einsah, daß Napoleon mit Plan und Absicht den Frieden hintertrieb, wuchs ihm der Groll. Metternich war noch weit davon entfernt, Napoleon vom Throne Frankreichs stoßen zu wollen; aber ihn von der Alles niedertretenden Allmacht in Europa herab zu stürzen, ihn ungefährlich zu machen, dazu war er fest entschlossen. Trotz der Deklamationen preußenfreundlicher Federn ist es Thatsache, daß Metternich 1813 die Allmacht des corsischen Eroberers gebrochen hat. Mit seinem thätigen Eingreifen war die Niederlage Napoleons entschieden. Daß Metternich 1814 nicht darauf ausging, Napoleon vom französischen Thron zu werfen, ist wahr: er wollte ihn dorten erhalten, aber in weiser Beschränkung an Länderfülle. Dem schlesischen Haupt-Quartiere lassen wir den Ruhm, das „corsische Ungeheuer" aus Frankreich vertrieben zu haben; ebenso wie wir die Engländer keineswegs beneiden, dieses „Ungeheuer" auf St. Helena festgeschmiedet zu haben. Uns hat das letzte Schicksal des Titanen immer wehe gethan, trotz Allem und Jedem.

Auf dem Schlachtfelde bei Leipzig nun erlitt die französische Suprematie den Todesstoß. Der 16. Oktober, so durchdacht und meisterhaft von Napoleon angelegt, brachte nicht den gehofften durchgreifenden Erfolg. Kaum behauptete sich die französische Armee in ihren Positionen. Die Aussichten für die folgenden Tage wurden noch weit düsterer.

Immer schwerere Massen wälzten sich heran, sie drohten die französischen Haufen zu erdrücken. In dieser Noth dachte Napoleon an ein friedliches Abkommen mit seinen Feinden, zunächst an ein Separat-Einvernehmen mit Oesterreich. Er ließ am Abend des 16. Oktober den bei Connewitz gefangenen österreichischen General Meerveldt zu sich rufen, um ihn mit Friedensvorschlägen an den Kaiser Franz zu senden. Meerveldt trat ein. Napoleon kannte ihn aus seinem ersten Feldzuge in Italien. Er hatte mit ihm den Frieden von Campo-Formio geschlossen. Ganz gegen seine Gewohnheit empfing der Kaiser den gefangenen General mit Wohlwollen. Er begrüßte ihn als alten Bekannten und ließ ihm den Degen zurückgeben. „Damals", sagte im Laufe des Gespräches Napoleon, „haben wir über den Frieden verhandelt; es ist möglich, daß wir heute dasselbe thun. Herr General! Ich bin gewillt, Sie zu entlassen, wenn Sie mir auf Ehrenwort versprechen, diesen Feldzug nicht mehr gegen mich zu dienen. Sie können dabei mein Bevollmächtigter an den Kaiser seyn. Sagen Sie ihm, daß ich ernstlich den Frieden will und daß es nur auf ihn ankommt, ihn zu schließen. Erinnern Sie daran, daß es zwischen mir und Ihrem Souverain noch ein Band gibt, das unauflöslich ist. Ich werde nie aufhören, gegen meinen Schwiegervater die tiefsten Gefühle zu hegen. Er ist gegen mich in die Schranken getreten, weil (wie Metternich sagte) die Politik es so gebot. Wir sind so Feinde auf dem Schlachtfelde, bleiben aber verbündet durch die heiligen Wallungen des Blutes. Oesterreich geht darauf aus, mich zu vernichten. Wissen Sie aber auch, Meerveldt, daß es sich dadurch selbst die Falle legt? Oesterreich will gewinnen, was es seit zwanzig Jahren an mich verloren. So sagt man. Aber ihr Alle vergeßt, daß ihr den Krieg zum Besten eines Dritten führt. Während ihr darauf ausgeht mich zu vernichten, erhebt sich hinter euch ein weit gefährlicherer Gegner, ein Gegner der im Stande ist, eine zweite Völkerwanderung

über Europa heraufzuführen. Betrachtet euere Bundesgenossen, die Russen. Sie haben die Steppen Asiens aufgerufen, um Europa zu erobern. Kosacken und Baschkiren, Tataren und Kalmücken überfluthen eure Lande, thun sich wohl in eurem Reichthum und werden so rasch nicht vergessen, mit welch offenen Armen ihr sie aufgenommen.“ „Meervelbt!“, fügte Napoleon ernst bei, „glauben Sie mir, ihr werdet an diesen Russen noch satt kriegen. Ihr geht auf meinen Sturz aus, weil ihr meine Macht fürchtet. Gelingt euch das, so wird ein ganz anderer Herr über euch kommen. Ich habe euch die Russen bis heute vom Pelz gehalten, aber seid sicher, die vereinten Kräfte von Frankreich, Oesterreich und Preußen werden dermaleinst nicht hinreichen, euch vor diesen nordischen Horden zu retten. Oesterreich (von Preußen rede ich nicht) wird gut thun sich bei Zeiten vorzusehen. Incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim, sagten schon die Alten. Lassen Sie sich das gesagt seyn, Meervelbt, für Ihren Metternich.“

Auf diese Auslassungen Napoleons, in denen manches Wahre liegt, besonders was über das drohende Uebergewicht Rußlands in Europa gesagt ist, erwiderte Meervelbt: daß Se. Majestät der Kaiser Franz gewiß nicht abgeneigt seyn werde, einen Frieden unter ehrbaren Bedingungen abzuschließen; er habe ja diesen Wunsch schon oft gegen seinen erlauchten Schwiegersohn geäußert. Er (Meervelbt) sei bereit die einzelnen Punkte zu überbringen, unter welchen Napoleon abzuschließen Willens sei. „Ich muß“, entgegnete Napoleon, „Opfer bringen, das weiß ich. Ich habe diese Opfer schon in Prag bringen wollen, aber man ist nicht darauf eingegangen, weil man meinen Untergang wünscht. Wiederholen Sie, daß ich in die Punkte, welche die Coalition mir dorten vorgelegt, willige. Ich habe nichts gegen die Auflösung des Großherzogthums Warschau; auch mögen die Verbündeten damit verfahren, wie sie es für gut finden. Ich entsage ferner

dem Protektorat über die rheinische Conföderation und bin bereit, die Illyrischen Provinzen an Oesterreich abzutreten. Spanien gebe ich frei, ebenso Holland und die Hansestädte; die Verhältnisse in Italien müssen hingegen bleiben, wie sie sind.“ Meerveldt entgegnete, wie er nicht zweifle, daß die Verbündeten unter diesen Bedingungen sich zur Niederlegung der Waffen entschließen würden. „Wenn Solches ist, so eröffnen Sie, daß ich erbötig bin einen Waffenstillstand abzuschließen; dann werde ich sofort mein Heer an den Rhein zurückführen.“ Napoleon mochte fühlen, daß er sich mit diesen Worten Blößen gegeben; er mochte es vielleicht gerade Meerveldt gegenüber um so mehr fühlen, mit dem er einst den für Frankreich glorreichen Frieden von Campo-Formio abgeschlossen. Deßhalb schloß er seine Auslassungen im gebieterischen Tone: „Aber, Meerveldt, in 24 Stunden müssen wir im Reinen seyn; wo nicht, so werde ich zu den Waffen greifen.“

Meerveldt fuhr noch denselben Abend ab. Er trug einen Brief an den Kaiser Franz bei sich, von Napoleon eigenhändig geschrieben. Darin wird der Blutsfreundschaft stark das Wort geredet und Alles aufgeboten, den guten „Schwieger-Papa“ zu gewinnen. Aber darin hatte sich Napoleon verrechnet. Oesterreich war nicht leichtsinnig in die Coalition getreten. Ohne Hintergedanken hatte es sich angeschlossen. Fest und bestimmt erklärte deßhalb auch jetzt Kaiser Franz: „wie die Sachen stünden, werde er von dem Kaiser von Frankreich eine geheime Botschaft nicht entgegen nehmen; er könne auf die gemachten Vorschläge nur antworten, nachdem er sich mit seinen Verbündeten, dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen, des Näheren besprochen.“ Um jedoch einen möglichen Frieden nicht zu verzögern, fügte Kaiser Franz bei, werde er sofort seine Verbündeten von dem Vorgange in Kenntniß setzen.

Am Morgen des 17. Oktober begab sich der Kaiser

Franz nach Gruna, wo die Hauptquartiere des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen waren. Er legte Brief und Vorschläge Napoleons vor. Die Drei kamen binnen wenigen Minuten überein, keine Unterhandlung mit Napoleon zu eröffnen und ihm überhaupt gar keine Antwort auf seine Anträge zu schicken.

Es gibt uns dieser Vorfall einen neuen Beweis von der offenen Ehrlichkeit der österreichischen Politik im Jahre 1813. Es lag einzig in der Hand Oesterreichs, ob es den Friedensanerbietungen Napoleons Gehör schenken wollte. Wenn es darauf einging, so hätte der Einspruch Rußlands und Preußens nichts gefruchtet. Bei Oesterreich allein lag 1813 die Entscheidung. Zog es seine 100,000 Streiter von Leipzig weg, so war damit jeder Feindseligkeit Einhalt gethan. Aber Oesterreich blieb gerade bei Leipzig seinem gegebenen Worte getreu: die Napoleonische Uebermacht zu brechen. Kaiser Franz nahm keine Rücksichten auf die Blutsfreundschaft, wo höhere Interessen vorwalteten. Wo es sich um die Freiheit Europas handelte, mußten die Regungen des Herzens verstummen. „Die Politik hat nichts mit der Verwandtschaft zu thun", äußerte Kaiser Franz oft.

Die Schlachttage von Leipzig brachen Napoleons Macht. Hinter den Wällen von Mainz jenseits des Rheines barg er die jammervollen Ueberreste seiner großen Armee. Deutschland war für ihn verloren. Die Zeit schien jetzt gekommen, dem französischen Imperator auf die friedlichen Vorschläge zu antworten, welche derselbe am 16. Oktober durch den gefangenen österreichischen General Meerveldt an Kaiser Franz hatte übermachen lassen. Metternich's ganze Wirksamkeit im Jahre 1813 concentrirt sich ja in der Herstellung des allgemeinen Friedens, aber eines Friedens auf ehrenvoller Grundlage. Auch nach den Schlachttagen von Leipzig war er für einen friedlichen Abschluß. Wohl gab es in dem

verbündeten Hauptquartiere Hitzköpfe, welche zur Fortsetzung des Feldzuges jenseits des Rheinstromes d. h. zu einem Einbruch in Frankreich riethen. Aber dieser Hitzköpfe waren es nur wenige und dieselben hatten keinen Einfluß in entscheidenden Fragen. Kaiser Alexander von Rußland und der König von Preußen stimmten Metternich bei, mit Napoleon von neuem in Unterhandlung zu treten. Sie unterschätzten nicht die Schwierigkeit eines Einbruches in Frankreich und dazu bei Beginn des Winters. Noch waren die Hülfsquellen Napoleons nicht erschöpft: die Depots waren überfüllt von Rekruten aus den letzten Aushebungen, die Festungen am Rheine und in Belgien mit allem Nothwendigen reichlich versehen. Es war ebenfalls anzunehmen, daß Napoleon nach den blutigen Tagen von Leipzig die Bedingungen der Verbündeten annehmen würde. Metternich benützte einen Zwischenfall, dem Frieden das Wort zu reden.

Den französischen Gesandten bei den sächsischen Höfen, Baron von St. Aignan, hatten russische Husaren am 22. October gefangen genommen. Sie waren Willens, ihn wie jeden anderen Kriegsgefangenen zu behandeln, d. h. ihn in sicheren Gewahrsam zu bringen. St. Aignan berief sich auf seine Eigenschaft als diplomatischer Vertreter Frankreichs und erwirkte bei den Oberbefehlshabern der Verbündeten seine Freilassung. Bei dieser Gelegenheit kam er mit dem österreichischen Staatskanzler Metternich zusammen. Nach den ersten Begrüßungen brachte dieser die Rede auf den Frieden. „Die Verbündeten" äußerte er, „hätten allezeit einen Frieden auf annehmbarer Grundlage ihrer Zustimmung bereit gehalten. Gerade deshalb sei der Waffenstillstand mit dem Kaiser Napoleon abgeschlossen worden und zu diesem Zwecke habe man auch den Congreß in Prag eröffnet. Es habe nicht in der Absicht der Verbündeten gelegen, daß der Congreß resultatlos verlaufe. Nur die französischen Bevollmächtigten seien hieran Schuld gewesen. Sie hätten mit Absicht ihre Ankunft ver-

zögert und, als sie da gewesen, die Besprechungen durch leere Ausflüchte hintertrieben. So seien die Verbündeten gezwungen gewesen, von neuem zu den Waffen zu greifen. Das Glück habe zu ihren Gunsten entschieden. Die französische Armee, auf vielen Schlachtfeldern besiegt, habe Deutschland räumen müssen. Weil jedoch vor Allem Mäßigung die Verbündeten beseele, böten sie auch jetzt die Hand zu einem gütlichen Vergleiche. Es liege nicht in ihrer Absicht, das französische Reich zu zertrümmern; aber es sei nöthig, daß Europa dauernde Garantien erhalte für die Zukunft, damit Uebergriffe und Bedrückungen beseitigt würden, wie sie ehedem vorgekommen. Wenn der Kaiser Napoleon von gleichen friedlichen Gesinnungen beseelt sei, so hindere nichts den baldigen Abschluß. Es komme nur darauf an, daß man die Sache offen und ohne Umschweif in die Hand nehme. Die Verbündeten würden einig bleiben und die indirekten Mittel, welche der Kaiser Napoleon noch anwenden dürfte, um zum Frieden zu gelangen, könnten keinen Erfolg mehr haben. Es möchten sich Alle freimüthig gegen einander erklären und der Friede würde zu Stande gebracht seyn."

Metternich hatte hier nicht in der rückhaltreichen Sprache der Diplomatie, er hatte offen und ohne Scheu geredet. Das wußte der Franzose St. Aignan zu würdigen und sagte: „Er glaube, daß auch Napoleon nach dem unglücklichen Verlaufe der letzten Campagne ernstlich den Frieden wolle. Doch komme es hierbei vor allen Dingen darauf an, daß dieser Friede auf einer für Frankreich nicht demüthigenden Grundlage abgeschlossen werde. Hierzu werde sich Napoleon wohl nie entschließen. Daß Frankreich Concessionen mache, verstehe sich nach den letzten Monaten von selbst." St. Aignan wünschte, daß der österreichische Staatskanzler die Verhandlungen für die Folge nicht unterbreche, worauf Metternich eine Zusammenkunft in Frankfurt a. M. verabredete.

Am 8. November kamen hier Beide wiederum zusammen.

Auch dießmal erklärte sich Metternich ohne Rückhalt. „Wir sind“, sagte er, „auch heute noch zum Frieden bereit. Kommt uns der Kaiser Napoleon mit der gleichen Gesinnung entgegen, so kann in wenigen Tagen der Abschluß erfolgen. Wir stehen wenige Stunden von der Grenze Frankreichs; das hindert nicht, daß der Friede auf einer den Interessen Frankreichs würdigen Basis eröffnet wird. Der Einzug in die alte Kaiserstadt hat manche Erinnerungen wach gerufen. Man hat von allen Seiten meinen erlauchten Souverain, den Kaiser Franz, als deutschen Kaiser begrüßt. Doch sind wir nicht so eitel, diesen Titel à tout prix zu wollen. Deutschland wird ebenso fest mit Oesterreich auch ohne diesen Titel verbunden seyn. Ich wünsche, der Kaiser möge sich überzeugt halten, daß die größte Leidenschaftlosigkeit und ein Geist der Mäßigung im Rathe der Verbündeten den Vorsitz führt; daß sie sich nicht veruneinigen werden, weil sie ihre Thatkraft und Stärke bewahren wollen, daß sie sich aber um so stärker fühlen, je gemäßigter sie sind. Gegen den Fortbestand der Dynastie Napoleon's hat Niemand etwas einzuwenden; England ist bei weitem gemäßigter, als man in Frankreich glaubt, und nie ist der Augenblick günstiger gewesen, als jetzt, mit dieser Macht zu unterhandeln. Will der Kaiser Napoleon wirklich einen dauerhaften Frieden schließen, dann wird er der Menschheit viele Leiden und Frankreich große Gefahren ersparen, sofern er die Unterhandlungen nicht verzögert. Man ist bereit, sich zu verständigen; die Ideen, die man über den Frieden gefaßt hat, sind von der Art, der Macht Englands billige Grenzen zu setzen und Frankreich zur See jene Freiheit zu gewähren, auf welche es gleich allen übrigen Mächten in Europa gerechten Anspruch hat; England ist bereit Holland als unabhängigem Staate zurückzugeben, was es ihm als französischer Provinz nicht zurückgeben würde; das, was der Graf Meerveldt von Seiten des Kaisers Napoleon zu eröffnen beauftragt gewesen, kann

Anlaß zu Erklärungen geben, die zu überbringen der Baron St. Aignan gebeten werden soll. Der Kaiser Napoleon hat die Möglichkeit eines Gleichgewichts zwischen den europäischen Staaten nie zugeben wollen; dieses Gleichgewicht ist aber nicht nur möglich, sondern sogar nothwendig. In Dresden hat man vorgeschlagen, Länder, welche der Kaiser Napoleon nicht mehr besitzt, wie z. B. das Herzogthum Warschau, zu Entschädigungen zu bestimmen; man kann in gegenwärtiger Lage ähnliche Ausgleichungen in Vorschlag bringen."

Als St. Aignan sich bereit erklärte, die Bedingungen, welche die Verbündeten Napoleon zu stellen gesonnen seien, an diesen zu bringen, erklärte Metternich: daß er dieß nur in der bündigsten Uebereinstimmung mit den übrigen Verbündeten könne; er werde zu diesem Zwecke die Minister Rußlands, Preußens und Englands auf morgen zu einer Besprechung laden, welcher St. Aignan beiwohnen möge; hier ließen sich die einzelnen Punkte erörtern.

Am 9. November kam St. Aignan mit den Ministern der Verbündeten zusammen. Zugegen waren: für Oesterreich Metternich, für Rußland Nesselrode, für England Aberdeen. Der preußische Minister Hardenberg fehlte; indeß erklärte Nesselrode, daß man denselben so gut als anwesend betrachten dürfe, da er von den einzelnen Punkten Einsicht genommen und dieselben gebilligt habe. Nach kurzer Debatte kamen die Anwesenden über folgende Friedenspropositionen überein:

1) Die Verbündeten werden sich nur zu einem allgemeinen Frieden verstehen.
2) Frankreich behält seine natürlichen Grenzen: den Rhein, die Alpen, die Pyrenäen.
3) Deutschland erhält seine vollständige Unabhängigkeit; ebenso Spanien, wo die Wiederherstellung des alten Regentenhauses unter allen Umständen geboten ist.

4) Auch Italien und Holland werden frei; die Grenze Oesterreichs in Italien wird noch näher bestimmt werden.

5) England ist bereit, dem Frieden, auf diese Basen gegründet, große Opfer zu bringen und Freiheit der Schifffahrt und des Handels zu gewähren, welche Frankreich ein Recht hat zu verlangen.

6) Wenn di[illegible] [illegible]cipien von dem Kaiser Napoleon a[illegible] [illegible] kann man auf dem rechten Rheinufe[illegible] [illegible] welchen man übereinkommt, für neut[illegible] [illegible] Bevollmächtigten aller kriegführenden [illegible] [illegible]zusammenkommen, ohne indeß den [illegible] [illegible]tischen Unternehmungen auszuset[illegible]

Die Punkt[illegible] [illegible]ier Mäßigung Seitens der Verbündeten. Napoleon hätte in gleicher Lage wahrscheinlich ganz andere Bedingungen gestellt. Aber den Verbündeten war es vollen Erustes um den Frieden zu thun und gerade deßhalb bewiesen sie eine solche Bescheidenheit. England war der Todfeind Napoleon's; trotzdem erklärte Aberdeen in Frankfurt: England sei bereit, die größten Opfer zu bringen und mit vollen Händen wieder zu geben, was es erobert, um dem Frieden kein Hinderniß in den Weg zu legen; es werde deßhalb auch von Napoleon nichts verlangen, was der Ehre und dem Ansehen Frankreichs zuwider sei. Ebenso ernstlich war es Metternich um den Abschluß zu thun. Er bewog den Kaiser Franz, eigenhändig an seine Tochter in diesem Sinne zu schreiben. Wirklich nahm St. Aignan einen solchen Brief an Marie Louise nach Paris mit, worin Kaiser Franz ihr vorstellte: „wie es Aller Wunsch sei, daß der Friede baldigst zu Stande komme; sie (Marie Louise) möge ihren Gemahl zu bewegen suchen, daß er den Anerbietungen der Verbündeten sein Ohr nicht verschließe. Dadurch würden

den schon hart mitgenommenen Völkern neue Drangsale und Leiden erspart, und Europa wieder zu der Ruhe zurückkehren, wornach es sich so sehr sehne."

Den 15. November traf St. Aignan mit obigen Vorschlägen in Paris ein. Er unterbreitete dieselben ungesäumt der Einsicht Napoleons. Aber dieser wollte auch jetzt den Frieden nicht. Drei Tage vorher hatte er durch den Senat eine neue Aushebung von 300,000 Mann dekretiren lassen. Offen äußerte er seine Absicht, den Krieg fortzusetzen. „Der Feind", sagte er, „steht an der Grenze Frankreichs. Man bietet uns den Frieden an, aber einen Frieden auf erniedrigender Grundlage. Ich war bereit auf dem Congresse zu Prag mit den Verbündeten abzuschließen, um Frankreich neue Opfer zu ersparen: man hat meine Anträge verworfen. Durch den Verrath einiger mit mir alliirten Fürsten wurde ich gezwungen, meine Armee von den siegreichen Schlachtfeldern von Leipzig gegen den Rhein zu führen. Die Feinde sind uns gefolgt, sie stehen an der Grenze, bereit, dieselbe zu überschreiten. Sie haben Frankreich den Untergang geschworen; aber die Nachwelt wird es als ewig denkwürdig preisen, daß in dieser Zeit der drohendsten Gefahren Frankreich treu zu seinem Kaiser gestanden."

Es sind die alten Phrasen von „Friedensliebe" und „Verrath". Aber Frankreich war des Schlagens herzlich müde. Aus allen Gegenden erscholl der sehnsüchtige Ruf nach Frieden. In der nächsten Umgebung des Kaisers wurde demselben mit Nachdruck das Wort geredet. Die Rekruten wurden durch die Gensdarmerie Gefangenen gleich in die Depots abgeliefert. Tausende flüchteten oder verkrochen sich, um dem „ruhmvollen Tode auf dem Schlachtfelde pour l'honneur de la France" zu entgehen.

Die ganze Welt wollte den Frieden — nur Napoleon widerstrebte. Auf die Vorschläge, welche St. Aignan

überbracht hatte, ließ er antworten, aber in einer Weise, die deutlich zu verstehen gab, daß wieder Alles eitel Spiel sei. Unter dem 16. November schrieb der Herzog von Bassano, Minister des Auswärtigen, an Metternich: „Der Baron von St. Aignan ist gestern hier angekommen und hat in Folge der von Ew. Excellenz ihm gemachten Mittheilungen berichtet, daß England dem Vorschlage zur Eröffnung eines Congresses für den allgemeinen Frieden beitritt und daß die Verbündeten geneigt sind, eine Stadt auf dem rechten Rhein-Ufer zur Versammlung der Bevollmächtigten für neutral zu erklären. Seine Majestät wünscht, daß Mannheim diese Stadt seyn möchte. Der Herzog von Vicenza, welchen der Kaiser zu seinem Bevollmächtigten bestimmt, wird sich dahin in dem Augenblicke begeben, wo Ew. Excellenz mich den Tag wissen lassen, den die Mächte zur Eröffnung des Congresses bezeichnen." „Ein Friede", heißt es am Schlusse, „auf die Grundlage der Unabhängigkeit aller Nationen, sowohl unter dem Gesichtspunkte des Continentalfriedens als der Seeschifffahrt, ist der beständige Wunsch des Kaisers gewesen. Seine Majestät entnimmt eine glückliche Vorbedeutung aus dem Berichte, welchen Herr von St. Aignan über die Aeußerungen des englischen Ministers erstattet hat."

Dieses Schreiben war so nichtssagend als möglich abgefaßt. Napoleon läßt in demselben seine friedliche Geneigtheit anpreisen, vergißt aber die Hauptsache zu berühren: daß er mit den in Frankfurt a. M. vereinbarten Punkten einverstanden sei, auf deren Grundlage nur (nach Ansicht der Verbündeten) der Friedenscongreß berufen werden sollte. In diesem Sinne lautet auch die Antwort Metternichs an den Herzog von Bassano (vom 25. Nov.): „Ihre Majestäten", heißt es darin, „unwandelbar in ihren Absichten und unzertrennlich in ihrem Bündniß, sind bereit, in Unterhandlungen zu treten, sobald sie die Gewißheit haben, daß Se. Maj. der Kaiser der Franzosen die allgemeinen und summarischen Grundlagen,

welche ich in meiner Unterredung mit dem Baron von St. Aignan angezeigt habe, zulasse. In Ew. Excellenz Schreiben geschieht jedoch keine Erwähnung dieser Grundlagen. Dasselbe beschränkt sich darauf einen Grundsatz auszusprechen, den alle europäischen Regierungen theilen und dem alle den ersten Rang unter ihren Wünschen einräumen. Dennoch kann dieser Grundsatz in Anbetracht seiner Allgemeinheit jene Grundlagen nicht ersetzen. Ihre Majestäten wünschen, daß Se. Majestät der Kaiser Napoleon sich über diese letzteren aussprechen möge, als einziges Mittel, zu verhindern, daß nicht gleich bei Eröffnung der Unterhandlungen unübersteigliche Schwierigkeiten deren Fortschritt hemmen." Zum Schlusse heißt es: „Die Wahl der Stadt Mannheim scheint den Verbündeten keinen Schwierigkeiten zu unterliegen."

Obwohl Napoleon unter dem 2. Dezember durch seinen Minister auf diese Note Metternichs in zustimmendem Sinne antworten ließ, so wollten sich die Verbündeten doch nicht länger hinhalten lassen. Alle Nachrichten, welche aus Frankreich nach Frankfurt kamen, sprachen von den gewaltigen Rüstungen, welche Napoleon allenthalben mache. „Es sei an einen friedlichen Vergleich nicht zu denken. Napoleon wolle nur die Verbündeten durch Scheinverhandlungen während des Winters hinhalten, um inzwischen seine Rüstungen zu beschleunigen und in dem Frühjahre mit einem großartigen Heere am Rheine zu stehen." So lauteten übereinstimmend die Berichte, welche aus Frankreich herüberkamen. Die Diplomatie der verbündeten Hauptquartiere sah ein, daß keine gegründete Aussicht auf Frieden bestehe, daß man demnach in der militärischen Aktion nicht stille stehen dürfe. Damals sprach Metternich das entscheidende Wort: „So laßt uns kämpfen, um den Frieden zu erobern." Der Einfall in Frankreich wurde beschlossen. Ihn vor der Welt zu rechtfertigen, erließ Metternich jenes berühmte Manifest an die französische Nation vom 1. Dezember 1813. Der Senat,

heißt es darin, habe kürzlich die Aushebung von 300,000 Mann beschlossen. Das sei eine Aufforderung für die verbündeten Mächte, noch einmal im Angesichte der Welt die Absichten, welche sie im gegenwärtigen Kriege leiten, die Grundsätze, auf denen ihr Benehmen beruhe, ihre Wünsche und Entschließungen bekannt zu machen:

„Nicht gegen Frankreich", fährt dann der Aufruf fort, „sondern gegen jene laut verkündete Uebermacht, welche der Kaiser Napoleon zum Unglücke von Europa und von Frankreich nur allzulange außerhalb der Grenzen seines Reiches ausgeübt hat, führen die verbündeten Mächte Krieg."

„Der Sieg hat die verbündeten Mächte an den Rhein geführt. Der erste Gebrauch, den Ihre kaiserliche und königliche Majestäten von dem Siege machten, war Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen den Frieden anzubieten. Die neue und verstärkte Kraft, welche sie durch den Beitritt aller Souveraine und Fürsten Deutschlands erhalten haben, hat keinen Einfluß auf die Bedingungen des Friedens gehabt. Diese sind ebenso gut auf die Unabhängigkeit des französischen Reiches, als auf die Unabhängigkeit der übrigen Staaten von Europa gegründet. Die Absichten der verbündeten Mächte sind gerecht in ihrem Ziele, großherzig und edelmüthig in ihrer Anwendung, beruhigend für Alle, ehrenvoll für Jeden. Die verbündeten Monarchen wünschen, daß Frankreich groß, stark und glücklich sei, weil die französische Macht, groß und stark, eine der Hauptgrundlagen des europäischen Staatengebäudes ist. Sie wünschen, daß Frankreich glücklich sei, daß der französische Handel wieder auflebe, daß Künste und Wissenschaften, diese Wohlthaten des Friedens, wieder aufblühen, weil ein großes Volk dann nur ruhig seyn kann, wenn es glücklich ist. Die verbündeten Mächte bestätigen dem französischen Reiche eine Ausdehnung des Gebietes, wie sie Frankreich nie unter seinen Königen hatte, weil eine tapfere Nation deßhalb nicht herabsinkt, da sie nun auch Unfälle in einem hartnäckigen und blutigen Kampfe erfuhr, in welchem sie mit gewohnter Kühnheit gefochten hat."

„Aber auch die verbündeten Mächte wollen frei, glücklich und ruhig seyn. Sie wollen einen Zustand des Friedens der durch eine weise Vertheilung der Macht, durch ein billiges Gleichgewicht ihre Völker künftighin vor den zahllosen Leiden bewahre, welche seit zwanzig Jahren auf Europa lasteten."

„Die verbündeten Mächte werden die Waffen nicht niederlegen, ohne diesen großen und wohlthätigen Zweck, dieses edle Ziel ihrer Anstrengungen erreicht zu haben. Sie werden die Waffen nicht niederlegen, bevor der politische Zustand von Europa nicht von neuem befestiget seyn wird, bevor nicht unwandelbare Grundsätze den Sieg über eitle Anmaßungen davon getragen, bevor nicht endlich heilige Traktate Europa den wahren Frieden versichert haben werden."

Dieses berühmte Manifest bildet einen würdigen Schlußstein der österreichischen Politik im Jahre 1813. Metternich entwickelt darin offen und unumwunden, frei und bestimmt die Grundsätze, welche ihn in dem Kampfe gegen Napoleon allezeit leiteten. Es ist das politische Glaubensbekenntniß des österreichischen Staatskanzlers.

Am 1. Januar 1814 überschritten die Verbündeten den Rhein.

IX.

Aus dem Verkehr mit Friedrich von Hurter.

Der Aufforderung eine kleine Charakteristik Hurters vom Standpunkt des geselligen Lebens aus zu entwerfen, weil ich 20 Jahre lang (1845 — 1865) mit demselben im ununterbrochenen Verkehre stand, muß ich schon aus Dankbarkeit gegen den edlen Dahingegangenen nachkommen.

Als Theologie-Studiosus kam ich in den Ferien des Jahres 1837 in die Schweiz, und machte bei dieser Gelegenheit dem helvetischen Antistes Hurter in Schaffhausen einen Besuch. Ich wollte den Mann kennen lernen, der unbeirrt von seiner confessionellen Stellung als erster Geistlicher des Cantons Schaffhausen in seiner Geschichte Innocenz' III. mit dem edelsten Freimuth der Wahrheit Zeugniß gab, indem er mit der Gewalt historischer Thatsachen jenes Lügengebäude zertrümmerte, welches seit drei Jahrhunderten über dem Grabe dieses großen Papstes durch Parteisucht aufgerichtet worden. Hurter zeigte sich damals sehr freundlich, aber auch vorsichtig in seinen Aeußerungen, was man sagt: zugeknöpft; war er doch allenthalben von boshaften Gegnern umrungen, welche schon wie oft von ihm gesprächsweise Aeußerungen an die Nadel spießten

und als Anklagen oder doch Verdächtigungen gegen ihn ausnützten.

Als er im September des Jahres 1845 nach Wien kam, um da in seiner neuen Stellung als k. k. Reichshistoriograph zu domiciliren, traf ich ihn das erstemal in der Abendgesellschaft des Staatskanzleiraths Jarke im Sommerhause desselben zu Döbling bei Wien. Hier war sein Benehmen in hohem Grade ungezwungen. Man sah es ihm an, daß er sich unter Leuten freundlicher Gesinnung wußte, in einer Gesellschaft in der man nicht Gefahr läuft feindlich ausgebeutet zu werden.

Als es zum Aufbruch kam, fragte ich ihn, ob er in die Stadt fahren oder gehen wolle. Er entschied sich für das Gehen und ich bot mich ihm als Begleiter an. Aus meiner kurz vorher erschienenen Schrift: „Die Rebeljungen", die er gelesen, mußte er überzeugt worden seyn, daß wir wie einerseits über den Humbug der Freiheitskrakehler, so andererseits über die Unhaltbarkeit der damaligen conservativen Zustände gleicher Anschauung waren — somit theilte er mir gleich damals offen und unverholen seine Erfahrungen mit, die er mit den Biedermännern des Radikalismus in seinem Vaterlande durchgelebt, und seine Ansichten über das Ziel, welches von jener Seite angestrebt werde.

Daß die Marktschreier von Toleranz, Gedankenfreiheit, Lehrfreiheit und Preßfreiheit alle diese Herrlichkeiten nur im Interesse ihrer Partei tyrannisch und terroristisch ausnützen, und allen Nichtradikalen nichts davon vergönnen wollen, das hatte er Jahrelang an seinem Leib und seiner Seele erfahren. Er sprach aber keineswegs mit Bitterkeit von seinen Gegnern, sondern lachend und im Scherz, und betonte: es sei die größte Ehre die sie ihm erweisen, wenn sie recht wacker auf ihn losschimpfen, denn dadurch beweisen sie eben daß er nicht zu *ihnen* gehöre. Der Schweizerdialekt der wie ein rother Faden seine Sprechweise durchzog, war nichts weniger als störend, im Gegentheil klang er angenehm und gab seinen

Mittheilungen ein humoristisches Relief. So oft ihm irgend ein anregender Gedanke oder ein Witz durch den Kopf fuhr, pflegte er, ehe er den einen oder den andern aussprach, sich mit den faustartig gehaltenen Händen die Augen zu reiben, was immer als Signal gelten konnte, daß jetzt ein Bonmot oder ein Scherz losgelassen werde.

Seit jener ersten Begegnung in Wien hatte ich Hurter unzählige Male gesprochen, theils an verschiedenen Orten wo wir zusammen zum Speisen geladen waren, theils in Abend-Gesellschaften, theils in seiner Studierstube, oder auch bei Ausflügen in die Umgegend Wiens; einmal war ich mit ihm ein paar Wochen lang im österreichischen Waldviertel herumgereist*). Vorherrschend zeigte sich bei ihm die nachhaltige ununterbrochene Heiterkeit eines guten Gewissens; ich habe ihn nie traurig, immer heiter und guter Laune gefunden; von Pietismus oder Kopfhängerei trug er keine Spur an sich, es war an ihm Alles kernig und gesund, auch seine Andacht. Täglich ging er in die Kirche, aber mit fröhlicher Miene ging er in dieselbe hinein und ebenso kam er wieder heraus.

Als guter Gesellschafter besaß er ein besonderes Renommee. Wenn „der alte Hurter“ kam, belebte sich die Unterhaltung, er brachte immer einen Sackvoll politischer Sarkasmen mit und theilte seine Hiebe aus, aber immer wurden seine politischen Gegner nur scherzweise, nie mit Eifer und Bitterkeit behandelt. Diese Gabe des Humors war ihm derartig angeboren, daß er nicht etwa sparen mußte um selbe in größeren Gesellschaften zur Geltung bringen zu können — die reiche Quelle sprudelte ohne Unterlaß. So oft ich zu ihm auf seine Studierstube kam, was gewöhnlich Abends geschah,

*) Siehe hierüber: Woher, wohin? Geschichten, Gedanken, Bilder und Leute aus meinem Leben von Sebastian Brunner. 2. Aufl. Manz, Regensburg 1865. 5 Bde. 3. Bd.

ließ er nach der Begrüßung irgend eine Räthselfrage los auf ein politisches oder nichtpolitisches Tagesereigniß, oder auf irgend einen Minister, oder eine sonstige Notabilität. Schon bei der Frage rieb er sich die Augen, in der Antwort die er sogleich darauf gab, lag irgend ein Witz. Ob er mit Einem oder mit Vielen beisammen war, das galt ihm gleich, er bestrebte sich jenen der mit ihm sprach, in das Fahrwasser eines guten Humors hineinzubugsiren. Auch die ernstesten Gespräche wurden von launenhaften Einfällen, Geschichten, Anekdoten durchwoben, deren ihm, dem unermüdlichen historischen Forscher, eine unerschöpfliche Masse zu Gebote stand.

Ausgenommen eine kurze Zeit nach dem Speisen traf man ihn nie müssig. Immer saß er in seiner Stube, deren Fenster in einen kleinen, ziemlich dunklen, aber sehr ruhigen Hof hinausging. Die Zimmer seiner Wohnung, welche der Gasse zugekehrt waren, behagten ihm nicht. Ich habe noch nie einen Menschen mit so nachhaltiger Ausdauer sich literarisch beschäftigen gesehen wie Hurter. Kam er von einem reichlichen Diner nach Hause, so warf er vorerst das Halstuch weg, ein Zwang dessen er sich zu Hause immer entledigte, zog einen Hausrock an und setzte sich zu seinem Arbeitstisch hin.

Es muß besonders betont werden, daß er thätig und rastlos war um der Sache willen welcher er diente, und nicht um des Gewinnes willen. Fand er sich durch irgend ein Tages-Ereigniß welches die Kirche betraf, angeregt, so schrieb er einen Artikel darüber und gab denselben einem katholischen Blatte. Für die Wiener Kirchenzeitung bekam ich vorzüglich im ersten Dezennium von 1848 an hunderte von größern oder kleinern Artikeln aus seiner Hand — es fiel ihm nie ein, ein Honorar dafür zu beanspruchen, und man würde ihn beleidigt haben, wenn man ihm ein solches angeboten hätte. Das that er Alles nebenbei, d. h. neben seinen großen historischen Arbeiten. Meinte er momentan durch seine Erfahrung und sein Wissen etwas Gutes thun, d. h. zur Klärung

einer Frage etwas beitragen zu können, so verließ er auf eine Zeitlang seine größern Arbeiten, die ihm zunächst am Herzen lagen, und beschäftigte sich mit kleinern, von denen er gar keinen diesseitigen Gewinn haben konnte; denn die Artikel erschienen auch ohne Beisetzung seines Namens; somit verzichtete er auch darauf daß seine Arbeit besprochen und gelobt und anerkannt werde.

Für einige Buchstaben hatte er sich in seiner Handschrift ganz eigene Zeichen geschaffen; wenn nun die Setzer in der Druckerei mit seinem Manuscript nicht zurecht kamen, und auch der Redakteur beim Lesen der Correktur mitunter ein Worträthsel nicht zu enthüllen vermochte, da konnte man Hurter etwas aufgebracht sehen. Es war eine komische schwache Seite von ihm, daß man seiner Handschrift nichts Uebles nachreden und nicht bemerken sollte, sie sei schwer zu lesen. Aber auch da wurde er nie beleidigend, sondern bat sich nur aus: man möge ihm die letzte Correktur schicken, er werde sie schon selber lesen, jedenfalls thue er das lieber, als wenn sein Aufsatz mit Druckfehlern oder Verdrehungen erscheinen müßte.

Die Zeitungsartikel welche er abfaßte, erschienen in einer eigenthümlichen äußern Ausstattung. Er pflegte die leergelassenen Seiten von Couverts und Briefen zu derlei Arbeiten zu verwenden; ein Papierfleck wurde mit Oblaten oder Stecknadeln an den andern gefügt, bis eine längere oder kürzere Papierfahne fertig war.

Wer ihn kannte, durfte ihm ähnliche Ersparnisse im Kleinen durchaus nicht für übel halten; denn die Pflicht der Wohlthätigkeit wußte er auf die edelste und prunkloseste Weise zu üben. Seine nachgelassenen Notaten geben hievon Zeugniß.

Seine Kleidung war sehr einfach. Im Winter oder bei schlechtem Wetter bediente er sich bisweilen eines grauen eigenthümlichen Mantels. Auch mit einem deutschen Hut, dem gewöhnlichen Abzeichen radikalen Wesens, ging er bis-

weilen herum, ein Umstand der bei ihm um so mehr Heiterkeit erregen mußte. Ihm sagte aber nur die Bequemlichkeit, d. h. die Formgewandtheit des Hutes zu, der sich weich und willig nach der Kopfform richtet. Er nannte ihn: „mei Hütli.“ Das Spazierengehen als solches, d. h. ohne Veranlassung und nur in der Absicht um Bewegung im Freien zu machen, war ihm kein Bedürfniß. Schiefen Urtheilen war er eben so gut ausgesetzt, wie jeder Mensch von Bedeutung, der es nicht der Mühe werth hält, sich seiner nächsten Umgebung in einem vortheilhaften Lichte zu zeigen.

Als ich Cooperator der Wiener Pfarre Altlerchenfeld war, kam einmal eine ältere Person in einer seelsorglichen Angelegenheit zu mir, und erzählte nach der Mittheilsamkeit ihres Geschlechtes, daß sie auch für den Hofrath Hurter nähe, der ein sehr braver Mann sei, aber für einen Hofrath doch die Hemden sich aus zu grober Leinwand machen lasse. Ich konnte die Frau mit einer historischen Thatsache beruhigen, und sagte ihr: „Eben gestern hat mir Hurter 20 fl. für einen wohlthätigen Zweck gegeben; das macht ihm jedenfalls mehr Ehre, als wenn er feine Hemden anhätte.“ So wird der Mensch von den verschiedensten Standpunkten aus beurtheilt, und selbst jeder Nähtisch wird zu einem Tribunal, von dem wie Nadelstiche so scharfe Urtheile ausgehen.

Hatte Hurter irgend einen wichtigen Schritt vor, so pflegte er darüber sich nach keiner Seite hin zu äußern. Prälat Gaßner, Rektor der „Anima“ in Rom, und Pfarrer Crazzolara aus Tyrol, der gegenwärtig ebenfalls zu Rom lebt, erzählten mir Ende 1864 zu Rom folgendes aus jener Zeit, in welcher noch die beiden Herren Kapläne an der „Anima“ waren. „Am Abend ehe Hurter das katholische Glaubensbekenntniß ablegte, war er wie schon einige Zeit früher bei uns in der Anima anwesend, leistete uns beim Abendtisch Gesellschaft, und wir blieben im heiteren Gespräch bis nach 10 Uhr beisammen sitzen. Am andern Vormittag hörten wir

zu unserm Erstaunen, daß er eben an diesem Morgen bereits das Glaubensbekenntniß abgelegt und in die katholische Kirche eingetreten sei. Mit keinem Wort hatte er darauf hingedeutet, nachdem er allabendlich unter uns war."

In seiner Familie suchte er Niemand zur Rückkehr in die Kirche zu überreden — mit der größten Freude aber berichtete er mir, daß sein Sohn Heinrich in München katholisch wurde und Theologie studieren wolle, um Priester zu werden. Er gab mir den Brief, den ihm derselbe Sohn über diesen Schritt geschrieben, in die Hand und sagte: ich solle ihn lesen. Dieser (Heinrich) studierte dann im römischen Collegium und ist gegenwärtig Stiftsherr an der Collegiatskirche bei St. Peter zu Wien. Seines Vaters zeigte er sich würdig als er im J. 1861 bei einer Gerichtsverhandlung die schändlich wegen angeblicher Mißhandlung eines Schulkindes verläumdete Schwester vom armen Kinde Jesu als geistlicher Direktor des Ordenshauses vertrat, und die Verläumder und deren Advokaten durch nachgewiesene Thatsachen wie auch durch sein energisch geführtes Wort vollkommen vernichtete. Hurters Gemahlin blieb noch mehrere Jahre reformirt. Nachdem sie selber aus eigenem Antrieb sich in der katholischen Glaubenslehre unterrichten ließ und das Glaubensbekenntniß darnach ablegte, war Hurter hocherfreut darüber. Zufällig kam ich am selben Abend auf Besuch zu ihm. Kaum war ich eingetreten, als er mir sagte, auf die Thüre zum Zimmer seiner Frau deutend: „Gehen Sie nur doch gleich hinein zu ihr und gratuliren Sie ihr, sie ist heut katholisch geworden." Dabei legte er die Hände auf den Rücken, nickte wiederholt mit dem Kopf als ob er seine Aussage bekräftigen wollte, und ging freudig bewegt im Zimmer auf und ab. Als ich darnach allein mit ihm redete, zeigte er die fröhlichste innere Bewegung auch nach außen, und wiederholte mir: „Ich habe sie nie dazu beredet, das ist meine Weise nicht — aber es freut mich, das will ich nicht verhehlen."

Einmal sagte ich ihm: er solle mit nach Klosterneuburg in das Chorherrnstift gehen — es wurde dort ein Fest gefeiert und der Festtag fiel auf einen Freitag. Er war sogleich bereit und erwiderte: er sei ohnedieß schon über ein Jahr lang nicht in dem Stift gewesen, und wolle gern wieder einmal einen Besuch machen. Man fährt von Wien in fünf Viertelstunden dorthin. In Anbetracht, daß um des Festes willen einige außergewöhnliche Fastenspeisen servirt wurden, sagte er lachend: „So ein Festtag der auf einen Fasttag fällt, ist eine Brücke, auf welcher man ganz vergnüglich über den Fasttag schreiten kann." Ich führe das an um zu zeigen, wie der sehr gewissenhafte Mann doch hinwiederum kein Skrupulant und Mückenfänger gewesen ist.

Ich habe Hurter öfter bei verschiedenen großen Herren, die auf einen ausgewählten Tisch etwas gehalten haben, bei feinen Diners gesehen, so heiter und fröhlich aber wie auch an Werkeltagen bei einem einfachen gemüthlichen Tisch in geistlichen Ordenshäusern war er da niemals.

Er sagte mir einmal: „Der Besuch in Klöstern der Schweiz hat mich zuerst von den anerzogenen und anerkünstelten Ansichten des Protestantismus über Klöster gründlich befreit. Diese braven sittlichen liebenswürdigen Leute, die mir, dem protestantischen Pfarrer und späteren Antistes, so freundlich und theilnehmend entgegen kamen, so oft ich sie besuchte, gaben mir ein lebendiges Bild vom Klosterleben, welches mir das gemalte in romanhaften Geschichten als erlogen und verläumderisch erscheinen ließ."

Seine kindliche vom Herzen kommende Heiterkeit, wie seine Anspruchlosigkeit erwarb ihm allenthalben Freunde. In geistlichen Communitäten freute man sich vom Herzen, wenn er kam; und man erwies ihm alle Aufmerksamkeit.

Selbst bei Ausflügen oder Reisen wohnte er, wenn es möglich war, einer heiligen Messe bei. Als ich im J. 1847 mit ihm das österreichische Waldviertel durchzog, führte er mich in den

Stiftern scherzweise als seinen Hofkaplan auf. Nach dem Frühstück pflegte er bis Mittag sehr eifrig mit Archivaren, Bibliothekaren oder historischen Forschern zu verkehren; wobei er sich über Ortsgeschichten oder Specialgeschichten des Hauses zu instruiren suchte, wie er andererseits dabei Kenntniß seines großartigen Wissens von geschichtlichen Ereignißen in aller Bescheidenheit an den Tag legte. Wenn er etwas erzählte oder zu einer erzählten Begebenheit etwas bemerkte, so geschah dieß nie im Professorenton, niemand war diesem docirenden Tone fremder als Hurter, sondern in der Manier eines Erzählers, der pikant und zur Unterhaltung seiner Zuhörer vorzutragen weiß.

Man hörte ihn nie disputiren oder heftig werden. Selbst wenn er mit irgend einer Behauptung sich im vollkommenen Recht wußte, so berichtigte er jenen mit dem er sprach und der eine gegentheilige Ansicht aufstellte, in einer so liebenswürdigen schonenden Weise, daß derselbe nicht beleidigt werden konnte.

Im Anerkennen des Verdienstes Anderer zeigte er jederzeit eine wahre Großmuth; auch unter Umständen, wo sonst Gelehrte gern schmähsüchtig werden. Ein Ordensgeistlicher der sich durch historische Forschungen einen Namen gemacht, der aber in der Conversation eine gewisse Härte an den Tag legte, hatte mit Hurter längere Zeit conversirt, war aber bisweilen scharfkantig geworden, und ließ alle möglichen Widersprüche los. Als ich am folgenden Tage mit Hurter im Wagen saß und wir über das Erlebte des vergangenen Tages sprachen, bemerkte er über den angeführten Historiker heiter lachend: „Ja, das hab ich schon von mehreren gehört, es ist mit ihm nicht leicht auszukommen, aber ein verflucht gescheiter Kamerad ist er schon auch; und wissen thut er viel, das muß man ihm lassen.“

Im Anfange des J. 1862 war Hurter bedeutend erkrankt, es dauerte einige Monate. Er war in sich zusammen ge-

brochen und schien sich kaum erholen zu können. Was ihm andere seiner Bekannten sagten, das wiederholte auch ich: er müsse die Studierstube aufgeben und den Sommer in guter Luft zubringen. So zog er sich denn mit seiner Frau in das herrliche Graz. Ich hatte ihn mehrere Monate nicht gesehen. Ende August ging ich zur Erholung nach Steiermark und verlebte eine Woche im Cisterzienserstift Rein. Am 1. September fuhr ich Abends nach Graz, und logirte mich im Hotel „zum Erzherzog Johann" ein. Nachdem ich meinen Freund Professor Weiß, den jetzigen Herausgeber des Hurterschen Nachlasses, aufgesucht und nicht gefunden, ging ich in das Speisezimmer meines Logis; es war nur Ein Tisch mit einer Gesellschaft besetzt — an der ich selbe nicht beachtend vorüberging, und im Fond des Saales mich an einen Tisch postirte. Der Aufwärter brachte mir die Speisekarte, und in der Gesellschaft bei dem besagten Tische wurde nur still gesprochen. Auf einmal ertönt eine Stimme zu mir: „Ja was ist ebe das, sind wir Ihne vielleicht gar zu schlecht, daß sie an uns so stolz vorübergehe" — ich erkannte sogleich Hurters Stimme, der mit seiner Frau, zweien seiner Söhne, dem Major und dem Geistlichen aus Wien, und einigen andern Bekannten hier eben zu Abend speiste.

Ich nahm nun meinen Platz neben Hurter, und sah zu meiner Freude, wie seine Riesennatur für dießmal wieder die Oberhand erhalten. Er sah frisch und gesund aus, war wieder heiter und machte Witze, die Gesellschaft verabredete sich kommenden Tag „am Hilmerteich" bei Graz im Freien unter dem Laubdach der Bäume zu speisen. Ich holte Hurter in seiner Wohnung ab — es war der letzte Ausflug, den ich in seiner Gesellschaft machte. Beim Speisen meinte er: er müsse nun den Beweis liefern, daß er sich von der Tyrannei der Doktoren nichts mehr gefallen lasse, und dann verspeiste er eine große Forelle kalt noch vor dem Rindfleisch, lobte die herrliche Luft der Steiermark und das schöne Land, und

sagte selbst: wäre ich im Sommer in Wien geblieben, da könnt's mit mir schon scharf gegangen seyn. Gerade drei Jahre darnach starb er in Graz. Zum letzten Male sah ich ihn an seinem Geburtstage am 19. März 1865; er hatte mich für diesen Tag zu Tisch geladen. Beim Fortgehen sprach ich über ihn zu seinem Sohn Heinrich: „Ihr Papa ist jetzt wieder so ganz beisammen, er kann noch mehrere Jahre überdauern." Dießmal hatte ich mich getäuscht. Der Tod läßt sich eben durch keine Prognose aufhalten.

Wie Hurter seine Lebensaufgabe durchgeführt, was er als Historiker geleistet, wie er seinem Charakter treu geblieben, das zu erörtern ist Aufgabe seines Biographen; hier sollte nur gezeigt werden, daß er ein guter wohlwollender Mann war, so daß man gern in seiner Gesellschaft weilte, daß er durch seine originellen geselligen Gaben anregend auf seine Umgebung einwirkte, und daß er nichts weniger als ein finsterer Fanatiker gewesen, als welchen ihn seine Gegner dargestellt haben.

X.

Einige Betrachtungen über die iberische Frage*).

Nach einem ungedruckten portugiesischen Manuscript.

In dieser Zeit socialer Umwälzungen bestrebt man sich den Glauben zu verbreiten, alles Bestehende sei schlecht, man müsse die Religion, alle Institutionen, Nationalitäten, Reiche, ja selbst die Organisation der Familie zerstören, um auf dem Schutt und inmitten der Ruinen eine neue Welt des Fortschrittes und der Civilisation zu erbauen und aus dem Abgrunde des Chaos auf ein allmächtiges „Fiat", das — man weiß nicht woher — ertönen wird, ein neues Licht, eine neue Ordnung hervorgehen zu lassen.

Man entrollt eine Fahne, schreibt einen die Massen täuschenden Wahlspruch darauf, und wieder ein neues Element des Umsturzes vermehrt die Unzahl jener vielen, die schon seit lange der Geist des Bösen in dem unglücklichen Europa verbreitet. Um dasselbe nach dem neuen Völkerrechte umzu-

*) Die nachfolgende Abhandlung hat theilweise polemischen Bezug auf die Ansicht der in diesen Blättern veröffentlichten „Spanischen Briefe" von der Stellung der Parteien in Portugal zur iberischen Bewegung. Anm. d. Red.

schaffen, wird ein Atlas aufgeschlagen, hier und dort je nach der Lage der Meere, der Flüsse und Gebirge die Grenzen zugeschnitten, und gethan ist die Arbeit.

Man findet den Namen: „Italische und Iberische Halbinsel“ und sagt alsbald: Die Völker die hier wohnen, was immer ihr Ursprung, Charakter, ihre Religion und Traditionen seyn mögen, müssen einen Staat bilden, in eine Nation verschmolzen werden. So entstand die Idee von der iberischen Einheit.

Die Geschichte wird dabei nicht befragt; sie wird verfälscht. Müßten wir nicht befürchten, für diese Blätter zu ausführlich zu werden, so könnten wir aus der alten Geschichte nachweisen, daß niemals, weder vor noch während noch nach der römischen Herrschaft, die iberische Halbinsel anders als nur zufällig und für verhältnißmäßig kurze Zeit ein durch dieselben Gesetze und Institutionen regiertes Reich gebildet hat. Die Völker von Cantabria, Carpetania, Celtiberia, Turdetania, Lusitania, Galläcia ꝛc. lebten getrennt, je nach ihren Gesetzen und Sitten, und sowie es niemals der Tyrannei der Eroberer gelang, aus jener Halbinsel ein homogenes Ganze zu bilden, so brachte sie es auch nie dahin jene unbeugsamen, ja selbst wilden Charaktere, die aber von der Liebe zum Vaterlande, zur Unabhängigkeit und Freiheit begeistert waren, gänzlich zu unterjochen.

Unterdrückte ein Tyrann wie der Proconsul Lucius Piso die Völker Lusitanias und Galläcias, so trat ihm ein tapferer Sohn des Entre Douro e Minho im Einzelnkampfe entgegen und machte mit seiner Lanze der Wuth wie dem Leben des Gegners ein Ende. Lucius Aemilius und Sergius Galba verloren in Lusitaniens Gefilden die Hälfte ihrer Heere. Sertorius, der die Tapferkeit der unbezwingbaren Lusitanier kannte und bei ihnen gegen Sullas Uebermacht Zuflucht suchte, besiegte stets mit ihrer Hülfe die römischen Truppen, zweimal selbst Pompejus, und konnte nicht anders bezwungen werden als durch den Verrath seines Vertrauten Perpenna,

der ihn bei einem Gastmahle ermorden ließ. Auch des Viriathus vermochte sich der römische Senat nur durch Verrath zu entledigen; denn treu bis zum Tode jenem Eide, welchen dieser Hirte über den Leichen der von römischer Barbarei gemordeten Jungfrauen Lusitaniens geschworen hatte, beschäftigte derselbe lange Zeit hindurch alle Streitkräfte der großen Republik. Wohl ist es wahr, daß während vier Jahrhunderten Rom über jene zwar unterdrückten, aber nie ganz bezwungenen Völker herrschte, aber selbst damals war die iberische Halbinsel in drei Theile getheilt: nämlich Tarragona im Norden, Bätica im Süden und Lusitania im Westen.

Als die Alanen, Sueven und Vandalen in das römische Reich eingefallen waren, ließen sich die Ersten in Lusitanien, die Zweiten in Galläcia, welches das Reich „Galliza“ und einen Theil von Entre Douro e Minho umfaßte, die Letzten in Bätica nieder. Ihnen folgten die Gothen, welchen es nach vielen hartnäckigen und blutigen Schlachten gelang, die ganze Halbinsel zu einem Reiche zu vereinigen. Einhundertsechszehn Jahre später fiel unter Tarik's Schwerte an den Ufern des Chrysens Roderich, der letzte Gothenkönig, umzingelt von den Ismaelitischen Horden, welche Julians Verrätherei von den afrikanischen Küsten des Mittelmeeres herübergerufen hatte, und mit ihm stürzte die Monarchie der Gothen.

Nun folgt die arabische Herrschaft, aber noch weht in Asturien das Banner des Kreuzes, und selbst in den dem Halbmonde unterworfenen Ländern greift bald die Uneinigkeit um sich; denn nach dem Erlöschen der Dynastie der Omaijaden wirft jeder Häuptling sich zum unabhängigen Emir auf, und das Califat von Cordova behält nur noch für kurze Zeit einen Schimmer von Macht. Auch währt es nicht lange, so erschallt auf den Ruf der Helden von Covadonga aus allen Seiten der Halbinsel die Antwort: „Gott, Vaterland und Freiheit“, und fünfzig Jahre nach dem Einfalle der Saracenen steht das Reich Leon mit Inbegriff von Asturien fest-

begründet da. Die ganze Halbinsel konnte als ein großes Schlachtfeld betrachtet werden, auf welchem die Tage nach heldenmüthigen Waffenthaten gezählt wurden. Unter den ersten Städten, welche sich erhoben um die Fahne des Propheten zu stürzen, befand sich Portocale an den Ufern des Douro; bald darauf öffnete an den Ufern des Mondego Colimbria, die Stadt des Ataces und das stärkste Bollwerk der Saracenen im ganzen Lande vom Minho bis zum Tajo, nördlich vom Al Gharb den Nazarethnos, wie die Kinder Hagars die Söhne Christi nannten, ihre Pforten.

Nochmals versuchten es Ferdinand der Große und nach ihm sein Sohn, Alphons VI., eine einzige Monarchie aus der Halbinsel zu bilden; es gelang ihnen aber nicht, denn in den christlichen Gebieten bestand noch das Reich Aragon und Navarra, wo damals Sancho I. regierte, während in den südlichen Theilen die Emirate von Sevilla, Granada rc. sich behaupteten.

Was Alphons VI. nicht gelungen, konnte später viel weniger zu Stande gebracht werden. Kaum waren dreißig Jahre nach seinem Tode verflossen, als Dom Affonso Henriques auf Christi Ruf in Portugal eine neue Monarchie gründete, die, nachdem sie die Ungläubigen bis über den Calpe zurückgedrängt hatte, später der Civilisation die Thore öffnen sollte, indem sie der alten Welt neue Länder, neue Meere zeigte, und den Legionen des Kreuzes den Weg des Apostolates wies durch die Urwälder Amerikas und die wilden Länder der Kaffern, vom Feuerlande bis zum Vorgebirge Adamantor, von Aethyopien und Persien bis nach Australien, China und Japan.

So kommen wir endlich zu den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts, und finden nun wirklich die iberische Halbinsel als eine Monarchie vereint unter dem Zepter Philipps II. und Philipps III., aber nicht 60 Jahre waren verstrichen und der Enkel Philipps II., der am 1. Dez. 1640 bei Sonnen-Aufgang noch König der ganzen Halbinsel war, hatte am Abend desselben Tages den kostbarsten, aber usurpirten Edel-

stein seiner Krone verloren. Vierzig portugiesische Edelleute hatten mit einem Schlage das auf Portugal lastende castilianische Joch zerbrochen und, indem sie für ihr Vaterland Freiheit und Unabhängigkeit und für das Haus Braganza die Rechte der Thronfolge beanspruchten, nach den alten Gesetzen des Landes Dom Joao IV. zum König von Portugal und Algarve diesseits und jenseits des Meeres ausgerufen.

Wenn wir in dieser Weise alle Zeiten durchgehen, deren die Geschichte der iberischen Halbinsel Erwähnung thut, so finden wir, daß in einem Zeitraume von 2000 Jahren nur einmal für 116, ein anderesmal für nicht ganz 60 Jahre diese Halbinsel zu einem Staate unter einer Herrschaft vereinigt war.

Dieß ist die Lehre der Geschichte, dieß sind die Traditionen.

Am Ende des 16. Jahrhunderts war Spanien der Coloß der Staaten, der Riese der Monarchien. Gegen diesen Riesen nun erhob sich im Westen das kleine Portugal und wie Jesse's Sohn ging es siegreich aus einem hartnäckigen Kampfe von 28 Jahren hervor. Theuer zwar mußte es diese Freiheit und Unabhängigkeit erkaufen, wußte sie aber stets mit Würde zu bewahren, so lange bis die Pest der Revolution ihr Gift unter dem portugiesischen Volke zu verbreiten anfing, jenes Gift welches zuerst im Geiste das Licht des Glaubens verdunkelt, zuletzt selbst gleich einem fressenden Uebel auch über das Herz sich verbreitet, wie edel dasselbe auch gebildet seyn möge.

Wer den Geist des Katholicismus kennt, bedarf keiner Beweise um überzeugt zu seyn, daß der Gedanke, das eigene Vaterland zu verrathen, es an Fremde auszuliefern, nicht in katholischen Seelen entstehen könne. Da jedoch in Folge ungenauer Nachrichten Behauptungen aufgestellt wurden, welche dieser Wahrheit entgegentreten, dürfte es am Platze seyn, den wahren Hergang der Ereignisse darzustellen, und jeder Partei den Erbantheil zu geben, den ihr die vergangenen Zeiten vermacht haben.

Daß seit 1640 Spanien nur mit Zorn das Land betrachtet, welches seine Freiheit mit den Waffen von ihm zurückerobert hat, ist natürlich, und kann vernünftiger Weise Niemanden befremden. Daß demnach jeder Spanier die iberische Union befürworten würde, stand zu erwarten; daß aber Portugiesen sich finden ließen, entartet genug um die alte Sklaverei zu lieben, Portugiesen, die jeder Scham baar daran arbeiten [illegible] land der Fremdherrschaft zu überliefern, dieß [illegible] unglaublich, lebten wir in anderen Zeiten [illegible] und wirklich war bis zum J. 1834 nicht [illegible] r gewagt hätte, solch eine Idee zu vertrete[illegible]

*) Hiermit so[illegible] ß nicht schon vor dieser Zeit in den Freima[illegible] iberischen Union erörtert worden wäre; wir sagen nur, daß dieselbe so unpopulär in Portugal war, daß Niemand es gewagt hätte, sie öffentlich zu vertreten. In den Freimaurerlogen arbeitete man seit lange daran; ja selbst schon im J. 1821 stand der spanische General Mina an der Spitze einer Verschwörung, welche diesen Zweck hatte. Der Plan war nämlich, den königlichen Prinzen von Portugal, Dom Pedro de Alcantara, als Kaiser von Spanien auszurufen; derselbe war damals noch in Brasilien, man hoffte aber, er werde seinen Vater, Dom Joao VI. nach Portugal begleiten, sich in die Freimaurerei aufnehmen lassen, und alsdann den Kaisertitel annehmen. Der Prinz trat zwar in den Freimaurerorden ein, da ihn aber sein Vater in Brasilien zurückließ, schlug der Plan fehl, und Dom Pedro machte sich, statt zum Kaiser von Spanien, zum Kaiser von Brasilien. Man sehe hierüber den „Almanach das Novedades", ein Madrider Journal vom J. 1863, in welchem man die Bestätigung des Gesagten, sowie auch den Namen der Person finden wird, in deren Hand nach dem Tode des General Mina die Dokumente, welche es beweisen, gekommen sind. Dort wird man auch bestätigt finden, daß selbst nach der Anerkennung des Kaiserreichs von Brasilien, welches die Freimaurerei als eine monströse Anomalie in dem republikanischen Amerika betrachtete, die Idee, Dom Pedro zum Kaiser von Spanien zu machen, nicht aufgegeben wurde. Und so kam es, daß, als die Gestaltung der Dinge in Brasilien die

Im J. 1828 zertrat Portugal die Revolution und setzte den legitimen König, welchen die Gesetze der Erbfolge dazu bestimmten, auf den portugiesischen Thron. Der Infant Dom Miguel, welchen die Freimaurerei von der Seite seines erlauchten Vaters und aus der Mitte seines Volkes zu entfernen gewußt hatte, war nach dreijährigem Aufenthalte am Wiener Hofe, wo er sich die Achtung und Liebe des Kaisers und der dortigen Fürsten erworben hatte, am 22. Februar 1828 nach Lissabon zurückgekehrt. Von allen portugiesischen Katholiken war er aus tiefster Seele zurückersehnt worden, und als kurz nach seiner Ankunft die alten Cortes sich versammelten, um über die Erbfolgefrage zu bestimmen, da erklärten die drei Stände, Klerus, Adel und Volk, daß nach der alten Constitution des Reiches Dom Miguel der wahre und legitime König von Portugal sei.

Vertreibung des ersten Kaisers zur Folge hatte, die Maurerlogen der Halbinsel dahin übereinkamen, dem vertriebenen Kaiser mit dem Freimaurerhammer auch den iberischen Scepter zu überreichen. Kurz darauf erhielten die Kabinette von Madrid, Paris und Wien die authentische Copie eines Dokumentes, welches nicht allein die Existenz einer iberischen Conspiration, sondern auch den allgemeinen Plan der europäischen Revolution nachwies, durch welche die legitimen Throne in Frankreich, Italien &c. gestürzt werden sollten. Dieses Dokument wurde in der Hand eines bei der Freimaurerei sehr beliebten portugiesischen Generals vorgefunden, welcher von den Truppen des Königs Dom Miguel gerade in dem Momente gefangen genommen wurde, als er sich an die Spitze einer am 16. Mai 1828 in Oporto ausgebrochenen Militärrevolution stellen wollte. Der König Dom Miguel war es, welcher die oben erwähnten authentischen Copien an die genannten Höfe sendete. Jene, welche diese Mittheilungen erhielten, waren gewiß nicht erstaunt, als sie zwei Jahre später den Thron der Barrikaden sich in Paris erheben sahen. Es ist zu beklagen, daß man diese Mittheilungen nicht, wie man gekonnt und gesollt hätte, benutzte, um auf diese Weise diese traurige Katastrophe und ihre noch traurigeren Folgen zu vermeiden.

Von diesem Tage an hörte die Regierung Louis Philipps, sowie das von Lord Grey präsidirte englische Ministerium nicht mehr auf, der legitimen Regierung in Portugal stets neue Schwierigkeiten zu bereiten. Doch ist es billig zu erklären, daß die englischen Reklamationen, wenn gleich ungerecht, doch nie so voll Arroganz und Bitterkeit waren, wie jene der Regierung Louis Philipps. Erinnern wir uns, wie von Seiten Frankreichs und Englands gegen die Regierung Ferdinands II. von Neapel verfahren wurde, so haben wir einen annähernden Begriff der gegen Dom Miguel I. von Portugal verübten Ungerechtigkeiten. Verfolgt man mit Aufmerksamkeit die Geschichte von Neapel und Portugal in Bezug auf die von der Revolution errungenen Siege, so wird man solche Züge der Aehnlichkeit darin finden, daß unmöglich in beiden Fällen die gleiche Hand zu verkennen ist, die hinterlistig daran arbeitet, Aufruhr zu stiften und die legitimen Throne zu stürzen.

Louis Philipps Regierung hatte ohne vorhergehende Kriegserklärung die französische Flotte in den Tajo gesendet, und dort unter nichtigen Gründen die portugiesische Flotte wegnehmen lassen. Nachdem nun diese Regierung England beigestanden war, den Kaiser von Brasilien Dom Pedro, gegen den König von Portugal, Dom Miguel, zu unterstützen, unterzeichnete sie schließlich mit der englischen Regierung, mit dem Kaiser von Brasilien und der Königin-Regentin von Spanien, Donna Maria Christina, den schmählichen Vertrag der Quadrupel-Allianz. Durch diesen machten sich die Regierungen von Frankreich und England anheischig, aus der iberischen Halbinsel die Könige Dom Miguel I. und Don Carlos V. zu vertreiben, welch' letzterer durch die salischen Gesetze der legitime Nachfolger des verstorbenen Königs Ferdinand VII. von Spanien war. Dieser Vertrag überlieferte Portugal der Freimaurerei; es wurde der Revolution in die Arme geworfen, wie eine Taube den Krallen des Geiers zur Beute fällt. In kurzer Zeit wurden alle Güter

der Kirche, die ungeheueren Besitzungen des Hauses Infantado und des Hauses der Königinen öffentlich versteigert; die Ordensleute wurden aus ihren Klöstern, die Bischöfe von ihren Sitzen, die Pfarrer aus ihren Kirchen vertrieben, sie alle gleich wilden Thieren verfolgt. Unermeßliche Reichthümer, der Ertrag jener kirchenschänderischen Verkäufe verschwanden plötzlich, als wären sie in einen unergründlichen Abgrund geschleudert worden, und überdieß trat in den öffentlichen Registern eine beinahe unglaubliche Schuldenmasse zu Tage, die heute über 500 bis 600 Millionen Gulden beträgt, und gleich einem fressenden Krebsschaden das letzte Lebensmark dieses früher unabhängigen Volkes verzehrt.

Alle wahrhaft vaterlandsliebenden Männer weisen auf diese vielleicht schon unheilbare Wunde hin; die Revolutionäre aber lachen: „Wir haben ja viele überseeische Besitzungen, sagen sie; uns gehören die Inseln Porto Santo und Madeira, welche die Engländer schon lange begehren, welch' letztere sie die Blume des Ozeans nennen; wir sind Herren der Açoren und der Inseln des grünen Vorgebirges, sowie von S. Thome und Principe; im westlichen Afrika besitzen wir die Reiche Angola und Benguela mit dem Protektorate über das Reich Congo, sowie im östlichen Theile die große Provinz Moçambique, welche die Regierungsbezirke Lourenço Marques, Inhambane, Sofala, Quelimane und Cabo Delgado umfaßt; in Indien gehören uns noch Diu, Damao und die ganze Gegend von dem Flusse Tiracol bis zur Insel Anchediva; in Australien ist ein Theil der Molukken unser Besitzthum, sowie Macao in den chinesischen Meeren — o, wir haben genug um unsere Schulden zu zahlen, wenn wir dieß Alles an den Meistbietenden verkaufen!" Und noch ist dieß Nichts, noch darf eine rechtschaffene Seele sich nicht über solch cynische Redensart empören, denn dieß ist erst der Anfang des liberalen Programmes in dem Lande des Nuno Alvares Pereira. Man wisse, daß in Folge dieser „patriotischen" Ideen Lorentuca auf Timor den Holländern verkauft, daß Bolama auf der

Ostküste Afrika's für Nichts den Engländern überlassen wurde, und vielleicht wäre von diesem ganzen großen Monumente portugiesischen Ruhmes nicht ein Stein auf dem andern geblieben, und würde nie mehr im Winde flatternd das portugiesische Banner jenen fernen Regionen diesen Ruhm verkünden, wenn nicht ein fast-einstimmiger Schrei der Entrüstung in Portugal gegen ein so schmachvolles, so entehrendes Auskunftsmittel protestirt hätte.

Dieser Schrei ertönte aus der Brust der Katholiken jenes Landes; sie betrachten nämlich die Besitzungen von Portugal nicht allein als Erbschaft der Vergangenheit, als einen Schatz heiliger Erinnerungen an die Tapferkeit seiner alten Krieger, an den apostolischen Eifer und die Selbstverläugnung seiner Missionäre, sondern hauptsächlich als Unterpfand nationaler Unabhängigkeit für die Gegenwart und Zukunft. Dieser schmale an den Küsten des Ozeans in dem westlichsten Theile Europas liegende Streifen Landes, Portugal genannt, würde auch nicht ein halbes Jahrhundert lang seine Unabhängigkeit dem ganzen vereinigten Spanien gegenüber behauptet haben, wenn nicht die alten Portugiesen, diese Wahrheit einsehend, sich kühn und unerschrocken auf die Meere gestürzt hätten, Raum suchend, der groß sei wie ihre Herzen, damit die kräftigen Wurzeln, die in dem Lande ihrer Wiege nicht Feld genug zum Wachsen gefunden, dort sich ausbreiten und mächtig entwickeln könnten.

Aber auch der Liberalismus erkannte diese Wahrheit und gerade deßhalb erklärte er den Verkauf der portugiesischen Besitzungen als einen großartigen Gedanken moderner Weisheit. Die heuchlerische Maske war durchsichtig genug, und der eigentliche Hintergedanke mußte sich bald verrathen.

Scheinbar von tiefem Schmerz erfüllt über die Schmach, welche Frankreich und England Portugal angethan, und welche doch sie selbst wenig Jahre vorher verlangt hatten, sagen sie nun: „Wir sind klein, und können deßhalb nicht wirklich unabhängig seyn. Frankreich und England werden

mit uns machen, was ſi … nicht mehr fern,
fällige Regierung aufoct … n ſich vor
Geſchwader ſchicken ſie in … Mit
uns fortnehmen, und ſchw … n;
nichts Anderes thun, als
hinnehmen. O, wären wi
liegt in unſern Händen! Z
den die Völker der Halbinſel
franzöſiſchen Arroganz ſpotten k
Meere nur Cuba beſitzt, wir
großer Colonien antreten, es
übernehmen, und indem wir m
kommen wir der Zukunft zuvor,
wir morgen gezwungen würden, … dingungen
ſtellen, die morgen unzuläſſig wär…, und gewinnen für uns
die Achtung und Freiheit, die überall dem Unterthan einer
großen Nation gezollt werden.“

Da nun der ſchmähliche Plan bekannt iſt, wird es noch nöthig ſeyn zu fragen, ob dieß das Werk von Katholiken, von portugieſiſchen Katholiken ſeyn könne? Kann man noch fragen, ob ſie auch nur demſelben zuzuſtimmen vermochten? Wie, ein katholiſcher Portugieſe ſollte die Eidesurkunde ſeines erſten Königs Dom Affonſo Henriques zerreißen, er ſollte der Hoffnung auf die Verheißung von Ourique entſagen, den Ruhm der Vergangenheit verläugnen, die Gräber ſeiner Voreltern entweihen, er ſollte aus der Geſchichte der letzten ſieben Jahrhunderte eine der glanzvollſten Seiten, eine Seite welche ausſchließlich Portugal gehört, herausreißen, und ſie durch eine andere erſetzen die, düſter und befleckt, nichts enthielte als das Eine Wort — „Schmach“!? Nein, tauſendmal nein.

Es iſt ohne Zweifel höchſt ſonderbar, daß diejenigen, welche Frankreichs und Englands Intervention in Portugal verlangten, um mit Hülfe der fremden Bajonette ſich der Gewalt zu bemächtigen, nun über die Unbilden klagen, welche

Ostküste Afrika's [illegible]ten, und hoch betheuern, nur aus Liebe und vielleich[illegible]de betrieben sie die iberische Union. Diesen portugie[illegible] auf Portugals Antlitz kann ein Liberaler geben, blieb[illegible]at ihn gegeben, ein Katholik niemals. Ein moderner [illegible]iberaler kann dem Lande sagen: „ich weiß, wie viele Backenstreiche du hast erdulden müssen, denn ich war es, der die Hand bewegte, die sie ertheilte; jetzt aber, auf daß du nicht noch andere erduldest, will ich, daß du dich selbst tödtest.“ Der Katholik, wenn er, tödtlich verwundet, seines Vaterlandes Banner nicht mehr vertheidigen kann, rollt es wie ein Leichentuch um seine Glieder, und fällt in seine Fahne eingehüllt.

Wem der Charakter der alten Portugiesen und aller derjenigen, die heute noch die Traditionen der Vergangenheit lieben, bekannt ist, dem wird diese Wahrheit auf den ersten Blick einleuchten, wer diesen Charakter aber nicht kennt, bedarf der Beweise. Es ist deßhalb nützlich dieselben hier in Kürze mitzutheilen.

Zwölf Jahre waren vergangen, seit die Revolution in Portugal gesiegt hatte; das Volk, des beständigen Ringens unter den liberalen Faktionen müde und von der Last der Steuern erdrückt, konnte weder seine Entrüstung über das liberale Treiben, noch die Sehnsucht nach den Zeiten jener Regierung verbergen, unter welcher zwar die Freiheit nicht fortwährend angepriesen wurde, Portugal aber in der That viel freier und glücklicher war. Wie man das Herannahen eines Gewitters fühlt, ehe sich noch die Vorboten desselben am Horizonte blicken lassen, so konnte man damals den Ausbruch einer großen politischen Erschütterung vorhersehen. Von allen Seiten des Landes ertönte der feste, feierliche und doch nichts weniger als lärmende Ruf: „Dieß kann nicht so bleiben, dieß wird ein Ende nehmen.“ Und wirklich bereitete sich im ganzen Reiche ein Schlag vor, ähnlich jenem der im J. 1640 mit einemmale das castilianische Joch gebrochen, und jenem andern, welcher 1808 Bonaparte's Fesseln abgeschüttelt hat.

Schon war der Tag des großen Ereignisses nicht mehr fern, als die zu ungeduldigen Völker der Nordprovinzen sich vor der Zeit erhoben, um die alten Gesetze auszurufen. Mit Blitzesschnelle verbreitete sich dieser Ruf durch alle Provinzen; die exaltirten Liberalen, unzufrieden mit Costa Cabrals Regierung, waren die Ersten, die sich der Bewegung des Volkes anschlossen, mit dem Hintergedanken jedoch, dessen Opferfreudigkeit und Selbstverläugnung zu ihrem eigenen Nutzen auszubeuten. Und so kam es, daß, als der irische General Macdonald an der Spitze der legitimistischen Streitkräfte erschien, drei verschiedene Banner sich in Portugal aufgepflanzt hatten. Auf der einen Seite wurde die von der Revolution auf den Thron gehobene Dynastie proklamirt, auf der andern nur die Freiheit, mit Vorbehalt sich später über die Form der Regierung und die zu wählende Dynastie zu entscheiden; auf der dritten Seite lautete der Ruf unverholen: „Dom Miguel I. und die Legitimität!"

Der größte Theil derer, welche das zweite Banner umringten, war auch legitimistisch, und bestand aus Jenen, welche aus Ungeduld sich vor der Zeit erhoben hatten. Costa Cabral, der von Lissabon nach Cadix, von da nach London geflohen war, wurde von der liberalen Regierung Portugals als Gesandter nach Madrid geschickt. Dort bemühte er sich, auf Verlangen derselben eine abermalige Intervention der Fremden in seinem Vaterlande einzuleiten. Lord Palmerston widersetzte sich anfänglich derselben, und sprach dieß auch im Parlamente aus. Louis Philipps Regierung hingegen erklärte, daß sie nie den Triumph der Legitimität in Portugal gestatten würde; weil nun der größte Theil der unter dem Grafen Das Antas stehenden Macht aus Legitimisten zusammengesetzt sei, und auch jene, welche Macdonald befehligte, nur aus ihnen bestehe, so würde, wenn auch England nicht interveniren wolle, Frankreich in Verbindung mit der liberalen Regierung Spaniens die Intervention in's Werk setzen. Unter diesen Umständen änderte Lord Palmerston seine Ansicht, und

ließ die englische Flotte auslaufen, welche auch in den portugiesischen Gewässern die von Graf Das Antas befehligte Expedition wegnahm. Ein spanisches Armeecorps fiel in Portugal ein als Vorhut anderer Truppen, die, sollte es nöthig seyn, aus Frankreich kommen würden. Widerstand war da unmöglich, die portugiesischen Streitkräfte capitulirten, und Europa hatte einen neuen erbaulichen Beweis erhalten, wie aufrichtig man es mit dem was man heuzutage das Princip der Nichtintervention nennt, meinet.

Den Iberisten schien nun die Zeit gekommen Hand an's Werk zu legen, und den Unwillen und die Entrüstung der Nation scheinbar theilend, suchten sie derselben ihr iberisches Elixir als einziges Mittel das ein für allemal ähnliche Unbilden dem Seelenadel des portugiesischen Volkes ersparen sollte, aufzunöthigen. Nach den Lehren der Sekte dieser neuen Morabiten und socialen Reformatoren, darf man dem Unglück weder den Heroismus des Widerstandes noch den Muth der Ergebenheit, sondern nur die Feigheit des Selbstmordes entgegensetzen.

Dieser Zeit folgten zwei Begebenheiten, welche die Hoffnungen jener Feinde der portugiesischen Unabhängigkeit noch steigerten. Alexander Herculano hatte soeben den ersten Band seiner Geschichte Portugals herausgegeben. Dieser Geschichtsschreiber, von welchem schon einige Werke in's Deutsche übersetzt sind, ist ohne Frage ein in der literarischen Welt ausgezeichneter Mann, arbeitsam, von ungemeinem Talente, vielen Kenntnissen und wahrhaft beredt als Schriftsteller; er gehört aber zu der Classe jener modernen Archivdurchwühler, welche alte Pergamente durchstöbern nicht um die in ihnen verborgene Wahrheit zu entdecken, sondern um den Staub, der seit langen Jahren sich dort angehäuft hat, aufzuschütteln und durch dessen Wolken die Luft derart zu trüben, daß die phantastischen Gebilde, Kinder ihrer Phantasie, in jenem Dunkel als wahre Bilder der Vergangenheit aufsteigen. Man nenne immerhin solche Männer überlegene Geister, gewiß ist, daß

sie mit der Krankheit des Jahrhunderts behaftet sind — mit der Sucht zu zerstören. Während die Einen den rohen Brechhammer gegen die Monumente des Ruhmes erheben, machen Andere aus der Kritik eine Art neuer Hebel, und als ausschließlichen Stützpunkt ihre eigene unfehlbare Autorität betrachtend, wollen sie mit aller Gewalt Glauben, Ueberzeugungen, Traditionen, Ehrfurcht vor den heiligsten Gesetzen und Institutionen niederwerfen. Reich an Talent, reicher aber noch an Hochmuth, machen sie aus ihrem Ich ihren Gott, sind aber zu gleicher Zeit unerbittliche Sittenrichter, wenn es sich darum handelt, den Stolz der alten Fürsten und Adeligen zu verdammen. Wie scharf tadeln sie jene Könige, welche schwach genug waren, sich von Schmeichlern betrügen zu lassen; dabei kommt es ihnen aber nicht in den Sinn, daß sie selbst am meisten an diesem Uebel leiden. Ueber die Maßen erzürnen sie sich gegen Jeden der es wagt, ihnen zu widersprechen, und strenge Catone, stets bereit die Andern, vorzüglich Priester und Fürsten moralisch zu vernichten, üben sie stets gegen sich selbst die größte Nachsicht.

Es war nun ein in Portugal festgewurzelter Glaube, daß, als am Morgen des 25. Juli 1139 am Feste des heil. Apostels Jakobus, des Patrons von Spanien, der erste König von Portugal, Dom Affonso Henriques, zu der denkwürdigen Schlacht von Ourique sich vorbereitete, demselben unser Herr Jesus Christus erschienen sei, und ihm nicht allein den Sieg versprochen habe, sondern auch daß er der Gründer einer neuen Monarchie seyn würde, welche zur größern Ehre Gottes als Werkzeug für die Bekehrung der Heiden und für hohe Geschicke bestimmt sei. Und so sehr trauten die Portugiesen auf diese Verheißung, daß von jenem Tage an kein Feind ihnen mehr zu zahlreich war, um nicht den Kampf mit ihm zu wagen, keine Gefahr zu drohend, sich nicht in dieselbe zu stürzen. Dieses Vertrauen war ihr Stern, diese Verheißung die Feuersäule die sie führte, sei es in den großen Unternehmungen an ihren eigenen Grenzen, sei es in der kühnen

Unerschrockenheit, mit welcher sie die Meere durchschifften, um der alten Welt den Weg zur neuen zu zeigen. Alexander Herculano versuchte es, mit einem Federstrich diese glorreichen Erinnerungen auszulöschen, indem er die Schlacht von Ourique in ihrer Bedeutung herabsetzte, und dabei behauptete, das Dokument, welches den Eid des Dom Affonso Henriques enthielte und die Erscheinung Christi beurkundete, sei eine Erdichtung, ein Machwerk des Chronikers Frey Bernardo de Brito.

Ein fast allgemeiner Schrei der Entrüstung war die Antwort auf eine solche Vermessenheit. Die durch Jahre, Eifer, Wissenschaft und Tugend ehrwürdigsten Mitglieder des Klerus waren mit unter den Ersten, die dieß Aergerniß verdammten; unter ihnen zeichnete sich besonders der Akademiker Pater Francisco Recreio aus welcher, indem er die von Alexander Herculano angeführten Texte mit der von demselben Autor gemachten Uebersetzung und Auslegung verglich, nachwies, daß er deren Sinn verkehrt und verdreht hatte, und daß er dieß entweder absichtlich und mit Vorbedacht, oder aus Unkenntniß der lateinischen und arabischen Sprache gethan hatte.

Nicht minder war der Widerspruch auf Seite der legitimistischen und katholischen Laien. Unter diesen sind vorzüglich zu nennen Antonio Magessi, früherer Offizier der königlichen Armee und Sohn des Generals Magessi, dann Caetano Pereira, ein gelehrter Kenner des Arabischen, sowie der ausgezeichnete Advokat Bruschy, Redakteur der legitimistischen Zeitung „Naçao". Dieser Letztere, der früher auch Offizier in der königlichen Armee in Portugal und Spanien war und mit Auszeichnung unter dem Befehl des deutschen Generals Baron von Rhaden focht, wird den Lesern von Rahden's Schriften über die carlistischen Feldzüge und das Leben Cabreras vielleicht nicht unbekannt seyn.

Die Freimaurerei war ganz auf Seiten des Alexander Herculano; unter andern Spaniern die sich dabei betheiligten, war der Orientalist Don Pascual Gayangos, welcher sich in

eine öffentliche Disputation gegen den portugiesischen Orientalisten Caetano Pereira einlassend, sehr übel zugerichtet aus diesem Kampfe hervorging.

Alexander Herculano, der inmitten der Weihrauchwolken, welche eine Anzahl kleiner freimaurerischer Literaten vor ihm aufsteigen ließ, sich als eine Art unverletzlichen Halbgott betrachtete, gerieth außer sich vor Zorn und ging in seiner Wuth gegen den Klerus so weit, daß er nicht allein Rom beschuldigte, einen Text des heil. Bernhard verfälscht zu haben, bloß um der Fabel, wie er sie nannte, von der Erscheinung Christi einigen Schein von Wahrheit zu verleihen, sondern daß er selbst einen Brief an den Patriarchen von Lissabon schrieb und veröffentlichte, in welchem er sagte, es schiene als habe der römische Stuhl bei den Altären Jupiters geschworen, den Katholicismus zu vernichten. Man kann sich hiernach vorstellen, bis zu welchem Grade die verletzte Eitelkeit die Wuth dieses Mannes gesteigert hatte, und wie heftig der Kampf um die Traditionen des Landes ist, mit welch' eingewurzeltem Haß er auf der einen Seite gegen dieselben und mit welch' feuriger Liebe er auf der andern Seite für sie geführt wird.

Das Feuer dieses Kampfes leuchtete auch den Iberisten. Vom ersten Augenblicke an begriffen sie, daß im legitimistischen und katholischen Lager eine unübersteigliche Schranke ihren Ideen den Eingang verwehre, daß hingegen das liberale Lager eine kahle Ebene sei ohne Kirche, in welcher die religiösen Traditionen eine Zuflucht fänden, ohne Kreuz, dessen Schatten die Asche der Helden von Aljubarrota, Ameirial, Elvas und Montes Claros vor dem entweihenden Tritte des Fremdlings schütze, ja selbst ohne Denkstein zur Erinnerung an glorreiche Thaten, um welchen in den Tagen der Gefahr Portugals Söhne sich zur Vertheidigung der Unabhängigkeit des Vaterlandes schaaren könnten.

Während dieß sich im Schooße Portugals zutrug, war Macao der Schauplatz einer neuen dem portugiesischen Ehr-

gefühl angethanen Unbill. Am 7. Juni 1843 wurde in jener Stadt das Frohnleichnamsfest gefeiert, und der Militär-Gouverneur J. M. Ferreira do Amaral begleitete in großer Staatsuniform die Prozession. Nicht allein das katholische Volk, selbst die heidnischen Chinesen wohnten der Feierlichkeit mit tiefer Ehrfurcht bei. Als der Zug vor der Kirche Nossa Senhora da Misericordia ankam, erhob sich ein Murren unter dem Volke über das Aergerniß, welches ein Engländer, J. Summers, der protestantischer Missionär war, veranlaßte*). Den Hut auf dem Kopfe erhob er sich in auffallender Weise vor allem Volke und unter den Augen des Gouverneurs, der ihn deßhalb durch einen seiner Ordonnanzen höflich ersuchen ließ, wenigstens aus Anstand das Haupt zu entblößen. Der protestantische Prediger antwortete arrogant, die Ermahnung verachtend, worauf ihn der Gouverneur verhaften ließ. Tags darauf zur Zeit, da gerade der Gouverneur abwesend war, schiffte Henry Keppel, der Commodore des brittischen Schiffes Mäander, Soldaten aus die er an Bord hatte, überfiel das Gefängniß, tödtete einen portugiesischen Soldaten, verwundete einige andere, welche überrumpelt und treuloser Weise angegriffen, nicht widerstehen konnten, entriß so den arroganten Missionär den Händen der portugiesischen Gerichte und führte ihn wie im Triumph an Bord seines Schiffes. Der Frevel blieb unbestraft und der Commodore im Commando. Die einzige Genugthuung, welche die englische Regierung Portugal bot, war eine kleine Pension für die Wittwe des getödteten Mannes und etwa 1500 Franken, um unter die verwundeten Soldaten vertheilt zu werden. Der katholische Portugiese verhüllt voll Scham das Antlitz ob der Niederträchtigkeit des Anerbietens, und der noch größern Niederträchtigkeit der Regierung, welche es annahm.

*) Andere behaupten, Summers sei nicht Missionär, sondern Gehülfe eines Schullehrers in Hongkong gewesen. Was er nun gewesen seyn mag, ändert wenig oder nichts an dem erwähnten Vorfall, dessen Darstellung den öffentlichen Dokumenten entnommen ist.

Damals befand sich ein Dom Sinibaldo de Mas in Macao; er war spanischer Minister in China und einer der Hauptverfechter des Iberismus. Dieser Diplomat nahm das größte Interesse an der eben erwähnten Begebenheit, spielte ganz vortrefflich die Rolle eines Sachwalters für Portugal, und erwarb sich hiedurch die Zuneigung eines Portugiesen, der damals auch in Macao sich befand. Dieß war C. J. Caldeira Casal Ribeiro, Bruder des Exministers der Finanzen in Portugal, J. M. do Casal Ribeiro. Dom Sinibaldo gelang es bei dieser Gelegenheit, ihn für die iberische Partei zu gewinnen. Casal Ribeiro verließ Macao mit Instruktionen, iberische Verbindungen zu gründen, und dem Plane, den Bestrebungen der spanischen Iberisten kräftigen Nachdruck zu verleihen *).

---

*) Nach den Grundsätzen, in welchen Casal Ribeiro war erzogen worden, konnte man erwarten, er werde diese Mission zurückweisen; indeß war er zu jener Zeit schon aus dem legitimistischen in das liberale Lager übergegangen, und es hieß, er sei von der revolutionären Regierung Portugals beauftragt seinen Verwandten, den Bischof von Macao, zu bereden, er solle einem Befehle dieser Regierung gehorchen, worin sie ihm gebot, gegen die ausdrücklichen Bestimmungen der heil. Canones außerhalb seiner Diöcese in fremden Bisthümern und zwar in den apostolischen Vikariaten von Indien bischöfliche Jurisdiktion auszuüben, was der Bischof wirklich gethan hat. Der heil. Vater, Pius IX., tadelte wegen dieses so unüberlegten Schrittes den Bischof, und dieser, ein gottesfürchtiger Mann, der theils aus Furcht vor der Regierung, theils aus Unkenntniß des großen Unrechtes das er beging, so unbesonnen gehandelt hatte, unterwarf sich augenblicklich und bat in tiefer Demuth den heil. Vater um Vergebung. Sein Verwandter hatte ihn auch für die iberischen Ideen gewonnen; da aber der gute Bischof seine Verirrungen bereute und erkannte, wie übel er berathen gewesen, als er sich den Einflüsterungen seines Verwandten überließ, entsagte er auch für immer jenen Ideen, welche er im Beginne gehegt hatte und starb in seinem Vaterlande als wahrer Katholik und ächter Portugiese. Vielleicht hat man auf diesen einzigen Fall hin die Behauptung gegründet, die portugiesischen

Hier eine Skizze dieses Planes:

Die Gesellschaft „A Iberia."

1) Ein jeder, welcher sich in diese Gesellschaft aufnehmen läßt, heißt Iberico und trägt jährlich wenigstens einen Cruzado bei, d. h. ungefähr einen österreichischen Gulden.

2) Wer neun Ibericos anwirbt, wird Deciberico genannt und ist beauftragt, den Betrag seiner Subscription und den der andern neun Ibericos an den hiezu Bezeichneten abzuliefern.

3) Wer hundert Ibericos oder zehn Deciberico wirbt, ist Centiberico.

4) Wer tausend Ibericos oder hundert Decibericos oder zehn Centibericos wirbt, ist Milliberico.

5) Wenn eine Deciberia (Verbindung von zehn Iberisten) wegen Todesfall eines ihrer Mitglieder oder aus was immer für einem Grunde unvollständig wird, so sollen die zurückbleibenden Mitglieder in andere Deciberias einverleibt werden, je nachdem die Direktion, zu welcher sie gehören, über sie verfügt.

6) Eine aus zehn Personen bestehende Direktion wird in Lissabon seyn, eine andere in Madrid. Jede derselben wird drei aus ihren Mitgliedern bezeichnen, welche eine permanente Regierungs-Commission bilden, und alle Geschäfte der Gesellschaft im Namen der Direktion besorgen. Sie werden sich einmal in jedem Monat und sonst so oft zu außerordentlicher Sitzung versammeln, als der Präsident der Commission sie einberuft.

7) Die Direktion wird jährlich gewählt. Nur die Chefs der Verbindung vom Deciberico aufwärts, haben bei den Wahlen Stimmrecht.

8) Im Monat Mai wird jährlich einmal in Lissabon, das andere Jahr in Madrid eine General-Junta oder Versammlung gehalten

---

Bischöfe seien Iberisten; dieselbe ist aber durchaus unrichtig. Selbst der Verwandte und Verführer des Bischofs scheint heute wieder auf bessere religiöse wie politische Ideen gekommen zu seyn.

werden, in derselben kommen die auf die Interessen der Gesellschaft bezüglichen Fragen zur Verhandlung und Entscheidung.

9) Da es nicht leicht seyn wird, daß alle Mitglieder der Direktion von Lissabon nach Madrid sich begeben, noch umgekehrt, so genügt es, daß die Direktion sich durch ein oder mehrere Mitglieder repräsentiren lasse, welche immer die zehn Stimmen haben werden, als wäre die Direktion vollzählig zugegen.

10) Eine jede Stadt, in welcher hundert Ibericos sich befinden, kann sich eine untergeordnete Direktion bilden, bei deren Wahl alle Ibericos Stimmrecht haben.

11) Die Direktionen zweiter Classe oder Provinzialdirektionen werden aus fünf Mitgliedern gebildet seyn; bei ihrer Wahl haben nur die Deciberico Stimmrecht.

12) Die Direktionen zweiter Classe können nur den Ertrag der Subscriptionen einnehmen und denselben den Direktionen von Madrid oder Lissabon einhändigen, denn nur diese Letzteren haben das Recht, jenen Geldern eine Bestimmung zu geben.

13) Die subalternen Direktionen werden zum Besten der Gesellschaft Alles thun, was die obersten ihnen angeben werden.

14) Das Zahlamt der Direktion wird keinen Wechsel creditiren, der auf weniger lautet, als die Subscription einer Centiberia.

15) Jeden ersten des Monats wird in Lissabon und jeden fünfzehnten in Madrid ein Blatt unter dem Titel „A Iberia" erscheinen, welches wenigstens allen jenen Mitgliedern zugeschickt werden soll, welche den Grad eines Deciberico und davon aufwärts haben.

16) Sobald in Madrid eine Nummer der „Iberia" erschienen ist, wird ohne Verzug ein Exemplar davon nach Lissabon gesendet, um daselbst übersetzt und verbreitet zu werden. Dasselbe geschieht in Madrid mit jeder Nummer des in Lissabon erscheinenden Blattes.

17) Außer den Milliberico, Centiberico und Deciberico, welchen die Zeitschrift zugeschickt werden muß, soll man trachten, viele Exemplare auch gratis an alle diejenigen Personen zu vertheilen und durch die Post oder auf andere Weise zu senden, bei welchen man es für nützlich hält, indem so der Zweck der

Gesellschaft, so viel als möglich die Ideen der iberischen Union zu verbreiten, erfüllt wird.

18) Neben der „Iberia“ wird die Gesellschaft noch alle diejenigen Broschüren, Abhandlungen und Schriften verbreiten, welche für ihren Zweck nützlich seyn können.

19) Das iberische Banner wird blau, weiß, roth und gelb seyn und in der Mitte die nationalen Wappen beider Länder tragen.

20) Der iberische Wappenschild wird die Wappen Portugals und Spaniens enthalten, in letzterm müssen auch die alten Wappen von Castilien, Leon, Aragon, Granada und Navarra enthalten seyn.

21) Der iberische Wappenschild wird auch jener der Gesellschaft seyn.

22) Es wird ein Band gemacht, welches die Farben des Banners und 6 Linien Breite hat; ein zweites 12, ein drittes 24, ein viertes 48 Linien breit. Diese Bänder werden die Abzeichen der Ibericos, Deciberico, Centibericos und Millibericos seyn, und im Knopfloch und um den Hals bei den iberischen Versammlungen getragen werden.

23) Iberistische Damen dürfen, wenn sie wollen, auch breite Schärpen tragen, wenn sie auch zu einem Grade gehören, welchem nur schmale Bänder zukommen.

24) Solche, die sich mit 10 bis 100 Cruzados jährlich einschreiben (der Cruzado zu einem österreichischen Gulden) erhalten hiedurch den Grad vom Deciberico.

25) Wer mit 100 bis 1000 Cruzados sich einschreibt, ist Centiberico; wer mit 1000 und darüber, ist Milliberico.

26) Wer die jährlichen Zahlungen einstellt, verliert den Grad.

27) Jeder Milliberico hat das Recht, den Juntas der oberen wie niederen Direktionen beizuwohnen und in denselben mitzustimmen, wenn er auch nicht in sie gewählt ist.

28) Sobald pekuniäre Mittel vorhanden seyn werden, sind Mitgiften zu stiften von 1000 bis 2000 Cruzados für Portugiesinen welche Spanier, und Spanierinen welche Portugiesen heirathen.

29) Für den Dienst der Gesellschaft werden deren Mitglieder verwendet, und denjenigen welche dessen bedürftig sind, diese Dienste gezahlt; über Alles wird am Ende des Jahres ein Rechenschaftsbericht gemacht.

30) In dieser Gesellschaft sind Männer und Frauen gleich berechtigt.

Dieß waren die Grundlagen der iberischen Organisation. Einige kleine Aenderungen fanden statt, aber das Wesentliche blieb. Statt der zweiwochentlichen Zeitschrift, zog man es vor, in Madrid ein großes Tagsblatt unter dem Namen „Iberia" zu veröffentlichen, welches noch heute besteht. In Portugal fanden es die Iberisten vorsichtiger, den Titel des Blattes zu ändern, und gaben ihm den Namen „Progresso"; dieß Blatt erschien täglich und hatte an der Spitze seiner Direktion den schon erwähnten J. C. Caldeira Casal Ribeiro. Das Blatt dauerte so lange, als die Beisteuern dazu floßen (ungefähr zwei Jahre), und vom ersten bis zum letzten Tage fand es nur in dem legitimistischen und katholischen Blatte „A Naçao" einen unbeugsamen und unversöhnlichen Gegner. Die meisten liberalen Blätter bekämpften es entweder nicht, oder dienten ihm selbst als Hülfstruppen. Als der „Progresso" aufhörte, gründeten die Hauptredakteure desselben ein neues Journal, welches heute noch existirt, oder wenigstens vor einigen Monaten noch existirte, und welches den Namen „O Asmodeu" führte. Dieser Titel genügt, um sich eine Idee von der Wohlanständigkeit des Blattes zu machen, und von ihr auf die Art der Leute zu schließen, welche (mit höchst seltenen Ausnahmen) in Portugal die Ideen des Iberismus vertraten.

Wer von gebornen Portugiesen sich am meisten zu Gunsten des Iberismus aussprach, war zugleich auch in den vordersten Reihen des liberalen Lagers. Vor Allem muß der Großmeister der Freimaurerei, Jose Estevam, genannt werden, der ein intimer Freund des Großmeisters der spanischen Freimaurerei Olozaga war. Er zeigte sich zwar nicht als

enthusiastischer Iberist, denn er gehörte zu Jenen welche sich politischen Taktes und staatsmännischer Biegsamkeit rühmen; in einem öffentlichen Manifeste jedoch sagte er mit deutlichen Worten, Portugal müsse früher oder später Spanien einverleibt werden, es sei deßhalb gut, das Volk vorzubereiten, damit es nicht — so sind seine Ausdrücke — „in diese neue politische Gesellschaft einträte, wie Jemand der keine Industrie, keine Kapitalien, keine Wissenschaften noch Fähigkeiten mitbrächte." In Oporto wurde ein Blatt gegründet, „Peninsula" genannt, welches ausschließlich dazu bestimmt war, den Iberismus zu verbreiten; es wurde durch Ultraliberale redigirt, und von der iberistischen Gesellschaft bezahlt. J. H. Nogueira ließ nicht nach, sowohl in seinem demokratischen Almanach als in andern Schriften den Iberismus zu predigen; und auch er war eines der bekanntesten Glieder der Demokratie. Der Nachfolger des freimaurerischen Großmeisters Jose Estevam war Lobo d'Avila, der vor Kurzem noch Finanzminister gewesen ist; auch er gehörte zu der Gesellschaft der Iberisten. Ein anderer Exminister der Finanzen, der früher erwähnte J. M. do Casal Ribeiro, verfocht bei verschiedenen Gelegenheiten und noch besonders in der Zeitschrift „Revue Lusitanienne" die Vereinigung Portugals und Spaniens; doch sollte nicht eine vollständige Fusion stattfinden, sondern eine aus Portugal und den jetzigen spanischen Provinzen bestehende republikanische Föderation geschaffen werden, wozu die Vertreibung beider Dynastien nothwendig wäre. Und darnach wurde er Minister. J. M. Latino Coelho, Journalist, Professor der polytechnischen Schule und liberaler Deputirter, vertheidigte nicht allein in den Zeitungen die iberistischen Ideen, sondern übersetzte auch und erweiterte eine in Spanien erschienene Broschüre „A Iberia", von welcher in Portugal zwei Auflagen im Verlauf eines Jahres gemacht wurden, indem die erste durch ein freimaurerisches Manöver vergriffen wurde. Kurz, man kann sagen, daß während einiger Zeit fast alle Glieder der portugiesischen Maurerei entschiedene

Iberisten waren; dagegen kann unter den wahren katholischen und legitimistischen Portugiesen*) nicht ein Name als zum Iberismus gehörend aufgezählt werden. Den Klerus und noch mehr den Episcopat als Iberisten zu bezeichnen, heißt sie in unwürdiger Weise beschimpfen. Kein einziger Bischof, mit Ausnahme des von Macao, hat iberische Ideen verfochten oder sich dazu bekannt; und selbst dieser Letztere, Dom Jeronymo Jose da Matta, schien nur kurze Zeit in Folge von Täuschung denselben angehangen zu haben; sobald er seinen Irrthum erkannte, schwur er denselben sowohl in Bezug auf seinen Ungehorsam gegen das canonische Recht und gegen

---

*) Es gibt und hat sicher auch in Spanien katholische Iberisten gegeben, dieses kann nicht befremden; dennoch muß bemerkt werden, daß selbst diese hauptsächlich Isabellistische Katholiken sind. Das Hauptorgan der legitimistischen oder Carlistischen Partei in Spanien ist das Madrilenische Blatt „A Esperanza", dessen Chefredakteur Don Pedro de la Hoz als einer der schönen Charaktere jenes Landes betrachtet werden kann. (Die neuesten Nachrichten aus Spanien meldeten leider den Tod dieses ausgezeichneten Journalisten). Nun wohl! während die liberale Presse Madrids mit allen Kräften die Ideen des Iberismus verfocht, wurden von Seiten der Esperanza mit gleicher Energie und Festigkeit die Rechte der portugiesischen Nationalität vertheidigt, deren Ruhm sie erhob und pries; mit scharfer Geißel züchtigte sie die Feigheit jener Vaterlandsverräther, welche die Last der von den Vorfahren errungenen Trophäen nicht mehr zu tragen vermögen. Wir sagten „Isabellistische Katholiken", weil in Spanien es außer dem legitimistischen Lager noch ächte Katholiken gibt; in Portugal aber gibt es außer diesem Lager höchstens solche Katholiken, die man in Frankreich „catholiques sincères", in Deutschland „Auchkatholiken" genannt hat. Es war dieß nöthig zu bemerken zur Erklärung, weßhalb wir immer die beiden Bezeichnungen Katholik und Legitimist vereinigten, denn bezüglich der nicht legitimistischen Katholiken, oder der die neue Dynastie schützenden Katholiken, können wir mit dem Dichter sagen: Si licet magnis componere parva, apparent rari nantes in gurgite vasto.

den heil. Vater, als in Bezug auf seine politischen Ansichten ab*).

---

*) Es gibt in Portugal auch liberalistische Priester, was nicht zu läugnen ist; es sind aber solche welche den geistlichen Stand wie ein Gewerbe ergriffen, welche ihre Abende nicht beim Brevier, sondern entweder in den Theatern oder in den Freimaurerhöhlen zubringen. Um sich einen Begriff von dem gegenwärtigen Zustande des Klerus in Portugal zu machen, muß man wissen, daß nach dem Siege der Revolution in diesem Lande die Bischöfe vertrieben, die Seminarien geschlossen und deren Güter confiscirt worden sind. Dieser Zustand dauerte zehn Jahre. Männer welche in ihrer Jugend aus den Seminarien entweder als unverbesserlich oder wegen Mangel an Talent entlassen worden waren, wurden damals von den eingedrungenen Bisthumsverwesern (governadores temporaes dos Bispados) in den geistlichen Stand erhoben, indem sie mit Entlassungsurkunden an einen berüchtigten Bischof von Ciudad Rodrigo in Spanien geschickt wurden, um von ihm die Weihen zu erhalten, und so mit einemmale Priester zu werden. Seit alten Zeiten wurde in Portugal eine Bulle veröffentlicht, genannt „da Cruzada" (vom Kreuzzug), in der die Päpste den getreuen Portugiesen, welche je nach ihren Mitteln durch ein kleines Almosen die Erhaltung christlicher Streitkräfte gegen die Angriffe der Ungläubigen in Afrika und Asien und die Unterstützung der Missionen ermöglichten, zahlreiche Gnaden und Ablässe verliehen. Im J. 1834 verbot die Revolution die Veröffentlichung dieser Bulle; zehn oder eilf Jahre später indeß erlaubte sie dieselbe wieder auf Anhalten des heil. Vaters Gregor XVI., so wie sie auch die Eröffnung der Seminarien wieder gestattete. Die Seminarien wurden jedoch mit keinen Einkünften ausgestattet, ja nicht einmal erhielten sie die ihnen von der Revolution geraubten Güter zurück; dieselbe erlaubte bloß, daß die jährlichen Almosen jener Gläubigen, welche die in der Bulle da Cruzada ertheilten Ablässe gewinnen wollten, für die Kirchenkassen und zur Erhaltung der Seminarien bestimmt würden. Es sind also nur die Almosen der katholischen Portugiesen, welche es ermöglichen, daß heutzutage in den Seminarien einiger Unterricht gegeben wird; und selbst unter diesen Umständen gestattet die Regierung den Bischöfen die freie Wahl der Bücher und Lehrer bei diesem Unterricht nicht; es ist nothwendig, daß die Regierung zu den Vorschlägen der Bischöfe ihre Genehmigung

Die Artikel des legitimistischen portugiesischen Blattes „A Naçao" hatten die Galle des Madrilenischen Blattes „A Nacion" aufgeregt, und Schmähungen statt Argumente waren die Antwort dieser letzteren. An diesem Kampf nahm auch Theil die oben erwähnte Broschüre und wagte in derselben die Behauptung, selbst der König Dom Miguel I. habe die iberische Union geliebt. Merkwürdige Beweise brachte sie für diese Behauptungen bei. Zufolge jener Schrift soll der König von Portugal Dom Miguel I. nach der Hand der gegenwärtigen Königin von Spanien Isabella gestrebt haben, um in dieser Weise die Kronen beider Länder zu vereinigen; und zwar so sehr, fügt jener Autor hinzu, wünschte Dom Miguel dieß, daß er stets in bester Eintracht, in Frieden und Einigkeit mit der Regierung von Madrid lebte, bis

gebe. Nicht einmal ein Unterlehrer des Seminars darf ohne das Placet ernannt werden. Das ist die freie Kirche im freien Staate! Eine bedeutende Anzahl der von der Regierung erwählten Bischöfe gehörten der Freimaurerei an, einige derselben wurden vom heil. Stuhl bestätigt, da man in Rom nicht wußte, daß sie, ehe sie den Hirtenstab ergriffen, die Mauerkelle geführt hatten, und schon in den Logen mit dem Bischofshute bekleidet worden waren, noch ehe sie zu Bischöfen erwählt wurden. Nach dem Gesagten sollte man denken, der portugiesische Klerus müßte ein äußerst schlechter seyn, und doch ist er nach seiner Mehrzahl noch vorzüglich; so tief eingewurzelt ist der Glaube in den Völkern der Halbinsel! Ja wenn auch die Bischöfe nicht so fest sind, wie sie seyn sollten, und nicht mit den ausgezeichneteren Bischöfen Deutschlands, Frankreichs Italiens, selbst Spaniens verglichen werden können, so sind sie (mit Ausnahme zweier oder dreier, welche durch ihr Sittenverderbniß das größte Aergerniß für die Kirche wurden) doch Gott sei Dank nicht das geworden, was die Freimaurerei von ihnen erwartete. Wir wollen nur des jetzigen Cardinal Patriarchen von Lissabon erwähnen, der früher selbst Freimaurer war, jetzt die Zielscheibe des maurerischen Zornes geworden ist, weil er in letzter Zeit begonnen, die Rechte der Kirche mit einer gewissen Energie zu vertheidigen.

zu den letzten Monaten seiner Regierung fest auf deren Beistand rechnete, nie des Don Carlos Triumph wünschte, und selbst noch nach seiner eigenen Entthronung unvermählt blieb, bis Dona Isabella heirathete und Nachkommenschaft erhielt, da er bis zu jenem Augenblick die Hoffnung nicht aufgab, deren Gemahl zu werden. Es ist dieß wieder eine der unzähligen Verläumdungen, mit welchen die Freimaurer die Ehre dieses Fürsten zu beflecken gesucht haben. Der wahre Sachverhalt wurde schon Anfangs des verflossenen Jahres in den Histor.-polit. Blättern veröffentlicht. So lange der König Ferdinand VII. lebte, gesund war und selbst regieren konnte, bestand gutes Einvernehmen zwischen seiner Regierung und jener des Königs Dom Miguel. Damals hatte der König von Spanien noch keine Kinder, aber von dem Augenblicke an, als die Intrigue, wodurch Calomarde aus Spanien vertrieben und Dona Maria Christina zur Regentin erhoben wurde, lebhafter zu spielen begonnen, wurden auch die Beziehungen zwischen beiden Regierungen immer kühler. Indeß blieb noch der spanische Gesandte General Cordova in Portugal; einige Monate später wurden der damalige Infant Don Carlos und die Prinzessin von Beira, Mutter des Infanten Don Sebastian und Schwester des Königs von Portugal, gezwungen Spanien zu verlassen. Sie begaben sich nach Portugal, von wo aus Don Carlos seinen Protest vom 29. April 1833 gegen die Verletzung seiner Rechte erhob. Noch waren keine drei Monate nach Veröffentlichung dieses Dokumentes verflossen, als der General Cordova vor dem König Dom Miguel erschien und ihm seitens seiner Regierung die Eröffnung machte, an der Grenze sei ein Corps von 40,000 Mann unter General Rodils Commando aufgestellt; verstände sich nun der König von Portugal dazu, den Infant von Spanien aus seinem Lande zu verweisen, so wären diese Truppen bestimmt gegen Dom Pedro und die Liberalen zu Felde zu ziehen, im entgegengesetzten Falle jedoch würde die spanische Regierung, dem dringenden Ansuchen der Regierung

Louis Philipps nachgebend, mit diesem sowie mit England und Dom Pedro den Vertrag der Quadrupel-Allianz unterzeichnen und eben jener spanische Truppenkörper würde in Portugal einfallen, um im Einverständnisse mit den zwei Großmächten den König Dom Miguel und den Infanten Don Carlos aus der Halbinsel zu vertreiben. Die Antwort des Königs Dom Miguel lautete: „Sagen Sie Ihrer Regierung, mein Onkel Don Carlos habe hier Asylrecht, und ich die Pflicht ihm solches zu wahren; wolle man mir meine Krone vom Haupte reißen, so solle sie doch nicht befleckt durch einen Akt der Feigheit in den Koth fallen!"

Unterdessen ward Don Fernando VII. vor den göttlichen Richterstuhl gerufen und sein Tod, der so gelegen kam den Revolutionären freies Feld zu lassen, räumte auch ein Hinderniß der Unterzeichnung jenes schändlichen Vertrages der Quadrupelallianz aus dem Wege und die von Rodil befehligten Truppen fielen in Portugal ein. Das Resultat jenes Attentats gegen das Recht ist Europa bekannt, und wird von dem katholischen Volke in Portugal und Spanien beweint.

Nach allem diesem nun wagt noch die Verläumdung zu behaupten, der König von Portugal Dom Miguel habe die Niederlage desjenigen gewünscht, für welchen er seine Krone verlor; er habe 1833 in seinem 31. Jahre daran gedacht, sich mit einem Kinde von 30 Monaten zu verehelichen, und selbst nachdem er schon entthront war, noch gewünscht der Schwiegersohn derjenigen zu werden, welche das Haupt-Instrument seines Sturzes vom Throne und der Demüthigung seines Volks gewesen!

Glücklicher Weise befinden sich die Esaue der portugiesischen Nationalität nicht im katholischen und legitimistischen Lager. Wenn je sich dort welche fanden, sind sie in's liberale und freimaurerische Lager übergegangen. In diesem hat der iberische Enthusiasmus seine Höhen und Tiefen gehabt, und ist zeitweise bis unter Null gesunken. Es ist dieß eine eigenthümliche Erscheinung, die noch einige Bemerkungen verdient.

So lange Dona Maria da Gloria, Gemahlin des Prinzen Ferdinand von Koburg lebte, war es der Plan der portugiesischen wie spanischen Iberisten, die Dynastien beider Länder vom Throne zu stoßen, und auf der Halbinsel eine Föderativrepublik zu proklamiren. Dieser Plan blieb ohne Veränderung besonders von 1848 bis 1852; es starb jedoch die Republik von Frankreich unter den Händen ihres ersten Wächters und Vertheidigers. Als nun die Liberalen in Portugal, welche stets die Manie haben Frankreich nachzuäffen, sahen, daß die Zeit vorüber sei, worin man den Pariser Lumpensammler darstellt, wie er vor den Tuilerien einen zerbrochenen Scepter auflesend, Fetzen von dem königlichen Mantel in seinen Korb wirft, da begannen auch sie nach einem andern Plane sich umzusehen. Unterdessen starb Dona Maria da Gloria.

Auf sie folgte ihr Sohn Dom Pedro von Koburg, und in ihm glaubten sowohl die spanischen wie die portugiesischen Iberisten ein biegsames Instrument für ihr Vorhaben zu finden. Dom Pedro als iberischer Kaiser würde auch für Napoleon kein Gegenstand des Mißfallens seyn, so dachten sie sich, und wer weiß, ob nicht mit Recht*); es war also

*) Hieher gehört eine Anekdote, die vor 8 bis 9 Jahren in den höhern Kreisen der liberalen Aristokratie von Lissabon cirkulirte. Es war gegen das Ende des J. 1855 oder Anfangs 1856, als der portugiesische Minister in Paris seine Aufwartung in den Tuilerien machte. Im Laufe des Gesprächs fragte ihn die Kaiserin Eugenie ob es wahr sei, daß, wie man höre, sein junger Monarch zu so großen Hoffnungen berechtige, worauf der Minister bejahend antwortete. Diese Frage brachte die zweite, ob der Minister glaube, daß Portugal ein zu enges Feld sei für den Thatendurst eines jugendlichen und energischen Mannes, der auch, wie dieß gewöhnlich bei solchen Geistern der Fall sei, ehrgeizig wäre. Diese Frage überraschte den Minister, und setzte ihn dergestalt in Verlegenheit und Verwirrung, daß er sich begnügte, die Lobsprüche seines Königs zu verdoppeln, indem er versicherte, daß er denselben auch großer Unternehmungen für fähig halte. Sobald als möglich be-

nothwendig, Dona Isabella aus Spanien zu vertreiben: denn sie war nicht liberal genug und hatte sich den Händen

---

gab er sich nach Hause und beeilte sich, dem portugiesischen Minister des Auswärtigen, Viscondе de Atouguia, einen genauen Bericht über alles Vorgefallene zuzusenden. Wochen, vielleicht Monate vergingen, Atouguia aber ließ nichts verlauten. Die Mittheilung wurde wiederholt, das Resultat aber blieb das Gleiche. Paiva Pereira mußte abermals in den Tuilerien erscheinen und bei der ersten günstigen Gelegenheit begann die Kaiserin auf's neue das Gespräch über den jungen König, und indem sie demselben das größte Lob spendete, sagte sie höflich, aber mit halbfragender Stimme, Dom Pedro sei ein Mann, der eines großen Reiches würdig sei. Dem Minister blieb nichts Anderes übrig, als der Frage auszuweichen, was er auch that, indem er antwortete, sein König sei ein hoffnungsvoller Jüngling von großer Begabung und großem Geiste, der aber keinen Ehrgeiz besitze. Die Antwort der Kaiserin bestand in einem zweifelhaften Lächeln, welches deutlicher als Worte dem portugiesischen Minister zu verstehen gab, daß sie nicht an die großen Eigenschaften seines Königs glaubte. Es urtheile ein Jeder, wie es ihm beliebt, über den Sinn und die Tragweite dieser Fragen; man vergesse aber nicht, daß die Thronbesteigung des jungen Königs bis dahin in den Tuilerien sehr gefeiert worden war, daß aber von da an das Feuer der Begeisterung immer mehr abnahm, und daß zwei Jahre darauf der portugiesischen Regierung von der französischen der bekannte Schimpf wegen des Schiffes „Charles et George" angethan wurde. Dieses Schiff war von portugiesischen Kreuzern als des Sklavenhandels verdächtig in den afrikanischen Meeren weggenommen und in der Mündung des Tajo vor Anker gelegt worden; dort wurde es von einer französischen Fregatte ungestraft weggeholt, und inmitten der größten Entrüstung aller gutgesinnten Portugiesen am Schlepptau zum Hafen hinausgeführt. Wir müssen nun noch erklären, wie es kam, daß die Depeschen des portugiesischen Gesandten unbeantwortet blieben. Der Vicomte d'Atouguia war ein vorzüglicher Mann, guter Militär und ausgezeichneter Mathematiker. Anstatt jedoch auf die große Politik seine Gewohnheit, mit der unendlich kleinen Differentialgröße zu rechnen, zu übertragen, wie Napoleon I. von Laplace sagte, zog er, da er es müde war diejenigen Briefe der Gesandten an den fremden Höfen, welche ihn mit Mittheilungen

des Klerus überlassen; danach mußte ihre Tochter mit Dom Pedro vermählt werden, und alles Uebrige würde aus dieser Combination erfolgen.

Dom Pedro jedoch war noch nicht das geeignete Instrument, welches die Iberisten wünschten. Einige sagten, es sei den Liberalen gelungen, ihn zum Freimaurer zu machen, Andere läugneten es. Gewiß ist, daß er ein rechtlicher junger Mann war, unfähig das Schlechte zu thun, jedoch zu schwach um Jenen zu widerstehen die es in seinem Namen verübten. Im Privatleben ein vortrefflicher Mann, wäre er auch selbst ein guter König gewesen, wenn er seine Macht von dem Rechte, und folglich auch die einzige Stütze gehabt hätte, die einem guten Herrscher nützlich ist. Indem er aber genöthigt war, seine Räthe und Minister unter den Revolutionären zu wählen, so war auch von seiner Regierung nie viel Gutes zu hoffen.

Isabella bekam einen Sohn, ein Ereigniß welches den Plan der Iberisten störte; durch Dom Pedro's Vermählung mit der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern wurde derselbe gänzlich vereitelt. So weit war indeß die Kühnheit und der Einfluß der Iberisten gediehen, daß eine Freimaurer-Zeitung, welche zugleich das officielle Blatt war, folgende Annonce veröffentlichte: „Die Mitglieder des Volksvereins sind eingeladen, sich an dem und dem Tage zu versammeln,

---

über Kleinigkeiten unterhielten, zu lesen, es vor, diese zusammen kommen zu lassen, und dann an einem Tage, wenn er gerade Lust dazu hatte, sie alle zu lesen und zusammen beantworten zu lassen, wie die Kaufleute es thun, die nur im Großen verkaufen. Es geschah nun, daß ehe er die Pariser Depeschen eröffnet hatte, Rodrigo da Fonseca Magalhaes, welcher die Seele des Ministeriums war, seine Demission einreichte, welche auch angenommen wurde. Der Nachfolger des Vicomte d'Atouguia aber wußte nichts von diesen Depeschen, sie blieben also in der Staatskanzlei liegen, wo sie längere Zeit nachher noch versiegelt und verschlossen, wie sie aus Paris gekommen waren, gefunden wurden.

n über die Frage, ob es gut sei, daß Portugal sich mit
Spanien vereinige, zu berathen."

Das legitimistische und katholische Blatt „A Naçao"
antwortet diese Annonce mit folgender Anzeige: „Alle gut
gesinnten Portugiesen sind gebeten, sich an einem nächstens
bestimmenden Tage zu vereinigen, um über die Frage zu
erathen, ob es gut sei, daß Portugal die bestehende Dynastie
usweise, und die in Deutschland verbannt lebende Dynastie
Braganҫa zurückrufe. Man bittet den „Diario do Governo"
m die Gewogenheit, seine Spalten dieser Anzeige zu öffnen."
m ersten Augenblicke gedachte die Regierung, das legitimi-
ische Blatt wegen dieser Annonce vor Gericht zu fordern; in-
ß wohl einsehend, daß da, wo es erlaubt ist, die Existenz
nes Volkes zu discutiren, man noch eher die Ausweisung
ner Dynastie besprechen könne, schlug sie den bessern Weg
n den Befehl zu erlassen, daß künftig derlei Annoncen in
m officiellen Blatte nicht mehr erscheinen dürften.

Kurz nach diesem Vorfall begann eben dieß nämliche
... der Freimaurerei gegen die iberische Union zu sprechen,
... zu gleicher Zeit verbreitete sich von den Reihen der
...en und Maurer aus eine Bewegung im antiiberischen
... Von dort aus entsprang auch der Plan, den 1. De-
... als Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Portu-
... von der spanischen Herrschaft durch eine geräuschvolle
...rische Manifestation zu begehen. Latet anguis, dachten
...tgesinnten Portugiesen; da es sich aber um eine na-
...e Manifestation handelte, widersetzten sie sich ihr nicht,
n im Gegentheile schlossen sich ihr an. Indeß fragte
ich allgemein nach der Ursache einer so schnellen Ver-
ng, ohne jedoch eine glaubwürdige Erklärung finden
en.

...e Einen sagten, was auch wahr war, die Maurerei
en, Belgien und Portugal habe durch enge Bande
knüpft und bilde nunmehr nur ein Ganzes unter
nen; „Freimaurerische Conföderation"; die spa-

nische Maurerei habe entweder aus Stolz oder aus irgend einem unbekannten Grunde sich geweigert in diese Conföderation einzutreten, und daher komme die Empfindlichkeit der portugiesischen Maurer. Andere jedoch, die sich für besser unterrichtet ausgaben, behaupteten, daß Rücksichten für ihren König Dom Pedro, welcher nicht dem Iberismus geneigt sei, die portugiesische Maurerei bestimmten, jetzt auch antiiberisch zu seyn. Vielleicht waren es diese Letzten, welche tiefer in das Geheimniß eingedrungen waren. Und damit die Leser selbst urtheilen können, wollen wir folgende Thatsachen ihnen vorführen.

Die Prinzessin Stephanie, eine gute Katholikin, beklagte die Erniedrigung der Kirche und die Frechheit der Feinde, welche die katholische Sache in Portugal hat. Da sie Einfluß auf das Gemüth ihres Gemahles gewann, zeigte sich dieser nach seiner Vermählung den Einflüsterungen der Revolutionäre weniger zugänglich. Dieser Zustand dauerte jedoch nur ein Jahr lang, denn innerhalb desselben wurde die Prinzessin Stephanie eine Beute des Todes. Kaum zwei Jahre nachher folgte Dom Pedro seiner Gemahlin in's Grab. Er hatte als Wittwer ein ganz zurückgezogenes Leben geführt, und sich selbst häufig einen Unglücklichen, wie er es in Wahrheit auch war, genannt. Alle seine Brüder, mit Ausnahme eines einzigen, wurden von derselben Krankheit, deren Beute er geworden, ergriffen; in der Blüthe der Jahre vom Hauch des Todes dahingerafft, sank Einer nach dem andern in das Grab; mit Mühe wurde Dom Augusto gerettet, der zwar dem Tode entkam, aber in solchem Zustande verblieb, daß er für das gesellige Leben verloren ist. Einen jedoch unter den Brüdern, den einzigen der zum Instrumente der Freimaurerei geeignet schien, verschonte die launenhafte Krankheit, die man nicht gut zu classificiren vermochte. Es war dieß der Nachfolger des Dom Pedro; und kaum saß er auf dem Throne, als auch mit überraschender Keckheit und Thätigkeit die iberischen Intriguen von neuem begannen.

Wir wollen nicht behaupten, daß unter dem Deckmantel ner antiiberischen Manifestation und jener spätreifen Be- isterung für die vaterländische Monarchie sich der vorbe- chte Entschluß zu einem großen Verbrechen verbarg; wir llen einfach die Thatsachen auf; es urtheile dann ein der, wie es ihm recht erscheint. Die Zukunft wird wahr- einlich eines Tages den Schleier dieses Geheimnisses reißen.

Zum Schlusse bemerken wir noch, daß das Gewebe der rischen Intriguen heute fester als je gezogen ist, daß ona Isabella von Spanien, indem sie sich durch die An- kennung der piemontesischen Usurpationen die Sympathien r Katholiken in Spanien entfremdet hat, in die Hände der volutionäre gefallen ist, und deren Opfer werden wird, ß deßhalb ernste und schmerzvolle Ereignisse in den den unglücklichen Königreichen der iberischen Halbinsel i jetzt schon vorhersehen, ja fast mit Händen greifen en.

Niemals aber werden die katholischen und legitimisti- en Portugiesen sich den Planen der Revolutionäre an- ließen.

XI.

Koch's Geschichtswerk über Ferdinand III.

Zweiter Band.

I.

Die Histor.-polit. Blätter haben den ersten Band dieses bedeutenden Geschichtswerkes besprochen in Bd. 55, S. 157 ff. Der zweite Band desselben, der bis zum Abschlusse des westfälischen Friedens reicht, liegt vor*). Herr Koch hat außer den bekannten gedruckten Werken namentlich das k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archiv benutzt, und aus demselben die in Meierns großem Sammelwerke vorliegenden Aktenstücke wesentlich ergänzt. Dieß ist höchst dankenswerth. Denn wie überhaupt für den Aufbau einer wahren patriotischen Geschichtschreibung für Deutschland nach so manchen Seiten hin viele der wichtigsten Bausteine, namentlich die unmittelbaren Kundgebungen unserer Kaiser an die Personen ihres Vertrauens, noch vergraben in den Schachten des Archives der Wiener Hofburg ruhen: so gereicht es für die traurige Zeit, welche Hr. Koch sich zum Vorwurfe seiner Forschungen erwählt, zu einem Troste, zwei solche Männer, wie den Kaiser Ferdinand III. und den Grafen Trautmanstorf, aus ihren

*) M. Koch: Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung des Kaisers Ferdinand III. Zweiter Band. Wien 1866.

en Aeußerungen zu einander kennen zu lernen, und zu er-
, wie dem Vertrauen des Einen der Werth des Anderen
und ganz entsprach. Wir werden darauf zurückkommen.
Herr Koch hat entschiedener als noch in dem ersten
)e, in diesem zweiten für den dreißigjährigen Krieg den
akter des Religionskrieges verneint. Die Akten der
andlungen zu Münster und Osnabrück selbst führten mit
wendigkeit zu dieser Verneinung. Denn dort nehmen
tremen Richtungen auf beiden Seiten erst für dann einen
gionskrieg an, wann die Friedensverhandlungen scheitern.
Es ist nicht unwichtig, diese Frage, die im Grunde gar
Frage seyn sollte, hier gleich im Eingange wieder an-
;en, und in Betreff des Nachweises sowohl auf die vor-
hnete Besprechung des ersten Bandes von Koch, wie auf den
:ren Verlauf dieses Aufsatzes zu verweisen. Und zwar ist das
ls nicht unwichtig, weil dieses Vorurtheil der Religionskriege
der hauptsächlichsten Schranken ist, welche sich trennend
ten zwischen den Angehörigen der katholischen Kirche und
nigen Protestanten, die aus eigener Ueberzeugung fest-
n am positiven Christenthume. Und ähnlich wie auf dem
lichen, steht es auf dem politischen Gebiete. Auch auf
m errichtet das Vorurtheil der einstigen Religionskriege eine
dewand zwischen denen, die sonst leichter sich verständigen
en. Und zwar dieß um so mehr, weil dem künstlich er-
en und künstlich genährten Vorurtheile der Religions-
je von Anfang an bis heute und in Zukunft — ob
tlich, ob unwissentlich, ist für den Erfolg einerlei —
ine bestimmte Tendenz der Feindseligkeit zu Grunde liegt,
Feindseligkeit nämlich gegen das Haus und diejenige
)t, welche Deutschland bisher erhalten hat, welche allein
Stande ist es ferner zu erhalten, und so Gott will, auch
:r herzustellen — gegen Oesterreich.
Eben darum ist dieses Vorurtheil der Religionskriege
so werthvolle Waffe für die gesammte Partei der Spal-
und der Zersetzung, mag sie äußerlich in noch so ver-

Koch's [illegible] über Ferdinand III.

[illegible] ter Band.

I.

Die Histor.-polit. Blätter haben den ersten Band dieses bedeutenden Geschichtswerkes besprochen in Bd. 55, S. 157 ff. Der zweite Band desselben, der bis zum Abschlusse des westfälischen Friedens reicht, liegt vor*). Herr Koch hat außer den bekannten gedruckten Werken namentlich das k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archiv benutzt, und aus demselben die in Meierns großem Sammelwerke vorliegenden Aktenstücke wesentlich ergänzt. Dieß ist höchst dankenswerth. Denn wie überhaupt für den Aufbau einer wahren patriotischen Geschichtschreibung für Deutschland nach so manchen Seiten hin viele der wichtigsten Bausteine, namentlich die unmittelbaren Kundgebungen unserer Kaiser an die Personen ihres Vertrauens, noch vergraben in den Schachten des Archives der Wiener Hofburg ruhen: so gereicht es für die traurige Zeit, welche Hr. Koch sich zum Vorwurfe seiner Forschungen erwählt, zu einem Troste, zwei solche Männer, wie den Kaiser Ferdinand III. und den Grafen Trautmanstorf, aus ihren

---

*) M. Koch: Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung des Kaisers Ferdinand III. Zweiter Band. Wien 1866.

losigkeit dieses Vorurtheiles bloß zu legen, und nachzuweisen, daß diese Lüge zu demselben Zwecke ersonnen und verbreitet ward, zu welchem sie auch heute noch, wenigstens von den Wissenden, gehegt und gepflegt wird, nämlich zum Zwecke der Spaltung, der Entzweiung der Deutschen untereinander, vor allen Dingen zum Zwecke der Erregung von Haß gegen Oesterreich.

Es ist nicht zu verkennen, daß es Vielen schwer wird bei sich selber Herr über dieß Vorurtheil zu werden, welches seit langen Jahrzehnten fast die gesammte Literatur vergiftend durchzieht. Denn es scheint Manchem, daß die langen Leiden, welche damals das Mark des Volkes verzehrten, deßhalb leichter getragen seien, weil man sie trug für ideale Güter oder doch für das was subjektiv als ein solches Gut erschien. Allein in Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt. Eben der Mangel jeder lebenskräftigen Idee war es, welcher den Krieg — wenn anders jener Raubzustand diesen Namen verdient — so unendlich in die Länge zog. Nicht die Theilnahme der Menschen am Kriege machte ihn so schrecklich, sondern die Theilnahmlosigkeit, die Gleichgültigkeit, die nur dann und so lange aufhörte, wann und so lange man selber litt, mit einem Worte: der Partikularismus.

Der Krieg ist ein Aggressivkrieg gegen den Bestand von Deutschland, insbesondere gegen das Haus Habsburg, welches diesen Bestand schützend vertrat. Den Ursprung dieses Aggressivkrieges hat damals Niemand verkannt. Als Karl Ludwig, der Sohn Friedrichs V., dem Friedenscongresse unabläßig mit der Forderung seiner völligen Herstellung anlag, gaben die drei Collegien des Reiches, die Kurfürsten, die Fürsten, die Städte, ein gemeinsames Reichsgutachten mit folgenden Worten (Koch Bd. II S. 343): „Sintemal der unsägliche Krieg und das grausame Christenblut-Vergießen, und folglich der jetzt vor Augen stehende erbärmliche Zustand des H. Römischen Reiches, von weiland Herrn Pfalzgrafen Friedrich betrübten unzulässigen Aktionen seinen Ursprung

genommen, und bis Dato mit Seufzen und Wehklagen so vieler Millionen armer Leut und Unterthanen, in Ruinirung so vieler ansehnlicher Landschaften continuirt worden: so ist nicht zu bezweifeln, daß die H.H. Pfalzgrafen dieses alles (nämlich die Zurückgabe der Unterpfalz und die achte Kurwürde) für eine sonderbare kaiserliche Gnade erkennen, auf- und annehmen und sich damit contentiren werden." Die beiden Fremdmächte, Frankreich und Schweden, traten diesem Reichsgutachten bei.

Es ist von nicht geringer Wichtigkeit dieses Reichsgutachten hervorzuheben und zugleich auf die Consequenzen aufmerksam zu machen, die daraus mit Nothwendigkeit fließen. Denn es ist dadurch nicht bloß deutsch staatsrechtlich, sondern auch in Folge des Beitrittes der beiden Kronen völkerrechtlich anerkannt, daß der Krieg des Kaisers von Anfang an ein defensiver war, ein solcher also, zu welchem er nicht bloß berechtigt, sondern auch sich selber und seinen Unterthanen gegenüber verpflichtet war. Wenn aber gemäß diesem völkerrechtlichen Gutachten der Krieg in seinem Ursprunge eine ungerechte Offensive gegen den Kaiser war: so war er es auch in seiner Fortsetzung, und es machten sich mithin alle diejenigen, welche nachher die Sache Friedrichs zum Vorwande nahmen, des gleichen Attentates auf den Frieden der Völker schuldig. Wir bezweifeln, daß die Schweden in Münster und Osnabrück selbst diese Consequenz für das Verhalten ihres Königs gezogen haben; allein diese Unterlassung schwächt nicht die Wahrheit derselben.

Daß in unserer Zeit noch Jemand in einem geschichtlichen Werke, mit welchem er vor der wissenschaftlichen Kritik zu bestehen hofft, werde nun auch diese geübt von welcher Seite sie wolle, ein Wort zu Gunsten der Kriegsunternehmungen von Mansfeld*), von Christian dem Halberstädter u. s. w.

---

*) In Betreff des Mansfeld dürfte es nicht ohne Interesse seyn hier anzuführen, daß Graf Villermont, der Verfasser des Werkes

gegen den Kaiser auf sich nehmen wolle, dürfte zu bezweifeln seyn. Jegliche Detailforschung der neueren Zeit hat, wenn auch vielleicht anfangs mit günstigem Vorurtheile für sie unternommen, enden müssen mit der Bloßlegung eines Verhaltens, welches zur entschiedenen Verwerfung zwingt.

Mit dem dänischen Angriffskriege, dessen Zweck die Eroberung der norddeutschen Stifter ist, beginnt nachdrücklich die französische Einmischung. Christian IV. hat seinen Krieg unternommen für das Geld, welches ihm Frankreich, England, Holland zu diesem Zwecke zahlten, und für dasjenige, welches er von Norddeutschland erpreßte. Als jene Fremdmächte erkannten, daß Christian nicht die geeignete Persönlichkeit sei, durch welche man Deutschland zerrütten könne, hörten sie auf zu zahlen, und demgemäß hörte Christian IV. auf zu kriegen. Der Kaiser bewilligte ihm einen Frieden, wie der Däne ihn nicht hatte hoffen dürfen und um Deutschland wahrlich nicht verdient hatte.

Dann kam der Schwede. Sein nächster Zweck war Pommern zu erobern. Diese Ansicht ist nicht etwa nur ein Schluß, den wir ziehen aus dem wirklichen Verlauf der Dinge, sondern es sind die eigenen Worte des schwedischen Kanzlers Oxenstjerna vor dem schwedischen Reichsrathe im J. 1644, und zwar solche Worte, auf welche wir abermals und immer wieder aufs neue die kindlichen Schwärmer des Gustav-Adolfs-Vereines sowohl innerhalb als außerhalb Preußens aufmerksam machen, damit sie doch endlich einmal ablassen, ihren Verein, den wir an sich selber weit entfernt sind zu mißbilligen, durch den Zusatz dieses Namens in so undeutscher und unpatriotischer Weise zu verunzieren. „Pommern

---

„Tilly ou la guerre de trente ans“ (in deutscher Uebersetzung bei Hurter) seit Jahren an einer Biographie von Mansfeld arbeitet, für die er theils persönlich, theils durch seinen Sekretär die größeren Archive von Europa durchforscht hat. Der erste Band ist bereits seit einigen Monaten im Drucke.

genommen, und bis Dato mit Seufzen und Wehklagen so vieler Millionen armer Leut und Unterthanen, in Ruinirung so vieler ansehnlicher Landschaften continuirt worden: so ist nicht zu bezweifeln, daß die H.H. Pfalzgrafen dieses alles (nämlich die Zurückgabe der Unterpfalz und die achte Kurwürde) für eine sonderbare kaiserliche Gnade erkennen, auf- und annehmen und sich damit contentiren werden." Die beiden Fremdmächte, Frankreich und Schweden, traten diesem Reichsgutachten bei.

Es ist von nicht geringer Wichtigkeit dieses Reichsgutachten hervorzuheben und zugleich auf die Consequenzen aufmerksam zu machen, die daraus mit Nothwendigkeit fließen. Denn es ist dadurch nicht bloß deutsch staatsrechtlich, sondern auch in Folge des Beitrittes der beiden Kronen völkerrechtlich anerkannt, daß der Krieg des Kaisers von Anfang an ein defensiver war, ein solcher also, zu welchem er nicht bloß berechtigt, sondern auch sich selber und seinen Unterthanen gegenüber verpflichtet war. Wenn aber gemäß diesem völkerrechtlichen Gutachten der Krieg in seinem Ursprunge eine ungerechte Offensive gegen den Kaiser war: so war er es auch in seiner Fortsetzung, und es machten sich mithin alle diejenigen, welche nachher die Sache Friedrichs zum Vorwande nahmen, des gleichen Attentates auf den Frieden der Völker schuldig. Wir bezweifeln, daß die Schweden in Münster und Osnabrück selbst diese Consequenz für das Verhalten ihres Königs gezogen haben; allein diese Unterlassung schwächt nicht die Wahrheit derselben.

Daß in unserer Zeit noch Jemand in einem geschichtlichen Werke, mit welchem er vor der wissenschaftlichen Kritik zu bestehen hofft, werde nun auch diese geübt von welcher Seite sie wolle, ein Wort zu Gunsten der Kriegsunternehmungen von Mansfeld*), von Christian dem Halberstädter u. s. w.

*) In Betreff des Mansfeld dürfte es nicht ohne Interesse seyn hier anzuführen, daß Graf Villermont, der Verfasser des Werkes

gegen den Kaiser auf sich nehmen wolle, dürfte zu bezweifeln seyn. Jegliche Detailforschung der neueren Zeit hat, wenn auch vielleicht anfangs mit günstigem Vorurtheile für sie unternommen, enden müssen mit der Bloßlegung eines Verhaltens, welches zur entschiedenen Verwerfung zwingt.

Mit dem dänischen Angriffskriege, dessen Zweck die Eroberung der norddeutschen Stifter ist, beginnt nachdrücklich die französische Einmischung. Christian IV. hat seinen Krieg unternommen für das Geld, welches ihm Frankreich, England, Holland zu diesem Zwecke zahlten, und für dasjenige, welches er von Norddeutschland erpreßte. Als jene Fremdmächte erkannten, daß Christian nicht die geeignete Persönlichkeit sei, durch welche man Deutschland zerrütten könne, hörten sie auf zu zahlen, und demgemäß hörte Christian IV. auf zu kriegen. Der Kaiser bewilligte ihm einen Frieden, wie der Däne ihn nicht hatte hoffen dürfen und um Deutschland wahrlich nicht verdient hatte.

Dann kam der Schwede. Sein nächster Zweck war Pommern zu erobern. Diese Ansicht ist nicht etwa nur ein Schluß, den wir ziehen aus dem wirklichen Verlauf der Dinge, sondern es sind die eigenen Worte des schwedischen Kanzlers Oxenstjerna vor dem schwedischen Reichsrathe im J. 1644, und zwar solche Worte, auf welche wir abermals und immer wieder aufs neue die kindlichen Schwärmer des Gustav-Adolfs-Vereines sowohl innerhalb als außerhalb Preußens aufmerksam machen, damit sie doch endlich einmal ablassen, ihren Verein, den wir an sich selber weit entfernt sind zu mißbilligen, durch den Zusatz dieses Namens in so undeutscher und unpatriotischer Weise zu verunzieren. „Pommern

---

„Tilly ou la guerre de trente ans" (in deutscher Uebersetzung bei Hurter) seit Jahren an einer Biographie von Mansfeld arbeitet, für die er theils persönlich, theils durch seinen Sekretär die größeren Archive von Europa durchforscht hat. Der erste Band ist bereits seit einigen Monaten im Drucke.

und die Seeküste", also lauten die Worte des Kanzlers Oxenstjerna bei Geijer, Geschichte von Schweden (Band III, S. 165), „Pommern und die Seeküste sind gleich einem Bastion für die Krone Schweden: darin besteht unsere Sicherheit gegen den Kaiser. Das war die vornehmste Ursache, welche die selige Majestät in die Waffen brachte."

Nun hat aber diese schwedische Majestät ihre Hand bekanntlich später noch etwas weiter ausgestreckt, nicht bloß nach deutschen Städten und deutschen Ländern, sondern auch nach deutschen Bibliotheken und Kunstschätzen aller Art, und hat fürsorglicher Weise alles dieß, was nicht niet- und nagelfest war, nicht in das zu seiner Zeit noch etwas unsichere Pommern bringen lassen, sondern in sichere Verwahrung nach Stockholm. Dort ist bis auf den heutigen Tag noch genug ehemalig deutsches Eigenthum vorhanden, das in Betreff der uneigennützigen Glaubensretterschaft jenes Königs von Schweden ein stumm beredtes Zeugniß ablegen kann. Aber seine Gedanken schweiften weit hinaus über dasjenige was er bereits hatte oder haben konnte. Während er an jedem deutschen Orte, wo er einzog, sofort dem armen thörichten Volke in den Kirchen zu singen gebot:

> Erhalt uns Herr bei Deinem Wort,
> Und steur des Papsts und Türken Mord!

versprach sein Gesandter in Constantinopel, Paul Straßberger, dem Sultan die Aufrechthaltung der Capitulationen Ungarns mit der Türkei, wenn der König von Schweden die Krone Ungarns auf sein Haupt setzen würde, und begehrte, daß er eine Großbotschaft senden dürfe.*) Es war im Jahre 1632, in denselben Tagen vielleicht als der Glaubensretter durch seinen Tod bei Lützen die Menschheit von sich erlösete.

---

*) Hammer: Geschichte der Osmanen. Zweite A. Band III. S. 129.

Man wolle uns nicht mißverstehen. Daß an intellektueller Befähigung dieser Schwedenkönig seinen Gegnern weit überlegen war, ist nicht dem leisesten Zweifel unterworfen. Allein andererseits legen wir seinen Bewunderern abermals und immer wieder die Forderung ans Herz, auch seine moralische Qualifikation zu prüfen und namentlich sich selber die Frage zu beantworten, was aus ihnen selber, was aus der ganzen menschlichen Cultur und Gesittung werden müßte, wenn nicht Gott in seiner Langmuth doch nur selten solche Geißeln der Völker auf die Erde niedersendete.

Der Schwedenkönig nun hat seinen Krieg, als dessen erstes Ziel ihm nur der Erwerb von Pommern vorschwebte, dessen weitere Ziele er bemaß nach seinen Erfolgen, wenn er überhaupt lebend jemals zu kriegen aufgehört hätte — diesen Krieg hat er begonnen in der sicheren Hoffnung auf das Geld, welches ihm der französische Cardinal Richelieu zum Zwecke der deutschen Zerrüttung darbieten würde. Der Cardinal hat ihn nicht lange warten lassen, und hat dann später Sorge getragen, daß der Söldlingsvertrag alle drei Jahre rechtzeitig erneuert wurde, damit es den Schweden nicht in den Sinn komme, den Krieg eher aufzugeben, als es dem Willen des Cardinals entsprach. Deßhalb ist es unbillig, das Werkzeug mehr zu loben als den Urheber. Wer seine Freude hat an Gustav Adolf, an Bernhard von Weimar, an Baner und Torstenson, der sollte über sie desjenigen Mannes nicht vergessen, der sie in den Stand gesetzt hat, mit dem Schwerte und der Brandfackel als die Würgengel des Todes und der Vernichtung durch die deutschen Länder zu schreiten. Dem Cardinale Richelieu in erster Linie gebührt der Dank für das was jene gethan. Diesen Dank hat von allen Baumeistern am Werke der kleindeutschen Geschichtsschreibung bis jetzt erst ein einziger dem Cardinale Richelieu dargebracht. Es ist der König Friedrich II. selbst. „Der Cardinal", sagt der Historiograph Friedrich (in seinen Oeuvres XXVI. p. 484), „war stolz und rachsüchtig. Er handelte wie Tiger

und Wölfe thun. Ich versage ihm in allen seinen Bosheiten den Anspruch auf Größe. Ich erkenne ihm den Titel eines erleuchteten Ministers nur dafür an, daß er sich mit Schweden verband, um in Deutschland den österreichischen Despotismus nieder zu schlagen."

Durch den Tod dieses Cardinales und den nachfolgenden des Königs Ludwig XIII. ging für den Kaiser Ferdinand III., dessen Streben, wie jede seiner unmittelbaren Kundgebungen bezeugt, nur auf die Herstellung des Friedens gerichtet war, die Hoffnung auf, daß nun mit dem Aufhören der Zahlungen auch das schwedische Söldnerthum ein Ende nehmen werde. Der Schwede Salvius bot schon seine Dienste zum Frieden an, wenn der Kaiser ihm eine Herrschaft in Schlesien schenken wollte. Der Kaiser sagte zu, wenn Salvius binnen sechs Monaten einen Frieden zu Stande bringe auf Bedingungen, „die uns, dem R. Reiche und unserem Erbhause reputirlich sind." (Vgl. Koch S. 4.) Salvius konnte sein Angebot nicht erfüllen, weil der Cardinal Mazarin in die Fußstapfen seines Vorgängers Richelieu trat.

Diesen beiden Prälaten der katholischen Kirche verdanken wir in erster Linie die Greuel des Krieges, wenigstens von 1625 an, in zweiter Linie den Werkzeugen, welche sie bezahlten, in dritter Linie: der Feigheit und Mattherzigkeit, dem Partikularismus der Deutschen selbst. Richtiger vielleicht wäre es, die dritte Linie als die erste hinzustellen.

Wir legen nicht so sehr Gewicht auf denjenigen Partikularismus, der selbst offensiv auftrat. In dem letzten Jahrzehent des Krieges, nachdem in Bernhard von Weimar auch der letzte länderlose, fürstliche Abenteurer hinweggefallen war, blieb nur noch die landgräfliche Wittwe von Hessen-Cassel in den Waffen gegen Jeden der etwas zu geben hatte. Immerhin hielt sie auf ihr calvinisches Bekenntniß, beanspruchte für dasselbe das Reformationsrecht und gestattete kraft dessen den lutherischen Adeligen ihres Landes nicht den Privatgottesdienst auf den eigenen Schlössern. Allein dem Gelde sah

man nicht den Ursprung an, und Amalia Elisabeth brandschatzte daher ohne sehr merklichen Unterschied katholische, lutherische, reformirte Gegenden, die ihr nicht gehörten, unter den letzteren das unglückliche Ostfriesland fünfzehn Jahre hindurch ohne Unterbrechung.

Es ist gewiß, daß diese Truppen der hessischen Landgräfin bei Allerheim entscheidend gewirkt haben. Im Mai 1645 hatte der wackere Mercy die Franzosen unter Turenne bei Mergentheim völlig geschlagen. Schon schrieb der Kurfürst Maximilian freudig dem Kaiser: noch zwei solcher Siege und der Friede sei sicher. Aber Turenne verstärkte sich mit schwedischen Truppen unter Königsmark, und mit denen der Landgräfin. So traf er am 3. August abermals mit Mercy bei Allerheim zusammen. Der wackere Mercy fiel gleich zu Anfang. Dennoch waren die Franzosen fast überwältigt, ihre Regimenter weigerten sich noch wieder anzugreifen; da ließ Enghien die ehemaligen Weimarer und die Hessen vorrücken. Sie entschieden den Sieg zu Gunsten der Franzosen. Auch selbst abgesehen davon wäre es unrecht zu verneinen, daß diese Landgräfin durch ihren Söldnerdienst für Frankreich und Schweden zum Zwecke der Zerrüttung von Deutschland eine der bösesten Geißeln unseres Vaterlandes gewesen ist, und zwar aus reiner Habgier; denn ihre ausschweifenden Forderungen, die sie gestellt hatte in der Hoffnung der Nichtbewilligung, mit eingeschlossen das landesherrliche Reformationsrecht für ihren Calvinismus, hatte der Kaiser ihr bereits 1639 völlig gewährt. Aber sie stand sich besser beim Kriegführen als beim Frieden, und darum kriegte sie fort.

Allein schlagen wir immerhin die unselige Thätigkeit dieser Frau auch noch so hoch an: so war dieselbe ebenso wie die früheren Räuberzüge des Mansfeld, des Christian und Anderer doch nur möglich in einem Zeitalter, dem es an aller Kraft und Entschiedenheit, an aller Gemeinsamkeit des Handelns gänzlich gebrach, wo Jeder nur dem Interesse

seines eng umschränkten Partikularismus lebte, unbekümmert um den Freund, um den Nachbar, unbekümmert vor allen um Den, der allein um das Ganze sich kümmerte, dessen Auge allein das Ganze umspannte, der fast allein mit Wenigen rastlos sich mühete dem Reiche den Frieden wieder zu verschaffen, um den Kaiser.

Das Bestreben, diesen Partikularismus aus confessionellen Antipathien zu erklären, wird lächerlich, sobald man die Confessionen der drei verbündeten Angreifer nur nennt: den Katholicismus der Franzosen, das Lutherthum der Schweden, den Calvinismus der Landgräfin. Ebenso waren auf der andern Seite die drei Confessionen vertreten: der Kaiser und der Kurfürst von Bayern katholisch, der Kurfürst von Sachsen lutherisch, der Kurfürst von Brandenburg reformirt. Denn wenigstens Georg Wilhelm hat nach dem Prager Frieden seine Pflicht für das deutsche Gemeinwohl nicht verkannt, wenn auch sein Nachfolger Friedrich Wilhelm sofort wieder die Bahn des Partikularismus betrat, und neutral blieb, um abzuwarten, ob ihm nicht mühelos etwas zufallen würde.

Denn der Kern dieses Partikularismus ist das Bestreben, selber ungefährdet mit durchzuschlüpfen auf Kosten Anderer. Es ist bekanntlich nur einem Einzigen völlig gelungen, dem umsichtigen und gewandten Grafen Anton Günther von Oldenburg. Bis auf die Einquartirung Tilly'scher Truppen in den Jahren 1627 bis 1630, deren feste Disciplin und Ordnung der Biograph Anton Günthers, der Chronist Winckelmann, im vollsten Maße anerkennt, blieb Oldenburg unberührt. Und zwar ist der Jubel selbst, den jener Freund Anton Günthers darüber erhebt, durchaus charakteristisch, nicht bloß für den Einen, sondern für Alle. „Wir saßen, sagt Winckelmann, wie eine Rose unter den Dornen, wie ein Apfelbaum unter den wilden Bäumen.“ Die Freude des guten Mannes über das in den damaligen Zeiten beneidenswerthe Loos war sehr natürlich; aber besser berechtigt würde sie seyn, wenn er hätte hinzufügen können, daß sein Ländchen

dabei der gemeinsamen Pflicht zur Abwehr des gemeinsamen Feindes in vollem Maße genügt hätte.

Denn darin ja eben steckt der ungeheure Fehler, an welchem wir Deutsche kranken seit vielen Jahrhunderten: der Mangel des thatkräftigen Gemeinsinnes. Der Krieg war ein Reichskrieg gegen die Angreifer desselben. Der Kaiser verlangte auf dem Deputationstage zu Frankfurt im Jahre 1644 eine Reichshülfe von 100 Römermonaten. Nur das Kurfürsten-Collegium sprach sich dafür aus; im Fürsten-Collegium und demjenigen der Städte waren viele Stimmen dagegen, und zwar, wie es ausdrücklich zu bemerken nicht unwichtig ist, ohne Unterschied der Religion (vgl. Koch S. 14). Die Stadt Köln war geradezu ein französisches Bündniß eingegangen, und mußte sich von Servien anreden lassen, daß sein König „mit erhabenem Gemüthe und erfüllt von den edelsten Wünschen für Deutschlands Freiheit bemüht sei, den allgemeinen Frieden herzustellen", den ja in Wahrheit niemand mit solcher Hinterlist und Tücke verzögerte, als eben dieses Frankreich, um für sich das Elsaß herauszudrücken.

Der Vorwurf als ob Köln darum hätte französisch werden wollen, würde zu weit getrieben seyn. Das corporative Leben dieser Städte ward ungleich besser und sicherer unter dem Reiche gewahrt. Aber das Bündniß mit Frankreich, dieser Verrath am Vaterlande, war ein sicheres Mittel, um verschont zu bleiben von jeglicher Leistung für die gemeinsame Pflicht.

Denn, in der That, es ist sehr unrecht, nur etwa den Fürstenhäusern damaliger Zeit den Vorwurf des Partikularismus machen zu wollen. Nicht die Fürsten allein haben unsere Geschichte gemacht, und nicht darf ein Theil der Nation dem anderen allein die Schuld beimessen, daß es so um uns steht wie es jetzt ist. Wir alle Deutsche insgesammt haben als Nation unsere gemeinsame Geschichte, die nicht gemacht ist durch einen Faktor allein oder durch einige, sondern durch das Zusammenwirken, sei es aktiv sei es passiv,

aller Faktoren, eines jeden Lebensstandes in seiner Stellung und Befähigung zum Handeln und Mitwirken, oder Unterlassen und Leiden. Wie jeder Einzelne seinen National-Charakter, der Regel nach unaustilglich, in und an sich trägt: so ist auch der Gesammtzustand der Nation, wie er ist, ein Ergebniß der langen Kette der vorangegangenen Faktoren, und zwar der Faktoren aller Classen, aller Lebensstände. Beklagt es der Adel, beklagen es die deutschen Städte, daß der dreißigjährige Krieg ihre corporative Kraft gebrochen: wohl, so erwidern wir ihnen, daß der Adel, daß die Städte von damals es verschuldet haben. Das Wort, welches der alte Tilly unablässig mahnend dem deutschen Adel vorhielt: daß die wahre Waffenehre für einen Deutschen von Adel gekettet sei an seines Kaisers Fahnen, hat man nicht hören, nicht verstehen wollen. Hunderte von Angehörigen des deutschen Adels haben ihren Degen dem Schweden dargeboten, der sie persönlich dafür behandelte, wie sie verdienten. Die Consequenz dessen, was der Schwedenkönig unternommen, war der absolute Militär-Despotismus zum Zwecke endloser Eroberung. Dieß Streben war naturgemäß feindselig gegen jede corporative Freiheit und Selbstständigkeit, welche ihm hindernd im Wege stand. Diejenigen Angehörigen des deutschen Adels welche die Waffen für den Eindringling ergriffen, handelten nicht bloß gegen das Gebot der wahren Ehre, welches sie zu den Fahnen ihres Kaisers rief: sie kämpften wider das Interesse ihres eigenen Standes.

Kaum anders ist es mit den deutschen Städten. Sie waren in sich selbstständig und frei unter Kaiser und Reich. Sie hätten auch gern diese Freiheit und Selbstständigkeit sich erhalten. Allein ihrem Kaiser, der darin sie zu schützen suchte, gewährten sie zu diesem Zwecke freiwillig nicht einen Pfennig; dem Schweden, der nichts bestehen ließ als was ihm gehorchte, leisteten sie aus Furcht vor seinen Drohungen Alles was er verlangte, und verhüllten dann die Feigheit mit der Predigt vom schwedischen Evangelium. Daß der

Rückschlag, wenn auch nicht sogleich, wenn auch erst nach Jahrzehnten, über diese Städte kam, daß auch der noch gebliebene Schein der Freiheit und Selbstständigkeit wich vor der rauhen, harten Wirklichkeit: wer trug daran die Schuld?

Wir können noch tiefer hinabsteigen. Heben wir zunächst und vor allen Dingen hervor, daß die Heere jener Zeit nur aus Geworbenen bestanden. Die 10 — 15,000 Mann, welche die Landgräfin von Hessen beständig unter Waffen hielt, waren nur zum geringen Theile geborne Hessen. Aber sie waren Deutsche. Die Weimarer, welche direkt von Frankreich ihren Sold erhielten, waren Deutsche. Das schwedische Heer bestand bei seiner Auflösung nur zum Drittheile aus National-Schweden. Es steckte unter ihnen auch mancher Auswurf anderer Nationen; aber fast zwei Drittel waren Deutsche, die von den Fremden auf deutsche Kosten geworben waren, um ihr eigenes Vaterland zu zertreten.

Haben wir Deutsche ein Recht die Franzosen und die Schweden mehr als unsere eigenen Vorfahren darüber anzuklagen, daß an tausenden von Stellen unseres deutschen Vaterlandes nur Asche und Schutt noch übrig waren, um die Stellen zu bezeichnen, wo einst fleißige Menschen wohnten? Im Gegentheile möchten wir sagen, daß in jedem Jahre und bei jeder Wendung jenes Krieges es nur bei unseren Vorfahren stand, sich der fremden Eindringlinge sofort zu erwehren, sie rasch hinaus zu werfen, und sicherlich ohne Verlust des Elsaß, Pommerns und der Bremischen Herzogthümer, wenn nicht die Verblendung des Partikularismus ihnen die Erkenntniß der einen gemeinsamen Pflicht verdunkelt hätte, der Pflicht zu dem einen zu stehen, der allein für sie alle eintrat: zu ihrem Kaiser.

Und man wolle doch ja nicht sagen, daß die Fürsten, wenn etwa einmal der Patriotismus thatkräftig erwacht wäre, demselben ein Hinderniß bereitet hätten. Wohl aber ist es mehr als einmal vorgekommen, daß der Partikularismus der Völker dem Patriotismus ihrer Fürsten hemmend im Wege

stand. So ist es geschehen bei den damals ersten Häuptern nach dem Kaiser in Deutschland, bei den Kurfürsten von Sachsen und von Bayern. Johann Georg von Sachsen war nach der kurzen, leider allerdings sehr folgenreichen Verirrung von 1631 bis 1635, seit dem Prager Frieden, wieder der getreue Patriot, aufrichtig und warm dem Kaiserhause ergeben, an dessen Gerechtigkeit er fortan nicht mehr zweifelte. In der Gesinnung ihm nahe stand Maximilian von Bayern, wenn auch allerdings nicht zu verkennen ist, daß Maximilian mehr als einmal sein Partikular-Interesse höher stellte als die gemeinsame Pflicht für Kaiser und Reich.

Sehen wir zuerst Johann Georg von Sachsen. Der Schwede Torstenson siegte am 6. März 1645 bei Jankau in Böhmen über den kaiserlichen General Hatzfeld, der auch die kursächsischen Regimenter bei sich hatte. Dann suchte Torstenson den Kurfürsten vom Kaiser abzulösen. Er bot ihm die Neutralität an. Er verwies auf das Beispiel Brandenburgs, das „in guter Ruhe" sei (Koch S. 35). Das Beispiel wirkte nicht. Johann Georg erwiderte dem fragenden Kaiser: der Kaiser könne der Beständigkeit seiner Treue versichert seyn. Aber Torstenson war ein Schüler Gustav Adolfs. Er kannte genau das Mittel, durch welches dieser auf deutschem Boden jeglichen Widerstand zu brechen pflegte. Er schickte über das unglückliche Sachsen den Königsmark und den Axel Lilje. Der Befehl für dieselben lautete (Koch S. 74): „Weil der Kurfürst von Sachsen bei seiner verstockten Intention beharrt und auf keine Traktate eingehen will: so soll Lilje eine so große Kriegssteuer erheben, daß den Unterthanen für Leistungen an ihren Landesherrn kein Heller in der Tasche bleibt. Geht die Steuer nicht ein, so soll er allenthalben, besonders aber an beiden Seiten der Elbe und nächst um Dresden, alles niederbrennen und verwüsten, daß sich kein Mensch in dieser Gegend länger aufhalten könne."

Die Mordbrenner eilten heran. Einem Geschlechte, das nur noch einigen Muth und einige Kraft besaß, hätte gegen

die verhältnißmäßig doch nur kleinen Rotten — denn das Hauptheer selbst unter Torstenson in Böhmen und Mähren zählte nur 18,000 Mann — ein solcher Brandbefehl die Waffen zum Kampfe der Verzweiflung in die Hand gedrückt. Nicht den Sachsen von damals. Sie waren wie die Heerde Schafe, in die der Wolf einbricht. Sie überließen es Gott und dem Kaiser, ob sie jemals wieder von diesen grausamen Peinigern erlöst würden, und flehten und drängten ihren Kurfürsten alles zu gewähren, was er aus sich nicht wollte.

Aehnlich benahmen sich die Franken. Die Stände von Franken faßten in einer Kreisversammlung geradezu den Beschluß, sich am kaiserlichen Reichskriege nicht mehr zu betheiligen (Koch S. 82). Die Bischöfe von Bamberg und Würzburg erkauften sich durch eine Contribution von je 5000 Thlr. monatlich bei den Schweden die Hoffnung nicht geplündert zu werden.

Man hat Maximilian von Bayern wegen seiner kurzen Neutralität im J. 1647 oft getadelt. Wir entschuldigen sie nicht. Wenn Maximilian auch nicht mit Friedrich Wilhelm von Brandenburg auf eine Linie gestellt werden darf, zumal deßhalb nicht weil Maximilian sehr bald zu seiner Pflicht zurückkehrte: so war doch seine Handlungsweise ebenso wenig ehrenhaft, wie auch nur politisch klug. Das letztere hat er selbst bewiesen durch seine rasche Umkehr. Aber daß er auch nur jemals auf kurze Zeit von der rechten Bahn abirren konnte, daran trugen einen großen Theil der Schuld die Bayern selbst, der engherzige Partikularismus, der wohlfeiler abzukommen wähnte, wenn er sich vom Kaiser trenne. Zur selben Zeit als die Schweden durch Mord und Brand in Kursachsen den erfolgreichen Druck dort ausübten, im August 1645, berichtet der Graf Kurtz an den Kaiser (Koch S. 84): „Das Schlimmste ist, daß die bayerischen Befehlshaber selbst der Meinung sind, die Trennung von Oesterreich sei für Bayern das einzige Rettungsmittel. Diese Ansicht theilen auch die Minister, denen sie bisweilen, wenn ihnen das Herz davon

anschwillt, über den Mund lauft. Bei den Landständen und selbst bei dem gemeinen Manne hat diese Maxime ebenfalls Eingang gefunden und durchgegriffen. Alle erkennen den Kurfürsten für einen hochvernünftigen Mann und können eben deßhalb nicht begreifen, warum er einen Vergleich mit Frankreich beständig ausschlägt. Sie schreiben es der Gegenwirkung der Kurfürstin zu. Wie der Kurfürst und die Kurfürstin mir sagten, wären Ew. Maj. auch bereits davon unterrichtet, daß die Landstände die Gefahr des Landes vorgestellt und die Wege und Mittel ihrer Beseitigung angegeben haben. Uebrigens haben Ew. Maj. sich nach meinem Ermessen eines Partikular-Accordes von Bayern mit Frankreich so lange nicht zu versehen, als die beiden Heere vereinigt bleiben, oder Ew. Maj. im Stande ist den Kurfürsten zu unterstützen.“ Es vergingen in der That noch zwei Jahre, bis Maximilian nachgab. Denn allerdings muß hinzugesetzt werden, daß dieser Bericht sehr dunkel gehalten und ungünstiger für die Bayern ist als sie es verdienen. Denn als schon Maximilian sich der unglücklichen Entscheidung zuneigte, übersandte ihm einer seiner Gesandten aus Münster einen Bericht (Koch S. 274), der im Vollgefühle des warmen Patriotismus abräth. Mithin dachten nicht alle Minister Maximilians so, wie jene Darlegung des Grafen Kurtz sie zeichnet. Daß die Generale gut kaiserlich und deutsch gesinnt waren, haben nachher Johann von Werth und Spork bewiesen, obwohl nicht zu vergessen ist, daß sie kaiserliche und bayerische Offiziere zugleich waren. Es kommt indessen nicht auf das Mehr oder Minder an, sondern auf die Hauptsache. Und in dieser hatte der Graf Kurtz sicherlich nicht Unrecht.

Was war damals noch übrig von der Gesammtheit Deutschland? Es war noch dort im äußersten Südosten, im Heerlager des Kaisers. Ohne dieß, und vor allem ohne den Kaiser selbst, der in einer der besten Eigenschaften seines Geschlechtes, der Ausdauer im Unglück, den Edelsten desselben ebenbürtig war — ohne dieses war Deutschland ein Ob-

jekt der Theilung für Schweden und Frankreich. Und damals, im J. 1645 schien es aus zu seyn. Von Nordwesten her zog Torstenson gegen Wien heran, voll des Siegesgefühles von dem Treffen von Jankau. Von Osten nahte für französisches Geld Rakoczy, um sich mit jenem zu verbinden. Noch am 12. April 1645 schloß Frankreich mit Rakoczy einen Vertrag, kraft dessen dieser sich verpflichtete, für 75,000 Thlr. den Krieg bis zu einem allgemeinen Frieden zu führen (Koch S. 56). Wenn damals Rakoczy und Torstenson vereint auf Wien sich stürzten, so war es nach menschlicher Anschauung um die Stadt geschehen, eben dann aber auch um die Macht Oesterreich und das Kaiserhaus, um Deutschland selbst; denn nur durch Oesterreich und das Kaiserhaus ward und wird ja Deutschland gehalten, daß es noch besteht.

Indessen Torstenson eilte nicht. Herr Koch ist der Ansicht, daß wenn Torstenson gleich nach der Schlacht bei Jankau am 6. März direkt auf Wien marschirt wäre, diese Stadt ihm nicht hätte widerstehen können; statt dessen habe Torstenson sich zu lange mit der Bezwingung kleiner Plätze in Mähren aufgehalten. Allein es dürfte für das Verhalten des Torstenson auch die Beschaffenheit seines Heeres ins Gewicht fallen. Es waren Söldner, die nicht bloß Krieg führen, sondern auch etwas dafür haben wollten. Nicolsburg z. B., das Schloß des Fürsten Dietrichstein, mochte immerhin strategisch ein unbedeutender Punkt seyn; allein es enthielt sehr viel Silbergeschirr, dessen Mitnahme das Abbiegen vom geraden Wege und den Aufenthalt zu verlohnen schien.

In Oesterreich selbst aber entwickelt sich in solchen trüben Tagen der Gemeinsinn und die Opferwilligkeit für das Ganze. Auch andere deutsche Länder haben je zu Zeiten, nicht damals, eine Opferwilligkeit bewiesen, die unsere volle Anerkennung verdient: keines von allen so oft wie Oesterreich, und selbst mehr als einmal in jenem unglücklichen Kriege. Die feige Nachgiebigkeit, die auf Kosten Anderer

durchschlüpfen möchte, kam dort nicht auf. Man sah, daß man dort gezwungen sei den Kampf aufzunehmen, und die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit rief den allgemeinen Pflichteifer hervor.

Der Kaiser seinerseits that was möglich war, um den Franzosen jeglichen Vorwand zu nehmen. Bis dahin bewahrte er den gefangenen Erzbischof von Trier, der für Frankreich gegen sein Vaterland und seinen Kaiser dieselbe Rolle des Verrathes spielte, wie das Geschlecht der Landgrafen von Hessen-Cassel. Frankreich hatte gefordert, daß die Freilassung dieses Erzbischofes die erste Bedingung des Friedens sei. Christoph Philipp schwor dem Kaiser einen neuen Eid der Treue, und Ferdinand III. entließ ihn am 1. April, noch dazu reich beschenkt. Der Zweck der Geschenke scheint gewesen zu seyn, ihm einen neuen Eidbruch schwerer zu machen. Solche Dinge indessen hinderten diesen Mann nicht, die gewohnte Bahn des Meineides wieder zu betreten. Er knüpfte sofort mit Turenne an.

Unterdessen setzte Wien sich in Vertheidigungsstand. Aber nicht dieser Stadt galt der nächste Angriff Torstensons. Er gedachte zuerst Brünn mitzunehmen, und zog vor diese Stadt im Anfange Mai 1645. Dort stieß ein Theil der Truppen Rakoczy's zu ihm.

Und dann entbrannte ein Kampf, der, man darf es aussprechen, des höchsten Ruhmes für Oesterreich und für Deutschland würdig ist, ein leuchtender Stern in der dunkeln Nacht der Feigheit jener Zeit.

Die Stadt Brünn ward vertheidigt durch 1050 Bürger und 374 Soldaten, unter der Leitung von Desouches. Unter den 374 Soldaten werden 40 Kroaten mit besonderem Ruhme genannt. Einen Monat nach dem andern lag der Schwede Torstenson mit seiner ganzen Macht, verstärkt durch die Truppen Rakoczy's, vor den Mauern von Brünn. Er bombardirte; er stürmte. Die 1400 Bürger und Soldaten schlu-

gen ihn zurück. So dauerte es über drei Monate. Dann wandten sich die Dinge.

Es ist eine sehr merkwürdige, ja wir dürfen sagen, nach menschlichem Auge providentielle Erscheinung, daß die Türken, ungeachtet der unablässigen Versuche der Aufreizung von dem Pfälzer Friedrich V. und den böhmischen Landherren vom Jahre 1618 an bis zu Torstenson hinab, während des dreißigjährigen Krieges sich gegen Deutschland nicht geregt haben. Eben im Jahre 1645 hatte Frankreich sie wieder zu stacheln gesucht. Der Kaiser Ferdinand III. that es den Reichsständen kund; aber diese Kunde klang ihnen aus weiter Ferne, aus einer anderen Welt. Denn sie wußten ja, daß zwischen den Türken und ihnen noch Oesterreich liege, noch der Kaiser wohne, und daß es der Brauch des Kaisers und Oesterreichs war, für sie alle einzustehen. Indessen war auch alle Besorgniß ungegründet. Denn der Sultan gab nicht bloß dem Andringen der Franzosen im Jahre 1645 eben so wenig nach wie früher demjenigen Gustav Adolfs oder anderer Gleichgesinnten; er gebot vielmehr dem Rakoczy abzulassen vom Kriege gegen den Kaiser. Er gebot ihm die Umkehr. Er wiederholte den Befehl. Zum dritten Male erhielt Rakoczy die Nachricht, daß bereits ein türkisches Corps an der Grenze Siebenbürgens stehe, um dem Befehle Nachdruck zu geben. Da erst fügte er sich, schloß seinen Frieden mit dem Kaiser, und rief seine Truppen von Brünn ab. Es war im Anfange August.

Und nun erst stieg für die wackeren Vertheidiger von Brünn leuchtend die Hoffnung der völligen Rettung empor. Noch einmal stürmte Torstenson. Es war vergeblich. Er hatte drei und einen halben Monat vor Brünn gelegen. Am 15. Aug. 1645 zog er ab. Vorher vollbrachte er eine That, die allerdings weniger mühsam und doch in gewisser Beziehung leuchtender war als eine Eroberung von Brünn. Zur Sühne seines Zornes opferte er 30 Ortschaften um Brünn dem Feuer.

Wir haben der Waffenthat von Brünn in jener trüben

Zeit nur eine einzige gleiche Leistung an die Seite zu stellen. Es ist drei Jahre später die Vertheidigung der Stadt Prag, wiederum gegen die Schweden, oder was man wenigstens so nannte, weil es im Dienste der Krone Schweden stand. Beide Städte haben damals sich um Deutschland hoch verdient gemacht.

Erwägen aber wir Spätere, was damals in Brünn 1400 Bürger und Soldaten gegen das gesammte Schwedenheer geleistet, so werden wir abermals gedrängt zu der Betrachtung: wie leicht, wie schnell unsere Vorfahren dieser schwedischen und französischen Dränger und Brenner hätten ledig werden können, wenn sie nur einmal allesammt rechtschaffen gewollt hätten.

Torstenson gab darum seinen Plan auf Wien und auf die Eroberung Oesterreichs nicht auf. Er suchte festen Fuß zu fassen. Er meldete heim: „Korneuburg habe ich befestigt und mit allem Nöthigen und beinahe mit hundert Geschützen versehen. Bär geht mit Krems im gleichen Werke." (Koch S. 61.) Er rückte bis vor Wien. Aber seine eigene Zuversicht war dennoch gebrochen. „Er geht um", sagt ein Bericht aus seinem Lager (Koch S. 76), „wie ein Schatten an der Wand, und es leidet ob diesem Unglück" (nämlich dem schmählichen Abzuge vor den Bürgern von Brünn) „sein Kopf mehr als seine Füße in den größten Schmerzen des Podagra. Seine bisher gebrauchte Höflichkeit und Discretion ist in eine solche Ungeduld und Furie verwandelt, daß ich sie nicht beschreiben kann. Wir wissen aber nicht, ob er mehr außer sich ist wegen des Verlustes seiner Reputation, oder weil er sich die Ungnade der Krone zugezogen hat."

Was auch Torstenson nachher noch unternahm: es schlug alles fehl. Am 8. Oktober 1645 brach er von Oesterreich auf nach Böhmen. In Stockholm erhob der französische Gesandte gemäß dem Auftrage Mazarins schwere Klage (Koch S. 62). Torstenson, sagte er, habe bei dem Feldzuge des Jahres 1645 die Interessen der Verbündeten sehr wenig vertreten. Er sei seinem eigenen Kopfe gefolgt, habe den

ganzen Sommer nutzlos vor Brünn gelegen, und die Armee hingeopfert, ohne einen nennenswerthen Vortheil zu erlangen. Die französische Regierung forderе deßhalb, daß ihm der Oberbefehl genommen werde.

Die günstige Gelegenheit zur Vernichtung des Hauses Habsburg, oder zum Hinausdrängen desselben aus Deutschland, um dieses reif zu machen zum Theilungsobjekte für Frankreich und Schweden, war dahin und kam in solcher Art nicht wieder. Das Streben ist bekanntlich geblieben, und taucht unter wechselnden Formen immer wieder auf, mag es nun ausgesprochen werden von Frankreich her, oder von den moralischen Nachfolgern und Erben des damaligen Schwedenthumes in Deutschland selbst.

Indessen war auch so der Vortheil der Franzosen und Schweden über den Kaiser, dem nach der in Deutschland herkömmlichen Weise die Nation in dem Kampfe, den er für sie führte, nicht zur Seite stand, noch immer groß genug. Jahre hindurch hatten sie alle Friedenserbietungen des Kaisers hinausgeschoben und vereitelt, um mehr und immer mehr zu verlangen. Was sie wollten, trat erst am 2. Dezbr. 1645 zu Münster klar hervor. Frankreich, sagten dort die Gesandten d'Avaux und Servien, könne nimmermehr Geld und Blut in so großer Menge ohne Vergütung aufgewendet haben. Es begehre das Elsaß und den Breisgau sammt der Festung Breisach.

Daß sie dieß fordern würden, wußte der Kaiser seit dem 6. Mai 1645. Er hatte es erfahren durch den Kurfürsten Maximilian von Bayern, und dieser durch den Jesuiten Vervaux aus dem Munde Mazarins. Die Worte des Kurfürsten sind charakteristisch für die Stellung, welche er dazu einnimmt. Er sagt (Koch S. 50): „Ich habe es für meine Schuldigkeit erachtet, Ew. k. Majestät dieß mitzutheilen, damit Sie der Sache ihrer Wichtigkeit wegen nachdenken und, was dieserhalb sowohl Ihro und Ihrem löblichen Hause, als dem ganzen Römischen Reiche verträglich ist, beschließen können."

Dann fügt Maximilian hinzu: das Opfer sei groß; aber es müsse gebracht werden.

Dieß ist die Stellung, welche der Kurfürst fortan bleibend zu dieser Frage einnimmt.

In neuerer Zeit haben sich die HH. Söltl und Häusser mit der Darlegung dieser Thatsache nicht begnügt. Herr Söltl hat nachzuweisen gesucht, daß der Kurfürst Maximilian hauptsächlich derjenige sei, der das Elsaß an Frankreich gebracht. Herr Häusser hat diese Ansicht übernommen und sie mit einigen Kraftworten, wie z. B. „daß die Lügenindustrie der modernen Vergötterer Maximilians gegen eine solche Ansicht schimpfe“ — ausgestattet und vermehrt. Man wolle die betreffenden Worte der genannten beiden Herren nachlesen in Band 55 dieser Zeitschrift S. 190.

Herr Koch hat sich viele Mühe gegeben nachzuweisen, daß die Anklage des Herrn Söltl nicht begründet sei. Herr Koch bringt, wir möchten sagen, überflüssige Beweise, daß von einer Verständigung des Kurfürsten mit Frankreich für die Abtretung des Elsasses, etwa zu Gunsten eigener Ansprüche Maximilians nicht die Rede seyn kann. Wir führen nur einen derselben an. Nachdem bereits Maximilian dem Kaiser die Mittheilung gemacht, daß Frankreich das Elsaß fordern werde, schreibt der Minister Brienne an die französischen Gesandten in Münster und Osnabrück (Koch S. 55): Der Kurfürst von Bayern habe zwar den seinigen bestimmte Instruktionen gegeben; allein es sei ihm nicht zu trauen: „um so weniger da er unsere früheren Erbietungen und das was wir ihm geben konnten, zurückgewiesen hat.“ Diese Worte schließen jegliche vorherige Verständigung des Kurfürsten mit Frankreich über die Abtretung des Elsaßes geradezu aus.

Dagegen hebt Herr Koch (S. 112) mit Nachdruck hervor, daß nicht von deutsch-patriotischer Seite das Angebot des Elsasses stammt, sondern daß der erste, der damit hervortrat, der „Schurke Löffler“ war, der im Auftrage der früheren

Union nach Frankreich ging, der zweite dann der länderlose französische Söldling Bernhard von Weimar, der das Elsaß den rechtmäßigen Eigenthümern entriß, und es dann in seinem Testamente bis zum Friedensschlusse auf Frankreich vererbte.

Was dem Kurfürsten Maximilian wirklich zur Last fällt, ist einmal das allzu starke Dringen auf die Nothwendigkeit der Abtretung des Elsasses. Herr Koch erklärt dieß, und wie es scheint genügend, aus der Sehnsucht des alten Mannes noch den Abschluß des Friedens zu erleben. Die Unvermeidlichkeit der Abtretung um des Friedens willen haben nachher auch die kaiserlichen Räthe anerkannt. Ferner aber fällt dem Kurfürsten das zur Last, was gleichmäßig allen anderen damaligen deutschen Fürsten, aber wahrlich nicht den Fürsten allein, sondern allen Deutschen insgesammt zur Last fällt: die Lässigkeit in der Unterstützung ihres Kaisers. Hätten die Deutschen ihre Pflicht auch nur einmal, nur ein Jahr hindurch gethan: so wäre das Kaiserhaus nicht gezwungen worden, nachdem es für sie alle gekämpft, auch noch den Frieden für sie alle durch die Abtretung eines seiner Erblande zu erkaufen. Dieß Verhältniß hervorzuheben, ist die Pflicht einer wahren und patriotischen Geschichtschreibung, nicht dagegen Anklagen gegen Andere vorzubringen, die wenn auch immerhin nicht ganz vorwurfsfrei, sie doch in dieser Schwere nicht verdienen.

XII.

Zur Germanistik.

1. Dr. Mannhardt's Sammlung der agrarischen Gebräuche der deutschen Volksstämme.

In den agrarischen Sitten der deutschen Volksstämme finden sich theilweise noch Gebräuche, welche ihrem Ursprunge nach in die allerälteste Zeit hinaufzureichen scheinen und für die Culturgeschichte von gewinnverheißender Bedeutung sind. Auf die Sammlung und zusammenhängende Erforschung dieser unter dem Einflusse der rationellen Landwirthschaft immer mehr verschwindenden Sittenzüge hat nun ein versuchter Germanist, Dr. Wilhelm Mannhardt, das Hauptaugenmerk seiner Studien gerichtet, und als erste Ausbeute seiner umfassend angelegten Untersuchungen eine kleine Schrift über den Roggenwolf, zunächst zur Orientirung für die Freunde der Germanistik, ausgehen lassen*).

Schon in seinem größern Werke „Götterwelt der deutschen und nordischen Völker" (1859) hat Dr. Mannhardt darauf

---

*) Roggenwolf und Roggenhund. Beitrag zur Germanischen Sittenkunde von Wilhelm Mannhardt, Dr. phil, Privatdocent der Berliner Universität, Mitglied verschiedener gelehrten Gesellschaften. Danzig 1865.

hingewiesen, daß eine Anzahl germanischer Erntegebräuche aus der Vorstellung hervorging, mitten im Getreide halte sich ein dämonisches Wesen auf, welches beim Kornschnitt zwischen den letzten Halmen gefangen werde. Die Volksphantasie in ihrer Neigung zu lebendigen Verkörperungen läßt das mythische Wesen unter allerlei Gestalt und Namen auftreten, als Roggensau, Halmbock, Roggenwolf und Roggenhund. Ganz besonders wenn der Wind, der selber als gefräßiges Thier aufgefaßt ward, die Aehren des Saatfeldes in Bewegung setzte, sah die Volksphantasie den Windhund oder den Windwolf durch das Getreide schreiten, beides Thiere, deren Lauf der Schnelligkeit, deren Geheul dem Brausen des Sturmes sich vergleichen ließ. Die beiden letztgenannten mythischen Ungethüme hat nun der Verfasser speciell auf's Korn genommen, und in der kleinen Schrift verfolgt er die Spuren derselben jägergerecht mit der vollen Rüstung seiner gelehrten Belesenheit, Volkskunde und Combination.

Indem der Verfasser die Zeugnisse für diese mythischen Wesen gegen einander hält, die Uebereinstimmung der heutigen Volkssagen aller Stämme mit den alten Skaldenliedern, den Wetteraberglauben, das Bild des im Getreide sitzenden Korn-Wolfs als Drohmittel gegen Kinder, sein Vorkommen in andern sprichwörtlichen Redensarten und Scheltworten, seinen Namen in Benennung kornfeindlicher Insekten, in Bauern-Regeln, in den Kinder- und Volksspielen, welche die dramatisch mythische Darstellung eines Naturvorgangs enthalten, vor allem endlich in den eigentlichen darauf hinweisenden Erntegebräuchen, wo der Roggenwolf beim Schneiden der letzten Halme gefangen und die letzte Garbe in Gestalt eines Wolfs geformt wird: so geht zunächst hervor, daß der Roggen-Wolf ein selbstständiges für sich bestehendes Fabelwesen seyn müsse; und indem nun der Verfasser die berührten Züge zusammenfaßt, erscheint ihm der Roggenwolf „als ein Wesen der altgermanischen Riesensage, aus demselben Grundgedanken hervorgegangen und in ganz ähnlicher Weise im

Mythus ausgebildet, wie Fenrir und dessen Sippschaft im skandinavischen Norden" ... „Wenn im Norden die Riesen als Personifikationen der elementaren Naturgewalten gedeutet werden müssen, wenn unter ihnen Wind und Wetter eine bedeutende Rolle spielen, einige Riesennamen geradezu auf die waldfeindliche, baumzerstörende Kraft des Sturmes hinweisen und auch deutsche Riesen wie Fellenwalt, Rumenwalt, Schellenwalt nachweisbar sind, so kann die Annahme nichts Befremdliches haben, daß auch der südgermanische Roggen-Wolf nach alter Vorstellung diesem Kreise angehörte. Daß er wenn auch vorwiegend so doch nicht ausschließlich als schadender Unhold gedacht wird, vielmehr auch eine gutartige Seite in seinem Wesen hat, stimmt zum Doppelcharakter der Riesen, welche bald als boshafte auf Zerstörung sinnende, bald als wohlmeinende gutmüthige Persönlichkeiten gedacht wurden, weil sie die elementaren Naturgewalten sowohl in ihrer dem Menschen wohlthätigen wie verderblichen Lebensäußerung personificiren" (S. 47).

Die kleine, mit Scharfsinn ausgeführte, wenn auch in ihrem Ergebniß noch nicht endgiltig abschließende Abhandlung über eine der verschiedenen in den Erntesitten zu Tage tretenden Mythengestalten soll, wie der Verfasser ausdrücklich sagt, nur eine Probe seyn von der Art wie er die größere Aufgabe, die Sammlung und mythologische Durchforschung der sämmtlichen agrarischen Gebräuche, zu lösen gedenkt. Die Arbeit, die er sich vorgesetzt, soll in zwei Theile zerfallen, von denen „der erste ein geographisch-ethnographisch nach den einzelnen Landschaften geordnetes Urkundenbuch, der andere eine sachlich geordnete Zusammenstellung des Stoffes nach Ueberlieferungen, Ueberlieferungsketten und Ueberlieferungsgruppen enthalten wird." So etwas ist aber nur mit vereinten Kräften ausführbar. Er hat sich zu diesem Zweck mit einem gedruckten Circular planmäßig geordneter Fragen an geeignete Persönlichkeiten und Anstalten in jeder Landschaft gewendet, um dem Werke die möglichste Vollständigkeit zu

sichern. Namentlich hat er dieses Fragen-Circular an sämmtliche deutsche Schullehrer-Seminarien, Gymnasien und landwirthschaftlichen Vereine versandt, und in Folge dessen auch bereits aus verschiedenen Theilen Deutschlands sowie der Schweiz und anderer Grenzländer sachförderliche Berichte erlangt — eine Unterstützung, die dem fleißigen Forscher, wie zu hoffen steht, auch ferner im umfassendsten Maße zu Theil werden wird *).

Auf diesem Wege will der Verfasser den Anfang machen zu einem quellenmäßigen Urkundenbuch der gesammten germanischen Volkssage und Volkssitte. Er hat erkannt, daß die bisherige Weise der Sammlung nicht ausreicht, um einen streng wissenschaftlichen Aufbau der jungen Disciplin anzulegen, und daß dieß solange nicht möglich ist, als nicht von jeder einzelnen Tradition alle Varianten Gau bei Gau, Ort bei Ort gesammelt sind. Erst dadurch werde es möglich, die ursprüngliche Form und Heimath und den ursprünglichen Gedanken-Inhalt derselben aufzufinden, die zersprengten Glieder der Ueberlieferungsketten zusammenzulesen und dasjenige Fundament zu legen, von welchem jede historische Wissenschaft ausgehen muß, das Fundament einer quellengeschichtlichen Untersuchung. Es müssen daher, das ist der Grundgedanke seiner Methode, um die Lücken der bisherigen Sammlungen zu ergänzen, Anstalten getroffen werden, „ganz bestimmte Tradi-

---

*) Herr Dr. Mannhardt schreibt uns: „Obgleich ich nun schon zum zweiten und dritten Male an sämmtliche bayerische Schul-Lehrerseminarien meine Fragen mit einem besonderen Circulare, einmal an sämmtliche Gymnasien versandte, ist mir von dorther noch nicht im entferntesten jene Unterstützung zu Theil geworden, welche mich fast aus dem ganzen übrigen Deutschland erfreute." Im Interesse der Sache kann man nur wünschen, daß der Verfasser auch hier hilfreiche Freunde zur Förderung seines Unternehmens finden, und die bayerischen Landestheile mit der erbetenen Beisteuer aus dem Schatzgut alter Ueberlieferungen nicht zurückbleiben möchten. — D. Red.

tionen durch das ganze Gebiet ihres Vorkommens Gau bei Gau ohne Ausnahme bis auf die letzte Grenze ihrer ethnographischen Verbreitung und historisch rückwärts bis auf ihre erste Erwähnung in der Literatur zu verfolgen." So wird dann allerdings, wenn der methodische Plan zur allseitigen Durchführung kommt, ein eigentlicher „Quellenschatz der Volksüberlieferung" erwachsen, welcher der Forschung erst das volle Feld eröffnen wird. Es wird sich dann auch immer klarer herausstellen, was schon oft gesagt worden und neuerdings vom Verfasser in Erinnerung gebracht wird, daß die Ueberlieferungen des Volkes in Sage, Sitte, Brauch und Aberglauben als Erkenntnißquelle für mehr als einen Zweig der Culturgeschichte, für die vergleichende Mythologie, Alterthumskunde, Völkerpsychologie ꝛc. eine noch lange nicht ermessene Bedeutung haben.

II. Dr. Buck's Medicinischer Volksglauben und Volksaberglauben aus Schwaben.

Es ist eine erfreuliche Wahrnehmung, daß die Sitte und das Leben des Volkes auch vom sanitätlichen Standpunkte aus seine betrachtende Pflege findet. Während ein Hr. Brenner-Schäffer die Oberpfalz, freilich in einer etwas übelklingenden Tonart*), und Dr. Flügel den Frankenwald**) zur Grundlage

*) Hr. Brenner-Schäffer, welcher für seine „Darstellung der sanitätlichen Volkssitten und des Volksaberglaubens im nordöstlichen Theile der Oberpfalz" (Amberg 1861) den damals auf eine solche Arbeit von König Max II. ausgesetzten Preis erhielt, trug seine Schilderung theilweise mit so gehässigen Farben auf, daß die Oberpfälzer sich tief beleidigt fühlen mußten, wodurch eine eigene Gegenschrift von Dr. A. Wild hervorgerufen wurde (München, 1861), in welcher der preisgekrönte Spötter nach Gebühr seine Abfertigung fand.

**) Volksmedicin und Aberglaube im Frankenwald. München 1863.

für ihre Studien und Mittheilungen genommen haben, zog ein junger, durch ähnliche culturhistorische Arbeiten schon rühmlich bekannter Arzt, Dr. Buck, das Schwabenland in das Bereich seiner Darstellung*). Dr. Buck hat gegen seine Vorarbeiter den förderndeu Umstand voraus, daß er auch ein tüchtiger Germanist ist und deßhalb in manchen Fällen eher weiß, was er mit den seltsamen Fundstücken anzufangen oder wo er selbe einzureihen habe. Wer tausendjähriges Herkommen, welches einst wirklich Sinn gehabt und nur auf dem langen Wege durch die Jahrhunderte bis zu Unsinn und Carricatur sich verwischt hat, wer diese Dinge kennt und billig zu schätzen weiß, wird gerechter gegen die Tradition und ballt nur da die Faust, wo die wissenschaftliche Kunst Abhilfe zu leisten berufen ist. Andere Dinge, an denen weniger das Wohl oder Wehe der Generationen hängt, gereichen dem kundigen Kenner nicht selten zur Freude, Belehrung und Ergötzung.

Die Schrift handelt, sachgemäß in vier Abschnitte gegliedert, zunächst über die Leute (Abstammung, Mundart, Lebensweise, Krankheiten rc.); dann kommen die Heiler und Heilmittel an die Reihe; daran schließt sich die „Sympathie", die eine große Rolle spielt, zuletzt kurz noch die Hausapotheke des gemeinen Mannes. Der Verfasser hat nicht nur ein scharfes Ohr für alle Färbungen der schwäbischen Mundart, sondern auch ein gutes Auge für die damit übereinstimmende Charakteristik der einzelnen Stammesunterschiede, die sich in drei Hauptgruppen sondern lassen, für die Gegend am Bodensee, für jene an der Donau oder um den Bussen, und für das Unterland (Altwürttemberg). Das bedeutendste Licht fällt auf Oberschwaben, die Heimath des Verfassers. Dr. Buck liefert in diesem Theil, in einer allerdings etwas drastischen Vor-

*) Medicinischer Volksglauben und Volksaberglauben aus Schwaben. Eine culturgeschichtliche Skizze von Dr. M. R. Buck. Ravensburg 1865. 72 S. 8.

tragsweise, manche brauchbare Ergänzungsstücke zu der feinen und geistvollen, aber in Rücksicht auf Oberschwaben nicht ganz erschöpfenden Charakteristik des schwäbischen Volksstammes, welche Staatsrath Rümelin in der vom statistisch-topographischen Bureau zu Stuttgart herausgegebenen Beschreibung des „Königreichs Württemberg“ (1863) niedergelegt hat. Er verbreitet sich in bündiger Kürze über Feldbau und Thierzucht, über Speise und Trank, über die Wohnungen des Landmannes, über Fruchtbarkeit und Lebensalter, und läßt dabei den schwäbischen Kernhumor, wo es immer angeht, in seinen urwüchsigen Bezeichnungen und Deutungen selber zu Wort kommen. Unerschöpflich ist z. B. der Volkswitz über Gestalt und Gangart der Menschen. Ueberhaupt hat, nebenbeigesagt, der Schwabe auch im gewöhnlichen Sprachgebrauch für die Arten der Bewegung seine besondere Ausdrucksweise: der Schwabe „lauft“, er geht nicht; er läuft aber nicht, sondern er „springt“; wo der Hochdeutsche springt, da „juckt“ er, und wo es endlich den Schriftdeutschen juckt, da „beißt“ es ihn. Höchst ergötzlich lesen sich die Speisezettel, es klingt ganz urdeutsch. Denselben Eindruck macht die Schilderung der Bauernstube. Ueberall schlagen für Ober- und Niederschwaben, diesseits und jenseits der Alb, die Gegensätze durch.

Zuweilen fällt der Verfasser aus dem Ton des Schilderers in den des medicinischen Eiferers. In manchen Oberämtern ist die Zahl der Geburten gegenüber den statistischen Zahlen anderer Länder zum Verwundern hoch; man kann also auf eine große Fruchtbarkeit des schwäbischen Volksstammes schließen. Dagegen hat besonders in Oberschwaben die Statistik der Kindersterblichkeit eine sehr hohe Ziffer. Ursache derselben ist nun, nach dem Verfasser, „die unzweckmäßige, naturwidrige künstliche Auffütterung der Kinder“ und der mörderische Aberglaube, „daß Weiber, welche ihre Kinder selbst stillen, an der Schwindsucht zu Grunde gehen müßten“; so „füttert sie der Unverstand von der ersten Stunde an gleich mit Mehlbrei.“ „Wenn dieser menschenmörderischen Dummheit“,

meint Dr. Buck, „nicht von der Kanzel herab Einhalt gethan wird, werden alle Bemühungen der Sanitätsbehörden rein umsonst und ihre Verordnungen in alle Ewigkeit nur auf dem Papier stehen; denn alle praktischen Aerzte werden gefunden haben, daß sie mit all ihrem Eifer für menschenwürdige Behandlung der Neugebornen keine Resultate erreicht haben; unser Volk läßt sich in seiner Hartköpfigkeit höchstens durch den Machtspruch der Geistlichkeit von einmal angenommenen Meinungen abbringen.“

Wir begreifen die medicinische Entrüstung unseres Verfassers vollständig; allein — so ist es auch anderswo und überall mit diesen und anderen Dingen. Deßwegen dürfte aber auch der Satz besseren Glauben finden, daß der kundige Helfer in Sachen des Leibeslebens einträchtig mit dem geistlichen Arzt der Seele gehen möge. Denn in einem Bezirke, wo der Geistliche und der Arzt auf gespanntem Fuße leben, oder wo junge „aufgeklärte“ Aerzte über Angelegenheiten, die dem Volke die heiligsten sind, sich vornehm oder spöttisch hinweg setzen, da nimmt der Landmann viel lieber zu Quacksalbern seine Zuflucht, die seiner Natur dann mehr zusagen, weil sie in seiner Sprache und in seine Vorstellungsweise eingehend, mit ihm zu reden wissen. Diese Vorstellungsweise ist aber in jeder Hinsicht eine andere, als sie der Arzt gelernt hat, ebenso verschieden von der wissenschaftlichen Terminologie, wie die volksthümliche Bezeichnung der Körpertheile, der Krankheiten und ihrer Heilung. Es wirkt wirklich komisch, wenn der Verfasser seine Patienten in der Ursprünglichkeit ihrer landesüblichen Vorstellungsart und in der Plastik ihres Witzes sprechen läßt (z. B. S. 22), aber jeder Fachmann, der Jurist sowohl wie der Maler und Künstler, wird jederzeit und nicht allein auf dem Lande die Erfahrung machen, daß die richtigen Begriffe einer Sache nie durchgängiges Gemeingut seyn und werden können. Der Hauptkrebsschaden, warum der Arzt so oft zu keiner durchdringenden Wirksamkeit gelangen kann, liegt in der negativen Richtung unserer Bildungs-

Anstalten. Der Stand der praktischen Aerzte recrutirt sich häufig zu zwei Drittheilen aus der Provinz. Unverdorben, mit dem Offenbarungsglauben wenigstens noch nicht zerfallen, bezieht der junge Candidat die hohe Schule, um das Studium der Naturwissenschaften zu beginnen. Nun ist fast auf allen Universitäten der in dieser Fakultät herrschende Geist ein aufgeklärter, mehr oder minder dem Materialismus zuneigender. Der in solcher Schule zum Arzt umgebildete junge Mann kommt daher beim Beginn seiner Wirksamkeit gleich in schiefe Stellung zu seinen früheren Land- und Landsleuten; ausstaffirt mit dem papiernen Dünkel der Katheder-weisheit läßt er sein wissenschaftliches Irrlicht leuchten, beleidigt so das gegen die „Studirten" nie übermäßige Zutrauen des gemeinen Mannes und führt ohne daß er es einsehen will, selbst den Bruch herbei, dessen Riß auszufüllen in der Folge nicht mehr in seiner Macht steht. Nur da, wo Seelsorger und Arzt Hand in Hand gehen, ist dem Unwesen mit vereinten Kräften zu steuern, nur dann nimmt der „Bauer" die bessernde Einsicht an, nur da kann der Aberglaube und der Mißbrauch, welchen sogenannte Wunderdoktoren hegen und pflegen, aufgehoben und gründlich beseitigt werden.

In allen Nöthen des Leibes und der Seele nimmt der Landmann zuerst seine Zuflucht zu Gott. Die Wallfahrten sind geistige Brunnenkuren und groß ist die Anzahl der Heiligen, welche als Nothhelfer in den verschiedenen Wechselfällen angerufen werden, gleichwie der Gnadenorte, auf die der Gläubige sein Vertrauen setzt. Ein Arzt, der daran seinen Witz üben wollte, muß der halben Bevölkerung geradezu ins Gesicht schlagen. Auch das Schwabenland hat seine Schutzheiligen. Dr. Buck zählt (S. 26 ff.) das Hiehergehörige gewissenhaft, wenn gleich mit leisen Seitenblicken auf. Daß dabei Mancherlei mit unterläuft, was schon zu den Zeiten des hl. Bonifacius, auf dem ersten deutschen Nationalconcil und in der Folge in verschiedenen Pönitentialbüchern

gerügt wurde, wird leicht erklärlich in Anbetracht der menschlichen Natur, die immer dieselbe bleibt. Es sind allgemein menschliche Dinge, die über die ganze Welt gehen, und welche die Kirche, soweit es statthaft, nur fortbestehen ließ, weil wirklich etwas Gutes daran war.

Eine große Rolle spielen die symbolischen Kräuter, Heilkräuter, Stauden und Bäume, von denen viele christlich umgetauft wurden. Daneben läuft nun freilich auch eine ganz dämonische Mythologie, welche nur zu oft in die Nachtseiten des menschlichen Treibens hinabführt; und das Kapitel von den thierischen und menschlichen Stoffen, welche als Heilmittel angewendet werden, äußert auf das bloße Hören hin schon eine magenumwendende Wirkung. Hier liegt der Unsinn offen am Tage und darf tüchtig ausgeräumt werden. Auch die Segensprüche und Sympathiemittel der volksthümlichen Heilkünstler machen den Leser vielfach schaudern, obgleich der Mytholog und Culturhistoriker dankenswerthe Winke daraus entnehmen kann. Ueberhaupt ist das Buch nach vielen Seiten hin lehrreich und in einem Geiste geschrieben, der gewiß nichts Kirchenfeindliches verlauten lassen will, dieß um so weniger als der tüchtige Verfasser ja gerade durch seine germanistischen Kenntnisse Mittel und Wege weiß, um die Verzweigungen abergläubischer Auswüchse auf ihre richtige mythologische Wurzel zurückzuverfolgen.

XIII.

Spanische Briefe.

V. Die Erhebung Prims vom Januar 1866.

Spanien hat einmal wieder einige Wochen lang die Augen von Europa auf sich gezogen. Aber die Tragödie, die sich angekündigt hatte, ist wenigstens in ihren ersten Akten in eine Comödie verlaufen. Der General Prim erklärte in seinem Aufrufe zur Erhebung, daß der furchtbare Augenblick endlich gekommen sei, in dem die Geschicke sich erfüllen und das von den Schicksalsmächten Spanien gewordene Loos ihm zufallen werde. Er selbst machte sich wie zu einem Kampf auf Tod und Leben bereit, und wollte nichts weniger als „der Garibaldi der pyrenäischen Halbinsel" werden. Die beiden andern Häupter der Progressistenpartei waren eben lahmgelegt, so daß Prim allein die Früchte der Erhebung pflücken und als Diktator der Halbinsel schalten zu können hoffte. Espartero ruht wie immer auf seinen Lorbeern, und Olozaga hatte aus Anlaß eines Trauerfalls in seiner Familie der Politik Lebewohl gesagt (wie dieß Prim schon öfter auch gesagt). Jetzt war Prim anerkanntes Haupt der Seinigen, es trieb ihn und er ließ sich treiben, endlich loszuschlagen.

Die Regierung in Madrid kannte diese Plane; sie ließ eine Anzahl der Verschworenen in Gewahrsam nehmen, an Prim aber wagte sie nicht Hand anzulegen. Dessen Gemahlin hatte kurz zuvor der Königin, der edelmüthigen Taufpathin ihres ersten Kindes, feierlich die Versicherung von der unerschütterlichen und unwandelbaren Treue ihres Mannes gegeben, wie auch die Gemahlin Espartero's in loyalen und friedeathmenden Betheuerungen sich ergossen hatte.

Wir haben keinen Anhaltspunkt zu der Vermuthung, daß Espartero mit dem Plane der Schilderhebung seines Parteigenossen und Rivalen bekannt und einverstanden war. Die Versicherungen Prims und das Feldgeschrei der Seinigen „Hoch Prim und Espartero" beweisen nichts. Denn in Spanien geht einmal nichts voran, wenn nicht auch der alte Espartero mit genannt wird. Sonst aber hatte Prim die Fäden der Empörung über das ganze Land gesponnen, ja bis nach Lissabon, Paris und Florenz die Fühlhörner ausgereckt. Er hatte von vielen Officieren (man nennt die Zahl 50) und Civilisten die feierlichsten Gelöbnisse, förmliche Treue-Eide in Empfang genommen, so daß seine Erhebung an sich ein verbrecherisches, aber kein planloses und tollkühnes Unternehmen war. Seinen Mitverschwornen war sicher Ernst mit ihren Schwüren, sie waren froh, daß der bei der Armee so beliebte Prim voranging, und hofften wie er das Gelingen des Aufstandes.

Das spanische Heer besteht aus 40 Regimentern Infanterie, 20 Bataillonen Fußjägern, 20 Cavallerie-Regimentern, 30 Bataillonen Provinzialtruppen. Davon haben sich nur die zwei unvollständigen Cavallerie-Regimenter Calatrava und Bailen, welche in Ocaña und Aranjuez lagen, von Prim verführen lassen, aber von den Officieren nahmen nur wenige an dem Aufstande Theil. Nebstdem erhob sich ein Bataillon von 300 Mann mit 32 Officieren in Avila. Am 2. Januar begab sich Prim mit einigen Freunden angeblich zu einer

Jagd von Madrid nach Toledo. Am Morgen des 3. Januar erhoben sich die beiden Reiterregimenter. An diesem Tage zogen die Aufständischen nordöstlich bis nach Arganda, welches vier Stunden südöstlich von Madrid, an der Straße nach Tarancon, Cuenca und Valencia liegt. Prim glaubte wohl, daß seine Nähe den unmittelbaren Ausbruch der Empörung in Madrid hervorrufen werde. Von Arganda aus konnte er ferner der Besatzung von Alcala de Henares, auf die er zählte, die Hand reichen, im schlimmern Falle sich in die Berge von Tarancon werfen, von hier aus Madrid in Schach halten und mit seinen Anhängern in Catalonien und Aragonien sich in Verbindung setzen. Hier vereinigte sich auch eine Truppe von 30 Mann seiner Landsleute mit ihm, welche eine Art Leibgarde des Grafen von Reus bildeten.

Doch schon am ersten Tage wurden viele seiner Hoffnungen zu Wasser. O'Donnel berief die Besatzung von Alcala, um ihrer sicher zu seyn, nach Madrid und die einziehenden Soldaten ließen die Königin hoch leben. Er besuchte mit dem König-Gemahl Don Francisco und dem Prinzen von Asturien die Kasernen von Madrid, und glaubte der Treue der Truppen versichert seyn zu dürfen. Sämmtliche in Madrid anwesende Generale wurden in das Kriegs-Ministerium berufen. Sie erschienen vollzählig, vor allen der General Narvaez, nur Einer fehlte — Prim. Man schickte in seine Wohnung und erfuhr, daß er zu einer Jagdpartie in die Berge von Toledo abgereist, wo er ein schönes Landgut besitzt.

An demselben Tage rückte der Marineminister Zavala, ein persönlicher Gegner Prims, mit einer starken Heeressäule aus, um die Aufständischen zu verfolgen. Sein Anmarsch war für Prim eine gewaltige Enttäuschung; er mußte sich mit seiner kleinen Schaar über den Tajo ziehen. Seine Leute, die den Vorsprung einer Stunde hatten, brachen die hängende Brücke über den Fluß ab. Da Zavala in den umliegenden

Ortschaften nicht genug Kähne auftreiben konnte, so zog er sich jetzt nach Aranjuez, wo er angeblich wegen des schlechten Wetters eine Zeit lang verweilte.

Die Aufständischen, deren Berechnungen gescheitert waren, schlugen jetzt die Richtung nach Süden ein; es scheint, daß sie ihre Blicke auf Andalusien geworfen hatten. Dort hatte sich kurz zuvor ein Regiment in Malaga aufgelehnt, das in die Presidios nach Afrika sich nicht abschicken lassen wollte. Aber der General Concha kam eben von Andalusien her und verlegte dem Rebellen-General den Weg dahin. Er wollte von dem Städtchen Manzanares in der Mancha, Zavala wollte von Norden her gegen die Aufständischen operiren.

Nun entbrannte vom 4. bis 11. Januar ein Krieg, der in der Strategie seines Gleichen sucht, und eher mit einer Fuchsjagd zu vergleichen ist. Es war ein Feldzug im buchstäblichen Sinn des Wortes, Feld ein Feld aus, ein Hin- und Hermarschiren ohne ersichtlichen Plan. Die Generale Concha und später Serrano, Zavala und Echagne waren immer hinter Prim her, und nie erreichten sie den Prim. Sie kamen stets wenigstens um eine Stunde zu spät. Immer hatten sie die Hand an dem Schwerte, und niemals zogen sie es. Es regnete Depeschen über Depeschen, deren Inhalt sich stets gleich blieb: „Der General an den Minister des Kriegs. Nach einem äußerst beschwerlichen Marsche bin ich eben mit meinen Leuten hier angelangt. Die Mannschaft ist vom besten Geist beseelt, und brennt von Verlangen mit dem Feinde handgemein zu werden. Nach einigen Stunden Rast schicke ich mich an, den Feind aufzusuchen, der eben hier durchmarschirt ist; es wird ihm schwer werden zu entrinnen." Nur am ersten Tage des Aufstandes wurden einige Schüsse gewechselt, als die Officiere der Aufständischen ihren Leuten nacheilten, um sie zum Gehorsam zurückzuführen. Später wurde kein Gewehr, geschweige denn eine Kanone abgebrannt. Die verfolgenden Truppen machten einen ein-

zigen Gefangenen, es war einer der Zuzügler aus Madrid. Noch eine andere wichtige Beute machten sie. Prim war vom ersten Tag des Aufstandes an erkrankt, er fuhr deßwegen in einem mit Maulthieren bespannten Wagen, und stieg nur beim Einzuge in die Ortschaften zu Pferde. Später ließ er das Gefährte zurück, welches sammt der Equipage Prims eine Beute der Verfolger wurde. Ziemlich in denselben Gegenden der Mancha hat der edle Ritter Don Quixote seine Feldzüge ausgeführt, und damit sich selbst einen unsterblichen Namen gemacht.

Die Königlichen hatten Prim den Weg nach Andalusien verlegt; sie wollten ihm auch den Ausweg in die Berge von Toledo versperren. Als aber Prim doch in die Berge von Toledo einmarschirt war, da eilte Zavala hinter ihm her. Drei Heeressäulen bewegten sich, um den Prim in die Mitte zu nehmen und zu erdrücken. Sämmtliche Pässe des Gebirges waren besetzt. Prim war in einem vitiösen Zirkel eingeschlossen, uud die Nemesis schien sich ihm zu nahen.

Als er am 10. Dezember 1862 bei der Debatte über den spanischen Rückzug von Mexiko im Senate sich von dem Vorwurf reinigen wollte, als habe er selbst nach der Diktatur oder einem Throne in Mexiko getrachtet, rief er mit großem Aplomb und unter stürmischem Applaus des Senates aus: „Aber ich bin ein Spanier von reinem Blut und ziehe dem Glanz der Krone, und hätte ganz Mexiko sie mir geboten, es vor: General und Senator meines Landes und meines Königs zu seyn, und wilde Schweine zu jagen in den Bergen von Toledo (perseguir jabalies en los montes de Toledo). Am 1. September 1863 begehrte und erhielt Prim eine Audienz bei der Königin, die damals in der Granja (dem königlichen Schlosse bei Segovia) weilte. Feierlich betheuerte er ihr, daß die Progressisten niemals eine revolutionäre Stellung einnehmen werden. Jetzt, am 9. bis 11. Januar, stand Prim ganz gegen sein Erwarten wirklich in den Bergen von Toledo,

er war jedoch nicht der Jäger, sondern das Edelwild, auf das die getreuen Heerführer der Königin Jagd machten. Aber sie hatten entschiedenes Unglück, oder sie hatten es gar nicht auf Prim abgesehen. Ein Freund aus Spanien schreibt uns: „Sie hätten den Schurken schon fangen können, aber von diesen Vögeln tritt keiner dem andern zu nahe." Die Pässe hatten sie besetzen lassen, aber wohl nur die Eingänge, nicht die Ausgänge des Gebirgs.

Am 11. Januar erklärte Prim seinen Leuten, daß die Aussicht auf einen Erfolg für jetzt verschwunden sei, weil die Verbündeten ihre Eide gebrochen hätten. Die Mitverschwornen sind also Eidbrüchige, weil sie nicht zur rechten Zeit sich erhoben. Die 300 Aufständischen von Avila hatten schon die Grenze von Portugal überschritten, wo sie entwaffnet und internirt wurden. Die Besatzungen von Valadolid und Zamora blieben treu. Aber auch bei dem Feldzuge dieser 300 Mann ist kein Schwert gezogen, kein Tropfen Bluts vergossen worden.

Warum ist nun — wenigstens bis heute — der Aufstand Prims so kläglich mißlungen? Da dieß nicht in den Sternen zu lesen ist, hat Jeder das Recht sich einen Commentar zu bilden. Meine Ansicht geht dahin: das verbrecherische Unternehmen ist gescheitert, sei es an dem Phlegma, sei es an der Angst der Spanier. Die beiden großen Städte Madrid und Barcelona haben im Januar 1866 nicht losgeschlagen, weil der Aufstand für sie nicht unblutig zu werden drohte. (Unser Freund dagegen weist uns auf das spanische Sprüchwort hin: Die Revolutionen im Januar gefrieren — las revoluciones de Enero se hielan). Die Bewohner von Madrid und Barcelona sollten sich gleichzeitig erheben; dieß erwartete Prim mit fester Zuversicht. So war es verabredet und beschlossen worden; so hatte man dem militärischen Haupt der Progressisten hoch und theuer zugeschworen, ihn getrieben und gedrängt die Fahne zu erheben. Aber vom

3. Januar an blickte Madrid auf die Schwesterstadt Barcelona erwartungsvoll hin, weil sie eine größere Bravour und Uebung in Sachen des Aufstands zu haben schien; Madrid wollte ihr die Ehre des Vortrittes lassen. Die Barcelonesen hinwieder blickten mit großem Respekt zu dem mit Kanonen gespickten Fort Montjuich empor, das Stadt und Hafen beherrscht, und auch aus den befestigten Kasernen zu beiden Seiten des Hafens starrten ihnen die weiten Mündungen der Kanonen entgegen. Sie wollten also ihrerseits der Hauptstadt die Ehre des Vortrittes lassen, wo die Kaserne und das Fort del Principe Pio nur einen kleinen Theil von Madrid dominirt, und wo bis jetzt bei jedem Aufstande die Truppen sich aus der Stadt ziehen mußten, weil bei deren 300 engen Gassen und 300,000 Einwohnern die Verbindung zwischen den einzelnen Kasernen leicht unterbrochen werden kann. Indeß nahmen doch die Zusammenrottungen in Barcelona eine drohende Gestalt an; denn daß 100,000 Barcelonesen über ein größeres Capital von Muth zu verfügen haben als 300,000 Madrider, wird ein Sachkenner nicht bestreiten. Aber einige Gewehrsalven machten auch hier die Menge auseinander stieben. Der Commandant von Barcelona, Cotoner, versteht keinen Scherz. Die Bevölkerung von Barcelona wurde zwar unruhig und drohend, aber sie besann sich im Anblicke der drohenden Kanonenschlünde. Hier in Barcelona gab es zwei Todte und einen Verwundeten, die einzigen Opfer, die bisher der Revolution des Jahres 1866 gefallen sind. Dieß geschah in den drei Tagen vom 6. bis 8. Januar. Am 9. Januar sahen die Dinge weit bedenklicher aus, laut riefen die Massen um Rache für das vergossene Blut. Um 6½ Uhr erließ der Generalcapitän ein Proklam, welches verkündete, daß der Civilgouverneur an ihn die oberste Gewalt abgetreten und er über die Stadt und die vier Provinzen des Fürstenthums Catalonien den Belagerungszustand verhänge. Von dieser Stunde an wurde die Ruhe nicht mehr gestört. Die

Aufwiegler hatten erwartet, daß die Truppen es mit ihnen halten, sich jedenfalls nicht gegen das Volk führen lassen würden. Die Verkündigung des Martialgesetzes brachte sie jedoch auf eine andere Meinung.

Jetzt hatten die Brüder in Barcelona das Möglichste geleistet, und es war nun wieder an Madrid voranzugehen. Die sogenannten Studirenden, die in Spanien mehr noch als anderswo ihren Namen vom Nicht-Studiren haben, und sich in Alles mischen was sie nicht angeht, fühlten den Beruf in sich, die revolutionäre Bewegung in Madrid hervorzurufen. Schon am 4. Januar war Stadt und Provinz Neu-Castilien in Belagerungsstand erklärt, der Vorsicht wegen. Von da an vertrieb man sich die Zeit mit düstern Gerüchten. Prim habe den General Concha geschlagen, und dieser sei nach Madrid zurückberufen und von Serrano ersetzt worden; Prim habe sich nach Süden gezogen um sich Infanterie und Artillerie zu verschaffen; schon habe er 6000 Mann unter seinen Fahnen versammelt. Die Besatzung von Madrid halte zu ihm, ein Regiment sei bereits für ihn aufgetreten. Demnächst, wohl schon in dieser Nacht, werde ein Pronunciamento der ganzen Besatzung zu Gunsten Prims erfolgen. Also die Soldaten sollten die Kastanien aus dem Feuer holen; aber Stunde um Stunde verrann, und die Truppen ließen sich nicht beirren. Als nun die Nachricht von dem erfolglosen Versuch in Barcelona eintraf, wollten die Studenten der Hauptstadt, die auf der äußersten Linken und jenseits derselben sich herumtummeln, am 10. Januar das Signal zu der blutigen Madrider Erhebung geben. Sie und mannigfaches Gesindel rotteten sich an 2000 Mann zusammen und tobten an der Puerta del Sol auf und nieder. Sie riefen; „Es lebe Prim, es leben die Arbeiter!" Da nämlich die Soldaten nicht voran wollten, die Studenten wohl das Feuer schüren, aber nicht darein gehen wollten, so sollten die Arbeiter sich in den Vordergrund stellen. Die Arbeiter ließen sich indeß nicht sehen.

Strenge Erlasse ergingen am 11. Januar gegen die Studenten-Crawalle; der Rector Magnificus hielt den Studenten eine scharfe Lektion und auch sie verstummten. Prim, von allem was vorging stets unterrichtet, sah ein, daß nichts zu hoffen sei. Am Abend des 11. Januar gab er seine Sache verloren wie einer der selber verrathen worden sei. Vom 12. bis 20. Januar dauerte die Flucht nach Portugal, dessen Grenze er am 20. Januar bei Encinesola südlich von Badajoz überschritt, nachdem es eine Zeitlang geschienen hatte, daß er sich nach Andalusien werfen wolle.

Es wurde wiederholt versichert, daß der Aufstand nirgends im Volke auch nur eine moralische Unterstützung gefunden habe. Aber welche Unterstützung fanden denn die Regierungstruppen? Sie tappten und tasteten im Unsichern herum über den Weg, welchen Prim eingeschlagen. Niemand also aus der Bevölkerung that einen Schritt für sie. Mit stummer Resignation erwartete das Volk die Dinge, welche kommen werden. Niemand erhob eine Hand oder einen Fuß für die Regierung. Soweit es aber die Bevölkerung innerlich mit Prim hielt, wollte doch Niemand sein theures Leben für ihn riskiren. Die Regierung hielt sich, weil die Mehrzahl der Commandanten zu ihr hielt. Das bisherige Mißlingen des Aufstandes erscheint somit nicht als ein Zeichen zunehmender Kräftigung der erhaltenden Mächte in Spanien. Wenn der Menschenfreund es für ein relatives Glück betrachten muß, daß dießmal kein Blut geflossen, so ist doch damit für die Zukunft nichts gewonnen. Wer sein eigenes Blut für irgendeine gerechte oder ungerechte Sache nicht vergießen will, scheut darum noch nicht davor zurück, das Blut der Andern zu vergießen.

Seit Jahren ruft alles nach Diktatur in Spanien; neulich hat selbst die Allgemeine Zeitung das Wort „Diktatur“ fallen lassen. Diktatur würde hier eine geordnete und feste Regierung, überhaupt eine Regierung bedeuten.

Wir sind aber der Ansicht, daß seit 100 Jahren Spanien überhaupt keine Regierung gehabt. Es ist ein herren-, ein meisterloses Land. Jede Regierung, jedes Ministerium hat lediglich das Privilegium, von dem durch die Parteien zerrissenen Volke täglich verlästert und in den Koth gezogen, wohl auch in effigie an den Galgen gehängt zu werden. Die Königin Isabella II., von der wir kühn behaupten, daß sie der beste und der erste spanische Patriot sei, erfreut sich deßwegen einer stets steigenden Impopularität, weil alles darin einig ist, sie zu verläumden und herabzuziehen. In diesem unglücklichen Lande (so nennen die Spanier aller Parteien sich selbst) fehlt die Autorität, die Furcht und die Ehrfurcht; Niemand hat Achtung vor Jemand.

Trotzdem hat die verlaufene Episode der in Permanenz erklärten spanischen Revolution einige Lichtseiten dargeboten. Die Treue der Truppen hat zwar nicht durchaus Stand gehalten, aber doch zum größten Theile. Senat und Deputirtenkammer haben aus diesem Anlasse eine einträchtige und löbliche Haltung kundgegeben. Die Senatoren Miraflores und Narvaez haben die Gesinnung aller in passenden Worten ausgesprochen. Narvaez hat erklärt, daß es bei einer solchen Gefahr des Thrones und Landes keine Parteien mehr in Spanien gebe. Miraflores hat die Revolte mit Recht als einen europäischen Scandal bezeichnet.

Am erfreulichsten scheint uns die Klarheit zu seyn, welche diese Revolte über den Stand der iberischen Frage verbreitet hat. Der Iberismus hat von portugiesischer Seite den nachdrücklichsten Absagebrief erhalten. Alle Schattirungen in der portugiesischen Nationalversammlung haben sich einmüthig dagegen ausgesprochen. Die Portugiesen begnügen sich mit sich selbst; sie fühlen daß jede Union mit Spanien — auch dann wenn die portugiesische Dynastie den ephemeren iberischen Thron bestiege — in eine Annectirung des kleinern Landes durch das größere übergehen würde. Portugal

getröstet sich mit seiner glänzenden Geschichte, und wünscht weiter nichts als innige Handelsverbindungen mit Spanien. Die „Iberia“ in Madrid, „Los des Reinos“ in Valencia und andere iberische Blätter, wenn sie fortbestehen sollen, werden ihr Programm modificiren müssen.

Mag über die Geschichte des Iberismus für Fernerstehende Manches dunkel und streitig gewesen seyn, so ist doch jetzt wenigstens was Portugal betrifft, kein Zweifel mehr möglich. Und gerade Portugal ist für uns ein so unbekanntes und schwer zugängliches Land, daß jede Orientirung hierüber unsern Dank verdient. Daß „katholisch“, „conservativ“ und „legitimistisch“ in Portugal sich deckende Begriffe seien, ist keine neue Behauptung; die Thatsachen aber haben nun in überraschend energischer Wendung weiter bewiesen, daß diejenigen, welche die Politik des Iberismus von Anfang an weit von sich gestoßen haben, die einzigen wahren Vertreter des portugiesischen Volks- und Nationalgefühls waren.

XIV.

Zur neuen Aera des deutschen Ritter-Ordens.

Es gehört zu den Zeichen der Zeit, daß die Stimmführer der liberalen Partei den corporativen Geist, durch welchen unsere Voreltern Großes geleistet, und den sie als kostbares Erbgut, als Talisman ihrer politischen und materiellen Existenz hoch in Ehren gehalten haben, als unverträglich mit den liberalen Reform-Ideen der Neuzeit ausschreien. Die Aufhebung der Corporationen in Kirche und Staat ist seit mehreren Decennien eines jener Schlagwörter, welche einen Glaubensartikel im Katechismus der Freiheit bilden.

Daß zur Förderung der Staatswohlfahrt die ständischen Institutionen aufgelöst, der corporative Geist in den Municipien gründlich reformirt, die Zünfte beseitigt und die religiösen Genossenschaften, welche die Bildung der Jugend und die Pflege der Kranken seit Jahrhunderten sich zur Aufgabe gestellt hatten, aufgegeben werden müssen — das Alles wird von hochweisen Lehrstühlen verkündigt, von den Zeitungen auf der Straße gepredigt, von der großen Menge als Heilswahrheit andachtsvoll geglaubt, und endlich von den Staatslenkern theils aus Ueberzeugung, theils aus Schwäche in Ausführung gebracht. Bei einer nur geringen Kenntniß der

Menschheit und ihrer Geschichte sind diese Erscheinungen recht leicht zu erklären, und werden sich mutatis mutandis noch oft wiederholen.

Merkwürdig bleibt aber doch Eine Wahrnehmung bei den Maßnahmen jener Regierungen, welche sich noch nicht ganz der Revolution verschrieben haben, sondern nothgedrungen unter dem Scheine und den Formen des Liberalismus den conservativen Interessen huldigen, oder wenigstens sie in ihre Berechnung ziehen müssen. Sie hatten nämlich das Alte zerstört, nicht weil es schlecht war oder überhaupt überflüssig, sondern weil es mit dem neuen Zeitgeist unverträglich war. Etwas mußte aber doch an die leeren Stellen gesetzt werden, und siehe da, aus den althistorischen Ständen entpuppte sich eine Interessenvertretung, zusammengesetzt aus den Repräsentanten der verschiedenen Schichten der Gesellschaft. Die ehrenfesten Stadträthe mit Zopf und Perücke verwandelten sich in moderne Gemeinderäthe; die Nützlichkeit der Zünfte wurde am besten durch die Creirung von Genossenschaften bewiesen, und die von den katholischen Liberalen viel geschmähten grauen Schwestern mögen nicht wenig erstaunt gewesen seyn bei der Kunde, daß der protestantische Norden ein rivalisirendes Schwester-Institut in der Gestalt der Diaconissinen in's Leben gerufen habe. Darin liegt aber der große Unterschied zwischen dem ächten Liberalen wie er im Buche steht, und dem conservativen Reformer, daß der Erstere zerstört, weil es im Buche steht, weil seine Doktrin es fordert, daß er es wieder aufbauen muß, weil er sonst selbst im Schutte zu Grunde geht, dabei aber den Vortheil der organischen Entwickelung verliert; wogegen der Letztere am Alten festhält insoweit es gut ist, und dasjenige ausscheidet und durch Zweckmäßigeres ersetzt, was sich im Laufe der Zeiten abgenützt hat, ohne sich durch reaktionär tönende Worte abschrecken oder durch liberal schimmernde Phrasen blenden zu lassen.

Zu diesen conservativen Reformatoren im eben angegebenen Sinne zählen wir die Glieder des deutschen Ritter-

Ordens in Oesterreich, welche im Erzherzog Wilhelm ihren Meister und Lenker verehren.

Se. kaiserl. Hoheit Erzherzog Wilhelm von Oesterreich ist der dritte Sohn des Helden von Aspern, des berühmten Feldmarschalls Erzherzog Karl Ludwig. Geboren am 21. April 1827, wurde er vom früheren Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Maximilian von Este zum Coadjutor des deutschen Ordens mit der bestimmten Anwartschaft auf die Nachfolge und mit der ausgesprochenen Absicht berufen, dem jugendlichen Prinzen Gelegenheit zu verschaffen, sich mit dem Geiste des Ordens vertraut zu machen, um dessen Ziele mit den Anforderungen der Neuzeit in Einklang zu bringen.

Kaum hatte Erzherzog Wilhelm die Regierung des Ordens übernommen, so war sein Bemühen dahin gerichtet, den Ordenszwecken, wie sie bei der Gründung ausgesprochen und in den ursprünglichen sowie den späteren, nach den Bedürfnissen modificirten Statuten niedergelegt sind, jene Geltung zu verschaffen, deren sich der Orden im jetzigen Jahrhunderte in der öffentlichen Meinung erfreuen muß, wenn er nicht zu einer einfachen Versorgungsanstalt für einzelne Glieder altadeliger Familien herabsinken soll, deren Beruf und Befähigung lediglich im Besitze eines makellosen Stammbaumes besteht.

Bevor wir in das Detail der Reformen eingehen, ist zum Verständniß des Nachfolgenden die Mittheilung einiger historischer und statistischer Daten in den kürzesten Umrissen nothwendig.

Der ritterliche Deutsche Orden verdankt seine Entstehung dem Wohlthätigkeitssinne und der christlichen Nächstenliebe mehrerer deutschen Männer, welche im J. 1190 bei der Belagerung von Accon (Ptolemais, St. Jean d'Acre) ein Hospital für ihre kranken Landsleute errichtet hatten. Glaubenstreue und Nächstenliebe waren die Motive der Entstehung, und diese zwei Heldentugenden sollten auch von nun an die Devise des Ordens bei seiner ferneren Entwickelung bleiben. Kaiser Heinrich VI. und Papst Cölestin III. vereinten sich,

um dieser Privatstiftung einen staatsrechtlichen und kirchlichen Charakter zu verleihen. Heinrich Walpot von Bassenheim war der erste Meister. Er starb den 5. November 1203. Der vierte Meister Hermann von Salza, vom deutschen Kaiser Friedrich II. in den Reichsfürstenstand erhoben, trug das Ordensbanner in das heidnische Preußenland, welches vom Papst und Kaiser dem Orden geschenkt und zur Eroberung angewiesen worden war.

Während der Orden unter seinem Oberhaupte, dem Hochmeister welcher seinen Sitz von Acre nach Venedig, und im J. 1309 nach Marienburg an der Nogat verlegt, im Preußenlande festen Fuß gefaßt hatte, um Christenthum und Civilisation in den ferneren Osten zu verpflanzen, und auch die nordöstlich gelegenen Länder Liefland, Curland und Semgallen als ein Landmeisterthum dem Ordensgebiete incorporirte, hatte der Besitz des Ordens in deutschen und welschen Landen im Wege der friedlichen Eroberung, d. h. durch Schenkung und Stiftung eine so große Ausdehnung gewonnen, daß der Meister in Deutschland den Reichsfürsten eingereiht wurde. Dieser Deutschmeister war der gesetzliche Stellvertreter des Hochmeisters. Dem Deutschmeister waren untergeordnet die Balleien: Franken, Hessen, Biesen, Utrecht, Westfalen, Lothringen, Sachsen, Thüringen, Elsaß und Burgund, in welschen Landen die Häuser zu Venedig, Padua, in Apulien, Sicilien und Spanien. Die Balleien Oesterreich und an der Etsch unterstanden als Kammerballeien dem Hochmeister.

Mit dem Beginne des 16. Jahrhunderts trat aber ein Wendepunkt ein, und der Verfall des Ordens beginnt. Der Hochmeister Albrecht von Brandenburg war der erste Fahnenflüchtige; er trat zum Lutherthume über, vermählte sich mit einer Tochter Königs Friedrich von Dänemark und nahm das Ordensland Preußen, nachdem es mit dem Blute von tausend edlen Ordensrittern den benachbarten heidnischen Stämmen abgerungen und behauptet worden war, von der Krone Polen als erbliches Herzogthum zum Lehen. Anfang

der heutigen preußischen Monarchie! Beinahe gleichzeitig, weil dem Orden das Oberhaupt und dadurch auch das öffentliche Ansehen abhanden gekommen war, gingen auch die Besitzungen in den romanischen Ländern verloren.

Um den Orden vor völligem Zerfallen zu schützen, wurde Walter von Kronberg (gewählt den 16. Dezember 1526, gestorben den 5. April 1543) vom Kaiser Karl V. am 18. Januar 1527 als Deutschmeister bestätigt und auf dem Reichstage zu Augsburg 1530 auch als Administrator des zu recuperirenden Preußenlandes belehnt. In solcher Weise vereinigte sich das im Erlöschen begriffene Hochmeisterthum in Preußen mit dem Deutschmeisterthume.

Einen weiteren Verlust erlitt der deutsche Orden durch den Glaubensabfall des letzten Meisters in Lievland, Gotthard Kettler zu Nesselrod (1560), welcher sich und sein Ordensland dem Könige von Polen Sigmund August unterwarf und einen Theil davon von demselben unter dem Titel eines Herzogs von Curland und Grafen von Semgallen 1562 zu Lehen nahm. Um sich für den Verlust der höchsten Güter des Menschen, Ehre und Glauben, einigermaßen zu entschädigen, wollte er sich wenigstens den Besitz der weltlichen Güter sichern und seiner Familie erhalten, was er dem Orden entrissen. Er heirathete eine Herzogin von Mecklenburg.

Durch die sogenannte Reformation ging endlich auch eine deutsche Ballei, nämlich Utrecht, verloren. Nachdem Graf Ernest Kasimir von Nassau, Generalfeldmarschall der Niederlande, seinen sechsjährigen Sohn Heinrich dem Orden als Ritter und dann sogar als Coadjutor der Landcommende oktroyirt hatte, wurde der Druck von außen so gewaltig, daß 1657 durch ein Ballei-Conclusum jedem Ritter dieser Ballei das Heirathen erlaubt wurde, wodurch eine unausfüllbare Kluft gegenüber den übrigen Balleien entstand, die trotz späterer wiederholter Bemühungen zur Wiedervereinigung eine gänzliche Entfremdung herbeiführen mußte.

Der große Sturmwind von Westen, welcher im Beginne

dieses Jahrhunderts über Europa hinbrauste, Staaten zerbröckelte und Throne umstürzte, hatte auch die Existenz des deutschen Ordens in Frage gestellt. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges im J. 1805 wurde durch die Stipulationen im 12. Artikel des Preßburger Friedens dem Kaiser von Oesterreich die Disposition über sämmtliche Besitzungen und Einkünfte des deutschen Ordens, wie selbe im J. 1805 noch beschaffen waren, zu dem Zwecke eingeräumt, um eine Nebenlinie des kaiserlichen Hauses damit zu dotiren.

Gleichzeitig wurden die in Süddeutschland gelegenen Balleien des Ordens von Baden, Württemberg und Bayern via facti in Besitz genommen, und endlich wurde durch Dekret Napoleons vom 24. April 1809 die staatliche Existenz des Ordens für den Umfang der Rheinbundstaaten, deren Fürsten sich in die Domänen theilten, förmlich aufgehoben.

Während nun in Deutschland, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, durch die Ungunst der Zeiten der deutsche Orden zu Grabe getragen worden war, hatte bereits drei Jahre früher am 17. Februar 1806 Kaiser Franz von Oesterreich in väterlicher Sorge für Erhaltung des Ordens den damaligen Hoch- und Deutschmeister, Erzherzog Anton, in seiner Würde, den deutschen Orden selbst aber in seinem damaligen Stande und in seiner Verfassung bestätigt und denselben auch im Genusse seiner Güter belassen. Die kaiserliche Munificenz ging noch weiter; denn bei der Rückkehr ruhiger Zeiten gelangte der Orden in den unangefochtenen eigenthümlichen Besitz sämmtlicher Ordensgüter in den österreichischen Ländern, sowie auch der Commende Sachsenhausen bei Frankfurt am Main. Endlich erfolgte mit allerhöchster Entschließung vom 8. März 1834 die definitive Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen dem Orden und der Krone. Die den Orden beschränkenden Bestimmungen wurden außer Wirksamkeit gesetzt, der Orden in den kaiserlichen Staaten als ein selbstständiges geistlich-militärisches Institut anerkannt und mit seinem ganzen Besitz unter das

Band eines kaiserlichen unmittelbaren Lehens, wobei sich der Kaiser als beständiger Schutz- und Schirmherr erklärte, gestellt.

Bei dem General-Capitel vom 5. Juni 1834, welches für die gegenwärtigen Verhältnisse maßgebend ist, wurde mit frommer Pietät das alte Ordensbuch vom J. 1606 zum Grunde gelegt, und nur einzelne Modifikationen in den Regeln und Statuten vorgenommen.

Dermalen besteht der Orden im österreichischen Kaiserstaate: aus den Rittern, den Ordenspriestern und den affiliirten Ordens-Schwestern. Der Besitz des Ordens zerfällt in das Hoch- und Deutschmeisterthum mit ausgedehnten Gütern in Mähren und Schlesien und der Commende Frankfurt; ferner in die Ballei Oesterreich, gebildet durch den Land-Comthur, zwei Rathsgebietiger und fünf Ritter, mit den Comthureien in Wien, Laibach, Großsontag, Friesach, Möttling, Tschernembl, Meretinzen und Neustadt; in die Ballei an der Etsch, gebildet durch einen Landcomthur, einen Rathsgebietiger und fünf Ritter. Die wesentlichsten Bedingungen der Aufnahme als Ritter sind: stiftmäßiger Adel aus deutscher Familie mit sechszehn Ahnen; Alter zwischen 24 und 50 Jahren; lediger Stand, oder Wittwer ohne Kinder, und weil der Orden den militärischen Charakter beibehalten hat, Dienstleistungen in der kaiserlichen Armee.

Der zweite Bestandtheil des Ordens sind die Ordens-Priester, welche seit der Stiftung dem Orden zugesellt wurden, um in den Ordenshäusern und Spitälern den Gottesdienst zu halten, die Ritter zur Andacht und Beobachtung der Ordensstatuten aufzumuntern und dadurch dem Orden den Charakter eines geistlichen, eines religiösen Instituts zu wahren.

Um in den Orden eintreten zu können, mußten sie bis in die neueste Zeit bereits ordinirte Priester gewesen seyn. Dieser Punkt fällt von nun an, da Priester-Convente errichtet sind, gänzlich weg, und es werden junge Leute nach

abgelegter Maturitäts-Prüfung in den Orden aufgenommen. Die adelige Herkunft wird bei ihnen nicht erfordert. Bevor sie zur Profeß zugelassen werden, müssen sie wie die Ritter ein ganzjähriges Noviziat bestehen, worauf die Aufnahme und Einkleidung von einem eigens hiezu berufenen Receptions-Capitel mit gewissen kirchlichen Solennitäten erfolgt. Sie tragen als Ordenszeichen ebenfalls das Ordenskreuz an einer schwarzen Schnur um den Hals und das schwarze Kreuz auf dem weißen Mantel. Ihre Verwendung ist eine doppelte, theils die Seelsorge in den Ordens-Pfarreien — es sind deren 3 in Mähren, 7 in Schlesien, 4 in Oesterreich, 5 in Steiermark, 6 in Krain und 10 in der Ballei an der Etsch — theils ist ihnen die geistliche Leitung und Ueberwachung der deutschen Ordens-Schwesterhäuser anvertraut.

Um nämlich das im Orden ursprünglich stattgefundene Commun-Leben wieder neu zu begründen, hat der jüngst verstorbene Hoch- und Deutschmeister, Erzherzog Maximilian, zwei Priester-Convente, das eine in Südtyrol in Lana, und das andere in Schlesien in Troppau gegründet, damit in denselben die Novizen ihr Probe- und Vorbereitungs-Jahr bestehen, andererseits aber auch die emeritirten Ordens-Priester nach mühevoller Arbeit im Weinberge des Herrn die letzten Lebensjahre in Ruhe zubringen können und einen Vereinigungspunkt hätten, um sich daselbst von Zeit zu Zeit im Geiste zu erneuern und zu stärken, und durch das zeitweise Zusammenleben die Bande der christlichen Liebe fester zu knüpfen, welche alle Ordensmänner zu wahrer Eintracht und wechselseitiger Aneiferung vereinen soll. Im Groß-Capitel vom J. 1865 wurden diese beiden Convente ihrer definitiven Regelung zugeführt, so daß das Noviziat für die Kleriker im Convente zu Troppau schon mit dem Beginne des Oktobers in diesem Jahre eröffnet werden könne. Diejenigen der Studierenden, welche das Gymnasium absolvirt und die Maturitätsprüfung abgelegt haben, können ihre Gesuche um Aufnahme in die Central-Kanzlei des Deutschen Ritterordens

in Wien einschicken. Für Lana ist das Noviziat schon seit einigen Jahren eröffnet.

Der hohe Herr ging aber in seiner geistlichen Vorsorge noch weiter. Nachdem der Mangel an Seelsorgern alle Jahre fühlbarer wurde, so folgte der Erzherzog dem Beispiele so vieler glaubenseifriger Kirchenfürsten, welche durch Gründung von Knabenseminarien sich einen Nachwuchs an Priestern heranziehen. Er gründete auf seine Kosten ein solches Knaben-Seminar auf dem Deutsch-Ordensschlosse Eulenburg in Mähren, in der Geschichte bekannt durch den Umstand, daß bei diesem Schlosse der Volksheld Lafayette, welcher aus der benachbarten Festung Olmütz entflohen war, wieder eingefangen wurde. Um übrigens Mißverständnissen vorzubeugen, möge gleich bemerkt werden, daß ebenso wenig wie bei den bischöflichen Knabenseminarien, die Aufnahme in dieselben den Eintritt in den Orden zur Pflicht mache; im Gegentheile verband der großmüthige Gründer damit noch einen anderen Akt der Wohlthätigkeit, nämlich um den zahlreichen Ordensbeamten die Erziehung ihrer Kinder zu erleichtern. In neuester Zeit wurde übrigens dieses Institut, weil der Orden nicht in der Lage war die nöthigen Lehrkräfte beizustellen, theilweise nach Kremsier transferirt und mit dem dortigen erzbischöflichen Knabenseminar vereint.

Wir kommen nun zum dritten Glied in der Ordenskette. Es ist zwar in seiner gegenwärtigen Gestalt erst jüngsten Datums, allein so innig verwachsen mit dem Geiste und dem Berufe des Ordens, daß der edle Schöpfer dieses Instituts, Erzherzog Maximilian, schon damit dem Orden einen neuen Aufschwung gegeben hatte. Während seiner mehr als fünfundzwanzigjährigen Regierung mit der uneigennützigsten Aufopferung und ächt apostolischem Feuereifer bemüht, das religiöse Element im Orden zu heben und die Erfüllung der Ordenszwecke im Geiste der dermaligen Zeitverhältnisse zu ermöglichen, hat Erzherzog Maximilian aus eigenen Mitteln für das Meisterthum den bereits im J. 1357 vom Papste

Innocenz VI. als Ordensglied anerkannten, und mit Privilegien ausgestatteten affiliirten Frauenorden, welcher im Laufe der Zeiten in Vergessenheit gekommen war, reaktivirt, entsprechend dotirt und mit eigenen vom apostolischen Stuhle bestätigten Ordensregeln versehen, worin als Hauptzweck hingestellt ist: durch Ertheilung des weiblichen Unterrichtes, durch Krankenpflege und Almosenspende Werke geistlicher und leiblicher Nächstenliebe zu verrichten, und dadurch werkthätig das Andenken an jene frommen Männer zu ehren, welche vor 800 Jahren im fernen Osten den ersten Keim zum Orden gelegt hatten. Wir glauben den wohlwollenden Leser nicht zu ermüden, wenn wir einige statistische Details beifügen.

Erzherzog Maximilian stiftete zunächst zwei Häuser, eines zu Lana in Tyrol, das andere sollte in Troppau seyn und das daselbst bestehende Spital übernehmen. Weil aber das Haus in Troppau noch nicht hergestellt war, zogen die von Lana angekommenen 5 Schwestern im August 1841 in das zu Freudenthal befindliche deutsche Ordenshaus ein, wo sie sich der Krankenpflege widmeten und eine Mädchenschule errichteten. Zur Uebernahme des Spitals durch die deutschen Ordensschwestern in Troppau kam es nicht, doch sie errichteten in ihrem eigenen Hause zu Troppau 18 Krankenbetten für weibliche Kranke, dann übernahmen sie die dasige Mädchenschule und führen beide in ersprießlicher Weise fort. Ein ähnliches Spital von 12 Betten ist in Freudenthal.

Bezüglich der zeitlichen Güter bestimmt das 13. Hauptstück der Statuten, daß die Schwesterhäuser von ihrem Stifter und von Wohlthätern eine eigene von dem deutschen Ordensvermögen getrennte Dotation erhalten. Diese Dotation bildet der allgemeine D.-O.-Schwester-Fond. Neben diesem hat jede einzelne Schwestergemeinde einen eigenen sogenannten Oekonomie-Fond, in welchen alle Vergütungen fließen, welche die einzelnen Häuser durch Ersparniß, Erbschaft, Geschenke u. dgl. erhalten oder erübrigen. Gegenwärtig bestehen drei Schwestergemeinden mit den Haupthäusern zu Lana, Troppau und

Freudenthal. Diese Haupt- oder Mutterhäuser haben ihre Filialen, als das Haus Lana die Töchter zu Passeier, Völlau, Sarnthal und Unterinn; das zu Troppau das Tochterhaus in Würbenthal und endlich das in Freudenthal die Filiale zu Engelsberg. An dem Filialhause zu Braunseifen, wohin die bis jetzt in einer Privat-Waisenanstalt zu Lissa in preußisch Schlesien beschäftigten Schwestern versetzt werden, wird eben gearbeitet. Mit Ausnahme von Troppau und Freudenthal wo Spitäler sind, ist die Aufgabe der Schwestern, wie schon gesagt, der Mädchenunterricht und die Armenpflege.

Aus dem eben Geschilderten geht hervor, daß der verewigte Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Maximilian nicht nur vom edelsten Willen beseelt war, die ursprünglichen Gründungszwecke im Einklange mit den dermaligen Zeitverhältnissen zu befördern, sondern daß er auch durch seine großartigen Stiftungen während seiner langjährigen Regierung die Ordenszwecke auf das glänzendste wirklich gefördert hat.

Dabei darf aber nicht aus dem Auge gelassen werden, daß diese Ordenszwecke nicht durch Ordensmittel erreicht worden sind, oder mit anderen Worten: der größte Theil von dem was Erzherzog Maximilian im Interesse des Ordens geschaffen, hat er als Privatmann, als Besitzer eines großen Familienvermögens gethan. Doch wenn auch dieses dem Orden nicht mehr zu Gebote steht, so sind andere Mittel vorhanden, um in demselben Geiste der Regenerirung fortzugehen, und dieß ist auch wirklich der Fall.

Der gegenwärtige Meister des Ordens, Erzherzog Wilhelm, unterstützt von seinem Großcapitel und vom Ordens-Kanzler, Ritter von Schön welcher, auferzogen im Geiste des Erzherzogs Maximilian, mit Hingebung und mit voller Seele die Zwecke des Ordens zu fördern trachtet, setzt nicht nur den von seinem hohen Vorfahren begonnenen Aufbau fort, sondern höchstderselbe hat den Plan auch auf eine Weise erweitert, die in der That berufen ist dem Orden eine neue Aera anzubahnen.

... Sucht nach Gewinn und G...
und wir uns darauf beschränken,
unserer Voreltern zu zehren, wah...
Von dieser Ueberzeugung ausgehe...
in die Fußstapfen seines edlen Vor...
gefaßt, den bereits Se. kais. apost. ...
und Schirmherr des deutschen Ord...
verschiedenen Provinzen des österre...
nach Umständen auch im Auslande...
und zu dotiren, wo arme Krank...
unter der Obsorge der Ordensschwe...
und unter der Leitung von Orden...
sollen.

Er hat dadurch auch den besten...
dem Vorwurfe, welcher von liberale...
scheinend mit Grund erhoben wird, ...
bei geänderten Zeitverhältnissen der...
einer Versorgungsanstalt von einigen...
sunken sei, mit Kraft und Erfol...
jeder conservativ Denkende, dem ...
von frommen Stiftungen gelegen ...
mit Freuden ...

die eigenen Kräfte nicht ausreichen können. Um nun diese Kräfte zu erhöhen und dem gesammten deutschen Adel die Gelegenheit zu geben, den aus dem deutschen Adel hervorgegangenen Orden bei Förderung seiner Hauptaufgabe, der Nächstenliebe nämlich, zu unterstützen, wurde im Großcapitel vom 28. April 1865 beschlossen, zur Förderung der Nächstenliebe durch Errichtung von Spitälern eine affiliirte Ritterschaft zu begründen.

Die Modalitäten, unter welchen eine solche Ritterschaft entstehen soll, wurden großcapitularisch also bestimmt:

1) Die aufzunehmenden Mitglieder sollen den Titel „Ehrenritter des hohen deutschen Ritterordens" führen. Sie werden aus dem gesammten katholischen stiftungsmäßigen Adel, ohne Rücksicht auf den österreichischen Unterthanenverband, genommen.

2) Als Bedingungen zur Aufnahme werden festgesetzt: a) Die eheliche Abstammung des Bewerbers von acht Ahnen väterlicher und acht Ahnen mütterlicherseits von stiftungsmäßigen Adelsfamilien, jedoch hat nur der Hauptstamm des Bewerbers deutschen Geblütes zu seyn, während in den Nebenlinien des männlichen Stammes und auf weiblicher Seite auch vornehme nicht deutsche Adelsfamilien vorkommen können. b) Der Bewerber kann ledig oder verheirathet seyn, im Civil- oder Militärstande sich befinden. c) Der Bewerber muß katholischer Religion seyn. d) Der Bewerber hat bei der Aufnahme 1500 fl. österreichischer Währ. als Statutengeld für den Spitalsfond zu erlegen, und jährlich an denselben einen Beitrag von 100 fl. ö. W. zu leisten.

3) Das Gesuch um Aufnahme ist an den deutschen Orden zu richten, und der Hoch- und Deutschmeister delegirt einen der Land-Comthure, welcher über die sich meldenden Bewerber Notizen zu sammeln, auch das Votum der in Ordensangelegenheiten stimmberechtigten Profeßordensritter beider Balleien schriftlich einzuholen und sofort seinen Bericht hierüber an den Hoch- und Deutschmeister zu erstatten haben wird.

4) Die Prüfung der Ahnenprobe hat durch den Landcom-

thur in herkömmlicher Weise zu geschehen, und ist selbe sodann dem Hoch- und Deutschmeister zur Superrevision zu unterbreiten, welcher bei notorischer Richtigkeit der Angaben auch von der Beibringung eines zu einem strengen juridischen Beweise noch erforderlichen Dokumentes dispensiren kann. Weiters wurde festgesetzt: a) es ist nicht unbedingt nothwendig, daß der Bewerber sich persönlich vorstelle; auch genügt die Bestätigung des Stammbaumes durch zwei Cavalliere sub fide nobili und an [illegible] eine wirkliche Aufschwörung stattfindet. b) [illegible] e erhält der Ehrenritter ein vom Hoch- u[illegible] unterzeichnetes Ernennungsdekret, in we[illegible]ung an die Bedingung zu knüpfen ist, [illegible] in katholischer Religion verharre, die jäh[illegible] an den Spitalfond leiste und die Ehre des [illegible]dens stets im Auge behalte, widrigenfalls [illegible]ekoration sammt dem Ernennungsdekrete zurückzustellen habe, indem er aus denselben Gründen des Kreuzes verlustig wird, wie solche in den Statuten für die Profeßordensritter festgesetzt sind. c) Bei der Aufnahme hat kein Capitel stattzufinden, jedoch ist der Stammbaum sammt Dokumenten des Ehrenritters dem Archiv einzuverleiben.

5) Eine Deponirung des Capitals zur Deckung der jährlichen Beitragsquote an den Spitalfond wird nicht gefordert.

6) Die Ehrenritter haben in allen, wie immer gearteten Ordensangelegenheiten keine Stimme, und ihre Rechte beschränken sich auf die Erlaubniß, das als Dekoration für sie bestimmte Halskreuz und die Uniform zu tragen, sich Ehrenritter des deutschen Ritterordens zu nennen und das Ordenskreuz ihrem Wappen in ähnlicher Weise beizufügen, wie solches bei Honorarorden gestattet ist, nicht aber das Wappen auf das Ordenskreuz zu legen, wie solches von Profeßordensrittern geschieht. Auch bleibt es den Ehrenrittern, wenn sie auch nicht österreichische Unterthanen sind, unbenommen, um die Aufnahme als Profeßordensritter einzuschreiten, wenn selbe den dießfalls bestehenden statutenmäßigen Bedingungen genau nachkommen.

7) Der Bewerber muß die Großjährigkeit nach den Gesetzen jenes Staates, welchem derselbe als Unterthan angehört,

erlangt haben, daher nicht durchgängig das zurückgelegte vierundzwanzigste Lebensjahr erforderlich ist.

8) Die Ordensdekoration für die Ehrenritter besteht in dem unveränderten Halskreuze mit Helm, wie solches die Profeßordensritter tragen, jedoch hat das Kreuz nicht geweiht zu seyn, und ist ohne Coulant am schwarzen Bande um den Hals zu tragen. Das Tragen des Brustkreuzes ist ihnen nicht gestattet, da dieses Recht nur den lebenslänglichen Profeßmitgliedern des Ordens zusteht.

Damit die Form der Dekoration durchgängig gleich sei, wird die Anfertigung derselben unter Aufsicht des Ordens beschlossen und sind die Kosten aus den eingehenden Statutengeldern der Ehrenritter zu bestreiten; die Ordensdekoration wird denselben zugleich mit dem Ernennungsdekrete übermittelt und hat der Ehrenritter über die seinerzeitige Rückstellung an den Orden einen Revers auszustellen.

In gleicher Weise hat der Ehrenritter das Recht die Ordensuniform der Ritter, jedoch ohne Mantel, zu tragen, da dieser ein Zeichen der lebenslänglichen Profeß ist.

9) Der Austritt aus dem Orden steht dem Ehrenritter frei, doch hat dieser selben anzuzeigen und das Ernennungsdekret sammt der Ordensdekoration zurückzustellen. Das bei der Aufnahme erlegte Statutengeld wird nicht zurückerstattet, sondern verbleibt dem Spitalfonde.

10) Die Ausschließung oder Entlassung von Ehrenrittern hat in allen jenen Fällen stattzufinden, in welchen solches durch die Ordensstatuten für die Profeßordensritter festgesetzt ist.

Die Nützlichkeit oder eigentlich Nothwendigkeit dieser Affiliirung der Ehrenritter an den edlen Stamm hat einen doppelten Grund; den einen wollen wir als materiellen bezeichnen, wogegen der andere jedenfalls eine höhere Tragweite hat.

Soll durch die Aufnahmsgebühr der Ehrenritter und ihre Jahresbeiträge ein entsprechender Fond für Hospitalzwecke des Ordens geschaffen werden, so genügt eine einfache Berechnung, daß nur durch eine große Anzahl von Ehrenrittern, die wieder nach den alten Balleien in Gruppen ge-

sondert werden könnten, möglich werde, weßhalb auch die Legung der Ahnenproben gewisse Erleichterungen erhalten hat.

Wer kennt nicht die Sympathien, deren sich das Haus Habsburg im katholischen deutschen Adel erfreut, Sympathien welche sich nicht bloß in schönen Worten, sondern in Thaten geäußert haben. Es wird kaum Eine irgend bekannte Familie geben, welche nicht in den vergangenen Jahrhunderten irgend ein Mitglied i[illegible] Dienste entsendet hätte, und jetzt noch dür[illegible]liches Regiment zu finden seyn, in wel[illegible] aus dem Reiche" treu den alten Traditio[illegible] des letzten deutschen Kaisers ein geistiges [illegible]

Durch die [illegible]ion soll nun dem gesammten katholischen A[illegible] eine Gelegenheit geboten werden, in ei[illegible]niß zu Oesterreich zu treten. Das schwarze Kreuz an der Brust wird ein Erkennungs- und Wahrzeichen werden für künftige Zeiten, und wer möchte es läugnen, daß einmal der Tag kommen wird, wo jeder Träger desselben zum Baustein werden kann für ein neues Gebäude!

Wenn ferners an der Bedingung festgehalten wird, daß nur jener der Ehre des deutschen Kreuzes theilhaftig werden kann, dessen katholisch conservative Gesinnung außer Zweifel steht, und der den Muth des katholischen Glaubens besitzt, d. h. der nicht nur seinen katholischen Glauben im Sturme der Zeiten gewahrt hat, sondern auch mit Wort und That dafür einsteht, sei es gegen den Spott der Presse, sei es gegen den Druck verblendeter Regierungen, dann wird die neue Aera des deutschen Ordens vollständig herangebrochen seyn.

Der Kampf gegen die Ungläubigen, in welchem Tausende von Rittern ihr Leben gelassen, wird Platz machen einem unblutigen Kampfe gegen den Unglauben, und so unwahrscheinlich es scheint, so ist es doch wahr, daß zu diesem letzteren Kampfe eben so viel moralischer Muth erforderlich ist wie zu

jenen Kämpfen, die in den früheren Jahrhunderten ausgefochten wurden. Ja noch mehr; wie die Verhältnisse dermalen stehen, muß die traurige Wahrheit ausgesprochen werden, daß es in diesem Augenblicke vielleicht schwieriger seyn wird Glaubens-Ritter im Kreuzzuge des 19. Jahrhunderts zu finden, als dieß im Mittelalter der Fall war.

Trotzdem wären wir nicht verlegen auf der Arena der preußischen, bayerischen, württembergischen und badischen Kammern Namen zu begegnen, welche die würdigsten Träger des schwarzen Kreuzes wären! Bei dieser Auffassung wird der deutsche Orden zur wahren Propaganda und sein Wirken von um so größeren Erfolgen begleitet werden, weil diese Missionäre des 19. Jahrhunderts aus den edelsten Geschlechtern Deutschlands entsprossen, schon durch ihre bevorzugte sociale und politische Stellung einen ungleich größeren Einfluß gewinnen müßten, als dieß einfachen frommen Priestern möglich ist!

Warum soll der Geist der Association, durch welchen das Capital im Begriffe steht nicht eine Großmacht, sondern ein Weltmacht zu werden, und durch welchen die Partei des Umsturzes bereits Erfolge erzielt hat, von denen sich das gewöhnliche Menschenkind, das sich sein Urtheil nur nach der Tagespresse bildet, gar nichts träumen läßt, welche aber riesengroß im dunklen Hintergrund auf den Moment der Enthüllung lauern, warum, fragen wir, soll der Geist der Association nicht einmal auch, angeregt durch einen erlauchten Sprossen aus jenem Fürstenhause welches bisher immer als Hort der Kirche und des Rechtes betrachtet worden ist, dazu verwendet werden, um der katholischen Kirche und der conservativen Sache als Säule zu dienen.

Wir sind von jeher Jenen entgegengetreten, welche an dem endlichen Siege des Rechts und der Religion aus dem Grunde verzweifelten, weil allmählig die conservativen Elemente abhanden gekommen seien. Diese Anschauung haben wir stets als eine Selbsttäuschung erklärt. Es sind

conservative Elemente in allen Ländern vorhanden, es fehlt weder an der Kraft des Wollens, noch an der Kraft des Vollbringens, sondern an der Vereinigung dieser einzeln wirkenden und sich daher zersplitternden Kräfte fehlt es; und eine solche Vereinigung müssen wir als das Endziel hinstellen. Jenem Prinzen welcher das Ziel sich gesetzt, und nach Möglichkeit erreicht, wird es zum unsterblichen Ruhme gereichen und es werden [illegible] mit [illegible] em Rechte jene Worte Anwendung finden, [illegible] ie alte Ordens-Chronik die Regierung sein[illegible] [illegible]rayren, des Erzherzogs Leopold Wilhelm von [illegible]: „Ein unvergleichlicher Fürst, deßgleichen sein[illegible] n aufzuweisen hatte .... im Kabinete und [illegible] r und stets weisester Rath; ganz Europa [illegible] Ruhme und er verdiente mit Recht die [illegible] genannt zu werden."

XV.

Was ist slavisch, was ist deutsch?

Die große Scheidewand, welche die Römer zwischen der von ihnen beherrschten Welt und den frei gebliebenen Völkern nach dem Norden hin aufwarfen, haben bekanntlich zuerst und mit bleibendem Erfolge die germanischen Stämme niedergeworfen und damit in Ausführung gebracht, was lange vorher ein großer König im Osten, Mithridates, als das Ziel seiner Pläne verfolgte, die allgemeinen Räuber (latrones gentium) zu vertilgen, und was die Kelten Britanniens ver-

geblich als ihre Aufgabe gewählt, den Kampf mit den Dieben des Erdkreises*), die weder der Orient noch der Occident sättigen konnte, vollendet. Während aber bei der allgemeinen Vorrückung deutscher Völker nach dem Stammlande römischer Herrschaft (Italien) und nach den Ländern, in welchen letztere am meisten Wurzeln geschlagen, Gallien, Spanien und Afrika, der Süden und Südwesten Europas in deutsche Hände fiel, rückte der ungleich größere Volksstamm der Slaven (Anten und Slobenen) theils in die von den Deutschen verlassenen Wohnsitze, theils in die weiten Ebenen Osteuropas, endlich in jene herrlichen Wohnsitze ein, die einst Heimath der hellenischen Cultur und des macedonischen Stammreiches gewesen waren. Beiden großen Völkerfamilien, den Slaven wie den Deutschen schien bei dem Untergange des alten römischen Reiches, seiner Cultur und seiner Pracht die Zukunft Europas anzugehören, jedoch gleich anfänglich mit einem bemerkenswerthen Unterschiede, nicht bloß der Sprache, sondern des historischen Auftretens. Denn während die Deutschen unter gewaltigen Heer-Königen geschaart und geeint auf Begründung von Staaten ausgehen und der römischen Cultur noch lange Zeit einen nur zu oft maßgebenden Einfluß auf sich gestatten, bleiben die Slaven in nicht unfreiwilliger Verbindung mit den wilden Hunnen und Awaren**), und ist ihr Vordringen nach dem

---

*) raptores orbis. Jul. Agric. vita c. 30.

**) Safarik fand zwar darin für die Slaven ein Glück, wo nicht gar einen Vorzug unter den menschlichen Hunnen zu weilen und deren Sitten anzunehmen (Slav. Alterth. I. S. 529 Note). So oft aber auch diese Meinung sowie die von dem unkriegerischen Sinne der alten Slaven wiederholt, ab- und ausgeschrieben wird, bleibt sie doch im grellen Widerspruche mit der Geschichte. Vergl. Amm. Marcell. XXXI, 2. Agathias, Ed. Venet. V. p. 129. Procopius de bello gothico 121. c. 38. Fallmerayer: welchen Einfluß rc. S. 55. Niemals ist es für eine jugendliche Nation ein Glück mit einer wilden zusammengeworfen zu werden. Die Hunnen aber für ein Culturvolk zu halten, ist im Ernste noch Niemanden eingefallen

Gehen wir auf den Ursprung des Ordens zurück, so war bei der Gründung, wie bereits angedeutet worden, der Ordenszweck ein doppelter: Glaubenskampf und Nächstenliebe. Im Laufe der Jahrhunderte ist die Realisirung des ersteren gänzlich in den Hintergrund getreten und wenigstens im ursprünglichen Sinne nicht mehr ausführbar. Zur Bethätigung der Nächstenliebe aber fehlt es in unserem Jahrhunderte, wo die Sucht nach Gewinn und Genuß tonangebend geworden und wir uns darauf beschränken, an den frommen Stiftungen unserer Voreltern zu zehren, wahrlich nicht an Gelegenheit. Von dieser Ueberzeugung ausgehend hat Erzherzog Wilhelm, in die Fußstapfen seines edlen Vorfahren tretend, den Beschluß gefaßt, den bereits Se. kais. apost. Majestät als oberster Lehens- und Schirmherr des deutschen Ordens bestätigt hatte: in den verschiedenen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates, und nach Umständen auch im Auslande Spitäler zu gründen und zu dotiren, wo arme Kranke ganz unentgeltlich unter der Obsorge der Ordensschwestern und Ordenspriester und unter der Leitung von Ordensrittern gepflegt werden sollen.

Er hat dadurch auch den besten Weg eingeschlagen, um dem Vorwurfe, welcher von liberaler Seite so oft und anscheinend mit Grund erhoben wird, daß nämlich dermalen bei geänderten Zeitverhältnissen der deutsche Orden nur zu einer Versorgungsanstalt von einigen Bevorzugten herabgesunken sei, mit Kraft und Erfolg entgegen zu treten, und jeder conservativ Denkende, dem am Bestande und Gedeihen von frommen Stiftungen gelegen seyn muß, wird diesen Beschluß mit Freuden begrüßen.

Gerade in diesem Falle ist aber leider ein weiter Weg vom Wollen bis zum Vollbringen. Obwohl der Orden alle Anstrengungen macht, und obwohl auch die einzelnen Ordensmitglieder nach dem Beispiele des Meisters das Ihrige beitragen, um die nöthigen Fonds zur Errichtung solcher Spitäler herbeizuschaffen, so ist die Aufgabe doch so riesig, daß

die eigenen Kräfte nicht ausreichen können. Um nun diese Kräfte zu erhöhen und dem gesammten deutschen Adel die Gelegenheit zu geben, den aus dem deutschen Adel hervorgegangenen Orden bei Förderung seiner Hauptaufgabe, der Nächstenliebe nämlich, zu unterstützen, wurde im Großcapitel vom 28. April 1865 beschlossen, zur Förderung der Nächstenliebe durch Errichtung von Spitälern eine affiliirte Ritterschaft zu begründen.

Die Modalitäten, unter welchen eine solche Ritterschaft entstehen soll, wurden großcapitularisch also bestimmt:

1) Die aufzunehmenden Mitglieder sollen den Titel „Ehrenritter des hohen deutschen Ritterordens" führen. Sie werden aus dem gesammten katholischen stiftungsmäßigen Adel, ohne Rücksicht auf den österreichischen Unterthanenverband, genommen.

2) Als Bedingungen zur Aufnahme werden festgesetzt: a) Die eheliche Abstammung des Bewerbers von acht Ahnen väterlicher und acht Ahnen mütterlicherseits von stiftungsmäßigen Adelsfamilien, jedoch hat nur der Hauptstamm des Bewerbers deutschen Geblütes zu seyn, während in den Nebenlinien des männlichen Stammes und auf weiblicher Seite auch vornehme nicht deutsche Adelsfamilien vorkommen können. b) Der Bewerber kann ledig oder verheirathet seyn, im Civil- oder Militärstande sich befinden. c) Der Bewerber muß katholischer Religion seyn. d) Der Bewerber hat bei der Aufnahme 1500 fl. österreichischer Währ. als Statutengeld für den Spitalfond zu erlegen, und jährlich an denselben einen Beitrag von 100 fl. ö. W. zu leisten.

3) Das Gesuch um Aufnahme ist an den deutschen Orden zu richten, und der Hoch- und Deutschmeister delegirt einen der Land-Comthure, welcher über die sich meldenden Bewerber Notizen zu sammeln, auch das Votum der in Ordensangelegenheiten stimmberechtigten Profeßordensritter beider Balleien schriftlich einzuholen und sofort seinen Bericht hierüber an den Hoch- und Deutschmeister zu erstatten haben wird.

4) Die Prüfung der Ahnenprobe hat durch den Landcom-

thur in herkömmlicher Weise zu geschehen, und ist selbe sodann dem Hoch- und Deutschmeister zur Superrevision zu unterbreiten, welcher bei notorischer Richtigkeit der Angaben auch von der Beibringung eines zu einem strengen juridischen Beweise noch erforderlichen Dokumentes dispensiren kann. Weiters wurde festgesetzt: a) es ist nicht unbedingt nothwendig, daß der Bewerber sich persönlich vorstelle; auch genügt die Bestätigung des Stammbaumes durch zwei Cavalliere sub fide nobili und an Eidesstatt, ohne daß eine wirkliche Aufschwörung stattfindet. b) Bei der Aufnahme erhält der Ehrenritter ein vom Hoch- und Deutschmeister unterzeichnetes Ernennungsdekret, in welchem seine Ernennung an die Bedingung zu knüpfen ist, daß der Ehrenritter in katholischer Religion verharre, die jährliche Beitragsquote an den Spitalfond leiste und die Ehre des Adels und des Ordens stets im Auge behalte, widrigenfalls derselbe die Ordensdekoration sammt dem Ernennungsdekrete zurückzustellen habe, indem er aus denselben Gründen des Kreuzes verlustig wird, wie solche in den Statuten für die Profeßordensritter festgesetzt sind. c) Bei der Aufnahme hat kein Capitel stattzufinden, jedoch ist der Stammbaum sammt Dokumenten des Ehrenritters dem Archiv einzuverleiben.

5) Eine Deponirung des Capitals zur Deckung der jährlichen Beitragsquote an den Spitalfond wird nicht gefordert.

6) Die Ehrenritter haben in allen, wie immer gearteten Ordensangelegenheiten keine Stimme, und ihre Rechte beschränken sich auf die Erlaubniß, das als Dekoration für sie bestimmte Halskreuz und die Uniform zu tragen, sich Ehrenritter des deutschen Ritterordens zu nennen und das Ordenskreuz ihrem Wappen in ähnlicher Weise beizufügen, wie solches bei Honorarorden gestattet ist, nicht aber das Wappen auf das Ordenskreuz zu legen, wie solches von Profeßordensrittern geschieht. Auch bleibt es den Ehrenrittern, wenn sie auch nicht österreichische Unterthanen sind, unbenommen, um die Aufnahme als Profeßordensritter einzuschreiten, wenn selbe den dießfalls bestehenden statutenmäßigen Bedingungen genau nachkommen.

7) Der Bewerber muß die Großjährigkeit nach den Gesetzen jenes Staates, welchem derselbe als Unterthan angehört,

erlangt haben, daher nicht durchgängig das zurückgelegte vierundzwanzigste Lebensjahr erforderlich ist.

8) Die Ordensdekoration für die Ehrenritter besteht in dem unveränderten Halskreuze mit Helm, wie solches die Profeßordensritter tragen, jedoch hat das Kreuz nicht geweiht zu seyn, und ist ohne Coulant am schwarzen Bande um den Hals zu tragen. Das Tragen des Brustkreuzes ist ihnen nicht gestattet, da dieses Recht nur den lebenslänglichen Profeßmitgliedern des Ordens zusteht.

Damit die Form der Dekoration durchgängig gleich sei, wird die Anfertigung derselben unter Aufsicht des Ordens beschlossen und sind die Kosten aus den eingehenden Statutengeldern der Ehrenritter zu bestreiten; die Ordensdekoration wird denselben zugleich mit dem Ernennungsdekrete übermittelt und hat der Ehrenritter über die seinerzeitige Rückstellung an den Orden einen Revers auszustellen.

In gleicher Weise hat der Ehrenritter das Recht die Ordensuniform der Ritter, jedoch ohne Mantel, zu tragen, da dieser ein Zeichen der lebenslänglichen Profeß ist.

9) Der Austritt aus dem Orden steht dem Ehrenritter frei, doch hat dieser selben anzuzeigen und das Ernennungsdekret sammt der Ordensdekoration zurückzustellen. Das bei der Aufnahme erlegte Statutengeld wird nicht zurückerstattet, sondern verbleibt dem Spitalfonde.

10) Die Ausschließung oder Entlassung von Ehrenrittern hat in allen jenen Fällen stattzufinden, in welchen solches durch die Ordensstatuten für die Profeßordensritter festgesetzt ist.

Die Nützlichkeit oder eigentlich Nothwendigkeit dieser Affiliirung der Ehrenritter an den edlen Stamm hat einen doppelten Grund; den einen wollen wir als materiellen bezeichnen, wogegen der andere jedenfalls eine höhere Tragweite hat.

Soll durch die Aufnahmsgebühr der Ehrenritter und ihre Jahresbeiträge ein entsprechender Fond für Hospitalzwecke des Ordens geschaffen werden, so genügt eine einfache Berechnung, daß nur durch eine große Anzahl von Ehrenrittern, die wieder nach den alten Balleien in Gruppen ge-

sondert werden könnten, möglich werde, weßhalb auch die Legung der Ahnenproben gewisse Erleichterungen erhalten hat.

Wer kennt nicht die Sympathien, deren sich das Haus Habsburg im katholischen deutschen Adel erfreut, Sympathien welche sich nicht bloß in schönen Worten, sondern in Thaten geäußert haben. Es wird kaum Eine irgend bekannte Familie geben, welche nicht in den vergangenen Jahrhunderten irgend ein Mitglied in die kaiserlichen Dienste entsendet hätte, und jetzt noch dürfte kaum ein kaiserliches Regiment zu finden seyn, in welchem nicht „Einer aus dem Reiche" treu den alten Traditionen dem Nachfolger des letzten deutschen Kaisers ein geistiges Homagium leistet.

Durch die eingeleitete Affiliation soll nun dem gesammten katholischen Adel in Deutschland eine Gelegenheit geboten werden, in ein engeres Verhältniß zu Oesterreich zu treten. Das schwarze Kreuz an der Brust wird ein Erkennungs- und Wahrzeichen werden für künftige Zeiten, und wer möchte es läugnen, daß einmal der Tag kommen wird, wo jeder Träger desselben zum Baustein werden kann für ein neues Gebäude!

Wenn ferners an der Bedingung festgehalten wird, daß nur jener der Ehre des deutschen Kreuzes theilhaftig werden kann, dessen katholisch conservative Gesinnung außer Zweifel steht, und der den Muth des katholischen Glaubens besitzt, d. h. der nicht nur seinen katholischen Glauben im Sturme der Zeiten gewahrt hat, sondern auch mit Wort und That dafür einsteht, sei es gegen den Spott der Presse, sei es gegen den Druck verblendeter Regierungen, dann wird die neue Aera des deutschen Ordens vollständig herangebrochen seyn.

Der Kampf gegen die Ungläubigen, in welchem Tausende von Rittern ihr Leben gelassen, wird Platz machen einem unblutigen Kampfe gegen den Unglauben, und so unwahrscheinlich es scheint, so ist es doch wahr, daß zu diesem letzteren Kampfe eben so viel moralischer Muth erforderlich ist wie zu

jenen Kämpfen, die in den früheren Jahrhunderten ausgefochten wurden. Ja noch mehr; wie die Verhältnisse dermalen stehen, muß die traurige Wahrheit ausgesprochen werden, daß es in diesem Augenblicke vielleicht schwieriger seyn wird Glaubens-Ritter im Kreuzzuge des 19. Jahrhunderts zu finden, als dieß im Mittelalter der Fall war.

Trotzdem wären wir nicht verlegen auf der Arena der preußischen, bayerischen, württembergischen und badischen Kammern Namen zu begegnen, welche die würdigsten Träger des schwarzen Kreuzes wären! Bei dieser Auffassung wird der deutsche Orden zur wahren Propaganda und sein Wirken von um so größeren Erfolgen begleitet werden, weil diese Missionäre des 19. Jahrhunderts aus den edelsten Geschlechtern Deutschlands entsprossen, schon durch ihre bevorzugte sociale und politische Stellung einen ungleich größeren Einfluß gewinnen müßten, als dieß einfachen frommen Priestern möglich ist!

Warum soll der Geist der Association, durch welchen das Capital im Begriffe steht nicht eine Großmacht, sondern ein Weltmacht zu werden, und durch welchen die Partei des Umsturzes bereits Erfolge erzielt hat, von denen sich das gewöhnliche Menschenkind, das sich sein Urtheil nur nach der Tagespresse bildet, gar nichts träumen läßt, welche aber riesengroß im dunklen Hintergrund auf den Moment der Enthüllung lauern, warum, fragen wir, soll der Geist der Association nicht einmal auch, angeregt durch einen erlauchten Sprossen aus jenem Fürstenhause welches bisher immer als Hort der Kirche und des Rechtes betrachtet worden ist, dazu verwendet werden, um der katholischen Kirche und der conservativen Sache als Säule zu dienen.

Wir sind von jeher Jenen entgegengetreten, welche an dem endlichen Siege des Rechts und der Religion aus dem Grunde verzweifelten, weil allmählig die conservativen Elemente abhanden gekommen seien. Diese Anschauung haben wir stets als eine Selbsttäuschung erklärt. Es sind genug

conservative Elemente in allen Ländern vorhanden, es fehlt weder an der Kraft des Wollens, noch an der Kraft des Vollbringens, sondern an der Vereinigung dieser einzeln wirkenden und sich daher zersplitternden Kräfte fehlt es; und eine solche Vereinigung müssen wir als das Endziel hinstellen. Jenem Prinzen welcher das Ziel sich gesetzt, und nach Möglichkeit erreicht, wird es zum unsterblichen Ruhme gereichen und es werden auf ihn mit völlem Rechte jene Worte Anwendung finden, mit welchen eine alte Ordens-Chronik die Regierung seines erlauchten Vorfahren, des Erzherzogs Leopold Wilhelm von Oesterreich schildert: „Ein unvergleichlicher Fürst, deßgleichen sein Zeitalter kaum aufzuweisen hatte .... im Kabinete und im Heere oberster und stets weisester Rath; ganz Europa erscholl von seinem Ruhme und er verdiente mit Recht die Stütze des Reiches genannt zu werden."

XV.

Was ist slavisch, was ist deutsch?

Die große Scheidewand, welche die Römer zwischen der von ihnen beherrschten Welt und den frei gebliebenen Völkern nach dem Norden hin aufwarfen, haben bekanntlich zuerst und mit bleibendem Erfolge die germanischen Stämme niedergeworfen und damit in Ausführung gebracht, was lange vorher ein großer König im Osten, Mithridates, als das Ziel seiner Pläne verfolgte, die allgemeinen Räuber (latrones gentium) zu vertilgen, und was die Kelten Britanniens ver-

geblich als ihre Aufgabe gewählt, den Kampf mit den Dieben des Erdkreises*), die weder der Orient noch der Occident sättigen konnte, vollendet. Während aber bei der allgemeinen Vorrückung deutscher Völker nach dem Stammlande römischer Herrschaft (Italien) und nach den Ländern, in welchen letztere am meisten Wurzeln geschlagen, Gallien, Spanien und Afrika, der Süden und Südwesten Europas in deutsche Hände fiel, rückte der ungleich größere Volksstamm der Slaven (Anten und Slovenen) theils in die von den Deutschen verlassenen Wohnsitze, theils in die weiten Ebenen Osteuropas, endlich in jene herrlichen Wohnsitze ein, die einst Heimath der hellenischen Cultur und des macedonischen Stammreiches gewesen waren. Beiden großen Völkerfamilien, den Slaven wie den Deutschen schien bei dem Untergange des alten römischen Reiches, seiner Cultur und seiner Pracht die Zukunft Europas anzugehören, jedoch gleich anfänglich mit einem bemerkenswerthen Unterschiede, nicht bloß der Sprache, sondern des historischen Auftretens. Denn während die Deutschen unter gewaltigen Heerkönigen geschaart und geeint auf Begründung von Staaten ausgehen und der römischen Cultur noch lange Zeit einen nur zu oft maßgebenden Einfluß auf sich gestatten, bleiben die Slaven in nicht unfreiwilliger Verbindung mit den wilden Hunnen und Awaren**), und ist ihr Vordringen nach dem

*) raptores orbis. Jul. Agric. vita c. 30.

**) Safarik fand zwar darin für die Slaven ein Glück, wo nicht gar einen Vorzug unter den menschlichen Hunnen zu weilen und deren Sitten anzunehmen (Slav. Alterth. I. S. 529 Note). So oft aber auch diese Meinung sowie die von dem unkriegerischen Sinne der alten Slaven wiederholt, ab- und ausgeschrieben wird, bleibt sie doch im grellen Widerspruche mit der Geschichte. Vergl. Amm. Marcell. XXXI, 2. Agathias, Ed. Venet. V. p. 129. Procopius de bello gothico 121. c. 38. Fallmerayer: welchen Einfluß 2c. S. 55. Niemals ist es für eine jugendliche Nation ein Glück mit einer wilden zusammengeworfen zu werden. Die Hunnen aber für ein Culturvolk zu halten, ist im Ernste noch Niemanden eingefallen.

hellenischen Süden nicht das eines geordneten Stammes, der ein Reich zu begründen gedenkt, sondern das eines Volkes, welches den Alleinbesitz für sich begehrt. Die übereinstimmenden Berichte der Byzantiner wissen nichts von jenen politischen Plänen eines Theoderich, Ataulf und anderer großen Heer-Könige der Germanen unter den Slaven zu berichten, sondern nur daß sie, wo sie konnten, tabula rasa machten. Die römisch christliche Cultur verschwand, aber keine römisch slavische erhob sich an ihrer Stelle. Es war als sollte alle Tradition abgerissen und mit den neuen Ansiedlern die Weltgeschichte von neuem begonnen werden. Es ist da ganz gleichgültig, wie lange unhistorische Völker schon vorhanden waren; das siebente Jahrhundert welches bereits auf den Untergang des Schyren Odaker, der Heruler, des Vandalen-, des ostgothischen, des Gepiden-, Burgunden- und thüringischen Reiches der Deutschen herabblickte und den Höhepunkt des longobardischen, westgothischen und fränkischen, sowie der angelsächsischen Reiche gewahrte, sah erst die Emancipation der Slaven vom arianischen Joche und die noch sehr leisen Anfänge slavischer Staatenbildung in Serbien und Croatien, wenn gleich eine beträchtliche Entfaltung ihrer kriegerischen Thätigkeit. Unaufhörlich suchten Slaven nach Italien, durch die nach dem Osten offenen Thäler in's bajoarische Hochgebirge, durch die großen Waldungen in das Herz von Deutschland zu dringen, wo man sie unter dem Namen der Vandalen als die Verfolger des christlichen Namens verwünschte. Man kannte sie als gefürchtete Piraten auf dem adriatischen Meere; den Verlust der asiatischen Provinzen des byzantinischen Reiches im 7. Jahrhundert schrieben die Romäer dem Verrathe eines slavischen Feldherrn Chebulo*) zu. Vom Cap Tänaron bis zu den Wohnsitzen der Letten traf man slavische Stämme, aber während die Germanen auf eine natürliche Circumvallationslinie in Mittel-

*) Nach Nikephorus, Nebulo nach Kedrenos.

Europa zurückgedrängt, hier jeden Schritt Landes gegen Normannen, Slaven, Araber und Magyaren vertheidigten, waren die Slaven in ihrer ungeheuren Breiteausdehnung schlechte Grenzhüter europäischer Cultur. Mit den Miguren vermischen sie sich und werden sie zu Bulgaren, welche im 10. Jahrhundert die Serben bis auf 50 Männer vertilgten; von den Normannen nehmen sie ein Herrschergeschlecht für Rußland an. Ungehemmt ziehen türkische Völker von der Mäotis an die Donau. Die Magyaren setzen sich Ende des 9. Jahrhunderts und Anfang des 10. mitten unter den Slaven fest. Wie früher die Petschenegen rücken 300 Jahre später die Mongolen nach; die Serben unterstützen dann die Osmanen gegen die Griechen und vertheidigen noch 1402 Bajesid den Osmanensultan gegen seinen siegreichen Gegner Tamerlan. Nicht bloß daß die slavische Schlachtlinie im Centrum von türkischen Völkern fortwährend durchbrochen wird, auch auf den Flügeln findet eine ähnliche Katastrophe statt.

Wohl gelingt es dem Slaven dort seine Heerden zu weiden, wo einst Hesiod seine Werke und Tage dichtete und die Muse den Schafhirten plötzlich zum Dichter umwandelte. Wo einst der dorische Laut vorherrschte, verkündigen jetzt noch die Namen von Ortschaften, Bächen und Bergen den slavischen Fremdling. Aber die hellenische Erde ward nie für ihn ein wahres Vaterland. Ueber die Propyläen hinweg feierte im Anfange des 11. Jahrhunderts Kaiser Basilius den Triumphzug nach der Kirche der jungfräulichen Mutter des Heilandes zum alten Parthenon der Akropolis von Athen. Es galt den Dank darzubringen für die Besiegung der Gräcoslaven. Sie wurden romäisch, lernten von griechischen Priestern griechisch beten und gingen für die slavische Völker-Familie verloren. Was half es ihnen auf classischer Erde, unter hellenischem Himmel zu wohnen? Die Geschichte weiß so viel wie nichts von ihnen zu erzählen.

In diesem Gedränge der slavischen Welt konnte nur Eines helfen, daß nämlich von Außen die Hand zur Organi-

sation geboten wurde. Und in der That geschah dieses auch von mehreren Seiten. Zuerst und wiederholt von Rom aus. Einmal als Method von Thessalonik zum Erzbischof von Pannonien ernannt und dem großmährischen Reiche in den Tagen der Mährenfürsten Rastislav und Swatopluk die Möglichkeit geboten wurde, sich um einen kirchlichen Mittelpunkt in ähnlicher Weise zu centralisiren, wie in den Tagen Karls des Hammers und Theodo's des Bajoarenherzogs Deutschland durch Bonifacius den Apostel der Deutschen an Mainz eine Metropole erlangte, die später der Ausgangspunkt für ein Gesammtkönigthum der verschiedenen deutschen Stämme wurde. Dazu reichte aber im 9. Jahrhundert und unter den Westslaven die sonst so bedeutende Persönlichkeit Methods nicht aus. Im entscheidenden Momente fehlte es ihr an der geeigneten und nachdrücklichen Unterstützung durch einen Slavenfürsten. Weder Rastislav noch Swatopluk besaßen den großen Geist Pippins und der ersten Karolinger, obwohl sie nur ihren Pfad einschlagen und in ähnlicher Weise die Krone erstreben durften, wie sie damals der Bulgarenfürst, später der Herzog von Croatien, Spitihnew von Böhmen und Boleslav Chrobry von Polen erstrebten. Nur die Aufrichtung eines vom byzantinischen und vom deutschen und kaiserlichen Staatensysteme unabhängigen Systems gleichartiger Staaten und Stämme konnte den Slaven helfen und dazu bot ihnen selbst in kürzester Frist das Beispiel der Ungarn, die ihre Krone nicht vom deutschen Kaiser, sondern vom Papste empfingen, die Hand. Wirklich schien auch im 11. Jahrhundert der richtige Sinn unter den Slavenfürsten zu erwachen. Nach dem frühen Untergange Mährens wurde Böhmen dem römischen Stuhle zinspflichtig. Swonimir von Croatien erhielt mit einer vom Papst Gregor VII. empfangenen Krone das vom kaiserlichen Staatensysteme unabhängige Königthum, gleichwie 1075 Demetrius der Fürst von Halitsch (Galizien) und später derjenige König von Polen, von welchem die ununterbrochene Reihe der Könige Polens beginnt. Wiederholt

bewarben Bulgarien und Serbien sich um derartige Kronen, die ihnen die Bürgschaft nationaler Unabhängigkeit verhießen. Allein als nun das slavische Staatensystem im 11. Jahrhundert wirklich sich zu erheben schien, schloß sich Wratislaw II. von Böhmen an Kaiser Heinrich IV. von Deutschland an und empfing von diesem seine Königskrone, wie später Herzog Wladislaus sich an Kaiser Friedrich I. anschloß und aus den Händen des deutschen (gibellinischen) Kaisers den goldenen Reif annahm, mit welchem Böhmen von nun an an das deutsche Reich gekettet wurde. Hatte doch Böhmen erst den Untergang der slavischen Lande an der Elbe 1147 geschehen lassen, über welche hinweg nun die große deutsche Colonisation der östlichen Länder erfolgte. Da geschah im 13. Jahrhundert der furchtbare Einbruch der Mongolen, welche Rußland bis zum Ausgange des Mittelalters sich zinsbar machten, Polen, Mähren verwüsteten, Ungarn zur Einöde machten. In diesem Augenblicke erhob sich Böhmen durch seine Verbindung mit dem deutschen Reiche zu einer Macht erster Größe und hatte Otakar I. die augenblickliche Schwäche des Kaiserthums nach dem Tode Kaiser Heinrichs VI. zur Wiederaufrichtung des von nun an bleibenden Königthums benützt, so benützte sein gleichnamiger Enkel den Umsturz des alten Kaiserthums durch Bann und Tod Kaiser Friedrichs II. (1250) zur Begründung einer böhmischen Großmacht, die aus zwei Theilen, einem slavischen aber von deutschen Colonien zersetzten und einem deutschen zum Theile von Slaven zersetzten (den babenbergischen Ländern) bestand. Er selbst den man zum slavischen Nationalhelden macht, war den Deutschen vorzugsweise zugethan. Es fehlte zur Dauer der von ihm begründeten Herrschaft nur Eines, der Schritt zur Erlangung der deutschen Königs- und Kaiserkrone. Zweimal wurde sie ihm angetragen, das erstemal mochte ihn der Gedanke an die ihn unausbleiblich erwartende Mühe davon abschrecken; das zweitemal verhinderte die Kurzsichtigkeit der nationalen Partei die Annahme der höchsten politischen Würde der Christenheit. Es war ihr und sein

größter Fehler, der durch nichts mehr gut gemacht werden konnte, da er die Erhebung des Hauses Habsburg, die Losreißung der kaum erworbenen Südländer, die Begründung der österreichischen Macht, zuletzt den Sturz Otakars selbst zur unausbleiblichen Folge hatte. Vergeblich waren dann unter seinem Sohne und Enkel die Versuche Ungarn und Polen als Äquivalent für den Verlust Oesterreichs, der Steyermark xc. zu erlangen. Diese Königreiche gehörten bereits zum päpstlichen Staatensysteme und der Papst selbst trat jetzt der Vereinigung dieser Länder mit einer Krone entgegen, deren Ursprung wesentlich gibellinisch war. Böhmen gehörte eben zum deutsch-kaiserlichen Staatensysteme und konnte Vermehrung seiner Macht nur in diesem und von diesem erwarten. Endlich schien das 14. Jahrhundert die langverhaltene Größe slavischer Staaten zugleich mit der auffallenden Schwäche des deutschen Kaiserthumes zu offenbaren. Karl IV., K. Kasimir der Große von Polen, K. Ludwig der Große von Ungarn, Stefan Duschan König oder Kaiser von Serbien, unter den Bulgaren nicht Ein sondern drei Kaiser schienen das Uebergewicht in Europa unwiederbringlich von der Mitte nach dem Osten verlegen zu wollen. Der luxemburgische Kaiser erhob Prag zur Kaiserstadt, vereinigte das Kurfürstenthum Brandenburg mit einem Ländercomplex der Böhmen, Mähren, Schlesien und die Lausitz umfaßte und gegen Deutschland zu fortwährend im Wachsthume begriffen war. Der böhmischen Großmacht stellte Ludwig von Ungarn eine slavisch-magyarische gegenüber, als er Polen mit seinem ausgedehnten Reiche vereinigte und den Anfang zu jenen Personalunionen der Länder machte, welche allmählig Polen und Ungarn, Ungarn und Böhmen, Oesterreich, Ungarn und Böhmen zu einander führten. Allein wie bei den Slaven gewöhnlich die größten Gegensätze rasch auf einander folgen, geschah es auch jetzt. König Kasimir war der letzte vom Mannsstamm der Piasten, wie König Ludwig der letzte Anjou welcher sich in Ungarn behauptete, das Geschlecht Karls IV. erlosch mit seinem Sohne

Sigismund und obwohl die Jagellonen von Polen aus Alles aufboten, Böhmen und Ungarn zu vereinigen, tauchte jetzt das Haus Habsburg empor, dessen Verluste in Vorderösterreich es nur noch mehr bestärken mußten sich mit aller Kraft im Osten anzusetzen. Gerade das Uebergewicht welches Slaven und Magyaren erlangten, bewirkte, daß die deutsche Krone, von welcher das Haus Habsburg mehr als 100 Jahre ausgeschlossen worden war (1330 bis 1437), sich demselben bleibend zuwandte. In dieser verhängnißvollen Zeit als der Mannsstamm des Hauses Luxemburg seinem Erlöschen zueilte, Oesterreich aber die gewaltigsten Anstrengungen machte sich zu erheben, faßten die Böhmen den unbegreiflichen Entschluß, mit ihrer Geschichte gleichsam von neuem zu beginnen und mit der gesammten Vergangenheit zu brechen, gleich als hätten Karl IV., die Otakars und Wenzel nicht gelebt. Es gelang ihnen für einige Zeit das Königthum zu beseitigen, die katholische Kirche zu brechen, das deutsche Element zu eliminiren. Allein sie konnten nicht hindern, daß das Haus Habsburg unmittelbar auf diese Katastrophe hin zum zweitenmale in Böhmen Wurzeln schlug, und derselbe König welcher die habsburgische und deutsche Succession in Böhmen brach, in Ungarn zu vereiteln wußte, Georg Podiebrad († 1471) nun selbst den Faden da aufnahm, wo Kaiser Karl ihn verlassen hatte. Und sei es auch nur um das Haus Habsburg gründlich zu verderben, bot er Alles auf, die deutsche Kaiser-Krone auf sein Haupt zu bringen, wenn nicht anders, als ein vom Papst ernannter Kaiser. Statt aus dem Dualismus, welcher den Czechen unbequem geworden war, und der doch nur das nationale Element umfaßte, herauszukommen, verfielen sie durch den Hussitismus, dessen charakteristisches Merkmal der Deutschen-Haß ist, in einen noch viel schlimmeren — den kirchlichen, der fort und fort das Land in Gährung und Aufregung erhielt und das verhängnißvolle Jahr 1620 in Causalzusammenhang mit den Bewegungen im Anfang des 15. Jahrhunderts setzte. Hingegen sah dasselbe

Jahrhundert, als K. Georgs Bemühungen dem deutschen Kaiser Friedrich die Kaiserkrone zu entreißen, mißlangen, einen Dualismus in der böhmischen Krone und den böhmischen Ländern durch das Uebergewicht, welches K. Mathias von Ungarn erlangte. Als dann das 16. Jahrhundert kam, die Osmanen (1522 — 26) die große Bresche in Osteuropa machten, die Südslaven osmanisch wurden, Polen und Böhmen aber gleich Ungarn und Oesterreich fortwährend das Eindringen des türkischen Erbfeindes abwehren mußten, da verging die ganze Constellation des 14. und 15. Jahrhunderts und es blieb nur die allgemeine Schuld und Buße, daß dem ersten Auftreten der Osmanen in Europa sich nicht alle christlichen Völker des Osten widersetzt hatten. Als so das Mittelalter verging, hatten es die Slaven in 1000 Jahren zu keiner Einheit des Kaiserthums noch eines Gesammtstaates gebracht. Was sie an Literatur besaßen, gehörte den einzelnen Völkern an, die sich gegenseitig nicht verstanden, weder durch das Band gleicher Schrift noch durch das gleicher Sprache verbunden waren. Während aber die übrigen Nationen Mittel- und Westeuropas durch das Band der gleichen Religion zu einer Völkerfamilie verbunden waren, hatten sich die Slaven um mehr als ein halbes Jahrtausend später als die Germanen dem Christenthume zugewendet und dann erst noch von Anfang an sich den Dualismus zwischen Rom und Constantinopel angeeignet. Zu diesem fügte Bogumil mit seiner Häresie im 10. Jahrhundert ein neues Ferment hinzu, das im Laufe des 10., 11., 12. Jahrhundertes in Mitteleuropa die größte Aufregung erzeugte, unter dem Namen der patarenischen Sekte Bosnien noch im 15. Jahrhundert in Erschütterung erhielt und den Untergang dieses Königreiches beschleunigte. Gleich als genügten diese Spaltungen nicht, fügten die Czechen durch den Utraquismus und das Auffkommen der böhmischen Brüder einen weiteren Gährungsstoff bei, während, als in diesen Zeiten (1453) das byzantinische Reich den Osmanen erlag, aber das Schisma der Griechen und Gräcoslaven blieb,

dasselbe durch die Verjüngung des moskowitischen Reiches und das russische Czarenthum neue Kraft gewann. Es ist kein Zweifel, auch die Geschicke der slavischen Reiche neigten sich mit dem Anfange des 16. Jahrhunderts eher dem Untergange als dem Aufgange zu. Die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte kennt aber was die slavische Geschichte betrifft, nur zwei große Thatsachen: den Anschluß der Böhmen an die revolutionäre Partei in Mitteleuropa zum Umsturze des Hauses Habsburg, ein Kampf welcher als Ausläufer der Hussitenkriege zu betrachten ist, und den gewaltsamen Untergang der exclusiv nationalen Partei 1620 herbeiführte; zweitens den Kampf der vereinigten Polen und Litthauer gegen Rußland, welcher in Folge der Fehler der polnischen Verfassung und durch Einmengung der Schweden erst das Uebergewicht der Russen über die Polen herbeiführte, dann die Theilung und Vernichtung des alten polnischen Königreiches durch ein System fast unglaublicher Verruchtheit des russischen Slaventhums *). Daran schlossen sich dann in unseren Tagen jene kirchlichen Unterdrückungen in Litthauen (jetzt in Polen) an, welche den Namen ihres Urhebers den der größten Quäler schutzloser Völker anreihten. Es ist jetzt kein Zweifel daß, wenn auch die unersättliche Ländergier des großen Friedrich an Polen sich versündigt, der Hauptschlag und das raffinirte zu Tode Hetzen Polens nicht von deutscher Seite, sondern von slavischer, von den Ufern der Newa erfolgte, wo man den weißen Adler erst langsam seines Gefieders beraubte, und dann in seinen Qualen sich windend untergehen ließ, für Verständige ein Denk- und Warnungszeichen, für Unverständige freilich eine Aufforderung von einem großen Slaven-Staate alles Heil zu erwarten.

Die Byzantiner, welche Gelegenheit hatten mit den verschiedensten Völkern zu verkehren und in dieser Beziehung

*) Siehe darüber das Leben des Grafen von Sievers.

größere Erfahrungen zu sammeln als die Schriftsteller anderer Nationen, bezeichneten die alten Slaven, die man uns heutigen Tages als friedfertig und harmlos darstellen möchte, nicht bloß als kriegerisch sondern von Haß und Eifersucht gegen einander erfüllt (z. B. Mauric. strateg. XI, 5)*). Dieses Urtheil mögen diejenigen verantworten, welche nach ihren Erfahrungen diese Völker schilderten. Wenn aber in dem Entwicklungsgange der Nationen von West nach Ost und umgekehrt eine gewisse Gesetzmäßigkeit nicht abgeläugnet werden kann, so wird den Slaven ein verhältnißmäßig größerer orientalischer Typus als bei Germanen und Romanen sichtbar wurde, kaum abzustreiten seyn. Sie haben an der ursprünglichen Vielheit ihrer Stämme zu lange festhaltend, das europäische Staatenprincip am wenigsten festgehalten. Wenn die Romanen in ihrer geschichtlichen Entwicklung Jahrhunderte lang an größtmöglicher Concentration ihrer Staaten arbeiteten, die Völker bei ihnen in die Staatseinheit auf- und als solche unterzugehen pflegten, so wird bei den Slaven eher das Gegenbild anzutreffen seyn. Das Volksleben geht ihnen über das staatliche Leben.

So bedeutend man sich auch den sprachlichen Unterschied zwischen Deutschen und Slaven vorstellen mag, bei näherer Betrachtung erscheint er unter den Elementen, welche diese beiden großen Volksstämme von einander trennen, als secundäre oder tertiäre Gestaltung und behaupten andere Thatsachen ein ungleich größeres Gewicht. So sehr jetzt eine gewisse Gleichmäßigkeit der Cultur die trennenden Unterschiede der europäischen Nationen zu beseitigen sucht, sie hat nicht hingereicht, den culturhistorischen Unterschied, die Verschiedenheit der Geschichte und damit der Lebensaufgabe zu entfernen. Bei den geringsten Differenzen tritt dieselbe nicht bloß hervor sondern gewährt auch einen Einblick wie in ein offenes

---

*) *ἄναρχα δὲ καὶ μισάλληλα ὄντα. — ἄπιστοι δέ εἰσι παντοίως καὶ ἀσύμφωνοι περὶ τὰς συνθήκας — δυσκέρως φέροντες τῆς γεωργίας πόνους — βίον ζῶντα λῃστρικόν.*

Grab. Während man an eine Gleichheit und Einheit der socialen Verhältnisse glauben möchte, zeigt sich bei mehr wie einer Gelegenheit das Illusorische dieser Meinung und daß diejenigen, welche sich als Vertreter des 19. Jahrhunderts benehmen, eigentlich Vertreter des 15. sind und mit einem merkwürdigen politischen Anachronismus auf einmal einen längst überwundenen, innerlich abgethanen Standpunkt in die Gegenwart einführen möchten. Man fühlt, daß sich der Einzelne so wenig als ganze Völker von ihrer Vergangenheit losmachen können, daß sie sich in die nivellirende Gegenwart erst einleben müssen und dieser nur nach einer Seite angehören. Vielleicht wider ihren Willen finden sie, daß des Gemeinsamen mehr vorhanden ist als des Trennenden, werden sich aber in dem Augenblicke, wo das erstere hervorgekehrt werden sollte, des letzteren erst recht bewußt. Man fühlt erst, daß ein Kind seines Landes zu seyn, nichts anderes heißt als ein Sohn seiner Geschichte zu seyn, und in dem großen Zusammentreffen und Zusammenwirken der Nationen auf der Schaubühne europäischer Geschichte jedes Volk nur nach dem Maße seiner Errungenschaft einen Platz behaupte. Durchforscht man nun die romanische Geschichte, so wird man finden, daß dieselbe neben der inneren und nationalen Ausbildung noch einen andern Zweck verfolgte und oft in großartigster Weise sich eigen machte. Der Riesenkampf mit den Arabern und Berbern zur Erhaltung der Freiheit, Gesittung und Eigenthümlichkeit Europas ward vorzüglich von den Spaniern als Lebensaufgabe anerkannt, und rühmen sich slavische Völker, daß sie im 13. Jahrhundert mit Mongolen einen Strauß bestanden, so weisen die Spanier auf eine fünfmalige Invasion ihres Landes und einen nicht einmaligen sondern 700-jährigen Kampf mit den Erbfeinden christlicher und europäischer Cultur hin. Der Italiener erblickt in seinem Land die Wiege der Cultur für die übrigen Völker. Der Franzose erinnert an seinen großen Antheil an den Kreuzzügen und Revolution des Jahres 1789 als eine welthisto-

hin, durch welche die deutsche Reformation erst vollendet, ja in den Schatten gestellt werde, die hussitische Periode aber fast wie ein Sturm im Glase Wasser erscheine. Es wäre nicht schwer vom romanischen Standpunkte aus nachzuweisen, daß was einzelne Völker Europas als ihre Großthat aufstellen, bei diesen nur als vereinzelte Erscheinung sich zeigt, bei jenen als bleibende Lebensrichtung, als historische und gleichmäßige Entwicklung des nationalen Lebens sich ergebe.

Man kommt daher unwillkürlich zu der Ueberzeugung, daß in der Grundanlage der europäischen Völker Verschiedenheiten liegen müssen, welche, stärker als aller sprachliche Unterschied, nur mit demjenigen zu vergleichen sind, der da bewirkte, daß auf gleichem Boden aus dem einen Reiße eine Linde, aus dem andern eine Cypresse oder Eiche emporwuchs. Nun hat aber auf das Gedeihen oder lange Zurückbleiben der einzelnen Völker nichts so sehr eingewirkt, als die Stellung, welche der Einzelne im Kreise seiner Familie, welche die Familie im Kreise der Geschlechter einnahm und in welcher Weise sich das Recht an einem wahren Eigenthum bei Einzelnen und Familien ausbildete. Gerade in dieser Beziehung zeigt sich aber zwischen Slaven und Deutschen ein Unterschied, welcher den sprachlichen an geschichtlicher Bedeutung weit hinter sich zurückläßt. Nicht als wenn sich unter den Deutschen nicht auch Anklänge von jener patriarchalischen Verfassung fänden, welche der Slave noch heutigen Tages so oft als vermeintlichen Höhepunkt der Entwicklung preist, während sie in der That die wahre Ursache der stationären Zustände und des Mangels am Fortschritt bei denjenigen Völkern war, bei welchen sie sich in Kraft erhielt. Dem Mangel an festen Bestimmungen über das Eigenthum bei den slavischen Völkern steht aber die Schärfe deutscher Gesetze über das persönliche Eigenthum und zwar in der Art gegenüber, daß die großen Entwicklungsstadien der deutschen Geschichte regelmäßig von nachhaltigen Veränderungen im Grundeigenthume begleitet sind.

Das freie Eigenthum der ältesten Zeit, der Uebergang desselben in Lehensverhältnisse und die Auflösung der großen Nationalherzogthümer in kaiserliche Lehen, das Emporkommen der Ministerialen und des Bürgerthumes, der Verfall der Freiheit bei den bäuerlichen Besitzern und die oft gewaltsamen Bewegungen der Bauern, ihre alte germanische Freiheit wieder zu erlangen, der Verfall des Kaiserthums, als dasselbe nicht mehr ausreichte die Freiheit nach Unten zu schützen und dem Andrange derjenigen schutzlos gegenüber stand, die sich mit dem Kaiserrechte bereichert hatten, die große Säcularisation des 16., des 17., des 18. und 19. Jahrhunderts beweisen hinlänglich diesen Satz und die ungemeine Tragweite der Eigenthumsfrage auf die deutsche Geschichte. Hand in Hand mit diesen Evolutionen, welche von Zeit zu Zeit den Charakter einer Revolution von Unten nach Oben wie von Oben nach Unten annahmen, ging aber auch die Entwicklung der deutschen Verfassung selbst und damit die eigentliche Ausbildung des inneren nationalen Lebens. Man pflegt heutigen Tages das Feudalwesen als den Inbegriff des Schlechten anzusehen. Es muß jedoch an einer Gestaltung, welche einen Triumphzug durch Europa hielt und wesentlich darauf gerichtet war, gegenseitige Rechte und Pflichten festzustellen, etwas sehr Wohlthätiges gewesen seyn, daß sie allgemeine Geltung fand, das Emporkommen des Städtewesens, des dritten Standes nicht verhindern konnte und überall die landständische Verfassung schuf. Bei den Slaven, wo diese Einrichtung nur als etwas Fremdartiges (Deutsches) eindrang, dann aber auch sehr gerne angenommen wurde, mäßigte sie die Centralisationsbestrebungen der Herrscher, die ohne Lehenwesen entweder den Adelsfaktionen verfielen oder das Princip der Centralisation sich maßlos eigen machten. Wie die Premysliden in Böhmen, adoptirten dasselbe die Dynastie Nemanja in Serbien, die Ruriks wie die Romanow in Rußland und führten es in einem Umfange aus, daß alle nationalen und Einzelnrechte darüber zu Grunde zu gehen drohten, der größte slavische

Staat auch hervorragend der centralisirteste war, dem alle Gliederung und alle Freiheit gebrach.

Dieser kolossalen Einseitigkeit entgegen hatten die Germanen nicht nur viel früher als die Slaven Staaten aufgeführt, sondern auch fort und fort an der Auseinandersetzung eines richtigen Verhältnisses zwischen der Freiheit der Einzelnen und der nothwendigen Einheit Aller gearbeitet. Sie fanden dieses aber einerseits in dem nationalen Königthum, das sie mit einer Art von Heiligthum umgaben und an einer Einrichtung, die ihnen, gleichwie den Slaven das Lehenwesen, von Außen zugekommen war, welche sie aber nicht bloß annahmen, sondern auch in einer Weise adoptirten, wie sie weder bei den Slaven noch bei den Romanen vorkam.

Alle Freiheit der neueren Zeit, der christlichen Aera im Gegensatze zur antiken und heidnischen entstand dadurch, daß das alte Staatenprincip gebrochen wurde, demzufolge der Staat alles war, die Götter selbst nur Staatsgötter waren und das Priesterthum zum Staatsamt wurde, von Julius Cäsar bis Constantin, d. h. im Zeitalter der höchsten willkürlichen Bedrückung des Menschengeschlechtes, die Herren der Welt auch die obersten Priester waren. Mit dem Aufkommen eines Priesterthums, welches seine Mission nicht vom Staate erhielt, sondern eine über allen Völkern stehende, allen gemeinsame Idee repräsentirte, ward die Welt eine andere und es liegt da nur in der natürlichen Entwicklung der Dinge, wenn die Hauptträger der neuen Aera, die Germanen dem Priesterthume eine Ausdehnung und Tragweite gaben, welche der ersten Lebensgestaltung dieses Princips vollkommen entspricht. Während der Slave einerseits centralisirte, andererseits entweder das Priesterthum mit scheelen Augen ansah, oder zum andern Extreme eilend sich Kronen vom Papste holte, unterzog sich der germanische König, um König aller Könige, um Kaiser zu werden, der Weihe des obersten Priesterthums; allein sein Königthum blieb deßhalb doch national. Andererseits aber gab der Deutsche dem Priesterthum in der Heimath, als

einem nicht fremdartigen, sondern nationalen Bestandtheile eine staatliche Einrichtung durch welche Deutschland einen Charakter erlangte, der eben nur dem deutschen Reiche zukam. Es bildeten sich unter königlichem Schutze neben den Laienfürsten die geistlichen Fürsten aus und traten die geistlichen Fürsten den weltlichen nicht nur zur Seite, sondern auch an ihre Spitze. Das deutsche Reich gewinnt dadurch eine Verfassung die der Verschmelzung der kleineren Staaten in ein Gesammtreich, wie dieses im romanischen Westen der Fall war, ebenso widersteht als der Centralisation, die im Osten allen Lebenskeim zu zerstören drohte. Das deutsche Reich hörte denn auch in der That erst auf, als der Sieg der Laienfürsten entschieden, die halbgeistliche Gestaltung des Reiches völlig vernichtet und damit dem Kaiserthume, welches dieselbe begründet hatte, die natürliche Unterlage, sein historischer Grund entzogen war. Dieses Kaiserthum vermag auch keine Macht der Welt wieder herzustellen. Darüber darf man sich keine Illusionen machen; diese Form des Kaiserthums kehrt nie wieder, sie ist mittelalterlich und hatte wie diese Periode des Lebens ihre Zeit, die für immer vergangen ist.

Ueberblickt man nun den ganzen langen Weg, welchen beide Volksstämme zurückgelegt haben, so kommt die Priorität des geschichtlichen Auftretens den Deutschen zu. Erst nachdem das kolossale Werk des Umsturzes des römischen Reiches vollendet ist, deutsche Staaten schon gegründet waren und schon wieder vergangen sind, kommen die Slaven herangezogen. Und auch jetzt noch haben sie keine culturhistorische Mission wie die Deutschen, sondern bedecken nur mit ihren unzähligen Schaaren — ἄμετρα ἔθνη wie Procopius sagt — den Osten von Europa. Bereits im 4. Jahrhundert nach Christus besitzen die Deutschen des Ulfilas Bibelübersetzung; es dauert bis zum 9. Jahrhunderte, daß wir unter den Slaven durch Cyrill und Methodius ähnlichen Bestrebungen begegnen und dann werden sie von dem mährischen Fürsten, in dessen Landen die Constituirung einer slavisch-römischen Kirche stattfinden sollte,

selbst zerstört. Der culturhistorische Gedanke, welcher die Deutschen bei ihrem Auftreten erfüllt und fort und fort begleitet, bewirkt daß allmälig aus ihrer Mitte sich der Kern zu der großartigen Krystallisation des deutschrömischen Kaiserreiches herausschält und Mitteleuropa für Jahrhunderte dadurch seine Constituirung erhält. Der Slave, welcher Konstantinopel nicht erobern kann und ein Jahrhundert nach dem andern theils in Hader mit demselben, theils in Abhängigkeit von der Hauptstadt der Romäer verstreichen läßt, bringt es in mehr als einem Jahrtausende zu keinem Gesammtreich, sondern nur zu einer Masse von Reichen, die sich mit fremden Staaten in Beziehung setzen. So herrscht hier Vielheit ohne Einheit und zwar ohne politische, ohne religiöse, selbst ohne sprachliche Einheit und ohne die Einheit der Schrift; dort ist die Einheit des Kaiserthums, der Kirche, die Einheit des Reiches, das selbst die verschiedensten politischen Gebilde, geistliche und weltliche Staaten in sich vereinigt, so wie alle jene Stämme, die aus einem tausendjährigen Weltenkampfe mit Römern und Romäern, mit Hunnen, Awaren, Arabern und Normannen noch übrig sind. Bei den Slaven ist das fortwährende Bestreben sich dualistisch zu gestalten; ohne die Folgen des Dualismus ertragen zu können, können sie ohne denselben nicht existiren. Die Westslaven schließen sich an Deutschland an, die Ostslaven an Byzanz, die Polen theils an Deutschland theils an Litthauen, die Slovaken und Croaten an die Magyaren, die Russen erst an die Normannen, dann an die Byzantiner oder Tataren; kurz freiwillig oder nicht freiwillig, der Slave kann ohne Dualismus nicht leben, und hat er keinen, so schafft er sich einen. Da beruft er die Deutschen in das Land und will sie nachher wieder vertreiben; dort sucht er sich auf die Byzantiner zu stützen. In den kirchlichen Streitigkeiten ist er unermüdlich, er muß immer neue Blasen werfen, neue Plane aushegen, die er mit der größten Consequenz durchführt als gelte es die Welt zu erobern, und die er dann, wenn er keinen Widerstand mehr

findet, fallen läßt, als wäre das alles nur Spielwerk, um mit gleicher Energie einem neuen Plane nachzujagen. Was bei ihm constituirend ist, hat er von Außen empfangen; was einen zersetzenden Charakter an sich trug, hat er treulich vom Eigenen hinzugefügt. Den Byzantinern, diesen großen Völkerkennern fiel bereits auf, daß die slavischen Volksstämme unter einander so sehr gespalten waren, sie nannten sie μισάλληλα — die einander hassenden. Was sie vereinigen sollte, Christenthum und Kirche, zerbröckelte sich unter ihren Händen, da sie es nur als slavisch, mit slavischem Ritus und slavischer Sprache annehmen wollten. Der Deutsche stieß das Sektenwesen von sich und seine arianischen Stämme gingen unter. Der Slave pflegte es wie sein Heiligthum und wo es im Mittelalter ein Schisma gab, war er richtig dabei. Das Königthum empfing er von Außen, vom Papst oder Kaiser; das Lehenwesen und die Constituirung seines Adels von Außen; das Bürgerthum von Außen, wie die hierarchische Gliederung, alle Elemente eines staatlichen Gedeihens. Da ist nun die Frage, in welchem Verhältnisse befinden sich hier Empfangen und Geben? Was hat der Slave dem Deutschen für das was er von ihm empfangen, zurückgegeben? Diese Frage sollten uns die böhmischen Geschichtsschreiber beantworten; sie haben sie aber bis jetzt noch nicht aufgeworfen. Höchstens weisen sie auf das 15. und 17. Jahrhundert hin und erfahren wir, daß der Hussitensturm und der dreißigjährige Krieg in slavischen Ländern geboren wurden. Erst jetzt beschäftigt sich die deutsche Geschichtsschreibung etwas eindringlicher mit der Geschichte der Bewegungen im Osten, während ihr Blick bei weitem mehr dem Süden und dem beweglichen Westen bisher zugewandt war. Otakar von Böhmen, welcher die Ausrenkung des deutschen Reiches versucht, Karl IV., welcher auf Kosten des deutschen Reiches einen böhmischen Großstaat zu begründen strebte, Georg von Podiebrad, welcher den deutschen Kaiser um Böhmen und Ungarn brachte und um das Kaiserthum zu bringen strebte,

die polnischen Könige welche Brandenburg zu gewinnen, die Herrschaft der Deutschherren zu vernichten suchten, die russische Herrschaft, welche Kurland und Lievland verschlang und an der Theilung des deutschen Reiches (nachdem Polen bereits vernichtet war) einen so großen Antheil nahm — sind jedenfalls wichtige Anhaltspunkte die aufgeworfene Frage zu beantworten. Vorderhand und bis wir uns selbst damit beschäftigen, möge es genügen hinzuweisen, daß aus den sich durchkreuzenden Bestrebungen slavischer und nicht slavischer Völker, wenn auch wider den Willen der erstern und oft genug von ihnen gehindert, Oesterreich entstand, welches die Aufgabe erlangte nicht die alten slavischen Bestrebungen, welche so lange kein Oesterreich entstehen ließen, zu entfesseln und dadurch seine eigene Existenz in Frage zu stellen, sondern sie zu beschwichtigen, was sicher dadurch nicht erreicht werden könnte, wenn man die Rechte der Deutschen beeinträchtigen, sie von Andern unterdrücken ließe!

C. H.

XVI.

Koch's Geschichtswerk über Ferdinand III.

II.

Wenden wir uns zu den Friedensunterhandlungen von Münster und Osnabrück. Es ist bekannt, wie dieselben fruchtlos sich Jahrelang hinzögerten, weil es die Absicht der Franzosen, der Schweden, und leider nicht minder der deut-

schen Partikularisten war, daß sie sich fruchtlos hinziehen sollten. Zuerst erhob man Streit über die Vollmachten. Dann wollten die Franzosen nicht heraus mit ihren Forderungen. Dann wieder war es der Excellenztitel, den der brandenburgische Gesandte beanspruchte. Die kaiserlichen Gesandten wehklagten über solchen Verzug.

Es würde nicht ganz gerecht seyn diesen Titelstreit, durch den der Kurfürst von Brandenburg dem Friedensbedürfnisse von Millionen Menschen ein neues Hinderniß hinwarf, nach der Auffassung unserer Zeit beurtheilen zu wollen. Denn es haftet eben jener Zeit an, die Formen zu überschätzen. Wir sagen dieß zur Milderung des Vorwurfes für den Kurfürsten von Brandenburg, nicht zur Hinwegnahme desselben. Um so höher aber steht in einer solchen Zeit derjenige, welcher in gerechter, nicht bloß damals sondern jederzeit gültiger Weise das Wesen und die Form von einander scheidet. Zu einer solchen höheren Auffassung war nur Einer befähigt, der Kaiser Ferdinand. Auf die Anfrage seiner Gesandten, wie sie sich zu verhalten hätten, erwiderte ihnen der Kaiser (Koch S. 94): „Es ist unser gnädigster Wille, daß man nach ausländischer Titulatur mit den deutschen Kurfürsten und Fürsten sich nicht richte, sondern es bei dem alten Herkommen verbleiben lasse. Wenn also die Kurfürstlichen Euch den Titel Excellenz geben, so habt Ihr solchen anzunehmen, aber denselben weder zu suchen noch darum zu capituliren, sondern diejenige deutsche Titulatur anzunehmen, die bisher zwischen kaiserlichen und kurfürstlichen Ministern herkömmlich war, besonders weil es dieses wälschen, neu angekommenen Prädikates kein Ende haben würde, und wir uns und dem heiligen Reiche es nicht für reputirlich halten können, sich hierin nach fremden Nationen zu richten."

Endlich kamen die Franzosen dahin, daß sie im Juni 1645 ihre Propositionen vorlegten. Es en der Geist des Hippolithus a Lapide. Der Kai l. mit seinen eigenen Bemerk

Weise an den Kurfürsten Max von Bayern. Diese Bemerkungen, die Hr. Koch mittheilt, sind abgefaßt in der offenen ehrlichen Sprache eines rechtlichen Mannes, der die Erhaltung des Bestehenden will, unendlich verschieden in ihrem moralischen Werthe von den französischen Propositionen, die voll Hintergedanken sind.

Hier jedoch ist es nöthig, einen Irrthum des Hrn. Koch zu berichtigen. Auf die französische Proposition, daß kein neues Gesetz ohne die Zustimmung der Reichs-Stände gegeben werden dürfe, erwidert der Kaiser, daß seit länger als einem Jahrhunderte kein neues Gesetz ohne Reichsversammlung und ständische Bewilligung erlassen worden sei. Herr Koch macht hiezu (S. 103) die Bemerkung: indem der Kaiser das Restitutions-Edikt von 1629 nur für eine Executiv-Maßregel, nicht für ein Gesetz gehalten, irre er: es sei „ein Gesetz in bester Form."

Diese gelegentliche Bemerkung für eine damals so gewichtvolle Sache ist allzu leicht hingeworfen. Herr Koch stellt hier kurzweg als Thatsache eine Meinung hin, welche selbst die damaligen Gegner des Kaisers so entschieden zu behaupten sich nicht getrauten. Wenn wir auch das Restitutions-Edikt politisch für durchaus unzweckmäßig halten müssen: so ist es doch eine andere Sache mit dem formellen Rechte. Der Kaiser Ferdinand II. hat das Restitutions-Edikt gegeben als eine Ausführung, eine Executivmaßregel für den, wie er sagt, klaren Buchstaben des Religionsfriedens von Augsburg von 1555. Dieser Gedanke wird im Restitutions-Edikte selbst ausdrücklich erörtert, und es dürfte sehr schwer seyn, ihn juristisch zu widerlegen. Ja selbst Hippolithus a Lapide wagt bei aller Böswilligkeit nicht eine solche Behauptung, daß der Kaiser Ferdinand das Edikt als „ein Gesetz in bester Form" erlassen habe. Er führt ausdrücklich an*), daß der Kaiser

*) De Ratione Status etc. Pars I Cap. VI Sect. I.

auf die Beschwerden über das Restitutions-Edikt und auf die Forderung die Sache vor einen Reichstag zu bringen, erwidert habe: „neue Gesetze könne der Kaiser nicht machen ohne Einwilligung der Reichsstände: es handle sich aber in diesem Falle nicht um einen Akt der Gesetzgebung, sondern um einen Akt der vollziehenden Gerechtigkeit."

Die Sache verdiente darum eine Erörterung, weil, wenn die hier so nebenher, und noch dazu ganz unmotivirt ausgesprochene Meinung des Herrn Koch gegründet wäre, daraus für die Kaiser Ferdinand II. und Ferdinand III. eine principielle Anklage erwachsen würde, nämlich die daß sie wirklich Uebergriffe über ihr Recht hinaus gemacht hätten. Beklage man immerhin das Restitutions-Edikt als einen schweren politischen Mißgriff; allein ein Vorwurf darüber hinaus gegen den Kaiser ist ungerechtfertigt.

Es ist in Betreff jenes Ediktes vielfach die Ansicht aufgestellt, daß dasselbe nicht ohne die indirekte Einwirkung des Cardinals Richelieu entstanden sei, indem der Cardinal die äußerste Partei, namentlich einige Mitglieder der Liga, reizte und stachelte, um durch sie den Kaiser zu dem Mißgriffe zu verleiten. Dieser selben Richtung entsprechend sehen wir die französischen Gesandten zu Münster und Osnabrück thätig. Am 10. Oktober 1645 erließ der Kaiser das Patent der vollen Amnestie. Er that es den Franzosen kund, und ließ ihnen zugleich sagen (Koch S. 126): „Die innerliche Unruhe ist mehrentheils durch die Beschwerden beider Religions-Verwandten erweckt und verursacht worden, es haftet auch alles Mißtrauen allein auf denselben: deßhalb müssen diese Beschwerden nunmehr unumgänglich verglichen werden." Diese Antwort deuteten die Franzosen so aus, daß es von Seiten des Kaisers mit seinen Zugeständnissen an die protestantischen Reichsfürsten auf das Verderben der katholischen Kirche abgesehen sei. Der Kaiser gebe die Kirche preis, indem er sich bemühe durch Nachgiebigkeit die Ketzer an sich zu ziehen.

Von dieser Zeit an beginnt die französische Anklage gegen

das Haus Habsburg, die sich bis in's 18. Jahrhundert, bis in die Zeiten des Kaisers Karl VI. hinein erstreckt, aber namentlich heftig ist zu den Zeiten des Kaisers Leopold I., desselben Kaisers also, den bekanntlich unsere kleindeutsche Professoren-Zunft gern als specifisch ultramontan darstellt. Die eine Partei hat zu ihren Reden eben so viel Recht wie die andere.

Wir treten hier dem Knäuel der Fäden in Münster und Osnabrück etwas näher. Frankreich spricht hier zu Gunsten der extremen [illegible] die auf keines der bisherigen kirchlichen [illegible]en, sondern wo möglich alle einstigen K[illegible]nen wollte. Dasselbe Frankreich hätsch[illegible] Landgräfin von Hessen-Cassel, deren Name[illegible] [illegible]utschland nur mit Haß und Abscheu gen[illegible] allen Anderen aber von den geistlichen F[illegible]che der [illegible]elleicht irrigen Ansicht waren, daß gerade [illegible]nden Vorliebe von der Landgräfin geplündert würden. Denn Amalie Elisabeth sah nicht auf den Ursprungsort des Geldes, wenn es nur Geld war. Frankreich erklärte, daß die Ausschließung der Landgräfin von der Friedensberathung eine unverantwortliche Beleidigung gegen die Krone Frankreich seyn werde. Dieses selbe Frankreich, welches mit den beiden äußersten Parteien zugleich auf gutem Fuße stand, war eng mit Schweden verkettet, und dann wieder Schweden eng mit den protestantischen Reichsständen. Frankreich forderte. Schweden forderte. Viele Reichsstände forderten.

Diese Forderungen, die schroff von allen Seiten gegen einander standen, wurden nicht gemildert durch die Persönlichkeiten derer, welche im Namen ihrer Auftraggeber sie erhoben. Der Hessen-Darmstädtische Gesandte Wolf von Todtenwart sagt (Koch S. 115), daß auch nicht einem von allen anwesenden Gesandten zu trauen sei. Er bezeichnet sie als die frechsten, boshaftesten, gefährlichsten Leute, die man aus den vier Ecken des römischen Reiches zusammen lesen könnte.

Die Leitung der Friedensunterhandlungen war von

Seiten der kaiserlichen Minister die ersten Jahre hindurch darauf berechnet, die Stände des Reiches einander näher zu bringen, und dann erst, wenn die Einigung derselben gelungen wäre, über die Forderungen der beiden Kronen zu verhandeln. Es schien dieß der nächste Weg, darum der richtige. Allein in dieser Rechnung war ein Faktor falsch: nämlich das Vertrauen, daß der Gemeinsinn der deutschen Reichsstände ihren Partikularismus überwiegen würde. Nicht jener, sondern dieser überwog. Jeder Reichsstand fand für seine Forderung eine Stütze an den beiden Kronen, welche nicht den Frieden wollten, welche ihre eigenen Forderungen zu steigern hofften aus der Fortführung des Krieges. „Wir sind der Ueberzeugung, sagen die protestantischen Reichsstände (Koch S. 128), daß die löblichen Kronen, welche ihre eigene Sicherheit in die Beruhigung der Deutschen setzen und darauf sie gründen, ohne Wegschaffung der Religionsbeschwerden die Waffen nicht niederlegen werden." Man erwäge, welche Consequenz in den Worten liegt: die beiden Kronen, zu einer Zeit wo Frankreich dem Kaiser den Vorwurf der allzu großen Willfährigkeit gegen die protestantischen Reichsstände machte.

Wir sagen mit Nachdruck: katholische Reichsstände, protestantische Reichsstände, und vermeiden die allzu häufige Bezeichnung: Katholiken und Protestanten, weil sie leicht zu Irrthümern Veranlassung geben kann. Nicht etwa die Forderung des gleichen Rechtes, der gleichen Duldung der einzelnen Angehörigen einer kirchlichen Gemeinschaft kamen in Frage, sondern die Ansprüche der Reichsstände auf Kirchengüter und auf das Reformationsrecht. In Bezug darauf also hofften die protestantischen Reichsstände auf die beiden Kronen. Die Verblendung des Partikularismus hinderte jeden einzelnen dieser Reichsstände zu erkennen, daß ihre sogenannten Religionsbeschwerden nur die Handhaben der fremden Einmischung in Deutschland seien.

Die Berichte der kaiserlichen Gesandten bewiesen, daß diese Handhaben nicht hinweg zu schaffen seien, weil die

Kronen sie festzuhalten wußten. Diese Wahrnehmung drängte den Kaiser dahin, den Weg zu betreten, der bei einigermaßen gesunden Zuständen des Reiches als der entferntere hätte erscheinen müssen, nämlich zuerst sich mit den Kronen abzufinden. Indem der Kaiser diesen Entschluß faßte, that er zugleich einen anderen gleich wichtigen Schritt. Er übergab die Ausführung desselben dem Grafen Trautmanstorff, im Oktober 1645.

Herr Koch sagt (S. 172): Die eigentlichen Friedens-Unterhandlungen beginnen mit der Ankunft des Grafen Trautmanstorff in Münster, am 29. November 1645. Die ersten drei Jahre waren verstrichen leer an allen Erfolgen. Durch Trautmanstorff ward es anders.

Die volle geistige und, was unter den Umständen zu Münster und Osnabrück noch mehr sagen will, die sittliche Ueberlegenheit über den niederen Haufen derer, die dort in Münster und Osnabrück sich drängten, war bei diesem würdigen Repräsentanten seines Kaisers. Und auch dieser kannte den Mann, den er gesendet. Der Graf Trautmanstorff war durch eine geheime kaiserliche Vollmacht (Koch S. 139) mit Befugnissen versehen, wie sie vielleicht keinem andern nach ihm gegeben worden sind. „Er allein, heißt es darin, soll ermächtigt seyn, den Frieden mit Frankreich und dessen Bundesgenossen unbedingt zu schließen und ihn zu bekräftigen. Alles was er zu diesem Ende mit dem Könige oder der Königin-Wittwe oder mit ihren Bevollmächtigten unterhandelt, verrichtet und abschließt, versprechen wir bei unserer kaiserlichen Treue zu genehmigen und zu ratificiren."

Daß viele von diesen Gesandten, die um des Friedens willen geschickt waren, nicht den Frieden wollten, daß sie hofften, bei der Fortsetzung des Krieges auf diese oder jene Weise etwas für den Partikular-Nutzen ihrer Auftraggeber oder auch den eigenen herauszupressen, lehrt jeder Einblick in die Verhandlungen. Aber der Graf Trautmanstorff hatte ihnen gegenüber einen wichtigen Vortheil voraus, denjenigen

nämlich, welcher fast jederzeit der kaiserlichen Politik des Hauses Habsburg von vornherein das Gepräge der Ueberlegenheit gegeben hat. Trautmanstorff wußte was er wollte, und sprach es offen aus: den Frieden. Sein Ziel war ein ehrenhaftes. Die Plane der Gegner derselben waren lichtscheu: keiner von ihnen hätte den Muth gehabt, oder wie man sonst diese Eigenschaft benennen wolle, offen heraus zu sagen, daß er nicht den Frieden wolle, sondern die Fortsetzung des Krieges. Das ist zu allen Zeiten die Ueberlegenheit der guten Sache, daß die schlechte, um anständig zu erscheinen, von ihr die Gewandung borgen muß, und dann in steter Gefahr ist entlarvt zu werden. Nicht bloß einer von diesen Parteien in Münster und Osnabrück, sondern nach einander allen hat Trautmanstorff diesen Spiegel vorgehalten.

Dem Plane gemäß, über den der Kaiser und sein Friedensbote einverstanden waren, begann Trautmanstorff mit der sog. Satisfaktion für die Franzosen. Nicht freilich als ob er bereitwillig gewesen wäre, ihre Forderungen sofort zu erfüllen. Sogleich bei dem ersten Höflichkeitsbesuche, den die französischen Gesandten ihm machten, überraschte er sie mit einer unerwarteten Erklärung über ihre vermeinten Entschädigungs-Ansprüche (Koch S. 172). Es bestände für dieselben, sagte er, gar kein Grund. Wohl aber könne der Kaiser fordern, daß Frankreich zurückstelle, was es dem deutschen Reiche entrissen. Ein für allemal erkläre er, daß von der Abtretung des Elsasses und der Festung Breisach nicht die Rede seyn könne. Seine Vollmacht erstrecke sich nur auf die drei Bisthümer: Metz, Tull, Verdun — bekanntlich diejenigen, welche schon hundert Jahre zuvor Moritz von Sachsen an Frankreich verrathen hatte — auf Pignerol und Moyenwic. Damit möge Frankreich sich begnügen.

Hier wie überhaupt an manchen Stellen, möchten wir die Klage aussprechen, daß Herr Koch nicht mehr Berichte des Grafen an den Kaiser, so wie die Antworten desselben und zwar in ursprünglicher Form mitgetheilt hat. Genug und

bis zur Uebersättigung blickt aus den zahlreichen Quellenwerken die Rohheit und Gemeinheit der Gesinnung, die Bestechlichkeit u. s. w. der Friedensboten jener Tage hervor, daß um so mehr das Verlangen erweckt wird die Worte von zwei solchen Ehrenmännern und Patrioten so einsehen zu können, wie sie selber gegen einander sie wechselten.

Nach den ersten Beredungen mit den Franzosen ging Trautmanstorff nach Osnabrück, um die Forderungen der Schweden zu vernehmen. Sie verlangten am 6. Januar 1646: Schlesien, ganz Pommern, Camin, Wismar, Bremen und Verden, endlich die Bezahlung der schwedischen Armee. Die deutschen Reichsstände schlossen einhellig (Koch S. 185), daß den Schweden keine Entschädigung zu geben sei. Aber eben so wie sie die Abwehr des fremden Eindringlings dem Kaiser überlassen hatten und noch fortwährend überließen, so setzten sie auch diesem ihrem Beschlusse hinzu: sie überließen dem Kaiser das Geschäft, sich mit den Schweden auf eine Weise zu vergleichen, die dem Reiche zum mindesten Nachtheile gereichte.

Die Lage der Dinge war sehr schwer. Trautmanstorff meldete dem Kaiser: „Man sagt mir, Mazarin, Oranien und der alte Oxenstjerna hätten sich insgeheim miteinander verbunden keinen Frieden zu machen und ihre eigenen Gesandten zu betrügen.“ „Es ist mir wahrscheinlich, fügt er hinzu, denn des Oxenstjerna eigener Sohn besitzt keine zum Abschlusse hinreichende Instruktion.“

Wie war diese Kette zu sprengen? Und zwar zu einer Zeit, wo der einzige deutsche Fürst, ter bis dahin mit dem Kaiser in der Vertheidigung Dentschlands aushielt, der Kurfürst Maximilian von Bayern, zu wanken begann? Trautmanstorff sprach darüber dem Kaiser seine Meinung aus (Koch S. 76): „Vor allen Dingen, sagte er, ist Kurbayern auf Ew. Majestät Seite zu erhalten, auch viel und selbst Unbilliges von dort her zu ertragen; denn wenn die Waffen des Kurfürsten mit denen Ew. Maj. vereinigt bleiben, ist

der Feind nicht zu fürchten. Trennen sie sich, so würde die Sache sehr gefährlich seyn."

Aber gerade dieser Kurfürst Maximilian gab damals schon deutlich zu erkennen, wohin er sich neige. Er schrieb an den Grafen Trautmanstorff am 2. Februar 1646 (Koch S. 176): „Es steht alles zum Bruche und zur Auflösung des Reiches. Ist es mir da zu verdenken, wenn ich meine Partikularsachen zur Hand nehme?" Gewiß, wir wollen den Kurfürsten Maximilian für diese Sprache, diese Neigung nicht rechtfertigen. Allein wenn er auch in der Ausdauer seines Patriotismus tief unter dem Kaiser steht: so hat man doch nicht das Recht, ihn etwa auf gleiche Stufe mit Friedrich Wilhelm von Brandenburg zu stellen. Denn die Neutralität gegen den Reichsfeind, zu welcher Frankreich und Schweden damals Maximilian von Bayern zu drängen hofften, hatte Friedrich Wilhelm von Brandenburg, mit Verläugnung seiner dem Kaiser wiederholt gethanen Gelübde von Anfang an ihnen entgegen getragen.

Sollte die Kette der Widersacher des Friedens gesprengt werden: so mußte der Kaiser einem derselben zu Willen seyn, und zwar dem mächtigsten. Verlassen konnte er sich im Reiche auf Niemand mehr. Auf die Einwendung des päpstlichen Nuntius gegenüber dem französischen Gesandten, daß die deutschen Reichsstände die Abtretung des Elsasses nicht zugeben würden, hatte d'Avaur geantwortet (Koch S. 178): „der Reichsstände wegen ist keine Gefahr; denn von einem guten Theile derselben haben wir die schriftliche Zusage bereits in Händen." Trautmanstorff berichtete diese Lage der Dinge. Das Elsaß war ein Erbland des Hauses Habsburg, und zwar eines der ältesten. Der Kaiser legte die Frage der Abtretung seinem Rathe vor. Der Rath des Kaisers erwog und beschloß, daß aus Gründen politischer Nothwendigkeit, weil die Waffenmacht des Kaisers nicht ausreiche gegen die verbündeten Feinde, und auf die Stände des Reiches kein Verlaß sei, das Elsaß an Frankreich abgetreten werden müsse.

Der Kaiser entschloß sich sofort, und that am folgenden Tage, dem 1. März 1646, dem Grafen Trautmanstorff seinen Entschluß kund. Nur Breisach wollte er nicht gewähren, und zwar nicht um sein und seines Hauses willen, sondern weil das Reichsinteresse gefährdet sei, wenn die Franzosen diesseits des Rheines festen Fuß faßten, und in den Besitz des stärksten Bollwerkes im südwestlichen Deutschland kämen (Koch S. 180).

Hier sprechen wir abermals die Klage aus, daß Herr Koch uns diesen Brief des Kaisers Ferdinand an seinen Vertrauten, den Grafen Trautmanstorff, nicht in der ursprünglichen Abfassung mitgetheilt hat. Solche kaiserliche Briefe sind die Urkunden der Politik des Hauses Habsburg, welche die Franzosen und nach dem Muster derselben die deutsche Professorenzunft die Hauspolitik genannt hatten.

Und dennoch mußte dann auch darein der Kaiser willigen. Er mußte es, weil das Reich ihn verließ. Um dem Reiche, für welches er gekämpft und welches freiwillig für sich selber so viel wie nichts gethan, den Frieden zu erkaufen, gab der Kaiser nicht etwa das Land irgend eines Fürsten, der sich durch Felonie desselben verlustig gemacht hatte, sondern ein Erbland seines Hauses hin. Man wird uns nicht erwidern wollen, daß das Reich, wenn es auch so viel wie nichts gethan, dennoch unsäglich gelitten hatte. Denn wessen Schuld war es, daß es gelitten hatte? Nicht diejenige des Einen oder Anderen, sondern der gemeinsamen Schlaffheit und Feigheit, des Partikularismus Aller.

Durch die Befriedigung von Frankreichs eigener Habgier war der schwerste Stein des Anstoßes gehoben. Die anderen, obwohl minder schwer, erforderten doch unendlich viel mehr Zeit und endlosen Hin- und Herredens, weil dabei der Partikularismus der deutschen Reichsstände nicht bloß passiv, wie in der Sache des Elsasses, sondern aktiv auftrat.

Bei den protestantischen Reichsständen unterschied der Kaiser selbst zwei Richtungen. Er sprach sich darüber in einem

Briefe an den Kurfürsten von Bayern am 1. August 1646 in folgender Weise aus (Koch S. 201): „Ich halte dafür, daß bei den protestantischen Reichsständen zweierlei Intentionen bestehen. Jene von ihnen, welche mit den Fremden sich eng verbunden haben, theilen mit ihnen auch den Entschluß, die Länder der katholischen Reichsfürsten mit und neben den beiden Kronen zu theilen, es geschehe ihnen nun in Betreff ihrer Beschwerden große oder kleine Satisfaktion. Verschieden von ihnen sind jene, denen zwar hinsichtlich ihrer Beschwerden die Hülfe der Fremden willkommen ist, die aber die Uebermacht der Schweden fürchten." „Die ersteren sind auf keinen besseren Weg zu bringen, möge man thun was man wolle. Ich meine aber, die anderen seien durch Kursachsen zu gewinnen, zumal wenn viele Reichsstädte und auch die der Hanse sich Kursachsen anschließen würden."

Man sieht, daß dem Kaiser hier die Erneuerung des Krieges vorschwebt, und zwar durch einen Angriff eines Theiles der protestantischen Reichsstände zur Vernichtung der sämmtlichen kirchlichen Herrschaften, die noch bestanden. Auf der anderen Seite stand die nicht geringe Zahl derjenigen Fürsten der katholischen Kirche, die nichts hergeben wollten. Der Führer derselben war der Fürstbischof und Cardinal Franz Wilhelm von Osnabrück*). Der Graf Trautmanstorff charakterisirt diese Partei mit folgenden Worten (Koch S. 211): „Wie mir der Bischof von Osnabrück klar sagt, werden die katholischen Reichsstände nicht in die Abtretung auch nur eines Stiftes willigen, sondern zurückfordern. Begehre ich ihr Gutachten, so schlagen sie mir die Einwilligung ab, und verweisen in Betreff der Entschädigung für Schweden und Brandenburg auf die Erbländer Ew. Majestät. Ew. Majestät

*) Die Correspondenz desselben, welche, um mich dieses Ausdruckes zu bedienen, die Anschauungen der äußersten Rechten vertritt, liegt für die Geschichte noch sehr wenig benutzt, im älteren Regierungs-Archive zu Osnabrück.

haben nicht Macht, sagen sie, über geistliche Güter zu verfügen. Sie protestiren, sie appelliren, sie drohen mit Exekution, haben den Nuntius an der Hand."

Der Nuntius konnte offiziell nicht gut heißen, daß die kirchlichen Fürstenthümer aufgehoben und Anderen gegeben wurden, wie überhaupt Niemand, sei er gesinnt wie er wolle, vom Standpunkte des positiven Rechtes aus dieß gutheißen konnte. Anders sprach das Machtgebot der Thatsachen. Und diesem entzog sich der Nuntius persönlich nicht. „Obgleich ich, sagt er (Koch S. 189), meinem Stande und Auftrage gemäß, zu den Unterhandlungen des Kaisers mit den protestantischen Reichsständen über Kirchengüter weder Beifall noch Einwilligung geben kann, so muß ich doch meine Meinung dahin bekennen, daß kein Theologe, wie gelehrt und gewissenhaft er auch seyn möge, dem Kaiser Unrecht geben könne, wenn er bei seinem schweren Stande und Unglücke sich mit den Schweden und den protestantischen Reichsständen so gut wie möglich zu vergleichen sucht." Ausdrücklicher noch sprachen die katholischen Theologen am Hofe des Kaisers ihre Ansicht aus (Koch S. 188). Der Kaiser habe absolut das Recht, um des Friedens willen ehemals kirchliche Länder an protestantische Fürsten abzutreten, möge die Kirche es bewilligen oder nicht.

Wir sehen also die Verschiedenheit. Ein Theil der protestantischen Reichsfürsten wollte, wenn er auch allerdings es nicht zu sagen wagte, die Vernichtung des Bestehens aller kirchlichen Herrschaft. Er lehnte sich an Schweden. Principiell entgegen stand diejenige Partei der katholischen Reichsstände, welche nichts abtreten wollten. Sie hatte einen Rückhalt an Spanien und Frankreich. Der Kaiser dagegen und Trautmanstorff erkannten die Nothwendigkeit der Abtretung von kirchlichen Fürstenthümern an. Es handelte sich für sie nur um das Maß und das Ziel. Sieht man davon ab, daß das formelle Recht für das Princip der katholischen Reichsstände sprach: so standen sie im Uebrigen an Partikularismus und

Egoismus den protestantischen Reichsständen völlig gleich. „Ich vernehme, meldet der Kaiser an Trautmanstorff (Koch S. 245), weder von dem Bischofe zu Osnabrück, noch von sonst einem der katholischen Reichsstände, wie sie gedenken, mir im Falle der Fortdauer des Krieges unter die Arme zu greifen, damit ich solchen Forderungen wie der Abtretung von Bremen und Verden an Schweden die Waffen entgegensetzen könne. Ja was noch mehr ist, ich vermisse selbst die Andeutung, wie sie mir helfen wollen, die Christenheit gegen den Erbfeind des christlichen Namens zu schützen." Die Türken schienen sich nämlich damals regen zu wollen, und selbst Frankreich erklärte sich bereit, im Falle eines Angriffes von dort dem Kaiser Hülfe zu stellen (Koch S. 221).

Wir sehen hier das deutsche Erbübel in seiner vollen erschreckenden Gestalt. Im Falle der Bedrängniß erwartet Jeder nicht bloß, sondern verlangt Schutz von dem Kaiser, aber nicht so, daß man dem Kaiser zu diesem Zwecke die eigenen Mittel zur Verfügung stellt, sondern auf des Kaisers Kosten, mit dem Vorbehalte ihn zu tadeln, wenn er handelt nach eigener bester Ueberzeugung, und nicht nach der Richtschnur, welche die Schutzbedürftigen ihm vorzeichnen möchten. Die Krankheit ist dieselbe heute wie vor zweihundert Jahren, nur daß die Symptome sich etwas anders gestalten.

Das Princip, nach welchem Trautmanstorff mit den Reichsständen verfuhr, ersehen wir aus seinem Berichte an den Kaiser. „Ich überlasse sie, sagt er (Koch S. 212), eine Zeitlang sich selber. Ich will sehen, wie weit die katholischen und protestantischen Reichsstände das Werk unter sich bringen. Vergleichen sie sich untereinander, wohl und gut; wofern nicht, so werde ich endlich einen Donnerstreich unter sie ergehen und klagen lassen wer da will."

Inzwischen aber zog sich die Erfüllung der schwedischen Satisfaktion endlos hin, nicht wegen der Schweden, sondern wegen Brandenburgs, das an Habgier Schweden und Frankreich bei weitem übertraf. Die Schweden schränkten bald ihre

frühere Forderung ein auf Wismar und entweder ganz Pommern, oder Vorpommern mit Bremen und Verden. Aber auf Pommern hatte Brandenburg die Anwartschaft durch eine Gnadenverleihung des Kaisers Karl V. Es wollte darauf nicht verzichten ohne Ersatz. Zeichnen wir diese Sache in kurzen, wo möglich urkundlichen Zügen.

Herr Koch führt (S. 218) einige Worte des Professors Droysen an, welche allerdings geeignet sind, durch die Vergleichung mit den Thatsachen und damaligen Kundgebungen der Betheiligten, den Charakter der Berliner Weltanschauung in ein scharfes Licht zu stellen. Die Worte des Herrn Droysen lauten wie folgt: „Wenn die Kaiserlichen die französischen Forderungen zurückwiesen, weil Elsaß, Breisgau rc. nicht dem Kaiser, sondern dem Erzherzoge von Tyrol gehöre: wie konnten sie die Stirn haben, den Schweden das Erbland des Kurfürsten von Brandenburg zu bieten? Hatte denn Brandenburg das Reich in diesen ungeheuern Krieg gestürzt, daß es nun auch die Folgen seiner Verschuldung tragen mußte?" So Herr Droysen. Prüfen wir nun die Thatsachen.

Der Kurfürst Friedrich Wilhelm scheint sich damals, wenn auch wahrscheinlich in etwas anderer Form, ähnlich geäußert zu haben, wie jetzt Herr Droysen. Die kaiserlichen Gesandten zu Osnabrück erhielten darauf durch ein Schreiben vom 14. Juni 1646 den Auftrag, den Brandenburgischen zu erwidern (Koch S. 218): „daß der Vorschlag wegen Pommerns anfänglich nicht von uns und unseren Gesandten, sondern von den Schweden herrühre, und es wird dem Kurfürsten von Brandenburg nicht verborgen seyn, daß die Krone Schweden, ehe sie auf den Reichsboden kommen, das Hauptabsehen auf dieses Herzogthum Pommern gehabt." Diese letzten Worte des Kaisers Ferdinand III. werden bestätigt durch die schon oben angeführten Worte des Kanzlers Oxenstjerna im J. 1644 vor dem schwedischen Reichsrathe: „Pommern und die Seeküste sind gleich einem Bastion für die Krone Schweden, darin besteht unsere Sicherheit gegen den Kaiser. Das war die

vornehmste Ursache, welche die selige Majestät in die Waffen brachte." Diese Worte finden sich gedruckt bei Geijer: Geschichte von Schweden Bd. III. S. 165.

Herr Koch weist ferner darauf hin, daß er im ersten Bande seines Werkes mehrfach dargethan, wie der Kaiser beflissen gewesen sei, den Schweden gegenüber Pommern für Brandenburg zu erlangen. Im J. 1644 schien es, daß der Kaiser für die Abtretung Pommerns an Schweden einen Separatfrieden mit dieser Krone schließen konnte. Der Kurfürst Maximilian von Bayern hatte entschieden bei dem Kaiser darauf gedrungen, und zwar ist sein Grund sehr bemerkenswerth. Er sagt nämlich: „Diese Concession von Pommern an Schweden ist das einzige Mittel, durch welches noch Hoffnung gegeben ist, die österreichischen Vorlande der Krone Frankreich zu entziehen." Der kaiserliche Minister Kurtz war damals der Meinung, daß diese Erwägung bei dem Kaiser durchschlagen müsse. Ebenso der kaiserliche Gesandte Lützow in Hamburg. Eine Rücksicht auf den Kurfürsten Friedrich Wilhelm hatte der Kaiser nicht zu nehmen; denn dieser hatte im Widerspruche mit seinen dem Kaiser gemachten Betheuerungen schon vier Jahre zuvor mit den Schweden einen Vertrag der Neutralität geschlossen. Allein der Kaiser wollte nicht. Er *wollte* höchstens über Vorpommern mit Schweden unterhandeln, nicht weiter. Er untersagte Lützow auf das strengste, darüber hinauszugehen.

Der Kaiser wollte also Pommern auch da nicht hingeben, wo es in seinem eigenen Interesse war. Während Brandenburg pflichtvergessen neutral blieb, suchte der Kaiser durch die Leistungen seines Heeres Pommern bei Deutschland zu erhalten, für den Kurfürsten von Brandenburg zu erlangen. Wir sagen mit Nachdruck: erlangen, nicht erhalten. Das letztere Wort ist darum nicht der richtige Ausdruck, weil Brandenburg Pommern noch nie besessen, und im J. 1630, als Gustav Adolf es occupirte, gegen diesen Eroberer einen Schwertstreich ebenso wenig gethan hatte, wie im J. 1644,

wo der Kaiser durch die Abtretung von Pommern an Schweden dem Reiche den Frieden von dort her, sich selber das Elsaß sichern konnte.

Allein es handelt sich hier um das Jahr 1646. Auf die Klage Brandenburgs, daß die Schweden Pommern nehmen wollten, erwiderte Kursachsen (Koch S. 219): „Brandenburg möge sich nicht einbilden, daß Kursachsen und alle übrigen Reichsstände länger in Gefahr stehen wollten, seinetwegen das Ihrige zu verlieren. Da das Erzhaus Oesterreich um des Friedens willen einen großen Theil von seinen Erbländern zurücklasse: so werde Kurbrandenburg um so weniger berechtigte Ursache haben, um das Uebrige aus Feindes Hand zu retten, etwas von den Ländern zurück zu lassen, die es noch gar nicht in Besitz gehabt und aus Gnaden des Kaisers erlangt hat.“ Auch der Graf Trautmanstorff war damals noch, im Beginne der Brandenburger Reklamationen, sehr wenig geneigt, auf eine Entschädigung an Brandenburg für das einzugehen, was es noch nicht besessen, und dessen Verlust es selbst am meisten verschuldet hatte. „Es geschieht Brandenburg recht“, erwiderte er den Sachsen (Koch S. 220); „denn es war primus auctor und vornehmste Ursache, daß die Schweden den Reichsboden betraten.“

In der That nahm der kurbrandenburgische Gesandte Wesenbeck diese Urheberschaft damals von Seiten seines Herrn als ein Verdienst in Anspruch. Er beklagte sich, daß Jedermann ihn wegen Pommerns trostlos lasse. Er nannte das einen schlechten Dank für die eifrige Verwendung seines Kurfürsten im Interesse des Gemeinbesten, und dafür daß Georg Wilhelm den Schwedenkönig nach Deutschland gebracht. Auf diese naive Rede erwiderten die Kursachsen: das sei ja eben ein Bekenntniß, daß Brandenburg selbst die schwedische Last sich auferlegt habe.

Im Interesse des deutschen Gemeinwohles wäre es sehr zu wünschen gewesen, wenn der Graf Trautmanstorff diese seine ursprüngliche Ansicht, daß Brandenburg keinerlei Ent-

schädigung gebühre, festgehalten hätte. Das Beispiel des Elsaß, für welches der Kaiser für sein Haus keine Entschädigung verlangte, lag vor. Und wenn man allerdings auch die Gesinnung der Opferfähigkeit für das Gemeinwohl, welche dem Hause Habsburg inhärirt, von dem Hause Hohenzollern niemals erwarten durfte: so sprach hier die Uebereinstimmung der Reichsstände gegen das Princip der Entschädigung an Hohenzollern, zu geschweigen von der Art und Weise wie nachher dieß Princip doch verwirklicht wurde.

Der Kurfürst, der es sich zum Ruhme anrechnete, die Schweden nach Deutschland gebracht zu haben, ward damals von diesen geradezu verhöhnt. Orenstjerna sagte (Koch S. 225): der Kurfürst habe nie Vorschläge thun lassen, welche Entschädigung er für Pommern begehre, sondern beständig betheuert, daß er weder halb noch ganz Pommern zurücklassen werde. Diese Behauptung stehe im Widerspruche mit seiner Theologie (d. h. der calvinischen); denn vermöge dieser müsse Pommern den Schweden bleiben, wofern es ihnen prädestinirt sei.

Friedrich Wilhelm dagegen erwog damals den Gedanken, sich mit Polen und Rußland zu verbinden und so den Krieg zu führen (Koch S. 225). Es ist dieß, wie es scheint, das erstemal, daß in dem Hause Hohenzollern der später sehr cultivirte Gedanke auftaucht, mit russischer Hülfe in Deutschland groß zu werden, ein Gedanke der später mit der Theilung Sachsens unter russischem Schutze seinen Gipfelpunkt erreichte. Die Gesandten Friedrich Wilhelms riethen es damals ihm ab. Er werde in solchem Falle, meinten sie, Alles verlieren. Der Kurfürst schwankte. Bald schien er sich fügen zu wollen, bald wieder kamen Drohungen, daß ein erzwungener Verzicht von seiner Seite auf Pommern nicht zum Frieden, sondern zu neuen Kriegsverwickelungen führen würde. Trautmanstorff entgegnete auf eine solcher Drohungen (Koch S. 256): es sei schon einigemale über diese Sache mit den brandenburgischen Gesandten, dem Grafen Wittgenstein und dem von Löben

gesprochen und ihnen bemerkt, daß ihr Herr Gott danken könne, wenn er mit dem Verzichte auf Vorderpommern davon komme. Der Kaiser werde Pommerns wegen nicht den Krieg auf seine Kosten fortsetzen, und den Kurfürsten in seiner Neutralität belassen. Trautmanstorff lasse den Protest dahin gestellt seyn. Dann aber fügte er einen anderen Gedanken hinzu, der mehr Licht auf die Sache wirft. Brandenburg und Schweden nämlich scheinen unterdessen einander gefunden zu haben. Weil, sagte Trautmanstorff, die Schweden kurzweg erklären, daß sie ohne Einwilligung des Kurfürsten Pommern nicht nehmen würden, und gleichwohl wissen, daß er sie verweigere: so gewinne es den Anschein, daß zwischen beiden Theilen ein geheimes Einverständniß bestehe.

Es war die Neigung des alten Oxenstjerna, den Krieg fortzuführen und zwar ihn zum Religionskriege zu machen. Bekanntlich hatte der schwedisch-französische Hippolithus a Lapide im J. 1640 den Religionskrieg entschieden verneint. Allein die Königin Christine wollte nicht auf Oxenstjerna's Wünsche eingehen. Sie wollte den Frieden. Deßhalb kam Salvius unerwartet am 2. November 1646 von Osnabrück nach Münster und verlangte die Formulirung der Abtretung. Schweden sollte demgemäß Vorpommern und die Herzogthümer Bremen und Verden haben wie es später geschehen ist; Brandenburg Hinterpommern und eine Entschädigung. Die kaiserlichen Gesandten erwiderten: die Entschädigung des Kurfürsten für Vorpommern bestehe nach seinen Ansprüchen in nicht weniger als fünf Bisthümern des Reiches und drei Fürstenthümern in Schlesien. Aber der Kaiser werde ihm eins von jenen geben und zwei Millionen Gulden. „Begnügt er sich damit, setzte Trautmanstorff hinzu: wohl und gut. Wo nicht, so wird der Kaiser ihm gar nichts geben.“ Den brandenburgischen Gesandten selbst hielt er vor: sie würden sich wohl erinnern, daß der Kurfürst und seine Vorfahren zu den Pommer'schen und Jülich'schen Landen nicht anders als durch eine von den Kaisern Karl V. und Ferdinand II. er-

langte Gnaden-Exspektanz gekommen wären. Mithin könne dem jetzt regierenden Kaiser mit keinem Fuge und keiner Billigkeit zugemuthet werden, daß er dasjenige was fremde Kriegesgewalt dem Kurfürsten entrissen, aus seinen eigenen Ländern ersetze. Er möge sich begnügen mit Hinterpommern, Halberstadt und zwei Millionen.

Wir wiederholen, daß es besser gewesen wäre, wenn Trautmanstorff einem Fürsten gegenüber, der für das Gemeinwohl nichts gethan, der noch dazu sich eben gerühmt die schwedische Landplage nach Deutschland gerufen zu haben, wenigstens bei diesen Vergabungen stehen geblieben wäre. Wir nennen sie Vergabungen, insofern Friedrich Wilhelm bis dahin nichts davon besessen hatte. Allein dieser Fürst seinerseits erkannte, daß er doch bereits ein Fürstenthum durch sein endloses Reklamiren herausgedrückt hatte. Das Mittel hatte sich bewährt. Er setzte es fort.

Es kam ihm dabei zu statten, daß die anderen protestantischen und katholischen Reichsstände nicht sich einen konnten. Die letzteren zürnten dem Grafen Trautmanstorff wegen seiner vielen Zugeständnisse: den ersteren that er niemals genug. Am 1. Dezember 1646 berief er die Gesandten der protestantischen Reichsstände vor sich, und übergab ihnen eine endliche Erklärung. „Wofern, setzte er dann hinzu, selbst die nunmehrigen Anerbieten keine Einigung bewirkten, müßte Gott eines Jeden Sinn und Verstand verblendet und dem armen Deutschland noch ein schlimmeres Schicksal vorherbestimmt haben.“ Wenn auch die Franzosen ihm zur Einigung der Gemüther nicht halfen, so sagten sie doch so viel zu, daß Frankreich die Verwandlung des Krieges in einen Religions-Krieg nicht zulassen werde.

Die katholischen Reichsstände waren gegen jede Säkularisirung, sowohl von Bremen und Verden als von Halberstadt. Sie erkannten nicht, daß sie dadurch das Uebel, das sie abwenden wollten, nur noch verschlimmerten, daß sie selber, indem sie Trautmanstorff wegen seiner Nachgiebigkeit Vor-

wirrig machten und die Sache hinzerrten, im Interesse Brandenburgs arbeiteten: denn jegliche Verzögerung war ein Vortheil für Brandenburg.

Am 11. Dezember 1646 erhoben die kurfürstlichen Gesandten bei Brandenburg eine nachdrückliche Vorstellung. Die kaiserliche Majestät, sagten sie (Koch S. 272), habe sich so weit überwunden, daß sie einzig und allein aus Liebe und Sorgfalt für das Vaterland und zum Zwecke des hochnöthigen Friedens ihre Erblande, die sie so viele hundert Jahre besessen, an die Krone Frankreich gutwillig abgetreten. — Sie weisen dann hin auf die vielfältigen Bemühungen, die sie sich gegeben, um die Schweden von ihrer Forderung auf ganz Pommern abzubringen. Nun möge auch der Kurfürst aus Liebe zum Vaterlande und zum Frieden in die gemachten Vorschläge einwilligen. Sie setzen hinzu, daß er bei längerer Weigerung Gefahr laufe, beide Fürstenthümer zu verlieren, weil die Kurfürsten und Stände nicht Willens seien den Krieg fortzusetzen, und selbst, wenn es seyn müßte, mit Zurücklassung von ganz Pommern bei Schweden, Frieden schließen würden.

Der Rath war ohne Zweifel sehr wohl gemeint. Allein klüger wäre es gewesen, wenn die Kurfürsten und Stände des Reiches, katholisch und protestantisch, dem Kurfürsten von Brandenburg mit der That vorangegangen wären, wenn ein jeder von ihnen seines eigenen Partikularismus vergessen, und allesammt sich einig und entschlossen' zu ihrem Kaiser gestellt, ihm die Entscheidung ihres Haders anheimgestellt hätten. Dann fiel sofort der Partikularismus von Brandenburg kraftlos zu Boden. Bis dahin sog er 'seine Lebensnahrung aus dem Partikularismus der Anderen. Ihr Hader war wesentlich eine Rechthaberei: der Partikularismus Brandenburgs hatte Realitäten zum Ziele.

Der Kurfürst Friedrich Wilhelm war damals im Haag. Dorthin schickten die kaiserlichen Gesandten den Herrn von Plettenberg an ihn, und verlangten seine Erklärung. Willige

er nicht ein, so werde man mit Schweden auf ganz Pommern abschließen. Die Franzosen gaben ihrerseits dem St. Romain den Auftrag dasselbe zu sagen, und zugleich — wahrscheinlich nicht ohne Vorwissen der Kaiserlichen — ein bedingtes Angebot der Anwartschaft auf Magdeburg in Aussicht zu stellen (Koch S. 273).

Die zweite Stufe der sogenannten Entschädigung war damit erklommen. Allein Friedrich Wilhelm wollte mehr. Er erwiderte, daß er den Sachen weiter nachsinnen werde. Es ist nicht zu läugnen, daß er ein gewagtes Spiel trieb. Nach einer zu Münster mit allen Parteien genommenen Rücksprache begab sich Volmar gegen Ende Dezembers 1646 nach Osnabrück, und bot am 6. Januar 1647, ohne weitere Rücksicht auf Brandenburg, den Schweden ganz Pommern an (Koch S. 332).

Die Brandenburger baten hier und baten dort. Es war vergeblich. Inzwischen kam auch Trautmanstorff nach Osnabrück, und ihm nach folgte der Brandenburger Wittgenstein mit einer neuen Antwort des Kurfürsten aus dem Haag. Er wolle Vorpommern fallen lassen, sagte Friedrich Wilhelm, dafür aber die Bisthümer Halberstadt und Minden, die Grafschaft Schaumburg, die Anwartschaft auf das Erzbisthum Magdeburg, und endlich 1,200,000 Thlr. Der Graf Trautmanstorff wies zwar diese überspannten Forderungen zurück; dennoch fing er auf's neue an darüber zu unterhandeln.

Vielfach findet man die Nachricht, der Kurfürst habe damals dem Grafen Trautmanstorff 100,000 Thlr. bieten lassen, dieser sie zurückgewiesen. Herr Koch hat darüber keine Nachricht gefunden. Die Sache ist unwahrscheinlich in sich. Man sollte doch dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm die Menschenkenntniß zutrauen, daß er einem Manne wie Trautmanstorff gegenüber nicht verfahren dürfe wie mit Salvius und Oxenstjerna. Das Verfahren, durch welches er den Grafen Trautmanstorff persönlich zu gewinnen hoffte, war ein anderes. Er wolle, sagte der Kurfürst (Koch S. 334), wenn

der Graf ihm Minden verschaffe, solches mit gebührendem wirklichen Danke um ihn und die Seinigen erkennen, auch sich bestreben, daß des Grafen große Mühe und Sorgfalt vom Kaiser und vom ganzen Reiche zu seiner und seines Hauses mehrerer Aufnahme in hohe Consideration gezogen werde.

Wir sehen, der Kurfürst wollte seine Anerkennung dessen was der Graf Trautmanstorff für das deutsche Gemeinwohl gethan, abhangen lassen von dem Privatvortheile, den der Graf ihm persönlich zuwende. Die Antwort des Grafen war eines kaiserlichen Ministers und deutschen Patrioten würdig. Sie enthielt kurz und bündig: „wenn der Kurfürst in der Devotion gegen den Kaiser verharre, werde er von demselben alle Gegenbezeigung erfahren."

In der That, die kaiserliche Gegenbezeigung für eine Devotion, die höchstens in Worten bestand, war reichlich. Nach der kaiserlichen Entschließung vom 1. Februar sollte Brandenburg zur Entschädigung für Vorpommern erhalten: das Fürstbisthum Halberstadt, die Anwartschaft auf Magdeburg und das Bisthum Camin.

Die katholischen Reichsstände erhoben schwere Klage über die allzu große Willfährigkeit. Sie sagten (Adamus Adami p. 490): nach der Reichsmatrikel sei allein das Erzbisthum Magdeburg mehr werth als ganz Pommern, und nun werde für das halbe Pommern, welches Brandenburg noch nie besessen, ihm ein Erzbisthum und zwei Bisthümer gewährt. Das sei unerträglich.

Der brandenburgische Gesandte Wittgenstein dagegen eröffnete dem Schweden Oxenstjerna: es sei das alles noch nicht genug; Brandenburg müsse auch noch Minden und Osnabrück dazu haben. Der Schwede erwiderte: er möge nicht Schlösser in die Luft bauen (Koch S. 335). Allein Friedrich Wilhelm kannte seine Leute. Oxenstjerna und Salvius erhielten jeder 20,000 Thlr., und sagten dafür zu, daß, wenn das Stift Minden den protestantischen Reichsständen zugesprochen würde, Brandenburg es erhalten sollte. Es fehlte

nur noch die Einwilligung des Kaisers. Hier erlahmten die üblichen Mittel Friedrich Wilhelms von Brandenburg. Aber er hatte schon so viel erreicht durch die Ausnutzung des Partikularismus der Anderen, daß er auch dießmal hoffen durfte. Und in der That arbeitete der Kurfürst Maximilian von Bayern eben damals mittelbar für den Brandenburger.

Am 14. März 1647 zog Maximilian einen Strich durch seine rühmliche Vergangenheit, indem er den Ulmer Vertrag der Neutralität mit Frankreich und Schweden unterzeichnete. Der Kaiser stand allein und verlassen von allen Reichsständen. Sie alle forderten von ihm auf Kosten des Gemeinwohles, keiner gewährte. Die Verblendung Bayerns dauerte nur einige Monate, nur bis zum Passauer Vertrage mit dem Kaiser vom 7. September 1647. Allein diese Zeit hatte genügt. Die Kunde des bayerischen Abfalles trieb mittelbar sofort den Preis des Brandenburgers empor. Die Ansicht jedoch, als ob nun darum Friedrich Wilhelm geneigt gewesen wäre, mit dem Kaiser eng verbunden für das deutsche Gemeinwohl aufzutreten, würde der Politik Friedrich Wilhelms nicht entsprechen. Der Kaiser stellte an ihn die Aufforderung. Friedrich Wilhelm lehnte sie ab. Er sei nicht gerüstet, sagte er. Bei besserer Wehrverfassung werde er später der Aufforderung entsprechen können (Koch S. 340). Allein obwohl Friedrich Wilhelm nichts für die gemeine Sache des Reiches that, obwohl er nur Worte gab an deren Aufrichtigkeit wegen seiner vielfachen Bemühungen zur selben Zeit um andere Bündnisse sehr zu zweifeln ist: so floß doch aus der ganzen Lage der Dinge der Vortheil für ihn, daß auch die kaiserlichen Gesandten den Auftrag erhielten, ihm das Fürstbisthum Minden zuzusagen.

Bei den anderen Erwerbungen, die Friedrich Wilhelm dadurch machte, daß er den Partikularismus Anderer, vor allen Dingen denjenigen seiner Gegner, für sein eigenes Partikular-Interesse ausnutzte, kann man zweifelhaft seyn, wem der Betreffenden die größere negative Schuld beizumessen sei: den Erwerb dagegen des Fürstenthums Minden verdankte

er der Hauptsache nach der Verblendung des Kurfürsten Maximilian von Bayern.

In der That muß man, bei allem Widerwillen gegen die moralische Qualität der Politik des Brandenburgers Friedrich Wilhelm, die Schlaubeit, die Durchtriebenheit derselben völlig anerkennen. Jeder edlere und höhere Gedanke fehlt: es ist der baare Egoismus; aber dieser Egoismus wird in Scene gesetzt mit zäher Consequenz, mit kluger und umsichtiger Berechnung der Schwächen Anderer. Es ist nicht zu verkennen, daß auch manches, was außerhalb der nächsten Berechnung gelegen zu haben scheint, günstig zu statten kam, wie vor allen Dingen die bayerische Verblendung sich vom Kaiser trennen und eigene Wege einer vermeintlich selbstständigen Politik gehen zu wollen. Aber wir wissen nicht, ob nicht der Scharfblick Friedrich Wilhelms diese thörichte Wandlung Bayerns, die doch auch nicht die rasche That eines Tages war, sondern aus der Ueberschätzung der Machtstellung Bayerns langsam sich entwickelt hatte, seit langem schon als Faktor mit in seine Rechnung aufgenommen. Wie dem auch sei, Friedrich Wilhelm hat diese Thorheit, wie die anderen vielfachen der deutschen Reichsstände, mit überraschendem Erfolge ausgenutzt.

So nur war es möglich, daß ein Kurfürst des Reiches, der damals noch an Macht denen von Bayern und Sachsen nachstand, aus einem Kriege, in welchem weder er selbst noch sein Vorgänger eine hervorragende Rolle gespielt, mit überaus reicher Beute davon ging. Man hat den großen Krieg jener Zeit mit dem Kampfe des Löwen und des Tigers verglichen, die sich zerfleischen, während der Schakal heranschleicht und die Beute, um welche jene hadern, in das Dickicht zerrt. Oesterreich wäre darnach der Löwe, Frankreich der Tiger, Schweden der Schakal. Allein wenn überall der Vergleich zulässig wäre, was er nicht ist: so würde nicht Schweden, sondern Brandenburg der Schakal seyn. Denn der Antheil Brandenburgs überstieg denjenigen Frankreichs, sowie den-

jenigen Schwedens. Das letztere erhielt Vorpommern und zwei ehemalige Bisthümer; Brandenburg erhielt Hinterpommern und vier ehemalige Bisthümer.

Jener Vergleich aber ist unzulässig in vieler Beziehung. Nicht die Unachtsamkeit der großen Kämpfer Oesterreich und Frankreich hat den kleineren es möglich gemacht, einen so großen Theil der Beute für sich davon zu zerren; sondern die Hauptschuld trägt — es kann nicht genug wiederholt werden — der deutsche Partikularismus selbst. Wenn die protestantischen Reichsstände, von denen keiner zu Anfang den Schweden freiwillig in sein Haus aufgenommen, einmüthig erklärt und durch die That bewiesen hätten, daß sie mit ihrem Kaiser darin einig seien, einen fremden Eindringling nicht zu dulden; wenn die katholischen Reichsstände, die unablässig von dem Kaiser forderten, daß er für sie einträte, nur einmal durch die That bewiesen hätten, daß sie das was sie von dem Kaiser verlangten, auch selber ihm zu leisten willig wären: so hätte Frankreich nicht das Elsaß erlangt, Schweden nicht Pommern und die Herzogthümer Bremen und Verden, Brandenburg nicht den besten Theil der Beute davon getragen. In dem letzteren hätte dann nicht der Gedanke aufkommen können, das Centrum des Princips der Zersetzung zu werden, das Aufgelöste und Zersetzte sich zu assimiliren, und wieder demselben Geiste der Auflösung und Zersetzung des noch Uebrigen dienstbar zu machen. Es ist dieß ja der Partikularismus in der höchsten Potenz; aber der Partikularismus in dieser besonderen Form hat nur entstehen, wachsen und zur Entwickelung gelangen können durch die Ausnutzung des Partikularismus aller Anderen. Dieser Partikularismus der Anderen hascht wie einst in Münster und Osnabrück nach dem Schatten der Dinge die gewesen sind. Er malt sich eine Selbstständigkeit aus, die an der festen Wirklichkeit der Dinge wie Glas zerbricht. Für diejenigen welche in Münster und Osnabrück sich müheten um die Wahrung und Sicherung des eigenen Rechtes, gab es nur ein einziges Mittel, dessen Ergreifen sie in den Stand

gesetzt hätte jeder Unbill Trotz zu bieten, ob von außen, ob von innen. Das Mittel lag vor ihren Augen, handgreiflich: die Bezeugung in Wort und That, daß sie stehen und fallen wollten mit ihrem Kaiser. Sie haben es nicht ergriffen.

Im Juni 1647 waren die Dinge zum Abschlusse reif. Trautmanstorff berichtete dem Kaiser, daß nur noch die katholischen Reichsstände opponirten (Koch S. 365). Und doch, fügt er hinzu, wissen sie kein besseres Mittel zum Frieden anzugeben. „Ich habe sie zu mir beschieden, habe ihnen eindringlich gesprochen. Ich habe ihnen die Gefahr zu Gemüthe geführt, die aus dem Verzug ihrer Einwilligung entspringt. Ich habe ihuen bemerkt, daß Ew. Majestät nicht schuldig seien, wegen des Widerspruches einiger Reichsstände alle Ihre Erbkönigreiche und Länder in die Schanze zu schlagen, zumal da Sie von allen katholischen Ständen ohne Hülfe gelassen werden."

Es wäre ungerecht, den katholischen Reichsständen zu verargen, daß sie den großen Abbruch ihres positiven Rechtes in sich mißmuthig empfanden. Allein da sie dafür nichts thaten, wurde ihr Mißmuth dem Kaiser gegenüber zum Unrechte. Indeß auch noch die Protestanten machten Schwierigkeiten. Trautmanstorff erklärte, daß er am 11. Juli abreisen würde. Da erschien eine Deputation der protestantischen Reichsstände und bat ihn dringend, nur noch einige Tage zu weilen. Er gab nach. Erst am 17. Juli reiste er ab. Die katholischen Reichsstände sahen gern ihn scheiden.

Länger als ein Jahr ward dann noch über Einzelpunkte verhandelt. Wir schließen uns der Ansicht derer an, welche glauben, daß es besser gewesen wäre, wenn der Graf Trautmanstorff es über sich vermocht hätte, bis zum Ende auszuharren. Denn wenn auch nach seinem Abgange die kaiserlichen Principien der Rechtschaffenheit und Ehrenhaftigkeit dieselben blieben: so fehlte doch der eine Mann, der mit der ganzen Wucht seiner intellektuellen und sittlichen Ueberlegenheit sie vertrat, vor dem die Schaar der moralisch Kleinen in

stiller und oft widerwilliger Anerkennung sich beugte. Allein es ist billig auch seinen Grund zu hören. Man machte ihm später Vorwürfe, daß er nicht das Werk völlig zu Ende geführt, ja daß er sich von dem spanischen Gesandten habe bereden lassen, vorher abzureisen. Mit solchen Worten, erwiderte Trautmanstorff (Koch S. 528), geschehe dem spanischen Gesandten Unrecht. Vielmehr habe ihn selbst der Zustand seiner Gesundheit zur Abreise genöthigt. Denn er habe sich den langsamen Gang der Verhandlungen so zu Gemüthe gezogen, daß er gewiß gestorben wäre, wenn er länger in Münster hätte bleiben sollen.

Herr Koch erwähnt, daß der Graf Trautmanstorff nach seiner Rückkehr eines Tages dem Kaiser eine schriftliche Darlegung seines Verhaltens in Münster und Osnabrück überreicht habe (Koch S. 382). Wenn diese Darlegung dem Herrn Koch zugänglich gewesen ist, wie es doch nach seinem Berichte scheint: warum denn, möchten wir fragen, hat er uns diesen Bericht nicht mitgetheilt? Wahrlich die eigenen Worte eines solchen Mannes würden manches Buch über den westfälischen Frieden überflüssig machen.

So lange aber der Friede noch nicht abgeschlossen und ratificirt war, schien für den, der etwas zu gewinnen hoffte, die Gelegenheit dazu noch günstig. Sie schien es vor allen Dingen für Friedrich Wilhelm von Brandenburg, den Unersättlichen. Es gab, wie wir gesehen haben, damals wohl viele welche glaubten, daß Friedrich Wilhelm Zeit und Gelegenheit zur vollen Genüge und mehr noch ausgebeutet hätte. Von jeglicher Anwandlung von Bescheidenheit sprachen sie gewiß ihn frei. Friedrich Wilhelm selbst war nicht dieser Ansicht. Der Sicherheit wegen für alle Eventualitäten unterhandelte er nach verschiedenen Seiten zugleich (Koch S. 398). Zuerst that er im Oktober 1647, nachdem Bayern zu seiner Pflicht zurückgekehrt war, dem Kaiser kund (Koch S. 391), daß auch er wünsche dem Beispiele Bayerns zu folgen, einige tausend Mann zu werben und sich mit dem Kaiser gegen

Schweden zu vereinigen. Er setzte hinzu, daß dieß heimlich geschehen müsse.

Der Kaiser erwiderte: „die Fürsten und Stände des Reiches werden am besten thun sich an mich als das Oberhaupt desselben anzuschließen. Denn ich und mein Haus begehren nicht, das Reich und dessen getreue Stände zu unterdrücken, sondern bei ihrer Herrlichkeit und Freiheit zu erhalten."

Im Januar 1648 machte Friedrich Wilhelm neue Anträge an den Kaiser und selbst an den kaiserlichen General Melander. Zur selben Zeit meldete der kaiserliche General Lamboy aus Westfalen: „Von glaubwürdiger Seite wird berichtet, daß Kurbrandenburg mit schwedischem Gelde stark werben lasse." Zur selben Zeit meldete sich derselbe Kurfürst Friedrich Wilhelm bei den Generalstaaten von Holland an. Er fürchte, sagte er diesen (Koch S. 398), daß der Kaiser nach der Beseitigung einiger Hindernisse, die ihm das Kriegesglück der Schweden bereite, die deutschen Reichsstände überfallen werde. Er ersuche die Generalstaaten um Rath und Beistand, trage ihnen ein Bündniß an, und sei damit einverstanden, wenn auch Frankreich darin aufgenommen werde.

Nachdem Friedrich Wilhelm dieß gethan, trug er dem Kaiser eine besondere Bitte vor. Er hatte bei den Friedens-Unterhandlungen zuerst behauptet, daß er ein Recht auf Jägerndorf in Schlesien habe. Niemand war dieser Behauptung beigetreten. Er wendete sich nun an den Kaiser selbst. Er bat (Koch S. 404) ihm Jägerndorf zu geben, einmal weil er das größte Recht von der Welt darauf habe, ferner in Berücksichtigung seines Verzichtes auf Pommern, und endlich — „weil er sich bei den Friedenstraktaten also stattlich erzeigt habe."

Es gibt Lebenslagen, in denen uns die menschliche Sprache arm erscheint zum Ausdrucke des Gefühles, welches wir bei Erhebung einer Forderung empfinden. Da Herr Koch uns keine Antwort des Kaisers mittheilt, so scheint dieselbe ähnlich gewesen zu seyn, wie diejenige seines Vaters Ferdinand II.

auf das Ansinnen, welches im J. 1627 der Kurfürst Georg Wilhelm, der Vater Friedrich Wilhelms stellte. Er sei, sagte Georg Wilhelm (Hurter: Ferdinand II. Bd. IX. S. 537), erbötig, an Deputations- und Reichstagen so zu stimmen, wie es ihm von Sr. Majestät würde vorgeschrieben werden, wenn der Kaiser ihm dafür die Anwartschaft auf die Gebiete der Fürsten von Pommern, Mecklenburg, Braunschweig-Lüneburg, Anhalt, ferner das Erzbisthum Magdeburg u. s. w. verleihe. Der Kaiser bemerkte auf die Rückseite dieser brandenburgischen Eingabe: „Aufzuheben und mit Stillschweigen zu übergehen."

Ungeachtet dieser Gesinnung Friedrich Wilhelms, welche näher zu bezeichnen der Leser uns erlassen wolle, ist doch die Annahme einiger Professoren der Kunst kleindeutscher Geschichtschreibung, als ob Friedrich Wilhelm auch in seinen Worten und Ausdrücken die schuldige Pflicht der Ehrerbietung vor dem Kaiser verletzt, eine subjektive Annahme, welche, so sehr sie den nachträglichen Wünschen dieser Herren und dem Charakter ihrer Geschichtschreibung überhaupt entsprechen mag, dennoch dem Charakter des Kurfürsten nicht volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Herr Koch führt (S. 410) einen eigenhändig geschriebenen Brief des Kurfürsten an, der seinen Styl sehr deutlich zeigt. Als nämlich der Friede völlig sicher war, und nicht eher, ließ der Kaiser die von seinen Truppen besetzte Stadt Hamm in Westfalen räumen und dem Kurfürsten übergeben. Dafür bedankte sich Friedrich Wilhelm in einem Schreiben vom 22. September 1648 mit folgenden Worten: „Ew. K. Majestät mit diesem unterthänigsten Dankschreiben aufzuwarten, veranlaßt mich Dero allergnädigste kaiserliche Affektion und Mildigkeit, so Sie mir anderweitig zu erkennen gegeben und in dem erweisen, daß Sie meinem unterthänigsten Suchen um die Evacuation des Hamms nit allein gnädigst verwilligen, sondern auch durch Dero daselbst befehligenden Commandanten werkstellig machen und Dero Guardia haben abführen lassen. Gleichwie nun gegen die Kaiserliche Majestät,

ob solcher hohen mir und meinem Lande erzeigten kaiserlichen Huld und Gnade ich mich zum allerunterthänigsten obligirt befinde, also thue ich mich auch gegen Dieselben gehorsamsten Fleißes bedanken, mit dem unterthänigen Erbieten, daß solches um Ew. Kaiserl. Majestät zu jeder Zeit, bevorab in Bewahrung und Conservirung dieses Platzes, zu demeritiren, ich mir möglichst angelegen seyn lassen werde."

Der Friede ward bekanntlich abgeschlossen am 24. Oktober 1648.

Das Werk des Herrn Koch hat für diese so höchst wichtige Zeit der Gestaltung der deutschen Verhältnisse eine Fülle des reichsten Materiales geliefert. Möge er mit gleichem Fleiße seine Arbeit fortsetzen!

XVII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

V. Die streitenden Arbeiter-Vereine und die streitigen Staats-Begriffe.

Im Angesicht der täglichen Zuckungen, welche die politische Auflösung unseres Welttheils begleiten, tritt der Gegenstand dieser Aphorismen immer wieder in den Hintergrund. Dazu kommt, daß die herrschenden Parteien natürlich nur sehr ungerne von der Sache reden. Vorschauende Politiker aber dürfen dieselbe keinen Augenblick aus dem Auge verlieren. Denn man versteht die Gegenwart nur sehr oberflächlich und die Zukunft gar nicht, wenn man über der

Conjektural-Politik des Tages die endgültigen Probleme der socialen Parteien vergißt. Ich sage „endgültig", weil hierin ein unterscheidendes Merkmal der politischen und der socialen Fragen liegt, daß jene vorübergehender Natur sind, diese hingegen neue Weltperioden eröffnen und begrenzen. Wenn heute oder morgen alle Staaten der alten Europa neu vertheilt und umgegossen seyn werden, so wird es sich erst recht fragen: wie es nun mit der modernen Gesellschaft gehen soll? Und darnach wird sich das Schicksal der Menschheit entscheiden.

Wie die jüngste Thronrede des französischen Imperators bezeugt, ist dieß auch seine Meinung. Er befindet sich mit Mexiko wie zwischen den Zangen eines Schraubstocks eingeklemmt; nichtsdestoweniger widmet er gleich große Aufmerksamkeit den Bewegungen in der Arbeiter-Welt. Auch uns begleitet bei allen politischen Untersuchungen unaufhörlich der Gedanke, daß es sich da nur um Kleinigkeiten handle gegenüber der großen Krisis, in welche die Gesellschaft selber eingetreten ist; und wenn wir seit vier Monaten darüber nicht geschrieben haben*), so haben wir doch nicht aufgehört den Gegenstand zu beobachten.

Aeußerlich sind seitdem in den zwei Arbeiter-Vereinigungen, welche sich in Deutschland entgegenstehen, merkwürdige Entwicklungen vor sich gegangen. Der Verein der Lassalleaner hat innere Zerwürfnisse ärgerlichster Art durchgemacht. Es frommt zu nichts dieselben näher zu beschreiben, um so weniger als der eigentliche Hergang der Spaltung für Außenstehende nicht recht klar geworden ist, obgleich Aktenstücke darüber mit den scandalösesten Persönlichkeiten veröffentlicht worden sind. Genug, daß das journalistische Vereinsorgan mit dem Präsidenten des Vereins angeblich wegen zweckwidriger Anordnung der Generalversammlung in Streit gerieth und der letztere,

*) Vergl. Histor.-polit. Blätter 56. Bd. S. 546 ff.

Hr. Bernhard Becker, politischer Flüchtling von 1848 und von Lassalle selber noch zu seinem Nachfolger auserkoren, vor der gedachten Versammlung abdanken mußte. Die natürliche Folge waren Parteiungen in der Partei und nicht unbedeutende Austritts-Erklärungen. Der Berliner „Social-Demokrat" hörte auf Organ des Vereins zu seyn; das Blatt ist nur mehr Organ der zwei Redakteure Hrn. von Schweitzer und Hrn. von Hofstetten, von denen ersterer noch dazu im Gefängniß sitzt und Aussicht auf jahrelange Buße seiner Preßsünden hat. Selbstverständlich mußte unter diesen Umständen eine gewisse Flauheit der Vereins-Bewegung eintreten; die bei der Todtenfeier Lassalle's erst noch so hochgehenden Wogen der Begeisterung haben sich plötzlich gelegt, und das ehemalige Vereinsorgan selbst hängt sichtlich die Flügel.

Daraus schloßen die Gegner, die Socialpolitiker der Bourgeoisie, es sei nun schon wieder aus und Amen mit der verhaßten Gesellschaftslehre Lassalle's, jedenfalls könne dieselbe nicht ferner das Banner einer ernstlichen Arbeiter-Bewegung abgeben. Aber die Herren irren gar sehr. Die Spaltungen in dem neuen, anscheinend so fest geschmiedeten Verein haben nur Eines und ganz etwas Anderes bewiesen; dieses Eine aber geht die Vereinigung der Schulzeaner nicht weniger an als die der Lassalleaner. Beide hassen den Gedanken der Autorität; beide rechnen es der Revolution des „dritten Standes", mit andern Worten der Bourgeoisie zum Verdienst an, daß sie das Princip der Gebundenheit an eine höhere übernatürliche Ordnung für immer gestürzt habe; beide nehmen die „Autonomie des Menschengeistes" als allein maßgebend an, und wollen aus ihr heraus die bürgerliche Gesellschaft neu aufbauen. Wie weit aber damit zu kommen ist, das haben gerade die Ereignisse in der Vereinigung der Lassalleaner handgreiflich erwiesen, und der „Social-Demokrat" gesteht die Thatsache eigentlich mit dürren Worten zu, ohne freilich die Lehre daraus ziehen zu dürfen, daß die Quelle

einer großen socialen Reform, im Gegensatze zu dem rationalistischen System des liberalen Oekonomismus, unbedingt eine neue Autorität oder die Wiedereinsetzung einer alten seyn müßte.

Bis zu seinem Tode hat Ferdinand Lassalle mit seiner Person die fragliche Lücke ausgefüllt. Er war die lebendige Autorität der von ihm gewonnenen Arbeiter; er war ihr Messias, und in seinem Geiste hatte sich die Autonomie des gesammten Menschengeistes in den Augen dieser armen Leute unfehlbar concentrirt. Aber Lassalle ist gestorben und alsbald erhob sich die Frage: wie nun? „Lassalle's Organisations-Plan", sagt das oben erwähnte Berliner Blatt, „beruhte auf der bis zur äußersten Consequenz getriebenen Centralisations-Idee, auf der uneingeschränkten Diktatur des Vertrauens. Diese Idee liegt den Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins zu Grunde, diese und keine andere. Nur auf diesem Wege hoffte und glaubte Lassalle die Arbeiterpartei mit Sicherheit, und so rasch als überhaupt möglich, zum Siege führen zu können . . . Er besaß das blinde Vertrauen Aller und konnte getrost fortfahren die Diktatur zu üben." Als aber nun der geniale Agitator nicht mehr war, mußte sich nothwendig die Frage erheben: „ob nicht das was Lassalle in der Hoffnung und Voraussetzung, der Arbeitersache ein langes thätiges Leben widmen zu können, als köstlichstes und unübertrefflichstes Geschenk der Arbeiterclasse vermacht hat, sich durch seinen Tod in ein gefährliches und verhängnißvolles Vermächtniß verwandelt habe, welches statt Nutzen zu stiften, nur Schaden zu bereiten geeignet sei"*)? Ein Theil der Vereinsmitglieder und an ihrer Spitze die Redaktion des „Social-Demokrat" bejahten diese Frage; sie waren der Meinung, daß die Rüstung eines Riesen nicht für den Körper eines Zwerges passe, und der Machterbe im Präsidium mußte fallen.

*) Berliner „Social-Demokrat" vom 24. Dec. 1865.

Lassalle hat recht gehabt: von dem Momente an wo die „uneingeschränkte Diktatur des Vertrauens", mit andern Worten die lebendige Autorität aufhörte, begann auch die Organisation des Vereins sich zu lockern und anarchische Symptome zu verrathen. Wenn aber dieß schon im Kleinen geschehen mußte, so ist man berechtigt zu fragen, wie das erst im Großen einer das ganze bürgerliche Leben umfassenden Reform werden würde? Der liberale Oekonomismus hat immerhin von der alten Autorität, den überkommenen Traditionen und historischen Gestaltungen noch so viel wenigstens thatsächlich stehen lassen, als seinen praktischen Zwecken nicht schlechthin verhinderlich war. Die neuen Parteien des vierten Standes aber, welche auf beiden Seiten offen oder verdeckt für „einheitliche centralisirte Social-Republiken" kämpfen, sie müßten die neue Gestaltung der Gesellschaft rein aus dem Ei der Autonomie des Menschengeistes herausschälen. Auch das Wort „Gewissen" hätte dabei keine Bedeutung mehr; das Gewissen würde vielmehr erst nachträglich wieder gemacht in den Gesetzen, welche die zukünftigen Kammern des allgemeinen und direkten Wahlrechts durch die Mehrheit der Stimmen festsetzen würden*). Kurz, es gäbe für den Neubau der Gesellschaft schlechthin keinen andern Maßstab als die Selbstsucht jedes Einzelnen bei der Wahlurne und dann in den gesetzgebenden Körpern, und wie schwer sich die losgelassene Selbstsucht Aller mit einer dauernden Gemeinsamkeit verträgt, das ist es eben was die neueste Geschichte des großen Ver-

*) Unter diesen Umständen, aber nicht eher, hätte denn auch der bekannte Ausspruch des badischen Ministers des Innern seinen guten Sinn: „das Gesetz sei das öffentliche Gewissen." Folgerichtig gibt es für die social-demokratische Partei auch gar kein bestehendes Recht; denn „das Recht in seiner thatsächlichen Erscheinung", sagt sie, „ist ein Erzeugniß der Gewalt, und das bestehende Recht zunächst weiter nichts als der in Form von Gesetzen verkündigte Wille der jeweiligen Machthaber." Social-Demokrat vom 6. Okt. 1865.

eins der Lassalleaner erwiesen hat. Ihre studirten Führer geben vor, dem arbeitenden Volke den Weg zu einer neuen brüderlichen Gemeinsamkeit und Solidarität zu zeigen; unter sich haben sie indeß den ärgerlichsten socialen Scandal aufgeführt.

Sonst aber hat die große Bewegung für die Gesellschaftslehre Lassalle's nicht Rückschritte gemacht, wie die Stimmführer der Bourgeoisie wünschen und behaupten, sondern ganz entschiedene Fortschritte. Nicht als wenn die äußerliche Vereinigung sich namhaft ausgedehnt hätte, keineswegs; aber der Geist derselben hat gewaltig um sich gegriffen in der deutschen Arbeiterwelt. Zunächst hat sich die Forderung des allgemeinen und direkten Wahlrechts einer stets wachsenden Anerkennung erfreut. Zünden die damit zusammenhängenden Ideen nur noch einige Zeit in gleichem Maße weiter, so wird es endlich keinen Gegensatz in den Anschauungen und Forderungen der Arbeiter-Vereine mehr geben. Jetzt schon hat ein conservatives Berliner Blatt die bestimmte Voraussicht ausgesprochen, daß der Arbeiterstand, sobald er zu einer politischen Aktion berufen würde, mit Einmüthigkeit der Fahne Lassalle's und keiner andern folgen werde, so daß allen andern Führern der Arbeiter, und insbesondere dem Herrn Schulze-Delitzsch, keine andere Wahl bliebe, als die Frontänderung mitzumachen oder abzudanken von ihrer Magisterwürde in den Reihen der Arbeiter und das Nachsehen zu haben.

Inzwischen ist dieser Fall früher eingetreten, als jemals zu erwarten war. Herr Schulze, noch vor zwei Jahren als „König im socialen Reiche" bis zu den Sternen erhoben, ist nicht nur von seinen eigenen Leuten bereits abgethan, sondern er wird aus Anlaß einer neuerlich von ihm herausgegebenen Schrift über „das Risiko" in dem Organ der von ihm selbst gestifteten Vereine wie ein Schuljunge abgekanzelt, als ein Mann der über Socialwissenschaft rede und schreibe, ohne nur das ABC derselben zu verstehen. Diese Koburger „Arbeiter-Zeitung", redigirt von dem Nationalvereins-Sekretär Streit,

hat bis auf die jüngste Zeit den Lassalleanismus unerbittlich verfolgt, mit der grenzenlosesten Perfidie und Verlogenheit wie das Berliner Organ ihr nachrühmt*); jetzt gibt sie plötzlich in den entscheidenden Auffassungen dem todten Lassalle vollkommen recht, wirft dagegen Herrn Schulze, dem bisherigen Führer ihrer eigenen Partei, vor, daß er diesen Mann zu capiren gar nicht fähig sei, daß er fortwährend den Fleck neben das Loch setze, indem er von „Arbeitern" und „Arbeiterfrage" rede, während er doch nur das untergehende Handwerk meine, daß er überhaupt „von der ungeheuren Krisis des 19. Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben verstehe", und daß er daher nichts Besseres thun könne, als die sociale Frage mit seiner Person künftig ungeschoren lassen.

Unter diesen Umständen sinkt das Manöver, welches die Socialpolitiker der Bourgeoisie bezüglich der Wahlrechtsfrage zu machen gezwungen waren, freilich fast zur Nebensache herab. Doch war es immerhin eine lehrreiche Geschichte, die im vorigen Herbste auf dem Arbeiter-Tage (der Schulzeaner) zu Stuttgart vor sich ging, und wir haben noch am Schlusse unserer letzten Betrachtung davon Erwähnung gethan. Bis dahin hatten die Herren nicht nur das Lassalle'sche Princip der Staatshülfe, sondern auch das von dem Agitator geforderte Mittel zu diesem Zwecke, nämlich das allgemeine und direkte Wahlrecht, auf Tod und Leben bestritten. Es ist unglaublich, mit welcher Wuth sie diese Forderung verfolgten, und das war ganz natürlich. Denn das Interesse der Bourgeoisie verträgt sich nur mit dem System indirekter und Censuswahlen, welche die Garantie bieten, daß dem beweglichen Besitz das Uebergewicht in den Vertretungs-Körpern gesichert bleibe. Der politische Rationalismus des beweglichen Besitzes fühlt sich in seiner Herrschaft über den Staat und dessen Mittel selbstverständlich von dem Moment an bedroht,

*) Berliner Social-Demokrat vom 2. Februar 1866.

wo das Gesetz die Thüre öffnen muß, durch welche möglicherweise eine größere Zahl von Leuten, die von Hause aus darauf angewiesen sind den politischen Nationalismus des Nichtbesitzes zu betreiben, in die Parlamentssäle eindringen könnten. Das ist klar. Niemals kann daher irgendeine auf dem Standpunkt der Bourgeoisie oder überhaupt der gegenwärtigen socialen Zustände stehende Partei ehrlich und ohne Hintergedanken zu dem System des allgemeinen und direkten Wahlrechts ihre Zustimmung geben. Wenn dieß aber auf dem Stuttgarter Tage dennoch thatsächlich geschehen ist, so muß die nähere Erläuterung des Vorgangs von besonderm Interesse seyn. Dieselbe ergibt sich aus dem Folgenden:

Unter den liberalen Parteien hat sich seit ein paar Jahren allmählig wieder eine reine Demokratie ausgeschieden; sie glaubt den Begriff des souverainen Volkes weiter ausdehnen zu müssen als auf die „obern Zehntausend“ der Besitzenden. Aber auch sie versteht das Volk nur doktrinär. Sie steht durchaus auf dem Standpunkt der gegenwärtigen socialen Zustände, d. h. sie ist eine Demokratie der besitzenden Classen; der politische Nationalismus des beweglichen Besitzes ist auch ihre Politik, und auch sie kann daher mit dem Staat nichts Anderes vorhaben, als seine Verfassung und Verwaltung immer mehr den Interessen des beweglichen Besitzes dienstbar zu machen. Mit einem Worte: nicht in Bezug auf den Inhalt des Staats, sondern nur in Bezug auf die Form des Staats unterscheidet sich die reine oder bürgerliche Demokratie von den übrigen liberalen Parteien.

Die letztern erkennen in der constitutionellen Monarchie ihr Ideal und die Krone der Weltgeschichte; das Ideal der erstern ist die Republik, und da die Demokraten sich einmal mit der Idee des Volksstaats tragen, so erscheint ihnen das System des allgemeinen und direkten Wahlrechts praktisch und theoretisch als unerläßliche Forderung. Da ferner die berühmtesten Socialpolitiker der Bourgeoisie, Herr Schulze und seine Assistenten, als große Volksmänner vom Anfange an

sich geltend gemacht haben; da sie aus der Demokratie eigentlich hergekommen sind und die höhere Bourgeoisie — dieselbe wollte bekanntlich zuerst vom Vereinswesen des Herrn Schulze durchaus nichts wissen — eigentlich nur leihweise ihre guten Dienste sich gefallen ließ: so ist es sehr erklärlich, daß diese Herren auf dem Stuttgarter Vereinstag sich wieder auf den Standpunkt der reinen Demokratie versetzten und für die (bisher im Sinne der Bourgeoisie bekämpfte) Forderung des allgemeinen und direkten Wahlrechts ihre Stimmen gaben. Aber die Hauptsache besteht in den Bedingungen unter welchen es geschah. Wir werden dieselben sogleich näher untersuchen.

Bei Lassalle war das allgemeine und direkte Wahlrecht nur das Mittel zum Zweck der großen socialen Reform oder der Einführung einer ganz neuen Staatsidee. Durch das schrankenlose Wahlrecht gedachte er eine Mehrzahl von Vertretern des Nichtbesitzes in die Kammern zu bringen, und diese sollten dann die Staatsmittel zur Einführung einer neuen Produktionsweise erzwingen. Dieß ist der klare Gedanke der deutschen Social-Demokratie. Ganz anders verhalten sich die bürgerliche Demokratie und die mit ihr alliirten Socialpolitiker der Bourgeoisie zu der Frage. Sie haben keine neue Staats-Idee, sondern ihnen schwebt höchstens eine neue Staatsform vor; wenn sie für das allgemeine und direkte Wahlrecht eintreten, so haben sie nur die Gewinnung der Massen für diese neue Staatsform im Auge. Das Eintreten jener Social-Politiker für unbegrenzte Wahlrechte empfahl sich aber von vornherein noch aus einem andern Gesichtspunkte. Die Schaaren, welche sich von Schulze-Delitzsch und Genossen bisher führen ließen, bestehen nicht aus Arbeitern oder eigentlichem Fabrikpersonal, sondern fast ausschließlich aus Handwerkern; auf die Arbeiter im engern Sinne ist das Vereins-System der Selbsthülfe eingestandenermaßen wenig oder gar nicht anwendbar, dagegen verspricht es den kleinen Mann vom Handwerk durch Vereinigung seiner schwachen Kräfte concurrenzfähig zu machen mit dem großen Capital. Es

versteht sich nun, daß man diesem kleinen Mann auch die möglichst ausgedehnte politische Bedeutung zusprechen muß. Aber nicht nur die Nothwendigkeit die kümmerlichen Reste des ehemaligen Mittelstandes zu ködern oder wenigstens nicht vor den Kopf zu stoßen, hat das Votum für allgemeines und direktes Wahlrecht, mit andern Worten den Beitritt zur bürgerlichen Demokratie, auch den Socialpolitikern der Bourgeoisie dringend räthlich gemacht, sondern sie verbanden damit noch eine andere Spekulation. Die Spekulation auf die Arbeiter selbst.

Das officielle Organ der fortschrittlichen Bourgeoisie hat in seinem Bericht über den Beschluß des dritten deutschen Arbeitertags zu Stuttgart denselben ausdrücklich als einen „Schritt des Entgegenkommens" bezeichnet, übrigens selbst gleich hinzugefügt: „man sei sanguinisch genug sich mit der Hoffnung zu tragen, daß wenn der Arbeitertag erst den Lassalleanern das allgemeine und direkte Wahlrecht zugegeben habe, diese nun ihrerseits den Grundsatz der Staatshülfe zum Opfer bringen würden" *). Also man rechnete in allem Ernste, daß die social-demokratische Partei sich mit einem Messer ohne Klinge würde abfinden lassen! Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist für diese Partei nur das Mittel zum Zwecke der neuen Staatsidee; und man hielt es für möglich, daß die Partei den Zweck fallen lassen würde, wenn man ihr das Mittel concedire! Welche Confusion der Ideen! Die neue Partei will mittelst des unbegrenzten Wahlrechts eine Mehrheit von Vertretern des Nichtbesitzes in die Kammern bringen, um die Einführung einer neuen Produktionsweise zu Gunsten der capitallosen Arbeitskraft durch den Staat zu bewirken; und die Socialpolitiker der Bourgeoisie fürchten nicht nur nicht, daß unter diesen Umständen sich auch die Habenichtse von der reinen oder bürgerlichen Demokratie in Masse dem

*) Wochenblatt des National-Vereins vom 14. September 1865.

social-demokratischen Lager zuwenden würden, sondern sie hoffen sogar, daß die Vertreter des Nichtbesitzes, wenn sie auch und sobald sie der Ehre des Kammersitzens theilhaftig würden, doch in Güte oder mit Gewalt für den politischen Rationalismus des beweglichen Besitzes unschädlich gemacht werden könnten.

Nur in diesem und in keinem andern Sinne können die Socialpolitiker der Bourgeoisie mit der bürgerlichen Demokratie die Allianz eingehen, und in Gemeinschaft mit der letztern für das allgemeine und direkte Wahlrecht auftreten, wie in Stuttgart geschehen ist. Wie ernst es mit solchen Allianzen und Concessionen an die Politik der Nichtbesitzenden gemeint ist und gemeint seyn kann, das hat man in Frankreich seit 1848 geschichtlich erfahren. Die Bourgeoisie müßte abdanken wollen von ihrem Herrscherthrone, wenn es ihr je einmal ehrlicher Ernst seyn könnte mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht. Aber sie tröstet sich mit dem Hintergedanken, daß es so gefährlich nicht ausfallen werde. Das Geld spielt in allen Dingen der Welt die entscheidende Rolle; warum sollte es auf einmal bei den Wahlen unterliegen? Und wie leicht ist es die vereinzelten Habenichtse aus der bürgerlichen Demokratie oder der social-demokratischen Partei, welche etwa in die Vertretungskörper gelangen könnten, aus Vertretern des Nichtbesitzes zu Vertretern des Besitzes zu machen und sie selber in Bourgeois umzuwandeln, indem man ihnen einfach irgendeinen zureichenden Sondervortheil unter die Füße gibt? Sind ja auch schon größere Massen aus der Demokratie und dem Proletariat auf solche Weise gezähmt worden, und einige Mittel der Kirchen, der Feudalen, der Corporationen wären immer noch vorhanden, um die Kosten der Abspeisung zu tragen.

Man kann daher nebenbei gesagt, sehr wohl fragen, ob das Eigenthum an sich mehr bedroht wäre von der neuen Form des Staats welche von der reinen Demokratie, oder zu [illegible] Inhalt des Staats welcher von der socialen

Demokratie angestrebt wird. Man kann fragen, ob nicht vielleicht die Confiskationen und Säkularisationen der bürgerlichen Revolution eine gefährlichere Verneinung der Heiligkeit des Eigenthums seien, als wenn die social-demokratische Partei verlangt, der Staat der Zukunft müsse eine andere Produktionsweise einführen und dadurch verhindern, daß die in der Hand Einzelner angehäuften enormen Reichthümer aus dem Schweiße der Armen und Schwachen immer noch enormer anwachsen? Hier wird das absolute Eigenthum verneint, dort das Princip des Eigenthums außer dem der herrschenden Classe an sich.

Aber wir haben die Hintergedanken der Allianz zwischen den Socialpolitikern der Bourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie noch nicht vollständig erforscht. Es wäre ja doch möglich, daß einmal eine große Bewegung unter allen Schichten des Nichtbesitzes entstünde, daß die Vertreter desselben mit Ueberzahl in die legislativen Faktoren eindrängen, und daß sie als moderne Islamiten von ächtem Schrott und Korn alle Künste der Proselytenmacherei für den politischen Nationalismus des Besitzes an sich abprallen ließen. Was dann? Nun dann würde man, wie in Frankreich seit 1850 geschehen, die flehenden Hände nach dem Cäsarismus ausstrecken. So sehr auch die liberalen Parteien auf den Imperator schmähen, es steht doch in jedem Herzen der dirigirenden Bourgeoisie ein geheimer Opferaltar für Ihn aufgerichtet. Die brutale Gewalt wäre die letzte Zuflucht derselben, und das liegt auch durchaus in der Natur der Dinge. Die „Freiheit" des Liberalismus gilt nur so lange, als nicht ein entgegengesetztes Classen-Interesse sich derselben bemächtigen will, und in letzterem Falle scheint der Partei jedes Mittel der Vertheidigung gerecht. So oft daher die Bourgeoisie sich zum allgemeinen und direkten Wahlrecht bekennt, denkt sie in letzter Instanz an Militärdiktatur und Despotismus. Sie muß so und kann nicht anders.

Wird aber dieser Trost für immer vorhalten? Das ist die Frage. Könnte nicht einmal eine Zeit kommen, wo die bestehenden Gewalten ihre Stütze nicht mehr im dritten Stande

andern im vierten Stande suchen? Die eigenthümliche Angst der verbündeten Parteien des Liberalismus vor einer Allianz der „Reaktion" mit der Arbeiterwelt — bekanntlich ist schon Lassalle anonym des geheimen Einverständnisses mit der bismarck'schen Regierung beschuldigt worden — deutet genugsam an, daß diese Frage keineswegs zu den müßigen gehört. Es kommt dabei ein Umstand in Betracht, der sich kurz formuliren läßt, der aber eine bedeutende Perspective in die Politik der Zukunft eröffnet. Wir kommen hiemit zugleich auf den entscheidenden Unterschied der zwei Staatsbegriffe oder Ideen vom Staat zu sprechen, welche in dieser socialen Bewegung gegeneinander im Streite liegen.

Für die liberalen Parteien insgesammt bis herab zur reinen Demokratie handelt es sich immer nur um die Form des Staats. Sie alle suchen die juristisch-mechanische Einrichtung des Staates an, in welcher und durch welche sie an ungehinderten allein herrschen, d. i. den Staat mit dem ausschließlichen Inhalt ihrer Parteilehre und ihrer Parteiinteressen erfüllen können. Das ist die bürgerliche Republik oder deren Maskirung im parlamentarischen Staat, in der constitutionellen Monarchie nach dem Zuschnitte Englands. Die sociale Demokratie hingegen verträgt sich mit allen Formen des Staats, außer derjenigen in welcher der politische Rationalismus des beweglichen Besitzes, mit Einem Wort die Bourgeoisie allein herrschen will. Der Partei des vierten Standes kommt es eben überhaupt nicht auf die Form des Staats an sondern nur auf den Inhalt desselben. Diesen aber, nämlich die Einführung einer neuen Produktionsweise zu Gunsten der arbeitenden Classen, könnte Frankreich unter dem Imperator oder ein absolutistisches Preußen ganz gut in sich aufnehmen, ohne das Herrschaftsprincip zu alteriren, wogegen letzteres im modernen Staate Baden, im constitutionellen England, in der nordamerikanischen Republik rc. erst gestürzt und vernichtet werden müßte, wenn die Ansprüche des vierten Standes befriedigt werden sollten. Der Berliner „Social-

Demokrat" sagt daher in einer seiner neuesten Nummern mit dürren Worten: „**Im Interesse der nicht besitzenden Classe liegt nur: die sociale Republik (das Ideal, der Idealstaat), in der die Souverainetät des Volkes zur Wahrheit geworden und aufgehört hat, nur die Souverainetät einer einzelnen bevorzugten Gesellschaftsclasse zu seyn; oder ein starkes selbstherrschendes Königthum, welches von einer naturgemäßen Eifersucht auf die Uebermacht des Besitzes erfüllt, seine Stützen im eigentlichen Volk, in der nichtbesitzenden Classe suchen muß, dagegen freilich auch nicht in der Lage ist die Grundlage des Classengegensatzes selbst vollständig aufzuheben**" *).

Es ist dieß ein wichtiger Gesichtspunkt für jeden, der die eigentlichen Stellungen in dem Streit um „Selbsthülfe" oder „Staatshülfe" durchschauen will. Zunächst ergibt sich daraus die unglaubliche Thorheit der wenn auch nur momentanen Erwartung, daß die Partei des vierten Standes, wenn man ihr das allgemeine und direkte Wahlrecht concedire, dafür den Anspruch auf Staatshülfe fallen lassen werde. Gerade umgekehrt ist die Partei eher bereit, das allgemeine und direkte Wahlrecht als bloßes Mittel zum Zwecke dann fallen zu lassen, wenn der Zweck eine neue Staatsidee in die Gesellschaft einzuführen und den Staat mit socialem Inhalt zu erfüllen, auf anderem Wege erreicht werden kann. Denn um die Form des Staats ist es der Partei nicht zu thun, sondern nur um den neuen Inhalt des vom Liberalismus — dem modernen oder ökonomischen nämlich — entleerten Gehäuses.

Welches ist nun aber der von der social-demokratischen Partei gewünschte Inhalt des Staates der Zukunft? Bei der Beantwortung dieser Frage werden wir uns sogleich überzeugen, daß die Gesellschaftslehre Lassalle's ihre ansteckende Kraft nicht etwa nur in Bezug auf das allgemeine und direkte

---

*) Social-Demokrat vom 30. Januar 1868.

Wahlrecht geübt hat, sondern daß auch die neue Staatsidee selber, welche den Kern und Stern der social-politischen Partei bildet, unmerklich um sich greift, ja daß sie an der inconsequenten Staatspraxis der Bourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie nähere Anknüpfungspunkte besitzt und findet, als oberflächliche Beobachter sich träumen lassen.

Der liberale Staatsbegriff verhält sich gegen das gesammte Erwerbsleben rein negativ; er ist die principielle Trennung des Politischen und des Socialen; abgesehen vom allgemeinen Strafgesetz und von der civilen Proceßordnung darf sich der liberale Staat in keiner Weise um die Erwerbsverhältnisse bekümmern; dieselben müssen ausschließlich sich selber und den „Naturgesetzen" überlassen werden, die ihnen zu Grunde liegen sollen. Die allseitige Organisation der Arbeit war eines der wesentlichsten Merkmale an den gesellschaftlichen Zuständen des Mittelalters; das Jahr 1789 hat bloß noch entkräftete Reste jener Organisation angetroffen; dieselben sind allmählig überall gebrochen und weggeräumt, und der moderne Liberalismus steht dafür ein, daß etwas Aehnliches nie wiederkehren solle. Darauf beschränkt sich für ihn die sociale Aufgabe des Staates ganz und gar, daß gegen die individuelle Willkür des Erwerbs nie mehr eine Schranke sich erheben dürfe. — Die social-demokratische Partei hingegen macht es gerade zur wesentlichsten Aufgabe des Staats, eine neue Organisation der Arbeit herbeizuführen. Nach ihr liegt es in der Idee des Staats, nicht bloß zur politischen (wie es scheinbar auch die bürgerliche Demokratie will), sondern zur socialen Gleichstellung der nichtbesitzenden Classen mit der besitzenden die Mittel der Staatsgewalt anzuwenden. Aber nicht dadurch soll dieß geschehen, daß man den Besitzenden ihr Vermögen nimmt und es den Nichtbesitzenden gibt (in dieser Weise hat bis jetzt vielmehr die reine Demokratie und die verbündete Bourgeoisie praktische Socialpolitik getrieben); sondern nur die Bedingungen zum materiellen Erwerb sollen gleich gemacht werden. Mit andern

Selbsthülfe beruhenden Baugenossenschaften für Arbeiterwohnungen Credit gewähren." Selbsthülfe, bürgerliche Subventionen und Staatscredit! — wo bleibt da eigentlich noch die den Arbeitern so viel angerühmte „Selbsthülfe", und wie weit ist es von da noch bis zu den 100 Millionen Staatsdarlehen, womit Lassalle den positiven Grund zur Lösung der socialen Frage zu legen sich anheischig gemacht hat? Kein Wunder, daß das officielle Organ der fortschrittlichen Bourgeoisie über solch ein „bedenkliches Schwanken zwischen zwei unversöhnlichen Principien," wie es in Stuttgart zum Vorschein kam, sich entsetzt hat*).

Woher kommt aber dieses Schwanken mit der sichtlich wachsenden Neigung der Wagschale nach der Gesellschaftslehre Lassalle's? Es kommt im tiefsten Grunde daher, weil der abstrakte Rechtsstaat des öconomischen Liberalismus nirgendwo als in Belgien, England und Nordamerika mit annähernder Reinheit durchgeführt worden ist, am wenigsten aber in Deutschland, in der Heimath des Schulzwangs und der Alles administrirenden Bureaukratie. Es liegt darin ein sehr wohl zu beachtender Gesichtspunkt, aus dem sich ergibt, daß die neue Gesellschaftslehre gerade bei uns den bestvorbereiteten Boden vorfinden mußte. Wo die Begriffe vom „Rechtsstaat" und vom „Culturstaat" so verschwommen und stets verwechselt durcheinander laufen wie in der juristisch-politischen Sprache Deutschlands, da muß man sagen, daß die neue Staatsidee der social-demokratischen Partei schon im Blute stecke und in einer wenigstens hundertjährigen Tradition tiefe Wurzeln habe.

Vergleichen wir nur einmal in Kürze die Sprechweise der liberalen Parteien! Sie meinen immer ganz dasselbe Ding von Staat, aber sie sagen je nach der Gelegenheit „Rechtsstaat," „moderner Staat," „Culturstaat". Sie sagen „Rechtsstaat", wenn es gilt, die Basen ihrer eigenen Parteistellung, die Stufen auf denen sie zur Alleinherrschaft emporklimmen oder

---

*) Wochenblatt des Nationalvereins vom 14. Sept. und 5. Okt. 1865.

Staatskosten und bis zu einem gewissen Grade der Schulzwang *).

Vergleicht man nun diese Forderungen mit dem Auftreten der bürgerlichen Demokratie auf dem Arbeitertage in Stuttgart, so wird man unwillkürlich versucht zu fragen, wie weit denn eigentlich der Staatsbegriff der hier vertretenen Partei von dem Zusammentreffen mit der social-demokratischen Staats-Idee noch entfernt sei? Ohnehin steht der letzte Punkt sogar auf dem Programm der Bourgeoisie, und wo immer die liberalen Parteien das Staats-Unterrichtsmonopol und den Schulzwang errungen haben, da bewahren sie ihn als ein heiliges und unantastbares Kleinod, ohne in ihrem propagandistischen Eifer zu bemerken, daß sie ja damit der social-demokratischen Staatsidee nicht bloß den kleinen Finger, sondern wohlverstandener Maßen schon die ganze Hand gegeben haben. Ebenso findet sich der erste Punkt regelmäßig auf den Programmen der bürgerlichen Demokratie, die als Partei des kleinen Mannes die natürliche Neigung hat die hauptsächlich von ihr getragenen indirekten Steuern umzuwandeln und auf den großen Besitz hinüberzuwälzen. Eigenthümlich ist somit dem social-demokratischen Programm nur der zweite Punkt von den Produktiv-Associationen, und auch diese nur insoweit als für deren allgemeine Einführung Staatshülfe in Anspruch genommen wird. An und für sich nämlich hat Schulze-Delitzsch längst die Produktiv-Associationen für den Gipfelpunkt seines Systems erklärt, die man daher zur Lösung der schwierigen Aufgabe hauptsächlich im Sinne haben müsse. In Stuttgart ist man noch um ein gutes Stück weiter gegangen; man hat dort fast einstimmig beschlossen, daß es die Aufgabe der Vorschußvereine, also des Sammelcapitals der kleinen Handwerker sei, die Mittel zur Gründung solcher Genossenschaften höchster Potenz herzugeben; und schließlich hat man gar decretirt, „die Staatsbanken möchten den auf

*) Social-Demokrat vom 30. Jan. 1866.

Selbsthülfe beruhenden Baugenossenschaften für Arbeiterwohnungen Credit gewähren." Selbsthülfe, bürgerliche Subventionen und Staatscredit! — wo bleibt da eigentlich noch die den Arbeitern so viel angerühmte „Selbsthülfe", und wie weit ist es von da noch bis zu den 100 Millionen Staatsdarlehen, womit Lassalle den positiven Grund zur Lösung der socialen Frage zu legen sich anheischig gemacht hat? Kein Wunder, daß das officielle Organ der fortschrittlichen Bourgeoisie über solch ein „bedenkliches Schwanken zwischen zwei unversöhnlichen Principien," wie es in Stuttgart zum Vorschein kam, sich entsetzt hat*).

Woher kommt aber dieses Schwanken mit der sichtlich wachsenden Neigung der Wagschale nach der Gesellschaftslehre Lassalle's? Es kommt im tiefsten Grunde daher, weil der abstrakte Rechtsstaat des öconomischen Liberalismus nirgendwo als in Belgien, England und Nordamerika mit annähernder Reinheit durchgeführt worden ist, am wenigsten aber in Deutschland, in der Heimath des Schulzwangs und der Alles administrirenden Bureaukratie. Es liegt darin ein sehr wohl zu beachtender Gesichtspunkt, aus dem sich ergibt, daß die neue Gesellschaftslehre gerade bei uns den bestvorbereiteten Boden vorfinden mußte. Wo die Begriffe vom „Rechtsstaat" und vom „Culturstaat" so verschwommen und stets verwechselt durcheinander laufen wie in der juristisch-politischen Sprache Deutschlands, da muß man sagen, daß die neue Staatsidee der social-demokratischen Partei schon im Blute stecke und in einer wenigstens hundertjährigen Tradition tiefe Wurzeln habe.

Vergleichen wir nur einmal in Kürze die Sprechweise der liberalen Parteien! Sie meinen immer ganz dasselbe Ding von Staat, aber sie sagen je nach der Gelegenheit „Rechtsstaat," „moderner Staat," „Culturstaat". Sie sagen „Rechtsstaat", wenn es gilt, die Basen ihrer eigenen Parteistellung, die Stufen auf denen sie zur Alleinherrschaft emporklimmen oder

---

*) Wochenblatt des Nationalvereins vom 14. Sept. und 5. Okt. 1865.

emporgekommen sind, gegen andere Potenzen im Staate zu vertheidigen oder zu erweitern. Sie sagen „moderner Staat," um zu constatiren, daß es, sobald sie einmal sieghaft am Ruder sitzen, in ihrem Rechtsstaat kein selbstständiges und für sich bestehendes Recht mehr gibt (z. B. der Kirche, der Gemeinde, der Corporation, des Adels), sondern daß alles Recht im Staat nur durch Gesetz der liberalen Kammern gemacht wird auf Ruf und Widerruf. Sie sagen „Culturstaat," wenn sie daran gehen jede andere geistige Macht von der obersten Leitung der Gesellschaft zu verdrängen und diese Leitung bis in den innersten Kreis der Familie hinein ausschließlich für den von ihnen beherrschten Staat in Anspruch zu nehmen. So gewiß dieser Begriff des Staats (nämlich der Cultur- oder moderne Staat) die eigentliche Staatsidee unseres Liberalismus ist, so gewiß ist es ihm mit dem wahren Rechtsstaat nie und nimmer Ernst. Der herrschende Liberalismus ist durchaus josephinisch: damit ist Alles gesagt.

Consequenz muß dem Staatsbegriff der Manchester-Schule, dem reinen Rechtsschutzstaat oder der „Nachtwächteridee vom Staat," wie Lassalle gesagt hat, nachgerühmt werden; der josephinische Staatsbegriff des deutschen Liberalismus hingegen, wie er dem deutschen Professorenthum und Staatsschulmeister-Wesen von Natur aus unvertilglich im Blute steckt, ist völlig inconsequent. Er trägt bis zu einem gewissen Punkt durchaus socialistischen Charakter, und jener Grenzpunkt wird immer nur durch ein plötzliches Halt und eine ganz willkürliche Ausnahme gebildet. Hören wir nur!

Die social-demokratische Partei definirt den Staat also: „er ist die Gesammtheit der auf einem bestimmt abgegränzten Territorium wohnenden Menschen in ihrer bleibenden Vereinigung zum Zwecke der höchstmöglichen Wohlfahrt Aller." Was kann unser josephinischer Liberalismus dagegen einwenden? Folgerichtig nichts; aber er mäkelt an dem Wörtlein „Aller", soferne darunter mehr verstanden werden sollte als die Schul-Entlassungs-Zeugnisse Aller. Der moderne

Liberalismus lehrt selber: der Staat müsse diejenigen im Interesse der Gesammtheit erforderlichen Einrichtungen treffen, zu welchen die Kräfte der Privaten nicht ausreichen würden. Die arbeitenden Massen wären damit ganz einverstanden; aber sie werden von den liberalen Parteien nicht als anspruchsberechtigte „Privaten", sondern als unentbehrlicher Dünger der gegenwärtigen socialen Zustände betrachtet, die daher auch nur dem Naturgesetz von Angebot und Nachfrage unterstehen können. Die social-demokratische Partei behauptet: „der Zweck des Staates sei der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, daher müßten Moral, Religion und Politik mit der Staatsidee zu rundem und untheilbarem Begriff verwachsen"*). Damit wäre nun unser Liberalismus ganz besonders einverstanden. Der freie Staat muß der Kirche und der wahrhaft freien, weil corporativ verfaßten, Wissenschaft die geistige Leitung der Gesellschaft vollständig aus der Hand nehmen, er muß selbst Religion seyn und unabhängige Moral machen. So weit wäre also Alles ganz gut. Aber Eine Ausnahme ist unerläßlich: daß nämlich unter der mit der Staatsidee zu verwachsenden Politik beileibe nicht die Grundlagen des Erwerbslebens subsumirt werden. Diese müssen unbedingt getrennt bleiben vom Staat, denn sie sind schlechthin unveränderlich. Alles kann der Staat anders machen, er kann Gott im Himmel absetzen wenn er will; aber den Gegensatz zwischen den obern Zehntausend der Besitzenden und den Massen der Nichtbesitzenden, die unverbrüchliche Abhängigkeit dieser von jenen — das kann und darf der Staat nicht ändern und verwischen. Mit andern Worten: der Absolutismus des Eigenthums oder des werbenden Vermögens ist allheilig und ewig, sonst allerdings nichts mehr unter und über den Sternen.

*) Vergl. über die social-demokratischen Definitionen vom Staat das mehrerwähnte Berliner Organ vom 15. März, 1. Juli, 21. Nov. und 28. Dec. 1865.

Wir werden die liberale Idee von der absoluten Unveränderlichkeit der gegenwärtigen socialen Grundlagen weiter besprechen. Vorerst leuchtet soviel ein, daß allerdings jede Partei die vom Staatsbegriff des Liberalismus aus die Aenderung der socialen Grundlagen anstreben wollte, unmittelbar auf den Boden der socialistischen Sekten Frankreichs hinübergleiten müßte. Die Probe davon ist sehr einfach: man braucht nur jenes plötzliche Halt und die durchaus willkürliche Ausnahme, welche der Liberalismus seinen Begriffen vom Staat inconsequenter Weise jedesmal beifügt, folgerichtig wegzustreichen, so ergibt sich aus dieser leichten Correktur sofort die allgemeine und gleichheitliche Gütervertheilung, oder die Nationalwerkstätten und Staatsphalanstere's von Frankreich oder Icarien.

Darum ist es allerdings höchst gefährlich, vom liberalen Begriff des Culturstaats aus das Wort „Organisation der Arbeit" in den Mund zu nehmen, wie es nicht selten geschieht, ohne daß man dabei selber recht weiß, was man sagt. Ein solches Malheur ist sogar dem preußischen Minister des Handels passirt, indem er aus Anlaß der vorjährigen Berathungen über die Coalitionsfrage gelassen das große Wort aussprach, daß eine „Organisation der Arbeit" nothwendig thue und von der Regierung als Bedürfniß anerkannt werde. Nicht mit Unrecht hat hierauf das Organ der social-demokratischen Partei Sr. Excellenz folgende derbe Lektion ertheilt: „Organisation der Arbeit — aber weiß man auch, was das heißt? Das heißt: die Fundamente der jetzigen Gesellschaft und mit ihnen die der jetzigen Staaten sollen umgeändert werden; es heißt: an Stelle der in Staat und Gesellschaft sanktionirten politischen und socialen Ausbeutung vieler Millionen durch wenige Tausende sollen das Recht der Arbeit und mit ihm die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit treten; es heißt: unter Erfassung und Durchführung der revolutionärsten Ideen des Zeitalters soll mit Einem Schlage das ganze aus Mißbräuchen zusammengesetzte, auf das Mittelalter und die

Bourgeoisie-Epoche gegründete Gesellschaftsgebäude schonungslos zertrümmert werden zu Gunsten der Arbeit, des Volkswohls, der Volksherrschaft" *).

Diesen Zweck wollte nun freilich auch Lassalle; es sollte ein das ganze Volk umfassender Mittel-Vermögensstand hergestellt werden, so daß für jeden fleißigen Arbeiter ein hinreichendes Auskommen der Familie gesichert wäre. Bezüglich des Mittels aber wich Lassalle von der Consequenz und Schablone des liberalen Staatsbegriffs ab, er darf daher keineswegs mit andern socialistischen oder communistischen Sekten ohne weiters zusammengeworfen werden. Nicht unmittelbar sondern nur mittelbar, gleichsam als oberster Lehensherr, sollte nach ihm der Staat bei der neuen Organisation der Arbeit betheiligt seyn; als die eigentlichen und direkten Schöpfer dieser Organisation dachte sich Lassalle die Arbeiter selbst in ihren Vereinen. „Seit Abschaffung des Zunftwesens", hat der französische Unterrichtsminister in seinem Bericht über die Ausstellung jüngst gesagt, „sucht die gewerbtreibende Welt unablässig nach der Ausfindigmachung einer neuen Organisation." In diesem Suchen hat sich dem genialen Lassalle augenscheinlich die Idee der alten Corporationen und Ordnungen des Handwerks aufgedrängt, jener Zünfte und Gilden deren oberster Lehensherr der Staat war, die aber keineswegs die Creaturen des Staates waren; mitunter war es sogar umgekehrt. Es bezeugte sich in der That etwas vom specifisch germanischen Geiste und Freiheitsgefühl in dem radikalen Juden, indem er mit der Gesammtidee des Liberalismus vollständig brechend, die sociale Reform nicht von einem unmittelbaren Eingreifen des ungeheuerlichsten Staatsmoloch erwartete, sondern von selbstständigen Corporationen der modernen Verkehrswelt, von den Produktiv-Associationen die nach seiner Ansicht nur für den Anfang, und um in hin-

*) Social-Demokrat vom 27. August 1865.

reichender Anzahl begründet zu werden, der Beihülfe des Staats durch Capitalvorschüsse bedurften. Lassalle ist daher auch der erste Socialist, dessen System die Möglichkeit nicht ausschloß, daß selbst streng conservative oder reaktionäre Regierungen sich seiner annehmen könnten, wie es andererseits schwer zu sagen ist, was die liberalen Parteien an der Idee seiner Associationen mehr hassen, ob die Societät der Zukunft oder den corporativen Geruch der Vergangenheit.

Wer weiß, ob [illegible] ellschaftslehre Lassalle's auch auf die im F[illegible] rtschrittliche Bourgeoisie begriffenen con[illegible] noch größere Anziehungskraft ausübe[illegible] hin der Fall ist, wenn nicht eine in der S[illegible] Schwierigkeit allzu unlösbar vor Augen läg[illegible] angeblichen Unveränderlichkeit der gegenwär[illegible] lagen liegt diese Schwierigkeit, auch nich[illegible] Staatshülfe an sich und von einem Staatsdarlehen zu so oder so vielen Millionen; sondern sie liegt in der Frage, wie die Produktiv-Associationen im Großen für den dauernden Zweck im Innern gestaltet werden sollen? Lassalle hat diese Frage unbeantwortet gelassen. Aus guten Gründen; denn sie ist mit andern Worten die Frage, wo in den arbeitenden Massen unserer Tage der Geist zu finden sei, der die alten Corporationen gebildet und für Jahrhunderte gekittet hat. Die Kirche hat das einst gethan. Aus dem nackten materiellen Interesse wird ein solcher Geist niemals hervorgehen, sondern nur der entgegengesetzte Geist der Zerstörung. Es bedürfte einer neuen Liebeskraft in den Massen; nach derselben seufzen aber auch die Pioniere von Rochdale vergebens und nicht weniger, wie die jüngsten Vorkommnisse bewiesen haben, der „Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein" selber. Das ist die große Schwierigkeit!

XVIII.

Ansiedlung des oberen Amazonenthales und Missionen der Jesuiten und Franziskaner.

Die Inca's machten verschiedene Versuche, ihr Reich gegen Osten auszudehnen; wahrscheinlich aber waren alle vergebens, denn die ersten spanischen Entdecker des Amazonenthales fanden dort keine sicheren Spuren ihres Einflusses, mit Ausnahme einiger fabelhaften Beschreibungen, welche auch Garcilaso de la Vega in seiner Geschichte der Inca's wiederholte. Die ersten Spanier, welche nach der Eroberung von Peru jene noch heute wenig bekannten Länder betraten, waren einige Anhänger von Almagro, die nach der Schlacht von Salinas bei Cuzco (1538) vor dem Zorne Pizarro's nach den Wäldern östlich von Cuzco entflohen. Sie drangen in die Thäler von Carabaya und fanden dort sehr reiche Goldwäschereien. Sie unterjochten die wilden Stämme, bauten die Städte San Juan del Oro *), San Gaban, Sandia u. s. w. und schickten große Massen Goldes nach Spanien. Bei einer Gelegenheit sandten sie einen Klumpen Gold, der wie ein Ochsenkopf geformt war und 200 Pfund wog, als Geschenk für den Kaiser Carl V. nach Spanien. In Anerkennung dessen verlieh der

*) Herndon.

Kaiser der Stadt Juan del Oro den Titel „Königliche Stadt" und erhob ihre Bewohner in den Adelstand. Aber im Laufe der Zeit erhoben sich die Indianer, ermordeten ihre Unterdrücker und verbrannten die neuen Ansiedlungen.

Fernando Pizarro rüstete zwei Expeditionen aus und ernannte Pedro de Candia zum Anführer der ersten und Pedro Anzulo zum Leiter der zweiten. Diese Leute wurden durch die Berichte der Indianer, welche beständig versicherten, die goldreichen Länder welche sie suchten lägen weiter gegen Osten, veranlaßt, bis zum Beniflusse vorzudringen; allein erschöpft von Entbehrungen und Strapazen kehrten sie um ohne irgend ein wichtiges Resultat, ausgenommen wunderbare Geschichten von dem was sie gesehen und gehört hatten, was die Habsucht und Neugierde Anderer nur noch mehr entflammte.

Gonzalo Pizarro rüstete darauf in Quito eine neue große Expedition aus*), welche aus 350 Spaniern und 4000 Indianern bestand. Die Geschichte dieser Expedition und die Entdeckung des Amazonenstromes bei dieser Gelegenheit sind zu bekannt, als daß ich sie zu wiederholen brauchte; allein weder ihr unglücklicher Ausgang noch die fast unglaublichen Leiden der Abenteurer — mehr als 2000 Indianer waren umgekommen und nur 80 Spanier kehrten zurück — konnten die Spanier in ihren Bemühungen, das ersehnte Eldorado endlich aufzufinden, entmuthigen.

Zu demselben Zwecke schickte im J. 1560 der Marquis von Cañete, Vicekönig von Peru, den Pedro de Ursoa mit zahlreicher Begleitung nach den Ländern des Ostens. Dieser Officier nahm eine nördliche Richtung von Cuzco und schiffte sich auf dem Huallagaflusse ein. In Lamas, einer kleinen Stadt in der Nähe dieses Flusses ward er ermordet von seinem Unterbefehlshaber, Lope de Aguirre, der das Unternehmen weiter zu führen beschloß. Aguirre befuhr den Huallaga

*) Prescott.

und dann den Amazonenstrom bis zu seinem Ausflusse, folgte den Küsten von Guayana und Venezuela und nahm zuletzt Besitz von der kleinen Insel Marguerita. Dort versammelte er eine neue Schaar von Abenteurern und landete in Cumaná, um ein neues Reich auf dem Continente zu erobern. Von den spanischen Truppen, welche das Land schon im Besitze hatten, ward er geschlagen, gefangen genommen und in Trinidad gehängt.

Nach der unglücklichen Expedition des Gonzalo Pizarro wagten die Spanier von Quito aus auf lange Zeit keine neue, obgleich sie Gold in den Flüssen und Zimmt in den Wäldern entdeckt hatten, bis der Vicekönig Mendoza den Hauptmann Egidio Davalos*) als Gouverneur nach der Provinz Quijos sandte, an den Quellen des Aguarico, eines der Nebenflüsse des Napo gelegen. Er unterjochte verschiedene indianische Stämme und gründete die Stadt Quijos; jedoch hatte er eine so ungesunde Lage hiefür gewählt, daß die Ansiedlung wieder aufgegeben werden mußte. Er selbst starb an einer Krankheit, die er sich in jenem pestilenzialischen Klima zugezogen hatte. Seine Brüder bauten eine neue Stadt in gesunderer Lage, und legten außerdem fünf neue Niederlassungen an. Viel Volk strömte dahin aus Lima, Quito und anderen Städten wegen des großen Reichthums an Gold, Zimmt, Vanille, Wachs, Balsam, Storax, Cacao u. s. w. Sie bearbeiteten mit Indianern verschiedene Goldminen mit großem Erfolge und hatten keine andern Feinde als das Klima, welches sich in einigen Theilen als höchst ungesund erwies. Neunundzwanzig Jahre lang waren diese Colonien in sehr blühendem Zustande, bis im J. 1589 eine große Epidemie, welche einen großen Theil Südamerika's damals verheerte, beinahe zwei Drittheile der Einwohner von Quijos aufrieb; zehn Jahre später ward der Rest in der Revolution der Gibaros-Indianer vertilgt (1599). Nur einige armselige

*) Juan de Velasco.

Ueberreste — Spanier, Mestizen und getaufte Indianer — blieben in Archidona, einem heißen, ungesunden Orte, wo es fast jeden Tag regnet.

Derselbe Vicekönig Mendoza hatte eine andere neue Provinz errichtet im Gebiete der Macas- und Huamboya-Indianer, welche um Schutz baten gegen die Gibaros, einen mächtigen wilden Stamm, der am Morona- und Pastazaflusse wohnte*). Er sandte dahin viele Truppen, denen sich bald zahlreiche Ansiedler anschlossen, um die reichen Goldminen auszubeuten. Hätten damals die Spanier mit Hülfe ihrer indianischen Alliirten die wilden Gibaros angegriffen und ausgerottet, so würden sie all das Elend vermieden haben, das ihnen bevorstand; allein damals dachten sie an weiter nichts als das Gold. So viele Abenteurer strömten nach den Minen, daß schon im J. 1558 drei Niederlassungen — Mendoza, Sevilla del Oro und Logroño — gegründet worden waren. Mehr als 30 Goldminen waren in Bearbeitung, ohne die Goldwäschereien zu rechnen; der große Ruf des Goldes zog so viel Volk herbei, daß bald die ganze Provinz mit spanischen Dörfern bedeckt war, deren Bewohner theils in den Minen arbeiteten, theils mit den Goldgräbern und Indianern Handel trieben. Goldmünzen waren keine im Umlaufe, alle ihre Käufe und Zahlungen wurden mit Goldstaub gemacht. Spanier und Indianer hatten ihre Goldwagen, einige von Metall gearbeitet, andere von Holz oder Kürbißschaalen. Außerdem benutzten sie gewisse aus Rohr verfertigte Maaße und zahlten enorme Preise für alles was von außen kam. Die Bearbeitung der Minen kostete ihren Besitzern nur geringe Auslagen, da die indianischen Arbeiter keinen Lohn erhielten — Negersklaven waren nur sehr wenige vorhanden. Kurz, in wenigen Jahren ward diese Provinz die berühmteste, reichste und von Weißen am meisten bevölkerte, wo der Handel mehr als in irgend einer anderen des Königreiches Quito blühte.

*) Juan de Velasco.

Aber dieß dauerte nur 47 Jahre — im J. 1599 wurden sämmtliche Minen, Städte und Dörfer total von den Gibaro-Indianern zerstört; dieß geschah in demselben Jahre, als die Araucanos die große Revolution in Chile erhoben und den Gouverneur, Don Martin Oñez de Loyola, ermordeten. Die Gibaros verwüsteten alle Ansiedlungen und Plantagen der Provinz, ermordeten den Gouverneur und sämmtliche Einwohner von Logroño, ohne daß auch nur ein Einziger entkam und verheerten noch zwei andere benachbarte Provinzen.

Die Ursache dieser schrecklichen Begebenheit scheint die unmäßige Goldgier des letzten Gouverneurs der Provinz gewesen zu seyn, und die Gelegenheit waren die Festlichkeiten zu Ehren der Krönung König Philipps III. Der Gouverneur erließ damals eine Proklamation mit dem Befehle, daß jeder Einwohner — Weiße sowohl als Indianer — eine gewisse Summe zu den Kosten der Feierlichkeiten beitragen solle. Die Weißen verweigerten diese Taxe, boten aber einen freiwilligen Beitrag an. Die Macas- und Huamboya-Indianer unterwarfen sich geduldig dem Befehle. Der getaufte Theil der Gibaro-Indianer widerstand und drohte nach dem Moronaflusse sich zurückzuziehen; aber einer ihrer Häuptlinge, Quiruba, rieth, die Taxe und sogar mehr zu bezahlen, um eine geduldige Unterwerfung zu zeigen und den Gouverneur ganz in Sicherheit zu lullen. In der Zwischenzeit verschaffte er sich die Hülfe aller anderen Stämme der Gibaros und überredete gleichfalls die Macas und Huamboyas Theil an der Verschwörung zu nehmen. Er bediente sich hierzu geheimer Zwischenträger, denn sein Plan war, die Spanier zu überraschen und am selben Tage und Stunde zu ermorden. Er ernannte zwei Häuptlinge, um den Angriff auf die Städte Sevilla del Oro und Huamboya zu leiten, und beschloß selbst die Gibaros zum Angriff auf Logroño zu führen, am Tage der Ankunft des Gouverneurs, dem er versprochen hatte zu erscheinen und sämmtliches Gold, welches er erhoben, mit zu bringen. Die Spanier schliefen in vollkommener Sicherheit,

als um Mitternacht 20,000 Krieger die Stadt überfielen. Sie umringten die Stadt, so daß Niemand entkommen konnte, bemächtigten sich gleich aller Kasernen und festen Häuser und Quiruba betrat selbst das Haus des Gouverneurs mit vielen Indianern, welche eine große Masse Goldes und Geräthschaften zum Schmelzen trugen. Sie ermordeten alle Bewohner des Hauses, ausgenommen den Gouverneur, den sie entkleideten und an Händen und Füßen knebelten. Kaum war das Gold geschmolzen, so öffneten sie seinen Mund mit einem Knochen und goßen das flüssige Gold hinein unter dem größten Hohngelächter. Bei Tagesanbruch war in der ganzen Stadt kein Spanier mehr am Leben; im Laufe des Tages setzten sie ihre Nachsuchungen fort und sandten dann den größten Theil ihrer Krieger nach den anderen zwei Städten für den Fall, daß ihre Verbündeten Hülfe nöthig hätten. Alle Kinder und alten Weiber wurden umgebracht und die jungen Weiber für ein noch schrecklicheres Loos bestimmt; unter letzteren waren sämmtliche Nonnen des neu gestifteten Klosters „La Concepcion“ mit Ausnahme zweier alter Klosterfrauen, die sie ermordeten. Zuletzt verbrannten sie die ganze Stadt.

In der Hauptstadt der Provinz, Sevilla del Oro, ward die Verschwörung nicht vor dem Morgen jenes verhängnißvollen Tages entdeckt. Die Macas-Indianer, obgleich sie das Geheimniß so lange bewahrt hatten, wollten nicht am Angriffe Theil nehmen, wie die Gibaros es erwartet hatten. Die Meisten entflohen in die Wälder und Einige zogen mit ihren Familien und Lebensmitteln nach Sevilla, wo sie die schauerliche Neuigkeit den erschreckten Bewohnern mittheilten. Einige Einwohner von Huamboya langten gleichfalls gegen Abend an; diese Stadt war 16 Leguas (24 Stunden) von Sevilla entfernt und man hatte hier die Nachricht von einem alten, kranken Macas-Indianer erhalten, welcher seinen Brüdern nicht folgen konnte, als diese in die Wälder entflohen. Die ganze Stadt ward dann verlassen, einige Leute flohen nach

Riobamba, andere gingen nach Sevilla. Hier befahl der Alcalde die Straßen sofort zu verbarrikadiren, vertheilte Waffen unter die Männer und ließ die Kirche und Kloster „Concepcion“ befestigen. Nach letzterem Platze wurden alle Weiber und Kinder, sowie der königliche Schatz gebracht. Die Bestürzung ward allgemein, da die Waffen sich in schlechtem Zustande befanden und nur wenig Pulver vorräthig war. Am nächsten Tage warteten sie vergebens auf die Ankunft der Wilden und schon begannen sie die Wahrheit der Verschwörung zu bezweifeln; doch verloren sie keine Zeit, trugen Lebensmittel herbei und verbesserten die Befestigungen. Die Gibaros erschienen nicht früher, weil, als sie sahen daß die Macas sich ihnen nicht anschlossen, sie Verrath befürchteten und Verstärkungen von Logroño erwarteten.

Endlich langten sie an um Mitternacht des dritten Tages, brennend vor Verlangen, sich mehr an den verrätherischen Macas, als an den Spaniern zu rächen. Letztere zogen aus der Stadt, um die Indianer anzugreifen; die Wilden kamen heran, zu frühe ihre Siegeslieder singend, denn sie wurden von einer allgemeinen Salve empfangen, welche viele von ihnen zu Boden streckte. Dieß verhinderte für einen Augenblick ihr Vorrücken; doch sobald als sie merkten, daß das Schießen nachließ, wußten sie gleich daß Pulvermangel die Ursache war und nöthigten die Spanier, sich hinter ihre Barrikaden zurückzuziehen. Die Gibaros deckten sich mit ihren Schilden und fürchteten so nicht die spanischen Lanzen und Schwerter. Sie hielten nicht an bei ihrem Angriffe, Mann gegen Mann streitend, erstürmten zuletzt die Barrikaden und nahmen fast die ganze Stadt. Jede Straße und jeder Platz wurden ein Schlachtfeld, Hunderte fielen auf jeder Seite, bis die Nacht dem Morden ein Ende machte. Die Indianer begnügten sich dann die Stadt an verschiedenen Stellen anzuzünden und zogen sich zurück. Ein verwundeter Gibaro ward von den Spaniern gefangen genommen, der bei dem Ende des unglücklichen Gouverneurs in Logroño zugegen

gewesen war und nun die ganze Katastrophe erzählte. 12,000 Einwohner waren in Logroño umgebracht und alle jungen Weiber in die Gefangenschaft geschleppt worden. Sevilla del Oro war eine Stadt von 25,000 Seelen gewesen, von denen kaum ein Viertheil — meist Kinder und Weiber — am Leben blieb, bei weitem der größte Theil der Männer war bei der Belagerung und dem Brande umgekommen. Der Zerstörung dieser Provinz folgte bald die Verheerung der beiden benachb[illegible] P[illegible]en und Loja. Die Ursache, warum sich die [illegible]os i[illegible]icht so plötzlich zurückzogen, ward nie beka[illegible] i[illegible]ht die ganze Stadt hätten nehmen können. [illegible] Tagen entfloh der größte Theil der Ueb[illegible]t ein Einziger würde dort geblieben seyn, [illegible]e Hülfe von Quito eingetroffen wäre.

Sobald als de[illegible]ent der Audiencia von Quito den schrecklichen Bericht hörte, schickte er im Augenblick 100 Mann Cavallerie und 200 Infanterie als Verstärkung für die belagerte Stadt, mit dem Befehle, in forcirten Märschen vorzurücken. Obgleich sie zu spät ankamen, um am Kampfe Theil zu nehmen, war es doch noch früh genug, um die Flüchtlinge zu beschützen, die ohne ihre Hülfe umgekommen wären. Bald nachher sandte der Vicekönig von Lima 1000 Mann spanische Truppen und 1000 Indianer, welche bei ihrer Ankunft in Logroño nichts als einen Haufen von Asche und Ruinen vorfanden, ohne mit den Gibaros zusammenzutreffen; schon hatten sich diese in die Wälder zurückgezogen. Hunger und Krankheiten zwangen bald die Expedition umzukehren, da die Gibaros alle Pflanzungen verbrannt und zerstört hatten. Die Expedition hatte schweres Geld gekostet und machte die Dinge nur schlimmer; denn bald nach ihrem Rückzuge verbrannten die Gibaros noch die Stadt Yaguarzongo.

Mit dieser traurigen Erfahrung verlor der Vicekönig alle Lust, neue Anstrengungen auf Staatsunkosten zu mac und bot große Belohnungen und Landbewilligungen allen, welche

die Wiedereroberung jener Gegenden unternehmen würden. Ein reicher Privatmann von Cuenca nahm das Anerbieten an, rüstete eine zahlreiche Expedition aus, reichlich mit Waffen, Munition und Lebensmitteln versehen und zog damit nach der Stadt Paute an der Grenze der Provinz Cuenca, gerade wo der Pautefluß anfängt schiffbar zu werden. Hier baute er eine ganze Flotte von Flachboten, Canoes und Flößen und fuhr den Fluß herunter bis Logroño, wo der Wald schon angefangen hatte die Ruinen zu überwachsen. Auf demselben Flecke errichteten sie ein Fort, um ihren Rückzug zu sichern und setzten ihre Reise fort. In der Zwischenzeit hatten die Gibaros durch ihre Spione alles erfahren und machten sich bereit zur Vertheidigung. An einer engen Stelle des Flusses verbargen sie sich auf beiden Ufern hinter Bäumen und Büschen und als die arglosen Spanier hier ankamen, überfielen sie dieselben von allen Seiten, nachdem sie den Rückzug abgeschnitten hatten, und tödteten jeden Mann der Expedition. Die, welche in Logroño zurückgeblieben waren, wurden bald des Wartens müde und als ihre Lebensmittel aufgezehrt waren und sie noch immer keine Nachrichten von ihren Cameraden erhielten, zogen sie sich wieder nach Cuenca zurück. Sechs Monate nachher erzählten die Indianer das unglückliche Ende der Expedition, und derselbe Mann rüstete eine neue aus, welche wieder kein besseres Resultat lieferte; der Arme hatte sein ganzes Vermögen an diese Unternehmung verwandt und war zuletzt genöthigt, sein Brod in den Straßen zu betteln.

Keinen besseren Erfolg hatte eine andere Expedition, die ebenfalls in Cuenca von einer Gesellschaft ausgerüstet wurde, welche dieselbe zu Land und nicht zu Wasser absandte. Mit Ausnahme von vier Mann wurden Alle in jenen endlosen Urwäldern durch Hunger und Strapazen aufgerieben — nicht ein Einziger fiel durch die Hand der Wilden. Dann wurden alle Plane, neue Expeditionen zu unternehmen, aufgegeben, bis nach vielen Jahren der Bischof von Quito die Jesuiten bewog, die Bekehrung jener Wilden zu versuchen. Im J. 1631

schifften sich zwei Jesuiten, in Begleitung von vier Indianern, auf dem Pauteflusse ein und erreichten den Fleck, wo früher Logroño gestanden hatte; allein nicht eine Spur der einst so blühenden Stadt war mehr zu sehen. Hier wurden sie von ihren Indianern im Stiche gelassen und allein setzten sie ihre Reise fort, beständig nach den Gibaros forschend, welche sie nie fanden. Sie lebten von Waldbeeren, Kräutern und Wurzeln; nach sechs Monaten erlag einer von ihnen dem Hunger und der Andere, immer dem Laufe des Flusses bis zu seiner Mündung folgend und dann den Marañon heraufgehend, kam endlich nach zwei Jahren von unbeschreiblichen Leiden in der Stadt Jaen an, nackt, mit Beulen bedeckt und mehr einem Gerippe, als einem lebenden Wesen gleichend.

Der erste Versuch der Jesuiten, die wilden Indianer im Amazonenthale zu bekehren, ward gemacht im J. 1602 durch den Pater Raphael Ferrer, geboren in Valencia. Er drang ganz allein in die Urwälder, nur mit seinem Crucifix, Brevier und einigen Schreibmaterialien. Er besuchte zuerst die wilden Stämme der Cofanes, welche an dem Flusse desselben Namens 60 Leguas (90 Stunden) östlich von Quito auf der östlichen Seite der Andes lebten. Diese Indianer hatten schon sehr viel von den Unterdrückungen der Spanier gehört, die sie mit Haß und Abscheu betrachteten, und sahen gleich, daß der Pater einer derselben war; doch machte es den größten Eindruck auf diese unverdorbenen Kinder des Waldes, als sie diesen ehrwürdigen Priester, in dessen Zügen sich nur Sanftmuth und Güte ausdrückten, ganz allein und unbewaffnet ankommen sahen und sie nahmen ihn gastfreundlich auf. Er erlernte bald ihre Sprache, da er große Leichtigkeit besaß sich fremde Sprachen anzueignen, und machte bald große Fortschritte in ihrer Bekehrung. Er beobachtete drei Maximen in seinen Missionsarbeiten: 1) Nie mit ihnen über Religionssachen zu sprechen, ehe er sich nicht gänzlich ihre Achtung und Freundschaft erworben hatte; 2) die größten Bemühungen an die Häuptlinge und einflußreichen Männer zu wenden und

die Anderen immer zu ermahnen, ihre Häuptlinge zu respektiren und ihnen zu gehorchen; 3) zuerst und hauptsächlich dieselben Häuptlinge, sowie auch einige der fähigsten Personen zu unterrichten, so daß die Letzteren wieder als Lehrer und die Ersteren als Beschützer des neuen Glaubens benutzt werden konnten. Durch die Beobachtung dieser klugen Maßregeln, durch seinen milden und leutseligen Charakter und tugendhaftes Leben, frei von jedem weltlichen Ehrgeiz und Habsucht, ward er in kurzer Zeit der unumschränkte Herr dieser Indianer. Sie begleiteten ihn auf allen Wegen und Stegen, betrachteten ihn als ein lebendes Wunder und verehrten ihn als ein höheres Wesen. Sie liebten ihn so aufrichtig, daß sie ihn beständig baten, sie nie zu verlassen und immer in ihrer Mitte zu leben. Er unterrichtete sie in der Religion mit so großem Erfolge, daß er den ganzen Stamm vor Verlauf eines Jahres bekehrt und getauft hatte.

Weder dieser noch irgend ein anderer der benachbarten Stämme hatte Dörfer. Immer lebten Familien von zehn, zwanzig und mehr Personen zusammen, bebauten gemeinschaftlich ein Stück Feld und wohnten von ihren nächsten Nachbaren nur so weit entfernt, daß sie sich gegenseitig in einem einzigen Tage besuchen konnten. Pater Ferrer stellte ihnen vor, wie vortheilhaft es wäre, wenn der ganze Stamm zusammen wohnte und mit einigen der benachbarten freundschaftlichen Stämme eine einzige Niederlassung bildete. Er würde dann im Stande seyn, viele zu derselben Zeit zu unterrichten und sie selbst hätten dann den Vortheil, sich gegenseitig helfen zu können und die Annehmlichkeiten einer brüderlichen Gesellschaft zu genießen. Außerdem, sagte er, könnten sie sich so besser gegen ihre Feinde vertheidigen; er selbst wolle sie in ihrem Werke unterstützen und von Quito Werkzeuge und alles Nöthige kommen lassen, um ihre Arbeiten zu erleichtern und einen Tempel zu bauen, worin sie den alleinigen Gott nach dem Ritus ihres neuen Glaubens anbeten könnten. Ebenso sollten die Häuptlinge der verbündeten

Stämme ein Rathhaus für einen Civilgouverneur errichten, den sie selbst jedes Jahr aus ihrer Mitte erwählten.

Er schlug seinen Plan mit so viel Klugheit und Scharfsinn vor, daß die Indianer, gewohnt ihn wie ein Orakel anzuhören, ihn mit so großem Eifer annahmen, daß sie kaum die Zeit erwarten konnten, bis wann die Ausführung beendet sei. Der gute Priester, glücklich über diesen günstigen Erfolg, sandte einige der gewandtesten Lehrer zu den nächsten Stämmen und andere Indianer nach Quito mit einem Briefe an seinen Superior, in welchem er seine Resultate mittheilte und Werkzeuge nebst Geschenken für seine Neubekehrten verlangte, sowie auch Kirchengeräthe um die heil. Messe lesen zu können. So machte er sich zum Herrn und Leiter der neuen Ansiedlung. Sein Bericht erfüllte die Jesuiten in Quito mit Freude; sie beluden die indianischen Boten mit Geschenken, Werkzeugen, Kirchengeräthen und sogar mit einer neuen Glocke für die neue Kirche. Dieß war der erste Keim der Mission, die bald rasch sich vermehrte, da in kurzer Zeit 3000 Indianer der benachbarten Stämme sich ihr anschlossen. Am 29. Juni 1603 ward die Kirche eingeweiht und den Aposteln Peter und Paul gewidmet, weßhalb sie den Namen erhielt: „San Pedro de los Cofanes." Mit Hülfe seiner indianischen Lehrer gründete er im nächsten Jahre noch zwei weitere Missionen, Santa Maria und Santa Cruz. Die drei Missionen zusammen zählten dann eine Bevölkerung von 6500 Seelen.

Eines Tages frug er einen alten Indianer von gesundem Urtheile, ob er etwas von den Stämmen wisse, die weiter gegen Osten lebten. Anstatt einer weiteren Antwort zeigte ihm der Indianer einen großen Baum, riß ein Blatt von demselben und sagte: „Dieses Blatt und gar nichts mehr sind die Cofanes; all die anderen Blätter dieses mächtigen Baumes, den du hier siehst, bedeuten ebenso viele Stämme, die gegen die aufgehende Sonne zu wohnen; ihre Ländereien werden von ebenso vielen Flüssen bewässert, als dieser Baum Aeste und Zweige besitzt, welche alle sich mit der gemeinsamen

Mutter aller Flüsse vereinigen.“ Der Pater wußte nicht, ob der Indianer mit dieser „gemeinsamen Mutter aller Flüsse“ das Meer meinte, oder den Marañon, von dem die Spanier damals nur sehr confuse Ideen besaßen und nur wußten, daß er hunderte von Flüssen in sich aufnehme. Allein diese bildliche Erklärung zeigte ihm, daß unzählige wilde Stämme in jenen endlosen Gebieten leben mußten. Seine Phantasie ward erregt durch die Idee des Baumes, der eine Welt von Entdeckungen versinnlichte, und er beschloß die Untersuchung jener fabelhaften Regionen zu unternehmen. Er machte die bestmöglichen Anordnungen, um während seiner Abwesenheit die Ordnung in den Missionen zu erhalten, und brach auf zu Anfang des J. 1605, ganz allein mit seinem Crucifix, seinem Brevier und einigen Schreibmaterialien, um ein Tagebuch zu führen. So innig war sein Glauben und so stark sein Gottvertrauen!

Er folgte dem Laufe des Flusses, der weiter unten jetzt Aguarico genannt wird und in den Napo, einen der mächtigsten Nebenflüsse des Amazonenstromes sich ergießt, mit welchem letzteren der alte Indianer jedenfalls die Mutter der Flüsse meinte, da er keine Kenntniß vom Meere besitzen konnte. Pater Ferrer reiste zu Fuß von seiner Mission bis zum Amazonenstrome — eine Entfernung von 600 Stunden, wenn man den Krümmungen der Flüsse folgt; allein die große Entfernung ist nichts, wenn wir die Natur der Regionen bedenken, durch welche er reiste — allein, ohne Lebensmittel, mitten unter wilden und menschenfressenden Stämmen, reißenden Thieren, giftigen Schlangen und Insekten, durch dichte, wildverwachsene Urwälder und pesthauchende Sümpfe. Wie viele Flüsse hatte er zu durchschwimmen und steile Felsen zu erklettern — und all dieß ohne Obdach des Nachts während der hier so häufigen und sündfluthartigen Regengüsse und unter der versengenden Sonne des Aequators! Ich habe diese Wildnisse besucht und bin überzeugt, daß Niemand, der nicht in dieselben eingedrungen, sich eine vollkommene Idee

[illegible]

[illegible] und entdeckte den großen Fluß Putumayo. Später ging er im J. 16[illegible] nach Quito, wo er zum Superior der neuen Missionen ernannt ward und zwei Missionäre zu Gehülfen erhielt. [illegible] Seite wurde die Audiencia von Quito zur selben Zeit Soldaten nach den Missionen, um [illegible] zu [illegible], trotz der [illegible] Bitten des Pater Ferrer, dies nicht zu thun, welche unkluge Maßregel einen großen Theil der Neubekehrten auf das höchste erbitterte. Einer der Häuptlinge, dem Pater Ferrer Vorwürfe gemacht, weil er mehrere Weiber wieder genommen, und ihn bewogen hatte, allein mit seiner rechtmäßigen Gattin zu leben, nahm darauf seine Rache; er folgte dem Pater unter dem Scheine der Freundschaft nach einem Punkte, wo ein einzelner Baum eine Brücke über einen tiefen und reißenden Bergstrom bildete. Hier ließ er den Pater vorausgehen und stieß ihn von hinten hinunter in den Abgrund. Nach seinem Tode entflohen die meisten Neophyten, gereizt durch das brutale Benehmen der Soldaten, wieder in die Wälder und kehrten zu ihren wilden Sitten und Gebräuchen zurück.

Nach dem Märtyrertode des Pater Ferrer beschlossen die Franziskaner eine Expedition nach dem Marañon zu schicken und einige derselben, begleitet von Capitän Palacios und 90 Soldaten, schifften sich auf dem Aguarico ein. Sie gründeten

eine Niederlassung, Namens Ante, 24 Stunden oberhalb der Mündung des Aguarico in den Napo. Allein die Soldaten mißhandelten, wie immer, die Indianer beim Goldsuchen und die Wilden, den großen Unterschied bemerkend zwischen den Franziskanern, welche mit vielen Soldaten kamen, und den Jesuiten, die allein erschienen, ermordeten alle Missionäre und Soldaten, von denen nur Wenige entkamen. Zwei Laienbrüder, Fray Diego de Brieda und Fray Andres Toledo, nahmen mit sechs Soldaten ein Canoe und fuhren darin den Fluß herunter. Nach kurzer Zeit erreichten sie den Napo, wo sie viele Fische und Schildkröten antrafen, nachher gelangten sie zum Marañon und folgten seinem Laufe bis Pará. Damals war Gouverneur von Pará Noroña, ein Officier im Dienste Philipps IV. Königs von Spanien. Als er die glühende Beschreibung von allem dem, was die Mönche gesehen, hörte, beschloß er den Amazonenstrom gehörig untersuchen zu lassen. Zum Befehlshaber der Expedition ernannte er Pedro Tejeira und gab ihm 70 Soldaten mit nebst einem Obrist und zwei Hauptleuten, sowie 1200 Indianer; außerdem folgten andere Diener, Freiwillige und Weiber der Expedition, welche im Ganzen aus 2000 Personen bestand und sich in 47 großen Canoes einschiffte. Dieselben zwei Laienbrüder und sechs Soldaten gingen wieder mit. Der Führer hatte den Befehl, bis Quito heraufzugehen. Er brauchte ein ganzes Jahr, um unter großen Mühen und Strapazen den Amazonenstrom heraufzugehen; ehe sie die halbe Strecke zurückgelegt hatten, waren schon 500 Indianer desertirt. Tejeira ging weiter mit dem Reste, alle seine Ueberredungsgabe anwendend, um die Leute zu bewegen, die Reise fortzusetzen. Endlich gelangten sie zur Mündung des Napo und folgten seinem Laufe bis zu den Ruinen von Ante am Aguarico.

Hier ließ er den größten Theil der Expedition unter dem Befehle der Hauptleute Acosta und Bazon zurück und ging selbst mit wenigen Begleitern nach Quito, wo er glücklich mit den beiden Laienbrüdern ankam, welche vor mehreren

Jahren Quito verlassen hatten und schon längst todt geglaubt waren. Texeira übergab seinen Bericht der königlichen Audiencia zu Quito, die ihn wieder an den Vicekönig zu Lima sandte. Da die Führer der Expedition ungebildete Leute gewesen waren und kein brauchbares Tagebuch geführt hatten, befahl der Vicekönig dem Provincial der Jesuiten, zwei unterrichtete Männer seines Ordens mit der Expedition zu schicken, um alles zu untersuchen und zu beschreiben, was sie von Interesse fänden. Der Provincial ernannte hierzu den Pater Cristoval de Acuña, Rektor von Cuenca, und den Pater Andres de Artieda, Professor der Universität Quito. Die beiden Jesuiten verließen Quito zusammen mit Texeira im Februar 1639, schifften sich auf dem Napo ein und kamen nach Pará nach Ablauf eines ganzen Jahres, da die Patres viele Zeit brauchten, um ihre Observationen und Untersuchungen anzustellen. In Pará vervollkommneten und beendigten sie die Beschreibung ihrer Reise, der Flüsse, Länder, Entfernungen, Indianer-Stämme, Produkte u. s. w.

Im J. 1640 kamen sie nach Madrid und überreichten dem König ihr Werk. Sie beschrieben darin die Vortheile, welche der Krone von Spanien erwachsen würden, wenn diese ausgedehnten und reichen Länder in Besitz genommen und angesiedelt würden. Allein der Zeitpunkt, einen solchen Plan auszuführen, war ein sehr ungünstiger, weil gerade die Revolution in Portugal ausgebrochen war, und nachdem die Patres lange Zeit vergebens gewartet hatten, beschlossen sie über Panamá nach Lima zurückzukehren, um die Hülfe des Vicekönigs für das Unternehmen zu erbitten, allein beide starben auf der Reise in Panamá.

Damals existirte am oberen Marañon, unterhalb Jaen, eine kleine Stadt, Namens Santiago, ein Vorposten der Civilisation. Die Stadt war nicht im blühenden Zustande wegen der Flucht der meisten Einwohner bei der großen Revolution der Gibaros im J. 1599. Es bestand nur noch ein kleines Fort, in dem die Soldaten gar nichts von den

flußabwärts gelegenen Gebieten wußten, von denen sie durch gefährliche Stromschnellen im Marañon, dem sogenannten Pongo de Manserriche, getrennt waren. Doch einige abenteuerliche Soldaten, angetrieben durch ihre Neugierde und den Wunsch neue Länder zu entdecken, setzten sich auf ein Floß, passirten glücklich den gefürchteten Pongo de Manserriche, an dessen unterem Ende sie den Indianerstamm der Mainas trafen. Die Soldaten wurden von diesen Indianern gut aufgenommen mit einer nie zuvor gesehenen Gastfreundschaft und kehrten zurück voll von Begeisterung für diesen gutmüthigen Stamm. Zwei derselben gingen nach Lima und berichteten ihre Entdeckung dem Vicekönige, Don Francisco de Borja y Aragon, Prinz von Esquilache. Er hatte früher von der Entdeckung des Marañon durch Pater Ferrer gehört und beschloß eine Expedition dorthin zu senden.

Zum Befehlshaber ernannte er den Capitän Diego de Baca, welcher die Ernennung nur unter der Bedingung annahm, daß er zum Gouverneur aller Länder, welche er erobern würde, auf zwei Leben (für sich und seinen Sohn) gewählt würde — ein Verlangen, welches angenommen wurde. Er gründete im J. 1618 die Stadt San Francisco de Borja am unteren Ende des Pongo de Manserriche am nördlichen Ufer des Marañon. Die Mainas-Indianer halfen sogar die Stadt aufbauen. Dieselbe ward bald sehr volkreich, da sich viele Leute aus Loja, Jaen und Chachapoyas, wohin sie nach der Revolution der Gibaros geflüchtet waren, hier ansiedelten. Auf diese Weise ließen sich bald mehrere tausend Familien nieder, aber da sie alle arm waren, begannen sie bald die Indianer zu betrügen und zu mißhandeln, indem sie dieselben nöthigten, in ihren Feldern und Goldminen zu arbeiten. Zuletzt konnten die Mainas-Indianer, obwohl sonst von so gutmüthigem und friedlichem Charakter, diese Unbilden nicht länger ertragen und wurden erbittert durch die Gewaltthätigkeiten und Ungerechtigkeiten der Spanier. Sie bereuten es, dieselben so gut aufgenommen zu haben und brüteten über

[illegible], wenn sie sich von diesem [illegible] befreien können.

Damals lebte in [illegible] ein getaufter Indianer, der sich [illegible]. Durch sein gutes Betragen vor allen andern ausgezeichnet: zugleich war er mit seiner ganzen Familie ein großer Freund der Spanier. Die Indianer erwählten ihn zum Leiter des Aufstandes; sie boten es ihm im geheimen an und drohten im Falle der Ablehnung ihn und seiner gesammten Familie zu ermorden. Als er diese Entschlossenheit sah, gab er nach in der Hoffnung die Spanier retten zu können und unter der Bedingung, seine Familie aus der Stadt nehmen zu dürfen. Er ging nach Berja und theilte dem Gouverneur den ganzen Plan mit. Er sagte demselben, er selbst sei zum Häuptling erwählt und hätte dieß nicht abweisen können: die Spanier würden ihn an der Spitze der Indianer heranziehen sehen, sollten aber nicht auf ihn schießen, er selbst wolle auch keinem Spanier etwas zu Leide thun. Er rieth ihnen, kräftige Vertheidigungsmaßregeln zu treffen, indem die Verschwörung gegen sie ausgedehnt und gefährlich sei. Der Gouverneur dankte ihm für seine Freundschaft und der Indianer nahm seine Familie hinweg. Die Spanier trafen jede mögliche Vorkehrung; Männer und Weiber bewaffneten sich, sie errichteten Barrikaden und machten aus der Kirche eine Citadelle mit Schießscharten. Ebenfalls waren sie wohl mit Feuerwaffen und Munition versehen.

Endlich erschienen die Wilden, mit dem treuen Indianer an der Spitze, bewaffnet mit Bogen und Pfeilen, Lanzen, Keulen und anderen indianischen Waffen. Sie machten einen wüthenden Angriff und obgleich sie mehrmals mit schwerem Verluste zurückgeschlagen wurden, erstürmten sie doch zuletzt die Barrikade. Die Spanier mußten sich darauf in die Kirche zurückziehen. Letztere hatte ein Strohdach und obgleich die Wilden wahre Schauer von brennenden Pfeilen darauf schoßen, so wollte das Stroh doch nicht brennen. Die Indianer betrachteten dieß als ein Wunder, verloren den Muth und

flohen zu ihren Canoes. Die Spanier verfolgten sie und richteten ein so großes Blutbad unter ihnen an, daß, wie die Tradition sagt, der Marañon ganz roth gefärbt ward. Von denen, welche zu den Canoes liefen, entkamen nur wenige, aber viele hatten sich in die Wälder gerettet. Letztere zogen sich nach den Ufern des Pastazaflusses zurück, wo sie begannen eine große Conföderation von verschiedenen Stämmen gegen die Spanier zu bilden, um dieselben aufzureiben, ehe Verstärkungen eintreffen konnten. Der Gouverneur erhielt bald Nachricht von der neuen Verschwörung und sandte nach Quito um Hülfe, wobei er einige Jesuitenmissionäre verlangte, welche nach seiner Ansicht allein im Stande wären, die erbitterten Indianer zu beruhigen.

Der Provincial der Jesuiten schickte die Patres Gaspar Cujia und Lucas de la Cueva, zwei gewandte und fromme Männer, welche unmittelbar im J. 1637 nach Jaen abreisten, wo sie sich einschifften; sie fuhren den Marañon hinunter, passirten die Fälle von Manserriche und kamen glücklich in Borja an. Zur selben Zeit hatte der Gouverneur ein Bündniß mit den Jeveros-Indianern abgeschlossen. Sie griffen dann vereint die conföderirten Stämme an und brachten ihnen eine totale Niederlage bei. Mehr als 3000 wurden gefangen genommen, deren Leben nur durch die rechtzeitige Ankunft und Vermittelung der beiden Jesuiten gerettet wurde. Durch dieses großmüthige Benehmen und die klugen Bemühungen der Jesuiten ward die Revolution unterdrückt, welche schon angefangen hatte, große Dimensionen anzunehmen. Namentlich ward der Häuptling der Jeveros gerührt, als er die große Geschicklichkeit sah, mit der Pater Lucas die feindlichen Stämme zu gewinnen wußte; er erbot sich, ihn den Amazonenstrom herunter zu führen, wo unzählige Stämme von Indianern lebten — er nahm eine Handvoll Sand, warf sie in die Luft und sagte: „So viele Stämme sind dort in den Wäldern, als du hier Sandkörner siehst, jeder Fluß, jeder See, Wald und Hügel ist voll von Bewohnern.“ Er machte ihn mit vielen

Stämmen bekannt, die an den Ufern des Amazonenstromes lebten, deren Freundschaft er erwarb, und zuletzt ward der ganze Stamm der Jeveros mit ihrem Häuptlinge von Pater Lucas getauft. Dieß war die erste Bekehrung am Amazonenstrome.

Bei der Bekehrung der Indianer des Amazonenstromes fanden die Missionäre im Anfange große Hindernisse. Dieß kam von der Lebensart dieser Wilden. Sie lebten in den Wäldern zerstreut, familienweise oder kleine Theile von Stämmen zusammen, weit von einander entfernt und ohne feste Wohnsitze. Sie alle fühlten eine Abneigung dagegen, gesellschaftlich in Niederlassungen zusammen zu leben und als die Missionäre ihr Arbeiten begannen, boten ihnen die Indianer Frieden und Freundschaft an, versprachen sich ihren Lehren zu fügen und die christliche Religion anzunehmen; aber sobald sie ihnen vorschlugen, sich in Dörfern zu vereinigen, kühlte sich ihr Eifer plötzlich ab. Peter Acuña erwähnt gleichfalls diese selbe Eigenthümlichkeit in der Beschreibung seiner Reise auf dem Amazonenstrome. Die Patres Cujia und Lucas Cueva machten dieselbe Bemerkung. Nichtsdestoweniger, als die letzteren den Jeveros sagten, nur auf diese Weise wäre es möglich ihnen zu helfen und alles Gute für sie zu thun, und daß es ihnen nichts ausmachen würde, einen kurzen Versuch zu machen, so willigten die Indianer ein. Auf diese Weise gründete Pater Lucas die Stadt Jeveros an den Ufern des Aipena, eines Nebenflusses des Huallaga, welche heute noch existirt. Später errichtete er in Borja ein Collegium zur Erziehung junger Indianer, welche als Lehrer ihrer Landsleute gebraucht werden sollten, da es sich als unmöglich herausstellte, andere Stämme in Niederlassungen zu vereinigen.

Im Jahre 1644 unternahm Pater Cujia eine neue Reise. Er fuhr den Amazonenstrom 150 Stunden weit herunter und traf hier den mächtigen Stamm der Omaguas welche die Guaranisprache redeten, eine Sprache welche die benachbarten Stämme nicht verstanden, die aber von vielen Völkern am unteren Amazonenstrome, Orinoco, Paraguay

und Südbrasilien gesprochen wurde. Pater Cujia schätzte die Omaguas auf etwa 30,000 Seelen (jetzt zählen sie kaum 500). Nach acht Jahren beständiger Arbeit überwand zuletzt Pater Cujia die Schwierigkeiten ihrer Bekehrung und taufte ebenfalls später einige kleinere Stämme mit Hülfe von einigen anderen Missionären. In dieser ersten Periode, bis zum J. 1663, befanden sich am oberen Marañon sieben Missionen mit 66,000 Neophyten, die in sechszehn Niederlassungen wohnten. Hierzu kam noch die Mission am Napo mit 44,000 getauften Indianern, allein die Pocken richteten im J. 1680 so furchtbare Verheerungen an, daß in den acht Missionen nur 34,000 Seelen übrig blieben.

Nach diesem Unglücke kamen die Missionen wieder in blühenden Zustand und zählten 160,000 Seelen in 74 Niederlassungen; allein im Anfange des 18. Jahrhunderts verminderten die portugiesischen Invasionen diese Zahl um 40,000 und kurz vorher gingen 30,000 in der Indianerrevolution des Ucayali verloren. Gegen die Mitte des letzten Jahrhunderts nahmen die Missionen wieder zu, aber im J. 1762 tödtete eine furchtbare Pockenepidemie den größten Theil der Indianer von denen nur 18,000 übrig blieben, welche nach der Angabe des Pater Weigel in drei Missionen und 41 Niederlassungen vertheilt waren. Alle diese Missionen waren unter der Direktion eines Superiors und ihre Civilbehörde war nominell — denn die Missionen waren fast unabhängig — der Gouverneur von Mainas, den die Audiencia von Quito zu ernennen hatte. In diesen 130 Jahren ward das Evangelium ungefähr 150 Stämmen geprediget, von denen 40 ihre eigene Sprache und die übrigen nur Dialekte der Mutter-Sprache redeten. Im Aussehen, Charakter, Sitten und religiösen Ideen bestand ein großer Unterschied unter diesen Stämmen. Einige von ihnen hatten sich aus Flüchtlingen gebildet, die früher zur Incamonarchie gehört hatten und nach dem Falle derselben in die Wälder sich zurückgezogen hatten. Nämlich Manco Capac II., Sohn des Huascar, floh mit

40,000 Begleitern nach dem Osten und errichtete ein neues Reich an den Quellflüssen des Ucayali, dem sich alle dort lebenden wilden Stämme freiwillig unterwarfen. Er selbst kehrte später nach Cuzco zurück, schloß einen Vergleich ab mit den Spaniern, erhielt als Vasall der Krone von Spanien die Herrschaft Villcabamba und starb in Frieden. Seine beiden ältesten Söhne bestätigten gleichfalls dem spanischen Vice-Könige, aber der jüngste, Tupac Amaru, ward zum Inca ausgerufen und als solcher von den Chunchos und anderen wilden Stämmen des Ostens anerkannt. Zuletzt ward er in einem Ueberfalle gefangen genommen und im J. 1571 in Cuzco hingerichtet. Nach seinem Tode zogen noch 40,000 weitere Inca-Indianer nach dem Ucayali.

Nach den Patres Cujia und Lucas Cueva waren die berühmtesten Jesuitenmissionäre sämmtlich Deutsche. Die bedeutendsten unter ihnen waren die Patres Richter, Fritz und Julian, allein auch die Patres Schingler, Zumüller, Michel, Franzen, Rhen, Bretten, Wiedmann, Schäffer, Deubler und Weigel haben nicht nur unzählige Indianer bekehrt, sondern auch durch ihre Beschreibungen und Karten jene unbekannten Regionen der Welt zugänglich gemacht. Pater Samuel Fritz veröffentlichte die erste genaue Karte des ganzen Amazonen-Stromes von seinem Ursprunge im See Lauricocha an bis zu seiner Mündung im atlantischen Ocean. Namentlich wußten die deutschen Missionäre die Wilden mit Hülfe der Musik anzuziehen.

Pater Richter kann mit Recht der Apostel des Ucayali genannt werden, da er alle an seinen Ufern wohnenden Stämme besucht und viele derselben bekehrt hat. Er gründete sieben Niederlassungen und taufte 30,000 Indianer. Seine großen Erfolge flößten aber bald ein heftiges Mißtrauen ein bei dem mächtigen Stamme der Campas, welcher 40,000 bewaffnete Krieger zählte und von Flüchtlingen der Incas abstammen sollte. Sie schlossen ein Bündniß mit den Pirros, einem gleichfalls zahlreichen Stamme, dessen Häuptling einige Häupt-

linge der bekehrten Stämme zu einer Unterredung einlud. Unter diesen letzteren war der Häuptling der Conibos, welcher sich immer als den größten Freund des Pater Richter ausgegeben hatte. Bei der Zusammenkunft ergriff der Häuptling der Campas das Wort und sagte: „Es ist ganz leicht, den Gouverneur von Borja zu verhindern, den Vätern zu Hülfe zu eilen, wenn wir nur mit unsern Tapferen die Mündung des Ucayali verschlossen halten, so daß die Weißen den Fluß nicht herauffahren können — dieß genügt. Die Schwierigkeit bei unserem Unternehmen besteht in dem Ursprung alles Uebels; in ihm, der die Unterdrückung und Sklaverei unserer Brüder verursacht hat — sie besteht im Pater Richter. Er ist der größte Feind unserer Race und desto mehr zu fürchten, da er es versteht, sich zu verstellen. Seine geheuchelte Liebe hat viele Unerfahrene getäuscht und die Lockspeise seiner Geschenke ihre Eitelkeit gefangen. Zwischen ihm und den Spaniern von Borja ist gar kein Unterschied, nur daß er viel schlauer ist; deßhalb haben sie ihn hierher gesandt, um unser Volk zu betrügen.“ Die christliche Religion, fuhr er fort, ist weiter nichts als eine Lüge, die sie für ihren eigenen Vortheil und zu unserer Vertilgung ersonnen haben. Eine abscheuliche List das und eine abscheuliche Religion, welche gegen alle Vernunft verbietet, sich an seinen Feinden zu rächen, was jeder gute Mann thun muß. Dieser Betrug ward nicht für sie erfunden, sondern für uns, damit ihre Schändlichkeiten gegen uns nicht bestraft würden; obgleich sie selbst wohl Rache nehmen, wie sie es mit den Cocamas machten, welche den Pater Figueroa umgebracht hatten. Diese Religion ist nur gut für dumme und unwissende Leute: sie geben vor, als Gott einen Mann anzubeten, der sich nicht zu vertheidigen verstand und einen infamen Tod starb, wie die Weißen selbst sagen. Es ist ein Gesetz, welches dem Gesetze Gottes zuwiderläuft, da es verbietet, seine herrlichsten Geschenke zu genießen — nämlich die Freiheit, die Genüsse und die Vergnügungen. „Deßhalb, fuhr er fort, ist meine Meinung, daß Alle diesen elenden Be-

trug hassen und verabscheuen sollen, der nur für unsere arglosen Brüder erfunden ward und nicht für die Weißen selbst, und daß Alle, welche ihn angenommen, ihn wieder aufgeben sollen, da er der Vernunft und dem Gesetze Gottes widerspricht. Von nun an sollen sie wieder im wahren Glauben unserer Vorväter leben und den Verräther Enrique (Richter) nebst den wenigen Weißen, welche mit ihm an diesem Flusse sich aufhalten, mit dem Tode bestrafen. Ich habe gesprochen."

Als der Häuptling der Pirros dieß hörte — er selbst mit einem großen Theile seines Stammes waren Neubekehrte — sagte er: „Ich finde hierbei nur eine große Schwierigkeit. Wenn der Pater todt ist und der Ucayali allen Weißen verschlossen bleibt, wer wird uns Werkzeuge bringen, die uns so nützlich sind und ohne die wir gar nicht mehr leben können?" „Ich", sagte ein christlicher Conibo, der von Pater Richter mit der größten Güte auferzogen worden war, das Schmiedehandwerk erlernt und als Sakristan gedient hatte. „Ich mache mich verbindlich, alle nöthigen Werkzeuge von Tarma und Huanuco zu bringen."

Der Conibo-Häuptling dankte darauf dem Häuptlinge der Campas, daß er ihm die Augen geöffnet habe und sagte, er sei beschämt, daß er sich so blind vom Pater Richter hätte fangen lassen. Bisher war er einer seiner besten Freunde und ein frommer Christ gewesen. Zuletzt sprach die ganze Versammlung das Todesurtheil gegen Pater Richter aus, gegen seine Genossen und gegen Jeden, der Christ bleiben wolle. Die christliche Religion ward auf immer als ein schändlicher Betrug gegen Gott und alle Vernunft verboten.

Der abtrünnige Häuptling der Conibos wollte durchaus das Urtheil selbst vollstrecken. Er ging mit einigen bewaffneten Kriegern nach Trinidad, wo Richter gerade wohnte. Als der Letztere den Lärm hörte, trat er aus seiner Thüre und fiel in demselben Augenblicke todt zu Boden. Mit einem Axthiebe hatte der Häuptling der Conibos seinen Kopf gespalten. Nach ihm tödteten sie den Pater Vasquez, welcher

kurz zuvor aus Mejico angekommen war. Dieß ereignete sich am 1. Oktober 1695 und ward durch einen treu gebliebenen Conibo-Indianer dem Superior mitgetheilt. Der ganze Ucayali mit seinen Nebenflüssen von Cuzco bis zur Mündung ging damals verloren, mit mehr als 30,000 schon getauften Indianern und vielen Stämmen, die nahe daran waren, das Christenthum anzunehmen. Die Campas ermordeten noch einige andere Missionäre sowie alle Conibos, welche das Christenthum nicht wieder abschwören wollten.

Pater Julian, einer der ausgezeichnetsten deutschen Jesuiten, bekehrte die Rahuapos und Payaguas und hinterließ eine vorzügliche Beschreibung aller Missionen, Indianer und des ganzen Landes. Von Wilden derselben Stämme, die er theilweise getauft hatte, ward er überfallen und den furchtbarsten Martern unterworfen. Wie durch ein Wunder entkam er und starb bald nachher im Geruche der Heiligkeit.

Allein der berühmteste aller Jesuiten-Missionäre im Amazonenthale war Pater Samuel Fritz, ein Mann von großer Gelehrsamkeit und unermüdlicher Thätigkeit. Er ist der Apostel der Omaguas, welche theilweise schon Pater Cujia bekehrt hatte. Pater Fritz fand die Omaguas zerstreut lebend auf den Inseln des Amazonenstromes und im waldigen Hügellande der Nebenflüsse. In zwei Jahren hatte er die ganze Bekehrung beendigt und siedelte alle seine Zöglinge an den Ufern des Amazonenstromes an. In einer Strecke von 550 Stunden Länge, von der Mündung des Napo bis zu der des Rio Negro, gründete er 40 Niederlassungen mit 40,000 Einwohnern. In allen diesen Niederlassungen herrschte die wunderbarste Ordnung. Die Indianer wurden nicht nur in der Religion, sondern auch im Ackerbaue und Handwerken unterrichtet; Alle hatten nette und reinlich gehaltene Häuser; ihr Lebenswandel war musterhaft, weit sittlicher als der der Spanier und Portugiesen in Peru und Brasilien, und überall herrschte der größte Ueberfluß und Zufriedenheit. Sechs Hauptstädte wo die Handwerker meist wohnten, waren in

passenden Entfernungen angelegt und zwischen ihnen die kleineren Ackerbau treibenden Niederlassungen. In jeder der sechs Städte wohnte ein Missionär. Pater Fritz ward gefährlich krank im J. 1689 und mußte nach Pará reisen, um dort kurirt zu werden und verschiedenes Nothwendige einzukaufen. Auf dieser Reise den Amazonenstrom herab nahm er den ganzen Fluß auf, um seine Karte desselben zu vollenden. In Pará ward seine Gesundheit bald wiederhergestellt; allein der portugiesische Gouverneur erlaubte ihm nicht zurückzureisen, sondern behielt ihn als Gefangenen in Pará. Dem Pater Fritz blieb nichts anderes übrig, als sich direkt an den König von Portugal zu wenden, von dem er seine Freiheit, deren ihn die portugiesischen Behörden gegen alles Recht beraubt hatten, verlangte. Die Antwort kam im J. 1690 an nebst einem Befehle an den Gouverneur, den Pater Fritz zurückzusenden, jedoch in Begleitung einer Compagnie Soldaten, die ihn bis zur Mündung des Napo bringen und auf der Reise alle Niederlassungen der Jesuiten untersuchen sollten. Bei ihrer Rückkehr sollten sie dann eine genaue Beschreibung geben von allem, was sie gesehen.

Alles ward auf das pünktlichste ausgeführt und Pater Fritz, der natürlich die bösen Absichten gleich durchschaute, wollte dieß so bald als möglich dem Vicekönige in Lima mittheilen, konnte es aber vor 1692 nicht möglich machen. Der Vicekönig kümmerte sich unbegreiflicher Weise fast gar nicht um diese wichtigen Mittheilungen und traf gar keine Maßregeln, um die Missionen zu retten, welche bald darauf, wie wir gleich näher angeben werden, auf immer für die spanische Krone verloren gingen. Pater Fritz starb, 80 Jahre alt, im J. 1730, und mußte den Verlust der Missionen und seiner langjährigen Mühen selbst erleben.

Seit dem J. 1641, in welchem die Portugiesen in Pará die Revolution und Trennung Portugals von Spanien erfahren hatten, begannen sie ihre Raubzüge gegen die spanischen Missionen. Der Hauptzweck war dabei, Indianer zu stehlen

und sie in die Pflanzungen als Sklaven zu verkaufen. Namentlich waren die Omaguas ihren Angriffen ausgesetzt, da sie ein schöner und arbeitsamer Stamm waren und an den Ufern des Amazonen-Stromes wohnten. Obgleich Pater Cujia mehr als 15,000 derselben bekehrt hatte, fand Pater Fritz doch nicht mehr als 7000 vor — den Rest hatten die Portugiesen weggeschleppt. Einmal jedoch, im J. 1682, als die Räuber wieder viele Gefangene fortgeführt hatten, folgten ihnen die Omaguas nach auf dem Flusse, überfielen sie zur Nachtzeit und tödteten beinahe die ganze Bande.

Im spanischen Successionskriege hatte Portugal Partei für das Haus Oesterreich ergriffen und den Krieg gegen Philipp V. erklärt. In Folge dessen brach im J. 1710 eine Expedition auf von Pará, bestehend aus 1500 Soldaten und 4000 Indianern, nebst der doppelten Anzahl von Booten und Canoes, als zum Transport dieser Truppen nöthig war, um so viele Gefangene, als möglich, darin fortschleppen zu können. Pater Fritz war kurz zuvor wieder nach Lima abgereist und die Anlage seiner Missionen hart am Ufer des Flusses erleichterte sehr das Vorhaben der Portugiesen. Sie hatten auch alle Vorkehrungen so wohl getroffen, daß sie in ganz kurzer Zeit alle 40 Niederlassungen einnahmen, alles was einigen Werth hatte, daraus raubten, ohne selbst die Kirchen zu respektiren und die Hälfte der Einwohner (20,000) in die Sklaverei fortführten. Die andere Hälfte war in die Wälder entflohen. Pater Fritz, der sich gerade in Lima befand, um bewaffnete Hülfe für seine Missionen zu verlangen, ohne das geringste auszurichten, hörte hier das schreckliche Unglück, das seine Schöpfung befallen. Er ließ nicht nach mit seinen flehentlichen Bitten, bei Jedem der nur Einfluß bei dem Vice-König hatte, aber dieser rührte keinen Finger. Auf diese Weise verlor Spanien ein Territorium von 450 Stunden Länge, von der Mündung des Javari bis zu der des Rio Negro, was heute noch Brasilien im Besitze hat, und die Missions-Indianer kehrten in ihren ursprünglichen wilden Zustand zurück.

(Schluß folgt.)

erdichteten Zuthaten der späteren Sänger romantische Ungeheuerlichkeiten und brutale Scenen mitunter, wie sie den Dichtungen aus dem Sagenkreise Karls des Großen allerdings mehr oder minder eigenthümlich sind, die aber mit dem Christenthum wenig oder nichts gemein haben. So ist auch der Angelpunkt der altfranzösischen Wilhelms-Dichtung, die Entführung der schönen Maurenkönigin Orable, um derentwillen so viel Streit wie einst um Helena entbrennt, eine Erfindung, die keineswegs sehr christlich klingt. Es war der Ausfluß einer abenteuerlustigen Zeit, und eines der mannigfachen Zugeständnisse an eine phantastisch verwilderte Geschmacksrichtung, worin sich die fahrenden Sänger überboten. Der historische Charakter trat zurück, das Abenteuer herrschte zuletzt allein. Auch der Schauplatz der Begebenheiten ist unter der Hand der um die Geographie wenig besorgten Trouveres unvermerkt ein anderer geworden.

Man hat die chansons de geste über den Aquitanier gesammelt. Der Cyklus der gesammten altfranzösischen Wilhelms-Gedichte besteht aus achtzehn gesonderten epischen Liederstücken (branches), Romanzen und Rhapsodien, die mit ihren 120,000 Versen nichts weniger als ein einheitliches Ganzes bilden. Planlos neben einander und inhaltlich durcheinander laufend, je nachdem ein Volkssänger oder ein Kunstdichter sich des beliebten Stoffes bemächtigte, entbehren diese achtzehn zu verschiedenen Zeiten gedichteten und erweiterten Chansons jedes organischen Zusammenhangs. Namentlich ward, wie Clarus ganz richtig hervorhebt, dieser Fluß in den Gedichten und diese Veränderungssucht gefördert durch die Opposition, welche zwischen den gelehrten Dichtern (clercs) und den herumziehenden Volkssängern (joculatores, Jongleurs) überall hervorzutreten pflegte, wo beide denselben Helden und die nämlichen Begebenheiten dichterisch behandelten. So war zuletzt durch die vielen Nach- und Umdichter die Verwischung in der Wilhelmssage so groß geworden, daß sich das Be-

dürfniß von selber aufdrang, der Verwirrung endlich zu steuern und eine Art von Ordnung herzustellen.

Dieß suchte man dadurch zu erreichen, daß man die zerstreuten Branchen zunächst sammelte und die verschiedenen Zweige dem gemeinsamen Stamme zuwies. Zu dieser Vereinigung der Wilhelms-Dichtungen mag, wie Jonckbloet nicht unzutreffend vermuthet, die Erhebung und Translation der Gebeine des hl. Wilhelm im J. 1138 einen äußern Anstoß gegeben haben. Die Sammlung der Trouveres geschah aber immerhin noch kritiklos genug. „Es gab der Bearbeitungen gar zu viele und zu verschiedene, und so fielen auch die verschiedentlich unternommenen Zusammentragungen selbst höchst verschieden aus. Die Unternehmer der Zusammenstellungen hatten freilich unter der Verworrenheit der Umbildungen, der Weglassungen und Zusätze, deren stets einer auf den andern gesetzt worden, einen schweren Stand." Dennoch bemerkt der gelehrte Kenner dieser Literatur, Jonckbloet, von jener Sammlung: keine der alten chansons de geste sei in dem Maße wie die Vereinigung der Wilhelmsgedichte geeignet, uns in die Geheimnisse der Bildung, in die Geschichte der Entwicklung der Volkstraditionen sowie der epischen Poesie im Mittelalter überhaupt einzuweihen.

Im Allgemeinen lautet der Befund über die erhaltenen Liederreste nach dem gemeinsamen Votum Jonckbloets und Clarus dahin: „Die im 11. Jahrhundert und wohl noch früher von den Jongleurs vorgetragenen cantilenae oder chansons sind nicht mehr vorhanden. Was uns von solchen Chansons erhalten blieb, sind Ueberarbeitungen aus spätern Jahrhunderten. Gleichwohl dürfen wir annehmen, daß in diesen Ueberarbeitungen so viel Ursprüngliches erhalten ist, daß weder von der Grundlage noch an der Composition der Erzählung Wesentliches verloren ging" (S. 175)*).

*) Die Handschriften der Wilhelms-Dichtungen befinden sich hauptsächlich auf der großen Bibliothek zu Paris. Inhaltlich wurden

Eine genauere chronologische Ordnung der chansons de geste über Guillaume d'Orange ergibt, daß von den 18 Branchen nur ein Theil den Helden Wilhelm selber zum Gegenstand hat. Eine beträchtliche Anzahl beschäftigt sich mit den Thaten der Vorfahren, der Brüder und Seitenverwandten Wilhelms: Garin von Montglane, Girart von Viane, Aimeri von Narbonne, Beuve von Comarchis, Guibert von Andrenas, Vivien, Renoart und andere. Diejenigen, welche es mit dem Helden unmittelbar zu thun haben, sind hauptsächlich folgende sieben:

Les enfances Guillaume: die Jugendgeschichte des Aquitaniers, worin derselbe als ein trotzig unbändiger junger Recke auftritt, während der Belagerung von Narbonne sich auszeichnet und nach einem erfolgreichen Zweikampf vom Kaiser Karl zum Ritter geschlagen wird, dessen Heldenschwert Joyeuse er in spätern Kämpfen auch als Waffe führt. Wesentlich Dichtung.

Couronnement du Roi Looys. In dieser Branche, welche die Treue des Lehensmannes verherrlicht, übrigens keinen einzigen nachweisbaren Zug aus dem Leben des historischen Wilhelm von Aquitanien enthält, bildet den eigentlichen

---

dieselben erst in neuerer Zeit näher bekannt, zuerst durch das bibliographische Werk des Bibliothekars Paulin de Paris „Les manuscrits français de la bibliothèque du Roi", dem später eine einläßliche Abhandlung über den Inhalt der sämmtlichen Branchen des Wilhelms-Cyklus im 22. Band der Histoire littéraire de la France von demselben Verfasser nachfolgte; dann durch die Forschungen des gelehrten Literaturhistorikers C. Fauriel in seiner dreibändigen, von Julius Mohl 1847 herausgegebenen „Poésie provençale." Das Bedeutendste auf diesem Gebiet aber als Forscher und als Herausgeber hat der Gröninger Professor Jonckbloet geleistet mit seinem verdienstvollen Werke „Guillaume d'Orange, chansons de geste des XI. et XII. siècles" (2 Bände, La Haye 1854). Erst mit dieser Arbeit war der Untersuchung und Vergleichung die Bahn geebnet.

Mittelpunkt die Schilderung eines Zweikampfs, der dem Helden seinen in den Dichtungen beliebten Beinamen le marquis au court nez (Kurznase) verschaffte: sein Zweikampf nämlich mit dem Saracenen Corsolt, einem ungeheuerlichen Riesen, dessen eines Auge vom andern „einen halben Fuß“ entfernt war; Wilhelm erlegt denselben, büßt aber im furchtbaren Kampf ein Stück von der Nasenspitze ein, in Folge dessen er fortan Graf Wilhelm mit der kurzen Nase geheißen wird.

Li charrois de Nymes, besingt das listige Strategem, wie der Markgraf Kurznas die Stadt Nismes mit tonnenbeladenen Wagen, worin seine Krieger steckten, nahm — Anlehnung an eine fremde mehrfach variirte Sage, vielleicht aus den Traditionen des Grafen Wilhelm von Provence herübergenommen.

La prise d'Orange, die sehr romantische Eroberung der Stadt Orange durch den Grafen Wilhelm und die Heimführung der jungen Königin Orable (Arabela), der maurischen Helena, die als Christin und Gemahlin des Eroberers Guibour getauft wird. Guitburge, Kiburg hieß wirklich Herzog Wilhelms zweite Gemahlin. Im Uebrigen ist es auch von dieser Chanson noch nicht gelungen den historischen Hintergrund zu ermitteln. Von der Eroberung der Stadt, die sich der Wilhelm der Dichtung zu seinem Sitz erkiest, führt derselbe seinen üblichen Namen Guillaume d'Orange, bei den deutschen Sängern Wilhelm von Oranse.

Eine weitere Branche, die Heldenthaten des jungen Vivien, eines Lieblingsneffen Wilhelms, bilden die von poetisch rührenden Scenen belebte Einleitung zur folgenden, zur Doppelschlacht von Aleschans. Diese selbst, la bataille d'Aleschans, ist das Hauptgedicht zur Verherrlichung des Aquitaniers, und mit den Enfances Guillaume unstreitig der älteste, auch der episch gelungenste Theil der poetischen Wilhelms-Tradition. Aleschans, Aliscamp, so hieß der alte Begräbnißplatz von Arles, ein schon seit den Tagen des

Maurenhammers Karl berühmt gewordenes Schlachtfeld, wohin noch im 13. Jahrhundert andächtige Processionen gingen. Hier floß offenbar der Waffenschimmer zweier Zeiten, der Zeit des ersten Saracenen-Bändigers Karl Martell und der Zeit des Heldenherzogs von Aquitanien, im Dämmerlicht der Sage in einander.

Als letzte hieher gehörige Branche kommt dann nur noch Moniage Guillaume in Betracht, das Mönchsleben des Markgrafen. Die Dichtung hat aber mit der historischen Vita nur einen einzigen Zug gemein: die Niederlegung des Schildes auf dem Altar des heil. Julian zu Brioude, der, wie daraus hervorgeht, häufig von Pilgern und Sängern aufgesucht ward.

Das sind die Romanzen, die den Herzog Wilhelm wesentlich und unmittelbar zum Mittelpunkt des Liedes haben. Die übrigen feiern die Männer seiner Sippe und scheinen nur dazu da, den Kranz um den Hauptthelden üppiger und breiter zu flechten — in den wenigsten Fällen zu seinem wirklichen Vortheil.

Der historische Kern der sämmtlichen Dichtungen blieb die Schlacht am Flusse Orbieu. „Wie Ronceval den Roland, so hat auch der Orbieu Wilhelm zunächst in der Poesie unsterblich gemacht. Daß diese Thatsache so in den Vordergrund und dessen Mittelpunkt gerückt erscheint, beweist, welchen furchtbaren Eindruck der Einfall des Chalifen von Cordova auf die unvorbereiteten Bewohner des südlichen Frankreichs gemacht, und wie sehr ihnen der Muth des Helden imponirt haben mag, welcher fast allein das zahllose Heer aufhielt und dasselbe schließlich über die Pyrenäen zurückzugehen nöthigte. Der letzte Ausdruck, das verhallende Echo dieses Ausdrucks ist die am liebevollsten gepflegte, am reichsten geschmückte der Wilhelms-Dichtungen: La Bataille d'Aleschans" (S. 132).

Die altfranzösischen Wilhelms-Romanzen behandelten einen volksthümlich so beliebten Gegenstand, daß sie sehr rasch über die Grenzen ihres Heimathlandes sich hinaus verbreiteten.

Frühzeitig wanderten sie nach Italien, wo sie der Eroberer Apuliens Robert Guiscard, wie erwähnt, schon um die Mitte des 11. Jahrhunderts sich vorsingen ließ. Sicherlich haben die Lieder von Südfrankreich aus auch in das benachbarte Spanien, das Land der Romanzen, sich fortgepflanzt, obwohl keine Zeugnisse dafür aufzuweisen sind. Dagegen wurden fragmentarische Zeugnisse aufgefunden, daß sie in die Niederlande drangen. Eine bevorzugte und kaum minder frühzeitige Pflege hat aber der Sagenstoff in Deutschland erlangt. Wolfram von Eschenbach konnte einzelne Liederzweige bereits als bekannt voraussetzen, als er sich an die Bearbeitung eines Theiles machte. Sein Vorgang wirkte dann bekanntlich anregend noch weiter und rief zunächst die Gedichte des Ulrich von dem Türlin und des Ulrich von Thürheim hervor.

Dem Landgrafen von Thüringen ist es zu verdanken, daß der tiefsinnigste der deutschen Minnesänger selber sich an den Versuch machte, ein Stück aus dem Sagencyklus des Aquitaniers herauszugreifen und zu einem deutschen Gedichte umzuschaffen (um 1214). Wolfram hat seinen Willehalm, wie er selber andeutet, nach einem der französischen Vorbilder gedichtet, das er von dem Landgrafen Hermann empfing; aber schon die schöne würdevolle Einleitung, sein eigener Erguß, verleiht dem deutschen Epos von vornherein einen anderen, höhern Charakter, als er den Dichtungen der französischen Jongleurs aufgedrückt ist. Sodann hat er durch die Selbstbeschränkung, womit er sich den Rahmen enger steckte, ebenmäßig an Kraft gewonnen, das Bild der Sage poetisch zu vertiefen und abzurunden. Wolfram hat ausdrücklich die Gesänge, welche Wilhelms Jugendgeschichte und „wie er Arabellen gewann" berichten, von seiner Bearbeitung ausgeschlossen; er setzt die etwas unheilige Entführung klüglich als Thatsache, d. h. als angebliche Thatsache der Dichtung voraus. Ebenso hat er die Romanzen, die von Wilhelms Geschwistern handeln, bei Seite gelassen, ohne sich von dem Reiz der bunten Abenteuer bestechen zu lassen. Er greift nur den Mittelkern

heraus und concentrirt seine poetische Darstellung auf zwei Hauptbegebenheiten, die Schlacht von Alischanz und die Belagerung von Orange, die mit der zweiten glorreichen Schlacht von Alischanz ihr Ende und den epischen Abschluß findet. Der Dichter will allein von Wilhelm von Oranse singen, er will nur schildern, in welche Noth den Helden die Liebe zu einer Frau gebracht, und nachdem Noth und Unheil ritterlich bestanden, hält der Sänger seine Aufgabe erfüllt.

Faßt man dieß gehörig in's Auge, und hält daneben die phantastischen Formlosigkeiten der französischen Vorbilder, so wird man die in der Literaturgeschichte lange festgehaltene Meinung, als wäre der deutsche Wilhelm von Oranse ein unvollendetes episches Gedicht, mit Ueberzeugung fallen lassen. Wolfram von Eschenbachs Willehalm ist, wie Clarus in Uebereinstimmung mit einigen neuern Literarhistorikern mit guten Gründen verficht, kein Bruchstück, sondern eine Umbildung und zwar eine mit dem künstlerischen Takt des ächten Dichters vollzogene Umbildung der altfranzösischen bataille d'Aleschans. Ueberall ist das Bestreben des deutschen Sängers wahrnehmbar, die Ungeheuerlichkeiten des französischen Originals zu beschneiden, die Rohheiten zu verfeinern oder wenigstens zu mildern. Ganz besonders in die Augen fallend ist dieß in der geschickten Behandlung der ungeschlachten Figur Rennewarts mit der Stange (Renoarts), der in den Ueberarbeitungen der französischen Trouveres allmählig eine fabelhaft ungefüge Gestalt angenommen hatte. Indem Wolfram dem ungebührlich vordringlichen und roh täppischen Gesellen seinen bescheidenen Platz angewiesen, hat er den Haupthelden selber dadurch erst in das richtige Licht gerückt.

Nicht überall ist ihm die ausgleichende Milderung gelungen. Aber auf jenem Hintergrunde der ungezügelten Ausschweifungen des französischen Originals wird man einzelne grotteske Scenen, die man auch im deutschen Willehalm mit in Kauf nehmen muß, viel billiger beurtheilen und hinnehmen. Im Allgemeinen „handeln und sprechen seine Personen weit

civilisirter als die im französischen Gedichte." Auch sind die Schilderungen „umfassender und reicher." In der Kraft, womit hier sittliche Ideen vorgetragen werden, spricht sich die Individualität des Eschenbachers ebenso erkennbar aus, wie in den mancherlei Anspielungen, die er auf Zeit und Zeitgenossen sich erlaubt. Seine volle dichterische Selbstständigkeit entwickelte Wolfram wieder am Schlusse, bei der Darstellung der zweiten Schlacht von Alischanz, die er sich nach seinem eigenen Plan zurechtgesetzt hat; nicht aus Willkür, denn er folgte der ursprünglichen Conception sonst mit schonender Rücksicht, sondern aus poetischer Berechnung. Er verwischte am Schlusse wie am Beginn, sagt Clarus, „die Spuren des fremden Ursprungs, um seinem Gedichte die Fülle, Rundung und Abgeschlossenheit eines in sich vollendeten Ganzen zu geben" (S. 349). So erstand in dem deutschen Gedicht gleichsam ein neues Werk, eine edlere Verjüngung des alten.

Was endlich den religiösen Gehalt betrifft, so wird man allerdings gut thun, denselben auch in dem deutschen Gedicht nicht zu überschätzen. Eichendorffs Urtheil, der im Willehalm „die nach dem Himmelreich strebende Ritterschaft" erblickt*), schießt übers Ziel. Aber San Marte, der aus Wolfram's Werken einen vorreformatorischen Geist destilliren möchte, thut es nicht minder, und Herr Clarus scheint uns allzusehr im Banne der San Marte'schen Experimentirkünste zu stehen, wenn er findet, daß durch das Gedicht „schon jene denkgläubige, wo nicht arianische, kühle Reflexion gehe, welche die ganze Zeit durchdrang", und wenn er bei Wolfram eine „der Kirche doch innerlich schon ziemlich entfremdete Stellung" herausgewittert haben will. Das ist unfruchtbare Haarspalterei. Wolfram hatte, was den Willehalm betrifft, von vornherein nicht die Aufgabe, für seinen Gönner, den Landgrafen, eine kirchlich religiöse Dichtung zu schaffen, sondern einfach den

*) Geschichte der poetischen Literatur Deutschlands. 2. Aufl. 1861. I. S. 63 und 67.

erdichteten Zuthaten der späteren Sänger romantische Ungeheuerlichkeiten und brutale Scenen mitunter, wie sie den Dichtungen aus dem Sagenkreise Karls des Großen allerdings mehr oder minder eigenthümlich sind, die aber mit dem Christenthum wenig oder nichts gemein haben. So ist auch der Angelpunkt der altfranzösischen Wilhelms-Dichtung, die Entführung der schönen Maurenkönigin Orable, um derentwillen so viel Streit wie einst um Helena entbrennt, eine Erfindung, die keineswegs sehr christlich klingt. Es war der Ausfluß einer abenteuerlustigen Zeit, und eines der mannigfachen Zugeständnisse an eine phantastisch verwilderte Geschmacksrichtung, worin sich die fahrenden Sänger überboten. Der historische Charakter trat zurück, das Abenteuer herrschte zuletzt allein. Auch der Schauplatz der Begebenheiten ist unter der Hand der um die Geographie wenig besorgten Trouvères unvermerkt ein anderer geworden.

Man hat die chansons de geste über den Aquitanier gesammelt. Der Cyklus der gesammten altfranzösischen Wilhelms-Gedichte besteht aus achtzehn gesonderten epischen Liederstücken (branches), Romanzen und Rhapsodien, die mit ihren 120,000 Versen nichts weniger als ein einheitliches Ganzes bilden. Planlos neben einander und inhaltlich durcheinander laufend, je nachdem ein Volkssänger oder ein Kunstdichter sich des beliebten Stoffes bemächtigte, entbehren diese achtzehn zu verschiedenen Zeiten gedichteten und erweiterten Chansons jedes organischen Zusammenhangs. Namentlich ward, wie Clarus ganz richtig hervorhebt, dieser Fluß in den Gedichten und diese Veränderungssucht gefördert durch die Opposition, welche zwischen den gelehrten Dichtern (clercs) und den herumziehenden Volkssängern (joculatores, Jongleurs) überall hervorzutreten pflegte, wo beide denselben Helden und die nämlichen Begebenheiten dichterisch behandelten. So war zuletzt durch die vielen Nach- und Umdichter die Verwischung in der Wilhelmssage so groß geworden, daß sich das Be-

dürfniß von selber aufdrang, der Verwirrung endlich zu steuern und eine Art von Ordnung herzustellen.

Dieß suchte man dadurch zu erreichen, daß man die zerstreuten Branchen zunächst sammelte und die verschiedenen Zweige dem gemeinsamen Stamme zuwies. Zu dieser Vereinigung der Wilhelms-Dichtungen mag, wie Jonckbloet nicht unzutreffend vermuthet, die Erhebung und Translation der Gebeine des hl. Wilhelm im J. 1138 einen äußern Anstoß gegeben haben. Die Sammlung der Trouveres geschah aber immerhin noch kritiklos genug. „Es gab der Bearbeitungen gar zu viele und zu verschiedene, und so fielen auch die verschiedentlich unternommenen Zusammentragungen selbst höchst verschieden aus. Die Unternehmer der Zusammenstellungen hatten freilich unter der Verworrenheit der Umbildungen, der Weglassungen und Zusätze, deren stets einer auf den andern gesetzt worden, einen schweren Stand." Dennoch bemerkt der gelehrte Kenner dieser Literatur, Jonckbloet, von jener Sammlung: keine der alten chansons de geste sei in dem Maße wie die Vereinigung der Wilhelmsgedichte geeignet, uns in die Geheimnisse der Bildung, in die Geschichte der Entwicklung der Volkstraditionen sowie der epischen Poesie im Mittelalter überhaupt einzuweihen.

Im Allgemeinen lautet der Befund über die erhaltenen Liederreste nach dem gemeinsamen Votum Jonckbloets und Clarus dahin: „Die im 11. Jahrhundert und wohl noch früher von den Jongleurs vorgetragenen cantilenae oder chansons sind nicht mehr vorhanden. Was uns von solchen Chansons erhalten blieb, sind Ueberarbeitungen aus spätern Jahrhunderten. Gleichwohl dürfen wir annehmen, daß in diesen Ueberarbeitungen so viel Ursprüngliches erhalten ist, daß weder von der Grundlage noch an der Composition der Erzählung Wesentliches verloren ging" (S. 175)*).

*) Die Handschriften der Wilhelms-Dichtungen befinden sich hauptsächlich auf der großen Bibliothek zu Paris. Inhaltlich wurden

Eine genauere chronologische Ordnung der chansons de geste über Guillaume d'Orange ergibt, daß von den 18 Branchen nur ein Theil den Helden Wilhelm selber zum Gegenstand hat. Eine beträchtliche Anzahl beschäftigt sich mit den Thaten der Vorfahren, der Brüder und Seitenverwandten Wilhelms: Garin von Montglane, Girart von Viane, Aimeri von Narbonne, Beuve von Comarchis, Guibert von Andrenas, Vivien, Renoart und andere. Diejenigen, welche es mit dem Helden unmittelbar zu thun haben, sind hauptsächlich folgende sieben:

Les enfances Guillaume: die Jugendgeschichte des Aquitaniers, worin derselbe als ein trotzig unbändiger junger Recke auftritt, während der Belagerung von Narbonne sich auszeichnet und nach einem erfolgreichen Zweikampf vom Kaiser Karl zum Ritter geschlagen wird, dessen Heldenschwert Joyeuse er in spätern Kämpfen auch als Waffe führt. Wesentlich Dichtung.

Couronnement du Roi Looys. In dieser Branche, welche die Treue des Lehensmannes verherrlicht, übrigens keinen einzigen nachweisbaren Zug aus dem Leben des historischen Wilhelm von Aquitanien enthält, bildet den eigentlichen

---

dieselben erst in neuerer Zeit näher bekannt, zuerst durch das bibliographische Werk des Bibliothekars Paulin de Paris „Les manuscrits français de la bibliothèque du Roi", dem später eine einläßliche Abhandlung über den Inhalt der sämmtlichen Branchen des Wilhelms-Cyklus im 22. Band der Histoire littéraire de la France von demselben Verfasser nachfolgte; dann durch die Forschungen des gelehrten Literaturhistorikers C. Fauriel in seiner dreibändigen, von Julius Mohl 1847 herausgegebenen „Poésie provençale." Das Bedeutendste auf diesem Gebiet aber als Forscher und als Herausgeber hat der Gröninger Professor Jonckbloet geleistet mit seinem verdienstvollen Werke „Guillaume d'Orange, chansons de geste des XI. et XII. siècles" (2 Bände, La 1854). Erst mit dieser Arbeit war der Untersuchung und gleichung die Bahn geebnet.

Mittelpunkt die Schilderung eines Zweikampfs, der dem Helden seinen in den Dichtungen beliebten Beinamen le marquis au court nez (Kurznase) verschaffte: sein Zweikampf nämlich mit dem Saracenen Corsolt, einem ungeheuerlichen Riesen, dessen eines Auge vom andern „einen halben Fuß" entfernt war; Wilhelm erlegt denselben, büßt aber im furchtbaren Kampf ein Stück von der Nasenspitze ein, in Folge dessen er fortan Graf Wilhelm mit der kurzen Nase geheißen wird.

Li charrois de Nymes, besingt das listige Strategem, wie der Markgraf Kurznas die Stadt Nismes mit tonnenbeladenen Wagen, worin seine Krieger steckten, nahm — Anlehnung an eine fremde mehrfach variirte Sage, vielleicht aus den Traditionen des Grafen Wilhelm von Provence herübergenommen.

La prise d'Orange, die sehr romantische Eroberung der Stadt Orange durch den Grafen Wilhelm und die Heimführung der jungen Königin Orable (Arabela), der maurischen Helena, die als Christin und Gemahlin des Eroberers Guiborc getauft wird. Guitburge, Kiburg hieß wirklich Herzog Wilhelms zweite Gemahlin. Im Uebrigen ist es auch von dieser Chanson noch nicht gelungen den historischen Hintergrund zu ermitteln. Von der Eroberung der Stadt, die sich der Wilhelm der Dichtung zu seinem Sitz erkiest, führt derselbe seinen üblichen Namen Guillaume d'Orange, bei den deutschen Sängern Wilhelm von Oranse.

Eine weitere Branche, die Heldenthaten des jungen Vivien, eines Lieblingsneffen Wilhelms, bilden die von poetisch rührenden Scenen belebte Einleitung zur folgenden, zur Doppelschlacht von Aleschans. Diese selbst, la bataille d'Aleschans, ist das Hauptgedicht zur Verherrlichung des Aquitaniers, und mit den Enfances Guillaume unstreitig der älteste, auch der episch gelungenste Theil [illegible]tischen Wilhelms-Tradition. Aleschans, Aliscamp, [illegible]e Begräbnißplatz von Arles, ein schon seit [illegible]

Maurenhammers Karl berühmt gewordenes Schlachtfeld, wohin noch im 13. Jahrhundert andächtige Processionen gingen. Hier floß offenbar der Waffenschimmer zweier Zeiten, der Zeit des ersten Saracenen-Bändigers Karl Martell und der Zeit des Heldenherzogs von Aquitanien, im Dämmerlicht der Sage in einander.

Als letzte hieher gehörige Branche kommt dann nur noch Moniage Guillaume in Betracht, das Mönchsleben des Markgrafen. Die [illegible] mit der historischen Vita nur einen einzige[illegible] ..e Niederlegung des Schildes auf dem [illegible] Julian zu Brioude, der, wie daraus hervo[illegible] n Pilgern und Sängern aufgesucht ward.

Das sin[illegible], die den Herzog Wilhelm wesentlich und [illegible] Mittelpunkt des Liedes haben. Die übrigen [illegible] nner seiner Sippe und scheinen nur dazu da, den Kranz um den HauptHelden üppiger und breiter zu flechten — in den wenigsten Fällen zu seinem wirklichen Vortheil.

Der historische Kern der sämmtlichen Dichtungen blieb die Schlacht am Flusse Orbieu. „Wie Ronceval den Roland, so hat auch der Orbieu Wilhelm zunächst in der Poesie unsterblich gemacht. Daß diese Thatsache so in den Vordergrund und dessen Mittelpunkt gerückt erscheint, beweist, welchen furchtbaren Eindruck der Einfall des Chalifen von Cordova auf die unvorbereiteten Bewohner des südlichen Frankreichs gemacht, und wie sehr ihnen der Muth des Helden imponirt haben mag, welcher fast allein das zahllose Heer aufhielt und dasselbe schließlich über die Pyrenäen zurückzugehen nöthigte. Der letzte Ausdruck, das verhallende Echo dieses Ausdrucks ist die am liebevollsten gepflegte, am reichsten geschmückte der Wilhelms-Dichtungen: La Bataille d'Aleschans" (S. 132).

Die altfranzösischen Wilhelms-Romanzen behandelten einen volksthümlich so beliebten Gegenstand, daß sie sehr über die Grenzen ihres Heimathlandes sich hinaus verbreiten.

Frühzeitig wanderten sie nach Italien, wo sie der Eroberer Apuliens Robert Guiscard, wie erwähnt, schon um die Mitte des 11. Jahrhunderts sich vorsingen ließ. Sicherlich haben die Lieder von Südfrankreich aus auch in das benachbarte Spanien, das Land der Romanzen, sich fortgepflanzt, obwohl keine Zeugnisse dafür aufzuweisen sind. Dagegen wurden fragmentarische Zeugnisse aufgefunden, daß sie in die Niederlande drangen. Eine bevorzugte und kaum minder frühzeitige Pflege hat aber der Sagenstoff in Deutschland erlangt. Wolfram von Eschenbach konnte einzelne Liederzweige bereits als bekannt voraussetzen, als er sich an die Bearbeitung eines Theiles machte. Sein Vorgang wirkte dann bekanntlich anregend noch weiter und rief zunächst die Gedichte des Ulrich von dem Türlin und des Ulrich von Thürheim hervor.

Dem Landgrafen von Thüringen ist es zu verdanken, daß der tiefsinnigste der deutschen Minnesänger selber sich an den Versuch machte, ein Stück aus dem Sagencyklus des Aquitaniers herauszugreifen und zu einem deutschen Gedichte umzuschaffen (um 1214). Wolfram hat seinen Willehalm, wie er selber andeutet, nach einem der französischen Vorbilder gedichtet, das er von dem Landgrafen Hermann empfing; aber schon die schöne würdevolle Einleitung, sein eigener Erguß, verleiht dem deutschen Epos von vornherein einen anderen, höhern Charakter, als er den Dichtungen der französischen Jongleurs aufgedrückt ist. Sodann hat er durch die Selbstbeschränkung, womit er sich den Rahmen enger steckte, ebenmäßig an Kraft gewonnen, das Bild der Sage poetisch zu vertiefen und abzurunden. Wolfram hat ausdrücklich die Gesänge, welche Wilhelms Jugendgeschichte und „wie er Arabellen gewann“ berichten, von seiner Bearbeitung ausgeschlossen; er setzt die etwas unheilige Entführung kläglich als Thatsache, d. h. als angebliche Thatsache der Dichtung voraus. Ebenso hat er die Romanzen, die von Wilhelms Geschwistern handeln, bei Seite gelassen, ohne sich von dem Reiz der bunten Abenteuer bestechen zu lassen. Er greift nur den I[illegible]rn

Kern des altfranzösischen Sagenstoffs, wie er vorlag, in's Deutsche umzugießen. Nicht das Klosterleben Wilhelms war es, was er vor sich hatte, sondern die kühnen mythisch krausen Ritterthaten des aquitanischen Recken, und diese hat er, darüber kann kein Zweifel seyn, im Verhältniß zu seinen französischen Vorbildern — vermenschlicht und verchristlicht. Hätte er statt des sagenhaften den geschichtlichen Heldenherzog gekannt, es wäre sicherlich etwas Anderes, Großartigeres entstanden. Was für die unbefangene Betrachtung aus alledem hervorgeht, ist nur, daß man im Willehalm der Dichtung nicht den Mann der christlichen Legende und Heiligensage zu suchen habe, sondern lediglich eine heldenhafte Ritterfigur aus dem phantastischen Sagenkreise Karls des Großen.

In Summa: was die Poesie der Völker und der Jahrhunderte an dem Bilde des Helden von Aquitanien an Preis und Schmuck erfunden hat, diente wohl dazu, den Ruhm des großen Markgrafen über den europäischen Continent zu tragen; zu veredeln und zu verklären aber vermochte sie die Gestalt desselben nicht. Alle Schöpfungen der Phantasie reichen nicht hinan an die einfache schlichte Größe der historischen Wahrheit, an das reine Bild des Mannes, wie ihn uns die alte Vita zeigt. Dieß ausführlich nachgewiesen zu haben, ist ein Hauptverdienst des reichhaltigen Buchs von Ludwig Clarus.

XI.

Jaffé's Edition mittelalterlicher Geschichts-Quellen.

Bibliotheca rerum Germanicarum. 2 Bde. Berlin, Weidmann.

In rascher Folge sind in den letzten zwei Jahren zwei Bände eines Werkes erschienen, das, wenn es so fortgeführt wird, von der größten Bedeutung zu werden verspricht nicht bloß, wie man nach dem Titel vermuthen könnte, für deutsche Geschichte, sondern ganz besonders auch für die der katholischen Kirche im Mittelalter.

Es ist, wie der Verfasser in seiner Vorrede sagt, nicht nöthig auszuführen, welch dringendes Bedürfniß die genaueste Erforschung der uns erhaltenen Quellenwerke zum Zwecke historischer Erkenntniß ist. In je vollkommnerer Gestalt wir dieselben besitzen, desto sichereren Boden gewinnt die Kritik, desto klarer wird unser Bild von der Vergangenheit.

Die Monumenta Germaniae historica sollen nun zwar dem Forscher alle auf Deutschland bezüglichen mittelalterlichen Denkmäler in der vollkommensten Form darbieten; der Umstand indessen, daß dieß Unternehmen, zu welchem der deutsche Bund reichliche Mittel gewährt, an erheblichen Mängeln krankt, macht es erklärlich, daß Herr Professor Jaffé, der früher einer der trefflichsten Mitarbeiter der Monumente war,

sich entschlossen hat, mit einem Concurrenzunternehmen jetzt selbstständig hervorzutreten. Es liegt dieß einestheils darin daß, wenn man auf die Monumente warten wollte, gar manches erst nach langen Jahren erscheinen würde, dann aber sind auch manche Partien in den Monumenten der Verbesserung dringend bedürftig*) geworden.

Jaffé hat da angefaßt wo es am dringendsten Noth thut.

Die Rubrik der Monumente „Epistolae" ist noch gar nicht angefangen, obgleich die Bedeutung der Briefe aus dem Mittelalter auf der Hand liegt und gerade hier der Herausgeber fast überall eine sehr schwierige aber lohnende Arbeit findet, den Briefen ihre richtige Stellung anzuweisen, und oft die Personen die schrieben und an welche geschrieben wurde, erst zu bestimmen hat. Jaffé hat in den beiden ersten Bänden zwei große Briefgruppen herausgegriffen, die Briefe eines Abtes und eines Papstes, Wibalds und Gregors VII. Er hat mit ihnen größere oder kleinere mittelalterliche Schriftsteller verbunden, wobei natürlich die Beschaffenheit der bisherigen Ausgabe vor Allem über die Aufnahme entschied, und so konnte er den ersten Band „Monumenta Corbeiensia", den zweiten „Monumenta Gregoriana" nennen.

Der erste Band beginnt mit einer verbesserten Ausgabe der Erzählung über die im J. 836 erfolgte Uebertragung der Gebeine des heil. Veit nach dem auf neubekehrter sächsischer Erde gegründeten Corvei; die Monumente hatten die beste alte Ausgabe in den Acta Sanctorum übersehen und erst Jaffé hat dieselbe herangezogen und bietet uns diese für

*) Der Herausgeber der Monumente hat bisher gegen jede Recension, welche dieß anerkannte, ein großherrliches Verbot, dieselbe im Journalzimmer der k. Staatsbibliothek zu Berlin aufzulegen, erlassen. Die Histor.-polit. Blätter sind in der Lage eine derartige Maßregelung nicht erfahren zu können, da bekanntlich eine so ultramontane Zeitschrift in die preußische Staatsbibliothek überhaupt nicht eintreten darf.

den Proceß der Christianisirung Westfalens so lehrreiche Schrift in möglichst vollkommener Gestalt. Außerdem finden sich in dem ersten Bande mehrere andere auf Corvei bezügliche Quellen, die dortigen Annalen, der Katalog der Aebte und Brüder und eine Vergleichung mit den früheren Ausgaben, besonders auch mit Mon. SS. III, S. 1—18 zeigt den Fortschritt, den diese Ausgabe bezeichnet. Die kleineren historischen Schriften bilden gleichsam nur die Staffage zu dem Hauptwerke, der Briefsammlung des Abtes Wibald von Stablo und Corvei, eines Mannes der zu den bedeutendsten Erscheinungen des 12. Jahrhunderts gehörte. Eine Darstellung von Wibalds Leben hat der Herausgeber unterlassen und verweist auf die Schrift Janssens „Wibald von Stablo und Corvei als Abt, Staatsmann und Gelehrter"; und die in diesem Buche als Anmerkungen abgedruckten Citate aus den Briefen Wibalds müssen schon den Wunsch erwecken, dieselben auch vollständig zu lesen. In verhältnißmäßig leichter und eleganter Sprache entfaltet Wibald die Vielseitigkeit seines Geistes, so daß die Briefe nicht bloß als historische Quelle für den Forscher von Werth sind, sondern auch als Lektüre für gebildete Laien dienen können. Jedermann muß dem Manne Interesse abgewinnen, welcher vier Königen und Kaisern diente und lange Zeit hindurch die Regierung leitete, der als Admiral die kaiserliche Flotte, dann wieder ein Heer gegen die Slaven führte, der als Gelehrter eine hohe Stufe einnahm, sich dabei eine demüthige Bescheidenheit bewahrt hat, die sich so recht in einer Stelle eines Briefes an Bischof Bernhard von Hildesheim ausspricht: „Wenn wir in der Pluralsform schreiben, so geschieht das nicht aus Herzens-Eitelkeit und dem Glanz der Worte zu Liebe, noch damit durch den Wortschwall die Rede mächtiger und breiter werde; wir thun das nach unserer mönchischen Gewohnheit und sprechen von nichts als unserem Eigenthume im Singular als: durch meine Schuld habe ich gesündigt." Diese Gesinnung begleitete Wibald durch das Leben, nie hat er sich durch die

hohe Stellung zu Selbstüberhebung verleiten lassen, und indem er als kaiserlicher Rathgeber stets die Pietät vor dem Stuhle Petri bewahrte, wußte er mit bewundernswerther Klugheit (vergl. z. B. Brief 374) den Ansprüchen beider Gewalten zu beider Vortheil gerecht zu werden.

Bietet uns der erste Band von Jaffé einen Einblick in das Leben eines trefflichen Abtes, so führt uns der zweite Band, der Gregors VII. Briefe und Bonizos Werk enthält, einen großen Papst vor Augen, in die Zeit der heftigsten Kämpfe zwischen Papstthum und Kaiserthum. In so bewegten Zeiten gelingt es wenigen Schriftstellern Objektivität zu bewahren, während sie in dem Leben selbst Partei nehmen, und so entwickelte auch die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts schon in ausgedehntem Maße eine historisch-polemische Literatur; der eine vertheidigte den Kaiser, ein anderer den Papst, und von Gregor VII. haben wir gleichzeitige Schilderungen der entgegengesetztesten Art; er wird in den Himmel gehoben, dann als ein alle Laster in sich vereinigendes Scheusal geschildert. Und in dem späteren Streite zwischen Kaiserthum und Papstthum ging man öfter auf ihn zurück, benützte seine Geschichte je nach dem Standpunkte in der verschiedensten Weise zu Parteizwecken; und nach dem Einbrechen der Reformation erneuerte sich fast mit der alten Leidenschaftlichkeit der Kampf, indem man glaubte eine historische Grundlage für die Berechtigung der neuen Lehre zu gewinnen, wenn man den Kaiser erhob, den Papst schmähte. Als Benedikt XIII. im J. 1728 das Fest des heil. Gregor in der Christenheit zu feiern befahl, da erhob sich an vielen Orten Widerstand von Seiten der modernen Staaten, die eine kirchliche fromme Erinnerung an den großen Todten für gefährlich hielten; Parlamentsbeschlüsse, wie Erlasse der Fürsten verboten die Feier des Festes, in der Literatur entbrannte neuer Krieg über die Berechtigung des Strebens Hildebrands. Ja selbst in der neuesten Zeit gehen die Meinungen und Urtheile über Gregor VII. noch sehr auseinander. Floto hat mit Leidenschaft gegen ihn

vollkommenen Meister aber in der Lüge beweist sich Bonizo." Bonizo erzählt die Vorgänge ausführlich, allein im direkten Gegensatze zu Bernold, von dem bisher allein nachgewiesen wurde, daß er die ihm vorliegende Arbeit gefälscht habe.

Es scheint uns nicht, als ob darin daß Gregor VI. das Papstthum um Geld gekauft, und ferner daß König Heinrich ihn nach Deutschland mitnahm, der Beweis liege, daß Bonizo's Urtheil über Gregor: „erat enim idiota et mirae simplicitatis vir" falsch sei. Man könnte am Ende mit demselben Rechte sagen, daß es durch beides gestützt wird, indem Gregor Geld für eine Würde gab, die Benedikt nicht einmal allein besaß und die er noch weniger verkaufen konnte, und andererseits kann Heinrich denselben gerade deßhalb mitgenommen haben, weil seine Einfalt wieder mißbraucht werden konnte. Ferner hat Bonizo das Urtheil nicht etwa deßhalb gefällt, um glauben zu machen, der Kauf sei in guter Meinung geschehen, vielmehr spricht er sich gerade darüber mit Schärfe aus: „nefando ambitu seductus a diabolo comparavit a Theophylacto pontificatum per turpissimam venalitatem"; sondern er will damit erklären, daß Gregor dem Wunsche des Königs nach Berufung einer Synode willfahrte, die doch für ihn schlechte Früchte brachte. Bonizo setzt also bei dem Papste den Wunsch voraus die Würde zu behalten — ganz im Gegensatz zu Bernold.

Die trotz einiger Unrichtigkeiten im Ganzen mit Desiderius übereinstimmende Erzählung Bonizo's über die Vorgänge zu Sutri sucht Jaffé durch den Nachweis zu entkräften, daß mit ähnlichen Worten die Absetzung Marcellins erzählt werde und doch Niemand glauben könne, daß im Anfange des 4. und Mitte des 11. Jahrhunderts fast das Gleiche geschehen und gesagt sei. Da indessen die Sage von der Abdankung Marcellins auf der Synode zu Sinnessa in den ersten Jahren des 6. Jahrhunderts unter dem Pontifikate des Symmachus erdichtet worden ist*), um später gegen die Ansicht, daß ein Papst überhaupt nicht resigniren könne, in's Feld geführt zu

*) Döllinger, Papstfabeln S. 48.

es erst möglich macht die Briefe zu verstehen. Die Anmerkungen bieten Erklärung schwieriger Stellen.

In der Vorrede weist Jaffé nach, wie die päpstlichen Regesten, in denen jedes vom Papste erlassene Schreiben verzeichnet wurde, verschieden waren von der vorliegenden Briefsammlung, dem Registrum, welches nach des Herausgebers Ansicht auf Befehl des Papstes selbst zusammengestellt und dann 1081 herausgegeben wurde, um seinen Anhängern Material gegen die Angriffe der Feinde zu geben. Und das ist jedenfalls richtig, in dem Registrum findet sich nur Bedeutendes zusammengestellt und Gregor VII. vollführte durch diese Veröffentlichung von Depeschen, die das Urtheil der öffentlichen Meinung klären sollten, eine Maßregel die nur von heilsamer Wirkung seyn konnte. Noch heute wird jeder, der die Briefe des großen Papstes gelesen hat, das Urtheil fällen müssen was der Mönch Bernold schon im 11. Jahrhundert aussprach: „Mit glühendem Eifer wirkte Gregor für die katholische Religion und war ein wackerer Vertheidiger kirchlicher Freiheit; denn er wollte nicht, daß der geistliche Stand unter den Händen der Laien stehe, sondern denselben vielmehr durch Heiligkeit der Sitten und Würde des Standes voranleuchte. Das kann dem aufmerksamen Leser des Registrum's nicht entgehen."

Außerdem hat Jaffé auch einen Historiker aus Gregors Zeitalter in diesem Bande herausgegeben, Bonizo's liber ad amicum, der von Watterich in auffallend ungeschickter Weise in verschiedene Stücke zerschnitten war. In einer ausführlichen gelehrten und scharfsinnigen Einleitung handelt er über des Verfassers Leben, dessen Ende er im Widerspruch gegen die bestimmte Angabe Bernolds weiter hinausschiebt, und macht ferner im höchsten Grade wahrscheinlich, daß das Buch zur Verherrlichung der Markgräfin Mathilde geschrieben wurde. Dann geht Jaffé daran, im Gegensatze zu der bisher noch ziemlich allgemeinen Ansicht nachzuweisen, daß Bonizo kein glaubwürdiger Historiker ist, vielmehr die Thatsachen

zu Gunsten des von ihm vertheidigten Princips zu fälschen keinen Anstand nimmt.

Zuerst Döllinger war es, der den Glauben an Bonizo's Glaubwürdigkeit brach, indem er auf dessen seltsame Darstellung der Ereignisse des J. 800 hinweist, wo Bonizo behauptet, daß Karl der Große nie, wohl aber Ludwig der Fromme zum Kaiser gekrönt worden sei, während das gerade Gegentheil richtig ist, und ferner daß das griechische Kaiserreich das rechte Römerreich sei, da Altrom den deutschen Barbaren dienstbar geworden. Und zwar muß dieß bewußter Tendenz zugeschrieben werden, da Bonizo die der Wahrheit entsprechende Darstellung im Papstbuche vor sich hatte. Jaffé greift drei andere wichtige Punkte heraus um diese Ansicht zu begründen, nämlich zuerst den von Otto I. dem Papste geleisteten Eid, dann die Abdankung Gregors VI., endlich die Papstwahlen, und macht auf die übrigen Fehler in Bonizo's Darstellung in Anmerkungen aufmerksam. Der Nachweis daß nur die Eidesformel, welche Otto I. keinen körperlichen Eid leisten läßt, ächt ist, scheint uns in erschöpfender Weise geführt zu seyn; man folgt mit Interesse der Art und Weise, wie im Laufe der Zeit mehr und mehr allmählige tendenziöse Veränderungen der ursprünglichen Erzählung stattfanden, und auch die kurzen Notizen über die von Bonizo vorgenommene Veränderung der Cassiodor'schen Erzählung über des Ambrosius von Mailand Wahl erregen kein Bedenken.

Nicht dasselbe können wir von der Untersuchung „De Gregorii VI. abdicatione" sagen, die uns manche Zweifel übrig gelassen hat. Der Gedankengang des Verfassers ist darin folgender: Bekannt ist, daß von Heinrich III. das Schisma der drei Päpste Benedikt IX., Silvester III., Gregor VI. zu Sutri und Rom aufgehoben wurde. Eine große Zahl von gleichzeitigen Quellenstellen behauptet, daß die drei Päpste damals entfernt worden sind; alle daß dem Gregor VI. die päpstliche Würde genommen wurde; diesem wird von keinem einzigen Schriftsteller widersprochen, bevor Gregor VII. Papst

wurde. Es traten Gründe ein, die damals päpstlich gesinnte Schriftsteller veranlaßten, auf Gregor VI. wieder mehr Rücksicht zu nehmen der mit Hildebrand durch so vielfache Bande verbunden gewesen war: Hildebrand war dessen Kaplan gewesen und hatte ihn auf der Reise nach Deutschland begleitet, nannte sich später Gregor VII., nur um dadurch zu constatiren, daß auch der sechste Gregor rechtmäßiger Papst gewesen sei. Jetzt wünschten die Anhänger Gregors, daß die Ansicht Raum gewinne, Gregor habe abgedankt, sei nicht entfernt worden. Die Geschichtschreiber gaben dazu ihre Feder her. Darum veränderte Bernold die Worte Hermanns von Reichenau, ohne zu sehen, wie er sich dadurch in Widersprüche verwickelt. Ob Jaffé die Erzählung des Desiderius von Monte-Cassino auch in diese Kategorie zählt, ist nicht ganz klar. Als vollständigen Meister in der Lüge bewährt sich bei dieser Gelegenheit Bonizo. Gründe: 1) er erklärt den Mann, der für einen immensen Preis das Papstthum erhandelte, den Heinrich III. für gefährlich genug hielt um ihn nach Deutschland gefangen abführen zu lassen, für einen Idioten, einen Mann von merkwürdiger Einfalt; 2) die Erzählung der Vorgänge zu Sutri ist durchaus erfunden, denn Bonizo erzählt die Abdankung Gregors fast mit denselben Worten, wie die angebliche Abdankung des Papstes Marcellin im J. 304.

Die ganze Beweisführung Jaffe's beruht demnach darauf, daß er die Frage: Hat Gregor VI. abgedankt oder ist er abgesetzt worden? in letzterem Sinne beantwortet. Für diese künstliche Unterscheidung haben indessen die meisten der Quellen-Schriftsteller, die Jaffé heranzieht, gar kein Verständniß. Wir können nicht finden, daß diejenigen, welche von einer Absetzung Gregors reden, etwas anderes im Auge haben, als diejenigen, welche eine Abdankung erzählen, vorläufig ganz abgesehen von Bernold und Bonizo.

Das canonische Recht gab keine Antwort auf die Frage, ob ein schlechter Papst abzusetzen sei. Keiner irdischen Macht stand das Recht der Absetzung zu, ja wir stoßen wohl auf

die Ansicht, daß dem Papste selbst das Recht freiwillig abdanken zu können, abzusprechen sei, eine Ansicht die bei Gelegenheit der Abdankung Cölestins V. eine polemische Literatur hervorrief. Wenn schon die Absetzung des so allgemein verachteten Papstes Johann XII. durch Kaiser Otto, selbst nach der Darstellung des kaiserlich gesinnten Liutprand von Cremona, dem wir fast ausschließlich die Kenntniß verdanken, sich entfernt nicht in den regelmäßigen Formen eines Processes bewegt, ja man selbst damals wahrscheinlich eine förmliche Absetzung zu umgehen versuchte, so hat viel weniger Heinrich III. zu Gewaltmaßregeln sich fortreißen lassen, vielmehr durch Abhaltung einer Synode einen den kirchlichen Anschauungen mehr entsprechenden Weg betreten.

Nach unserer Ansicht wollen diejenigen Schriftsteller, die von einer Absetzung der drei Päpste durch Heinrich III. sprechen, damit nichts weiter sagen, als daß Einfluß die bisherigen drei Päpste veranlaßte, fortan nicht mehr die Würde zu beanspruchen. Wollte man ihnen eine andere Absicht unterlegen, so würden alle jene Annalen, die von der Absetzung dreier Päpste reden, keinen Glauben verdienen, denn es scheint ausgemacht zu seyn, daß nur zwei Päpste zu Sutri, der dritte dagegen erst in Rom seine Stellung aufgeben mußte.

Nicht im geringsten kann es auffallend erscheinen, daß eine weitere Zahl von Quellenstellen nur Gregors Deposition — wir behalten absichtlich den canonischen Ausdruck bei — erwähnen, da Gregor, der zu Sutri noch den Vorsitz führte, natürlicher Weise am meisten hervortrat. Wenn Jaffé nun den Beweis versucht, daß die päpstlichen Schriftsteller seit Gregors VII. Thronbesteigung eine andere Auffassung als die bisher überlieferte geltend zu machen bemüht sind, so kann ihm unbedenklich zugegeben werden, daß Bernold der ursprünglich anstatt der Worte Hermanns von Reichenau „Henricus III. Gratianum convictum pastorali baculo privavit" — „Gratianus in synodo convictus pastorali baculo privatur" geschrieben hatte, dieß später in „non invitus pastorale officium deposuit"

Mahlzeit und harten Schlafstelle alltäglich so laut und eindringlich zu Leib, Geist und Gemüth sprechen"*).

Man kann sagen, das System Schulze's ignorire die Fabrikarbeiter, das System Lassalle's die Handwerks-Gesellen, weil jener die große Industrie ignorirt, dieser das kleine Handwerk. Welcher von den beiden Führern der deutschen Socialpolitik dabei im Vortheile ist und die Zukunft für sich hat, das liegt auf platter Hand. Wer heutzutage nicht seinen Ausgangspunkt von den intimsten Verhältnissen der Großindustrie nimmt, der mag sich rühmen ein werthvolles Stück socialer Vergangenheit nach Möglichkeit conserviren zu wollen, aber er sollte nicht sagen, daß er an der Lösung der socialen Frage arbeite. Und dieses Mißverständniß konnte selbst einem Schulze in so arger Weise begegnen, daß die beschämende Blöße endlich im Kreise seiner eigenen Anhänger nicht länger verdeckt werden konnte; daher die lehrreiche Zurechtweisung welche dem ehemaligen Könige im socialen Reich von der Koburger „Arbeiterzeitung" jüngst ertheilt worden ist:

„Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkt der Unternehmer oder Arbeitsgeber und kann sich gar keinen Zustand vorstellig machen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelcapitale, das Spekuliren von Geschäft gegen Geschäft, der Krieg aller Millionen Thaler unter sich jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdigerweise immer zu „Arbeitern" spricht .... Die ganze Schulze'sche Wirthschaftslehre beschränkt und bezieht sich auf das Handwerk. Daher seine Rohstoff- und seine Vorschußvereine. Da seine Bedeutung, da seine Grenze! Von der riesigen Frage des Großcapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheuern Krise des neunzehnten Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häkelt und tiftelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die

*) Social-Demokrat vom 26. Februar 1865.

llkommenen Meister aber in der Lüge beweist sich Bonizo."
nizo erzählt die Vorgänge ausführlich, allein im direkten
gensatze zu Bernold, von dem bisher allein nachgewiesen
de, daß er die ihm vorliegende Arbeit gefälscht habe.
Es scheint uns nicht, als ob darin daß Gregor VI. das
stthum um Geld gekauft, und ferner daß König Heinrich
nach Deutschland mitnahm, der Beweis liege, daß Bonizo's
eil über Gregor: „erat enim idiota et mirae simplicitatis
falsch sei. Man könnte am Ende mit demselben Rechte
n, daß es durch beides gestützt wird, indem Gregor Geld
eine Würde gab, die Benedikt nicht einmal allein besaß
die er noch weniger verkaufen konnte, und andererseits
Heinrich denselben gerade deßhalb mitgenommen haben,
seine Einfalt wieder mißbraucht werden konnte. Ferner
Bonizo das Urtheil nicht etwa deßhalb gefällt, um glauben
machen, der Kauf sei in guter Meinung geschehen, viel-
r spricht er sich gerade darüber mit Schärfe aus: „nefando
ilio seductus a diabolo comparavit a Theophylacto ponti-
tum per turpissimam venalitatem"; sondern er will damit
lären, daß Gregor dem Wunsche des Königs nach Berufung
ner Synode willfahrte, die doch für ihn schlechte Früchte
rachte. Bonizo setzt also bei dem Papste den Wunsch vor-
us die Würde zu behalten — ganz im Gegensatz zu Bernold.
Die trotz einiger Unrichtigkeiten im Ganzen mit Desiderius
bereinstimmende Erzählung Bonizo's über die Vorgänge zu
Sutri sucht Jaffé durch den Nachweis zu entkräften, daß mit
ähnlichen Worten die Absetzung Marcellins erzählt werde und
doch Niemand glauben könne, daß im Anfange des 4. und
Mitte des 11. Jahrhunderts fast das Gleiche geschehen und
gesagt sei. Da indessen die Sage von der Abdankung Mar-
cellins auf der Synode zu Sinuessa in den ersten Jahren des
6. Jahrhunderts unter dem Pontifikate des Symmachus er-
dichtet worden ist*), um später gegen die Ansicht, daß ein
Papst überhaupt nicht resigniren könne, in's Feld geführt zu

*) Döllinger, Papstfabeln S. 48.

veränderte. Dagegen können wir seiner Kritik der Bernold'schen Auffassung, welche die zu Clemens II. Zeit stattfindenden Erdbeben dem Umstande zuschiebt, daß Gregor VI. nicht canonisch deponirt sei, keineswegs zustimmen. Der Satz „videlicet quem nulla culpa deposuit sed simplex humilitas ab officio cessare persuasit" bedingt vielmehr die von Bernold aufgestellte Behauptung der freiwilligen Abdankung Gregors. Eben weil keine Schuld auf Gregor VI. lastete, lag kein Grund zur Deposition vor. Wäre Gregor schuldig gewesen, so hätte Bernold nichts gegen die einstimmige Wahl einzuwenden gehabt und damit entspricht er völlig den canonischen Bestimmungen, die nur in ganz bestimmten Fällen grober Schuld die Deposition zulassen, freiwillige Abdankung aber als unberechtigte Lösung der von dem Bischofe mit seiner Kirche geschlossenen Ehe auffassen. Das Zeugniß des Desiderius von Monte Cassino, des spätern Papstes Viktor III. zählt Jaffé ebenfalls zu den unter Gregorianischem Einflusse entstandenen. Da dessen ausführliche Nachrichten bisher als die glaubwürdigsten betrachtet wurden, so würde sich die Darstellung der Vorgänge zu Sutri wesentlich modificiren müssen, wenn dem Verfasser zugestimmt werden könnte. Desiderius erzählt, wie Gregor VI. in der Hoffnung in dem Könige und den Bischöfen eine Stütze für sein Pontifikat zu finden, nach Sutri gekommen, bei der Verhandlung in der Synode jedoch die höchste Priesterwürde deponirt habe. („E pontificali sella exsiliens ac semet ipsum pontificalia indumenta exuens, postulata venia, summi sacerdotii dignitatem deposuit.") Hier ist nun allerdings im Widerspruch mit Bernold von willkommener Abdankung nicht die Rede, aber was ist damit bewiesen? Jaffé äußert übrigens diesem Zeugniß gegenüber keine bestimmte Ansicht, scheint indessen selbst an die Möglichkeit, daß Desiderius wahr berichte, zu glauben.

Wenn nun Niemand daran zweifeln kann, daß Bernold's und Desiderius' Zeugniß sich gegenseitig ausschließen, so ist uns nicht verständlich wie Jaffé dann fortfahren kann: „Als

vollkommenen Meister aber in der Lüge beweist sich Bonizo.“ Bonizo erzählt die Vorgänge ausführlich, allein im direkten Gegensatze zu Bernold, von dem bisher allein nachgewiesen wurde, daß er die ihm vorliegende Arbeit gefälscht habe.

Es scheint uns nicht, als ob darin daß Gregor VI. das Papstthum um Geld gekauft, und ferner daß König Heinrich ihn nach Deutschland mitnahm, der Beweis liege, daß Bonizo's Urtheil über Gregor: „erat enim idiota et mirae simplicitatis vir“ falsch sei. Man könnte am Ende mit demselben Rechte sagen, daß es durch beides gestützt wird, indem Gregor Geld für eine Würde gab, die Benedikt nicht einmal allein besaß und die er noch weniger verkaufen konnte, und andererseits kann Heinrich denselben gerade deßhalb mitgenommen haben, weil seine Einfalt wieder mißbraucht werden konnte. Ferner hat Bonizo das Urtheil nicht etwa deßhalb gefällt, um glauben zu machen, der Kauf sei in guter Meinung geschehen, vielmehr spricht er sich gerade darüber mit Schärfe aus: „nefando ambitu seductus a diabolo comparavit a Theophylacto pontificatum per turpissimam venalitatem“; sondern er will damit erklären, daß Gregor dem Wunsche des Königs nach Berufung einer Synode willfahrte, die doch für ihn schlechte Früchte brachte. Bonizo setzt also bei dem Papste den Wunsch voraus die Würde zu behalten — ganz im Gegensatz zu Bernold.

Die trotz einiger Unrichtigkeiten im Ganzen mit Desiderius übereinstimmende Erzählung Bonizo's über die Vorgänge zu Sutri sucht Jaffé durch den Nachweis zu entkräften, daß mit ähnlichen Worten die Absetzung Marcellins erzählt werde und doch Niemand glauben könne, daß im Anfange des 4. und Mitte des 11. Jahrhunderts fast das Gleiche geschehen und gesagt sei. Da indessen die Sage von der Abdankung Marcellins auf der Synode zu Sinuessa in den ersten Jahren des 6. Jahrhunderts unter dem Pontifikate des Symmachus erdichtet worden ist*), um später gegen die Ansicht, daß ein Papst überhaupt nicht resigniren könne, in's Feld geführt zu

*) Döllinger, Papstfabeln S. 48.

werden, Bonizo die Erzählung also nicht selbst erfunden hat, so kann wohl kaum daraus, daß er sie in ähnlicher Weise wie die Resignation Gregors erzählt, etwas anderes gefolgert werden, als daß Bonizo kein Bedenken trug, sich die Abdankungssynode des 4. Jahrhunderts ebenso vorzustellen wie diejenige seiner Zeit. Und auch dieser Vorwurf fällt, da Bonizo bezüglich Marcellins nicht wesentlich anders berichtet als seine Vorgänger, in Nichts zusammen.

Es scheint demnach kein Grund vorhanden zu seyn von der bisherigen Geschichtsdarstellung, die sich auf des Desiderius und Bonizo Zeugniß stützte, abzuweichen.

Daß sich in diesem Einen Punkte die Jaffé'sche Beweisführung nicht stichhaltig bewährt, ändert freilich an dem Resultate im Großen und Ganzen gar nichts. Bonizo ist ein Parteischriftsteller *), dessen Werk mit Vorsicht benutzt werden muß, da er wie so manche Autoren des Mittelalters kein Bedenken trägt, seinen politischen und religiösen Theoremen ohne viel Federlesen eine vermeintlich historische Grundlage zu geben.

Die Behandlung des Textes in den beiden Bänden, die gediegenen Anmerkungen und trefflichen Register müssen jede Anforderung befriedigen. Die Jaffé'sche Edition ist besser, als manche Ausgaben in den Pertz'schen Monumenten, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß keine umfangreiche Vergleichung verschiedener Handschriften erforderlich war. Die treffliche Ausstattung, das angenehme Format bietet die Möglichkeit, die Schriften zur Lektüre, nicht bloß zum Studium zu benutzen und es ist nur zu wünschen, daß der Verfasser fortfahren möge uns noch andere große Kirchenfürsten des Mittelalters, z. B. Gregor den Großen und Innocenz III., in ihren eigenen Schriften vorzuführen.

*) Mit des Bonizo Glaubwürdigkeit beschäftigen sich auch zwei Bonner Dissertationen; die eine von Krüger erschien vor Jaffé's Ausgabe und hält im Allgemeinen die Richtigkeit der letzteren Bücher fest. Gewiß mit Recht. Die zweite von Hennes ist nach Jaffé erschienen und außerordentlich mangelhaft, geht in der Verwerfung weiter.

XXI.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

VI. Die angebliche Unveränderlichkeit der socialen Grundlagen der Gegenwart und das Princip des Eigenthums an sich.

Es ist den liberalen Parteien von heute wesentlich, daß sie die Grundlagen der modernen Gesellschaft für normal und unveränderlich oder vielmehr unverbesserlich ansehen*). Ganz natürlich; denn nach der Lehre des ökonomischen Liberalismus soll aller Verkehr und Erwerb nach ewigen Gesetzen der Natur selber sich bewegen. Diese Gesetze konnten verkannt werden und sie sind durch alle Jahrhunderte bis auf 1789 arg verkannt worden; Alles was jemals geschehen ist, um das Erwerbsleben von außen zu regeln und zu organisiren, anstatt es ausschließlich den in ihm selbst liegenden Naturgesetzen von Angebot und Nachfrage und von der freien Concurrenz zu überlassen (laisser faire) — alles Das war Verkennung der socialen Logik und baare Unnatur. Nachdem nun der Schutt der alten Organisationen überall bis auf die letzten Reste weggeräumt ist, kann jede neue Organisation selbst-

*) Wir würden sagen: sie behaupten deren „Imperfektibilität“, wenn das Wort nicht so entsetzlich unhandlich wäre.

verständlich nur eine abermalige Verschlechterung und eine neue Unnatur seyn. So lehrt der liberale Oekonomismus.

Das Gegentheil, daß nämlich die Grundlagen der modernen Gesellschaft anormal und der Aenderung oder Verbesserung nicht nur fähig, sondern auch dringend bedürftig seien, behauptet nicht bloß die social-demokratische Partei, sondern auch alle conservativen Fraktionen müssen instinktiv auf der gleichen Meinung bestehen. Soweit es nämlich solche conservativen Kreise überhaupt noch gibt und sie ihrer selbst sich bewußt sind, was freilich auf deutschem Boden fast nur mehr in Preußen der Fall ist. Immer wird man bemerken, daß diese Conservativen den unorganisirten Zustand des Erwerbslebens nicht für einen Vorzug sondern entschieden für einen Mangel ansehen. Aber in der weitern Richtung sind sie nicht Eins; denn sie klammern sich entweder wie Schiffbrüchige an die sinkenden Reste der alten Organisation an, oder sie verlangen eine ganz neue Organisation der Produktions-Verhältnisse von Staatswegen.

Von den Erstern, den reinen Gegnern der Gewerbefreiheit und was damit zusammenhängt, muß man sagen daß sie von ihrem Standpunkte aus sehr Recht haben, daß sie aber dabei eine entscheidende und unabänderliche Thatsache übersehen. Die Organisation für deren kümmerliche Reste sie ihren Eifer einsetzen, war für ein arbeitendes Volk bestimmt, das in dieser Weise gar nicht mehr vorhanden ist oder wenigstens mit jedem Tage mehr abhanden kommt. Nämlich für den bürgerlichen Mittelstand, für das kleine Handwerk dem unsere Zeit kein anderes Loos vorbehalten hat, als von der Großindustrie unaufhaltsam verschlungen zu werden. Man kann dieß tief beklagen, aber zu läugnen ist es nicht. Seitdem die Maschine und das System der Arbeitstheilung in der Welt erschienen, war nichts mehr im Stande den Untergang des Handwerks und dessen Auffaugung durch die allein herrschende Großindustrie zu verhindern. Die große Industrie ist das eigentliche und ausschließliche Substrat der socialen Frage von

heute. Soll das unternehmende Capital allein den Gewinn des gesammten Erwerbslebens in seiner heutigen Gestalt ziehen oder sollen ihn die eigentlichen Producenten, die Arbeiter haben: so lautet in Wahrheit die Frage. Keinerlei Rest der alten gesellschaftlichen Organisation gibt hierauf eine richtige Antwort, und wer bei dem socialen Streit des heutigen Tages immer nur das untergehende Handwerk im Sinne hat, der baut Schlösser in die blaue Luft oder auf den Flugsand der Steppe.

In den Fehler solcher Mißverständnisse und Verwechslungen gerathen aber nicht nur die Conservativen, welche etwas gethan zu haben glauben, wenn sie die Gewerbefreiheit und was dazu gehört hintanhalten oder einschränken könnten. Man kann auch liberaler Oekonomist vom Scheitel bis zur Zehe seyn, und dennoch den Fleck neben das Loch setzen. Das hat sich an Schulze-Delitzsch schlagend bewiesen. Er will mit seinen Vereinen die sociale Frage lösen, aber er denkt dabei immer nur an das untergehende kleine Handwerk. Die von ihm begründeten Genossenschaften kommen für die eigentlichen Arbeiter von vornherein wenig in Betracht, dieselben haben sich auch soviel wie gar nicht daran betheiligt. Ebenso verhält es sich umgekehrt bei den Lassalle'schen Vereinen. Zum Verdruß ihrer Leiter sind hier die Handwerks-Gesellen großentheils so ferne geblieben wie dort die Fabrik-Arbeiter. Es versteht sich das aus den verschiedenen Interessen der beiden Classen auch ganz von selbst; die Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ist für die Ersteren die Hauptsache, bedeutet aber für die Letzteren gar nichts. „Auch ist", wie der Nachfolger Lassalle's ganz richtig bemerkt hat, „zu bedenken, wie der Handwerksgeselle der da und dort jetzt noch mit der Familie des Meisters am gleichen Tische speist, mit derselben im nämlichen Hause wohnt, in Lebensanschauung und Gefühlsweise dem Mittelstande und sohin der Bourgeoisie weit näher steht als der Fabrikarbeiter, zu welchem die unverblümten Thatsachen in der Arbeiterkaserne, bei der schmalen

Mahlzeit und harten Schlafstelle alltäglich so laut und eindringlich zu Leib, Geist und Gemüth sprechen" *).

Man kann sagen, das System Schulze's ignorire die Fabrikarbeiter, das System Lassalle's die Handwerks-Gesellen, weil jener die große Industrie ignorirt, dieser das kleine Handwerk. Welcher von den beiden Führern der deutschen Socialpolitik dabei im Vortheile ist und die Zukunft für sich hat, das liegt auf platter Hand. Wer heutzutage nicht seinen Ausgangspunkt von den intimsten Verhältnissen der Großindustrie nimmt, der mag sich rühmen ein werthvolles Stück socialer Vergangenheit nach Möglichkeit conserviren zu wollen, aber er sollte nicht sagen, daß er an der Lösung der socialen Frage arbeite. Und dieses Mißverständniß konnte selbst einem Schulze in so arger Weise begegnen, daß die beschämende Blöße endlich im Kreise seiner eigenen Anhänger nicht länger verdeckt werden konnte; daher die lehrreiche Zurechtweisung welche dem ehemaligen Könige im socialen Reich von der Koburger „Arbeiterzeitung" jüngst ertheilt worden ist:

„Herr Schulze steht blindlings auf dem Standpunkt der Unternehmer oder Arbeitsgeber und kann sich gar keinen Zustand vorstellig machen, in welchem die heutige Wettbewerbung der Einzelcapitale, das Spekuliren von Geschäft gegen Geschäft, der Krieg aller Millionen Thaler unter sich jemals aufhören sollte. Vom Arbeiter kann Herr Schulze nichts wissen, aber auch kein Sterbenswort, obgleich er merkwürdigerweise immer zu „Arbeitern" spricht . . . Die ganze Schulze'sche Wirthschaftslehre beschränkt und bezieht sich auf das Handwerk. Daher seine Rohstoff- und seine Vorschußvereine. Da seine Bedeutung, da seine Grenze! Von der riesigen Frage des Großcapitals im Kampfe mit der Lohnarbeit weiß er nicht das erste Wort; er versteht von der ungeheuern Krise des neunzehnten Jahrhunderts nicht den Anfangsbuchstaben. Er häkelt und tiftelt an der Nebenfrage herum: wie kann sich das Handwerk gegen die

---

*) Social-Demokrat vom 26. Februar 1865.

übergreifende Großindustrie erhalten? Das ist seine Specialität, dort sollte man ihn gehen lassen, dort genirt er Niemanden. Wenn Herr Schulze sich nur bei seinem Leisten hielte, wenn er nur nicht immer behauptete, von der „Arbeiterfrage" zu reden oder gar die Arbeiterfrage zu lösen" *)!

Aber warum soll denn ein Mann wie Herr Schulze durchaus nicht begreifen können, was die sociale Frage heutzutage bedeutet? Aus dem einfachen Grunde, weil er nicht will. Und er will nicht, weil er treu wie Gold der Lehre des liberalen Oekonomismus anhängt, daß die Grundlagen des heutigen Erwerbslebens, als auf den ewigen Naturgesetzen ruhend, schlechthin normal seien, und hierin jede Aenderung vom Uebel wäre. Sobald Herr Schulze das bestehende Verhältniß zwischen den Lohnarbeitern und der Großindustrie irgendwie bemäkeln wollte, wäre das schon eine Versündigung gegen die Zweifellosigkeit jener Naturgesetze und der sündhafte Gedanke könnte sich bei ihm leicht wie bei Lassalle bis zu dem ketzerischen Verlangen nach neuer Organisation des heutigen Erwerbslebens versteigen. Darum hängt auch Herr Schulze die Idee der Produktiv-Associationen, die bei Lassalle den Angelpunkt der socialen Reform bilden, seinem System *eigentlich* nur wie einen venetianischen Mantel um, sie ist bei ihm eine unwesentliche Dekoration.

Herr Schulze will kurz gesagt im Wesen der Sache Alles beim Alten lassen; wenn nur die letzten Schranken der freien wirthschaftlichen Bewegung fielen, dann würde nach ihm Alles gut seyn. Unter dem Alten versteht er aber die angeblichen Naturgesetze des ökonomischen Liberalismus; Präsident von Gerlach, der berühmte Rundschauer der „Kreuzzeitung", versteht darunter das gerade Gegentheil, nämlich die Reste der alten Organisationen auf dem Gebiete des Erwerbslebens: beide gehen somit von diametral ent-

*) Vergl. Social-Demokrat vom 2. Februar 1866.

gegengesetzten Standpunkten aus, aber beide haben sich in dem gemeinsamen Mißverständniß des eigentlichen Substrats der socialen Frage von heute sympathisch zusammengefunden. Auch der Rundschauer hat nur das kleine Handwerk im Auge; auch er ignorirt, daß der entscheidende Punkt im Kampfe der immer colossaler anwachsenden Großindustrie mit der sklavisch abhängigen Lohnarbeit liegt. Er will das Wort „Arbeiter" gar nicht hören, noch weniger den Ausdruck „vierter Stand"; und er klagt, daß in dieser Frage ein Theil der conservativen Partei (Wagener und die Seinen) in bedenklicher Weise mit den Massen liebäugelten, während er seinerseits hierin eher mit Schulze-Delitzsch Hand in Hand gehen könnte. Wir werden nachher hören, wie Hr. Wagener den greisen Rundschauer über das gewaltige Mißverständniß aufklärt, wodurch er dahin kam, von einem der frechsten Haupthähne der Fortschrittspartei auf socialem Gebiete gesunde Grundsätze und heilsame Tendenzen zu erwarten. Vorerst genügt es anzudeuten, wie das Berliner Organ der social-demokratischen Partei diesen Streit charakterisirt: „Der Rundschauer will von Arbeitern nichts hören, denn er weiß wohl, daß in diesen ein revolutionäres Element steckt; der alte Conservative zieht die Capuze über den Kopf und verstopft sich die Ohren"*).

Man hat die sämmtlichen Gegner des schlechthin unorganisirten Zustandes, in welchem der liberale Oekonomismus das allgemeine Erwerbsleben festgehalten wissen will, als „Zunftreaktion" bezeichnet. Mit Unrecht wie uns scheint. Das gemeinsame Merkmal aller dieser Richtungen ist vielmehr nur die Idee, daß der Staat durch prohibitive oder organische Gesetze eine positive Ordnung des Erwerbslebens in seiner Gesammtheit herstellen müsse. Die eigentliche Zunftreaktion erwartet davon ein fortschreitendes Zurückdrängen der Groß-Industrie; sie denkt zunächst bloß an die Vertheidigung des

---

*) Social-Demokrat vom 3. Nov. 1865.

alten Handwerks gegen die hereinbrechende Sündfluth des ökonomischen Liberalismus. Höchst achtungswerthe, edle Kräfte haben sich zu diesem Zwecke in dem „Deutschen Handwerker-Bunde" vereinigt, namentlich aus den freien Städten und überhaupt aus Norddeutschland*). Aber über der großen Frage nach dem Wie haben sich schon die ersten Handwerker-Tage von Frankfurt und Köln nach verschiedenen Seiten tief gespalten. Das war leicht vorauszusehen, denn es ist eben schlechthin nicht mehr möglich ein allgemeines Handwerksrecht zu erdenken, das zugleich realisirbar und zulänglich wäre der mit Naturgewalt fortschreitenden Entwicklung der Großindustrie einen Damm entgegenzusetzen. Ist aber dieß unthunlich, dann muß es dem gewünschten Handwerksrecht über kurz oder lang an seinem Gegenstande fehlen.

Der Standpunkt der reinen Zunftreaktion ist ungefähr derjenige, welchen die „Kreuzzeitung" in der ersten Zeit der Lassalle'schen Bewegung einnahm. Sie wendete gegen den genialen Agitator vor Allem ein, daß er immer nur den Gegensatz von Capital und Arbeit betone, nicht aber die Verbindung beider die im „Mittelstande" gegeben sei, welcher daher auch überall als der Kern des gesellschaftlichen Volkslebens angesehen werde. Der Mittelstand müsse also auch der Ausgangspunkt für jede gesunde und heilsame Behandlung der Arbeiter-Frage seyn. „Die nackte und crasse Gegenüberstellung der Extreme, des arbeitslosen Capitals und der capitallosen Arbeit, welche überdieß weit seltener existiren als theoretische Erörterungen zu unterstellen lieben, führt nicht allein zur Einseitigkeit und Ungerechtigkeit, sondern verrückt auch den richtigen Gesichtspunkt, unter dem allein eine nachhaltige Hülfe möglich ist. Die wesentlichste Aufgabe bleibt die Conservirung des Mittelstandes, wie es ja auch von allen Einsichtigen als die Hauptgefahr der jetzigen industriellen

*) S. die Literatur des Handwerkerbundes in W. Menzels „Literaturblatt" 1865. Nr. 23. 24.

Entwicklung bezeichnet wird, daß sie den Mittelstand absorbire, und je länger desto mehr die obenbezeichneten Extreme in das Leben rufe" *).

Gewiß sehr schön und wahr gesagt; aber eben diese Hauptgefahr der jetzigen industriellen Entwicklung — läßt sie sich überhaupt abhalten und läßt sie sich insbesondere dadurch abhalten, daß die Reste der alten Organisation des Erwerbslebens staatsgesetzlich fortgeschleppt oder reaktivirt werden? Das ist die Frage. Der verstorbene Lassalle hat damals auf die Einwendung der „Kreuzzeitung" in einer Weise erwidert, die seine großartige Auffassung gegenüber dem engern Gesichtskreis der Innungsreaktion nur um so heller erscheinen läßt. Seine Antwort bedarf um so mehr der ernstlichen Beachtung, als der andere Theil der conservativen Partei in Preußen sich derselben Betrachtungsweise allmählig sehr genähert hat. Lassalle äußerte sich wie folgt:

„In der That, die Verbindung von Capital und Arbeit zu bewerkstelligen, das ist eben der wahre Inhalt und die wirkliche Formel der socialen Frage. Und nicht weniger wahr ist es, daß die Conservirung — beziehungsweise Herstellung — eines gesunden Mittelstandes Hauptzweck der socialen Lösung seyn muß. Der Prüfstein, ob eine sociale Lösung die richtige sei, wird eben darin bestehen, ob sie im Stande sei einen solchen Mittelstand zu erzeugen. Allein wie soll denn der Mittelstand conservirt werden?" . . .

„Die Antwort auf diese verhängnißvolle und scheinbar unlösbare Frage: wie soll der Mittelstand conservirt oder beziehungsweise hergestellt werden? ist eine sehr einfache. Die große Industrie und ihre den Mittelstand absorbirende Attraktionskraft kann durch nichts besiegt werden als durch die — noch größere, durch die größeste Industrie, d. h. durch jene Verbindung des Staates mit der Industrie, welche ich in der auf den Staats-Credit basirten großen Produktiv-Association gefordert habe."

---

*) Kreuzzeitung vom 29. Mai 1864. Beil.

„Die alte Verbindung von Capital und Arbeit im Mittelstande wiederherzustellen, wo sie verloren gegangen ist, würde, selbst wenn dieß momentan möglich wäre, auf die Dauer ebenso vergebliche Mühe seyn, wie es unmöglich ist, diese alte Verbindung, wo sie im Mittelstande noch vorhanden ist, gegen die Attraktionskraft der großen Industrie zu bewahren. Die organische Kraft der großen Industrie einmal gegeben, ist es unmöglich, die noch vorhandenen Reste des Mittelstandes gegen sie in ihrer alten Form zu schützen. Es ist unmöglich, die Flüsse, Bäche und Quellen davon abzuhalten, daß sie in die Ströme fließen und sickern. Aber sich der befruchtenden Kraft des großen Stromes zu bemächtigen, jene Verbindung von Capital und Arbeit in einer neuen Weise hervorbringen, einen Mittelstand schaffen welcher nicht mehr eine Classe im Volke ist, sondern das Volk selbst umfaßt, das Daseyn und die Blüthe dieses Mittelstandes gerade auf das Wesen der großen Industrie selbst gründen, gegen welches man ihn vergeblich zu schützen und abzusperren sucht — das scheint mir vor Allem befruchtend und auch, da so die einmal unläugbar historisch vorhandene und sich immer mehr entwickelnde Kraft der großen Industrie, statt bekämpft zu werden, zum Träger des Zweckes gemacht wird, vor Allem historisch“*).

Wir haben gesagt, ein Theil der conservativen Partei in Preußen habe sich dieser Betrachtungsweise allmählig sehr angenähert. Wir meinen damit die Richtung des geistvollen Justizraths Wagener. Die Fraktion, welche sich an die Riesenkraft dieses Mannes anschließt, ist unzweifelhaft aus der Zunftreaktion entstanden, aber sie ist wie uns scheint, schon weit darüber hinausgegangen. Sie verhält sich insbesondere nicht mehr bloß abwehrend und defensiv gegen die Großindustrie, sondern sie zieht die letztere selber in den Kreis ihrer Berechnung. Sie will nicht bloß die Reste alter Organisation des Handwerks conserviren, sondern sie verlangt eine das ganze Erwerbsleben umspannende organische Neuordnung,

*) Kreuzzeitung vom 19. Juli 1864. Beil.

wodurch namentlich auch der Kampf des Großcapitals mit der Lohnarbeit beigelegt, beziehungsweise die letztere in ihrem Recht geschützt werden soll. Alles dieses soll durch den Staat auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen. Schon in dem Streit über die Wiederherstellung des Innungszwanges hat Hr. Wagener ausdrücklich erklärt: daß die Bildung zeitgemäßer Innungen ihren Mittelpunkt nicht mehr in der einzelnen Stadt, sondern in dem Centrum des Staates suchen müßte*). Auch sind schon detaillirte Vorschläge zur Errichtung allgemeiner Gewerbe-Behörden, einer förmlichen socialen Bureaukratie vor der Oeffentlichkeit erschienen. Ueber die leitenden Grundsätze der gewünschten Veranstaltung liegen freilich noch keine bestimmten Aeußerungen vor; man weiß daher nicht, wie eigentlich Hr. Wagener die Aufgabe sich denkt, einerseits das Handwerk nach Möglichkeit gegen das corrosive Umsichgreifen der großen Industrie sicher zu stellen, andererseits die Lohnarbeiter der Großindustrie selber auf die Stufe eines neuen Mittelstandes zu erheben. Daß er aber mit einem grandiosen, die politische Zerrüttung unserer ganzen Zeit umfassenden Plane umgeht, dieß beweist die Art wie er die sociale Straußen-Politik des greisen Rundschauers abgefertigt hat. Er hält dem alten Herrn insbesondere vor: wer regieren wolle, der müsse die „thatsächlichen Zustände erkennen", und „die lebendigen Mächte der Gegenwart sich dienstbar machen". Er nennt darum die Arbeiterfrage „eine Herrschaftsfrage im eminentesten Sinne". Sodann fährt er fort:

„Nicht allein daß von einem dritten und vierten Stand im rechten Sinne nicht gesprochen werden kann: es gibt heute überhaupt thatsächlich keine Stände mehr, und es handelt sich vielmehr darum etwas Entsprechendes neuzugestalten. Die Signatur der Zeit ist eben die Auflösung und Zersetzung aller überkommenen Institutionen und Organismen, darunter auch

*) Kreuzzeitung vom 5. Nov. 1864.

diejenigen welche bis dahin den Gewerbebetrieb und die Stellung der darin beschäftigten Arbeiter geordnet und geschützt, und die „Arbeiterfrage" ist eben die Aufgabe, an Stelle dessen was verloren gegangen und nicht mehr zu halten ist, anderweite zeitgemäße Institutionen und Organismen zu begründen und zu gestalten, und damit dem Fortschritte der Zersetzung einen Damm entgegenzustellen."

„Es ist dieß der Grund, warum ich die Arbeiterfrage und deren Lösung bezeichnet habe und auch heute wiederum bezeichne als entscheidend für die Zukunft der Staaten und das Schicksal der Civilisation. In und mit dieser Frage wird es nämlich entschieden werden, ob Einsicht und Kraft genug vorhanden sind, die Staaten und Völker von unten herauf neu zusammen zu fassen und zu organisiren — eine Entscheidung in welcher gleichzeitig die fernere enthalten ist, ob fortan die eisernen Klammern des Cäsarismus oder ob lebendige Organe und Gelenke die Bindeglieder der Völker seyn werden"*).

Auf diesem sozusagen neu-conservativen Standpunkt ist letztlich, wenigstens im Princip, auch ein Mann angekommen der unter den social-politischen Autoritäten bis jetzt als Singularität dastand und sehr schwer zu classificiren war. Ich meine den Professor V. A. Huber zu Wernigerode. Hr. Huber ist von Haus aus streng conservativ und in rein politischen Dingen so antiliberal, daß er selbst die Partei der Kreuzzeitung einer sträflichen Liebäugelei mit dem Liberalismus wiederholt bezüchtigt hat. Social aber stellte sich Hr. Huber von vornherein auf den Boden des ökonomischen Liberalismus. Die Zunftreaktion hat an ihm ihren unerbittlichen und unermüdlichsten Strafprediger gehabt. Ich will nicht sagen, daß er die Grundlagen der modernen Gesellschaft in demselben Sinne wie die Manchester-Schule für absolut normal, im Naturgesetz begründet und einer bessernden Aenderung für unfähig hielt; aber er nahm die ausschließliche Regulirung

*) Vergl. Social-Demokrat vom 3. Nov. 1865.

des Erwerbslebens durch die Gesetze von Angebot und Nachfrage nur in der freien Concurrenz jedenfalls als unabänderliche Thatsache hin. Er plädirte für die völlige Abräumung mit den Resten der alten Organisation und erklärte die unbedingte Nichtigkeit jeder Hoffnung, als wenn durch die staatliche Gesetzgebung je wieder eine positive Organisation des Erwerbslebens zu Stande kommen könne. Niemand bewies ein wärmeres Herz als er für die Leiden und das Elend der Armen im Kampfe der Lohnarbeit mit dem Großcapital. Aber er wußte keinen andern Rath wie es besser werden solle, als die Selbsthülfe mittels des Genossenschaftswesens. Hierin war er ganz Schulze-Delitzsch. Allerdings verstand er die „Selbsthülfe“ nicht so pedantisch, daß er nicht die Fabrikherren, die Aristokratie und die ganze conservative Partei — die beiden letztern in der Regel mit verwerflichen Strafreden — dringend aufgefordert hätte, den nach Besserung ihrer Lage ringenden Arbeitern hülfreich unter die Arme zu greifen. Gegenüber der Agitation Lassalle's wollte er sogar auch die Staatshülfe nicht völlig ausgeschlossen wissen. Aber in Einem Punkte war er der Lehre des liberalen Oekonomismus und dem Princip der Selbsthülfe treu geblieben: darin nämlich daß er kein Recht der Arbeiter zugestand, von dem unternehmenden Capital eine Hebung ihrer prekären Lage von Geschäfts wegen zu verlangen.

Darauf kommt aber Alles an*), und gerade in diesem

*) Nur Ein Beispiel möge hier die betreffende Anschauung der Arbeiter-Partei erläutern. Ihrem Berliner Organ wurde ein Nachruf auf einen verstorbenen Großindustriellen eingesendet, der sich durch glänzende Wohlthätigkeit gegen seine Arbeiter ausgezeichnet hatte. Der Nachruf enthielt folgende Stelle: „Wären alle Fabrikanten von gleicher Menschlichkeit beseelt, wir fühlten uns nicht von einer socialen Revolution bedroht“ Die Redaktion des Social-Demokrat (vom 29. Jan 1865) machte hiezu folgende Bemerkung: „Diese Stelle ist nicht ganz klar . . . Humanität

Punkte hat Hr. Huber seit Kurzem seinen Standpunkt gründlich gewechselt. Wir werden nachher sehen, welche gewaltigen Consequenzen das Zugeständniß mit sich führt, daß die Arbeiter allerdings das Recht hätten für ihre Leistung mehr zu fordern als den durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage Tag für Tag regulirten Arbeitslohn. Der Lehre des liberalen Oekonomismus und dem Dogma von der Selbsthülfe ist mit diesem Satze auf einmal der ganze Boden ausgeschlagen. Jedermann wird dieß aus den bezüglichen Aeußerungen des Herrn Professor Huber sogleich von selbst verstehen. Noch dazu wurden diese Aeußerungen bei einer sozusagen solemnen Gelegenheit gemacht. Hr. Huber war nämlich von der preußischen Regierung in die Commission von Sachverständigen berufen, welche aus Anlaß der vorjährigen Kammerberathungen über ein neues Coalitions-Gesetz berathen sollte. Wegen Krankheit am persönlichen Erscheinen gehindert, verfaßte Hr. Huber sein Votum schriftlich und veröffentlichte es durch den Druck. In diesem Votum finden sich nun folgende Aussprüche:

Herr Huber erklärt es vor Allem als eine unläugbare Thatsache, daß die Arbeiter im Allgemeinen nur allzu viele Ursache haben mit ihrer Lage unzufrieden zu seyn und daß eine Hauptursache davon in dem niedrigen Arbeitslohne liege, „mag derselbe nun volkswirthschaftlich correkt seyn oder nicht.“ Mit diesem Zugeständniß, das ein rechtgläubiger Oekonomist sich nie und nimmer erlauben darf, öffnet Hr. Huber einer

---

einzelner Fabrikanten gegen ihre Arbeiter ist ohne Zweifel eine höchst anerkennenswerthe Sache; aber mit der socialen Frage haben diese Dinge nichts zu thun. Hiefür ist es ganz gleichgültig, ob es edle Fabrikanten gibt oder nicht; denn es handelt sich nicht darum im Kleinen, sondern im Großen andere Zustände herzustellen; und auch nicht darum die Gnade oder den guten Willen einzelner Fabrikanten in Anspruch zu nehmen, sondern die Rechte — man verstehe wohl! — die Rechte der Arbeit zu erkämpfen.“

Reihe von Behauptungen Thür und Thor, welche dem unbefangenen Sinne allerdings durchaus billig und vernünftig erscheinen, vor dem Forum des liberalen Oekonomismus aber haarsträubende Ketzereien sind. Er behauptet erstens: es sei keineswegs als eine absolute Nothwendigkeit, als ein Naturgesetz für alle Zukunft anzuerkennen, daß die Arbeitsherren ihren Antheil am Geschäftsgewinne fortwährend nach ihren bisherigen Ansprüchen berechnen. Er erklärt zweitens: es sei weder ein sittliches noch vernünftiges noch volkswirthschaftliches Gesetz dafür nachzuweisen, daß die Verminderung der Produktionskosten oder die Vermeidung ihrer Steigerung nothwendig immer auf Kosten der Arbeiter durch Herabsetzung oder Nichterhöhung des Lohnes geschehen müsse. Warum denn nicht lieber durch Verminderung des Unternehmer-Gewinnes? Das Ziel wäre nun nach Huber eine Veranstaltung zwischen beiden Faktoren der Industrie, wodurch „ein ehrlicher Handel auf dem Arbeitsmarkt wirklich ermöglicht würde.“ Mit andern Worten: die Arbeitslöhne sollen der einseitigen willkürlichen Festsetzung durch die Unternehmer allein entzogen werden, und als Mittel hiezu bezeichnet Hr. Huber ein Organ, worin beide Theile, die Arbeiter und die Arbeitgeber, eine angemessene Vertretung finden müßten. „Dessen Funktionen würden zwar allerdings unter Umständen auch schiedsrichterlicher Art seyn, noch mehr aber in einer sachkundigen, billigen Verständigung über den wirklichen Stand des Arbeitsmarktes und den danach zu bestimmenden Preis der Arbeit, sowie über andere Arbeitsbedingungen und Verhältnisse bestehen“*).

Nun liegt es auf platter Hand, daß eine solche Einrichtung schon der bitterste Hohn auf die „Naturgesetze“ des liberalen Oekonomismus wäre. Aber Hr. Huber bleibt dabei nicht stehen; er thut auch noch den entscheidenden Schritt und

---

*) V. A. Huber: Ueber Arbeiter-Coalitionen. Ein der Coalitions-Commission nicht vorgelegtes Gutachten. Berlin 1865 S. 31 rc.

spricht den Arbeitern ein Recht auf Antheil am Gewinne zu. Ob er dadurch den Anstoß gegeben hat oder nicht, genug die Frage vom Gewinnantheil wird überhaupt in neuester Zeit lebhaft erörtert, und erst kürzlich hat sogar eine Celebrität der Fortschrittspartei (Braun von Wiesbaden) sie bejahend dahin beantwortet: da die Arbeiter wohl oder übel am Geschäfts-Nachtheil participirten, so sei es nicht mehr als billig sie auch am Geschäftsgewinne participiren zu lassen*). Hr. Huber faßt die Sache noch principieller auf. Zu jeder gemeinsamen Produktion, sagt er, verbinden sich zwei Faktoren, von welchen jeder der beiden gleich unentbehrlich ist, nämlich einerseits Capital mit Inbegriff der Unternehmung und Leitung und andererseits die Arbeit; wenn nun das Produkt fertig ist, so soll der Arbeiter mit seinem Lohn ein- für allemal abgespeist seyn, während der Capitalist nicht bloß die Zinsen seines Capitals, sondern wenn er zugleich der leitende Unternehmer ist, auch den ausschließlichen Besitz des ganzen Produkts und den Gewinn seiner Verwerthung davonträgt. Hr. Huber findet hierin keine Spur sittlicher und verständiger Berechtigung. Die Billigkeit, sagt er, fordert unbedingt und selbstverständlich, daß 1) dem Capital seine Zinsen, 2) jeder Arbeit ihr Lohn nach ihrem ehrlichen Marktpreise und ihrer praktischen Bedeutung, 3) jeder Arbeit wie dem Capital ein verhältnißmäßiger Antheil an dem gemeinschaftlichen Erzeugniß und seiner Verwerthung zugemessen werde. Ja, Hr. Huber meint, die Nachwelt werde nicht weniger, als wir uns jetzt über die lange Dauer der alten Leibeigenschaft wundern, dereinst mit Befremdung und Indignation sich fragen: wie jene drei Sätze vernünftiger und sittlicher Weise solange verkannt werden konnten.

---

*) Der „Social-Demokrat" vom 3. Februar d. Js. bemerkt dazu mit Recht: „So spricht jetzt Hr. Braun ein großes Wort gelassen aus, während man noch im J. 1848, wenn man von so etwas zu reden wagte, für einen Communisten und Mordbrenner verschrieen wurde."

„Die vereinzelte, stillschweigende, vielleicht unbewußte, aber thatsächliche Anerkennung eines richtigen Princips ist nur die Vorbereitung der allgemeinen ausdrücklichen Anerkennung desselben, womit dann bald die thatsächliche Anwendung Hand in Hand geht. Dann aber tritt Princip und Praxis zu einer bestimmten Ordnung und Regel und die bloße wohlmeinende Willkür tritt von selbst zurück. Jenes Princip aber ist kein anderes als das natürliche, vernünftige, sittliche Recht der Arbeiter zu einem bestimmten Antheil an dem Produkt der Arbeit, an dem Geschäftsgewinn — zu einer Dividende. Wie sehr sich auch jetzt noch die allgemeine oder öffentliche Meinung, zumal der Arbeitgeber, mit Indignation dagegen sträuben mag, so ist doch dieses Recht so tief und selbstverständlich begründet, daß es einer speciellen Beweisführung weder bedarf noch fähig ist. Es ist damit wie mit dem Recht der persönlichen Freiheit im Gegensatz zur Leibeigenschaft, womit es auch sehr unmittelbar als weitere Entwicklung und Anwendung zusammenhängt*).

Mit der letztern Vergleichung hat Hr. Huber eine für den liberalen Oekonomismus besonders empfindliche Saite berührt. Dieses System rühmt sich die gesammte Entwicklung des Erwerbslebens ausschließlich in das Princip der individuellen Freiheit Aller gelegt zu haben; wer nun die wirkliche Lage des heutigen Arbeiters gegenüber dem Großcapital als industriellen Feudalismus bezeichnet, der trifft zwar den Nagel meisterhaft auf den Kopf, aber er straft damit zugleich das System im Ganzen und Großen der Lüge und er weckt eine Ideenassociation, die für die Grundlagen des heutigen Erwerbslebens nicht weniger total umstürzend ist als die Lehren Lassalle's selber. Der ländliche Feudalismus existirt nicht mehr; die staatliche Gesetzgebung hat ihn aufgehoben, sie hat Normen der Ablösung aufgestellt und sie hat, um die Erwerbung der Bodenfreiheit für die Pflichtigen zu erleichtern,

*) V. A. Huber a. a. O. S. 41 ff.

mit namhaften Opfern aus Staatsmitteln eigene Ablösungs-Kassen gegründet. Wer heute von industriellem Feudalismus spricht, der muß fast nothwendig auch gleich an industrielle Ablösung und Staats-Ablösungskassen denken; jedenfalls werden die Anderen daran denken. Die Kreuzzeitung hat daher auch Hrn. Huber gegenüber sofort bemerkt: „Was der Staat den abhängigen Arbeitern des ländlichen Feudalismus gewährt und geleistet hat, das kann und muß er auch den abhängigen Arbeitern des industriellen Feudalismus leisten"*).

Hr. Huber will trotz seiner Erzketzereien gegen den alleinseligmachenden Glauben der Oekonomisten doch immer noch in der Selbsthülfe des Genossenschaftswesens den Hauptbebel der socialen Verbesserung erblicken; er glaubt eben nur, daß die besser dotirten Arbeiter auf dem Wege der Bildung und Association förderlicher vorankommen würden. Hr. Huber steht überhaupt in allen Fragen der Politik streng auf dem Princip der Selbstverwaltung. Er will daher dem Staat und der staatlichen Gesetzgebung auch jetzt noch keine weitere Einmischung in die Arbeiterfrage zugestehen als so zu sagen ein jus circa sacra: Schutz und oberste Aufsicht; wobei ihm indeß doch selber die Aeußerung entschlüpft: „es dürfte unter Umständen den Arbeitgebern die Erwägung nicht zu ersparen seyn, daß die Staatsgewalt sich nicht verpflichten kann, ein einmal erkanntes Unrecht auf ewige Zeiten zu schützen und zu sanktioniren"**).

Die Kreuzzeitung ist damit keineswegs zufrieden. Sie verlangt die sociale Initiative der staatlichen Gesetzgebung, wie wir an ihrem Hauptträger Wagener gesehen haben, und sie behauptet ebenso das Recht wie die Pflicht des Staats mit einer positiven Organisation auf dem Gebiet der industriellen Verhältnisse voranzugehen. Aus dem von Hrn. Huber neuerlich angenommenen Standpunkt würde sich indeß eine

*) Kreuzzeitung vom 26. Oktober 1865.
**) V. A. Huber a. a. O. S. 43.

solche Organisation trotz alles Protestirens von selbst ergeben. Die Trennung von Staat und Gesellschaft, vom Socialem und Politischem ist nur auf dem correkten Standpunkt des liberalen Oekonomismus denkbar und möglich. Staat und Gesellschaft fallen in dem Augenblicke wieder zusammen, wo man diesen Boden verläßt und Hr. Huber hat ihn ganz entschieden verlassen; er hat von da an auch kein Recht mehr, die Bewegung der Lassalleaner zu verwerfen, weil sie „eine wesentlich und unmittelbar politische" sei. Wenn die Preise des Arbeitsmarktes schiedsgerichtlich geregelt werden sollen, so muß eine Exekutive vorhanden seyn, und wenn die Arbeiter ein „Recht" auf Gewinnantheil, auf eine „Dividende" haben, so müssen hiefür gleichfalls richterliche und vollziehende Organe vorhanden seyn. Beides kann nur der Staat bieten. Also müßte gerade jene Gebundenheit an eine höhere Ordnung, welche von der volkswirthschaftlichen Bewegung der Neuzeit kahl abrasirt worden ist, sie müßte, wenn auch auf ganz andern Grundlagen, neu aufgerichtet werden. Das wäre dann allerdings keine Zunftreaktion, aber es wäre an der Stelle der alten gewerblichen Bureaukratie, die ihrerseits nichts Anderes als die Entartung der ehemaligen Zunftverfassung gewesen ist — eine neue industrielle Bureaukratie in größtem Maßstabe.

In der neuesten Zeit haben in Berlin Arbeiter-Versammlungen stattgefunden, wo die Stimmführer beider Parteien das große Problem gegeneinander diskutirten. Hier wurde gegen das System Lassalle's namentlich die Einwendung wiederholt vernommen: daß dasselbe zu einer drückenden Bevormundung der Arbeiter und des Erwerbslebens durch den Staat führen müßte. Nicht mit Unrecht läugneten dieß die Lassalleaner; denn erstens, sagten sie, wäre der Staat von dem sie die bezügliche Reform verlangen, ein volksthümlicher Staat der, auf dem allgemeinen und direkten Wahlrecht ruhend, in einem bureaukratischen Gegensatz zu der Masse des Volkes gar nicht mehr stehen könnte. Zweitens würde sich die gefürchtete Bevormundung jedenfalls nur auf ein Analogon

jenes privatrechtlichen und geschäftsmäßigen Ueberwachungs-Rechts beschränken, das sich heutzutage auch bei kaufmännischen und industriellen Geschäften findet, wo es gilt einen Mißbrauch anvertrauter Capitalien unmöglich zu machen*). In Wahrheit muß man zugestehen, daß der von Lassalle angegebene Weg der einzige wäre, wo die Beschäftigung des Staats mit der großen Industrie trotzdem ein hohes Maß von Autonomie und Selbstverwaltung auf diesem Gebiet übrigließe. Bei den von conservativer Seite ausgehenden Plänen wäre dieß, wie wir gesehen haben, weniger oder nicht so der Fall. Sie alle würden eher zu einer socialistischen Art von Regierungs-Einmischung in das Gewerbeleben führen, als man bei oberflächlicher Betrachtung meinen mag.

Darin liegt kurzgefagt der Unterschied: Lassalle verlangt von den Regierungen Eine große That, die conservativen Socialpolitiker verlangen ein fortwährendes Thun und Machen der Staatsgewalt; während der liberale Oekonomismus deren absolutes Nichtsthun fordert. Eine unausfüllbare Kluft besteht offenbar nur zwischen dieser letztern und den beiden ersten Richtungen. Ueberdieß berühren sich die Conservativen mit Lassalle noch in einem andern Punkte, darin nämlich daß er nicht die Frage von der Staatsform in den Vordergrund stellt. Allerdings besteht er auf dem allgemeinen und direkten Wahlrecht und er verwahrt sich gegen gewisse socialen Experimente mit Ausschluß der demokratischen Vertretung. Aber die Bourgeoisie hat dem System des liberalen Oekonomismus gleichfalls nur dadurch zum Siege verhelfen können, daß sie die gesetzgebenden Körper mit ihren Leuten anfüllte; und so erblickte auch Lassalle im Namen der arbeitenden Classen in jenem allgemeinen Wahlrecht die einzige Garantie für eine wirkliche, ernsthafte und nachhaltige Ausführung der Produktiv-Association im Großen. „Ich betone", sagt er, „das Wort: im Großen. Mit kleinen Experimenten wäre hier nicht gedient,

*) Vergl. z. B. Social-Demokrat vom 5. Nov. 1865.

[illegible] leicht [illegible] geschehen. Die [illegible]-Theorieen muß ausgeführt werden zur [illegible], mit Weisheit, mit Ordnung und allmählig — aber immerhin im Ganzen**).

Man sagt, die große That welche Lassalle von den Regierungen forderte, die denselben anhängt und der Allen rückhaltslose Kraft zur vollständigen Unabhängigkeit von den bisherigen liberalen Parteien verweist, aber nicht so eine bestimmte Staatsform. Es bedürfe hiezu nicht nothwendig der socialen Republik: auch ein in ursprünglicher Kraft und Machtfülle dastehendes Königthum könne sich tauglich machen zu der großen That. Lassalle hat dieß wiederholt angedeutet, er hat sogar speciell in Betreff Preußens, wo die Voraussetzung eines ungebrochenen Königthums am ehesten noch vorhanden sei, auf die Möglichkeit hingewiesen; und er hat insbesondere bemerklich gemacht: wenn der Staat sich von der Coalerei mit dem unruhigen, verzehrenden liberalen Individualismus definitiv losmachen solle und wolle, so gebe es hiefür kein anderes Mittel als sich auf die Organisation der großen Massen zu werfen. Die „Kreuzzeitung" hat den Manne damals feierlich die Frage vorgelegt: ob und wie er sich getraue seine Vorschläge innerhalb der bestehenden christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu realisiren? Er hat darauf geantwortet: das hänge ganz von dem Verhalten der bestehenden Gewalten ab; wenn man die Weisheit habe sich zu ihrer Einführung bei Zeiten und von oben herab zu entschließen, so werde das neue Princip eintreten in voller Gesetzlichkeit und mit allen Segnungen des Friedens, sonst aber „unter allen Convulsionen der Gewalt mit wild wehendem Lockenhaar, erzne Sandalen an ihren Sohlen"**).

Lassalle selbst hat sein Social-Princip eine „Revolution" genannt, und seine conservativen Gegner haben die neue Gesellschaftslehre gleichfalls als „radicale Revolution" be-

*) Kreuzzeitung vom 19. Juni 1864. Beil.

**) Kreuzzeitung vom 29. Mai und 19. Juni 1864; vergl. Social-Demokrat vom 3. Nov. 1865.

zeichnet. Es ist auch wirklich unzweifelhaft, daß innerhalb der Partei seit dem Tode Lassalle's mehr und mehr das wild-wehende Lockenhaar zu Tage tritt, in dem Maße nämlich als sie an der „Weisheit" der bestehenden Gewalten verzweifelt. Wahrscheinlich hat auch der geniale Agitator selber im Ernste nie daran gedacht, daß irgend ein Bismarck ihm mit den Mitteln der Staatsmacht zu Hülfe kommen werde. Aber es handelt sich um den Gedanken an sich, daß der Staat mit seinen Mitteln ein großartiges Netz von Produktiv-Associationen herstelle und dadurch eine neue Weise der Güter-Erzeugung ermögliche, bei der auch die nichtbesitzenden Classen den vollen Ertrag ihrer Arbeit genießen und aus dem baaren Nichtbesitz zum Besitz gelangend, allmählig einen neuen Mittelstand bilden könnten. Ist dieser Gedanke an sich und eigentlich revolutionär? ist er revolutionärer als z. B. die Vorschläge des Hrn. Prof. Huber, und könnte er wirklich nicht anders als auf revolutionärem Wege in's Leben gerufen werden?

Eine unermeßliche Veränderung im gesammten Erwerbsleben würde das neue Princip allerdings hervorbringen, und zwar nicht bloß auf industriellem Gebiet. Es würde auch auf die Landwirthschaft einen mächtigen Rückschlag üben, wie Lassalle meinte zu einer unberechenbaren Hebung derselben, und es würde auf die Bedingungen aller Lebensstände einwirken, schon deshalb weil die moderne Geldwirthschaft in allen ihren Theilen in Mitleidenschaft käme. Der Geldmarkt und das Börsenwesen verlören eine wesentliche Gattung ihrer Kundschaft und erhielten vielleicht den ersten Stoß zu ihrem Untergange. Man kann sich mit Einem Worte die Veränderung nicht leicht zu groß denken. Aber die Veränderung und der Sprung war doch nicht minder groß aus der vielhundertjährigen Lebensform des Mittelalters in die moderne Volkswirthschaft. Dennoch pflegt man die Aufhebung des Lehnwesens als solche doch nicht als Revolution im eigentlichen Sinne zu charakterisiren. Ja noch mehr, die Millionen

Fäden womit das System des Feudalismus Jahrhunderte hindurch alles materielle Dasein verknüpft hatte, konnten schlechterdings nicht abgerissen werden, ohne daß eine Masse von wohlbegründeten Eigenthumsrechten verletzt wurde. Dennoch bezeichnen die Vertreter des modernen Besitzes, die Fanatiker des absoluten Eigenthums die Aufhebung des Lehnwesens und der feudalen Rechte nicht als Revolution, und wenn sie es je thun, so verstehen sie darunter die wohlthätigste Krisis welche in der Entwicklungs-Geschichte der Menschheit jemals eingetreten sei. Demnach liegt die Untersuchung sehr nahe: ob es sich nicht vielleicht mit den Forderungen die Lassalle im Namen des „vierten Standes“ erhoben hat, ebenso verhalte wie seinerzeit mit den Forderungen des dritten Standes, und ob die ersteren wirklich gegen das Princip des Eigenthums verstoßen, oder gar so hart verstoßen, wie es bei den letzteren unzweifelhaft der Fall gewesen ist.

Lassalle war sich bewußt das Eigenthum als solches zu achten; er hätte sonst nicht der erste Socialist seyn können“*) dessen System die Möglichkeit nicht ausschloß, daß selbst eine conservative Regierung sich desselben annähme. Aber beruhte jenes Bewußtseyn nicht vielleicht auf einer Selbsttäuschung? Die Antwort auf diese Frage wird von den verschiedenen Standpunkten aus sehr verschieden lauten. Der Herr Bischof von Mainz in seiner mit Recht berühmt gewordenen Broschüre erklärt sich dahin: ein Beschluß Produktiv-Associationen im Großen mit Staatsmitteln herzustellen, ginge über die von Gott gesetzten Grenzen der Thätigkeit der staatlichen Gesetzgebung hinaus und griffe in ein Gebiet ein, wo die Staatsgewalt kein Recht mehr habe. Sehr wahr; aber — der strenge Rechtsstaat von dem hier die Rede ist, existirt nicht mehr, und in dem Staat der Säkularisation, Amortisation und Expropriation steht sich die Sache allerdings anders

*) Nur St. Simon, und auch er nur in seiner ersten Periode, vertrat ähnliche Anschauungen. Vergl. z. B. Joh. Huber: der Proletarier. München 1865. S. 81 ff.

an. Wenn, sagt der Herr Bischof, die Principien des modernen Staats der von jeder Religion absieht und Gottesläugnung als ein Recht der Bildung betrachtet, wahr sind, dann ist das ganze Privateigenthums-Recht mit allen Gesetzen die dasselbe reguliren, lediglich und ausschließlich ganz und gar Menschen-Wille, und es ist nicht einzusehen, welches gegründete Bedenken man dann erheben will, wenn die Masse der Menschen die kein Eigenthum besitzen, einmal durch Majorität den Beschluß faßt, daß die Besitzenden ihnen einen Theil als Anleihe überlassen sollen. Recht ist dann das was die Majorität der Kammern beschließt, und von einem unrechtmäßigen Eingriff dieses Volkswillens in das Eigenthumsrecht kann dann keine Rede mehr seyn. „Vom Standpunkt der liberalen Partei und jener Wissenschaft die im Namen der Regierung von so vielen Lehrkanzeln gelehrt wird, ist daher was die Gerechtigkeit der von Lassalle vorgeschlagenen Maßregeln angeht, wohl sicherlich gar kein Bedenken zu erheben. Es ist vielmehr nur ein unendlich bescheidener Anfang ganz anderer Dinge, die da kommen müssen" *).

Der Herr Bischof hat hier einen sehr tiefen Gedanken angeregt. Das eiserne Recht des Eigenthums, das gegen jede Antastung von Seite des Staats oder der Gesammtheit gesichert war — es konnte auf die Dauer nur bestehen neben der allgemein anerkannten Pflicht der christlichen Barmherzigkeit und der freiwilligen Entsagung von Seite der Besitzenden und Berechtigten. Die werkthätige Nächstenliebe war der Regulator, aber auch der allein feste Zaun der persönlichen Eigenthumsrechte, und es ist einfach eine logische Thatsache, daß mit der Religion auch das Eigenthum aus der Welt verschwinden müßte. Sobald der Staat einmal im großen Maßstabe anfangen muß, die Existenz der Einen durch Zwangsgebote gegen die gierige Exclusivität des Eigenthums der Andern sicher zu stellen, so ist hiemit eine Schraube ohne

*) Von Ketteler: die Arbeiterfrage und das Christenthum. Mainz 1864. S. 69. 75. 77.

Ende angesetzt, und insoferne kann man allerdings auch nicht sagen, welche dämonischen Gewalten im Rücken der Lassalle'schen Produktiv-Associationen aufertreiben würden. In unbewachten Augenblicken gellen aus den Organen der Partei nur allzu laute Töne hervor, die nichts Gutes erwarten lassen. Aber anders stellt sich die Frage: wie verhält sich die Gesellschaftslehre Lassalle's zu dem Eigenthumsrecht gemäß dem Begriff und der allgemeinen Situation desselben im modernen Staat? Es wäre ungerecht hierauf nicht die Antwort zu geben: daß das Eigenthum als solches von jener Lehre unberührt bleibt.

Ich sage, das Eigenthum als solches wird von dem System Lassalle's so wenig berührt, als das Princip desselben im modernen Staat überhaupt gesichert seyn kann. Nicht das Gleiche gilt freilich von dem zum Zweck schrankenloser Vermehrung beweglich gemachten Eigenthum — mit andern Worten vom großen Capital. Die Herrschaft des Capitals über die Arbeit zu brechen, und dadurch nicht zwar die Gleichheit des Habens und Besitzens, wohl aber die Gleichheit der Bedingungen des materiellen Erwerbs herzustellen: das ist der Zweck Lassalle's. Es ist aber ebenso auch der Zweck der andern social-politischen Parteien, sowohl der conservativen einschließlich des Hrn. Professor Huber als, wenigstens den Worten nach, des Hrn. Schulze-Delitzsch. Denn auch der letztere gibt natürlich nichts Anderes für den Zweck seines Vereinswesens aus als die Herrschaft des Capitals über hülflose Arbeitermassen zu brechen. Also müßten selbstverständlich alle social-politischen Parteien des Tages für ebenso viele Attentäter auf das Recht des Eigenthums erklärt werden, wenn die Begriffe des Eigenthums und des großen Capitals oder des absoluten Eigenthums identisch wären.

Es ist der einfachste Weg, um tiefer in das theoretische Wesen der Frage einzudringen, wenn man den eben gedachten Unterschied in seine Einzelheiten verfolgt!

XXII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

VII. Das große Capital und das Eigenthum.

Alle social-politischen Parteien die wir aufgezählt haben, machen es sich zum Zwecke die unbeschränkte Herrschaft des Capitals über die Arbeit zu brechen. In den Mitteln zum Zwecke sind sie aber verschieden, und diese Verschiedenheit kann man am einfachsten bezeichnen, wenn man sagt: Lassalle verlangt von den Regierungen Eine große That; die conservativen Socialpolitiker verlangen ein continuirliches Thun und Machen der Staatsgewalt; Hr. Schulze-Delitzsch fordert im Namen des liberalen Oekonomismus, aber zu dem ganz gleichen Zwecke, um nämlich die Herrschaft des Capitals zu brechen — das absolute Nichtsthun des Staats.

Augenscheinlich ist der letztere Standpunkt der merkwürdigste, insoferne er den schreiendsten Widerspruch in sich selber trägt. Wozu hat denn der liberale Oekonomismus die Trennung des Staats von der Gesellschaft verlangt? Damit das große Capital völlig freien Spielraum auf dem industriellen Gebiete habe. Und um die Herrschaft des großen Capitals zu brechen, setzt nun Hr. Schulze abermals die strengste Auseinanderhaltung des Staats und der Gesellschaft voraus;

dann erst könnten, meint er, die gedrückten Handwerker und Arbeiter durch Vereinigung ihrer schwachen Kräfte dem herrschenden Capital mit Erfolg den Krieg machen. Nur in diesem Sinne, daß nämlich der Staat für das Capital die Bahn stets offen und reingekehrt halten müsse, daß er aber für die bedrängten Arbeiter schlechterdings nichts thun dürfe — nur in diesem Sinne hat das Wort „Selbsthülfe" seine rechte Bedeutung. In jeder andern Beziehung ist es von vornherein ein Widerspruch mit sich selbst; denn die Genossenschaften beruhen ja auf dem Princip gegenseitiger Unterstützung, und haben dieselbe in neuester Zeit sogar schon von andern Classen in Anspruch genommen, die jedenfalls nicht unter das „Selbst" der Arbeiter oder überhaupt der Nichtbesitzenden gerechnet werden können.

Noch einen andern Gedanken schließt aber das Wort „Selbsthülfe" in sich, wenn auch nur indirekt. Es will nämlich dem klagenden Arbeiterstande andeuten: wenn er kein Vermögen besitze und über die Beschaffung der äußersten Nothdurft des Lebens kaum je hinauskomme, so sei das eben nur seine Schuld. Warum hilft er sich nicht selbst, da ja doch die Bahn vollkommen frei ist? Die Schuld kann nur an ihm selber liegen sei es in dem Mangel persönlicher Tüchtigkeit oder in sorglosem Dahinleben oder in unordentlicher Haushaltung. „Darauf vorzüglich ruht das Empfehlen der Selbsthülfe, daß der Arbeiterstand sich diese Tüchtigkeit die ihm fehlt, aneignen solle, daß er also die Tugenden der Wirthschaftlichkeit sich erwerbe, dann werde alles Andere von selbst kommen. Die Grundlage aber sei, daß er vor allen Dingen sparen lerne, indem dieses die Wurzel aller wirthschaftlichen Tugenden sei" *). Es liegt auf der Hand, welch' blutiger Hohn auf die hülflosen Massen der Lohnarbeiter in dieser Anschauung liegt, daß sie an ihrem Elend nur selber

*) J. E. Glaser: die Erhebung des Arbeiterstandes zur wirthschaftlichen Selbstständigkeit 2c. Berlin 1865. S. 27 ff.

schuldig seien. Aber der liberale Oekonomismus muß so sprechen, und wenn er hundertmal weiß daß er lügt; denn er kann und darf nicht zugestehen, daß die Bahn des industriellen Erwerbs freilich vollkommen frei sei, aber nur für das spekulirende Capital, nicht für die Arbeitskräfte mit welchen es spekulirt; mit andern Worten daß die freie Concurrenz nichts Anderes sei als eine colossale Heuchelei.

Nebenbei gesagt ergeben sich aus dem Satze von der Selbstverschuldung der gedrückten Lage des Arbeiterstandes gleich noch zwei praktische Lehren, an denen recht klar wird, in welchem Maße die Consequenzen des liberalen Oekonomismus die gesammte Lebensanschauung des Christenthums auf den Kopf gestellt haben. Erstens nämlich ist die Armuth unter solchen Voraussetzungen natürlich eine Schande, ja ein Laster; denn der Betreffende hat schuldvoll versäumt durch persönliche Tüchtigkeit sich das in der Gesellschaft ihm zukommende Vermögen zu erwerben. Zweitens ist das Almosen schädlich und vom Uebel, denn man nährt damit nur die Lässigkeit derjenigen die ihre Fähigkeiten zur Ansammlung von Vermögen nicht benützen wollen. Aus der grundsätzlichen Anschauung, daß der Arbeiterstand sein Elend nur sich selber zuzuschreiben habe, ergibt sich endlich von selber, welche Selbstentwürdigung es für ihn wäre, anstatt stolz auf sich selber zu vertrauen und seine Würde zu wahren, andere Classen oder gar den Staat um Unterstützung anzugehen. So erst schließt sich das Lehrgebäude rund ab, in dem der schrankenlose Wucher des großen Capitals sicher wohnen kann.

Aber wie vermag ein solches System voll handgreiflicher Verkehrtheiten sich festzusetzen, ja bei den Arbeitern selbst als der Inbegriff unumstößlicher Grundsätze der correkten Volks-Wirthschaft sich zu insinuiren? Wie es möglich ist oder war, das hat Herr Schulze-Delitzsch an seiner Person und in seinen Schriften am deutlichsten erwiesen, und zu diesem Erweis hat ihm gerade seine dilettantische Unwissenheit in den Dingen über die er schreibt, die besten Dienste geleistet. Für seinen

guten Glauben haben die Fabrikanten und Kaufleute ihm einen Nationaldank von 45,000 Thlrn. verehrt; Ferdinand Lassalle aber hat den Mann als passendes Paradigma erwählt, um daran alle Lehren des liberalen Oekonomismus in einer Weise abzuwandeln, die in der Welt der Arbeit nie mehr vergessen werden wird. Er hat ihn gleichsam anatomisch ausgeweidet, und in seinen Eingeweiden alle die Ausgangspunkte des Unsinns aufgezeigt, den unsere Socialpolitiker von der Bourgeoisie der Arbeiterwelt vorschwätzen, und er hat eine Hauptquelle des Unsinns in der grundfalschen Definition des Capitals gefunden, von welcher die Herren ausgeben.

Capital ist „aufgehäufte Arbeit", so definirt die liberale Oekonomie. Hr. Schulze umschreibt dieß so, daß das Capital in allen Fällen das unmittelbare Ergebniß eines Sparens, also zusammengesparter Arbeitsertrag sei, und er stellt dem Arbeiter die europäischen Capitalien ganz einfach so dar, als wären sie von ursprünglichen Lohnarbeitern aus zurückgelegten Arbeitslöhnen erübrigt worden. Aus dieser idyllischen Vorstellung ergibt sich dann augenscheinlich, daß die Schuld nur die Arbeiter trifft, wenn sie nicht alle selber Capitalisten werden. — Lassalle aber ist wie die Windsbraut durch das Spinngewebe dieser liberal-ökonomischen Begriffsbestimmungen hindurchgefahren. Was „sparen"! schrie er. Freilich entsteht das Capital aus aufgehäufter Arbeit, aber nicht eigener sondern fremder Arbeit; ohne im mindesten zu „sparen", kann man Capital bilden, indem man nicht den eigenen sondern fremden Arbeitsertrag aufhäuft; andererseits aber kann die „Arbeit" gar nicht anfangen ohne vorgethane Arbeit, mit andern Worten ohne Capital. Beides ist historisch vollkommen klar; es war seit den Zeiten der Sklavenarbeit nie anders. „Kam endlich" — wir glauben des Verständnisses wegen die folgenden Stellen wörtlich anführen zu müssen — „der Donner der französischen Revolution von 1789. Wie vom Blitze fortgefegt, verschwanden Leibeigenschaft, Hörigkeit, Zünfte, die freie Concurrenz war erreicht! War denn nun aber wirklich

etwas an der alten Thatsache geändert, daß die Arbeiter ihren Arbeitsertrag in die Taschen der privilegirten, besitzenden Classen fließen lassen müssen? War wirklich der alte Ausbeutungs-Zustand der Gesellschaft beseitigt, nach welchem diese privilegirten, besitzenden Classen fremden Arbeitsertrag — das Arbeitsprodukt der Arbeiter — als ihr eigenes rechtliches Eigenthum aufhäufen? Rechtlich war die Arbeit für frei erklärt und nichts würde also im Wege gestanden haben, daß Jeder seinen eigenen Arbeitsertrag beziehe, aufhäufe und respektive spare, wenn nicht eine einzige kleine Schwierigkeit sich widersetzt hätte. Sie wissen es selbst, Hr. Schulze, ehe man irgend eine Arbeit auch nur beginnen kann, braucht man (für die Rohstoffe, für Werkzeuge, für den einstweiligen Lebensbedarf) vorgethane Arbeit, braucht man Capital."

Nichts kann klarer seyn als dieser Ursprung des Capitals aus aufgehäufter fremder Arbeit. Davon hängt aber in der theoretischen Entwicklung der Volkswirthschaft alles Weitere ab. Versetzen wir uns mit dem genialen Denker nur noch einmal an den historischen Anfang der modernen Capitalbildung. Die damals mit Einem Schlage rechtlich für frei erklärten Leibeigenen, Hörigen, Zunftgesellen und Lehrlinge oder ihre Vorfahren hatten Jahrhunderte hindurch für die Bevorrechteten aller Art die vorgethane Arbeit verrichtet, und befanden sich jetzt rechtlich frei und faktisch mittellos den in den Händen der Besitzenden aufgehäuften Capitalien gegenüber. Da sie das nicht hatten was man braucht, ehe man irgend eine Arbeit beginnen kann, was blieb und bleibt ihnen übrig als trotz der freien Concurrenz das Leben für des Lebens Nothdurft zu verkaufen? Mit andern Worten: sie müssen bei den Unternehmern welche mit den durch ihre eigene tausendjährige Arbeit hervorgebrachten Capitalien ausgerüstet sind, Arbeit suchen, und zwar zu einem Lohne der den volksüblich nothwendigen Lebensunterhalt durchschnittlich nie übersteigt. Zu einem Lohne also, der einerseits die Arbeiter in die Unmöglichkeit versetzt zu „sparen", und anderer-

seits allen Ueberschuß des Arbeitsertrags, wie groß er auch immer sei, wieder in die Taschen des Unternehmers und beziehungsweise des Capitalisten fallen läßt. So schwillt das Capital in sich selbst immer mehr an, und je mehr es anschwillt, desto mehr zieht es Arbeitskraft an sich; indem es aber in steigendem Maße fremden Arbeitsertrag in sich aufsaugt, läßt es desto weniger dem Arbeiter Raum seine eigene Arbeit und deren Ertrag aufzuhäufen. Während das Capital zu immer colossalerer Höhe anwächst, bleiben die Arbeiter nicht nur stets auf dem gleichen Niveau des knappen Lebens-Unterhalts, sondern sie gerathen naturnothwendig in immer schwerere Dienstbarkeit und Abhängigkeit vom Capital. Darum schließt Lassalle mit der Frage: „Aber finden Sie nicht, Hr. Schulze, daß es an der Zeit wäre, der Sklaverei in ihren verschiedenen Formen und Abstufungen, die aber immer nach wie vor in der Hauptsache existirt, daß es Zeit wäre, dem Aneignen fremden Arbeitsertrags endlich ein Ende zu machen, wenigstens den Anfang des Endes" *)?

Man wird nun verstehen was er sagen will, wenn Lassalle behauptet, das Capital zähle zu den „historischen Kategorien", und nicht wie die liberalen Oekonomisten wollen, zu den logischen oder ewigen Kategorien. Das heißt: die Bildung und fortschreitende Bethätigung des Capitals sei kein „Naturgesetz", sondern eine Wirkung von ganz bestimmten historischen Zuständen, die mit andern historischen Zuständen wieder verschwinden kann und muß. Es ist leicht zu sehen, daß dieser Satz das gesammte System des ökonomischen Liberalismus, inwieferne es durchaus auf der Idee der Imperfektibilität beruht, über den Haufen wirft. Lassalle führt daher auch wahre Titanenstreiche um seinen an sich einleuchtenden Satz zu erweisen. Von vornherein zeigt er auf den

---

*) F. Lassalle: Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian. Berlin 1864. S. 82—103.

Grundirrthum, den die liberalen Oekonomisten mit allem abstrakten Rationalismus gemein haben, daß sie nämlich die Menschen als lauter isolirte Einzelwesen und in einem gewissen Naturzustande sich denken, während dieselben doch nur in bestimmten geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, in der allgemein menschlichen Gemeinsamkeit vorhanden sind. Sehr treffend charakterisirt Lassalle diese rationalistische Confusion seiner Gegner: „Als lauter einsame Robinson Crusoes, als lauter im Naturzustand lebende Menschen stellen Sie und Bastiat in der That die Menschen in der heutigen Gesellschaft sich vor, nur mit dem Einen die Lächerlichkeit und den Widerspruch dieser Vorstellung noch unendlich vermehrenden Zusatz, daß diese im Naturzustande lebenden Wilden ihre Produkte miteinander „„tauschen““. Das ist der Punkt von wo aus der Irrthum durch die Welt geht, und daraus ergibt sich denn der Begriff des Capitals freilich sehr leicht: es entstehe dadurch wenn man nicht den ganzen Ertrag seiner Arbeit verzehre, sondern einen Theil zurücklege und der Capitalprofit sei dann der — „Ersparungslohn“. So mag es sich im Sparkassa-Büchlein verhalten wie auch im Goldmacherdorf. Schwieriger aber gestaltet sich der Begriff des Capitals, wenn man dasselbe aus den geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen verstehen, und nicht fortwährend Privat-Oekonomie mit National-Oekonomie verwechseln will.

Wir können uns leider nicht näher auf den meisterhaften Nachweis Lassalle's einlassen, wie heutzutage die Bildung neuer Capitalien vor sich geht, wie wenig sie das Ergebniß eines Sparens oder aufgehäufter (eigener) Arbeit, wie häufig sie hingegen das reine Produkt der gesellschaftlichen Zusammenhänge sind. Man braucht z. B. nur zu bedenken, wie Mancher an den Papieren der Köln-Mindener Eisenbahn sein Vermögen verdoppelt hat, ohne weiter das Mindeste dazu zu thun außer der Zeichnung der Aktien. Von besonderem Interesse aber ist ein Rückblick auf das Capital als historische Kategorie, wie es je nach dem Unterschied der socialen Grund-

lagen in den verschiedenen Jahrhunderten wie sie nur wieder anders gestaltet hat. Es ergibt sich daraus noch deutlicher der Unterschied von Eigenthum und Capital oder absolutem Eigenthum als aus der bloß theoretischen Erörterung.

Die Reichthümer und das Geld der antiken Welt, sagt Lassalle, sind der Capital-Embryo gewesen, aus dem sich später das Capital entwickeln sollte: aber die specifische und eigenthümliche Form des Capitals hatte jener Reichthum noch nicht. Auch in der folgenden Culturperiode des Mittelalters gab es noch keine Capitalisten; nur an einem einzigen Punkt begann das Capital sich zu entwickeln, nämlich im Welthandel vornehmlich über Venedig und mit dem Orient. Der Grund ist einfach der, weil damals nur die Arbeit produktiv war, nicht das Geld. Und dieser Zustand dauerte fort, solange die Zunftverfassung als positive Organisation des Erwerbslebens fortbestand. Es gab im Mittelalter wie zu allen Zeiten Finanzwucher, aber es gab kein industrielles Capital, solange allenthalben statutarische Bestimmungen existirten, welche den Meister hinderten die Zahl der Gesellen beliebig zu vermehren und also den Geschäftsbetrieb willkürlich zu vergrößern. Folgerichtig wurden denn auch die Preise der Produkte nicht durch Concurrenz sondern durch Verordnung oder Uebereinkunft geregelt. Erst als alle diese Schranken fielen und die „bürgerliche Freiheit“ erobert war, erhob sich der entfesselte Riese — Capital. Denn erst jetzt konnte der Besitzende die Arbeiter beliebig auf dem Markte kaufen und hiemit ihren Arbeitsertrag sich aneignen; produktiv ist nun nicht mehr die Arbeit sondern die Kaufsumme derselben. Darum sagt Lassalle: was den lebendigen Arbeiter von früher zum todten Arbeits-Instrument herabgesetzt und sich selbst, das todte Arbeits-Instrument von früher, zum lebendigen Zeugungsorgane entwickelt hat — das ist das Capital. Unter der Herrschaft desselben ist der Arbeiter in gesellschaftlicher Hinsicht zur Sache geworden.

Bekanntlich hat die alte Kirche das Zinsnehmen bei sehr

strengen Strafen verpönt. Wie oft ist der heilige Stuhl deßhalb verhöhnt worden! Die Kirche hat den Capitalzins für gleichbedeutend mit Wucher überhaupt und daher für etwas Schändliches gehalten, während der liberale Oekonomismus im Wucher das heiligste und unveräußerlichste Naturrecht des Menschen sieht und als solches wissenschaftlich nachweist. Ueberdieß zahlt der Papst jetzt selber Zins für dargelehutes Geld und in der Noth sogar wucherischen Zins. Welch' köstlicher Stoff zu Spott und Hohn für unsere gebildete Oberflächlichkeit! Ferdinand Lassalle aber lachte nicht. Er explicirt vielmehr gerade an diesem Beispiel die Geschichte des Capitals in besonders durchsichtiger Weise und zeigt hiebei, daß die Kirche in der That eine viel richtigere Einsicht erwiesen hat als unsere liberalen Oekonomisten sich träumen lassen:

„Geborgt wurde im Alterthum wie bei uns. Weil aber und solange im Alterthum ganz oder vorherrschend Anlaß und Gelegenheit fehlt, das Geldbarlehen in fremder Produktion anzulegen, da diese fremde Produktion wieder nur auf der eigenen Naturalwirthschaft und deren naturwüchsigem Ueberschuß beruht, so werden, solange dieß ausschließlich oder auch nur vorherrschend der Fall ist, Geldbarlehen meist also nur zu *consumtiven* Zwecken begehrt werden. Sie werden also aus persönlicher Noth und Verlegenheit nachgesucht . . . Ein zu bloßem Consumtiv-Zweck gemachtes Darlehen, durch welches der Borger keineswegs reicher wird als er war, die persönliche Noth und Verlegenheit eines Menschen zur Ausbeutung benützen zu wollen, ist aber allerdings schändlich, und das hat das Alterthum und die Kirche mit Recht gefühlt."

„Umgekehrt werden zwar in den modernen Zeiten auch noch Anlehen genug zu consumtiven Zwecken gemacht. Aber bei weitem vorherrschend ist jetzt das Produktiv-Darlehen, das vom Borger zur Anlage in produktiven Unternehmungen gemachte Darlehen. Dieses Darlehen entspringt zwar auch noch aus einer Verlegenheit, aber nur aus der Einen Verlegenheit reicher zu werden, und ganz consequent entschließt sich daher der Ausleiher diese Verlegenheit liebend mit dem Borger zu theilen.

Mit andern Worten: das Produktiv-Darlehen ist ökonomisch Antheil am Geschäftsertrag, und der Gegensatz der antiken und der bürgerlichen Anschauung von dem Zinsnehmen findet so bei wahrhafter historischer Betrachtung seine natürliche Auflösung*).

Anlage des Vermögens in fremder Produktion und in deren Ertrag aus fremder Arbeit, Wuchern mit der Arbeitskraft der Nichtsvermögenden als einer Sache — das ist also das Wesen des modernen Capitals. Darum gebraucht Lassalle schließlich das vielsagende Wortspiel: „das Eigenthum ist Fremdthum geworden." Denn die menschliche Arbeitskraft und ihre immer steigende Ergiebigkeit wird durch das Capital in das Privateigenthum Anderer gebracht.

Es kommt noch ein letzter Umstand hinzu welcher ein grelles Streiflicht auf das grundirrthümliche oder heuchlerische System derjenigen wirft, die aus dem „Sparen" an dem Ertrag individueller Arbeit das Capital hervorgehen lassen. Abermals tritt hier die constante Verwechslung von Privat- und Nationalökonomie zu Tage. Auf dem Standpunkt der letztern behauptet Lassalle mit Recht: die individuelle Arbeit könne gar nicht sparen. Denn nur unter der Theilung der Arbeit wirft die Arbeit einen Ueberschuß über den Lebensunterhalt ab. Um aber eine solche Produktion unter Theilung der Arbeit beginnen zu können, bedarf es immer wieder eines vorhergegangenen Ansatzes von Capitalienansammlung, wird somit immer wieder eine schon vorhergegangene Theilung der Arbeit vorausgesetzt, welche allein den der individuellen Arbeit unerschwinglichen Ueberschuß über den Tagesbedarf beschaffen kann. Die Geschichte zeigt den Verlauf des Gesetzes und die genealogische Kette der gemeinsamen und vereinten Arbeit, welche hinwieder die Voraussetzung der Theilung der Arbeit ist, reicht zurück bis in die Zeiten, wo die Sklaven für ihre Herren zwar nicht Capital, aber Vermögen producirten.

---

*) Lassalle a. a. O. S. 164 f.

Hier leuchtet aber auch noch eine andere Thatsache ein. Wie diese Theilung der Arbeit im weitesten Sinne die Bedingung aller Cultur und insbesondere alles industriellen ortschritts war, so ist sie andererseits im Dienste der heutigen roßen Industrie ein wahrhaft brutalisirendes Element. Die olgen der entwickelten Arbeits-Theilung für die geistigen ähigkeiten der Arbeitenden sind naturgemäß von der nacheiligsten Art. Alle wirklich gelehrten Oekonomisten gestehen ieß zu und sie erkennen bereitwillig an, daß die Zukunft ur in der Verkürzung der Arbeitszeit und in einer andern estaltung des Unterrichts ein wirksames Gegenmittel wider en geistigen Verfall haben werde, welchen die entwickelte heilung der Arbeit hervorbringt. Erst dem Herrn Schulze – und zwar in seinem „Katechismus" für Arbeiter — war vorbehalten, dem durch die Theilung der Arbeit vollbrachten ortschritt in der Industrie die Wirkung zuzuschreiben: „daß as Handwerk immer mehr Kopfwerk werde." Ueber ein lches Maß fortschrittlichen Blödsinns verging selbst einem alle der Zorn; in einer Anwandlung von Mitleid erklärte er bloß: „Wenn, um bei dem Beispiel Adam Smiths u bleiben, ein Arbeiter der in früheren Zeiten ein Ganzes achte, jetzt sein Lebenlang nichts als immer den achtzehnten heil einer Nadel verfertigt, so sieht Hr. Schulze in dieser ine geistigen Fähigkeiten nothwendig degradirenden Beschäftigung einen Uebergang des Handwerks zum Kopferk"*)!!

Wir sind nun an dem Punkte angekommen, von wo us die Stellung der social-politischen Parteien vollkommen urchsichtig wird, namentlich in ihrem Verhältniß zum Eigenum und zum Capital oder absoluten Eigenthum. Schulzeelitzsch will, daß dem Wucher mit dem Ertrag fremder rbeit schlechterdings kein autoritativer noch sonst von außen

*) Lassalle a. a. O. S. 63.

kommender Einhalt geschehe. Aber er behauptet, es liege nur an den Arbeitern selber, die Concurrenz mit dem Capital zu bestehen und in dem Kampf mit dem Wucher der großen Unternehmer nicht zu kurz zu kommen. Denn Capital sei ja nichts Anderes als aufgehäufte Arbeit, ersparter (eigener) Arbeitsertrag; wenn also die Arbeiter nur sparen und ihre Ersparnisse zusammenlegen wollten, so seien sie selber Capitalisten. Sobald dem Herrn Schulze seine Definition vom Capital, noch dazu in so glanzvoller Weise wie durch Lassalle, als falsch und nichtig nachgewiesen wurde, war ihm der Boden unter den Füßen weggezogen. Es ist also auch nicht wahr, daß der Arbeiterstand seine gedrückte Lage nur sich selber zuzuschreiben habe; es ist nicht wahr, daß die Armuth der niedern Industriewelt deren eigene Schuld und Schande sei; und es kann daher auch nicht der „Würde der Arbeiter“ widersprechen, wenn sie sich anderweitig um die Hülfe umsehen deren sie selber nicht mächtig sind. Was gegen diese Thatsache unter dem Vorwand angeblich unumstößlicher Grundsätze der correkten Volkswirthschaft vorgebracht wird, ist Alles nur täuschende und beschönigende Hülle für die ungestörte Fortsetzung des Wuchers, den das große Capital mit dem Ertrag fremder Arbeitskraft treibt und in's Unermeßliche fortführen will.

Allen andern Richtungen hingegen die wir aufgeführt haben, außer den Socialpolitikern der Bourgeoisie, ist es wirklicher Ernst mit der Eindämmung des Weltwuchers der großen Industrie. Wie bekannt hat der liberale Oekonomismus überhaupt den Wucher aus einem Laster in eine Tugend verwandelt; er betrachtet allen Wucher als ein Naturgesetz von ganz besonders glücklicher Wirkung auf die consumirende Menschheit, und er geht hierin völlig consequent von dem Princip des absoluten Eigenthums aus. Alle andern Social-Politiker die wir gleich noch einmal näher charakterisiren werden, bezeugen einen instinktiven Widerwillen gegen den Satz, daß es mir erlaubt seyn soll, mein Vermögen willkürlich zur

[illegible] Ausbeutung des Unvermögens Anderer anzu-
[illegible]en; sie alle leitet die alte Erwerbsregel der christlichen
[illegible]: „Leben und leben lassen.“ Somit stehen sie im Wesent-
[illegible] alle auf dem Standpunkt Lassalle's. Sie alle müssen
[illegible]ngen wie er, daß das Eigenthum aufhöre Fremdthum
[illegible]eyn; daß der Mensch aufhöre todtes Arbeitsinstrument
[illegible]eyn und daß er wieder lebendiger Arbeiter werde; daß
[illegible]ig die Arbeit produktiv sei und nicht die Kaufsumme der-
[illegible]; mit Einem Wort daß in der gesellschaftlichen Zukunft
[illegible] Menschheit das Capital aus erspartem eigenen Arbeits-
[illegible]g, nicht aber aus aufgehäufter fremder Arbeit entstehen
[illegible]e. Sie alle können daher im Wesentlichen nichts einzu-
[illegible] haben gegen die Erklärungen, welche Lassalle über
[illegible] Verhältniß zum Capital einerseits und zum Eigenthum
[illegible]erseits gibt, wie folgt:

„Was der Socialismus (der Lassalle'sche nämlich) will, ist
[illegible] das Eigenthum aufheben, sondern im Gegentheil indivi-
[illegible] Eigenthum, auf die Arbeit gegründetes Eigenthum erst
[illegible]en. Und wenn wir nun auch von dem einmal entstan-
[illegible] Capitaleigenthum, als in rechtlicher Uebereinstimmung mit
[illegible] wie wenig rechtlich auch diese selbst seyn mochten —
[illegible] Zuständen entstanden, absehen wollen, so haben wir
[illegible] jedenfalls das unbestreitbarste Recht, das noch ungewor-
[illegible] Eigenthum der Zukunft durch eine andere Gestaltung
[illegible] Produktion zum Arbeitseigenthume zu gestalten.“

„Hoffentlich werden unsere Herrn Bürger die feudale Be-
[illegible]ung nicht aufstellen wollen, daß die Arbeiter ihre glebae
[illegible]ipti, ihre Leibeigenen seien, und daß, auch nachdem das
[illegible]geheimniß der heutigen Produktion durchschaut ist, das
[illegible] diesen Produktionsmodus fortführen müsse, damit der
[illegible]ter fortfahren müsse zum Besten des Capitals zu frohnden“*).

Soll aber nun dem industriellen Wucher mit dem Ertrag
[illegible]der Arbeitskraft Einhalt gethan werden, so gibt es hiezu

*) Lassalle a. a. O. S. 210.

nur Ein Mittel. Es muß nämlich ein Weg gefunden werden zu anderer und besserer Vertheilung des Produktionsertrags. Auch darin stimmen alle unsere Socialpolitiker mit Ausnahme derer von der Bourgeoisie überein. Besonders nachdrücklich hat dieß, wie wir gesehen haben, in neuester Zeit Professor Huber in Wernigerode gethan. Er sagt nur mit andern Worten dasselbe, was Lassalle als einen der Grundwidersprüche der heutigen Gesellschaft bezeichnet hat. Die große Produktion ist schon heute eine gemeinsame und corporative, die Distribution aber, die Vertheilung der erzeugten Produkte ist keine gemeinsame sondern eine individuelle. Das heißt: das Produkt geht nicht nur als Gegenstand sondern auch seinem Werthe nach in das individuelle Eigenthum des Unternehmers über, der es für seinen eigenen Gewinn verwerthet, sämmtliche Arbeiter aber, die zu dem Zustandekommen des Produkts cooperirt haben, bloß nach dem Lohngesetz abfindet, wie es sich für Leute bilden muß, die ohne diesen Lohn überhaupt keine Arbeit zu einem Erwerbszweck beginnen können, und also nur die Wahl haben sich zu gebotenem Preis zu verkaufen, oder zu verhungern. Sie erhalten nicht mehr als den nach dem Durchschnitt der Lebensnothdurft bemessenen Taglohn, während der Unternehmer nicht bloß die Zinsen des im Geschäfte steckenden Capitals und seinen Lohnantheil für die geistige Leitung, sondern auch den noch erübrigenden eigentlichen Geschäftsgewinn für sich allein behält.

Aber nun kommt die schwere Frage: **wer** soll dem industriellen Wucher mit dem Ertrag fremder Arbeit Einhalt thun, und **wie** soll eine andere Vertheilung des Produktions-Ertrags in's Werk gesetzt werden? Ueber dieser Frage spalten sich alsbald auch diejenigen unserer Socialpolitiker, die im Uebrigen darin vollkommen einig sind, daß es mit der gerühmten Selbsthülfe der Arbeiter gegen das große Capital nichts sei und daß denselben die Hülfe allerdings von außen

*) Lassalle a. a. O. S. 43.

kommen müsse. Aber — woher? Die Einen appelliren an die gesunde Einsicht und an die freiwillige Liebe der besitzenden Classen, die Andern appelliren an den Staat.

Zu den Ersteren zählt vor Allen der Herr Bischof von Mainz. Da er aber auch selbst des Gedankens sich nicht entschlagen kann, daß hier nicht anders als im Großen geholfen werden könne, so schließt er doch den Staat nicht ganz aus. Er will zwar die Zwangspflicht und das Recht die nöthigen Gelder aus der Besteuerung der wohlhabenden Classen aufzubringen, nicht zugeben; aber er erklärt doch die Produktiv-Associationen für eine herrliche Idee die, soweit sie ausführbar wäre, die unmittelbarste und handgreiflichste Lösung des großen Problems bieten würde, und er denkt wohl auch an diese Idee, wenn er auf die säkularisirten Kirchengüter hinweist, durch deren Widmung für die Armen der Staat seinen Raub sühnen könnte*). — Einen ähnlichen Standpunkt nimmt der volkswirthschaftliche Professor Dr. Glaser in Berlin ein. Er empfiehlt die Verwendung der in den Sparkassen niedergelegten Gelder zur Gründung der fraglichen Associationen, wogegen dann der Staat die Verwaltung und Garantie des Sparkassa-Wesens übernehmen müßte**).

Wie man sieht haben beide Herrn mit Lassalle die Anschauung gemein, daß sie vom Staat jedenfalls nur eine mehr oder minder große That verlangen, keineswegs aber an ein continuirliches Thun und Machen der Staatsgewalt denken, wodurch auf mehr oder minder bureaukratischem Wege von neuem eine positive Organisation der Arbeit herzustellen wäre. Diesen Standpunkt nehmen dagegen, wie wir gezeigt haben, die conservativen Socialpolitiker in Preußen ein, wenn auch in sehr verschiedener Weise. Auch Hr. V. A. Huber in Wernigerode berührt sich nothwendig mit demselben, seit-

*) Von Ketteler a. a. O. S. 15. 138.
**) J. C. Glaser a. a. O. S. 94 ff.

dem er eine autoritative Regelung der Preise auf dem Arbeitsmarkte anstrebt und den Arbeitern eine Dividende vom Geschäftsgewinn zuspricht. Den Standpunkt jener norddeutschen Socialpolitiker theilt ferner ein süddeutscher Namens-Vetter des berühmten Publicisten in Wernigerode, Professor Johannes Huber in München, wenn er meint, die Staats-Verwaltung müsse Consumtion und Produktion in ein richtiges Verhältniß bringen, z. B. verhüten daß für einen Arbeitszweig eine Ueberzahl von Arbeitskräften sich ansammle; überhaupt thue nicht nur eine Organisation der Arbeit noth sondern auch eine Organisation des Weltmarkts*).

Die Anhänger dieser bureaukratischen Anschauung von der Sache stehen aber auch sofort vor der unüberwindlichen Schwierigkeit des Wie? Wie soll es gemacht werden, daß die Vertheilung des Produktionsertrags eine andere wird? Wie soll die Arbeiter-Dividende ausgemittelt, wie soll es mit der Dividende des Risiko gehalten, wie soll die Gebühr für die geistige Leitung der Unternehmungen festgestellt werden? Wir führen diese Anstände nur beispielsweise an. Die Social-Politiker der Bourgeoisie pflegen nämlich den eigentlichen Geschäftsgewinn in einer gefälligen Verkleidung vorzuführen, und am liebsten maskiren sie denselben als Entschädigung für das Risiko und als geistige Arbeitsvergütung für die Geschäftsleitung. In dieser feinen Wendung liegen für die Anhänger einer bureaukratischen Organisation der Arbeit ohne Zweifel bedenkliche Fallstricke. Für Lassalle hingegen existiren die beiden Schwierigkeiten gar nicht, am wenigsten das Risiko von dem er sagt, daß es überhaupt nur auf der Concurrenz der großen Capitale unter sich und auf der damit verbundenen Ueberproduktion beruhe; mit dem Aufhören der Ursache werde daher auch die Wirkung von selbst verschwinden. Hören wir den genialen Denker auch noch über diese zwei Punkte!

*) Hr. J. Huber beschäftigt sich übrigens wohl nur als Dilettant mit der socialen Frage, und er gewahrt die Tragweite seiner hingeworfenen Vorschläge offenbar selber nicht.

„Das Risiko soll der gerechte und hauptsächliche Grund des Capitalprofits seyn! Nun, wäre dem selbst so, so gilt dieß doch höchstens eben nur von der jetzigen Welt; es gibt aber ein Mittel die Produktion so zu gestalten, daß alles Risiko und damit auch jede Gerechtigkeit des Capitalprofits verschwindet. Mit andern Worten: das Risiko ist nur eine rein negative Erscheinung. Es ist nur die Rache für das Uebel, die consequente Rache dafür, daß statt der Arbeit das Capital als erwerbend gesetzt ist."

„Ebenso ergeht es der „„geistigen Arbeitsvergütung"" für die Geschäftsleitung, welche die Natur des Unternehmer-Gewinnes bilden soll. Wenn es den Herren Bürgern wirklich nur um ihren geistigen Arbeitslohn zu thun ist, der aber in Wahrheit nur ein winziges, winziges Theilchen des heutigen Unternehmer-Einkommens ist, dann würden sie diesen eben sogut und noch reichlicher in den großen Arbeiter-Associationen finden und hätten also gar keinen Grund sich gegen die Maßregel zu ereifern. Denn Geschäftsleiter, Fabrik- und Betriebsdirektoren, Buchhalter, Cassenführer, kurz geistige Leitung aller Art würden ja auch diese großen Associationen brauchen"*).

Fassen wir nun das Ganze zusammen, so ist nicht zu läugnen daß, wie auch der Hr. Bischof von Mainz erklärt, der Weg Lassalle's die unmittelbarste und handgreiflichste Lösung des großen Problems bieten würde. Sie träte dem Princip des Eigenthums und diesem an sich selbst eben so wenig oder noch weniger zu nahe, als irgend eine jener Organisationen der Arbeit welche auf bureaukratischem Wege versucht werden könnten, vorausgesetzt ihre Möglichkeit. Auch durch die Vorbedingung der mittelst Besteuerung aufzubringenden Staatsvorschüsse wäre das Privateigenthum nicht mehr gefährdet, als dieß im liberalen Staat überhaupt der Fall und insbesondere von der reinen Demokratie wann und wo sie zur Macht gelangt, unter allen Umständen zu fürchten ist. Freilich erhielten durch eine solche Einführung der Produktiv-

*) Lassalle a. a. O. S. 218.

Associationen im Großen die modernen Zustände und alle gesellschaftlichen Zusammenhänge einen Stoß, dessen Nachschwingungen mächtig und unberechenbar wären. Darauf muß aber jeder gefaßt seyn, der dem Weltwucher mit dem Ertrag fremder Arbeit ein Ende gemacht wissen will und der überhaupt nicht, unter scheinbaren Vorwänden wie die Socialpolitiker der Bourgeoisie, darauf ausgeht, daß im Grunde Alles beim Alten bleibe. Insbesondere dann wenn eine Lösung der Arbeiter-Frage weder auf dem Wege einer positiven Organisation in bureaukratischer Weise noch sonst durch von außen kommende Beihülfe zu erreichen wäre, müßte man in dem Vorschlage Lassalle's allerdings noch das leichteste und mildeste Uebergangsmittel erkennen. Ich sage Uebergangsmittel; denn die Lösung der gesammten socialen Frage wäre damit noch keineswegs geschehen, sondern nur ein bestimmter und bestimmender Mobus angebahnt.

Man hat noch einen andern Grund der Unmöglichkeit der Gesellschaftslehre Lassalle's angeführt, den nämlich daß das verwirklichte System der Produktiv-Associationen das Capital aus dem Lande treiben würde. Ist aber dieß überhaupt zu befürchten, dann darf man schlechthin an keinen Einhalt gegen den Wucher mit dem Ertrag fremder Arbeit denken. Denn jede andere Organisation der Arbeit würde diese Wirkung gleichfalls ausüben, und dann erst recht reinen Tisch und die betreffenden Arbeiter-Massen völlig hülflos hinter sich lassen. Gerade bei dem Plane Lassalle's wäre diese Eventualität am wenigsten mit Gefahr verbunden. Denn wenn auch das Capital sich lieber vom industriellen Geschäft zurückziehen als mit den Genossenschaften Concurrenz eingehen würde, dadurch daß es auch seinerseits die Lohnsätze stark genug erhöhte, um immer noch die genügende Arbeiterzahl für sich zu behalten: so würde das Capital deßhalb doch nicht aus dem Lande gehen. Aus dem einfachen Grunde nicht, weil es nicht wüßte wohin? Lassalle hat nicht umsonst immer betont, daß sein Versuch nur im Großen stattfinden dürfte, und sobald irgendwo einmal ein solcher

Anfang gemacht wäre, so würde er sicher in kürzester Frist die ganze Welt mit sich fortreißen. „In dem Augenblicke wo ein europäischer Großstaat Ernst mit der Verwirklichung des Rechts der Arbeit machte, in diesem Augenblicke würde, vom zündenden Funken plötzlich entflammt, unwiderstehlich die Arbeiterbewegung durch ganz Europa gehen, und wenn die Machthaber, wenn die Staatsgewalten nicht friedlich sich ihr beugen wollten, nun denn, in den Straßen der europäischen Hauptstädte würden die Arbeiter ihre Rechte sich zu erkämpfen wissen" *).

Dieß wird denn wohl auch, mit oder ohne den Vorgang einer europäischen Großmacht, der thatsächliche Weg zum Durchbruch der Arbeiterfrage seyn. Wir glauben so gewiß an die Zukunft der Gesellschaftslehre Lassalle's als die gegenwärtigen socialen Zustände von allen unbefangenen Beobachtern für unhaltbar erklärt werden. Aber es wäre das erstemal in der Weltgeschichte, daß eine solche Aenderung in den gesellschaftlichen Grundlagen ohne Blut und Eisen eingetreten wäre. Wenn ein so großer Geist, wie ihn die friedliche Umwandlung des modernen Erwerbslebens erfordern würde, auch wirklich irgendwo auf den großmächtigen Thronen säße, und wenn ein solches Weltgenie mit dem goldenen Reif zweitens es auch vermöchte, den Widerstand aller derjenigen zu brechen welche bis jetzt die eigentlichen Constituenten unserer Staaten sind — so handelte es sich erst noch um den Thon, aus dem die neue Gesellschaftsform des vierten Standes gebildet werden soll. Das Rohmaterial ist freilich vorhanden und drängt sich täglich mehr an die Oberfläche; aber geknetet ist es lange noch nicht genug. Das werden und müssen Krisen thun von Mark und Bein erschütternder Gewalt. Bis dahin wird man von unten zum Kampfe rüsten, von oben lottern und hängen lassen, was man ja überhaupt heutzutage „regieren" heißt!

*) Social-Demokrat vom 5. November 1865.

XXIII.

Ansiedlung des oberen Amazonenthales und Missionen der Jesuiten und Franziskaner.

(Schluß.)

Nach dem hatten die Jesuiten ihre sämmtlichen Missionen am oberen Amazonenstrome, zwischen dem Pongo de Manserriche und der Mündung des Ucayali, und am Napo concentrirt. Im J. 1732 machten die Portugiesen eine neue Invasion, allein Pater Schingler, ein muthiger und resoluter Bayer, bewaffnete die Indianer und trieb die Feinde mit großem Verluste zurück. Gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die Missionen wieder im schönsten Aufblühen begriffen und auch nach der furchtbaren Pockenepidemie von 1762, die ihre Seelenzahl auf 18,000 reducirte, nahmen sie wieder bedeutend zu, besonders durch die geschickte Verwaltung der deutschen Patres Weigel und Wiedmann, bis die Verbannung der Jesuiten aus Amerika im J. 1773 den gänzlichen Ruin der Missionen zur Folge hatten. Jeveros, Laguna und Omaguas sind die einzigen heute bestehenden Orte im oberen Amazonen-Thale, die noch von den Jesuiten gegründet wurden. Doch fast alle Dörfer am peruanischen Theile des Amazonenstromes wurden später von Bewohnern dieser drei Orte angesiedelt, sowie von Flüchtlingen des gleichfalls von den Jesuiten ge-

gründeten und im J. 1841 von den Gibaro-Indianern zerstörten Borja.

Die Art und Weise, wie die Jesuiten in ihren verschiedenen amerikanischen Missionen, im Amazonenthale wie in Paraguay, die Wilden civilisirten, war gänzlich von allen andern Versuchen der Art verschieden. Nur boten sich ihnen im Amazonen-Thale weit mehr Schwierigkeiten dar, als in Paraguay. Im Amazonenthale, wenigstens in den unteren Ebenen, welche die Jesuiten damals nur kannten, ist das ganze Land mit undurchdringlichen Urwäldern bedeckt, weßhalb die ersten Missionen nur am Laufe der schiffbaren Flüsse angelegt werden konnten, was sie aber auch den Angriffen der Wilden und Portugiesen weit mehr aussetzte, als in Paraguay, wo Wälder mit Savannen abwechseln. Hier konnte man die Ansiedlungen mehr im Innern anlegen, was die Angriffe der Feinde, die große Landmärsche zu machen hatten, sehr erschwerte. Ferner lebten die Indianer in Paraguay schon bei Ankunft der Jesuiten in großen Stämmen zusammen, während sie im Amazonenthale in den Wäldern zerstreut wohnten und nur mit größter Mühe dahin zu bringen waren, sich in größeren Niederlassungen zu vereinigen.

Das Colonisationssystem der Jesuiten*), worin sich auf praktische Weise die Religion und das Gemeinwesen, der Gehorsam und die Freiheit, der Respekt und die Liebe gegenseitig unterstützten und vereinigten, war weit von der Inca-Regierung verschieden, von der es nach der Meinung verschiedener Schriftsteller eine Nachahmung seyn sollte**), und um es einzuführen, brauchten sie nie die Hülfe großer Heere, womit die Söhne der Sonne ihr System den eroberten Völkern aufdrangen.

Jede Mission hatte ihren Corregidor (Präfekt), zwei Alcalden (Richter) und verschiedene Regidores (Schöffen),

*) Barry.
**) Abbé Raynal.

welche sämmtlich vom Volke in Gegenwart des Pfarrers erwählt wurden und welche dem letzteren sowohl in temporellen als spirituellen Dingen untergeben waren. Die Wahlen wurden jährlich abgehalten und von dem Gouverneur der Provinz bestätigt. Außer diesen Civilbehörden war noch ein Cacique ernannt, dessen Pflicht es war, die Mission gegen feindliche Einfälle zu vertheidigen.

Die Regierung dieser Republik war theokratisch und ihr Gesetzgeber war das Gewissen. Strafgesetze existirten keine, sondern nur Vorschriften, deren Mißachtung mit Fasten, öffentlicher Buße, Gefängniß und nur selten mit Stockstreichen bestraft wurde. Bei der in den Missionen herrschenden Sittenreinheit waren diese Strafen genügend. Wie in der Kirche der ersten Jahrhunderte des Christenthums waren öffentliche Bußen eingeführt. Einige der achtbarsten Indianer waren zu Wächtern der öffentlichen Ordnung bestimmt. Wenn diese einen Indianer bei irgend einem gröberen Vergehen überraschten, so steckten sie den Schuldigen in Bußkleider, führten ihn nach der Kirche, wo er demüthig seine Schuld bekannte und darauf nach dem Marktplatze, wo er öffentlich einige Ruthenstreiche erhielt. Keiner versuchte je sein Vergehen zu verkleinern oder der Strafe auszuweichen; alle empfingen sie mit Danksagungen und es gab sogar Indianer, welche ohne andere Zeugen als ihr Gewissen ihre Schuld bekannten und die Abbüßung verlangten, um ihr Gewissen zu beruhigen.

Ebenso wenig bestanden Civilgesetze — Eigenthumsrechte waren ja kaum bekannt. Allerdings ward jedem Familien-Vater ein Stück Land angewiesen, dessen Ertrag zur Ernährung seiner Familie bestimmt war; aber er konnte nicht nach Gutdünken darüber verfügen, dieß war die Sache des Pfarrers, da der Indianer als Zögling unter der Zucht seines Lehrers stand.

Ein anderer Theil der Ländereien ward gemeinschaftlich bearbeitet, deren Ertrag zur Erhaltung der Wittwen, Waisen,

Kranken, Alten, Caciquen, Verwaltungsbeamten und Handwerker diente. Der Rest der Ländereien, sowie die Industrie-Produkte gehörten der Gemeinde. Hievon wurden die unvorhergesehenen Ausgaben bestritten, die Kosten des Gottesdienstes, die Kleider und übrigen Bedürfnisse der Individuen und der Gemeinde.

In den ersten drei Tagen der Woche ward für die Gemeinde gearbeitet und die anderen drei Tage widmete man dem Anbaue der eigenen Ländereien. In feierlicher Procession, mit Musik ward auf das Feld gezogen, um die Arbeiten angenehmer zu machen.

Weder Bettler noch Müßiggänger duldete man in diesen Gemeinden. Man schickte sie nach den reservirten Feldern, dem sogenannten „Besitzthume Gottes", um dort zu arbeiten. Alle nicht mit dem Anbaue der Baumwolle beschäftigten Weiber hatten zu spinnen und täglich ein gewisses Gespinnst abzuliefern. Nur die schwangeren, säugenden, kranken oder sonstwie verhinderten Weiber waren von den Arbeiten des Baumwollenbaues befreit.

In jeder Mission waren Werkstätten für nützliche und nothwendige Handwerke angelegt, für Schmiede, Zimmerleute, Weber, Metallgießer, sowie auch Ateliers für Maler, Bildhauer und Musiker. Sobald die Kinder alt genug zum Arbeiten waren, führte man sie in die Werkstätten, wo ihr Talent über die Wahl des Handwerkes oder der Kunst entschied.

In den Missionen war der Gebrauch des Geldes sowie jedes Ersatzmittels für das Geld unbekannt. Feldfrüchte und Industrieprodukte wurden vertauscht gegen alle nothwendigen Artikel, welche die Indianer nicht besaßen. Wenigstens war dieß in Paraguay der Fall, wo sowohl Rohprodukte als Fabrikate viel nach Buenos Aires ausgeführt wurden. Hier bestand die Hauptausfuhr in Paraguaythee, Wachs, Honig und Baumwollenzeugen. Mit ihrem Ertrag wurden die Steuern an den König bezahlt — acht Dollars für jeden

Mann zwischen 18 und 50 Jahren — und der Zehnten an die Kirche; den Rest verwendete man für nöthige Artikel zum Gebrauche der Indianer, für Ausschmückung der Kirchen und Festkleider, welche die Vorsteher bei feierlichen Gelegenheiten trugen.

Diese Gemeinden waren die einzigen in der Welt, wo vollkommene Gleichheit herrschte. Wohnung, Kleidung, Nahrung, Arbeit, Recht zu Anstellungen — alles war gleich. Der Corregidor, die Alcalden und übrigen Magistratspersonen fanden sich mit ihren Frauen immer zuerst bei den gemeinschaftlichen Arbeiten ein. Alle diese Beamten gingen baarfuß und als einziges Zeichen ihrer Würden trugen sie einen Amtsstock; nur bei feierlichen Gelegenheiten trugen sie eine dekorirte Amtstracht.

Die Wohnungen waren im Anfange höchst einfach. Möbel waren fast ganz unbekannt; Hängematten vertraten die Stelle der Betten, Stühle gab es nicht — man setzte sich auf den Fußboden und aß auf demselben, ganz so wie es die Indianer-Sitten von jeher gewesen waren. Doch im Laufe der Zeit, je mehr sich diese Naturkinder civilisirten, wurden auch die Wohnungen mehr ausgeschmückt und mit größeren Bequemlichkeiten versehen.

In jedem Dorfe befand sich eine sogenannte Zufluchtstätte (refugio), wo die kinderlosen Frauen während der Abwesenheit ihrer Männer, die Wittwen, die alten und gebrechlichen Weiber wohnten. Dort wurden sie ernährt und gekleidet und bekamen leichtere Arbeiten, um sie in Thätigkeit zu erhalten.

Der Hauptplatz des Dorfes war immer für die Kirche bestimmt. Namentlich in Paraguay, wo die Jesuiten-Missionen viel länger bestanden, als im Amazonenthale, gab es herrliche Kirchen, die nur den berühmten Domen Europa's an Schönheit nachstanden. Der Gottesdienst ward mit großer Feierlichkeit abgehalten. Die erhebende Musik, die schönen Gemälde, die Ausschmückung des Tempels, die Wolken von

Weihrauch, das melodische Läuten der Glocken, alles dieß mußte die Sinne der Indianer mit Genuß und ihre Herzen mit Frömmigkeit erfüllen.

In allen Missionen bestanden öffentliche Elementar-Schulen, worin die Kinder im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet wurden; auch gab es eigene Musikschulen, wo die Indianer alle Arten von in den Missionen selbst verfertigten Instrumenten spielen lernten. Das Singen ward nach Noten gelehrt und in einigen Missionen von Paraguay waren die Indianer so weit vorgeschritten, daß öfters die schwierigsten Musikstücke aufgeführt wurden.

In allen Dörfern waren schöne Begräbnißplätze erbaut, geräumig, von Mauern eingeschlossen und mit Alleen von Cypressen, Lorbeeren, Orangen und Citronenbäumen und den verschiedenartigsten Blumen geschmückt. Die Straßen der Dörfer waren gerade, in rechten Winkeln ausgelegt. Im Mittelpunkte befand sich der Platz mit der Kirche. Neben dieser war das Collegium der Missionäre und nachher folgte eine Reihe öffentlicher Gebäude, Magazine, Scheunen und Werkstätten.

Zu einer bestimmten Stunde der Nacht ertönte die Glocke, um die Zeit des Schlafengehens anzuzeigen. Eine Patrouille, alle drei Stunden abgelöst, wachte über die Aufrechthaltung dieser Verordnung. Oeffentliche Vergnügungen fanden statt von Zeit zu Zeit, namentlich Turnerfeste und gymnastische Spiele. Tänze zwischen beiden Geschlechtern waren untersagt, um alle Vergehen gegen die Schamhaftigkeit zu vermeiden.

Die Portugiesen, weit grausamer als die ersten spanischen Eroberer, pflegten Einfälle in die Jesuiten-Missionen Paraguay's und des Amazonenthales zu machen, theils um die Grenzen ihres Gebietes zu erweitern, theils und namentlich aber um Menschenraub zu treiben und die Indianer als Sklaven wegzuschleppen. Zur Vertheidigung der Missionen hatten die Jesuiten in Paraguay ein eigenes Militärsystem

eingeführt. In jeder Mission befanden sich zwei Compagnien wohl disciplinirter und wohl bewaffneter Milizen, befehligt von ihren Caciquen, so daß immer die verschiedenen Miliz-Compagnien sich schnell vereinigten, sobald eine Gemeinde von wilden Indianern oder Portugiesen bedroht ward, und eine so respektable Macht entgegenstellten, daß die Räuber es nie mehr wagten, in der Nähe der Missionen sich zu zeigen.

Jedenfalls war das System der Jesuiten das beste, was je zur Civilisirung der amerikanischen Indianer war angewandt worden; die Jesuiten verstanden vollkommen den indianischen Charakter und überhaupt mag für alle niederen menschlichen Racen die socialistische Regierungsform vielleicht die zweckmäßigste seyn. Auch zeigen sich die Nachkommen der Jesuiten-Zöglinge — die Bewohner von Paraguay — noch immer als die thätigsten und sittlichsten Indianer Amerika's und dieß kleine Paraguay macht jetzt wahrlich drei mächtigen Staaten — Brasilien, der argentinischen Republik und Uruguay — die es ganz allein kühn angegriffen hat, genug zu schaffen.

Die Grausamkeit, mit der die Spanier die wenigen getauften Indianer behandelten, welche sich vor der Ankunft der Jesuiten in Paraguay und dem Amazonenthale vorfanden, hatte in jenen Unglücklichen den Glauben hervorgerufen, die Taufe sei das unauslöschliche Zeichen der Sklaverei, so daß sie schon vor dem bloßen Worte „Taufe" erzitterten. Die Jesuiten durchschauten dieß gleich und nahmen sich vor, die Indianer immer mit der liebevollsten Zartheit zu behandeln; sie unterrichteten dieselben wie Kinder, wiesen sie zurecht wie Zöglinge, und wenn sie Fehler begingen, tadelten sie dieselben wie Söhne. Hiedurch brachten es die Jesuiten dahin, die Indianer in größeren Gemeinden zu vereinigen; kannten letztere einmal die Vortheile des gesellschaftlichen Lebens und fanden sie Geschmack daran, so war es dann leicht, ihnen mit Nutzen das Evangelium zu predigen. Seit jener Zeit befolgten die Jesuiten stets das Princip,

zuerst aus den Wilden Menschen zu machen und nachher erst ihnen die Religion beizubringen.

Auch außerhalb der Missionen, in den Städten und Dörfern der spanischen Colonien zeigten die Jesuiten die aufopferndste Thätigkeit und eine musterhafte Aufführung. Das beste Werk über die socialen Verhältnisse des spanischen Amerika (die sich seit jener Zeit bis heute wenig geändert haben) ist immer noch die alte Beschreibung von Don Jorge Juan und Don Antonio de Ulloa, geschrieben im J. 1740. Die Verfasser tadeln darin das Leben des Klerus mit der rücksichtslosesten Strenge und, wenn wir damit die heutige Verkommenheit der Geistlichkeit in den spanischen Republiken vergleichen, mit vollkommenem Rechte; allein immer nehmen sie die Jesuiten aus und zollen stets ihrer Thätigkeit und moralischem Lebenswandel volle Anerkennung. Seite 513 heißt es: „Bei den Jesuiten findet man nicht die Sittenlosigkeit des übrigen Klerus, von der wir bisher geredet haben; denn ihre Regeln, so gänzlich von denen der anderen Orden verschieden, dulden keine Fäulniß in den Gliedern ihrer Gemeinschaft. Daher sieht man nie bei ihnen jene Irreligiosität, die öffentlichen Skandale und gemeinen Ausschweifungen, welche in den übrigen Klöstern so allgemein sind. Die tägliche Berührung mit den vielen Lastern jener Länder verdirbt wohl die Moral einiger Individuen; allein sobald als dieß die Oberen bemerken, wird das schuldige Subjekt ausgestoßen und auf diese Weise bewahren sie stets ihre Collegien in ihrer ursprünglichen Reinheit." Darauf sprechen die Verfasser von der großen Ordnung und zweckmäßigen Einrichtung der Jesuiten-Collegien, der Pracht ihrer Kirchen, den vielen Almosen welche sie unter den Armen vertheilen und ihrem großen Reichthume, den sie nicht wie die übrigen Klöster durch Bedrückung der Indianer, durch Zehnten und Gebühren erworben haben, sondern durch eigenen Fleiß und Sparsamkeit, durch sorgfältige Bebauung ihrer Ländereien, zweckmäßige industrielle Anlagen, Handel mit

eigenen Produkten u. s. w. Seite 530 sagen die Verfasser: „Die Jesuiten sind von großem Nutzen in den Städten, indem sie die Jugend unterrichten, an bestimmten Tagen der Woche den Indianern predigen und ihnen nützlichen Unterricht ertheilen; ferner halten sie Missionspredigten in Städten und Dörfern und lassen nicht nach in ihren Bemühungen, den Lastern zu steuern. Zu jeder Stunde der Nacht sind sie bereit, Beichte zu hören oder entfernt wohnenden Kranken den Trost der Religion zu spenden, während sich die anderen Orden um alle diese Sachen nicht kümmern und nur auf die Wahrung ihrer weltlichen Interessen bedacht sind."

Natürlich machten sich die Jesuiten bald die übrige Geistlichkeit zu Feinden und zugleich erweckte der Umstand, daß sie die Indianer zu heben suchten und sie beständig gegen alle Unterdrückungen in Schutz nahmen, den Haß der spanischen Behörden und großen Besitzer. Der große Contrast, welcher zwischen den Indianern der Jesuiten-Missionen und denen ihrer eigenen Städte und Pflanzungen herrschte, mußte diese habsüchtigen Räuber nur immer mehr erbittern und vermehrte ihr Geschrei gegen den Orden. Die Jesuiten rechtfertigten sich nicht durch Ausflüchte, sondern durch Darlegung großer Wahrheiten. Natürlich waren sie genöthigt alle Ausdrücke zu vermeiden, welche ihre Gegner noch mehr reizen oder sie selbst in Madrid compromittiren konnten. „Wir wollen nicht"*), sagten sie, „uns dem Nutzen widersetzen, den Ihr auf gesetzlichem Wege aus den Indianern ziehen könnt; aber wisset, es ist nie die Absicht des Königs gewesen, daß Ihr sie im Widerspruche mit dem Gesetze Gottes als Sklaven betrachten solltet. In Bezug auf diejenigen Indianer, welche wir unternommen haben für unseren Herrn Jesus Christus zu gewinnen und auf die Ihr gar kein Recht besitzet, indem sie nie durch Waffengewalt unterworfen worden sind, erklären wir Euch unseren Entschluß, aus ihnen Menschen und wahre Christen zu machen. Später werden wir sie dahin bringen,

*) Barry.

daß sie sich aus eigenem Antriebe und eigenem Interesse dem Könige unterwerfen und dieß hoffen wir mit Gottes Hülfe bald zu erreichen. Nie glauben wir, daß es erlaubt sei sie ihrer Freiheit zu berauben, denn darauf besitzen sie ein natürliches und unbestreitbares Recht. Doch werden wir ihnen begreiflich machen, daß der Mißbrauch der Freiheit nur schadet, und sie lehren dieselbe in den richtigen Grenzen zu bewahren. Einsehen sollen sie die großen Vortheile der Abhängigkeit, in welcher die civilisirten Völker leben, sowie des Gehorsams gegen einen Fürsten, der nur ihr Beschützer und Vater seyn will — dann werden sie gewiß ihr Joch mit Freuden tragen und den glücklichen Augenblick segnen, in dem sie seine Unterthanen geworden sind. Aber vor allem sollen sie die Erkenntniß des wahren Gottes erlangen, was mehr werth ist als alle Schätze der Welt."

Allein stets mehrte sich die Anzahl ihrer Feinde, mit immer mehr Anklagen ward das Kabinet von Madrid gegen die Jesuiten bestürmt, bis dasselbe, eifersüchtig auf die große Macht des Ordens in Amerika, ihre Austreibung beschloß. Ein Grund war bald gefunden. Der einleuchtendste waren immer die großen Reichthümer, die der Orden besitzen sollte. Die Verbannung der Jesuiten aus der ganzen Monarchie und die Einziehung ihrer sämmtlichen Güter ward im Jahre 1773 dekretirt — aus Ursachen, die wie das Dekret wörtlich sagte, „im königlichen Sinne reservirt" seien (por las causas reservadas en el real animo). Eine furchtsame Politik hatte dieses Dekret geschaffen und seine Ausführung mußte daher insgeheim durch Ueberraschung bewerkstelligt werden. Es ward mit den betreffenden Instruktionen den verschiedenen Vice-Königen und Präsidenten der amerikanischen Provinzen mitgetheilt, damit in einer bestimmten Nacht zu einer gewissen Stunde alle Jesuiten in sämmtlichen Provinzen überrascht würden. Da dieselben nie, wie die anderen Mönche im spanischen Amerika, außerhalb ihrer Collegien schliefen, so zweifelte man nicht, daß diese Maßregel den gewünschten Erfolg haben würde.

In derselben Nacht rief in jeder Stadt der zur Ausführung befehligte Offizier seine Truppen unter die Waffen, vertheilte verschiedene Pickete in den Feldern um die Flüchtlinge zu ergreifen, umstellte das zu überraschende Collegium mit Wachen, um alle Communikation abzuschneiden, und theilte dann den vertrautesten Unterbefehlshabern das Geheimniß und die Strenge der Ordre mit. Um zwei Uhr des Morgens, in der tiefsten Stille der Nacht, marschirte die Truppe nach dem Collegium. Unter irgend einem Vorwande ward Einlaß begehrt, darauf wurden die Patres zusammenberufen und ihnen das Verbannungsdekret mitgetheilt. Ueberall unterwarfen sich die Geächteten ehrerbietig dem königlichen Befehle.

Schon waren Boten nach allen Richtungen ausgesandt worden, um die auf Missionspredigten abwesenden Patres in den Dörfern und Pflanzungen zu überraschen, worauf sie wohlverwahrt nach den Städten transportirt wurden, um in einem sicheren Gefängnisse vereint mit den Anderen die Abfahrt der Schiffe zu erwarten, welche sie zuerst nach Spanien und von dort nach Italien bringen sollten, wie dieß mit dem Papste abgemacht worden war.

Dieß war das Geschick der Jesuiten. Zum Spielball des Glücks und der Leidenschaften waren sie gemacht worden und sahen sich von allem beraubt, was sie durch ihren Fleiß und ihre Talente, ohne Bedrückung ihrer Nächsten und ohne den König noch das Publikum betrogen zu haben, rechtlich erworben hatten. Sie wußten wohl, daß ihr einziges Verbrechen darin bestand, die Habsucht der Regierung durch den Ruf ihrer Reichthümer gereizt zu haben. Doch die Güter, welche man ihnen wegnahm, waren nicht die ihrigen und so ließen sie den Raub ruhig geschehen; nur fühlten sie betrübt, wie bald diese Güter verschleudert werden würden ohne das geringste Gute damit zu thun, und daß mit ihrer Austreibung die Indianer und die Armen ihren letzten Schutz verlieren mußten.

In jeder Stadt, wo ein Jesuiten-Collegium bestanden hatte, ward am nächsten Tage das königliche Dekret unter

Trommelschall und mit Militärbegleitung verkündigt; doch ward der Verbannung der Jesuiten nur mit ein paar Worten erwähnt, die Hauptsache des Dekretes war der ausdrückliche Befehl, daß „Jeder, der den Jesuiten gehörende Capitale im Gebrauche hätte, dieselben binnen drei Tagen angeben müsse."

Die verschiedenen Anklagen, die das spanische Ministerium gegen die Jesuiten im Allgemeinen erhalten hatte, um den König zu ihrer Austreibung zu bestimmen, wurden nie recht bekannt und blieben ein Kabinetsgeheimniß, allein die Beschuldigungen gegen die Jesuiten von Paraguay kennt man und es waren die folgenden:

1) Die Bevölkerung nahm ab in Folge des Systems der Jesuiten.

2) Die Indianer hatten kein Eigenthumsrecht auf die Erzeugnisse ihres Schweißes.

3) Da die Indianer gesetzlich verpflichtet waren — jeder Mann von 18 bis 50 Jahren — einen jährlichen Tribut zu bezahlen, gaben die Jesuiten immer eine geringere Anzahl derselben an und betrogen auf diese Weise den königlichen Fiscus.

4) Da sie die Produkte der Missionen selbst exportirten, trieben sie einen bedeutenden, für sie sehr gewinnreichen aber für den Staat nutzlosen Handel.

5) Sie erlaubten den Indianern weder die Erlernung der spanischen Sprache noch den Verkehr mit Spaniern, und verhinderten so alle Sympathien die der Verkehr zwischen Völkern erzeugt, um einen abgeschlossenen Staat im Staate zu bilden.

6) Die Jesuiten ließen in ihren Missionen alle Arten von Waffen schmieden um sich in den Stand zu setzen, ihren Ungehorsam und Unabhängigkeit zu behaupten.

Der größte Theil dieser Anklagen ist längst widerlegt worden und wir wollen hier nur einige derselben erörtern.

Die Abschaffung des Eigenthums war unter jenen Umständen nicht nur zu entschuldigen, sondern sogar nothwendig; die Sicherstellung ihrer Existenz war für die Indianer jeden-

falls einem absoluten Eigenthum vorzuziehen. Jeder, der mit dem indianischen Charakter näher bekannt ist, wird gewiß hierin zu Gunsten des Jesuitensystems entscheiden.

In jedem Dorfe war eine Schule, wo Kinder spanisch lesen und schreiben lernten, und wenn die Abschließung gegen die Spanier so streng war, wie die Anklage behauptet, so war dieß gewiß nothwendig, wenn man die Indianer vor den schlechten Beispielen, die solche Gäste nur geben konnten, bewahren wollte. Dieß beweist nur, wie gut die Jesuiten ihre Landsleute kannten.

Das Verfertigen von Waffen war durch die Einfälle der Portugiesen und wilden Indianer geboten.

In Bezug auf ihre Nützlichkeit waren die Jesuiten jedenfalls von allen anderen Orden Amerika's weit verschieden. Letztere waren wahre Drohnen, die von der Arbeit Anderer lebten, während die Jesuiten, abgesehen vom Unterrichte und den Verrichtungen die sie stets mit dem größten Eifer besorgten, sich allem widmeten, was dem Volke Nutzen bringen konnte. Sie suchten den Ackerbau zu heben, hatten Muster-Schulen für Handwerker, führten Verbesserungen ein in Werkzeugen und Ackergeräthschaften — kurz, wo die Jesuiten ein Landgut besaßen, konnte man in der Umgegend ihren Einfluß auf den sittlichen und materiellen Fortschritt des Volkes sehen.

Jedenfalls hat die Vertreibung der Jesuiten viel dazu beigetragen, das Ende der spanischen Herrschaft in Südamerika zu beschleunigen. Dieß wird mir Jeder zugeben, der mit dem Charakter der dortigen Indianer und Mestizen praktisch bekannt ist. Nach der Entfernung jener eifrigen Vertheidiger der königlichen Rechte, nachdem ihr Einfluß auf die Eingebornen verschwunden war, den sie durch ihre Intelligenz und musterhafte Aufführung erworben hatten, blieb dem Staate und der Kirche keine andere Macht über die Bewohner jener Länder mehr in der Hand, als die welche eine Classe von Geistlichen und Beamten bewahren konnte, deren lüderliches Leben be-

ständig Grund zu Aergerniß gab, deren Unwissenheit sie verächtlich und deren Habsucht sie verhaßt machte. Auf das niedere Volk wirkt ein gutes Beispiel weit mehr als die schönsten Reden; wie konnte es demnach von denen Gehorsam lernen, die ihren eigenen Vorgesetzten nicht gehorchten? Wenn es, unterdrückt durch Richter und Gerichtshöfe, Trost bei seinen Pfarrern suchte, fand es dieselben im Bunde mit den Tyrannen; und konnten die Armen die Erpressungen ihrer Pfarrer nicht mehr ertragen, so wurden sie noch obendrein bestraft, wenn sie Klage bei den Behörden erhoben. Diese Mißhandlung der Indianer und Mestizen zerstörte rasch die jenem Volke so eigene Unterwürfigkeit, und sicher wäre die Revolution verhindert oder wenigstens noch auf lange Zeit hin hinausgeschoben worden, wenn man die Jesuiten in jenen Ländern gelassen hätte; denn der Einfluß dieses Ordens auf alle Classen der Gesellschaft, namentlich auf die Indianer war ganz unendlich. Die Indianer gehorchten ihnen blindlings und betrachteten sie als höhere Wesen. Wenig Mühe würde es den Jesuiten gekostet haben, die Indianer allenthalben zu bewaffnen und sie zu bewegen für ihren König und gegen die Revolution zu kämpfen. Die Creolen waren dann verloren und der Ausgang des Krieges nicht zweifelhaft. Mit der Vertreibung der Jesuiten gaben die Spanier ihrer Herrschaft in Amerika den Todesstoß.

Im J. 1673*) drang der Franciskaner Pater Manuel Biedma von Jauja in Mittelperu aus in die östlichen Wälder und gründete die Mission Santa Cruz de Sonomora am Pangoaflusse, einem Nebenstrome des Ucayali. Im J. 1681 hatte er schon einen für Maulthiere passirbaren Weg von Jauja bis zur Mission (über 60 Stunden weit) eröffnet und im J. 1684 verlängerte er ihn bis zur Vereinigung des Pangoa mit dem Perenè, 30 Stunden Weges mehr. Im J. 1686 schiffte er sich hier ein mit dem Pater Antonio Vidal und fuhr den Ucayali hinab bis zur Mündung des Pachitea.

*) Sobreviela.

Hier errichtete er eine Station, San Miguel de los Conibos, wo er den Pater Vidal zurückließ. Er selbst fuhr wieder den Ucayali hinauf, um nach seiner Mission zurückzukehren, ward aber auf dieser Reise von den Wilden ermordet. Bald empfing Pater Vidal die Todesnachricht und da er sah, daß er allein, ohne alle Hülfe, sich unmöglich in jener Wildniß würde halten können, so schiffte er sich in einem Canoe mit sechs Indianern ein und gelangte bald nach den Jesuitenmissionen am Amazonenstrome, nahe dem Ausflusse des Ucayali. Hier erhielt er alle Hülfe, um über Moyobamba nach Lima und Jauja zurückkehren zu können.

Schon vorher waren Franciskaner von Huancabamba und Tarma aus bis zum Perenèflusse vorgedrungen und hatten mehrere Missionen am Cerro de la Sal und im Pajonal gegründet, die aber zweimal von den Indianern zerstört wurden, wobei viele Missionäre und spanische Goldsucher ihr Leben verloren. Der Cerro de la Sal ist ein reiches, dreißig Ellen mächtiges Salzlager, das sich vier Stunden lang von Südwesten nach Nordosten erstreckt und wo alle wilden Stämme des oberen Ucayali ihren Salzbedarf holen. Der Pajonal ist eine große, mit Gras bewachsene Savanne — 50 Stunden lang und 40 Stunden breit — zwischen dem Pachitea und einer großen Krümmung des Ucayali.

Im J. 1712 gründete Pater Francisco de San José ein Collegium „de propaganda fide“ im Dorfe Ocopa in den Andes, wenige Stunden südöstlich von Jauja. Durch seinen unermüdlichen Eifer bewog er viele europäische Franciskaner, nach Ocopa zu ziehen und ihm in seinen schweren Missionsarbeiten beizustehen. Mit solchem Erfolge arbeiteten sie, daß sie im J. 1742 schon zehn Missionen am Cerro de la Sal und im Pajonal mit 10,000 getauften Indianern errichtet hatten. Allein in demselben Jahre brach die Revolution des Juan Santos Atahualpa aus, in der alle Missionen der Franciskaner ihren Untergang fanden. Juan Santos war ein getaufter Indianer aus Huamanga, der, wie er vorgab,

aus der kaiserlichen Familie der Inca's stammte. Im Streite ermordete er einen vornehmen Spanier, schwur seinen Glauben ab und floh in die Wälder zu den wilden Campas, wo er bald einen großen Bund aller wilden Stämme des obern Ucayali gegen die Weißen bildete. In wenigen Wochen waren alle Missionen von Mittelperu zerstört. Einige Festungen, welche die Spanier hier erbaut hatten, wurden verbrannt und alle Soldaten ermordet. Dasselbe Schicksal hatten die Dörfer und Kirchen; die Wilden banden einige Missionäre mit Statuen von Heiligen zusammen und warfen sie in den Fluß. Die Franciskaner hatten bei ihren Bekehrungen einen großen Fehler begangen, welchen die Jesuiten immer sorgfältig vermieden — sie erlaubten nämlich verschiedenen spanischen Ansiedlern sich in ihren Missionen niederzulassen, die mit ihrem Goldburste und ihrer Habsucht immer die Indianer zu bedrücken suchten und sie so zur Empörung reizten.

Dieses letztere und nicht die Abneigung gegen die christliche Religion hatte die Revolution hervorgerufen. Denn, als acht Jahre nachher, im J. 1750 der Marquis von Minahermosa in diese Gegend rückte, um die Rebellen zu bestrafen, fand er die Kirche von Quimiri am Perenèflusse vollkommen gut erhalten und brennende Kerzen vor den Heiligenbildern*). Er verbrannte das Dorf und die Kirche. Sechs Jahre später machte General Bustamante eine neue Invasion in das Indianergebiet und fand Quimiri wieder aufgebaut, sowie auch ein großes Kreuz in der Mitte des Platzes errichtet.

Im J. 1760 wählten die Franciskaner von Ocopa einen mehr nördlichen Weg und gingen von Huanuco aus durch die Pampas von Sacramento nach dem Ucayali, wo sie die alten Missionen des Pater Biedma wieder herstellten. Im J. 1763 entdeckten sie den bequemeren Weg von Huanuco über Pozuzu und Mairo nach dem Pachitea und Ucayali, den die Franciskaner heute noch auf ihren jährlichen Reisen von

*) Herndon.

Ocopa nach ihrer Mission Sarayacu am Ucayali benützen. An diesem selben Wege ward in neuester Zeit seit Errichtung der deutschen Colonie am Pozuzu viel gearbeitet, da er die nächste Verbindung zwischen Lima, respective dem stillen Meere und dem Amazonenstrome bietet. Die Entfernung von Lima bis zum Mairo beträgt nur 135 Stunden, von wo aus die Schiffahrt bis zum atlantischen Meere kein Hinderniß mehr findet. Der Mairofluß ist von der deutschen Colonie 15 Stunden entfernt.

Im J. 1765 wurden mehrere Missionäre von den wilden Cashibos auf dem Pachiteaflusse umgebracht und 1767 machten die Indianer des Ucayali eine neue allgemeine Revolution gegen die Weißen, ermordeten neun Franciskaner und zerstörten alle ihre Missionen. Der große Eifer und Heldenmuth, welchen die Franciskaner bei ihrem Bekehrungswerke bewiesen, muß Erstaunen und Bewunderung erregen*). Nichts konnte sie abschrecken; weder die fast unglaublichen Strapazen in jenen pfadlosen Urwäldern ohne Nahrung und Obdach, noch die beständige Gefahr eines grausamen Todes. Muthig und ergeben folgten sie ihrem innern Drange, das Evangelium den wilden Indianern zu predigen. Kam die Nachricht von dem gewaltsamen Tode eines ihrer Brüder, so boten sich gleich andere an, die Stelle des Gemordeten einzunehmen und die Oberen des Ordens hatten die größte Mühe, den heiligen Eifer der frommen Mönche zu mäßigen. In den Missionen von Nord- und Mittelperu wurden 129 Franciskaner von den wilden Indianern ermordet, und in dieser Liste sind nur die angeführt, deren Todesart bekannt wurde; viele andere verschwanden, ohne die geringste Spur ihres Schicksals zu hinterlassen; und die Zahl der Laienbrüder, welche umkamen, ist noch viel größer.

Aber nichts konnte sie entmuthigen. Im J. 1790 schickte Pater Sobreviela, damals Guardian von Ocopa, den Pater Narciso Girbal mit zwei jüngern Priestern nach dem Ucayali.

*) Tschudi.

Sie gingen über Pozuzu nach dem Pachitea und Ucayali und gründeten drei Missionen, die heute noch bestehen: Sarayacu, Tierra blanca und Santa Catalina. Der berühmteste der Missionäre von Sarayacu war Pater Plaza, der 50 Jahre dort lebte und 1858 als Bischof von Cuenca im Alter von 85 Jahren starb. Niemand kannte wie er das große Fluß-Gebiet des Ucayali — jene fabelhaften Regionen die heute noch dem Fuße des Weißen so gut wie verschlossen sind. Welche Gefahren hatte der Pater Plaza überwunden, Gefahren vor denen die meisten Männer erzittern würden; wie oft entkam er mit genauer Noth einem grausamen Tode, aber nie verlor er den Muth. Viel half ihm immer seine große Kenntniß der verschiedenen Indianersprachen und seine genaue Bekanntschaft mit dem Charakter der Wilden. Bis in sein hohes Alter behielt er seine Thatkraft und eiserne Gesundheit und als er, 78 Jahre alt, die Missionen verließ, um der auf ihn gefallenen Wahl als Bischof von Cuenca Folge zu leisten, war er noch ganz rüstig und heiteren Gemüthes und unternahm die lange und schwere Reise nach seinem Bischofsitze, als ob es eine Vergnügungstour gewesen wäre.

Der jetzige Vorsteher dieser Missionen ist Pater Vicente Calvo aus Arragonien und hat zu seiner Hülfe noch drei andere Missionäre, sämmtlich Spanier und Italiener, die theils in Sarayacu, theils in Tierra blanca wohnen. Pater Calvo selbst wohnt meist in Callaria, einer von ihm gegründeten Mission in der Nähe des Ausflusses des Pachitea in den Ucayali, von wo aus er jedes Jahr die Reise über Mairo und Pozuzu nach dem Stammkloster seines Ordens Ocopa in den Andes bei Jauja macht. Die Franciskaner von Ocopa sind meist Europäer, die auch in Lima ein Kloster besitzen, wo sie sich durch ihren strengen Lebenswandel, aufopfernde Thätigkeit und große Wohlthätigkeit auf das vortheilhafteste von dem peruanischen Klerus unterscheiden.

Die Franciskaner haben gegenwärtig fünf Niederlassungen am Ucayali und dessen Nähe: Sarayacu, Tierra blanca,

Callaria, Santa Catalina und Yanayacu. Die größte dieser Missionen, Sarayacu, ist ein recht nettes, reinliches Indianerdorf von mehr als tausend Einwohnern, die den Stämmen der Omaguas, Yameos und Panos angehören. Letztere sind der schönste und hellste Indianerstamm, den ich kenne. Sarayacu ist hoch gelegen am Ufer eines großen Baches, der eine Stunde von hier in den Ucayali mündet und hat ein sehr gesundes, regelmäßiges Klima. Der Thermometer steigt nie über 26 und fällt nie unter 14 Grade Réaumur im Schatten. Im J. 1860 hatte Sarayacu 10 Heirathen, 41 Geburten und 28 Todesfälle. Trotz dieses günstigen Verhältnisses nimmt die Bevölkerung nicht zu. Nach Pater Calvo liegt der Grund in der beständigen Desertion der männlichen Bevölkerung. Als Ruderer gehen sie mit Händlern den Fluß herunter, finden dann die Rückreise stromaufwärts zu schwer und lassen sich nieder in den Dörfern am Amazonenstrome. In Sarayacu haben die Indianer von den Missionären etwas den Werth des Eigenthums kennen gelernt und der Wunsch ihre Lage zu verbessern ward in ihnen geweckt. In Sarayacu findet sich Niemand, der sie für ihre Dienste bezahlen könnte, deßhalb gehen viele nach Brasilien*). In Brasilien mißhandelt sie wohl der portugiesische Händler und gibt ihnen schlechte Kost, doch bezahlt er ihre Arbeit und nach einiger Zeit wird der Indianer ein Mann von Eigenthum. Hin und wieder kehrt einer nach Sarayacu zurück im Besitze vieler Messer, Spiegel, Aexte, Glasperlen u. s. w.; er hat die Welt gesehen und ist ein Gegenstand des Neides seiner Landsleute. Dadurch werden Viele verführt, ihr Glück in Brasilien zu versuchen und mit dem ersten besten Reisenden den Fluß hinunter zu fahren.

Der Boden von Sarayacu ist zwar leicht und sandig, aber sehr fruchtbar. Die Indianer bauen nur etwas Baumwolle zum eigenen Gebrauch, Bananen und Yucas (Cassavawurzeln), deren Cultur fast gar keine Arbeit kostet. Alle

*) Herndon.

haben Hühner; Fische und Schildkröten gibt der Fluß in Fülle und Wild liefert ihnen der Wald, so daß sie einen reichlichen Lebensunterhalt fast ohne Mühe und Arbeit finden, denn auch von den Missionären werden sie nur selten in Anspruch genommen, um zu rudern oder etwas Sarsaparille und Wachs in den Wäldern zu sammeln. Etwa 100 Centner Sarsaparille und etwas Wachs und Kaffee wird von den Patres ausgeführt, was ihnen jährlich kaum über 1000 Dollars einbringen wird. Ferner bewilligt ihnen das Collegium von Ocopa einen Dollar für jede Messe, womit die vier Geistlichen, da sie viel auf Reisen sind, nicht über 700 Dollars jährlich verdienen. Diese 1700 Dollars werden verwandt für Reparaturen in Kirchen und Klöstern, Kirchengeräthschaften, Paramenten und etwas Mehl, Zucker, Essig u. s. w. zum eigenen Gebrauche, was sie von Nauta am Amazonenstrome her beziehen. Jeder Missionär hat einen Jäger und Fischer, die seinen Tisch mit Wild und Fischen versehen, sowie mehrere Arbeiter zur Bebauung seines Feldes — jeden Monat wechseln diese Diener ab. Die Hühnerzucht wird von den Laienbrüdern besorgt.

Die Regierung der Missionen ist patriarchalisch; die Indianer unterwerfen sich gerne der väterlichen Autorität der Missionäre, welche die Häuptlinge (Curacas) und übrigen Vorsteher ernennen und die richterliche Gewalt selbst ausüben. Alle Kinder werden im Lesen und Schreiben unterrichtet und nirgends in Peru findet man so wohlgesittete und rechtschaffene Indianer, als in den Franciskaner-Missionen am Ucayali. Die übrigen Niederlassungen zusammen werden kaum 700 Seelen betragen, so daß die Gesammtbevölkerung dieser Missionen ungefähr 1800 Einwohner erreichen wird. Dieß sind die einzigen Reste, die von den großen Missionen der Jesuiten und Franciskaner im Amazonenthale übrig geblieben sind.

XXIV.

Altdeutsche Volksrechte.

I. Gfrörer: Zur Geschichte deutscher Volksrechte im Mittelalter. Nach des Verfassers Tode herausgegeben von J. B. Weiß. Schaffhausen, Hurter 1865. Bd. I. Mit 2 Stammtafeln.

Das vorliegende Opus posthumum des in der deutschen Geschichtsforschung rühmlichst bekannten Verfassers wird kein Leser ohne tief eingreifende geistige Anregung und ohne inniges Bedauern aus der Hand legen, daß es dem genialen Forscher nicht gegönnt war, sein groß gedachtes Werk über die Staatsentwicklung im Mittelalter zur Vollendung zu bringen. Nichts ist eintöniger und nichts ermüdender, als die Geschichte einzelner Rechtsinstitute nach getrennten Materien in den Handbüchern über Rechtsgeschichte zu verfolgen. Sie machen immer nur den Eindruck eines wohl präparirten Skeletes, zu welchem sich der Beschauer erst die Formen hinzudenken muß, wenn er zum Verständniß des Ganzen gelangen soll. Wie ganz anders ist dieß bei Gfrörer — da ist Leben, Fleisch und Blut: der Kampf eingeborner Principien vom armen Barschalken, der sein Bischen unnützer Freiheit für etliche Huben Landes hingibt, bis zum schrankenlos waltenden Majordom, und über dem Ganzen der Herrschergeist der gewaltigen Pipiniden, welcher in blutigen Schlachten, wie

in diplomatischen Feldzügen wider die allzeit rebellirende libertas avita der über das Römerreich hereingebrochenen Kriegervölker von Triumph zu Triumph schreitet und nur durch die heiligeren Interessen und die Staatsklugheit der Servi servorum in Rom im Schach gehalten wird. Dieses die Grundidee des Verfassers. Jeder Geschichtsfreund muß dem Herausgeber zu aufrichtigem Danke verpflichtet seyn, daß er sich zu dem gewiß mühevollen und wenn auch anziehenden, doch äußerst schwierigen Unternehmen entschloß, aus Vorlesungsheften und losen Citatenblättern das vorliegende Buch zusammenzustellen.

Der Geschichtsforscher wird das Buch mit besonderem Interesse zur Hand nehmen; denn die Schlußfolgerungen, zu welchen Gfrörer durch seine Auffassung geleitet wird, stehen weit ab von den banalen Sätzen der gewöhnlichen Rechtsgeschichten; er bekennt offen, daß er von dem bisher betretenen Wege wenig Ersprießliches für die wahre Erkenntniß der deutschen Staatsgeschichte erwarte. Ueberdieß bekundet auch dieses Buch, wie die andern Werke des Verfassers, seine umfangreichen Kenntnisse durch eine beispiellose Belesenheit, seinen genialen Scharfsinn, mit welchem er hinter dem Gerüste der Thatsachen die leitenden Motive zu erlauschen versteht, und jene so seltene feine Combinationsgabe, aus sonst wenig beachteten Notizen weitgreifende Schlußfolgerungen zu ziehen, aus todtgeglaubten Schachten edle Erzstufen zu Tag zu fördern.

Dennoch und bei allen unbestreitbaren Vorzügen möchten wir das Buch nicht, um mit Propst Arnold zu reden, ohne scilla cautelae gratia empfehlen; denn auch seine Schattenseiten verläugnet Gfrörer ebensowenig in diesem Werke. Seine riesige Arbeitskraft verleitet ihn z. B. nicht selten, oberflächlich gelesene Citate zur Grundlage von Schlußfolgerungen zu gebrauchen. So macht er, um nur einige von vielen Fällen zu erwähnen, aus dem bayerischen Adelschalk nach Analogie des alamannischen Mareschalks S. 419 einen „Diener des Adels“ und zwar wider den Wortlaut der Quelle, welcher

ausdrücklich sagt: Servi *principis*, qui dicuntur adelscalc, und also in denselben nur Edelknechte, d. h. an den Herzog commendirte Glieder der Adelsfamilien zu erkennen erlaubt. Einige Zeilen später heißt es aber doch unbegreiflicher Weise: „weil aber der herzogliche Kriegsdienst keine angenehmen Aussichten verhieß, getröstete man die Verpflichteten mit dem prächtigen Namen Adalschalk" — nun sind sie also plötzlich wieder Herzogsdiener. — Die bayerischen Wergeldansätze steigen in consequenter Verdopplung vom Sklaven bis zum Agilolfinger, d. h. von 20 bis 640 Silberschillingen. Um aber eine scheinbare Lücke zwischen 40 S., dem Wergeld des Freigelassenen und 160 S., dem des Freien auszufüllen, behauptet der Verfasser (S. 409) frischweg, die fehlende Ziffer, nämlich 80 S. könne nur den Stand des verarmten, nicht mehr zum Kriegsdienste fähigen Freien bezeichnen, in welchen er die minores findet. Davon sagen nun die Quellen kein Wort; im Gegentheil sind nach der L. Baiw. T. II. 3 und 4 die minores oder minor populus gerade die Kriegsdienst leistenden Gemeinfreien, welche ein Wergeld von 160 S. haben, und andererseits treten nach den Landtagsbeschlüssen von Reuching die Freigelassenen der Kirche und des Königs mit 80 S. Wergeld in die beanstandete Lücke.

Mag man nun immerhin in solchen Oberflächlichkeiten einer flüchtigen Lektüre nur leicht verzeihliche Rechenfehler eines großen Mathematikers finden — sie werden uns nichtsdestoweniger zur Vorsicht auffordern, die um so mehr bei Beurtheilung eines Autors geboten erscheint, welcher mit einer rastlos thätigen, fruchtbaren Phantasie begabt war. Es kann daher nicht überraschen, den Verfasser mitunter von seinem Flügelrosse auf Abwege getragen zu sehen, welche ihn zu grundfalschen Ansichten und selbst ungerechten Urtheilen verleiten. So gibt er zu, daß etwas wahres daran seyn müsse, daß schon Theuderich, Childebert, Chlotar und Dagobert die Volksrechte der austrasischen Völker aufzeichnen ließen (S. 39); nichtsdestoweniger erklärt er die Nachricht des Prologes, daß

Dagobert die letzte Hand daran gelegt habe, für einen **absichtlichen Betrug** (S. 168). Wir können aber den Forschungsresultaten des Verfassers sehr wohl beipflichten und zugeben, daß er die letzte Abfassung der L. Alam. mit Recht zwischen 725 und 730, die der L. Baiw. in's Jahr 728 verlege; wir wollen ihm selbst einräumen, daß der siegreiche Karl Martel beide Gesetze den Landesherzogen zum Trotz den besiegten Völkern aufgezwungen habe, ohne deßhalb jene harte Anschuldigung unterschreiben zu müssen. Denn nachdem die karolingische Redaktion des 8. Jahrhunderts sich selber als eine Erneuerung alter Rechte, wenn auch mit eingreifenden Aenderungen und Zusätzen, darstellt (S. 244), ist es dann nicht begreiflich, wenn der Prolog als Ueberrest einer frühern Redaktion stehen blieb, um so mehr als seine ganze Abfassungsweise mit den Isidorischen Citaten weit eher dem 7. Jahrhundert und dem merowingischen Kanzleistyle entspricht, als der karolingischen Schreibart des 8. Jahrhunderts?! Aber der Verfasser hat sich nun einmal in den Kopf gesetzt, auf Seiten der nach nothwendiger Einheit und Centralisation ringenden Staatsgewalt nur absichtliche Täuschung, Mißbrauch des Heiligsten, verabscheuungswürdige Tyrannei und Ruchlosigkeit zu suchen, und so stellt er denn auch den gewaltigen Karl Martel, den Retter der abendländischen Christenheit, den Vorkämpfer und Helden des Germanenthumes, den selbst Papst Gregor III. „einen Mann von Gott gesendet" nannte, als den Ausbund jener zweideutigen Staatskunst dar, was der Herausgeber euphemistisch „den geriebenen Staatsmann zeigen" heißt (Vorrede XVI).

Nachdem der Verfasser die Umbildung der merowingischen Geschwornengerichte von den alten Rachimburgen durch die Classe der viri boni, nämlich der Besitzenden (S. 131), bis zu den karolingischen Schöffen verfolgt, kommt er zu den Rechtszuständen der Alamannen und Bayern und sucht hier den Nachweis zu liefern, daß 1) sowohl die l. renovata Lantfridi als die l. Baiwarica vom fränkischen Majordom und

nicht von den herrschenden Landesherzogen eingeführt worden sei; 2) daß beide Gesetzbücher darauf berechnet seien, durch Zugeständniß großer Begünstigungen den Klerus an das Interesse des ausländischen Gebieters zu fesseln: 3) die Alamannen und Bayern durch Angst vor Strafen und den Schrecken der Gerichte in Abhängigkeit von den Franken zu halten, und 4) uralte Volksfreiheiten, nämlich die Schöffengerichte aufzuheben (S. 172 und 325 ff.). Um nun jeden Widerstand von vornherein zu lähmen, habe Karl Martel nach dem imperialistischen Grundsatze: divide et impera, das Volk durch Kastenunterschiede, welche sein Gesetzbuch theils einführte theils verstärkte, unter sich entzweiet und wider einander aufgehetzt (S. 188 und 387). Den scheinbaren Grund zu dieser kühnen Behauptung gibt dem Verfasser die dreifache Classentheilung der Freien nach der l. Alam. in minofledi, mediani und meliorissimi oder primi Alamanni; denn sie trage unverkennbar das Gepräge von etwas Künstlichem, Berechnetem, und vergeblich suche man in der l. Alam. und ihren Zusätzen nach den klaren Merkmalen jeder Standesstufe. Da aber das alam. Gesetzbuch für die Hausthiere ähnliche Abstufungen anwendet und von einem optimus bos, einer equa meliorissima, einem caballus medianus handelt, so will Verfasser sich nimmermehr einreden lassen, daß diese Gleichheit der Bezeichnung von Vieh und Mensch zufällig sei, sondern er sieht darin überlegten Hohn des Gesetzgebers, oder vielmehr einen Ausdruck des Hasses, der die Maske des Hohnes, der Verachtung vornahm (S. 185). Das Künstliche und Berechnete findet sich aber nur in der Auffassungsweise des Verfassers. Denn 1) enthält schon der Pactus Alam., welchen der Verfasser doch auch für das ältere und noch theilweise gültige Gesetz ansieht (S. 246), die Rangstufe der primi und meliorissimi (P. II. 39. III. 27), und sie wurde also nicht erst durch die l. renovata 725 über die beiden andern gewölbt (S. 189); 2) weiß man sehr wohl, daß der alam. baro de minofledis wie der bayerische Barschalk nur

einen commendirten Freien bedeutete und daher das altfuevo-bayerische Wergeld von 160 S. behielt, wie dieses auch der bayerische Vollfreie noch hatte (l. Baiw. IV. 28), während dem alam. medianus eine Erhöhung von 200 S. zugestanden wurde (Zöpfl, Rechtsalterthümer II. 191); 3) ist uns auch kein neueres Staatsrecht bekannt, in dessen Paragraphen genau verzeichnet wäre, wie viele Landgüter oder Obligations-Coupons die Aufnahme in die Standesclasse der Freiherrn oder Grafen bedingen; und ebensowenig als eine solche Standes-Erhebung in unsern Tagen den Gerichten zukommt, dürfen wir uns vom Verfasser zu der Annahme verleiten lassen, die Richter — die dienstwilligen Geschöpfe des fremden Major-domus — hätten es in der Hand gehabt, die Interessenten nach den verschiedenen Wergeldansätzen zu classificiren (S. 187). Die Auffassung des Verfassers ist also allerdings neu, wird aber keineswegs unser Quellenverständniß fördern, denn sie basirt sich auf die ausgesprochene Sucht, in jedem Grammatikalschnitzer einer verdorbenen Latinität eine auf Schrauben gestellte Diktion des Gesetzgebers zu finden, um dahinter gefährliche Hintergedanken zu verbergen (S. 195). Es ist demnach grundsätzlich falsch, wenn der Verfasser behauptet: als Karl Martel Schwaben unterjochte, gab es daselbst noch keinen bevorzugten Adel, sondern einen naturwüchsigen und trefflichen Stand freier Grundbesitzer, dessen Mitglieder sich nicht sowohl an Rang, als durch ein kleineres oder größeres Maß von Vermögen unterschieden (S. 411). Denn wie bei allen Germanen (Tacitus germ. 7) und insbesondere bei den Sueven (Vellejus II. 108, Dio Cassius LXXII. 2, Ammian Marcel. XVII. 12), so finden wir auch bei den Alamannen in ältester Zeit einen Volksadel, der nicht erst den politischen Umwälzungen des 8. Jahrhunderts entstammte.

Consequenter Weise sucht der Verfasser auch aus den Standesverhältnissen der l. Baiw. eine dreifache Classeneintheilung der Freien zu motiviren, um Karls Corruptions-Experiment auch in Bayern nachzuweisen. Da aber der T. XIV,

von den Hausthieren nur im c. 12 die brauchbare Bezeichnung mediocris darbietet, so muß er (S. 388) zu sehr spitzfindigen Combinationen seine Zuflucht nehmen, um die der l. Alam. entsprechenden drei Classen herauszuklügeln. Noch weniger glückt es ihm mit der dreifachen Scheidung der Rangstufen, die auch hier den erkünstelten Thierclassen parallel laufen sollen und der Verfasser ist einen Augenblick in Zweifel, ob er nicht sein Princip durch die Stufen der Freien, Adeligen und Agilolfingischen Herzogsfamilie retten soll. Da aber diese Standesclassen mit ihrem Wergelde allzu weit von dem der entsprechenden Alamannenclasse abstehen, so zerhaut er den gordischen Knoten, indem er zwischen die Freien und den Adel die Mittelstufe der *mediocres* einschiebt und ihnen ein Wergeld von 160 S. dekretirt, während er den minor populus für nicht mehr würdig der Waffenehre erklärt und deßhalb auf eigene Faust auf ein Wergeld von 80 S. herabsetzt (S. 409 und 420). Wie wenig diese Hypothesen dem Wortlaut der Quellen entsprechen, lehrt ein Blick in T. II. 3 und 4. VII. 3 der l. Baiw., nach welchen Stellen der minor populus, die minores eben die Gemeinfreien selbst sind, welche gesetzlich allein dem Adel gegenüberstehen. Nirgend ist im Gesetze von einer Rangstufe der mediocres die Rede, welche etwa den alam. medianis entspräche, und wenn in ein paar Traditions-Urkunden diese Bezeichnung gebraucht wird, so steht dieselbe offenbar nur für das gesetzliche minores und kann um so weniger eine sich über diese Stufe erhebende Classenscheidung begründen, als in karolingischen Urkunden gerade die mediocres den Beisatz führen „*qui non possunt per se hostem facere*“ (Zöpfl Rechtsalterth. II. 150).

Aus dem Bisherigen erhellt, daß der Verfasser nicht immer säuberlich mit seinen Quellen verfährt. Bisweilen begegnet es ihm aber, daß er von dem Eindrucke einer Idee beherrscht manche Stelle gerade das Gegentheil von dem aussagen läßt, was sie in Wahrheit bezeugt. So ist durch die dritte Redaktion der l. Baiwar. T. II. 8 ein Artikel in das

bayerische Gesetzbuch gekommen, welcher jeden Vasallen, der auf Königs- oder Herzogsbefehl einen Todtschlag begeht, von den Folgen der Blutrache nebst seinen Nachkommen ausnimmt. Es wird also hiedurch dem Könige, beziehungsweise dem Herzoge das Recht eingeräumt, gefährliche Leute ohne gerichtliche Procedur bei Seite schaffen zu lassen. Soweit sind wir mit dem Verfasser vollkommen einverstanden, und es hätte seines Scharfsinnes nicht bedurft, um zu beweisen, daß mit obigem Capitel nicht der Scharfrichter gemeint seyn könne (S. 344), obgleich wir ihm keineswegs zugeben können, daß man im frühen Mittelalter zu solchen Geschäften nur Sklaven oder Leute der mindesten Classe verwendet habe. Denn der Scherge, Nachrichter und Freimann waren sehr angesehene Würdenträger des mittelalterlichen Staatslebens, denen bei hochnothpeinlichen Gerichtsverhandlungen eine wichtige Stimme zustand und die deßhalb auch in Urkunden unter adeligen Zeugen als vollberechtigt auftreten. Nun aber läßt sich der Verfasser vom Gefühl seiner sittlichen Entrüstung fortreißen: „Einzig, ruft er aus, steht dieser Artikel in der Rechtsgeschichte germanischer Völker da. Zwar sind unter allen Nationen und zu allen Zeiten Mord und Gift als instrumenta dominationis angewendet worden, aber wo solches geschah, suchte man den Schleier des Geheimnisses über die That zu decken. Hier dagegen tritt unbeschränkte Gewalt mit dem Anspruche der Berechtigung und als Lehre nackt hervor... Der Urheber der Bawarica würde es nimmermehr gewagt haben, seine Herzensgedanken so rücksichtslos zu offenbaren, hätten nicht die bayerischen Herzoge längst das Recht des Mordes geübt. In der Salica, Ripuaria, Alamannica, in andern deutschen Gesetzbüchern steht nichts derart zu lesen, obwohl aus den dürftigen Geschichtsquellen sattsam erhellt, daß die merowingischen Könige nicht eben selten lästige Leute durch Mord beseitigten. Warum jenes Schweigen bei unzweifelhafter Ausübung des Grundsatzes? Deßhalb weil Salier, Ripuarier, Alamannen einen solchen Gräuel nicht

geduldet haben würden. In Bayern dagegen glaubte Karl Martel sich über die Bedenklichkeiten politischer Scham hinwegsetzen zu dürfen und zwar darum, weil die Bayern durch ihre Herzoge an solche Dinge gewöhnt waren" (S. 345).

Der Verfasser hätte sich den ganzen moralischen Excurs ersparen können, wenn er die verschiedenen Redaktionen, welchen die Volksrechte der Alamannen und Bayern zwischen dem 6. und 8. Jahrhundert unterworfen wurden, der verdienten Beachtung gewürdigt und die karolingischen Capitularien etwas sorgfältiger durchgeblättert hätte; denn unter den letzteren lib. V. c. 367 findet sich der das sittliche Rechtsgefühl des Verfassers so entrüstende Artikel von Wort zu Wort. Es erweist sich also hiedurch, da die Capitularien im ganzen Frankenreiche bindende Kraft hatten, daß besagtes Capitel eines der Reichsgesetze war und somit auch für salische und ripuarische Franken wie für Alamannen volle Geltung haben mußte, von welchen doch der Verfasser behauptet, daß sie einen solchen Gräuel nicht geduldet haben würden. Ja, das langobardische Edikt des Königs Rothari c. 2 scheint sogar anzudeuten, daß auch andere Germanenvölker vor solchem Gräuel nicht zurückgeschreckt seien. Wenn aber die Frage entschieden werden soll, ob besagtes Capitel aus der l. Baiw. in die Capitularien, oder umgekehrt aus dieser **allgemeinen** Reichsgesetzsammlung in das bayerische Volksrecht übergegangen sei, so wird wohl die historische Kritik um so natürlicher sich für den zweiten Fall erklären, als der ganze T. II der l. Baiw. als karolingischer Legislationsakt anerkannt ist und auch sonst noch einzelne Capitularien Aufnahme in die Baiwarica fanden, wie z. B. Cap. V. c. 364 in T. IV. c. 30, Cap. VI. c. 149 in T. XVI. c. 16.

Obgleich nun mit dieser thatsächlichen Berichtigung der ganze Erguß in gegenstandlose Phraseologie zerstäubt, so können wir uns hiebei doch nicht beruhigen. Denn da der Verfasser in demselben die bayerischen Herzoge unverholen

bezichtigt, „längst das Recht des Mordes geübt zu haben,“, so glauben wir doch auch einigermaßen zu der Frage berechtigt zu seyn, auf welche Thatsachen der Verfasser eine so schwere Anschuldigung gründe? und zwar umsomehr, als er hieran ein sehr absprechendes Urtheil über das sittliche Rechtsgefühl eines ganzen Volkes knüpft. Aber mit Erstaunen suchen wir in dem ganzen Buche, dessen dritter Abschnitt sich sehr ausführlich mit den Verhältnissen der Agilolfinger beschäftiget, nach einem Beweise für die so keck hingeschleuderte Anklage. Der Verfasser weiß nur von den Merowingern anzuführen, daß unter ihnen, wie auch bei andern Nationen, Gift und Dolch als instrumenta dominationis in Ansehen standen — von den Agilolfingern kein Wort und auch mit Recht; denn neben den tragischen Schandthaten der merowingischen Familiengeschichte erscheint das Leben am Hofe der Agilolfinger als eine wahre Idylle. Es ist uns daher nicht zuzumuthen, die kühne, noch dazu auf ein eingeschobenes Capitel basirte Conjektur für baare Münze zu nehmen. Oder sollte es als ein Beweis angesehen werden, wenn der Verfasser S. 275 die Muthmaßung hinwirft, daß Prinz Lantpert den fränkischen Bischof Emmeram wohl nicht ohne Einwilligung seines Vaters, des Herzogs, erschlagen habe? Aber weder die Geschichte noch die Legende weiß etwas davon, und so läuft die Conjektur auf eine ohne Beweise erhobene Anschuldigung hinaus. Der Verfasser hat aber in seinem moralischen Eifer ganz übersehen, daß jenes Capitel, welches er für die Moralität der Bayern für so incriminirend ansieht, gerade das Gegentheil von dem beweist, was er dasselbe aussagen läßt. Denn Gesetze werden doch eigentlich gemacht, um die Unterthanen in Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu begünstigen, beziehungsweise in Ausübung ihrer Pflichten zu schützen. Das oben angeführte Capitulare ist also bestimmt, den Vasallen im Königs- oder Herzogsdienste vor den Folgen der sonst zu Recht anerkannten Privatrache (Faida) in höhern Schutz zu nehmen. Wenn es also nothwendig war, dieses Capitulare

ausdrücklich in die l. Baiw., und zwar in diese allein, aufzunehmen, so erlauben wohl die Regeln der historischen Kritik nur den Schluß, daß hiezu dringende Veranlassung geboten war, d. h. mit andern Worten, daß die öffentliche Meinung in Baiwarien einen auf höhern Befehl ohne Richterspruch vollzogenen Todtschlag durchaus nicht von der Privatrache, zu welcher sich die Familiengenossen verpflichtet und berechtiget hielten, auszunehmen geneigt war, und daß es zur Erreichung dieses Zweckes einer besondern Einschärfung des allgemeinen Reichsgesetzes bedurfte. Der Verfasser hätte also bei etwas nüchterner Anschauung und kühlerer Ueberlegung von selbst finden können, daß besagtes Capitel gerade das lauteste Zeugniß für das öffentliche Rechtsgefühl in Baiwarien liefert und gerade das Gegentheil von dem beweist, was er aus demselben sich zu deduciren erlaubt.

Der Verfasser ist aber auf die Bayern überhaupt schlecht zu sprechen und versäumt keine Gelegenheit, wo er meint, den lieben Nachbarn eins abgeben zu können. Die zweimalige Anwendung von Stockstreichen gegen Freie (T. I. 14, II. 4) gibt ihm z. B. die erwünschte Veranlassung, sich S. 342 folgendermaßen auszulassen: „Sicherlich hat der fränkische Gesetzgeber die Prügelstrafe nicht eingeführt, sondern dieselbe war schon früher im Brauche. Die Alamannica bedroht Freie, die am Sonntage arbeiten, mit Einziehung des dritten Theils ihrer Habe, ja sogar mit Verstoßung in die Sklaverei, aber von Prügelstrafen sagt sie kein Wort, offenbar weil das natürliche Gefühl des Volkes in ihr eine tiefe Entwürdigung des Menschen sah. In Bayern dagegen hielt Karl Martel die körperliche Züchtigung im Gange, weil sie längst zu Recht bestand." Das ist nun wieder einer von den beliebten Syllogismen des Verfassers. Weil die Alamannica in der Parallelstelle keine Prügel hat, also ist es unzweifelhaft, daß bei den Bayern seit uraltester Zeit diese patriarchale Abwandlung heimisch war! Der Verfasser weiß zwar selber anzugeben, daß bei den Franken solche Körperzüchtigung mitunter in



Aussicht stand (S. 123 u. 137); ein Blick in die l. Visigothor. hätte ihn belehrt, daß dieselbe bei diesem Volke noch viel öfter zur Anwendung kam, ja daß die beiden verfänglichen Capitel unzweifelhaft in Folge einer Revision aus der l. Visigoth. in die Baiwarica aufgenommen wurden, da sie überhaupt in Titeln vorkommen, welche nicht der ursprünglichen Abfassung des Volksrechtes angehören, sondern an denen der fremdländische Ursprung unverkennbar ist (Merkel in Pertz' Archiv XI. S. 461). Aber wozu bedürfte es solch sorgfältiger Ueberlegung in einer Angelegenheit, worüber der Verfasser sein Urtheil bereits festgestellt hat; denn in wunderlich selbstgefälligem Behagen ruft er S. 343 aus: „Von jeher haben unsere Nachbarn, die Bayern, aktiv und passiv, ihre Freude am Prügeln gehabt, während wir Alamannen diesen Geschmack nicht theilen"! Freilich, er hat den Urner Prügelproceß nicht mehr erlebt.

Diese, wie uns bedünken will, eines Geschichtschreibers nicht ganz würdige Parteilichkeit kann der Verfasser bis in Kleinigkeiten nicht verläugnen. So zieht er aus der Notiz, daß der alamannische Hörige 5 Hühner und 20 Eier, der bayerische Barschalk aber nur 4 Hühner und 15 Eier einbiente, S. 382 den Schluß: „Offenbar liebten die Prälaten oben am Bodensee das Geflügel, während die bayerischen, wie mir scheint, den Schweinebraten vorzogen." Aber am Bodensee spielt doch auch, wenn wir uns recht erinnern, die schöne und lehrreiche Historie von den sieben Helden aus Schwabenland, unter welchen der bekannte Knöpflischwab seinen Namen auch nicht von Kapaunen erhalten zu haben scheint.

Was müssen doch die Bayern dem Verfasser zu Leide gethan haben, daß er ihnen einen so unerbittlichen Groll nachträgt, der seine leidenschaftliche Gereiztheit bis zur Ungerechtigkeit zu steigern im Stande ist? Das 10. Cap. des T. II der l. Baiw. enthält den abenteuerlichen Bußmodus für den Todtschlag eines Bischofs und knüpft daran die gesetzliche

Bestimmung, daß der Bischof nur wegen drei Verbrechen: 1) wegen Todtschlags, 2) wegen Hurerei und 3) wegen Landesverraths oder wegen Einverständnisses mit dem Feinde angeklagt und verurtheilt werden könne. Hiedurch nun sieht sich der Verfasser „zu dem Schlusse genöthigt, daß die Bischöfe, welche vor und bis zur Einführung der Baiwarica auf Bayerns Stühlen saßen, in den Augen des Volkes als notorische Hurer, Mörder und Landesverräther gebrandmarkt waren" (S. 370). Zum Beweise deutet er auf die Anschuldigungen hin, welche gegen Emmeram und Corbinian erhoben worden sind, und beruft sich als eine Quelle ersten Ranges auf den Brief, den Bonifaz 742 an Papst Zacharias schrieb (bei Würdtwein Nr. 51) und welcher allerdings der Sittenreinheit und dem klerikalen Leben der fränkischen Missionarien und Priester nicht eben das rühmlichste Zeugniß ertheilt. Um hierauf genügend und endgültig zu antworten, müßten wir mit wiederholter Prüfung aller einschlägigen Quellen ein eigenes Buch über die älteste Culturgeschichte Bayerns und Deutschlands schreiben, wozu hier wenigstens der Raum nicht geboten ist. Wir können hier immerhin dem Verfasser zugestehen, daß die von Frankreich eingewanderten Regionarbischöfe in Baiwarien unter der mächtigen Aegide der Majordome weniger für das reine Christenthum als für die centralisirenden Staatspläne der Pipiniden zu wirken bestimmt waren. Der Verfasser gesteht S. 294 selbst zu, daß die Romfahrt Herzogs Theodo 716 und das dadurch veranlaßte Capitulare des Papstes Gregor II. wider die fränkischen Missionäre und ihre Genossen gerichtet gewesen, und also durch eine Reaktion von Fürst und Volk gegen die geistlichen Gehülfen fremder Herrscherzwecke hervorgerufen worden sei. Wir können ihm selbst zugeben, daß diese mönchischen Emissäre, die sich unter dem Scheine heiligen Bekehrungseifers in die neuen Pfarreien drängten, es weder mit dem christlichen Dogma noch mit der Moral eben sehr genau nahmen, und deßhalb wohl durch das aus den Capitularien V. 364 entnommene Capitel „de pe-

regrinis transeuntes (l. Baiw. T. IV. 30 u. 31) vor dem Hasse und der Verachtung des Volkes geschützt werden mußten (S. 356), ohne deßhalb zu obigem Schlußsatz des Verfassers genöthiget zu werden, welcher uns überhaupt mehr von der Schärfe der Zunge als des Sinnes Zeugniß zu geben scheint. Das aber darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß der Verfasser auch hier wieder den Brief des päpstlichen Generalvikars in einer Zusammenstellung gibt, als handle es sich um einen „unumstößlichen Beweis von dem tiefen Zerfall der Kirche" in Bayern (S. 370), während doch Bonifaz im selben Briefe ein paar Zeilen weiter fortfährt: quia carnales homines, idiotae Alamanni, Baioari vel Franci etc., also vom Zustande der christlichen Kirche in Deutschland überhaupt handelt. Wozu also das Verschweigen der ganzen Wahrheit, welche ihm nicht entgangen seyn konnte? Wahrlich, der Verfasser hat uns so sehr an seine Taktik gewöhnt, daß es nicht zu verwundern seyn dürfte, wenn auch wir an Hintergedanken von seiner Seite zu glauben anfangen würden.

Wenn wir uns veranlaßt sahen, einige Punkte zu berühren, in welchen uns Gfrörer einen falschen Weg eingeschlagen zu haben scheint, so geschah dieß einerseits im Interesse der Unparteilichkeit, dieser Haupttugend eines Geschichtsforschers, andererseits zum Beweise, mit wie vielem Eifer wir den Deduktionen des der Wissenschaft zu früh entrissenen Historikers gefolgt sind. Keineswegs aber würden wir damit übereinstimmen, wie solches von einer Seite her angeregt worden ist (Allg. Zeit. Beil. Nr. 35), daß der Hr. Herausgeber in der Voraussetzung einer nachträglichen Genehmigung seitens des hingegangenen Verfassers sich ein oder den andern scharfen Schnitt in gewisse Auswüchse hätte erlauben dürfen. Auch da, wo wir mit dem Verfasser nicht übereinstimmen können, sondern seine Ansicht bekämpfen müssen, zollen wir ihm unsere Anerkennung eben durch diesen Widerstand, und wir gestehen offen, daß trotz seiner Fehler uns gerade das kühne, wenn auch manchmal an Carrikatur strei-

fende Gemälde am meisten ergriffen hat, welches Gfrörer von der Beugung der Alamannen und Baiwaren unter die der Universalmonarchie entgegenreifende Herrschaft der Franken entwirft. Wir sehen daher mit dem größten Interesse dem 2. Bande entgegen, welcher die Umbildung des früher demokratischen Gerichtswesens in aristokratische Hofgerichte und das Loos der zahlreichen Classen der Unfreien darstellen soll.

II. Dr. Quitzmann: Die älteste Rechtsverfassung der Baiwaren.

In die Urgeschichte des bayerischen Stammes jene Klarheit zu bringen, deren Mangel bis jetzt der Combinationssucht und Sylbenstecherei so weiten Spielraum öffnete, ist wohl ein aufmunternswerthes Unternehmen. So verdienstlich aber die Lösung dieser Aufgabe ist, so groß sind die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hat. Die unermüdlichen Bestrebungen des Herrn Dr. Quitzmann verdienen daher die Anerkennung aller Freunde der ernsten objektiven Wissenschaft. Seine Forschungen sind frei von den bodenlosen Phantasien, welche rasch zu Resultaten kommen, deren Unhaltbarkeit aber eine verständige Betrachtung zu Tage bringen muß; aus Thatsachen vorzüglich zieht er seine Schlüsse, von dem wirklich Bestehenden geht er zurück auf dessen Ausgangspunkte und so gewinnt er jene Sicherheit der Anschauung, welche sich nur aus dem Ueberblick über Ursache und Wirkung ergibt.

Die Bayern sind ein deutscher Stamm. Die entgegengesetzten Behauptungen und die Theorien, auf welche sich dieselben stützten, hat Herr Quitzmann in seiner Schrift „Abstammung, Ursitz und älteste Geschichte der Baiwaren“

(1857) durch eine scharfe Kritik beseitigt; später hat er für seine Behauptung den thatsächlichen Beweis angetreten in seinem Buche „Die heidnische Religion der Baiwaren“ (1860), und seine soeben erschienene Schrift*) ist eine Vervollständigung jenes Beweises.

Als vor 400 Jahren durch Aeneas Sylvius die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Bayern Celten seien, war dieser Irrthum nicht so gewaltig, indem man kaum zwischen Celten und Germanen unterschied, und die Aehnlichkeit des Namens mit „Bojer“ bei der niederen Stufe der Sprachwissenschaft leicht verführen konnte. In unseren Tagen aber fehlt es nicht an Mitteln andere Namenserklärungen zu finden, ja es gibt deren bereits mehr als genug; freilich fast ebensoviele Irrthümer als Erklärungen. Dieselben beruhen alle auf willkürlichen Voraussetzungen und sind ebensowenig historisch begründet als sprachlich zulässig; da sich der faktische Beweis erbringen läßt, „daß die Bayern nur von den germanischen Herminonen abstammen können, so muß ihr Name auch auf dem Boden der ahd. Etymologie seine Begründung und Bedeutung nachweisen lassen, wenn er aus dem Volke selbst gewachsen seyn soll.“ Dieß läßt sich aber nachweisen, wenn man bedenkt, daß die Bayern ihrem Hauptstamm nach Markomannen waren, zugleich aber auch Quaden in sich aufgenommen hatten, so daß sie wohl „die beiden Bünde“ — „bai-uuras“ genannt werden konnten, was genau ausdrückt was sie waren, nämlich die beiden vertriebenen Gefolgschaften des Marobodo und Katwalda. Es läßt sich diese Erklärung ebenso sprachlich rechtfertigen, wie sie durch ethnographische Belege unterstützt werden kann und mit den ältesten historisch nachweisbaren thatsächlichen Verhältnissen des bayerischen Stammes harmonirt.

*) Die älteste Rechtsverfassung der Baiwaren. Als faktischer Beweis für die Abstammung des bayerischen Volksstammes. Von Dr. Anton Quitzmann. Nürnberg 1866.

Die beiden Hauptmomente, auf welche Hr. Quitzmann seine faktischen Beweise stützt, daß die Bayern den Germanen und nicht den Celten angehören, sind die Religion und die Rechtsalterthümer aus der heidnischen Zeit, soweit sie sich aus den ältesten Denkmälern und aus noch herrschenden Sagen, Märchen, Sitten und Gebräuchen ermitteln lassen. In seinem Werk über die heidnische Religion der Baiwaren lieferte er bereits den Beweis, daß nicht die entfernteste Verwandtschaft zwischen den Götternamen derselben, ihren Sagen und Sitten mit denen der Celten zu finden sei, während alle diese Beziehungen auf den innigsten Zusammenhang mit den Germanen hinweisen. Also schon aus der Mythologie, diesem hellen Seelenspiegel der Nationen, ergab sich ein entscheidendes Moment für die Beweisführung, daß die Bayern im engsten Zusammenhang mit den herminonischen Sueven standen. Dieses Resultat findet nun seine Bestätigung in den Betrachtungen über die älteste Rechtsverfassung der Baiwaren.

Den Stoff zu diesen Forschungen boten die Rechtsalterthümer der bayerischen und österreichischen Lande und zwar vorzüglich die lex Baiwariorum, die Synoden des 8. Jahrhunderts und die auf Baiwarien bezüglichen karolingischen Capitularien des 8. und 9. Jahrhunderts; ferner gewährten die Archive der ältesten Bisthümer und Stifter gute Ausbeute an Belegen. Daß auch spätere Rechtsquellen, wie Stadtrechte und Weisthümer berücksichtigt wurden, konnte der Untersuchung nur förderlich seyn, da sich aus jenen neue Beweise dafür ergaben, „daß Rechtsinstitute wie der Brautkauf, die Morgengabe und der Schwur auf Brust und Zopf, auch wenn sie nicht in den ältesten Quellen enthalten sind, ein urheimisches Herkommen genießen", sowie diese späteren Urkunden den Beweis liefern, daß die „ältesten Rechtsnormen, wie im Hausbruch durch Eingrabung, im Dreiereide, in der Zaunhöhe, im Hammerwurf, in der Richterwahl, in der Bedeutung des Juder, im Felderwechsel, sowie in unzähligen andern Fällen bis in die letzten Jahrhunderte sich in natur-

wächsiger Frische erhalten haben". Die Darstellung der ältesten Rechtsverfassung zeigt natürlich kein abgerundetes System, da sich die Normen des öffentlichen und Privatrechts oft nur aus dem Text der Strafbestimmungen eruiren lassen.

Der Verfasser beginnt seine Forschungen mit einer eingehenden Kritik des Prologs zur lex Baiwariorum, aus dessen historischem Theil er das Alter und die Entwickelung des Rechtsbuchs zu bestimmen sucht. Er gewinnt dadurch eine dreifache Redaktion desselben, wovon die erste dem sechsten, die zweite dem siebenten, die dritte dem achten Jahrhundert angehört. Der umfassende Stoff wird in den vier Abtheilungen behandelt: 1) Oeffentliches Recht; 2) Privatrecht; 3) Strafrecht; 4) Gerichtsverfahren.

In der ersten erhalten wir eine auf allseitiger Forschung beruhende und höchst geistvoll durchgeführte Darstellung der Standesverhältnisse: des Adels, der Freien, der Freigelassenen, der Unfreien und der Fremden. Es folgt zunächst die gelehrte Beweisführung über die Wohnsitze der sechs ältesten bayerischen Adelsgeschlechter: der Agilolfinger, Huosi, Drozza, Fagana, Hahilinga und Anniona. Der Verfasser zweifelt keinen Augenblick, daß diese Geschlechter ganz in der Bedeutung des altgermanischen Volksadels aufzufassen seien und wird in dieser Ansicht vorzüglich dadurch bestärkt, daß sich im bayerischen Gesetzbuch ebensowenig als in der Taciteischen Darstellung des germanischen Adels irgend eine Stelle nachweisen läßt, welche auf eine rechtliche Bevorzugung der genannten Geschlechter vor den übrigen Freien hindeute. Nur die Erhöhung des Wergeldes ist hier auszunehmen, und diese wird ausdrücklich als ein von den Frankenkönigen verliehenes Privileg bezeichnet.

Die Freien bilden den eigentlichen Kern des Volkes und es stehen dieselben zwischen dem Adel, der sich aus ihnen erhoben, und den Unfreien, zu welchen sie durch die Commendation zurücksinken. Als Grundlage dieses Standes muß der Besitz eines freien Grundeigenthums angesehen werden

und dieser wird sogar bei gewissen Rechtshändeln als gesetzliches Erforderniß zur Zengschaft vorgeschrieben. Dieser Besitz wurde für so wichtig gehalten, daß bei Vergabungen von Erb und Eigen ein Theil davon nachdrücklich unter einem besonderen Gelöbniß oder Handzeichen (hanigimahili) vorbehalten wurde, um damit die Freiheit unangetastet zu bewahren. Das äußere Kennzeichen der Freien ist das lang herabwallende Haar; den Klerikern wird eingeschärft, nach empfangener Tonsur das Haar nicht nach Sitte der Laien wachsen zu lassen. Zwar behauptet Grimm in den Rechtsalterthümern, gestützt auf die Stelle der Kaiserchronik, welche von König Adalger berichtet: daz har sie im vor uz sniten, daß die Bayern sich das Haar auf langobardische Weise im Nacken schoren; allein der Verfasser findet in jener Stelle, sowie in der Erzählung des Tegernseer Mönchs Froumund nur den Beweis, daß sich die Bayern der Sage nach ihrem Könige zu lieb den vorderen Theil des Schädels, nicht aber den Nacken scheerten. — Wir erinnern hier an die Büste eines Mannes, welche in den dreißiger Jahren zu Regensburg 15 Fuß tief unter der Erde gefunden ward, und über die Gumpelzhaimer in den Verhandlungen des hist. Vereins für Oberpfalz und Regensburg Bd. I. S. 464 ff. unter Hinzufügung einer Zeichnung berichtet. Kopf- und Barthaare sind dicht und stark gekräuselt und den Nacken herab hängen fünf lange, als Geflecht erscheinende Locken. Gumpelzhaimer glaubt, daß das Bild, welches an die urälteste Skulptur erinnert, den Herzog Garibald oder Thassilo vorstelle.

Aus dem Stande der Unfreiheit gingen die Freigelassenen auf verschiedenen Wegen hervor. Das Einfachste war die Umwandlung der bisherigen Leibeigenschaft in ein Schutzverhältniß zu dem früheren Herrn, wofür der Entlassene einen Schutzzins zu entrichten hatte. Die Freiheit konnte auch erkauft werden, wenn dem Herrn der Werth des Leibeigenen angeboten wurde oder derselbe seine Schuld abverdient hatte. Größere Freiheitsrechte wurden erlangt durch die Frei-

lassung in der Kirche, durch den Freiheitsbrief und durch den König oder Herzog. Die erstere Art fand in der Kirche vor dem Altare statt, wobei in der Urkunde die Verleihung des freien Standes in den bestimmtesten Ausdrücken ausbedungen wird. Besonders wurde durch den mildernden Einfluß des Christenthums die Freilassung als ein für das Seelenheil des Donators förderlicher Akt angesehen und gewann immer weitere Ausdehnung, wodurch eigentlich eine Menge von Mittelstufen zwischen Freien und Unfreien entstanden. Doch konnte die Freiheit durch unwürdiges Betragen oder durch ein unsühnbares Vergehen wieder verloren werden.

Die Unfreien nehmen unter den Ständen den untersten Rang ein und kommen eigentlich im Volksrecht nur als Eigenthum ihres gesetzlichen Herrn in Betracht. Doch lastete nicht auf allen der gleiche Druck unbedingter Abhängigkeit, da die Hörigen nicht mit Leib und Gut, sondern nur durch eine gewisse Dienstpflicht an ihren Herrn gebunden waren. In den Stand der Unfreiheit geräth man entweder durch Gefangenschaft im Kriege oder durch Abstammung von leibeigenen Eltern oder durch Verheirathung mit Leibeigenen. Diese stehen im bayerischen Gesetzbuch auf Einer Stufe mit den Sachen und den Thieren; der Herr kann sie tödten, vertauschen oder verkaufen nach Belieben; nur der Verkauf außer der Landesgrenzen war verboten, sowie durch Concil-Beschluß der Verkauf christlicher Leibeigener an Heiden untersagt wurde. Dem Gesetz nach konnten die Leibeigenen kein Eigenthum besitzen, während dieß der Wirklichkeit nach doch der Fall war, da sie sich aus der Schuldknechtschaft durch ihr Vermögen loskaufen konnten.

Als die Germanen in den römischen Provinzen die Herrschaft erlangten, geriethen die seitherigen Eigenthümer in eine mehr oder weniger abhängige Stellung, je nachdem nämlich die Eingedrungenen sich mit ihnen vertrugen. Durch das bayerische Gesetzbuch ward den seitherigen Bewohnern keinerlei Recht zuerkannt, sondern dieselben wurden alle tributales;

nur eine geringe Zahl derselben erfreute sich eines verhältniß-mäßig besseren Looses. Wandernde wurden dem Schutz des Königs anvertraut, wenn sie sich auf den Landstraßen hielten, im andern Fall wurden sie als Landstreicher behandelt.

In dem Abschnitt, welcher das Staatsrecht zum Gegenstand hat, bringt der Verfasser außerordentlich viel Interessantes über die Herzöge und deren Verhältniß zu den fränkischen Hausmaiern bei und erörtert dann erschöpfend die Mark- und Gauverfassung. Hier liefert er gegen Lang und Andere den Nachweis, daß die dem Sundergau gegenüber gelegenen Lande auf der linken Seite der Donau, d. i. der Nordgau, keine fränkische Markgrafschaft waren, sondern daß sie den Baiwaren angehörten. Für diesen Zusammenhang spricht am überzeugendsten die Beschaffenheit der Einwohner rücksichtlich der Sprache, der Sitten und Gebräuche, dann die Ausdehnung des bayerischen Gesetzes, das noch im 13. Jahrhundert im Nordgau Geltung hatte; endlich lassen sich für diese Zusammengehörigkeit aus Urkunden und Chronisten Beweise beibringen. Die von dem Verfasser gegebenen können wir noch durch einige sehr schlagende vermehren. In den Ann. Hildesh. wird vom Herzog Konrad von Bayern gesagt: Conradus dux antea Noricus ab imperatore expulsus. Das Auctarium Garstense enthält die Stelle: Hoc tempore gens Barbarorum seu Noricorum revertitur. In *Honorii* imago mundi heißt es: Est in ea (regione) Noricus, quae et Bavaria (vocatur). Und Wipo in vita Chonradi sagt: in regno Noricorum id est Baioariorum.

Eine Reihe der interessantesten Materien boten sich in dem Abschnitt über das Privatrecht. Vorzüglich gelungen scheint uns die Partie über die Erwerbungsarten. Hier würdigt der Verfasser zunächst die falsche Ansicht, daß das Loos (Luß oder Lust) bei Landesvertheilungen ein Flächenmaß gewesen, nach Gebühr und hält nur daran fest, daß die Loose wenigstens ursprünglich von gleicher Größe gewesen seien. Dafür daß die Loose nur als Maßeinheit gelten, sind dem

Referenten Beispiele aus der heutigen Praxis bei Vertheilungen gemeinsamen Waldertrags bekannt, indem man zu sagen pflegt, dieser Nachbar (vollberechtigtes Gemeindeglied) erhält soviele, der andere soviele Loose. Das Maß für die Größenbestimmung des Looses glaubt der Verfasser nach den ältesten Rechtsgebräuchen in dem Wurfe und namentlich in dem Axt- oder Hammerwurf zu finden, welcher in den bayerischen Rechtsgebräuchen eine bedeutungsvolle Rolle spielt, indem er als gesetzliches Maß bei Erwerbungen von Recht auf Wasser, Holz und Walde gilt. Für diese Maßbestimmung des Looses durch den Wurf als Maßeinheit sprechen eine Urkunde vom J. 826, in welcher ein Wiesfleck als „hluz", und eine andere zwölf Jahre ältere, in welcher das nämliche Grundstück als „12 worpa" groß bezeichnet wird. Bemerkenswerth ist, was von den Rechtslehrern nicht immer erkannt wurde, daß der Hammerwurf nach der ganzen germanischen Rechtssymbolik nicht ein Wahrzeichen des Verbietens, sondern immer nur des Besitzergreifens ist.

Da die germanischen Volksrechte vorzugsweise einen strafrechtlichen Charakter an sich tragen, so mußte auf diese Seite im vorliegenden Buche besondere Rücksicht genommen werden. Dieß ist denn auch geschehen und wir bedauern nur, daß wir an dieser Stelle den geistreichen Ausführungen nicht Schritt für Schritt folgen können. Beschränken wir uns auf die Mittheilung einiger Sätze.

„Die Grundlage der germanischen Staatsverfassung war die Idee einer Friedensgenossenschaft. Gegen die frühere einseitige Ansicht, welche eine fast unbeschränkte Subjektivität, einen Freiheitsbegriff, wonach jeder Freie rein hätte thun dürfen, wozu er den Willen oder durch die Hülfe von Freunden und Verwandten die Macht hatte, für das Princip des germanischen Gemeinwesens ausgab, hat Wilda mit siegreicher Begründung die Behauptung verfochten, daß dieses Gemeinwesen zwar allerdings in dem Kampfe mit den übermächtigen, stolz trotzigen Individuen, die im Vollgefühle ihrer Kraft und ihres lebens-

verachtenden Muthes zur Durchbrechung jeder hindernden Schranke sich fortreißen ließen, erwachsen sei, aber durchaus auf dem Boden der Familie sich entwickelt habe und eine Vereinigung zur Erhaltung des Friedens und zum gegenseitigen Beistand, wie zu wechselseitiger Hülfe in allen ziemlichen Dingen darstelle."

„Wenn das Recht als die Form, in welcher die Idee der Freiheit in praktischer Wirkung hervortritt, nach zwei Richtungen hin aufgefaßt werden kann, nämlich einerseits in subjektiver Beziehung als Befugniß oder Freiheit des Einzelnen, andererseits aber in objektiver Beziehung als Regel oder bindendes zwingendes Gesetz für Alle: so erhellt aus der Betrachtung der germanischen Urzustände sogleich, daß bei unsern Stammvätern zwar fast nur der subjektive Rechtsbegriff der selbstherrlichen Befugniß sich entwickelt hatte, daß dieser an Willkür grenzenden Freiheit aber die viel mächtigere Befugniß der übrigen Volksgenossen mit zwingender Nothwendigkeit gegenüberstand. Auch die Etymologie des Wortes Recht, sagt Zöpfl (deutsche Rechts-Geschichte) ebenso schön als treffend, weist auf das Vorherrschen des Begriffs der Befugnisse im deutschen volksmäßigen Rechtsbewußtseyn hin. Grammatikalisch verwandt mit rächen und richten, enthält es den Begriff von Vergelten vorgängiger Verletzungen oder Beleidigungen zugleich mit dem Begriff von Ausgleichen oder Wiederherstellen des gestörten Rechtszustandes, so daß also Recht und Rache sich nur durch die Gemessenheit oder Maßlosigkeit der Wiedervergeltung unterscheiden. Wer also durch willkürlichen Uebergriff seiner Befugniß den allgemeinen Frieden gebrochen hatte, gegen den erhob sich zunächst die Befugniß des Gekränkten oder seiner Familie, die erlittene Verhöhnung des angebornen Rechtes durch Zufügung einer wo möglich noch stärkeren zu rächen. Denn die Rache ist die erste Offenbarung des Rechtsbewußtseyns und noch finden sich im bayerischen Gesetzbuche, und zwar an Stellen die durchaus vom Einflusse fremdländischer Uebertragung frei sind, Beweise, daß die Strafe als Rache des Verletzten oder der Gesellschaft aufgefaßt wurde."

„Zur Zeit der Abfassung der germanischen Volksrechte, und auch des bayerischen, war aber das Strafrecht der deutschen Völker bereits aus der Periode der Rache in die der Sühne

fortgeschritten. Das Recht der alten Zeit, nämlich die Rache der Friedloslegung, war nur mehr ausnahmsweise für wenige besonders qualifizirte Missethaten beibehalten, während das Recht der Friedensgenossenschaft, den allgemeinen Frieden durch Aussöhnung der Gekränkten mittels entsprechender Bußen aufrecht zu erhalten, das Uebergewicht gewonnen hatte. Daher wird im alten Westgothenrechte die Entrichtung der Composition als eine Genugthuung für den Verletzten aufgefaßt, welche Stelle auch in das Rechtsbuch der Baiwaren übergegangen ist."

Hier wäre nun der Ort, der höchst interessanten Darstellung der Entstehung und der zu verschiedenen Zeiten erfolgten Erhöhung des Wergeldes zu folgen, allein wir sehen uns genöthigt diejenigen welche sich über diesen Gegenstand gründlich unterrichten wollen, auf das Buch selbst zu verweisen.

Ueber den Ursprung, Namen und Bedeutung des Haberfeldtreibens handelt der Verfasser in anziehender Weise; er sieht in ihm ein treues Abbild eines Cent- oder Märkerdinges aus dem 8. oder 9. Jahrhundert, ein Ueberbleibsel altangestammter Rechtssitte mit freilich etwas grotesken Zuthaten. — In den Schlußfolgerungen werden die Momente hervorgehoben, welche die Rechtsverfassung celtischer Völker besonders kennzeichnen und somit die Unterschiede jener von der lex Baiwariorum darthun. Dann aber werden aus der Rechts-Verfassung der Baiwaren noch einmal jene Punkte zusammengestellt, welche zu Schlußfolgerungen über die Verwandtschaft der lex Baiwariorum mit den andern leges barbarorum führen. Dieser Abschluß der Forschungen ist besonders dazu geeignet, das Vertrauen in die gewonnenen Resultate zu erwecken und diese auch Laien, welche dem mühsamen Gang der Untersuchungen nicht selbst folgen wollen, bekannt zu machen.

XXV.

Zeitläufe.

Deutschland in den Spannungen des Moments.

Vor zehn Jahren um diese Zeit hat der Pariser Congreß getagt, welcher nach den Blutströmen und immensen Geldopfern des Krimkriegs versammelt wurde, um die orientalische Frage in himmelschreiender Weise ungelöst hinter sich zu lassen. In denselben Tagen vor zehn Jahren, wo wir jetzt schreiben, hat die europäische Diplomatie zu Paris über das Schicksal der Donaufürstenthümer verhandelt und eben nun ist an der untern Donau Alles wieder in Frage gestellt, als wenn jene weitschichtigen Abmachungen nie dagewesen wären. Der Finger Rußlands taucht deutlich sichtbar wieder am östlichen Horizont auf, und die hohe Diplomatie will sich wieder in Paris versammeln, um abermals den Stein des Sisyphus zu wälzen. Das und nichts Anderes wird sie thun, wenn nicht anders im unmittelbaren Anschluß an den Cusa-Scandal die gesammte Orientfrage wieder aufwacht, um sich nicht mehr einschläfern zu lassen. Dann freilich wenn dieß geschähe, wären wir an einem Abschluß des europäischen Provisoriums angelangt — eher nicht.

Das nichtswerthe Resultat jenes Pariser Congresses ist prototypisch gewesen für die ganze Folgezeit bis auf diese

Stunde. Was für gewaltige Veränderungen sind seitdem fast an allen Angelpunkten der europäischen Politik eingeleitet worden, ohne irgendwo hinausgeführt zu werden; der Anstoß ist überall gegeben, der Abschluß nirgends. Diese „Blätter" haben in der erschütternden Krisis von 1854 bis 1856 unablässig eine schöpferische That für den Orient verlangt; sie haben unserm armen Deutschland die Aufgabe zugemuthet Träger und Förderer dieser schöpferischen That zu werden; und sie haben für den großen Zweck verlangt, daß alle deutschen Kabinette sich zu einer festen Mittelstellung zwischen den eigentlichen Weltmächten von Europa und Amerika vereinigen sollten. Mit Wehmuth mag man jetzt vergleichen, wie viel feuriger Muth und frische Zukunftshoffnung damals noch die Herzen schwellte; denn nun ist Alles vorbei. Nichteinmal der Imperator ist mehr einer schöpferischen That fähig; er hat überhaupt nur Eine solche That unternommen, und zwar im fernen Amerika, und ob auch nur diese That eine schöpferische bleibe, ist mehr als je die Frage. Wenn aber Er, das gekrönte Haupt der bürgerlichen Revolution von 1789, nichts mehr machen kann, wer denn sonst sollte es können?

Politik treiben ist heutzutage eine unendlich trostlose Sache. Denn alle unsere Politik dreht sich wie das Göthe'sche Thier unaufhörlich in einem Kreise, der nirgends Oeffnung und Ausgang hat. Daher die ertödtende Langeweile die mit ihren bleiernen Flügeln täglich schwerer auf den Geistern lastet. Mag dann und wann auf dem Gebiete der internationalen oder der innern Politik ein Ereigniß auftreten das energische Bewegung und Abwechslung in das ewige Einerlei zu bringen scheint, es ist immer nur Schein. Morgen schon zeigt sich das angestaunte Phänomen als eine hohle Seifenblase, und keuchend beginnt die Tagesgeschichte ihren sterilen Kreislauf von neuem, als wäre er nie unterbrochen gewesen. Und in Wirklichkeit war er es auch nicht, und wird es nie, solange der Türke und der Liberalismus an dem vitiösen Zirkel Wache stehen. Man kann sagen: der Türke

und der Liberalismus — wie nahe diese beiden Mächte auch innerlich miteinander verwandt sind, ist erst vor Kurzem in Liebig'schen Annalen dargethan worden — bilden eigentlich selber und ausschließlich den ehernen Kreis, in den alle innere und äußere Politik Europa's rathlos und willenlos hineingebannt ist.

So wie es jetzt aussieht in der ganzen politischen Welt, wo überall nichts mehr vorwärts und nichts mehr rückwärts gehen will, kann es nur und muß es aussehen am späten Abend einer untergehenden Weltperiode und vor dem Sonnen-Aufgang der neuen. Zwischen diesen beiden großen Wendepunkten wird der Türke und der Liberalismus untergehen. Es wird ein wundervoller Moment seyn, wenn die europäische Menschheit von dem doppelten Alpdruck erlöst, dereinst wieder frei aufathmet. Da wo jetzt eine verfaulende Race hochmüthiger Barbaren die schönsten Länder des Erdtheils brach hält und kein Gras mehr wachsen läßt unter ihrem Fußtritt, da wird eine neue Weltpolitik auferstehen und den Mächten der alten Pentarchie ihre Engherzigkeiten mit Gewalt austreiben. Spätestens dann, wenn nicht früher, wird auch der Koran des modernen Staats des Irrthums überwiesen werden, daß er sich als ein ewiges Evangelium ausgab; während er nur die Regeln und Vorschrift enthielt, wie eine einzelne von *brutalem* Materialismus erfüllte Volksclasse über alle andern Volks-Classen das Scepter der Alleinherrschaft führen und sie ausbeuten könne, ohne von deren numerischem Uebergewicht fürchten zu müssen.

Die Nähe oder Ferne der ungeheuren Veränderung läßt sich freilich nicht bei Tagen oder Jahren berechnen. Aber der Türke gilt in dem Bewußtseyn der civilisirten Menschheit längst als todtkranker Mann, und allem Anscheine nach steht ihm in diesem Augenblicke wieder ein weiteres Stadium der Agonie bevor. Sonderbarer Weise erhebt sich gleichzeitig auch eine neue social-politische Bewegung auf dem Gebiete der innern Politik, und erklärt das System des herrschenden

Liberalismus gleichfalls für einen todtkranken Mann, was es auch in der That in dem Maße werden muß als die sociale Bewegung an Gewicht und Einfluß wächst. Sind aber die beiden kranken Männer einmal todt, dann erst könnte der Begriff der Freiheit welcher in der ganzen Periode der bürgerlichen Revolution seit 1789 ein rein negativer war, zu einer starken und allseitigen Position werden, wenn anders nicht die Vorsehung über die Menschheit abgeschlossen haben will.

Eine enorme Zukunft steht uns auf alle Fälle bevor. Was aber die gegenwärtige Lage der Dinge betrifft, so gleicht der Gesammtzustand Europa's, wie ein geistvoller Freund jüngst gesagt hat, dem Laubwald am Ausgange des Winters. Allenthalben hängt das alte verdorrte Laub noch zähe an den Zweigen und wehrt sich gegen die nachschiebenden grünen Keime, bis mit dem wachsenden Frühling das junge Leben die abgestorbenen Vorgänger abschüttelt. Dürres Laub und nichts weiter sind alle die großen Fragen mit welchen sich jetzt die Diplomatie und die Presse abplagen. Weil die Fragesteller selbst kein Leben und keine Zukunft in sich haben, darum kommt es zu keiner Lösung und zu keinem Abschluß. Die nachschiebenden frischen Keime zu beachten und zu pflegen, ist allein noch eine lohnende und die des wahren Staatsmannes würdige Aufgabe.

Ich habe das Vorstehende nicht als müßige Vorrede zu der nachfolgenden Betrachtung über die schwebenden deutschen Angelegenheiten geschrieben. Es ergibt sich vielmehr daraus unser constant eingehaltener Standpunkt. Heute wie vor zehn Jahren fordern wir, daß die deutschen Machthaber aufhören der selbstsüchtigen Politik der Fremden die Schleppe zu tragen und den Judaslohn dafür einzustreichen; daß sie im Gegentheile zu einer innerlich befestigten Mittelstellung zwischen den Weltmächten Europa's sich einigen, wodurch den Wechselfällen drohender Katastrophen vorgebaut und dem deutschen Volke endlich einmal der ihm zukommende Antheil an den großen Entscheidungen gesichert würde. Das wäre ein frischer grüner

Keim, das wäre eine schöpferische That welche die ganze Zukunft schon in sich selber trüge. Ein deutscher Krieg für ein solches Ziel, um den hartnäckig Widerstrebenden niederzuschlagen, wäre ein heiliger Krieg gewesen; und nachdem das Jahr 1863 die Unmöglichkeit dieses Weges für immer erwiesen hat, so wäre kein Preis zu theuer und zu hoch, wenn der zweijährigen Einigung der beiden deutschen Großmächte ein solches Ziel friedlich abgewonnen werden könnte.

Aber wie weit ist man in Deutschland allenthalben von einer solchen Politik entfernt! Selbst der Gedanke daran taucht nur dann und wann in lichten Augenblicken und in unabhängigen Köpfen auf. Die Parteien hingegen und die Kabinette, mit sinnverwirrendem Grimm in einander verbissen, streiten und balgen sich ausschließlich um das dürre Laub. Ja, wenn man den Geheimnißvollen und den Unterrichteten Glauben schenken muß, so ist unser armes Deutschland soeben mit genauer Noth der Gefahr eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, der Gefahr eines deutschen Bürgerkriegs um das dürre Laub der schleswig-holsteinischen Frage entgangen. Ein Stein möchte sich darob erbarmen, und ein Oedipus möge das Räthsel lösen, auf welcher Seite der Wahnsinn größer gewesen wäre, auf der Oesterreichs oder Preußens.

Krieg in Deutschland! — das ist bald gesagt, aber es ist nicht so leicht die Folgen eines gewaltsamen Bruches sich auszudenken. Wie die Geschichte lehrt, bleibt bei einem solchen Krieg die Einmischung des Auslandes niemals aus und sie wäre sicherlich jetzt gieriger als je eingetreten. Beide Mächte hätten zudem den lodernden innern Kampf um die Verfassungs-Rechte ihrer Völker im Rücken gelassen, und sie hätten volkswirthschaftlich-finanzielle Zustände vor sich gehabt deren straffe Spannung auf's höchste gestiegen ist. Es gehörte kein Schwarzseher dazu, um in dem unmittelbaren Hinte[...]
Kriegserklärung nicht nur die europäische
auch die allgemeine deutsche Revolu

das sind Dinge von welchen die Spatzen auf dem Dache pfeifen, und wir wollen davon nicht weiter reden; sondern für uns liegt die Hauptsache in der Frage: hätte Oesterreich oder hätte Preußen genau gewußt, wofür sie denn eigentlich in den Krieg gingen, und wären sie mit sich im Reinen gewesen, welches das mit Gewalt der Waffen zu erreichende Endziel seyn müsse?

Die Frage lautet mit andern Worten: hätte Oesterreich oder hätte Preußen ein Programm zur Lösung der gesammten deutschen Frage mit sich in's Feld geführt? Das ist es, worauf Alles ankommt. Diese schleswig-holsteinische Frage ist nun einmal zur eigentlich deutschen Frage geworden, und man wird sie — mag man sich auch noch so hartnäckig gegen diese Einsicht verwahren und sträuben — weder im Frieden noch im Kriege lösen, ohne mit ihr zugleich die deutsche Frage zu lösen oder wenigstens eine bestimmte und unabänderliche Richtung für deren Lösung anzubahnen. Dieß gilt selbstverständlich vor Allem von dem Fall des Krieges und es gilt noch viel mehr von Oesterreich als von Preußen. Denn von der Politik des Grafen von Bismark könnte man allenfalls sagen, als Großpreuße sans phrase wolle er eben nicht mehr und nicht weniger als den kostbaren Besitz der meerumgürteten Elbherzogthümer erobern, sei es zur Einverleibung in den preußischen Staat oder zu ihrer Verbindung mit der Krone Hohenzollern durch die Personalunion. Ob freilich die Möglichkeit für Preußen vorhanden gewesen wäre sich innerhalb der Grenzen eines so beengten Programms zu behaupten, sobald der Krieg länger als vier Wochen gedauert und europäische Dimensionen angenommen hätte: das ist eine andere Frage. Immerhin läßt es sich nicht läugnen, daß die Erwerbung der zwei Herzogthümer ohne weiters für Preußen ein ausreichendes Kriegsprogramm abgegeben hätte. Aber Oesterreich? — hätte Oesterreich wirklich seinen schwer bedrängten, am Rande des Volksbankerotts schwebenden Völkern einen Krieg mit der andern deutschen Großmacht zumuthen können, bloß

zu dem Zwecke um die Einsetzung des Augustenburgers in den Herzogthümern und die Gründung des neuen Mittelstaats Schleswig-Holstein zu erzwingen?

Es ist unmöglich. Man sagt und wie es scheint mit Recht: ein Krieg mit Preußen wäre der einzige den Oesterreich noch führen könnte, jeder andere Krieg sei dem Kaiserstaat unthunlich, aber ein Feldzug gegen die Preußen wäre im ganzen Reiche höchst populär. Sehr wohl; aber gerade wenn und weil es so ist, könnte um so weniger die bloße Einsetzung des Augustenburgers österreichisches Kriegsprogramm seyn; der Kaiser müßte seinem Oberfeldherrn mindestens die Reformakte von 1863 zur Vollziehung an der preußischen Monarchie in der Tasche mitgeben. Thäte er aber das, so würde er auf der Stelle Frankreich ebenso gegen sich haben, als es der Imperator ohne Bedenken sich sehr wohl gefallen lassen würde, wenn Oesterreich zu dem alleinigen Zweck, um die Festsetzung Preußens in den Herzogthümern zu hindern und um einen neuen Mittelstaat jenseits der Elbe zu gründen, gegen die norddeutsche Monarchie Krieg führen wollte. Das sind Thatsachen die denn doch nicht übersehen werden sollten. Wie Frankreich über jeden Versuch, die deutschen Kräfte zu einer europäischen Mittelstellung zusammenzufassen, denkt und fühlt, darüber ist schon seit 1863 kein Zweifel mehr erlaubt, und soeben hat die Legislative in Paris neuerdings bekannt, daß der unveränderliche Statusquo in Deutschland der wesentlichste Theil des europäischen Gleichgewichts sei und daher von Paris aus eifersüchtig überwacht werden müsse.

Aber noch mehr. Nicht nur Frankreich würde seine Front augenblicklich gegen Oesterreich kehren, sondern auch die Mittelstaaten würden die Schwenkung mitmachen, sobald sie merkten, daß der Macht Preußens selbst zu wehe geschehen und nicht bloß der Augustenburger eingesetzt werden solle. Darauf darf man sich in Wien zuversichtlich verlassen. Es ist möglich, wenn auch keineswegs wahrscheinlich, daß unsere Mittelstaaten mit ihren Berathungen, ob man Oesterreich abermals im Stiche

lassen solle oder nicht, zu Ende kämen, ehe noch der Krieg zu Ende wäre; wenn sie aber bei dem Kampfe mitgingen, dann wäre es ganz gewiß, daß sie nur mitgingen, um die österreichische Politik sorglich zu überwachen, damit dieselbe ja keinen Vortheil erringe, wodurch dem Kaiserstaat ein dauerndes Uebergewicht über Preußen verliehen werden würde, oder überhaupt dem herrschenden Bundes-Chaos ein Eintrag geschehen könnte. So steht die Sache!

Wäre es möglich, daß man sich irgendwo noch täuschen könnte über dieses Herzensgeheimniß unserer deutschen Politik? Für unser Schaukelsystem ist der Dualismus der zwei Großmächte eine so unerläßliche Voraussetzung wie für den Fisch das Wasser. Darum waren wir so sehr entsetzt, als Oesterreich und Preußen in der schleswig-holsteinischen Sache endlich einmal Eines Sinnes waren; und diese Einigkeit ließ doch wenigstens das Wiedereintreten der Spaltung mit ziemlicher Zuversicht hoffen, was bei einem dauernden Uebergewicht Oesterreichs natürlich nicht der Fall wäre. Darum ist diese Eventualität für uns die fürchterlichste.

Somit wäre ein auch nur die kürzeste Friedensstörung aufwiegendes und ihrer werthes Kriegsziel für Oesterreich gar nicht möglich, und schon aus diesem Grunde werden die jüngsten Kriegsgerüchte so gut wie die früheren den denkenden Beobachter ziemlich kühl gelassen haben. Blickt man aber der soeben nach dem Leben gezeichneten Stellung recht scharf auf den Grund, so wird man weiter bemerken, daß überhaupt und schlechterdings kein anderer Weg für eine Wendung der unglücklichen deutschen Zustände zum Bessern mehr übrig ist als der einer freiwilligen Einigung zwischen den zwei Großmächten. Es mag im J. 1863 noch anders gewesen seyn; damals hätte man, vorausgesetzt den bessern, schlagfertigern und mächtigern Willen der Mittelstaaten, Preußen vielleicht noch zwingen können. Jetzt ist es auch damit für immer vorbei. Heute würde jede kriegerische Verwicklung zwischen beiden Großmächten nur unermeßliches Unglück über Deutschland

bringen, und nicht am wenigsten über die beiden großmächtigen Kämpfer selber. In jedem ernsten Kampfe, der nicht bloß ein frevelnder Scheinkrieg wäre um die Nachgiebigkeit der Einen oder der andern Partei zuzudecken, würde keiner von beiden der schließliche Sieger seyn; sondern Sieger bliebe allein das hohnlachende Lager ihrer gebornen Feinde dießseits und jenseits der deutschen Grenzen.

Nun ist aber der provisorische Zustand in den Herzogthümern, nach dem Zugeständniß aller Parteien, auf die Länge unhaltbar. Nicht nur leiden die beiden Länder unter dieser zweifelhaften Lage sehr schwer, mehr noch moralisch als materiell, sondern dieses Condominat hat sich genugsam als die Quelle unaufhörlicher Zerwürfnisse zwischen den zwei Großmächten erprobt, und gingen die Dinge noch eine Weile so unfriedlich fort wie bisher, so müßte unfehlbar aus der schleswig-holsteinischen Pandorabüchse endlich das schwerste Unglück über Deutschland hereinbrechen. Aber wie den Knoten lösen? Unsere Meinung hierüber ist seit langer Zeit unveränderlich dieselbe: man gebe endlich der Wahrheit auf allen Seiten die Ehre, der Wahrheit daß diese schleswig-holsteinische Frage nun einmal implicite schon die ganze deutsche Frage ist, und daß erstere isolirt oder außer dem Zusammenhange mit der letztern nicht gelöst werden kann. Davon hat man bis jetzt auf keiner Seite etwas wissen wollen, weder in Berlin noch auch in Wien und in den mittelstaatlichen Kabinetten. Ueberall will man die Angelegenheit der Herzogthümer zu einem definitiven Abschluß bringen, während im übrigen Deutschland immer noch Alles beim Alten bleiben soll. Das ist es was schlechterdings nicht geht. Wollte man in Deutschland Alles beim Alten lassen, so hätte man auch Schleswig-Holstein dem König Christian lassen müssen. Bei Düppel und Alsen ist nicht nur der Däne sondern auch der Bundestag unterlegen.

Ließ man die Preußen allein oder mit österreichischem Cortege die zwei Länder erobern, so konnte jeder Politiker der des Namens werth ist, mit Gewißheit voraussehen, daß

die Preußen nicht mit leeren Händen wieder abziehen würden. Im Grunde ist dieß auch von allen Parteien verstanden und gebilligt worden; denn als Antwort auf die bekannten Februar-Forderungen hat sowohl das Wiener Kabinett als der 36ger Ausschuß, letzterer zugleich in der Eigenschaft eines Vormünders der mittelstaatlichen Politik, immerhin so viel zugestanden, daß dadurch ein ganz außerordentliches und exceptionelles Verhältniß in den Rahmen der Bundesordnung hineingekommen wäre. Nun will aber Preußen sich die Herzogthümer ganz und souverain verbinden, es will sie annexiren. Nicht bloß der Hof und Graf Bismark wollen das, auch die Mehrheit der Kammer will nicht anders, sie thut nur dem verhaßten Minister den Gefallen nicht es zu sagen. Nachdem aber einmal die Absicht so laut verrathen worden, ist nun Preußen nicht bloß mit seiner Ehre sondern auch das gegenwärtige Regiment um den Preis seiner Existenz an die Erwerbung der Herzogthümer gebunden. Ich sehe auch nicht ein, weßhalb diese Zumuthung für die andern deutschen Kabinette schlechthin unannehmbar seyn soll; der Fehler liegt nur darin, daß man in Berlin Schleswig-Holstein preußisch oder hohenzollerisch machen will, nicht in einem neuen Deutschland sondern im alten Bundestags-Deutschland; man will die Länder umsonst haben, ohne Bedingungen und Garantien für die andern deutschen Völker, ohne Entgelt und Dank.

Hierin stehen die preußischen Liberalen und Graf Bismark ganz gleich zu der Frage. Die ersteren behalten sich ausdrücklich vor die Herzogthümer, sobald dieselben in die Macht Preußens gefallen wären, als den passendsten Hebel zu benützen, um den deutschen Statusquo aus den Angeln zu heben, Oesterreich aus dem deutschen Verband hinauszudrängen und ihre kleindeutsche Politik durchzuführen. Von Graf Bismark hat bis jetzt nicht das Mindeste verlautet, daß er Garantien gegen eine solche Consequenz der preußischen Erwerbung angeboten hätte. Er hat in Paris sich hinter den Imperator zu stecken gesucht, und das Gespenst des Saar-

[illegible] gehe wieder in den Zeitungen um; ja er hat sich nicht geschämt, um das Wiener Kabinett zu schrecken und zu drängen, allerlei Liebäugeleien mit der revolutionären Regierung in Florenz anzuzetteln. Einem conservativen Minister, wofür der Mann merkwürdiger Weise nicht selten angesehen wird, wären solche Manöver nicht möglich gewesen; als richtiger Großpreuße aber kann Bismarck heute um die italienische Allianz buhlen und morgen, wenn er so besser zum Zwecke zu gelangen meint, in Wien Territorial-Garantien gegen Italien anbieten. Auch das sähe ihm nicht unähnlich, wenn er damit umginge den Oesterreichern ihren holsteinischen Antheil mit Geld abzukaufen. Nur Eines scheint ihm bis jetzt nicht eingefallen zu seyn, nämlich das transalbingische Problem aus der großen deutschen Frage heraus zu erfassen und zu lösen. Er will eben einfach Preußen größer machen, und wegen des Uebrigen läßt er sich kein graues Haar wachsen; denn das vergrößerte Preußen wird sich schon von selbst weiter helfen.

Und doch sollte man meinen, Graf Bismarck hätte Anlaß genug um eine Nasenlänge weiter zu denken. Wer an die jüngsten Kriegsgerüchte geglaubt hat, der hat sicher nur deßhalb daran geglaubt, weil es auf der Hand liegt, wie sehr das gegenwärtige preußische Regiment einer Diversion und eines Ventils für seine innern Verlegenheiten, eines großen Erfolges bedarf. Ja selbst der gewünschte Erfolg würde, nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, wahrscheinlich keine dauernde Hülfe bringen. Das innerliche Uebel an dem Preußen leidet, sitzt sehr tief. Der schaale Paragraphen-Krieg der in den Kammern seit vier Jahren endlos forttobt, ist nur das äußerliche Symptom von einer Krankheit des innersten Organismus; das Volk wäre der faden juristischen Wort-Klauberei längst müde und würde andere Männer aus der Wahlurne hervorgehen lassen, wenn es sich nicht um viel Größeres handelte, als bloß darum daß die Kammer in jeder Session das Ministerium ein Dutzendmal der Verfassungsverletzung

beschuldigt, und die Regierung mindestens ein halbmal so oft den Vorwurf auf das Haus zurückschleudert. Die Conservativen sagen: es handle sich um die Frage, ob Königthum oder Parlamentarismus; wir meinen, es handle sich noch mehr um die Frage, ob Preußen als Militärstaat überhaupt irgendeiner freiheitlichen Verfassung fähig sei? Bisher hat jeder Anfänger im Staatsrecht diese zwei Dinge für unvereinbare Gegensätze gehalten. Wirklich hat es auch der preußische Liberalismus sonst immer für seine dringendste Aufgabe angesehen, Preußen in ein solches Verhältniß zu den kleineren deutschen Staaten zu bringen, daß es einen Theil seiner schweren Militär-Rüstung auf deren Schultern abladen könnte. Auch Graf Bismark wird nie anders zum innern Frieden gelangen, als wenn er mit uns Andern auf den Friedensfuß sich zu setzen versteht, wenn er Deutschland gegenüber entwaffnet. Das wäre selbst für die innere Politik Preußens ein grüner Keim, und zwar der einzig mögliche; alle die kleinen Mittelchen womit man der fortschrittlichen Mehrheit Herr zu werden sucht, sind nur dürres Laub, das der Fortschritt endlich doch abstoßen wird, wenn man ihm nicht zuvorkommt.

Der preußische Verfassungsstreit ist zweitens nicht so fast ein Kampf politischer Parteien, als vielmehr ein Rivalitäts-Krieg socialer Classen. Das Volk in seiner großen Masse sieht dem Streit auch darum mit kaltem Gleichmuth zu, weil es in diesen Kammern keineswegs seine eigene Vertretung erblickt. In Folge des unseligen Dreiclassen-Wahlsystems entspringen die Abgeordneten durchgängig aus Minoritäts-Wahlen; sie sind die Erwählten einer einzelnen übermächtigen Volksclasse, nämlich der Bourgeoisie, sie sehen nur mit deren Augen und vertreten nur deren Interessen. Nachdem das geldreiche Bürgerthum die communistischen Schrecken von 1848 überwunden hatte und seit der Gründung der Neuen Aera wieder übermüthig geworden war, verlangt es nun in Preußen wie überall die Alleinherrschaft im Staat, und um dieses Principat führt es den Kampf mit den alten historischen

Ständen des grundbesitzenden Adels, der militärischen und geistlichen Aristokratie. Jede Tagesordnung gibt Zeugniß von diesem Charakter des Streites; jedes noch so dringende Bedürfniß des Landes muß zurückstehen vor den Geboten der Parteitaktik und vor dem parlamentarischen Interesse der einzelnen Classe. Zum Ueberflusse sagen die Herren es selbst: die Entscheidung des großen Kampfes werde ganz und gar davon abhängen, ob die Massen des niedern Volkes auch bei den nächsten Wahlen wieder zu den reichen Fabrikanten und den mit ihnen verwachsenen Kreisen halten würden oder nicht*).

Nun steht aber der Ausgang des mörderischen Classen-Krieges in der preußischen Monarchie auch zu der Herzogthümer-Frage in unmittelbarer und sehr eigenthümlicher Beziehung. Es ist ein gewöhnlicher Vorwurf der Conservativen gegen die Mehrheit der Kammer, daß sie bis jetzt jeder bestimmten Aeußerung über die Frage ängstlich ausgewichen sei. Noch in der Lauenburger Debatte hat Graf Bismarck dem Hause mit bitterm Spotte das feige Verfahren vorgehalten, daß es an jedem Schritte der Regierung zu nergeln wisse, seine eigene Meinung aber über die Zukunft Schleswig-Holsteins sorgfältig verheimliche. Auch das Organ des Nationalvereins hat sich über die schleswig-holsteinische Schweigsamkeit der Kammer schon arg scandalisirt und gemeint, so müsse man freilich am Ende an geheime Billigung der Bismarkischen Ziele von Seite des Abgeordnetenhauses glauben. Aber die Leute haben gut reden; sie erwägen die heillose Verlegenheit der fortschrittlichen Majorität dabei nicht. Dieselbe hat sich vor zwei Jahren am Beginn der babylonischen Verwirrung, die dem Tode des Dänenkönigs folgte, für den Prinzen von Augustenburg erklärt; principiell muß sie ferner für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung einstehen; thatsächlich müßte sie aber für die Erwerbung der Herzogthümer durch Preußen stimmen, wenn sie nicht vor allem Volke als unpreußisch

*) S. darüber einen sehr bezeichnenden Artikel im „Wochenblatt des Nationalvereins“ vom 1. März 1866.

und unpatriotisch discreditirt werden will; endlich in Rücksicht auf ihr Classen-Interesse muß sie wieder dringend wünschen, daß das feindliche Ministerium in der schleswig-holsteinischen Sache Fiasko mache und an ihr sich den Hals breche. In diesem gräulichen Zwiespalt der Natur hat nun das Haus bis zur Stunde wohlweislich geschwiegen, und zuletzt bloß so viel bestimmt erklärt, was es auf jeden Fall nicht wolle, nämlich die Erwerbung der Herzogthümer in der Weise und nach dem Vorgange von Lauenburg, also durch die Personal-Union. Jede derartige Erwerbung würde das Haus als „rechtsungültig" verwerfen.

Diese neueste Wendung ist nicht ohne tiefliegendes Interesse. Die Regierung hat sich den Anschein gegeben, als wenn ihr selber die völlige Einverleibung Lauenburgs und in der Folge Schleswig-Holsteins in den preußischen Staat viel lieber wäre und zweckmäßiger vorkäme; nur um dem Wunsch und Willen der Bevölkerung gerecht zu werden und dieselbe bei dem größtmöglichen Maß innerer Selbstständigkeit zu belassen, verzichte sie auf das Bessere und begnüge sich mit der bloßen Personalunion. In der Lauenburger Debatte hat Graf Bismark sogar bemerklich gemacht: „es sei nicht nützlich das Beispiel hinzustellen, ein deutsches Land habe Preußen nur einen Finger zu reichen, um gegen seinen Willen aller seiner Eigenthümlichkeiten entkleidet und bis auf die Haut preußisch uniformirt zu werden." Das war nun gewiß recht schön gesagt, überzeugte aber die Mehrheit der Kammer keineswegs. Sie roch den Braten, wenn ich hier so sagen darf, und blieb hartnäckig dabei stehen, die Personalunion sei eine veraltete Institution des Feudalismus, die im unvereinbaren Widerspruch stehe mit der Idee des modernen Staats und daher schlechthin unzulässig sei. Mit andern Worten: die Erwerbung Schleswig-Holsteins, wenn sie stattfindet, soll jedenfalls, und ob es der Bevölkerung lieb sei oder leid — denn über den „modernen Staat" darf sich ihr Selbstbestimmungsrecht nicht erheben — nicht die preußische Krone stärken,

sondern die Fortschrittspartei in der Kammer. Einige Dutzend Abgeordnete von jenseits der Elbe, wo bekanntlich die Meister der liberalen Parteitaktik wachsen, wären für die Mehrheit der Berliner Kammer ein höchst schätzbarer Zuwachs, und man darf kühnlich behaupten: wenn dem Grafen Bismarck keine andere als diese Lösung der Herzogthümer-Frage übrig bliebe, dann wäre er an dem Tag nach dem Siege verloren *).

Anders wäre es freilich mit der schleswig-holsteinischen Personalunion. Sie würde dem Königthum einen von der preußischen Verfassung unabhängigen Glanz, eine Machtstellung außerhalb derselben verleihen; ebendeßhalb könnte sie aber auch nicht mit Hülfe der einheimischen Parteien, sondern nur gegen dieselben mit dem guten Willen Oesterreichs errungen werden. Sie würde fortan Preußen von selbst in eine neue Bahn innerer und äußerer Politik hineinführen, und sie würde von vornherein den staatsrechtlichen Gegensatz zwischen der norddeutschen Monarchie und dem österreichischen Kaiserstaat bedeutend mildern. Wie die Einverleibung dem bisherigen System des Fridericianismus und Unitarismus allein entspricht (was man den fortschrittlichen Stimmführern der Berliner Kammer unbedingt zugeben muß), so würde Preußen durch eine schleswig-holsteinische Personalunion dem System des Föderalismus befreundet, und schon dadurch fähiger gemacht in einem reorganisirten Bundes-Deutschland die bisher zurückgewiesene Stelle einzunehmen.

Wir kommen nun zu der Stellung Oesterreichs in dem leidigen Streit. Selbstverständlich kann man es der österreichischen Diplomatie nicht verübeln, wenn sie auf Bedingungen nicht eingegangen ist, welche ihr von Preußen nicht angeboten worden sind. Hat ja Graf Bismarck es für passend gehalten, mit seinen Versuchen und Angeboten lieber in Paris und

*) Auch die bekannte Adresse der 19 ritterschaftlichen Herren spricht sich für die Einverleibung und gegen die Personalunion aus. Hier kommen indeß ganz andere Motive in Betracht, da es den Herren im Interesse ihrer Familien vor Allem um die Carrière im höhern Staatsdienst und der Diplomatie Preußens zu thun ist.

Florenz als in Wien anzubinden, und seine abhängige Presse gegen Oesterreich eine Sprache führen zu lassen, als wenn es sich um einen widerspenstigen Bedienten handle. Die gereizte Stimmung der österreichischen Organe ist daher nur zu erklärlich, auch abgesehen davon daß der eifersüchtige Preußenhaß nun einmal die Lebensgewohnheit österreichischer Regierungs-Werkzeuge geworden ist. Aber nichtsdestoweniger — Schmollen und Pochen ist keine Politik; und wenn man sich förmlich mit der Partei des Augustenburgers identificiren und wie in den schönsten Zeiten Schmerlings wieder die bedenklichsten Elemente des großdeutschen Sammelsuriums, ohne im geringsten heiklig und wählerisch zu seyn, an sich ziehen will, dann ist die Frage erlaubt, ob denn die hohe Diplomatie in Wien eine solche Politik auch wirklich durchführen zu können meint und mit welchen Mitteln?

Es gab eine Zeit bei uns im Reich, wo die großdeutsche Agitation wirkliche Macht besaß und es nur eines kräftigen Anstoßes bedurft hätte, um selbst die widerwilligen Kabinette der Mittelstaaten mit fortzureißen. Dennoch ist die preußische Politik nicht erschüttert, nicht einmal eingeschüchtert worden. Warum hat man jene Gelegenheit nicht benützt, die aller Wahrscheinlichkeit nach nie wiederkehren wird? Die Antwort weist auf Ungarn hin: damals sei man mit den Magyaren noch nicht fertig gewesen und habe daher gegen Preußen nichts unternehmen können. Wirklich spielt Ungarn eine große Rolle in unserer deutschen Frage, und es ist mitunter als wenn die deutsche Bundesreform nicht in Wien sondern in Pesth entschieden werden solle. Hr. von Schmerling betrieb diese Sache sehr lau, solange er seine Central-Verfassung durchzusetzen hoffte. Sobald er aber verloren war, wies er auf die deutsche Entschädigung hin und rief: „Auf Wiedersehen in Frankfurt!“ Und von dem Augenblicke an wo die deutschen Liberalen in Oesterreich den Schmerlingischen Hintergedanken anerkannten und ihren hundertfältig beschworenen Centralismus für den parlamentarischen Dualismus hinzuwerfen bereit waren, von

dem Augenblicke an setzten sie auch ihre großdeutschen Pläne wieder in's Werk.

Die Magyaren sollten jetzt durchhelfen gegen Preußen! Sei Ungarn, hieß es, nur einmal befriedigt und seiner parlamentarischen Regierung sicher, so werde es mit allen Mitteln bestrebt seyn die parlamentarische Regierung der andern Reichshälfte in die engste und brüderlichste Verbindung mit dem deutschen Bunde zu bringen; selbst ein allgemeines deutsches Parlament zu Frankfurt liege in den Wünschen der Magyaren, denn dieselben seien zu gute Politiker um nicht einzusehen, daß die Rückwirkung davon nur ihrer häuslichen Selbstherrlichkeit zu gute kommen würde. In der That sind die Liberalen diesseits der Leitha von den ungarischen Liberalen mit solchen Phrasen vielfältig geködert und gekitzelt worden; der bekannte Graf Zay hat sogar in der Allg. Zeitung*) öffentlich erklärt: „verbündet mit ihrem König werden Ungarns treue Völker insgesammt freudig in die Waffen treten, um die schleswig-holsteinische, die deutsche Primatsfrage zum Abschluß zu bringen." In Wirklichkeit war die Verbitterung gegen Preußen gerade in den Tagen auf's höchste gestiegen, wo in Wien die vollständigste Nachgiebigkeit gegen die ungarischen Forderungen als gewiß betrachtet, und fast stündlich ein kaiserliches Patent erwartet wurde mit den Namen der parlamentarischen Minister für Pesth und der aus dem reaktivirten „engern Reichsrath" genommenen Minister für Wien. Damals entstanden denn auch die Kriegsgerüchte, und man muß offenbar an eine sehr enge Wechselbeziehung zwischen der ungarischen und der schleswig-holsteinischen Frage glauben.

Inzwischen ist der Kaiser mit den Magyaren nicht fertig geworden und wird es wohl auch so bald nicht werden. Er hat sich nicht bewogen gefunden die Geschicke Oesterreichs zwei Reichsparlamenten anzuvertrauen, und für dieselben eine

*) Vom 6. Februar. Zay ist jenes calvinische Kirchenhaupt das 1861 den Ausspruch gethan hat: „er wolle lieber bei Magyaren in der Hölle als bei Deutschen im Himmel sitzen."

nationale Suprematie jenseits und eine andere nationale Suprematie dießseits der Leitha zu gründen. Er weiß sehr wohl, daß das Beispiel der reinen Personalunion zwischen Schweden und Norwegen hieher nicht paßt, da dort nicht wie hier auf beiden Seiten verschiedene Nationalitäten ihre Freiheit und ihr Recht verfechten und zu behaupten wissen werden gegen die Suprematie-Gelüste der Einen wie der andern Nation. Der Kaiser hat daher keineswegs das föderalistische Princip zu Gunsten des dualistischen ganz verworfen, und die Folge davon ist unter Anderm die, daß der Reformverein noch lange inaktiv zuwarten darf, wenn er auf die Hülfe der Magyaren angewiesen seyn soll. Unserer Ansicht nach ist überhaupt an einer deutschen Politik, die ihre Verwirklichung von den Erfolgen des Magyarenthums über die österreichische Reichseinheit abhängig machen müßte, kein grüner Keim mehr denkbar; sie ist keine Realität mehr sondern eitel dürres Laub. Das liberal-juristische Großdeutschthum ist, seiner schwachen Constitution nach, in dem harten Winter von 1863 erfroren; soll die deutsche Eiche sich wieder belauben, so müßte der Frühling eines großartigen österreichisch-preußischen Concordats über sie kommen.

Mit dem Vorstehenden wollen wir aber nicht gesagt haben, daß die fortwährende Gereiztheit zwischen Wien und Berlin nicht höchst gefährlich sei. Die Losreißung der Herzogthümer ist als eine ausschließend deutsche Sache unternommen und durchgeführt worden; das ging und geht nur solange, als die zwei Großmächte wenigstens nach außen einig sind. Solange dieß der Fall ist, hält sich Europa respektvoll zurück, aber keine Sekunde länger, und solange kann auch bei keiner der beiden Mächte ein Bedürfniß fremder Allianzen eintreten. Unter dieser Voraussetzung kann z. B. Oesterreich von Frankreich sich suchen lassen anstatt umgekehrt, und es würde im Angesicht der orientalischen Frage um so weniger vergeblich warten. Leider dürfte man aber in Wien, gewissen Zeitungs-Stimmen zufolge, von dem umgekehrten Wege nicht mehr ferne seyn, und daß die Herzogthümer als reindeutsche Auge-

legenheit von einem solchen Einvernehmen ausgeschlossen werden könnten, ist eine fast lächerliche Ausrede. Hat ja sogar in der Allg. Zeitung eine Wiener Stimme schon behauptet, diese Frage sei eben keine rein deutsche, und hat dieselbe Stimme ohne Scham und Gram die Aufforderung an die mittelstaatlichen Staatsmänner daran geknüpft: „sie sollten sich wirklich nicht scheuen, für die Rechte und Autorität des Bundes da Stützen zu suchen wo sie dieselben finden können" *). Fast scheint es auch kein bloßer Zufall zu seyn, wenn vor einigen Tagen die französische Legislative sich so zärtlich der deutschen Mittelstaaten und des von Bismark vergewaltigten Bundes annahm, jener Mittelstaaten die von der französischen Politik bisher allzu sehr vernachlässigt worden, während sie doch die „natürlichen Alliirten" Frankreichs seien.

Wer die deutsche Geschichte kennt der wird beistimmen, daß uns Deutschen niemals ein größeres Unglück begegnen kann als die Einmischung des Auslandes. In Paris ist wieder Conferenz; wie wenn unmittelbar nach der Schandwirthschaft des lüderlichen Cusa und den türkischen Hospodaraten in der Moldau - Walachei — unsere Herzogthümer - Frage auf das europäische Armensünderbänkchen zu sitzen käme, nach all dem Gloriren und prahlenden Deutschthun der letzten Jahre?! Ich meine, Deutschland wäre nicht werth zu leben, wenn es sich darüber nicht zu todt schämte, und wenn ich die Wahl hätte, so sollten mir lieber zehn Schleswig-Holstein preußisch werden, als daß so etwas geschähe. Zu verhindern daß es geschieht, ist aber nicht weniger die Pflicht Oesterreichs als Preußens; der Frevel wäre bei der Einen Macht so unverzeihlich wie bei der andern.

Eine rasche Erledigung der Sache liegt nun allerdings im dringendsten Interesse Oesterreichs. Es muß ein beklemmendes Gefühl seyn um den Gedanken, daß das Land Holstein von den Regimentern des Kaisers besetzt seyn und der dortige Unfrieden mit Preußen die gespannte Aufmerksamkeit der Wiener Regierung in Anspruch nehmen soll in demselben

*) Allg. Zeitung vom 27. Februar 1866.

Moment, wo stündlich der österreichische Einmarsch in der Walachei, in Serbien, in Bosnien, ja in die ganze orientalische Frage auf die Tagesordnung kommen kann. Es ist zu viel, viel zu viel für die Tragfähigkeit des Menschen und des Staats. Oesterreich muß sich schlechterdings entlasten, und zwar natürlich in der Richtung welche seiner Hauptaufgabe im Orient die entgegengesetzteste ist. Man sagt den österreichischen Staatsmännern nach, daß sie mit Passion die deutschen Angelegenheiten behandeln, dagegen die türkischen sich in thunlichster Ferne vom Leibe halten. Das muß anders und umgekehrt werden, sobald die Geschichte im Türkenreich in ihr unweigerliches Recht eintritt. Bis dahin sollte um jeden Preis zwischen Oesterreich und uns ein grüner Keim gesetzt seyn der aus sich selbst treibt und wächst; mit dem dürren Laub hat man sich seit 15 Jahren genug abgeplagt und den Nutzen kann man an Einem Finger herrechnen. So oft der Kreis durchlaufen ist, steht man wieder am Anfang.

XXVI.

Officielle Aktenstücke über die Schul- und Kirchenfrage in Baden.

Unter diesem Titel sind in der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg zwei Hefte (1864 und 1866)*) erschienen. Es ist darin die Correspondenz zwischen der Staats- und Kirchengewalt in Baden über die wichtigsten Momente des Schul- und Kirchenstreits von 1862 bis Ende 1865, und es sind die officiellen Kundgebungen des Papstes, des Erzbischofs von Freiburg und des Klerus hierüber abgedruckt. Das erste Heft enthält die erwähnten Aktenstücke von 1862 bis 1864, also von der Errichtung des Oberschulraths bis zur Promulgation des bekannten Schulgesetzes. Zu diesen 15 Piecen sind noch das Kirchengesetz von 1860, die Ver-

*) I. Heft 43 Seiten, II. Heft 93 Seiten.

ordnung über die Errichtung des Oberschulraths vom 1862 und das erwähnte Schulgesetz von 1864 abgedruckt. Das zweite Heft enthält 64 Aktenstücke. Der leichteren Uebersicht wegen und zur Orientirung ist jedem der beiden Hefte eine kurze Inhaltsangabe, ein belehrendes Resumé beigegeben.

Facta loquuntur. Es kann wohl kaum eine bessere Kritik des modernen Staats geschrieben werden, als sie diese Photographie der Thaten desselben bietet. Der „moderne Staat" quand même ist ja mit der „neuen Aera", mit dem Sturze des Concordats in Baden eingezogen und zur unbeschränkten Alleinherrschaft gelangt. Das bezeugen nicht bloß die Gegner des herrschenden Systems, sondern die Durlacher Conferenz, die Väter der neuen Aera haben es schon bei deren Geburt proklamirt. Der moderne Staat hat sich in Baden seit April 1860 bis in seine letzten Consequenzen entwickelt. Alle Koryphäen desselben in Baden, die Radikalen von 1848, die Liberalen, die Fremdenlegion, die Professoren, Advokaten und Bourgeois haben bei dieser Entwicklung mitregiert und mitgearbeitet. Sie haben alle Affilirten beigezogen, das Bureaukratenheer und die Kette der andern Agenten ihres obersten Willens so sehr als möglich erweitert und verstärkt. Der moderne Staat hat in Baden bekanntlich den bestvorbereiteten Boden gefunden. Wir haben es also hier in fast erhöhterem Grade als in Belgien mit dem modernen Staate, seinen Principien und Folgen zu thun.

Wer da weiß, wie die Meister und Gesellen dieses liberal-freimaurerischen Parteistaats es mit der Wahrheit halten, dem kann das Erscheinen der erwähnten Aktenstücke nur sehr erwünscht seyn. Es sind darin Akte und Thatsachen dokumentirt, die von den selbst gewählten Chefs des vulgären Liberalismus herrühren, die von ihnen besiegelt sind. Sie selbst sagen uns, was sie wollen, wie sie handeln, was sie sind. Die liberalen Juristen und Bourgeois sind eben die kleinen Epigonen der Männer von 1789. Das christliche Recht, die christliche Tugend und Wahrheit, die christliche Sitte, der darauf beruhende Staat, die Kirche und die Gesell-

schaft sollen tabula rasa werden. Das Chaos, die Anarchie und die Barbarei sollen den leeren Raum ausfüllen. So sehen wir, daß diese unchristlichen Liberalen die seither bestandenen Gesetze des Rechts, der Treue, ja der Logik mißachten. Es sind denn auch weniger ihre Gegner als ihre eigene Inconsequenz und Hohlheit, welche diese modernen Girondisten stets wieder zeitweise vom Kampfplatze vertreiben, von dem Kampfplatz der schließlich vom positiven Christenthum oder von der consequenten Revolution besetzt wird.

Wir beschränken uns auf eine kurze Skizze der „Officiellen Aktenstücke".

Ausgehend von dem bekannten liberal-christlichen Satze: „die freie Kirche im freien Staat" versprach die badische neue Aera die Selbstständigkeit der Kirche in dem Oktober-Gesetz von 1860. Das neue Ministerium schloß im Oktober 1861 eine Vereinbarung mit der Kirche über die Besetzung der Pfründen und die Verwaltung des katholischen Kirchenguts. Wie die im ersten Hefte abgedruckten Aktenstücke beweisen, wurde der Kirche (der katholischen Religionsgesellschaft) damals der Besitz und Genuß, die Mitwirkung bei der Leitung oder Verwaltung des katholischen Schulvermögens, der katholischen Schulanstalten zugesichert. Die Regierung sagte überdieß zu, daß die Kirche ihre Rechte an der Schule durch einen kirchlichen Vertreter bei den Schulbehörden ausüben könne.

Als der Herr Erzbischof bei der Errichtung des Ober-Schulraths an dieses Uebereinkommen erinnerte, stellte es Staatsrath Lamey durch sein im ersten Heft abgedrucktes Schreiben vom 15. August 1862 nicht in Abrede. Einige Tage darauf erschien aber die erwähnte Verordnung vom 12. August 1862, wodurch der Oberschulrath errichtet wurde, eine rein staatliche, confessionslose Behörde, welcher die Leitung der katholischen Schulen und Schulfonds ausschließlich übertragen wurde. Die kirchlichen Vertreter sollen zwar hiernach bei Fragen über den religiösen Unterricht beigezogen werden; sie blieben aber faktisch — in partibus infidelium. Die darauf folgende Correspondenz zwischen dem erzbischöflichen

Ordinariat und dem Ministerium beweist nur, daß die Kirche die ihr zustehenden Rechte verlangte, die Regierung aber bloß Rechtshoffnungen gewährte. Die erzbischöfliche Denkschrift vom 3. Dez. 1863 brachte die Regierung zu keinem andern Entschluß.

Der Weg der fruchtlosen Deduktionen wurde darauf verlassen. Die Correspondenz nach dem Erscheinen des Hirtenbriefs vom 19. Juli 1864 zeigt, daß das neue Schulgesetz von 1864 die katholischen Schulen und Schulfonds unter akatholische Staatsbehörden stellte, die Mitwirkung der Kirche negirte, ihre Autorität offen antastete und daß die Regierung zum Abfalle von derselben aufforderte. Die Kirchenbehörde erklärte, daß sie für das Recht und die Freiheit gegen die Staatsomnipotenz, gegen den staatlichen Meinungs- und Glaubenszwang kämpfe. Die Regierung ging auf keine Vereinbarung ein und suchte das Schulgesetz mit den Mitteln des modernen „öffentlichen Gewissens" — durch Zwang und Strafen durchzuführen. Ihre Erlasse beweisen, daß der Ruf: „die Religion ist in Gefahr" nicht unbegründet ist. Ist ja darin den Lehrern und Schulbehörden verboten die kirchlichen Verfügungen betreffs des Religionsunterrichts zur Ausführung gelangen zu lassen, sich bei Religionsprüfungen zu betheiligen &c. Und doch hat sogar der §. 12 des Oktober-Gesetzes von 1860 anerkannt, daß der Kirche die freie Leitung der religiösen Bildung zustehe.

Dieser Verletzung des Rechts und der Religion gegenüber wahrte die Kirche in Vorstellungen, Protesten und in den Verordnungen vom 15. September und 9. Dezember 1864 (welche im zweiten Heft abgedruckt sind) ihr Recht. Die Regierung constituirte die confessionslosen Schulbehörden, soweit möglich, und nahm die Schulfonds sogar mit Zwangs-Anwendung den katholischen Stiftungs-Commissionen weg. Die massenhaften Beschwerden der Katholiken wurden nicht beachtet, aber ihren passiven Widerstand konnte die neue Aera bis jetzt nicht brechen. Die Summe der kirchlichen Rechts-Forderungen und der katholischen Beschwerden ist in den Resolutionen des Klerus (Beil. 13. 14 des zweiten Heftes

der Aktenstücke) deponirt. Man sieht daraus, was aus der verfassungsmäßigen Religions-, Vereins-, Petitions- und Eigenthumsfreiheit, sowie aus der Rechtsgleichheit unter liberaler Herrschaft werden kann. Die Aktenstücke über den bekannten Mannheimer Exceß und insbesondere über die Justiz-Verweigerungen gegenüber der Kirche beweisen, was aus der Justiz wird, wenn die Partei im modernen Staat herrscht. (S. 5 und Beilagen 44—46 der „Aktenstücke" zweites Heft.)

Der moderne Liberalismus hat eben, wie der hochwürdige Bischof von Mainz*) so richtig sagt, „immer zwei Seiten und benutzt bald die eine, bald die andere." Wenn die Kirche sich, wie in diesen Aktenstücken geschehen, über die keckste Verletzung der bestehenden Strafgesetze bezüglich der Lehren und Diener der Kirche beklagte, so erwidert er, der moderne Staat müsse die religiöse, die Meinungs- und Preßfreiheit schützen. Wenn aber die Kirchenbehörde und das katholische Volk sich auf ihr Gewissen berufen, so wird blinder Gehorsam unter die Diktate der modernen Staats-Gewalt gefordert. Will die Kirche Unterrichts- oder wenigstens die Freiheit des religiösen Unterrichts, so erwidert der moderne Staat: die Schule gehört dem Staat und der Kirche. Beruft sich diese auf das eben erwähnte Axiom und beansprucht die kirchliche Mitwirkung bei der Leitung der Schule, so sagt der Liberalismus: die Kirche ist vom Staat getrennt, sie möge den religiösen „Unterricht" — frei „besorgen". Die Freimaurer, alle Gegner der Kirche können Schulen errichten, die Kirche nicht; jene dürfen in der Presse die Schranken des Strafgesetzes gegen die Kirche überschreiten. Die Staatsanwälte aber lesen die „ultramontanen" Zeitungen und Zeitschriften und schreiten „energisch" gegen sie ein.

Ueberall sehen wir da zweierlei Maß und Gewicht. Die antichristlichen Vereine und Genossenschaften sind frei. Die katholischen Vereine werden polizeilich behandelt und die kirchlichen Vereine z. B. Klöster werden wie staatsgefährliche

*) v. Ketteler: Ist das Gesetz das öffentliche Gewissen? (Frankfurt am Main. Hamacher 1866.)

Verbindungen controlirt. So oktroyirt die Regierung einer Frauen-Congregation eine Vorsteherin und der protestantische Ministerialrath Jolly „investirt" diese Staatsoberin (Beilage 25 ff. der „Aktenstücke").

Das Schulgesetz, die darin ausgesprochene ausschließliche Herrschaft des Staats und zwar des modernen Staats über die Erziehung und Bildung wurde von der Regierung damit begründet, daß die Kirche frei sei. Aber gerade während des Schulconflikts hinderte die Regierung z. B. die Entlassung eines antikatholischen Kirchenrechners, und untersagte dem Erzbischofe ohne Angabe eines Grundes Pfründen seiner freien Collatur an solche Geistliche zu verleihen, welche nicht ministeriell gesinnt seien. Und doch hat dieselbe Regierung die erwähnte Vereinbarung von 1861 mit der Kirche abgeschlossen, wonach sie zu einem solchen Veto weder im einen noch im andern Falle berechtigt ist (Beil. 38 — 43 der „Aktenstücke").

Wer über die Natur, über die Grundsätze und Folgen des modernen Staats durch Thatsachen sich orientiren will, der sollte diese interessanten Aktenstücke lesen. Er wird den Worten des genannten Kirchenfürsten beistimmen: „Der moderne Staat anerkennt nichts außer oder über sich, das höher stünde wie er. Er ist religions- und gottlos. Ohne Religion steht nichts mehr fest, selbst nicht Recht und Gerechtigkeit, auch nicht das Gewissen. Der Staat mit allen seinen Einrichtungen, die Schule soll einer Partei... dem System der Gottlosigkeit als Mittel dienen, um seine Herrschaft zu begründen." Wir empfehlen das Studium der Aktenstücke, der Beweismittel für diese Sätze nicht bloß den Staatsmännern, sondern insbesondere den Katholiken Deutschlands. Die religiöse Bedrückung der badischen Katholiken, gegen welche der moderne Staat den Grundsatz „cujus regio illius religio" anwendet — ist nur ein Vorpostengefecht gegen die deutschen Katholiken überhaupt.

XXVII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung

VIII. Was der ökonomische Liberalismus den Arbeitern versprochen, was er gehalten hat, und was er jetzt räth.

Noch im Beginn des Streites gegen Lassalle hat die große Industrie durch ihre Vertreter erklärt: es sei allerdings nicht abzuändern, daß dem unternehmenden Capital in jeder Beziehung die volle Verfügung über die Werthgegenstände aus der angesammelten Arbeit gewährleistet sei. Aber dieß sei der naturgemäße Zustand, und die demselben abermals naturgemäß anhaftenden Mißstände seien nicht so schlimm als es vielleicht den Anschein habe; die Lage der arbeitenden Classe im Gegensatz zur besitzenden Classe sei lange nicht mehr so gedrückt wie früher, und werde sich auf dem Wege der Fortentwicklung der jetzigen Verhältnisse immer erheblicher verbessern, wie denn die Lohnsätze gegen die ältere Zeit schon sehr erheblich gestiegen seien.

Wir haben früher vernommen, was Lassalle darauf erwidert hat. Hören wir nun auch, was die Thatsachen darauf erwidern. Ich meine eine leichte Skizze von den Zuständen, wie sie in den Ländern entstanden sind, wo längst jede Spur der alten Organisation auf dem Gebiete des Erwerbs-Lebens verschwunden ist, um der ungehemmtesten Bewegung

der großen Industrie Platz zu machen. Es sind dieß zugleich die Länder welche mit dem enormsten Reichthum „der Nation“, d. h. der obern Zehntausend prangen; aber der Glanz wird bezahlt mit dem proportionirt enormen Elend der untern Classen. Dieser schroffe Gegensatz, dem es mit jedem Tage mehr an dem vermittelnden Uebergang im alten Mittelstande gebricht, ist das eigentlichste Werk des liberalen Oekonomismus und die specifische Signatur der modernen Gesellschaft. Gewiß ist der Unterschied von reich und arm eine Ordnung Gottes; wo aber der mittlere Vermögensstand sich auflöst, damit eine kleine Minderheit im Golde schwimme, während die große Masse im äußersten Elend verkommt: da ist an die Stelle der göttlichen Ordnung die ökonomische Todsünde an der Menschheit, der Weltwucher getreten.

Die Verbündeten des ökonomischen Liberalismus pflegen die Arbeiter-Verhältnisse Englands als Norm hinzustellen, und den deutschen Arbeitern nach denselben den Mund wässerig zu machen. Wohlan, gehen auch wir von England aus. Freilich nicht um die dortigen Zustände in ihrer Gesammtheit abzuzeichnen; denn damit müßte man Bände füllen und sind schon Bände gefüllt worden. Es genügen einige Pinselstriche um zu zeigen, daß der liberale Oekonomismus aus einem großen Theil des englischen Volkes bereits eine ganz andere Race gemacht hat, eine eigentliche Sklavenbevölkerung die ihren Ahnen in nichts gleichsieht und nothwendig mit jeder Generation mehr den Stempel der Verthierung an sich ausprägt. Schon Wolfgang Menzel hat auf diese Thatsache als auf einen selbst politisch hochwichtigen Gesichtspunkt hingewiesen: „Denn die Erhaltung der Race ist doch am Ende mehr werth als das Interesse der Fabrikbesitzer, die auf Kosten und zum Verderben des gemeinen Volkes allein reich und immer reicher werden wollen“ *).

Es war am 8. Juli 1864, wo Lord Palmerston um

---

*) Literatur-Blatt vom 14. Mai 1864.

das Parlament über das diplomatische Fiasko in der dänischen Frage zu trösten, seine bekannte Rede über die „beispiellose Wohlfahrt des Landes“ hielt. Er wies darauf hin, daß der auswärtige Handel Englands in fünf Jahren um nicht weniger als 67 Millionen Pf. St. gestiegen sei, und man berechnete damals, daß England alljährlich 120 Millionen Pf. St. aus seinem Realeigenthum ziehe. Aber die Selbstglorifikation des englischen Ministers war noch nicht in allen Ländern Ihrer brittischen Majestät gelesen, als zu London innerhalb zweier Tage sieben Selbstmordsversuche, alle in Folge des Elends und damit zusammenhängender Entsittlichung, und drei Fälle von Hungertod zur gerichtlichen Erhebung gelangten, worauf am nächsten Tage wieder ein solcher Fall unter den haarsträubendsten Umständen vorkam. Ein Hungertods-Fall auf jeden Tag ist wie bekannt die Regel der brittischen Metropole *). Zu derselben Zeit bereiste eine königliche Commission die Fabrikdistrikte des Landes und am Anfang 1865 brachte das Blaubuch ihren Bericht. Die entsetzte Welt las da von fünfjährigen Kindern die schon Handschuhe nähen, 14 bis 16 Stunden täglich bis in die Nacht hinein; von Knaben im Alter von drei Jahren die am Feuer kauern, heiße Bügeleisen in der Hand haltend, manche von ihnen die versengten Händchen in Wassernäpfchen kühlend, andere mit verbundenen Händchen, weil ihnen die Finger aus den Gelenken gegangen seien. Man las von Müttern die ihre mitarbeitenden Kleinen mit Stecknadeln an die Schürzen heften, um sie mit einem Ruck wieder auf die Beine zu stellen, wenn sie vor Müdigkeit umsinken wollen. Die gesammte Arbeiterjugend wird in den amtlichen Berichten als halb blödsinnig, als geistig wie körperlich verkrüppelt bezeichnet.

*) V. A. Huber (Sociale Fragen. Nordhausen 1864 S. 71) bringt die Angabe, daß in London während der letzten 10 Jahre nachweislich 3292 Menschen des Hungertodes gestorben seien. Sehr häufig hält man es aber nicht für der Mühe werth, die Todesart der Armen „nachzuweisen“.

„So wie ein Kind", sagen die Commissarien, „nur eine Nadel fädeln kann, ist es zum Elend gebucht."

Als diese Berichte im Berliner Arbeiter-Verein verlesen wurden, ertönte der Ruf: „es ist hier ebenso" *)! Zum Glück ist es zwar bis jetzt nur in einem kleinern Theile Deutschlands ebenso; aber viel näher steht Frankreich dem englischen Ideale, wie der grausenhafte Bericht des von der Akademie beauftragten Dr. Villermé schon in den dreißiger Jahren voraussehen ließ. Bekannt sind ferner die statistischen Berichte über die Massenarmuth in Belgien; und ohne Zweifel würde es auch bei uns so werden wie in England, wenn die große Industrie auch bei uns den ersehnten Aufschwung nehmen würde wie dort. Die Unternehmer müssen eben vor Allem auf wohlfeile Arbeitskräfte ihr Augenmerk richten; füllen sie nun ihre Fabriken mit Frauen und Kindern, so machen sie diese zu Concurrenten ihrer eigenen Gatten und Väter und drücken dadurch deren Lohn herab. Mit Recht wenden sich daher die Lassalle'schen Vereine der deutschen Arbeiter in allererster Reihe gegen den entsetzlichen Mißbrauch der Frauenarbeit. Dieselbe beschädigt nämlich nicht nur den Verdienst der Männer, sie vergiftet auch die Mütter des Volks. Die maschinenmäßige Thätigkeit des Mädchens und der Frau ruinirt ihren Körper und verflacht ihre Seele, und wenn dann die eigentliche Lebensaufgabe Gattin und Mutter zu seyn, an sie herantritt, ist sie hiezu vollkommen unfähig. Man hat in England die Bemerkung gemacht, daß bei Arbeitseinstellungen die Sterblichkeit der Säuglinge sich bedeutend vermindert hat, weil die Mütter während dieser Zeit ihre Kinder pflegen konnten, was bei regelmäßiger Fabrikarbeit nicht möglich war. In Frankreich hat man schon vor dreißig Jahren statistisch berechnet, daß während die Hälfte der Kinder der Fabrikanten in Wolle das 29. Jahr erreicht hat, die Hälfte

*) Socialdemokrat vom 13. Okt. 1865; vergl. Allg. Zeitung vom 13. Juli und 7. Sept. 1864.

der Kinder der Spinner und Weber vor beendigtem zweiten Lebensjahre starb.

Obgleich gerade bei diesem Industriezweig in England und Frankreich seit zwanzig Jahren die Arbeitslöhne sich fast verdoppelt haben — während sie in dem armen Schlesien durch die Concurrenz um ein Drittel gesunken sind — so dauerte doch die Sterblichkeit der Kinder in einem solchen Maße fort, daß kluge Fabrikanten nachdenklich wurden, ob darin nicht ein großer Nachtheil für sie selber liege. Der berühmte Dollfuß in Mühlhausen (Elsaß) ging mit der Abwehr voran. Er traf die Anordnung, daß jede Frau erst sechs Wochen nach der Niederkunft zur Arbeit kommen dürfe, aber diese sechs Wochen hindurch ihren gewöhnlichen Lohn ausbezahlt erhalte. Das machte eine Mehrausgabe von 8000 Fr. des Jahres, indeß die Sterblichkeit sich von 37 auf 25 Procent verminderte. Die fortschrittlichen Blätter brachten den glücklichen Gedanken in folgender Weise vor das Publikum: „Diese menschenfreundliche, dem Staat und dem Fabrikanten selbst vortheilhafte Einrichtung (denn nur die große Zahl und die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter ermöglicht niedrigen Arbeitslohn) sollte überall eingeführt und zum Gesetz erhoben werden. Es handelt sich hier nicht allein um die 15 Procent Kinder die mehr am Leben bleiben, sondern es kommt auch der Umstand in Betracht, daß die übrigen 65 Procent lebenskräftiger erhalten werden und ebenso die Mütter, deren gar viele bei zu früher Anstrengung von Tod oder wenigstens von Krankheit heimgesucht werden." Natürlich hat das viel genannte Berliner Organ obige Parenthese sofort scharf in's Auge gefaßt. „Diese Zubemerkung der liberalen Blätter", sagt es, „an der übrigens Herr Dollfuß unschuldig ist, ist köstlich und von cynischer Naivetät. Also die Gesundheit der Arbeiter soll geschont werden, damit der Arbeitslohn niedriger werde. Vortrefflich" *)!

*) Social-Demokrat vom 6. Januar 1865.

Auch unter den erwachsenen Arbeitern ist die Sterblichkeit unverhältnißmäßig groß, in manchen Industriezweigen geradezu enorm. Nach den statistischen Berechnungen in England beträgt die durchschnittliche Lebensdauer der wohlhabenden Classe 35 bis 44 Jahre, die der armen Classe nur 15 bis 19 Jahre. Im Elsaß ergab sich, daß von 100 Spinnern nur 3 über 50 Jahre alt wurden. In einer englischen Fabrikstadt betrug die mittlere Lebensdauer vor dem Aufkommen der Fabriken 31½ Jahre, nach der Einführung der Fabrikarbeit sank sie auf 19½ Jahre herab *). Als Lassalle in einer Frankfurter Rede auf dieses gräuliche Capitel zu sprechen kam, da rief der Anhang der Bourgeoisie-Politiker nach „Schluß". Die Thatsache ist eben der großen Industrie nur zu gut bekannt; sie hört ungerne davon sprechen, aber sie ist unablässig bemüht die Folgen der traurigen Erscheinung für den Arbeitsmarkt zu paralysiren, und dieß geschieht einfach dadurch, daß nach Möglichkeit das — „natürliche Recht" eine Familie zu begründen gefördert wird. Unter solchen Umständen „eine Familie gründen", es gibt keinen blutigern Hohn mehr in der Welt!

Zur Zeit der großen Baumwollen-Noth hat ein Herr Arnold an dem Arbeitervolk von Lancashire ein Beispiel davon aufgestellt, wie der liberale Oekonomismus die förmliche Züchtung der Arbeitskräfte betreibt. Es ist die Regel, daß die Kinder in den Fabrikdistrikten ihre Eltern sehr jung verlassen. Mädchen von 16 Jahren und Knaben im gleichen Alter finden die gesonderte Häuslichkeit freier und behaglicher. Niemand nimmt mehr Anstoß an solchen jugendlichen Heirathen, und sie sind um so häufiger, je stärker irgendwo die Arbeitskraft in Nachfrage steht. Die Censustabellen von 1861 zeigen, daß unter der mäßigen Bevölkerung von Bolton allein 45 Männer und 172 Frauen in dem unmündigen Alter von

*) S. darüber besonders von Ketteler a. a. O. S. 95 ff. und den statistischen Anhang.

15 Jahren „und darunter" verheirathet wurden; in Burnley zählte man 51 Männer und 147 Frauen, in Stockport 59 Männer und 179 Weiber von 15 Jahren und darunter. Zwischen dem Alter von 15 bis 20 sind die Heirathen wieder sehr häufig, besonders bei den Arbeiterinen. Das Durchschnittsalter der Getrauten war beim männlichen Geschlecht 19 bis 21, beim weiblichen 16 bis 19 Jahre. „In den letzten fünfzig Jahren", sagt der Berichterstatter, „wurden diese Leute zur Ehe in einer Ausdehnung ermuntert, wie sie nirgends zuvor existirte; und man muß gestehen, daß die Arbeiterclasse das Gebot der heiligen Schrift nach bestem Vermögen erfüllt hat: sie ist fruchtbar gewesen und hat sich vermehrt." Aber nun die Folgen? „Knaben und unreife Mädchen werden die Eltern schwächlicher Kinder, die gerade dessen bedürfen, was sie nicht erhalten können — Mutterpflege. Gatte und Gattin können sich mindestens 30 Schilling per Woche verdienen und ein Haus miethen, das in der pestilentialischen Sumpf- und Rauch-Atmosphäre von Lancashire nicht trocken wird, ehe es zusammenfällt."

Es kommt noch ein anderer Umstand hinzu, um die Generationen dieses Arbeitervolks zu einer ganz neuen Race umzugestalten. Jener weitere Umstand liegt, nicht vielleicht im Princip, aber in der Praxis der Theilung der Arbeit. Kunst, Denken, Bewandertheit wird bei einem solchen Arbeiter gar nicht mehr vorausgesetzt; im Gegentheile je weniger selbstthätig, bewußt und vielseitig er ist, desto besser entspricht er seiner Aufgabe, denn desto harmonischer fügt er sich als wirksames Maschinenstück in den industriellen Zusammenhang ein. Die neuerlich beliebten „Arbeiter-Industrie-Ausstellungen" sind daher im Grunde eine enorme Lächerlichkeit. Ein englischer Arbeiter macht sein ganzes Leben hindurch nichts als eine einzige Art von Schrauben, ein besonderes Stück Tischler-Arbeit, einen Theil von den vielen zu einer zukünftigen Messerklinge; aber er kann keine Maschine, kein Möbel, kein Messer machen. Wie diese mechanische Arbeit geistig tödten

und den Menschen immer mehr zur gutgehenden aber gedankenlosen Maschine herabwürdigen muß, das liegt auf der Hand. „Kurz, Capital und Maschine haben hier eine ganz besondere Menschenrace geschaffen, die von dem Fabrikanten und Capitalherrn physisch und geistig so himmelweit verschieden ist, wie der slavische Bauer in Polen von dem gothischen Grundherrn, der Pariah von dem Hindu, die eroberte von der herrschenden Classe. Niemanden der diese Fabrikdistrikte besucht, kann der Gegensatz zwischen der herrschenden und der dienenden Classe entgangen seyn. Diese macht wirklich den Eindruck einer fremden Volksrace, die mit der herrschenden nichts gemein hat. Es ist ein trauriger Triumph der modernen Nationalökonomie diesen kleinen, verkrüppelten und verkümmerten Menschenschlag mit den gedankenlosen Augen, der krankhaften Blässe in dem abgemagerten Gesicht, den unentwickelten Zügen und Gliedern geschaffen zu haben" *).

Wo es einmal so weit ist, da bildet die augenblickliche Höhe des Lohnsatzes nur mehr eine Nebenfrage. Ueber die durchschnittliche Linie der Lebensnothdurft geht der Lohn doch nie hinaus, und im Verhältniß zu den gesteigerten Lebensgenüssen der höher gestellten Classen bleibt der Arbeitslohn im Grunde immer auf dem alten Flecke. Wenn dann auch einzelne Erwerbszweige, wie z. B. die Eisenwerke in England, sehr hohe Löhne abwerfen, so liegt doch die Unhäuslichkeit schon in der Race; dieselbe lebt nur für den Moment und sucht den Genuß desselben im Branntwein. Wo aber der Lohn für den Unterhalt einer Familie nicht zureicht, da müssen sich auch Frau und Kinder in der Fabrik verwenden lassen, und damit ist vollends dem Verderben ganzer Generationen Thür und Thor geöffnet. So z. B. auch in Preußen. Es kam im dortigen Herrenhause voriges Jahr der statistische

*) S. die ausgezeichnete englische Correspondenz der Allg. Zeitung vom 17. Nov. 1864.

Nachweis zur Sprache, daß viele Familien noch nicht 113⅓ Thlr. des Jahrs verdienen und daß mit einer solchen Summe — welche demnach den durchschnittlichen Betrag des jährlichen Arbeiterverdienstes zu bilden scheint — es ganz unmöglich sei ein ausreichendes Brod zu haben, wenn jedes Bedürfniß wie Wohnung, Heizung rc. mit baarem Gelde bezahlt werden muß*). Wenn nun noch Unglück in der Familie einreißt, der Arbeiter durch Vorschuß oder Darlehen an den Unternehmer gekettet wird, so ist die ganze Familie buchstäblich in der Lage von Sklaven, an die Scholle gebunden und für immer unfähig ihren Verdienst zu verbessern**).

Kann man es demnach den Vereinen der Lassalleaner verargen, wenn sie sagen, wir seien auch in Deutschland auf dem besten Wege in die Zustände der englischen Arbeiterwelt hineinzugerathen, in jenes gräuliche Volksverderben wo die Vergiftung der Kinder, um die Versicherungsprämien zu gewinnen, längst zur Tagesordnung gehört, wo der Kinder-Mord überhaupt als ein Handwerk gegen Honorar betrieben wird, oder die armen Würmer kurzweg wie alte Wäsche an die Zäune gehängt werden, wenn die Mütter dieselben nicht einmal solange unterhalten wollen bis die Fabrik sie brauchen kann — nämlich 3 bis 4 Jahre lang***)? Wir unsererseits bringen es nicht über uns, jenen Männern jemals die Klage zu verargen, wir respektiren an ihnen vielmehr namentlich den Allarmruf: „Hinaus mit Frauen und Kindern aus den Werkstätten der großen Industrie!" Es handelt sich da wirklich

---

*) Kreuzzeitung vom 29. April 1865.

**) Die Koburger „Allgemeine deutsche Arbeiter Zeitung" (1864 Nr. 49) hat selber einen Fall erzählt, wo „eine kleine Schuld von fünf Franken im Zuge war fünf Personen zu tödten." Sie bemerkte dazu, demselben Fabrikanten sei der vierte Theil seiner Arbeiter Geld schuldig.

***) Der berühmte Dr. Lancaster rechnet in London allein 12,000 Mütter, welche regelmäßig ihre Kinder ermorden.

gebot vermehrt hat und daher, indem die nachwachsenden Arbeiter ihren Vätern und Brüdern selber Concurrenz machen, die Arbeitspreise nicht in entsprechendem Grade gestiegen, also im Grunde gefallen sind. Was nun thun? Vielleicht wieder Erschwerungen gegen die leichtsinnigen Ehen einführen? Aber das wäre Hochverrath an der Wissenschaft und qualificirter Selbstmord des ökonomischen Liberalismus. Man lasse somit immerzu heirathen wer da will; aber — man beschränke das Recht der Armen, in der Ehe eine willkürliche Zahl von Kindern zu erzeugen. Wenn nicht durch Gesetz, so doch vorerst durch die Sitte soll eine solche Schranke gegen den Zuwachs des Proletariats aufgeführt werden. Das meint der große Socialphilosoph des modernen England, Herr Stuart Mill, wenn er sagt: es könne nicht besser werden, „ehe nicht die Kinder erzeugenden armen Familien mit denselben Gefühlen betrachtet würden wie Betrunkenheit oder eine andere physische Ausschweifung." Und in derselben Richtung hat jüngst einer der berühmtesten Führer der preußischen Fortschrittspartei, Präsident von **Kirchmann**, sich ausgesprochen und zwar sehr deutlich und handgreiflich. „Die Arbeiter", sagte er im Schulze'schen Arbeiter-Verein zu Berlin, „sollten dafür sorgen, daß keine Uebervölkerung stattfinde, dadurch würde dann sowohl das Capital wie die Nachfrage nach Arbeitern vermehrt. Der Arbeiter habe an **zwei Kindern** hinlänglich genug, und um mehr Kinder zu vermeiden, müsse er sich beherrschen, **ohne den Trieb der Natur ganz zu unterdrücken**" *).

Also das berüchtigte Zweikinder-System ist das Mittel, mit welchem die Socialpolitiker der Bourgeoisie der Arbeiterfrage zu Hülfe kommen wollen! Allerdings ist der Ausweg nicht ohne Vorgang, ja er hat schon seine traurige Geschichte. Die Ehre das fragliche Mittel aufgebracht zu haben, gebührt

*) Social-Demokrat vom 6. Februar 1866.

nämlich den agrarischen Zuständen Frankreichs, und es ist auch hier der Vater des ökonomischen Liberalismus welcher diese Zustände zu Wege gebracht hat. Der politische Rationalismus des beweglichen Besitzes hat Frankreich mit dem Gesetz der gleichheitlichen Erbtheilung bescheert. Was sollte nun aber aus den kleinen Bauerngütern werden, wenn dieselben immer wieder unter mehrere Kinder vertheilt werden müßten? Der französische Bauer hat diese Frage ernstlich erwogen und er trägt Sorge nicht mehr als zwei Söhne zu erzeugen, einen als Erben des Gütchens, den andern als Soldat für den Kaiser. Das Uebel, oder die „Sitte“ wenn man will, ist nach Aussage deutscher Blätter von den protestantischen Bevölkerungen Frankreichs ausgegangen, namentlich vom Elsaß, hat aber dann so stark um sich gegriffen, daß selbst die Allg. Zeitung einmal für den auffallend langsamen Bevölkerungs-Zuwachs in Frankreich den Hauptgrund in dem Zweikinder-System erblicken zu müssen glaubte. Näheres läßt sich über den ekelhaft schmutzigen Gegenstand nicht sagen. Genug, daß in manchen Gegenden Frankreichs hunderte der bravsten Bauern-Frauen sich von den Sakramenten fernhalten müssen, weil sie dem Joch der wüsten Unsitte nicht entrinnen können, wonach — ganz wie Hr. von Kirchmann gesagt hat — die Männer sich beherrschen, „ohne den Trieb der Natur ganz zu unterdrücken.“

Und ein solches Mittel wagt eine Celebrität der Fortschrittspartei unserm deutschen Arbeiterstande öffentlich anzurathen, weil es — wie er ausdrücklich sagte — kein anderes Mittel gebe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter! Unserer Ansicht nach kann ein volkswirthschaftliches System das bis zu einer solchen Tiefe der Selbstverachtung herabgesunken ist, ja es — darf keine Zukunft haben.

XXVIII.

Culturhistorische Skizzen aus Rom.

I. Der Ghetto zu Rom.

Es sind jetzt dreihundert Jahre, daß innerhalb der Mauern der ewigen Roma eine neue kleine Stadt gegründet ward, abgeschlossen von der Umgebung durch eigene Mauern und Thore, bestimmt für eine Bevölkerung fremden Stammes, fremder Zunge und eines fremden Cultes. Es war das der **Ghetto**, welchen Papst Paul IV. den Juden von nun an (1556) als Wohnsitz in Rom anwies und den sie auch bis zur Gegenwart inne haben, obwohl Pius IX. im Hochgefühle der edelsten Liberalität schon im J. 1847 auch diese Fesseln gebrochen und den Juden erlaubt hat, überall in Rom zu wohnen und Handel und Gewerbe nach Lust zu betreiben.

Dieser Ghetto, der seinen Namen von einem rabbinisch-hebräischen Worte herleiten soll, das Absonderung bedeutet, wird selten von einem Besucher Roms ganz vergessen. Man wallt zu ihm aus culturhistorischem Interesse. Man will hier das alte Volk der Auserwählung in seinem eigenen Leben und Treiben, unvermischt mit dem Christen, sehen und beobachten. Dann treibt in der Neuzeit auch manchen Freund der kirchlichen Kunst die Neugierde und das Verlangen nach

solchen Ueberresten der Kunst in diese von Schmutz starrenden engen Gassen und Häuser. Man hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß in diesen Hallen und Kellern, wo hoch aufgehäuft die Waaren liegen aus allen Jahrhunderten, sich oft auch treffliche Ueberreste alter Kirchenstoffe und Paramente finden. Während man in Roms Prachtkirchen ob des Eifers, der immer neue Gewänder der Kirche verschaffte, selten einen Stoff oder ein Parament antrifft, dem ein Alter von zweihundert Jahren zukäme, begegnet man in den dunkeln Kaufgewölben des Juden-Ghetto manchmal herrlichen Stoffen aus alter Zeit, aus der romanischen und gothischen Periode. Da findet man noch Gewebe mit Thiermustern und Goldornamenten, dort noch dichte Seidenbrokate, dort Leinwandstücke mit köstlichen Plattstickereien.

Es scheint, daß die Juden, wenn die alten Paramente als zerrissen oder altmodisch aus den Kirchen gewiesen wurden, dieselben zu erlangen wußten, oder daß sie aus dem Rücklasse hoher Prälaten, welche eigene Paramente besaßen, durch Zwischenhändler dieselben erkauften. So erklärt sich, daß die deutschen Künstler und Kunstpilger öfters eine Entdeckungsreise nach dem Ghetto anstellen und manchmal eine herrliche Trophäe mit nach Hause bringen. So hat auch der Schreiber dieser Zeilen dem Drange nicht widerstehen können, öfter in diesem Ländlein Gosen sein Glück zu versuchen und nach mittelalterlichem Kunstwild zu spüren und nicht ohne Erfolg. Er hat dort Kirchenstoffe von einer Schönheit und Solidität gefunden, der unsere meisten Kirchen nichts Aehnliches an die Seite setzen könnten.

Bei Gelegenheit dieser Forschungen habe ich mir den Ghetto sammt seinen Insassen mit ziemlicher Genauigkeit beschaut und will meine Betrachtungen darüber hier niederlegen.

Der Ghetto liegt am linken Tiberufer, gegenüber dem Stadttheil Trastevere, besteht aus einer Hauptgasse und einigen …lgassen und zählt über 4000 Seelen jüdischen Stammes

als Einwohnerschaft. Vor den jetzt nicht mehr Abends sich schließenden Thoren dieser kleinen Stadt liegt die christliche Kirche Madonna del Pianto (mater dolorosa) mit manchen Sehenswürdigkeiten und Kunstschätzen. An der Façade dieser Kirche ist ein Bild des Gekreuzigten in Fresko angebracht, daneben eine hebräische und eine lateinische Inschrift, soviel ich mich erinnere ein Prophetenwort, in welchem der Herr sich beklagt über die Blindheit und Hartherzigkeit seines Volkes. Dieses Bild ist stets dem Ghetto zugewandt, die ausgehenden Juden mußten es immer vor Augen haben. In dieser Kirche wurden auch in früherer Zeit (seit Clemens VIII.) allwöchentlich Predigten zur Bekehrung der Juden gehalten. Es war Gesetz, daß wenigstens hundert Männer und fünfzig Weiber aus den Bewohnern des Ghetto dieser christlichen Bekehrungsrede beiwohnen mußten. Man wollte auf solche Weise dem verblendeten Volke Gelegenheit geben, seinen Irrthum kennen und die christliche Wahrheit schätzen zu lernen. Diese Art der Bekehrungsversuche liegt freilich nicht mehr im Geiste und Geschmacke der Neuzeit. Man möge aber dieselbe nicht zu schnell als barbarischen Brauch verdammen. Zur Reformationszeit wurde von den erleuchtetsten Fürsten und von hochaufgeklärten Stadtvätern dasselbe Mittel für den Protestantismus angewandt. Wie oft wurden arme Nonnen gezwungen trotz aller Bitten und Proteste, die Predigten der lutherischen Prädikanten allwöchentlich anzuhören. Man denke nur an das Katharinenkloster in Nürnberg, an das Brigittinerkloster in Gnadenberg und an viele andere*).

Beim nordöstlichen Eingang in den Ghetto steht noch die colossale Ruine der Halle der Oktavia, der Schwester des Augustus, und nahe daran ragen noch die korinthischen Säulen eines Junotempels**) aus einem Bauwerke hervor.

*) Vergl. Fuchs: Pfarrgeschichte von Gnadenberg. Verhandlungen des histor. Vereins der Oberpfalz 1850 S. 124.

**) Vergl. die Abbildung bei Reber: Die Ruinen Roms. S. 208.

Einst ein Conglomerat von blendender Herrlichkeit, eine Stätte, wo vier Portiken und drei Tempel von wunderbarer Kunst-Ausstattung zusammenstießen, ist dieser Ort jetzt einer der gefürchtetsten und abschreckendsten in Rom. Hier wird der Fischmarkt abgehalten, die verwesenden Ueberreste der Fische athmen aber weithin einen Geruch aus, der selbst für minder feine Nasen betäubend ist. Wenn ich an dieser Stätte vorübereilte, gedachte ich jedesmals des classischen Gedankes, den schon der alte Homer besungen hat (Odyss. IV.). Als nämlich der Blondhaar Menelaos den alten Seher Proteus überlisten und zum Wahrsagen zwingen wollte, legte dessen Tochter Eidothea dem Griechen ein Seehundsfell um. Davon erzählt Menelaos:

„Aber die Lauer bekam uns fürchterlich! Ganz zum Ersticken
Quälte der widrige Dunst von den wassergenährten Robben.
Wer auch wäre doch gern bei den Meerunthieren gelagert?
Aber sie rettete selbst und ersann uns kräftige Stärkung.
Denn Ambrosia legte sie Jeglichem unter die Nase,
Welche mit süßem Gedüfte des Seethiers Dünste vertilgte."

So zum Ersticken quälend ist auch der Geruch von den Fischen in der einst weithin strahlenden Halle der Oktavia am Ghetto. Aber hier ist keine Unsterbliche, welche uns als Gegengift Ambrosia unter die Nase legte. Sondern wenn man flüchtigen Fußes dann in die Gassen des Ghetto selbst eilt, wo die hebräischen Frauen in Massen vor den Häusern im Schmutze sitzen, kochend, arbeitend oder ihrer Kleinen pflegend, so bemerkt man, daß man erst vom Regen in die Traufe gekommen. Denn wenn dort nur ein Geruch, der faulender Fische, zu tragen war, fallen hier Gerüche aller Art, Dünste von Speisen, Menschen und Waaren, aus Häusern, von Lumpen und Unrath aller Gattung den Wanderer heimtückisch an und drohen ihn zu ersticken.

An diese Halle der Oktavia ist auch eine herbe Erinnerung des jüdischen Volkes geknüpft. Hier empfing der und das Volk von Rom die nach Jerusalems Zer-

führung zum Triumphe heimkehrenden Cäsaren Vespasian und Titus. Von hier aus entfaltete sich jener Triumphzug, zu dessen Andenken der Titusbogen noch am Forum steht, jener Triumphzug welcher ein Gegenstück zum Kreuzweg des Welterlösers bildet. Das war der Kreuzweg, der bitterste herbste Weg, den noch das Volk Israel gegangen; es wurde in Ketten unter Jubelgeschrei gefangen geführt durch die Straßen Roms, und alle seine Heiligthümer, die seit Jahrtausenden den Tempel auf Sion zierten, wurden jetzt offen den profanen Augen preisgegeben; sie waren in den Händen der Heiden und wurden zu den Tempeln der Götzen hinaufgetragen. Dieser Zug geht von der Halle der Oktavia hinauf zum Capitol. Der Leidenszug des Heilands ging von der Halle des Pilatus hinauf zur Schädelstätte, zum Capitol von Jerusalem. Eine merkwürdige, bittere Analogie!

Hören wir wie Josephus Flavius*), selbst ein Sohn Juda's, diesen Triumph der Römer über sein Volk beschreibt. Nachdem er das Schauspiel im Allgemeinen geschildert, die Kunstwerke, Gemälde und Elfenbeinstatuen, die mitgeschleppt wurden, dann die golddurchwirkten Gewänder, die man den Gefangenen angelegt, die Götterbilder, Opferthiere und Kriegswerkzeuge, die mitgetragen wurden, sagt er: „Nun ward die Kriegsbeute in Massen dahergebracht. Vor Allem, was man in Jerusalem gefunden, ragte hervor ein goldener Tisch, ein Talent schwer; dazu kam ein goldener Leuchter, aber nicht in gewöhnlicher Weise gemacht. Denn unten vom Fuße stieg eine Röhre auf, von der wieder andere kleine Röhren ausgingen, in Form einer Gabel und oben wie die Leuchter gestaltet; ihre Zahl war sieben, wodurch die Heiligkeit des siebenten Tags bei den Juden angedeutet wurde. Darauf wurde der Juden Gesetz, als der letzte Raub der eroberten Beute, ebenso wurden die Siegeszeichen von Gold und Elfenbein herumgetragen. Zuletzt ritt Vespasianus vor seinem

*) Bell. Jud. lib VII. c. 17, 18.

Sohne Titus her, und daneben Domitianus, der auf einem schönen Rosse saß und sich durch herrliche Rüstung auszeichnete.* Endlich, erzählt derselbe Historiker noch, als man beim Tempel des Jupiter Capitolinus angekommen, hielt der ganze Zug still und wartete, ob einer der gefangenen Fürsten oder Heerführer hier sterben sollte, wie es Brauch war. Wirklich wurde der alte Brauch auch diesesmal nicht vergessen. Es war der Anführer Simon, Gioras Sohn, dazu ausersehen, er wurde mit Stricken gebunden über das Forum geschleppt und hier gerichtet (d. i. über den tarpejischen Felsen hinabgestoßen). Dann folgten die Opfer und die Mahlzeiten, theils in der Kaiserburg, theils in den Privatwohnungen. Das Gesetz der Juden aber und den Vorhang des innersten Tempels befahl der Kaiser in seinem Palaste aufzubewahren.

So begann also an der Stätte, wo die Juden noch jetzt in Rom ihren Sitz haben, vor achtzehnhundert Jahren der Zug zur Besiegelung ihrer Schmach, ihrer nationalen Vernichtung, des Aufhörens ihres Gottesdienstes, ihrer Verstoßung. Mit welchen Gefühlen werden die Juden in dieser langen Zeit am Titusbogen vorübergegangen seyn! Dort sahen sie, die jetzt an den Strömen des neuen Babels saßen, als Symbol Palästinas ihren alten heiligen Heimathstrom, den Jordan dargestellt, der von den Siegern triumphirend davongetragen wird, dort sahen sie den goldenen Tisch mit der Lade und den Opfergeräthen, dort den siebenarmigen Leuchter, von den lorbeergekrönten Soldaten fortgeschleppt! Mit welcher Sehnsucht und Verehrung werden sie hingeblickt haben auf den Kaiserpalast in der Nähe auf dem Palatin, wo ihr größtes Heiligthum, das von Gott gegebene Gesetzbuch selbst in den profanen Händen und Gemächern der Heiden lag, bis ein Brand den Palast sammt diesen heiligen Spolien der Juden verzehrte. — Diese heiligen Geräthe ihres einstigen Tempels, diese Symbole ihres großartigen und einzigen Gottescultes in Mitte der antiken Finsterniß, aber nie vergessen können. Ueberall wo es möglich

ist, stellten sie sich dieselben vor Augen. Daher sieht man an vielen Häusern des Ghetto das Bild des siebenarmigen Leuchters, und an den Wänden der Synagoge, welche sie auch hier besitzen, findet man alle diese heiligen Symbole ihres Cultes abgebildet.

Nach diesen Betrachtungen kam ich erst daran, den Ghetto selbst nach allen Seiten zu durchwandern und die Juden der Jetztzeit mir zu betrachten und mit ihnen zu unterhandeln. Die Schilderung kann in Kürze geschehen. Die kleinen Häuser, zu welchen einige Stufen führen, haben zu ebener Erde fast alle eine Auslage von Waaren oder Lebensmitteln, die Schlafstätten sind im Hintergrunde, das Tagesleben der Familie vollzieht sich aber auf der Straße. Da kauern die jüdischen Frauen mit ihrem dunkeln Teint, ihren rabenschwarzen ungeordneten Haaren und blitzenden Augen, kochen am offenen Feuer Polenta oder Kastanien und dgl., kämmen oder befreien ihre halbnackten Kleinen von ihren Peinigern, oder treiben sonst eine Handarbeit. Alte, emeritirte Männer in zerlumpten Gewändern leisten ihnen hiebei Hülfe und Gesellschaft; während die ganze jüngere Mannschaft sich in den finstern Kaufgewölben herumbewegt, die Waaren mustert und auf Käufer lauert. Kaum hat sich ein Fremder in den engen Gassen gezeigt, sieht er sich umringt von diesen Jünglingen Israels, die ihn mit der artigsten Zudringlichkeit um seine Wünsche ausfragen. Hat man dann Gegenstände genannt die man sucht, dann wird man von jenen Fragestellern zu den Buden geleitet, wo solche Dinge sich finden könnten. So geschah es mir. Als ich geäußert, ich suche sehr alte Webereien (broderie) und Stoffe mit Stickereien (con ricame), ward ich im Triumphe von Jungisrael fortgeführt fast wie ein Opferthier; ich mußte in alle Läden, wo alte Stoffe lagen, mußte über Stiegen und Gänge gehen in abgelegene Depots, wo sie ihre alten Gegenstände aufgespeichert haben, überall wurden mir die seltsamsten Stoffe hervorgezogen und mit tausend Lobsprüchen anempfohlen. Merkwürdig und er-

dauend schien mir die Solidarität der ganzen Einwohnerschaft des Ghetto. Denn neidlos und gleich emsig führten mich die jungen Commis, wenn ich in einem Laden nichts Zusagendes gefunden, zu einer zweiten und dritten Bude, die auf der entgegengesetzten Seite des Ghetto lagen. Man sah, es sei ihnen gleichgiltig, bei welchem Händler gekauft würde, wenn nur überhaupt am Ghetto eingekauft wurde. Sie scheinen noch jetzt alle eine Familie auszumachen, eins durch die Bande des Blutes, der Religion, des gemeinsamen Schicksals und gemeinsamer Bedrängniß.

Da auf so engem Raume, in drei bis vier Gäßchen und zwar in einstöckigen schmalen Häusern eine Bevölkerung von mehr als viertausend Seelen zusammengedrängt ist, so läßt sich ahnen, welch ein Gewimmel, welche Enge und welch ein Unbehagen in diesen Orten herrscht. Man wird auch begreifen, daß der Fremde trachtet, möglichst bald aus dieser stickenden Atmosphäre fortzukommen, diesem Knäuel unsauberer Menschen und der aufgehäuften Fülle von Unrath aller Art zu entfliehen. So erging es auch mir. Ich flüchtete mich jedesmal nach kurzem Besuche des Ghetto auf die nahe Tiberbrücke, um wieder frische Luft einzuathmen.

Von dort, wo Mucius Scävola gestanden und die Christen-Martyrer in die Tiber gestürzt wurden, blickte ich zurück auf diese kleine Stadt in der ewigen Stadt und dachte nach über die Schicksale dieses Volkes in Rom. Durch Pompejus den Großen, der Jerusalem erobert und zuerst von den Heiden das Tempelinnere betreten und beschaut hatte, ohne aber den Tempelschatz zu berühren*), kamen die Juden zuerst in größerer Masse nach Rom. Er brachte sie als Gefangene mit. Cäsar, an dessen Scheiterhaufen die Juden daher ganze Nächte weinten**), war ihnen besonders hold gewesen, nicht minder Augustus, den Herodes mit Ge-

*) Jos. Flav. Antiquit. XIV, 18.
**) Sueton. Vit. Caes. lib. I, 85.

schenken überschüttet hatte und der oft den Schiedsrichter in ihren Streitigkeiten gemacht.

Von da an gab es immer fürstliche Personen aus dem Judenlande in Rom. Jüdische Prinzen erhielten in Rom ihre Erziehung, andere kamen, um sich über die Regenten oder Hohenpriester in Palästina zu beklagen, um Intriguen anzuspinnen, andere um zu betteln um die Gunst der eben in Rom herrschenden Herren. Als die bedeutendsten und am öftesten bei Josephus Flavius genannten Personen der Art erscheinen Aristobulus, Archelaos, Salome, Agrippa, Herodes Agrippa und Berenice, die Geliebte des Kaisers Titus, welche sogar stets hoffte, noch die Krone der Kaiserin zu erlangen.

Unter der Herrschaft der Kaiser haben die Juden Roms, die da schon eine eigene Colonie bildeten, in Trastevere wohnten und an der Via Appia auch große Familiengrabstätten und eine Katakombe hatten, wechselndes Geschick erfahren. Oefters wurden sie aus der Stadt verjagt. Schon Tiberius*) verbot den hebräischen Cult, verbrannte ihre heiligen Gewänder und Geräthe, die Jünglinge schickte er als Soldaten in kältere Gegenden, die übrigen verbannte er aus der Stadt bei Strafe ewiger Sklaverei, wenn sie nicht gehorchten.

Dennoch kehrten sie bald wieder nach Rom zurück. Kaiser Claudius vertrieb sie abermals, weil sie, wie Suetonius sagt, auf Anstiften des Chrestus immer tumultuirten**). Diese Angabe ist wohl so zu deuten, daß dieses die Zeit der großen Prüfung für die Juden Roms war. Damals waren die heil. Apostel Petrus und Paulus nach Rom gekommen, sie hatten Christi Namen und Werk verkündet und den Juden die Annahme des Heilswerks an's Herz gelegt. Aber statt diese ihre Stunde des Heiles zu erkennen, protestirten sie

*) Suet. Vit. Tib. Caes. l. III, 36.
**) Suet. Vit Claud. V, 25.

gegen diese Lehren, erregten Tumulte gegen die Apostel und ihre Schüler, wenn sie sich unter ihnen zeigten, so daß die weltliche Macht öfter einschreiten mußte zur Herstellung der Ordnung. Da aber Revolutionen ansteckend wirken, fürchtete der schlaue Kaiser, es möchten diese inneren religiösen Tumulte in Trastevere sich auf größere Kreise des Volkes in Rom selbst fortpflanzen, und vertrieb die ganze Judenschaft abermals aus Rom.

Aber sie kehrten auch diesesmal wieder. Nach der Eroberung und Zerstörung ihrer heiligen Stadt Jerusalem durch Titus wurden sie zudem in Massen nach Rom geschleppt, um beim Triumph aufgeführt zu werden. Und da sie ihre Heiligthümer aus dem Tempel auf Sion hieher gebracht wußten, wie wir oben sahen, kamen bald auch freiwillig viele Juden hieher, um in der Nähe der Gesetztafeln und der heiligen Tempelgeräthe zu leben und zu sterben. So wuchs rasch ihre Zahl. Aber schon Domitian verfolgte sie wieder aufs grausamste*). Er vertrieb sie zwar nicht aus Rom, aber goldgierig wie er war, saugte er sie aus bis aufs Blut. Er legte ihnen eine hohe Kopfsteuer auf und trieb diese mit unerbittlicher Härte ein. Auf eine Denunciation hin, daß Männer des Judenvolkes in der Stadt selbst lebten und ihre Herkunft verläugneten, um der Kopfsteuer zu entgehen, ließ er sie vor sich bringen und untersuchen, ob sie nicht Juden wären. Sueton erzählt, daß er selbst als Jüngling gesehen, wie ein neunzigjähriger Greis auf solche Weise einer schmachvollen Untersuchung sich habe unterwerfen müssen.

So war das Leben dieses Volkes, seit es seines Befreiers Stimme nicht erkannt, eine Kette von Leiden auch in Rom. Auch als christliche Kaiser das Scepter in Rom führten und unter der darauf folgenden Herrschaft der Päpste, wurden die Juden zwar geduldet, blieben aber immer wie in allen

*) Sueton. Vita Domit. lib. VIII, c. 12.

christlichen Staaten bis zur Neuzeit im Allgemeinen in einem Zustande der Ausschließung und Zurücksetzung, ein Gegenstand des Hasses und Spottes für das gemeine Volk. Harte Tage waren für sie diejenigen, an welchen ein neuer Papst seinen Einzug in Rom hielt und Besitz von der Patriarchalkirche St. Johann im Lateran nahm. Die Juden mußten dann bei dem Bogen des Titus, dem Denkmale ihrer nationalen Vernichtung, einen zweiten Bogen errichten, ihn schmücken und dem auf stattlichem Zelter einherreitenden Papste ihre Huldigung bringen, bei der ihr Rabbine den Pentateuch überreichte, worauf der Papst antwortete: „Das Gesetz ist gut, aber das Volk verworfen."

Hart waren auch die Zeiten, wo ein Mitglied der Judenschaft sich eines religiösen Vergehens, des Spottes oder des Mißbrauchs der von der christlichen Kirche verehrten Lehren, Gebräuche und Objekte schuldig gemacht hatte oder wenn es doch eines solchen beschuldigt wurde. Manche der Juden haben dann auf dem nahen Campo di Fiori ihr Leben eingebüßt. Auch wenn Revolutionen, Volksaufstände in Rom sich erhoben, begannen harte Tage für die Juden. Denn alsbald wälzte sich immer der Strom des Pöbels gegen das Quartier der Judenschaft, die man auf ungerechte Weise bereichert dachte, um diese Stätte zu plündern und zu zerstören. Tage lang durften sich die Juden dann nicht außerhalb der Häuser oder auf den Straßen Roms sehen lassen. Auch die christlichen Festzeiten (wie der Charsamstag), an welchem Mitglieder ihres Stammes die christliche Taufe im Baptisterium von St. Johann im Lateran empfingen, oder wenn durch eine eigenthümliche Verkettung von Umständen, wie das beim jungen nun sich sehr glücklich fühlenden Mortara, den ich oft sah, der Fall war, ein Kind ihrer Gewalt entzogen und im christlichen Glauben erzogen wird, mochten ihnen herbe Tage der Trauer seyn. Weniger beschwerlich mochte ihnen die Auflage seyn, daß sie alljährlich zur Fastnacht ein goldgewirktes Tuch (il palio) zum Corso bringen

mußten als Preis des berühmten Pferderennens, das dort veranstaltet wird.

Doch hatten die Juden Roms auch wieder sonnigere Tage. Manche Päpste waren ihnen sehr wohlgesinnt, wie Leo X. und der große Sixtus V. Manche ihrer Genossenschaft nahmen selbst als Leibärzte der Päpste und Cardinäle eine bedeutende Stellung ein. Viele erwarben sich durch Kauf und Spekulation auch in Rom ungeheure Reichthümer. Wie wir oben erzählten, wurden die Juden Roms im J. 1556 von Trastevere und andern Stadttheilen nach dem linken Tiberufer in den Ghetto verpflanzt und sie hier mit Mauern und Thoren umgeben. Auch mußten Männer wie Frauen einen Fetzen (il sciamanno) auf der Kopfbedeckung tragen, damit sie sogleich als Juden erkannt würden und die Christen nicht übervortheilen könnten, wie auch in den cisalpinen Ländern der Gebrauch der spitzen Judenhüte vorgeschrieben war.

Es war der gegenwärtige Papst, der all diese bald zweitausendjährigen Schranken des Volkes Israel in Rom alsbald nach seinem Regierungsantritte niederwarf. Aber die Juden Roms bleiben noch immer an der liebgewonnenen, wenn auch engen und übelduftenden Stätte des Ghetto, vereinigt in Leid und Freud, bei ihrer Synagoge und in der Haltung ihres alten Gesetzes. Sie haben noch die Gesinnung wie jene Juden in Padua, die selbst auf das Thor ihres Ghetto schrieben: „Das Volk, der Erbe des himmlischen Königreichs, hat keinen Umgang mit denen, die verworfen sind."

XXIX.

Historische Novitäten.

Herr Ottokar Lorenz und seine deutsche Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert*).

Es ist in der That eine unerquickliche Aufgabe, ein Buch wie dasjenige des Herrn Lorenz zu besprechen, da es zu jenen Artikeln auf dem Büchermarkt gehört, die an sich weniger bedeuten, aber durch die Umstände und Einflüsse, unter denen sie producirt wurden, zur Beleuchtung politischer, kirchlicher und moralischer Conjunkturen wesentlich beitragen.

Als Herr Lorenz seit nunmehr einem Decennium mit mehreren kleinen Schriftchen hervortrat, hörte man oftmals äußern: nun das ist ein Springinsfeld, der sich die Hörner wohl bald ablaufen wird. Doch dieß war eine Täuschung, denn die Beine des Springers wuchsen durch die Uebungen im Hippodrom der Wiener Journalistenwelt und zu den angebornen Hörnern kamen noch einige offizielle aus der Schmerling'schen Kanzlei hinzu. Herr Lorenz rechnete übrigens nicht schlecht: der allmächtige Minister, dessen liberale Wirthschaft nun so schmähliches Fiasko gemacht hat, nahm den jungen Zögling der Neuen badischen Aera — denn von Frei-

*) Erster Band. Die Zeit des großen Interregnums mit besonderer Rücksicht auf Oesterreich. Wien 1864. Wilhelm Braumüller.

burg ist Hr. Lorenz nach der Kaiserstadt ausgewandert — unter seine Flügel und brachte seine Ernennung zum ordentlichen Professor der k. k. Wiener Universität zuwege. Und noch mehr! Als der Dank der Creatur sich bis zu blindem Wüthen für das System seines Erschaffers verstieg, da wurde Herr Lorenz der Majestätsbeleidigung angeklagt und seiner Aemter entsetzt. Aber die Professur an der Wiener Universität erhielt er zurück, und nur als Bibliothekar des k. k. Staatsarchivs zu Wien ist er bis jetzt nicht reaktivirt worden.

Als Bravourstückchen der tendenziösen Wissenschaft wie der Wiener Liberalismus sie versteht — ist nun der vorliegende Band über das 13. und 14. Jahrhundert zu betrachten, ein Werk der unwürdigsten Behandlung der Geschichtswissenschaft, indem es nicht nur Ideen unserer Zeit als heimathlose Fremdlinge in das Mittelalter versetzt und so zu absolut irrigen Anschauungen gelangt, sondern sogar aus derlei willkürlichen Deduktionen und abenteuerlichen Phantasmen moderne Staatsmaximen zimmern will. Das Buch erscheint durch und durch als ein Tendenzmachwerk übertüncht mit gewandten Phrasen, ausgeputzt mit dem Flitter wohlfeiler Feuilleton-Weisheit und selbstverständlich fast auf jeder Seite mit einer Dosis boshaften Raisonnements über die Kirche und deren Würdenträger versetzt. An zahlreichen Stellen sieht man so recht deutlich, wie der Verfasser nach Gelegenheiten hascht, um die Kirche des Mittelalters in den Staub zu ziehen und gegen dieselbe den Haß unserer Tage zu nähren. Wie ihm aber die großartigsten Erscheinungen, die erhabensten Gestalten ferner Zeiten nicht heilig sind, so verletzt er die achtbarsten Träger der Geschichtswissenschaft unserer Tage, ja er wagt es Männer zu begeifern, deren Verdienste Jahrhunderte überdauern, deren Namen selbst von den Gegnern, die noch einen Funken von Anstand und Ehrlichkeit bewahrt haben, mit Hochachtung genannt werden. Der Leser wird sich im Laufe unserer Besprechung von der Richtigkeit dieser Urtheile überzeugen.

Schon im Aeußeren, in der Sprache, im Colorit offenbart sich das innere Wesen der Arbeit: leichtfertige Effekthascherei und Frivolität. Glaubt man nicht eher die Sprache eines Berliner Gardelieutenants als die eines Geschichtsforschers zu vernehmen, wenn man liest: „Zu dem stimmt es, daß nachher die Sitzungen (des Lyoner Concils) einen tumultuarischen Verlauf nahmen und daß der Papst plötzlich wie aus einer Pistole geschossen mit seiner Sentenz gegen Friedrich herausrückte." Wir stehen nicht an, Herrn Lorenz ein entschiedenes Talent zum Massenagitator zuzuerkennen, da wir in seinem Buche Stellen begegnen, die einer von dem Bewußtseyn der Volkssouveränität des Jahres 1848 getragenen Rede nicht unwürdig wären. Zu den Adelsbewegungen des Jahres 1265 bemerkt er: „Die Junker waren gedemüthigt — da sie hinter festen Schlössern dem Könige nicht mehr Trotz bieten konnten, so suchten sie sich dem Landesfürsten vielmehr zu nähern, wie das Junker zu allen Zeiten gethan, daß sie dann am servilsten geworden sind, wenn man ihnen den Trotzkopf abgeschlagen."

Es hat unter allen Umständen etwas Mißliches, sich in der Darstellung längst entschwundener Verhältnisse moderner Begriffe zu bedienen und Personen, welche durch ein halbes Jahrtausend von einander getrennt sind, in Parallele zu setzen. Doch die Wissenschaft muß dem individuellen Geschmack, beziehungsweise Ungeschmack etwas zu gute halten, wenn z. B. zur Charakterisirung Kaiser Friedrichs II. „Cromwell", „Robespierre", „Napoleon", „die Zöglinge der Jesuiten, welche die französische Revolution zu nennen weiß", der „Sansculotismus" herbeigezogen werden. Aber sobald Frivolität und Unwahrheit in solchen Vergleichungen einen Freibrief zum Eindringen in die Hallen der Geschichte gefunden zu haben glauben, dann muß die Wissenschaft ein gebieterisches Halt zurufen. So beurkundet es nicht nur eine totale Mißkennung der im Mittelalter vorherrschenden Geistesrichtung, sondern es liegt auch eine Verhöhnung der dem Transcendentalen zugewendeten

Gemüthsstimmung deutlich ausgesprochen vor, wenn man die Geißelungen geradezu als „Wahnsinn" bezeichnet findet und sie als „eine Erscheinung die man dem Tischrücken in unserm Jahrhundert vergleichen kann", hingestellt werden. Die Erfindung von Schwindelgeistern des 19. Jahrhunderts, einen abgeschmackten Salonscherz mit den tiefempfundenen Regungen frommer Büßer in Verbindung zu bringen, ist doch mehr als naiv; ein solches Beginnen muß frivol genannt werden und kann niemals Rechtfertigung finden vor dem Richterstuhl der Wissenschaft.

Man würde es kaum glaublich finden, wenn es nicht schwarz auf weiß vor Augen stände, daß die Kämpfe des Deutschordens in Preußen mit der jüngsten Unterdrückung des ostindischen Aufstands durch die Engländer auf eine Art in Vergleich gezogen werden könnten wie dieß in unserem Werke geschieht. Es genügt die wahrhaft classische Stelle von Geschichtsmengerei ihrem Wortlaut nach aufzuführen: „Auch hier (in Preußen) hätte nur eine starke Reichsgewalt ernstlich wirken und Hülfe bringen können; gerade in diesen erfolglosen Kämpfen kann man recht wahrnehmen, wie wenig eine solche, trotz aller Redensarten von glaubenserfüllter Zeit, durch ein geistlich-politisches Weltregiment zu ersetzen war, von welchem Schönredner und Zeloten wie von den gesegneten Tagen des Hohenpriesterthums der Bibel damals und jetzt discurirten. Dutzendweise wurden Jahr für Jahr die päpstlichen Briefe, Indulgenzen und Kreuzpredigten in alle Welt versendet, und wie verhältnißmäßig klein war doch das Resultat, wie wenige haben den geistlichen Ermahnungen Folge gegeben, um gegen Tataren und Heiden ihre Schwerter zu ziehen. Wenn man vergleicht, wie heutzutage ein einzelner Staat die massenhaften Aufstände eines unterworfenen Volkes in den fernen indischen Ländern — man möchte sagen durch einen Parlamentsbeschluß niederwarf, und wie dagegen die päpstliche Macht trotz aller Bemühungen dieser schon damals gänzlich degenerirten heidnischen Preußen nicht Herr werden

konnte und Jahrzehnte die blutigsten Aufstände mit Zuhülfnahme von ganz Europa nicht zu unterdrücken vermochte, so möchte doch schon in dieser einzigen Thatsache eine vernichtende Verurtheilung jener geistlich-theokratischen Anschauung liegen, die da meinte, die Welt regieren zu können."

Wir müssen noch einen Augenblick bei der Form verweilen, da diese in so frappanter Weise den Geist des Werkes offenbart. Zu den von dem Verfasser bevorzugten Ausdrücken gehört in erster Linie das Wort „ultramontan", welches in den verschiedenartigsten Combinationen erscheint: „ultramontane Partei", „ultramontane Anschauung", „die Ultramontanen aller Jahrhunderte", „ultramontane Lehre", „ultramontaner Enthusiasmus", „ultramontanes System", „ultramontane Gesinnung", „ultramontane Grundsätze", „ultramontane Bestrebungen", von denen manche öfters wiederkehren. Sobald von Kirche, Päpsten oder Bischöfen die Rede ist, begegnen wir in der Regel Ausdrücken, die nichts weniger als Wohlwollen oder Achtung vor der göttlichen Heilsanstalt und ihren vornehmsten Trägern dokumentiren. Wir hören da von „hierarchischer Bevormundung des Mittelalters", „theokratischen Absichten der Päpste", „römischem Druck auf Deutschland", „Bevormundung des politischen Lebens", „colossalen Maßregelungen", „hochmüthiger Natur", „Anmaßung", „geistlich-theokratischen Anschauungen." Wie nun die historischen Erscheinungen durch die Hechel dieser Schlagwörter gezogen werden, läßt sich leichter denken als im Einzelnen nachweisen. Das oberste Princip für das Gedeihen und die lebendige Entwickelung der Wissenschaft muß Freiheit der Ueberzeugung, Ungebundenheit der Meinungsäußerung seyn. Unmittelbar neben diesem Princip aber steht das Gebot der Rücksicht auf Andersdenkende, die Pflicht der Pietät gegen die Verdienste der nicht von gleicher Anschauung erfüllten Denker und Forscher. Doch jenes Gebot scheint nicht in der Moral zu stehen, die Hr. Lorenz studirt hat, und diese Pflicht hat er wohl nicht mit unter die Begriffe aufgenommen, nach welchen er eine „aufgeklärte Sittlichkeit", „eine neue Humani-

tätslehre“ construirt und sich zurechtlegt. Die persönlichen Verunglimpfungen, welche er sich den ehrenwerthesten und verdienstvollsten Männern gegenüber erlaubt, sind keineswegs der Würde der Wissenschaft angemessen und müssen den Protest aller billig Denkenden provociren.

Dem „hochverehrten Mann in Frankfurt“, J. Fr. Böhmer, naht er sich mit Sammtpfoten, um ihn dann mit tückischen Krallen zu verletzen. Er hält es „nicht allein mehr für wissenschaftliche Forderung, sondern vielmehr sittliche Pflicht des Menschen, gegen jene Romantik zu Felde zu ziehen, welche große Anlagen verwirrt und Generationen versumpft hat.“ Und deßhalb glaubt er „die ganze Schärfe einer entgegengesetzten Ansicht“ gegen Böhmer wenden zu müssen. Also, „hochverehrter Mann in Frankfurt“, der Lohn deiner rastlosen Thätigkeit, deiner Mühen, deines unvergleichlichen Eifers zur Förderung der Wissenschaft ist auf einmal dahin, denn du hast dich mit Idealen abgequält, du hast einer unfruchtbaren Romantik gehuldigt — so will es ein Adept der starren und gefühlsleeren Rabulisterei aus dem Zeitalter der Zweckmäßigkeit!

Aber auch das Verständniß frommer Regungen, zu welchen sich der an Geist und Herz gesunde Forscher emporgeschwungen, reizt die brutale Glaubenslosigkeit und den rationalistischen Eigendünkel des Hrn. Lorenz zu Invektiven der boshaftesten Art. Zum Beweise genügt wohl folgende Anmerkung: „Böhmer in den Wittelsbachischen Regesten S. 24 bemerkt: „„die Thatsache, daß einem armen Landmann einen Monat früher durch eine Vision dieser Tod, wenn der Herzog sich nicht bessere, vorherverkündet war, ist glaubhaft bezeugt.““ Wir fügen hinzu, daß die Vision des armen Landmanns die Gefälligkeit hatte, sich auch wegen der Münz-Veränderungen des Herzogs zu wiederholen. Vgl. Böhmer, fontes II. 509. Aber nicht unbemerkt können wir lassen, daß die obige Auffassung des gelehrtesten Kenners der deutschen Quellen des Mittelalters mit der von uns ausgesprochenen Bemerkung freilich wesentlich divergirt. „„Ist glaubhaft bezeugt““,

meint Böhmer: das meinen wir zwar auch, aber wir meinen nicht die Vision, sondern den Betrug. Nun freilich beweisen können wir das nicht, aber wenn solche Dinge noch Beweise bedürften, dann wäre es das größte Wunder, wenn wundergläubige Leute und wahre Geschichte sich vertragen könnten."

Die Gewissenhaftigkeit, womit der hochverdiente österreichische Benediktiner Chmel bei seinen Forschungen zu Wege ging, erlaubt sich Hr. Lorenz auch auf eine unerlaubte Weise zu schulmeistern. Selbst wenn man in der Sache ihm nahe steht, so wird es das Ohr eines ernsten Mannes beleidigen, wenn er die Pietät gegen die ungewöhnlichen Verdienste eines Meisters in der Geschichtswissenschaft so sehr verletzt findet, wie es in folgender Stelle geschieht: „Die detaillirte Klarheit, welche Chmel und Verwandte von historischen Dingen erwarten, ist überhaupt eine Illusion. Das scheinbar einfachste Ereigniß der Geschichte, nicht minder der Gegenwart, stellt sich in seinen Ursachen und Folgen selbst nie auf dem Präsentirteller dar. Solche, welchen die nöthige moralische Energie fehlt von Bekanntem auf Unbekanntes zu schließen, wie der vortreffliche Chmel und Verwandte, sind in der That unglückliche Menschen zu nennen, wenn sie sich mit Geschichte beschäftigen."

Auch Phillips, Feßler, Palacky, Ficker, Kampschulte, Berchtold bekommen ihre oftmals geradezu vom Zaune gebrochenen Seitenhiebe. Dem einen wird sein der ultramontanen Anschauung eines mittelalterlichen Autors verwandter Geist zum Vorwurf gemacht; gegen den Glauben an die Unfehlbarkeit Fickers als an etwas Selbstverständliches wird Verwahrung eingelegt; die Anschauungen des einen werden als „vollständig lächerlich" bezeichnet, und die Ausführungen eines andern gelten als ein „Uebermaß von Verkehrtheit." Daß bei Ertheilung dieses letzteren Attributs nur eine Wiener theologische Zeitschrift, nicht aber geradezu die zu Wien erscheinende „Oesterreichische Vierteljahrsschrift für katholische Theologie" citirt ward, dürfte wohl eher als Miß-

achtung denn als ein Akt schonenden Wohlwollens zu betrachten seyn.

Auf einen Moment müssen wir auch den philosophischen Gängen folgen, welche der Verfasser in der Apostrophe an „Seinen väterlichen Freund Franz Karl Lott", gleichfalls Professor der Wiener Universität und, wenn wir nicht irren, Schwiegervater des Verfassers, eingeschlagen hat. Herr Lorenz will die Vorzüge der modernen Geschichtschreibung, ihre großen Leistungen keinen Augenblick verkennen, es drängt sich ihm aber doch die Beobachtung auf, daß in letzterer Zeit öfter ein eigenthümliches Schwanken über die Ziele und Aufgaben derselben zu Tage getreten sei. Er ist der Ueberzeugung, daß man über die Principien der historischen Betrachtung weit weniger im Klaren ist und daß wohl eine weit geringere Uebereinstimmung darin in Wirklichkeit besteht, als man einige Zeit hindurch in Deutschland gleichsam wie selbstverständlich angenommen habe; dieß zeige sich in der auffallenden Gährung der Geister, welche in dieser Beziehung noch immer herrsche. Daß diese Gegensätze, von welchen Herr Lorenz spricht, wirklich vorhanden sind, läßt sich nicht läugnen, aber sie kommen wohl nicht aus der Tiefe, wie er anzunehmen scheint, sie sind wohl kaum das Produkt des reinen Verstandes oder des unbeeinflußten menschlichen Erkenntnißvermögens. Ueber die eigentlichen Ziele, über die letzten Zwecke der Geschichtsforschung kann ebenso wenig als über die Forschung im Allgemeinen ein Zweifel walten: ihr Ziel, ihr Zweck soll die Erkenntniß der Wahrheit seyn, und die Verbreitung dieser Erkenntniß ist Aufgabe der Geschichtschreibung. Sobald die Geschichtswissenschaft andere Ziele, andere Zwecke verfolgt, geräth sie auf das Gebiet des Unsittlichen und hört damit auf überhaupt den Namen „Wissenschaft" zu verdienen. An diesem Punkt ist das Streben und Schaffen des Historikers bereits angekommen, wenn er einen Augenblick über den besagten Zweck alles Forschens im Unklaren ist, und insofern müssen wir diesen allerdings als selbstverständlich bezeichnen,

weil mit der Außerachtlassung desselben die Wissenschaft ihre Grenzen erreicht hat und der Mißbrauch mit derselben beginnt. Wir unterlassen es hier das Sündenregister der Parteigängerei und Tendenzwirthschaft aufzuführen, wie sie heutzutage en gros betrieben wird und welche Waitz (Göttinger gelehrte Anzeigen Bd. I, Jahrg. 1862) bei Gelegenheit eines Urtheils über die auffallende Gährung der Geister, welche Lorenz andeutet, speciell Herrn v. Sybel gegenüber mit den Worten zu censiren sich gedrungen fühlt: „Seine Anschauung scheint mir eine einseitige und in vieler Beziehung trostlose zu seyn."

Doch mögen zwei concrete Fälle zur Illustration der Unsittlichkeit dienen, in welche die hervorragendsten Vertreter der Geschichtswissenschaft versinken können. Als einem der Häupter gothaischer Geschichtsbaumeisterei einmal gesagt wurde: „Ihr Buch ist in Frankreich auf viel Widerspruch gestoßen", entschlüpfte ihm in einem unbewachten Augenblick die Antwort: Glauben denn die Franzosen, ich würde ihnen sagen, was ich von ihrer Geschichte halte! Und als es Jemand einem Historiker zum Vorwurf machte, daß er gänzlich den Boden der Objektivität verlassen habe, scheute sich ein Mann, von welchem eine historische Schule genannt wird, keinen Augenblick zu erklären, daß ein Geschichtschreiber gar nicht nach Objektivität zu streben brauche. Nach solchen Enthüllungen freilich gibt es mancherlei Ziele und Zwecke, welche man mit der Geschichtschreibung verfolgen, gibt es mancherlei Principien, welche man der Geschichtswissenschaft zu Grunde legen kann.

Herr Lorenz spricht sich klar genug gegen die aprioristische Behandlungsweise der Geschichte aus und beklagt es, daß nicht von Seiten der Vertreter der realistischen Philosophie die Probleme der Geschichte mehr und mehr in die Untersuchung gezogen würden. Es soll also in dem vorliegenden Werke offenbar diesem Mangel in etwa abgeholfen werden, so daß wir also eigentlich ein Stück realistischer Philosophie vor uns haben, d. h. wohl eine Geschichtsbehandlung nach der Kraft- und Stofftheorie. Diese Seite des Buchs erklärt Vieles von

seinem Inhalt, was ohne jene geschichtsphilosophische Bemerkung unbegreiflich erschienen seyn würde. Zuvörderst muß uns einleuchten, was der Verfasser unter den „natürlichen Ursachen" versteht, welche die dunkeln Wege der menschlichen Geschicke erklären und die Gesetze des geschichtlichen Werdens bloßlegen. Jedenfalls sind sie ihm keine psychischen Erscheinungen, keine übermenschlicher Führung folgenden Gewalten, aber er sucht sie auch nicht in der Materie, zu deren historisch gestalteten Formen sie dienen sollen, sondern seine höchsteigene Person, oder vielmehr der Phosphor oder das Fett seines Gehirns (wir wissen nicht zu welcher Theorie Herr Lorenz neigt) oder wo er immer den Sitz seines Denkvermögens annimmt, sind die Fundgrube, aus welcher er die Bausteine zur Construktion der Welt-Geschichte hervorholt. Es darf uns daher nicht Wunder nehmen, daß wir in unserem Werk vielfach Anschauungen begegnen, die mit der Wirklichkeit im gröbsten Widerspruch stehen, und es muß uns sonnenklar erscheinen, wie es kommt, daß unser Forscher über greifbare Dinge, die freilich nicht mit der aufgeklärten Philosophie des 19. Jahrhunderts harmoniren, so sehr im Unklaren geblieben ist. Ebensowenig als man Flüssigkeiten mit der Elle messen oder den Werth sittlicher oder geistiger Potenzen auf der Waage wägen kann, ebensowenig lassen die durch sechs Jahrhunderte von uns getrennten historischen Erscheinungen die gegenwärtigen Zustände und Weltanschauungen als Maßstab zu ihrer Beurtheilung zu. Wer mit diesen in der Natur der Dinge begründeten Verhältnissen in Opposition zu treten wagt, der entgeht gewiß der Selbsttäuschung nicht und muß nothwendig zu Urtheilen gelangen, welche mit der Wahrheit stark contrastiren. In diesem Fall befindet sich Lorenz, dem bei seiner Forschung über die Geschichte des 13. Jahrhunderts stets der Gedanke an Vorgänge in unseren Tagen als schlimmer Dämon zur Seite tritt, dem politische Proselytenmacherei und antikirchliche Aufgeklärtheit den Blick verdunkeln, die Urtheilskraft lähmen und die Unterscheidungsmerkmale von einst und jetzt verwischen.

Auf den ersten Seiten seines Buches ergeht sich Herr Lorenz in Raisonnements über die „Bedeutung des Kaiserthums und den sich daran anknüpfenden Aberglauben", welche überaus vag und im Grunde gegenstandslos sind. Er läßt sich zu dem Bekenntniß herbei, daß das Kaiserthum wirklich ein Moment war, worin die deutsche Nation eine gewaltige Größe erlangte, zugleich aber hält er es für gerathen, mit der Anerkennung dieser Thatsache keinen Augenblick aus dem Sinne zu verlieren, „daß wir es mit einer jener abergläubischen Vorstellungen zu thun haben, von denen vielleicht besser wäre, sie wären in der Welt nicht aufgetaucht." Ein schärferes Verdikt kann unseres Erachtens über die großartigste Idee des Mittelalters, über den Glanzpunkt unserer vaterländischen Geschichte nicht ausgesprochen werden! Fürchtet auch der Autor, „eine Ueberlegung dieser Art" (wie wir sie nämlich mit seinen Worten oben anführten) führe ihn über die Grenzen der historischen Betrachtung hinaus, so will uns scheinen, er habe in der von ihm gemachten Andeutung bereits den Boden historischer Anschauung aufgegeben und sei in Sphären gerathen, in welche wir ihm weder folgen können noch wollen. Die Frage, um welche es sich ja in Wirklichkeit handelt, ist ohnehin in unseren Tagen genugsam erörtert worden und wir wollen hier nur die Ueberzeugung aussprechen, daß die Anregung zu jener Frage eine wirkliche Parteisache war, nicht aber in Folge einer politisch aufgeregten Zeit es zu seyn schien, wie der Verfasser meint. Die akademische Rede des Herrn v. Sybel war ein kleindeutsches Tendenzprodukt und die Entgegnung auf Fickers „das deutsche Kaiserreich" war eher dazu geeignet, die Qualifikation zu einem gut preußischen Abgeordneten, als historische Einsicht darzuthun. Der große Historiker mußte deßhalb erleben, daß ihn selbst seine Kameradschaft vor Widerspruch und Tadel nicht schützte. Wer das bestehende Coterienwesen kennt, wird wissen, was ein ernstes Entgegentreten eines Führers des Gothaismus gegen seinen Collegen bedeutet. Nachträglich kommt nun wieder

unser Wiener „Aufgeklärte“ und glaubt mit einer sophistischen Wendung dem Streit über die Beurtheilung des deutschen Kaiserthums aus dem Wege gehen zu können, indem er die Träger der christlich germanischen Kaiseridee von dieser selbst trennen will; jene glaubt er für groß und bewunderungswürdig halten zu dürfen, während ihm diese als ein Unglück, als eine Art von weltgeschichtlichem Schandfleck erscheint. Wer über einen solchen Widerspruch hinauskommen kann, der muß sich in der That einer Schwungkraft des Geistes erfreuen, die nicht gehemmt ist von den Fesseln landläufiger Logik.

Jetzt dürfen wir nicht unterlassen den Auseinandersetzungen des Herrn Lorenz über „die ultramontanen Behauptungen zur Zeit der Staufer und im Anfang des 13. Jahrhunderts“ unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, da wir in diesem Capitel Dingen begegnen, welche über das Glaubhafte und Mögliche hinausgehen. In diesen Auslassungen dokumentirt sich ein solcher Grad von Unbekanntschaft mit den wichtigsten Potenzen im Leben und in der Geistesrichtung des Mittelalters, daß sie schon eines Dilettanten unwürdig wäre, bei einem Manne aber, der auf der Höhe der Wissenschaft zu stehen Anspruch erhebt, die entschiedensten Zweifel in dessen historische Einsicht oder Ehrlichkeit hervorrufen müssen.

Bei Gelegenheit der Aufzählung der „ultramontanen Anschauungen“ zur Zeit der Staufer kommt Herr Lorenz auf den bekannten Streit zwischen Kaiser Friedrich I. und Papst Hadrian IV. über das von dem letzteren gebrauchte Wort „beneficium“ zu reden. Nach der Erklärung des Papstes: „Beneficium e bono et facto est editum, et dicitur beneficium apud nos non feudum sed bonum factum“, gab sich der Kaiser zufrieden, nicht so unser superkluger Weltweiser, der den Alten im Kyffhäuser spöttisch an dem rothen Barte zupft, weil er nicht aufgebraust ist über die authentische Interpretation des Papstes. „Wir möchten doch fragen — so lautet die geradezu alberne Zurechtweisung des gewaltigen

wurden, stand damals als höchstes Ziel die Wiedergewinnung des heiligen Landes. Diese war ein Unternehmen, welches die Gesammtheit der christlichen Völker zu gemeinsamem Handeln verband, und welches im Gegensatz von fast allem was sonst geschah, nicht auf Selbstsucht, sondern auf Aufopferung beruhte. Die reinigende Kraft welche solchergestalt „„die liebe Reise"" auf die Zeitgenossen ausübte, liegt uns jetzt weniger klar vor, als die Unzahl der Schwierigkeiten, mit denen sie damals verbunden seyn mußte. Wie der Antrieb von der Kirche ausging, so gewährte sie auch durch die Besteuerung des Kirchenguts einen großen Theil der Mittel, und überwachte und lenkte sie durch Ansetzen und Handhaben von Tag und Stunde des Aufbruchs das Zusammenwirken der einzelnen Kräfte. Zu dieser Leitung war sie von der weltlichen Macht selbst aufgefordert und das Unternehmen wäre aller Wahrscheinlichkeit nach gelungen, und hätte damals, als schon in Constantinopel lateinische Kaiser herrschten, die Christianisirung aller Küsten des Mittelmeers zur Folge gehabt, ohne das täuschende Hinschleppen, das herrische Eingreifen und das offene Gegenwirken Friedrichs II."

Im Angesicht der vom Verfasser kundgegebenen Auffassung der Kreuzzüge muß es geradezu überraschen, daß er sich nicht veranlaßt findet, mit Kaiser Rudolf eine Lanze zu brechen, weil auch dieser die „traurige Uebereilung" begangen, es als seinen Beruf anzusehen, an jenen „abenteuerlichen Unternehmungen, die man mit dem Namen der Kreuzzüge bezeichnet", sich zu betheiligen. Muß es Hrn. Lorenz nicht im Herzen oder vielmehr in der Galle wühlen, wenn er die Stelle in einem Schreiben des großen Habsburgers an Papst Gregor X. liest: „Gerentes ferventi spiritu in mentis desiderio, *illi terrae sanctae* vestrae bonitatis consilio nobis seu auxilio suffragante, quam Unigenitus Dei filius multiplici beneficio omnibus mundi partibus praetulit ipsamque consecrando aspersione sui sanctissimi sanguinis rubricavit, *tam potenter quam patienter succurrere, quod Dei populus, per*

multa tempora ab hostibus crucis Christi afflictus pariter et constrictus, ad Christi gloriam, sepulchrum Domini tuerer cineri?“ Oder wenn er ihn nach dem Bericht des Contin. Cosmae. sprechen hört: „Si Dominus mihi vitam prosperitatemque dederit, transmarinas partes adibo et pro peccatis meis maximis sanguinem meum consecrabo domino Jesu Christo?“ Doch loben wir den Tag nicht vor dem Abend; vielleicht nimmt Herr Lorenz noch Veranlassung bei späterer Gelegenheit die im Laufe seiner Regierungszeit von Kaiser Rudolf wiederholt ausgesprochene Absicht, sein in den obigen Stellen angedeutetes Vorhaben auszuführen, als eine Verirrung des Geistes, als einen politischen Coup oder irgendeine Betise darzustellen.

Wie nahe ihm das Eine liegt, ersehen wir aus der Erklärung, welche er dem Gesuch Rudolfs an den Papst gibt, um dessen Anerkennung seiner Wahl zu erlangen. Er hält dasselbe rein für einen Akt politischer Klugheit, da Rudolf viel zu „welterfahren“ gewesen, als daß er sich bei dem vorwaltenden Ansehen der römischen Curie in dem damaligen Europa über die Bedeutung seiner Wahl hätte täuschen mögen, so lange nicht Gregor X. dieselbe bestätigt hatte. Eine seiner ersten Handlungen sei es daher gewesen, dem Papste seine Wahl anzuzeigen und ihn um die Anerkennung derselben zu bitten. Liest man Rudolfs Bericht an den Papst, in welchem er diesen um Verleihung der Kaiserwürde ersucht, so muß man sich überzeugen, daß noch andere Triebfedern als Rücksichten der Zweckmäßigkeit und Weltklugheit ihn zu diesem Schritte veranlaßten, es sei denn man zweifle an dem kirchlichen frommen Sinn des Königs, man halte ihn für einen Heuchler und lege seinen Worten die Absicht der Täuschung unter. Wer dieß thun zu können vermeint, der ist in der eigenen Brust nicht frei von der schmählichen Neigung zu jener betrügerischen Verstellungskunst, die oft für kluge Berechnung ausgegeben wird, in der That aber nichts als Mangel an Aufrichtigkeit ist.

Noch auf einen ganz verfehlten und wahrhaft lächerlichen Kunstgriff wollen wir aufmerksam machen, dessen sich der Verfasser bediente, um dem Papste Innocenz IV. einen Hieb beizubringen. „In der Rede, sagt er, welche hierauf der Papst (auf dem Concil zu Lyon nämlich) hielt, ist es sehr bezeichnend, daß unter den fünf Punkten, welche als Hauptaufgaben des Concils angeführt worden sind, diejenige über die Maßregeln gegen die Verfolgung der Kirche durch den Kaiser als die letzte genannt ist.“ Mit diesem Satze wird dann weiter argumentirt, „daß der Papst den eigentlichen Zweck der Synode sorgsam versteckt“ habe. Ist denn Herr Lorenz über die gewöhnlichsten Regeln der Stylisirung und der Rhetorik so wenig unterrichtet, daß er nicht wissen sollte, um wieviel nachhaltiger in einer Reihe von Sentenzen die zuletzt aufgeführte wirkt! Wir trauen ihm diese Unkenntniß nicht zu, da er bei seiner offenbaren Vertrautheit mit den Mitteln des Wirkens auf die Massen auch die Kraft der am Schlusse einer Rede angebrachten Knalleffekte jedenfalls wohl zu schätzen weiß. Er wird es also auch begreifen können, daß der Papst bei Aufzählung der Gegenstände, die dem Concil unterbreitet werden sollten, den Hauptpunkt an's Ende gesetzt hat. Wie wenig Halt aber die Behauptung des Verfassers hat, daß Innocenz die Absicht dem Streit zwischen ihm und dem Kaiser ein Ende zu machen, zu verdecken bemüht gewesen, wird daraus ersichtlich, daß der kaiserliche Bevollmächtigte Thaddäus von Suessa zur Entkräftung der von dem Papste vorgelegten Dokumente sofort päpstliche Bullen vorlegte und sich überhaupt zur Vertretung seines Herrn auf's beste vorbereitet erwies.

Wir hätten noch Veranlassung genug, die wahrhaft absurde Behandlungsweise des Concils zu Lyon, welches „dem Papste nur als Staffage dienen sollte zur Vernichtung der kaiserlichen Macht“, ausführlicher zu behandeln, doch es ist Kürze geboten und wir heben deßhalb nur den Satz: „und so war also auch auf dem weltberühmten Concil von Lyon

multa tempora ab hostibus crucis Christi afflictus pariter et constructus, ad Christi gloriam, sepulchrum Domini valeat visitare?“ Oder wenn er ihn nach dem Bericht des Chron. Colmar. ausrufen hört: „Si Dominus mihi vitam prosperitatemque dederit, transmarinas partes adibo et pro peccatis meis maximis sanguinem meum consecrabo domino Jesu Christo?“ Doch loben wir den Tag nicht vor dem Abend; vielleicht nimmt Herr Lorenz noch Veranlassung bei späterer Gelegenheit die im Laufe seiner Regierungszeit von Kaiser Rudolf wiederholt ausgesprochene Absicht, sein in den obigen Stellen angedeutetes Vorhaben auszuführen, als eine Verirrung des Geistes, als einen politischen Coup oder irgendeine Betise darzustellen.

Wie nahe ihm das Eine liegt, ersehen wir aus der Erklärung, welche er dem Gesuch Rudolfs an den Papst gibt, um dessen Anerkennung seiner Wahl zu erlangen. Er hält dasselbe rein für einen Akt politischer Klugheit, da Rudolf viel zu „welterfahren“ gewesen, als daß er sich bei dem vorwaltenden Ansehen der römischen Curie in dem damaligen Europa über die Bedeutung seiner Wahl hätte täuschen mögen, so lange nicht Gregor X. dieselbe bestätigt hatte. Eine seiner ersten Handlungen sei es daher gewesen, dem Papste seine Wahl anzuzeigen und ihn um die Anerkennung derselben zu bitten. Liest man Rudolfs Bericht an den Papst, in welchem er diesen um Verleihung der Kaiserwürde ersucht, so muß man sich überzeugen, daß noch andere Triebfedern als Rücksichten der Zweckmäßigkeit und Weltklugheit ihn zu diesem Schritte veranlaßten, es sei denn man zweifle an dem kirchlichen frommen Sinn des Königs, man halte ihn für einen Heuchler und lege seinen Worten die Absicht der Täuschung unter. Wer dieß thun zu können vermeint, der ist in der eigenen Brust nicht frei von der schmählichen Neigung zu jener betrügerischen Verstellungskunst, die oft für kluge Berechnung ausgegeben wird, in der That aber nichts als Mangel an Aufrichtigkeit ist.

Schutz sie bedurfte. Von diesem Gefühl waren die Päpste am lebhaftesten nach dem Sturz der Hohenstaufer durchdrungen und alle Freunde der Unabhängigkeit Roms theilten dasselbe. Der Papst konnte unbeschadet seiner Würde bei dem französischen Könige Hülfe suchen gegen die Anmaßungen deutscher Kaiser; wenn aber die Macht der letzteren völlig darniederlag, dann mußte der Einfluß Frankreichs in Italien ein unbeschränkter werden. Das Haus Anjou trat die staufische Erbschaft an, eine Folge war das blutige Blatt der Geschichte, auf welchem die sicilische Vesper verzeichnet steht.

Wie läßt sich die Conjektur des Herrn Lorenz, zu welcher ihn die Wahl Wilhelms von Holland führte, mit der Erwählung des Heinrich Raspe und Richard von Cornwallis zu deutschen Königen vereinbaren? Der erstere, der mächtige und starre Landgraf von Thüringen wurde zum „Pfaffen-König", der andere übertraf an Reichthum die meisten Fürsten seiner Zeit, bewies Energie und Charakterstärke und doch verdankte er seine Wahl vorzüglich dem Einfluß des Papstes; seine Wähler waren der Erzbischof von Cöln, der auch für den gefangenen Erzbischof von Mainz stimmte, und die Pfalzgrafen Ludwig und Heinrich. Von beiden ließ sich wohl kaum erwarten, daß sie zu gefügigen Werkzeugen der Curie werden würden. Und was endlich Rudolf von Habsburg angeht, dem die drei rheinischen Erzbischöfe ihre Stimmen gaben, so glaubte der Erzbischof von Cöln dem Papste die Bestätigung seiner Wahl empfehlen zu können, weil er sei fide catholicus, ecclesiarum amator, justitiae cultor, pollens consilio, fulgens pietate, propriis potens viribus et multorum potentum affinitate connexus, deo amabilis et humanis aspectibus gratiosus, corpore strenuus et in rebus bellicis contra infideles fortunatus. Hätte Gregor X. ein Schattenregiment in Deutschland gewünscht, hätte er daran gedacht, den neuen König zum päpstlichen Automaten zu machen, dann wäre ihm der Mann, wie wir ihn gezeichnet finden, wohl nicht der rechte gewesen, dann hätte es ihm ohne Zweifel

nicht an Mitteln gefehlt, die Erhebung des Grafen zu verhindern.

Wenn es auch nicht in unserer Absicht liegt, auf Details einzugehen, so möge doch eine unübertreffliche Probe politischer Geschichtsmacherei hier noch eine Stelle finden. Wir sind weit davon entfernt uns zum Richter eines politischen Systems aufzuwerfen, aber daran glauben wir festhalten zu müssen, daß keines die freie Geschichtsforschung beeinflussen, keines sie helotisiren darf. Augenscheinlich war es auf einen Ausfall gegen das ungarische Nationalbewußtseyn berechnet, wenn die Krone des heil. Stephan in so ungerechter und kühner Weise verunehrt wird, wie es durch Hrn. Lorenz geschehen ist; ohne Zweifel galt es die Befriedigung eines staatsmännischen Bedürfnisses, wenn das Palladium der ungarischen Freiheit durch das Zauberwort vernichtet werden soll: „Das Königreich Ungarn verdankte seine königliche Würde nur sehr indirekte den Päpsten, aber diese haben zu allen Zeiten eine besondere Oberhoheit über Ungarn in Anspruch genommen, indem sie sich als die Schöpfer des Königreichs Stephans I. betrachteten und für diese Fabel schon sehr frühzeitig Gläubige gefunden haben." Von der historischen Seite betrachtet verdient diese Faselei gar keiner Beachtung, so lange die Echtheit der Bulle Papst Sylvesters II. vom Jahre 1000 März 27 (Jaffé reg. Pontif. 2995) so unerschüttert feststeht, als es der Fall ist. Wir verfolgen diesen Punkt nicht weiter, da Herr Lorenz seine Ansicht mittlerweile (November 1865) vielleicht doch geändert hat.

Haben wir nun durch unser Referat gezeigt, bis zu welchem Grad der Verirrung historische Tendenzforschung gelangen kann*), hat der Leser ein klares Bild von den Mitteln ge-

---

*) In Sybels histor. Zeitschrift Bd. XI S. 438 urtheilt Wegele über das Werk von Lorenz: „Wir stehen nicht an, vorliegende Schrift zu dem bedeutendsten zu zählen, was Oesterreich in neuerer Zeit auf dem Gebiete der Geschichtschreibung hervorgebracht hat,

Schutz sie bedurfte. Von diesem Gefühl waren die Päpste am lebhaftesten nach dem Sturz der Hohenstaufer durchdrungen und alle Freunde der Unabhängigkeit Roms theilten dasselbe. Der Papst konnte unbeschadet seiner Würde bei dem französischen Könige Hülfe suchen gegen die Anmaßungen deutscher Kaiser; wenn aber die Macht der letzteren völlig darniederlag, dann mußte der Einfluß Frankreichs in Italien ein unbeschränkter werden. Das Haus Anjou trat die staufische Erbschaft an, eine Folge war das blutige Blatt der Geschichte, auf welchem die sicilische Vesper verzeichnet steht.

Wie läßt sich die Conjektur des Herrn Lorenz, zu welcher ihn die Wahl Wilhelms von Holland führte, mit der Erwählung des Heinrich Raspe und Richard von Cornwallis zu deutschen Königen vereinbaren? Der erstere, der mächtige und starre Landgraf von Thüringen wurde zum „Pfaffen-König", der andere übertraf an Reichthum die meisten Fürsten seiner Zeit, bewies Energie und Charakterstärke und doch verdankte er seine Wahl vorzüglich dem Einfluß des Papstes; seine Wähler waren der Erzbischof von Cöln, der auch für den gefangenen Erzbischof von Mainz stimmte, und die Pfalzgrafen Ludwig und Heinrich. Von beiden ließ sich wohl kaum erwarten, daß sie zu gefügigen Werkzeugen der Curie werden würden. Und was endlich Rudolf von Habsburg angeht, dem die drei rheinischen Erzbischöfe ihre Stimmen gaben, so glaubte der Erzbischof von Cöln dem Papste die Bestätigung seiner Wahl empfehlen zu können, weil er sei fide catholicus, ecclesiarum amator, justitiae cultor, pollens consilio, fulgens pietate, propriis potens viribus et multorum potentum affinitate connexus, deo amabilis et humanis aspectibus gratiosus, corpore strenuus et in rebus bellicis contra infideles fortunatus. Hätte Gregor X. ein Schattenregiment in Deutschland gewünscht, hätte er daran gedacht, den neuen König zum päpstlichen Automaten zu machen, dann wäre ihm der Mann, wie wir ihn gezeichnet finden, wohl [illegible] der rechte gewesen, dann hätte es ihm ohne Zw[illegible]

aus den niederen Stufen der Priesterschaft die großen Ordensstifter Franziskus und Dominikus hervorgingen, folgten sich auf dem päpstlichen Stuhle selbst die ausgezeichnetsten Männer: Innocenz III., Honorius III., Gregor IX. und Innocenz IV., ohne daß bei den drei ersten nach der Beisetzung des Vorgängers die Wahl des Nachfolgers länger als einige Stunden auf sich warten ließ."

XXX.

Zeitläufe.

Der Stand der Dinge in der nordamerikanischen Union und unser Interesse daran.

Gerade zwölf Monate sind nun vergangen, seitdem die Conföderation der Südstaaten von Nordamerika die Waffen vor der Uebermacht der Unionsheere gestreckt hat. Eilf Staaten der ehemaligen Union waren nun unterworfenes und erobertes Land. Als der Mordstahl unberufener Rächer den Präsidenten Lincoln traf, schienen die Besiegten vollends der Discretion wuthentbrannter Sieger preisgegeben und die vollen Schaalen des nordstaatlichen Volkszorns über die Unglücklichen sich ergießen zu wollen bis zur Vernichtung. Andrew Johnson, der neue Präsident, wurde allgemein selbst entweder als oberster Hauptmann oder als williges Werkzeug der nach Blut und Plünderung lechzenden radikalen Partei angesehen, die sich nicht mit Unrecht das eigentliche Verdienst des Triumphs über die tapfern Freiheitskämpfer

des Südens zuschrieb. Damals erklärte dieser Mann in öffentlichen Reden: die Führer der verrätherischen Rebellion müßten gestraft und von ihrer socialen Stellung herabgedrückt werden, die loyal gebliebenen Einwohner der Südstaaten verdienten auf Kosten derjenigen entschädigt zu werden, welche so unsägliche Leiden über das Land gebracht. Ein furchtbares Proscriptions-Gesetz war bereits erlassen; wer mehr als 20,000 Dollars südliches Vermögen besaß, wurde zu den überwiesenen „Führern" gezählt und sein Eigenthum sollte confiscirt werden.

Als Herr Johnson, der von der Schneiderbank in die Stellung des mächtigsten Staatsoberhauptes der Welt hinaufgerückte Präsident, so trefflich sich anlassen zu wollen schien, da war er ganz der gefeierte Mann der radikalen Partei*); sein Name wurde bis zu den Sternen erhoben und man bedauerte den Tod Lincolns nur wenig mehr, weil der alte Abram stets milderer Anschauungen und versöhnlicherer Gesinnung verdächtig gewesen war. Je mehr die Radikalen entzückt waren, desto mehr sprachen die Conservativen beider Continente mit Abscheu von dem „versoffenen Schneider", bei dessen Staatsaktionen man niemals wisse, ob sie überwiegend der Ausfluß des angeborenen Blutdurstes oder reichlich genossener Spirituosen seien. So standen die Parteien vor neun Monaten, und wie stehen sie jetzt?

Ich weiß nicht, ob jemals in der politischen Welt binnen so kurzer Zeit ein gründlicherer Wechsel und eine erstaunlichere Umkehr der Verhältnisse und Stimmungen vorgekommen ist. Präsident Johnson thront jetzt als der Abgott der Conservativen, als ihre Hoffnung und Stütze; die Radikalen dagegen wüthen gegen ihn als einen Verräther und treulosen Ueberläufer, der im Begriffe stehe die gesammte Frucht des fünf-

---

*) Wie wir oft hervorgehoben haben und im Nachfolgenden sich abermals herausstellen wird, ist „radikal" in Amerika identisch mit „liberal" bei uns.

jährigen Bürgerkrieges zu nichte zu machen und den so entsetzlich theuer erkauften Sieg in eine Niederlage zu verwandeln. Die Radikalen dominiren aber unbedingt im Congreß und sie haben die Mehrheit im Senat; da die eilf Staaten aus welchen die conservativen Abgeordneten hauptsächlich zu kommen pflegten, in beiden Körpern unvertreten sind, so ist das Repräsentantenhaus völlig und der Senat bis auf einen gewissen Grad gleichbedeutend mit dem Willen und Belieben der radikalen Partei. Also Krieg zwischen der legalen Vertretung der Union und dem Präsidenten derselben, und zwar Krieg bis auf's Messer geradeso wie in dem Preußen des Herrn von Bismarck!

Bis jetzt wird dieser Krieg im Schooß der obersten Gewalten der Union auf unblutigem Wege und bloß mit den Waffen der Verfassungs-Paragraphen geführt. Indeß hat Herr Johnson bereits in öffentlicher Rede behauptet, daß die Partei ihm meuchelmörderisch nach dem Leben strebe, und sie wird zu seinem Sturze jedenfalls thun was in ihren Kräften steht. Nach der Verfassung kann der Congreß den Präsidenten in Anklagezustand versetzen und seine Absetzung beantragen, auch kann der Congreß die Hauptquelle des präsidialen Machteinflusses, nämlich das Recht der Aemter-Vergebung beschneiden oder gar verstopfen. Andererseits kann der Präsident sich gegen derlei Maßnahmen mittelst des Vetorechtes vertheidigen, und wenn ihm hiefür nicht mehr die nöthige Stimmenzahl im Senate zur Seite stünde, so könnte er auch dem „Rumpfparlament" als solchem ein Ende machen. Er brauchte nur durch Proklamation zu erklären, daß die Rebellion beendet, die Union wiederhergestellt und daher allen Staaten ihre Rechte im Bunde, also dem ganzen Süden das Recht seine Vertreter in den Congreß zu senden, zurückgegeben seien. Die radikale Partei würde das für einen „Staatsstreich" erklären und allerdings wäre damit ein Anfang zu veritablen und sehr handgreiflichen Staatsstreichen gemacht. Scharfblickende Beobachter haben es lange schon, und jetzt natürlich mehr als je,

für wahrscheinlich erachtet, daß der Besiegung des Südens ein blutiger Kampf zwischen den Parteien im Norden auf dem Fuße folgen werde; und wenn die nordamerikanische Union auch nicht an der Schwelle eines neuen Bürgerkriegs steht, so ist es doch unzweifelhaft wahr, daß dieselbe noch eine lange Reihe der schwersten innern Verwicklungen vor sich hat und ihr der endgültige Friedensschluß noch sehr ferne liegt.

Wie ist nun die neue Situation gekommen und was ist von ihr zu halten? Eine nähere Erwägung der Frage hat bereits ein viel größeres als bloß publicistisches Interesse. Europa mag auf seiner Hut seyn; denn es ist bei den nordamerikanischen Verwicklungen nicht mehr bloß von den unausbleiblichen moralischen und politischen Rückwirkungen bedroht, sondern auch von einem großen finanziellen Rückschlag. Mit Einem Worte: das Schicksal der Staatsschuld der Union oder besser gesagt der nördlichen Bundesschuld hängt davon ab. Nun sind aber hunderte von Millionen dieser Schuld in Europa und leider insbesondere in Deutschland placirt. Die Engländer waren klüger; die leitenden Organe dieser geriebenen Nation haben rechtzeitig ihre Warnungen ergehen lassen, und man darf zweifeln, ob England nur mit dem dritten Theil der Capitalien welche vom Continent in das amerikanische Papier gesteckt worden sind, betheiligt ist. Dagegen hat sich die deutsche Spekulation blindlings und massenhaft auf diese gefährliche Capitalanlage geworfen; irre ich nicht, so rechnet man daß Bayern allein über 100 Millionen Gulden Unions-Schuld angekauft habe, und diesem starken Abfluß des verfügbaren Geldes über den großen Ocean hinüber wird bekanntlich die in Bayern und anderen deutschen Ländern herrschende Geldkrisis zum größten Theile zugeschrieben. So enge sind die unmittelbarsten Interessen deutscher Länder jenseits des Oceans bereits verkettet; was aber nun, wenn die amerikanische Bundesschuld eines schönen Morgens unverhältnißmäßig reducirt oder gar gestrichen werden sollte?

Die Gefahr einer solchen Ueberraschung ist keineswegs

schon verschwunden; im Gegentheile steigt sie mit dem großen in Washington schwebenden Streit auf und nieder, und sonderbarer Weise: die Gefahr träte nur dann in die Ferne, wenn die radikale Partei siegen würde, sie rückt dagegen in die unmittelbare Nähe, wenn Präsident Johnson und die Conservativen mit ihrer Ansicht von dem Wiederaufbau der Union durchdringen würden. Auch die Kriegsfrage, sei es gegen Mexiko oder gegen England, nähme erst dann ihr sehr ernstes Gesicht an. Es klingt freilich wunderlich, daß der Triumph der radikalen Partei in Nordamerika eine Bürgschaft des Friedens und regelmäßiger Verzinsung der Staatsschuld seyn solle. Aber es ist doch so, und bekanntlich gibt es der Punkte noch mehr, worin sich die Verhältnisse Nordamerika's zu den unsrigen wie die umgekehrte Welt verhalten. Findet sich dort ja auch, und zwar in sehr engem Zusammenhang mit der Frage von der Bundesschuld, die denkwürdige Thatsache vor, daß die Radikalen für das strengste Schutzzollsystem und die Conservativen für den Freihandel eintreten. So etwas ist überall sonst unmöglich, in Nordamerika ist es natürlich.

Wer freilich, allen Abmahnungen zum Trotz, daran geglaubt hat, daß die Aufhebung der Negersklaverei nicht bloß ein glänzender Vorwand sondern der wahre Grund des schrecklichen Bürgerkriegs gewesen sei, der steht jetzt vor lauter spanischen Dörfern. Die Sklaverei ist abgeschafft auf dem ganzen Bundesgebiete und Niemand denkt mehr an ihre Wiedereinführung; somit müßte nun der Streit zu Ende seyn; anstatt dessen geht er aber erst recht an. Aus dem einfachen Grund geht der Streit erst recht an, weil die Partei welche die belebende Seele und die eigentliche Furie des Krieges gewesen ist, erst jetzt mit ihrem wahren und wirklichen Zwecke hervortritt. Diese Partei ist zur Zeit identisch mit dem Congreß und ihre Absicht geht einfach dahin, den Staatenbund der Union in einen centralisirenden Bundesstaat, mit Einem Wort die „Vereinigten Staaten“ in einen Staat glattweg zu

verwandeln. Ganz anders verfügt die Verfassung; sie macht das häusliche Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten zur Basis des Bundes, sie stellt dasselbe in allen Beziehungen die nicht schlechthin mit dem Wesen des Bundes collidiren, über die Competenz der Bundesgewalten. Präsident Johnson tritt daher als Vertheidiger der Unions-Verfassung auf und er kehrt zurück in die Reihen der conservativen Partei, wenn er sich für die Autonomie der Einzelstaaten erhebt. Das thut der Präsident eben jetzt, und so erhält der große Streit eine merkwürdig europäisch-continentale Färbung. Es ist der Kampf des Föderalismus gegen den centralisirenden Liberalismus; und ganz bezeichnend haben die Stimmführer der radikalen Partei von Anfang an ihre Gegner als „Feudale" zu brandmarken beliebt.

Am leichtesten wäre nun der Zweck der Partei erreicht worden, wenn die nach der Ermordung Lincolns im ersten Zorn ergangenen Proscriptions- und Confiskations-Gesetze entsprechend ausgeführt worden wären. Die Südstaaten hätten dann ihre charakteristische Bevölkerung verloren und der größere Grundbesitz wäre unter ein hereinströmendes Gesindel vertheilt worden, das als Bedientenvolk der radikalen Partei des Nordens durch Dick und Dünn Dienste gethan hätte. Die Partei war daher von dem Augenblicke an gegen Johnson empört, wo derselbe anfing durch massenhafte Begnadigungen seine eigenen Erlasse zu limitiren und endlich ganz zu nichte zu machen. Die Entrüstung stieg, als der Präsident Miene machte den Kriegszustand in den südlichen Staaten, anstatt denselben in's Unabsehbare zu verlängern, baldigst zu beseitigen. Ueberall sonst wo eine Revolution unterliegt, schreit der Liberalismus aus vollem Halse nach unbeschränkter Amnestie und nach beschleunigter Wiederherstellung der ordentlichen Gewalten an der Stelle des Kriegszustandes; nur da und nur dann schweigt der Liberalismus mäuschenstill von diesen Geboten der Menschlichkeit wo er selber Sieger ist, und dieß war in Nordamerika der Fall. Die Organe der radikalen

Partei gebärdeten sich daher förmlich wie blutdürstige Hyänen; wäre es nach ihrem Wunsche gegangen, so hätte der Präsident ebenso viele Todesurtheile, Verbannungs- und Confiskations-Dekrete erlassen müssen, als er Amnestie-Certifikate unterschrieben hat, und die absoluteste Militärregierung hätte auf eine Reihe von Jahren hin das verzweifelnde weiße Volk des Südens niederzuhalten gehabt. Der Präsident sagt in seiner Botschaft vom 4. Dec. v. Js.: „Die Politik der militärischen Beherrschung eines eroberten Gebietes würde die Behauptung in sich enthalten haben, daß die Staaten deren Bewohner an der Empörung theilgenommen, aufgehört hätten zu existiren." Das aber war es gerade, was die Partei gewollt hat.

Sollten nun die Militärregierungen aufgehoben werden, so bestand die Partei zum mindesten darauf, daß die südlichen Staaten als bloße Territorien fortregiert werden müßten, also ohne Vertretung im Congreß und durch Gouverneure, welche das weiße Haus zu Washington aus der Partei zu nehmen und als Pascha's nach dem Süden zu entsenden hätte. Zu mehrerer Sicherheit verlangte die entschiedene Fraktion der Radikalen überdieß, daß nicht nur den „gewesenen Rebellen" das Wahlrecht genommen, sondern auch den emancipirten Negern von Bundeswegen sofort das Wahlrecht verliehen werde. Beides hat Herr Johnson entschieden verweigert. Er berief zum Behufe der „Reconstruktion des Südens" einheimische Celebritäten, welche im Rufe loyaler Gesinnung standen. Freilich zeigte sich bei dieser Gelegenheit der fatale Umstand, daß die Bundes-Loyalität der Südmänner, auch der unionsgesinntesten, untrennbar von ihrer Staaten-Loyalität ist. Gleich der neuernannte Gouverneur von Südcarolina, Perry, fing mit der Erklärung an: Niemand könne die Losreißung der Südstaaten vom Bunde tiefer bedauert haben als er, aber von einer „Rebellion" sei diese Losreißung sehr verschieden gewesen; denn „sie wurde von souveränen Staaten in's Werk gesetzt, die in ihrer Eigenschaft als souveräne Mächte handelten." Zugleich konnte sich Herr Perry nicht enthalten an

von den Bundesheeren begangenen Scheußlichkeiten zu
nern, die im Süden niemals vergessen werden würden*).
war diese Rede des Gouverneurs Perry, worüber der
respondent eines deutschen Weltblattes in solche Wuth
ieth, daß er unverholen aussprach: das also sei einer der
sten Unionisten, die unter dem weißen Volke des Südens
finden seien; offenbar sei mit solchen Elementen eine er-
prießliche Reorganisation rein unmöglich; „da muß zuvor eine
e Generation erzeugt, oder es muß das Geschick des
aates der Race anvertraut werden, welche mit ihrer un-
fälschten Ueberlegenheit verläßliche Loyalität verbindet, wenn
auch sonst noch alle höhere geistige Bildung abgeht“**).
r Mann meint nämlich die — Neger. Merken wir uns

*) Wer ein Interesse daran hat sich über die vandalischen Thaten jener angeblichen Apostel der Humanität näher zu unterrichten, dem ist unter Anderm der Brief des lutherischen Pastors Bachmann zu Charleston (Kreuzzeitung vom 14. Febr. 1866 Beil.) zu empfehlen.

**) Wir entnehmen diese Worte dem Newyorker Correspondenten der Augsburger Allg. Zeitung vom 8. Aug. 1865, welcher ungefähr seit dieser Zeit die Ehre hat der einzige Berichterstatter des großen deutschen Blattes über die Angelegenheiten der nordamerikanischen Union zu seyn. Und was ist das für ein Mann? Politischer Flüchtling von 1848, gehört er dem Yankee-Radikalismus so ganz mit Haut und Haar an, daß er völlig außer Stande sich befindet irgend etwas auf der Welt anders als durch die Brille der Partei zu sehen. Dazu ist er von einer persönlichen Gereiztheit, daß man ordentlich seine Feder, so oft er sie ergreift, vor Wuth zittern und den Schaum aus seinem Munde triefen sieht. Er kann an die Conservativen des Südens nicht denken ohne von Galgen und Rad zu phantasiren, und wenn es auf ihn ankäme, so hätte er dieselben längst mit den Fingernägeln ecrasirt. Während des Krieges hat das große Augsburger Blatt noch einen andern Correspondenten in der neuen Welt und zwar in Washington selbst gehabt. Auch Herr von Corvin war ein politischer Flüchtling; aber er hat sich im Allgemeinen Unabhängigkeit und Parteilosigkeit genug zu bewahren gewußt, um viele Dinge ganz anders zu beurtheilen als sein Collega in Newyork, zu dessen nicht ge-

diese Sentenz einstweilen und bis wir auf die Freedmens-Bureau's zu sprechen kommen.

Die Erklärungen des Gouverneurs von Südcarolina sind übrigens ein gutes Beispiel, um daran die Stellung der conservativen Parteien klar zu machen. Perry spricht den Einzelstaaten die „Souveränetät" zu und er behauptet sogar deren legale Befugniß ihre Losreißung von der Union zu beschließen. Das läugnet Präsident Johnson ganz entschieden. Er bezeichnet den Versuch der Losreißung als strafwürdige Rebellion, weil den Staaten der Union eine eigentliche Souveränetät, wie es allerdings in dem der Union vorangegangenen Staatenbunde, der sogenannten Conföderation der Fall gewesen, nicht mehr zukomme. Aber nichtsdestoweniger steht Herr Johnson ein für die weiteste Autonomie der einzelnen Staaten innerhalb des Rahmens der Bundesverfassung; er sieht in der vollkommenen Autonomie jener die eigentliche Grundlage der letztern, und in diesem Sinne hat seine erste Botschaft erklärt: es sei sein unverrücktes Ziel gewesen, sich dem Einflusse momentaner Leidenschaften zu entziehen, um in den fundamentalen und unabänderlichen Grundsätzen der Verfassung eine heilende Politik zu finden. Er betont ausdrücklich, daß im Falle einer Aenderung der Bundesverfassung der Vorschlag des Congresses der Bestätigung von Seite der Einzelstaaten bedürfe; und bezüglich der beantragten Wahlrechte der Neger, sowie bezüglich des Vorschlags, daß die „gewesenen Rebellen" vom Wahlrecht ausgeschlossen werden müßten — hat schon jene Botschaft entschieden erklärt, daß der Congreß gar nichts

---

ringem Aerger. Seitdem aber Herr von Corvin ich weiß nicht wohin gekommen, bleibt nun dieser blinde Partei-Wütherich ganz allein der Mann, der in einem Blatte von dem Einfluß der „Allgemeinen Zeitung" öffentliche Meinung über die nordamerikanischen Vorgänge zu machen beauftragt ist, und zwar in einem Moment wo von dem unbefangenen Urtheile über die Lage der Union viele Millionen deutschen Vermögens abhängen können! Wie will die Redaktion eine solche Einseitigkeit verantworten?

damit zu thun habe, da die Entscheidung über den Genuß des Wahlrechts überhaupt verfassungsmäßig jedem einzelnen Staate selber zustehe und von jeher zugestanden habe. Nur in dem, wie bekannt unter der unmittelbaren Jurisdiktion der Bundesregierung stehenden, Distrikt Columbia hätte demnach der Congreß über die Frage des Neger-Wahlrechts zu sprechen und hier hat er es bereits bejahend gethan, während überall sonst das Votum des Volkes entschieden verneinend ausfällt.

Von seinem Standpunkt aus, also von dem der unantastbaren Staaten-Autonomie stellt nun Präsident Johnson nur Eine Bedingung, damit die Union in ihrem alten Umfang und Wesen wieder auferstehe. Der frühere Zankapfel nämlich müsse für immer weggeräumt und daher das Amendement zur Bundesverfassung angenommen werden, welches die Sklaverei in dem ganzen Unionsgebiet auf ewige Zeiten abschafft. Ist dieß geschehen, dann bleibt, wie die Botschaft sagt, „den Staaten deren Befugnisse so lange geruht haben, noch übrig ihre Plätze in den beiden Zweigen der nationalen Legislatur einzunehmen und so das Werk der Reconstruktion zu vervollständigen." Der Congreß hätte dann wohl die persönliche Eigenschaftung der einzelnen Vertreter zu prüfen; aber keineswegs die der Staaten und deren ihm convenirenden oder nicht convenirenden Rechtszustand, ob sie z. B. beschränkte oder allgemeine, auch auf die Neger ausgedehnte Wahlrechte haben und dergleichen. So will es der Präsident, weil er den gesetzlichen Staatenbund will. Anders will es die Mehrheit des Congresses, weil sie in ihrem liberalen Uniformirungs-Geiste den centralisirenden Bundesstaat anstrebt. Sie und die mit ihr identische Partei der Radikalen will daher den Wiedereintritt der eilf Staaten in die nationale Legislatur von der Genehmigung des Congresses abhängig machen, der erst noch prüfen und beschließen soll, ob er diesen oder jenen Staat als gereinigt und rehabilitirt anerkenne oder nicht. Das ist nun der große Streit. Die Entgegenstellung der Parteien wird sogleich noch klarer werden, wenn wir den Punkt näher

betrachten, auf dem es bereits zum offenen Bruche zwischen den zwei obersten Gewalten gekommen ist.

Als der Congreß am 31. Jänner v. Js. das obengedachte Amendement zur Bundesverfassung annahm, lautete der §. 1 desselben einfach auf allgemeines Verbot der Sklaverei, während §. 2 die scheinbar harmlosen Worte beifügt: „der Bundescongreß hat die Befugniß dem vorstehenden Paragraphen durch angemessene Gesetzgebung Kraft zu geben.“ Diese unscheinbaren Worte sind aber von der radikalen Partei sofort als ihr geheiligter Talisman gefeiert worden, weil darin nicht weniger als die Nothwendigkeit einer gänzlichen Umgestaltung des staatsrechtlichen Charakters der Republik enthalten sei. Denn §. 2, so folgerte die Partei, setzt nichts Geringeres voraus, als eine fortwährende Ueberwachung der Gesetzgebung der Einzelstaaten durch den Bund, ein Recht des Bundes zum steten gesetzgeberischen Eingreifen in die innersten Rechts- und Erwerbsverhältnisse, in die ganze sociale Gebahrung der Staaten*). Damit hätte sich dann freilich der Plan nicht vereinigen lassen, den Johnson in seiner jüngsten Rede beharrlich zu verfolgen erklärt: der Plan, „den Staatenbund so zu restauriren, wie es von seinen Stiftern beabsichtigt war.“ Diese vom positiven und historischen Recht ausgehende, mit Einem Wort die legitime Anschauung mußte dann der schrankenlosen Willkür eines modernen liberal-demokratischen Centralismus weichen, und Präsident Johnson's jüngste Rede hat insoferne nicht mit Unrecht der Partei zugedonnert: „Kaum ist der Pulverdampf der Schlachten verflogen, so finden wir beinahe eine zweite Rebellion begonnen; die erste hatte die Zerreißung der Union zum Zweck, die jetzt begonnene die Concentrirung der Bundesgewalt; diese ist ebenso verwerflich wie jene.“

Um nämlich die Lage recht zu verstehen, darf man nicht

*) Wir haben diese Tendenz schon im März v. Js., wo wir zum letztenmale auf die Geschichte der Union zu sprechen kamen, ausführlich hervorgehoben. Histor.-polit. Blätter Bd. 55 S. 497 ff.

vergessen, daß der Congreß bereits am 3. März 1865 ein Institut in's Leben gerufen hatte, welches der radikalen Deutung des oben erwähnten §. 2 ihren thatsächlichen und fortbildungsfähigen Ausdruck verlieh. Ich meine das sogenannte **Freedmens-Bureau**, worunter man zunächst eine amtliche Besorgungs-Anstalt für die vier Millionen der freigelassenen Neger versteht. Die Anstalt war auf die Dauer eines Jahres vom Datum des Friedensschlusses an eingesetzt und kostete in dieser kurzen Zeit 113 Millionen Dollars. Unter dem Präsidium eines Generals — es ist dieß das „unverantwortliche Centraldirektorium" von dem Johnson spricht — wurde eine Masse von Officieren als Civilbeamte in die Südstaaten gesendet und Bureau's eingerichtet, um die Angelegenheiten der flüchtigen und der freigewordenen Neger zu leiten und zu überwachen, unter dieselben die verlassenen oder confiscirten Ländereien vorerst pachtweise auszutheilen, die Schwarzen gegen die Weißen zu schützen, für ihre Erziehung zu sorgen, die Armen und Hülfsbedürftigen zu unterstützen. Das mochte nun hingehen auf die Dauer eines Jahres und für die erste Verwirrung, die dem Umsturz der socialen Verhältnisse des Südens nothwendig folgen mußte. Aber ehe noch die Frist zu Ende ging, traf der Congreß weitere Vorsorge.

Eine neue Freedmens-Bureau-Bill verlängerte nicht nur die Dauer des Instituts in's Unbestimmte, sondern gab ihm eine geradezu ungemessene Ausdehnung. Das ganze Gebiet der Union soll, in Distrikte und Unterdistrikte getheilt, mit einem bureaukratischen Netz zur Controle der schwarzen wie der weißen Bevölkerung überzogen werden. Mittels dieser Aemter soll der Kriegsminister Kleider und Lebensbedarf aller Art unter die Neger vertheilen lassen; in drei verschiedenen Staaten sollten drei Millionen Acker guten Bodens reservirt bleiben, woraus die Bureau's Neger-Colonien zu gründen hätten. Officiere der Armee sind die Beamten der Bureau's und sie stehen unter militärischer Gerichtsbarkeit; wo den Negern durch Staats- oder Lokalgesetze die Ausübung ihrer vollen bürger-

lichen Rechte entzogen würde, da sollten dieselben gleichfalls unter militärischem Schutz und Jurisdiktion stehen. Somit wären die Bureau's mit der ganzen Masse ihrer Beamten und den vier Millionen Negern dem Bereich der ordentlichen Staatsgewalt völlig entzogen. Die Bureau's werden endlich ermächtigt Strafen bis zu 1000 Dollars oder bis zu einjährigem Gefängniß über die Staatsbeamten und alle Anderen zu verhängen, welche ein Gesetz ausführen, das irgendeinen Unterschied zwischen Schwarzen und Weißen macht. Zum Ueberflusse hat der Congreß, in offenbarster Ueberschreitung seiner Competenz, aber in kluger Vorsorge für die geliebten Bureau's, den Präsidenten auch noch verhindert die militärische Besetzung der Südstaaten aufzuheben. Es sei, hat der Congreß erklärt, noch nicht rathsam, die Truppen aus den unlängst im Aufruhr befindlichen Staaten zurückzuziehen.

Gewiß ist nun die Institution der Freedmens-Bureau's eine höchst merkwürdige und lehrreiche Erscheinung. Und zwar in doppelter Beziehung. Sie gibt erstens durch ihre bloße Existenz lautes Zeugniß über die unvergleichliche Lage, welche von der himmelschreienden Uebereilung der Neger-Emancipation herbeigeführt worden ist. Wo sonst Hörige oder Leibeigene emancipirt wurden wie jüngst noch in Rußland, da geschah es in der Voraussetzung, daß die Freigewordenen sich selber forthelfen würden. In der Union hingegen hat man die Neger befreit, um sie wie Kinder in der Wiege zu behandeln und zwar auf Kosten der weißen Bürger. Vier Millionen Wiegenkinder in Staats-Wartung und Pflege — ein wahrhaft colossaler Gedanke! Man begreift jetzt wohl, warum Präsident Lincoln öffentlich erklärt hat: er wisse keinen andern Rath als die ganze schwarze Race in fremde Länder zu verschiffen. Man begreift ferner die skeptischen Worte in der jüngsten Botschaft des Präsidenten Johnson: „Wir dürfen nicht voreiligerweise von einer Unmöglichkeit des Zusammenlebens beider Racen reden; laßt uns einen Versuch machen!" Aber der Versuch der Freedmens-Bureau's würde sicher in sein Gegen-

theil umschlagen. Diese Anstalt hätschelt und verwöhnt die Schwarzen; sie nährt mit Fleiß deren Nationaluntugenden, die Faulheit und Genußsucht, die Eitelkeit und den Uebermuth. Hr. von Corvin hat schon im ersten Anfange den beliebten „Neger-Erleuchtungs-Anstalten" prophezeit, sie würden die Neger nur unlustig zur Arbeit machen, sonst aber nichts erzielen; und dieser Erfolg ist bereits im höchsten Maße eingetreten.

Sonst war das Verhältniß der zwei Racen im Süden im Allgemeinen erträglich; die loyale Haltung der vier Millionen höriger Neger, während die drei Millionen ihrer Herren vier Jahre lang den schrecklichen Krieg führten, hat unwidersprechliches Zeugniß gegeben gegen die Lügen der Abolitionisten. Ueberhaupt war das Vorurtheil, das im Norden allgemein gegen die Neger herrscht, im Süden nicht zu finden. „Davon kann der Fremde jetzt mit Erstaunen die Bestätigung sehen": so bemerkte Hr. von Corvin vor acht Monaten. Inzwischen aber haben die Freedmens-Bureau's das Möglichste gethan, um die zwei Racen unter sich mit unversöhnlichem Haß zu erfüllen und gegen einander zu verhetzen. Man darf sich jetzt schon auf das Schlimmste gefaßt machen; könnte und dürfte aber die radikale Partei ihren Plan weiter verfolgen, den Plan nämlich mittelst ihrer vier Millionen schwarzer Wickelkinder die südlichen Wahlen zu beherrschen und durch die Neger diese Staaten regieren zu lassen — so wäre nichts gewisser als der ausgesprochenste Racenvertilgungskrieg, und zwar nicht bloß im Süden sondern auf dem ganzen Gebiete der Union*).

---

*) „Die Negeranbeter und unbedingten Fortschrittsnarren haben durch ihre abgeschmackte und kindische Uebereilung es zu verantworten, wenn die armen Neger aus der Pfanne in's Feuer fallen": so sagte Herr von Corvin in der Allg. Zeitung vom 1. August (vergl. vom 18. Juli und. 17. Sept.) 1865 voraus. Es waren dieß die letzten Mittheilungen des unparteiischen Referenten.

Das Freedmens-Bureau sollte indeß nicht nur aus der Negerbevölkerung eine privilegirte und eximirte Classe machen, sondern es sollte unter dem Vorwand der Fürsorge für die armen Schwarzen als Sprengkeil in die Verfassung der Union selber hineingetrieben werden. Es wäre auf diesem Wege eine dritte Regierung über dem Bund und den Staaten constituirt worden, von welcher Präsident Johnson mit Recht sagte: „weder mit der gesetzgebenden noch mit der vollziehenden Gewalt sich in's Vernehmen setzend, hätte sie sich fast alle Funktionen der Bundesregierung angemaßt." Das ersehnte Institut wäre eine Special-Regierung der radikalen Partei gewesen, welche so am bequemsten die Autonomie der Staaten beseitigt und deren Behörden unter permanentem Belagerungszustand festgebannt haben würde. Ich weiß nicht, ob jemals auf dem Gebiet des Staatsrechts ein solches Monstrum erdacht worden ist, wie die Organisation der Freedmens-Bureau's. Aber im Congreß ging die Maßregel durch, bei den Abgeordneten mit allen Stimmen gegen 33, im Senate mit 37 gegen 10.

Nun aber ermannte sich Präsident Johnson. Am 19. Februar legte er sein verfassungsmäßiges Veto ein. In der betreffenden Botschaft an den Senat charakterisirte er das vorgeschlagene Gesetz nicht nur als verderblich für die Neger selbst, sondern er warf demselben insbesondere vor, daß es dem Bunde eine Menge außerordentlicher Funktionen in den Südstaaten zuweisen würde, die der Bund früher nie geübt habe und nach der Verfassung nicht ausüben solle und könne; namentlich würde so die Centralregierung zum allgemeinen Schul- und Armenverwalter gemacht werden. Endlich erklärte Herr Johnson geradezu: einen Congreß, in dem eilf Staaten keine Vertreter haben, könne er gar nicht als competent erachten. Das wirkte nun wie die Explosion eines Pulverthurms im ganzen Gebiet der Union. Der Schrecken und der Zorn der Radikalen war um so größer als sie bis vor acht Tagen von einer solchen Entschließung Johnsons keine Ahnung ge-

habt zu haben behaupten. Indeß fanden sich doch im Senat die zwei Drittel Stimmen nicht, welche zur Verwerfung des Veto gehört haben würden. Seitdem ist nun der Bruch entschieden; bis zu welcher Wuth der Parteikampf sich gesteigert hat, beweist die mehrfach angeführte Rede, die der Präsident am 22. Februar zur Washington-Feier vor einer öffentlichen Volksversammlung halten zu müssen glaubte.

Derselbe Mann, dem eine englische Zeitschrift vor acht Monaten vorgeworfen hat, anstatt Oel auf die bewegten Gewässer zu gießen, wie es einem Staatsmanne zustünde, schreie er nach Rache, Confiskation und Blut: ist jetzt das gefeierte Haupt derjenigen als deren furchtbarster Verfolger er damals erschien. Wie dieser Wechsel sich persönlich erklären mag, wollen wir nicht untersuchen; genug, daß Herr Johnson, im Süden geboren, erzogen und Staatsmann geworden, stets strenge auf dem Boden der Unions-Verfassung gestanden zu haben erklärt. Im Uebrigen haben die Präsidenten der Vereinigten Staaten regelmäßig die Präsumtion für sich geriebene Politiker zu seyn, und daß überdieß ein so schlauer Kunde wie Minister Seward für die Seele der jetzigen Politik Johnsons gilt: das scheint uns um so mehr zu bedeuten, daß der Letztere nichts Halsbrecherisches wagt bei seinem schroffen Bruch mit dem Congreß. Die große Masse des Volkes steht offenbar hinter dem Präsidenten und nicht hinter der Majorität seiner zeitlichen Vertreter. Allem Anscheine nach darf man daher wenigstens für jetzt die Sache der radikalen Partei für verloren erachten; die Conservativen werden zunächst den Sieg davontragen.

Sieht man sich die Folgen genauer an, welche der Triumph der Einen oder der andern Partei nach sich ziehen müßte, so wird sich die augenblicklich antiradikale Stimmung der Volksmasse so ziemlich erklären. Vom Rechtsgefühl kann natürlich in Nordamerika nie die Rede seyn, sondern immer nur vom Interesse. Das Interesse Aller wird aber am nächsten berührt durch die immens erhöhte Bundesschuld und durch die Mittel

zur Verzinsung und Tilgung derselben. Wie verhalten sich nun die beiden Parteien zu dieser Bundesschuld, die bekanntlich in den fünf Kriegsjahren von kaum 200 Millionen auf fast drei Milliarden Dollars angewachsen ist? Eine sehr wichtige Frage, aus deren näherer Untersuchung sich Folgendes ergeben dürfte.

Die radikale Partei würde die Bundesschuld zur erwünschten Basis ihrer staatsrechtlichen Reform machen: sie würde von der öffentlichen Schuld ihren Rechtstitel zur Herstellung des centralisirenden Bundesstaats nehmen; sie würde sagen, ein loser Staatenbund sei offenbar nicht geeignet eine so ungeheure Schuld zu tragen. Welche Kosten dann die neue Centralisation selber wieder verursachen würde, davon hat die einjährige Existenz der Freedmens-Bureau's bereits einen bittern Vorgeschmack und eine empfindliche Lehre gegeben. Je mehr der Staat fiskalisch wird, desto mehr muß er bureaukratisch gestaltet seyn und desto größer sind die Kosten der Maschine. Von Alldem scheint nun das nordamerikanische Volk ein sehr bestimmtes, wenn auch instinktmäßiges Vorgefühl zu haben, wenn es jetzt der radikalen Partei so augenfällig den Rücken zuwendet.

Dringt hingegen die Ansicht der Conservativen durch, so wird die Union für reconstruirt erachtet und die Vertreter der eilf Staaten treten im Congreß ein. Nun darf man aber nicht vergessen, daß auch die conföderirten Staaten ihre bedeutende Bundes-Kriegsschuld hatten, und dieselbe wurde von den nördlichen Siegern mit Einem Federstriche annullirt. Werden nun die südlichen Vertreter Lust haben, zum Danke dafür auch noch die Bundesschuld des Nordens anzuerkennen und mittragen zu helfen, nachdem ihnen bis jetzt eine solche Bedingung des Wiedereintritts keineswegs gestellt worden ist? Allerdings werden die Südmänner nicht sofort die Mehrheit im Congreß haben, weder überhaupt noch für eine eventuelle Nichtanerkennung der Bundesschuld. Aber haben sie

vielleicht Aussicht aus dem Norden der Union selber

Bundesgenossen zu bekommen? Darüber wird, von andern Umständen ganz abgesehen, eine weitere und sehr wichtige Frage entscheiden, nämlich die Frage von den Zoll- und Handelsgesetzen.

Wir haben im Laufe der langen Verwicklung wiederholt darauf hingewiesen, daß zu den wahren Ursachen des furchtbaren Bürgerkriegs, viel mehr als die Sklaverei, das im J. 1861 durch den sogenannten Morill-Tarif eingeführte Schutzzollsystem zu zählen sei. Diese noch dazu sehr hoch gegriffenen Schutzzölle entsprechen den Interessen der großen Industrie-Staaten des Nordostens allerdings auf's Beste. Aber der Süden hat ganz entgegengesetzte Interessen und alle natürlichen Bedingungen der fast ausschließlich Landbau treibenden Südstaaten drängen auf den Freihandel hin. Dasselbe Verhältniß findet sich indeß auch in den Ackerbau-Staaten des Nordwestens vor. Schon während des Krieges war wiederholt von einer wachsenden Spannung zwischen den westlichen und östlichen Staaten der Nord-Union die Rede; es wurde sogar auf die Möglichkeit einer abermaligen Trennung im Norden selber hingewiesen, wenn der Ackerbau im Innern noch länger der Fabrikation der Küstenländer hingeopfert bleiben sollte. Die radikale Partei weiß freilich den Vorwürfen über dieses Mißverhältniß mit langen Reden zu begegnen über die glänzende Wirkung, welche der neue Schutzzoll zur Bereicherung aller Classen des Landes gehabt habe. Aber die Erfahrung scheint dem zu widersprechen, und jedenfalls gelten die während des Kriegs hervorgetretenen Thatsachen nicht für die Folge und für die ganz neue Lage nach dem wiederhergestellten Frieden. Denn während der Kriegsjahre konnten die Produkte des Südens mit denen des Westens nicht concurriren, und befand sich inzwischen der westliche Ackerbau wirklich noch leidlich, so war dieß eben hauptsächlich der mangelnden Concurrenz aus dem Süden zu verdanken, welche Concurrenz aber jetzt nicht mehr mangelt*). Die wahre Ansicht des Westens wird sich

*) Dieß hat namentlich der Newyorker Correspondent der Allg.

demnach bald genug vernehmlich machen, und wie dann wenn im Congreß die westlichen und die südlichen Staaten über die Zoll- und Handelsfrage sich vereinigen? Die nächste Gefahr wäre augenscheinlich sofort die, daß beide Theile sich auch einigen würden über die Frage von der Staats- oder besser gesagt von der Bundesschuld.

Bundesschuld und Schutzzollsystem stehen unzweifelhaft in sehr enger Wechselbeziehung. Die Radikalen selbst werden sich darauf berufen: wenn die Schuld verzinst und getilgt werden solle, so könne man hoher Schutzzölle nicht entbehren. Sie werden aber gerade dadurch den Gegnern die Frage nahelegen, ob denn die Prämisse richtig sei und ob es denn wirklich keinen andern Ausweg gebe als die Verzinsung und Tilgung der ungeheuern Schuld nach europäischer Manier. Von den Einzelstaaten hat bekanntlich schon mehr als Einer leichtere Mittel gefunden; man nennt dieselben „Repudiation", das System hat also bereits seine technische Benennung und besteht einfach darin, daß der Staat seine öffentliche Schuld abweist und verläugnet. Und war es denn eigentlich etwas Anderes als Repudiation, wenn der Bund nach Unterwerfung der Staaten der südlichen Conföderation deren öffentliche Schuld kurzweg für ungültig erklärt und gestrichen hat? Fasse man nun einen Augenblick im Lichte dieser Präcedentien den unzweifelhaften Zusammenhang der Schuldfrage mit der Zollfrage in's Auge! Es gibt Leute welche behaupten, die schlauen Spekulanten des Nordostens hätten vor fünf Jahren die südlichen Vertreter absichtlich bis zur gewaltsamen Trennung von der Union aufgehetzt, eben weil sie um jeden Preis eine schwere Bundesschuld bekommen wollten, auf welche sich dann erst das Schutzzollsystem am besten und zwar dauernd gründen ließe. Möglich daß diese Erklärung zu fein ausgesponnen

Zeitung vom 7. Aug. 1865 in seinem Bericht über den Handels-Congreß von Detroit ganz vergessen. Uebrigens ist hier Alles zusammengefaßt, was die Radikalen über den Segen des Morill-Tarifs zu sagen wissen.

ist, immerhin ist es aber eine historische Thatsache, daß der Morill-Tarif im Congreß nie und nimmer durchgesetzt worden wäre, wenn man nicht zuvor die südlichen Vertreter hinausgebissen hätte aus der Vertretung der Union.

Aber noch Ein Umstand tritt für die Bundesschuld bedrohlich hinzu. Als der Süden die Waffen gestreckt hatte, da nahm man allgemein, auch die Kabinete in London und Paris nicht ausgenommen, für gewiß an, daß ein auswärtiger Krieg Amerika's der Beendigung des Bürgerkriegs auf dem Fuße folgen werde, sei es gegen England um dem allgemeinen Rachegefühl des Volkes Luft zu machen, oder gegen Frankreich um der Monroe-Doktrin in Mexiko Achtung zu erzwingen. Es ist bis jetzt nichts geschehen um diese Furcht zu rechtfertigen, und Europa beginnt sich zu beruhigen. Sicher indeß wäre man vor einem Losbruch der Union nach außen doch nur dann auf längere Zeit, wenn die radikale Partei zur Herrschaft gelangte. Bis diese Partei die südlichen Staaten und folgerecht den ganzen Bund ihren Absichten gemäß eingerichtet hätte, würde sie Jahre hindurch im Innern vollauf zu thun und die Hände gebunden haben; es würden die schwersten innern Conflikte erfolgen und ein neuer Bürgerkrieg, vielleicht sogar mit erweitertem Schauplatz, wäre nicht unwahrscheinlich. Anders gestaltet sich die Sachlage unter der Herrschaft der conservativen Partei. Für die Conservativen würde binnen Kurzem einer großen Aktion nach außen nur mehr Ein wesentliches Hinderniß entgegenstehen, nämlich die enorme Bundesschuld. Die kurz angebundene Wegräumung dieses Hindernisses würde sich aber, wie wir gesehen haben, gerade der conservativen Partei noch aus andern Gründen sehr dringend empfehlen. Vor zehn Monaten ist im Norden der Union plötzlich eine Agitation aufgeflackert, welche die Bundesschuld mit Einem Male durch freiwillige Subscription zu tilgen sich vermaß. Das Strohfeuer ist bald wieder verraucht; wie aber wenn dem enthusiastisch geäußerten Opfermuth einfach durch ein Gesetz nachgeholfen würde, welches

die im Lande befindlichen Bundesobligationen für subscribirt erklärte, die anderen aber der ausländischen und namentlich europäischen Spekulation überließe, um damit ihre Zimmer elegant auszutapeziren?!

Unfraglich geben diese Verhältnisse zu denken. So viel ist gewiß, daß die folgenreichen Verwicklungen Nordamerika's nicht an ihrem Ende sondern erst am Ende eines Anfangs angelangt sind, und daß Europa alle Ursache hat auf seiner Hut zu seyn, insbesondere auch das europäische Capital.

XXXI.

Zur deutschen Schulfrage — aus Preußen.

Bei der letzten Trierer Generalversammlung ist zum erstenmale die Schulfrage ernstlich auf die Tagesordnung gekommen, und zwar durch zwei gegen das Monopol und den Zwang gerichtete Anträge. Das hat der Versammlung ein vorher nie dagewesenes Aufsehen in der feindlichen Presse zugezogen; dieselbe war außer sich über ein solches Auftreten gegen die großen „Errungenschaften des deutschen Geistes und des 19. Jahrhunderts." Aber auch die Versammlung selbst zeigte eine eigenthümliche Physiognomie. Wie tief ihr Interesse war, bewies sich an dem gedrückt vollen Sitzungs-Lokale der betreffenden Sektion. Aber nur bezüglich des Monopols herrschte Eine Stimme, keineswegs bezüglich des Schulzwangs. Die zwei Anträge waren von Aachen und Berlin aus gestellt; aber sie fanden entschiedene Gegner unter den geistlichen Mitgliedern aus Preußen. Den anwesenden Belgiern, Lothringern, Elsässern war die Frage zwar geläufig, aber sie betheiligten sich fast gar nicht an der Debatte. So kam es, daß Vertheidiger der Anträge gegen den

Schulzwang eigentlich nur unter den Bayern aufstanden, Dank der weit bekannten Schrift des Herrn Lukas.

Der Gegensatz nun in der Haltung der preußischen Mitglieder der Versammlung bedarf einer nähern Beleuchtung. Die Herren Pfarrer und Lehrer am Rhein finden es in der Ordnung, daß der Staat ihnen die Kinder zum Religions- und sonstigen Unterrichte stellt, und sie erschracken darüber, daß Leute aus den östlichen Provinzen Preußens sich gegen die Einrichtung des „segensreich wirkenden preußischen Schulwesens" auflehnen konnten. Daß die „Constantia" in Aachen einen Antrag gegen den Schulzwang gestellt, ließ sich allenfalls begreifen, da in Aachen die preußische Regierung der Berufung von Schulbrüdern sich widersetzt. Welche Stellung aber die Katholiken der Ost-Provinzen zum preußischen Schulwesen haben, soll hier aus-einander gesetzt werden.

In den Rheinlanden und im größten Theil von Westfalen, wo fast allerorts die Protestanten nur eine Minderheit und oft nur eine kleine Beamtencolonie bilden, beschränkt sich die Imparität hauptsächlich auf das höhere Schulwesen oder wird nur dort auffallend; das letztere hat aber nichts mit dem Schulzwange sondern nur mit dem Staatsschulsystem überhaupt und mit dem Schulmonopol zu thun. Deßhalb konnten in dieser Beziehung auch alle einig in ihren Ansichten seyn.

In den östlichen Provinzen ist dieß vielfach anders und fast nirgends befinden sich die Katholiken hinsichtlich des Volks-Schulwesens in derselben günstigen Lage wie in den westlichen Provinzen. Die östlichen Landestheile sind meistens schon viel länger mit Preußen vereinigt, das preußische System hat sich in denselben schon fester und bestimmter ausgeprägt und die entsprechenden Früchte gebracht.

Gehen wir einmal etwas näher auf die Verhältnisse dieser östlichen Provinzen ein. Nach den von den protestantischen Kirchenbehörden herrührenden amtlichen Ausweisen zählte Ende 1864 die Provinz Schlesien 1,651,303 protestantische Einwohner, oder 86,900 mehr als 1855. Die Austritte aus derselben im Jahre 1864 betrugen zusammen die Zahl von 382, worunter 28 welche zu Gunsten der katholischen Kirche stattfanden. Da-

gegen traten zu der protestantischen Kirche über zusammen 1061, wovon der größte Theil, nämlich 917, aus der katholischen Kirche und unter diesen wieder 525 Confirmanden. Ueberhaupt sind, zufolge derselben Berichte, in den letzten zehn Jahren über 5039 Confirmanden und 3048 Erwachsene von der katholischen Kirche abgefallen und zur „Landeskirche" übergetreten. Wenn nun auch eine schlesische Zeitung hiezu bemerkt, daß die Uebertritte zur katholischen Kirche jedenfalls zu niedrig angegeben seien, weil dieselben weniger zur Kenntniß der protestantischen Pfarrämter kamen, so kann dieß vielleicht ein wenig über die starken Verluste trösten, welche die Katholiken fortdauernd in Schlesien erleiden, aber zu beruhigen und über diese „Confirmanden"-Bekehrungen aufzuklären vermag es Niemanden.

Die Ursachen der traurigen Erscheinung sind unbedingt in den Schulverhältnissen der Provinz zu suchen. In Oberschlesien von dessen Bewohnern nur ein Zehntel Protestanten, meistens Beamte und neuerdings angesiedelte Gewerbtreibende sind, befindet sich das katholische Volksschulwesen in einem unglaublichen Zustand. Nach amtlichen Ausweisen fehlen daselbst 367 katholische Lehrer, ohne daß Aussicht auf Ergänzung dieser Lücken vorhanden wäre. Bei den bestehenden katholischen Schulen haben die einzelnen Classen meistens 100 und mehr, oft sogar 150 bis 200 Schüler, eine Zahl die nicht nur ungesetzlich ist, sondern auch die Leistungen der katholischen Schulen nothwendigerweise auf das geringste Maß beschränken muß. Dazu kommt noch daß ein großer Theil der Bevölkerung nur polnisch als Muttersprache spricht, die Kinder deßhalb in der Schule in zwei Sprachen unterrichtet werden müssen, was wiederum die Leistungen der Schule beeinträchtigen muß. Dem gegenüber besitzen die in allen größern Orten vorhandenen kleinen protestantischen Colonien wohleingerichtete, kostspielige Schulen, welche zum größten Theile ausschließlich auf Kosten der betreffenden Gemeinden gegründet und unterhalten werden. In diese gewöhnlich halb leerstehenden protestantischen Schulen werden nun diejenigen katholischen Kinder gewiesen, welche in die katholischen Schulen aus Mangel an Raum nicht aufgenommen werden können. Besonders sind es die Kinder aus den zahlreichen gemischten

Ehen, welche dergestalt aus den katholischen in die protestantischen Schulen übergeführt und hier selbstverständlich sofort als protestantisch angesehen und behandelt werden.

Daß diese Zustände absichtlich so geschaffen und aufrecht erhalten werden, dürfte außer allem Zweifel stehen. Wir führen nur die Thatsache an, daß in derselben Provinz 5 protestantische und nur 4 katholische Schullehrerseminarien bestehen, obgleich die katholische Bevölkerung um so viel zahlreicher ist als die protestantische. Daß in den betreffenden katholischen Gemeinden doch zuerst dem Schulbedürfniß der katholischen Mehrheit entsprochen werden sollte, ehe man dasjenige einer kleinen protestantischen Minderheit auf die kostspieligste Weise befriedigt, dürfte bei gutem Willen um so eher möglich seyn, als es ja nie an Geld für protestantische Schulzwecke fehlen darf. Man will aber nicht, dieß liegt auf der Hand.

In Niederschlesien, woselbst die katholische Bevölkerung nur den sechsten bis fünften Theil der Gesammtheit bildet, verhält sich alles fast ganz umgekehrt. Fast überall sind die protestantischen Schulen die eigentlichen Gemeindeschulen, zu welchen Katholiken wie Protestanten beisteuern müssen, wogegen die Schulen der katholischen Minderheit gewöhnlich mit einem kleinen, oft kaum nennenswerthen Jahres-Zuschuß aus den Gemeinde-Mitteln abgespeist werden, oft auch gar nichts erhalten und nur den Charakter einer geduldeten Privatschule besitzen. Eine solche Anstalt muß sich gar manches von Seiten des protestantischen Ortsschulvorstandes gefallen lassen und kann ein Kind aus gemischter oder gar protestantischer Ehe nur unter vielen, oft unüberwindlichen Schwierigkeiten aufnehmen, während die katholischen Schulkinder eigentlich von Rechtswegen in die (protestantische) Gemeindeschule gehören und fast nur mit Bewilligung der Gemeindebehörden die katholische Schule besuchen dürfen. Unter solchen Umständen können, wie leicht zu denken, die bestehenden katholischen Schulen oft nicht mit den Leistungen der protestantischen gleichen Schritt halten und unmöglich auch alle Kinder zugeführt erhalten, die sie den confessionellen Verhältnissen entsprechend aufnehmen sollten. Wo keine katholischen Schulen bestehen, müssen dieselben meistens durch milde Beiträge, durch

die Gaben des Bonifazius-Vereins gegründet und dann auch unterhalten werden.

In Mittelschlesien (Regierungsbezirk Breslau), woselbst Katholiken und Protestanten sich an Zahl so ziemlich gleich stehen, herrschen Zustände, welche bald denjenigen von Ober-, bald denen von Niederschlesien entsprechen, je nachdem in einer Gegend oder Gemeinde die eine oder die andere Confession vorherrscht. Als einziges Beispiel von der Gerechtigkeit mit der die Katholiken behandelt werden, möge die Stadt Breslau selbst dienen, woselbst 2 protestantische Gymnasien, 2 protestantische Real- und 2 protestantische höhere Töchterschulen mit jährlich 25,145 Thlrn. aus dem Stadtsäckel erhalten werden, während für entsprechende katholische Zwecke kein Pfennig geleistet wird. Für protestantische Kirchenzwecke wurden in den sechs Jahren von 1858 bis 1864 an laufenden Zuschüssen 43,760 Thlr., also fast 7300 Thlr. jährlich, von der Stadt geleistet, während die katholischen Kirchen nicht das Geringste erhalten. Die Stadt zählt dabei 96,035 protestantische und 56,410 katholische Einwohner. Sämmtliche protestantische Elementarschulen, 29 mit 97 Lehrern, werden von der Stadt unterhalten und nur erst seit wenigen Jahren sind nach vielen Bemühungen der Katholiken für dieselben 6 dergleichen Schulen mit 20 Lehrern errichtet worden, die nächstens noch durch zwei weitere Anstalten vermehrt werden sollen. Für ihr Schulbedürfniß waren die Katholiken bisher auf neun Pfarrschulen, eine Schule der Ursulinerinnen und das St. Mathias-Gymnasium angewiesen, welche sämmtlich aus katholischen Mitteln erhalten werden. Ueber die katholischen Pfarrschulen besitzt die Regierung seit der Säkularisation das Patronat und soll demgemäß für deren Unterhaltung und Erweiterung sorgen. Statt dessen aber behält die preußische Regierung das eingezogene Vermögen lieber selbst und läßt die katholischen Pfarrschulen genau in dem Zustande, in welchem sie sich 1810 bei der Uebernahme befanden. Nicht einmal die Gebäude wurden gehörig unterhalten und mehrere sind sehr baufällig, die Classen wurden nicht vermehrt und die Lehrer erhalten keine höheren Gehälter als vor 55 Jahren. Daß diese Schulen deßhalb auch beträchtlich gegen die reichlich ausgestatteten

protestantischen Gemeindeschulen zurückstehen und den Anforderungen nicht durchweg entsprechen können, liegt auf der Hand. Trotz dieser offenbaren Benachtheiligung der Katholiken und trotzdem sich in den protestantischen Realschulen und Gymnasien — es gibt noch ein drittes königlich protestantisches Gymnasium — zusammen 220 bis 250 katholische Schüler befinden und die einzige höhere katholische Anstalt, das St. Mathias-Gymnasium, mit Schülern überfüllt ist, beschloß die Stadtbehörde die Gründung einer dritten Realschule und eines dritten Gymnasiums, die sie kurzweg städtische nannte, welches Wort für sie den Begriff protestantisch in sich schließt. Eine von 1200 Unterschriften bedeckte Petition der Katholiken um Errichtung einer katholischen Realschule wurde erst nach 21 Monaten beantwortet und natürlich abschlägig beschieden. Anstatt dessen wurde beschlossen eine confessionslose Realschule zu errichten. Als die katholischen Stadtverordneten sich mit Nachdruck gegen diese Nichtbeachtung des Bedürfnisses der Katholiken und Verletzung der Gleichberechtigung erhoben, erwiderte man ihnen kurzweg: „Sollen wir euren Ansprüchen etwa unser Bedürfniß opfern?“ Also nur das Bedürfniß der Protestanten hat Berechtigung.

Schlesien zählt 264,584 protestantische Schulkinder, für welche 2213 Schulen mit 3443 Classen bestehen, so daß auf eine Classe durchschnittlich 76 Schüler kommen. Für 273,393 katholische Kinder gibt es nur 1657 Schulen mit 2763 Classen oder eine Classe auf je 99 Kinder. Um den Protestanten gleichgestellt zu seyn, müßten die Katholiken 3596 Schulclassen, oder 833 mehr als gegenwärtig, besitzen. Dieß genügt um zu wissen, daß manches katholische Kind in eine protestantische Schule gehen muß. Ist dasselbe aus einer gemischten Ehe, so wird es dann sofort als der protestantischen Kirche angehörig betrachtet und demgemäß in die amtlichen Listen eingetragen und behandelt. Daß durch den Schulbesuch die gehörige Vorbereitung für den Uebertritt zum Protestantismus gegeben wird, ist klar. Um dem Gesetz zu genügen wird natürlich dieser Uebertritt erst veranlaßt, wenn das Kind volle vierzehn Jahre alt, also gesetzlich berechtigt ist seine Religion selbst zu wählen.

In den Provinzen Brandenburg und Pommern, Sachsen mit

Ausnahme etwa des Regierungsbezirks Erfurt, und in Ostpreußen mit Ausnahme Ermelands sind die Verhältnisse womöglich noch schlimmer für die Katholiken, indem denselben sehr oft die Erlaubniß zur Errichtung einer katholischen Schule geradezu verweigert oder, Dank den protestantischen Ortsschulvorständen und den durchaus protestantischen Regierungsbehörden, mit unendlich vielen Schwierigkeiten verknüpft wird. Wo aber eine katholische Pfarr- oder sonstige Schule besteht, ist dieselbe immer eine Privat-Schule, die keine oder nur wenig Unterstützung von der Stadt erhält. So erhält die zweiclassige katholische Schule zu Stettin nur einen jährlichen Beitrag von 120 Thlrn. von der Stadt und, trotz mehrmaliger Aufforderungen und Drohungen der Regierung, weigert sich die Stadtverordneten-Versammlung immer noch ganz nachdrücklich eine kleine Erhöhung dieses Beitrags, behufs der Erweiterung der Schule um eine Classe, zu bewilligen. In Frankfurt an der Oder erhält die vierclassige 250 Schüler zählende katholische Schule nur 200 Thlr. jährlich und, trotzdem 1847 und 1864 der Cultusminister die Erhöhung dieses Beitrags um 150 Thlr. oder die Gründung einer katholischen Communalschule auf städtische Kosten verlangte, haben Magistrat, Schuldeputation und Stadtverordnete einstimmig beschlossen weder das eine noch das andere zu thun. Die protestantischen Schulen dagegen erhalten jährlich 28,452 Thlr., wovon 12,282 für die Elementarschulen. Die Stadt zählt 2350 Katholiken unter ihren 37,000 Civileinwohnern.

Ganz besonders beachtenswerth ist eine in einem amtlichen Aktenstück von dem Magistrat derselben Stadt ausgesprochene Ansicht über das Verhältniß der Schule zur Gemeinde und zur Confession. Die katholische Schule befindet sich nämlich sammt Kirche, Pfarrwohnung und Rettungsanstalt in einem alten baufälligen Hause aus Fachwerk, welches ein Graf von Schaffgotsch-Warmbrunn im vorigen Jahrhundert der Gemeinde geschenkt hat. Der Raum ist darin so beschränkt, daß eine Classe auf dem Speicher, die andere in der Küche untergebracht ist und einer der Schulräume als Schlafsaal für die 32 Kinder der Rettungsanstalt dienen muß. Um diesem erbarmungswürdigen Zustand abzuhelfen hat der Pfarrer (Erzpriester Warnatsch) den

Bau eines Schulhauses auf einem eigenen, mit vielen Opfern erworbenen Bauplatz beschlossen. Um die Baumittel zu beschaffen, veranlaßte derselbe die Schulkinder zum Sammeln von Beiträgen und zur Veröffentlichung eines bezüglichen Aufrufs an alle katholischen Schulkinder Deutschlands, in welchem natürlich der traurige Nothstand der katholischen Schule Frankfurts beschrieben und der Ungerechtigkeit der Stadtbehörden erwähnt wurde. Dieser Aufruf hatte den gewünschten Erfolg, kam aber auch dem Magistrat zu Gesicht, der sich so beleidigt fühlte, daß er (den 29. August 1865) ein Schriftstück an die katholische Schulverwaltung richtete, worin folgende höchst bezeichnende Stelle vorkommt:

„Wir haben den städtischen Schulanstalten die möglichste Fürsorge gewidmet und dahin gestrebt, daß alle Eltern ohne Unterschied ihre Kinder diesen Unterrichtsanstalten anvertrauen können. Wollen nun die katholischen Eltern hiesiger Stadt eine eigene confessionelle Schule haben, so mögen sie auch für deren Unterhalt in solcher Weise Sorge tragen, daß solche schreiende Uebelstände, wie in den gedachten Aufsätzen geschildert worden, zur Unmöglichkeit werden. Sie ziehen sich sonst selbst die gegründetsten Vorwürfe zu."

Man traut seinen Augen kaum, wenn man eine Behörde eines paritätischen Staates eine solche Sprache führen und so handeln sieht. Den Katholiken stehen die städtisch-protestantischen Schulen offen, zu deren Unterhaltung sie auch wie alle übrigen beitragen müssen. Ein weiteres Recht gibt es für sie nicht als höchstens auch noch eine eigene katholische Schule mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung auf eigene Kosten zu unterhalten. Ganz ähnlich antwortete der Magistrat zu Berlin auf die Petition der dortigen Katholiken um Gewährung eines Zuschusses für ein katholisches Gymnasium, indem er darauf hinwies, daß er confessionelle Anstalten nicht unterstützen könne, so lange für das eigene Bedürfniß noch nicht ausreichend gesorgt sei. Der höhere Unterricht könne übrigens so gegeben werden, daß keine Confession verletzt werde, während der Religionsunterricht für alles Andere genüge.

In Verbindung mit dem Breslauer Beschlusse wegen Er-

richtung confessionsloser Schulen verrathen diese Beispiele von Frankfurt und Berlin gar deutlich den Geist und die Ansichten, welche innerhalb der Gemeindebehörden gegenwärtig überall da vorwiegen wo in denselben Freimaurer, Protestanten und Fortschrittler vorherrschen. Diese Behörden betrachten die Schule als ihr Eigenthum und ausschließliches Gebiet, von dem der Einfluß der Kirche möglichst fern zu halten sei. Freilich sind dieselben noch nicht auf dem Punkt angekommen eine erklärt antichristliche Schule gründen zu wollen, wie dieß die Stadt-Behörde von Brüssel gethan, aber weit sind sie davon nicht mehr entfernt. In Berlin z. B. kann man alle protestantischen Gemeinde- und Privatschulen schon sehr wohl als solche bezeichnen, wenn auch der Form halber die Prediger noch einigen Einfluß auf dieselben ausüben sollten. Ueberall herrscht das Ur- und Reinmenschliche des Nationalpädagogen Diesterweg vor. Welche Früchte dieser Baum bereits trägt, darüber geben die Gerichts-Verhandlungen, die ungewöhnliche Anzahl von verbrecherischen und frühreifen Kindern jedenfalls den besten Aufschluß.

Diese Stadtbehörden befinden sich übrigens in einer Stellung, wie sie sich folgerichtig aus dem System des Protestantismus entwickeln mußte. Es waren die Magistrate vieler Städte welche mit Hülfe der Schule und der Prädikanten den Protestantismus einführten. Sie gewannen dadurch einen Einfluß auf Kirche und Schule wie ihn die weltlichen Behörden katholischer Städte nie besessen oder auch nur beansprucht haben. Schon die Thatsache, daß die der katholischen Kirche entzogenen, zu Schul- und Barmherzigkeitszwecken bestimmten Güter fast überall in die Hände oder doch wenigstens in die Verwaltung jener Behörden übergingen, mußte ihren Einfluß vermehren und befestigen. Die ebenfalls von den Magistraten abhängigen Prediger konnten sich dem um so weniger widersetzen als ja das was man protestantische Kirche nennt, nie eine feste einheitliche Organisation, nie genau bestimmte Rechte, noch überhaupt irgendwie Selbstständigkeit und Kirchengewalt besessen hat. Diese Unselbstständigkeit des protestantischen Kirchenwesens konnte keine Gewähr für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Familie und bürgerlichen Gesellschaft bieten und mußte zum Schulzwang, zum

Polizeistaat führen. Nur die anglikanische Kirche, welche die alt- und festbegründete katholische Organisation beibehalten, konnte England eine Zeit hindurch noch einige Gewähr der bürgerlichen Freiheit bieten.

In Deutschland bildeten somit Schule und Kirche nur Zweige der allgemeinen städtischen Verwaltung. Die städtischen Behörden mußten sich deßhalb nach und nach in die Ansicht hineinleben, daß sie eine Mission für Kirche und Schule haben müßten. Sie maßen sich an über Erziehung und Religion ihrer Untergebenen zu entscheiden. Daß ein Theil der Einwohner andere religiöse Grundsätze haben könne oder dürfe, erscheint ihnen als eine Art Vergehen dem man höchstens duldende Nachsicht zu gewähren habe. Selbst die durch alle neuern Verfassungen gewährleistete Gleichberechtigung der Confessionen hat diese historisch entwickelten Rechtsanschauungen noch nicht ändern können. Dieß ist der Standpunkt aller unserer liberalen und protestantischen Gemeindebehörden.

Man glaube ja nicht, daß dieß sich nur auf einzelne Gegenden erstrecke, nur in Preußen etwa zu Hause sei. Sobald irgendwo der Liberalismus die Oberhand gewonnen hat, wird er dieselben Grundsätze zur Geltung zu bringen wissen. Sprechen doch in Baden wie in Bayern, in Hessen wie in Sachsen die Liberalen stets von der Trennung der Schule von der Kirche, womit ja genau dasselbe gesagt wird, und veranstalten öffentliche Versammlungen um dem entsprechende Resolutionen zu fassen. Die Gefahr ist überall die gleiche, um so mehr als auch fast überall die Liberalen, Protestanten und Freimaurer in den städtischen, und oft auch in andern, Behörden vorherrschen. Die bei dem jetzigen Zwangsschulwesen der katholischen Kirche und der persönlichen Freiheit drohende Gefahr ist demnach doppelt, indem dieselbe gleichzeitig von Stadt- und Staatsbehörden heraufbeschworen wird.

Wie weit die Monopolisirung der Schule durch die Gemeindebehörden schon gediehen ist, zeigt am besten das Beispiel der Stadt Berlin, woselbst die städtische Schuldeputation das alleinige Einschulungsrecht ausübt. Jeder Vater der irgendwelchen Anspruch auf theilweisen oder gänzlichen Nachlaß des

Schulgeldes macht, ist nicht mehr genügend frei in der Wahl der Schule welcher er sein Kind anvertrauen will. Kein Lehrer kann dasselbe annehmen ohne einen Zuweisungsschein von gedachter Schuldeputation und die letztere weist durch diesen Schein das Kind derjenigen Schule zu, welche sie selbst ausgewählt. Hinsichtlich der religiösen Verhältnisse wird der Vater einem ordentlichen Verhör unterworfen und oft sogar die Beibringung seines eigenen Taufscheins verlangt, wenn er nämlich sich als Katholik bekennt und sein Kind demgemäß eingeschult wissen will. Ist er aber ein mit einer Katholikin verheiratheter Protestant und will sein Kind in der Religion der Mutter erziehen, so wird der mit Rubriken versehene gedruckte und ausgefüllte Verhörbogen dem Prediger zugeschickt, damit derselbe ihm seine Pflicht vorhalte, wenn er nicht etwa schon dem Drängen der betreffenden Beamten nachgegeben. Bei katholischen Vätern, die einwilligen ihre Kinder in städtische (d. h. protestantische) Schulen zu schicken, wird gedachter Verhörbogen natürlich nicht an den katholischen Pfarrer geschickt, der ja seine Mission nicht von der Stadt erhält, wie dieß bei dem protestantisch-städtischen Prediger der Fall ist. Begreiflich erscheint es demnach, wenn bei 550,000 protestantischen Bewohnern in Berlin die protestantisch-städtischen Schulen 53 bis 54,000 „evangelische" Schulkinder zählen, während sich im Allem bei 33 bis 35,000 Katholiken kaum 2200 Kinder in den katholischen Schulen befinden, also etwa 1000 zu wenig, trotzdem daß aus leicht erklärlichen Ursachen bei den meisten Mischehen in Berlin die Väter katholisch sind. Da aber alle nicht das volle Schulgeld zahlenden Kinder sofort als eine Art städtisches Eigenthum behandelt werden, so ist es auch ganz natürlich, daß die Kinder aus gemischten und selbst aus katholischen Ehen sofort als „evangelisch" betrachtet und behandelt werden, wenn sie eine städtisch-protestantische Schule besuchen.

Wenn hier die Bezeichnungen städtisch und protestantisch zu Einem Wort verbunden werden, so geschieht dieß nicht allein deßhalb um die völlige Gleichheit und Einheit beider Begriffe anzudeuten, sondern auch um den moralisch-religiösen Zustand der betreffenden Schulen zu bezeichnen. Es soll damit angedeutet

werden, daß das Christenthum fast nur noch dem Namen nach in denselben bekannt und gelehrt wird, wie vorhin schon hinsichtlich Berlins bemerkt worden ist.

In mehreren anderen Landestheilen Preußens, namentlich in Westpreußen und Posen, herrscht die sogenannte gemischte Schule als gefügiges und bequemes Werkzeug der protestantischen und unchristlichen Propaganda. Es gibt dort simultane Schulen, die stets mit protestantischen Lehrern besetzt sind und dabei bis zu neun Zehnteln von katholischen Kindern besucht werden müssen, während die eigenen Kinder der protestantischen Lehrer den bedeutendsten Theil der protestantischen Kinderzahl bilden. Der wegen des Mangels an katholischen Lehrerseminarien leicht erklärliche Mangel an katholischen Lehrern wird dabei als Entschuldigungsgrund vortrefflich verwerthet. In Westpreußen sind 14 bis 15,000 katholische Kinder in solchen gemischten und außerdem 14,000 in rein protestantischen Schulen. Von diesen letztern kommen 8000, davon 6565 auf dem platten Lande, auf den Regierungsbezirk Marienwerder und 6000, davon 5186 auf dem Lande, auf den Bezirk Danzig. Rechnet man auf die 600,000 Katholiken dieser Provinz 85 bis 90,000 Schulkinder, so ergibt sich hienach daß ein gutes Drittel derselben in nichtkatholische Schulen hineingezwungen wird.

In den letzten Jahren sind nun zwar viele dieser gemischten Schulen bei etwaiger Erweiterung in Confessionsschulen getheilt worden. Doch gibt es noch eine ganze Anzahl größerer Orte und Städte woselbst das System der gemischten protestantisirenden Schule aufrecht erhalten bleibt, so u. A. in der überwiegend protestantischen Regierungshauptstadt Bromberg. Was aus den katholischen Kindern wird, welche diese Anstalten besuchen, kann man sich leicht vorstellen. Gerade der gemischte Charakter, bei welchem beide Bekenntnisse in den Hintergrund treten müssen, bietet den Stadtbehörden die willkommene Handhabe zur Beschränkung und schließlichen Unterdrückung des religiösen Einflusses und Unterrichts in der Schule. Neben den in der gemischten Schule sich stets reibenden religiösen Elementen drängt sich der Einfluß der Stadtbehörde vor, um beide zu schwächen und aufzulösen. Die simultane Schule ist weiter

nichts als die Vorstufe zu der confessionslosen Erziehung und Schule.

Da oben nachgewiesen, daß in Schlesien allein jährlich über 500 Kinder (Confirmanden) durch die Schule der katholischen Kirche entrissen werden, so wird man nach all diesen Auseinandersetzungen wohl zugeben müssen, daß in den östlichen Provinzen Preußens jährlich mindestens 2000 katholische Kinder mittelst des preußischen Schulsystems aus der katholischen Kirche zum Protestantismus übergeführt werden. Von den Uebertritten der Erwachsenen, die sich in den östlichen Provinzen zusammen auf etwa 1000 jährlich belaufen mögen, sind die meisten ebenfalls den in der Schule während der Jugendzeit empfangenen Eindrücken zuzuschreiben. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß durch das jetzige preußische Schulsystem seit dessen etwa fünfzigjährigem Bestehen mindestens 200 bis 300,000 Seelen der katholischen Kirche entfremdet worden sind. Nach ganz genauen, auf zuverlässigen Angaben beruhenden Schätzungen müßte die Stadt Berlin allein statt 33,000 mindestens 100,000 Katholiken zählen, wenn nur alle katholisch getauften Kinder auch katholisch hätten erzogen werden können und nicht in die protestantischen Schulen hineingezwungen worden wären. Es steht jedem Bewunderer des preußischen Schulwesens und allen Parteigängern des Schulzwangs vollkommen frei, was sie zu diesen Thatsachen sagen wollen.

Die Beantwortung einer andern naheliegenden Frage, die sich in unserm gemischten Deutschland überall aufwirft, muß den Geistlichen überlassen bleiben. Nach den bestehenden paritätischen Schulzwangsgesetzen müssen vereinzelte protestantische Kinder in Orten wo keine Schule ihres Bekenntnisses besteht, die katholische Ortsschule besuchen ohne dabei zur Anwohnung des Religionsunterrichts verpflichtet zu seyn. Der katholische Pfarrer als amtlicher Inspektor der Ortsschule, ist sogar verpflichtet dieselben fortzuschicken, wenn er den Religionsunterricht ertheilt. Man wird dagegen einwenden wollen, daß umgekehrt der protestantische Prediger ebenso handeln müsse, und daß hiedurch allein die Parität gewahrt werden könne. Es soll nun hier auch gar nicht erörtert werden, welcher von beiden Theilen am

gewissenhaftesten bei Erfüllung dieser Anforderungen verfährt, sondern es soll nur auf die mit der allgemeinen, die Welt umfassenden Mission der Kirche im grellsten Widerspruch stehende Stellung aufmerksam gemacht werden, die hier der katholische Pfarrer einnimmt. Die kirchliche Pflicht gebietet ihm die Verbreitung der heilsamen Lehren der Kirche, die amtliche oder polizeiliche Stellung aber, die er und seine Schule einnehmen, verbieten ihm es zu thun. Die katholische Schule ist für das protestantische Schulkind nur eine Anstalt zur Aneignung von Fertigkeiten, keine Erziehungsanstalt mehr, weil ja der Kern aller Erziehung, die Religion fehlt. Wie diese falsche Stellung auf das Ansehen der Schule und des Pfarrers einwirkt und letztern als den bloßen Bevollmächtigten der weltlichen Obrigkeit erscheinen läßt, dürfte für jedermann klar seyn der die Meinung des Volkes darüber befragt. Religiöse Gleichgiltigkeit, die sich durch die Redensarten: „wir haben alle einen Gott“, „es ist gleichviel ob Katholik oder Protestant“, „beides sind nur Formen“ ausdrückt, ist das Mindeste was hiedurch gefördert wird.

Es ist eine nicht wegzuläugnende Thatsache, daß in Deutschland fast alle Diözesen am Priestermangel leiden, und es außerdem auch verhältnißmäßig nur wenige deutsche Ordensleute beiderlei Geschlechts gibt. Hingegen haben Frankreich, Belgien, Italien, die Länder der Lehr- und Lernfreiheit, fast durchgehends gewissermaßen Ueberfluß an Priestern und stellen überdieß die meisten Missionäre und Ordensleute. Von diesen Ländern geht die größte Zahl der neuern kirchlichen Unternehmungen, Anstalten und Vereine aus, sie liefern die bedeutendsten Summen bei allen kirchlichen Sammlungen, sie geben die meisten Beispiele von wirklicher Aufopferung für die Sache der Kirche. Und dabei hat der französische und belgische Klerus durchschnittlich viel geringere Einkünfte und materielle Hülfsmittel als der deutsche, dabei sind in Folge der politischen Umwälzungen und ihrer Nachwirkungen die Massen der Kirche vielfach mehr entfremdet und aus den Gewohnheiten des kirchlichen Lebens herausgerissen, und können jetzt fast nur mit übermenschlichen Anstrengungen dem Glauben wieder zugeführt werden.

Gerade in der freien Schule liegt die Bedingung der that-

kräftigen, selbstständigen Entfaltung des religiösen und socialen Lebens. Derjenige der schon in seiner Kindheit neben seinen Eltern und über denselben an das Wirken der bevormundenden Staatsvorsehung gewöhnt wurde, kann nur sehr schwer in seinem Leben zu einer unabhängigen Anschauung und Thätigkeit gelangen. Der Schulzwang ist die wirksamste Waffe der Staatsallmacht. Der im Schulzwang erzogene Mensch ist für sein ganzes Leben daran gewöhnt alles durch den Staat geschehen zu sehen, stets alles von demselben zu erwarten und zu verlangen. Er ist von Kindheit an dem Kanzleiweg zugeneigt, der bekanntlich nicht zum Himmel und ebensowenig zur opferwilligen Thätigkeit führt. Er wird deßhalb auch kein besonderes Verlangen empfinden sich für irgend eine große erhabene Sache zu begeistern und dafür einzustehen. Der Schulzwang und das Schulmonopol sind die Ursachen der Charakterlosigkeit unserer Zeit und eine der Quellen aus denen ohne Unterlaß die gefährlichsten politischen und socialen Systeme und Utopien hervorgehen.

Auch in anderer Weise ist das jetzige Schulwesen Deutschlands vom wirthschaftlichen Standpunkte aus mit den größten Mängeln behaftet. Nachdem nun das fortwährende und vielfach auch berechtigte Klagen über Schullehrer- und Professoren-Elend lange genug gedauert, fängt man jetzt fast überall an sehr ernstlich an der Verbesserung der Lage der lehrenden Classe zu arbeiten. Je weiter man aber dabei geht, um so mehr wird man gewahr, daß immer noch zu viel zu thun übrig bleibt, und daß da die Bedürfnisse unersättlich sind. Die Stadt Berlin, um ein Beispiel von da zu geben wo das System am weitesten gediehen ist, gab 1864 im Ganzen 625,000 Thlr. für Schulzwecke aus, wovon fast die Hälfte auf fortlaufende und ordentliche Ausgaben kommt. Für die nächstfolgenden fünf und zwanzig Jahre ist keine Verminderung der außerordentlichen, dagegen aber eine fortwährende und starke Vermehrung der ordentlichen Ausgaben in Aussicht genommen, da ungefähr noch doppelt so viel städtische Schulen gegründet werden sollen, um dem jetzigen Bedürfniß abzuhelfen. Von dem Bedürfniß der Zukunft ist dabei noch gar nicht die Rede. Die Schulkosten betragen schon über einen Thaler auf den Kopf der Bevölker-

ung, ohne dasjenige was vom Staat und direkt von den Familien geleistet wird, d. i. mindestens eine gleiche Summe, zu rechnen. Das Schulgeld, welches bis jetzt für den niedrigsten Satz 6 Thaler jährlich betrug, wird nächstens auf 8 Thaler erhöht werden. Alle Familien deren Einkommen unter 300 Thaler jährlich beträgt, sollen gänzlich von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden. Nach zuverlässigen Schätzungen dürften dadurch gegen zwei Drittel aller Berliner Familien von der Entrichtung des Schulgeldes befreit werden, was nebenbei gesagt jedenfalls einen sehr zweifelhaften Beweis von der durch das jetzige Schulsystem bewirkten wirthschaftlichen Verbesserung der Volkslage abgibt.

Schon vor zwei Jahren wurden in Berlin die Gehälter der Gemeindeschullehrer in der Weise festgestellt, daß dieselben mit 400 Thlr. jährlichem Gehalt beginnen, von 5 zu 5 Jahren jedesmal 50 Thlr. Zulage erhalten und so bis 1000 Thlr. steigen können. Freilich wird letzterer Satz nur von wenigen erreicht, wogegen die große Mehrzahl es immerhin auf 7 bis 800 Thlr. bringt. Die Gemeindeschulen sind aber thatsächlich Armenschulen, indem nicht ein Zehntel der darin aufgenommenen Kinder Schulgeld bezahlt. Ueberhaupt gibt es in Berlin unter 53 bis 54,000 schulpflichtigen Kindern jetzt schon 38,000 welche kein Schulgeld bezahlen können. Kommt die obgenannte Aenderung in Ausführung, daß Eltern mit weniger als 300 Thlr. Einkommen kein Schulgeld mehr bezahlen, dann wird diese Zahl sich mindestens um 6 bis 7000 vermehren. Diesen armen, oft sehr hungrigen Schulkindern gegenüber bildet der Herr Lehrer mit 400 bis 1000 Thalern Gehalt und sicherer guter Pension fast ein Seitenstück zu jenen Wohlthätigkeitsanstalten, bei denen die Hälfte und mehr der Einkünfte in Verwaltungskosten aufgehen, da ja die Herren Beamten ein „anständiges" Leben führen müssen.

Derlei Nachlässe des Schulgeldes sind indeß nur scheinbar. Die Ausgaben für das Schulwesen müssen einmal aufgebracht, und deßhalb mehr sonstige Steuern erhoben werden welche, wie Schlacht-, Mahl- und Miethsteuer, alle Einwohner treffen. Angesichts der allgemeinen und gleichzeitigen Klagen über Steuer-Druck, Lehrer- und Beamtenelend, wäre es doch an der Zeit sich zu

tragen, ob nicht in vielen Fällen keiner Schule dadurch gründ-
lich abgeholfen würde, daß man das Schulen anderen oder be-
[illegible], welches so viele Lehrer und Beamten erfordert. Sicher
würde dadurch die Gesellschaft keinen so großen Schaden erleiden
als mancher Beamter, der nicht über seine vier Wände hin-
aussieht, sich vorstellt. In den großen Städten lebt jetzt schon
ein Sechstel bis ein Fünftel der Einwohner mittelbar oder un-
mittelbar auf Kosten des Staats- und Gemeindesäckels. In allen
deutschen Staaten ist der Vierzigste, oft gar schon der Fünfzehnte
Familienvater ein Beamter oder pensionirter Beamter, weil ja
auch unsere Volkslehrer sind. Jede politische Veränderung bringt
stets eine Vermehrung des Beamtenthums und Erhöhung der
Beamtengehälter mit sich, ohne daß dadurch je alle Beamten
befriedigt werden können. Wohin soll das schließlich hinaus!
Woher sollen die Steuerermäßigungen kommen! Ist es da nicht
sehr an der Zeit, einmal auch zu überlegen, ob man denn nicht
auf einem andern Wege als dem des Staates, ein öffentliches
Bedürfniß, hier also des Schulwesens, zu befriedigen im Stande
wäre. So lange der Staat das Unterrichtsmonopol behauptet
und gleichzeitig alle Kinder zwingt, während einer gewissen
Reihe von Jahren in die Schule zu gehen; so lange derselbe
für alles sorgen, alles in seine Hand nehmen und behalten will,
ist auch jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß der steigende Steuer-
Druck je einmal aufhöre. Staatsarbeit ist stets theuer und fast
noch öfter schlecht, so gering auch der einzelne Beamte besoldet
seyn mag.

Dem eingefleischten deutschen Vorurtheil wird freilich ein
gelindes Grausen aufsteigen bei der Vorstellung, daß auf einmal
die hochlöbliche königliche, herzogliche u. s. w. Sicherheitspolizei
aufhören sollte die Kinder des Volkes zur beliebigen Bearbeitung
in die Schulstube zu liefern. Diese Furcht aber, verbunden mit
jener Selbstgefälligkeit mit welcher dieselben Leute die weite
Verbreitung des zwangsmäßig erlernten Lesen- und Schreiben-
könnens als einen untrüglichen Maßstab der hohen deutschen
Bildung rühmen, ist gerade die schärfste Verurtheilung des
Schulzwangs. Seit fünfzig Jahren trägt das deutsche Volk
das Joch des Schulzwangs; die Eltern und größtentheils auch
[...]tern der jetzigen Schuljugend sind schon zwangsmäßig

beschult worden; die Wohlthat und die segensreichen Wirkungen des Schulzwanges dürften denselben also von lange her bekannt seyn; und ebenso dürften sie sich auch ganz vernünftige, auf die Erfahrungen des Lebens gegründete Ansichten über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des jetzigen Schulunterrichts gebildet haben. Schicken sie nun dennoch ihre Kinder nicht ohne Zwang zur Schule, so können nur zweierlei Gründe dafür angenommen werden. Entweder die Eltern sehen die Nothwendigkeit des angebotenen Unterrichts nicht ein, sie haben kein Zutrauen zu der Schule, oder ihre sittliche oder wirthschaftliche Lage verhindert sie daran ihre Kinder etwas lernen zu lassen.

Sehen unter den gegenwärtigen Umständen die Eltern die Nothwendigkeit des Schulunterrichts nicht ein, so ist dieß jedenfalls ein Beweis, daß sie selbst wenig oder gar keinen Nutzen aus den in der Zwangsschule erworbenen Kenntnissen gezogen haben. Dieß allein genügte aber schon um eine Aenderung des jetzigen Schulsystems zu rechtfertigen. Hat ihr Mißtrauen zur Schule darin seinen Grund, daß in derselben viel Ueberflüssiges und Unpraktisches gelehrt, viel Zeit verschleudert, der Schulbesuch deßhalb unnöthig durch mehrere Jahre hindurch verlängert wird, dann fällt wiederum alle Schuld auf die jetzige Schule, wenn man nicht etwa den Eltern alle Fähigkeit zur Beurtheilung der Schule und Erziehung ihrer Kinder absprechen will.

Ist es aber materielle Verkommenheit, wirthschaftliches Elend welche eine Familie hindern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, dann hilft aller Zwang nichts, da muß dann erst leibliches Brod geschaffen werden, ehe man das geistige aufbringt. Eine große Verbreitung der wirthschaftlichen Verkommenheit, der Armuth ist keinesfalls ein günstiges Zeugniß für das bisherige vielgerühmte Schulwesen Deutschlands. Hört man die Schul-Eiferer oder die liberalen Stimmführer, welche in dem Schulzwang das bequeme Mittel ihrer Herrschaft und der Verbreitung ihrer Ansichten erblicken, dann müßte freilich der Schulzwang schon die größesten Wunder gewirkt und Deutschland zum glücklichsten, wohlhabendsten Lande gemacht haben. Prüft man aber die Sache näher und mit ehrlicher Unparteilichkeit, so wird man fast das Gegentheil finden. Es ist doch kaum zu bestreiten, daß seit fünfzig Jahren, also seit Einführung des Schulzwangs,

Deutschland auf dem wirthschaftlichen, gewerblichen Gebiete keine größeren Fortschritte gemacht hat als Belgien, England und Frankreich, wo bekanntlich Schulfreiheit herrscht. Deutschland steht auf diesem Gebiete heute noch ebenso weit hinter jenen Ländern zurück als vor fünfzig Jahren. Gerade die beiden Länder England und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, welche die größte Freiheit im Schulwesen besitzen die man außerhalb des Kirchenstaates kennt, haben in diesem Jahrhundert die größten wirthschaftlichen und industriellen Fortschritte gemacht. Will man auch die ungeheure Auswanderung aus Deutschland noch so gern einzig den politischen Verhältnissen zuschreiben, so bleibt es doch feststehend, daß auch der durch die polizeiliche Zwangserziehungs-Methode erzeugte Mangel an persönlicher Selbstständigkeit und schaffendem Unternehmungsgeist die Auswanderung sehr befördert, indem der Trieb zur Verbesserung der heimischen Zustände fehlt. Man ist ja in der Heimath gewohnt, alles von der staatspolizeilichen Vorsehung zu erwarten und kann sich von dieser süßen Gewohnheit nur durch Verlassen des Vaterlandes trennen.

Oben ist schon gesagt worden, daß in Berlin das Schulgeld auf 8 Thlr. jährlich festgesetzt ist. Rechnet man dazu die Zuschüsse aus dem Stadtsäckel, die Zinsen der zu den Schulgebäuden verwandten Gelder u. s. w., dann wird man finden, daß der Schulunterricht eines Kindes jährlich mindestens zwölf Thaler, oder täglich einen Groschen, kostet. Nun ist es aber Thatsache, daß in Berlin mehrere Tausend Kinder zur Schule gepreßt werden, welchen ihre Eltern kein Mittagessen geben können. Die Kinder erbetteln sich das Brod, denn hungern wollen die armen Würmer doch nicht. Wäre es aber nicht vernünftiger, dieß entsittlichende Betteln dadurch zu verhindern, daß man den armen Kindern täglich den Groschen zum Mittagessen gibt den die Schule kostet, als daß man dieselben zwangsmäßig bei hungrigen Magen beschult? Was nützen wohl die paar nothdürftigen Brocken Unterricht, wenn die Kinder am Körper verkrüppeln oder betteln müssen? Es wird folgerichtig dahin kommen müssen, daß man den zur Schule gezwungenen Kindern auch Essen und Kleider auf öffentliche Kosten gewährt, um wenigstens dieselben beim Leben zu erhalten. Daß aber darin ein fo[illegible]erer Schritt zum politischen Socialismus liegt,

wird dann den Schuleiferern erst zu spät klar werden. Ein Gemeindeschullehrer mit 400 bis 1000 Thlr. Gehalt wird den Anblick der sich täglich mehrenden hungrigen Kindergestalten auf die Länge nicht ertragen können und dann wird auch die Speisung derselben in der Schule eintreten müssen.

Wie nachtheilig überhaupt die jetzige Erziehungsweise, namentlich das viele Sitzen in der Jugend wirkt, ist schon vielfach erörtert worden. Brustkrankheiten, Kurzsichtigkeit und Aehnliches wird auf den Schulbänken erzeugt. Daß die Sterblichkeit der Kinder unter 15 Jahren in Schulzwangsländern viel stärker ist als in Ländern mit Schulfreiheit, ist allgemein bekannt. Einen weitern sichern Maßstab der Verderblichkeit des jetzigen Schulwesens bietet die zunehmende Abnahme der Militärtüchtigkeit. Im Jahre 1817 konnte Preußen bei 11 Millionen Einwohnern ohne Schwierigkeit 40,000 Mann jährlich ausheben. Gegenwärtig ist es schwer bei 19¼ Millionen Seelen 63,000 herauszubringen, obgleich das Militärmaß um ein ganz Bedeutendes (etwa zwei Zoll wenn ich nicht irre) herabgesetzt, die Auswahl also auf eine viel größere Zahl ausgedehnt worden ist. Wo will das hinaus, wenn es auf diese Weise fortgeht? Wer soll dann schließlich noch das Vaterland vertheidigen und andere Arbeit des kräftigen Mannes thun?

Wie wenig überhaupt das jetzige Schulwesen die wirthschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, wie unpraktisch dasselbe ist, und wie wenig Fähigkeit der Staat hat den Anforderungen des wirklichen Unterrichtsbedürfnisses zu entsprechen, geht aus einer im J. 1865 von dem preußischen Cultusminister erlassenen Verordnung hervor, worin derselbe den Unterricht in weiblichen Handarbeiten für nothwendig erklärt, und dessen Einführung anordnet. Seit fünfzig Jahren wird die preußische weibliche Jugend zwangsmäßig beschult, und jetzt erst kommt die staatliche Schulvorsehung zu der Einsicht, daß dem Unterricht in weiblichen Handarbeiten auch einige Wichtigkeit und Berücksichtigung zuzuwenden sei. In den Ländern der Schulfreiheit hat man dieß schon vor Jahrhunderten gewußt und demgemäß gehandelt. Sehr leicht kann man an der deutschen Westgrenze beobachten, wie die preußischen, bis zum 13. oder 14. Jahre zwangsmäßig unterrichteten Mädchen trotz ihrer oft sehr tüchtigen Schulkenntnisse

dennoch nichts anderes als Stick- und etwas grobe Handarbeit verstehen, während zu den feineren schwereren weiblichen Arbeiten Mädchen gewöhnlich aus den benachbarten französischen und belgischen Orten verschrieben werden müssen. Ja man kann sehr leicht wahrnehmen, daß in letztern Orten das Frauengeschlecht durchgehends viel sauberer und passender gekleidet geht als in den benachbarten preußischen Dörfern. Die einzige Ursache davon ist, daß die französischen und belgischen Frauen zum großen Theil in freien Schulen von Nonnen erzogen werden.

Voriges Jahr hat man in Deutschland auch einen sogenannten Frauentag erlebt, ein Schauspiel das nur bei uns möglich war*) und überhaupt unsere zerfahrenen Zustände in Schule und Erziehung sehr treffend bezeichnet. Was hat diese Versammlung veranlaßt? Welches war das leitende Princip derselben, der Geist der darin herrschte, und welches war schließlich ihr Zweck? Nichts anderes als der Drang nach der sogenannten Emancipation der Frauen. Die Spaltung der Familie ist der Grund der ganzen Erscheinung. Die Frau soll selbstständig werden, d. h. sie soll sich ihres Berufes als Gehilfin, Gattin des Mannes begeben um auf eigene Faust erwerben, leben, einen Hausstand gründen zu können. Die neuere Erziehung und die sogenannte wissenschaftliche und höhere Bildung haben den Frauen verschiedener Gesellschaftsschichten Bedürfnisse geschaffen, die ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht mehr entsprechen; sie haben ihnen Geschmack an Dingen beigebracht die außer ihrem bisherigen Frauenberufe liegen; die einfachen Pflichten einer Gattin können ihnen deßhalb nicht mehr zusagen. Sie wollen nicht mehr die treuen Pflegerinen ihrer Gatten und die sorgsamen Mütter ihrer Kinder seyn, sondern sie drängen sich nach selbstständiger Lebensstellung um dann ihrer Lust leben und, zufolge des Princips der Arbeits- und Berufstheilung, derartige Pflichten auf andere übertragen zu können. Die Frau galt bisher als die Verkörperung des Familienlebens, ihr gehörte die Herrschaft

*) Uebrigens müssen wir doch bemerken, daß solche Erscheinungen auch in Nordamerika und England schon hervorgetreten sind, freilich dort mit entschieden sektischem Charakter und nicht gerade unter dem achtbarsten Theile der Gesellschaft. Anm. d. Red.

über das Innere des Hauses, während der Mann außer dem Erwerb hauptsächlich die Familiengemeinschaft nach außen zu vertreten und zu schützen hatte. Die in den „höhern Töchterschulen" gebildete moderne Frau will aus diesem Kreis heraustreten, der der züchtigen Frauensitte entspricht, um in der Welt eine selbstständige entscheidende Rolle zu spielen. Die Frau der christlichen Bildung geht in's Kloster, pflegt dort Kranke und Kinder, und schafft sich dort einen neuen, ihrer Herzensbildung entsprechenden Wirkungskreis, eine neue Familie, wenn die Welt ihr beide versagt. Die Frau der modern-wissenschaftlichen Bildung findet ihre Stellung in der Welt schon von vorn herein zu enge gezogen, um ihren weitausschweifenden, aller Zucht entbundenen Geist zu befriedigen. Anstatt daher mühsam Kranke zu pflegen und Waisenkinder zu erziehen, will sie ihrer „wissenschaftlichen Bildung" entsprechend Arzt oder Professor werden. In diesen beiden Gegensätzen liegt die ganze sogenannte „Frauenfrage." Glücklicherweise hat der Frauentag nur etwa 150 Theilnehmerinen gefunden und dürfte hoffentlich so bald nicht wiederholt werden. Aber bezeichnend für die Zustände bleibt er immer.

Die jetzige „höhere" Bildung der Frauen ist nicht nur kostspielig und verderblich, sondern auch unpraktisch und vielfach völlig unnütz. Ungefähr zu derselben Zeit als der Frauentag in Leipzig abgehalten wurde, tauchte in Berlin der Plan zur Gründung eines „Asyls für Wittwen und Mädchen höherer Stände" auf, an dessen Verwirklichung seitdem auch durch Geldsammlungen u. s. w. gearbeitet wird. Man gab an, daß Frauen höherer Stände, als von Beamten und Offizieren, nach dem Tode ihrer Ernährer kein ihrem Stande und Bildungsgrade entsprechendes Leben führen könnten, oft sogar auch die bitterste Noth leiden müßten und überhaupt keinen Erwerb hätten. Gegen diese Thatsachen ist nun freilich gar nichts einzuwenden; es fragt sich nur ob die Gesellschaft, sei es auch bloß auf dem Wege der öffentlichen Mildthätigkeit, die Kosten aufzubringen hat welche zu bestreiten sind, um jenen Damen, welche eingestandenermaßen in unserer rechnenden Zeit als unnütze Geschöpfe bezeichnet werden müssen, ein Leben zu bereiten, wie es ihren durch die sogenannte „höhere" Bildung erzeugten Ansprüchen entspricht.

Dazu kömmt noch, daß schon die Kosten jener höhern Bildung von der Gesellschaft getragen worden sind. Berlin besitzt nämlich drei theils auf Staats-, theils auf städtische Kosten gegründete und unterhaltene höhere Töchterschulen und gerade zur Zeit des Auftauchens des Asylplanes wurde eine weitere (die Louisenstädtische) höhere Töchterschule gegründet, deren Gebäude etwa 120,000 Thlr. kostet, und deren Unterhaltung einen jährlichen Zuschuß von 4000 Thalern erfordert. Da sich der Berliner Stadtsäckel fast nur aus den Steuerzahlungen der in ihrer großen Mehrheit der unbemittelten Classe angehörenden Einwohnerschaft füllt, so werden demnach thatsächlich die Steuern des armen Mannes dazu verwendet, den Töchtern „höhern“ Stände eine Ausbildung zu geben welche einzig dazu beiträgt, daß dieselben später der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last fallen. Kann es einen größern Widerspruch, eine thatsächlichere Ungerechtigkeit, eine schlagendere Verurtheilung des jetzigen Schulwesens geben?

An widerchristlichem Unsinn hat man in Belgien und Frankreich schon das Möglichste geleistet, aber ein Frauentag und ein Asyl für Frauen höherer Stände wären dort doch so ziemlich unmöglich. Freilich gibt es daselbst auch keine auf öffentliche Unkosten unterhaltene Töchterschulen, sondern nur Privaterziehungsanstalten in welchen die Mädchen meistens diejenige Bildung erhalten, welche den Verhältnissen, dem Willen und den Anforderungen der Eltern entspricht. Daher kommt es auch, daß die dortigen gebildeten Frauen fast stets in ihren jedesmaligen Verhältnissen sich zurecht zu finden wissen. Sie überheben sich selten über die Stellung welche dem Einkommen entspricht — es ist hier der Mittelstand und nicht die hohe Welt und Halbwelt gemeint — sondern suchen sich dieselbe möglichst zu sichern. Sie erfüllen ihre Pflichten als Gattinen und Mütter und suchen überall zu sparen. Selbst die Frau des niedrigbesoldeten Beamten sucht noch, im Vereine mit ihrem Gatten, etwas an dem Gehalt ihres Mannes zu erübrigen, auch wenn eine Pension zugesichert ist. Keine Beamten- oder sonstige gebildete Frau schämt sich durch ihre Handarbeit etwas zu verdienen, wenn ihr Hauswesen es erlaubt. Trifft es sich, daß trotzdem eine gebildete Frau ihre bisherige Stellung verliert, so ist sie stets kurz entschlossen und ergreift eine Beschäftigung die ihren [illegible]

entspricht und ihren Unterhalt sichert. Sie wird Erzieherin, Lehrerin, Gesellschafterin oder Wirthschafterin; sie verkauft in einem Laden oder führt die Bücher oder die Kasse; sie unternimmt einen kleinen Handel oder eine Werkstätte für Frauenarbeiten und schreckt nicht zurück nöthigenfalls auch Kammerfrau zu werden. Kurz sie sucht und weiß ihr Brod zu verdienen und setzt, um es thun zu können, alle Standesvorurtheile und Standesrücksichten hintan. Man hat hochadelige, feingebildete Damen gesehen, welche ein Kaffehaus, einen Gasthof oder ein Ladengeschäft betrieben und oft dabei wiederum das Vermögen erworben haben, welches sie früher verloren hatten. In dem Gewerbstand Frankreichs und Belgiens findet man es viel häufiger als in Deutschland, daß Wittwen das Geschäft ihrer Männer mit gutem Erfolg fortsetzen. Sie sind um so fähiger dazu als die verheiratheten Frauen von Handwerkern und Gewerbtreibenden sich stets um das Geschäft bekümmern, die Bücher und die Kasse führen und in Abwesenheit des Mannes dessen Stelle Kunden und Arbeitern gegenüber vertreten. In Deutschland dagegen ist zufolge der höheren Töchterschulbildung die Zeit der Frauen von den sogenannten Pflichten gegen die Gesellschaft, von Kränzchen, Besuchen, Conzerten, Theater u. s. w. in Anspruch genommen.

Die Eigenliebe der deutschen Schulmeisterei wurde kürzlich auf eine ganz besondere Art geschmeichelt. Es gibt bekanntlich in Deutschland sogenannte Real-, Bürger- und Gewerbschulen, deren Bestimmung seyn soll für das praktische Leben, für den Gewerb- und Erwerbstand vorzubereiten. Die Schulen haben ziemlichen Erfolg, nämlich sie kosten den Steuerzahlern viel Geld und haben viele Schüler, aber daß dieselben dem deutschen Gewerbsfleiß besonders genützt hätten, davon ist nicht das Mindeste zu verspüren. In der That bringen alle diese Schulen auch hauptsächlich nur Subaltern-, Eisenbahn- und ähnliche Beamte und Angestellte, Buchhalter und sonstige Theoretiker, hin und wieder auch einige Gewerbtreibende hervor. Von denen, welche den ganzen Cursus einer solchen Anstalt durchmachen, widmet sich nicht der zehnte Theil dem Geschäfts- und Gewerbsleben, und von denjenigen, welche es thun, ist gerade nicht immer zu behaupten, daß sie sich besonders auszeichneten. Ihr ganzer

Bildungsgang ist vorwiegend theoretisch gewesen und deßhalb bleiben sie stets Theoretiker und werden selten tüchtige Geschäftsleute.

Der Namen aber dieser Schulen ist gut gewählt und die Schulprogramme versprechen viel und genug um irgend einen auswärtigen Staatskünstler zu verlocken. Dieß passirte dem bekannten Duruy, Unterrichtsminister von Frankreich, der nach dem Ruhm der Neuerungen geizend beschloß, die Sache in Frankreich einzubürgern. Aber nie hat die erborgte Weisheit eines theoretischen Schulpedanten sich schlechter bewährt als bei dieser Gelegenheit, welche einen neuen schlagenden Beweis dafür lieferte, daß die modernen Schulmänner und Schulbeamten völlig unfähig sind, das wirkliche Bedürfniß zu beurtheilen und die Anforderungen zu erkennen welche die Gesellschaft an die Schule stellen muß. Durch eine ganz theoretische Gedankenentwicklung, welche Herr Duruy in einem veröffentlichten Bericht an den Kaiser darlegt, wurde das Bedürfniß solcher Schulen für Frankreich festgestellt. Daß es in Frankreich zwar keine Anstalten dieses Namens, dagegen aber schon seit langen Jahren eine Art Schulen gebe, welche dem gedachten Zwecke viel besser entsprechen als es die betreffenden Schulen in Deutschland thun, das scheint der Minister gar nicht gewußt zu haben. Denn es sind dieß keine Staats-, sondern die freien Abendschulen für Erwachsene. Während nun die ganze Sippe der radicalen und Freimaurerpresse, welche in jeder Erweiterung des Staatsschulwesens eine Beschränkung der kirchlichen Schulen und also einen Sieg ihrer Sache begrüßt, den Duruy'schen Plan mit gebührenden Trompetenstößen anpries, unternahm es ein Mann des praktischen Lebens, der Fabrikbesitzer Hermann Lachapelle (von der Firma Hermann Lachapelle et Glover), die völlige Ueberflüssigkeit der kostspieligen ministeriellen Vorschläge in einem an den Monde (27. Oct. 1865) gerichteten Brief darzulegen. Er schreibt:

„Herr Redakteur! Sie haben einen Artikel des Propagateur de Lille wiedergegeben, welcher sehr richtig den großen und bedeutenden Antheil hervorhebt, den die Schulen der Brüder an der durch die Union centrale ausgeschriebenen Concurrenz genommen haben. Sie erlauben mir daher wohl Sie auf- aufmerksam zu machen, was mich in meiner

Maschinenbauer und Mechaniker ganz besonders überrascht hat bei dem Durchwandeln jener feenhaften Galerien, wo so viele Zeichnungen und oft ausgezeichneten Versuche eine so intelligente Direction, eine so wahre und praktische Kenntniß der Bedürfnisse unserer Zeiten darthaten. Es ist dieß die große Ausdehnung, welche das Studium des auf die mechanischen Künste angewandten Zeichnens in den christlichen Schulen einnimmt."

„Man spricht viel und sehr laut von dem gewerblichen Unterricht; es ist eines der Schlagwörter, welche gegenwärtig in Umlauf sind und welche die Gelegenheit zu den glänzendsten Redekämpfen sowohl bei öffentlichen Versammlungen als in den Zeitungen abgeben. Es scheint mir aber daß, ohne alle schlagenden Reden, ohne Lärm und Pomp, die Schulbrüder die Frage als Männer gelöst haben, welche, aus dem Volke hervorgegangen und dasselbe liebend, dessen Bedürfnisse und Fähigkeiten kennen, und daß der gewerbliche Unterricht (l'enseignement professionnel) ganz vollständig in deren Schulen organisirt ist."

„Der Schüler zum Beispiel, welcher zwei Zeichnungen von aus unsern Werkstätten hervorgegangenen Maschinen ausgestellt, hat sehr wenig mehr zu lernen, um eine Stelle bei einem Maschinenzeichner sehr gut auszufüllen. Ich kenne den Namen des Knaben nicht, noch die Schule welcher er angehört, da seine Zeichnungen ohne unser Vorwissen gemacht worden sind. Ich wäre glücklich, wenn ich hiemit demselben und seinen Lehrern meine Glückwünsche aussprechen könnte."

„Wenn auf diese Weise das Kind in das Verständniß der Mechanik eingeführt und die heilsamen sittlichen Lehren der Schule in sein Gemüth übergegangen sind, dann erfordert es nur wenige Jahre Beschäftigung in einer Werkstätte um einen tüchtigen Arbeiter daraus zu bilden, welcher dann später zu einem jener tüchtigen Werkführer wird, die uns so nothwendig sind als wie die Unteroffiziere der Armee und welche wir gegenwärtig so schwer finden."

„Sie erlauben daß ich Ihnen auch von einem Manne spreche, der so vieles für die Verbreitung und Vervollkommnung des Zeichenunterrichts gethan hat. Derselbe ist sehr bescheiden und fast unbekannt; es ist der Bruder Arcadius. Ich mußte seinen Namen bei dem Verleger seiner Zeichnungen er-

fragen, da ich nur sein Zeichen kannte. Seit mehr als zwanzig Jahren hat dieser Religiose seine Zeit dem Maschinenzeichnen gewidmet. Man muß das Fach verstehen und Erfahrung besitzen, um die Bedeutung der von ihm geleisteten Dienste zu schätzen; um seine Begabung zu beurtheilen genügt es, die große Sammlung seiner Zeichnungen zu durchblättern. Niemand versteht so gut wie er eine Maschine zu zeichnen und deren Einzelheiten auch dem Uneingeweihten begreiflich zu machen. Seine Albums sind heut zu Tage in dem Cabinet eines jeden Mechanikers. Sie sind der beste Inbegriff, sie geben das beste Bild von dem Stand unserer Kunst zu unserer Zeit."

„Die Veröffentlichung dieser Art Zeichnungen hat einen neuen Industriezweig hervorgebracht der mehrere Verleger beschäftigt. Aber der Bruder Arcadius bleibt immer der Erste unter den Künstlern welche ihm auf dieser von ihm eröffneten Bahn nachgefolgt sind. Ich habe nicht die Ehre denselben persönlich zu kennen, aber ich habe mir ihn immer als einen jener alten Mönche vorgestellt, welche eben so eifrig der Arbeit als dem Gebete obliegen und welche, indem sie in stiller Klosterzelle die wunderbaren Uhren unserer alten Dome herstellten, so viele mechanische Erfindungen gemacht, namentlich alle jetzt in der Mechanik gebräuchlichen Hilfsmittel der Uebertragung und Aenderung der Bewegung erfunden haben."

Man traut seinen Augen kaum, wenn man Angesichts dieser Thatsachen den Schulminister über den Mangel an professionellen Schulen klagen hört und denselben Deutschland als Muster und Vorbild aufstellen sieht. Von dem was im eigenen Lande auf dem Gebiete des freien Unterrichts seit 30 und mehr Jahren vorgeht, hat der Staatsschulminister keine Ahnung; von dem wirklichen Bedürfnisse weiß er nichts; er sieht nur, daß es im Auslande eine Gattung Schulen gibt welche sein Land nicht besitzt, folglich muß ihm noch was zu thun übrig bleiben. Wenn ein ganz bedeutender wissenschaftlicher Industriezweig, der der Maschinenzeichnungen, womit die französischen Verleger die ganze Welt versehen, entstehen und sich ausbreiten kann, ohne daß ein Unterrichtsminister etwas davon weiß, dann kann man sich vorstellen, wie es im Uebrigen aussehen muß.

Dank diesen religiösen Schulen, in welchen auch Abend-

unterricht für Erwachsene gegeben wird, wo jeder Handwerker und Künstler sich die seiner Beschäftigung entsprechenden wissenschaftlichen Fachkenntnisse und Fertigkeiten aneignen kann, besitzt der Handwerkerstand in Frankreich eine sehr tüchtige Fachbildung und hat der französische Gewerbfleiß die hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht, die er einnimmt. Diese Thatsachen geben uns auch ein Beispiel von dem was die Kirche mit ihren religiösen Genossenschaften auf dem Gebiete des praktischen, den Bedürfnissen genau angepaßten Unterrichtes zu leisten vermag, wenn dieselbe nur einige Lehrfreiheit besitzt und die Katholiken nicht wie in Deutschland alles vom und durch den Staat erlangen wollen.

Derselbe Minister hat auch kürzlich unter dem Beifall der ganzen liberalen Presse den Befehl erlassen, daß die Nonnen künftighin die nichtzahlenden und zahlenden Zöglinge nicht mehr in besonderen Classen unterrichten sollen. Er hat aber dabei nur wiederum bewiesen, daß er nach luftigen demokratisch-socialistischen Theorien, nicht aber nach den Anforderungen und Bedürfnissen des wirklichen Lebens handelt, die er nicht kennt. Jedermann wird doch zugestehen, daß Eltern welche kein Schulgeld zu zahlen vermögen, ihre Kinder nicht lange Jahre hindurch in der Schule lassen, und dieselben zu einer andern Lebensstellung bestimmen als diejenigen welche Schulgeld zahlen können und fast immer auch ihre Kinder länger die Schule besuchen lassen. Daß für beide besondere Classen eingerichtet werden müssen, wenn etwas Ordentliches soll geleistet werden, das begreift wohl der letzte Taglöhner, nicht aber jeder Schulminister.

Zum Schluß muß noch auf einige allgemeinen Punkte aufmerksam gemacht werden. Der Katholicismus, die freieste, vollkommenste, göttliche Religion, beruht thatsächlich nur auf der freien Zustimmung seiner Bekenner. Die Kirche hat deßhalb grundsätzlich nie einen Zwang ausgeübt, sondern alles durch das Gewissen, durch das freie Pflichtgefühl angestrebt und erlangt. Das ganze Leben, die ganze Sittlichkeit eines Katholiken besteht in immerwährender Pflichterfüllung, bei der Zwang nicht angebracht ist. Deßhalb ist auch in rein altkatholischen Ländern, besonders in den romanischen der Schul[illegible] nur nie eingeführt worden, sondern [illegible]ch fast

unmöglich. Die Begriffe von der Freiheit der Person und der Geschlossenheit der Familie sind zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen, als daß der Schulzwang anders dort eingeführt werden könnte als durch einen Bruch mit der gesammten Volksanschauung, was mit dem völligen Ruin jener Nationen so ziemlich gleichbedeutend seyn würde.

Noch ein weiterer höchst wichtiger Punkt. In allen andern europäischen Ländern — in Frankreich, Belgien, Italien, England, Spanien, Holland, kämpfen die Katholiken für völlige Schulfreiheit und ihre Gegner berufen sich dabei immer auf das Beispiel der deutschen Katholiken, welche sich ruhig gefallen lassen, was jene mit ihrem Gewissen nicht vereinigen zu können behaupten. Machen wir dem ein Ende und hören wir auf dem Feinde Waffen, wenn auch nur scheinbare zu liefern. Wenn die Katholiken jener Länder ihrer kostbarsten Freiheit beraubt seyn werden, würde man den Fehler wohl einsehen, den man in Deutschland begangen; dann würde es aber auch zu spät seyn. Die deutsche Schulfrage steht im engsten Zusammenhang mit der katholischen Frage der ganzen Welt. Ohne Lehr- und Lernfreiheit hätte der Katholicismus sich nicht in England und Irland erhalten und ausbreiten können (in Deutschland, Dänemark und Schweden hat ja der Schulzwang vielfach seinen Untergang besiegelt), hätte überhaupt die katholische Kirche sich nicht über den Erdboden ausbreiten können. Hätten unsere Missionen in Asien, Afrika Aussicht auf Erfolg, hätten dieselben überhaupt auch nur einen Sinn, wenn in China, Indien u. s. w. die geschätzte Einrichtung des deutschen Schulzwangs bestände? Stellt euch doch nur einmal auf die ganze volle Höhe der die Welt umfassenden katholischen Kirche, um das Kleinliche des Festhaltens an dem deutschen Schulzwang einzusehen!

XXXII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

IX. Coalitionsrecht und Arbeitseinstellung, im Rahmen der europäischen Gesetzgebungen.

Wir haben schon irgendwo bemerkt, daß man bei der in der Ueberschrift genannten Frage sehr wohl unterscheiden müsse. Die Theorie und Praxis der Arbeiter-Coalitionen und der Arbeitseinstellungen oder Strike's gehört keineswegs in das Gebiet der neuen Bewegung unter der Arbeiterwelt. Sie liegt vielmehr ganz und gar auf dem Terrain, das der liberale Oekonomismus zugerichtet hat. Die eigentliche Arbeiter-Bewegung strebt eine wesentliche und dauerhafte Besserung in der Lage des Arbeiterstandes an; die Strike's aber und was dazu gehört, gründen sich immer nur auf zufällige Erscheinungen und erzielen nur vorübergehende Erleichterung. Sie sind sehr unbequem für die große Industrie, aber sie schaden dem System des liberalen Oekonomismus an sich nicht; sie treten nur wie industrielle Donnerwetter ein, wenn die Atmosphäre der Arbeiternoth allzu unerträglich schwül wird, und wie Gewitter gehen sie vorüber ohne wesentliche Veränderungen.

Sobald im Bereich der freien Concurrenz die Arbeit eine Waare geworden ist, die der Arbeiter auf den Arbeits-

markt bringt und deren Preis sich lediglich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt, ist das unbedingte Recht der Arbeitseinstellung nur die selbstverständliche Consequenz. Jeder der mit dem gebotenen Preise nicht zufrieden ist, kann den Markt verlassen ohne gekauft oder verkauft zu haben; der Markt beginnt aber mit jedem Tag von neuem, und kann der Herr der Arbeit sein Angebot willkürlich zurückziehen, so muß der Arbeitnehmer ganz dasselbe Recht haben. Als ein Recht des Einzelnen wird diese Befugniß natürlich von Niemand geläugnet; aber mit dem Recht des Einzelnen ist dem Arbeiter noch keineswegs geholfen. Denn ihm als Vereinzeltem gegenüber ist der Arbeitbieter als Capitalist immer eine Collektivperson und er hat einen mächtigen Bundesgenossen an dem Hunger; gelingt es dem Arbeiter nicht diesem Alliirten des Unternehmers eine gleich starke Allianz auf seiner Seite entgegenzustellen, so wird sein formelles Recht ein bestimmtes Angebot anzunehmen oder nicht, zur reinen Illusion; er muß seine Arbeit verkaufen um jeden Preis, wenn er nicht verhungern will. Der Einzelarbeiter kann demnach seinerseits ein Angebot gar nicht reguliren, sondern dieß kann nur die Gesammtheit seiner Mitgewerker im Verein vollbringen.

Mit andern Worten: solange nur die vereinzelte Arbeitskraft dem Unternehmer gegenübersteht, muß dieselbe verkaufen um jeden Preis, sie ist also nicht frei, sondern dem willkürlichsten Drucke preisgegeben. Das Recht der Arbeitseinstellung an sich ändert daran nichts, es muß vielmehr als nothwendiges Complement das Recht der Coalition hinzukommen. Das heißt: der Arbeiter muß das Recht haben mit seines Gleichen sich zu vereinigen, damit er durch die Anzahl das gleiche Gewicht gewinne welches der mit dem Capital ausgestattete und mit dem Hunger verbündete Arbeitgeber an und für sich besitzt. Dann erst sind die Bedingungen zwischen der Arbeitskraft und dem Capital ungefähr gleich. Ich sage ungefähr, denn außerdem kann der Arbeiter unter allen Um-

ständen nach dem Recht des Stärkern helotisirt werden. Die Coalition ist das einzige Vertheidigungsmittel und die Waffe deren der Arbeiter gegen willkürliche Unterdrückung fähig ist; sie ist der einzige Weg oder wenigstens die unerläßliche Vorbedingung, um dem gepriesenen Gesetz von Angebot und Nachfrage statt einer — so sagt Hr. Prof. V. A. Huber — wie bisher meist illusorischen, wo nicht trügerischen, eine wirkliche und ehrliche Wirksamkeit zu sichern.

Man hat eingewendet, der Arbeitgeber stehe ja gleichfalls unter dem Bann jenes Naturgesetzes von Angebot und Nachfrage, und um ganz sicher zu gehen, brauche man nur auch den Arbeitgebern den Zusammentritt zur Verabredung über Lohnsätze, Arbeitszeit rc. staatspolizeilich zu verbieten. In der That ist dieß die Anschauung des liberalen Oekonomismus, aber zugleich einer seiner Hauptirrthümer. Aus dem einfachen Grunde weil der Arbeitgeber immer schon eine Coalition von Kräften an sich bildet; er hat und besitzt, er kann daher warten, während die Andern nicht haben und nicht besitzen, daher auch nicht warten können. Der Arbeitgeber bedarf keiner Coalition, bedürfte er aber einer, so könnte er sie mit zwei oder dreien Seinesgleichen bei einer Tasse Thee vollkommen ausgiebig herstellen, ohne daß irgend ein Gesetz der Welt ihn zu fassen vermöchte. Dem Unternehmer gegenüber als der Personifikation gesammelter Kraft steht der vereinzelte Arbeiter immer als verlorener Mann da. Hr. Huber gebraucht dafür ein sehr treffendes Bild: „Wenn der Nachbar dem ich seinen Acker abkaufen will, am Ertrinken ist, und ich ihn nur unter der Bedingung rette, daß er sich mit meinem Preise begnügt, so ist dieß Alles was man will, nur kein ehrlicher Handel nach Angebot und Nachfrage“ *).

Ja noch mehr, der Arbeitgeber in dem gesellschaftlichen Zusammenhange mit seines Gleichen besitzt eine solche Stärke

*) V. A. Huber: Ueber Arbeiter-Coalitionen. S. 29.

gegenüber seinen Arbeitern, daß keine Coalition der größtmöglichen Zahl der letzteren ihn zu überwältigen vermöchte, wenn nicht andere Umstände und Rücksichten dazwischen treten. Daher kommt es, daß die meisten Coalitionen zur Arbeits-Einstellung den Arbeitern schwere Verluste einbringen, und viele derselben mit nachhaltigem Schaden ohne irgend einen Erfolg unterliegen. Nichtsdestoweniger bleibt die Coalition der unentbehrliche Regulator. Man muß nicht so fast fragen, welche Erhöhung der Löhne oder andere Verbesserungen für die Arbeiter, z. B. Abminderung der Arbeitszeit, durch die einzelnen Strike's erreicht worden seien; man muß vielmehr fragen, welches die Lage der Arbeiterwelt wäre ohne das Daseyn und die stete Drohung der Coalition und der Arbeits-Einstellung? Wie würde das englische Arbeitervolk abgelohnt worden seyn, wenn es sich nicht durch großartige Anwendung des Coalitionsrechtes Schritt für Schritt so verzweifelt gegen die äußerste Ausbeutung gewehrt hätte? Und welchen Einfluß hätten niedrigere und sinkende Arbeitslöhne in England sofort weiter auf die Lage der Arbeiter in allen Theilen der Welt ausgeübt? Das scheint uns ein sehr wichtiger Gesichtspunkt, den uns Hr. Huber in vollkommen durchsichtiger Weise erläutert wie folgt: „Es fehlt nicht an sehr gewichtigen Anzeichen und Zeugnissen, woraus hervorgeht, daß die Nachtheile welche auch bei dem günstigsten Ausgange eines Strike für die Arbeitgeber nicht ausbleiben, groß genug sind um die Furcht vor einem solchen Kampfe bis zu einem gewissen Punkt als eine Schranke gegen allzu schreienden Mißbrauch der Vortheile wirken zu lassen, welche das ganze Verhältniß dem Arbeitgeber gegen den Arbeiter gewährt . . . Erfahren wir auch sicher genug, wie da und dort eine Arbeiter-Coalition vergebens eine Lohnveränderung zu ihrem Vortheil zu erzwingen versucht hat, so kann begreiflich selten oder nie zu Tage treten, wie oft eine Verminderung des Lohns oder sonstige Erschwerung der Arbeitsbedingungen unterblieben ist, weil man den durch einen Strike auch besten Falls zu

erwartenden Schaden aller Art höher anschlug als den aus jener Veränderung zu hoffenden Vortheil" *).

Der liberale Oekonomismus kann nun zwar folgerichtig die Coalition nicht verbieten, aber er muß natürlich die absolute Erfolglosigkeit aller Zwangsmaßregeln der Arbeiterwelt behaupten. Denn nach dem liberalen System sind die jedesmaligen Lohnsätze schon so hoch wie sie überhaupt seyn können, und jeder Versuch durch die Gewalt der Verabredung darauf zu Gunsten der Arbeiter einzuwirken, kann nur für alle Betheiligten nachtheilig seyn, insbesondere für die Arbeiter selbst. Auch hierin hat die Geschichte das System Lügen gestraft. Haben auch die Arbeiter sehr selten Alles erlangt was sie forderten, so haben sie doch in vielen Fällen mehr oder minder bedeutende Erleichterungen errungen. Wir erinnern z. B. an die gesetzliche Einführung des zehn Stunden=Systems in England, auf welches sich in diesem Augenblick eine durch ganz Amerika gehende Bewegung der Arbeiter basirt, wornach die tägliche Arbeitszeit auf bloß acht Stunden reducirt werden soll. Daß auch die allmählige Erhöhung der Löhne in England ein Verdienst des Coalitionsrechts der Arbeiter ist, steht fest. In allen diesen Fällen aber haben die Arbeitgeber durch ihre Nachgiebigkeit thatsächlich anerkannt, daß sie gar wohl mehr zu geben im Stande sind, wenn sie nur wollen, ohne daß schlimmsten Falls etwas Anderes daraus erfolgt als eine Verminderung des Unternehmer=Gewinns, bei der sich indeß immer noch bestehen läßt. Liegt aber die Sache so, was müßte man dann von jeder gesetzlichen Verweigerung des Coalitionsrechts der Arbeiter halten? Es läge darin der unerträgliche Widerspruch, daß man die Arbeiter mit ihrem Lohn stets auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage verwiese, ihnen aber die Realisirung eines Angebots durch Verabredung ihrerseits unmöglich machte. Denn wie wir sahen, wird jenes Angebot niemals durch den Einzelnen regulirt,

*) A. a. O. S. 25.

sondern durch die Summe und Anschauung aller in einem Gewerbe beschäftigten Arbeiter *).

Vom allgemeinen Standpunkt der Volkswirthschaft wird nun gegen das Coalitionsrecht auch noch die Einwendung erhoben: dasselbe könne jedenfalls schon darum den gewünschten Erfolg nicht haben, weil selbst dann, wenn eine Lohnerhöhung erreicht werde, die Lage der Arbeiter dadurch nicht gebessert würde, da folgerichtig die Preise aller Produkte und Lebensbedürfnisse im gleichen Maße steigen müßten. So fiele also die Katze doch wieder auf die alten Füße. Vertheuerung, sagen die liberalen Oekonomisten, sei das letzte Wort einer Bewegung die am Ende des durchlaufenen Kreises gleich von vorne anfangen müsse, um die Löhne mit der inzwischen wieder eingetretenen Theuerung in's Gleichgewicht zu bringen. Namentlich in Frankreich will man hierin bei den großen Strike's vom vorigen Sommer sehr praktische Erfahrungen gemacht haben. Die Blätter der Bourgeoisie hofften sogar, die Arbeiter würden endlich selber begreifen, daß in dieser ökonomischen Welt Alles zusammenhänge und daß sie am Ende immer selbst die Last der Lohnerhöhung zu tragen haben würden, aus der sie zuerst Vortheil gezogen. Aber es steht doch ein gewichtiger Umstand der überzeugenden Kraft dieser Logik entgegen: die Erhöhung der Preise der Arbeitsprodukte, also der nothwendigen Lebensbedürfnisse ist nämlich dem Strike schon vorhergegangen und hat eben hauptsächlich das Bedürfniß einer Erhöhung der Arbeitslöhne erweckt, deren Betrag die Unternehmer auch nicht nothwendig auf den Preis des Produkts schlagen müssen, sondern sehr wohl von ihrem Geschäftsgewinn abziehen könnten. Gerade bei den jüngsten französischen Strike's ist diese umgekehrte Zeitfolge sehr klar vorgelegen; denn mit dem Anfange der Bewegung ist ein

*) Justizrath Wagener in der preußischen Kammer. Kreuzzeitung vom 14. Februar 1865.

officieller Bericht zusammengefallen, worin bewiesen ward, daß in Frankreich der Werth des Geldes im Laufe der letzten zehn Jahre um ein Drittel gesunken sei. Daß inzwischen auch die Arbeitslöhne um ein Drittel gestiegen seien: davon verlautete nichts*).

Aber Eine große Wahrheit liegt in dem fraglichen Einwand allerdings: das Coalitionsrecht bezeichnet einen allgemeinen socialen Kriegszustand und erklärt denselben in Permanenz. Es ist selber der sociale Krieg ohne Ende, und Friede in dem Erwerbsleben könnte nur wieder werden über dem Grabe des liberalen Oekonomismus. Als die Frage vor einem Jahre in der preußischen Kammer zur Sprache kam, da waren alle conservativen Stimmen darüber einig, daß das Coalitionsrecht im heutigen Sinne ein nothwendiges Uebel sei; aber sie glaubten hoffen zu dürfen, daß die momentanen Coalitionen, nach Analogie der Geschichte der alten Zünfte, die Vorstufe und Vorbereitung zu neuen corporativen Gestaltungen der industriellen Berufsclassen abgeben würden. Die Vertheidiger dieser Anschauung hatten dabei hauptsächlich das Beispiel der englischen Trades' Unions vor Augen, jener Arbeiter-Vereine die Hr. Huber mit den alten „Gesellenladen" vergleicht, und die unter Anderm den Zweck haben Arbeiter auszuschließen die ihr Geschäft nicht vorschriftsmäßig gelernt haben, insbesondere aber für die betheiligten Arbeiter mit den Principalen den Lohn im Großen zu verabreden. Natürlich war daher der liberale Oekonomist Faucher sofort bei der Hand, diese „Unions" als der gewerblichen Unfreiheit zugeneigte „Zunftgenossenschaften" zu bezeichnen. Aber er irrt; der Vergleich würde nur dann passen, wenn auch die Arbeitgeber in den Unionen beschlossen wären. So wie dieselben jetzt gestellt sind, liegen sie noch ganz und gar innerhalb des

---

*) Allg. Zeitung vom 21. und 22. Juni 1865; Social-Demokrat vom 26. Juli 1865.

vom liberalen Oekonomismus geschaffenen socialen Kriegsschauplatzes. Sie haben nur die Bedeutung eines augenblicklichen Waffenstillstands und behalten, wie Hr. Huber richtig bemerkt, die Arbeitseinstellung als wirklichen Krieg stets in Reserve.

Auch dann noch wäre dieser sociale Kriegszustand keineswegs überwunden, wenn, wie Hr. Huber und ebenso die Handelskammern von Elberfeld und Barmen vorgeschlagen haben, aus gewählten Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Schiedsgerichte zur Entscheidung der beiderseitigen Differenzen gebildet würden. Auch das wäre nur die Friedensverhandlung vor der jedesmaligen Schlacht. Daß aber zum Schlagen nicht immer bloß die Arbeiter geneigt sind, hat sich gleichfalls in England bewiesen, wo die Arbeitgeber unter dem Namen lock-out (ausschließen) ebenso gut wie die Arbeitnehmer ihre Arbeitseinstellungen haben, und wo auch sie ihre Coalitionen machen, um mißliebige Arbeiter-Vereinigungen „zu Tode zu concurriren." Das englische Lockout ist auch schon auf deutschen Boden verpflanzt worden, indem die berühmte liberale Firma Brockhaus zu Leipzig am Ende des großen Buchdrucker-Strike's vom vorigen Jahre 21 Gehülfen, darunter die tüchtigsten Leute die 30 bis 40 Jahre schon in dem Geschäft gearbeitet hatten, zur Strafe ihres Ungehorsams im Strike für immer von ihrer Condition ausschloß*). Bei allen Veranstaltungen also die wir bisher in's Auge gefaßt haben — bleibt doch immer die Kriegsbereitschaft auf beiden Seiten unverrückt stehen; es ist virtuell immer Vorabend der Schlacht. Und würde sich dieß dann etwa ändern, wenn die Staatsgewalt in den socialen Krieg sich einmischen würde? Keineswegs; es würde dann eben nur die Staatsgewalt den Krieg führen für die Eine und gegen die andere Partei. Um den wirklichen Friedensschluß auch nur möglich zu machen, müßte unbedingt der Boden des liberalen

*) Social-Demokrat vom 16. Juni und 7 Juli 1865.

Oekonomismus gänzlich verlassen werden, und um den socialen **Krieg mit einem ewigen Frieden zu schließen, gäbe es wirklich nur Ein Mittel, nämlich die Wiedervereinigung von Capital und Arbeit in Einer Hand**, d. h. in einem Arbeiterstand der die zwei Faktoren aller Cultur ebenso in sich vereinigte, wie sie in dem alten Mittelstande, in dem ächten Bürgerthum vergangener Jahrhunderte thatsächlich vereinigt waren.

Wie verhielten sich nun aber die Gesetzgebungen der verschiedenen großen Industrieländer zu dem Coalitionsrecht als der unweigerlichen Consequenz des Systems, worauf ihre eigene volkswirthschaftliche Entwicklung ruht? Wir stoßen hier auf sehr bemerkenswerthe Unterschiede, welche geeignet sind die Sache noch näher zu beleuchten und die schreienden Inconsequenzen des liberalen Oekonomismus aufzudecken.

Correkt und wie es im Buche steht, ist nur in England verfahren worden. Zwar bildet das Coalitionsrecht keineswegs einen Theil der englischen Gesetzgebung; aber man hat es als den Theil der allgemeinen Vereinsfreiheit welcher für die Interessen der Arbeiter allein eigentlichen Werth hat, stillschweigend gewähren lassen. Als aus den ersten Uebungen welche seit 1824 von den englischen Arbeitern mit dem Recht der Coalition vorgenommen wurden, der Chartismus erwuchs, eine Bewegung übrigens welche mehr den Charakter eines agrarischen als eines industriellen Umsturzes trug: da wurden die vereinzelten Unruhen mit Gewalt der Waffen niedergeschlagen, aber die Freiheit der Coalition wurde dennoch durch keinerlei Präventiv-Gesetze beschränkt. Indeß hat die volle Freiheit der Bewegung nicht etwa zu einem bessern Verständniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu einer dauernden Regelung der Arbeitspreise geführt, sondern der Kampf ist im Gegentheile immer ausgedehnter sowie intensiver und gehässiger geworden. Gegen die colossalen Bünde, gegründet auf das Princip gegenseitiger Hülfeleistung und regiert von förmlichen, über das ganze Land hin befehlenden Bundesbehörden, auf deren Commandowort die Strike's ein-

treten und jeder Arbeiter in Verruf kommt der nicht gehorcht und mitmacht — haben die Arbeitsherren wiederholt die Zwangsgewalt des Staates in Anspruch genommen. Solche Verbindungen, haben sie gesagt, seien revolutionär. Andererseits ist auch aus diesen Bünden nicht etwa ein großartiges System von Produktiv-Associationen — dieselben bilden sogar in England nur seltene und durch lokale Verhältnisse begünstigte Ausnahmen — entstanden und herausgewachsen; wohl aber haben sich die Coalitionen von ihrem Anfang an und heute wieder mit steigendem Eifer auf die politische Agitation geworfen; d. h. ihre Augen sind unverwandt der sonnigen Idee der Staatshülfe zugekehrt. Sie verlangen allgemeines und direktes Wahlrecht, geheime Abstimmung und Diäten für die Mitglieder des Unterhauses, um ihre Vertreter in's Parlament zu bringen und durch diese von Staatswegen eine Nationalökonomie durchsetzen zu lassen, welche wie sie sagen nicht bloß für die Reichen gemacht wäre, sondern bei der auch der Arme bestehen könnte. Wir haben von dieser Physiognomie des socialen Kampfes in England früher geredet*); hier soll nur neuerdings angedeutet seyn, wie wenig bei jeder ernsten Verwicklung die abstrakte Trennung des Politischen und Socialen, des Staats von der Gesellschaft Stich hält, weil sie eben der Natur der Sache in keiner Weise entspricht, sondern die ausgemachte Unnatur an sich selber ist.

Am deutlichsten hat diese Thatsache von Anfang an in Frankreich vorgelegen, wie es bei der eminent socialen Anlage des französischen Volkscharakters nicht anders seyn konnte. Die Bewegung der Arbeiter war hier bis zum Jahre 1850 rein politischer Natur und größtentheils identisch mit den socialistischen Sekten, welche das Land unterwühlten. Was man sonst Arbeiterfrage heißt, war hier der offene Kampf um die Herrschaft über den Staat, welcher durch die schamlosesten Census-Wahlgesetze ausschließlich den reichen Classen

*) Histor.-politische Blätter 52. Band S. 89 ff.

überliefert war. Als in der Februarrevolution die Massen der nimmersatten Bourgeoisie-Herrschaft ein Ende machten und das in den Koth gefallene Scepter an sich rissen, da wurde Napoleon III. zum „Retter der Gesellschaft", weil er mittelst der bewaffneten Macht die Bourgeoisie vor der Rache des arbeitenden Volkes beschützte. Zu diesem Zweck hat man damals alle Vereins- und Versammlungs-Freiheit ruhig confisciren lassen, und es konnte also auch von keinem Coalitionsrechte mehr die Rede seyn. Der Imperator bildete allein die sociale Vorsehung in dem Lande, das sich seinen Hauptruhm aus der Erfindung der „Grundsätze von 1789" macht und das zuerst in der Welt jenes System des ökonomischen Liberalismus, der völlig freien Bewegung auf industriellem Gebiete nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, bei sich eingeführt hatte.

So blieb es in Frankreich bis zu den Wahlen von 1863, beziehungsweise bis zu den Nachwahlen vom Anfang des Jahres 1864. Schon bei der Adreß-Debatte hatte die Linke aus Rücksicht auf das arbeitende Volk das ihren Mitgliedern bei den Urnen durchgeholfen, einen Zusatz eingebracht welcher, wie schon im Jahre vorher geschehen, die Aufhebung oder wenigstens die Modifikation des bestehenden Coalitions-Verbotes beantragte. Die Begründung lautete dahin, daß „die Arbeiter nichts mehr vom Staate forderten als das Recht ihre Lage durch die eigene Energie zu verbessern, wozu der Unterricht und eine größere Freiheit der Association die Mittel bieten würden." Der Abg. Darimon wies, um die Bourgeoisie zu beruhigen, noch besonders mit großem Nachdruck darauf hin, daß die Arbeiter beinahe sämmtlich von früheren irrigen Anschauungen zurückgekommen seien; seit langen Jahren habe es ein allen Classen gemeinsames Vorurtheil gegeben, als könne der Staat Alles; jetzt aber erwarteten die Arbeiter eine durchgreifende Besserung ihrer Lage nicht mehr von der alleinigen Staatshülfe, sondern von der Selbsthülfe auf dem Boden der Freiheit. Zu diesem Zwecke nun brauchten

die Arbeiter — den obligatorischen Unterricht natürlich vorausgesetzt – noch zweierlei: 1) die Einführung von Syndikalkammern, zur Hälfte aus Arbeitern und zur Hälfte aus Unternehmern gebildet, um nicht nur Streitigkeiten zwischen Meistern und Arbeitern sondern auch über die Interessen ganzer Gewerbszweige zu berathen; 2) das Recht Produktiv- und Consumvereine sowie Vorschuß- und Sparkassen zu errichten. Hr. Darimon berief sich dabei ausdrücklich auf die deutschen Muster, welche als „eine vollkommene national-ökonomische Revolution" angesehen werden könnten*).

Das Alles war nun zwar sehr schön gesagt; aber die Arbeiter vertrauten sich doch nicht rückhaltlos dem Schutze des berühmten Vertreters der Bourgeoisie an. Unmittelbar nach seiner Rede erschien ein von 58 der bekanntesten Namen aus der Pariser Arbeiter-Welt unterzeichnetes Manifest, welches gleichfalls einen ganz besondern Werth auf die Erlangung des Coalitionsrechtes legte, aber zugleich für die bevorstehenden Nachwahlen eigene Candidaten aus dem Arbeiterstande aufstellte. Aus dem „Arbeiterstande": so hieß es und jetzt erst erschrack die Bourgeoisie. Es ist ihr überall und nirgends mehr als in Frankreich ein ganz unerträglicher Gedanke, daß sie nicht mehr als Sachwalterin der Arbeiter dastehen, diese vielmehr von dem bürgerlichen Liberalismus getrennte Interessen verfolgen sollten. Jetzt erst war auch der Moment da, wo die Regierung handeln zu müssen glaubte.

Fast unmittelbar nach dem Erscheinen des Manifests kam im gesetzgebenden Körper eine Novelle zum Strafgesetz in Vorlage, welche das unbedingte Verbot der Coalitionen aufhebt. Zwar blieben auch jetzt noch alle größeren Versammlungen und Vereine ohne polizeiliche Genehmigung bei strengen Strafen untersagt, ebenso die „Aufforderung" an die Arbeiter eine Coalition zu bilden und fortzuführen zum

*) S. Allg. Zeitung vom 23. Jan. 1864; vergl. Koburger Arbeiter-Zeitung 1864. Nr. 59.

Zweck gleichzeitiger Arbeitseinstellung oder Steigerung der Löhne *). Indeß der Anfang war gemacht, und schon das nächste Jahr sah die große Reihe der Strike's fast aller französischen Gewerke bis zu den Omnibuskutschern herab über das Land verbreitet. Man hat damals gemeint die Regierung habe durch das Zugeständniß des Coalitionsrechts der allmählig wieder übermüthig werdenden Bourgeoisie für ihre oppositionellen Wahlen und parlamentarischen Gelüste ein empfindliches Merks ertheilen und zugleich die Arbeiter an sich ziehen wollen. In der That wollte man auch gleich bemerken, daß wieder Mißtrauen und schlechte Leidenschaften zwischen Volk (peuple) und Bourgeoisie sich einzudrängen anfingen und es besteht wirklich kein Zweifel, daß die sociale Spannung seitdem in Frankreich wieder erwacht ist.

Ein eigenthümlicher Umstand wird diese Spannung fortdauernd nähren. Während in Deutschland fast ausschließlich die Genossenschaften niederer Gattung (für Credit, Rohstoff, Consum) cultivirt werden, ist es in Frankreich gerade umgekehrt — eine Erscheinung die sich sowohl aus dem Volkscharakter als aus der hohen Entwicklung der französischen Industrie genügend erklärt. Der Verleihung des Coalitionsrechtes folgte daher auf dem Fuße nicht etwa die Bildung Schulze'scher Vereine, sondern eine immer mächtiger anwachsende Bewegung für Produktiv-Associationen. Wie unangenehm diese Thatsache der Bourgeoisie vorkommt, beweisen die verschiedenen Vorschläge wie und wodurch es zu machen wäre, daß die künftige gemeinsame Produktion doch wieder unter den Einfluß und die Leitung des großen Ca-

---

*) Erst vor Kurzem wurden mehrere Sammtarbeiter in Lyon auf Grund jenes Gesetzes vom 25 Mai 1864 zu mehrmonatlicher Kerkerstrafe verurtheilt, weil sie ohne Genehmigung einen Verein von mehr als 20 Personen gebildet hatten und das von ihnen niedergesetzte Comité des Vergehens des Arbeitsverbots schuldig befunden ward.

pitals gebracht würde. Die jüdischen Banquiers haben zu diesem Zwecke die Unterstützung der Vereine mittelst einer neuen Zettelbank, welche natürlich von der Regierung verwaltet werden würde, vorgeschlagen; andere Socialpolitiker sind der Meinung, die Bourgeoisie dürfe sich die Gelegenheit nicht entschlüpfen lassen die neue Produktionsweise unter ihre eigene Patronage und Direktion zu nehmen. Aber die Arbeiter ihrerseits sind „verflucht gescheidt geworden"*); sie wollen sich jede Beihülfe und Subvention von außen gerne gefallen lassen, aber nichts um den Preis ihrer Unabhängigkeit und ihrer Hintergedanken. Aus keinem andern Grunde haben ihre Organe sich auch sehr entschieden gegen den Vorschlag eines speciellen Gesetzes über die Associationen ausgesprochen, da ja das gemeine Recht der Handels- und Strafgesetze für den Zweck vollkommen genüge. Derselben Meinung waren auch die Conservativen; sie hielten es ebenso wie die Arbeiter-Organe, freilich aus ganz anderen Gesichtspunkten, für gefährlich, daß der Staat mit dem Genossenschaftswesen gesetzgeberische Experimente mache. Hierin aber war der Imperator anderer Meinung.

Schon die Thronrede vom 15. Februar 1865 hatte ein Gesetz angekündigt, welches einerseits alle der Bildung von Arbeiter-Associationen entgegenstehenden Hindernisse von polizeilicher Seite wegräumen, andererseits die nöthigen Garantien der öffentlichen Sicherheit aufstellen sollte. Der Imperator bezeichnete dieß als den Ausfluß seines Bestrebens, alljährlich die Hemmnisse zu verringern, welche sich in Frankreich seit so langer Zeit der freien Ausdehnung der individuellen Initiative in den Weg gestellt. Er bekennt sich feierlich zum Princip der Selbsthülfe der arbeitenden Classen. „Durch das im vorigen Jahre votirte Gesetz über Coalitionen", sagt er, „haben die Arbeiter wie die Arbeitgeber gelernt ihre Streitigkeiten unter sich zu schlichten, ohne immer auf die Inter-

*) Allg. Zeitung vom 29. Dec. 1864, vergl. 16. Febr. 1865.

vention der Regierung zu rechnen, welche die so wechselnden Beziehungen zwischen dem Angebot und der Nachfrage nicht zu regeln vermag; heute werden meine Gesetzentwürfe den Zweck haben den commerciellen Gesellschaften größere Freiheit zu lassen und die stets illusorische Verantwortlichkeit der Verwaltung zu erleichtern." Also ganz freie Bewegung der industriellen Elemente wie in England, aber innerhalb des Zauns eines speciellen Gesetzes und nach den von oben aufgestellten Normen, immer auch schon vorausgesetzt die polizeiliche Genehmigung auf Grund des allgemeinen Vereinsgesetzes — so sollte der französische Staat seine Hand von der Einmischung in das Erwerbsleben zurückziehen und die sociale Selbsthülfe begründen!

Der Erfolg bleibt nun vorerst abzuwarten. Wie aber auf diesem Gebiete immer ein Schritt den andern drängt, hat der Imperator in seiner Thronrede vom 22. Jan. d. Js. selbst wieder erwiesen. Er kommt auf das Coalitions-Gesetz von 1864 zurück, indem er gesteht daß dasselbe „einige Befürchtungen hervorgerufen habe." Obgleich aber im vorigen Jahre die großen Strike's ganz Frankreich bedeckt hatten, lobt er die „so verständige Arbeiterclasse", die von dem obengedachten Associations-Gesetz von 1865 den richtigen Gebrauch gemacht habe, und er beschließt sofort in diesem Punkte sogar die polizeiliche Präventive fallen zu lassen: „Die Befugniß sich zu versammeln soll allen denjenigen zuerkannt werden welche, ohne Hereinziehung der Politik, über ihre industriellen und commerciellen Interessen berathen wollen."

Somit war nun was das Selbstvertheidigungs-Recht der Arbeiter betrifft, das imperatorische Frankreich stufenweise an die faktischen Zustände in England herangerückt und namentlich dem hochliberalen Belgien weit vorausgeeilt. Ein merkwürdiger Fingerzeig! Belgien ist verhältnißmäßig einer der bedeutendsten Industriestaaten, das Arbeiter-Elend in Belgien wird nur von dem in England übertroffen. Die gesammte Verfassung Belgiens ist ferner auf das Princip der

freien Concurrenz gebaut, sie ist der adäquate politische Ausdruck des liberalen Oekonomismus; aber regiert wird das Land aus den Freimaurerlogen heraus von der liberalen Bourgeoisie, und siehe da! von allen möglichen Freiheiten war in Belgien bis auf die jüngsten Tage nur Eine verboten, nämlich die Coalitions-Freiheit der Arbeiter. Nicht etwa aus älteren Zeiten datirte ein solches Verbot, sondern es war eigens noch durch das neue Strafgesetzbuch von 1860 wiederholt eingeschärft worden. Erst vor wenigen Wochen, am 27. Februar d. Js., haben die belgischen Kammern den betreffenden Art. 347 gestrichen und somit das Coalitions-Recht anerkannt. Es geschah dieß zuerst im Senat und zwar mit einer auffallenden, fast tumultuarischen Eile die dem Kenner der Zeichen der Zeit Manches zu denken gibt.

Wir kommen zur dritten industriellen Großmacht, zu Preußen. Hier zeigt sich vor Allem recht augenfällig, wie man in Deutschland mitunter in das System des liberalen Oekonomismus hineingerieth, ohne recht zu wissen wo die Sache eigentlich hinauswolle. Bekanntlich hat Preußen zuerst und schon vor einem halben Jahrhundert sein gesammtes Erwerbsleben auf die Basis der freien Concurrenz gestellt, daneben aber die Schranken des alten Polizeistaats stehen lassen, als wenn nichts geschehen wäre; ja seit 1845 hat man sogar eine nur für das zünftige Handwerk passende Gewerbeordnung neu eingeführt. Das Coalitionsrecht ist in dieser Gesetzgebung schlechthin verneint und alle dahin zielenden Schritte des Zusammentritts und der Verabredung sind der strafgerichtlichen Verfolgung überwiesen. Den Handlangern der rasch anwachsenden großen Industrie Preußens war also die einzige Schutzwaffe entwunden, wodurch sie sich willkürlicher Ausbeutung erwehren und ihrerseits ein wirkliches Angebot entgegenstellen konnten *). Folgerichtig waren

*) Das Gesetz verbietet allerdings auch die Coalition der Arbeitgeber. Aber Hr. P. Reichensperger bemerkt sehr treffend: „Wenn das

auch die Arbeitseinstellungen bei strenger Strafe untersagt. Noch dazu beging der §. 184 die Ungerechtigkeit, daß er den Contraktbruch nur am Arbeiter straft, am Arbeitgeber aber nicht. Wenn letzterer den Contrakt bricht, so kann der Arbeiter höchstens eine Civilentschädigung erlangen, thut es aber dieser, so muß er außerdem noch bestraft werden. Eine und dieselbe Handlung ist also straflos und strafbar, je nachdem sie vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer begangen wird; das Gesetz theilt die Staatsangehörigen in zwei Classen und erlaubt der Einen was es der andern verbietet.

Nun war es platterdings nicht zu läugnen, daß in diesem Paragraph eine schreiende Ungleichheit der Behandlung vorliege, und daß überhaupt die ganze Anschauung des Gesetzes den Schwächern dem Willen des Stärkern preisgibt. Dennoch war es in den langen Jahren nie einem Kammer-Mitglied von der herrschenden Fortschrittspartei eingefallen, den Grundsatz von der Gleichheit Aller vor dem Gesetz auch in Betreff der Arbeiter in Anwendung zu bringen. Im Gegentheile, als der jüdische Abgeordnete Leonor Reichenheim, ein Hauptvertreter der Bourgeoisie-Politik, den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung einbrachte, war wenigstens das Verbot der Coalitionen richtig wieder darin enthalten. Als vollends unter den Arbeitern der Hauptstadt plötzlich eine Agitation gegen die bestehenden Strafartikel über das Coalitionsrecht entstand, da verriethen die hervorragenden Mitglieder der fortschrittlichen Kammermehrheit auf's deutlichste ihre Farbe, nämlich die Farbe ausschließlicher Socialpolitiker der Bourgeoisie.

Sie wollten erst überhaupt gar nicht daran. In ihren eigenen Arbeiter-Vereinen, von welchen schon seit November 1864 Petitionen um das Coalitionsrecht an das Staatsministerium

Gesetz auch von den Coalitionen der Arbeitgeber spricht, so ist dieß eine Höflichkeit gegen die Arbeiter, die der Bedeutung entbehrt, da jeder größere Unternehmer in sich selbst eine Coalition bildet."

gegangen waren und zwar regelmäßig unter begründender Vorausschickung der bekannten Lassalle'schen Sätze — suchten die Herren die Sache wo möglich ganz den Leuten aus- und wegzureden, indem sie nicht genug zu sagen wußten, wie viel Unheil das Coalitionsrecht überall über die Arbeiter selber bringe. Am 22. Januar v. Js. fand aber eine große Versammlung statt, zu welcher die Arbeiter vom bisherigen Schulze'schen Anhang die bekannten und sonst so hoch verehrten „Lehrer des Volkes" förmlich vorluden. Hier wurden dann die Herren in so respektwidriger Weise behandelt, ja geradezu der bewußten Lüge geziehen, daß Hr. Schulze und die Seinen es für gerathen hielten eilends gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Sie hatten sich bisher damit ausgeredet, daß die gegen das Coalitionsrecht gerichteten Paragraphe der Gewerbe-Ordnung bereits durch die Verfassung und das in ihr garantirte Vereinsrecht aufgehoben seien, die anderen angefochtenen Paragraphe aber, nämlich 183 und 184*), gehörten gar nicht hieher und hätten mit dem Coalitionsrecht nicht das Allerminbeste zu thun. Eben noch hatte das reformjüdische Organ der bürgerlichen Socialpolitik die Andersmeinenden als „unwissende Hetzer" bezeichnet. Aber unter dem Druck der Furcht vor den entrüsteten Arbeitern wurde nun eilends beschlossen, daß Hr. Schulze einen Antrag in die Kammer bringen solle, wodurch das Coalitionsrecht frei gegeben werde. Es geschah, jedoch in einer unglaublich ungeschickten Weise, welche die Blamage erst vollständig machte.

Der ganze Vorgang ist höchst bezeichnend für die preußische Fortschrittspartei als eine reine und ausschließliche Vertretung der Bourgeoisie. Gerade als wenn die Herren nocheinmal beweisen wollten, daß sie nur unfreiwillig und hinterhaltig, bloß aus Furcht vor dem Zorn der Arbeiter auf deren Be-

*) §. 183 verbietet „die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehülfen oder Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubniß."

gehren eingingen, beschränkte Hr. Schulze seinen Antrag auf die zwei Paragraphe, welche das direkte Verbot der Coalition enthalten und von welchen die Herren selbst sagten, daß diese Bestimmungen in der Verfassung schon aufgehoben seien. Hingegen ließen sie namentlich den §. 184 bei Seite. Aber schon in der Ausschußsitzung entsank den Herren abermals der Muth weil, wie der Abg. Faucher sagte und Schulze im Plenum wiederholte, „die Arbeiterbewegung inzwischen eine bedenkliche Höhe angenommen hatte.“ Deßhalb beschloß die Commission den Zusatz, daß auch die §§. 183 und 184 aufzuheben seien, und so kamen die Anträge in die Kammer. Die gesammte Mehrheit war resolvirt in den sauern Apfel zu beißen. Als es aber zur Abstimmung kam, da wurde in Folge ungeschickter Fragestellung der Schulze'sche Antrag allein angenommen und der der Commission verworfen. Die Verlegenheit war groß; die Herren hatten die bösen Paragraphe sämmtlich verwerfen wollen und durch die Art ihrer Abstimmung votirten sie nun deren Beibehaltung. Das Hohngelächter welches der „Social-Demokrat“ erhob, klang nervenerschütternd; „einen Hund“, sagte er, „könnte diese Jammer-Wirthschaft erbarmen.“

Die Debatte ist eine der bezeichnendsten gewesen, die in der preußischen Kammer vorgekommen sind. Die conservativen Fraktionen traten einstimmig für die Forderung der Arbeiter ein; sie hielten höchst gehaltvolle Vorträge über die positive Lösung der socialen Frage, und die Regierung selbst erklärte gleichfalls, daß sie „in der Arbeiterfrage mit eingreifender Initiative und in größeren Dimensionen vorzugehen gedenke.“ Von den Bänken der Fortschrittspartei vernahm man dagegen nichts als ein wahres Jammergeheul über die Agitation, welche sich „plötzlich von feindlicher Seite erhoben habe“ (Schulze). Die Herren entsetzten sich förmlich vor dem Gespenst einer finstern Verschwörung der Staatsregierung mit der „gegenwärtig rothesten Partei“, wie eines ihrer Blätter sich ausdrückte. Es sei freilich auch wahr, meinte

dieses Blatt, daß „beide einen gemeinsamen Feind haben: das Capital repräsentirt durch die Bourgeoisie.“ Schon längst war es im ganzen fortschrittlichen Deutschland eine bekannte Sache, daß die Junkerpartei das geheime Einverständniß zwischen Bismark und Lassalle öffentlich vertrete*); jetzt munkelte man in Berlin noch weiter, daß auf den Rath des furchtbaren Ministers die Kronprinzessin Viktoria mit englischer Geduld die sämmtlichen Schriften Lassalle's lese, also die „Berücksichtigung des vierten Standes“ bald das Schlagwort des Hofes seyn werde. Darum rief der Abgeordnete Twesten entsetzt aus: „Die conservative Partei begünstigt die communistische Agitation und möchte sich mit der äußersten Linken verbinden, um die liberale Partei zu zerquetschen“ **).

Unter dem Druck solcher Angst und mit dem Gefühl in eine verlorene Defensive gedrängt zu seyn, sprachen nun die Führer der Mehrheit in der Kammer in einem Tone, der von der gewohnten Keckheit und Sicherheit merkwürdig abstach. Am betretensten und confusesten benahm sich Herr Schulze. Er hatte, wie Wagener ihm richtig bemerkte, nie eine so schwächliche, des Schwunges entbehrende und deßhalb auch keineswegs von Beifall begleitete Rede gehalten wie jetzt. Das Ganze lief auf ein feiges Gejammer hinaus, daß die liberale Partei, während sie mit Entwürfen einer neuen Gewerbeordnung eifrigst beschäftigt gewesen, in ihren für die Arbeiter so wohlwollenden Absichten durch die feindliche Agitation unterbrochen worden sei. Sehr schlagend erwiderte Wagener darauf: die treibenden Kräfte und Personen wollten von der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit im liberalen Sinne gar nichts mehr wissen; „diese Theorien seien verschollen und antiquirt“. Dem eigentlichen Kerne der socialen Frage nahe-

---

*) Vergl. Wochenschrift des Nationalvereins vom 1. Dec. 1864.

**) Vergl. über diese Vorgänge Social-Demokrat vom 1. Februar, 8. Februar, 1. März 1865; Kreuzzeitung vom 27. Januar und 14. Februar 1865.

zutreten, hüteten sich die Redner der liberalen Partei mit auffallender Scheu. Die Conservativen handelten weniger vom Coalitionsrecht an sich als von der zu hoffenden Entwicklung desselben zu großen moralischen Associationen, welche dann die Quelle positiver Organisation bilden würden. Während mehr als Eine conservative Stimme der preußischen Regierung sogar empfahl, Produktiv-Associationen als Musteranstalten mit Staatsfonds zu gründen, wehrten die Liberalen immer nur ab. „Wir können wohl einigen Arbeitern helfen, aber nicht dem Stande", sagte Herr Twesten. „Die Lösung der socialen Frage ist noch nicht an der Zeit": sagte Herr Waldeck. Die Debatte hat mit Einem Wort ein lebendiges Bild davon dargeboten, wie verlegen der Liberalismus dereinst dastehen wird, wenn die Lösung der socialen Frage wirklich an der Zeit ist.

Die Erklärungen der Minister lauteten, wie gesagt, sehr günstig für die Arbeiter. Das Organ der Lassalleaner stellte auch sofort Quittung darüber aus. „Die preußische Regierung ist die erste Regierung Deutschlands, welche es gewagt hat offen und bestimmt eine wahrhaft volksthümliche Sache, die Lösung der Arbeiterfrage, offiziell auf ihr Programm zu setzen. Mögen dabei ihre Hintergedanken immerhin seyn welche sie wollen — die Thatsache allein wird für die Stellung Preußens in Deutschland schwer in's Gewicht fallen" *).

Nachdem nun die Regierung sowohl die Handels- und Gewerbekammern des Landes über die Coalitionsfrage gutachtlich gehört als auch eine eigene Commission von Sachverständigen einberufen hatte, ist der betreffende Gesetzentwurf kurz vor der Auflösung der Kammern wirklich eingebracht worden. Derselbe entspricht den Petitionen der Arbeiter vollkommen. Zwar ist der berüchtigte §. 184 unter den aufzuhebenden Paragraphen nicht genannt. Dagegen wird

*) Social-Demokrat vom 17. Februar 1865.

das Recht der Arbeitseinstellung ausdrücklich anerkannt sowohl für die Arbeiter als für die Unternehmer, indem nur bestimmt wird, daß die bezüglichen Verabredungen „für die Theilnehmer rechtlich unverbindlich seien.“ Strafgesetzlich verboten bleiben sonst bloß die terrorisirenden Mittel durch körperlichen Zwang, Bedrohung, Ehrverletzung, Verrufserklärung, lauter Vergehen welche überall schon unter das allgemeine Strafgesetz fallen. Daß aber der §. 184 nicht namentlich aufgehoben wird, hat seinen besondern Grund in dem Unterschied des freien Vertrags und des eigentlich contraktlichen Verhältnisses; darum wollte auch Hr. P. Reichensperger die Beibehaltung des Paragraphen, weil auf der Festigkeit der Contrakte ja auch für die Arbeiter selbst die einzige Sicherheit beruhe.

Wie in England und Frankreich so ist demnach auch in Preußen durch Herstellung des Coalitionsrechts das Schlachtfeld jetzt völlig geöffnet und frei für den socialen Krieg in Permanenz. Sobald aber dieß einmal der Fall ist, kann man logisch nicht mehr sagen, daß die Lösung der socialen Frage noch nicht an der Zeit sei. Man kann nur sagen, daß diese Frage noch nicht ganz und voll aufgestellt sei, solange sie auf die große Industrie beschränkt bleibt und nicht auch die agrarischen Verhältnisse in sie einbezogen werden. Man kann ferner nur sagen, daß man nicht wisse, wann und wie der große sociale Friedensschluß stattfinden solle. Aber stattfinden muß er, nachdem nun einmal der Krieg erklärt ist, und zwar ein Krieg bis auf's Messer.

XXXIII.

Die spanisch-amerikanischen Republiken mit besonderer Hinweisung auf Peru.

Peru, in der Mitte der spanisch-amerikanischen Republiken gelegen, kann als der Typus derselben angesehen werden. Es ist nicht so grausam durch die Anarchie zerrissen wie Venezuela oder Bolivia, erfreut sich aber auch nicht einer so stabilen Regierung wie Chile. Auch an geistigen Fähigkeiten steht sein Volk tiefer als das von Chile und Buenos Ayres, aber höher als die Bevölkerung von Mejico und Centralamerika. Seine Geschichte und Zustände sind fast identisch mit denen der meisten übrigen Schwesterrepubliken Südamerika's — kurz, Peru kann als ein Muster dieser halb spanischen, halb indianischen Staaten gelten, und daher werde ich in den folgenden Schilderungen hauptsächlich auf Peru Rücksicht nehmen, um dadurch ein Bild des gesammten spanischen Amerika zu liefern, zumal da ich mich länger in Peru als in den andern amerikanischen Staaten aufgehalten habe und mit seinen Zuständen genauer vertraut bin.

Wenn wir die erstaunenswerthen Monumente aus den Zeiten der Inca-Monarchie, wie Wege, Wasserleitungen, Festungen, Tempel u. s. w. betrachten und halten die jetzige Indianer-Race Peru's dagegen, so können wir nicht begreifen daß es

die Nachkommen desselben Volkes seien, welches all dieß geschaffen hatte. Jetzt sind diese Indianer in Unwissenheit und Stumpfsinn versunken und in den meisten Theilen des Landes wenig über den wilden Zustand erhaben. Wie ist es möglich, daß eine so vorgeschrittene Nation, die im Stande war, gerechte Gesetze und ein so sonderbares Regierungs-System auszubilden, keine einzige Spur von Intelligenz und Fähigkeit bewahrt hat? Entweder war die Inca-Regierung mehr passend für den indianischen Charakter, dem heute wenigstens aller Selbstwille zu fehlen scheint, oder das System der Inca's hat sie zu dem gemacht was sie jetzt sind.

Wir lesen in Garcilazo de la Vega, daß die Inca-Regierung, obschon despotisch in ihrer Form, doch wahrhaft patriarchalisch war. Sie traf wirksame Vorkehrungen gegen Armuth und Trägheit, die zwei Hauptursachen der Unzufriedenheit in einer bevölkerten Gemeinschaft. Arbeit ward vom peruanischen Gesetze nicht nur als ein Mittel, sondern auch als Zweck betrachtet und alle Gesetze waren sorgfältig auf die Erhaltung des Volkes und seiner persönlichen Wohlfahrt bedacht. Die Unterthanen durften weder zu ungesunden Beschäftigungen verwendet noch zu schwere Arbeit ihnen aufgegeben werden. Nie wurden sie zum Opfer von Erpressungen gemacht, eine wohlwollende Vorsorge wachte über ihre Bedürfnisse und besorgte ihren Lebensunterhalt. Allein so vorgeschritten das Volk in mancher Beziehung, so geschickt es im Ackerbaue und Handwerken war, der Handel und sein Tauschmittel, das Geld, waren ihm unbekannt. Aber der Handel begünstigt den Austausch der Ideen, ohne Handel ist kein allgemeiner Fortschritt möglich. Das Volk durfte kein Handwerk erlernen, keine Arbeit unternehmen und sich keiner Vergnügung hingeben, die nicht speciell vom Gesetze vorgeschrieben war. Es besaß nichts, was man Eigenthum nennen konnte. Ohne Erlaubniß der Behörden durfte Niemand seine Wohnung, ja nicht einmal seine Kleider ändern. Familienleben war unbekannt, da die Kinder öffentlich vom Staate erzogen wurden.

Die Männer durften nicht einmal ihre eigenen Frauen sich auswählen, ihr Glück oder Unglück bestimmte der Staat. Das Recht der freien Bewegung war in Peru aufgehoben. Hier haben wir also die gänzliche Vernichtung des Individuums und eine vollkommene Omnipotenz des Staates — den reinen Socialismus, Fourier's und Cabet's idealen Zustand der Gesellschaft.

Was waren aber die Folgen? Der jetzige Zustand der peruanischen Indianer ist die Antwort. Das tyrannische Joch der Spanier kann ihn nicht bewirkt haben, da die Beschreibungen des peruanischen Charakters durch die ältesten spanischen Geschichtschreiber auffallend mit dem übereinstimmen, was wir heute an diesen Indianern beobachten. Schon die Leichtigkeit womit sie ihren Nacken unter das spanische Joch beugten, beweist einen großen Mangel jenes patriotischen Gefühles, welches das Leben für die Freiheit einsetzt; allein wie konnte Unabhängigkeitssinn in einem Volke bestehen, das kein Interesse am Boden und keine persönlichen Rechte zu vertheidigen hatte?

Betrachten wir nun die Eigenthümlichkeiten der heutigen Indianer Perus. Außer den Grundzügen des indianischen Charakters, Sinnenschärfe, Sorglosigkeit und Verschlossenheit, sind sie weit von allen anderen Indianern verschieden, die wir zu beobachten Gelegenheit hatten. Ich habe die Eingeborenen der mexikanischen Hochlande und der Prairien Nord-Amerika's, die der Ebenen des Amazonenstromes und von Brasilien gesehen, aber alle diese weichen weit von den Indianern der peruanischen Andes ab. Natürlich spreche ich hier immer von dem reinen Indianer ohne Beimischung von Europäer- oder Negerblut. Ihre natürlichen Fähigkeiten sind nicht nur geringer als die der Weißen, sondern scheinen auch unter denen der anderen Indianer und selbst der Neger zu stehen. Vergebens würde man bei ihnen den Unabhängigkeitssinn der nordamerikanischen Wilden suchen; nichts kommt ihrer unendlichen Gleichgültigkeit gleich und nichts stört die

passive Ruhe ihres Gemüthes. Ebenso unempfindlich sind sie für das Glück wie für das Unglück. Reichthum hat für sie nicht die geringste Anziehungskraft; ihr einziger Ehrgeiz besteht in dem Besitze eines kleinen Feldes, auf dem sie etwas Mais und Kartoffeln ziehen, und von ein paar Hühnern und Meerschweinchen und allenfalls einiger Llama's. Sie hängen sehr an dem Flecke auf dem sie geboren sind, daher die Leichtigkeit, womit sie von den großen Landbesitzern zu Sklaven gemacht werden. In ihrer Nahrung ziehen sie ihre eigenen armseligen Gerichte den nahrhaftesten Speisen vor, die Genüsse der Tafel sind ihnen gänzlich unbekannt, nur ihren Magen suchen sie zu füllen. Großen Lastern sind sie nicht ergeben, ausgenommen dem allgemeinen indianischen Laster der Trunksucht und dem Hange zu kleinen Diebereien. Nur in Städten wie Lima, Arequipa oder Cerro de Pasco, wo sie sich in beständigem Contakte mit Weißen und Mestizen befinden, sind sie sehr verdorben und grausame Mordthaten werden nicht selten von ihnen verübt. Im Ganzen aber sind die Indianer von Peru ein harmloses Geschlecht.

Leichter als sonstwo in Amerika ward es den ersten spanischen Eroberern, ein so willenloses Volk zu unterdrücken. Die ersten Eroberer Peru's, weit verschieden von den Puritanern Neuenglands und den Cavalieren Virginiens, waren rohe Abenteurer und ihre Führer wie die Pizarros, Almagros, Valdivias u. s. w. ungebildete Soldaten, die an nichts als an die Befriedigung ihres Golddurstes dachten und nicht den geringsten wohlthätigen Einfluß auf die Cultur des neu eroberten Landes ausübten. Sie rieben die unglücklichen Indianer zu Tausenden auf, entweder als Lastthiere oder in den kalten Bergwerken, und alle Gesetze welche die Regierung Karl's V. und Philipp's II. auf Betrieb der höheren Geistlichkeit zu Gunsten der Indianer erließ, blieben machtlos und verursachten nur gefährliche Revolutionen, wie die der Pizarros in Peru oder des Marquis del Valle in Mejico. Das Unterdrückungssystem der kriegerischen Abenteurer hätte zur gänz-

lichen Vertilgung der Indianer geführt, wenn sich ihm nicht später im 17. Jahrhundert die spanische Geistlichkeit mit dem ganzen Gewichte ihres Einflusses entgegengeworfen hätte*). Ihr ist es zu danken, daß die indische Gesetzgebung die hülfsbedürftigen Eingeborenen als Minderjährige ansah, die sie wohlmeinend bevormundete. Sie ahndete jede Schädigung derselben schärfer als die der Weißen. Sie sprach sie von Accise, Zehnten und Gewerbsteuer frei und legte ihnen nur ein Kopfgeld auf, was freilich durch die Baarentrichtung und die Mißbräuche der Eintreiber verderblich ward. Sie ließ ihnen auf ihren Dörfern ihre alte Verwaltung unter eigenen Cazikeu, fesselte sie aber an die Wohnorte, um ihnen die Versuchung des Wildlebens abzuschneiden. Sie untersagte den Weißen die Niederlassung in indianischen Dörfern, um die Eingeborenen vor der List überlegener Menschen sicher zu stellen. In eben dieser Absicht verwehrte sie ihnen, mehr als fünf Dollars zu borgen und über ihr Eigenthum ohne gerichtliche Genehmigung zu verfügen. Alle diese Vorkehrungen und Gesetze zum Schutze der Indianer, sowie das ganze spanische Colonialsystem (abgesehen von seiner Abschließung, wodurch die Bewohner der Colonien zu einem reinen Pflanzenleben verdammt wurden) wären ganz wohlthätig gewesen**), wenn die Ausführung nicht meist im Gegensatze zum Geiste der Gesetze gestanden hätte. Fast alle Beamte, hohe und niedere, dachten nur daran, sich zu bereichern; die große Entfernung und mangelhafte Communikation machte alle Ueberwachung derselben unmöglich und die Ernennung der Beamten hing, wie es im Gil Blas so treffend geschildert wird und heute noch in den spanischen Ländern geschieht, von Gunst und Bestechung ab. So geschah es, daß bald die ganze Verwaltung, weltliche sowohl wie geistliche, aus den schlechtesten Elementen bestand. Auch der reguläre Klerus

*) Gervinus.
**) Helps.

machte hievon wenig Ausnahme. Die meisten Klöster waren mit Mönchen gefüllt, die in spanischen Anstalten ausgestoßen waren und zeigten das schrecklichste Bild der Verkommenheit, wie es noch heute in den meisten jener Länder der Fall ist. Nur die Jesuiten und ein Theil der Franziskaner (die Baarfüßer) machten damals wie auch heute noch eine ehrenvolle Ausnahme.

Doch trotz all dieser Mißbräuche hat keine einzige europäische Regierung einen so unablässigen Kampf mit der Rohheit und Habgierde ihrer Colonisten zu Gunsten der unterdrückten niederen Racen geführt; nirgends sonst ist Kirche und Geistlichkeit so ganz auf Seite der Freiheit und Menschlichkeit gewesen *). Gesetz und Religion haben im spanischen Amerika immer auch das Loos der Neger gemildert, ihren Freikauf und Selbstverkauf gestattet und erleichtert, ihre Freilassung empfohlen und gefördert, während die Angelsachsen die Indianer als Wesen einer anderen Art unduldsam vertilgten und die Neger nicht als Menschen betrachteten.

Im 18. Jahrhundert ward das Abschließungssystem gemildert; in einigen Colonien wie Chile und Buenos Ayres vermehrte sich die Einwanderung, und bestand hier aus besseren Elementen, meist fleißigen Basken, Catalanen und Galliciern, die bald eine Mittelclasse bildeten. Durch die bourbonische Herrschaft in Spanien ward es den Franzosen erlaubt, Handel mit den Colonien zu treiben; nach dem Frieden von Utrecht durfte sogar jedes Jahr ein englisches Schiff seine Ladung auf der Messe von Puerto bello verkaufen und seit der Zeit nahm der Schmuggelhandel von Jamaica nach dem südamerikanischen Festlande ungeheure Dimensionen an. Hieraus lernten die Südamerikaner die großen Vortheile kennen welche aus dem Handel mit anderen Nationen als Spanien für sie erwachsen mußten, und mit den fremden Waaren wurden auch

---

*) Gervinus.

fremde Ideen eingeführt welche bald in den Einwohnern eine neue Denkweise erweckten. Der in vielen Theilen der Colonien auf alle Classen der Gesellschaft, namentlich aber auf die Indianer, so mächtige Einfluß der Jesuiten der allenfalls den revolutionären Gelüsten noch einen Damm hätte entgegensetzen können, war durch die Aufhebung dieses Ordens verschwunden, und namentlich trug die Lostrennung der nordamerikanischen Colonien von England, welcher die spanische Regierung unpolitischer Weise allen Vorschub geleistet hatte, und der darauf folgende größere Verkehr mit Nordamerika mehr als alles andere dazu bei, die Anhänglichkeit der spanisch-amerikanischen Bevölkerung an das Mutterland zu lockern.

Betrachten wir nun den Zustand der damaligen Bewohner der Hauptcolonien Mejico und Peru; in den übrigen Colonien waren sie mit Ausnahme von Chile und Buenos Ayres nur wenig von ersteren verschieden. Die Mehrzahl der Vicekönige äffte den spanischen Hof nach und führte in den Hauptstädten dessen Flitter und Gepränge ein, welche bald als Nothwendigkeit betrachtet wurden und Stolz, Corruption und Raubsucht in ihrem Gefolge hatten. Sie versammelten um sich gierige Adelige, wie heut zu Tage Generale und Deputirte — eine noch weit käuflichere Aristokratie — sich dort um die Präsidenten drängen. Ferner gab es Magistrate welche die Gerechtigkeit verkauften, und einen verkommenen Klerus der alle übeln Leidenschaften begünstigte und nichts zur Besserung der Sitten beitrug. In den mittleren und unteren Schichten war der Geist nicht besser. In dieser buntscheckigen Gesellschaft von Europäern und weißen Creolen, Indianern und Mestizen, Negern und Mulatten waren Alle getrennt, Jeder fröhnte seiner eigenen Neigung, d. h. den Originallastern seiner Race. Die Europäer waren außer jenen Adeligen, welche mit einträglichen Stellen dotirt herauskamen und gewöhnlich nur wenige Jahre im Lande blieben, bis sie sich genügend bereichert hatten, meist werthlose Abenteurer oder desertirte Soldaten und Matrosen, seltener Hand-

werker oder Ackerbauer, die nur ausnahmsweise ihre Frauen mitbrachten, sondern in der Regel mit den farbigen Weibern des Landes im Concubinate lebten, wodurch jener Fluch der spanisch-amerikanischen Länder, ihre vorwiegend gemischte Bevölkerung die nur die Laster, aber nicht die Tugenden ihrer Eltern geerbt hat, entstand. Nur ein achtbarer altspanischer Kaufmannsstand welcher sich durch Thätigkeit und Wohlstand auszeichnete, war in diesen Ländern vorhanden.

Die reicheren weißen Creolen, von den meisten öffentlichen Anstellungen ferngehalten, überließen alle Arbeiten auf den Plantagen ihren Sklaven und schalten dabei auf deren Trägheit. Selbst indolent, zeigten sie nie die geringste Energie außer bei Festlichkeiten und jenen Vergnügungen, denen sie sich gemeinschaftlich mit dem farbigen Pöbel hingaben und worin sie ihn zu ihres Gleichen machten: in den Stier- und Hahnenkämpfen, den unzüchtigen Tänzen, Hazardspielen und jenen halb heidnischen halb christlichen Processionen, wie sie heut zu Tage noch in jenen Ländern vorkommen. Die Verworfenheit aller Sitten war allgemein in fast allen Schichten der weißen, schwarzen und gemischten Gesellschaft. Die Indianer, bis heute noch der gesundeste Theil des Volkes, hatten ein noch ärgeres Loos als die Negersklaven, und waren in Unwissenheit und Stumpfsinn versunken. Der Neger, als Sklave besser behandelt als in Nordamerika, Brasilien oder den holländischen Colonien und als solcher wenigstens ein nützliches Wesen, ward als Freigelassener eine Pest für die Gesellschaft. Mit seinen rohen und sinnlichen Neigungen und Instinkten war er zu träge um sich durch ehrliche Arbeit zu ernähren, und bildete bald wie heute noch, den verworfensten und gefährlichsten Theil des zahlreichen Stadtpöbels. Ebenso schlimm oder noch schlimmer in moralischer Hinsicht, aber geistig weit überlegen waren die Mulatten, welche sich mit den besser gearteten Mestizen (Abkömmlinge von Indianern und Weißen) in ihrem Hasse gegen die sie mit Verachtung behandelnden Spanier vereinigten. Diese Mischlingsbevölkerung,

weit zahlreicher als die weiße, war es hauptsächlich welche die Sache der Revolution mit größtem Eifer ergriff.

Aus solchen Elementen bestand die Bevölkerung des spanischen Amerika, als die Revolution ausbrach. Man sollte sich wundern, daß gegenüber einem solchen Feinde Spanien die Revolution nicht bald gänzlich besiegte. Allein nicht überall waren die Elemente so schlecht, es gab auch Ausnahmen. In Chile und Buenos Ayres waren sie, wie schon oben bemerkt, weit besser. Im Anfange der Revolution war Spanien durch den napoleonischen Krieg ganz machtlos; die royalistischen Heere bestanden größtentheils aus Eingebornen, die in Masse desertirten; die große Finanznoth in Spanien machte alle bedeutenderen Unternehmungen unmöglich. Später als sich die Verhältnisse in Spanien etwas gebessert hatten, traf die Regierung von Madrid die verkehrtesten Maßregeln. Anstatt hauptsächlich gegen Buenos Ayres zu operiren, schickte sie ihr bestes Heer unter dem tapferen General Murillo nach der ungesunden Costa firme, wo die europäischen Truppen bald von Hunger und Fiebern hinweggerafft wurden. Dann die politische Zwietracht und ewigen Eifersüchteleien unter den spanischen Generalen, von denen manche insgeheim den Sieg der Revolution herbeiwünschten; die große Hülfe welche die Engländer den Aufständischen an Geld, Waffen und Freiwilligen leisteten; die wichtigen Dienste der meist mit fremden Abenteurern bemannten Flotte unter Lord Cochrane — all dieses trug mächtig dazu bei den Sieg der Revolution zu entscheiden. Nie hatte Spanien während des ganzen Krieges zur selben Zeit mehr als 20,000 Mann europäischer Truppen in allen revolutionirten Colonien zusammengenommen, die einen weit größeren Flächenraum als ganz Europa mit einer Bevölkerung von mehr als 20 Millionen Einwohnern einnahmen, und doch hatte Spanien im Jahre 1818 fast alle wieder unterworfen. Selbst in der letzten Zeit wo nur durch unglückliche Zufälle oder große Mißgriffe die Schlachten von Junin und Ayacucho verloren gingen, hatte Spanien ge-

gründete Hoffnung, wenigstens einen großen Theil seiner Colonien wieder zu erobern.

Hätte Spanien wenigstens das Beispiel Portugals nachgeahmt, gleich im Anfange der Erhebung die amerikanische Unabhängigkeit anerkannt und spanische Prinzen auf den Thron der großen amerikanischen Königreiche erhoben (wie dieß später noch General San Martin mit dem Vicekönige Laserna bei ihrer Zusammenkunft in Punchauca und General Iturbide mit dem Vicekönige O'Donoghue in Cordova abmachten), so wäre aus diesen Ländern so gut wie aus Brasilien, dessen Elemente der Bevölkerung gar nicht besser als die der spanischen Republiken sind, materiell wenigstens etwas geworden; sie wären nicht ihrer chronisch gewordenen Anarchie anheimgefallen und befänden sich nicht in jenem hoffnungslosen Zustande, der sie (vielleicht mit Ausnahme von Chile und Buenos Ayres) ohne Rettung in nicht ferner Zeit aus der Reihe der unabhängigen Staaten streichen muß. Eine monarchische Regierung hätte damals diese Staaten gerettet, für welche die republikanische Regierungsform so wenig paßt wie für die Türkei. Jetzt ist es zu spät; das Loos was ihnen jetzt bevorsteht, ist die fremde Eroberung und die Absorption durch eine andere Race!

Die Revolution begann an den äußersten Enden des spanischen Colonialreiches und breitete sich aus bis zum Herzen desselben, weil nicht alle amerikanischen Städte dieselben großen Vortheile von der Colonialregierung zogen wie die beiden Hauptstädte Mejiko und Lima — die Sitze der Vicekönige — alle aber das Joch des Mutterlandes zu tragen hatten. Die Bewegung war deßhalb mehr entschieden und energisch in Venezuela und Chile als in Peru und Mejico. Hier wollen wir nur des Kampfes von Peru kurz erwähnen, der wie in den meisten anderen spanischen Colonien dasselbe Bild von Intriguen, Verrath, Zwietracht, Grausamkeit und schmutziger Habsucht im Lager der Royalisten sowohl wie in dem der sogenannten Patrioten darbietet. Wir werden

hier Gelegenheit haben die beiden Koryphäen der südamerikanischen Revolution, San Martin und Bolivar, näher zu betrachten.

Am 5. Februar 1819 ward zwischen den Regierungen von Chile und Buenos Ayres ein Vertrag abgeschlossen zum Zwecke ein Heer nach Peru zu senden, um den dortigen Aufständischen bei der Austreibung der spanischen Truppen zu helfen, da die Gegenwart spanischer Heere in Peru eine beständige Drohung gegen die Existenz ihrer eigenen Staaten seyn würde. Außerdem ward in diesem Vertrage stipulirt, daß den Peruanern die Wahl ihrer Regierungsform allein überlassen bleiben und daß das Hülfsheer nur so lange in Peru sich aufhalten sollte, bis ein hinreichendes peruanisches Heer sich organisirt hätte und als die neu erwählte peruanische Regierung Hülfe verlangen würde. Das Hülfsheer unter dem Oberbefehle des Generals San Martin ward von der chilenischen Flotte unter Lord Cochrane transportirt und schiffte sich am 7. Sept. 1820 in Pisco aus. Es bestand ursprünglich aus ungefähr 3500 Mann, die sich bald beträchtlich durch das Hinzuströmen peruanischer Freiwilligen und Deserteure aus der spanischen Armee vermehrten*). Mit offenen Armen ward das Befreiungsheer in Peru empfangen und in kurzer Zeit befand sich das ganze Land in vollem Aufruhre gegen Spanien. Das spanische Heer bestand im Anfange aus beinahe 23,000 Mann, meist gedienten eingebornen Truppen; nur unter den Offizieren waren viele Europäer. Aber bald war die Hälfte der Soldaten nebst vielen Offizieren übergegangen. Die Aufständischen schlossen nun die Hauptstadt Lima ein, wo schon nach wenigen Monaten großer Mangel an Lebensmitteln eintrat, weßhalb der Vicekönig Laserna die Stadt mit seinen Truppen verließ. Während dieser ganzen Zeit befand sich der Oberbefehlshaber San Martin unthätig in Huaura, 40 Stunden nördlich von Lima,

*) Pruvonena.

den Peruanern selbst die Belagerung ihrer Hauptstadt überlassend. Sobald er von dem Abzuge Laserna's hörte, rückte er in Lima ein und errichtete dort sein Hauptquartier. Ueberhaupt blieb er während seines ganzen peruanischen Feldzuges in Unthätigkeit versunken und befleckte durch ungeschickte Intriguen und Grausamkeit seinen früher geernteten Ruhm. So sehr hatte die Trunksucht den Sieger von Chacubuco und Maipu heruntergebracht.

Am 28. Juli 1821, vierzehn Tage nach dem Abzuge der Spanier aus Lima, ward von dem Stadtrathe der Hauptstadt in Lima die peruanische Unabhängigkeit erklärt und als derselbe eine provisorische Regierung einsetzen wollte, verhinderte dieß San Martin und erklärte im folgenden Monate sich selbst zum Protektor mit 36,000 Dollars jährl. Gehalt. Kurze Zeit nachher diktirte er ohne Mitwirkung des Volkes eine Art von Constitution und begann mit Hülfe seines Ministers Monteagudo, unter dessen unbegränztem Einflusse er stand, jene lange Reihe von Erpressungen und Ungerechtigkeiten, welche seinen Namen in Peru damals so verhaßt machten. Der erwähnte Monteagudo war eines jener verächtlichen Wesen, deren die amerikanische Revolution so viele auf die trübe Oberfläche geworfen hat und die durch ihren unseligen Einfluß die neuen Republiken so gänzlich in den Augen der civilisirten Welt entehrt haben. Ohne Ueberzeugungen, käuflich, sittenlos und grausam, zeigte er bei jeder Gelegenheit seine grundsatzlose Erziehung und niedere Abstammung. Seine Mutter war die Sklavin eines Mönches, die sich nach der Geburt des künftigen Ministers mit einem spanischen Soldaten verheirathet hatte. San Martin dessen Ruf bisher ziemlich unbescholten geblieben war, fiel nun ganz in die Gewalt dieses Menschen, der ihn zu allen den Verbrechen verleitete, die dieser General in Peru begangen hat.

Ihre Erpressungen begannen sie mit der Verfolgung der reicheren Spanier welche im Lande verheirathet und naturalisirt waren, und denen in der Capitulation mit den spani-

schen Behörden von Lima vollkommene Sicherheit der Person und des Eigenthums versprochen war. Obgleich sie für ihre Naturalisation schweres Geld bezahlt hatten, verbot ihnen Monteagudo den Gebrauch von Mänteln und das Recht nach Sonnenuntergang auf den Strassen sich sehen zu lassen. Zuletzt ward den spanischen Bewohnern von Lima eine Contribution von 200,000 Dollars auferlegt*), außer den gewöhnlichen Steuern, nebst Waaren und Lebensmitteln die sie für die Armee und Flotte unentgeldlich zu liefern hatten. Nachdem diese Summen bezahlt waren, begannen die Verbannungen (darunter die des 80 jährigen Erzbischofs von Lima) und Confiscationen des Eigenthums die gegen jeden Verdächtigen verhängt wurden, und womit Monteagudo sich bereicherte**). Allein nicht nur die Spanier, sondern auch die einflußreichen peruanischen Patrioten sollten bald erzittern. Manche unter ihnen wurden im geheimen ermordet, Andere des Landes verwiesen; San Martin ließ unbegreiflicher Weise seinen Minister schalten wie er Lust hatte. Contributionen und Zwangsanlehen wurden den Plantagenbesitzern auferlegt unter dem Vorwande die Armee zu ernähren, während diese an allem Mangel litt und Monteagudo die gelieferten Waaren zu Spottpreisen verkaufen ließ. Außerdem ward ein Anlehen von 7½ Millionen Dollars in London negociirt. Die Folge von all diesem war, daß die spanischen Kaufleute, die reichste und nützlichste Classe der peruanischen Bevölkerung, mit allem was sie retten konnten, aus dem Lande wanderten und demselben so die meisten Capitalien entzogen die, da jene Spanier in Peru verheirathet waren, im Lande geblieben wären. Eine weitere Folge war, daß selbst unter der eingeborenen

*) Pruvonena.

**) Aus jener Zeit datiren die spanischen Reklamationen gegen Peru, welche heute noch nicht geordnet sind und hauptsächlich zum Zerwürfnisse zwischen Peru und Spanien geführt haben. Peru will keine Entschädigung bezahlen.

Bevölkerung die Republik immer verhaßter und die alte spanische Herrschaft zurückgewünscht ward.

Viele behaupten, daß San Martin, wie Iturbide in Mejico, sich zum Kaiser aufwerfen wollte; auch machte Monteagudo dem Staatsrathe einen förmlichen Vorschlag (ohne Wissen des Generals San Martin, wie Einige sagen) die Monarchie zu errichten und San Martin zum Kaiser zu krönen. Gewiß ist nur, daß San Martin die Monarchie als die passendste Regierungsform für jene Länder erklärte und in diesem Sinne Unterhandlungen mit dem spanischen Vicekönige Laserna (über die Erhebung eines spanischen Prinzen auf den peruanischen Thron) gepflogen hat. Er bestätigte die Adelstitel und stiftete den Sonnenorden mit drei Graden, deren erster erblich und mit großen Majoratsgütern dotirt ward. Zu Mitgliedern dieser neuen Aristokratie wählte er seine Schmeichler und Satelliten von denen viele, wie z. B. Monteagudo, von Negerabstammung oder illegitime Söhne waren. Im viceköniglichen Palaste zu Lima ließ er an die Stelle des Bildes Ferdinands VII. sein eigenes setzen. Kurz alles deutete auf seine monarchischen Gelüste, die er vielleicht befriedigt hätte, wäre ihm seine alte Energie geblieben; allein diese verlor er ganz in seinem Capua zu Lima.

Die Unthätigkeit von San Martin und der allgemeine Haß, den sich seine Regierung in Peru zugezogen hatte, ermuthigte wieder die Spanier welche überall im Lande große Vortheile errangen. Zuletzt sah sich San Martin genöthigt, sich an Bolivar, seinen Nebenbuhler, um Hülfe zu wenden und hatte mit ihm in Guayaquil eine Zusammenkunft, wo er aber nichts ausrichtete. Während seiner Abwesenheit hatte in Lima eine Volksversammlung stattgefunden, welche den Stadtrath wieder einsetzte der den Minister Monteagudo verbannte (zwei Jahre darauf ward dieser, wie es heißt auf Anstiften von Bolivar, in Lima heimlich ermordet), und Bolivar um Hülfe gegen die Spanier und den Protektor anflehte. San Martin sah, daß ihm wenig Hoffnung geblieben

war; er berief einen Congreß, der ihn in seiner Protektorwürde nicht bestätigte, sondern nur zum Generalissimus ernannte was San Martin nicht annahm. Da er sich auch auf sein Heer nicht mehr verlassen konnte, kehrte er nach Chile zurück. Zuvor hatte ihm Lord Cochrane, den er um jeden Preis mit seiner Flotte zu kaufen suchte, jede Unterstützung verweigert. Einige wollen wissen, daß Monteagudo als eifriger Republikaner den General San Martin nur deßhalb zu all jenen verhaßten Maßregeln und lächerlichem Pompe verleitet habe, um ihn desto sicherer zu stürzen; dieses ist unrichtig, denn Monteagudo war ein Mensch ohne alle Principien und den gemeinsten Lastern ergeben.

Nach San Martins Abdankung hatte der neue Congreß die Geschicke des Landes in seinen Händen. Der Präsident desselben, Luna Pizarro, ein Priester, lenkte denselben ganz nach seinem Willen im Sinne der maßlosesten Demokratie. Dieser Luna Pizarro, ein gefährlicher Intrigant, hat während seines Lebens Peru durch seine Ränke in beständiger Anarchie zu halten gesucht. In den Logen herrschte er unumschränkt; durch deren Einfluß setzte er Präsidenten ein und ab, und starb zuletzt als Erzbischof von Lima im Jahre 1854. Um die Macht nicht aus seinen Händen zu geben, übertrug der Congreß die Exekutive an drei Personen, wovon zwei Ausländer waren. Diese Junta von drei Personen stand unter beständiger Aufsicht des Congresses; ihr Präsident war General Lamar, ein Columbier der kurz zuvor noch spanischer Gouverneur von Callao gewesen war. Unter dieser Regierung schienen sich wieder alle Bande der Ordnung lösen zu wollen. Die Truppen wurden nicht bezahlt und desertirten in Masse, die Flotte ward verwahrlost, Rekruten wurden bei Tage in den Straßen mit Gewalt ausgehoben und selbst achtbare Bürger unter das Militär gesteckt, Mörder und Banditen begnadigt aus den Gefängnissen entlassen; dabei befanden sich die Finanzen im kläglichsten Zustande und die Regierung in vollkommener Unthätigkeit. Kurz, das Land versank in die

größte Anarchie. Immer allgemeiner ward der Wunsch nach Wiederherstellung der spanischen Herrschaft und damals hatte es ganz den Anschein, als ob dieß bald der Fall seyn würde, denn fast ganz Peru hatten die Spanier wieder in Besitz.

Als das spanische Heer sich der Hauptstadt Lima näherte, die es damals leicht hätte nehmen können, setzten die Offiziere der peruanischen bereits auf 3000 Rekruten herabgeschmolzenen Armee den Oberbefehlshaber General Arenales ab und erwählten an seiner Stelle den General Santa Cruz, der dem Congresse gebieterisch die Wahl seines Freundes Obrist Riva Aguero zum Präsidenten vorschrieb. Dieser der erste und vielleicht der beste und rechtschaffenste unter den vielen Präsidenten Peru's, brachte bald wieder Ordnung in die Angelegenheiten des Landes und würde sich, da er im Lande allgemein beliebt war, lange auf seinem Posten erhalten haben, wenn ihn nicht seine eigene Unentschlossenheit und die Intriguen Bolivar's bald wieder gestürzt hätten. Im Anfange zeigte er große Thätigkeit; in drei Monaten hatte er zwei wohl ausgerüstete Heere auf den Beinen, deren Kosten er ohne neue Contributionen und fremde Anleihen, bloß durch die regelmäßigen Einnahmen bestritt. Er zahlte sogar eine Anleihe von 100,000 Dollars zurück, welche der Congreß zu fünf Procent pro Monat Zinsen erhoben hatte um die Gehalte der Congreß-Mitglieder zu bezahlen, die für sich selbst ein tägliches Salair von zwölf Dollars votirt hatten. Alle Dinge gewannen jetzt rasch ein anderes Ansehen und bald kehrte das öffentliche Vertrauen wieder. Tausende strömten zur Armee und viele fremde Matrosen ließen sich in der Flotte anwerben, deren Oberbefehl Admiral Guise, ein tüchtiger englischer Marineoffizier erhielt. Eine Expedition von 5000 Mann schickte er unter General Santa Cruz nach dem Süden, der sich in Arica ein chilenisches Heer von 3000 Mann anschließen und mit der ein argentinisches Corps in Oberperu gleichzeitig operiren sollte, nach dem Plane den Riva Aguero

zur Befreiung Peru's entworfen und den er zur selben Zeit mit zwei peruanischen Heeren ausführen wollte.

Die zweite Armee ward im Norden von Peru organisirt und bestand aus 8000 Mann gedienter Truppen und 2000 irregulären Guerilleros. Riva Aguero hatte zugleich Bolivar, der damals mit einem Heere in Guayaquil stand, um Hülfe angesprochen die dieser bereitwillig gewährte und sofort 4000 Mann unter General Sucre abschickte. Bolivar hatte damals schon seinen Kaiserplan gefaßt, den er zunächst in Peru auszuführen gedachte und gab Sucre geheime Instruktionen, die zwischen Riva Aguero und dem peruanischen Congresse bestehende Feindschaft noch mehr anzufachen und das peruanische Heer unschädlich zu machen.

Riva Aguero hatte den Fehler begangen das eine Heer im Norden zu lassen und das andere nach dem Süden zu senden, während die Hauptstadt fast ohne Vertheidigung geblieben war. Diesen Fehler benützte rasch der spanische General Canterac und besetzte Lima, ohne daß Sucre der drei Stunden von Lima entfernt in Callao stand, einen Versuch machte ihn daran zu hindern. Der Congreß floh auch gleich nach Callao, wo Sucre ihm seine Hülfe gegen den Präsidenten anbot. Hiedurch ermuthigt, erklärte der Congreß den Präsidenten Riva Aguero für abgesetzt und ernannte an seiner Stelle den Marquis Torre Tagle, einen charakterlosen Trunkenbold. Früher schon hatte Sucre dem General Lamar angeboten ihn zum Präsidenten wählen zu lassen, was dieser jedoch ablehnte. Bald darauf ging der Congreß auf Sucre's Betrieb nach Trujillo, wohin ihm Riva Aguero, der gegen seine Absetzung protestirt und die der Congreß auf Anrathen von Sucre abermals widerrufen hatte, um sich desto leichter in Trujillo des verhaßten Präsidenten zu entledigen, nachfolgte. Sucre selbst schiffte sich in Callao nach dem Süden ein. Durch diese Manöver ließ er die Spanier im Besitze des größten und reichsten Theiles von Peru, wo sie frei sich concentriren und mit ihren Heeren gegen die aufständi-

Armee in Oberperu operiren konnten. Die Spanier vernichteten auch bald diese Armee und nöthigten Sucre, der bloß Arequipa besetzt hatte, sich wieder nach Callao einzuschiffen; ebenso mußte das chilenische Hülfsheer nach Valparaiso zurückkehren. Sucre war in vollständiger Unthätigkeit geblieben, aber er hatte seinen Zweck erreicht — die Vernichtung der starken Armee, welche Riva Aguero in Oberperu besaß.

Hierdurch ward Bolivar in Stand gesetzt, die frühere Anarchie wieder in Peru einzuführen und das Land dadurch desto leichter zu beherrschen. Zur Zeit von Sucre's Rückkehr nach Callao war Bolivar in Lima (das die Royalisten bald wieder verlassen hatten) angekommen. Riva Aguero hatte in Trujillo den Congreß aufgelöst und einen Senat von zehn Mitgliedern ernannt; in Lima aber hatte Torre Tagle aus Mitgliedern des aufgelösten Congresses einen Miniatur-Congreß zusammengesetzt, welcher ihn wieder zum Präsidenten ernannte und Riva Aguero als Landesverräther erklärte, während letzterem Sucre im Geheimen vor seiner Einschiffung in Callao wieder seine Unterstützung versprochen hatte.

Nach der Ankunft von Bolivar in Lima nahm der Congreß auf Torre Tagle keine weitere Rücksicht, sondern betraute sofort den General Bolivar mit der höchsten Civil- und Militärgewalt. Diese behielt er unumschränkt und ließ sie nach Beendigung des Krieges im Jahre 1826 in eine Diktatur auf Lebenszeit mit dem Rechte einen Nachfolger zu ernennen, umändern. Nun benahm er sich als absoluter Herr und Gebieter Peru's; den Staatsschatz betrachtete er als sein Privateigenthum; viele reichen Kirchengüter sowie confiscirtes Eigenthum wurden verkauft und in London machte er ein Anlehen von dreizehn Millionen Dollars auf peruanische Rechnung. Diese Summen wurden weniger für die Bedürfnisse von Peru verwendet, als für Intriguen in allen Theilen Amerika's; viel vergeudete er an seine Schmeichler und Maitressen. Dabei verfolgte er alle ehrlichen Patrioten auf den Tod, schickte viele in die Verbannung und sandte

nach Columbien einen großen Theil des peruanischen Heeres. Als Beweis seiner Absichten mag die folgende Stelle aus Bolivar's Briefen an seinen Agenten Mosquera in Peru dienen:

„Es ist nothwendig so zu arbeiten, daß nichts in Peru zu Stande kömmt, und hiezu ist der sicherste Weg sie alle untereinander zu entzweien. Das Mittel, welches Sucre anwandte um Torre Tagle zum Präsidenten zu machen, indem er Riva Aguero mitsammt dem Congresse wegschickte und ersterem dabei die Unterstützung der columbianischen Armee zusagte, um den Congreß aufzulösen, ist ausgezeichnet. Nicht einmal der Schatten einer Regierung darf dort existiren und dieß erlangt man durch die Ernennung einer Anzahl von Herrschern, die man alle in Opposition zu einander setzt. Bei meiner Ankunft in Lima muß Peru ein reines Feld seyn, damit ich darin thun kann, was convenirt." Dieser Auszug ist einem Werke: El Libertador entnommen, welches ein Columbier Simon Rodriguez zur Vertheidigung Bolivar's schrieb und 1830 in Arequipa veröffentlichte. Er wollte aus diesem Briefe die tiefe Staatskunst des „Befreiers" beweisen und meinte, zur Erreichung eines großen Zweckes dürfe man vor kleineren Uebeln nicht zurückschrecken. Betrachten wir nun die Instruktionen, welche Bolivar nach seiner Rückkehr nach Columbia von dort aus an seinen Agenten in Peru sandte, nachdem er die Constitution welche er selbst Peru gegeben, beschworen hatte.

General Bolivar an General Thomas C. Mosquera, Gesandter bei der Regierung von Peru. „Bei dem Durchlesen Ihrer letzten Mittheilung fand ich es sonderbar, daß Sie von den Instruktionen, welche ich Ihnen von Quito aus sandte, abwichen, indem Sie als Grund die Ereignisse in Venezuela und die Aenderung meiner früheren Meinungen auf [illegible] resse zu Bogota angeben. Diese Dinge sollten ein[illegible] Politiker der meinen Charakter gründlich[illegible]

Operationen nicht aufgehalten haben. Nichts schreckt mich ab, am allerwenigsten wenn ich die Leute kenne mit denen ich zu thun habe. Das Kaiserreich muß ausgeführt werden, sonst wird Amerika mit Blut überschwemmt werden. Deßhalb empfehle ich Ihnen Energie und Standhaftigkeit. Was haben Sie von den armseligen Peruanern zu fürchten? Rechnen Sie denn nicht auf das Einverständniß von Gamarra und Lafuente, sind nicht unsere Freunde Herren im Kabinette und Staatsrathe? Haben dieselben nicht eine Majorität in der Loge? Sind sie nicht beschützt durch unsere Flotte und sicher gestellt durch meine Macht? Lassen Sie mich nur allein mit dem Bauern Paez und den Doktoren von Bogota. Wenn Sie nur dort gut arbeiten, so stehe ich für den Erfolg. In der Zwischenzeit muß die dortige Regierung die Liberalen vernichten unter dem Vorwande, sie seien Anarchisten. Sollten Sie jene feigen Bursche Gamarra und Lafuente zu furchtsam und vor den Anarchisten erzittern sehen, so autorisiren Sie nur dieselben aus dem peruanischen Staatsschatze eine Million zu entnehmen; sie werden es nicht abschlagen, wenn Sie ihnen begreiflich machen, es wäre dieß ihr Reisegeld während der Flucht."

„Die Hauptsache ist diese Leute mit dem Kaiserreiche und dessen Stabilität zu kitzeln. Schmeicheln Sie dem Gamarra mit dem Versprechen, daß er das beste und reichste Herzogthum, das von Santa bis zum Apurimac, erhalten soll. Sagen Sie dem Lafuente bei Seite dasselbe über sein Herzogthum — vom Apurimac bis an den Desaguadero — und erhalten Sie zwischen diesen beiden und dem Elespuru eine beständige Eifersucht. Mit dieser verführerischen Idee einer Dauer ihrer Würden, frei von allen Wechselfällen der Anarchie, haben wir dieselben sicher. Auf diese Weise amüsirt werden sie den doppelten Zweck nicht verstehen das Herzogthum Nordperu mit Columbien zu vereinigen, obgleich das Kaiserthum untheilbar bleiben muß. Suchen Sie immer auf gutem Fuße mit General Santa Cruz zu stehen. Sollten Sie ihn unruhig sehen über sein künftiges Schicksal — die Schwätzer könnten ihm ja sagen, daß ich das Herzogthum Bolivia für Sucre bestimmt habe — so versichern Sie ihn auf mein Ehrenwort, das Herzogthum Lima sei ihm gewiß. Auf

diese Weise bestrafen wir den Gamarra für seine frühere Treulosigkeit."

„Seien Sie immer herablassend mit O'Higgins. Bewirken Sie, daß er Uneinigkeit in Chile erhalte, denn dann kann ich ihn von Peru aus zur passenden Zeit mit Truppen unterstützen. Mischen Sie Sich nicht in die Angelegenheiten von Buenos Ayres, denn dort habe ich meine Agenten und Spione, aber führen Sie Ihre Correspondenz mit Infante und Seoane fort. Suchen Sie, daß die Flotte wohl versorgt bleibe und nie in Berührung mit dem Hafen komme. Verlangen Sie mit Energie die 300,000 Dollars und lassen Sie unter keinem Vorwande die Geldsendungen aufhören. Ihre Hauptsorge muß immer seyn, daß das peruanische Heer, Flotte und Miliz entwaffnet werden. Einen guten Vorwand hiezu gibt die Herstellung des Friedens und der Ruin der peruanischen Finanzen, den die Erhaltung einer unnöthigen Armee verursachen würde. Sie kennen die Nothwendigkeit nur mir ergebene Personen in den Staatsämtern anzustellen, weßhalb Sie Sich zu deren Gunsten bei der dortigen Regierung interessiren müssen. Ueberflüssig ist es Ihnen zu bemerken, daß nur gute Columbier einen Einfluß bei Gamarra und Lafuente haben dürfen, denn Andere könnten denselben über die politische Lage die Augen öffnen. Bedenken Sie wohl, daß wenn ein Umschlag der Meinungen in dem dortigen Kabinette oder eine Aenderung in der Regierung eintreten sollte, alles verloren seyn würde. Was wäre dann unser Schicksal? Erinnern Sie Sich nicht mehr unserer Lage in den vergangenen Monaten? Hätte damals nicht Lamar den Krieg als petit maitre geführt, so waren alle meine Plane zu nichte. Verstehen Sie wohl, daß Peru mein Ausgangspunkt ist und daß wir ohne Peru keine Basis besitzen. Thun Sie alles im Einverständnisse mit Larrea und berathen Sie Sich mit Perez Tudela und Ortiz Cevallos. Geben Sie immer denselben zu verstehen, daß ich alt und sehr abgelebt sei und meinen Plan nicht überleben könne; daß man daher nicht annehmen dürfe, ich hätte andere Absichten als die Consolidirung von Amerika. In jenem Falle wird der würdigste unter den Herzögen des Kaiserreiches mein Nachfolger. Ich vertraue auf Ihre Klugheit in der

Führung dieser Angelegenheiten, und daß Sie keine Gelegenheit unterlassen werden mir alles in möglichst kurzer Zeit mitzutheilen."

Die Aechtheit des obigen Briefes, den wir aus den Memoiren von Pruvonena (geschrieben unter Mitwirkung des früheren Präsidenten von Peru Riva Aguero) entnommen haben, wird von Manchen bezweifelt, in Amerika aber von Vielen geglaubt. Bolivar hatte sich wie San Martin von der Unmöglichkeit überzeugt republikanische Institutionen im spanischen Amerika einzuführen, und prophezeite richtig, daß dieselben seinem Vaterlande Ströme von Blut kosten würden. Allein zur Einführung einer Monarchie war es damals schon zu spät, und weder Bolivar noch irgend ein anderer seiner Revolutionsgenossen hätten dieselbe überhaupt je begründen können. Hätte man zu Anfange der Revolution spanische Prinzen auf die amerikanischen Throne erhoben, so hätten diese jene Länder consolidiren können; nachher, wie auch jetzt noch wäre dieß nur einem fremden Eroberer, gestützt auf eine zahlreiche fremde Armee, möglich gewesen. Dem Briefe nach kannte Bolivar seine Leute, alle hat er darin richtig beurtheilt, namentlich den Gamarra und Lafuente, niedrige, charakterlose Menschen die nur durch große Aussichten und Versprechungen zu gewinnen waren. Bolivar brauchte sie zu seinem Zweck -- Gamarra war damals Präsident und Lafuente Vicepräsident von Peru — da sie den größten Einfluß im Lande besaßen. Sonderbar ist nur, daß er in diesem Briefe des einflußreichen Intriganten Luna Pizarro mit keinem Worte erwähnt. Jedenfalls entspricht der Brief ganz dem Charakter Bolivar's und zeigt, daß er die richtige Person zur Ausführung dieser Instruktionen gewählt hatte. Unter allen Staatsmännern Amerika's ist keiner dem General Bolivar an Charakter so ähnlich, wie eben jener Mosquera der heute die Geschicke von Columbien lenkt und dieses unglückliche Land durch seine ewigen Intriguen an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Schon im nächsten Jahre, am 17. Dezember 1830, starb plötzlich Bolivar und nie wieder ward der Versuch gemacht, seine hochfliegenden Pläne auszuführen.

Zur Vergleichung geben wir noch einen Brief Bolivar's an Riva Aguero, den letzterer selbst veröffentlichte. Wie wir gesehen haben, hatte Bolivar die Absicht die Errichtung einer nationalen Regierung und Armee in Peru zu verhindern, weßhalb er den General Sucre beauftragte in Callao den Präsidenten Riva Aguero zu stürzen und an seine Stelle den Marquis Torre Tagle einzusetzen. Hierdurch ward die Anarchie gewiß, zwei Präsidenten und zwei Heere in offener Feindseligkeit gegen einander. Beiden Präsidenten bot Sucre insgeheim seine Unterstützung an. Dieß geschah, als die Hauptarmee von Riva Aguero, 7000 Peruaner und 3000 Chilenen sich in Oruro befanden, 600 Stunden südlich von Trujillo, wo sich damals Riva Aguero aufhielt.

An Se. Excellenz, Herrn Jose de la Riva Aguero.

Seit der Erwählung Ew. Excellenz zum Präsidenten von Peru, haben Sie jeden Tag Ihrer Regierung durch klare Beweise Ihrer Weisheit und Uneigennützigkeit bemerklich gemacht. Der Staat ist durch die beklagenswerthen Ereignisse die das Land noch lange betrauern wird, zu Grunde gerichtet. Ew. Excellenz sammeln jetzt wieder die zerstreuten Reste der Republik und bauen zum zweitenmale dieses schöne politische Gebäude auf. Bei der bloßen Nennung Ihres Namens eilen wir Columbier und Chilenen, unsere Heere, Schiffe und alles was wir am höchsten schätzen, Ew. Excellenz zu übergeben. Schon befindet sich eine große Armee unter den Befehlen Ew. Excellenz — eine Armee welche den Stolz des gemäßigtsten Bürgers erregen muß, denn sie verspricht der neuen Welt Ruhm und Freiheit. Tapfere Männer aus allen Theilen Amerika's gehorchen den Befehlen Ew. Excellenz und trotzdem ist Ihre Bescheidenheit so groß, daß Sie mich herrufen, um Sie des Glückes zu berauben der Befreier Ihres Vaterlandes und der

Obergeneral der verbündeten Armee zu seyn*). Wahrlich, ich weiß nicht, welches Gefühl in mir mehr vorherrscht, die Bewunderung Ihres Edelmuthes oder die Verwirrung über die Ehre, welche Sie mir übertrugen und die ich so wenig verdiene. Doch wenn Peru meiner Dienste bedarf, so will ich keinen Augenblick länger zaudern. Ich werde nach Peru fliegen und mein Schwert zur Verfügung Ew. Excellenz stellen, sobald als der columbische Congreß mir diese Gunst bewilligt, was ich jeden Augenblick erwarte. Erweisen Sie mir die Ehre, die Gefühle meiner tiefsten Hochachtung und ausgezeichnetsten Hochschätzung entgegennehmen zu wollen, womit ich die Ehre habe zu seyn Ew. Excellenz gehorsamer Diener

S. Bolivar.

Hauptquartier zu Guayaquil, 8. Mai 1823.

Im nächsten Juli schrieb General Sucre, der 20 Tage vorher in Callao eine Revolution gegen den Präsidenten Riva Aguero zu Gunsten von Torre Tagle angestiftet hatte, einen Brief an denselben Riva Aguero der noch mit einer starken Armee in Trujillo stand, worin er ihn als Präsidenten anerkannte und zu überreden suchte, seine Truppen nach dem Süden zu senden um gegen die Royalisten zu operiren. Sein Zweck war, diese Truppen zu gewinnen und sich des Riva Aguero zu entledigen. Allein da sich Riva dießmal nicht täuschen ließ und nicht in die Pläne von Sucre einging, so kaufte Bolivar den Obrist Lafuente für 1000 Goldunzen, seinen Freund und Wohlthäter zu verrathen was der feile Lafuente richtig ausführte und den Präsidenten Riva Aguero gefangen nach Guayaquil schickte. Obschon Bolivar zur selben Zeit den Riva Aguero als Präsidenten anerkannt

*) Sucre hatte den peruanischen Congreß bestimmt dem Präsidenten Riva Aguero zu befehlen, den General Bolivar zum Oberbefehlshaber des Heeres zu ernennen. Diese Ernennung war also die Folge von Intriguen und kein freier, freiwilliger Akt.

und ihm versprochen hatte, die Präsidentschaft dem Torre Tagle zu nehmen, die Sucre diesem verschafft hatte, so erließ er doch den folgenden Befehl, sobald er hörte, daß Lafuente erfolgreich in seinem Unternehmen gewesen war: „Sechs Stunden nach Empfang dieser Ordre sind die folgenden, des Hochverraths überwiesenen Verbrecher an einem versteckten Orte zu erschießen, ohne alle Formalitäten und ohne vorhergehende Untersuchung: Don Jose de la Riva Aguero (Präsident von Peru), Don Manuel Perez de Tudela (Finanzminister), Don Jose Maria Novoa (Kriegsminister), Don M. Anciya (Chef des Generalstabs der Nordarmee), Don Toribio Davalos (Obrist und erster Adjutant des Generalstabes), Don Jose de la Torre Ugarte (Unterkriegssekretär), Don Ramon Novoa (Obrist eines Infanterieregimentes) und Don Ramon Herrera (Brigadegeneral)." Gleich darauf ward der Todesbefehl wieder suspendirt. Als Lafuente den Präsidenten an Bolivar auslieferte, ließ ihn dieser in Ketten legen und behielt ihn zehn Tage lang als zum Tode verurtheilten Gefangenen im Gefängnisse. Glücklicher Weise kam zur selben Zeit der peruanische Admiral Guise (Engländer) mit seiner Flotte nach Guayaquil und bewog den Bolivar, den General Riva Aguero entkommen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

XXXIV.

Ein Blick auf die Unterrichtsfrage und Thorbecke's Ministerium in den Niederlanden.

Ich erfülle endlich das Versprechen welches ich Ihnen schon seit mehreren Monaten gegeben, und setze Sie in Kenntniß von gewissen Erscheinungen in den socialen und politischen Verhältnissen der Niederlande, welche vielleicht einen größern Theil Ihrer Leser interessiren dürften.

Zwar gehören die Niederlande, oder Holland wie man in fast ganz Deutschland zu sagen pflegt, zu denjenigen Reichen Europa's deren Lage es ihnen zur Nothwendigkeit macht in der europäischen Politik so wenig wie möglich mitzusprechen. Durch ganz andere Mittel müssen gegenwärtig die Holländer, und ihr König Wilhelm III., sich zu heben und zu halten suchen als in der Zeit, wo der Oranier Wilhelm III., der Statthalter, den englischen Thron bestieg (1688). Mehr als je sind sie darauf angewiesen auch im öffentlichen Leben das zu verwirklichen, womit der verewigte Prof. Wachsmuth in seinem Werke über die Civilisation Europa's die holländische Nation charakterisirt, nämlich „die streng gegliederte Regelung des Friedlebens."

Dieses Friedleben mag jetzt freilich im Allgemeinen das Ausland sehr wenig interessiren, aber es gibt doch gewisse Ereignisse auch im stillsten Familienkreise welche, obgleich nur ganz eigenen häuslichen Verhältnissen entsprungen, an und für

sich einen gewissen moralischen Werth haben, wovon vielleicht noch obendrein andere Familien, andere Nationen ein Beispiel zur Warnung oder Ermunterung nehmen können. In wie fern das mit den Niederlanden der Fall ist, mögen die nachstehenden Zeilen ausweisen.

Eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit ist die Unterrichtsfrage, und diese Frage hat in den letzten Jahren auch der niederländischen Regierung am meisten zu schaffen gemacht. Seit dem Jahre 1857 ist ein Gesetz über den Elementar-Unterricht angenommen und zur Ausführung gebracht worden; und seit dem Jahre 1859, wo Thorbecke zum zweitenmale Minister des Innern und Präsident wurde, ist das Gesetz für den sogenannten mittleren Unterricht angenommen, und mit der größten Entschiedenheit in Kraft gesetzt.

Es war ein schon seit vielen Jahren gefühltes Bedürfniß, welchem diese Gesetze abhelfen sollten. Im Jahre 1848 bei der sogenannten Revision der Verfassung (Grondwetsherziening) ist dieser wichtige Gegenstand nur sehr spärlich diskutirt worden. Der Artikel welcher vom Unterricht handelt, besagt nur, 1) daß fortwährend von der Regierung für hinlänglichen öffentlichen Unterricht durch das ganze Reich gesorgt werde; 2) daß jeder Ueberzeugung in Religionssachen gehörig Rechnung zu tragen sei (geeërbiedigd), und daß die Lehrer, ausgenommen die der Universitäten und die Gymnasial-Lehrer der griechischen und lateinischen Sprache und Literatur, vor ihrer Anstellung ein besonderes Examen zu bestehen und Beweise ihrer sittlichen Haltung vorzulegen haben.

Man hatte nun seit dem Jahre 1806 einen sehr unvollständigen Begriff von den Classen nach welchen die hier angedeuteten Lehrer zu vertheilen wären, und wie weit ihre Befugniß sich ausdehne. Sie wurden in der revidirten Verfassung nur Lehrer vom mittlern und Elementar-Unterricht (middelbaar en lager onderwys) geheißen. Das Gesetz von 1806 hat den Unterschied auch gar nicht betont, weil nämlich die Grenzen und der Umfang der speciellen Unterrichtsthätigkeiten in der Elementar-Schule und dem Gymnasium noch gar nicht geregelt und festgesetzt waren. König Ludwig Napoleon hat die erste Hand

daran gelegt einen genaueren Unterschied festzustellen zwischen instruction primaire (Elementar-Unterricht) und instruction secondaire; ohne den eigentlichen Gymnasial-Unterricht zu berühren. Ja sogar im Jahre 1814 und 1815, wo der holländische Ausdruck „middelbaar Onderwys" zuerst in der Verfassung vorkommt, hatte er noch eine ebenso unbestimmte Bedeutung. Im Jahre 1828, als von König Wilhelm I. eine Commission ernannt wurde, um gewisse Fragen hinsichtlich des Universitäts- und Gymnasial-Unterrichts zu lösen, fand man in deren Rapport von 269 Folio-Seiten eine Art Unterricht beschrieben, welcher nicht zum höheren Unterricht gehörig als mittlerer Unterricht (middelbaar Onderwys) bezeichnet wurde. Seitdem hat man den Ausdruck beibehalten ohne sich weiter darüber zu verständigen. Im Jahre 1829 aber wurde wieder eine Commission eingesetzt zur Regelung des mittleren Unterrichts, aber der König rechnete zu den dahin gehörigen Schulen besonders die Gymnasien und Seminarien, oder alle Anstalten, wo die alten Sprachen gelehrt und die erste geistliche Erziehung gegeben, oder die Vorbereitung zu den Universitätsstudien gewonnen wird, obgleich solche Schulen nach dem Gesetze von 1815 ganz bestimmt zur Classe des höheren Unterrichts gehören sollten. Es ist damals von der Regierung ein Beschluß gefaßt worden in Uebereinstimmung mit ihrer Definition, doch vorläufig wurde die Sache nicht mehr zur Sprache gebracht.

Seit dem Anfange des Thorbecke'schen Regiments ist die Frage wieder aufgeworfen worden, und sie ist sozusagen mit der Politik dieses Mannes verwachsen.

Thorbecke, bekannt als mehrmaliger Minister des Innern, begann seine politische Laufbahn, als im Jahre 1840 König Wilhelm II. dem schon lang geäußerten Wunsche seines Volkes bezüglich einer vollständigen Umarbeitung der Verfassung nachgab. Da wurde Thorbecke zuerst in die zweite Kammer gewählt, welche gesetzlich in Doppelzahl versammelt war, und er gehörte zu denjenigen welche eine ziemlich radikale Umarbeitung, der die Regierung bis dahin durch ein Palliativmittel von einigen Artikeln vorzubeugen suchte, mit aller Entschiedenheit erstrebten.

Thorbecke war zwar nicht zum Politiker erzogen, bildete

sich aber selbst dazu aus. In seiner Jugend bestimmte ihn sein Vater zum Predigeramt. Bald vertauschte er indeß die Theologie mit den literarisch-philosophischen Studien, und zeichnete sich darin so aus daß er auf Kosten der Regierung zwei Jahre in Deutschland zu seiner weiteren Ausbildung zubrachte. Als er aber im Jahre 1822 in sein Vaterland zurückkehrte, meinte die Regierung, Thorbecke habe sich zu sehr vom protestantischen Orthodoxismus entfernt, als daß man ihm ein Professorat der Philosophie anvertrauen dürfte. Hierauf kehrte er als 26jähriger Jüngling nach Deutschland zurück, hielt sich eine kurze Zeit in Gießen auf, und begab sich dann weiter nach Göttingen um Krause's Lehre zu studiren und sich zu gleicher Zeit in den Staatswissenschaften auszubilden. Demzufolge wurde er nach der Veröffentlichung eines Buches über diesen Gegenstand (Bedenkingen over het Recht van den Staat) im Jahre 1825 als Professor der Staatswissenschaften zu Gent angestellt. Dort lebte er ungefähr fünf Jahre, verheirathete sich mit einer sächsischen Dame aus Dresden, worauf er durch die Revolution aus Belgien vertrieben und als Professor der Rechte in Leyden angestellt wurde. Hier machte Thorbecke die niederländische Staats- und Rechtsgeschichte zu seinem Hauptfache, und veröffentlichte endlich eine Arbeit: „Anmerkungen zur Verfassung" (Aanteekeningen op de Grondwet), womit er den ersten Anstoß zur Liberalisirung der Verfassung und zu einer Beschränkung der königlichen Macht gab, wovon die bis dahin sehr eingeschränkten Katholiken einstweilen nicht die schlechtesten Früchte ernteten.

So kam nun im J. 1840 die Doppelkammer zusammen, um die vorzunehmende Verfassungsreform zu berathen. Jedoch blieben die Vorschläge einer Aenderung vorläufig erfolglos*).

*) Die Hauptpunkte waren: 1) Regelung des Stimmrechtes durch ein Gesetz. 2) Herabsetzung der Kronrevenüen. 3) Ein Gesetz soll die Verwendung der Ueberschüsse von den Colonien regeln. 4) Das Budget soll in allen Artikeln besonders von der Kammer diskutirt werden dürfen. 5) Die Dauer des Mandates der Abgeordneten oder Gemeinderäthe soll beschränkt werden. 6) Es soll strengere Controle bei der Verwaltung der Finanzen eingeführt werden. 7) Aenderungen sollen in dem Conscriptions-Gesetze eintreten.

Wohl wurde seit der Thronbesteigung Wilhelms II., im Monat November 1840 dem niederländischen Volke und folglich auch den Katholiken eine größere Freiheit zu Theil; aber der große Plan zur völligen Reorganisation scheiterte an dem Widerstande der calvinistischen Conservativen.

Thorbecke mußte aus der Kammer weichen, als im Jahre 1844 ein neuer Antrag zur Umarbeitung der Verfassung von neun Männern, an deren Spitze er sich gestellt hatte, weder durch die Regierung noch durch die Kammer unterstützt wurde. Thorbecke wurde sogar im nächsten Jahre nicht wieder in die Kammer gewählt. Er blieb jetzt wieder drei Jahre Professor zu Leyden, bis er im Jahre 1848 von König Wilhelm II. an die Spitze einer Commission zur Umarbeitung der Verfassung gestellt, deren Entwurf beinahe ohne Aenderung von den Kammern zum Gesetz erhoben wurde. Hiermit war nun der Artikel über die Freiheit des Unterrichts, wovon ich oben gesprochen, angenommen. Hierbei wurde aber weder in der Diskussion noch durch erklärende Zusätze der Ausdruck „mittlerer" Unterricht genauer umschrieben*).

Thorbecke wurde nun plötzlich populär; mehrere Distrikte wählten ihn zum Abgeordneten, und bei einem Ministerwechsel des J. 1849 wurde er zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen. Was konnte man jetzt nicht alles von ihm erwarten, zur weiteren Regelung dieser Sache!

Zuerst aber wurde die Unterrichtssache in die Hände einer Commission gelegt. In dem Rapporte dieser Commission wurde der Vorschlag gemacht, den Unterricht ganz frei zu geben unter der Bedingung, daß die Lehrer aller Unterrichtsfächer eine Prüfung ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse zu bestehen hätten. Die Regierung änderte diesen Vorschlag in dem Sinne, daß nur die

*) Thorbecke selbst betrachtete die Ausdrücke womit man die verschiedene Art von Unterricht anzudeuten pflegte, als zu unbestimmt um sie überhaupt in der Verfassung anzuwenden; und zweitens war es ganz gegen seine Meinung und im Widerspruche mit dem Gesetzvorschlage, daß die Universitäts-Professoren und sonstigen Lehrer des classischen Alterthums der Prüfung ihrer Fähigkeiten und ihrer sittlichen Haltung enthoben seyn sollten.

Lehrer des Elementar- und mittleren Unterrichts sich einer Prüfung ihrer Fähigkeiten und einer Untersuchung ihrer sittlichen Haltung zu unterziehen hätten. In seinen „Beiträgen zur Revision der Verfassung" machte Thorbecke, der selber Mitglied der genannten Commission war, sofort die Bemerkung, wie thöricht es sei, daß der Arzt und der Advokat eine Prüfung ihrer Fähigkeiten, die Lehrer der Medicinal- und Rechtswissenschaften aber keine zu bestehen hätten. „Es sei gar nicht zu vertheidigen", sagte er, „daß die Lehrer der antiken Sprachen ohne eine vorhergehende Prüfung lehren dürften, während die Lehrer der modernen Sprachen sich die Befugniß dazu durch ein Examen erwerben müßten." So drängte die Frage, was man denn endlich unter dem mittleren Unterricht zu verstehen habe, zur Entscheidung. Und doch blieb die ganze Unterrichtsfrage wieder stecken, denn auch eine Commissionsuntersuchung über das Gebiet des höheren Unterrichts blieb erfolglos. Thorbecke legte der Regierung zwar ein neues Gesetz zur Regelung des Elementar-Unterrichts vor, doch nachdem auch hierüber ein paar Jahre verflossen, und die Regierung endlich im Jahre 1854 bei der Kammer ein ähnliches Gesetz einbrachte, wurde die Behandlung der Sache durch ein neues wichtiges Ereigniß wieder aufgeschoben.

Die Katholiken nämlich fußend auf den Rechten, welche ihnen nach dem Wortlaut der neuen Verfassung zuerkannt waren, namentlich auf der ihnen jetzt zuerkannten Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern, und der Freiheit mit ihren Religionshäuptern correspondiren zu dürfen, forderten von der Regierung die Wiederherstellung der in den Niederlanden seit dreihundert Jahren abgeschafften Hierarchie.

Thorbecke stimmte damit überein. Die Bischöfe wurden ernannt. Aber eine allgemeine Aufregung ging durch das Land; die Calvinisten stachelten überall das Volk gegen den Minister auf. Tausende von Unterschriften in den protestantischen Kirchen, sogar vom ungebildetsten Theile der Bürger gesammelt, wanderten mit einer antiministeriellen Protestation nach dem Haag, und Thorbecke mußte abtreten.

Während der sechs folgenden Jahre, wo Thorbecke das Rul

nicht mehr in Händen hatte, wurde über die Grenze, welche zwischen den verschiedenen Arten des Unterrichts zu ziehen sei, vielfach hin und wider gesprochen, der Kern der Frage blieb aber unberührt. Doch wurde im Jahre 1855 von der Regierung unter dem Minister van Reenen ein neuer Antrag zur ausschließlichen Regelung des Elementar-Unterrichts durchgesetzt, worauf ein Gesetz für diesen Theil der Schulfrage im Jahre 1857 zu Stande kam, welches nach unten die Grenzen des mittleren Unterrichts abschloß.

Bald waren jetzt sechs Jahre verflossen, daß Thorbecke aus dem Ministerium hatte ausscheiden müssen, bis endlich die anticonservative und anticalvinistische Mehrzahl der Kammer, unterstützt von den Katholiken, ihn wieder an das Staats-Ruder brachte. Als einfaches Kammermitglied war er mit seiner Partei schon von großem Einfluß auf das neue Unterrichts-Gesetz gewesen. Er und die Seinen hatten die Ausschließung des Religionsunterrichts von der Schule durchgesetzt, und in dieser Frage waren sie auf einen großen Widerstand von Seiten der gläubigen Calvinisten, an deren Spitze Groen (Grun) van Prinsterer stand, und natürlich nicht weniger der katholischen Abgeordneten gestoßen. Die Schule soll dem Kinde „passende und nützliche Kenntnisse beibringen, welche dienen zur Entwicklung seines Verstandes, und es zu christlichen und socialen Tugenden erziehen". Das ist der Wortlaut des Gesetzes. Im Staatsblatte aber erklärte der Minister den Ausdruck „christliche Tugenden" so, daß man hierunter nur eine Richtung des Wissens auf das Gute und dessen Ausübung im Leben verstehen soll, mit Ausschluß dessen was zu dem eigentlichen Begriffe des Christenthums, zu seinen Wahrheiten, Thatsachen und seiner Geschichte gehört. Das Wort „christlich" steht also ganz überflüssig da.

So fand also Thorbecke für die weitere Regelung der Unterrichtsfrage ein vorbereitetes Feld. Es war jetzt ermöglicht ein regeres Leben im Schulwesen eintreten zu lassen, aber nach dem angenommenen Prinzip war auch der Grund dazu gelegt, den Religionsunterricht und alles was dazu gerechnet werden könnte, von allen öffentlichen Schulen, die noch ins Leben ge-

rufen werden könnten, wie von denen des Elementar-Unterrichts ausgeschlossen zu erklären.

Wirklich kam im Jahre 1863 unter Thorbeckes Präsidium ein weiteres Gesetz für den mittleren Unterricht, und natürlich auch eine Definition dieses Unterrichts zu Stande.

Hiernach sollte derselbe zur Bildung aller derjenigen dienen, welche über den Elementar-Unterricht hinaus sich nicht zu Gelehrten, aber sonst zu irgend einer beliebigen praktischen Lebensstellung ausbilden wollten. Der Hauptgedanke ist also Volksbildung im weitesten Sinne und ein Unterricht von ausschließlich praktischem Werthe, d. h. keine Wissenschaft um der Wissenschaft willen. Hievon bleiben selbstverständlich die älteren Sprachen und ihre Literatur ganz ausgeschlossen, und der Kern des Unterrichts wird durch die physikalischen Wissenschaften gebildet, deren Vierzahl an der Spitze von allen übrigen Fächern stehen soll.

Es wurde dann weiter die Gründung von Schulen beschlossen, welche in drei Kategorien getheilt werden sollten: Bürgerschulen mit zweijährigem Cursus, mit dreijährigem Cursus, mit fünfjährigem Cursus welche letztgenannte in allen Wissenschaften etwas weiter gehen als z. B. die preußischen Realschulen. Ferner sollen noch Ackerbauschulen und eine polytechnische Schule gegründet werden, alle auf die verschiedenen Bedürfnisse von Landleuten und Bürgern aller Classen und Bildungsstufen berechnet.

Seit der Zeit ist mit der Ausführung dieses Gesetzes vorangegangen worden. Es sollen nach dem Art. 18 an eigentlichen öffentlichen höheren Bürgerschulen allein von Staatswegen fünfzehn errichtet und dabei keine Kosten gespart werden. Die Lehrer werden sehr hoch honorirt, ungefähr mit 2000 bis 3000 Gulden und sie bekommen überdieß Pensionsrecht. Schon sind in den zwei seitdem verflossenen Jahren drei öffentliche Schulen mit fünfjährigem Cursus, drei mit dreijährigem und drei subsidiirte städtische Anstalten mit fünfjährigem Cursus, vier mit dreijährigem Cursus zu Stande gekommen, wodurch solch ein Mangel an guten Lehrern entstanden ist, daß mancher Deutsche hier oder dort eine Stelle gefunden hat. Die Prüfungen für zukünftige Lehrer sind so eingerichtet, daß man mit de

Beseitigung des Systems der Classenlehrer nur Fachmänner, z. B. sogar für jede neuere Sprache einen besondern anstellen will. So hat nun der Unterricht für junge Kaufleute, zukünftige Industrielle, Ingenieurs oder Landwirthe einen neuen Aufschwung bekommen.

Ob die Provinzial-Inspektoren denen die Ueberwachung des Vollzugs der von dem Gesetz vorgeschriebenen Einrichtungen aufgetragen ist, nach dem Geiste des Volkes in der ihnen zugewiesenen Provinz ihre Pflicht erfüllen, und nicht nach ihrer persönlichen Ansicht und Richtung dem Gesetze eine Deutung geben werden, welche es statt heilbringend schädlich macht: das wird die Zeit uns lehren. Diesen Herren liegt jetzt die Hauptverantwortlichkeit für die richtige Befolgung der neuen Vorschriften ob. Und es gehört wahrhaftig ein sehr harmonisch gebildeter Geist dazu, ein Herz das empfänglich ist für die das Leben verschönernden Eindrücke der literarischen und historischen Studien, und ein Verstand der nicht geneigt ist die physikalischen Wissenschaften in ihrem praktischen Werthe als Hauptsache zu überschätzen: um zu bewirken, daß die jungen Leute nicht für alle Zukunft Schaden leiden. Wie wenn sie, einmal für irgend eine praktische Beschäftigung befähigt, ihren Beruf erreicht haben, ihren ehemaligen Lehrern und Inspektoren es zum Vorwurf machen müßten, das neue Gesetz durch die Bevorzugung der positiven Wissenschaften mehr mit Rücksicht auf die einseitige Verstandesbildung und mit vollständiger Vernachlässigung des innern Gemüthslebens zur Ausführung gebracht, dem Gefühl für das Schöne und Gute, der Phantasie während der Schuljahre keine Nahrung geboten zu haben? Erst seit einem Jahre sind obengenannte Schulen in Wirkung getreten. Die Inspektoren haben also nur bei einzelnen Veranlassungen oder im Stillen Gelegenheit gehabt ihre Auffassung des Gesetzes zu bekunden.

Unabhängig von der Schulaufsicht hat indeß das Gesetz durch die freiere Bewegung des Geistes, welche während der Zeit des zweiten Ministeriums von Thorbecke im protestantischen Theil der Bevölkerung (ungefähr ⅔ der Gesammtzahl) erwacht ist, wenigstens Ein günstiges Resultat zur Folge gehabt; nämlich

eine weniger beschränkte Auffassung der Geschichte von Seiten unserer protestantischen Schriftsteller. Durch die Ausbreitung des Unterrichts, die Auffrischung des wissenschaftlichen Lebens, die theilweise Zerstörung von vielen alten Vorurtheilen ist ein Bedürfniß nach Handbüchern entstanden, welche mit dem neuen Geiste in Einklang einmal aufhören immer am alten Karren des geschichtlichen Unsinns zu ziehen. Seit zwei Jahren sind wenigstens zehn oder zwölf neue Schulbücher für allgemeine oder niederländische Geschichte in dem Lande mit seinen 570 Quadratmeilen herausgegeben werden, worin die Jahrhunderte vor der niederländischen Revolution im 16. Jahrhundert mit einer verhältnißmäßigen Ausführlichkeit besprochen werden; wo die Mitglieder der Opposition gegen die Spanier nicht mehr wie halbe Heilige erscheinen; wo auch die Geschichte anderer Länder einigermaßen vorurtheilsfrei behandelt wird, und z. B. Gregor VII. kein ruchloser Autokrat mehr ist, der „nichts vom Geiste des Christenthums verstand"; wo die Bartholomäusnacht nicht als die Folge von katholischem Fanatismus dargestellt wird; wo Gustav Adolf nicht mehr als Apostel des „reineren" Christenthums, wo Galilei nicht mehr als Opfer der Inquisition gefeiert wird. Und das wäre schon viel, wenn wir dieses ausschließlich durch die Umwälzung im Unterrichtswesen gewonnen hätten. Die Bewegung hängt aber zusammen mit der historischen Ueberzeugung von Thorbecke selber.

Früher wurden die Schulbücher theils aus Unwissenheit über die wirklichen Thatsachen, theils aus Schmeichelei gegen das herrschende System, in einem Geiste abgefaßt in welchem die Regierung die niederländische Jugend über Geschichte, namentlich die vaterländische gern unterrichtet sah. Die darin vorgetragenen Ansichten waren nur in ganz unbedeutenden Nebensachen von einander verschieden, und wurden durch Schauspiele und meistens sehr schwulstige epische Gedichte unter das Volk gebracht. Seit beinahe 300 Jahren ist in der Schule immer auf denselben Ambos geschlagen worden: Philipp II. hat nur Schandthaten ausgeführt, Wilhelm von Oranien und sein Geschlecht nur Herrliches geleistet!

In unsrer Zeit ist der orthodox-calvinische Groen van

Prinsterer, der bis jetzt für seine Partei vergeblich nach dem Ministersitz strebte, aber doch fortwährend Kammermitglied war, derjenige welcher am stärksten den Gedanken vertrat: das Haus Oranien sei ein calvinisches Geschlecht; durch die Oranier seien die Niederlande unabhängig, selbstständig, groß geworden — also Oranien repräsentire die Blüthe des Landes und den Calvinismus. Die Könige unseres Jahrhunderts vom Jahre 1815 an — Wilhelm I. II. III. — obgleich ihr Geschlecht nur mit großen Unterbrechungen die höchste Gewalt in Händen gehabt hat, wurden von Groen für solidarisch erklärt mit den Thaten und Bestimmungen ihrer Vorfahren, sie sollen nach „göttlichem Rechte" ausschließlich den Calvinismus repräsentiren, weil Wilhelm der Schweigsame die niederländische Unabhängigkeit auf calvinischer Grundlage gestiftet habe.

Die Partei Groen's ist mit dieser Anschauung von der unwandelbaren Pflicht und dem unwandelbaren Rechte des Hauses Oranien in unserm Jahrhundert und in unserem Lande die eigentlich conservative, die antirevolutionäre (seit d. J. 1848). Ihr schloßen sich in den Debatten über das Gesetz für den Elementar-Unterricht und namentlich in der Frage ob von Staatswegen Religionsunterricht in der Schule gegeben werden solle oder nicht, die Katholiken an. In andern Fragen fallen die beiden Parteien natürlich weit auseinander, weil in den meisten Fällen die holländischen liberalen, d. h. schwachgläubigen Protestanten den Katholiken politisch weniger abgeneigt sind, als die rechtgläubigen Calvinisten. Nun weiß man aber, daß die religiöse Bewegung in ganz Europa nicht zum Vortheil der calvinischen oder evangelischen Orthodoxie verläuft. So auch bei uns. Der eigentliche Calvinismus nimmt alltäglich ab. Die Calvinisten erkennen es selber an und wiederholte öffentliche Zeugnisse beweisen solches.

So hat auch die Partei von Groen seit mehr als 25 Jahren immer vor der von Thorbecke, den Groen noch „seinen alten Freund" nennt, obgleich er ihm schon seit der Herziening der Verfassung diametral gegenüber steht — zurückweichen müssen. Allein diesem Zustande verdanken wir wie gesagt eine allmählige Rückkehr zur Wahrheit vorzüglich in der niederländischen

Geschichte, indem die Geschichtschreiber mit den sogenannten „christlich historischen“ Ansichten nicht mehr durchbringen können. Eine große Menge von Stellen, welche zu citiren mich zu weit führen würde, beweisen diese Behauptung. Die dem Hause Oranien ergebensten protestantischen Geschichtschreiber und Schulmänner glauben doch nicht mehr an ein „göttliches Recht“ dieses Hauses und haben gegenwärtig den Muth sich gegen solche Auffassung der Geschichte auszusprechen, obgleich sie auch von der andern Seite diesem Geschlechte Dank abstatten für die Leistungen welche die materielle Wohlfahrt der Niederlande, besonders im 17. Jahrhundert so sehr gefördert haben, daß dieses kleine Ländchen mehrere andere schifffahrende Nationen weit überragte*).

P. Alb.-T.

XXXV.

Zeitläufe.

Die Convertirung der schleswig-holsteinischen Frage in die deutsche Frage.

Es ist also geschehen! Der hartnäckige Irrthum derjenigen ist thatsächlich widerlegt, die es für möglich hielten, zuerst die schleswig-holsteinische Frage als eine dringliche und unaufschiebliche zu lösen, um dann erst mit aller Bequemlichkeit wie vorher an der Lösung der deutschen Frage zu arbeiten oder nicht zu arbeiten. Ein solches Nacheinander wäre unmöglich gewesen

---

*) Bekanntlich ist Thorbecke vor kurzer Zeit, aus Gründen welche der Unterrichtsfrage ganz fremd sind, aus dem Ministerium geschieden. Man erwartet aber bis jetzt allgemein seinen Wiedereintritt.

im Krieg, es war aber auch unmöglich im Frieden. Zwei Dinge die so ineinander enthalten sind, daß jedes bloß ein anderer Name für das andere ist, kann man nun einmal nicht getrennt behandeln. Wollte Gott, man hätte an diese Binsen-Wahrheit vor drei Jahren freiwillig geglaubt und darnach gehandelt, wie man jetzt gezwungen daran glauben muß und alle Welt am Ende ihres Lateins ist, nur Graf Bismark nicht.

In diesen Blättern ist zu duzend Malen wiederholt worden, und es gehörte auch wahrlich keine Propheten-Gabe dazu um es einzusehen, daß es nur Ein Mittel und nur Einen Weg gebe die Angelegenheit der Herzogthümer zu einem für Deutschland verhältnißmäßig glücklichen Ende zu bringen. Die zwei Großmächte mußten ihre momentane Einigung auf die ganze Schwierigkeit der deutschen Frage erstrecken, sie mußten sich zu einer Art von Concordat über die Gesammtlage Deutschlands unter sich und dann mit den übrigen Kabinetten der deutschen Bundesländer vereinigen; thaten sie das nicht, konnten oder wollten sie es nicht thun, so mußte aus dieser schleswig-holsteinischen Affaire unfehlbar der deutsche Bürgerkrieg oder die — Revolution in Deutschland hervorgehen.

Der Gefahr des Bürgerkriegs sind wir vorerst wenigstens und mit genauer Noth entgangen; dafür sind wir mit Einem Ruck wieder an jener abschüssigen Fläche angelangt, auf der Deutschland schon einmal so unglücklich hinabgerutscht ist und an deren tiefem Endpunkte es heute noch ungleich bedrohlicher aussieht als vor 17 Jahren. Damals war aber noch die Kraft des Aufhaltens und die Möglichkeit Stillstand zu gebieten reichlich vorhanden, während jetzt nichts mehr davon zu sehen ist; denn das conservative Element in Deutschland hat seitdem mindestens 90 Procent eingebüßt, und es fällt überhaupt gar nicht mehr in's Gewicht.

„Deutsches Parlament" an sich ist nicht die Revolution; es liegt vielmehr in der geschichtlichen Nothwendigkeit daß

dasselbe früher oder später in's Leben treten muß, wenn uns anders nicht das Schicksal Polens vorbehalten ist. Aber daß Preußen in diesem Augenblick und in solcher Weise das deutsche Parlament heraufbeschwört: das ist und bleibt eine erschreckende Thatsache, man mag sie nun ansehen wie man will. Sie beweist vor Allem, daß es nahezu eine Lächerlichkeit wäre, auch jetzt noch an die Möglichkeit zu glauben, als könnten die zwei Großmächte sich doch noch in Friede und Freundschaft über die brennenden Streitfragen einigen und so der drohenden Revolution das Paroli biegen, das ihr allein noch gebogen werden könnte. Die preußische Forderung eines sofort zu berufenden deutschen Parlaments ist zu allererst ein Akt erbitterter Feindseligkeit gegen Oesterreich. Es wurde zwar nicht mit Worten gesagt, daß Oesterreich von dem neuen Bunde ausgeschlossen werden müsse, aber die That selbst ist identisch mit der Forderung dieses Ausschlusses und der Berliner Hof hat durch sie das Programm des National-Vereins officiell gemacht.

Herr von Schmerling, als er aufgehört hatte Minister zu seyn, hat freilich den fremden Professoren am Jubelfeste der Wiener Hochschule zugerufen: „Auf Wiedersehen in Frankfurt!" Unter ernsthaften Leuten dürfte aber doch kaum ein Zweifel seyn, daß Oesterreich mit der Superfötation seiner einheimischen Vertretungen sich nicht auch noch auf ein deutsches Parlament einlassen und dessen Mehrheitsbeschlüssen unterthänig zu seyn versprechen kann. Ich weiß wohl, der Schwindel gewisser Staatsmänner und Politiker grenzt an's Unglaubliche. Aber er wird an den realen Verhältnissen seine Grenze finden, und inzwischen ist es jedenfalls gewiß, daß der kaiserlichen Diplomatie im gegenwärtigen Augenblicke nichts ungelegener kommen konnte als das Auftreten Preußens in Frankfurt. Oesterreich müßte, um nur in die Debatte über ein deutsches Parlament ernsthaft eintreten zu können, seine Bemühungen dem ungarischen Landtag das Zugeständniß eines erträglichen Maßes von gemeinsamen Angelegenheiten

und deren constitutioneller Behandlung in Wien abzuringen — ich sage, es müßte seine ganze ungarische Politik sofort aufgeben, es müßte den Magyaren den reinen Dualismus und die strikte Personalunion zugestehen, es müßte Gallizien sogar aus dem engern Reichsrath entlassen, es müßte mit der tief erregten Nationalität der Slaven in Böhmen und vielen andern Kronländern einen neuen traurigen Kampf eingehen. Dann erst wäre an die Theilnahme Oesterreichs an einem Frankfurter Parlament zu denken, vorausgesetzt nämlich daß es dann überhaupt noch eine Großmacht Oesterreich gäbe.

Es ist wahrlich ein diabolischer Gedanke gewesen eben jetzt, wo die entscheidenden Verhandlungen mit Ungarn schweben, auch noch diesen Feuerbrand in das endlose Wirrsal der österreichischen Verfassungsfragen hineinzuschleudern. Ob man freilich in Wien nicht sehr wohl in der Lage gewesen wäre eine solche Wendung vorauszusehen, und ob man klug daran gethan hat, es darauf ankommen zu lassen, das ist eine andere Frage. Wir haben uns oft genug darüber ausgesprochen und jetzt wäre jedenfalls mit Vorwürfen nichts mehr genützt. Ein glänzendes Blatt in der Geschichte der österreichischen Diplomatie wird die Behandlung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sicherlich nicht bilden. Alle Fehler die man sonst mit Recht der Politik Preußens vorgeworfen und womit man sie lächerlich gemacht hat, sind in diesen drei Unglücksjahren von Oesterreich begangen worden: Planlosigkeit, unsicheres Schwanken, innere Widersprüche und Sprünge der Ja- und Neinpolitik, endlich die kraftlose Negation. Graf Bismark dagegen ist auf Schlangenwegen unverrückt seinem Ziel nachgegangen und so hat Preußen seinen Vortheil ersehen. Es ist aus der langjährigen Defensive nun wieder in die Offensive übergegangen; und während man der preußischen Politik sonst leichten Muthes gespottet und sie verhöhnt hat, weil sie immer nur zu verneinen wisse, fängt sie jetzt in einer Weise zu bejahen an, daß einem richtigen Großdeutschen unbedingt die Haut schaudern muß.

Wir haben gesagt, es wäre unschwer vorauszusehen gewesen, daß Preußen endlich zu einer solchen Wendung greifen würde, und daß es für die Berliner Politik in der That noch eine andere Wahl gab als Rückzug oder Krieg. Daß man nichts Dergleichen voraussah, hatte zwei Gründe. Für's Erste hatte man sich eben capricirt die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage schlechterdings trennen zu wollen und auch in Gedanken nicht ineinander gerathen zu lassen. Für's Zweite sah man in Herrn von Bismark nur den „Junker", den „Conservativen", den „Reaktionär", und wie konnte der mit einem deutschen Parlament daherkommen? Man vergaß, daß der arge Minister zwar allerdings lieber durch die Solidarität der conservativen Interessen zum Ziel gekommen wäre (wir halten in dieser Beziehung die Sprache seiner Noten und die Vorwürfe gegen die Abtrünnigkeit Oesterreichs für aufrichtig); daß ihm aber als ächtem Fridericianer auch die entgegengesetztesten Mittel zum Zweck gerecht seyn würden. Indem man daran gar nicht dachte, hat man den Mann fast mit Gewalt zu der Schwenkung gedrängt. Blicken wir nur in Kürze auf den Moment zurück, wo der Krieg der zwei Großmächte unvermeidlich schien; man wird daraus auch erst die ganze Verlegenheit begreifen, in welche der Kaiserstaat durch seine wechselnde Politik betreffs der Herzogthümer verwickelt worden ist.

Preußen hatte bereits am 24. März die übrigen Bundesstaaten in drohender Sprache gefragt, wessen man sich von ihnen im Falle des Krieges zu versehen habe. Aber diese Staaten wußten noch immer nicht, wessen sie sich in diesem Falle von Oesterreich zu versehen hätten. Sie verlangten natürlich, daß man in Wien sich zu dem „Bundesstandpunkt" bekehre; mit andern Worten Oesterreich sollte sich zu dem unanfechtbaren Recht des Augustenburgers, „dessen Ansprüche früher von Oesterreich selbst entschieden bestritten worden waren" (wie die Bismark'sche Depesche vom 24. März boshaft bemerkt), feierlich bekennen und es sollte erklären, daß es entschlossen sei um jeden Preis, auch um den eines Krieges

mit Preußen aus Schleswig-Holstein einen selbstständigen und souverainen Mittelstaat unter Augustenburgischem Scepter zu machen. Was verlangten also die deutschen Mittelstaaten als Bedingung ihrer Allianz? Sie verlangten einfach, daß Oesterreich sich verpflichte einen Krieg, bei dem augenscheinlich die Existenz des Kaiserstaats auf dem Spiele stand, nur zu dem Zwecke zu führen um ihr, der Mittelstaaten, schleswig-holsteinisches Programm gegen Preußen durchzusetzen. Der Kaiser sollte vor seine Völker, Deutsche und Magyaren, Slaven, Rumänen und Italiener, hintreten und sagen: „Wir sind schwer bedrängt von socialer Noth, unsere Finanzen sind sehr krank und lassen eben erst auf Reconvalescenz hoffen, wir leiden an allseitigen Verfassungskrisen, wir haben einen verrätherischen Todfeind an unserer südlichen Seite, einen tückischen Lauerer an der östlichen und einen zuverlässigen Freund nirgends; dennoch verlangt ein höherer Standpunkt staatlicher Nothwendigkeit und das Interesse des deutschen Bundes, daß wir Krieg führen gegen Preußen um — den Prinzen von Augustenburg zum souverainen Herzog von Schleswig-Holstein zu machen."

So mußte der Kaiser sprechen, wenn er die Allianz der Mittelstaaten gewinnen wollte. Er hat nicht so gesprochen, weil er nicht konnte und weil er überhaupt auf den Krieg mit Preußen nur hätte eingehen können, um die deutsche Kaiserkrone zurückzuerobern. Aber auch die Mittelstaaten konnten nicht anders als jene unsinnige Forderung an Oesterreich stellen, nachdem sie nun einmal im Jahre 1863 über das „Recht" in Schleswig-Holstein ganz andere Einsichten bethätigt hatten als im Jahre 1853, und nachdem sie sich für den Meinungswechsel seither hundertfältig compromittirt hatten. Das ist es eben was dem Conflikt seinen giftigen Stachel und akuten Charakter gab und gibt. Sonst und bisher hatten sich im Bunde doch immer nur zwei Parteien gestritten, und wenn die zwei Großmächte hinter einander geriethen, so eilten die nächstgrößeren Staaten des Bundes

als Vermittler herbei. Namentlich hatte sich Bayern officiell und systematisch eine Mission daraus gemacht zwischen Oesterreich und Preußen zu „vermitteln.“ Durch den unvorsichtigen und voreiligen Schritt vom Dez. 1863 hat Bayern diese Mission sich und den andern Mittelstaaten verdorben; es hat sich selbst zu einer Rechts- und Prozeßpartei gegen Oesterreich wie gegen Preußen gemacht und es hat sich dadurch die Möglichkeit abgeschnitten, vorkommenden Falls und an der Spitze der Mittelstaaten durch drohenden Anschluß an Oesterreich die preußische Politik einzuschüchtern und zu modificiren. So ist der unschädliche Poltron im Norden zu einer gefürchteten Macht emporgewachsen, und man wird endlich denn doch, leider zu spät einsehen, wer den Grafen Bismark erschaffen hat.

Das furchtbare Verhängniß jener Spaltung vom Dez. 1863 hat sich in den jüngsten Tagen noch weiter kundgegeben. Preußen forderte in seiner Note vom 24. März Auskunft über die Entschließungen der mittleren und kleineren Staaten. Zur Antwort wurde die preußische Regierung allgemein auf die Art. 11 der Bundesakte und 19 der Schlußakte verwiesen, wornach bei Streitigkeiten von Bundesgliedern jede Selbsthülfe verboten ist, dieselben vielmehr vor die Bundesversammlung zu bringen sind zum Behuf austrägalgerichtlicher Begleichung rc. Auch Oesterreich schloß sich diesen Berufungen auf Art. 11 an, und es war gewiß nur in der Ordnung, daß die schöne und wohlgemeinte Institution bei einer so traurigen Gelegenheit in Erinnerung gebracht wurde. Nur daß sie eben auf den vorliegenden Fall in keiner Weise paßt. Denn wie gesagt: nicht zwei Parteien stritten sich sondern drei, und alle Bundesglieder gehörten der einen oder der andern Partei an; der Bund ist aber nichts Anderes als die Gesammtheit dieser jetzt insgesammt in Rechts- und Prozeßparteien gegeneinander stehenden Bundesglieder; wie hätte also vor seinem Forum irgendwie eine unparteiische Entscheidung stattfinden können? Man sieht an diesem schlagenden Beispiele abermals, daß und wie die un-

selige Entwicklung unserer liberalen Politik Zustände herbeigeführt hat, an die bei der Gründung des Bundes freilich keine Seele gedacht hat noch denken konnte.

Ueberdieß handelte es sich in letzter Instanz um einen Streit der zwei Großmächte, und daß in Bezug auf ein solches Zerwürfniß die Berufung auf Art. 11 mehr als eine bequeme aber leere Ausflucht seyn könnte, das vermochten wohl nur die starkgläubigsten Anhänger unserer Juristen-Politik zu hoffen. „Der Liberalismus", hat W. Menzel jüngst gesagt, „zieht überall die Geister deren er sich bemächtigt, von den großen Macht- und Existenzfragen ab zu formellen Rechtsfragen; indem er die ganze Weltgeschichte auf den Prozeßweg weisen möchte, entgeht ihm um so gewisser die Praxis welche die Geschichte macht." Daß gerade in Deutschland eine solche Richtung entstehen und sich sehr ausbreiten mußte, erklärt sich aus dem Bedürfniß der Kleinstaaterei sich geltend zu machen. Bis zu welchem Uebermaß aber die Illusion sich versteigen konnte, das hat der ganze Verlauf des schleswig-holsteinischen Handels bewiesen. Um den Bund vermeintlich zu stärken, hat man die feindselige Trennung der zwei Großmächte Tag und Nacht herbeigesehnt; und jetzt muß man sich überzeugen, daß die erste bedeutende und zu einer Entscheidung drängende Feindseligkeit zwischen beiden Mächten die Vernichtung dieses Bundes ist. „Seine Einrichtungen", so äußert sich die preußische Depesche vom 24. März nur allzu wahr, „waren darauf berechnet, daß die beiden deutschen Großmächte stets einig seien; .... einen ernsthaften Antagonismus der beiden Mächte können sie nicht ertragen, einen drohenden Bruch und Conflikt nicht verhüten oder überwinden."

Was war denn also geleistet mit allen diesen Berufungen auf den Bund, der man ja doch nur selber ist, und der daher nichts sagen und thun kann, was man selber nicht will und kann? Nun, man hat doch etwas erreicht, und zwar etwas sehr Bedeutendes, nur eben das nicht was man

wollte. Während man Preußen einzuschüchtern glaubte, hat man im Gegentheile — ihm das Wort auf die Zunge gelegt, das Wort „Deutsches Parlament". Preußen will sich demnach allerdings auch auf den „Bundesstandpunkt" stellen, aber nicht auf den Standpunkt des alten unnütz gewordenen Bundes, sondern auf den Standpunkt eines zu reformirenden und neuen Bundes. Und man wird es in Berlin nicht allzu schwer haben diese Appellation vom Papst an das Concil zu rechtfertigen. Man braucht bloß die unzähligen Vorträge zu reproduciren, die von allen unseren Thronen herab über die unumgängliche Reform des Bundes zu verschiedenen Zeiten und zuletzt noch am Frankfurter Fürstentage über den „schlechthin chaotischen Statusquo der deutschen Bundesverhältnisse" gehalten wurden. Daß der Bundestag sich seitdem gerade in der schleswig-holsteinischen Frage vollends unfähig zur Aktion gemacht und erwiesen hat, das läßt sich, wie wir oben gesehen, leider nicht läugnen.

Aber ich höre von allen Seiten ein schallendes Hohngelächter aufschlagen: „Bismark und Bundesreform und deutsches Parlament ha, ha, ha!" Andere mögen sich damit trösten, es sei ja dem Manne mit seinem Vorschlage gar nicht ernst; er müßte ja wahnsinnig seyn wenn er, nicht einmal im Stande mit der preußischen Kammer fertig zu werden, sich auch noch ein Parlament in Frankfurt auf den Hals laden wollte; es handle sich bei ihm nur um eine Finte oder Diversion; er bitte sich gleichsam einen andern Diskurs aus, um die Aufmerksamkeit von Schleswig-Holstein abzuziehen und unter dem vom Parlamentsvorschlag aufgewirbelten Staub seine Ziele in den Herzogthümern ungestörter zu verfolgen. Ich fürchte, es wird über diese und ähnliche Deutungen nur allzu viel noch geredet werden müssen, und überhaupt wird die Verwirrung der Ansichten und Parteien, die schon unter dem jüngsten Kriegslärm auf's höchste gestiegen schien, jetzt erst recht babylonisch werden. Der deutsche Hexensabbath war noch nicht toll genug, es soll immer noch toller zugehen: das

allein ist gewiß. Indeß liegt uns zur Zeit noch nicht einmal die preußische Motivirung vor, welche in Frankfurt übergeben worden ist, und es wäre voreilig von uns, wollten wir für jetzt mehr als ein paar von den nächstliegenden Bemerkungen voranschicken.

Es wäre unseres Erachtens sehr gefehlt, wenn man die plötzliche Schwenkung Preußens und den Parlaments-Vorschlag des Grafen Bismark auf die leichte Achsel nehmen wollte. Das könnte nur geschehen wegen der Persönlichkeit des Ministers und wegen seiner ausgezeichneten Unpopularität. Nun ist es allerdings wahr, daß auf dem Grafen Bismark eine Wucht concentrirten Hasses lastet wie kaum je auf einem Staatsmann. Ganz allein dieser Haß hat Hunderttausende von nationalvereinlich Gesinnten in das Lager der Gegner Preußens getrieben; er hat die preußische Fortschrittspartei an ihrem eigenen Programm so vollständig irre gemacht, daß man jetzt dieselben Leute welche die Vernichtung Oesterreichs und des deutschen Bundes fortwährend auf der Zunge trugen, und die am meisten von Preußens deutscher Mission fabelten, aus Zorn und Neid gegen Bismark vor dem längst begraben geglaubten Bundesleichnam in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt auf's Knie fallen sieht*). Herr von Bismark ist mit Einem Wort der beste Bundesgenosse Oesterreichs und der großdeutschen Gegner Preußens gewesen, und wenn es zum Krieg gekommen wäre, so hätte er vielleicht manches Contingent den Oesterreichern zugeführt, das ohne jenen mit dem tödtlichen Haß der gesammten liberalen Partei beladenen Minister Preußens auf der Gegenseite gestanden wäre. Wenn irgendwie auf die liberalen und allgemein deutschen Sympathien etwas ankommt, dann ist Graf Bismark unfraglich ein

*) So äußert sich der Berliner „Socialdemokrat" über die Veranstalter der Volksversammlungen, welche Resolutionen gegen den Krieg fassen sollten.

Element der politischen Schwäche Preußens gewesen und ist es jetzt mehr als je.

Trotzdem hat sich im österreichischen und mittelstaatlichen Lager in letzter Zeit das Axiom geltend gemacht: der Friede könne nur erhalten werden durch den Rücktritt Bismarcks. Nicht leicht ist uns eine unverständlichere Rede vorgekommen. Was glaubte man denn zu profitiren durch einen Minister-Wechsel in Berlin? Kann man sich vielleicht darüber täuschen, wer die Nachfolger Bismarcks seyn würden? Wären es etwa die Führer der katholischen Fraktion, jene Handvoll deputirter Aschenbrödel aus den großdeutsch gesinnten Gegenden von Rheinland und Westfalen? Es wäre Wahnsinn daran zu glauben. Wer denn also sonst wäre Bismarcks Erbe? Sicherlich und mit Nothwendigkeit ein Ministerium aus der Kammer-Mehrheit, sei es unmittelbar aus der Fortschrittspartei oder aus jenem liberalen Juste-Milieu der Grafen Schwerin, Schleinitz rc., die während des vierjährigen Verfassungsstreites mit der demokratischen Partei fast bis zum Verwechseln sich verwachsen haben. Würden nun diese neuen Minister in Bezug auf Schleswig-Holstein und den Bund vielleicht eine andere Politik verfolgen als Graf Bismark? Keineswegs; man vergönnt diesem aus Haß und Neid nicht die Annexion zu machen, aber man würde sie um so brünstiger selber zu machen suchen, worüber denn doch seit dem jüngsten Abgeordnetentag und seinen Erfahrungen mit den preußischen Mitgliedern kein Zweifel mehr möglich seyn sollte. Auch Muth und Energie, was freilich sonst den Liberalen regelmäßig fehlt, würde schon durch die Situation an sich eingeflößt werden; die Herren könnten eben nicht mehr zurück, sie müßten daher voran. Der ganze Unterschied wäre also der, daß die verlorenen Sympathien alle in hellen Haufen aus ganz Deutschland zu Preußen zurückkehren würden, und daß die preußische Bourgeoisie ihre gesammte Macht aufböte um das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Auch die Armeereorganisation würde unter diesen Umständen natürlich unangetastet bleiben.

Kurzgesagt: König Wilhelm könnte den Gegnern der preußischen Politik keinen ärgern Streich spielen, als wenn er eines schönen Morgens das „Junkerministerium“ entließe, um sich zum zweitenmale dem Liberalismus in die Arme zu werfen. Ueber Nacht würden die Stimmungen und öffentlichen Meinungen in Deutschland, welchen man gerade in Wien neuerlich so große Bedeutung zuzuschreiben scheint, ein ganz anderes Aussehen gewinnen; der Friede wäre dann freilich viel gesicherter als mit dem Grafen Bismark; aber nur aus dem Grunde weil Preußen dann ohne Krieg seinen Willen durchzusetzen zehnmal mehr Aussicht hätte. Insoferne ist der liberale Vorwurf nicht ohne Grund, daß gerade die „Junker“-Regierung es sei, was dem wohlfeilen Triumphe Preußens im Lichte stehe.

Ich weiß nicht, warum diese doch so nahe liegende Eventualität bei dem jüngsten Kriegslärm gar nicht in Betracht gezogen worden ist, gerade als wenn Bismark unsterblich oder doch lebenslänglicher Reichskanzler und nicht constitutioneller Minister wäre. Noch unverzeihlicher wäre es, wenn ein Ministerwechsel in Berlin auch jetzt bei dem Parlaments-Vorschlag außer Acht gelassen würde. Bismark der „Junker“-Minister existirt nun eigentlich nicht mehr, an seine Stelle ist Bismark der Parlamentsminister getreten, und das Haupt der „Feudalen“ ist roth geworden. Möglich daß die Parteien auf welche es ankommt, mit diesem Wechsel in der Einen Person nicht zufrieden sind, daß sie die goldenen Aepfel in schmutziger Schaale verschmähen, und auf einem Wechsel der Personen bestehen, um die glänzende Concession aus reinen Händen zu empfangen. Was sollte aber denn den preußischen Monarchen hindern solch einem billigen Verlangen nachzugeben und zur Durchführung des Parlaments-Vorschlags das selbstverständlich Angemessene zu thun, nämlich parlamentarische Minister zu berufen. Ja, ich halte den Grafen Bismark für Manns genug selber vor seinen Herrn hinzutreten und zu sprechen: „Majestät, ich habe nun die Dinge in die Lage und

auf den Punkt gebracht, wo auch ein Ministerium aus der Bourgeoisie nicht mehr zurückweichen kann, sondern wohl oder übel nach unserm Plan und Willen vorgehen muß; einem solchen Ministerium, das die mächtige Partei des Liberalismus hinter sich hat, wird die Durchführung der Aktion sehr leicht seyn, während ich mit meiner Person fürchten müßte dem unbesieglichen Vorurtheil zu unterliegen; empfangen also Majestät mein Portefeuille, um mit den neuen Männern um so sicherer Ihren Triumph zu feiern der auch der meinige ist."

Wenn Graf Bismark heute oder morgen so spräche, so würde er durchaus wahr sprechen. Thut er es aber nicht, so könnte es ihm leicht begegnen, daß selbst die Partei welche ihn bis jetzt allein gestützt und vertheidigt hat, gegen ihn aufstünde als gegen einen gewissenlosen Hazardspieler. Der Mann spielt Vabanque mit dem Schicksal Preußens: das kann auch der dämonische Hochmuth und die eiskalte Menschenverachtung jenes blauen Blutes, als dessen rücksichtslosester Repräsentant der Minister vor der Welt dasteht, sich nicht mehr verläugnen. Will er aber als neuer Curtius sich selbst zum Opfer bringen — dann freilich wird der unergründliche Schlund des Parlaments-Gedankens für Andere gefährlicher werden als für Preußen.

Aber den bittern Ernst des preußischen Schrittes in Frankfurt zu bezweifeln, dazu scheint uns kein Grund vorhanden. Der Vorschlag kommt auch insoferne nicht überraschend, als er schon in den Verhandlungen über die Reformakte das letzte Wort Preußens war. Damals schon erklärte Graf Bismark: Preußen werde sich nie auf ein Delegirten-Projekt einlassen, es verlange vielmehr ein Parlament aus direkten Wahlen. Aber es sind allerdings ein paar wesentliche Unterschiede zwischen der damaligen und der jetzigen Proposition Preußens. Von der neuen Wahlart war im September 1863 nur im Gegensatze zu dem großdeutschen Delegirten-Projekt die Rede. Wenn jetzt hingegen

Wer in diesem Augenblicke „deutsches Parlament" sagt, der sagt nach unserer festen Ueberzeugung „Eliminirung Oesterreichs aus Deutschland zu Gunsten der preußischen Führerschaft." Die Kreuzzeitung hat diese Phrase bereits ungenirt gebraucht. Mit andern Worten: man hat in Berlin die Frage von der deutschen Oberherrschaft gestellt und man will sie lösen mit dem Parlament oder mit dem Schwert; entschlossener und selbstbewußter ist man wieder da angekommen, wo man im Jahre 1850 das gothaische Kleindeutschland gelassen hat. Das ist die neue Lage, und so tritt sie an Oesterreich heran, in dem Moment wo die orientalische Frage täglich besorglicher sich regt und die russischen Intriguen es der gesammten Diplomatie Europa's unmöglich gemacht haben, auch nur über die Regierung der Donaufürstenthümer einig zu werden.

Wie man vernimmt ist von einem Rücktritt des Grafen Bismark in der letzten Zeit namentlich deßhalb eine Aenderung der Lage erhofft worden, weil er der Einzige sei der den König Wilhelm zum Kriege hetze. Letzteres mag nun richtig seyn; aber der Rücktritt des Ministers würde daran nichts mehr ändern, es wäre jetzt — zu spät. Allerdings scheint es, daß die ganze Schreckgeschichte mit den angeblichen Rüstungen Oesterreichs absichtlich in Scene gesetzt wurde. Oesterreich hat nicht nur nicht gerüstet, sondern es vermochte auch Niemand einzusehen, warum es rüsten sollte; die außerordentlichen Bewegungen kleiner Truppencorps in und nach Böhmen hatten ihren bekannten Grund in der drohenden allgemeinen Judenverfolgung, und in der Frage wegen Schleswig-Holstein hatte sich auch gar nichts ereignet was als Kriegsfall hätte betrachtet werden können. Dagegen geht aus den seit dem 26. Januar d. Js. geschriebenen preußischen Noten klar hervor, daß in den höchsten Kreisen Berlins sich damals bereits eine heftige Verbitterung gegen Oesterreich geltend gemacht hatte, die sich aus den bekannten Vorgängen in Altona, aus dem gesammten Auftreten des Statthalters von

Zusammentritts. Hierin liegt der große Unterschied. Das Wort „Parlament" macht allen weitern Tergiversationen ein Ende, und indem Preußen dieses schwere Wort so gelassen und feierlich aussprach, hat es zugleich seine Ehre verpfändet für das Zustandekommen des Parlaments, wie sein Wort und seine Ehre schon verpfändet war für die Annexion Schleswig-Holsteins.

Auch für die Frage der Herzogthümer ist nun der Weg der Verständigung zwischen den Kabinetten natürlich abgeschnitten. Denn es hat vor Allem das Parlament darüber zu sprechen. Oesterreich hatte bis jetzt immer noch eine Möglichkeit des Friedens offengelassen, indem es die Festsetzung über das definitive Schicksal Schleswig-Holsteins nicht dem Bunde überwies, sondern der Verständigung mit Preußen vorbehielt, einer „freien Vereinbarung zwischen den Höfen von Wien und Berlin", wie die Note vom 7. Februar sich ausdrückte. Allerdings weist diese Note den „einseitigen Anspruch auf Annexion" zurück und sie spricht die Hoffnung aus, der preußische Monarch werde „unsere so natürliche Weigerung dieselbe sich vollziehen zu lassen, nicht als eine Rückkehr zu einer Politik verderblicher Eifersucht und Rivalität erklären." Immerhin aber steht die Note neuerdings dafür ein, „nichts zuzulassen was der vorbehaltenen Verständigung zwischen den zwei Mächten präjudiciren würde." Man muß diese Stellung Oesterreichs zum Bunde, welche selbst durch die Berufung auf Art. 11 nicht alterirt worden ist, genau in's Auge fassen, um zu begreifen wie vollständig alle österreichischen Combinationen durch den preußischen Parlaments-Vorschlag entgleist und vernichtet worden sind. Es handelt sich aber jetzt auch nicht mehr um eine Verbringung der Frage an den Bund; es gibt überhaupt vorerst gar keine schleswig-holsteinische Frage mehr. Die Parlamentsfrage hat Alles verschlungen, oder eigentlich die Frage: kann Oesterreich noch länger seine Stellung in Deutschland beibehalten oder muß es hinaus?

aber jetzt doch noch zum Krieg, so wäre es nicht mehr bloß ein Bürgerkrieg, sondern es würde unter den neuen Umständen und in Folge des preußischen Schritts der vollendete Revolutionskrieg werden. Die fremden Mächte würden sich dann um so mehr berufen fühlen Ruhe und Ordnung zu schaffen in der „deutschen Anarchie", gegen gute Entschädigung auf unsere Kosten.

Unfraglich stehen unsere Kabinette und Oesterreich voran vor einer furchtbaren Alternative. Es ist leicht gesagt: sie werden den Vorschlag von vornherein ablehnen, auch auf die Gefahr hin, daß Preußen seinen Austritt aus dem Bunde erklären und die gemeinsame Verfassung Deutschlands sprengen würde. Aber was dann? Der Krieg wäre dann um so gewisser, und zwar ein potenzirter Krieg nicht wegen Schleswig-Holsteins sondern — gegen das Parlament, welches seit einer halben Generation als die feurigste Sehnsucht des deutschen Volkes gefeiert wird? Wird man es nicht lieber mit dem Parlament wagen, und wenn ja, was wird Oesterreich thun?

Eines scheint gewiß: die berühmten Räthselverse der Lehnin'schen Weissagung werden nicht mehr lange auf ihre faktische Deutung zu warten haben. Der Fels ist im Rollen; Deutschland wird bald wissen woran es ist. Gott sei uns gnädig; helfen kann Niemand mehr außer Ihm!

XXXVI.

Ein Wiener Schmerzensschrei.

Schon vor 16 Jahren äußerte sich Feldmarschall-Lieutenant Welden, Commandant von Wien als diese gute Stadt im Belagerungszustande war, in seiner derben soldatischen Weise über die moralischen Zustände daselbst: „Wien ist ein abfaulender Misthaufen.“ Nun war aber das Wien von 1850 gegen das Wien von 1866 noch reines Gold; was würde der verstorbene Welden erst heut zu Tage für ein Urtheil fällen! Die Verhöhnung von Religion und Sitte, die Lügen und die schamlosen Angriffe gegen die Kirche und den Klerus sind ebenso an der Tagesordnung wie die Selbstmorde. Ein Selbstmord an Einem Tage will schon nichts mehr sagen. Einem Turnrath der sich im Stadtpark jüngst erschossen, wird von den Turnern ein feierliches Leichenbegängniß arrangirt, Reden voll der Verhimmelung dieses Menschen werden gehalten, der Selbstmörder wird gepriesen als Träger von Aufklärung und Licht, als Zierde seines Jahrhunderts, Lorbeer-Kränze werden ihm auf den Sarg gelegt — alles natürlich mit Rücksicht auf die Kirche und ihre Intoleranz, die es wagt „den edlen Mannesmuth“ zu verurtheilen, der sich selber aus dem Leben hinausschafft. Einige Tage darnach stellt sich heraus, daß der gefeierte Turnrath den Baron Sina dessen Beamteter er gewesen, um viele Tausende betrogen. — Der Selbstmord des Zeitungsschreibers Tuvora, der zuerst Frau

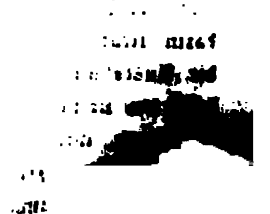
und Kinder dann sich selbst mit Cyankali vergiftete, cursirt durch alle Blätter. Ein hiesiges Judenblatt besitzt die maßlose Unverschämtheit angesichts dieses Falles zu behaupten: „die Leute neigen sich jetzt zu sehr der Frömmigkeit zu, der Mangel an Wirthschaftlichkeit sei das Grundübel." Ein anderes Volksblatt das Jahrelang ungefährdet die Massen in Tausenden von Exemplaren aufwühlt, erlaubt sich in ekelhafter Volksschmeichelei die unglaubliche Frechheit, angesichts all dieser Zustände den Satz aufzustellen: „die Sittlichkeit des Volkes habe sich seit 1848 in Wien bedeutend gehoben." Vom sittlichen Ruin den die Blätter, das Theater und die Harfenisten (Volkssänger) im Bunde unter dem Volke anrichten, ist es schwer sich einen Begriff zu machen. Den schmutzigsten Witzblättern ist es gestattet Minister und Geistliche in den schändlichsten Carrikaturen zu verhöhnen, die Carrikaturen werden vor die Schaufenster von hunderten der Tabakläden gestellt (diese Tabaktrafikanten haben das Recht die Blätter einzeln zu verkaufen, damit das Gift ja recht eindringlich und bequem verbreitet werden kann), um schon die Schulbuben und die Lehrjungen frühzeitig alle geistliche und weltliche Autorität recht gründlich verachten zu lehren. Der Unflath auf den Theatern ist so arg, daß bisweilen die Dichter wegen zu *arger Zoten* ausgepfiffen werden, und daß selbst manche Judenblätter ein Stück solcher *Dichter* schon deßwegen rühmen weil es wenige und nicht sehr grobe Zoten enthalte. Die Gerichte und die Polizei scheinen gegenüber der Gesetzgebung, welche im weitesten Sinne für die Lüderlichkeit und die persönliche Schmähung ausgebeutet wird, völlig lahm zu seyn. Oeffentliche Dirnen durchziehen in Schaaren manche Straßen der innern Stadt bei einbrechender Dämmerung. Betrug und Wucher sind bei den Gerichtsverhandlungen an der Tagesordnung, und das Haus Israel steht selbstverständlich bei allen Attentaten auf das Eigenthum in erster Linie voran. Linnen, Wollentücher, Seidenstoffe und Zeuge aller Art werden den Fabrikanten abgeschwindelt, verschleudert, und die Fabrikanten um ihr Geld betrogen. Mit der massenhaften Verschleuderung kann dann der redliche Verkäufer keine Concurrenz aushalten, denn der Dieb und Betrüger hat es leicht unter dem Preise zu verkaufen, und so werden

Fabrikanten und Kaufleute durch jüdische Spekulanten zugleich in Masse ruinirt. Es ist schon so weit gekommen, daß die Gerichtsbehörden öffentliche Warnungen vor den Kratzern an die Fabrikanten und Gewerbsleute ergehen ließen. „Kratzer“ werden jene jüdischen Gauner genannt, die wie ein wahrer Aussatz ganze Provinzen umspinnen und wie Borkenkäfer den gesunden Stamm des ehrwürdigen Gewerbes unterwühlen und verderben. Ebenso wird der Landmann in ganzen Provinzen durch die jüdischen Wucherer um Haus und Hof gebracht. In Ungarn, Mähren, Böhmen, besonders in Gallizien sind die Bauerngüter tausendweise vergantet worden und fallen in die Hände der Blutsauger. Die Regierung wagt es gar nicht mehr statistische Tabellen über diese traurigen Zustände zu publiciren. In Steiermark das auch schon den Segen der Juden empfindet, kommt noch dazu das Eingehen der Eisengewerke, wodurch Tausende von Menschen brodlos werden. Allenthalben Steuer-Rückstände und herbe Noth. Dafür schießen in Wien die Häuser von in kurzem reich gewordenen Juden wie Königs-Paläste empor.

Nur Juden- und nur von den Juden subventionirte oder doch gewonnene Zeitungen finden es lächerlich, wenn Jemand den alle Tage offenbarer als Wahrheit sich herausstellenden Satz behauptet: Oesterreich geht durch die Juden unter. Roebuk das englische Parlamentsmitglied sagte schon vor sechs Jahren dasselbe, nur noch mit einem altenglischen Anflug von Humor mit den Worten: „Oesterreichs Läusekrankheit sind die Juden.“ Oefter schon sind die Histor.-polit. Blätter durch ihre socialen Anschauungen der Zeit vorausgeeilt, so auch in dieser Frage die jetzt Oesterreich gefangen hält. Schon im Jahre 1838 (2. Bd. S. 387) heißt es in diesen Blättern: „Es ist hier wohl der Ort, das Bedenkliche hervorzuheben was für den Staat darin liegt, ihn durch die Emancipation der Juden und durch die Ausdehnung des aktiven politischen Verbandes bis auf die erklärten ursprünglichen Feinde des christlichen Namens seines bisherigen christlichen Charakters [illegible] und bis aufs letzte zu entkleiden. Er wird [illegible] die einzige Grundlage der materie[illegible] Gewalt

zurückgeführt, und wir könnten dagegen leicht an die Klugheit und den eigenen Vortheil der Regierenden und der Regierten appelliren mit der Vorstellung, daß ein solcher Zustand unhaltbar sei; daß das Band des Gehorsams ohne höhere Autorität und Sanktion im Gewissen nicht bestehen könne und ohne dieses Band kein Staat und keine Regierung sich zu halten vermöge." Nachdem die Folgen der Emancipation gründlich erörtert worden, heißt es ferner: „Fort mit allen öffentlichen Bedrückungen und privatrechtlichen Benachtheiligungen der Juden als solcher, würden wir sagen, aber hütet euch die öffentliche Macht und Würde der Kirche und die Ehre des christlichen Namens preiszugeben, bewahret sie vielmehr sorgfältig den Juden gegenüber, damit sie euch Christen als euere Wohlthäter nicht bloß lieben, sondern auch ehren lernen." Sollte aber, sagt derselbe Artikel, die weltliche Messiasidee, die Juden-Herrschaft oder das Judenregiment auch emporkommen, so würde es am moralischen Widerstande der Massen scheitern.

Freilich bleibt der Widerstand der verarmten und außer ihrer Habe auch um Religion und Gottesfurcht durch die schlechte Presse gebrachten Massen kein moralischer mehr, er wird zu einem Widerstand mit jedem Mittel und um jeden Preis. Eine Regierung welche auf diesen Zustand hin abwärts triebe, wäre zu bedauern. Das aber gehört zur heiligen Pflicht des Staates, das arme Volk unter keinerlei Phrasen seinen Bedrängern schutzlos zu überlassen, und es auf die Selbsthülfe und deren traurige Folgen nur ja nicht ankommen zu lassen.



XXXVII.

Hat Friedrich II. den siebenjährigen Krieg zum Zwecke der Vertheidigung oder der Eroberung begonnen?

Bekanntlich herrscht in unserer deutschen geschichtlichen Literatur der Quantität nach die Meinung vor, daß der König Friedrich II. bei seinem Friedensbruche gegen Sachsen im August 1756 gehandelt habe gemäß dem Satze, daß der Angriff die beste Vertheidigung sei. Man dachte sich gegen ihn ein großes Offensivbündniß, an dessen Netze vor allen Anderen Kaunitz in Wien und Brühl in Dresden gewoben hätten. Selbst als dieses Offensivbündniß sich gar nicht nachweisen ließ, ward darum doch jene Meinung nicht sehr erschüttert. Man half sich mit Hypothesen aller Art: Friedrich müsse in gutem Glauben an ein solches Bündniß gehandelt haben, und dergleichen mehr.

Eine Hypothese solcher Art ist offenbar kein Compliment für den politischen Scharfblick des Königs Friedrich II. Sie ist schon darum unhaltbar. Sie ist ferner kein Compliment für die Besonnenheit desselben. Denn daß auf eine Vermuthung hi[illegible] großen Offensivbündnisses, welches in [illegible] Herrscher von nicht fünf Millio[illegible] allen seinen

[illegible] gelassen hat. Das ist die neue Lage, [illegible]
an Oesterreich heran, in dem Moment wo [illegible]
Frage täglich besorglicher sich regt und die [illegible]
[illegible] der gesammten Diplomatie Europa's [illegible]
[illegible] haben, auch nur über die Regierung de[illegible]
[illegible] einig zu werden.

Wie man vernimmt ist von einem Rück[illegible]
Bismark in der letzten Zeit namentlich [illegible]
[illegible] der Lage erhofft worden, weil er [illegible]
den König Wilhelm zum Kriege hetze. [illegible]
richtig seyn; aber der Rücktritt des Minister[illegible]
nichts mehr ändern, es wäre jetzt — zu spät. [illegible]
es, daß die ganze Schreckgeschichte mit den [illegible]
ungen Oesterreichs absichtlich in Scene gesetz[illegible]
reich hat nicht nur nicht gerüstet, sondern [illegible]
Niemand einzusehen, warum es rüsten sollte; [illegible]
lichen Bewegungen kleiner Truppencorps [illegible]
[illegible] hatten ihren bekannten Grund in der [illegible]
[illegible] Judenverfolgung, und in der Frage [illegible]
Holstein hatte sich auch gar nichts ereignet [illegible]
[illegible] hätte betrachtet werden können. De[illegible]

Gablenz, aus dem Benehmen Oesterreichs bei der Frankfurter Intervention hinreichend erklärt. Man kann unschwer zwischen den Zeilen lesen, daß da nicht bloß der Minister spricht, wenn es in der Note vom 26. Jan. heißt: „Es scheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken; ich durfte damals annehmen, daß Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution, sähen und wir glaubten über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfs gegen dieselbe einig zu seyn." Offenbar hielt sich König Wilhelm selber für getäuscht und mit Falschheit behandelt von der andern deutschen Großmacht. Darauf beziehen sich auch die bittern Worte der Note vom 24. März von der Erfahrung, „welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Kabinetts gegen uns gemacht haben." Es bedurfte nur noch des Lärms über die vorgeblichen Kriegsrüstungen Oesterreichs, welche diese Erfahrung zu bestätigen schienen und ganz Deutschland in eine wochenlange Komödie der Irrungen verwickelten, um den preußischen Monarchen endlich auf den Punkt zu bringen, wo er sich bewegen ließ, den letzten Trumpf auszuspielen. Und er hat ihn ausgespielt.

Damit ist der Würfel gefallen. Deutschlands guter Genius hätte gejubelt, wenn die beiden Großmächte mit einem gemeinsamen Vorschlag über die Bundesreform aufgetreten wären, hätte auch immerhin diese Vereinigung die Annexion Schleswig-Holsteins an die preußische Krone gekostet. Wie die Bundesreform jetzt auftritt, so verhüllt Deutschlands guter Genius sein Haupt. Nur der Trost bleibt uns noch, daß vorderhand wenigstens das größte Unglück noch hintangehalten ist, die Einmischung des Auslandes. Ich sage vorderhand: denn die Verwirrung wird so groß werden, daß es bald keine Unmöglichkeit mehr für unser armes Vaterland geben dürfte, weder im Frieden noch im Kriege. Käme es

werden den Vorschlag von vornherein als
Gefahr hin, daß Preußen seinen Austr
erklären und die gemeinsame Verfassung
würde. Aber was dann? Der Krieg
gewisser, und zwar ein potenzirter Krieg
wig-Holsteins sondern — gegen das Par
einer halben Generation als die feurigste
schen Volkes gefeiert wird? Wird man
dem Parlament wagen, und wenn ja,
reich thun?

Eines scheint gewiß: die berühmte
Lehnin'schen Weissagung werden nicht
faktische Deutung zu warten haben. Der
Deutschland wird bald wissen woran es
gnädig; helfen kann Niemand mehr außer

XXXVI.

Ein Wiener Schmerzensschrei.

Schon vor 16 Jahren äußerte sich Feldmarschall-Lieutenant Welden, Commandant von Wien als diese gute Stadt im Belagerungszustande war, in seiner derben soldatischen Weise über die moralischen Zustände daselbst: „Wien ist ein abfaulender Misthaufen." Nun war aber das Wien von 1850 gegen das Wien von 1866 noch reines Gold; was würde der verstorbene Welden erst heut zu Tage für ein Urtheil fällen! Die Verhöhnung von Religion und Sitte, die Lügen und die schamlosen Angriffe gegen die Kirche und den Klerus sind ebenso an der Tagesordnung wie die Selbstmorde. Ein Selbstmord an Einem Tage will schon nichts mehr sagen. Einem Turnrath der sich im Stadtpark jüngst erschossen, wird von den Turnern ein feierliches Leichenbegängniß arrangirt, Reden voll der Verhimmelung dieses Menschen werden gehalten, der Selbstmörder wird gepriesen als Träger von Aufklärung und Licht, als Zierde seines Jahrhunderts, Lorbeer-Kränze werden ihm auf den Sarg gelegt — alles natürlich mit Rücksicht auf die Kirche und ihre Intoleranz, die es wagt „den edlen Mannesmuth" zu verurtheilen, der sich selber aus dem Leben hinausschafft. Einige Tage darnach stellt sich heraus, daß der gefeierte Turnrath den Baron Sina dessen Beamteter er gewesen, um viele Tausende betrogen. — Der Selbstmord des Zeitung[illegible] Tuvora, der zuerst Frau

und Kinder dann sich selbst mit Cyankali vergiftete, cursirt durch alle Blätter. Ein hiesiges Judenblatt besitzt die maßlose Unverschämtheit angesichts dieses Falles zu behaupten: „die Leute neigen sich jetzt zu sehr der Frömmigkeit zu, der Mangel an Wirthschaftlichkeit sei das Grundübel." Ein anderes Volksblatt das Jahrelang ungefährdet die Massen in Tausenden von Exemplaren aufwühlt, erlaubt sich in ekelhafter Volksschmeichelei die unglaubliche Frechheit, angesichts all dieser Zustände den Satz aufzustellen: „die Sittlichkeit des Volkes habe sich seit 1848 in Wien bedeutend gehoben." Vom sittlichen Ruin den die Blätter, das Theater und die Harfenisten (Volkssänger) im Bunde unter dem Volke anrichten, ist es schwer sich einen Begriff zu machen. Den schmutzigsten Witzblättern ist es gestattet Minister und Geistliche in den schändlichsten Carrikaturen zu verhöhnen, die Carrikaturen werden vor die Schaufenster von hunderten der Tabakläden gestellt, (diese Tabaktrafikanten haben das Recht die Blätter einzeln zu verkaufen, damit das Gift ja recht eindringlich und bequem verbreitet werden kann), um schon die Schulbuben und die Lehrjungen frühzeitig alle geistliche und weltliche Autorität recht gründlich verachten zu lehren. Der Unflath auf den Theatern ist so arg, daß bisweilen die Dichter wegen zu arger Zoten ausgepfiffen werden, und daß selbst manche Judenblätter ein Stück solcher Dichter schon deßwegen rühmen weil es wenige und nicht sehr grobe Zoten enthalte. Die Gerichte und die Polizei scheinen gegenüber der Gesetzgebung, welche im weitesten Sinne für die Lüderlichkeit und die persönliche Schmähung ausgebeutet wird, völlig lahm zu seyn. Oeffentliche Dirnen durchziehen in Schaaren manche Straßen der innern Stadt bei einbrechender Dämmerung. Betrug und Wucher sind bei den Gerichtsverhandlungen an der Tagesordnung, und das Haus Israel steht selbstverständlich bei allen Attentaten auf das Eigenthum in erster Linie voran. Linnen, Wollentücher, Seidenstoffe und Zeuge aller Art werden den Fabrikanten abgeschwindelt, verschleudert, und die Fabrikanten um ihr Geld betrogen. Mit der massenhaften Verschleuderung kann dann der redliche Verkäufer keine Concurrenz aushalten, denn der Dieb und Betrüger hat es leicht unter dem Preise zu verkaufen, und so werden

Fabrikanten und Kaufleute durch jüdische Spekulanten zugleich in Masse ruinirt. Es ist schon so weit gekommen, daß die Gerichtsbehörden öffentliche Warnungen vor den Kratzern an die Fabrikanten und Gewerbsleute ergehen ließen. „Kratzer" werden jene jüdischen Gauner genannt, die wie ein wahrer Aussatz ganze Provinzen umspinnen und wie Borkenkäfer den gesunden Stamm des ehrwürdigen Gewerbes unterwühlen und verderben. Ebenso wird der Landmann in ganzen Provinzen durch die jüdischen Wucherer um Haus und Hof gebracht. In Ungarn, Mähren, Böhmen, besonders in Gallizien sind die Bauerngüter tausendweise vergantet worden und fallen in die Hände der Blutsauger. Die Regierung wagt es gar nicht mehr statistische Tabellen über diese traurigen Zustände zu publiciren. In Steiermark das auch schon den Segen der Juden empfindet, kommt noch dazu das Eingehen der Eisengewerke, wodurch Tausende von Menschen brodlos werden. Allenthalben Steuer-Rückstände und herbe Noth. Dafür schießen in Wien die Häuser von in kurzem reich gewordenen Juden wie Königs-Paläste empor.

Nur Juden- und nur von den Juden subventionirte oder doch gewonnene Zeitungen finden es lächerlich, wenn Jemand den alle Tage offenbarer als Wahrheit sich herausstellenden Satz behauptet: Oesterreich geht durch die Juden unter. Roebuk das englische Parlamentsmitglied sagte schon vor sechs Jahren dasselbe, nur noch mit einem altenglischen Anflug von Humor mit den Worten: „Oesterreichs Läusekrankheit sind die Juden." Oefter schon sind die Histor.-polit. Blätter durch ihre socialen Anschauungen der Zeit vorausgeeilt, so auch in dieser Frage die jetzt Oesterreich gefangen hält. Schon im Jahre 1838 (2. Bd. S. 387) heißt es in diesen Blättern: „Es ist hier wohl der Ort, das Bedenkliche hervorzuheben was für den Staat darin liegt, ihn durch die Emancipation der Juden und durch die Ausdehnung des aktiven politischen Verbandes bis auf die erklärten ursprünglichen Feinde des christlichen Namens seines bisherigen christlichen Charakters vollends und bis aufs letzte zu entkleiden. Er wird dadurch nothwendig auf die einzige Grundlage der materiellen Interessen und der rohen Gewalt

zurückgeführt, und wir könnten dagegen leicht an die Klugheit und den eigenen Vortheil der Regierenden und der Regierten appelliren mit der Vorstellung, daß ein solcher Zustand unhaltbar sei; daß das Band des Gehorsams ohne höhere Autorität und Sanktion im Gewissen nicht bestehen könne und ohne dieses Band kein Staat und keine Regierung sich zu halten vermöge." Nachdem die Folgen der Emancipation gründlich erörtert worden, heißt es ferner: „Fort mit allen öffentlichen Bedrückungen und privatrechtlichen Benachtheiligungen der Juden als solcher, würden wir sagen, aber hütet euch die öffentliche Macht und Würde der Kirche und die Ehre des christlichen Namens preiszugeben, bewahret sie vielmehr sorgfältig den Juden gegenüber, damit sie euch Christen als euere Wohlthäter nicht bloß lieben, sondern auch ehren lernen." Sollte aber, sagt derselbe Artikel, die weltliche Messiasidee, die Juden-Herrschaft oder das Judenregiment auch emporkommen, so würde es am moralischen Widerstande der Massen scheitern.

Freilich bleibt der Widerstand der verarmten und außer ihrer Habe auch um Religion und Gottesfurcht durch die schlechte Presse gebrachten Massen kein moralischer mehr, er wird zu einem Widerstand mit jedem Mittel und um jeden Preis. Eine Regierung welche auf diesen Zustand hin abwärts triebe, wäre zu bedauern. Das aber gehört zur heiligen Pflicht des Staates, das arme Volk unter keinerlei Phrasen seinen Bedrängern schutzlos zu überlassen, und es auf die Selbsthülfe und deren traurige Folgen nur ja nicht ankommen zu lassen.

XXXVII.

Hat Friedrich II. den siebenjährigen Krieg zum Zwecke der Vertheidigung oder der Eroberung begonnen?

Bekanntlich herrscht in unserer deutschen geschichtlichen Literatur der Quantität nach die Meinung vor, daß der König Friedrich II. bei seinem Friedensbruche gegen Sachsen im August 1756 gehandelt habe gemäß dem Satze, daß der Angriff die beste Vertheidigung sei. Man dachte sich gegen ihn ein großes Offensivbündniß, an dessen Netze vor allen Anderen Kaunitz in Wien und Brühl in Dresden gewoben hätten. Selbst als dieses Offensivbündniß sich gar nicht nachweisen ließ, ward darum doch jene Meinung nicht sehr erschüttert. Man half sich mit Hypothesen aller Art: Friedrich müsse in gutem Glauben an ein solches Bündniß gehandelt haben, und dergleichen mehr.

Eine Hypothese solcher Art ist offenbar kein Compliment für den politischen Scharfblick des Königs Friedrich II. Sie ist schon darum unhaltbar. Sie ist ferner kein Compliment für die Besonnenheit desselben. Denn daß auf eine Vermuthung hin der Existenz eines großen Offensivbündnisses, welches in Wahrheit nicht existirte, ein Herrscher von nicht fünf Millionen Menschen es gew[illegible], allen seinen

Wer in diesem Augenblicke „deutsches Parlament“ sagt, der sagt nach unserer festen Ueberzeugung „Eliminirung Oesterreichs aus Deutschland zu Gunsten der preußischen Führerschaft.“ Die Kreuzzeitung hat diese Phrase bereits ungenirt gebraucht. Mit andern Worten: man hat in Berlin die Frage von der deutschen Oberherrschaft gestellt und man will sie lösen mit dem Parlament oder mit dem Schwert; entschlossener und selbstbewußter ist man wieder da angekommen, wo man im Jahre 1850 das gothaische Kleindeutschland gelassen hat. Das ist die neue Lage, und so tritt sie an Oesterreich heran, in dem Moment wo die orientalische Frage täglich besorglicher sich regt und die russischen Intriguen es der gesammten Diplomatie Europa's unmöglich gemacht haben, auch nur über die Regierung der Donaufürstenthümer einig zu werden.

Wie man vernimmt ist von einem Rücktritt des Grafen Bismark in der letzten Zeit namentlich deßhalb eine Aenderung der Lage erhofft worden, weil er der Einzige sei der den König Wilhelm zum Kriege hetze. Letzteres mag nun richtig seyn; aber der Rücktritt des Ministers würde daran nichts mehr ändern, es wäre jetzt — zu spät. Allerdings scheint es, daß die ganze Schreckgeschichte mit den angeblichen Rüstungen Oesterreichs absichtlich in Scene gesetzt wurde. Oesterreich hat nicht nur nicht gerüstet, sondern es vermochte auch Niemand einzusehen, warum es rüsten sollte; die außerordentlichen Bewegungen kleiner Truppencorps in und nach Böhmen hatten ihren bekannten Grund in der drohenden allgemeinen Judenverfolgung, und in der Frage wegen Schleswig-Holstein hatte sich auch gar nichts ereignet was als Kriegsfall hätte betrachtet werden können. Dagegen geht aus den seit dem 26. Januar d. Js. geschriebenen preußischen Noten klar hervor, daß in den höchsten Kreisen Berlins sich damals bereits eine heftige Verbitterung gegen Oesterreich geltend gemacht hatte, die sich aus den bekannten Vorgängen in Altona, aus dem gesammten Auftreten des Statthalters von

Gablenz, aus dem Benehmen Oesterreichs bei der Frankfurter Intervention hinreichend erklärt. Man kann unschwer zwischen den Zeilen lesen, daß da nicht bloß der Minister spricht, wenn es in der Note vom 26. Jan. heißt: „Es scheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können; wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken; ich durfte damals annehmen, daß Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution, sähen und wir glaubten über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfs gegen dieselbe einig zu seyn." Offenbar hielt sich König Wilhelm selber für getäuscht und mit Falschheit behandelt von der andern deutschen Großmacht. Darauf beziehen sich auch die bittern Worte der Note vom 24. März von der Erfahrung, „welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Kabinetts gegen uns gemacht haben." Es bedurfte nur noch des Lärms über die vorgeblichen Kriegsrüstungen Oesterreichs, welche diese Erfahrung zu bestätigen schienen und ganz Deutschland in eine wochenlange Komödie der Irrungen verwickelten, um den preußischen Monarchen endlich auf den Punkt zu bringen, wo er sich bewegen ließ, den letzten Trumpf auszuspielen. Und er hat ihn ausgespielt.

Damit ist der Würfel gefallen. Deutschlands guter Genius hätte gejubelt, wenn die beiden Großmächte mit einem gemeinsamen Vorschlag über die Bundesreform aufgetreten wären, hätte auch immerhin diese Vereinigung die Annexion Schleswig-Holsteins an die preußische Krone gekostet. Wie die Bundesreform jetzt auftritt, so verhüllt Deutschlands guter Genius sein Haupt. Nur der Trost bleibt uns noch, daß vorderhand wenigstens das größte Unglück noch hintangehalten ist, die Einmischung des Auslandes. Ich sage vorderhand: denn die Verwirrung wird so groß werden, daß es bald keine Unmöglichkeit mehr für unser armes Vaterland geben dürfte, weder im Frieden noch im Kriege. Käme

aber jetzt doch noch zum Krieg, so wäre es nicht mehr bloß ein Bürgerkrieg, sondern es würde unter den neuen Umständen und in Folge des preußischen Schritts der vollendete Revolutionskrieg werden. Die fremden Mächte würden sich dann um so mehr berufen fühlen Ruhe und Ordnung zu schaffen in der „deutschen Anarchie", gegen gute Entschädigung auf unsere Kosten.

Unfraglich stehen unsere Kabinette und Oesterreich voran vor einer furchtbaren Alternative. Es ist leicht gesagt: sie werden den Vorschlag von vornherein ablehnen, auch auf die Gefahr hin, daß Preußen seinen Austritt aus dem Bunde erklären und die gemeinsame Verfassung Deutschlands sprengen würde. Aber was dann? Der Krieg wäre dann um so gewisser, und zwar ein potenzirter Krieg nicht wegen Schleswig-Holsteins sondern — gegen das Parlament, welches seit einer halben Generation als die feurigste Sehnsucht des deutschen Volkes gefeiert wird? Wird man es nicht lieber mit dem Parlament wagen, und wenn ja, was wird Oesterreich thun?

Eines scheint gewiß: die berühmten Räthselverse der Lehnin'schen Weissagung werden nicht mehr lange auf ihre faktische Deutung zu warten haben. Der Fels ist im Rollen; Deutschland wird bald wissen woran es ist. Gott sei uns gnädig; helfen kann Niemand mehr außer Ihm!

XXXVI.

Ein Wiener Schmerzensschrei.

Schon vor 16 Jahren äußerte sich Feldmarschall-Lieutenant Welden, Commandant von Wien als diese gute Stadt im Belagerungszustande war, in seiner derben soldatischen Weise über die moralischen Zustände daselbst: „Wien ist ein abfaulender Misthaufen." Nun war aber das Wien von 1850 gegen das Wien von 1866 noch reines Gold; was würde der verstorbene Welden erst heut zu Tage für ein Urtheil fällen! Die Verhöhnung von Religion und Sitte, die Lügen und die schamlosen Angriffe gegen die Kirche und den Klerus sind ebenso an der Tagesordnung wie die Selbstmorde. Ein Selbstmord an Einem Tage will schon nichts mehr sagen. Einem Turnrath der sich im Stadtpark jüngst erschossen, wird von den Turnern ein feierliches Leichenbegängniß arrangirt, Reden voll der Verhimmelung dieses Menschen werden gehalten, der Selbstmörder wird gepriesen als Träger von Aufklärung und Licht, als Zierde seines Jahrhunderts, Lorbeer-Kränze werden ihm auf den Sarg gelegt — alles natürlich mit Rücksicht auf die Kirche und ihre Intoleranz, die es wagt „den edlen Mannesmuth" zu verurtheilen, der sich selber aus dem Leben hinausschafft. Einige Tage darnach stellt sich heraus, daß der gefeierte Turnrath den Baron Sina dessen Beamteter er gewesen, um viele Tausende betrogen. — Der Selbstmord des Zeitungsschreibers Tuvora, der zuerst Frau

und Kinder dann sich selbst mit Cyankali vergiftete, cursirt durch alle Blätter. Ein hiesiges Judenblatt besitzt die maßlose Unverschämtheit angesichts dieses Falles zu behaupten: „die Leute neigen sich jetzt zu sehr der Frömmigkeit zu, der Mangel an Wirthschaftlichkeit sei das Grundübel.“ Ein anderes Volksblatt das Jahrelang ungefährdet die Massen in Tausenden von Exemplaren aufwühlt, erlaubt sich in ekelhafter Volksschmeichelei die unglaubliche Frechheit, angesichts all dieser Zustände den Satz aufzustellen: „die Sittlichkeit des Volkes habe sich seit 1848 in Wien bedeutend gehoben.“ Vom sittlichen Ruin den die Blätter, das Theater und die Harfenisten (Volkssänger) im Bunde unter dem Volke anrichten, ist es schwer sich einen Begriff zu machen. Den schmutzigsten Witzblättern ist es gestattet Minister und Geistliche in den schändlichsten Carrikaturen zu verhöhnen, die Carrikaturen werden vor die Schaufenster von hunderten der Tabakläden gestellt (diese Tabaktrafikanten haben das Recht die Blätter einzeln zu verkaufen, damit das Gift ja recht eindringlich und bequem verbreitet werden kann), um schon die Schulbuben und die Lehrjungen frühzeitig alle geistliche und weltliche Autorität recht gründlich verachten zu lehren. Der Unflath auf den Theatern ist so arg, daß bisweilen die Dichter wegen zu arger Zoten ausgepfiffen werden, und daß selbst manche Judenblätter ein Stück solcher Dichter schon deßwegen rühmen weil es wenige und nicht sehr grobe Zoten enthalte. Die Gerichte und die Polizei scheinen gegenüber der Gesetzgebung, welche im weitesten Sinne für die Lüderlichkeit und die persönliche Schmähung ausgebeutet wird, völlig lahm zu seyn. Oeffentliche Dirnen durchziehen in Schaaren manche Straßen der innern Stadt bei einbrechender Dämmerung. Betrug und Wucher sind bei den Gerichtsverhandlungen an der Tagesordnung, und das Haus Israel steht selbstverständlich bei allen Attentaten auf das Eigenthum in erster Linie voran. Linnen, Wollentücher, Seidenstoffe und Zeuge aller Art werden den Fabrikanten abgeschwindelt, verschleudert, und die Fabrikanten um ihr Geld betrogen. Mit der massenhaften Verschleuderung kann dann der redliche Verkäufer keine Concurrenz aushalten, denn der Dieb und Betrüger hat es leicht unter dem Preise zu verkaufen, und so werden

Fabrikanten und Kaufleute durch jüdische Spekulanten zugleich in Masse ruinirt. Es ist schon so weit gekommen, daß die Gerichtsbehörden öffentliche Warnungen vor den Kratzern an die Fabrikanten und Gewerbsleute ergehen ließen. „Kratzer" werden jene jüdischen Gauner genannt, die wie ein wahrer Aussatz ganze Provinzen umspinnen und wie Borkenkäfer den gesunden Stamm des ehrwürdigen Gewerbes unterwühlen und verderben. Ebenso wird der Landmann in ganzen Provinzen durch die jüdischen Wucherer um Haus und Hof gebracht. In Ungarn, Mähren, Böhmen, besonders in Gallizien sind die Bauerngüter tausendweise vergantet worden und fallen in die Hände der Blutsauger. Die Regierung wagt es gar nicht mehr statistische Tabellen über diese traurigen Zustände zu publiciren. In Steiermark das auch schon den Segen der Juden empfindet, kommt noch dazu das Eingehen der Eisengewerke, wodurch Tausende von Menschen brodlos werden. Allenthalben Steuer-Rückstände und herbe Noth. Dafür schießen in Wien die Häuser von in kurzem reich gewordenen Juden wie Königs-Paläste empor.

Nur Juden- und nur von den Juden subventionirte oder doch gewonnene Zeitungen finden es lächerlich, wenn Jemand den alle Tage offenbarer als Wahrheit sich herausstellenden Satz behauptet: Oesterreich geht durch die Juden unter. Roebuk das englische Parlamentsmitglied sagte schon vor sechs Jahren dasselbe, nur noch mit einem altenglischen Anflug von Humor mit den Worten: „Oesterreichs Läusekrankheit sind die Juden." Oefter schon sind die Histor.-polit. Blätter durch ihre socialen Anschauungen der Zeit vorausgeeilt, so auch in dieser Frage die jetzt Oesterreich gefangen hält. Schon im Jahre 1838 (2. Bd. S. 387) heißt es in diesen Blättern: „Es ist hier wohl der Ort, das Bedenkliche hervorzuheben was für den Staat darin liegt, ihn durch die Emancipation der Juden und durch die Ausdehnung des aktiven politischen Verbandes bis auf die erklärten ursprünglichen Feinde des christlichen Namens seines bisherigen christlichen Charakters vollends und bis aufs letzte zu entkleiden. Er wird dadurch nothwendig auf die einzige Grundlage der materiellen Interessen und der rohen Gewalt

zurückgeführt, und wir könnten dagegen leicht an die Klugheit und den eigenen Vortheil der Regierenden und der Regierten appelliren mit der Vorstellung, daß ein solcher Zustand unhaltbar sei; daß das Band des Gehorsams ohne höhere Autorität und Sanktion im Gewissen nicht bestehen könne und ohne dieses Band kein Staat und keine Regierung sich zu halten vermöge." Nachdem die Folgen der Emancipation gründlich erörtert worden, heißt es ferner: „Fort mit allen öffentlichen Bedrückungen und privatrechtlichen Benachtheiligungen der Juden als solcher, würden wir sagen, aber hütet euch die öffentliche Macht und Würde der Kirche und die Ehre des christlichen Namens preiszugeben, bewahret sie vielmehr sorgfältig den Juden gegenüber, damit sie euch Christen als euere Wohlthäter nicht bloß lieben, sondern auch ehren lernen." Sollte aber, sagt derselbe Artikel, die weltliche Messiasidee, die Juden-Herrschaft oder das Judenregiment auch emporkommen, so würde es am moralischen Widerstande der Massen scheitern.

Freilich bleibt der Widerstand der verarmten und außer ihrer Habe auch um Religion und Gottesfurcht durch die schlechte Presse gebrachten Massen kein moralischer mehr, er wird zu einem Widerstand mit jedem Mittel und um jeden Preis. Eine Regierung welche auf diesen Zustand hin abwärts triebe, wäre zu bedauern. Das aber gehört zur heiligen Pflicht des Staates, das arme Volk unter keinerlei Phrasen seinen Bedrängern schutzlos zu überlassen, und es auf die Selbsthülfe und deren traurige Folgen nur ja nicht ankommen zu lassen.

XXXVII.

Hat Friedrich II. den siebenjährigen Krieg zum Zwecke der Vertheidigung oder der Eroberung begonnen?

Bekanntlich herrscht in unserer deutschen geschichtlichen Literatur der Quantität nach die Meinung vor, daß der König Friedrich II. bei seinem Friedensbruche gegen Sachsen im August 1756 gehandelt habe gemäß dem Satze, daß der Angriff die beste Vertheidigung sei. Man dachte sich gegen ihn ein großes Offensivbündniß, an dessen Netze vor allen Anderen Kaunitz in Wien und Brühl in Dresden gewoben hätten. Selbst als dieses Offensivbündniß sich gar nicht nachweisen ließ, ward darum doch jene Meinung nicht sehr erschüttert. Man half sich mit Hypothesen aller Art: Friedrich müsse in gutem Glauben an ein solches Bündniß gehandelt haben, und dergleichen mehr.

Eine Hypothese solcher Art ist offenbar kein Compliment für den politischen Scharfblick des Königs Friedrich II. Sie ist schon darum unhaltbar. Sie ist ferner kein Compliment für die Besonnenheit desselben. Denn daß auf eine Vermuthung hin der Existenz eines großen Offensivbündnisses, welches in Wahrheit nicht existirte, ein Herrscher von nicht fünf Millionen Menschen es gewagt haben sollte, allen seinen

Nachbaren zugleich durch einen jähen Friedensbruch den Fehde-Handschuh in's Gesicht zu schleudern — eine Meinung solcher Art kann, sollten wir meinen, auf die Dauer nur in der Phantasie eines Knaben haltbar seyn. Eines solchen Leichtsinnes kann ein vierundvierzigjähriger Mann, noch dazu von so eminenter geistiger Begabung wie der König Friedrich II., sich nicht schuldig gemacht haben. Ueberdieß hat er selbst in der Schrift: Apologie de ma conduite politique*), die weniger bekannt zu seyn scheint als sie verdient, gegen die etwa möglichen Vorwürfe eines solchen Leichtsinnes sich sehr eindringlich vertheidigt. Die Schrift ist, dem Inhalte gemäß, im Jahre 1757 abgefaßt und zwar nach der Schlacht von Kollin, welche der Offensive des Königs ein Ziel setzte und fortan ihn auf die Defensive beschränkte. Der Kern dieser Schrift läßt sich zusammenfassen in die wenigen Sätze: Ich habe mich in meinen politischen Berechnungen geirrt. Es ist alles anders gekommen als ich dachte. Wenn ich eine solche Coalition von Feinden hätte vorhersehen können: so würde ich den Krieg nicht angefangen haben.

Diese Ansicht, welche in neuerer Zeit zuerst von Klopp in seinem Buche „der König Friedrich und die deutsche Nation" vorgetragen ist, scheint mehr Gerechtigkeit und Anerkennung für die geistige Befähigung des Königs Friedrich II. zu beweisen, als die in Preußen und angrenzenden Ländern der Quantität nach herrschende, als ob Friedrich II. den Krieg angefangen trotzdem daß er im Voraus wußte, daß eine solche Coalition sich dann gegen ihn erheben würde. Diese übliche Meinung legt dem Könige Friedrich II. geradezu ein muthwilliges Hineinstürzen in die Gefahr zur Last, freilich in der bewußten oder unbewußten Absicht, um ihn dann nachträglich dafür zu preisen, daß er mit heiler Haut davon gekommen. Die andere Anschauung dagegen stellt die intellektuelle Qualifikation des Königs bei weitem höher und ist, was

*) Abgedruckt in Oeuvres de Fr. le G. Tom. XXVII. p. 279 ff.

mehr sagen will, seinen eigenen Worten besser entsprechend. Unter den eigenen Worten des Königs sind dabei natürlich nur die zu verstehen, welche er nicht für die Oeffentlichkeit schrieb, sondern für sich selber und wenige Eingeweihte niederlegte. Demgemäß fiele dem Könige Friedrich II. nur ein Irrthum zur Last, keineswegs aber eine muthwillige Thorheit.

Wir reden hier nur von der intellektuellen Qualifikation, nicht von der moralischen. Wird dieser letztere Faktor mit in Rechnung gezogen: so ist es allerdings schwer zu sagen, welche Anschauung den König schärfer prostituirt, ihn mehr alles Rechtsgefühles baar und ledig erscheinen läßt, ob nämlich die hergebrachte der preußischen Professoren und ihrer großen und kleinen Schüler, daß ein König von nicht fünf Millionen Unterthanen, auf die Vermuthung hin, daß ein Offensiv-Bündniß vieler Mächte gegen ihn bereits existire oder doch sich bilden könne, diese fünf Millionen in einen Krieg schleudert gegen diese vielen Mächte zugleich; — oder die andere, daß Friedrich II., in der Hoffnung und Erwartung, es werde keine Coalition sich bilden, sondern es werde ihm, dem immer bis an die Zähne Bewaffneten, gelingen, durch einen raschen, jähen Einbruch in das Haus des friedlichen und nicht gerüsteten Nachbars sich Hab und Gut desselben anzueignen und doch ungestraft zu bleiben — daß Friedrich II., sagen wir, voll dieser Hoffnung und Erwartung im August 1756 in Sachsen eingebrochen sei.

Eben dieß indessen führt uns wieder auf den Kern der Sache zurück, nämlich auf die Frage, ob denn nicht, wenn nicht wirklich ein Offensivbündniß gegen Friedrich II. auch schon vor diesem Einbruche in Sachsen bestand, etwas dem Aehnliches im Werke war. Man fragt sich vielleicht: wie hätte doch diese Meinung so vorherrschend werden können, wenigstens dem Numerus nach, wenn nicht wirklich etwas zu Grunde gelegen hätte? Ist es denkbar, daß so etwas wie ganz aus der Luft gegriffen seyn kann?

Gewiß hat ein jeder Anhänger dieser Tradition das

Recht, eine solche Frage zu stellen. Die Antwort auf dieselbe zwingt uns — ob mit, ob wider Willen, gilt hier gleichviel — Bewunderung ab für das eminente Talent des Königs Friedrich II. Es hat wenige Menschen gegeben, die mit so meisterhafter Geschicklichkeit wie er es verstanden haben, nicht bloß vollendete Thatsachen zu schaffen, sondern mit denselben zugleich die Richtschnur und das Maß zu geben, nach welchen sowohl seine Gegenwart als die Nachwelt diese Thatsachen anschauen und bemessen sollte. Sobald Friedrich II. in Sachsen eingebrochen war, verfaßte sein Legationsrath, der spätere Staatsminister Hertzberg die Staatsschrift: Mémoire raisonné sur la conduite des cours de Vienne et de Saxe, et sur leurs desseins dangereux contre S. M. le roi de Prusse, avec les pièces originales et justificatives qui en fournissent les preuves. Berlin 1756. Friedrich II. selbst verfaßte sofort nach dem Ende des Krieges die Histoire de la guerre de 7 ans, und beruft sich im 3. Capitel derselben ausdrücklich auf jene Staatsschrift. Er stellte dadurch sofort eine öffentliche Meinung fest. Und zwar dieß in solchem Maße, daß, obwohl Hertzberg nach dem Tode des Königs die Behauptungen jener Staatsschrift in so weit desavouirt hat, daß er sie als Hypothesen hinstellt, deßungeachtet jene seine Schrift das Fundament ist, auf welche die preußischen Geschichts-Professoren und ihre gesammte wissenschaftliche Clientel das Gebäude ihrer Meinungen vom siebenjährigen Kriege aufgerichtet haben und täglich wieder neu errichten. Die eine Schrift von Hertzberg mit dem Nachdrucke der Empfehlung durch Friedrich selbst ist an moralischer Wirkung für die fridericianische Weltanschauung folgenreicher gewesen, als der Gewinn oder Verlust einer Schlacht.

Denn wir Deutsche sind ja eben eine ganz merkwürdige und besondere Nation. Wir sind allen anderen voraus in der treuen und gewissenhaften Erforschung der fernsten und entlegensten Dinge. Wir kennen Griechenland und Rom bis in die minutiösesten Einzelheiten. Wir kennen auch sehr viel

in unserem eigenen Vaterlande. Wir haben sichere, fast untrügliche Kennzeichen, um zu ermitteln, ob eine Pergament-Urkunde, die aus dem 11. oder 12. Jahrhundert auf uns gekommen seyn will, ächt ist oder unächt. Wir beweisen in allen solchen Dingen eine Kritik und einen Scharfsinn, den die Gelehrten anderer Nationen anstaunen und bewundern, nicht jedoch zu erreichen, kaum nachzuahmen vermögen.

In Betreff der Schicksale unserer Nation im Großen und Ganzen haben dagegen vor allen Dingen die bekannten Centralstellen alles menschlichen Wissens, unsere deutschen Universitäten, eine merkwürdige und, fast möchte ich sagen, rührende Anhänglichkeit an die Tradition. Es ist seit neunzig Jahren auf allen preußischen Universitäten, oder die es werden wollten, von allen preußischen Geschichtsprofessoren u. s. w. verkündet, daß Friedrich den siebenjährigen Krieg nur zu seiner Vertheidigung angefangen habe. Denn — er selbst hat es gesagt.

Eben darum freilich wäre in diesem Falle für unsere Geschichtsprofessoren die Anwendung eines kritischen Scharfsinnes eine reine Vergeudung gewesen, die nur hätte geschehen können auf Kosten und mit Vernachlässigung wichtiger Angelegenheiten. Nur dadurch, nur durch diese treue Anhänglichkeit an das Wort des Meisters, des eigentlichen Schöpfers der kleindeutschen Geschichts-Baukunst, ist es zu erklären, daß von allen denen, welche bis jetzt die von Friedrich II. und Hertzberg zum Nachsprechen bestimmten Meinungen und Worte dem Sinne der Auftraggeber gemäß nachgesprochen haben, daß von allen diesen — sagen wir — noch keiner auf den Gedanken gekommen ist, im sächsischen Archive nachzusehen, ob das was Friedrich II. und Hertzberg daraus entnommen und der Welt verkündet haben, denn auch wirklich darin enthalten ist. Wir gehen nicht so weit, daß wir einem Meister kleindeutscher Geschichtschreibung zumuthen möchten, Mißtrauen in Friedrich II. zu setzen. Eine Zumuthung solcher Art wäre hart. Nur etwa in ähnlicher Weise, wie die Philologen

rastlos sich abmühen mit der Vergleichung der Handschriften der Classiker, dürfte es auch den Professoren der preußischen Weltanschauung zugemuthet werden, daß sie ein in seiner Art classisches Werk wie das Mémoire raisonné von Hertzberg, oder wenigstens die Pièces justificatives qui en fournissent les preuves — verglichen mit den Originalen dieser pièces justificatives im sächsischen Archive zu Dresden.

Indessen dieß ist, wie gesagt, bisher nicht geschehen. Ein Anderer dagegen hat sich dieser Aufgabe unterzogen, und ist in Folge dessen zu sehr merkwürdigen Ergebnissen gekommen. Er hat dieselben der Oeffentlichkeit übergeben in einem Werke, welches er nennt: „Die Geheimnisse des sächsischen Kabinets von Ende 1745 bis Ende 1756. Archivalische Vorstudien für die Geschichte des siebenjährigen Krieges." Erster Band. Stuttgart, Cotta 1866.

Der Verfasser hat seinen Namen dem Werke nicht beigefügt. Er sagt in dem Vorworte, daß höhere Rücksichten ihn daran verhindern. Wenn das Buch lediglich eine Bearbeitung des vorgefundenen Stoffes wäre: so würde die Weglassung des Namens weniger statthaft seyn als in der Gestalt wie jetzt das Buch erscheint. Es besteht nämlich, abgesehen von dem ersten Theile, der „ersten Studie", in welcher der Verfasser seine Ansichten über den König Friedrich II. und die von diesem Könige gestiftete Monarchie entwickelt, wesentlich aus Aktenstücken und Aktenauszügen. Es ist möglich, daß Jemand in Betreff derselben die Meinung äußern könnte, sie seien ihm nicht vollständig genug. Andere dagegen werden sagen, die zweite Studie, in welcher der Verfasser darthut, daß Sachsen bis zu dem preußischen Einbruche vom August 1756 überall kein Bündniß mit irgend einer anderen Macht hatte, weder ein defensives, noch viel weniger ein offensives — daß diese zweite Studie sehr ausführlich und reichlich vollständig gerathen sei. Alle aber, ob rechts ob links, werden darin übereinstimmen müssen, daß die von dem Verfasser aktenmäßig dargelegten Thatsachen schlechterdings unvereinbar

sind mit dem Mémoire raisonné des Königs Friedrich II. und seines Ministers Hertzberg, daß mithin Jeder, der fortan auf diese Staatsschrift und die durch dieselbe ausgestreuten Meinungen sich beruft, schlechterdings an die nunmehr aller Welt zugänglichen Aktenstücke selbst verwiesen werden muß. Fassen wir es lieber in die Worte des Buches selbst. Es heißt dort (S. 225): „Was uns zunächst interessirt, ist die Thatsache zu constatiren, daß Sachsen dem Bündnisse (der Vertheidigung zwischen Oesterreich und Rußland) von 1746 nicht beigetreten ist, auch niemals die Absicht gehabt hat beizutreten. Vor dieser Thatsache zerstiebt das *Mémoire raisonné*."

Wenn das Fundament morsch ist, so stürzt das ganze Gebäude ein. Aber was ist denn die Qualität dieses Mémoire raisonné, auf welchem bisher in Betreff des siebenjährigen Krieges die von unseren Universitäts-Kathedern herab vorgetragene Wissenschaft beruht hat? Der Verfasser sagt darüber S. 227: „Wir hoffen jedem Laien, der die Mühe nicht gescheut hat uns zu folgen, den Schlüssel zu dem preußischen Blaubuche von 1756, zu den Pièces justificatives qui en fournissent les preuves, gegeben zu haben. So wie sie vorlagen, verstümmelt, ganz willkürlich zusammen gestellt, aus dem Zusammenhange gerissen, mußten diese Fragmente das Publikum täuschen, und selbst dem Diplomaten vom Fache völlig unverständlich bleiben."

Mit etwas anderen Worten hat dieß allerdings der Graf Hertzberg nach dem Tode Friedrichs II. indirekt selber anerkannt. „Es ist ausgemacht, sagt der Verfasser des Mémoire von 1756, derselbe Graf Hertzberg dreißig Jahre später — es ist ausgemacht, daß diese Plane den König (Friedrich) zu bekriegen und seine Länder zu theilen, wirklich existirten; aber da sie nur eventuell waren und die Bedingung voraussetzten, wofern der König in Preußen Gelegenheit zum Kriege geben würde: so wird es immer unentschieden bleiben, ob diese Plane jemals würden zur Ausführung gekommen seyn, und

ob es gefährlicher seyn würde, sie zu erwarten als ihnen zuvorzukommen."

Zweierlei ist hier besonders hervorzuheben. Der Graf Hertzberg von 1786 sagt ausdrücklich selbst, daß die Plane zwischen Oesterreich und Rußland als Bedingung voraussetzten einen abermaligen Friedensbruch von Seiten Friedrichs II. Nur für diesen Fall des Friedensbruches waren die Mächte an ihre Verabredungen des Traktates von Petersburg einander gegenüber gebunden. Trat dieser Fall nicht ein: so bestand auch das Bündniß nicht. Friedrich II. hatte mithin, wenn er selbst Frieden hielt, einen Angriff von dort auf der Basis dieses Vertrages nicht zu erwarten. Der Graf Hertzberg drückt dieß im Jahre 1786 so aus: „es werde für immer unentschieden bleiben, ob die Plane würden zur Ausführung gekommen seyn." Man sollte darin dem Grafen Hertzberg gegenüber billig seyn, und eine schärfere Form der Revocation des Mémoire raisonné von 1756 nicht verlangen.

Dieß Bündniß gemäß dem Vertrage von Petersburg war ein defensives. Immerhin könnte nun ein Fridericianer der Neuzeit dennoch behaupten wollen, daß die Existenz dieses Bündnisses, dessen Tragweite übrigens dem Könige Friedrich II. vermöge der bekannten von ihm angewandten Mittel der Bestechung und der in Potsdam verfertigten Nachschlüssel völlig offen lag, ihm das Recht gegeben habe, zu seiner Vertheidigung gegen dieß Vertheidigungsbündniß angriffsweise vorzugehen. Allein auch der eifrigste Heißsporn wird dem Könige Friedrich dieß Recht doch nur zusprechen wollen gegen Oesterreich oder Rußland — denn nur zwischen diesen beiden Staaten war das Defensivbündniß geschlossen — nicht aber gegen Sachsen, welches, wie die jetzt in der vorliegenden Schrift aufgeführten Aktenstücke angeben, die Betheiligung an diesem Defensivbündnisse abgelehnt hatte.

Daß aber Sachsen diese Betheiligung abgelehnt hatte, wußte Friedrich II. ganz genau und zwar noch viel besser als wir, weil nach der Besetzung von Dresden und dem Er-

brechen des Archives ihm und Hertzberg die sämmtlichen Akten desselben im Original vor Augen lagen. Nachdem sie davon Einsicht genommen, nachdem sie also sich selber überzeugt, daß ein etwaiger Verdacht gegen Sachsen, wenn sie vielleicht bis dahin einen solchen hatten, nicht gegründet war: erst dann arbeitete Hertzberg im Auftrage des Königs Friedrich II. das Mémoire raisonné aus, und erhob in demselben die Anklagen, welche sich durch die Einsicht in die Aktenstücke des Archives als nicht begründet dargethan hatten. Und zwar erhob er dieselben, indem er zu diesem Zwecke, wie der Verfasser der „Geheimnisse des sächsischen Kabinets" darthut, die Aktenstücke „verstümmelte, ganz willkürlich zusammenstellte, aus dem Zusammenhange riß."

Die Anklagen, welche das Mémoire raisonné auf die Urkunden einer solchen Qualität basirt, sind nun, wie der Einblick in die quantitativ herrschende Literatur lehrt, in diese landläufige Geschichtschreibung übergegangen. Daß dieß in Zukunft noch der Fall seyn werde, bezweifeln wir. Denn bei uns Deutschen darf man doch das Vertrauen hegen, daß jeder ehrliche Mann sich hüten wird Dinge nachzusprechen, deren Ungrund klar zu Tage liegt. Man wird, und wie wir hoffen sogar auf preußischen Universitäten wie Berlin, Bonn, vielleicht selbst, wenn diese Hoffnung nicht zu kühn ist, in Heidelberg sagen: dies Mémoire raisonné ist eine Parteischrift, deren Behauptungen nur in so weit Rücksicht verdienen, als sie durch klare unzweideutige Zeugnisse bewiesen werden.

Und auch darin muß man billig seyn. Hertzberg hat das Mémoire im Auftrage seines Königs verfaßt. Wir sind sehr weit davon entfernt, diesen Gehorsam entschuldigen zu wollen. Derselbe ging hinaus über die Grenzen dessen, was ein ehrlicher Mann in weltlichen Dingen seinem Herrn zu leisten verpflichtet ist. Allein Hertzberg hat auch nur geschrieben für den augenblicklichen Bedarf. Der Bedarf des Augenblickes war, die damals lebenden Menschen, die damalige Gegenwart irre zu führen. Ob auch die Nachwelt, welche

ruhig und kalt das Für und Wider prüfen sollte, sich durch dieses Memoire irre führen lassen würde, war eine Frage, die Hertzberg damals wohl kaum erhob. Gegen die bleibende Absicht eines solchen Irreführens spricht seine spätere Revocation. Sie gab dem Kundigen den Wink, den leider sehr wenige verstanden haben: Prüfet selbst, bevor Ihr urtheilt.

Anders steht die Sache mit dem Könige Friedrich II. Er begnügte sich nicht mit dem Mémoire von Hertzberg als Staatsschrift für das selbstgeschaffene Bedürfniß des Augenblickes. Er schrieb, nachdem der Krieg beendet war, die Geschichte desselben, und berief sich in diesem geschichtlich seyn sollenden Werke für seine Gründe zum Beginnen des Krieges eben auf jenes Mémoire. Doch lassen wir darüber den Verfasser der „Geheimnisse des sächsischen Kabinets" selbst reden. Er sagt (S. 229): „Friedrich II. hat sich nicht damit begnügt, die Mitwelt über die Ursachen seines Landfriedensbruches von 1756 geflissentlich und wissentlich zu täuschen. Dieser König hat nicht wie Hertzberg später das Mémoire raisonné desavouirt; er hat vielmehr versucht damit auch die Quellen der Geschichte für die Nachwelt zu vergiften. Er sagt im dritten Capitel seiner Histoire de la guerre de 7 ans: „Vous verrez par les pièces justificatives annexées à ce chapitre, que le Roi de Pologne était un des plus zélés partisans de la conjuration que l'Impératrice-Reine avait formée contre la Prusse."

So Friedrich II. Man sieht, wie mit größerem Rechte als einst Herodot für die Griechen, dieser König für das Preußenthum den Namen eines Vaters der Geschichte beanspruchen kann. Andererseits aber kann man dem Verfasser dieser „Geheimnisse" nicht verdenken, daß er, da wo er solche Geheimnisse aufdeckt, wenige Zeilen zuvor an einen Brief erinnert, welchen Friedrich II. während des Krieges im J. 1741 an seinen Minister Podewils bestimmte, welcher indessen aufgefangen und ins kaiserliche Archiv zu Wien gebracht wurde, und vor einigen Jahren durch Herrn von Arneth aus demselben veröffentlicht ist. Die Stelle lautet: S'il y a à gagner

d'être honnête homme, nous le serons; et s'il faut dupper, soyons donc fourbes (ist es aber nothwendig zu täuschen, so seien wir denn Betrüger).

Bisher haben wir das Verhalten von Kursachsen zu dem Petersburger Defensivbündniß von 1746 zwischen Oesterreich und Rußland betrachtet, und auf Grund der Aktenstücke, welche diese „Geheimnisse des sächsischen Kabinets" darbieten, mit dem Verfasser derselben ersehen, daß Kursachsen, bis zum Einbruche Friedrichs im August 1756, mit Oesterreich und Rußland weder ein Defensiv-, noch geschweige denn ein Offensivbündniß, ja daß es den Antrag zum Beitritte zu dem Defensivbündniß geradezu abgelehnt hatte. Demgemäß fällt mit dem Lügengewebe des Mémoire raisonné jeglicher Vorwand, daß Friedrich II., indem er in Sachsen einbrach, indirekt doch zu seiner Vertheidigung gehandelt habe.

Aber es tritt nun die andere Frage heran, ob nicht Kursachsen, wenn es auch an dem Defensivbündnisse zwischen Oesterreich und Rußland sich nicht betheiligen wollte, doch sonst in irgend einer Weise mit Oesterreich und Frankreich zum Nachtheile Friedrichs sich eingelassen hatte. Erörtern wir auch diese Frage an der Hand dieser erst ans Licht getretenen „Geheimnisse des sächsischen Kabinets."

Heben wir zunächst zwei Daten hervor, die festzustellen nicht unwichtig ist.

Am 16. Januar 1756 schloß Friedrich II. mit England ein Neutralitätsbündniß.

Am 1. Mai 1756 schlossen Oesterreich und Frankreich das Defensivbündniß von Versailles.

Im August des J. 1756 brach Friedrich II. in Sachsen ein.

Am 16. Januar 1757 schloß Friedrich II. mit England ein Offensivbündniß.

Am 1. Mai 1757 schlossen Oesterreich und Frankreich ein Offensivbündniß.

Die Verwechselung dieser Daten hat mehr als einmal zu Irrthümern Veranlassung gegeben.

Der Grund für England zu dem Abschlusse des Neutralitäts-Vertrages vom Januar 1756 liegt nahe. Der König Georg II. wollte in dem ausbrechenden Kriege mit Frankreich Sicherheit für sein Erbland Hannover. Von 1740 an war Friedrich II. von Preußen — europäisch betrachtet — als Vasall von Frankreich aufgetreten. Er hatte bei seinem ersten Eroberungszug gegen Maria Theresia an den französischen Gesandten die bekannten Worte gerichtet: „Ich spiele im Grunde euer Spiel; bekomme ich die Trümpfe, so theilen wir (si les as me viennent, nous partagerons).“ Er hatte den zweiten Eroberungszug nach Böhmen hinein unternommen, für sich um einen Theil Böhmens zu erobern, für Frankreich pour sauver l'Alsace, wie er selbst es nennt, weil Gefahr vorhanden war, daß die deutschen Waffen das verlorene Elsaß wieder gewannen. Er hatte dann abermals, um für sich Schlesien zu retten, Frieden gemacht auf eigene Hand; allein deßungeachtet war durch den Subsidienvertrag das Abhängigkeitsverhältniß zu Frankreich geblieben. Denn so sehr man in Frankreich diesen König moralisch verachten mochte: vergaß man doch nicht, daß Friedrich II. durch die Auspressung seiner Unterthanen bis aufs Blut jederzeit ein über alles Verhältniß hinaus starkes Heer zur unbedingten Verfügung hatte, und dadurch je nach den Umständen ein nützliches Werkzeug seyn konnte, dessen man sich bediente wozu es gut war. Wenn es also Georg II. von England gelang, mit diesem Könige Friedrich II. einen Neutralitäts-Vertrag zu schließen: so war dieser Vertrag, indem er dem König Georg die gewünschte Sicherheit für sein Erbland Hannover gab und darum für England ein Gewinn war, gegenüber von Frankreich eine halbe Feindseligkeit.

In der That war man in Frankreich über das was man dort die défection du roi de Prusse nannte, sehr unwillig und erstaunt. In einer solchen Zeit war man dort geneigter als zuvor, auf den Vorschlag von Oesterreich zu einem Bündnisse einzugehen, nicht jedoch zum Zwecke eines

Angriffes, sondern der Vertheidigung. Nur in diesem Sinne ward das Versailler-Bündniß vom 1. Mai 1756 geschlossen. Die Aktenstücke und Auszüge, welche diese „Geheimnisse des sächsischen Kabinets" darbieten, beweisen eben dasselbe was auch Flassan in seiner Geschichte der Diplomatie darlegt, nämlich, daß es beim Abschlusse dieses Bündnisses vom 1. Mai 1756 sowohl Frankreich als Oesterreich um die Erhaltung des Friedens auf dem Continente zu thun war.

Wie stand dazu das Kurfürstenthum Sachsen?

Doch bevor wir auf diese Frage eingehen, ist es nicht unwichtig, mit einigen Worten eines Irrthumes zu gedenken der, Gott weiß aus welcher Quelle, sich in die landläufige Geschichtschreibung eingeschlichen hat, und ungeachtet der völligen Unwahrscheinlichkeit, ja der moralischen Unmöglichkeit, wie jedes Mangels an Beweisen immer aufs neue nachgesprochen wird. Es ist dieß die Meinung, daß die Kaiserin Maria Theresia damals einen Brief an die Pompadour gerichtet und dieser Person darin die Anrede: „Ma Cousine" gegeben haben soll. Der Schotte Carlyle, der neuerdings eine Reihe von Bänden mit allerlei Geschichten von und über Friedrich II. angefüllt hat, und der eben so wenig wie irgend ein anderer fremder Schwätzer, der über Deutschland seine Halbwisserei auskramt, der Uebersetzungs-Spekulation eines deutschen Buchhändlers hat entgehen können — dieser Schotte Carlyle hat sich mit der Anrede „Ma cousine" nicht begnügt. Um den Mythus drastischer zu machen, thut er aus seinem Eigenen noch dazu, Maria Theresia habe geschrieben: Princesse et Soeur*). Andere werden vielleicht noch Anderes dazuthun.

Daß Friedrich II., um Frankreich für sich günstig zu stimmen, der Pompadour bis zu einer halben Million Thaler hat bieten lassen, daß er ferner zu gleichem Zwecke einer Madame Therese in Paris Briefe geschrieben, „weil diese Person

*) Th. Carlyle: H. of Friedrich II. of Prussia Vol. IX. p. 224.

weder eine spanische Heilige sei noch stolz wie die deutsche Therese, sondern sich begnüge die liebenswürdigste der Französinnen zu seyn" *) — ist bekannt; denn den Herausgebern der Werke des Königs, denen die Veröffentlichung seiner eigenhändig geschriebenen politischen Testamente nicht gestattet worden ist, hat man die Publication dieser Briefe nicht verwehrt. Allein Maria Theresia hat einen Brief solcher Art, der sie, wenn auch noch so entfernt, mit dem Könige Friedrich II. in irgend einer Art auf gleiche Linie bringen würde, nicht geschrieben. Es ist nämlich sehr merkwürdig, daß dieß Gerücht, als habe sie es gethan, schon damals gleich entstanden ist. Ihre Verwandte, die Kurfürstin von Sachsen, scheint deßhalb bei ihr angefragt zu haben, und die Kaiserin antwortet in einem eigenhändigen Schreiben vom 10. Oktober 1763. Dasselbe ist bereits 1857 von dem Direktor des K. S. Haupt-Staats-Archives veröffentlicht**); allein gegenüber dem endlos wiederholten Irrthume, der in seinem Ursprunge nur absichtliche Verläumdung seyn kann, darf man nicht ermüden, den wahren Sachverhalt immer aufs neue hervorzuheben. Die Kaiserin nämlich schreibt mit ihrer eigenen Orthographie: Vous vous trompez si vous croyez que nous avonts jamais eut des liaisons avec la pompadour, *jamais une lettre,* ni que notre ministre aye passée par son *canal;* ils ont dut lui faire la cour comme tout les autres, mais jamais aucune intimité. *ce canal ne m'auroit pas convenu.* je lui ais fais un present plutot galant que magnifique, l'année 756, et avec la permition du roy, je ne la crois pas capable d'en accepter autrement.

So die auf ihre Frauenwürde mit Grund so stolze Kaiserin Maria Theresia. Kehren wir nach dieser Abschweifung zurück zu der Frage, wie Kursachsen stand zu dem österreichisch-französischen Defensivbündnisse vom 1. Mai 1756?

---

*) Oeuvres de Fr. le Gr. Tom. XVI. 313.

**) Maria Antonia Walpurgis Kurfürstin u. s. w. Dresden 1857. I. S. 144.

Der Leiter der sächsischen Politik, Graf Brühl, hatte jeglichen Hinweis auf den Beitritt zum österreichisch-russischen Defensivbündniß zurückgewiesen. Am 1. Mai 1756 ward das österreichisch-französische Defensivbündniß abgeschlossen. Der Zweck beider Mächte war die Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Continente. Der französische Minister Rouillé eröffnete dieß am 1. Juni 1756 dem sächsischen Gesandten in Paris. Der Gesandte, Graf Vitzthum, erwiderte: „wenn der Vertrag nur die Aufrechthaltung der Ruhe und des Friedens von Europa bezwecke, so werde der König-Kurfürst, sein Herr, den wärmsten Antheil an einem Werke nehmen, welches für das öffentliche Wohl so segensreich, den friedlichen Absichten Sr. Majestät so vollkommen entsprechend zu seyn scheine."

Von da an verfolgt der sächsische Gesandte Vitzthum, so viel er vermochte, das Bestreben dahin zu wirken, daß der von ihm vertretene Staat dem österreichisch-französischen Defensivbündnisse beitrat. Er fand mit diesem Bestreben bei dem Grafen Brühl keinen Anklang.

Brühl sah zu Zeiten wohl ein, von wo für Sachsen eine wirkliche Gefahr drohen könne. Er erwiderte am 20. Juni 1756 dem Gesandten Vitzthum: „Ich erkenne an, daß der König von Preußen die Thatsache dieses Bündnisses benutzen wird, um bei den Ständen des Reiches Mißtrauen zu erwecken gegen den Kaiserhof, daß dieser nämlich die Verbindung mit Frankreich benutzen werde, um seine Macht und sein Ansehen in Deutschland zu mehren; aber es scheint mir, daß man immer weniger zu fürchten haben werde von dem Oberhaupte des Reiches, als von Sr. preußischen Majestät, welche notorisch bis jetzt keine Gelegenheit unbenutzt gelassen hat, um sich über alle Gesetze und Reichsconstitutionen hinweg zu setzen und dahin zu streben, daß er die Mehrheit der anderen Fürsten und Reichsglieder seinem Despotismus unterwerfe."

Allein eine solche Aeußerung des Grafen Brühl war nur ein vorübergehender Lichtblick. Er wußte, daß Friedrich II.

in außerordentlicher Weise rüste. Er fragt am 11. Juli 1756, also nicht volle sieben Wochen vor dem Einbruche Friedrichs in Sachsen, bei seinem Gesandten an: „Was denkt man darüber in Paris? Der König verbirgt seine Absichten so geflissentlich, daß die verschiedenartigsten Conjekturen gemacht werden. Die Einen glauben, jene Rüstungen bedeuten nichts als einfache Vertheidigungsmaßregeln für seine eigenen Staaten und besonders für Schlesien. Andere dagegen wiederholen, es handle sich um eine bevorstehende Schilderhebung dieses Fürsten. Wir sind bis jetzt noch nicht in der Lage, uns irgendwie eine bestimmte Vorstellung und ein sicheres Urtheil zu bilden."

Während der Graf Brühl nicht vermochte, sich ein sicheres Urtheil zu bilden, wohin etwa die preußischen Rüstungen zielten, während er dagegen sicher wußte, daß diesem friedelosen Nachbar nie zu trauen war, unterließ er alles was möglich oder nöthig war, um Sachsen nur einigermaßen in wehrhaften Stand zu bringen. Aber er that, oder wenn man lieber will, er unterließ noch mehr. Der Graf Vitzthum war auf eigene Hand so weit gegangen zu erkunden, ob ein Antrag auf den Beitritt Sachsens zu dem französisch-österreichischen Defensivbündnisse einen guten Boden finden werde. Er hatte sich darüber Gewißheit verschafft, und berichtete dieß heim. Die Antwort des Grafen Brühl vom 1. August 1756 war ein scharfer Verweis an den Gesandten für seine Eigenmächtigkeit. „Wir wünschen", sagt der Minister, „jeden Verdacht der Parteinahme zu vermeiden." Er selbst nennt dieses Verfahren klug. Denn er fährt fort: „Wir glauben, daß wir in dieser klugen Entschließung durch die glückliche Lage, in der wir uns befinden, unterstützt werden. Das Glück dieser Lage besteht darin, daß wir vermieden haben, uns hier oder dort in engere Verbindungen einzulassen, die uns hätten geniren und in der Folge gar vielleicht zu gefährlichen Vorschritten verleiten können. Nach diesen Grundsätzen werden Ew. Excell. Sich gefälligst darauf

beschränken, im Allgemeinen nur die Freundschaft und die guten Gesinnungen des Königs von Frankreich für uns zu erhalten. Dagegen werden Sie für den Augenblick jede Insinuation unterlassen, die uns als Empressement ausgelegt werden könnte".

So der sächsische Minister im Bewußtseyn seiner Klugheit am 1. August 1756. Gerade vier Wochen nachher brach der König Friedrich II. in Sachsen ein. Aber hören wir auch diesen selbst, wie er nachdem die Niederlage von Kollin seinen Eroberungsplan vereitelt hatte, in der Apologie de ma conduite politique seinen Einbruch in Sachsen vertheidigte, nicht, wie sich von selbst versteht, in Betreff irgend eines Rechtes, sondern in Betreff seiner Klugheit, die allerdings andere Wege ging als diejenige des Grafen Brühl.

„Hätte ich", sagt Friedrich II.*), „die Königin von Ungarn in Schlesien angreifen wollen, so lag die Unmöglichkeit vor, ihr großen Schaden zu thun; auch würde ich dem Könige von Polen (Kurfürsten von Sachsen), meinem gefährlichsten Nachbar, die Zeit gelassen haben, mit Hülfe von Subsidien eine Armee von 40,000 Mann aufzustellen. Uebrigens, wenn es überhaupt möglich war in Böhmen einen Erfolg zu haben, so war es von der sächsischen Grenze aus, wo die Elbe und die Verbindung mit den Marken mir die Mittel boten, meine Armee zu erhalten. Dieß waren in Wahrheit die Ursachen, welche mich veranlaßt haben, diesen Plan anderen vorzuziehen. Wie konnte ich voraussehen, daß Frankreich 150,000 Mann ins Reich senden, wie voraussehen, daß sich das Reich gegen mich erklären würde?" Es folgt die weitere Darlegung, daß er nach den Grundregeln der Politik, nämlich nach den Interessen der Fürsten und ihren bestehenden Allianzen, eine solche Coalition, wie sie nach seinem Einbruche in Sachsen sich bildete, nicht habe erwarten dürfen. Er macht die Anwendung auf Frankreich.

*) Oeuvres XXVII. p. 279.

„Nach den Traktaten, sagt er, war Frankreich nur verpflichtet, die Königin von Ungarn mit einem Hülfscorps von 24,000 Mann zu unterstützen. Frankreich hatte keinen Vertrag mit dem Könige von Polen, durchaus keine Verbindung, welche es verpflichtete, ihm zu Hülfe zu eilen."

Dieß also ist der bestimmende Grund. Der Graf Brühl hielt es für sehr klug, daß er sich auf das österreichisch-französische Bündniß nicht einließ und darum auch dem Könige von Preußen nicht den leisesten Vorwand zur Feindseligkeit gegen ihn gab. Er verrechnete sich sehr. Denn eben darum weil der Graf Brühl sich auf dieß Bündniß nicht eingelassen, weil demnach traktatenmäßig das selber nicht gerüstete Kursachsen von Oesterreich oder Frankreich keinen Schutz zu gewärtigen hatte: eben darum hielt Friedrich II. es für sehr klug, in dasselbe einzubrechen.

Sie beide freilich haben sich dann, jeder von seinem Standpunkte aus, geirrt. Es ist das nachdrücklichste Gewicht darauf zu legen, daß Friedrich II. in jenen Worten seiner „Apologie" seinen Irrthum anerkennt. Indem er dieß thut, enthalten seine Worte offenbar auch eine Kehrseite, die sich in folgender Weise aussprechen läßt: Nachdem ich bei meinen beiden ersten Raubanfällen gegen Oesterreich durch die That erfahren, daß alle Welt mich ruhig operiren ließ, konnte ich bei dem dritten nicht erwarten, daß so viele gegen mich auftreten würden. Hätte ich das voraussehen können, so würde ich es unterlassen haben. Ich brach in Sachsen ein, weil ich es schutzlos wußte.

Brühl dagegen wiegte sich bis zu dem entscheidenden Augenblicke und darüber hinaus in der Selbsttäuschung, daß Kursachsen, weil es den König von Preußen nicht gekränkt habe, von diesem nicht bedroht sei. Er hatte nicht rüsten lassen. Am 26. August, drei Tage vor dem Einbruch Friedrichs, wurden einige sächsische Truppen dislocirt. Der Grund ist charakteristisch. Es geschah dieß nämlich, weil die Nach-

richten von der Anhäufung preußischer Truppen an der Grenze sich bestätigten. Und zwar ließ der Graf Brühl deßhalb die sächsischen Truppen — sich zurückziehen, um, wie er dem preußischen Gesandten besonders sagen ließ, sorgfältig aller Gelegenheit aus dem Wege zu gehen, „welche zu einigem Verdrusse Anlaß geben könnte.“ Er begnügte sich nicht damit. Er ließ dem preußischen Gesandten ausdrücklich vorher davon Nachricht geben, und zwar zu dem Zwecke, „damit diese ganz unschuldige démarche und précaution nicht etwa ungleich ausgelegt werde.“ Vielleicht dürfte ein ähnliches Beispiel in der politischen Geschichte der Staaten unerhört seyn. Denken wir uns die Scene in das bürgerliche Leben verlegt. Der Hauseigenthümer zieht die letzten morschen Riegel, die dem Einbrecher vielleicht noch den Eingang verwehren könnten, von der Thüre weg, und bittet dabei den Räuber, ihm das nicht übel zu nehmen; denn es sei nicht gegen ihn.

Aehnlich verhielt sich der Graf Brühl gegen seine Gesandten. Da der Graf Vitzthum von Paris aus nicht abließ, auf die Nothwendigkeit des Beitrittes von Sachsen zu dem österreichisch-französischen Defensivbündnisse hinzudeuten, so erhielt er am 29. August 1756 — man wolle das Datum beachten — einen abermaligen Tadel dafür, daß er nicht sich innerhalb der Grenze seiner Instruktionen halte. Am Schlusse des Briefes sagt der kursächsische Minister: „Der Wiener Hof hat nicht aufgehört zu erklären und durch alle seine Gesandten im Auslande zu erkennen zu geben, daß die Maßregeln, welche er zu nehmen für nothwendig erachtet, nichts als reine Vertheidigungsmaßregeln seien. Ich höre, daß auch der König von Preußen seinerseits vermittelst eines Rescriptes an seinen Gesandten dem Reichstage ähnliche Erklärungen abgegeben hat. Nach diesen öffentlichen und gegenseitigen Versicherungen sollte man meinen, zu der Hoffnung berechtigt zu seyn, der Friede werde erhalten werden.“

An demselben Tage, an welchem der sächsische Minister

diese Worte an seinen Gesandten in Paris schrieb, am 29. August des Jahres 1756, ließ der König Friedrich II., ohne Kriegserklärung, die Stadt Leipzig besetzen, die sächsischen Cassen mit Beschlag belegen, standen drei preußische Heeres-Colonnen auf sächsischem Boden.

Wenn dem sächsischen leitenden Minister etwas zur Entschuldigung gereichen kann: so ist es höchstens die über alles menschliche Erwarten hinausgehende Maßlosigkeit der Verlogenheit des Königs Friedrich II. Allein thatsächlich stellt sich die Sache so, daß Niemand dem Friedensbruche desselben durch passives Verhalten mehr in die Hände gearbeitet hat, als der sächsische Minister Graf Brühl.

Friedrich II. hat dieß öffentlich niemals anerkannt. Er verfolgte ein entgegengesetztes Verfahren. Er ließ in Dresden das Palais des Grafen Brühl mit großem Eifer zerstören, gleich als habe er auf diesen Mann einen besondern Grimm. In dem Publikum von Dresden oder anderswo konnte sich dann die öffentliche Meinung bilden, daß der Graf Brühl eine ganz besondere Schuld an dem Kriege trage, unter dem Jedermann litt. Friedrich II. verfolgte in anderer Weise dasselbe Ziel bei der Abfassung seiner histoire de la guerre de 7 ans. Dort schildert er ihn (Ch. II.) also: „Der Graf von Brühl fühlte sich durch den Frieden von Dresden gedemüthigt. Er war eifersüchtig auf die Macht des Königs (Friedrich) und bemühte sich im Verein mit dem Wiener Hofe zu Petersburg einen gleichen Haß und Neid zu erwecken. Dieser Minister sann nur auf den Krieg (ce ministre ne respirait que la guerre); er schmeichelte sich die ersten Wirren in Europa benützen zu können, um einen gefährlichen Nachbar Sachsens zu erniedrigen; er begriff daß dieses Kurfürstenthum nicht geschont werden, und daß die ersten Anstrengungen der Preußen sich dorthin richten würden: und dennoch ließ er die Militärkraft Sachsens verfallen. Wir wollen nicht untersuchen, ob sein Verfahren sehr consequent war."

Man sieht: es ist das die Charakteristik des Schafes

gezeichnet von dem Wolfe. Aber wir bitten jeden Leser einen Blick zu werfen in die landläufige Geschichtsliteratur, und sich die Frage zu beantworten, ob das Bild des Grafen Brühl, wie es dort sich gezeichnet findet, nicht die entschiedenste Aehnlichkeit hat mit demjenigen, welches Friedrich II. hier entworfen. Es ist einer der vielen Beweise der eminenten Macht, welche diese Eine Persönlichkeit Friedrichs im Kleinen wie im Großen auf die Anschauungen einer ganzen Cultur-Periode in Deutschland ausgeübt hat und bei sehr vielen auch noch heutiges Tages ausübt. Es regen sich in uns bei solchen Wahrnehmungen verschiedene Gefühle; aber dasjenige des Staunens über diese geistige Macht — oder vielleicht auch über die Schwäche der Anderen? — ist ohne Zweifel allgemein.

Fassen wir nun die Sache zusammen: so ergibt sich, daß Friedrich II. mit dem Einbruche in Sachsen vom August 1756 einen reinen Eroberungszug unternahm, und zwar deßhalb unternahm weil er seinen Gegner zu überraschen hoffte. Sein eigentlicher Gegner war indessen auch dießmal nicht Sachsen, sondern Oesterreich. Er selbst hat dieß in den oben angeführten Worten aus seiner Apologie de ma conduite politique indirekt selber gesagt.

Und eben dasselbe ergibt sich aus seinen Schritten gegen Sachsen.

(Schluß folgt)

XXXVIII.

Aus Preußen.

Das allgemeine Stimmrecht des Grafen Bismark.

Der Minister von Bismark hat am Bundestage Vorschläge machen lassen, betreffend eine Volksvertretung am Bunde, hervorgegangen aus allgemeinem Stimmrecht ꝛc.

Die Kreuzzeitung erklärte diese Vorschläge und die Intentionen des Minister-Präsidenten nicht zu verstehen. Wir finden die Sache nicht sehr schwierig zu verstehen; besonders aber nach dem Vorgange Frankreichs und dem was dort mit dem allgemeinen Stimmrecht erreicht wird, erscheinen uns die Intentionen und Zwecke Bismarks mit demselben ganz erklärlich.

Man muß nur den Sinn und die Principien des Abstimmens in ihrer möglicherweise verschiedenen Bedeutung auseinanderhalten, so kömmt man auf die Erklärung der Sache.

Das Stimmrecht der Juli-Monarchie bedeutete nach dem wirklichen Sinne der constitutionellen Verfassung eine Veranstaltung zu einer realen Theilnahme des Volks an der Staats-Regierung, insbesondere der Gesetzgebung. Die Repräsentanten des Volks hatten die wirkliche Ausübung materieller Rechtsetzung. Das ist ja der Sinn der constitutionellen Monarchie, daß die Gesetzgebung materiell vom Volke gegeben wird. Der Fürst bedeutet in derselben nach jenem bekannten Ausspruch eines deutschen und speciell preußischen Philosophen nur den Punkt über dem I.

Nicht als Rechtsetzung materieller Art, sondern als Kundgebung formeller Bedeutung ist das napoleonische Stimmrecht

gestaltet. Alle Franzosen wählen mit, sie haben den neuen Kaiser erwählt; sie haben damit den neuen Kaiser nicht gemacht, sondern nur bezeichnet.

Das ist ein großer Unterschied. Es ist derselbe Unterschied der darin liegt, wenn irgend ein Fürst seine Räthe über irgendwelche Frage ihre Meinungen sich äußern läßt, oder aber ihren Willensäußerungen, wie dieß ja meist in England ist, das direkte Recht der Verwirklichung gegeben ist. In England regieren die Minister mit dem Parlamente, sie rathen nie bloß; nicht intellektuelle Aeußerungen sind es, was von ihnen ausgeht, sondern reale und materielle Regierungs-Akte.

Ueberall im Leben besteht dieser Unterschied. Der Inhaber eines Geschäfts kann alle in demselben Angestellten Aeußerungen über bestimmte Fragen machen lassen, er kann die Stimmen zählen, constatiren für welche Meinung die meisten Personen sind; das ist aber noch etwas ganz anderes, als wenn in einem Aktienunternehmen die durch Aktien Betheiligten über irgend welche Fragen urtheilen. In diesem Falle bedeuten die Stimmen nicht logische Ansichten, sondern Rechts-Akte.

Napoleon hat in diesem Unterschiede immer nur die Volks-Vertretung behandelt und ihre Befugnisse ziemlich consequent ausgestaltet. Bismark hat sicher nichts anderes im Sinn, als die preußische Verfassung auch in diesem Sinne zu nehmen und sie zu behandeln. Er hat auch dazu eine Berechtigung in der Art ihres Entstehens.

Die jetzige Verfassung folgte 1848 dem vereinigten Landtag und dieser Umstand allein schon wirft ein deutliches Licht darauf, in welchem Sinne die constitutionellen Formen von Seiten des Königs Friedrich Wilhelm IV. gegeben worden. In der Ausgestaltung der Verfassung schloß sich die damalige Verwaltung allerdings vielfach den Formen des Bürgerkönigthums an und das Volk verstand vielfach auch nur die Verfassung in diesem Sinne. Es kam eine Art Compromiß in den Ausdrücken zu Stande (auch manche Einzelheiten in der Entstehung der Verfassung beweisen das), durch welchen es möglich wurde, daß jede Partei, die königliche und die constitutionelle, die Verfassung in ihrem Sinne erklären konnte. Natürlich; zwei verschiedene Dinge künstlich in Eins verschmolzen, lassen sich aus

demselben wieder heraus entwickeln, auf die Spitze stellen und einander gegenüber setzen. Das ist die Geschichte der Verfassungs-Kämpfe in Preußen.

Die Conservativen und die jetzige Regierung halten sich an diejenigen Elemente, welche der König von Anfang an als vorwiegend in der Verfassung erblickte. Die Opposition hält sich an die, welche im Ausdruck und mancher Wendung unter dem Einfluß jener Zeit doch in die Verfassung auch hineinkam. Jede Partei betrachtet dann die von ihr hervorgehobene Seite als etwas wesentliches, also das Wesentliche der anderen als Zufälliges. So lange man hiebei noch mit Schonung parlamentirend zu Werke ging und sich auf Compromisse einließ, kam der Bruch nicht zum Ausdruck. Er konnte aber nicht ausbleiben, sobald ein entschieden kräftiger Minister positiver Richtung die Zügel der Regierung ergriff.

Und ein solcher Minister ist Bismark. Kraft und Muth kann ihm Niemand absprechen, wenn sich auch bezweifeln läßt, ob er von Anfang an den Zusammenhang der Dinge, wie er lag und sich entfalten mußte, mit bestimmter Klarheit überblickt und erschaut hat. Es ist denkbar daß erst im Laufe seiner Wirksamkeit bei ihm manches zur Klarheit sich entwickelte, und natürlich ist es sogar, daß das Bestreben das Verfassungsrecht in Preußen klar zu stellen, mit auf dem gefühlten Bedürfniß beruht, manche Zweideutigkeiten der Verfassung durch zweifellose Definition zu entfernen.

Hiemit konnte der Verfassungskampf nicht ausbleiben; dabei trat aber zugleich die Nothwendigkeit ein, nicht allein zu beseitigen was man nicht wollte, sondern auch noch weiter auszugestalten was man wollte, die positiven Elemente in der Verfassung in größerer Consequenz auszubilden.

Zu diesen positiven Elementen gehört selbstverständlich vor Allem eine bestimmte Regel, wie eine Volksvertretung überhaupt zu Stande kommen kann. Friedrich Wilhelm IV. hatte mit dem vereinigten Landtage einen sehr verunglückten Versuch gemacht, eine Volksvertretung auf einer Basis herzustellen die längst nicht mehr eine volle Wirksamkeit in Deutschland hat. Aus Ständen und Classen läßt sich jetzt nicht mehr eine Volksvertretung bilden, weil Stände im politischen Sinne eigentlich gar nicht mehr

existiren und Classen ganz unbestimmte Dinge sind, dermalen für staatliche Organisation gar keine Handhabe bieten. Wollte man aber einen Census beibehalten, so würde man nur den Gegensatz der Classen steigern, die Masse von dem Interesse des Staats zurückstoßen und den Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und dem Volke in beschleunigter Weise verschärfen.

Also was bleibt übrig? Nichts als einfache Kopfzahlwahlen, so furchtbar und unvollkommen und mangelhaft, ja in mancher Hinsicht direkt schädlich dieser Modus von Volks-Wahl-Operationen auch seyn und wirken mag. Alles was auf conservativer Seite gegen Kopfzahlwahlen je gesagt worden, mag richtig seyn; so bleibt doch nichts übrig, als für jetzt wenigstens in dieser Art eine Volksrepräsentation herzustellen, wenn man durchaus eine will und wollen muß. Nun können aber die meisten Regierungen und wahrscheinlich auch Preußen ohne eine solche Vertretung nicht wohl mehr glücklich fortkommen.

Versöhnen kann man sich mit dem Gedanken der Kopfzahlwahl insofern und wenn und weil die so zu Stande kommende Volksrepräsentation nicht Rechtsvertretung bedeuten, nicht eine Theilnahme der Massen an der Staatsgewalt und ihre Bethätigung begründen kann, sondern einfach Zeugenschaft darstellen wird, in dem nämlichen Sinne wie das alte deutsche Rechtsverfahren sie kennt.

Solche Volksvertretungen scheinen heutzutage nur allein möglich, werden aber auch immer große Wirksamkeit haben können. Sie vermitteln erstens das Volk mit der Regierung und zweitens die Regierung mit dem Volke. Sie sind Organe der gegenseitigen Verständigung im Erkennen, Thun und Wollen, bedingen eine Einwirkung des Volkes, wie eine solche in dem bloßen Daseyn seiner Wünsche und in deren organisirter Kundgebung enthalten ist. Sie befördern überhaupt, um das Ganze in ein kurzes Wort hier zusammenzufassen, einen lebendigen Rapport zwischen beiden Seiten, der in sehr vielen Fällen hundertmal kräftiger wirken wird als alle Kammerreden der nach einer formell anerkannten Einwirkung und Rechtssetzung haschenden heutigen Bourgeoisie-Vertretung.

XXXIX.

Die spanisch-amerikanischen Republiken mit besonderer Hinweisung auf Peru.

(Fortsetzung.)

Während Bolivar für ein neues Kaiserreich intriguirte, ward wenig gegen die Spanier ausgeführt, woran übrigens weniger Bolivar selbst, der im Norden von Peru ein ziemlich starkes Heer zusammenbrachte, als der columbianische Congreß die Schuld trug, welcher die von Bolivar mit so viel Nachdruck verlangten Truppen nicht rechtzeitig bewilligte. Die Royalisten nahmen wieder die Festung Callao, zu deren Uebergabe durch Verrath der frühere Präsident Torre Tagle das Seinige beitrug, und Bolivar ward der Möglichkeit ausgesetzt nicht nur aus Peru, sondern auch aus Columbien getrieben zu werden. Wäre damals der Vicekönig Laserna mit seiner Gesammtmacht gegen Trujillo marschirt, so hätte Bolivar so schnell als möglich auf Cuenca oder Guayaquil zurückfallen müssen, denn zu jener Zeit besaß er kein Heer das sich an Truppenzahl oder Disciplin mit den Spaniern hätte messen können. Hieran ward Laserna gehindert durch die Zwistigkeiten, die unter den Spaniern selbst ausgebrochen waren und der spanischen Sache bald den Todesstoß gaben.

Die constitutionelle Regierung war gerade in Spanien durch Ferdinand VII. aufgehoben worden und die absolutisti-

schen Generale, namentlich Olaneta in Oberperu, verweigerten dem constitutionell gesinnten Laserna den Gehorsam. Letzterer schickte seinen tüchtigsten General Valdez nach dem Süden, um Olaneta zum Gehorsam zu zwingen. Als er sich nach der Schlacht von Junin mit Valdez wieder vereinigen konnte, obgleich Olaneta noch immer in seinem Starrsinn beharrte, da waren die Aufständischen hinlänglich erstarkt. Die anfangs gewonnene Schlacht von Junin ging wieder verloren, als die spanische Cavallerie sich zu schnell zerstreute. Namentlich hat zur Entscheidung der Schlacht ein im Dienste der Aufständischen befindlicher deutscher Obrist Braun (jetzt Marschall in Bolivia) sehr viel beigetragen. Noch mehr als durch den Verlust der Schlacht ward hierauf das königliche Heer durch Desertionen geschwächt und als es nach der Vereinigung mit Valdez wieder auf mehr als 10,000 Mann gebracht worden war, ging es durch die Unvorsichtigkeit (oder den Verrath, wie Einige wissen wollen) des Vicekönigs selbst bei Ayacucho gänzlich zu Grunde (9. Dez. 1824). Schon am Anfange der Schlacht ward Laserna, welcher angriff ehe sein Centrum geordnet war, gefangen genommen und der auf dem rechten Flügel bereits siegreiche Valdez ward darauf in die allgemeine Niederlage mit gerissen. Der gefangene Vicekönig zeichnete eine Capitulation nach welcher das königliche Heer Peru sofort räumen sollte, und so war durch die Schlacht von Ayacucho der spanischen Herrschaft in Peru ein Ende gemacht. Olaneta hielt sich noch einige Monate in Oberperu, bis seine Truppen übergingen und er selbst tödtlich verwundet ward. In der Festung Callao vertheidigte sich der spanische General Rodil noch ein ganzes Jahr, bis er durch Hunger zur Capitulation gezwungen ward; den Hunger hatte Rodil zu seiner Bereicherung benutzt, indem er den in die Festung geflüchteten reichen Spaniern die Lebensmittel zu den fabelhaftesten Preisen verkaufte.

Nach der Schlacht bei Ayacucho theilte Bolivar, um seine Wahlmonarchie mit abhängigen Herzogthümern in's

Werk zu setzen, Peru in zwei Theile und errichtete aus Oberperu den neuen Staat Bolivia zu dessen Präsidenten er gewählt ward (1825). Er gab ihm eine Constitution mit einem Dreikammersystem (Bolivar hatte den Grundsatz: Divide et impera): Tribunen für die Legislation, Senatoren für die Oberaufsicht der Gerichte und Wahl der Beamten und endlich Censoren, eine politisch moralische Gewalt wie die Censoren Roms und der Areopag in Athen, denen auch seine Minister verantwortlich seyn sollten. Der Executive wurden die Mittel gegeben, sie alle zu beherrschen. Diese Verfassung ward gleichfalls von Peru angenommen, welches den General Bolivar zu seinem lebenslänglichen Präsidenten ernannte, und sollte auf Columbien ausgedehnt werden.

Bolivar war nun auf dem Gipfel seiner Macht, Herrscher von drei Staaten die heute fünf Republiken bilden und deren südliche Gränzen mehr als 1000 Stunden Weges von den nördlichen entfernt sind; allein ihm fehlte das Prestige der Legitimität und jeder seiner Unterbefehlshaber glaubte dasselbe Recht zur Herrschaft zu besitzen wie er. Seinen Rivalen kam die Schwierigkeit schnelle Bewegungen in wilden Ländern auszuführen, sehr zu Statten und Bolivar mußte bald die Unmöglichkeit einsehen, seine Macht auf einem so ungeheuren Territorium zu behaupten. Dennoch gab er seine Projekte nicht auf. Zuerst suchte Paez Venezuela von Columbien abzutrennen; sobald Bolivar diese Nachricht erhielt, überließ er dem General Sucre die provisorische Präsidentschaft von Bolivia und ging durch Peru nach Columbien zurück. Allein der Wind der Revolution, bisher so günstig für sein Glück, begann umzuschlagen. In Peru und Bolivia brachen zuerst unter den columbischen Truppen Meutereien aus und schon ehe Sucre, durch eine allgemeine Revolution aus Bolivia vertrieben, in Guayaquil ankam, hatte der columbische Obrist Bustamante in Peru die von Bolivar gegründete Regierung gestürzt (Juni 1827).

Die Revolution in Peru war von dem auf Bolivar's

Macht eifersüchtigen Vicepräsidenten von Columbien, General Santander, angestiftet worden. Ein anderer Feind des „Befreiers" (welchen Titel Bolivar in mehreren Staaten erhalten hatte), General Lamar, ward vom peruanischen Congreß als Präsident ausgerufen. Indem er den Versuch machte, Columbien zu trennen und Guayaquil an Peru, wozu es früher gehört hatte, zu anneriren, rückte Lamar mit 8000 Mann im columbischen Territorium ein, nachdem Bolivar den Krieg erklärt hatte, ward aber bei dem Portete de Tarqui (Februar 1829) von den Generalen Sucre und Flores vollständig geschlagen. Den Mißcredit welchen diese etwas schimpfliche Niederlage dem General Lamar zuzog, benutzte General Gamarra, der Chef seines Generalstabes, welcher sich mit dem berüchtigten Lafuente (derselbe welcher Riva Aguero für 1000 Goldunzen verkauft hatte) verständigte, um den Präsidenten zu stürzen. Gamarra nahm Lamar gefangen; unter dem Vorwande daß er als Ausländer nicht in Peru regieren könne, und ihm die Uebel vorwerfend die er über das Land durch seine unglückliche Expedition nach Columbien gebracht habe, verbannte er ihn nach Centralamerika wo er bald darauf starb.

Während dieser Coup d'état in Piura ausgeführt ward, setzte Lafuente in Lima den Vicepräsidenten Salazar ab, welchen Lamar für die Dauer seiner Abwesenheit mit der Präsidentschaft betraut hatte, erklärte sich selbst zum provisorischen Oberhaupte (Gefe supremo) der Regierung und berief einen neuen Congreß, um wieder einen Präsidenten zu wählen. Die Wahl fiel nicht zu seinen Gunsten aus; er besaß nicht den Einfluß von Gamarra welcher zum Präsidenten ernannt wurde — Lafuente mußte sich mit der Vicepräsidentschaft begnügen. Madame Gamarra, eine schöne und unerschrockene Amazone, soll viel durch ihre ehrgeizige Thätigkeit zum glücklichen Erfolge ihres Mannes beigetragen haben. Immer an der Spitze der Truppen, die sie durch ihre Gegenwart anfeuerte, konnte man sie auf dem Marsche alle Strapazen des gemeinen Soldaten ertragen und in der Schlacht immer auf den ge-

fährlichsten Posten sehen. Selbst im Frieden verschmähte sie den Triumph der Salons und besuchte Kasernen oder passirte Revuen. Gamarra, ein schlauer und heimtückischer Zambo, ließ sich gern von seiner Frau die ihn aus dem Nichts gezogen hatte, verdunkeln und erkannte ihre Ueberlegenheit mehr wie jeder Andere an*).

Dieser Mann war seinem Vaterlande Peru mehr verderblich als alle die früheren und späteren Anarchisten zusammengenommen. Sociale Garantien gab es unter seiner Verwaltung keine mehr, alle Moral und Gerechtigkeit war verschwunden. Die besten Offiziere setzte er auf Halbsold, weil sie ihm unbequem waren oder sich nicht von ihm kaufen ließen, und brachte an ihre Stelle wenigstens dreimal soviel andere, darunter allein zwölf Generale die er aus dem Abschaum der Bevölkerung genommen hatte und von denen er glaubte, daß sie als seine Creaturen immer zu ihm halten würden. Auf diese Weise verschleuderte er mehr als 2½ Millionen Dollars aus dem Staatsschatze**) und seit jener Zeit ist der peruanische Offizierstand in den verächtlichen Zustand herabgesunken, in welchem er sich heute noch befindet. Allein da alle Ehre aus der Armee gewichen war, so war nichts natürlicher, als daß sie auch ihn verrathen würden. Jeder, Major oder Obrist glaubte ein Recht auf die Präsidentschaft zu haben und Gamarra war während seiner ganzen Regierungszeit damit beschäftigt Militärrevolutionen zu unterdrücken — nicht weniger als vierzehn waren in den sechs Jahren seiner Regierung ausgebrochen.

In dieser ganzen Zeit waren Gesetze und Constitution seiner Laune unterworfen; nur zuletzt konnte er sich nicht mehr helfen und mußte seine Augen auf den Congreß richten, den er so lange dem Gespötte seiner Soldaten ausgesetzt hatte. Denn er sah wohl ein, daß er die Präsidentenwürde ohne Wiedererwählung nicht behaupten könne und seine gesetzliche

*) Radiquet.

**) Pruvonena.

Periode von sechs Jahren war am Ende. Obgleich er seine Soldaten an den Wahlen Theil nehmen ließ und dieselben ihre Stimmen an sechs und mehr Orten abgaben (denn die Wahlen in den verschiedenen Provinzen waren nicht an demselben Tage), und Gamarra auf diese Weise über 50,000 ungesetzliche Stimmen erhielt, war doch die öffentliche Meinung so sehr gegen ihn, daß nicht er sondern der frühere Präsident Riva Aguero die Majorität erhielt. Gamarra schickte nun Soldaten aus, um seinen Rivalen zu ermorden; allein dieser hatte Wind von der Sache bekommen und Zeit gefunden nach Guayaquil zu entkommen.

Da nun Gamarra sah, daß er selbst keine Hoffnung zur Wiedererwählung hatte, schob er eine seiner Creaturen, den General Bermudez als Candidaten vor, sagte neue Wahlen an und berief einen Nationalconvent. Allein auch Bermudez erhielt keine Majorität, sondern die Wahl fiel auf General Orbegoso, den Schützling des berüchtigten Luna Pizarro, der mit Hülfe der Logen einen größeren Einfluß im Lande übte als Gamarra mit all seinen Truppen. In der Hauptstadt Lima erhielt Orbegoso fast alle Stimmen, wozu hauptsächlich der in Peru so mächtige Einfluß der Weiber die er durch seine Schönheit bestochen hatte, beitrug.

Orbegoso trat sein neues Amt unter günstigeren Auspicien an als sein Vorgänger. Er war ein Weißer, aus einer der ersten Familien des Landes entsprossen und hatte die Sympathien der höheren Classen für sich, sowie ihn auch seine angenehmen Manieren bei dem Volke beliebt machten. Im Anfange hatten Gamarra und die Armee den General Orbegoso als Präsidenten anerkannt, doch schon fünf Tage nachher (5. Dez. 1833) ließ Gamarra den Convent durch Bajonette auseinander jagen und ernannte den General Bermudez zum provisorischen Präsidenten, während Orbegoso sich nach der Citadelle von Callao zurückzog. Gamarra hatte aber so sehr die ganze Bevölkerung der Hauptstadt gegen sich, daß er bald einsah, in Lima würde er sich nicht lange halten,

weßhalb er in das Gebirge retirirte. Bei Jauja ward er von Orbegoso eingeholt. Der erste Tag war günstig für die Aufständischen, allein am nächsten ging Obrist Echenique mit einer ganzen Division zu Orbegoso über und entschied den Ausgang der Schlacht (1834). Es ist gewiß ein seltenes Schauspiel, daß ein Theil der siegreichen Armee plötzlich zur besiegten übergeht — aber in den spanischen Republiken ist alles möglich! Nach dem Verluste seines Heeres entfloh Gamarra nach Bolivia und Bermudez ward nach Centralamerika verbannt. Diese letzten Revolutionen hatten dem Lande wieder tausende von Menschenleben gekostet und durch Truppenaushebungen, gewaltsame Wegnahme von Pferden, Maulthieren und Lebensmitteln den Ruin vieler Ortschaften verursacht.

Wenige Monate nachher, am 1. Januar 1835 machte Lafuente eine neue Revolution in Callao gegen Orbegoso, die aber gleich unterdrückt ward. Darauf erhob die Gamarra-Partei wieder ihr Haupt und bereitete eine viel weiter verzweigte Revolution vor. Die Offiziere der Armee und die Civil-Beamten waren mit Orbegoso höchst unzufrieden, weil er ihre Gehalte nicht ausbezahlte und das Volk beklagte sich über die vielen Beförderungen in der Armee. In vier Monaten hatte Orbegoso 500 neue Offiziere ernannt, oft ward ein simpler Lieutenant plötzlich zum Oberst-Lieutenant oder ein Civilist zum Oberst gemacht. Der Aufstand brach am 24. Februar 1835 unter der Leitung von Salaverri aus, welchen die Gamarra-Partei für eine erhebliche Summe gekauft hatte.

Salaverri war ein principienloser Glücksritter, der immer der Partei diente wobei am meisten zu verdienen war. Doch war er tollkühn, besaß die Gabe die Leute für sich zu gewinnen, und hatte sich namentlich bei dem Pöbel durch seinen Fremdenhaß den er offen zur Schau trug, beliebt gemacht. Kurz, für ein spanisches Land war er ganz der passende Mann. Orbegoso hatte die Unklugheit begangen ihm auf einmal zu viel Macht anzuvertrauen. Er traf ihn als pensionirten Oberst-Lieutenant, machte ihn gleich zum Oberst,

drei Monate darauf zum Brigade-General und General-Inspektor der Miliz und zuletzt zum Commandanten der Festung Callao. Dankbarkeit kannte Salaverri nicht; er benutzte rasch seine neue Stellung und Einfluß um für sich selbst zu intriguiren. Die Summe die er als Preis seines Verrathes von Gamarra erhalten hatte, steckte er ruhig ein, entschlossen auch diesen zu hintergehen und das Geld für seine Zwecke, zu seiner eigenen Erhebung zu verwenden. Orbegoso befand sich damals gerade in Arequipa, um eine dort ausgebrochene Emeute der Gamarristen zu unterdrücken, von wo aus er den Präsidenten von Bolivia, General Santa Cruz, um Hülfe ansprach. Da Salaverri offen seinen Entschluß ausgesprochen hatte die Nachbarrepublik Bolivia zu erobern, so mußte Santa Cruz fürchten, daß Jener gleich nach Beseitigung seines Nebenbuhlers in Bolivia einfallen würde. In der Zwischenzeit hatte ihm schon Gamarra vorgeschlagen die drohende Gefahr zu beschwören, wenn er ihm die Mittel verschaffte Salaverri's Vorrücken gegen Süden zu verhindern, und versprach zugleich für eine Föderation der beiden Republiken Peru und Bolivia zu wirken. Santa Cruz ließ ihn gehen und Gamarra passirte die peruanische Grenze (1835). Er war der Erste welcher die peru-bolivianische Conföderation proklamirte, die er selbst später bekämpfen und stürzen sollte. Bald sah er sich wieder an der Spitze von 2500 Mann, mit denen er zweier Departemente, Cuzco und Puno sich bemächtigte. Salaverri blieb im Besitze des ganzen Nordens von Peru.

Kurz nachher langte die Gesandtschaft, welche Orbegoso von Arequipa aus an Santa Cruz gesandt hatte, in La Paz, der Hauptstadt von Bolivia an. Obgleich oder vielleicht weil der bolivianische Präsident den schwachen Charakter und die Machtlosigkeit von Orbegoso kannte, ging er auf dessen Vorschlag ein und zeichnete den Vertrag von La Paz, wornach Peru in zwei Staaten getheilt werden und mit Bolivia eine Conföderation bilden, Santa Cruz aber den Oberbefehl über

beide Heere erhalten sollte. Ferner verpflichtete sich Orbegoso, einen Congreß zu berufen der die neue politische Organisation des Landes ausarbeiten sollte. Unterdessen hatte auch Gamarra in Peru die Conföderation erklärt und sich zum Präsidenten von Südperu aufgeworfen. Doch verweigerte er seine Einwilligung zu irgendeinem Abkommen, an welchem Orbegoso Theil hatte, verlangte des letzteren Entfernung aus dem Lande und daß ihm selbst das Departement Arequipa überlassen würde. Sein Heer war auf 6000 Mann angewachsen, denn 3000 Mann waren von Salaverri's Armee zu ihm übergegangen. Er schlug Santa Cruz eine Zusammenkunft in Sicuani vor, schrieb aber an demselben Tage einen ähnlichen Brief mit demselben Vorschlage an Salaverri. Santa Cruz hatte dieß erfahren, zog sofort mit seiner ganzen Macht gegen ihn und brachte ihm bei Yanacocha eine totale Niederlage bei. Gamarra entfloh nach Chile.

Nachdem Salaverri den Vertrag von La Paz erfahren hatte, erließ er eine fulminante Kriegserklärung gegen die Conföderation, im schönsten hochtrabenden Style spanisch-amerikanischen Bombastes abgefaßt. Hierauf folgte der roheste, grausamste Krieg den Peru je erlebt hat. Kein Heer gab Pardon, die Kriegsgefangenen wurden sofort erschossen und Gewaltthaten aller Art, erzwungene Contributionen und Conscriptionen bezeichneten diese Epoche. Beinahe ein Jahr lang hielt sich Salaverri durch außerordentliche Maßregeln im Norden; endlich zog Orbegoso mit einer Division der conföderirten Armee in Lima ein und Salaverri mußte sich mit seinem Corps in Callao nach Islay einschiffen, von wo er nach Arequipa marschirte. Hier war ihm das Volk feindlich gesinnt und verheimlichte ihm die Bewegungen der Armee von Santa Cruz. Zuletzt blieb ihm keine andere Wahl als die Schlacht anzunehmen, welche am 26. Januar 1836 bei Socabaya in der Nähe von Arequipa stattfand. Salaverri's Armee war zwar an Truppenzahl, aber nicht an Disciplin, Bewaffnung und Verpflegung der von Santa Cruz gleich.

Drei Stunden lang ward mit abwechselndem Glücke gekämpft, Salaverri zum Aeußersten getrieben, focht mit wahrem Heldenmuthe, wurde aber am Ende gänzlich geschlagen. Er fiel in Gefangenschaft und ward mit acht seiner Anhänger auf dem Marktplatze von Arequipa erschossen.

Die Siege von Yanacocha und Socabaya beendigten diese blutige Revolution und versprachen wenigstens auf eine Zeit lang dem Lande Ruhe. Der Congreß ward zusammenberufen und bestimmte die Theilung von Peru in zwei unabhängige Staaten, Nord- und Südperu, welche mit Bolivia zusammen eine Conföderation unter dem Protektorate des Generals Santa Cruz bilden sollten. Die Periode der Regierung von Santa Cruz ist eine der wenigen, worin Peru nach der Trennung von Spanien sich der Ruhe und des Fortschritts erfreute. Die Regierung beschützte Handel und Ackerbau, begünstigte die Einwanderung von Fremden und brachte Ordnung in dieses Chaos. Santa Cruz bewies ein großes organisatorisches Talent und selbst seine Feinde konnten seine strenge Rechtschaffenheit nicht ableugnen. Allein sie benutzten seine indianische Abstammung, um ihn bei den höheren Classen herabzusetzen, und nach kurzer Ruhe bot sich den Aasgeiern der Revolution wieder eine Gelegenheit ihre alten Umtriebe zu erneuern.

Unter den Maßregeln welche Santa Cruz zur Hebung des peruanischen Handels getroffen hatte, war eine welche die Handelsinteressen von Chile sehr benachtheiligte. Die nach dem stillen Meere bestimmten europäischen Schiffe pflegten nämlich immer zuerst in Valparaiso einzulaufen, von wo die meisten Punkte der Küste ihre Waaren bezogen. Santa Cruz, um sie zu nöthigen direkt nach Callao, dem Hafen von Lima, zu gehen, erhöhte die Zölle auf die in Schiffen welche in Valparaiso angelegt hatten, eingeführten Waaren. Dieß erregte große Erbitterung in Chile, das schon lange mit eifersüchtigem Auge auf die wachsende Macht des Protektors geblickt hatte und nur einen Vorwand zum Kriege suchte,

wozu es beständig von Gamarra der sich nach seiner Niederlage nach Chile geflüchtet hatte, aufgehetzt wurde. Dieser Vorwand fand sich bald. Ein chilenischer politischer Flüchtling hatte Zuflucht in Peru gefunden, wo er eine Expedition gegen die chilenische Regierung ausrüstete (wie man in Chile behauptete), ohne daran von Santa Cruz gehindert zu werden. Ohne vorherige Kriegserklärung und unter dem Deckmantel der Freundschaft lief in der Nacht des 22. August 1836 ein chilenisches Kriegsschiff im Hafen von Callao ein und nahm einen Theil der dort stationirten peruanischen Flotte weg. Gleich nachher ward der Krieg erklärt und eine Expedition unter General Blanco nach Peru geschickt. Doch Santa Cruz war auf diesen Einfall vorbereitet und umzingelte bei Arequipa die chilenische Armee so vollkommen, daß sie sich genöthigt sah, ohne einen Flintenschuß die Waffen zu strecken. Santa Cruz bewilligte dem General Blanco eine sehr vortheilhafte Capitulation; die Soldaten wurden nach Hause geschickt und sogar die Pferde wurden den Chilenen von den Siegern abgekauft.

Diese Großmuth von Santa Cruz fand bei der chilenischen Regierung keine Anerkennung, der Friedensvertrag des General Blanco ward nicht von ihr bestätigt und die Feindseligkeiten dauerten fort. Zuletzt segelte eine neue und viel stärkere chilenische Expedition unter General Bulnes von Valparaiso ab. Während Santa Cruz im Süden seine Vorbereitungen traf, verband sich Orbegoso, Präsident von Nord-Peru mit General Nieto, um die Conföderation wieder aufzulösen und Peru von Bolivia zu trennen (Juli 1838). In der Zwischenzeit war die chilenische Armee in Lima eingerückt und hatte den General Gamarra zum Präsidenten von Peru erklärt. Orbegoso schloß sich in der Festung Callao ein und weigerte sich weiter gegen Santa Cruz zu kämpfen, der in Eilmärschen heranzog. Die chilenische Armee zog sich darauf nach Huaraz, nördlich von Lima, zurück wo Gamarra und Bulnes neue Rekruten-Aushebungen bewerkstelligten und

Bulnes Verstärkungen aus Chile erhielt. Santa Cruz griff am 20. Januar 1839 mit 4000 Mann die verbündete chilenisch-peruanische Armee bei Huaraz an, die numerisch der seinigen weit überlegen war. Der Kampf dauerte sieben Stunden und ward zu Gunsten der Chilenen entschieden. Hier zeigte sich so recht der chilenische blutdürstige Charakter. Die Hälfte der Gefallenen war nach der Schlacht ermordet worden und 30 Stunden vom Schlachtfelde entfernt fand man die verstümmelten Leichname der Generale Quiros und Armaza *).

Trotz dieser Niederlage ward Santa Cruz in Lima mit Beifallsbezeugungen empfangen. Von hier zog er nach Arequipa, um sich dort mit der Armee von Südperu unter General Ballivian und der von Bolivia unter General Velasco zu vereinigen. Allein schon hatten sich diese beiden Generale gegen ihn erklärt und Velasco zum Präsidenten und Ballivian zum Vicepräsidenten von Bolivia aufgerufen. Santa Cruz war verloren und schiffte sich nach Guayaquil ein, von wo aus er sich nach Europa begab. Nur drei Jahre hatte sein Protektorat gedauert und mit ihm fiel die peru-bolivianische Conföderation zusammen.

Gamarra ward wieder Präsident von Peru, wo die Ruhe zwei Jahre, bis 1841 dauerte. In diesem Jahre brach in Arequipa eine Revolution unter Obrist Vivanco aus, die aber bald gedämpft wurde. Vivanco entfloh nach Bolivia. In diesem letzteren Staate war ein Aufstand zu Gunsten von Santa Cruz ausgebrochen, gleichzeitig mit einer Emeute zu demselben Zwecke im Norden von Peru, und in La Paz hatten die Aufständischen den Präsidenten Velasco gefangen genommen. Gamarra fürchtete nun die Wiederkehr von Santa Cruz und beschloß demselben in Bolivia zuvorzukommen. General Ballivian der sich als Verbannter in Peru aufhielt, schlug ihm vor, unterstützt von einer peruanischen Hülfsarmee,

*) Radiquet.

die bolivianische Revolution zu unterdrücken und versprach ihm, nachher das bolivianische Departement La Paz an Peru abzutreten. Gamarra nahm das Anerbieten an und Ballivian dämpfte bald mit peruanischer Hülfe den bolivianischen Aufstand. Allein nachdem dieß geschehen, fühlte Ballivian keine Lust mehr sein Versprechen zu erfüllen und es kam zum Kampfe zwischen den beiden Präsidenten von Peru und Bolivia. Am 18. November 1841 fand in der Nähe von La Paz, auf den Ebenen von Ingavi die Schlacht statt; ihr Resultat war die gänzliche Vernichtung der peruanischen Armee. Gleich im Anfange des Kampfes ward Gamarra erschossen, worauf sich sein Heer in wilder Flucht auflöste und mit Hinwegwerfung der Waffen nach allen Richtungen zerstob. Ein großer Theil desselben ward auf der Flucht von den bolivianischen Lanciers niedergestochen; in dieser Schlacht ward auch General Castilla, der spätere langjährige Diktator von Peru gefangen genommen, und Ballivian bereitete sich vor in Peru einzufallen.

Nach dem Tode von Gamarra kehrte Peru wieder in das alte Chaos zurück, das ihm schon zur zweiten Natur geworden war. Nun wiederholten sich die schönsten Militär-Pronunciamentos und Farcen von Schlachten, Präsidenten, Direktoren und Diktatoren. Der Präsident des Staatsraths, Menendez, welcher in der Abwesenheit von Gamarra das Ruder geführt hatte, vermied es die neue Präsidentenwahl gleich vornehmen zu lassen und traf alle Maßregeln, um Peru gegen bolivianische Invasionen zu vertheidigen. Den General Lafuente betraute er mit dem Oberbefehl über die Armee des Südens. General San Roman der eine Division unter Lafuente befehligte, fiel von diesem ab und marschirte nach Cuzco, der Regierung von Lima seinen Gehorsam versichernd und Lafuente als einen Landesverräther bezeichnend, der nach der Präsidentschaft strebe. Menendez, unentschlossen zu wessen Gunsten er sich entscheiden solle, sammelte die übrigen im Lande zerstreuten Truppen, stellte sie unter den Befehl von General

Torico und erklärte den Lafuente als Landesverräther. Torico, im geheimen Einverständnisse mit San Roman, war kaum im Besitze der Macht, als er den Menendez absetzte und das folgende sonderbare Dekret erließ, welches wir seiner Curiosität wegen hier wörtlich wieder geben.

Johann Chrisostomus Torico
Oberhaupt der Nation.

Da dringende Umstände und die Lage des Landes erheischen, dem Präsidenten des Staatsrathes, Don Manuel Menendez, die höchste Gewalt in der Republik die er bisher besessen, zu nehmen und in Betracht, daß es zur Administration des Landes und zur Förderung des ihm gebührenden Fortschrittes nöthig ist, eine Regierung zu organisiren, welche die abgesetzte zu ersetzen hat, so beschließe ich:

Art. 1: Ich übernehme die Exekutivgewalt der Republik bis zum Ende des Bürgerkrieges, welchen der General Don Antonio Gutierrez de Lafuente erregt hat und bis zur Zusammenberufung der Nationalrepräsentation.

Art. 2: Dieses Dekret wird ausgeführt und autorisirt durch den Staatsanwalt des Appellationshofes von Cuzco, Don Miguel del Carpio den ich hiermit zum Generalminister ernenne, bis die betreffenden Ministerien gehörig organisirt sind.

Gegeben im Regierungspalaste zu Lima, 16. August 1842.
Johann Chrisostomus Torico.
Auf Befehl Sr. Excellenz: Miguel del Carpio.

Sechs Tage später, am 22. August kam die Nachricht nach Lima, daß sich auch General Vidal durch ein Dekret, datirt Cuzco 29. Juli, zum Oberhaupte der Nation erklärt hätte und daß General Vivanco, Commandant von Arequipa ihn unterstütze. Vidal war nur ein Strohmann hinter dem der berüchtigte Lafuente steckte, welcher den Schein der Loyalität bewahren wollte und durch eine allgemeine von ihm geleitete Wahl in den Besitz der Macht zu kommen hoffte. Auch Orbegoso suchte wieder Präsident zu werden, doch die Expedition die er von Guayaquil aus nach Poita geschickt

hatte, ward dort gefangen genommen. Vivanco, der noch zu schwach war, hielt einstweilen noch zu Lafuente welcher ihn zum Präfekten von Arequipa ernannt hatte.

In der Zwischenzeit war die ewig berühmte Schlacht von Agua Santa geschlagen worden zwischen Torico und Vidal, in welcher schon bei Beginn des Kampfes beide Heere ausrissen. Vidal war nicht so schnell gelaufen als Torico, und erfuhr auf seiner Flucht von einigen Indianern, daß von Torico gar nichts mehr zu sehen sei, worauf er schnell nach dem Schlachtfelde zurückkehrte und bald nachher als ruhmgekrönter Sieger und Präsident unter Pauken und Trompetenschall in Lima einrückte. Allein nicht lange erfreute er sich seines Ruhmes, denn von einer jungen, schönen und muthigen Dame ward er gestürzt.

Madame Vivanco hatte die Abwesenheit ihres nicht sehr heldenmüthigen Gemahles, den Vidal nach Cuzco geschickt hatte, benutzt, war des Nachts um ein Uhr zu Pferde gestiegen und nach einem Dorfe in der Nähe von Arequipa, wo eine starke Garnison lag, geritten. Dort überredete sie die Obristen von zwei Regimentern, sich der Sache ihres Mannes anzuschließen. Die Truppen wurden gleich versammelt und Madame Vivanco hielt ihnen zu Pferde bei Fackellicht eine enthusiastische Rede, wodurch sie die Soldaten für ihren Mann gewann. An der Spitze dieser Truppen kehrte sie wieder nach Arequipa zurück, nahm die Behörden gefangen und nun ward Vivanco unter Glockengeläute von den Truppen und den angesehensten Bewohnern der Stadt auf dem Marktplatze von Arequipa zum Präsidenten ausgerufen. Gleich nachher schickte Madame Vivanco einen reitenden Boten nach Cuzco zu ihrem Gatten, um diesem seine Erhebung mitzutheilen. Vidal hielt es nicht für rathsam, seine Präsidentschaft zu vertheidigen und so zog Vivanco bald im Palaste der Vicekönige in Lima ein, ohne einen einzigen Flintenschuß abgefeuert zu haben.

Vivanco ward in Lima sehr freudig aufgenommen. Als

schöner, junger Mann von angenehmen Manieren hatte er namentlich die Frauen für sich, welche in Peru den Männern geistig und körperlich weit überlegen, in der dortigen Politik eine Hauptrolle spielen. Auch umgab er sich mit lauter jungen Ministern und Generalen, die wie er großen Enthusiasmus für den Fortschritt des Landes zur Schau trugen und in allem französische Sitten und Einrichtungen nachahmen wollten. Lima war voll von Jubel, die Theater und Stier-Gefechte wurden wieder besucht und ein Volksvergnügen folgte dem anderen. Vivanco selbst hatte die besten Absichten und kannte auch das Land und seine Landsleute; nur war er ausnehmend eitel und, wie schon oben bemerkt, durch Tapferkeit nicht ausgezeichnet. Unglücklicher Weise hegte er die falsche Ansicht, in Peru wäre die öffentliche Meinung die Hauptmacht; er sah wohl ein daß er, wenn nicht im Besitze unumschränkter Gewalt, die Administration nie gehörig organisiren könne, allein es fehlte ihm an Energie, um diese Gewalt zu behaupten. Zunächst erklärte er sich zum obersten Direktor des Staates und vertagte vorläufig den Congreß auf ein Jahr. Darauf begann er Ordnung und Sparsamkeit in die Finanzverwaltung zu bringen. Lange Zeit war die Armee die schwerste Bürde für das Land und seine Finanzen gewesen; Vivanco entließ nun einen großen Theil der Offiziere und machte sich dadurch viele und gefährliche Feinde. Feile Richter verkauften das Recht an die Meistbietenden; Vivanco verletzte sie durch strenge und öffentliche Warnungen und Entsetzungen. Anstatt die gefährlichsten und einflußreichsten Parteihäupter zu gewinnen (wenn er nicht den Terrorismus einführen wollte, um sie unschädlich zu machen), schickte er sie in die Verbannung, um so, wie er glaubte, ihre Wühlereien zu verhindern. So stark räumte er auf mit diesem Abschaum, daß kaum ein Schiff den Hafen von Callao verließ, ohne verbannte Revolutionäre mitzunehmen. Leider kehrte diese Pest der peruanischen Gesellschaft bald und zwar bewaffnet zurück.

Unter diesen ehrgeizigen Wählern befand sich Gener
Castilla, früher Kriegsminister unter Gamarra und in d
unglücklichen Schlacht von Ingavi der Chef seines Genera
Stabes. Auf einem englischen Dampfer ging er nach Iquiqu
einem kleinen Hafen im Süden von Peru. Dort entwa
er mit einigen Freunden den Plan, alle Feinde der Regierun
unter der constitutionellen Fahne zu versammeln und verei
den Direktor zu stürzen. Sie bestachen die aus vier So
daten und einem Corporale bestehende Garnison des Platze
welcher sich einige Freiwillige für eine Goldunze pro Ko
— der in Peru gewöhnliche Preis für Revolutionssoldaten -
anschlossen. Dieß war der Kern des Revolutionsheeres we
ches sich schnell vermehrte, wie dieß bei Revolutionen imme
in Peru der Fall ist. Vivanco schickte gegen die Insurgente
eine Division, die beinahe ganz in die Hände der Feind
fiel. Der Befehlshaber, General Guarda, hatte unvorsichtige
Weise den durstigen Soldaten erlaubt ihre Waffen abzulege
um am Flusse zu trinken, wobei sie überrascht wurden. Di
Gefangenen verstärkten nach peruanischer Sitte die Reihe
des aufständischen Heeres. Vivanco beschloß nun selbst de
Rebellen entgegen zu eilen und ließ in Lima als Stellve
treter den Präfekten, Don Domingo Elias zurück, eine
schlauen und durch seinen großen Grundbesitz einflußreiche
Mann. In seiner Unentschlossenheit verstand es Vivanc
nicht, den schnell verfliegenden Enthusiasmus seiner Truppe
zu benutzen, ermüdete sie durch unnütze Manöver und sah si
schon nach wenigen Monaten an der Spitze einer demorali
sirten und durch Krankheiten und Desertionen geschwächte
Armee. Castilla hingegen hatte frische Truppen, die sich tägli
durch Ausreißer aus Vivanco's Lager vermehrten.

In der Zwischenzeit hatte Elias in Lima ein neue
„Pronunciamento" erlassen, worin er sich selbst zum Präs
denten erklärte (17. Juni 1844). Noch mehr wuchs hier d
Unentschiedenheit des Vivanco und beschleunigte seinen Fal
In Carmen Alto bei Arequipa kam es zur Schlacht, die fa

ohne Blutvergießen zu Gunsten von Castilla entschieden ward. Gleich bei Beginn der Schlacht fingen die Soldaten Vivanco's an die Waffen wegzuwerfen und auszureißen und bald hatte sich sein ganzes Heer in wilder Flucht aufgelöst. Vivanco selbst floh nach Islay, wo er sich auf einem englischen Dampfer einschiffte*). Castilla, von Elias eingeladen, zog in Lima ein, wo um den Schein der Legalität zu bewahren, Menendez, nach dem Tode von Gamarra rechtmäßiger provisorischer Präsident, nominell die Zügel der Regierung bis zu den nächsten Wahlen führte, welche wie immer in Peru, auch dießmal zu Gunsten des Siegers ausfielen. So ward General Castilla Präsident und mit ihm beginnt die Geschichte der neuesten Ereignisse in Peru.

Castilla ist ein kleiner vertrockneter Mestize mit stechendem Blicke und militärischer Haltung aus dem Süden von Peru gebürtig und gegenwärtig einige siebzig Jahre alt. Er diente als Capitän im spanischen Heere und trat erst gegen Ende des Unabhängigkeitskrieges zu den Republikanern über. Castilla besitzt viel Energie, Muth und Schlauheit und versteht es wie kein anderer seine charakterlosen Landsleute zu behandeln. Grausamkeit kann ihm nicht vorgeworfen werden, denn immer suchte er seine Feinde zu kaufen oder schickte sie in die Verbannung. Seine Hauptleidenschaften sind eine maßlose Herrschsucht, Militärparaden und das Spiel. Um sich in dem Besitze der Macht zu behaupten, hält er kein Mittel für unerlaubt. Er hat eine eiserne Gesundheit und ertrug noch im vergangenen Jahre (1865) die größten Strapazen trotz seines hohen Alters ohne irgend einen Nachtheil. Man kann nicht leugnen, daß Castilla einiges für den Fortschritt seines Landes gethan hat; hauptsächlich aber lag ihm nur die Armee am Herzen und wenn er auch einige andere pompöse Unternehmungen anfing die er selten ausführte, so war es ihm dabei mehr darum zu thun, im Auslande einen Namen zu erringen, als um den

*) Radiquet.

wirklichen Nutzen des Landes. Zu Ministern nahm er, besonders in den letzten Jahren seiner Regierung, ganz unbedeutende willenlose Subjekte die ihm unbedingt gehorchten und seine Befehle stillschweigend contrasignirten, ihr persönliches Interesse aber doch zuweilen wohl wahrzunehmen wußten. Castilla ließ ihnen in dieser Beziehung zu viele Freiheit. So hatte er im Jahre 1860 als Finanzminister einen unwissenden, aber hinterlistigen Indianer, Namens Salcedo, und als Minister des Innern einen gewissen Morales, ein ganz unfähiges Subjekt, dem der Volkswitz in Lima den Spottnamen „Minister Kerosine" gegeben hatte. Er hatte sich nämlich herausgenommen, einem Nordamerikaner welcher seine Protektion erkauft hatte, das ausschließliche Privilegium auf die Einführung des Petroleums (Kerosine) zu verleihen, was aber doch der Congreß als constitutionswidrig verwarf.

Gleich im Anfange seiner Regierung erließ Castilla ein sehr politisches Dekret, nämlich eine vollständige Amnestie aller bei Carmen Alto Besiegten, wodurch er den Faktionen für einen Augenblick den Mund stopfte und Zeit gewann seine Partei zu verstärken. Während Castilla's erster Präsidentschaftsperiode (von 1845 bis 51) genoß Peru einen längeren Frieden, als es je zuvor gekannt hatte, obgleich die Demoralisation ebenso beständig zunahm wie bisher. Castilla verstand es, Peru zu regieren und die Revolutionen zu unterdrücken; doch waren ihm dabei Congreß, Constitution, Gesetze, öffentliche Meinung höchst gleichgültig. Er kannte seine Landsleute und verachtete sie. Sich als den Vertheidiger der Constitution ausgebend, vollbrachte er die Revolution gegen Vivanco und bemächtigte sich an seiner Stelle der Präsidentschaft. Sobald als er vom Congresse in seiner neuen Würde bestätigt war (1845), zeigte es sich sofort, daß sein Respekt für Constitution und Gesetze nur eine Maske gewesen war, um die Herrschaft zu erlangen. Jeder Verantwortlichkeit wußte er zu entgehen, indem er die Congreßmitglieder, ja sogar ihre Verwandten bestach. Dasselbe that er mit seinen Tadlern in

der Presse, während er letztere nie direkt verfolgte, und mit all seinen politischen Feinden von Einfluß. Den zu Revolutionen immer bereiten Offizieren verlieh er Beförderungen, Geldbelohnungen oder fette Civilstellen als Präfekten oder Subpräfekten, wobei sie schöne Gelegenheit hatten einiges bei Seite zu schaffen. Auf diese Weise sicherte er seine Stellung und ward von guten Spionen gleich von allem unterrichtet was sich vorbereitete.

Seine Umgebung war auch nicht sehr ausgewählt und bestand großentheils aus Spielern, die zur Nachtzeit mit ihm spielten. Unter diesen war der berüchtigtste ein gewisser Manuel Beek, alias del Rio*), Finanzminister zu Anfang von Castilla's Herrschaft. Während seiner Administration machten die Geldwucherer glänzende Geschäfte. Diese Blutegel pflegten die Gehalte mit enormem Disconto aufzukaufen und den verschiedenen revolutionären Regierungen die rasch aufeinander folgten, Vorschüsse unter fabelhaften Bedingungen zu machen — früher oder später wurden sie doch vom Congresse anerkannt und aus dem Staatsschatze bezahlt. Diese Geldverleiher konnte man jeden Tag (wie es noch heute in Lima der Fall ist) im Schatzamte sehen; ebenso im Salon des Finanzministers und selbst in der Wohnung des Präsidenten, wo sie diese Herren mit einer Familiarität behandelten, wie sie nur in Caffé's zu Hause ist. Oft saßen diese Wucherer, Cigarren rauchend, um den Tisch des Finanz-Ministers der sich wenig um die Geschäfte seines Ministeriums bekümmerte, sondern es vorzog mit diesen Menschen über Spekulationen zu sprechen. Dieser gänzliche Mangel an Anstand und Würde selbst bei den höchsten Beamten der Regierung ist noch heute in Peru der Fall und fällt jedem Fremden auf der dieses sonderbare Land besucht.

Allein trotz der großen Energie Castilla's, trotz seiner Schlauheit und Thätigkeit würde er sich doch nicht lange

*) Pruvonena.

wirklichen Nutzen des Landes. Zu Ministern nahm er, besonders in den letzten Jahren seiner Regierung, ganz unbedeutende willenlose Subjekte die ihm unbedingt gehorchten und seine Befehle stillschweigend contrasignirten, ihr persönliches Interesse aber doch zuweilen wohl wahrzunehmen wußten. Castilla ließ ihnen in dieser Beziehung zu viele Freiheit. So hatte er im Jahre 1860 als Finanzminister einen unwissenden, aber hinterlistigen Indianer, Namens Salcedo, und als Minister des Innern einen gewissen Morales, ein ganz unfähiges Subjekt, dem der Volkswitz in Lima den Spottnamen „Minister Kerosine" gegeben hatte. Er hatte sich nämlich herausgenommen, einem Nordamerikaner welcher seine Protektion erkauft hatte, das ausschließliche Privilegium auf die Einführung des Petroleums (Kerosine) zu verleihen, was aber doch der Congreß als constitutionswidrig verwarf.

Gleich im Anfange seiner Regierung erließ Castilla ein sehr politisches Dekret, nämlich eine vollständige Amnestie aller bei Carmen Alto Besiegten, wodurch er den Faktionen für einen Augenblick den Mund stopfte und Zeit gewann seine Partei zu verstärken. Während Castilla's erster Präsidentschaftsperiode (von 1845 bis 51) genoß Peru einen längeren Frieden, als es je zuvor gekannt hatte, obgleich die Demoralisation ebenso beständig zunahm wie bisher. Castilla verstand es, Peru zu regieren und die Revolutionen zu unterdrücken; doch waren ihm dabei Congreß, Constitution, Gesetze, öffentliche Meinung höchst gleichgültig. Er kannte seine Landsleute und verachtete sie. Sich als den Vertheidiger der Constitution ausgebend, vollbrachte er die Revolution gegen Vivanco und bemächtigte sich an seiner Stelle der Präsidentschaft. Sobald als er vom Congresse in seiner neuen Würde bestätigt war (1845), zeigte es sich sofort, daß sein Respekt für Constitution und Gesetze nur eine Maske gewesen war, um die Herrschaft zu erlangen. Jeder Verantwortlichkeit wußte er zu entgehen, indem er die Congreßmitglieder, ja sogar ihre Verwandten bestach. Dasselbe that er mit seinen Tadlern in

nahm auch die Corruption auf eine furchtbare Weise zu, eine Käuflichkeit, wie sie nie zuvor dagewesen, da es am Gelde um zu kaufen gefehlt hatte.

Im Verhältnisse wie die Einnahmen des Staates durch erweiterte Guanoverkäufe sich mehrten, wurden auch die öffentlichen Gelder großartiger verschleudert und die Staatsschuld durch wiederholte Anlehen vergrößert. Um zu zeigen welche Art von Guanocontrakten zu jener Zeit abgeschlossen wurden, und wie gewinnreiche Geschäfte die fremden Handlungshäuser damals mit der Regierung machten, werden wir hier den am 23. Dez. 1847 mit Montané und Comp. und W. Gibbs und Comp. abgeschlossenen Contrakt anführen*).

1) Die Unternehmer schießen der peruanischen Regierung die Summen von 850,000 Pesos vor, wovon 400,000 Pesos gleich baar und den Rest von 450,000 in monatlichen Raten von 50,000 Pesos, beginnend am 29. Februar 1848.

2) Die Regierung gewährt den Contrahenten das ausschließliche Recht, 100,000 Tonnen Guano nach fremden Märkten auszuführen und nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung kann kein neuer Contrakt für die Ausfuhr oder Verkauf von Guano abgeschlossen werden. Ausgenommen sind selbstverständlich die Quantitäten die in den schon bestehenden Contrakten stipulirt sind.

3) Die Regierung bewilligt den Contrahenten 18 Monate für die Wegschaffung dieser 100,000 Tonnen.

4) Sollten die Contrahenten in dieser Zeit keine genügende Zahl von Schiffen sich verschaffen können, um die genannten 100,000 Tonnen fortzusenden, so dürfen sie dieß in den folgenden Monaten thun, allein ohne ausschließliches Exportationsrecht.

5) Diese 100,000 Tonnen werden an die gegenwärtigen Consignateure der Regierung, Anton Gibbs und Söhne in England und Montané und Comp. in Frankreich consignirt und die Contrahenten können in anderen Märkten ihre eigenen Consignateure auswählen, müssen aber hierüber der Regierung Bericht erstatten.

*) Pruvenena.

6) Der Guano wird für Rechnung des Staates zu den bestmöglichen Preisen nach dem Urtheile der Consignateure verkauft, wie dieß bisher geschehen, und vom Bruttoertrage des Verkaufes jeder Ladung werden dieselben Commissions- und anderen Unkosten abgezogen, welche in den Verkaufsrechnungen der früheren Contrakte berechnet waren, nebst fünf Procent Zinsen auf die Auslagen in Europa.

7) Der Nettoertrag der Guanoverkäufe, zu fünf Pesos das Pfund Sterling gerechnet *), wird von den Contrahenten der Regierung sofort ausbezahlt, sobald sie ihn empfangen haben und dieser Nettoertrag wird in dieser Hauptstadt auf folgende Weise abgeliefert: drei Viertheile baar und ein Viertheil in Regierungspapieren.

8) Die Regierung bewilligt den Contrahenten ein Procent Zinsen pro Monat auf die Vorschüsse, welche Zinsen alle sechs Monate baar in England ausbezahlt und von den der Regierung für Guanoverkäufe schuldigen Summen abgezogen werden.

9) Contrahenten machen sich in England bezahlt für den Betrag ihrer Vorschüsse, Auslagen und Zinsen, wobei das Pfund Sterling zu fünf Pesos berechnet wird.

10) Die stipulirten 100,000 Tonnen gehören hiemit den genannten Contrahenten so lange, bis sie ihre Vorschüsse mit Zinsen wieder erhalten haben, mit der Bedingung jedoch, daß der zu Gunsten des Staates nach dem Verkaufe des Guano sich ergebende Saldo von den Contrahenten an den Staatsschatz abgeliefert werde.

11) Wenn drei Viertheile des baar zu bezahlenden Netto-Ertrages der Verkäufe nicht hinreichen sollten, um die Contrahenten für ihre Vorschüsse, Kosten und Zinsen zu decken, so dürfen sie soviel mehr Guano ausführen, bis der Rest ihres Guthabens bezahlt ist.

12) Die 100,000 Tonnen Guano werden, wie bisher bei den Guanoverschiffungen der Fall war, von den beiden Chincha-Inseln genommen, für welchen Zweck die Contrahenten alle dort

*) Der Curs war damals 44 pence der Peso, also über acht Procent Gewinn am Curse.

befindlichen Boote und Vorrichtungen benutzen können, bis die ganze Quantität eingeschifft ist, ohne daß es zur selben Zeit anderen Personen erlaubt ist, davon Gebrauch zu machen.

13) Da die Guanoladungen nicht versichert werden, so dürfen die Contrahenten im Falle eines Schiffbruches dieselbe Anzahl Tonnen als dabei verloren ging, mehr exportiren.

14) Die Contrahenten dürfen Schiffe befrachten wo immer sie welche finden, und die Regierung bleibt nach Ankunft derselben in Callao für jeden Zeitverlust oder von der Regierung verschuldete Hindernisse in ihrer Ladung verantwortlich.

15) Damit auf den verschiedenen Märkten keine nachtheilige Concurrenz entstehen könne, wird die Regierung Befehle erlassen, daß der Guano welcher zur Deckung der an Manuel Iturregui in London schuldigen 20,000 Pfund Sterling bestimmt ist, zu denselben Preisen verkauft werde, wie er von den jetzigen Consignateuren festgesetzt wurde.

16) Wenn aus irgend einer unerwarteten Ursache der Verkauf des Guano nicht mehr als die Kosten für Fracht und Verschiffung einbringen sollte, so wird die Guanoausfuhr suspendirt und die Contrahenten erhalten aus den Einkünften des Staates die Bezahlung ihrer Vorschüsse mit Zinsen. Die stipulirten Interessen werden schon entrichtet, während die Zahlungen noch vor sich gehen.

17) Die Contrahenten übersenden dem Finanzminister die Befrachtungscontrakte, sobald sie dieselben von Europa erhalten, sowie Connossemente und Fatturen jeder Ladung, ehe das Schiff absegelt, ferner alle Dokumente, welche der Regierung über den Stand des Geschäftes Aufschluß geben können.

18) Die Contrahenten müssen demselben Minister die Verkaufsrechnungen einsenden nebst den officiellen Certifikaten der Dokumente, welche das Gewicht und die Tonnenzahl des von jedem Schiffe abgelieferten Guano nachweisen.

19) Die Regierung wird die nöthigen Befehle erlassen, daß die eingesandten Rechnungen in möglichst kurzer Zeit revidirt werden und jede Rechnung, welche nicht binnen sechs Monaten, mit den betreffenden Bemerkungen versehen, zurückgesandt wird, soll als angenommen betrachtet werden.

6) Der Guano wird für Rechnung des Staats
bestmöglichen Preisen nach dem Urtheile ... Consig-
kauft, wie dieß bisher geschehen, und ...
Verkaufes jeder Ladung werden dieselbe ...
anderen Unkosten abgezogen, welche in de...
der früheren Contrakte berechnet waren, n...
auf die Auslagen in Europa.

7) Der Nettoertrag der Guano...
Pfund Sterling gerechnet*), wird ...
Regierung sofort ausbezahlt, so...
und dieser Nettoertrag wird in ...
Weise abgeliefert: drei Vier...
Regierungspapieren.

8) Die Regierung b...
Zinsen pro Monat auf ...
Monate baar in Engl...
rung für Guanover...

9) Contrahen... ...
Betrag ihrer Vors... ...vorwande daß ohne
Sterling zu für... ...uten, Senatoren und Depu-

10) Die ... ...en könnten. Dieses Argument hatte
genannten C...
Zinsen wi...
den zu C... wurden mit denselben Häusern mehrere andere
ergeben ...e ähnlicher Art gemacht. In den letzten Jahren
selbst ... sich durch den vermehrten Guanoverbrauch in Europa
und ... durch den Aufschwung des Handels in Peru die Con-
currenz der auf Guanocontrakte Reflektirenden bedeutend ver-
mehrt, so daß die Regierung auf so lästige Bedingungen nicht
mehr einzugehen brauchte und die concurrirenden Häuser es
sich doch große Summen kosten ließen, um einen Guano-
Contrakt zu erlangen.

Schwere Anklagen wurden gegen General Castilla am
Ende seiner ersten Administration, zum Theile mit Recht er-
hoben, wie die Spekulationen mit Guanocontrakten, die fal-
schen Angaben über die Zahl der Truppen und den Ertrag
der Steuern und Zölle welche dem Congresse vorgelegt wur-

befindlichen Boote und Vorrichtungen benutzen können, bis die ganze Quantität eingeschifft ist, ohne daß es zur selben Zeit anderen Personen erlaubt ist, davon Gebrauch zu machen.

13) Da die Guanoladungen nicht versichert werden, so dürfen die Contrahenten im Falle eines Schiffbruches dieselbe Anzahl Tonnen als dabei verloren ging, mehr exportiren.

14) Die Contrahenten dürfen Schiffe befrachten wo immer sie welche finden, und die Regierung bleibt nach Ankunft derselben in Callao für jeden Zeitverlust oder von der Regierung verschuldete Hindernisse in ihrer Ladung verantwortlich.

15) Damit auf den verschiedenen Märkten keine nachtheilige Concurrenz entstehen könne, wird die Regierung Befehle erlassen, daß der Guano welcher zur Deckung der an Manuel Iturregui in London schuldigen 20,000 Pfund Sterling bestimmt ist, zu denselben Preisen verkauft werde, wie er von den jetzigen Consignateuren festgesetzt wurde.

16) Wenn aus irgend einer unerwarteten Ursache der Verkauf des Guano nicht mehr als die Kosten für Fracht und Verschiffung einbringen sollte, so wird die Guanoausfuhr suspendirt und die Contrahenten erhalten aus den Einkünften des Staates die Bezahlung ihrer Vorschüsse mit Zinsen. Die stipulirten Interessen werden schon entrichtet, während die Zahlungen noch vor sich gehen.

17) Die Contrahenten übersenden dem Finanzminister die Befrachtungscontrakte, sobald sie dieselben von Europa erhalten, sowie Connossemente und Fatturen jeder Ladung, ehe das Schiff absegelt, ferner alle Dokumente, welche der Regierung über den Stand des Geschäftes Aufschluß geben können.

18) Die Contrahenten müssen demselben Minister die Verkaufsrechnungen einsenden nebst den officiellen Certifikaten der Dokumente, welche das Gewicht und die Tonnenzahl des von jedem Schiffe abgelieferten Guano nachweisen.

19) Die Regierung wird die nöthigen Befehle erlassen, daß die eingesandten Rechnungen in möglichst kurzer Zeit revidirt werden und jede Rechnung, welche nicht binnen sechs Monaten, mit den betreffenden Bemerkungen versehen, zurückgesandt angenommen betrachtet werden.

20) Die Contrahenten werden chemische Versuche vornehmen lassen, um den Ammoniakgehalt des Guano zu bestimmen und sollte die Ausziehung des Ammoniak vortheilhaft erscheinen, so werden sie dieß der Regierung nebst allen nöthigen Belegen mittheilen.

Lima 22. Dezember 1847.

W. Gibbs und Comp. — Montané und Comp.

Dieser Contrakt versprach den Unternehmern wenigstens 40 Procent im Jahre Gewinn für vorgeschossenes Capital, wenn man die Zinsen, die Cursdifferenz und den Gewinn an den Regierungspapieren berechnet, sowie ihre Verkaufs- und Befrachtungs-Commissionen, da die Consignateure in London und Paris dieselben Häuser waren welche den Vorschuß leisteten.

In der Diskussion welche darauf im Congresse über diesen Contrakt stattfand, waren 27 Deputirte gegen die Annahme und 33 dafür. Schließlich ward er trotz dieser starken Opposition bestätigt, unter dem Vorwande daß ohne diese Vorschüsse die Staatsbeamten, Senatoren und Deputirten nicht bezahlt werden könnten. Dieses Argument hatte gewirkt!

Später wurden mit denselben Häusern mehrere andere Contrakte ähnlicher Art gemacht. In den letzten Jahren hatte sich durch den vermehrten Guanoverbrauch in Europa und durch den Aufschwung des Handels in Peru die Concurrenz der auf Guanocontrakte Reflektirenden bedeutend vermehrt, so daß die Regierung auf so lästige Bedingungen nicht mehr einzugehen brauchte und die concurrirenden Häuser es sich doch große Summen kosten ließen, um einen Guano-Contrakt zu erlangen.

Schwere Anklagen wurden gegen General Castilla am Ende seiner ersten Administration, zum Theile mit Recht erhoben, wie die Spekulationen mit Guanocontrakten, die falschen Angaben über die Zahl der Truppen und den Ertrag der Steuern und Zölle welche dem Congresse vorgelegt wur-

den, die großen Summen welche zur Erregung der Revolution in Bolivia ausgegeben wurden, das Verschleudern der öffentlichen Gelder, obgleich nur seine Freunde und sonst Niemand bezahlt ward*); allein trotz all dem war die Administration Castilla's eine der besten und es sollte noch schlimmer kommen. Castilla hatte wenigstens sechs Jahre lang die Ruhe erhalten, was keiner seiner Vorgänger und Nachfolger zu Stande gebracht, und das Land begann zu prosperiren.

(Fortsetzung folgt.)

XI.

Historische Novitäten.

I. Johann Graf von Luxemburg und König von Böhmen. Von Prof. Dr. Joh. Schötter. Luxemburg 1865. 2 Bde.

Durch seinen Heldentod bei Crecy (1346) ist Johann von Luxemburg eine vom trügerischen Schimmer der Romantik verklärte, man könnte sagen eine volksthümliche Erscheinung geworden. Wer kennt nicht den an beiden Augen gänzlich erblindeten Böhmen-König, der sich in's dichteste Schlacht-Getümmel führen läßt, um ritterlich zu fallen? Nicht minder haben die staatsmännischen Pläne des von der Mosel an die Moldau verpflanzten Sprößlings des Luxemburgischen Stammes schon manchen ernsten Forscher beschäftigt. Aber eine zusammenhängende Darstellung des wunderlichen Lebensganges jenes rastlosen Kriegers und Diplomaten haben wir

*) Pruvonena.

bisher doch nicht besessen. Herr Dr. Schötter, Professor der Geschichte am königlich-großherzoglichen Athenäum in Luxemburg, hat sich daher ein sicheres Anrecht auf unsern Dank erworben. Seine mit Umsicht angelegte und fleißig durchgeführte Arbeit füllt eine Lücke aus, die sicherlich von allen denen, welche sich ernstlich mit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts beschäftigt haben, oftmals recht unangenehm empfunden worden ist.

Obgleich an guten Vorarbeiten kein Mangel war, so lag doch in der örtlichen Zersplitterung des Materials eine so bedeutende Schwierigkeit, daß nur ein bereits erprobter und doch mit frischem Muthe ausgerüsteter Arbeiter hoffen durfte, das ganze Gebiet dieses Königs, der oftmals mehr einem fahrenden Ritter als einem Landesherrn glich, vollständig überschauen, und aus einer großen Menge von sich wechselseitig durchkreuzenden flüchtigen Thätigkeiten sicheren Blickes dasjenige ausscheiden zu können, was bleibend als die Summe der Leistungen jenes vielgeschäftigen Mannes gelten kann. Es handelt sich hier um die Grafschaft Luxemburg, insoferne Johann von Zeit zu Zeit seine Wiege wiedersah und von hier aus in die Händel der benachbarten Fürsten, des Bischofs von Lüttich, des Herzogs von Brabant u. a. m. energisch eingriff; um das Königreich Böhmen, dessen Krone der Sohn und Vater zweier deutschen Kaiser trug; um ganz Deutsch- und Welschland aber, weil sich die in kundiger Hand zusammenlaufenden Fäden der dynastischen Intrigue des gekrönten Abenteurers über einen großen Theil des europäischen Continents erstreckten. Vier Hauptgruppen lassen sich unterscheiden: die böhmisch-mährische, mit ihren Beziehungen zu Polen, Litthauen, der Mark Budissin und Schlesien; die Gruppe der eigentlichen deutschen Reichslande, auf welche Johann als König-Kurfürst, als Neffe Balduins von Trier und als Nachbar der Herzoge von Oesterreich und Bayern unablässig einwirken konnte; der italienische und tyrolische Ländercomplex mit Einschluß von Kärnthen, welches hin-

wiederum durch den König Heinrich mit den böhmischen Fragen eng verflochten war; und endlich die an Luxemburg angrenzende, unter französisch-englischem Banne stehende Ländergruppe, mit den durch sie bedingten, aber auch durch reinpersönliche Beziehungen zum französischen Königshause getragenen, wandelbaren Verhältnissen.

Manche an sich nicht ganz unerhebliche Einzelnheit mußte unter solchen Umständen vom Darsteller geopfert werden, wenn nicht das Ganze durch Ueberfüllung mit störenden Nebendingen wirkungslos werden sollte. Und doch sind es wieder gerade die mit weiser Enthaltsamkeit verwertheten Details, welche einem historischen Bilde Haltung und Farbe verleihen. Nach unserem Dafürhalten hat Dr. Schötter das richtige Maß getroffen, wie denn überhaupt die ganze Oekonomie seines Werkes, welches in zwei mäßigen Bänden ein durch seine Mannigfaltigkeit sehr schwer zu beherrschendes Material zur Anschauung bringt, alles Lob verdient. Eine selbst das Paragraphenzeichen nicht verschmähende systematische Gliederung unterbricht weder den chronologischen Zusammenhang der Erzählung, noch nöthigt dieselbe zu jenen Recapitulationen, die uns durch jene unerquickliche Manier, die wir eine forcirte Gruppirung des Stoffes nennen möchten, unablässig zugemuthet werden.

Das urkundliche Gerippe zu einer Geschichte König Johanns hat bekanntlich Joh. Friedrich Böhmer in seinen classischen Kaiserregesten gegeben. Ein erstes und ein zweites Ergänzungsheft jener Regesten welche die Zeit K. Ludwigs des Bayern und K. Friedrichs des Schönen erläutern, erschien noch zu Böhmers Lebzeiten. Ein Additamentum tertium, in welchem besonders auch die Urkunden K. Johanns reichlich bedacht sind, hat vor wenigen Monaten Julius Ficker aus dem Nachlasse des verewigten Freundes und Meisters herausgegeben, nicht ohne eine große Anzahl eigener werthvoller Nachträge, denn noch immer ist Erz im reichen Schachte, wenn man nur nach demselben graben will. Was aber jene

Urkunden betrifft die sich auf die Grafschaft Luxemburg beziehen, so hat sich der Obergerichtspräsident Herr Würth-Paquet, rühmlichst bekannt durch seine historischen Forschungen, der Mühe unterzogen dieselben aus den Copialbüchern des Archivs zu Luxemburg in einer früher kaum zu hoffenden Vollständigkeit zu extrahiren. Wir begegnen demgemäß seinem und auch Schötters Namen mehrfach in Fickers ebengenannter Publikation. Prof. Schötter war in der Lage die urkundliche, auch auf chronikalische Nachrichten sich erstreckende Sammlung seines Landsmannes benützen zu können. Deßgleichen hat er auch das von Jakobi u. a. m. verzeichnete urkundliche Material gebührend verwerthet.

Unter den bisher gegebenen Darstellungen nimmt diejenige des Herrn Franz Palacky, dessen Geschichte von Böhmen jüngst in dritter unveränderter Ausgabe erschienen ist, unstreitig den ersten Rang ein. Die Schrift von Lenz „Jean l'aveugle" ist dem Referenten noch nicht zu Gesicht gekommen. Ebenso bedeutend, wenn auch in anderer Weise als die bahnbrechenden Arbeiten des Historiographen der böhmischen Stände, sind die exakten Forschungen des berühmten Luzerners, Prof. Joh. Eutych. Kopp, eines Gelehrten der in Beziehung auf Gründlichkeit und profundes Wissen bekanntlich seines Gleichen sucht. Beachtung fanden und verdienten fernerhin die von Schötter fleißig benützten Schriften von Olenschlager, Kurz, Barthold, Dönniges, Dominikus, Huber, Tomek, von Weech u. a. m. Was die Scriptores betrifft, so gibt der erste Band von Böhmers Font. rer. Germ. mehrere Hauptschriftsteller. Andere Quellen ersten Ranges, wie z. B. die Chron. Aulae regiae (Kl. Königsaal) des Petrus Zittaviensis, die Gesta Baldewini und Albert. Argentin. scheinen einer neueren Ausgabe bedürftig. Die bequeme und gute Ausgabe des Joh. Vitoduranus von G. v. Wyß scheint Schötter nicht zur Verfügung gestanden zu seyn, da er diesen Autor nach dem Abdrucke in Füßli's Thesaur. histor. helveticae citirt.

Sein eigenes Urtheil über den Böhmenkönig und überhaupt über die handelnden Persönlichkeiten läßt der Verfasser in den Hintergrund treten, einige wenige Stellen abgerechnet, doch wird auch in diesen dem Ermessen des Lesers nicht vorgegriffen. Der Totaleindruck, den Johanns in aller Unparteilichkeit und möglichster Vollständigkeit gegebene Lebensgeschichte auf die meisten Leser machen dürfte, wird schwerlich als ein für den Helden dieser Kreuz- und Querfahrten sonderlich günstiger bezeichnet werden können. Wollte man auch in ächt moderner Weise nur nach den Erfolgen fragen, so entsprechen dieselben keineswegs dem ungeheuren Aufwande von Mitteln aller Art. Faßt man aber diese Mittel näher in's Auge, so zeigt sich, wo nicht ein bedenklicher Mangel an Redlichkeit, so doch sicherlich jene von den Staatssophisten aller Zeiten als die Blüthe der Genialität gepriesene Rücksichtslosigkeit, die das Glück unbedenklich beim Schopfe faßt, im Vereine mit jener ebenfalls vielgepriesenen Geschmeidigkeit, die sich den Umständen anzubequemen weiß. Und um die Berechtigung des strebsamen Böhmen-Königs steht es eben in einer Menge von Fällen, so z. B. bei seinem zweideutigen Auftreten in Italien, wie es um die Berechtigung der — viri famosi et potentes in saeculo oftmals zu stehen pflegt. Wir geben zu, daß eine mildere Beurtheilung K. Johanns im Allgemeinen zulässig und im Einzelnen sogar geboten seyn dürfte, und verwahren uns namentlich gegen die Muthmaßung, als wollten wir mit dem Verfasser seiner Biographie rechten, insoferne wir hier einige rigoristische Saiten aufschlagen.

Freilich war die Zeit, in welche K. Johanns Thätigkeit fällt, sehr arm an wirklich großen Männern, aber ziemlich reichlich versehen mit Persönlichkeiten, die es nicht unter ihrer Würde erachteten, eine kleine Rolle im großen Style zu spielen. Und welch' ungeheure Aufgabe war auf die Schultern der damaligen Regenten gewälzt! Das römische Reich deutscher Nation ist mit den Hohenstaufen gefallen. K. Rudolf, der wackere Habsburger, leistete zwar was im Bereiche

der Möglichkeit war, allein das ungedeihliche Regiment seines Nachfolgers Adolf von Nassau schlug neuerdings tiefe Wunden. Als dann Rudolfs tüchtiger Sohn die Zügel mit starker Hand an sich gerissen hatte und in einer Weise regierte, die das königliche Ansehen dauerhaft zu befestigen schien, da schnitt der Mordstahl seines eigenen Neffen ihm den Lebensfaden ab. Es kam nun, was nicht ausbleiben konnte, die Erniedrigung Deutschlands nach Außen hin und die Unterdrückung der Schwachen durch die Großen und Mächtigen im Innern. Auch bereiteten sich damals jene Städte- und Ritterbünde vor, die dann in der Folge mit den Fürsten um die Macht haderten und dem Kaiser gehorchten, so weit sie mußten oder es ihnen beliebte. König Johanns Vater, Kaiser Heinrich VII., im Allgemeinen eine wohlthuende Erscheinung, war weder vom Glücke begünstigt, noch ist derselbe von einem folgenschweren Fehler freizusprechen. Sein Verhalten gegen die Söhne des erschlagenen Königs Albrecht ist tadelnswerth und legte zum Theile den Grund zu vielen nachmals über das Reich hereinbrechenden Uebeln, insoferne die vom Reichs-Oberhaupte beabsichtigte Beeinträchtigung den Herzogen von Oesterreich die Ueberzeugung beibringen mochte, es müsse ihr Haus unbedingt nach der Königskrone streben, um nicht seiner durch Rudolfs tapfern Arm erworbenen und durch Albrechts Starkmuth erhaltenen Länder unter der Form des Rechtes beraubt zu werden. Es kam nun nach K. Heinrichs Tod die verhängnißvolle Doppelwahl. Irren wir nicht, so wäre ohne die Künste der luxemburgischen Partei K. Ludwig der Bayer niemals als Thronbewerber gegen seinen Vetter Friedrich aufgetreten. Schötter (I. 149 ff.) hat eine sehr gute Uebersicht über den Gang der Unterhandlungen gegeben. In jenen damals kundbar gewordenen Throngelüsten des noch jungen, siebenzehnjährigen Königs von Böhmen besitzen wir aber den Schlüssel zu seiner spätern Handlungsweise, die man gewiß nicht zu scharf bezeichnet, wenn man sie in mehreren Fällen incorrekt nennt. Zwischen den sich befehdenden Habs-

burgern und Wittelsbachern stand der kühne verschlagene Luxemburger, den Hader derselben ausbeutend und wohl niemals ohne den Hintergedanken, das Reich, oder was man damals so nannte, an sich zu reißen, wenn sich hiezu Gelegenheit bieten sollte. Hiedurch soll indessen nicht behauptet werden, daß K. Ludwig, der sich im Jahre 1330 mit Herzog Otto von Oesterreich verband, ein größeres Maß von Treue gegen Johann beanspruchen konnte, als dieser gegen ihn bewährt hat.

Was nun aber das durch eine politische Heirath erworbene Königreich Böhmen betrifft, so muß man zwar anerkennen, daß Johann gleich von Anbeginn seiner Regierung mit inneren Feinden zu kämpfen hatte. Dagegen zählt uns Schötter eine ganze Reihe von Thatsachen auf, die des freilich noch sehr jungen Königs Regierungskunst nicht eben in das günstigste Licht stellen und aus denen wir deutlich sehen, daß Johann, während er sich mit fernliegenden großartigen Dingen trug, zuweilen das Nächstliegende übersah, sehr unähnlich in diesem Punkte seinem in der Regel unterschätzten Sohne Karl, der sich in Böhmen ein gutes Andenken zu gründen wußte. Nicht minder ist sicher, daß Johann sein gegebenes Wort nicht immer auslöste, daß seine Neigung zum Vergnügen und ritterlicher Lust zuweilen stärker war als das Bedürfniß der Pflichterfüllung, und daß das arme schon so vielfach mißhandelte Königreich, beinahe wie unter Heinrich von Kärnthen der Fall gewesen, nicht nur von räuberischen Baronen, sondern jetzt auch von seinem eigenen Könige förmlich ausgeplündert wurde.

Die schlimmen Seiten des im 14. Jahrhundert nach französischem Zuschnitte mit Glanz und Ostentation auftretenden, aber seines inneren sittigenden Gehaltes mehr und mehr sich begebenden Ritterthumes zeigen sich sehr deutlich an Johann. Während das Ausland den heiteren, gnädigen und überaus freigebigen Böhmenkönig pries, wußten die Böhmen auch von ganz anderen Dingen zu erzählen. Seine Gemahlin,

die böhmische Königstochter Elisabeth, hat derselbe nicht nur vernachlässigt sondern auch offenbar gekränkt und vielfach mißhandelt. Freilich sind die uns zu Gebot stehenden Berichte nicht hinreichend um eine völlig klare Einsicht in die Sachlage gewinnen zu können. Ob sich Elisabeth in den weiblichen Schranken hielt, oder ob sie mehr als sich ziemte in Staatsgeschäfte eingreifen wollte, wird schwer zu ermitteln seyn. Frühzeitig darauf angewiesen sich selbst zu helfen, mehr noch — sogar das Haupt einer Partei zu seyn, mag die Königin allerdings ihre eigene, die böhmisch-nationale Politik niemals aufgegeben haben und hiedurch ihrem kosmopolitischen Gemahle nicht immer ganz bequem gewesen seyn. Schötter thut indessen sehr wohl daran, indem er offenbar übertriebene Erzählungen und skandalöse Anekdoten verwirft, Anderes aber auf seinen wahren Werth herabzusetzen sucht.

Charakteristisch für die sittliche Zerfahrenheit des damaligen Ritterthumes, das doch noch immer vom Frauendienste viel Wesens machte, obgleich es sich im Grunde genommen nur durch die sinnliche Erscheinung des schönen Geschlechtes zu Huldigungen hinreißen ließ, ist auch das Verfahren K. Johanns in Rücksicht auf Heirathspläne. Die Unsitte lediglich nur wegen politischer Combinationen, die sich dann in der Folge oftmals als leer erwiesen, Kinder mit Kindern zu verheirathen, war zwar ziemlich allgemein, allein K. Johann war doch besonders erfinderisch in solchen utilitarischen Ehebündnissen. Aber so wollte es die Zeit. Meinte ja auch der Abt von Königsaal, damals als K. Heinrich VII. zauderte und seinen erst vierzehnjährigen innig geliebten Johann nicht mit Elisabeth, der reifen Jungfrau verbinden wollte: „bevor Du aus den Händen Deines Sohnes ein solches Reich fahren läßst, solltest Du denselben lieber einer fünfzigjährigen Frau antrauen.“ Chron. Aul. reg. 214. Das Allerstärkste aber leistete K. Ludwig der Bayer, als er seinen Sohn an Margaretha Maultasch verkuppelte.

s Schötters Arbeit sehr erschwerte, das ist der Um-

stand, daß die Thätigkeit K. Johanns, wie das überhaupt bei allen Leuten der Fall ist die sich vorherrschend mit fremden Angelegenheiten befassen, vielfach nur eine ganz sekundäre gewesen ist. Dem Darsteller erwuchs hieraus die Obliegenheit, auf eine Menge von ziemlich verwickelten Verhältnissen, welche der allgemeinen Geschichte jener Zeit angehören, näher eingehen zu müssen, als sich mit der Plasticität einer gelungenen Biographie zu vertragen scheint. Das war aber im vorliegenden Falle unmöglich zu vermeiden. Es mußte der ganze Verlauf des Gegenkönigthums Ludwigs des Bayern und Friedrichs des Schönen, wenigstens in allen seinen Hauptstadien und Wendepunkten, beleuchtet werden. Nicht minder gebührte den Zerwürfnissen K. Ludwigs mit der päpstlichen Curie eine genügende Darstellung. Schötter weicht hiebei von jener Schablone, die uns von gewissen Patent-Historikern vorgeschnitten wurde, sehr wesentlich ab. Er entwickelt Bd. I S. 289 ff. seine Ansichten in so lichtvoller und überzeugenden Weise, daß wir diesen Abschnitt den von wunderlichen Vorurtheilen befangenen blinden Bewunderern K. Ludwigs recht angelegentlich zur Lektüre empfehlen möchten. Seine kurze Schilderung der Politik des Papstes Johann XXII. gehört mit zum Besten was wir in dieser Art besitzen. Von besonderem Interesse scheinen uns auch die Nachweisungen über K. Johanns Verhältniß zu seinem Sohne Karl, sowie über dessen Gegenkönigthum, beziehungsweise die letzte Zeit der Regierung Ludwigs des Bayern zu seyn.

Wir schließen mit dem Wunsche, daß diesem tüchtigen Werke welches bereits mehrfach die gebührende Anerkennung gefunden hat, noch ein und andere Frucht der sorgfältigen Studien seines Verfassers nachfolgen möge.

II. Steichele's Beschreibung des Bisthums Augsburg *).

Wie der Herausgeber in der Vorbemerkung mittheilt, ist das umfassend angelegte Werk, dessen einer Band hier vorliegt, im Auftrage des Herrn Bischofs Deinlein begonnen worden, gleichwie es jetzt mit der Zustimmung seines Nachfolgers auf dem bischöflichen Stuhle von Augsburg fortgesetzt wird. Es trägt aber nicht wie so manches auf Bestellung angefangene Werk die Spuren der Eilfertigkeit an den Flügeln, sondern ist mit aller einem so mühsamen Unternehmen angemessenen Vorbereitung in Angriff genommen worden. Denn es ist eigentlich recht aus Vorarbeiten erwachsen und langsam gereift. Die Arbeit selber konnte in keine besseren Hände gelegt werden, als in die des Herrn Domcapitulars Steichele, des würdigen Nachfolgers von Placidus Braun, der seine volle Befähigung hiezu durch eine langjährige Forscherthätigkeit bereits dokumentirt hatte. Steichele's specialgeschichtliche Untersuchungen, seine „Beiträge zur Geschichte des Bisthums Augsburg" in zwei Bänden (1850—52) und sein „Archiv für die Geschichte des Bisthums Augsburg" in drei Bänden (1856 — 60) waren die natürlichen Vorstufen für das zusammenfassende Werk, das er nun in der historisch-statistischen Beschreibung dieses selben Bisthums hiemit liefert.

Vollendet liegt von dem auf sechs Bände berechneten Werk einstweilen der zweite Band vor. Den ersten Band, der Augsburg selbst mit einer Geschichte der Bischöfe behandeln soll, gedenkt der Verfasser erst später zu liefern, wahrscheinlich am Ende der ganzen Arbeit, als Schlußstein des

*) Das Bisthum Augsburg historisch und statistisch beschrieben von Anton Steichele, Domcapitularen in Augsburg. Zweiter Band. Augsburg, Schmid 1861—1864.

Gebäudes. Dieser zweite in acht Heften erschienene Band, der auf 768 Seiten die fünf Landkapitel Agenwang, Aichach, Baisweil, Bayer-Mänching und Burgheim umfaßt, bildet eine schöne vertrauenerweckende Probe des Ganzen, das wir zu gewärtigen haben. Die Beschreibungen sind nach einem verständigen Plane ausgeführt, und alle lassen sie die Forscherumsicht des Herausgebers, die Accuratesse in Sammlung und Benützung des bekannten wie unbekannten Materiales wahrnehmen. Viel Neues wird aus Urkunden und Akten beigebracht, und die mikrologische Arbeit der historischen Vereine ist hier einmal fruchtbringend verwerthet. Das Streben nach möglichst erreichbarer Vollständigkeit, auch in Rücksicht auf den praktischen Gebrauch, läßt sich nicht verkennen, und was den topographischen wie den archäologischen Erhebungen vollends das Siegel der Verläßlichkeit aufdrückt, ist der Umstand, daß sie überall zugleich auf der eigenen Anschauung des Verfassers beruhen, der, wie wir hören, jedes Landkapitel vor der Drucklegung des betreffenden Heftes noch einmal persönlich bereist.

Die Methode, welche der Verfasser bei der Darstellung der einzelnen Landkapitel befolgt, ist diese: eine allgemeine Orientirung über die topographischen und statistischen Verhältnisse, über die politische und kirchliche Geschichte der Gegend leitet regelmäßig und in übersichtlicher Kürze die Beschreibung der zu einem Landkapitel gehörigen Pfarreien ein; die einzelnen Pfarreien selber werden dann in alphabetischer Reihe und nach feststehenden Rubriken — Pfarrsitz, Pfarrgeschichte, Pfarrkirche, eingepfarrte Orte mit Kapellen, Wallfahrtskirchlein rc., endlich die Pfarrdotation mit allen Appertinentien — aufs genaueste beschrieben. Kein irgendwie erhebliches Moment in Bezug auf Culturgeschichte, Alterthum, Kunst, Statistik ist dabei außer Acht gelassen; vor Allem ist der Geschichte einzelner Rittergeschlechter sowie der in den Sprengel fallenden Klöster und anderer frommen Stiftungen eine sorgfältige Darstellung zu Theil geworden. Nicht bloß werthvolle alte kirchliche Kunstgegenstände werden aufgeführt,

sondern alle erwähnenswerthen Denkmale, historisch bedeutsame Inschriften, Rechtsbräuche, an Kirchen haftende Sagen und dergleichen. Auf die Reichhaltigkeit der Glocken-Inschriften, welche dieses Werk enthält, ist schon bei einer frühern Gelegenheit hingewiesen worden (Bd. 56, S. 892). Bei den Ortsnamen werden die ältesten urkundlichen Wortformen aufgezeichnet und sprachwissenschaftlich erklärt, letzteres hauptsächlich nach Förstemann.

Manche Orte haben durch geschichtlich namhafte Persönlichkeiten eine gewisse Merkwürdigkeit erlangt, und der Verfasser hat auch das notirt. Aresing, im Landkapitel Aichach, hat es durch eine Gedenktafel verzeichnet, daß es der Geburtsort Michael Sailers ist; Baindelkirch dagegen, im Landkapitel Bayer-Mänching, kann sich rühmen, die Wiege von dessen aftermystischem Zeitgenossen Ignaz Lindl, dem Gründer und Haupt einer Schwärmersekte, zu seyn. Der eigenthümliche Ort Mazzenstes bei Mindelheim zählte unter andern den Ennea Silvio Piccolomini, nachmaligen Papst Pius II., zu seinen Pfarrern.

Unter den Adelsgeschlechtern ist in dem vorliegenden Band besonders den Grafen von Lechsgemünd und Greifsbach eine umsichtige Studie gewidmet (S. 672—83). Ueber den Gunzenlê bei Möring, einem Hauptort des alten Welfenguts am Lechrain, gibt Steichele eine interessante Abhandlung (S. 491—99), welche in der Bestimmung der Lage jenes Königsstuhls von Pfeiffers Annahme (Germania I. 84—87) abweicht. Nicht auf dem linken, schwäbischen, sondern auf dem rechten, bayerischen Lechufer, auf erst welfischem, dann bayerischem Boden, von Kissing wie von Möring etwa gleich weit in der Richtung nach Westen entfernt, lag nach Steichele (S. 498) der Gunzenlê, diese alte Dingstätte, wo einst Ungarn mit Deutschen kämpften, wo Söhne des Welfen- und Staufenhauses glanzvolle Hochzeitsfeierlichkeiten begingen, wo Welf der Prächtige (VI.) herrliche Pfingstfeste hielt, wo Fürsten großartige Zusammenkünfte pflogen, deutsche Könige ihre Heere zu den Römerzügen sammelten.

Von klösterlichen Gemeinschaften kamen in dem gegenwärtigen Bande sechs in Betracht, die Mehrzahl der Vergangenheit angehörend, als: die Deutschordens-Commenthurei Aichach-Blumenthal, eine der allerfrühesten Schenkungen an den deutschen Orden in deutschen Landen, zur Ballei Franken gehörig, dem Landcomthur zu Ellingen unterstehend, durch welchen sie mit dem Hoch- und Deutschmeister zu Mergentheim verknüpft war; die Reihe der Commenthure ist großentheils nach Akten des bischöflichen Archivs und nach Grabsteinen der Kirche zu Blumenthal hergestellt. Sodann das Cisterzienser Frauenkloster Ober-Schönenfeld (vom Jahre 1248 bis 1803) und das Kloster der Benediktinerinen zu Kühbach (vom Jahre 1011 bis 1803), beide mit den Reihen ihrer Abtissinen; ferner das Dominikanerinen-Kloster Wereshofen, gegründet 1718, aufgehoben 1802, neu eröffnet 1842; das Kapuziner-Kloster Dürkheim, Stiftung eines frommen bayerischen Fürstenpaares vom Jahre 1685. Endlich das Kloster Kaisersheim (Kaisheim) bei Donauwörth, ehemalige Reichsabtei, die erste Pflanzstätte des Cisterzienser-Ordens im Augsburger Sprengel, um 1135 durch das Grafenhaus von Lechsgemünd gegründet. Der Geschichte dieser Abtei ist fast ein ganzes Heft gewidmet (S. 610 — 669): eine gründliche Arbeit, großentheils auf neuen Quellen fußend, eine kleine Monographie für sich. Von dem reichen Urkundenschatze war bisher nur Weniges, und dieses nur zum Theil brauchbar, veröffentlicht. Steichele aber hat die Originalurkunden, welche das Reichsarchiv zu München beinahe in vollständiger Integrität bewahrt, benützen können, und diese Urkunden bilden, was die ältere Zeit betrifft, fast die einzige Quelle. Vom 15. Jahrhundert an wurden die Vorarbeiten reichlicher, Knebels handschriftliche Chronik und ihre besten Fortsetzungen, dazu die monumentalen Ueberreste in Kaisersheim und andere Hülfsmittel dienten dem Verfasser, um die Abhandlung zu einem interessanten Geschichtsbild zu erweitern.

Das sind nur einige Andeutungen, sie reichen aber hin,

um die Aufmerksamkeit auf das bedeutende, für die Diöcesan-Geschichte fundamentale Werk hinzulenken. Dem Verfasser aber wünschen wir Kraft und Ausdauer, um das ebenso mühe- als verdienstvolle Unternehmen glücklich zu Ende zu führen. Vom dritten Bande sind mittlerweile zwei Hefte ausgegeben worden. Wir werden nach Vollendung weiterer Bände auf das Werk zurückkommen.

XLI.

Zeitläufe.

Die Nativität des zweiten deutschen Parlaments.

Es ist kein Zweifel: wir werden den Krieg haben oder das Parlament, später vielleicht das Parlament und den Krieg. Die unmittelbare Kriegsgefahr ist verschwunden; aber Preußen hat den Parlaments-Vorschlag auf die Spitzen seiner Bajonette gesteckt, und fällt er da herab oder wird er herabgestoßen, so ist es eben wieder der Krieg, was von Berlin her droht. Preußen ist zu weit vorgegangen, als daß es noch einmal zurückgehen könnte ohne eine definitive Entscheidung. Das steht für uns so fest, daß wir jedes Wort des Streits darüber, ob es Preußen „Ernst" sei oder nicht, für verlorene Mühe erachten. Graf Bismark hat insoweit nur allzu gut und glücklich gespielt: es muß endlich Ernst seyn in Berlin.

Um den deutschen Bürgerkrieg zu vermeiden oder wenigstens hinauszuschieben, gibt es gar kein anderes Mittel mehr als das Parlament. Wer der Verwirklichung des preußischen Vorschlags Hindernisse bereiten will, wer auf Mittel und

Wege sinnt, wie das Parlament etwa doch noch hintertrieben werden könnte: der arbeitet direkt für den Krieg. Wer ferner etwa der preußischen Regierung selbst den Hintergedanken zuschreiben wollte, daß es bei der grenzenlosen Zerfahrenheit der deutschen Kabinette und Parteien ja doch zu keiner Einigung über das Parlament kommen werde, daß also Preußen ohne Sorge und Gefahr den Stein in's Brett der Liberalen habe setzen können: wer dem Berliner Kabinett diese Berechnung zutraut, der muß abermals zugleich an den unerschütterlichen Entschluß Preußens glauben an das Schwert zu appelliren. Es ließe sich allerdings denken, daß man in Berlin den Zwischenfall mit dem Parlament aufgeführt hätte, um eine Diversion zu machen und Zeit zu gewinnen, vielleicht weil man selber noch nicht hinlänglich gefaßt ist, oder weil Italien mit seinen Rüstungen nicht augenblicklich fertig werden konnte, oder weil man doch jedenfalls erst mit dem französischen Imperator handelseins werden müßte. Das ließe sich allerdings denken; aber auch dann ließe sich der Krieg nicht hinweg-, sondern man müßte ihn erst recht hinzudenken.

Sogar dann wenn Oesterreich jetzt noch die Hand bieten wollte zu einer friedlichen Einigung mit seinem Halbpartner über die unglückselige Angelegenheit der Herzogthümer — es ist eine fast unmöglich gewordene Voraussetzung; aber selbst dann würden wir das Parlament haben müssen. Preußen hat sich in der Bundestags-Sitzung vom 9. April in einer Weise beim Wort genommen, die jedes Zurückweichen für eine Großmacht zur moralischen Unmöglichkeit machen muß. Wir haben früher schon auf den wesentlichen Unterschied aufmerksam gemacht, der den preußischen Schritt zur Bundes-Reform vor allen andern Projekten in dieser Richtung auszeichnet. Die sogenannten großdeutschen Regierungen sind fruchtbar gewesen an derlei Vorschlägen seit der monströsen Mißgeburt des Herrn von Beust im Oktober 1861 und sie schienen alle Möglichkeiten erschöpft zu haben. Alle aber kamen darin überein, daß zuerst eine Einigung der Kabinette

über den Inhalt der Reform vorhanden seyn müsse und dann erst das Parlament nachkommen könne. Preußen schlägt jetzt den umgekehrten Weg ein. Es verlangt „die Reform des Bundes sofort damit in Angriff zu nehmen, daß zur Mitwirkung für die Neugestaltung der Verfassung eine allgemeine deutsche Versammlung von gewählten Vertretern berufen werde"; und die Motive fügen ausdrücklich die Bemerkung bei: „die Bestimmung eines festen Termins für die Berufung des Parlaments wird der Nation zugleich die feste Gewähr bieten, daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen über die zu machenden Reformvorschläge nicht vollständig in's Ungewisse sich hinausziehen können."

Also hat die schleswig-holsteinische Frage in der That das ganze Urgebirge der deutschen Frage in's Rollen gebracht, und zwar in der Weise daß ein Aufhalten nicht mehr möglich ist, ja bloß um den Preis eines deutschen Bürgerkriegs auch nur versucht werden könnte. Ich glaube diese Thatsache nicht genug betonen zu können gegenüber der Ausrede, daß Stimm-Einhelligkeit seyn müsse am Bund und daß Preußen erst sein Programm specificiren müsse.

Schleswig-Holstein überwiegend durch die Waffen der Großmacht Preußen erobert, hätte unter allen Umständen die Lösung des gesammtdeutschen Problems in eine bestimmte Richtung gebracht. Das stand fest. Aber eine weise Diplomatie hätte es wenigstens nicht dahin kommen lassen dürfen, daß keine Wahl mehr blieb als deutsches Parlament oder deutscher Krieg. Man hat in großdeutschen Kreisen bis vor Kurzem einen zweiten Versuch mit der Paulskirche zu Frankfurt mit Recht als eine unberechenbare Gefahr gefürchtet; noch in den Tagen von Gastein und Salzburg waren auch die Souveraine und Minister beider Großmächte darüber einig*); und jetzt soll gar hinter jedem Wechselfall des neuen

*) Was will man sonst im Grunde verstehen unter den Worten des Grafen Bismark in der merkwürdigen Note vom 26. Januar:

Versuchs mit dem Parlament die Kriegsdrohung stehen wie der Henker mit entblößtem Schwert! Schlimmer hätte der Streit unter keinen Umständen ausfallen können, als er nun ausgefallen ist.

Wie es dann im Parlament selber seinerzeit ergehen wird, darüber wäre heute jede Muthmaßung vergebens. Man wird die Nationalvertretung haben, wenn man nicht den Krieg vorzieht, und man wird sie behalten, solange man den Krieg vermeiden will: das ist Alles was sich bis jetzt mit Gewißheit sagen läßt. Aus den Umständen der Berufung dürfte sich aber zweitens als feststehend ergeben, daß das zweite Parlament nicht wieder wie das erste den Gaul beim Schweife aufzäumen wird. Man hat damals in grundrechtlichen Debatten Zeit, Kraft und Autorität vergeudet und erst zuletzt den Cardinalpunkt, nämlich die Oberhauptsfrage in Angriff genommen. Es wird dießmal nicht wieder so sondern umgekehrt kommen. Preußen wird dafür sorgen, oder vielmehr es hat schon dafür gesorgt, indem es die bestehenden Gewalten in Deutschland buchstäblich ohne Kopf dem Parlament gegenüberstellt. Die Versammlung wird für das werthe Vis-à-Vis vor Allem einen Kopf suchen müssen, und insoferne ist der preußische Parlamentsvorschlag im Grunde identisch mit der Oberhauptsfrage. Die speciellen Anträge Preußens — sie liegen augenblicklich noch nicht vor — werden höchst wahrscheinlich gleichfalls keine direkten und ausdrücklichen Bestimmungen über die Centralgewalt enthalten; aber sie werden indirekt die Lösung der Oberhauptsfrage zu erleichtern suchen — durch die Verdrängung Oesterreichs aus dem zu reformirenden Bunde.

„Ich durfte damals annehmen, daß Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und Seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution sähen, und wir glaubten über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen dieselbe einig zu seyn"? Graf Mensdorff hat diesen Angaben mit keiner Sylbe widersprochen!

sich für die Thatsache bedanken. Es bedarf indeß jener historischen Erinnerung nicht; die Volksstimmungen in Oesterreich selbst während des jüngsten Kriegslärms waren vielsagend genug. Alle Berichte stimmen darin überein, daß gerade die nicht-deutschen Völker, die Magyaren, Tschechen, Croaten und alle Slaven überhaupt am kriegslustigsten gewesen. Hoffentlich doch nicht aus bloßem Preußenhaß, der im Grunde eher bei den Deutschösterreichern heimisch ist, und gewiß noch weniger wegen der „Legitimität und Volksabstimmung" in Schleswig-Holstein; sondern vielmehr aus glühendem Deutschenhaß und weil ein richtiger Instinkt ihnen sagte, daß jede Vertiefung Oesterreichs in die deutschen Händel den anti-deutschen Strebnissen im Kaiserstaat selbst förderlich seyn müsse.

Aber — ich höre zürnende Stimmen entgegnen: was will der Mann, verlangt er daß Oesterreich selbst sich aus Deutschland ausschließe und nach dem Rath der Bismarkischen Note vom 24. Januar 1863 seinen Schwerpunkt nach Ofen verlege? So hat uns ein sonst befreundetes Wiener Blatt schon vor ein paar Wochen mißverstanden, und neuerlich beschwört dasselbe Blatt uns und alle andern katholischen Journale im Reiche: wir möchten doch unsern „national-deutschen Standpunkt" als etwas Heidnisches aufgeben und uns rückhaltlos auf den katholischen Standpunkt stellen der Recht und Ehre allein zur Richtschnur habe. Ich kann ein solches Mißverständniß nur bedauern, um so mehr als darin ein neuer Beweis liegt, wie wenig man auch in den wohlmeinendsten Kreisen geneigt ist mit dem Zöllner an die eigene Brust zu schlagen, anstatt die Schuld an verzweifelten Lagen immer Anderen aufzuladen.

Zur Sache selber wissen wir uns sehr frei von „Deutschthümelei"; aber wir werden niemals eine Unvereinbarkeit des national-deutschen und des katholischen Standpunktes zugeben, und wenn es uns damit nicht ehrlicher Ernst wäre, so widerriethe schon die gewöhnliche Klugheit so etwas zu sagen. Gerade wir haben in der ganzen schleswig-holsteinischen

Moment an wo Preußen den Spieß umgekehrt und die große deutsche Frage an die Stelle der kleinen Herzogthümer-Frage gesetzt hat, sind die Mittelstaaten in sich gegangen und sie haben andere Saiten aufgezogen. Jedenfalls hat Bayern dieß gethan. Es ist schwer das bereitwillige Entgegenkommen gegen die bekannten preußischen Forderungen, welche sich auf die vielbeklagte Mißachtung der realen Machtverhältnisse im Bunde beziehen, nicht schon aus der bayerischen Note vom 31. März herauszulesen. „Eine eingehende Erwägung der Sachlage", heißt es in dieser ganz neue Einsichten der bayerischen Politik bekundenden Note, „könne sich kaum der Ueberzeugung entschlagen, daß die Kriegsgefahr aus einem Mißbehagen über die ganze Gestaltung der Bundesverhältnisse und die Stellung der beiden ersten Bundesglieder zu einander und zum Bunde hervorgehe, und in der That deute die preußische Cirkular-Depesche vom 24. Februar darauf hin."

Wirklich ist seitdem der bayerische Minister Gegenstand mehrseitiger Angriffe geworden, als spiele er mit Bismark bereits unter der Decke. Man erinnert sich vielleicht der Gerüchte, welche sich schon an seinen Besuch bei Graf Bismark zu Salzburg im August v. Js. angeknüpft haben. Der preußische Premier soll dort geradezu die Sprache des alten Fritz gegenüber Frankreich mit zuvorkommender Anwendung auf Bayern copirt haben: „wenn ich die Trümpfe bekomme, so theilen wir." Was sich denn Bayern, habe er gesagt, so sehr gegen den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland wehre, während doch in diesem Fall der Süden unter bayerische Leitung fallen, Bayern also nur Gewinn davon haben würde. Neuerlich soll nun Preußen wirklich die „Mainlinien-Politik mit der Trias-Idee combinirt" und Bayern die Leitung der südwestdeutschen Bundescontingente angeboten haben, während es selbst sich mit dem Commando im Norden begnügen werde. Daraus will man sich über einmal allerhand auffallende Zeichen geheimen Einverständnisses und gegenseitiger Liebäugelei zwischen Bayern und Preußen erklären; der preußische Premier

die Hände freier zu haben für seine große und wahrhaft katholische Mission im Süden und im Osten. Würde dem heiligen Vater Pius die Frage vorgelegt werden, er würde ohne Zweifel die Zukunft Oesterreichs nicht in Frankfurt und Schleswig-Holstein suchen, sondern er würde den Finger auf die Kartenbilder Italiens und des illyrischen Dreiecks legen. Das heißt aber noch lange nicht den österreichischen Schwerpunkt nach Ofen verlegen. Auch steht dieß gar nicht in der Bismarkischen Note vom 24. Januar 1863. Wohl aber heißt es dort unter Anderm: „Ich habe den Grafen Karolyi daran erinnert, daß in den Jahrzehnten die den Ereignissen von 1848 vorhergingen, ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten vorwaltete, kraft dessen Oesterreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war, und uns dagegen in Deutschland einen durch Oesterreichs Opposition unverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins manifestirt. . . . Ich hob hervor, daß ich bei meiner Ankunft in Frankfurt im J. 1851, nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg wohnenden Fürsten *Metternich gehofft* habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, uns im deutschen Bunde ein Stellung zu schaffen, welche es für Preußen der Mühe werth mache seine gesammte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen.“

Nun waren wir allerdings damals schon der ausgesprochenen Meinung, daß es mannhafter Anstrengungen und eines ganz neuen Geistes großdeutscher Politik bedürfte, wenn die Sprache des Hrn. von Bismark nicht wahr werden und Recht behalten solle. Aber es hat sich nicht nur nichts vom neuen einigenden Geiste gezeigt, sondern die transalbingische Krisis rief vielmehr neue Dämonen der Zwietracht und eifersüchtigen Neides wach. Bismark hat denn auch sein Drohwort vom 24. Januar 1863 gehalten. Er hat den eventuellen Raubbund mit den italienischen Banditen geschlossen, welchen im Uebereifer die Flinte soeben fast zu früh losge-

Gewalt nehmen, es würde alle nördlichen Staaten unter seine Botmäßigkeit zwingen; der Bund mit Italien wäre schon gemacht, der Handel mit dem Imperator würde in der Schnelligkeit gemacht werden*), und Preußen könnte es mit Zuversicht auf den Krieg ankommen lassen, bei dem ohnehin das Geld die Hauptmacht wäre. Wären wir unsererseits bereit den Handschuh aufzunehmen? Bis jetzt hört man überall nur die Eine Stimme: „Niemand wolle den Krieg"; und auch Oesterreich, wenn wir recht verstehen, will den Krieg mit Preußen nicht, zumal jetzt wo man den Krieg mit Italien fast schon hat.

Kommt es aber zum Parlament, dann ist erst recht nicht einzusehen, wie Bayern seine bisherige Trias-Politik fortführen sollte. Davon abgesehen daß heute noch mehr als je die übrigen Mittel- und Kleinstaaten, wenn sie nun einmal hegemonisirt werden sollen, alle geneigt seyn dürften lieber gleich mit dem Schmied als mit dem Schmiedlein ihr Geschäft zu machen — was soll eine Trias neben dem deutschen Parlament? Der Grundgedanke der Trias besteht ja vielmehr in der entschiedensten Negirung einer solchen allgemeinen Nationalvertretung. Weil seit 1849 angenommen wurde, daß weder Preußen noch Oesterreich in einem deutschen Parlament und einer einheitlichen Centralgewalt sich neben einander vertragen, daß sie überhaupt sich nicht majorisiren lassen könnten, deßhalb ist man auf den Ausweg verfallen das Ideal eines

*) Im Verkehr mit Diplomaten hat Graf Bismark schon wiederholt, wie jüngst auch der Pariser „Temps" bezeugte, offen erklärt: „Preußen müsse sich vergrößern und arrondiren; er wisse nun wohl, daß dieß die Abtretung eines mehr oder minder großen Stückes Land an Frankreich kosten werde; aber Preußen würde dann bald stark genug werden, um das abgetretene Land am Rhein wieder zu holen." Ein bekannter Nationalvereins-Professor, zur Zeit wo er noch auf bayerischem Boden verweilte, hat wörtlich dieselbe Politik empfohlen, woraus zu ersehen, daß auch die „deutsche Wissenschaft" sich sehr wohl damit vertrüge.

parlamentarischen Bundesstaats mit den mittlern und kleinen Staaten allein und im weitern Bunde mit den beiden Großmächten herzustellen. Dazu hätte Bayern sehr gerne seine guten Dienste als Hegemon angeboten, aber es war nie eine Nachfrage darnach. Nichtsdestoweniger ist gleich nach 1859 die Trias-Idee wieder aufgetaucht, und namentlich in der ersten Hitze der schleswig-holsteinischen Krisis wäre das dritte Deutschland bei den erzürnten Parteien, welche daraus ein Kriegslager gegen die beiden widerspänstigen Großmächte machen wollten, beinahe populär geworden. Auch diese Trias war ganz in dem Sinne gemeint wie wir die Idee eben beschrieben haben; da aber das Trias-Material auch in jenen erregten Tagen todt und lehmig liegen blieb wie Adam vor dem Seelen-Einhauch, so hinterblieb von dieser Trias-Politik nur ein verhallendes Echo und das Wort „deutsches Parlament" wird dem ganzen Spuck wohl oder übel ein definitives Ende machen, so gewiß als der Mond erblaßt wenn die Sonne aufgeht.

Sollte nun aber Bayern auf ein preußisches Anerbieten bezüglich des Oberbefehls über die südwestdeutschen Bundes-Contingente eingehen, sollte es vielleicht auch noch versuchen ein mehrmaliges Alterniren im Bundes-Präsidium, beziehungsweise sich selbst als dritten Präsidenten durchzusetzen: so wäre dieß allerdings eine gute Rückzugslinie und geeignet die völlige Niederlage einer Politik einigermaßen zu verdecken, mit der man dreizehn Jahre lang so viel Gutes versäumt und so viel Uebles angerichtet hat. Aber sonst wäre die preußische Concession nichts als ein zehrendes Capital und ein bedenkliches Danaer-Geschenk. Ohne Zweifel würden die übrigen Mittel- und Kleinstaaten in dem Augenblicke sich feindselig gegen Bayern kehren, wo die bayerische Souverainetät irgendeine Sonderstellung über ihren Souverainetäten einnehmen wollte. Naturgemäß würde somit Bayern nicht etwa mehr der preußischen Macht ebenbürtig werden, sondern es würde immer tiefer in die Schlingen des preußischen Machteinflusses

verwickelt, es würde endlich nicht bloß in den Augen der übrigen Mittleren und Kleineren Preußens böser Knecht Ruprecht werden.

Noch aus einem ganz andern Grunde könnte Bayern in die Lage kommen, jedenfalls nicht im Namen der „Trias“ und der „dritten Gruppe“ eine Sonderstellung im Bunde einzunehmen. Niemand scheint bis jetzt über das altgewohnte Spiel mit der Dreiheit hinauszudenken, und doch enthüllt sich gerade an diesem Punkte der ganze Abgrund der Verwicklung in die wir uns mit unserm liberalen Doktrinarismus hineingearbeitet haben. Bayern verlangt der Dritte im Bunde zu seyn; Preußen will dieß zugestehen, aber nur unter Voraussetzung des Parlaments und unter andern onerosen Bedingungen, deren Kosten insgesammt Oesterreich zu tragen hätte. Setzen wir nun den Fall, Bayern gehe ein auf die Ausschließung Oesterreichs vom Bundesoberbefehl, auf die Theilung des Präsidialrechts am Bund, auf die Abschaffung der österreichischen Garnison in Mainz, und setzen wir weiter den Fall der Kaiserstaat erkläre: „unter solchen Umständen thue ich nicht mehr mit, ich entschlage mich dieser kostspieligen deutschen Bürde ohne Nutzen und Würde, und ich ziehe mich auf meine häuslichen Angelegenheiten zurück die ohnehin meine Kräfte übriggenug in Anspruch nehmen!“ Wenn Oesterreich eines schönen Morgens eine solche Sprache führte, wie dann? Es gäbe dann keinen Trias-Gedanken mehr, keine dritte Gruppe und keinen „Dritten“ im Bund; sondern Bayern hätte es allein mit Preußen zu thun, Preußen wäre Alles und die Andern gleich viel.

Ich weiß wohl, daß man den beregten Fall für „unmöglich“ hält. Maßgebend ist nach wie vor die fixe Idee, man könne sich Alles erlauben ohne doch die Rückendeckung durch Oesterreich gegen preußische Uebergriffe zu verlieren. Denn Oesterreich, meint man, müsse ja doch! Niemand will erwägen, daß in unserer Zeit wo so viele vermeintlichen Axiome der Politik sich als taube Nüsse erwiesen haben,

eine Unterhandlung an: er war geneigter für die Sachsen zu schreiben als sich zu schlagen; sie machten wiederholt Propositionen, welche, da sie nichts Solides enthielten, verworfen wurden. Ihr Zweck war völlige Neutralität zu erhalten; dazu konnte der König seine Hand nicht bieten, weil die Verbindungen des Königs von Polen mit dem Hofe von Wien, Rußland und Frankreich zu wohl bekannt waren."

Es ist, wie wir glauben, nicht ohne Interesse zu sehen, wie in diesen wenigen Zeilen der König-Historiker sich selber zeichnet: in dem Räuberwitze über die Höflichkeit der unglücklichen, der preußischen Uebermacht preisgegebenen Sachsen, so wie in der Unwahrheit des Ganzen. Wir heben nur eins hervor. Der König Friedrich II. sagt in der Apologie de ma conduite politique, die er allerdings nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt haben mochte, daß er in Sachsen eingebrochen sei weil er gewußt, daß keine Verbindung, kein Traktat irgend welcher Art bestand, der Frankreich zur Hülfe für Sachsen verpflichtete. Hier sagt er in einem Werke, welches er ausdrücklich für die Oeffentlichkeit bestimmte, daß ihm die Verbindungen des Königs-Kurfürsten von Polen-Sachsen mit Oesterreich, Rußland und Frankreich sehr wohl bekannt gewesen seien. Das Buch: „die Geheimnisse des sächsischen Kabinets" hat jetzt aktenmäßig den Nachweis gebracht, daß solche Verbindungen nicht existirten.

Ueberhaupt aber möchten wir bei dieser Gelegenheit hervorgehoben haben, daß, obwohl die wahre Natur Friedrichs II. sich dem Kundigen auch in seinen für die Oeffentlichkeit bestimmten Schriften nicht verhüllt, sie doch ungleich klarer in denen hervortritt, die nicht einen solchen Zweck haben. Man wird mir erwidern: dieß gelte von allen Menschen. Ganz gewiß; doch nicht immer in demselben Maße wie bei Friedrich II. Er schreibt seinen Anti-Machiavell voll Schwulst und Bombast gegen dieß moralische Ungeheuer — so nämlich bezeichnet er den Florentiner Politiker — und während das verehrungswürdige Publikum sich daran ergötzt, daß ein

Brandenburg wieder hergestellt werden, wozu sich aber von den bestgesinnten Regierungen keine herbeilassen werde. Der Verlauf hat unsere Voraussage nur zu sehr bestätigt. Wir haben aber ferner behauptet: selbst den unmöglichen Fall angenommen, daß Preußen auf die Reformakte einginge, so würde sich erst eine weitere Unmöglichkeit auf der Seite Oesterreichs selber herausstellen, die Unmöglichkeit nämlich die Schmerlingische Gesammtverfassung für Oesterreich mit einem constitutionell verfaßten und regierten deutschen Bunde zu vereinigen und gegenseitig unterzubringen. Eine faktische Probe ist nun über dieses Exempel freilich nicht gemacht worden. Aber seitdem der Kaiser am 20. September das babylonische Werk Schmerlings sistirt hat, sagen die deutschen Liberalen selber, die centralisirende Februarverfassung hätte sich allerdings mit keinerlei constitutioneller Reform des deutschen Bundes vertragen. Mit der jetzt projektirten Verfassung, meinen sie, sei es anders. Ich dagegen behaupte abermals: solange es noch für ein österreichisches Bedürfniß erachtet wird, daß in Wien ein constitutioneller Körper bestehe oder zu Stande komme zur verfassungsmäßigen Mitwirkung bei den allgemeinen Angelegenheiten des Reichs, mit andern Worten solange man nicht das Heil in der staatlichen Auflösung des Kaiserreichs nach dem Willen der extremsten Dualisten und Föderalisten sucht: solange wird Oesterreich seine kostbaren und anderweitig so dringend angesprochenen Kräfte unbedingt nutzlos vergeuden mit allen und jeden Versuchen, bei einem parlamentarisch reformirten Bunde mit entsprechender Centralgewalt mitzumachen und auf diesem Wege seine deutsche Stellung zu wahren.

Soll ich vielleicht erinnern an das erste deutsche Parlament, bei dem Oesterreich immerhin noch um neunzig Procent mehr Einfluß gehabt hat, als es heute haben würde? Wo man Deutschland nicht kennt, da mag man sich über diese Aeußerung verwundern; wahr ist sie dennoch und bei dem von allen Seiten umschranzten und gehätschelten Liberalismus mag man

zielles zu sagen. Er versichert den König August seiner besonderen Achtung. Der Schluß nämlich des Briefes lautet: „Ich werde für Sie und für Ihre Familie alle Aufmerksamkeit und Rücksicht haben, welche Ich für einen Fürsten haben muß den Ich schätze, und den Ich nur darin zu beklagen finde, daß er sich allzu sehr den Rathschlägen eines Mannes hingibt, dessen böse Absichten Mir zu bekannt sind und dessen schwarze Complotte Ich schwarz auf weiß belegen könnte (dont Je pourrois prouver les noirs complots papier sur table)."

Wir unterbrechen hier den Brief Friedrichs, um auf diese Stelle, an der er über Brühl spricht, besonders aufmerksam zu machen. Sie ist nämlich die einzige, in welcher der König Friedrich II. die Wahrheit spricht, wenn auch nur unfreiwillig und in anderem Sinne als Friedrich selbst es meint. Nach Friedrich II. selbst hatte der Graf Brühl die größte Schuld an dem Jammer, der über Sachsen und über ganz Deutschland kommen sollte.

Die nächstfolgenden Worte erinnern den Leser an jenen Brief an den Minister Podewils. Friedrich fährt nämlich fort: „Ich habe mein Leben lang auf Rechtschaffenheit und Ehre gehalten (J'ai fait toute ma vie une profession de probité et d'honneur), und bei diesem Charakter der Mir theurer ist als der Königstitel, den Ich nur durch den Zufall der Geburt besitze, versichere Ich E. M., wenn auch zuweilen, besonders beim Beginn der Schein gegen mich seyn wird, so werden Sie gleichwohl sehen daß, falls es unmöglich wäre zu einer Vereinbarung zu gelangen, Ihre Interessen Mir heilig seyn werden, und daß Sie in meinen Maßnahmen mehr Schonung für Ihre und Ihrer Familie Interessen finden werden, als Ihnen Personen insinuiren wollen, die zu weit unter Mir sind, um sie einer Erwähnung zu würdigen."

Diese Worte und die Schritte der nächstfolgenden Tage ließen dem Könige-Kurfürsten von Polen-Sachsen keinen Zweifel, was Friedrich II. mit ihm vorhabe. Er drückt dieß

Krisis nicht aufgehört, vom vereinigten national-deutschen und katholischen Standpunkt der mit dem Recht und der Ehre identisch ist, unsere Politik zu bemessen. Auch die Wiener Staatskanzlei hat anfangs so gethan und wäre sie standhaft geblieben, so besäße heute König Christian von Dänemark die beiden Herzogthümer nach dem Recht der Personalunion; vielleicht wären auch schon die dänischen Inseln für den Bund gewonnen, und jedenfalls wäre es Preußen nicht gelungen dem großdeutschen Princip die Todeswunde beizubringen, an der es nun hinsiecht.

Aber wer ist denn abgesprungen von diesem Standpunkt? Wir nicht. Sondern Oesterreich ist in London am 28. Mai 1864 mittelst des bekannten „Purzelbaums“ umgesprungen auf den sogenannten national-deutschen, wenn die neuerliche Note des Stuttgarter „Staatsanzeigers“ irgendwie ächt wäre, so müßte man sogar sagen, auf den nationalvereinlichen Standpunkt. Der Sprung müßte natürlich seine Folgen oder Consequenzen haben und hat sie gehabt. In Wien wundert man sich darüber und will sich das Ding nicht gefallen lassen; wir haben uns keinen Augenblick darüber gewundert, vielmehr unsere Politik darnach eingerichtet nach der alten Regel, man müsse die Verhältnisse nehmen wie sie einmal sind, und zu geschehenen Dingen eben das Beste reden. Das ist der Unterschied. Wenn unser verehrter Collega in Wien die Hergänge seit dem August 1863 noch einmal recapituliren möchte, so würde ihm gewiß unser nationaldeutscher Standpunkt nicht mehr im Lichte eines Katechismus-Fehlers erscheinen, jedenfalls aber läge der Fehler nicht an uns.

Indeß haben wir Oesterreich niemals gerathen sich selbst aus Deutschland auszuschließen, werden es auch künftig nicht thun. Wir haben nur gesagt: es liege unter den gegenwärtigen, leider nicht abzuändernden Umständen nicht in der Aufgabe Oesterreichs sich tiefer in die deutschen Händel zu verwickeln, sondern im Gegentheile sich herauszuwickeln, um

die Hände freier zu haben für seine große und wahrhaft katholische Mission im Süden und im Osten. Würde dem heiligen Vater Pius die Frage vorgelegt werden, er würde ohne Zweifel die Zukunft Oesterreichs nicht in Frankfurt und Schleswig-Holstein suchen, sondern er würde den Finger auf die Kartenbilder Italiens und des illyrischen Dreiecks legen. Das heißt aber noch lange nicht den österreichischen Schwerpunkt nach Ofen verlegen. Auch steht dieß gar nicht in der Bismarkischen Note vom 24. Januar 1863. Wohl aber heißt es dort unter Anderm: „Ich habe den Grafen Karolyi daran erinnert, daß in den Jahrzehnten die den Ereignissen von 1848 vorhergingen, ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten vorwaltete, kraft dessen Oesterreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war, und uns dagegen in Deutschland einen durch Oesterreichs Opposition unverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins manifestirt. . . . Ich hob hervor, daß ich bei meiner Ankunft in Frankfurt im J. 1851, nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg wohnenden Fürsten Metternich gehofft habe, Oesterreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, uns im deutschen Bunde ein Stellung zu schaffen, welche es für Preußen der Mühe werth mache seine gesammte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen."

Nun waren wir allerdings damals schon der ausgesprochenen Meinung, daß es mannhafter Anstrengungen und eines ganz neuen Geistes großdeutscher Politik bedürfte, wenn die Sprache des Hrn. von Bismark nicht wahr werden und Recht behalten solle. Aber es hat sich nicht nur nichts vom neuen einigenden Geiste gezeigt, sondern die transalbingische Krisis rief vielmehr neue Dämonen der Zwietracht und eifersüchtigen Neides wach. Bismark hat denn auch sein Drohwort vom 24. Januar 1863 gehalten. Er hat den eventuellen Raubbund mit den italienischen Banditen geschlossen, welchen im Uebereifer die Flinte soeben fast zu früh losge-

gangen wäre. Gleichzeitig höhnt das regierende Gesindel in Rumänien den mächtigen Nachbar in's Gesicht, indem es einen Hohenzoller'schen Prinzen zum Fürsten von Moldau-Wallachien erwählt. Thut nicht bald ein höherer Wille Einhalt, so wird die wachsende Spannung unfehlbar zuerst Preußen und dann beide Mächte in die Tuilerien treiben; sie werden sich licilando überbieten; das linke Rheinufer wird beiden feil seyn sobald es Einer feil ist, dem bedrängten Oesterreich vielleicht noch dazu ein Arrangement wegen Venetien; und so hat der verschlagene Lauerer in Paris allerdings Ursache in schweigender Erwartung den kommenden Dingen zuzusehen.

Wir verkennen nun keineswegs, daß die Sache Oesterreichs als europäischer Großmacht nicht so schlecht stünde bei einem Handel mit dem Imperator und einer allgemeinen Karten-Revision. Oesterreich würde viel mehr gewinnen als verlieren, namentlich würde sich für die Abtretung Venedigs eine bedeutende Stärkung Tyrols durch schöne deutsche Hinterländer bis an den Donaulauf von selbst verstehen. Aber nicht nur die Mittelstaaten wären dann verloren und das Rheinland an Frankreich verrathen; es gäbe dann überhaupt kein deutsches Volk mehr und Deutschland hätte selbst als geographischer Begriff aufgehört zu existiren. Ich weiß nicht, ob man es uns zu Wien im Ernste übel nehmen wird, wenn sich gegen die Aussicht auf einen solchen Ausgang nicht nur unser national-deutsches sondern auch unser katholisches Gefühl das mit dem Recht und der Ehre identisch ist, zum voraus empört.

Daher fragen wir uns so dringend: gäbe es nicht doch noch einen Ausweg für Oesterreich, um sich den steigenden deutschen Händeln zu entziehen ohne sich doch selbst von Deutschland auszuschließen? Oesterreich kann nicht Theil nehmen an dem Bundesstaat den unsere Parteien zum Werden bringen wollen; kann es aber nicht trotzdem im Staatenbund bleiben und zwar nicht bloß auf Grund papierner Garantien? Oesterreich

kann sich unmöglich einem Frankfurter Parlament im Ernste unterordnen: aber gibt es sonst kein reales Band mehr zwischen uns und dem Hause der alten deutschen Kaiser? Vom Standpunkt des liberalen Doktrinarismus müssen alle diese Fragen unbedingt verneint werden; alle liberalen Schablonen sind schon durchprobirt worden, und noch keiner ist das Ei auf der Spitze stehen geblieben. Man müßte die Frage anders auffassen als bisher: gerade damit scheint uns aber eigentlich Graf Bismark selber vorangegangen zu seyn.

Er „combinirt" die Mainlinien-Politik mit der Trias-Idee. Ließe sich nicht in analoger Art auch das großdeutsche und das kleindeutsche Programm „combiniren"? Heinrich von Gagern hat schon 1862 auf dem Abgeordnetentage zu Weimar einen solchen Versuch gemacht, der aber Oesterreich bloß papierne Garantien geboten hätte, was so viel *wie* nichts gilt. Wir werden das nächste Mal versuchen diese Schwierigkeit zu heben. Gelänge es, so wäre Bismark mit seiner Note vom 24. Januar beim Wort genommen und die deutsche Verwirrung hätte ein geregeltes Bett um zu verlaufen. Ohne dieß wird sie mit Nothwendigkeit eine Weltüberschwemmung anrichten.

XLII.

Hat Friedrich II. den siebenjährigen Krieg zum Zwecke der Vertheidigung oder der Eroberung begonnen?

(Schluß.)

Offiziell kündigte Friedrich II. einen „ohnschädlichen Durchmarsch" an, oder mit den französischen Worten: une marche involontaire et *transitus innoxius* qui ne devait donner aucunement atteinte à l'amitié et bonne intelligence entre les deux cours, d. h. er sagte eben damit offiziell, daß er eine rechtlich begründete Ursache zur Feindseligkeit gegen Sachsen nicht habe. Während er seinen Minister dieß sagen ließ, beeilten sich seine Generale, das Geld aller sächsischen Cassen in ihrem Bereiche an sich zu nehmen.

Indem der König Friedrich II. später in seiner histoire de la guerre de sept ans diesen Einbruch in Sachsen beschreibt, drückt er sich aus wie folgt*): „Die Nähe so großer Armeen gab zu keinem Verdrusse Anlaß: man beging keine Feindseligkeit, die Sachsen litten es mit vieler Höflichkeit daß man sie aushungerte, und jedermann trachtete seinen Erwerb so gut es eben ging zu sichern. Der König von Polen knüpfte, in der Absicht Zeit zu gewinnen,

*) Oeuvres de Fr. l. Gr. Tom. IV. p. 80.

sehen wird daß er noch Nachbaren hat. Er gleicht dem Krebs, der immer weiter frißt, und er wird wahrscheinlich das Schicksal aller Fürsten und Privatleute von ähnlichem Charakter erfahren. Die alte wie die neue Geschichte bieten uns Beispiele dar. Seine vorgebliche Philosophie, die Liebe, die er für die Wissenschaften und das Behagen an denselben erheuchelt, machen auf mich keinen Eindruck. In seinen Reden wie in seinen Schriften tritt mir immer viele Rohheit (beaucoup de férocité) entgegen, und wenn durch eine aufgeregte Einbildungskraft darin etliche gehobene Züge vorkommen, so finde ich darin oft Gemeines, was nach seiner schlechten Erziehung schmeckt. Die Irreligiosität, welche er zur Schau trägt (l'irréligion qu'il affiche), ist weder klug noch anständig, und sie thut ihm mehr Schaden als er glaubt, weil er in der Rolle eines Beschützers des Protestantismus auftritt (puisqu' il joue le rôle de protecteur des protestants)."

„Ich werde Ihnen den Plan darlegen, den er sich vor dem Einbruche in Sachsen ausgedacht hatte. Derselbe wird Ihnen beweisen, daß das Porträt, welches ich soeben von dem Könige Friedrich II. gezeichnet habe, der Aehnlichkeit entspricht."

„Der König von Preußen hatte seine Staaten um Schlesien vermehrt, eine herrliche Erwerbung. Ich will hier nicht untersuchen, ob er es mit Recht besitzt. Thatsache ist, daß er es hat. Diese Vergrößerung setzte ihn in den Stand sein Heer zu vermehren (denn er hatte vor der Erwerbung dieser Provinz dasselbe über seine Mittel hinaus erhöht); aber er vermehrte es in dem Maße, daß die Armee ihm von neuem zur Last wurde; denn seine Mittel reichten nicht aus es zu bezahlen, und seine Unterthanen nicht, es zu rekrutiren."

„Er hatte seit 11 Jahren Frieden, und das langweilte ihn. Er hatte seit einiger Zeit mit allen seinen Nachbaren anzubinden gesucht, und der Kurfürst von Sachsen besonders hatte das Unglück ihm zu mißfallen. Die Kaiserin war ihm zu nahe; es gibt ja nichts Unangenehmeres als Nachbarn! Er bildete sich also ein, daß die Kaiserin ihn angreifen wollte. Ich möchte nicht Bürgschaft leisten für ihren Willen, aber wohl für ihre Unmacht dazu, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn sie nicht

solches Tugend-Phrasenthum einer prinzlichen Feder entstamme, während der gute Abbé de St. Pierre sich der Erfüllung seines Traumes von einem ewigen Frieden der Völker um zehn Schritte näher gerückt glaubt, schreibt derselbe Verfasser des Anti-Machiavelli an seinen Minister Podewils die vorerwähnten Worte: S'il y a à gagner d'être honnête homme, nous le serons; et s'il faut dupper, soyons donc fourbes. Es möchte nicht unzweckmäßig seyn, wenn die Akademie der Wissenschaften in Berlin, die sich ja schon einmal mit der Untersuchung des Anti-Machiavelli eifrig beschäftigt hat, es zum Gegenstande einer Preisfrage machte: ob Friedrich II. sich im Anti-Machiavelli oder in jenem Briefe von Podewils richtiger charakterisirt habe. Wir unsererseits würden unsere Meinung dahin abgeben, daß dem Wesen nach, mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Adresse beider Schriftstücke, die Selbstcharakteristik Friedrichs II. in beiden ganz dieselbe sei.

Jedenfalls aber sind die Selbstcharakteristiken Friedrichs II., die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, kürzer und bündiger. Deßhalb beklagen wir mit dem Verfasser der „Geheimnisse des sächsischen Kabinets", daß den Herausgebern der Oeuvres de Frédéric die Publikation der von dem Könige Friedrich II. eigenhändig geschriebenen politischen Testamente nicht gestattet ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieselben sehr lehrreich seyn würden. Indessen bringt der Verfasser der „Geheimnisse" doch auch Dokumente genug, welche über das eigentliche Ziel des Eroberungskrieges von 1756 keinen Zweifel übrig lassen.

Beachten wir zuerst hier das ausführliche Schreiben des Königs Friedrich II. an den König August, vom 1. Sept. 1756. Er ergeht sich mit vielen Worten über böse Plane, welche die Kaiserin Maria Theresia gegen ihn hege. Er versichert, daß weder Habgier noch Ehrgeiz seine Schritte leiten, sondern lediglich die Nothwendigkeit seine Völker zu schützen und gefährlichen Planen zuvorzukommen. Er bleibt bei diesen allgemeinen Ausdrücken, und hütet sich sehr Spe-

zielles zu sagen. Er versichert den König August seiner besonderen Achtung. Der Schluß nämlich des Briefes lautet: „Ich werde für Sie und für Ihre Familie alle Aufmerksamkeit und Rücksicht haben, welche Ich für einen Fürsten haben muß den Ich schätze, und den Ich nur darin zu beklagen finde, daß er sich allzu sehr den Rathschlägen eines Mannes hingibt, dessen böse Absichten Mir zu bekannt sind und dessen schwarze Complotte Ich schwarz auf weiß belegen könnte (dont Je pourrois prouver les noirs complots papier sur table).“

Wir unterbrechen hier den Brief Friedrichs, um auf diese Stelle, an der er über Brühl spricht, besonders aufmerksam zu machen. Sie ist nämlich die einzige, in welcher der König Friedrich II. die Wahrheit spricht, wenn auch nur unfreiwillig und in anderem Sinne als Friedrich selbst es meint. Nach Friedrich II. selbst hatte der Graf Brühl die größte Schuld an dem Jammer, der über Sachsen und über ganz Deutschland kommen sollte.

Die nächstfolgenden Worte erinnern den Leser an jenen Brief an den Minister Podewils. Friedrich fährt nämlich fort: „Ich habe mein Leben lang auf Rechtschaffenheit und Ehre gehalten (J'ai fait toute ma vie une profession de probité et d'honneur), und bei diesem Charakter der Mir theurer ist als der Königstitel, den Ich nur durch den Zufall der Geburt besitze, versichere Ich E. M., wenn auch zuweilen, besonders beim Beginn der Schein gegen mich seyn wird, so werden Sie gleichwohl sehen daß, falls es unmöglich wäre zu einer Vereinbarung zu gelangen, Ihre Interessen Mir heilig seyn werden, und daß Sie in meinen Maßnahmen mehr Schonung für Ihre und Ihrer Familie Interessen finden werden, als Ihnen Personen insinuiren wollen, die zu weit unter Mir sind, um sie einer Erwähnung zu würdigen.“

Diese Worte und die Schritte der nächstfolgenden Tage ließen dem Könige-Kurfürsten von Polen-Sachsen keinen [illegible] was Friedrich II. mit ihm vorhabe. Er drückt dieß

von Kollin verfaßte, alles anders als wie er es erwartet hatte. Er überfiel Sachsen, weil es schutzlos war, weil keine Coalition existirte. Aber eben dieser sein Landfriedensbruch rief mit dem allgemeinen Unwillen gegen den heillosen Mann, der nur noch als ein gekrönter Räuberhauptmann erschien, die Coalition gegen ihn hervor.

Bei alledem muß man dem Könige Friedrich die Anerkennung zollen, daß sein Plan von 1756 sehr geschickt angelegt war. Minder geschickt war die Ausführung.

Wir heben auch hier wieder einen Brief des sächsischen Generals Vitzthum von 1762 hervor. „Die wahre Ursache des Krieges von 1756, sagt Vitzthum sechs Jahre später, ist keine andere, als die Ländergier und der persönliche Haß Friedrichs II. gegen das Haus Sachsen. Die Ländergier ist daraus entstanden, daß der König eine größere Armee unterhielt, als seine Einnahmen ihm gestatteten. Er mußte daher darauf denken, seine Staaten zu vergrößern. Sein Ehrgeiz wird nie befriedigt werden. Er wird immer seine Armee vermehren nach Maßgabe seiner Eroberungen. Der König von Preußen muß schnelle, aber kurze Kriege führen; die Verfassung seines Landes ist der Art, daß die Mittel zu längeren Kriegen: Geld und namentlich Rekruten, nicht aufzubringen sind. Er hat daher einen sehr großen Fehler begangen, sich durch Sachsen bei Struppen aufhalten zu lassen. Er hat aber einen noch größeren sich zu Schulden kommen lassen durch die Härte, mit welcher er Sachsen behandelt; denn diese hat ganz Europa wider ihn empört und die maßlosen Plane seiner Herrschsucht vollkommen bloß gelegt."

Der General Vitzthum spricht dann abermals seine Ansicht aus, daß Friedrich II. bei sehr raschem Vordringen auch das geringe kaiserliche Heer überwältigt haben würde. „Denn bei allen großen Eigenschaften der Kaiserin Maria Theresia, sagt er, ist sie doch nicht frei von der Eitelkeit und der Sorglosigkeit, welche das Haus Oesterreich nie verlassen." Sie habe um die Rüstungen des Preußenkönigs gewußt,

sagt er; aber sie habe nichts gethan, sich in Vertheidigungsstand zu setzen. Dann aber wirft er, im Jahre 1762, die Frage auf, wie es möglich sei, daß der König Friedrich II. so lange sich gegen so viele Feinde behaupten könne. „Es ist, sagt er, nicht die Geschicklichkeit des Königs von Preußen: es sind die Zwistigkeiten der österreichischen Heerführer, des österreichischen Hauptquartiers mit dem Ministerium, welche diesen Fürsten gehalten haben."

Man wird auf diese Worte Gewicht zu legen haben, weil sie das Urtheil eines unbetheiligten, aber competenten Augenzeugen enthalten.

Die eigentliche Rettung aus dem Wirrsal, in welches der König Friedrich II. sich und seine Zeitgenossen mit ihm gestürzt, kam ihm durch den Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland im Januar 1762. Es begann damit die Epoche der preußischen Anlehnung an Rußland, die mutatis mutandis fortdauert bis auf den heutigen Tag. Die Zeit der Vasallenschaft für Frankreich von 1740 an hatte ihm Schlesien eingebracht. Die Zeit der englischen Vasallenschaft von 1756 bis 1762 diente dazu, ihn während des Krieges zu halten. Die Zeit der russischen Vasallenschaft war ebenso wie sie reicher war an Verzichten auf Ehre und Selbstständigkeit, auch ergiebiger an Erwerbungen, namentlich in Polen und später in Sachsen.

Preis seinem Herrn zu gefallen sucht, et qui est l'âme damnée du Roi, seinem Herrn das Ziel und das Gelingen dieses Krieges als leicht und kurz hat erscheinen lassen. Er hat hervorgehoben die Unordnung der sächsischen Finanzen, dann die Schwäche des in Sachsen selbst auf 16,500 Mann reducirten Heeres, ferner die Illusionen, die man sich an diesem Hofe zu machen pflege, ferner die geringe Stärke der österreichischen Armee in Böhmen und Mähren, ferner die Uneinigkeit des Ministeriums in Wien mit den Generalen, und die geringe Spannkraft dieser Regierung in den Angelegenheiten, bei denen es einer schnellen Entscheidung bedarf. Dieß alles hat er abgewogen, sage ich, gegen den thätigen, eifrigen, geschickten Geist seines Herrn, gegen die gute Beschaffenheit der preußischen Armee und ihre große Disciplin. Er hat ferner abgewogen den gefüllten preußischen Schatz mit der Zugabe der englischen Subsidien gegen die schlechten Finanzen der Kaiserin, die niemals hinreichende Mittel für außerordentliche Ausgaben hat, und deren Kriegsstand wie Civilstand nur von einem Tage zum anderen lebt. Zu dem allen kommt noch das undurchdringliche Geheimhalten der Plane von Seiten des Königs von Preußen, während er über alle Entwürfe des Wiener Hofes unterrichtet ist. Dieß wissen Sie besser als ich."

„Um die Thatsachen noch genauer darzulegen, muß ich Ihnen sagen, daß der General Winterfeldt sich einige Zeit in Dresden aufgehalten hat. Dort hat er mit einigen sächsischen Offizieren Bekanntschaft gemacht, hat den Hof besucht, und ist dann, unter dem Vorwande einer Kur, nach Carlsbad gegangen. In dem Glauben daß er über das was ihn interessirte, hinreichend unterrichtet sei, hat er seinem Herrn berichtet, daß er sich unter den sächsischen Offizieren eine Partei gebildet habe, daß diese ebenso wie die Armee selbst nichts sehnlicher wünschten als sich mit der preußischen Armee zu vereinigen, um gegen die Oesterreicher zu kämpfen. Vorausgesetzt also daß der König von Polen und sein Ministerium nicht von Oesterreich lassen wollten, würde der König (nämlich Friedrich II.) durch die Anwendung sanfter Gewaltmittel die sächsischen Offiziere und Soldaten zwingen können, in seine Dienste zu treten. Der Bericht Winter-

der Legislatur, Justiz und Executive, die letztere regierte das Land eigenmächtig wie ein Sultan. Die Ausdrücke: Republik, verantwortliche Regierung, Landesvertretung und Gesetze waren überhaupt schon in Peru leere Worte geworden, in Wirklichkeit existirte nur die absolute Gewalt des Präsidenten. General Echenique verlangte und erhielt später vom Congresse: 1) Außerordentliche Gewalten, wie sie nur absolute Regierungen besitzen; 2) Beschränkung der Freiheit der Presse in Bezug auf Regierungsangelegenheiten. So ward die in der Constitution garantirte Preßfreiheit eine bloße Illusion und dem Publikum verblieb nur die Freiheit sich gegenseitig in den Zeitungen zu verläumden und zu beschimpfen, wodurch die peruanische Presse so berüchtigt geworden ist. 3) Der Congreß gab sich natürlich keine Mühe mehr das Budget zu untersuchen, wie es die Constitution vorschrieb. 4) Volkswahlen und Constitution wurden zum bloßen Possenspiel.

Der Nachfolger Castilla's that übrigens für gemeinnützige Unternehmungen und den Fortschritt des Landes mehr als irgend einer seiner Vorgänger, wobei namentlich seinem braven Minister des Innern Dr. Tirado das größte Lob gebührt. Leider ließ sich Echenique zur Ausführung des von seinem Vorgänger gegebenen Consolidationsgesetzes (Entschädigung an Private für alle während des Unabhängigkeits-Krieges durch die Truppen verursachten Verluste) hinreißen. Unter den vielen Beraubungen welche das Land durch seine verschiedenen Regierungen erfahren hatte, war die Consolidation die schamloseste. Es ward ein vollkommenes Plünderungssystem eingeführt und obgleich der Präsident Echenique persönlich, wie es scheint, keinen Theil daran hatte, so ließ er es doch geschehen, um sich eine Partei zu schaffen und im Besitze der Gewalt zu behaupten, da er nicht mehr Lust hatte als bloßer Strohmann des mächtigen Castilla zu figuriren. Die einflußreichsten Personen des Landes bildeten nun eine Art Association und ließen durch Agenten die Ansprüche, welche Privatpersonen für durch den Unabhängigkeitskrieg erlittene

gründet. Ich halte dafür, daß wenn der König von Preußen sich nicht bei Pirna mit den Sachsen aufgehalten, sondern die Vorschläge angenommen hätte die man ihm bot: so würde er den Feldmarschall Broune gezwungen haben nach Oesterreich hin zurückzuweichen, so weit wie nur der König es gewollt hätte. Der König war im Besitze der Elbe. Er konnte auf derselben bis weit in Böhmen hinein Kriegsmunition und Lebensmittel fortschaffen. Er konnte Prag belagern, bombardiren und nehmen, über Tabor hinausmarschiren, von ganz Böhmen und Mähren Contributionen erheben, und Streifcorps nach Oesterreich hinein entsenden. Denn ich wiederhole, weil ich dessen ganz sicher bin, daß zu der Zeit als der König von Preußen in's Feld zog, der Feldmarschall Broune nur 22,000 M. zur Verfügung hatte."

„Der König von Preußen hätte dann seine Winterquartiere in Böhmen nehmen können, und die Kaiserin würde bis zum Eintritte des Frühlings in sehr harte Bedingungen eingewilligt haben. Denn sie war einer Hülfe von Frankreich und Rußland her nicht gewiß. Es sind dieß zwei Mächte, die man nur schwer dahin bringen kann, sich zum Kriege zu entschließen."

„Der König von Preußen hat den Zeblitz'schen Garten, in welchem Sie so gern spazieren gingen, verwüsten lassen."

„Doch das sei für dießmal genug. Ich weiß nicht, ob meine Ansicht die richtige ist. Aber ich spreche voll Ueberzeugung sie aus, und wie Sie wissen, mit einiger Kenntniß der Sachlage."

Es folgt dann der zweite Brief, geschrieben von demselben General Vitzthum, zu Dresden, im December 1756.

„Sie wollen also, mein Herr, den König von Preußen niemals kennen lernen. Ich gestehe ihm ebenso viele Fähigkeit, Thätigkeit und geistige Begabung zu wie Sie. Aber ich weiß auch, daß er den vermeintlichen Ruhm (den er sich nach seiner Weise zurecht macht) bis zum Excesse treibt, ferner daß er niemals mit seiner Macht zufrieden seyn wird; ferner daß seine Eifersucht ihn immer zu Uebergriffen gegen seine Nachbaren treiben wird; ferner daß er in Deutschland herrschen, dort das Gesetz vorschreiben will; ferner daß er, so ausgedehnt auch seine Staaten seyn mögen, immer nur mit Verdruß an-

sehen wird daß er noch Nachbaren hat. Er gleicht dem Krebs, der immer weiter frißt, und er wird wahrscheinlich das Schicksal aller Fürsten und Privatleute von ähnlichem Charakter erfahren. Die alte wie die neue Geschichte bieten uns Beispiele dar. Seine vorgebliche Philosophie, die Liebe, die er für die Wissenschaften und das Behagen an denselben erheuchelt, machen auf mich keinen Eindruck. In seinen Reden wie in seinen Schriften tritt mir immer viele Rohheit (beaucoup de férocité) entgegen, und wenn durch eine aufgeregte Einbildungskraft darin etliche gehobene Züge vorkommen, so finde ich darin oft Gemeines, was nach seiner schlechten Erziehung schmeckt. Die Irreligiosität, welche er zur Schau trägt (l'irréligion qu'il affiche), ist weder klug noch anständig, und sie thut ihm mehr Schaden als er glaubt, weil er in der Rolle eines Beschützers des Protestantismus auftritt (puisqu' il joue le rôle de protecteur des protestants)."

„Ich werde Ihnen den Plan darlegen, den er sich vor dem Einbruche in Sachsen ausgedacht hatte. Derselbe wird Ihnen beweisen, daß das Porträt, welches ich soeben von dem Könige Friedrich II. gezeichnet habe, der Aehnlichkeit entspricht."

„Der König von Preußen hatte seine Staaten um Schlesien vermehrt, eine herrliche Erwerbung. Ich will hier nicht untersuchen, ob er es mit Recht besitzt. Thatsache ist, daß er es hat. Diese Vergrößerung setzte ihn in den Stand sein Heer zu vermehren (denn er hatte vor der Erwerbung dieser Provinz dasselbe über seine Mittel hinaus erhöht); aber er vermehrte es in dem Maße, daß die Armee ihm von neuem zur Last wurde; denn seine Mittel reichten nicht aus es zu bezahlen, und seine Unterthanen nicht, es zu rekrutiren."

„Er hatte seit 11 Jahren Frieden, und das langweilte ihn. Er hatte seit einiger Zeit mit allen seinen Nachbaren anzubinden gesucht, und der Kurfürst von Sachsen besonders hatte das Unglück ihm zu mißfallen. Die Kaiserin war ihm zu nahe; es gibt ja nichts Unangenehmeres als Nachbarn! Er bildete sich also ein, daß die Kaiserin ihn angreifen wollte. Ich möchte nicht Bürgschaft leisten für ihren Willen, aber wohl für ihre Unmacht dazu, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn sie nicht

viele Mühe haben wird ihm zu widerstehen; denn ihre Verbündeten werden sich sehr schwer zur Hülfe für sie entschließen, es wäre denn daß sie auf die Macht des Königs von Preußen eifersüchtig wären."

„Ich habe oben die wahren Gründe angegeben. Die Schwierigkeit für den König von Preußen, seinen Heeresstand zu erhalten, legte ihm das Streben nach Eroberungen auf. Er machte von diesen Eroberungen den nämlichen Gebrauch. Demnach hätte er immer wieder aufs neue zu beginnen. Sein Plan also ist folgender."

„Er will sich Mährens und der beiden Lausitz bemächtigen. Das ist für den Anfang (pour début); aber Sie wissen, l'appétit vient en mangeant. Die kurfürstliche Familie soll Böhmen haben, und die Ernestinische Linie von Sachsen soll wieder in den Besitz aller Länder gesetzt werden, welche dem Kurfürsten gehören, mit der Kurstimme. Das Haus Gotha, welches immer mit dem Könige von Preußen in Verbindung gestanden hat, schmeichelte sich mit der Hoffnung, zum Nachtheile des Hauses Sachsen-Weimar, dahin zu gelangen."

„Ich möchte nicht gut dafür sagen, daß dem Könige von Preußen nicht ein oder das andere dieser Projekte gelingt. Denn ich habe, unter uns gesagt, von den Dispositionen des Wiener Hofes eine sehr geringe Meinung. Wenigstens sehe ich einen längeren Krieg voraus als die meisten Leute glauben, einen Krieg der Sachsen zu Grunde richten wird (qui abîmera la Saxe)."

„Urtheilen Sie jetzt, mein Herr, ob meine Porträts nach dem Leben gezeichnet sind, und ziehen Sie aus diesen Thatsachen die nöthigen Folgerungen."

Es ist mit Nachdruck zu wiederholen, daß diese Briefe nicht eines damaligen Universitäts-Professors, sondern eines, wie man sieht, der Dinge kundigen Staatsmannes und Militärs geschrieben sind im December 1756. Vor solchen Briefen fällt jeder Gedanke eines Defensivkrieges von Friedrich II. gegen eine ihn umringende Coalition zu Boden.

Allein es handelt sich hier um etwas anderes, nämlich um das eigentliche Objekt des Eroberungskrieges, welchen Friedrich II. im Jahre 1756 begann. Klopp*) hat in dieser Beziehung als höchst wichtig die Worte hervorgehoben, welche Friedrich II. in dem Exposé du gouvernement Prussien, des principes, sur lesquels il roule, avec quelques réflexions politiques**) eigenhändig niedergeschrieben hat. Der Verfasser der „Geheimnisse" legt nicht minder auf diese Schrift des Königs den größten Nachdruck (S. 46). Die ganz besonders hieher gehörenden Worte des Königs Friedrich II. lauten wie folgt: „Wenn es sich darum handelt, passende Erwerbungen zu machen: so sind die sächsischen Staaten die geeignetsten, zumal da sie durch das Gebirge zwischen Sachsen und Böhmen eine Scheidewand gegen Oesterreich haben. Das sicherste Mittel dazu scheint: Böhmen und Mähren zu erobern und dann diese Länder auszutauschen gegen Sachsen. Es wäre auch möglich, daß man dieß Land eintauschte gegen die Besitzungen am Rheine, indem man Jülich und Berg hinzufügt, oder wie auch sonst es geschehe. Diese Eroberung ist unerläßlich nothwendig, damit unser Staat die Consistenz erhalte, deren er bedarf."

Man vergleiche diese Worte des Königs selbst von 1776 mit den vorangeführten, welche der General Vitzthum im December 1756 niederschrieb. Die Meinung Vitzthums, daß Friedrich II. etwas erobern wolle, um es dem Ernestinischen Hause Sachsen-Gotha zu schenken, ist vielleicht in diesem Hause selbst damals genährt worden. Daß eine solche Freigebigkeit nicht dem Sinne Friedrichs II. entsprochen hätte, der nur auf Nehmen, nicht auf Geben eingeübt war, bedarf nicht des Beweises.

Allein es kam, wie Friedrich II. selber in seiner Apologie de ma conduite politique sagt, die er nach der Schlacht

*) Der König Friedrich und die deutsche Nation S. 233.
**) Oeuvres IX. p. 181.

von Kollin verfaßte, alles anders als wie er es erwartet hatte. Er überfiel Sachsen, weil es schutzlos war, weil keine Coalition existirte. Aber eben dieser sein Landfriedensbruch rief mit dem allgemeinen Unwillen gegen den heillosen Mann, der nur noch als ein gekrönter Räuberhauptmann erschien, die Coalition gegen ihn hervor.

Bei alledem muß man dem Könige Friedrich die Anerkennung zollen, daß sein Plan von 1756 sehr geschickt angelegt war. Minder geschickt war die Ausführung.

Wir heben auch hier wieder einen Brief des sächsischen Generals Vitzthum von 1762 hervor. „Die wahre Ursache des Krieges von 1756, sagt Vitzthum sechs Jahre später, ist keine andere, als die Ländergier und der persönliche Haß Friedrichs II. gegen das Haus Sachsen. Die Ländergier ist daraus entstanden, daß der König eine größere Armee unterhielt, als seine Einnahmen ihm gestatteten. Er mußte daher darauf denken, seine Staaten zu vergrößern. Sein Ehrgeiz wird nie befriedigt werden. Er wird immer seine Armee vermehren nach Maßgabe seiner Eroberungen. Der König von Preußen muß schnelle, aber kurze Kriege führen; die Verfassung seines Landes ist der Art, daß die Mittel zu längeren Kriegen: Geld und namentlich Rekruten, nicht aufzubringen sind. Er hat daher einen sehr großen Fehler begangen, sich durch Sachsen bei Struppen aufhalten zu lassen. Er hat aber einen noch größeren sich zu Schulden kommen lassen durch die Härte, mit welcher er Sachsen behandelt; denn diese hat ganz Europa wider ihn empört und die maßlosen Plane seiner Herrschsucht vollkommen bloß gelegt."

Der General Vitzthum spricht dann abermals seine Ansicht aus, daß Friedrich II. bei sehr raschem Vordringen auch das geringe kaiserliche Heer überwältigt haben würde. „Denn bei allen großen Eigenschaften der Kaiserin Maria Theresia, sagt er, ist sie doch nicht frei von der Eitelkeit und der Sorglosigkeit, welche das Haus Oesterreich nie verlassen." Sie habe um die Rüstungen des Preußenkönigs gewußt,

sagt er; aber sie habe nichts gethan, sich in Vertheidigungsstand zu setzen. Dann aber wirft er, im Jahre 1762, die Frage auf, wie es möglich sei, daß der König Friedrich II. so lange sich gegen so viele Feinde behaupten könne. „Es ist, sagt er, nicht die Geschicklichkeit des Königs von Preußen: es sind die Zwistigkeiten der österreichischen Heerführer, des österreichischen Hauptquartiers mit dem Ministerium, welche diesen Fürsten gehalten haben."

Man wird auf diese Worte Gewicht zu legen haben, weil sie das Urtheil eines unbetheiligten, aber competenten Augenzeugen enthalten.

Die eigentliche Rettung aus dem Wirrsal, in welches der König Friedrich II. sich und seine Zeitgenossen mit ihm gestürzt, kam ihm durch den Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland im Januar 1762. Es begann damit die Epoche der preußischen Anlehnung an Rußland, die mutatis mutandis fortdauert bis auf den heutigen Tag. Die Zeit der Vasallenschaft für Frankreich von 1740 an hatte ihm Schlesien eingebracht. Die Zeit der englischen Vasallenschaft von 1756 bis 1762 diente dazu, ihn während des Krieges zu halten. Die Zeit der russischen Vasallenschaft war ebenso wie sie reicher war an Verzichten auf Ehre und Selbstständigkeit, auch ergiebiger an Erwerbungen, namentlich in Polen und später in Sachsen.

XLIII.

Die spanisch-amerikanischen Republiken mit besonderer Hinweisung auf Peru.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1851 war die sechsjährige constitutionelle Periode Castilla's zu Ende und er ließ nun einen seiner Minister, den General Echenique dessen Gehorsams er ganz sicher zu seyn glaubte, zu seinem Nachfolger erwählen. Er hatte ihm die Bedingung gestellt den Congreß zu veranlassen, ihn von der „Residencia“ (Untersuchung über seine Verwaltung) zu befreien und ihm den Oberbefehl über Armee und Marine zu lassen. Vergebens drang der oberste Gerichtshof auf die Residencia des Generals Castilla; ein käuflicher Congreß zusammengesetzt aus bloßen Maschinen, deren sich alle Militärherrscher Peru's seit Bolivar nach ihrer Laune bedient hatten, sprach den General Castilla von der Verpflichtung frei sich der Untersuchung zu unterwerfen, obgleich dadurch die Constitution auf schamlose Weise verletzt ward. Der Congreß hatte kein Recht irgend einen Artikel der Constitution aufzuheben, und hierdurch beugte er sich ganz unter den eigenmächtigen Willen der Executive. Natürlich existirte so keine Unabhängigkeit mehr für die drei Staatsgewalten

der Legislatur, Justiz und Executive, die letztere regierte das Land eigenmächtig wie ein Sultan. Die Ausdrücke: Republik, verantwortliche Regierung, Landesvertretung und Gesetze waren überhaupt schon in Peru leere Worte geworden, in Wirklichkeit existirte nur die absolute Gewalt des Präsidenten. General Echenique verlangte und erhielt später vom Congresse: 1) Außerordentliche Gewalten, wie sie nur absolute Regierungen besitzen; 2) Beschränkung der Freiheit der Presse in Bezug auf Regierungsangelegenheiten. So ward die in der Constitution garantirte Preßfreiheit eine bloße Illusion und dem Publikum verblieb nur die Freiheit sich gegenseitig in den Zeitungen zu verläumden und zu beschimpfen, wodurch die peruanische Presse so berüchtigt geworden ist. 3) Der Congreß gab sich natürlich keine Mühe mehr das Budget zu untersuchen, wie es die Constitution vorschrieb. 4) Volkswahlen und Constitution wurden zum bloßen Possenspiel.

Der Nachfolger Castilla's that übrigens für gemeinnützige Unternehmungen und den Fortschritt des Landes mehr als irgend einer seiner Vorgänger, wobei namentlich seinem braven Minister des Innern Dr. Tirado das größte Lob gebührt. Leider ließ sich Echenique zur Ausführung des von seinem Vorgänger gegebenen Consolidationsgesetzes (Entschädigung an Private für alle während des Unabhängigkeits-Krieges durch die Truppen verursachten Verluste) hinreißen. Unter den vielen Beraubungen welche das Land durch seine verschiedenen Regierungen erfahren hatte, war die Consolidation die schamloseste. Es ward ein vollkommenes Plünderungssystem eingeführt und obgleich der Präsident Echenique persönlich, wie es scheint, keinen Theil daran hatte, so ließ er es doch geschehen, um sich eine Partei zu schaffen und im Besitze der Gewalt zu behaupten, da er nicht mehr Lust hatte als bloßer Strohmann des mächtigen Castilla zu figuriren. Die einflußreichsten Personen des Landes bildeten nun eine Art Association und ließen durch Agenten die Ansprüche, welche Privatpersonen für durch den Unabhängigkeitskrieg erlittene

Verluste zu machen hatten, für Kleinigkeiten aufkaufen. Vor dieser Zeit hatte Niemand gehofft, daß diese Forderungen je würden bezahlt werden, und deßhalb waren die Eigenthümer froh irgend einen, wenn auch noch so kleinen Preis dafür zu erhalten.

Um zu zeigen, wie dieß saubere Geschäft geführt ward, wollen wir hier ein paar Beispiele anführen. Ein gewisser Concha (der sich in ein paar Jahren mehr als eine Million Dollars durch diese Geschäfte erwarb) bot einem Herrn Vega an, ihm für den Schaden welchen die Revolutionstruppen unter San Martin im Jahre 1821 auf seiner Plantage angerichtet hatten, die betreffende Entschädigung zu bewirken. Vega hatte sich schriftlich zu verpflichten, dem Concha die Hälfte der von der Regierung zu bezahlenden Entschädigung zu überlassen. Vega, ein armer Mann, zeichnete mit Vergnügen das Dokument, welches Concha dem General Torico, Kriegsminister und Chef der Raubbande, überbrachte. (Torico, der Held der berühmten Schlacht von Agua Santa wo beide Heere ausrissen, war früher Präsident gewesen.) Torico sagte, das Geschäft ließe sich machen, wenn er für seinen Theil die Hälfte des ganzen Betrages erhielte, Concha möge dann den Rest mit Vega theilen. Der Minister bewog dann den Staatsanwalt, einen günstigen Bericht über Vega's Forderung zu erstatten und zugleich ward die Reklamation so geändert, daß sie den neunfachen Betrag repräsentirte. Durch diese Manipulationen vergrößerte sich die Forderung auf 184,000 Dollars, die keine 20,000 werth war. Die Raubcompagnie steckte fast das Ganze in ihre Taschen, denn der arme Vega erhielt davon nur 2300 Dollars.

Viele andere Forderungen wurden auf ähnliche Weise negociirt, und die Agenten und Mitglieder der Raubcompagnie erwarben in kurzer Zeit große Vermögen. Auf folgende Weise pflegten sie die Dokumente zu ändern*):

Ursprüngliche Forderung, durch Zeugen beschworen vor dem Friedensrichter des Distriktes wo der Schaden verübt worden war:

*) Pruvonena.

20	Stück Rindvieh	zu	10 Dollars	200	Dollars
10	Maulthiere	„	50 „	500	„
5	Pferde	„	20 „	100	„
100	Schafe	„	2 „	200	„
50	Mark Rohsilber	„	8 „	400	„
50	„ gearb. Silber	„	7 „	350	„
50	Säcke Reis	„	5 „	250	„
2	Felder Zuckerrohr verbrannt	„	200 „	400	„
10	Felder Korn zerstört	„	50 „	500	„
100	Ellen Tuch	„	1 „	100	„
5	Sklaven weggeschleppt	„	400 „	2000	„
1	Haus verbrannt			1000	„
	Verschiedenerlei Schäden			5000	„
				11,000	Dollars.

Dieselbe Forderung ward dann der Regierung in folgender Form präsentirt:

200	Stück Rindvieh	zu	20 Dollars	4000	Dollars
100	Maulthiere	„	50 „	5000	„
50	Pferde	„	200 „	10,000	„
1000	Schafe	„	2 „	2000	„
500	Mark Rohsilber	„	8 „	4000	„
500	„ gearb. Silber	„	7 „	3500	„
500	Säcke Reis	„	5 „	2500	„
20	Felder Zuckerrohr verbrannt	„	200 „	4000	„
100	Felder Korn zerstört	„	50 „	5000	„
1000	Ellen Tuch	„	1 „	1000	„
50	Sklaven weggeschleppt	„	400 „	20,000	„
1	Haus verbrannt			10,000	„
	Verschiedenerlei Schäden			5000	„
				76,000	Dollars.

Darauf ward durch erkaufte Taxatoren an Ort und Stelle der Schaden abgeschätzt welche alles für richtig angaben, dann

passirte die Reklamation zur Rechnungskammer und Staats-Anwalt welche beide dieselbe als legal erklärten, und zuletzt ward sie zur Endbestätigung der Regierung unter nochmals veränderter Form präsentirt.

2000	Stück Rindvieh	zu	20 Dollars	40,000	Dollars
1000	Maulthiere	„	50 „	50,000	„
50	Pferde	„	200 „	10,000	„
10,000	Schafe	„	2 „	20,000	„
5000	Mark Rohsilber	„	8 „	40,000	„
5000	„ gearb. Silber	„	7 „	35,000	„
5000	Säcke Reis	„	5 „	25,000	„
20	Felder Zuckerrohr verbrannt	„	2000 „	40,000	„
100	Kornfelder zerstört	„	500 „	50,000	„
10,000	Ellen Tuch	„	1 „	10,000	„
500	Sklaven weggeschleppt	„	400 „	200,000	„
1	Haus verbrannt			10,000	„
Verschiedenerlei Schäden				50,000	„
				580,000	Dollars.

Diese drei verschiedenen Berechnungen wurden alle beschworen. Die Regierung erließ zuletzt das folgende Dekret: „In Betracht, daß in dieser Forderung die verschiedenen Zahlen nicht als genügend motivirt erscheinen, so werden im Einverständnisse mit der Rechnungskammer und dem Staats-Anwalte 200,000 Dollars von dem Gesammtbetrage abgezogen und zu Gunsten des Reklamanten die Summe von 380,000 Dollars anerkannt" u. s. w.

Diese Consolidation war erst in ihrem Beginne, obschon sie bereits über 14 Millionen Dollars betrug, und würde ganz colossale Dimensionen angenommen haben, wenn ihr nicht die Revolution von 1854 ein Ende gemacht hätte. Das Volk konnte den Skandal nicht länger mehr ruhig ansehen und jetzt brach zum erstenmale eine wirklich populäre Revolution aus, wobei aber wie immer das Volk von den

Demagogen betrogen ward, welche die Bewegung für ihre eigenen elenden Zwecke ausbeuteten. Zuerst ward die Revolution proklamirt von Don Domingo Elias, einem reichen Spekulanten, dem die Regierung am Consolidationsraub nicht einen so großen Theil gelassen hatte, als er prätendirt hatte. Bald darauf bemächtigte sich General Castilla der Bewegung, da er im Präsidenten Echenique nicht dasselbe zahme Werkzeug fand, wie er gedacht hatte. Echenique hatte im Gegentheile versucht sich gänzlich unabhängig von Castilla zu machen, was gegen das zwischen ihm und Castilla vor der Wahl getroffene Abkommen war.

Echenique hatte ein zahlreiches, schön uniformirtes Heer das aber mehr für Paraden als zum Kriegsdienste taugte. Die Offiziere waren großentheils verweichlichte Söhne der Hauptstadt und den Strapazen eines Feldzuges im Inneren nicht gewachsen. Echenique selbst war kein guter General, seinem Heere fehlten tüchtige Befehlshaber und der einzige erfahrene Führer, der sich allenfalls mit Castilla hätte messen können, General Deustua, fiel im Anfange der Entscheidungs-Schlacht von Palma, in der Nähe von Lima und mit ihm ging die Schlacht verloren. Am 5. Januar 1855 ward sie geschlagen; das in jeder Beziehung wohl ausgerüstete Heer Echenique's hielt nur kurze Zeit gegen die abgerissenen, ausgehungerten Truppen Castilla's Stand und löste sich bald in wilder Flucht auf. Schreckliche Grausamkeiten wurden in diesem Kampfe verübt und viele verwundete Besiegte auf dem Schlachtfelde ohne Hülfe gelassen, um in der fürchterlichen Hitze zu verschmachten. Echenique hielt sich eine Zeit lang in Lima verborgen und entkam dann nach Chile.

General Castilla, welcher die Revolution im Namen der „Moralität" geführt hatte, trat bald nach Beendigung des Krieges als unumschränkter Diktator auf, bezog sich nur auf seine eigene Autorität die ihm das Volk verliehen habe, und erklärte sich für eine von jeder anderen unabhängige Macht. Anstatt sein versöhnliches Benehmen von 1845 zu wieder-

holen und eine allgemeine Amnestie zu erlassen, proscribirte er ganz nach seiner Laune und theilte die Nation in Besiegte und Sieger anstatt in Diebe und ehrliche Leute, wobei erstere es wohl verstanden sich ihm bald wieder anzuschmiegen, so daß bald die Raubbande der Consolidation beständig in Castilla's Gesellschaft zu sehen war und neue Spekulationen ersann.

Da an der letzten Revolution hauptsächlich die ultrademokratische Partei Theil genommen hatte und in den verschiedenen Proklamationen dem Volke eine neue Constitution und alle möglichen Freiheiten versprochen worden waren, so ward zur Entwerfung einer neuen Constitution ein Convent zusammenberufen der ganz aus Theilnehmern der Revolution, ämtersüchtigen Demagogen und unwissenden, exaltirten Jungen zusammengesetzt war. Natürlich fiel die Constitution im Sinne der maßlosesten Demokratie aus. Die Sklaverei ward plötzlich ohne irgend welche Vorbereitungen aufgehoben. Die Eigenthümer sollten allerdings entschädigt werden, doch wurden nur die welche der herrschenden Partei genehm waren, vollständig ausbezahlt. Die meisten Neger liefen nun vom Lande nach der Stadt, wo sie den zügellosesten und verdorbensten Pöbel jetzt bilden, und viele unter ihnen ergriffen das Räuberhandwerk. Bald stellten sich Epidemien unter den Negern ein, da sie nur ein paar Tage in der Woche arbeiteten und den Rest in Trunkenheit und Ausschweifungen verbrachten, und so kam es, daß binnen zehn Jahren die Negerbevölkerung sich um 50 Procent verringert hat.

Eine gerechte Maßregel traf übrigens der Convent, nämlich die Aufhebung der Kopftaxe der Indianer. Diese Taxe bestand schon zur Zeit der Spanier und war auferlegt worden, um dadurch die Indianer zur Arbeit zu nöthigen. Derselbe Grund hätte auch für die anderen Racen, die faulen freien Neger und lüderlichen Mischlinge gepaßt, jedenfalls mehr als für die Indianer, den am wenigsten trägen Theil der Bevölkerung. Die Taxe betrug sieben Dollars pro Kopf

und da der arme Indianer selten so viel Geld aufbringen konnte, so war er genöthigt für Andere, die es vorschossen, zu arbeiten und ward dadurch von den Landbesitzern immer in Schulden und Sklaverei gehalten. Leider hat die Abschaffung der Steuer den unglücklichen Indianern wenig genutzt, denn die Besitzer des Inneren verstanden es, sie auch auf andere Weise in Schulden zu erhalten, und da der schutzlose Indianer nirgends Recht findet, so ist er heute noch in den meisten Theilen von Peru ein so vollständiger Sklave wie zur Zeit der Spanier.

Ferner hob der Convent die Todesstrafe auf, in einem Lande wo nur durch Strenge und Furcht Ordnung zu erhalten ist, wo die Gefängnisse bei jeder Revolution geleert werden, wo die Massen unwissend und roh, die höheren Classen meist ohne Moral und der farbige Küstenpöbel den schrecklichsten Lastern ergeben ist. Die Folge war eine Vermehrung der gröbsten Verbrechen, wie sie noch nie zuvor dagewesen. Dann sollte die ganze neue Landeseinrichtung im föderalen Sinne geschehen; das allgemeine Stimmrecht ward eingeführt; das Zweikammersystem beibehalten, aber die Mitglieder des Senates wurden durch das Loos aus den Deputirten der zweiten Kammer erwählt (!); jedes Departement sollte seine eigene Legislatur erhalten und seine innere Verwaltung ganz unabhängig ausüben. Bei dem Mangel aller Civilisation und bei der crassen Unwissenheit der Bevölkerung im Inneren würde die Folge dieser Einrichtung nur die Entstehung einer Masse von feudalen Gebieten gewesen seyn; denn die großen Grundbesitzer welche über eine Menge ihnen unbedingt gehorchender Indianer, die von Constitution, Gesetzen, Rechten u. s. w. auch nicht die leiseste Idee besitzen, verfügen und jetzt noch ein wenig von der Centralregierung im Zaume gehalten werden, würden dann gar kein Hinderniß gehabt haben eine ganz uneingeschränkte Herrschaft auszuüben.

Der Convent wollte auch Religionsfreiheit einführen, ließ sich aber von den Frauen Lima's, eifrigen Gegnerinen

der Maßregel, so einschüchtern, daß er es nicht wagte dieselbe zu proklamiren. Bei den Verhandlungen über das betreffende Gesetz waren alle Gallerien des Congreß-Saales dicht mit Frauen besetzt welche die Redner für die Religionsfreiheit auszischten und mit Lucerne (dem Futter der Esel in Lima), ihre Gegner aber mit Blumen überschütteten. Erstere wurden bei dem Herausgehen aus dem Saale mit Steinwürfen verfolgt und mußten sich in die benachbarten Häuser flüchten.

General Castilla ließ die Leute im Convente ruhig gewähren. „Diese Jungen mögen schwätzen, bis sie müde sind", äußerte er und als die neue Constitution fertig war, erklärte er einfach: mit dieser Constitution kann und will ich nicht regieren, und betrachtete sie als gar nicht vorhanden. Zuletzt, im Jahre 1857 ließ er den Convent durch Bajonette auseinander jagen. (Sein Minister Mar führte dieß aus, Castilla selbst war gerade mit der Unterdrückung der Revolution in Arequipa beschäftigt und nicht in Lima anwesend.) Im Jahre 1856 war eine bedeutende Revolution ausgebrochen, welche in Arequipa ihren Centralpunkt und den General Vivanco zum Leiter hatte. Die ganze Flotte ging zu den Aufständischen über und bald nahm die Revolution colossale Dimensionen an. Beide Parteien nahmen gar keine Rücksichten. Vivanco verkaufte auf den Chincha-Inseln deren sich seine Flotte bemächtigt hatte, den Guano zu Spottpreisen; Castilla, im Besitze der Hauptstadt, des Staatsschatzes und eines großen Credits bei den fremden Häusern, kaufte seine Feinde und gewann so bald wieder die Guano-Inseln; kurz in diesem Kriege ward mehr verschleudert, als zur Zeit der Consolidation. Zuletzt siegte Castilla, Dank seiner Kühnheit und durch seine enormen Bestechungen. Nur Arequipa hielt lange aus; trotzdem daß Castilla die Stadt mehrere Tage lang bombardirte, vertheidigten sich die Bewohner — großentheils Indianer — mit wahrem Heldenmuthe, und nur als ihr Führer, General Vivanco sie verlassen hatte, übergaben sie die Stadt.

Sieger und unumschränkter Herr des Landes, that nun Castilla wozu er Lust fühlte. Den Guano verschleuderte er ohne Maß und Ziel, kaufte jede ihm gefährliche Person, Andere verfolgte er aus reiner Caprice und kümmerte sich um keine Entscheidungen der Tribunale. Fabelhafte Summen gab er aus, theils für sein Heer, theils für Intriguen in den Nachbarstaaten und mußte doch von Ecuador, wohin er eine große Expedition ausgerüstet hatte, unverrichteter Dinge wieder heimkehren. Die Revolution der „Moralität“ hatte somit dem Lande eine Regierung gegeben, welche weit mehr kostete als die vertriebene des Generals Echenique trotz ihrer Consolidation und trotz ihrer Raubcompagnie. Mehrere Attentate wurden auf das Leben des Präsidenten, aber immer ohne Erfolg gemacht und Castilla, ein Mann von hohem persönlichen Muthe, ließ sich nie dadurch einschüchtern.

Im Jahre 1860 ließ Castilla einen neuen Congreß, ganz aus seinen Dienern zusammengesetzt, wählen. Obgleich dieser Congreß (er war nicht constituirender) kein Recht hatte, die Verfassung umzuändern, erließ er doch eine ganz neue und von den früheren ganz verschiedene Constitution, die allerdings viel vernünftiger und für das Land weit zweckmäßiger war. Auch die Todesstrafe ward wieder für Raubmord eingeführt. In praxi hatte sie eigentlich immer bestanden; so hörte ich selbst im Jahre 1857 (als die Todesstrafe gesetzlich noch abgeschafft war) einen Subpräfekten zu seinen Gensdarmen, die er zur Verfolgung von Räubern ausschickte, sagen: „Nehmt euch wohl in Acht mir keinen Räuber lebend herzubringen.“ Allein auch jetzt, obgleich eine Constitution in seinem Sinne bestand, kümmerte sich Castilla wenig um dieselbe; convenirte es ihm, so befolgte er sie und berief sich darauf, wenn nicht, so war sie für ihn nur ein Fetzen Papier — sein einziges Gesetz war seine Laune.

Von 1855 bis 63 hatte Castilla wieder ununterbrochen regiert, die ersten Jahre als provisorischer (nach der neuen Constitution dauert die Präsidentschaft nur vier Jahre), die

letzten vier Jahre als constitutioneller Präsident, und das Land, welches während dieser Zeit verhältnißmäßig große Ruhe genossen hatte, hob sich bedeutend und begann wieder zu prosperiren. Um keine neuen Revolutionen hervorzurufen, trat Castilla bei der nächsten Präsidentenwahl nicht als Candidat auf, sondern ließ durch seinen Einfluß den General San Roman zum Präsidenten und die Generale Pezet und Canseco (letzterer Castilla's Schwager) zu Vicepräsidenten erwählen, mit denen er vor der Wahl ein ähnliches Abkommen getroffen hatte wie seiner Zeit mit Echenique, nämlich ihm unbedingt zu gehorchen und ihn vom Congresse zum Generalissimus des Heeres und der Marine ernennen zu lassen.

Der neue Präsident San Roman schien ihm aber nicht so unbedingt gehorchen zu wollen; seine Verwaltung ließ sich gut an und erweckte Hoffnungen, daß mehr Gesetzlichkeit im Lande herrschen würde als je zuvor. Leider starb er schon nach drei Monaten eines plötzlichen Todes, über welchen allgemein sonderbare Gerüchte cirkulirten. Da der erste Vice-Präsident Pezet sich gerade in Europa befand, so übernahm einstweilen der zweite Vicepräsident Canseco die Zügel der Regierung, bis nach drei Monaten Pezet selbst in Lima eintraf.

Bald nach der Ankunft Pezet's begannen die Schwierigkeiten mit Spanien, die sich später auch auf Chile ausdehnten und heute noch nicht geschlichtet sind, sondern im Gegentheile noch drohendere Formen angenommen haben. Spanien verlangte seit Jahren eine Entschädigung für seine Unterthanen, welche im Unabhängigkeitskriege auf so ungerechte Weise durch San Martin ihres Eigenthums beraubt worden waren. Peru hatte sich theils durch offene Weigerung, theils durch wenig ehrenhafte Ausflüchte der Erfüllung dieser Verpflichtung immer entzogen und Spanien daher die Unabhängigkeit Peru's nicht anerkannt. Spanien glaubte nun wegen des in den Vereinigten Staaten herrschenden Bürgerkrieges den günstigen

Zeitpunkt gekommen die Peruaner zur Zahlung zu zwingen. Vielleicht hatte es auch den geheimen Nebengedanken die Wiedererrichtung seiner alten Macht in jenen Gegenden vorzubereiten; wenigstens erhob sich bald in allen spanischen Republiken der Schrei, die spanische Regierung gehe mit solchen Planen um. Ein Vorwand zum Einschreiten war bald gefunden. Auf einer Pflanzung im Norden von Peru war es zwischen spanischen Colonisten und dem Eigenthümer der Plantage zu Zwistigkeiten gekommen. Der Pflanzer hatte die Spanier mit seinen Dienstleuten und dem farbigen Pöbel der Nachbarschaft zur Nachtzeit überfallen, auf beiden Seiten waren einige Individuen getödtet oder verwundet worden und die peruanische Regierung hatte wie immer fast gar nichts in der Sache gethan.

Unter dem Vorgeben einer wissenschaftlichen Expedition schickte nun Spanien zwei Dampffregatten und ein Kanonenboot unter Admiral Pinzon nach dem stillen Meere und später, als diese sich in Callao befanden, den Commissär Mazarredo nach Lima, angeblich um mit der peruanischen Regierung zu unterhandeln. Nach dem Auftreten dieses Mannes und des Admirals Pinzon schien es, als ob ihre ganze Absicht gewesen sei die Sache gleich zum Bruche zu bringen. Pinzon hatte überall, wo seine Schiffe einliefen, z. B. in Valparaiso, mit der größten Verachtung öffentlich von Peru gesprochen und Mazarredo's Auftreten bei der Regierung in Lima war gleich ein so grobes, daß unmöglich die Minister mit ihm unterhandeln konnten. Schon nach zwei Tagen zog sich Mazarredo an Bord des Admiralschiffes zurück und gleich darauf bemächtigte sich die spanische Flotille der Guano-Inseln (April 1864) unter dem Vorgeben, die Inseln hätten nie aufgehört der Krone Spanien zu gehören.

Auf diese Nachricht hin setzte sich das ganze Land in Feuer und Flammen. „Tod den Spaniern", schrie der Pöbel auf den Straßen, alle möglichen Ergebenheitsadressen und Anerbietungen wurden der Regierung dargebracht, Gut und

Blut schwor man auf dem Altare des Vaterlandes zu opfern, Volksversammlungen wurden gehalten, eine Nationalanleihe ausgeschrieben, woran das ganze Volk sich betheiligen sollte, patriotische und kriegerische Artikel regnete es in der Presse — kurz mehr Lärm konnte nicht geschlagen werden. Auch die Fremden nahmen an diesen Demonstrationen Theil; so bot unter anderen auch der deutsche Schützenverein zu Lima der Regierung seine Dienste an. Wie bald hatte sich dieser Heldenmuth abgekühlt und der ganze Schwindel gelegt! Alle Offiziere, Angestellten und Spekulanten die von der Regierung lebten — und ihre Zahl ist in Peru Legion, denn mit Ausnahme der Indianer und einiger Gutsbesitzer lebt fast ganz Peru von der Regierung — sagten sich, ohne die Guano-Inseln können keine Gehalte ausbezahlt werden, wir müssen dann verhungern, man darf es nicht bis zum Kriege kommen lassen. Und der ganze Feind bestand aus zwei Fregatten und einem Kanonenboote, tausende von Meilen von ihrem Vaterlande entfernt, ohne Hülfsmittel und Sympathien an den Ländern dieser Küste! Die peruanische Marine zählte zehn Kriegsschiffe, darunter zwei Dampffregatten, freilich alle in Folge des in allen Zweigen der Verwaltung herrschenden Raubsystems in mehr oder weniger untauglichem Zustande. Trotz des überall sichtbaren panischen Schreckens ward doch das Prahlen noch nicht aufgegeben, man mußte ja dem übrigen Amerika gegenüber den Schein retten. Ein Peruaner erbot sich einen Monitor zu erbauen und damit selbst die ganze spanische Flotte in Grund zu schießen. Mit größtem Enthusiasmus ward dieser Vorschlag aufgenommen, zumal er von einem eingebornen Patrioten kam, und ganz Peru und Chile warteten mit Jubel auf den Moment, wo der Monitor die Spanier züchtigen würde. Der Monitor, zu dem die gebrauchte Maschine einer alten Lokomotive genommen ward, ging, als er fertig war, kaum drei Seemeilen in der Stunde (at full speed) und sein Widder hätte daher wenig Eindruck auf die spanischen Schiffe gemacht, wenn er sie überhaupt

hätte erreichen können. Das Fahrzeug hatte 500,000 Dollars gekostet, wobei der Unternehmer eine hübsche Summe verdiente, und war ganz unbrauchbar! Die vielen Freiwilligen die sich im Anfange angeboten hatten, stellten sich schließlich als unnütze Vagabunden heraus die nur Offizierstellen haben wollten. Doch wurden sogenannte Freiwilligencorps gebildet — aus Indianern die mit Gewalt ausgehoben und an die Schweife von Maulthieren gebunden herein gebracht worden waren. Das große Volksanlehen, das doch mit acht Procent verzinst werden sollte, brachte ein paar hundert tausend Dollars ein — kurz das ganze Geschrei, der ganze Enthusiasmus und Patriotismus war in Wind zerstoben*)!

Unterdessen hatte die spanische Regierung das Benehmen von Pinzon und Mazarredo desavouirt und beide abberufen**). Die Guano-Inseln wurden zwar noch fernerhin occupirt, allein nur als Unterpfand und nicht als Eigenthum der spanischen Krone. Pezet hatte sein Ministerium aus der liberalen Partei entnommen, welches kriegerische Phrasen im Munde führte und insgeheim mit den Spaniern unterhandelte. Andere derselben Partei, die gerne an die Stelle der Minister treten wollten, wiegelten das Volk gegen sie auf und nannten sie feile Landesverräther. Binnen sechs Monaten wechselte Pezet zweimal sein liberales Ministerium, das aber immer dieselbe Taktik befolgte. Zuletzt nahm er ein conservatives, das wenigstens keine Heuchelei trieb, und offen seine Absicht kundgab mit den Spaniern Frieden zu schließen.

*) Ich spreche hier als Augenzeuge.

**) Mazarredo entkam auf seiner Rückreise in Panama mit Noth dem farbigen Pöbel, der aufgestiftet war ihn zu ermorden, und sagte, daß auch auf seinem Dampfschiffe sich zwei gedungene Mörder befunden hätten. Mir selbst ist bekannt, daß zwei übelberüchtigte, geld- und creditlose Abenteurer, die in Panama nicht das Geringste zu thun hatten, auf demselben Dampfschiffe, reichlich mit Geld versehen, dahin abreisten und bald von Panama nach Callao zurückkehrten. Jedenfalls ist die Sache verdächtig.

Im Februar 1865 ward zwischen dem General Vivanco, als peruanischem Bevollmächtigten, und dem spanischen Admiral Pareja der Friede vereinbart und bald darauf von beiden Regierungen bestätigt. Peru mußte an Spanien zwei Millionen Dollars Kriegskosten bezahlen und die beiden Flaggen (die spanische zuerst) wurden gegenseitig salutirt. Die Hauptfrage, die der Entschädigungen, ward späteren Unterhandlungen vorbehalten, wozu Gesandte bei beiden Regierungen ernannt werden sollten.

Diese Angelegenheit hatte bei allen spanisch-amerikanischen Republiken einen wahren Sturm hervorgerufen; alle glaubten sich in ihrer Unabhängigkeit bedroht, da kurz vorher die französische Invasion in Mejico und die Annexation von Santo Domingo stattgefunden hatte. Ein Congreß aller südamerikanischen Republiken (mit Ausnahme von Paraguay und Uruguay, welche keine Gesandten geschickt hatten) trat in Lima zusammen, um ein Bündniß aller dieser Staaten zur Vertheidigung gegen auswärtige Feinde und zugleich eine nähere Verbindung unter sich zu begründen. Der Congreß forderte von Pinzon und später nochmals von Pareja das Aufgeben der Guano-Inseln. Beide Admirale antworteten, daß die Autonomie von Peru nicht bedroht, daß ihnen aber die Autorität des sogenannten amerikanischen Congresses unbekannt sei und daß sie auch hierüber gar keine Instruktionen besäßen. Der Friede ward also allein zwischen Peru und Spanien, ohne Zuthun des amerikanischen Congresses abgeschlossen. Das Einzige was dieser Congreß, von dem so viel Gerede gemacht worden war, zu Stande gebracht hatte, war ein Postvertrag zwischen den verschiedenen südamerikanischen Staaten und einige andere Bestimmungen: über Nichterforderniß von Pässen zu Reisen (in Friedenszeit) von einem südamerikanischen Staate zum anderen; über Beschützung derjenigen Südamerikaner im Auslande deren Nation im betreffenden fremden Lande keinen Vertreter hätte, durch die Consuln der anderen spanischen Republiken; über freie Be-

nutzung der Schiffswerften für jedes südamerikanische Kriegs-Schiff in irgend einem südamerikanischen Hafen, und endlich über ein gleiches Münz- und Maßsystem. Hiermit ging der Congreß auseinander.

Kurz nach dem Friedensabschlusse brach die Revolution gegen Pezet aus; zuerst ward sie von Obrist Prado in Arequipa proklamirt. Die Aufständischen nahmen zum Vorwande den mit den Spaniern abgeschlossenen Frieden und die Verschleuderung der öffentlichen Gelder. In Bezug auf die erste Anschuldigung waren einige Häupter der Revolution wie Costas, der Chef des gestürzten liberalen Ministeriums, ebenso schuldig wie die jetzigen Minister; die zweite Anklage war gerecht, denn noch nie zuvor hatte in Peru, wo so viele corrumpirte Regierungen am Ruder gewesen waren, eine solche Unehrlichkeit in Bezug auf den Staatsschatz geherrscht. Namentlich zeichnete sich hierin der Sohn des Präsidenten aus. Keine Forderung an die Regierung ward bezahlt, kein Contrakt mit derselben abgeschlossen, wobei der junge Pezet nicht die Hand im Spiele hatte. Ueberhaupt waren unter keiner anderen Regierung ähnliche Contrakte abgeschlossen worden. Ein französischer Kaufmann (dessen Frau die Nichte des Präsidenten war) schloß einen Contrakt ab für Lieferung von Decken für das Militär, den er an demselben Tage mit 30,000 Dollars Gewinn an ein anderes französisches Haus abtrat. Das letztere Haus übernahm auch einen Contrakt für Uniformen welcher 100,000 Dollars betrug. Die Muster wurden für gut befunden und im Kriegsministerium niedergelegt. Die Kisten kamen richtig aus Frankreich an, aber die Uniformen waren alle zu klein. Schnell wurden einige neue Kleider angefertigt und oben in die Kisten gelegt. Die Taratoren (natürlich bestochen) erklärten sie für gut und das Geld ward ausbezahlt.

Gewöhnlich waren alle diese Contrakte nur Vorwände zum Stehlen, wobei sich einige Kaufleute mit einflußreichen Personen in den Raub theilten. Für alles, selbst für Pferde-

Futter, wurden solche Contrakte abgeschlossen. Denuncirte nun ein ehrlicher Beamter einen derartigen Raub, so war er verloren. So waren bei der Artillerie mit Schuhen die größten Unterschleife getrieben worden, in allen Krambuden waren deren zu kaufen. Ein Capitän denuncirte die Sache. In der darauf folgenden Scheinuntersuchung gaben die betreffenden Offiziere die sonderbarsten Berichte ab. So erklärte der General-Inspektor der Artillerie, man hätte die Löhne der Arbeiter deßwegen in den Rechnungen höher angesetzt, um darin andere kleinere Ausgaben einzuschließen. Der Capitän, welcher den Diebstahl angezeigt hatte, ward zur Belohnung abgesetzt. Aehnliches der Art war immer schon bei früheren Regierungen vorgekommen und es geschieht in Peru sehr häufig, daß Leute welche mit der Regierung Contrakte haben und ehrlich zu Werke gehen wollen, von den Behörden so angefeindet werden, daß sie dabei zu Grunde gehen.

Bald war die Regierung genöthigt mehrere Anleihen zu negociiren, womit wieder unlautere Nebengeschäfte gemacht wurden und wozu sich einige der ersten fremden Häuser Lima's die mit der Regierung Guano-Contrakte hatten, hergaben. Die betreffenden Finanzbehörden waren gekauft und ließen die Contrakte ruhig übertreten. Gewöhnlich wurden diese Operationen auf folgende Weise bewerkstelligt. Die Häuser exportirten in einem Jahre weit mehr Guano, als sie in drei Jahren absetzen konnten (gegen die ausdrückliche Bedingung ihrer Contrakte). Die Transportkosten für diese große Masse von Guano wurden gleich der Regierung aufgelastet, so daß vom Reinertrage des Verkaufes des ersten Jahres wenig übrig blieb und die Regierung genöthigt war, gleich wieder Geldvorschüsse bei den Guanohäusern aufzunehmen. Die Finanzoperationen wurden nun während der Regierung Pezet's zu folgenden Bedingungen abgeschlossen: sechs Procent jährliche Zinsen; anderthalb Procent Tratten-Commission; der Curs zu 37 beim Empfang und zu 45 bei der Wiederbezahlung berechnet; der Vorschuß binnen einem

Jahre zurückzuzahlen oder früher, sobald das große Anleihen von 10 Millionen Pfund Sterl. in London realisirt würde, was auch bald darauf geschah. Außerdem waren die Häuser gesichert durch die großen Guanovorräthe, die sie selbst für Rechnung der Regierung in Europa zu verkaufen hatten, und verdienten an diesen Unternehmungen etwa 30 Procent in kurzer Zeit.

Man kann sich einen Begriff von der tollen Verschleuderung der öffentlichen Gelder machen, wenn man hört, daß gegen Ende der Regierung Pezet's für Heer und Marine, die zusammen nicht über 13,000 Mann zählten, denn der größte Theil der Flotte war zum Feinde übergegangen, monatlich 1,200,000 Dollars verausgabt wurden, ohne die dazwischen vorkommenden Contrakte für Waffen, Schuhwerk, Sättel und Kleider in Rechnung zu bringen. Um sich der Treue der Offiziere zu versichern, regnete es Beförderungen und viele bedeutende Geldgeschenke wurden an Offiziere gemacht, die oft kurz darauf übergingen und von der revolutionären Regierung neue Beförderungen erhielten.

Die Revolutionären hausten übrigens auch nicht viel besser. Sie machten sogenannte Zwangsanleihen, wobei für den Fall des Gelingens der Revolution der doppelte Betrag versprochen war; verlor die Revolution, so mußte die Regierung, da es ein Zwangsanleihen gewesen war, die ursprüngliche Summe wieder erstatten. Manche fremden Spekulanten, namentlich Franzosen, Nordamerikaner oder Engländer, welche sich auf den Schutz ihrer resp. Regierungen verlassen konnten, ließen sich daher recht gerne zu solchen Zwangsanleihen herbei; für Andere wäre es freilich eine gewagte Spekulation gewesen, denn wenn nicht gezwungen oder durch mächtigen Einfluß bewogen, zahlt die peruanische Regierung nicht gerne alte Schulden zurück. Natürlich nahm die Staatsschuld während dieser Zeit auf eine schreckliche Weise zu und außerdem litt das Land durch gewaltsame Truppenaushebungen, Wegnahme von Pferden und Maul-

thieren, bewaffnete Guerillabanden u. s. w. Die Regierung organisirte ein Corps aus Sträflingen, die aus Gefängnissen genommen vom Volkswitze „angelitos“ (Engelchen) genannt wurden. Der Obrist welcher diese Braven aussuchte, frug im Gefängnisse bei der Besichtigung eines jeden Burschen, ob er ein bloßer Taschendieb oder ein Bandit sei. Im letzteren Falle erhielt er immer den Vorzug.

Die Aufständischen hatten in ihrer Armee nur Freiwillige (nominell), die sich aus reinem Patriotismus ihrer Sache angeschlossen haben sollten. Diese Freiwilligen wurden aber gar oft an den Schweif von Maulthieren gebunden zum revolutionären Heere gebracht. Der Vicepräsident Canseco hatte von Anfang an stark für die Revolution intriguirt und sich darauf in das nordamerikanische Gesandtschaftshotel geflüchtet, wo er mehrere Monate sich aufhielt und seine Intriguen fortsetzte, ohne daß die Regierung das geringste dagegen machen konnte. Zuletzt erbot er sich nach Chile abzureisen, wenn man ihm seinen jährlichen Gehalt von 15,000 Dollars vorausbezahlen wolle, worauf die Regierung nicht einging, aber zuletzt mit ihm übereinkam, daß er nach Chile gehen und sich nicht mehr in die Revolution mischen solle. Canseco erhielt die Reisekosten nach Chile für sich und seine Familie vergütet, einen Monat Gehalt ausbezahlt und das Versprechen, daß man ihm seinen Gehalt jeden Monat nach Chile schicken wolle. Er schiffte sich nach Callao ein, stieg aber im Hafen von Chala wieder an's Land, vereinigte sich dort mit den Revolutionären und übernahm dann die Oberleitung der Revolution. Der frühere Minister Costas ward auch wegen Wühlereien eingesteckt und auf Ehrenwort entlassen, ging aber gleichfalls unmittelbar zur Revolution über und veröffentlichte seinen Brief an den Präsidenten, worin er sagte, er habe sein Ehrenwort „cum reservatione mentis“ gegeben, was das in der Theologie bewanderte Ministerium wohl verstehen würde; er sei daher nicht gebunden es zu halten, zumal da er es an ehrlose Leute und durch Gewalt

abgedrungen gegeben hätte. Letzteres ist unwahr; man hatte nur von ihm verlangt sich nicht an der Revolution zu betheiligen und neutral zu bleiben. Costas aber, als Chef der sogenannten liberalen Partei, spekulirte bedeutend auf die Präsidentschaft und durfte keine Zeit verlieren. Man sieht, diese Creolen haben sonderbare Begriffe von Ehre.

Der Krieg ward langsam und ohne Energie, mit wechselndem Glücke geführt. Castilla fehlte, der einzige energische Mann in Peru, wie die Fremden behaupten. Pezet hatte ihn schon bei Ausbruch der Revolution auf ein Kriegsschiff bringen lassen, mit der Weisung beständig an den ungesunden Küsten von Centralamerika zu kreuzen, und den alten Mann nie das Land betreten zu lassen. Nachdem der größte Theil der Flotte zur Revolution übergegangen war, war diese entschieden im Vortheil; doch hatte Pezet immer noch ein zahlreicheres und besser ausgerüstetes Heer als seine Gegner. In der Nacht vom 6. Nov. 1865 umging das Revolutionsheer unter der Führung von Canseco und Prado die Armee von Pezet, welche nur drei Stunden von Lima entfernt lag und drang in die Hauptstadt ein, wo übrigens eine Garnison, größtentheils aus Polizeidienern bestehend, zurückgeblieben war, welche verschiedene Kirchen, den Palast und das Fort Santa Catalina besetzt hielt und auch mit Kanonen versehen war. Der Palast insbesondere ward hartnäckig vertheidigt, wie man es von Peruanern gar nicht hätte erwarten sollen; doch der Besatzung war der Rückzug abgeschnitten und sie mußte sich wohl oder übel gegen den erbitterten Feind vertheidigen, indem sie auch auf Ersatz durch Pezet's Armee rechnete. Bis 9 Uhr Morgens hielt der Palast aus, als das Hauptthor in Brand gesteckt und mit Kanonen eingeschossen ward. Darauf wurde gestürmt. Der Rest der Besatzung retirirte in das Polizei-Gebäude (dicht an den Palast angrenzend), wo sie sich noch eine Zeit lang hielt und dann capitulirte. An Todten und Verwundeten sollen von beiden Seiten zwischen 6 bis 800 gewesen seyn. Kanonen- und Miniékugeln durchkreuzten Lima

in allen Richtungen und trafen manchen Unbetheiligten, und die in der Nähe des Kampfes befindlichen Häuser und Läden waren arg beschädigt; doch betrug sich die revolutionäre Armee musterhaft und respektirte alles Privateigenthum, nur der Palast ward geplündert. Das Fort Santa Catalina hielt sich, vollständig eingeschlossen, noch zwei Tage, bis der Commandant nicht länger zweifeln konnte, daß die Sache Pezet's verloren sei. Dieser welcher mit einer wohl ausgerüsteten, starken Armee in der nächsten Nähe Lima's war, machte auch nicht den geringsten Versuch den Seinigen zu helfen oder das Verlorene wieder zu gewinnen, was ihm nach dem Urtheile Aller ein Leichtes hätte seyn müssen, sondern zog sich nach Callao und an Bord eines englischen Kriegs-Schiffes zurück, von wo aus er weiter nach Frankreich reiste.

Schon zu Anfange der Revolution war das Gerücht verbreitet und ward in Lima allgemein geglaubt, Pezet hätte erklärt, er wolle abdanken, um das Vergießen von Bürgerblut zu vermeiden (oder wahrscheinlicher um seine Millionen in Sicherheit zu bringen), seine Minister hätten ihn aber daran verhindert. Dießmal benutzte er die gute Gelegenheit, um nach Europa zu entkommen, was sein Benehmen während der Einnahme von Lima hinreichend erklärt.

In Callao plünderte der farbige Hafenpöbel, welchen der Präfekt gegen die Revolutionäre bewaffnet hatte, sämmtliche Läden der Fremden, was Peru auch theuer zu stehen kommen wird. Die Armee Pezet's, von ihren Führern verlassen, lieferte theils die Waffen ab, theils zerstreute sie sich im Lande und treibt in Räuberbanden aufgelöst ihr Unwesen. Der Vicepräsident Canseco hätte nun in der Präsidentschaft folgen sollen und in Anbetracht der durch den bevorstehenden spanischen Krieg geschaffenen Schwierigkeiten — die Revolution hatte immer die Verwerfung des Pezet'schen Friedensvertrages proklamirt — ward ihm die Diktatur angetragen, welche er aber, sich derselben nicht gewachsen fühlend, ablehnte, worauf Prado zum Diktator erklärt ward.

Aus den vorhergehenden Schilderungen wird man einigermaßen die politischen Zustände Peru's entnehmen können. Auf dem Papier besitzt Peru eine geordnete, von allen Mächten anerkannte Regierung; die drei Staatsgewalten sind unabhängig von einander und werden regelmäßig ausgeübt; es besteht eine Civil- und Criminalgesetzgebung, ein Gesetz über das Budget welches die Ausgaben regelt; bedeutende Einnahmen und der Ruf großen Reichthumes; Gesandte und Consuln in Europa und Amerika; Heer und Flotte, auf europäische Weise ausgerüstet und uniformirt; Universitäten; Eisenbahnunternehmungen und Telegraphen; ein liberales Preßgesetz; durch die Constitution anerkannte Garantien der Person und des Eigenthums — kurz der ganze Anschein eines civilisirten Landes*). Untersucht man aber die Zustände an Ort und Stelle, so wird man finden, daß der Präsident der Republik nicht aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangen, sondern Sohn der Intrigue ist, daß obige Trennung der Staatsgewalten in Wirklichkeit ebenso wenig existirt als das Gesetz über das Budget, oder wie die Garantien, Universitäten u. s. w., sondern daß alles eine bloße Farce ist.

Die Republik ist nicht vorhanden, denn die Exekutive herrscht unumschränkt und thut was sie will. Niemand vom Präsidenten an bis zum letzten Schreiber ist auf dem Platze, wohin er gehört, sondern auf dem den er durch Intrigue, Gunst oder Kauf erlangt hat; eine wirklich civilisirte Gesellschaft ist nicht vorhanden und kann auch ohne Volkserziehung und Moralität nicht bestehen; eine größere Anarchie in der Moral wird man in wenig anderen Ländern finden. Die Beraubung der öffentlichen Gelder bedeckt schon lange nicht mehr den Schuldigen mit Schande; Verrath verschafft den Ruf eines klugen Mannes und die verächtlichsten Menschen sind in der ersten Gesellschaft zugelassen, wenn sie nur Geld oder Einfluß besitzen. Eine öffentliche Meinung existirt nicht.

*) Lisson.

Die Presse folgt demselben Strome. Ihre Spalten sind mit den ekelhaftesten persönlichen Gehässigkeiten angefüllt, im übrigen nimmt sie die „faits accomplis“ an und der Ausgang rechtfertigt bei ihr Alles. Der Unverschämteste setzt sich auf den Platz der ihm am besten gefällt, und erlangt dadurch den Ruf eines talentvollen Mannes. In diesem Lande besteht auch keine eigentliche conservative oder liberale Partei. Die erste besteht aus den Männern die gerade sich am Ruder befinden und auf jede mögliche Weise sich dort zu erhalten streben, die zweite bilden alle die welche sich nicht im warmen Neste befinden und die anderen daraus zu treiben suchen, um sich selbst hinein zu setzen. Deßhalb machen sie Opposition und glauben dadurch den Titel „Liberale“ verdient zu haben. Zuletzt reducirt sich eben alles auf einen Theil am Staatsschatze.

Ein solches Land, sollte man denken, würde bald von allen Fremden gemieden werden und doch gibt es wenig Länder in der Welt, wo der Europäer so rasch und mit so wenig Mühe prosperirt wie gerade in Peru. Dieß hat theils seinen Grund in der Unfähigkeit und Arbeitsscheu der Creolen, theils im natürlichen Reichthume des Landes, theils in dem Schutze welchen die den maritimen Nationen angehörigen Europäer bei ihren Consuln finden, und theils auch in dem natürlichen, gleichsam instinktiven Respekte welchen der Peruaner vor dem Europäer und Nordamerikaner besitzt. So wenig er ihn auch wirklich liebt, er fühlt doch die Ueberlegenheit des Europäers in geistiger und moralischer Hinsicht, und der Einfluß der Fremden hat schon viel dazu beigetragen die Sittenlosigkeit zu mildern oder daß sie wenigstens nicht mehr so offen wie früher zur Schau getragen wird. Im Innern des Landes, wo die Bevölkerung vorwiegend indianisch ist, herrscht auch nicht dieselbe Corruption wie an der Küste, und in wenigen Ländern kann der Fremde mit solcher Sicherheit reisen wie im Inneren von Peru; und gar erst auf der östlichen Seite der zweiten Andeskette, in

der Waldregion wo die großen Flüsse die Communikation mit Brasilien und dem atlantischen Ocean vermitteln und nur mit einigen Städten des peruanischen Gebirges ein Verkehr stattfindet, kömmt der Bewohner mit der peruanischen Corruption in fast gar keine Berührung.

Fassen wir nun das Gesagte nochmals kurz zusammen. Entfernt man den glänzenden Firniß der dieß Staatsgebäude bedeckt, so sehen wir zwei Dinge: die Farce einer Republik und eine Agglomeration von Menschen, welche in drei Classen getheilt sind. Die eine besteht aus den stumpfsinnigen Massen, denen ihr eigenes Geschick und das ihres Vaterlandes gleichgültig ist, die andere aus einer Bande von Abenteurern (heute Conservative und morgen Demokraten oder umgekehrt), deren einziges Streben ist am Guano ihren Antheil zu erhaschen und von denen Mancher dann in Paris seinen Raub vergeudet, und endlich die dritte Classe, bestehend aus ehrlichen Leuten welche, am Geschicke der Republik verzweifelnd, sich von allen öffentlichen Angelegenheiten fern halten und durch ihren Mangel an Energie und ihre Indifferenz nur den Demagogen ihr Spiel erleichtern.

(Schluß folgt.)

XLIV.

Historische Novitäten.

I. Dr. Lebrecht Dreves: Geschichte der katholischen Gemeinden zu Hamburg und Altona. Ein Beitrag zur Geschichte der nordischen Missionen. Zweite, stark vermehrte Auflage Schaffhausen. Hurter 1866.

Unseres Wissens existirt kein einziges neueres Werk über die halb vergessene Diaspora unserer Glaubensgenossen im hohen Norden Deutschlands außer der vorliegenden Monographie. Ihre Wichtigkeit leuchtet somit von selbst ein, um so mehr als wegen der Beziehung auf Altona auch das Schicksal der katholischen Gemeinden in ganz Holstein in den Bereich der Forschung fällt. Der Herr Verfasser, einer der vielseitig gebildeten und gelehrten Hamburger welche in neuerer Zeit zur alten Kirche des heil. Ansgar zurückgekehrt sind, hat sich in seinen Gegenstand nicht bloß hineinstudirt sondern seit langen Jahren gänzlich hineingelebt, und diese zweite Auflage seines Werkes ist auch hinter den neuern Anforderungen nirgends zurückgeblieben, welche von dem Geschichtschreiber insbesondere auch die fortlaufende Angabe seiner Quellen und Gewährsmänner verlangen.

Schon die vor 15 Jahren erschienene erste Auflage des Buches war größtentheils auf handschriftliches Material ge-

gründet, worunter die Annuae missionis Hamburgensis hervorragen. Die hamburgisch-altonaischen Missionäre waren nämlich von 1589 bis 1774 fast ausschließlich Mitglieder der Gesellschaft Jesu, welchen die Pflicht oblag alljährlich eine Art Geschäftsbericht an ihren Provinzial einzusenden. Nun finden sich zwar in Hamburg nur die Concepte und spätere Abschriften oder Auszüge von diesen Jahresberichten; manche der annuae Literae sind dort im Laufe der Zeit auch ganz abhanden gekommen, und von den Reinschriften bemerkt der Verfasser, er habe sie aus dem Grunde nicht benützen können, „weil das Hauptarchiv der Gesellschaft Jesu in welchem dieselben vermuthlich noch jetzt vorhanden seien, sich schon seit längerer Zeit durch nothwendig gewordene Verpackung in Kisten in einem unbenutzbaren Zustande befinde.“ Doch ist das handschriftliche Material welches zur Bearbeitung des vorliegenden Buches zu Gebote gestanden, immerhin sehr bedeutend. Der Verfasser geht sogar mit dem Gedanken um das historisch Interessanteste davon demnächst eigens herauszugeben, wogegen vielleicht die Frage erlaubt ist, ob der Plan nicht besser noch verschoben würde, bis das Archiv der Jesuiten wieder ausgepackt seyn wird. Schon in den 15 Jahren seit dem Erscheinen der ersten Auflage sind wichtige, für verloren gehaltene Theile der Annuae aufgefunden worden und man darf an der Complettirung des ganzen Materials noch nicht verzweifeln.

Eine weitere Ausdehnung und Vertiefung des Werkes ist den Angriffen der Gegner auf die erste Ausgabe zu danken. Dieselbe hatte in ein böses Wespennest gestochen und dieß war auch kein Wunder; denn das zweihundertjährige Schicksal der katholischen Gemeinden in Hamburg und Altona, die unter der Herrschaft der Türken nicht wohl übler daran gewesen wären, liefert grelle Beweise, wie sehr diejenigen irren welche im Protestantismus den Hort der Toleranz und der freien Forschung verehren. Es blieb demnach nichts übrig als dem Verfasser seine Thatsachen wegzuläugnen oder zu

verdrehen, und dieß thaten namentlich die drei Gegenschriften von Geffken und Klose mit bemerkenswerther Energie. Ersterer hat Herrn Dreves sogar von vornherein als einen „zur römischen Kirche zurückgetretenen Poeten" verdächtig zu machen gesucht. Hr. Dreves benützt nun aber die Gelegenheit seiner zweiten Auflage, um Punkt für Punkt nachzuweisen, daß er zwar allerdings ein Bändchen Gedichte herausgegeben hat, daß er jedoch hier nicht dichtet, sondern von Satz zu Satz nur die bittere Wahrheit der Geschichte schreibt. Sein Werk ist auf diesem Wege ein eigentlich kritisches geworden. Die Kritik ist mitunter etwas leidenschaftlich ausgefallen, aber es ist doch immer nur ein schwaches Echo von der Sprache der Gegner.

Drittens hat der Verfasser sein Buch bis auf die unmittelbare Gegenwart fortgeführt. Die neu hinzugekommene Partie bezieht sich namentlich auf die Lage der Katholiken in Holstein seit 1850, von welcher der Verfasser mit Recht bemerkt, daß im Vergleich damit die Katholiken in der Türkei wahrhaft frei und glücklich genannt werden könnten. An diesem empörenden Zustande trug bekanntlich nicht die dänische Regierung die Schuld, sondern allein die holsteinischen Stände, welche über alle katholischen Beschwerden kurzweg zur Tagesordnung überzugehen pflegten. Als die Regierung selber am 4. März 1863 endlich einen Gesetzentwurf zur Regelung der confessionellen Verhältnisse außerhalb der Landeskirche in Holstein einbrachte, da war dieser Entwurf wahrlich schon bureaukratisch und engherzig genug; er verhielt sich zum österreichischen Protestanten-Patent, wie das Hamburger Kirchenblatt mit Recht sagte, „wie lichter Tag und schwache Dämmerung." Aber auch dieser Entwurf war den Ständen noch viel zu freisinnig und sie versahen ihn mit den gehässigsten Zusätzen. Erst der Krieg gegen Dänemark und der Einmarsch der österreichisch-preußischen Truppen brachten einen Umschwung zu Stande, aber auch den gründlichsten. Soeben noch hatten die Stände allen Klöstern, Orden und insbesondere

den Jesuiten auf ewige Zeiten den Boden Holsteins verboten; jetzt verbreiteten sich hunderte von Krankenpflegerinen in ihren Ordenskleidern über das Land und die Soldaten salutirten vor ihnen auf Befehl wie vor den Offizieren der Armee Und wie in Holstein so in Schleswig. „Vor einem halben Jahre noch die widerwärtigste Spionage, ob nicht irgend ein Missionär eine Taufe oder sonstige priesterliche Verrichtung außerhalb der Wände seiner Kirche vorgenommen habe, und jetzt in so hohem Maße Oeffentlichkeit des katholischen Cultus, daß sogar in der Stadt Schleswig wo seit der Reformation nie wieder eine Messe gelesen war, die Frohnleichnamsprocession auf offener Straße gehalten werden konnte.“

Das Werk des Hrn. Dreves hat damit und mit der neuen Verfassungsreform in Hamburg selbst einen natürlichen Abschluß erhalten. Dem Bilde welches darin geboten wird, fehlt es nicht an einer gewissen Großartigkeit. Als die Reformation Hamburgs im Jahre 1529 vollendet war, da mußte jede Spur katholischen Lebens verschwinden, weil durch ein strenges Staatsgesetz verordnet war, daß *kein Nicht-Lutheraner* in der kaiserlichen freien Stadt geduldet werden dürfe. Erst nach 60 Jahren konnte sich wieder ein Katholik in Hamburg niederlassen, und zwar ein reicher adelicher Kaufmann aus Florenz, zu dem sich auch, man weiß nicht recht wie, ein Priester aus der Gesellschaft Jesu gesellte. Der Einfluß des merkwürdigen Mannes muß groß gewesen seyn, denn er bewirkte auch, daß Graf Adolf von Schauenburg in dem zur Grafschaft Pinneberg gehörigen, aber hart vor den Thoren Hamburgs liegenden Dorfe Altona die Haltung eines katholischen Gottesdienstes in einem Privathäuschen vorläufig auf drei Jahre gestattete. Aus diesem unansehnlichen Kerne erwuchs, unter der stillen aber eifrigen Pflege der Missionäre aus dem Jesuitenorden, der Baum wie wir ihn jetzt vor Augen sehen. Die Hamburgische Gemeinde zählt nun 6000 Seelen, die von Altona 760. Ursprünglich

sammelte sich die Gemeinde wie natürlich größtentheils aus Fremden an, welche von ihren Geschäften nach der großen Handelsstadt geführt wurden. Allmählig hat sich aber auch ein ächt Hamburgischer Kern von Eingebornen herausgebildet und namentlich die neuere Zeit hat von leuchtenden Conversionen zu erzählen, wie die Böhls von Faber, des Arztes Dr. Julius, des bekannten Redemptoristen P. Hugues, der Rechtsgelehrten Dr. Kosegarten, Dr. Ebeling und Dr. Dreves selbst, des Malers Wasmann, des berühmten Musikers P. Hermann, des Baumeisters Bülau, des P. Petersen, des Fabrikanten Albert Cohen, des Kaufmanns Gorrissen u. s. w.

Bei dem grimmigen Haß welchen die protestantischen Prediger bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts bei jeder Gelegenheit gegen die Katholiken bethätigten, wäre indeß die Bildung einer Gemeinde in Hamburg, ja selbst der Bestand einer solchen in Altona rein unmöglich gewesen ohne den Schutz der fremden Diplomatie. Die Gesandten des Hauses Habsburg, Frankreichs, Spaniens nahmen sich zu verschiedenen Zeiten ihrer gedrückten und verfolgten Glaubensgenossen an; namentlich aber muß man sagen, daß die katholische Gemeinde in Hamburg recht eigentlich aus der Kapelle im Palais der kaiserlichen Gesandtschaft herausgewachsen sei. Erst in der napoleonischen Zeit bekamen die Katholiken eine eigene Kirche; bis dahin hatte nur in den Häusern der Gesandten katholischer Gottesdienst stattfinden können, und daß auch andere Glaubensgenossen aus der Stadt, außer den Domestiken der fremden Vertreter, Zutritt haben sollten, das war die Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten mit dem von den Predigern gespornten Senat. Im Jahre 1719 kam es sogar zu einem räuberischen Angriff und Sturm des fanatisirten Volkes auf das Hotel der kaiserlichen Gesandtschaft, welches sammt der Kapelle gänzlich demolirt wurde. Als Kaiser Karl VI. starb, wurde das Hotel sofort versiegelt und den Geistlichen befohlen, „daß sie von nun an aller geistlichen Verrichtungen in gedachtem Stadthause sich zu enthalten und die zur Kapelle

gehörigen Ornamente rc. mit dem förderſamſten hinwegzubringen hätten.“ So ganz prekär und bloß widerwillig geduldet war die Exiſtenz der Hamburgiſchen Katholiken noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts.

Indeß blieben die deutſchen Kaiſer dem Grundſatze treu, den Leopold I. im J. 1681 ausgeſprochen hatte. Als nämlich der kaiſerliche Reſident von Rondeck ſich zu den Miſſionären in ein ſehr geſpanntes Verhältniß geſetzt hatte, bedrohte der Kaiſer ihn mit Abſetzung, indem er ihm ſchrieb: „Wenn nun die Haltung eines kaiſerlichen Reſidenten in der Stadt Hamburg hauptſächlich dahin abgeſehen iſt, damit der katholiſche Gottesdienſt denen ſich der Orten befindlichen Katholiſchen zum Troſt gehalten und dieſe Religion weiters fortgepflanzt werden möge, ... ſo erfordert um ſo mehr die Nothdurft, daß Unſer kaiſerlicher Reſident zu mehrerwähntem Hamburg nicht allein im Herzen gut römiſch-katholiſch ſeye, ſondern gleichfalls dafür geachtet und erkennet werde.“ Dieſe edelmüthige Miſſion ſetzte das Haus Oeſterreich auch dann, als das Kaiſerthum deutſcher Nation erloſchen war, getreulich fort und noch der vorletzte Geſandte Oeſterreichs in der freien Stadt, Graf Guſtav von Blome, wird als ein warmer Freund der katholiſchen Gemeinde gerühmt. Unter Anderm ſpendete er zur Gründung eines Kirchenblatts für den Kreis der nordiſchen Miſſionen ein Capital von 4000 Mark Banko.

Auch der heilige Stuhl hat dieſen wichtigen Vorpoſten der Kirche ſtets ſorgſam im Auge behalten. Mit dem Jahre 1609 beginnt die Reihenfolge der apoſtoliſchen Vikare und Provikare des Nordens; im Jahre 1839 aber faßte der heilige Vater den Entſchluß, das Vikariat der nordiſchen Miſſionen ſtatt durch einen Biſchof der zunächſt liegenden Diöceſen (Hildesheim, Münſter, Osnabrück oder Paderborn), wieder wie in frühern Zeiten durch einen nur für dieſes Amt beſtellten Prälaten verwalten zu laſſen. Derſelbe ſollte auch in Hamburg ſelbſt ſeinen Sitz haben, und der Papſt übertrug die neue Würde ſofort an Herrn Laurent aus

Aachen, den neu geweihten Bischof von Chersona i. p. Aber über diesen „Bischof von Hamburg" entstand sofort im ganzen Norden ein unsäglicher Rumor; die Welt hatte fast schon vergessen, daß es überhaupt Katholiken in Hamburg gebe, und nun gar ein Bischof in der berühmten Seestadt! Namentlich erzitterte die preußische Großmacht in ihren Grundfesten. Als der neue Bischof auf der Hinreise die preußische Grenze passirte, wurde ihm von den Zöllnern Mitra und Stab confiscirt und er darauf aus seiner Vaterstadt polizeilich ausgewiesen. Die Hindernisse zeigten sich überhaupt bald als so unüberwindlich, daß Bischof Laurent endlich selber zurücktrat. Man muß die ganze Scandalgeschichte bei Dreves ausführlich nachlesen, um mit der Ueberzeugung zu schließen, wie Vieles denn doch seitdem anders geworden. Von einem Bischof von Hamburg war bis jetzt nicht mehr die Rede, wohl aber von einem Bischof von Berlin!

II. Die Geschichte der Freimaurerei durch einen Meister vom Stuhl.

Ein dickes Buch von fast 900 Seiten, nichts weniger als anregend und erquickend zu lesen, aber klar und instruktiv über die wirkliche und wahre Geschichte des Freimaurer-Ordens ist von Herrn Findel in Leipzig, Herausgeber der maurerischen Zeitschrift „Bauhütte", in 2. Auflage veröffentlicht worden*). Ich sage über die wirkliche und wahre Geschichte des Ordens; denn während der Verfasser allen den unsäglichen Wust von Dichtungen, Märchen und Fälschungen,

*) Geschichte der Freimaurerei von der Zeit ihres Entstehens bis auf die Gegenwart von J. G. Findel. 2. Auflage. Leipzig, Förster und Findel 1866.

womit das Alter und die Fortpflanzung der Masonerie bis auf den weisen Salomo und noch weiter zurückgeführt worden ist — während er diesen Wust wegräumt und als das nachweist was er ist, gibt er andrerseits die nackten Thatsachen über den Bund seit seiner Entstehung im Jahre 1717 und nicht früher. Im Verlauf der Erzählung erklärt sich denn auch die Genesis jener abenteuerlichen Zuthaten und Ordensfabeln von selbst, womit die Geschichte des Freimaurer-Bundes von Freunden und Gegnern verwirrt worden ist.

Der Verfasser hat ein tüchtiges Stück Arbeit geliefert. Im Vorwort bemerkt er nicht mit Unrecht: eine allgemeine, auf bestimmte Jahrzahlen und authentische Thatsachen gestützte Geschichte der Freimaurer-Bruderschaft zu schreiben sei eine mit so vielen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe, daß Herr von Bonneville behauptet habe, es seien zehn Menschenleben zu einem solchen Unternehmen nicht hinreichend. Uebrigens hat die neuere Zeit doch auch bedeutende Vorarbeiten geliefert, namentlich durch Georg Kloß in Frankfurt, welcher mit Recht als der Vater der kritischen Ordens-Geschichtschreibung bezeichnet wird. Kloß hat indeß mehr nur Material gesammelt und Uebersichtlichkeit oder ansprechende Form gehen seinen Werken ganz ab, so daß sie flüchtig nicht gelesen werden können, sondern nur als Grundlage ernster Studien dienen. Wir haben das seinerzeit an uns selber erfahren.

Schon Kloß verfolgte bei seiner Ordens-Historik eine polemische Tendenz, und noch ausgeprägter findet sich diese inner-maurerische Polemik bei Herrn Findel als der rothe Faden welcher durch sein ganzes Buch läuft. Es gibt nämlich — eine Thatsache die in der Regel gar nicht beachtet wird — auch in der Freimaurerei eine liberale Opposition und Hr. Findel ist der Geschichtschreiber derselben. Sonderbarer Weise tritt aber der Liberalismus hier als Hort und Anwalt der Orthodoxie auf. Hr. Findel nennt sich einen „Humanitäts-Maurer“ und eifert mit historischen Beweisen

gegen Mißbräuche und spätere Zuthaten welche nach 1723 in den verschiedenen Ländern den reinen „Menschheitsbund“ verunstaltet und alterirt hätten.

Die Freimaurerei ist nun einmal der Affe der Kirche, und Herr Findel schreibt gleichsam die freimaurerische Kirchen- und Ketzer-Historie, wobei er immer von dem reinen Evangelium der Humanität ausgeht und Alles als Häresie verdammt, was einerseits die ursprünglichen und allein ächten drei Johannisgrade (Meister, Geselle, Lehrling) überschritt und andererseits den puren Cult der Menschenwürde in den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu beeinträchtigen scheint. Maurerische Häresien sind ihm also die Hochgrade wie sie zuerst in Frankreich aufgekommen sind; maurerische Häresien sind ihm ferner die von der englischen Großloge und ihrem rechtmäßigen Primat getrennten Riten des sogenannten Schottenthums und insbesondere das schwedische System. Wie einst die Reformatoren gegen die alte Kirche auftraten, so erhebt sich die liberale Opposition in der Freimaurerei gegen die geschichtliche Entwicklung des Ordens und gegen die alten Traditionen, deren Fundament hier freilich ein sehr wurmstichiges ist.

Wir wollen gleich an einem Beispiele die praktische Bedeutung der historischen Polemik Findels bemerklich machen. Eine der ärgsten Versündigungen an dem Humanitätsgeiste des Ordens besteht nach ihm darin, daß in den vom englischen Primat getrennten Riten nur Christen für aufnahmsfähig zu den Logen erklärt werden. Dieß ist z. B. Grundsatz des schwedischen Systems und gemäß demselben ist auch die preußische Freimaurerei strengstens eingerichtet. Daher hat im J. 1846 ein Frankfurter Logen-Redner erklärt: „Der klassische Boden des Christenthums in der Maurerei sind und bleiben die preußischen Logen“. Die „hochwürdigste“ Großloge in England hatte damals schon ihre höchste Mißbilligung ausgesprochen und alle Verbindung mit den drei Berliner Großlogen abgebrochen, weil „die Freimaurerei eine allge-

meine Bruderschaft sei und eine Unterscheidung im Glauben gar nicht kenne". Noch schärfer hatte sich der Bericht des Großen Orients von Frankreich ausgesprochen: das Verfahren der preußischen Logen sei „ein feierliches und beklagenswerthes Verzichten auf die maurerische Moral", ein „Wiederaufleben der Vorurtheile des Mittelalters", eine „Art religiöser Douane von kirchenschänderischer Hand im Gebiete der Maurerei aufgerichtet." Die Nichtausschließung der Juden ist seitdem das vorzüglichste Merkmal maurerischer Orthodoxie; die preußischen und beziehungsweise schwedischen Logen verharrten aber bei ihrer Ketzerei trotz alles Andringens der liberalen Opposition, welche wie gesagt in der Freimaurerei als Hort der Orthodoxie auftritt.

Man stellt sich wohl vor, daß die Mitglieder des Ordens in strengster Disciplin unter geheimen Obern und in brüderlicher Einigkeit seit ein paar hundert Jahren an der Revolutionirung der Welt gearbeitet hätten. Nichts kann unrichtiger seyn. Das dicke Buch des Herrn Findel ist selbst ein Monument grimmiger Spannung in den Logen-Verbänden der Gegenwart, und es enthält aus der ganzen Vergangenheit des Ordens großen Theils nichts Anderes als die Schilderung der ewigen Zerwürfnisse und Spaltungen, herbeigeführt durch persönlichen Ehrgeiz einzelner Brüder, durch unersättliche Wunder- und Neuerungssucht derselben.

Schon seit 1724 hatte die englische Großloge gegen eine Sekte unter den Namen „Gormogonen" zu kämpfen, in der Kloß wie gewöhnlich ein Manöver der — Jesuiten sieht, um den ächten Bruderbund zu unterminiren. Ungefähr seit 1739 nahm dann das Schisma der sogenannten „Alten Maurer" in England seinen Anfang; aus dunkeln Ursprüngen heraus entwickelte sich diese Spaltung und Auflehnung gegen die „hochwürdigste" Großloge, um bis 1813 zu dauern. Inzwischen entstand in Frankreich das System der Hochgrade, und mit deren Einführung in England seit 1752 wuchs die Verwirrung in der englischen Maurerei und sofort in der

ganzen Ordenswelt. Im Anschluß an die Hochgrade entstand der arge Wust der Ordensfabeln und mit ihnen eine wahrhaft babylonische Sprachverwirrung, so daß, wie Herr Findel sagt, die Idee alle auf dem Erdenrunde zerstreuten Brüder bildeten nur Eine Loge oder Bund, fast nur in der Einbildung existirte, ohne daß ihr in der Wirklichkeit etwas entsprach. Ueberhaupt schildert der Verfasser die Lage des Ordens am Schlusse der ersten Periode (1783) wie folgt:

„In Frankreich zunächst keimte eine unheilvolle Saat des Lugs und Trugs, der Eitelkeit und Anmaßung, des Hasses und der Zwietracht auf: das Hochgrad-Unwesen, die erdichteten und erlogenen Beziehungen unseres Bundes zum Orden der Tempelherren und den Zeiten der Kreuzzüge, die Verdrängung der alten Pflichten und die Verunstaltung der freien maurerischen Verfassung, die Einschwärzung fremdartiger Symbole und Formen, die Lust an Geheimnißkrämerei und Ritterthum, und Alles was mit der Vergiftung des Maurerthums durch die sogenannten Hochgrade zusammenhängt. Wir haben gesehen, wie üppig das Unkraut emporwucherte und wie rasch es sich nach Deutschland, Rußland, Schweden und leider endlich auch nach Schottland, Irland und England verbreitete, überall eine Entartung des Inhalts und der Form der Maurerei bewirkend, überall Zwietracht und Spaltung verursachend und nährend. Logen und Großlogen entstehen und verschwinden, Systeme tauchen auf und werden wieder fallen gelassen, Verbindungen werden angeknüpft und wieder gelöst. Die Großloge von England welche selbst in hierarchischer Weise ihre Verfassung ausbildete und in mancher Hinsicht entartete, gewährt Anerkennung und schließt Bündnisse mit Großlogen welche auf ganz anderem Boden stehen, andere Zwecke verfolgen und die Rechtmäßigkeit ihres Bestehens nicht im Entferntesten zu erweisen vermögen; mit einem Worte überall Unklarheit, Unkenntniß und Verwirrung, wo nicht gar Täuschung und offenbarer Betrug."

Augenscheinlich ging indeß die chaotische Verwirrung schon aus dem Geheimthun mit Nothwendigkeit hervor. Oder für was sollte denn ein geheimer Orden bloß zur Pflege der

„Humanität" des religiösen Indifferentismus da seyn? Das Geheimthun setzte doch unbedingt ein wirkliches Geheimniß voraus, und da in den drei Johannisgraden davon nichts zu finden war, so lag es nahe immer neue und höhere Grade aufeinander zu häufen und den Neugierigen von einem Grade zum andern das desiderirte Geheimniß suchen zu lassen. Selbst die „hochwürdigste" Groß- und Mutterloge Englands konnte daher der eingeschwärzten Hochgrade keineswegs entbehren, und sie verleiht noch heute 33 Grade und mehr. Zugleich ist daraus ersichtlich, daß der Orden je nach den verschiedenen Zeiten und den verschiedenen Völkern, bei denen er Eingang fand, sich verschieden gestalten mußte und auch die confessionellen Verhältnisse konnten dabei nicht ganz aus dem Spiele bleiben.

Es ist zwar einfach lächerlich zu sehen, wie die banalen Ordenshistoriker hinter jeder neuen Stänkerei und jedem neuen Unfug im Bunde das Treiben der „Jesuiten" erblicken, welche im Trüben für den Katholicismus hätten fischen wollen. Schon Feßler hat sich über diese „Jesuitenriecherei", von der selbst Hr. Findel nicht ganz frei ist, lustig gemacht. Etwas anderes aber ist es um die Frage, ob nicht die confessionellen Verhältnisse an sich auf die Ausgestaltung der einzelnen Abtheilungen des Ordens eingewirkt haben; und auch wir möchten mit dem Verfasser annehmen, daß der trockene und geistlose Formalismus der drei Johannisgrade eine ächt protestantische Schöpfung sei, in den Systemen der Hochgrade hingegen der Einfluß katholischer Lebensanschauung unverkennbar sich geltend gemacht habe.

Eigentlicher Stifter des Ordens war der Naturphilosoph Desaguliers, Kaplan des Prinzen von Wales und Sohn eines Predigers der französischen Calvinisten in Rochelle. Als eifriger Mechaniker ließ er sich zu London in die Bruderschaft der eigentlichen Werkmaurerei aufnehmen und unterwarf dann die alten Steinmetzen-Ordnungen derselben, ihre Gebräuche und Symbole einer Umarbeitung in seinem Sinne. „Als

französischer Flüchtling", sagt Hr. Findel, „war er jedenfalls ein eifriger Protestant und dieser Umstand mag ihn veranlaßt haben das Ritual von den katholischen Anklängen zu reinigen und zu evangelisiren (1717)." Die erneuerte Loge nahm einen raschen Aufschwung, und verwandelte sich durch weitere Aenderungen der alten Constitutionen, welche z. B. wohl „Patrone", „Meister" und „Aufseher", aber keine „Großmeister" rc. kannten, aus der frühern Zunftgesellschaft in den Geheimbund der freien Geister. Einer ihrer ersten Großmeister, der Herzog von Norfolk, gab dann 1731 die erste Anregung zu äußerm Schmucke, indem er aus Venedig das „alte verbürgte Schwert Gustav Adolfs und des tapfern Herzogs Bernhard von Weimar" an die Großloge übersendete, das fortan als Staatsschwert gebraucht ward. Man sieht deutlich, wie das Gewächs dem heimathlichen Boden entsprach auf dem es entstand.

Dieser maurerische Puritanismus reichte aber schon nicht mehr aus, als der Orden um das Jahr 1725 nach Frankreich verpflanzt wurde. Fünfzehn Jahre darnach stand bereits ein System der Hochgrade da, von denen sich, wie Herr Findel klagt, der Bund aller Anstrengungen wahrer Freimaurer ungeachtet bis auf den heutigen Tag nicht wieder hat befreien können. Als Erfinder wird der Schotte Ramsay, Erzieher bei dem Prätendenten Karl Eduard Stuart, angegeben und sonderbarer Weise bemerkt, Ramsay sei durch den Erzbischof Fenelon zur katholischen Kirche bekehrt worden. Sei es nun von der Nationalität des Gründers oder wegen der von ihm vorgetragenen Sage von Kilwinnen in Schottland, das neue System bekam den Namen des „schottischen", in Schottland wurde die Quelle der wahren höhern Maurerei gesucht und schon 1742 begann zu Berlin die Gründung von Schottenlogen in Deutschland. In Frankreich stehen sich die schottische und die englische Gr[illegible] divergirenden Systemen, wie Aristokrat[illegible] den heutigen Tag gegenüber; [illegible] weil

sie sich nicht gleich dem Großen Orient zu einem Werkzeug des Napoleonismus hergeben wollte.

Einer der ersten Hochgrade nach dem der „schottischen Meister", welcher der vierte war, nannte sich vom „Rosenkreuz". Schon an den ersten französischen Statuten welche den Schottengrad enthielten, ersieht Hr. Findel deutlich, daß sie von Katholiken verfaßt waren, wie denn auch daselbst im Widerspruch mit den alten Grundgesetzen verlangt werde, daß der Aufzunehmende getauft seyn müsse. Vollends äußert sich eine ältere Logen-Autorität über den Grad des Rosenkreuzes, dessen Name von einer ältern imaginären Sekte im protestantischen Deutschland genommen war: „derselbe sei nichts Anderes als die in Grad gesetzte katholische Religion." Während sich nun in Frankreich das Schottenthum in der Schöpfung immer neuer Grade (bald 33 und endlich 90) verflüchtigte und nach dem Geschmack der Zeit allmählig auch Geisterseherei, Astrologie und Alchymie als das vielgesuchte Ordensgeheimniß sich geltend machten: hat die von Frankreich ausgegangene anti-puritanische Richtung sich im „schwedischen Systeme" consolidirt. Eine ähnliche Sonderbarkeit findet bekanntlich auch in der Landesreligion der Schweden statt: wie die schwedischen Herrscher über ihre lutherische Dogmatik das hohle Gehäuse des früheren katholischen Kirchenlebens gestülpt, so haben sie auch aus der Freimaurerei eine Art esoterischer Kirche mit einer vielhundertjährigen geheimen Geschichte gemacht. Selbstverständlich mußten sich denn in dem schwedischen System und seiner Ordens-Geschichte sämmtliche Ordensfabeln und falschen Urkunden der Hochgrade wie in einem Brennpunkte concentriren. Man kann sagen, daß Hr. Findel eigentlich gegen dieses System sein Buch geschrieben habe im Namen der „Humanitäts-Maurer."

Die Essäer welche von Jesus geheime Wissenschaft erhielten; die Kreuzzüge welche den Templer-Orden schufen und die Templer mit den Essäern in Verbindung brachten; die Ritter welche nach der Aufhebung des Ordens zu Aberdeen

in Schottland eine Zuflucht fanden und von dort ihre geheime Weisheit nach Italien, Schweden und Frankreich verpflanzten, als Rosenkreuzer und durch die Baumeister: das ist das äußere historische Gerippe, und darin besteht auch eigentlich das Geheimniß des Bundes nach schwedischem Ritus. In den höhern Graden werden die alten Regeln der Templer vorgelesen, und der höchste Grad (die „höchsterleuchteten Brüder Architekten") hat unter andern folgende Pflichten: während der ganzen Lebenszeit das rothe Kreuz der Tempel-Herren auf der Brust zu tragen; sich täglich der Sterblichkeit zu erinnern und alle Abende vor dem Schlafengehen das Gebet des heiligen Bernhard (O Lamm Gottes, das die Sünden der Welt hinwegnimmt, erbarme dich unser!) mit Andacht zu sprechen; alle Charfreitage bis zum Untergang der Sonne zu fasten, dann drei Schnitte Brod mit Oel und Salz zu genießen, beim ordentlichen Abendessen aber weder Lamm noch Taube zu essen rc. „Schweden", sagt Hr. Findel am Schlusse, „war nach Einführung des templerisch-rosenkreuzerischen Systems weiteren Veränderungen nicht unterworfen; bei seiner festgeschlossenen Organisation, der geringen Selbstständigkeit der einzelnen Logen, den König als freimaurerischen Papst an der Spitze, umgeben von einem Cardinalscollegium (den Brüdern Architekten) und bei der Stabilität der Lehre erfreute sich die schwedische Brüderschaft nach innen gleicher Ruhe und Festigkeit wie ehedem die ihr geistesverwandte katholische Kirche."

Soviel ist nun allerdings völlig klar, daß in diesem System die ursprüngliche Stiftung von 1717 geradezu auf den Kopf gestellt ist. Dieselbe hat nach rückwärts gar keine Geschichte, und was officiell als solche ausgegeben wird und den Constitutionsbüchern vorgedruckt ward, ist nichts weiter als die Geschichte der Baukunst aus den Zunftsagen derselben zusammengesetzt. Die Gründer der Urloge waren ungläubige Deisten und kühle [illegible] [illegible]gerade deßhalb in die Gesellschaften der[illegible] [illegible]da ungenirt

von dem Kampf der religiösen Meinungen einen geselligen Einigungspunkt zu haben auf dem Boden des Indifferentismus und der liberalen Zweifelsucht an allem historisch Ueberlieferten. Die später entwickelten Systeme hingegen muthen ihren Anhängern nicht nur den stärksten Glauben sondern geradeaus den historischen Aberglauben zu und setzen in diesen ihr gerühmtes „Geheimniß". Darum vertheidigt die liberale Opposition den ursprünglichen Rationalismus und Libertinismus des Bundes als dessen eigentliche Orthodoxie.

Sonderbarerweise hat die Abenteuerlichkeit der Hochgrade auch die positiv-christlichen und insbesondere die katholischen Bekämpfer der Freimaurerei angesteckt, namentlich seit der grenzenlosen Confusion welche von den eminent unkritischen Arbeiten des unglücklichen Advokaten Eckert auf diesem Gebiete angerichtet worden ist. Nicht in den sogenannten Johannisgraden sieht man die eigentlichen und gefährlichen Feinde des Christenthums, der Kirche und der bestehenden Ordnung; diese vermeintlich niederen Maurer betrachtet man vielmehr als misera contribuens plebs, welche von den unbekannten Obern mißbraucht und an der Nase geführt würden. Die unbekannten Obern aber sucht man in den Hochgraden; hier seien, wähnt man, die eigentlichen Brutnester antichristlicher Gottlosigkeit und teuflischer Revolutions-Machinationen versteckt. In Wahrheit verhält es sich gerade umgekehrt, wie es denn auch historisch erwiesen ist, daß die schottischen Logen sich immer conservativer und sozusagen aristokratischer bezeugt haben als die Humanitäts-Maurerei der Großen Oriente von Frankreich und Belgien. Der schottische Ritus der preußischen Maurerei schließt heute noch die Ungetauften aus, während die englischen Logen in Frankreich bereits über den Glauben an das Daseyn Gottes und die Unsterblichkeit die Stimmen-Mehrheit befragt haben.

Die Hochgrade, das schottische und schwedische System welche von der conservativen Unkritik als das eigentliche Mysterium der Bosheit betrachtet wurden, sind in den Augen

der Humanitäts-Maurer vielmehr verabscheuungswürdige Ketzereien und Versündigungen an dem Liberalismus und Nationalismus der „königlichen Kunst". Der Kampf dieser zwei Richtungen stammt nicht erst von gestern, aber er wird von den liberalen Maurern mit steigender Heftigkeit geführt und er drängt zur Entscheidung. Müssen die Hochgrade und die Ordensfabeln fallen, dann fällt die eigentliche Freimaurerei mit. Das heißt, das Geheimniß hört auf und damit auch die Geheimthuerei; es bleibt dann nichts mehr in den Logen als der banale Liberalismus, wie er auch auf der Straße läuft. Darum ist schon mehrfach von Humanitäts-Maurern der Vorschlag gemacht worden, die Logen möchten ohne weiters den sie verdeckenden Schleier zerreißen und sich öffnen. Inzwischen ist selbst in den vereinigten Großlogen Englands das Hochgradwesen noch im Schwunge. „Es werden, sagt Hr. Findel, gegenwärtig in England außer dem leider officiell anerkannten Royal-Archgrad noch die 33 Grade des sogenannten schottischen Ritus, der Grad der Markmeister und alle möglichen Hochgrade ausgespendet."

Wie es scheint, hat die Opposition der Humanitäts-Maurer hauptsächlich in Deutschland und Belgien ihren Sitz. Auch ist die kritische Geschichtschreibung derselben von Anbeginn im Orden sehr übel angesehen worden. Aus der maurerischen Literatur-Geschichte, welche Hr. Findel zu den verschiedenen Perioden gibt, geht dieß zur Genüge hervor. Krause, der bekannte Philosoph, war eigentlich der Erste welcher eine kritisch-wissenschaftliche Forschung öffentlich zu unternehmen wagte; und obwohl er immer noch Fälschungen und Fabeleien genug für baare Münze hinnahm, so war doch schon die bloße Ankündigung seiner Idee den bestehenden Systemen einen reformirten „Menschheitsbund" zu unterschieben, für die Logen Grund genug zur heftigsten Verfolgung des Mannes. Von Land zu Land gejagt konnte Krause nirgends ein ruhiges Unterkommen finden, bis er endlich zu München im Elende starb (1833). Die Gläubigen des

Bundes hatten eben, und haben noch, das sehr richtige Gefühl, daß durch das Ueberhandnehmen des kritischen Geistes und überhaupt durch das Vordringen der Humanitäts-Maurerei, der Orden als solcher untergehen müsse.

Aber was wäre damit gewonnen? Nichts, als daß die Logen dann wirklich überall das wären, was sie jetzt noch mit Unterschied sind, das ist ausschließlich nur bewußte, ich sage bewußte Verschwörungs-Stätten des kirchenfeindlichen Liberalismus und des glaubenslosen Rationalismus. Man macht jetzt allenthalben die Bemerkung, daß die Freimaurerei in den politisch-religiösen Kämpfen der Gegenwart sich mit einer Ungenirtheit vordrängt und geltend macht, wie es zuvor kaum erhört war; darin liegt ein sicherer Beweis, daß das Element der Humanitäts-Maurer in den Logen mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Und wenn Hr. Findel am Ende seines Buches der Zeit seit 1859 nachrühmt, daß von da an die Zahl der Bundesmitglieder und der maurerischen Werkstätten sich in besonders erfreulicher Weise vermehrt habe: so läßt der Geist eben dieser Zeit keinen Zweifel darüber, daß die Vermehrung nur statthatte durch die Anziehungskraft und zu Gunsten der liberalen Opposition im Orden. Auch dem Geheimniß der Freimaurerei wird vom Liberalismus der Untergang bereitet werden.

XLV.

Die Anfänge der Buchdruckerkunst in Bild und Schrift.

An deren frühesten Erzeugnissen in der Weigel'schen Sammlung erläutert von T. O. Weigel und Dr. Zestermann. Mit 145 Facsimiles und vielen in den Text gedruckten Holzschnitten. Leipzig T. O. Weigel 1865. 2 Bde. Preis 150 fl.

Wir haben hier ein Prachtwerk vor uns, das der deutschen Cultur und Kunst wahrhaft zur Ehre gereicht. Es ist die Geschichte des Formdruckes vor der Erfindung des Buchdruckes mit beweglichen Lettern, die unsern Guttenberg im goldnen Mainz für immer verewigen wird. Man hat nämlich schon lange vor ihm aus Metall und Holz gefertigte Formen und Model gebraucht, um Bilder rasch zu vervielfältigen. Die Geschichte dieser Bilderdrucke vor der Buchdruckerkunst ist aber noch vielfach in Dunkel gehüllt. Es müssen erst die einzelnen Sammlungen dieser Bildwerke durchforscht und veröffentlicht werden.

Eine der reichsten Sammlungen der Art besitzt der Buchhändler Theobald O. Weigel in Leipzig. Er hat seit 25 Jahren zu diesem Zwecke mit großen Opfern gesammelt und Ausgezeichnetes erworben. Diese Sammlung wird nun im vorliegenden Werke veröffentlicht, die bedeutenderen Bilder der Sammlung werden in täuschend nachgeahmten treff-

lichen Copien gegeben sammt Farben und Defekten.
kommt der ausführliche und gründliche Text, die Ein
schreibung der Blätter die Hr. Weigel theils selbst ge
hat, theils durch Hrn. Canonikus Dr. Bock in Aachen,
durch Hrn. Dr. Zestermann, den Verfasser der preisgek
Schrift über die Basiliken, hat anfertigen lassen.

Ich bemerke noch, daß das Werk nicht die gan
schichte des Formdrucks umfaßt, sondern nur die Incu
zeit, die Zeit vom vierzehnten Jahrhunderte bis zur B
zeit des Formdruckes, d. h. bis zum Beginn des sechsz
Jahrhunderts. Die Verfasser unterscheiden folgende
von Formdrucken: Zeugdrucke, Metallschnitte, in
tallrahmen eingesetzte Holzschnitte, Einzeln
schnitte, xylographische Werke, Spielkarten, S
blätter, Teigdrucke, Kupferstiche, typograp
Werke. Von all diesen Arten werden nun aus der
gel'schen Sammlung die interessantesten Exemplare (14
Augen geführt. Der Text zu den Zeugdrucken ist v
berufensten Autorität verfaßt, von Hrn. Canonikus Dr.
in Aachen, die Beschreibung der andern Blätter aber
Hrn. Weigel und Dr. Zestermann.

Es kann hier nicht der Ort seyn, den ganzen Inha
überreichen, zwei Quartbände umfassenden Werkes zu
piren oder zu kritisiren. Ich will nur die Punkte h
heben, welche für uns Bayern von besonderem Interess
Auch will ich die Punkte berühren, in Bezug auf wel
nicht mit den Hrn. Verfassern übereinstimmen kann.
leicht ist es mir auch möglich, einige Beiträge zur L
zweifelhafter Punkte aus eigener Erfahrung zu liefern.
wird ja im Texte selbst an mehreren Stellen an andere
forscher die Bitte gestellt, über schwankende Fragen Be
zu sammeln und zu veröffentlichen.

In der Einleitung bespricht Hr. Zestermann den
sprung und den Zweck der Bilder in der Kirche
besonders die Frage: Warum man seit dem Ende de

Jahrhunderts besonders an Vervielfältigung und Verbreitung der Bilder gedacht hat, warum man eine solche Masse von Bildern in das Volk geworfen und gebraucht hat? Hr. Zestermann bringt diese Erscheinung schon wieder mit der Reformation in Verbindung; er meint, durch die Predigten von Wikliffe und Huß sei das Bewußtseyn der Sündhaftigkeit, der Versöhnungsbedürftigkeit im Volke recht lebendig geworden. Da habe man sich nun nach Hilfe und Helfern umgesehen und die Heiligen, die hl. Jungfrau, das Meßopfer, die Passion Christi als solche Quellen der Hilfe erkannt. Und um sich diese lebendiger vorstellen zu können, um die Andacht zu entflammen, habe man ihre Bilder gesucht, und dieses allseitige Verlangen nach Bildern habe die Vervielfältigung dieser Bilder durch mechanische Mittel hervorgerufen.

Das ist aber sicher nicht der Fall gewesen. Mit dem Werke der sogenannten deutschen Reformation hängt diese Bildervermehrung gewiß nicht zusammen. Wikliff und Huß hatten in Schwaben und Bayern keinen Einfluß. Bilder jener Heiligen und jener Mysterien hatte man immer in der Kirche an den Wänden der Gotteshäuser und Klöster und in Miniaturen. Die zur wahren Reform der Kirche, des Volkes und des Klerus aber berufenen Bettelorden waren es namentlich, welche jenes Mittel der Bilder als besonders wirksam für ihre Zwecke erkannten. Wie auch noch Luther erklärte, daß das Bild auf Kinder und Einfältige mehr Eindruck mache als das bloße Wort, so haben jene Orden schon diese alte Wahrheit erkannt und haben durch eine Fülle von Bildern, die sie ins Volk warfen, den Eindruck ihrer Lehren zu erhalten und zu mehren gesucht. Bekanntlich hat der heil. Bernardin, ein Franziskaner (1424), in den Gemeinden Italiens die besonders der Spielwuth ergeben waren, Karten herstellen und austheilen lassen, auf denen der Name Jesus in Mitte der Sonne in schönen Lettern angebracht war. Solche Karten konnte man nur durch Formdruck in solcher

Masse herstellen. Der älteste Formschneider, der uns in Nördlingen genannt wird, war auch ein Franziskaner. Die andern Orden, am neuen Liebesfeuer sich selbst wieder erwärmend, ahmten dann dieses Beispiel nach und bedienten sich der Bilder zur eigenen Erbauung, zur Verherrlichung ihrer Ordenspatrone und zur Belehrung des Volkes. So ist wohl zunächst die rasche und ungeheure Vermehrung heiliger Bilder im 14. und 15. Jahrhunderte zu erklären.

Ein anderer Punkt, der in der Einleitung erörtert wird, betrifft die Hauptorte oder Schulen, in denen der Formschnitt und Druck in Deutschland geübt wurde. Der Verfasser unterscheidet die schwäbische Schule (in Augsburg und Ulm), die bayrische (in Freising, Tegernsee, Kaisheim und Mondsee), die fränkische (in Nördlingen und Nürnberg) und die niederrheinische (in Köln und Burgund). Dazu bemerke ich, daß zu den Wiegenorten des Formdrucks in Bayern mit Gewißheit auch Scheyern und Regensburg gezählt werden müssen, da uns selbst schon öfter älteste Formdrucke mit den Wappen beider Orte vorgekommen. Im Kupferstichkabinette zu München finden sich gleichfalls solche Beweise. Unter den oberdeutschen Schulen meinen die Verfasser der bayrischen den meisten künstlerischen Charakter zusprechen zu dürfen.

In dem nun folgenden ersten Abschnitte bespricht Herr Canonikus Dr. Bock von Aachen die ältesten Zeugdrucke mit bekannter Tüchtigkeit. Er ist ja auf diesem Gebiete der Kunstweberei und Stickerei jetzt die erste Autorität in Europa. Als den ältesten bis jetzt bekannten gedruckten Zeug der Art erklärt er einen Seidenstoff mit aufgedrucktem Blumenornament, den er selbst auf dem Ghetto in Neapel einem Juden abgehandelt hat. Derselbe stammt aus dem 12. Jahrhundert und zwar wohl aus Sicilien, wo die berühmten maurischen Seidenmanufakturen blühten. Dieser Stoff ist in Nr. 1 trefflich wiedergegeben.

Zur Abbildung Nr. 2 (S. 14) erlauben wir uns eine Bemerkung. Es wird dort berichtet, man habe Pesttafeln,

Meßgewänder von gedrucktem Linnenstoff gehabt, in welchen der Priester den Pestkranken das Viaticum reichte. Das möchten wir sehr bezweifeln. Das Viaticum wurde den Kranken nie von dem mit der Casel bekleideten Priester gebracht, wie es alte Bilder und die Vorschriften bezeugen. Eher wurde mit diesen Caseln in den Leprosenhäusern celebrirt. Und damit hier die Ansteckung nach außen vermieden würde, hat man dann nach jedem hl. Opfer die Casel gewaschen. Die Leprosenhäuser hatten aber solche Kapellen, wie man noch in Wasserburg (St. Achaz) und Neustift bei Freising (St. Alex) findet. — Noch folgen 8 Zeugdrucke in Abbildung, deren Entstehung bis in das sechszehnte Jahrhundert reicht.

Darauf werden die Metallschnitte besprochen. Es hat sich nämlich durch die neuere Forschung herausgestellt, daß viele von den Blättern, die man bisher für Holzschnitte gehalten, durch Abdruck von Metallplatten entstanden sind. Es unterscheiden sich diese Blätter von den Holzschnitten dadurch, daß die Linien stumpf kommen, der Druck grieslich ist, daß die Schwärze ungleich vertheilt ist und nahestehende Linien (bei Augen, Ohren u. dgl.) in einander verfließen. Solcher Metallschnitte werden uns dann 64 aus der Weigel'schen Sammlung vor Augen geführt. Der erste ist eine Kreuzigung Christi, von c. 1200, welche nur zum Theil gedruckt, ganz den Eindruck einer colorirten Federzeichnung macht; der letzte zeigt Christum als Keltertreter, v. J. 1469.

Die kleineren Verstöße im Texte zu diesen Blättern möchten wir in Kürze berichtigen. Der Mann, welcher dem Heilande das Kreuz tragen hilft (S. 35), heißt nicht Joseph von Arimathea, sondern Simon von Cyrene (Luc. 23, 26). Das Halstuch des hl. Joseph auf dem hochinteressanten Bilde der Geburt aus Freising ist nicht der Amikt, aus dem das Pluviale oder Humerale der Priester hervorgegangen seyn soll (!), sondern einfach die alte Kapuze selbst, womit die Regen- und Bauernmäntel seit alter Zeit versehen. …

der Humanitäts-Maurer vielmehr verabscheuungswürdige Ketzereien und Versündigungen an dem Liberalismus und Rationalismus der „königlichen Kunst". Der Kampf dieser zwei Richtungen stammt nicht erst von gestern, aber er wird von den liberalen Maurern mit steigender Heftigkeit geführt und er drängt zur Entscheidung. Müssen die Hochgrade und die Ordensfabeln fallen, dann fällt die eigentliche Freimaurerei mit. Das heißt, das Geheimniß hört auf und damit auch die Geheimthuerei; es bleibt dann nichts mehr in den Logen als der banale Liberalismus, wie er auch auf der Straße läuft. Darum ist schon mehrfach von Humanitäts-Maurern der Vorschlag gemacht worden, die Logen möchten ohne weiters den sie verdeckenden Schleier zerreißen und sich öffnen. Inzwischen ist selbst in den vereinigten Großlogen Englands das Hochgradwesen noch im Schwunge. „Es werden, sagt Hr. Findel, gegenwärtig in England außer dem leider officiell anerkannten Royal-Archgrad noch die 33 Grade des sogenannten schottischen Ritus, der Grad der Markmeister und alle möglichen Hochgrade ausgespendet."

Wie es scheint, hat die Opposition der Humanitäts-Maurer hauptsächlich in Deutschland und Belgien ihren Sitz. Auch ist die kritische Geschichtschreibung derselben von Anbeginn im Orden sehr übel angesehen worden. Aus der maurerischen Literatur-Geschichte, welche Hr. Findel zu den verschiedenen Perioden gibt, geht dieß zur Genüge hervor. Krause, der bekannte Philosoph, war eigentlich der Erste welcher eine kritisch-wissenschaftliche Forschung öffentlich zu unternehmen wagte; und obwohl er immer noch Fälschungen und Fabeleien genug für baare Münze hinnahm, so war doch schon die bloße Ankündigung seiner Idee den bestehenden Systemen einen reformirten „Menschheitsbund" zu unterschieben, für die Logen Grund genug zur heftigsten Verfolgung des Mannes. Von Land zu Land gejagt konnte Krause nirgends ein ruhiges Unterkommen finden, bis er endlich zu München im Elende starb (1833). Die Gläubigen des

S. 291 eingeschlichen, indem der Holzschnitt Johannes des Täufers nach Niederbayern verlegt ist, weil er Gerhoh dem Bischof von Chiemsee gehört hat. Chiemsee liegt in Oberbayern.

Zum Schlusse wird noch ein griechisch-russischer Holzschnitt vorgeführt (S. 294), das Lob Mariä genannt. Die auf allen griechischen Madonnenbildern sich findenden abgekürzten griechischen Worte heißen aber nicht *Μαρια θεοτοκος* sondern *μήτηρ θεοῦ*, Mutter Gottes.

Im zweiten Band des Prachtwerkes werden dann vorerst die größeren xylographischen Werke, die eine Reihe von Bildern mit Text enthalten, umständlich besprochen und geschildert, inwieferne sie in der Weigel'schen Sammlung vertreten sind, also die sogenannte Ars moriendi in vielen Ausgaben, die Ars memorandi, die Apokalypse, die Passion, das Salve Regina, der Entchrist, *Biblia pauperum* und Todtentanz. — Zum Salve Regina bemerke ich, daß der Holzschneider Lienhart von Ulm in den Bürgerbüchern von Regensburg wirklich vorkommt. Ebenso werden dort noch genannt im Jahre 1487 Jörg Spalt Kartenmaler von Ulm, 1489 Ulrich der Briefmaler und 1496 Jakob Grab Kartenmaler von Ulm.

Sehr interessant ist die Erklärung des Namens der Biblia pauperum. Es ist bekanntlich eine Reihe von 48 bis 60 Doppelbildern, welche die ähnlichen Vorgänge im alten und neuen Testamente nebeneinandergestellt zeigt und die Erklärung im beigefügten Texte enthält. Man hat sich nämlich gefragt: für welche Arme waren denn diese Bücher bestimmt? Das arme Volk konnte doch auch diese Bücher nicht kaufen, und dann die gekauften nicht lesen! Aus den Schriften Gregors I. ist bekannt, daß Kirchen-Bilder überhaupt als Buch der Armen aufgefaßt wurden, d. h. solcher die nicht lesen konnten. Jene Biblia pauperum aber waren nach den alten Nachrichten, die hier S. 128 mitgetheilt werden, für die armen Prediger bestimmt, die sich eine ganze Bibel nicht kaufen konnten. Ihnen sollte hier ein Compendium der Haupt-

von wo die andern Klöster des Ordens in Bayern bevölkert wurden. Auf S. 132 ist wieder der in Kameelhaare gekleidete Johannes der Täufer irriger Weise für den hl. Joseph gehalten auf dem großen Bilde des jüngsten Gerichtes.

Von S. 132 bis zum Schlusse des ersten Bandes folgen nun die Einzelnholzschnitte der Weigel'schen Sammlung, von Nr. 75 an bis Nr. 232. Sie erstrecken sich von c. 1380 bis 1500 und zeigen mitunter schon eine hohe Vollendung in Zeichnung und Farbe.

Ich will nur wieder einige Irrthümer berichtigen, welche in dieser Abtheilung vorkommen. Zur Gregorianischen Messe S. 152 bemerke ich, daß alle dort angeführten Ablässe apokryph sind, indem das kindlich poetische Mittelalter öfter solche Mittel ersann zur Erweckung des Bußeifers und der Andacht. Gregorius I. der Heilige hat noch gar keinen Ablaß der Art erlassen, am wenigsten einen Ablaß von 14,000 Jahren. Einen Ablaß (Nachlassung der zeitlichen Sündenstrafen) von solcher Ausdehnung hat überhaupt gar kein Papst je erlassen. Alle derartigen Angaben sind apokryph nach dem Zeugnisse des Baronius. Bei dem Blatte der 14 Nothhelfer, die in Bayern noch sehr verehrt werden, bemerke ich, daß der erste Heilige, ein Mönch mit Buch und Kette, nicht der hl. Adjutor ist, der in Deutschland ganz unbekannt blieb, sondern der hl. Leonhard, der Patron der Gefangenen. Vieles habe ich bei dem schönen Bilde des hl. Corbinian aus Freising (v. 1470) auf S. 282 zu berichtigen. Corbinian war nämlich nicht ein irischer Missionär, sondern er stammte aus Chartres (Orleans) in Frankreich. Ferner ist der Titel Episcopus kein Irrthum, er war wirklich Bischof und nach Aribos Zeugniß vom Papste sogar mit dem Pallium beschenkt, aber er war Regionar- oder Wanderbischof. Sein Andenken ist nicht bloß durch eine erst gesetzte Steintafel auf dem Wege nach Weihenstephan in Freising erhalten, sondern er ist noch Patron der Diöcese, sein Grab ist im Dome zu Freising noch erhalten [illegible] zu Ehren. Ein Fehler hat sich auch

Bild stellt nach Tracht und Emblemen die hl. Brigitta von Schweden vor, welche mit Herz und Kreuz erscheint (Vgl. Radowitz: Ikonographie).

Zum Schlusse sind 26 der ältesten typographischen Werke, höchstseltene Incunabeln der Buchdruckerkunst aufgezählt und geschildert, welche Hr. T. Weigel besitzt.

Als Anhang sind noch die Wasserzeichen aller Blätter zusammengestellt, die in diesem Werke vorkommen. Auch an einem vortrefflich geordneten, umfassenden Register fehlt es nicht als würdigem Abschluß des Ganzen.

Hiemit nehmen wir Abschied von dem herrlichen Werke, das seinem Inhalte, seiner artistisch-typographischen Ausstattung und selbst seinem Einbande nach der deutschen Kunst und Industrie zur hohen Ehre gereicht. Wenn wir im Verlaufe der Darstellung mehrere kleinere Verstöße berichtigten, die meist aus dem akatholischen Standpunkte der übrigens höchst billigen und nie im geringsten verletzenden Herren Verfasser sich erklären, so wird gerade dieser Umstand zeigen, mit welchem Interesse wir die beiden Bände des Prachtwerk's durchstudiert haben. Hr. T. O. Weigel hat sich durch dieses Werk selbst ein schönes Denkmal gesetzt und wir wünschen ihm von Herzen Glück zur Vollendung desselben nach sechsundzwanzigjährigen Mühen!

J. S.

Bild stellt nach Tracht und Emblemen die hl. Brigitta von Schweden vor, welche mit Herz und Kreuz erscheint (Vgl. Radowitz: Ikonographie).

Zum Schlusse sind 26 der ältesten typographischen Werke, höchstseltene Incunabeln der Buchdruckerkunst aufgezählt und geschildert, welche Hr. T. Weigel besitzt.

Als Anhang sind noch die Wasserzeichen aller Blätter zusammengestellt, die in diesem Werke vorkommen. Auch an einem vortrefflich geordneten, umfassenden Register fehlt es nicht als würdigem Abschluß des Ganzen.

Hiemit nehmen wir Abschied von dem herrlichen Werke, das seinem Inhalte, seiner artistisch-typographischen Ausstattung und selbst seinem Einbande nach der deutschen Kunst und Industrie zur hohen Ehre gereicht. Wenn wir im Verlaufe der Darstellung mehrere kleinere Verstöße berichtigten, die meist aus dem akatholischen Standpunkte der übrigens höchst billigen und nie im geringsten verletzenden Herren Verfasser sich erklären, so wird gerade dieser Umstand zeigen, mit welchem Interesse wir die beiden Bände des Prachtwerk's durchstudiert haben. Hr. T. O. Weigel hat sich durch dieses Werk selbst ein schönes Denkmal gesetzt und wir wünschen ihm von Herzen Glück zur Vollendung desselben nach sechsundzwanzigjährigen Mühen!

J. G.

XLVI.

Zeitläufe.

Die Nativität des deutschen Krieges.

Den 12. Mai 1866.

Es ist also gewiß: wir werden Krieg haben in Deutschland, wenn Gott nicht in zwölfter Stunde noch Wunder thut. Diese Blätter haben schwarz gesehen seit langer Zeit, aber es ist viel ärger gekommen als sie befürchteten. Sie haben oft gewarnt vor dem unbedachten Leichtsinn mit dem eine so gefährliche Frage wie die wegen Schleswig-Holstein fast von allen Parteien behandelt worden ist; aber sie haben doch nicht geglaubt daß der Leichtsinn bis dahin getrieben werden könnte, wo unser armes Vaterland dem Manne in den Tuilerien als reife Birne in den Schooß fallen müßte.

An Dem ist es aber jetzt. Die deutschen Verwicklungen haben den französischen Imperator zum Herrn und Meister der Lage gemacht, ohne daß er den Finger zu rühren brauchte. Deutschland wird unter allen Umständen den Schaden und die Schande haben; selbst im Falle des Sieges wird weder Oesterreich noch Preußen eigentlicher Gewinner seyn, sondern Er wird den Profit davon haben; denn von ihm hängt die letzte Entscheidung ab. Das wird der Kern der Situation von dem Augenblicke an seyn, wo und wenn der erste Kanonenschuß fällt.

Nun scheint freilich die Kriegsfurie dem Ausbruch so nahe, daß jedes Wort über die Möglichkeit doch noch einen theilweise friedlichen Ausweg zu finden, Jedermann als verlorene Mühe vorkommen dürfte. Pulver ist ein Gegenstand den der geringste Zufall zum Explodiren bringen kann, und vielleicht ist es schon zu spät ehe diese Worte im Druck fertig sind. Doch liegt Ein Umstand dazwischen, der wahrscheinlich noch eine kurze Frist zur Besinnung gewährt und eine unerwartete Wendung zuließe.

Niemand macht bis jetzt Miene die Rolle des Angreifers übernehmen zu wollen. Oesterreich hat feierlich erklärt, daß es sich nur vertheidigen werde gegen den Angriff; Preußen hat dasselbe gesagt und eine neue Basis zum Verhandeln in Wien angeboten; auch Italien hat versichert daß es nicht angreifen werde. Allerdings ist auf diese italienische Erklärung höchstens solange ein Gewicht zu legen, als nicht die italienischen Freischaaren im Felde stehen, welche mit der Geduld sicherlich einen kurzen Proceß machen werden. Und das wäre für Oesterreich noch ein verhältnißmäßiges Glück, wenn es nun einmal zum Kriege kommen muß. Denn die erste Frage ist schon die, wie lange man in Wien es finanziell aushalten könnte, mit der ungeheuren Rüstung die täglich ein paar Millionen verschlingt, ruhig dastehend den Angriff von dieser oder jener Seite abzuwarten. Es wäre der gefährlichste Plan seiner Feinde, wenn sie Oesterreich in eine solche Stellung hineinzunöthigen vermöchten nach der Analogie von 1859, und vielleicht sind die italienischen Freischaaren die einzigen Retter aus dieser Noth.

Inzwischen wollen wir es in Gottes Namen rasch noch versuchen an den Schluß unserer letzten „Zeitläufe" anzuknüpfen. Wir werden dadurch auch die beste Charakteristik des Krieges gewinnen, der unser armes Vaterland bedroht und welcher nur durch das Dazwischentreten des Unerwartetsten noch eine gute Richtung nehmen könnte.

Es ist an der angeführten Stelle gesagt worden, daß

Ein Versuch doch noch erübrige, wie Oesterreich im Frieden mit Preußen auseinander kommen, und zugleich auch zu der deutschen Verfassungsfrage eine neue Stellung nehmen könnte ohne sich doch von dem Zusammenhange mit dem deutschen Bunde ausschließen zu müssen. Wir haben angedeutet, daß es sich um eine Combination des großdeutschen und des kleindeutschen Programms handeln würde, in der Art etwa wie Preußen bereits den Versuch gemacht habe die Mainlinien-Politik mit der Trias-Idee zu combiniren.

Wir sind dabei mit unsern Gedanken von der Reform-Akte von 1863 als dem letzten Wort großdeutscher Richtung ausgegangen, die nicht nur von der Volksvertretung und der Centralgewalt handelt, sondern auch einen langen Abschnitt (V) über das Bundesgericht einschließt. Von dieser Einrichtung ist freilich seit drei Jahren Alles still geworden; aber ich erinnere mich lebhaft der Zeit wo die österreichischen Staatsmänner dieselbe für die wichtigste aller Reformen erklärten. Es ist damals sogar eigens eine Agitation in der großdeutschen Presse in's Werk gesetzt worden um das deutsche Volk zu überzeugen, daß es vor Allem ein oberstes Bundes-Gericht verlangen und haben müsse.

Nachdem Preußen nun am 9. April auch noch die Parlamentsfrage gestellt hat, schließe ich weiter: daß Jedermann nur ehrlich und ohne Voreingenommenheit zu prüfen brauche um zu erkennen, daß Oesterreich nie und nimmer im Ernste an einem deutschen Parlament und der entsprechenden Centralgewalt theilnehmen kann. Bis jetzt fehlt es, und es wird immer fehlen, an einer thatsächlichen Widerlegung des bekannten Vorwurfs, daß Oesterreich stets von Bundesreform spreche, während man in Wien doch selber die Bedingungen derselben, den parlamentarischen Bundesstaat nicht gewähren könne. In der That kann der Zusammenhang zwischen Oesterreich und Deutschland in letzter Instanz immer nur ein persönlich-monarchischer seyn wie bisher. Aber man wendet ein: dann würde sich ja Oesterreich selber aus Deutschland

ausschließen. Ich sage: mit Nichten. Oesterreich kann wohl im Ernste nicht theilnehmen am Parlament und an der entsprechenden Centralgewalt; aber der Kaiser könnte oberster Richter im Bunde seyn.

Ich glaube daß in einer solchen Anordnung das einzige und letzte Mittel läge, auf friedlichem Wege die forteiternde Wunde zu schließen welche von der deutschen Frage gebildet wird, und welche leicht wegen des Parlaments abermals eine Mobilmachung sei es der Heere oder der Barrikaden herbeiführen könnte, selbst dann wenn der Krieg wegen Schleswig-Holstein jetzt noch vermieden würde. Man müßte distinguiren zwischen den Gewalten einer Föderation; zugleich würde so im deutschen Bunde das moderne Dogma von der Unabhängigkeit der Justiz seine idealste Verwirklichung finden.

Meinerseits weiß ich nun recht wohl, es würde Einwendungen regnen gegen diesen Vorschlag. Aber als der deutsche Bund im J. 1815 gegründet wurde, hat es gleichfalls Einwendungen geregnet. Fürst Metternich hat es eben darauf ankommen lassen müssen, und bei jeder Aenderung im deutschen Statusquo wird man es immer darauf ankommen lassen müssen, es sei denn daß einmal eine der beiden Großmächte die andere aufgezehrt haben wird. Ich will hier auch auf keine der voraussichtlichen Einwendungen eingehen. Sondern ich will nur auf den ungeheuern Wechsel der politischen Scenerie aufmerksam machen, wenn im letzten Augenblicke noch die Aussicht auf eine friedliche Wendung, und zwar auf eine ehrliche und gründliche Lösung zwischen den zwei deutschen Mächten einträte. Etwa auf Grund folgenden Vorschlags von Seite Oesterreichs und seiner Inbetrachtnahme von Seite Preußens:

„Oesterreich wolle keine Einsprache erheben gegen die Einsetzung eines deutschen Parlaments und der entsprechenden Centralgewalt, aber es könne sich weder an dem Einen noch an der andern betheiligen. Indeß seien die Bundes-Gesetze welche die Garantie des Besitzstandes nach innen und

[illegible] [illegible], [illegible] [illegible] und [illegible], [illegible] [illegible] [illegible] dem Kaiser zu [illegible]. Oesterreich [illegible] [illegible] [illegible] seinen Bundesgenossen in Schleswig-Holstein gegen Entschädigung seiner Rechte und [illegible] an Preußen abgetreten, es [illegible] [illegible] [illegible] über die [illegible] Stellung der Herzogthümer mit dem deutschen Parlament sich zu verständigen. Oesterreich verlange aber die Einsetzung des Bundes-Gerichts, und es [illegible] sich [illegible] [illegible] Lösung der [illegible] [illegible] [illegible] der [illegible] des [illegible] Gerichts an der [illegible] vor, daß der Kaiser die Präsidenten und die Hälfte der Bundesrichter frei ernenne, die andern auf Vorschlag Preußens, [illegible] der [illegible] Centralgewalt."

Was wäre nun die erste Folge davon, wenn Preußen auf Grund solcher oder ähnlicher Vorschläge seine [illegible] niederlegte, oder derselben eine veränderte Richtung gäbe und die Kriegsbereitschaft nur aufrecht hielte zum Schutz gegen mögliche Eventualitäten im Süden! Was, sage ich, wäre die erste Folge davon? Niemand kann es verkennen, daß eine solche Nachricht wie ein Donnerschlag wirken würde wo immer die ärgsten Feinde Deutschlands sitzen, vor Allem in Florenz und in den Tuilerien. Die perfide Revolutions-Regierung Italiens und ihr geheimer Protector in Paris säßen auf's tiefste im verwünschten Pech. Oesterreich könnte im Festungsviereck ruhig den italienischen Angriff abwarten. Victor Emmanuel ist zu weit vorgegangen, er müßte den Sturm wagen wenn er nicht seine „monarchische Revolution" einer furchtbaren Explosion aller feindlichen Parteien sofort preisgeben wollte. Aber seine Niederlage würde unfehlbar dieselbe Explosion zur Folge haben. Der italienische Raubbau wäre so wie so verloren, und der französische Imperator würde sich hüten seine Heersäulen abermals über die Alpen zur Hülfe zu schicken. Er würde keinen Finger rühren von dem Moment an, wo die zwei deutschen Mächte wieder einig wären. Allerdings müßte er die immensen Interessen seiner Banken an der italienischen Staatsschuld möglichst zu

sichern suchen; denn Oesterreich wäre dann auch der Gefahr überhoben der Welt das erste Beispiel eines Ehre und Ansehen vernichtenden Staatsbankerotts zu geben. Der italienische Bankerott würde dem Imperator im eigenen Hause die übelste Lage bereiten; aber zu einem Kriegsfall eignete sich das von Natur aus nicht, eher zu einem Congreßfall.

Jedermann wird zugeben, daß die Anwendung unserer Hypothese auf Italien unstreitig richtig ist. Aber man wird sagen: Preußen, d. i. Graf Bismark werde ebendeßhalb darauf weder eingehen wollen noch können. Ich bezweifle beides. Das italienische Bündniß lag für Preußen in der Natur der Lage; kam es zum Kriege zwischen Oesterreich und Preußen so war es unter allen Umständen gewiß, daß Italien angreifen würde. Daß man in Berlin sich eigens noch gebunden haben sollte, ist sehr unwahrscheinlich. Um so mehr als Graf Bismark seinen nicht leicht zu behandelnden Monarchen sicher nur durch die Vorspiegelung, daß es Oesterreich unmöglich zum Kriege kommen lassen werde, dahin gebracht hat wo er ihn haben wollte. Er mag dem König gesagt haben: Preußen brauche nur den Ernst zu zeigen, so werde Oesterreich zuverlässig früher oder später sich einschüchtern lassen und Nachgeben für ein Nothgebot seiner unermeßlichen Verlegenheiten erklären. Alle diese Illusionen würde aber der Minister mit eigener Hand zerstört haben, wenn er seinem Herrn die Annahme eines bindenden Allianzvertrags mit Italien zugemuthet hätte.

Was dann zweitens das Wollen des Grafen Bismark betrifft, so kann er sich unmöglich verhehlen — und es ist soviel wie faktisch daß er sich nicht verhehlt — was für Preußen die Folge des Krieges mit Oesterreich seyn würde. Für's Erste sind die berühmten „zwei Schlachten" noch auf keiner Seite gewonnen und sie könnten sehr wohl auch verloren gehen für Preußen. Die herrlichen Heere des Kaisers sind unter keinen Umständen ein unbedenklicher Gegner: das wird auch die dünkelvollste und hochfahrendste Borussomanie wenig-

stens unter vier Augen zugestehen. Wenn aber Preußen auch im Felde siegen sollte, so wird es doch die Früchte des Sieges nicht einheimsen können ohne an Frankreich den Blutzehnten am Rhein abgegeben zu haben. Das ist eben der rabenschwarze Hintergrund der gegenwärtigen Verwicklung, daß der Imperator auf alle Fälle seines Vortheils sicher ist, sobald es zu einem ernstlichen Kriege kommt.

Wollte Graf Bismarck nun wirklich die erforderlichen Abtretungen an Frankreich mit der Hoffnung beschönigen, daß Preußen bald stark genug seyn werde um dieselben wieder zu holen, so wäre dieß einfach lächerlich. Preußen würde durch den moralischen Selbstmord eines solchen Sieges die Revolution im Innern nicht schwächen sondern stärken und erst recht großziehen. Graf Bismarck kennt aber die Macht welche verderbendrohend hinter ihm steht; zum Ueberfluß hat sie sich soeben durch einen sechsläufigen Revolver bei ihm in Erinnerung gebracht und sich zu verstehen gegeben. Es unterliegt überhaupt keinem Zweifel, daß der Minister und sein Herr ursprünglich hofften durch die Solidarität der conservativen Interessen zu ihrem Ziele in den Herzogthümern zu gelangen, und die übelberechnete Taktik gegen die „Revolution" hat in Gastein und Salzburg eine allzu ernsthafte Rolle gespielt, als daß man in Berlin jetzt blind seyn könnte für die gewissen Gefahren des letzten Schrittes, und daß man sich behaglich fühlen könnte als — Diener der Revolution wider Willen.

Wenden wir uns endlich zu Oesterreich und fragen wir: was man denn in Wien durch den Krieg zu erreichen gedenke? Von Preußen weiß man ganz bestimmt was es will, aber es ist schwer auszusprechen und mit nur annähernder Genauigkeit anzugeben, was Oesterreich eigentlich will. Ich glaube daß die Antwort auf diese Frage in Wien selber ganz dem Zufall anheimgestellt bleiben muß, und eben diese Unberechenbarkeit mag allerdings auch den Bundesgenossen welche sonst die natürlichen seyn müßten, ihre Entschließungen

um so mehr erschweren, als sie ohnehin nahezu bis zur Beschlußunfähigkeit herabgekommen sind und sich politisch fast ausgelebt haben.

Wie die Dinge stehen und bei der vorzeitig verrathenen Haltung des französischen Selbstherrschers, muß man sagen, daß für Oesterreich eine kurze Niederlage möglich seyn würde, aber nicht ein kurzer Sieg. Es ist klar wie der Tag, daß Oesterreich es nicht mit Zweien zu thun hätte, sondern mit — Dreien, und dabei wäre es selbst ohne irgend eine mächtige oder nur zuverlässige Allianz. England, der sonst sprichwörtlich gerühmte „natürliche Alliirte", thut was längst vorauszusehen war. Es dehnt sich auf dem Faulbett seiner Manchester-Politik und ermannt sich höchstens zu dem lächerlichen Antrag bei dem Imperator, er möge jetzt durch Berufung des früher so hochmüthig abgewiesenen Congresses sein glänzendes Spiel sich selber verderben. Mit diesem tragikomischen Schritt hat der gewesene Balancirer des europäischen Gleichgewichts das Arsenal seiner Maßregeln erschöpft.

Schon dieser Ausfall Englands hat die europäischen Stellungen seit zehn oder fünfzehn Jahren zu Ungunsten Oesterreichs unberechenbar verändert, und der Verlust des natürlichen Alliirten war noch dazu begleitet von dem Hinzukommen eines neuen natürlichen Todfeindes! Ferner Rußland; es ist vielleicht augenblicklich keine Drohung für Oesterreich, aber es ist zuverlässig ein schadenfroher Zuschauer. Von den deutschen Mittelstaaten endlich, soweit dieselben überhaupt noch zu rechnen sind, will ich nicht mehr sagen als daß sie im besten Falle sehr spät, wenn nicht zu spät mit ihren Berathungen und Bedenken fertig werden würden.

Ganz allein und verlassen müßte also Oesterreich in den Krieg gehen, es müßte seine Heere theilen zwischen zwei weit auseinander liegenden Kriegsschauplätzen. Nun haben wir die höchste Achtung vor der kriegerischen Tüchtigkeit dieser Heere; aber viele Hunde sind des Hasen Tod. Oesterreich müßte überall und immer siegen; denn ein bedeutender Unfall

auf dem einen oder andern Kampfplatz dürfte es die letzte Aussicht auf deutsche Hülfe kosten, und auch die Stimmung im eigenen Hause wieder so schwierig machen wie sie schon einmal vor sieben Jahren war. Darum sage ich: eine kurze Niederlage ist möglich, aber nicht ein kurzer Sieg; denn auf dem Wege desselben würde der Fuß Oesterreichs alsbald auf den Imperator stoßen, der überall lauernd im Hintertreffen steht.

Nehmen wir nun an, Oesterreich gehe ausschließlich nur mit seinem deutschen Standpunkt und für seine deutsche Stellung in den Krieg, es vertheidige mit einem Worte sein deutsches Supremat und wolle nicht mehr: so ist es klar, was daraus im Fall einer kurzen Niederlage gegen Preußen werden würde. Käme es aber zu einem längern Kampfe, so würde die deutsche Bundesverfassung und der gesammte territoriale Statusquo in Deutschland nicht weniger in Trümmer gehen und unwiederbringlich verloren seyn. Oesterreich mag noch so ehrlich und entschlossen als deutsche Macht in den Krieg gehen, es wird unter allen Umständen als europäische Macht wieder herauskommen.

Und zwar würde es selbst als Sieger gegen Preußen und Italien so geschwächt und tödtlich erschöpft aus dem Kampfe hervorgehen, daß der französische Imperator mit leichter Mühe in der Lage wäre, den Inhalt des Friedens zu diktiren. Das linke Rheinufer und Venetien zumal würden keinenfalls zu erhalten seyn, vielleicht sogar keines von beiden, wenn man es nicht auf einen neuen Krieg mit Frankreich ankommen lassen wollte. Preußen aber würde doch nicht aufhören zu existiren. Denn als wesentlichstes Element der deutschen Verwirrung thut es dem eifersüchtigen Inland und Ausland allzu kostbare Dienste. Nicht umsonst hat Hr. Thiers, der Oesterreich freundlichste aller Franzosen, in seiner jüngsten Kammerrede gesagt: daß die Zerrissenheit und Schwäche Deutschlands „von jeher das größte politische Princip Europa's gewesen sei." Nach dem Beispiele des westfälischen, des Teschener, des Wiener Friedens, die Hr. Thiers als die ewigen

Leitsterne der französischen Politik angerufen hat, würde im verkleinerten und entehrten Deutschland nur das alte Misere angepflanzt werden.

Herr Thiers hat im Namen der liberalen Bourgeoisie gesprochen, die schon wegen der materiellen Interessen den Frieden um jeden Preis will und welcher die Wiederherstellung des Parlamentarismus viel lieber wäre als die Rheingränze, Belgien und Ligurien. Gegen diese Partei hat nun Napoleon III. seine niederschmetternde Anrede von Auxerre losgelassen: „Gleich der Mehrheit des französischen Volkes verabscheue ich jene Verträge von 1815, die man heute zur einzigen Grundlage unserer auswärtigen Politik machen will.“ Man hat gemeint, der schweigsame Imperator sei da zum erstenmale unvorsichtig gewesen und habe seine geheimen Absichten zu früh verrathen, in einem Augenblicke wo man von Köln bis Wien vielfach noch gutmüthig genug war zu glauben, daß Er, sage Er den Frieden zwischen den deutschen Mächten „vermitteln“ und den Italienern den Angriff verleiden werde. Seine Anrede ist aber um keine Minute verfrüht, wenn es zu diesem schrecklichen Kriege kommen soll.

Der europäische Grundvertrag ist dann bis auf den letzten Fetzen zerrissen, und es wäre Wahnsinn noch von der „Erhaltung des Bundes“ zu reden. Wenn es gut geht für Oesterreich, dann kann es sich, zur Entschädigung für Venetien, mit Preußen in das um die Rheinlande verkürzte Deutschland theilen bis an die Donau, vielleicht sogar bis an den Main. Mit dem deutschen Supremat aber ist es dann vorbei wie mit Deutschland überhaupt, und Oesterreich ist nur mehr eine europäische Macht.

Ich behaupte aber, daß dieses Supremat so wie es in Wien aufgefaßt wird, auch im Frieden nicht länger hätte aufrecht erhalten werden können. Man müßte sonst vor Allem im Stande seyn das deutsche Parlament für ewige Zeiten zu hintertreiben, und dieß ist auf die Länge nicht möglich. Man müßte zweitens im Stande seyn Preußen zu verkleinern oder

in irgendeiner andern Weise die Adern seiner Machtentwicklung zu unterbinden. Das großdeutsche Kaiserthum oder der absolute Stillstand im Bunde: ließ sich keines von beiden präpariren, so konnte leicht Jedermann voraussehen, daß die Natur gegen den Schneider von 1815 sich empören werde und empören müsse.

Es ist nämlich allerdings wahr, daß der Bund durch die Diplomatie von 1815 auf die traditionelle Suprematie Oesterreichs basirt war. Inzwischen ist aber die preußische Bevölkerung fast noch einmal so groß geworden als sie damals war; sie ist innerhalb des Bundes schon stärker als die der österreichischen Bundesländer; auch in der Entwicklung des Volkswohlstands und geordneter finanziellen Verhältnisse hat sich Oesterreich von der norddeutschen Monarchie weit überholen lassen. Noch viel größer war der Wechsel der äußern Beziehungen, namentlich seit 1859 und immer zu Ungunsten Oesterreichs. Wie faßt man nun aber in Wien die österreichische Suprematie im Bunde auf?

In dem Streit wegen der Herzogthümer ist es ganz klar geworden, daß diese Auffassung eine rein mechanische ist. Man kann nicht verhindern, daß Preußen von innen heraus stetig wächst, aber es soll sonst in keiner Weise einen Machtzuwachs erhalten, den nicht Oesterreich in ganz gleicher Weise erlangen kann und zwar in Deutschland selbst. Um so viel Seelen und Thaler also Preußen bei irgend einem Anlaß stärker würde, um so viel Seelen und Gulden müßte auch Oesterreich stärker werden. Bei Lauenburg hat man der Kleinheit des Gebietes wegen noch ein Auge zugedrückt, aber in dem Streit über die künftige Gestaltung Holsteins und Schleswigs ist die mechanische Auffassung eklatant zu Tage getreten. Es ist nämlich ein öffentliches Geheimniß, daß man in Wien ganz bereit gewesen wäre die beiden Herzogthümer gegen ein Aequivalent in Schlesien an Preußen abzutreten. Auch in Norddeutschland, wo man den Verhältnissen Schleswig-Holsteins am nächsten steht, hat diese Politik der „Compensation“

eifrige Vertreter gefunden, und nicht bloß in der „Kölnischen Zeitung". Unter Anderm liegen uns mehrere Flugblätter der „Nordischen Correspondenz" und des „Beobachters an der Elbe" vor, worin behauptet wird, daß der alte Fritz sich keinen Augenblick besonnen haben würde, für den kostbaren Besitz der meerumschlungenen Länder ein Stück seiner schlesischen Eroberung hinzugeben.

Ich sage: es ist ein öffentliches Geheimniß, daß Oesterreich gegen ein Aequivalent in Schlesien die Londoner Erklärung vom 28. Mai 1864, das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner und den Bundesstandpunkt insgesammt definitiv in die Schanze geschlagen hätte, wie es denn in der That die zwei Jahre her eine von der jetzigen Politik vollkommen divergirende Bahn verfolgt hat. Aus diesem Grunde hat auch die Note vom 26. April, worin Graf Mensdorff den preußischen König ersucht, „in dieser deutschen Sache dem Bunde zuletzt zu geben was des Bundes ist" — auf uns einen sehr mäßigen Eindruck gemacht. In Berlin hätte man es ohne Zweifel jetzt noch in der Hand durch das schlesische Aequivalent der Frage eine andere Wendung zu geben. Nur das erste Wort will man in Wien aus begreiflichen Gründen nicht sprechen. Für Berlin aber liegt jetzt die Antwort nahe, diese deutsche Sache gehöre nicht mehr vor den Bundestag, sondern vor das Parlament, und es wäre nebenbeigesagt gar nicht zu verwundern, wenn die alte und einst so kühne schleswig-holsteinische Mehrheit am Bunde jetzt gleichfalls für die Verweisung stimmen würde, um nur ja Preußen nicht unheilbar vor den Kopf zu stoßen.

Wie konnte aber endlich Graf Bismark die Keckheit so weit treiben, daß er ohne Compensation die Abtretung des österreichischen Rechts auf die Herzogthümer an Preußen erwartete? Wir kommen hier an einen Punkt dessen Tragweite selbst heute noch nicht genug gewürdigt zu werden scheint. Ich meine das neue Italien. Ein Sturm der Entrüstung ist durch alle braven deutschen Herzen gegangen über die preußi-

schen Zettelungen mit Florenz, und man fluchte dem Namen Bismark zehnfach, seitdem seine Noten und Organe unverholen erklärt haben, daß die Bedrohung Italiens eine Bedrohung Preußens sei, weil eine Niederlage der italienischen Waffen eine Schwächung Preußens wäre. Selbst demokratische Blätter haben von „Schurkerei“ gesprochen und wir hätten alle Lust mitzudonnern, wenn nur mit dem leeren Ausdruck der Leidenschaft, und wäre es die edelste, irgend etwas geholfen wäre. Was haben wir alle im J. 1859 dem Cavour mit seinem Banditenpack 'geflucht und für die braven Oesterreicher gebetet; dennoch ist damals der Grund zu unseren jetzigen Leiden gelegt worden, und vor kaum einem halben Jahre haben unsere mittelstaatlichen Regierungen, mit Ausnahme einer einzigen, dieser Schöpfung des ungeheuersten Frevels ihre feierliche Anerkennung gewidmet.

Nun wohl, dieses neue Italien hat nicht nur das europäische Gleichgewicht, sondern noch viel mehr das deutsche Gleichgewicht zerstört. Es hat überhaupt kein conservatives Princip in Europa unvergiftet gelassen. Das erfahren wir jetzt.

Preußen mit seiner verwandten Staatsnatur hat den größten Vortheil davon gezogen, es hat was ihm fehlte, es hat an Italien endlich einen natürlichen Alliirten gefunden. Aus unsichtbaren Kanälen ist seitdem der preußischen Monarchie all der Machtzuwachs zugeflossen welcher der österreichischen Monarchie fortwährend entgangen ist. Das ist die geheime Naturgewalt aller großen politischen Aenderungen, daß sie analoge Wirkungen auf verwandten Punkten nach sich ziehen. Graf Bismark hätte nicht gewagt was er gewagt hat, ja er wäre gar nicht geworden was er jetzt ist, wenn ihn nicht der siegreiche Cavourismus in Italien dazu gemacht hätte. Vielleicht wußte der Mann eigentlich selbst nicht, wie ihm geschah. Jedenfalls befindet sich unter seinen Verbrechen Eines nicht: die Consequenz des politischen Gedankens. Und gleich ihm ist auch die Mehrheit der „christlich Germanischen“ von dem italienischen Magnet ohne Scham und Gram dahingerissen worden.

Ginge die politische Elektrisirung noch eine Zeitlang unabgeschnitten so fort, dann könnte der Warnungsruf den der neapolitanische Gesandte in München zum Abschied hinterlassen, bald wahr werden: diese kleineren deutschen Staaten möchten nun nach ihrer Anerkennung Italiens zusehen, wie lange ihre eigene staatliche Existenz noch gesichert sei. Auch Hr. Thiers hat bekanntlich von jeher behauptet, daß der italienische Unitarismus mit Naturnothwendigkeit den deutschen Unitarismus nach sich ziehen müßte. Mag es damit nun allerdings in unserem kälteren Deutschland so rasch nicht gehen, das Eine ist gewiß: daß von dem Moment an wo Preußen an Italien einen natürlichen Alliirten hatte, die österreichische Suprematie im deutschen Bund eine Chimäre war. Von den Voraussetzungen derselben wie sie 1815 vorhanden waren, existirt vollends nichts mehr, seitdem Oesterreich seine Stellung in Italien verloren hat und sich auch dort gegen eine werdende Großmacht vertheidigen muß.

Offenbar hat man in Wien die naturnothwendige Rückwirkung dieser neuen Macht auf die deutschen Verhältnisse so wenig wie an andern Orten richtig und voll gewürdigt. Es wäre aber wahrlich jetzt höchste Zeit den Fehler gutzumachen. Gewisse Politiker haben der Wiener Diplomatie gerathen, Venedig aufzugeben um die deutsche Suprematie desto fester anzuziehen. Ich halte diese Anschauung für ganz verkehrt. Gerade das Gegentheil ist wahr: die neue Macht in Italien muß zerschlagen werden, wenn nicht Oesterreich mehr und mehr auch aus Deutschland verdrängt werden soll.

Sollte Italien wirklich sich zu consolidiren und auf die Dauer zu halten vermögen, dann ist Venedig auf die Länge nicht haltbar. Niemand kann daran zweifeln, daß der unnatürliche Zustand wie er jetzt ist, niemals definitiv werden kann. Entweder hört Italien wieder auf Ein Reich zu seyn oder Venedig geht auch noch verloren. Erreicht aber Viktor Emmanuel sein Ziel in Italien, dann erreicht Preußen es in Deutschland; Oesterreich fällt dann aus dem deutschen Interesse

hinaus und gänzlich auf den Orient hinüber. Das aber ist es nicht was wir wünschen können; wir reden seit Jahren von der großen „Mission" die Oesterreich nicht in Frankfurt sondern im Orient habe; eine Mission im Orient kann es aber nur haben, wenn es seinen eigenen Schwerpunkt außerhalb des Orients hat, und daß dazu ein starker Fuß an der Adria mitgehört, liegt außer allem Zweifel.

Ist es denn möglich, daß man in Wien sich darüber täuschen sollte, wo die größte und die eigentliche Gefahr des Augenblicks zu suchen ist?

Die Gelegenheit wäre noch da, ja sie wäre erst recht da, endlich einmal Politik im großen Styl nach der wirklichen und nicht eingebildeten Lage der Dinge zu machen. Italien ist ruinirt, wenn Oesterreich sich entschließt im Frieden mit Preußen sich den deutschen Händeln endlich zu entziehen ohne doch aus Deutschland auszuscheiden. Sobald aber Italien ruinirt ist, wird die preußische Macht sammt Schleswig-Holstein nicht bedrohlicher seyn als sie vorher war, und die übrigen deutschen Staaten werden sich in und außer dem Parlament besser zu wehren wissen als bisher, wo sie sich in aller Bequemlichkeit immer nur auf den Schutz Oesterreichs verließen.

Und was hat denn Oesterreich davon gehabt? Jene deutschen Händel haben den Kaiserstaat genöthigt dreimal in fünfzehn Jahren zu den Waffen zu greifen; dafür ist es zweimal in entscheidenden Weltfragen von uns im Stiche gelassen worden. Hüte man sich das Schicksal zum drittenmale zu versuchen!

XLVII.

Aus Schlesien.

Berichtigung über die Conversionen in Schlesien.

Es sei uns gestattet, bezüglich des Aufsatzes im 7. Hefte (laufenden Jahrgangs) dieser Blätter: „Zur deutschen Schulfrage — aus Preußen", eine kurze berichtigende Notiz beizubringen, welche wir zur Verhütung irriger Ansichten und ungerechter Urtheile nicht verschweigen zu dürfen glauben. Wir stimmen mit den Ansichten des Verfassers über die Nichtberechtigung des Schulzwanges und über die traurigen Consequenzen dieser Einrichtung nicht nur im Princip vollkommen überein, sondern schließen uns auch den Klagen an, die er im Hinblick auf die ungünstigen Verhältnisse der Katholiken in Schlesien vorgebracht hat; aber dagegen müssen wir uns doch mit Entschiedenheit verwahren, daß statistische Notizen, aus denen man auf das kirchliche Leben der Gläubigen und wohl auch auf den Eifer der Seelsorgsgeistlichkeit zurückschließen darf*), einseitig nach den Ausweisen der protestantischen Kirchenbehörden benützt und Besprechungen von einer gewissen Tragweite zu Grunde gelegt werden.

Das hochwürdigste Ordinariat Breslau würde auf Ersuchen sich jedenfalls haben bereit finden lassen, die nothwendigen Daten aus den amtlichen Listen mitzutheilen, wenngleich dasselbe bisher eine Veröffentlichung der stattgefundenen Conversionen und Apostasien niemals verfügt, noch auch durch die in den Ausweisen der protestantischen Kirchenbehörden niedergelegten Angaben zu solcher Veröffentlichung sich hat veranlaßt finden können. Es lag eben kein ausreichender Grund vor, diese statistischen Notizen bekannt zu geben; der Beruhigung aber, oder auch nur der Aufklärung des katholischen Klerus und Volkes über die angeblichen Massen-Abfälle bedurfte es nicht; denn es gibt kaum

*) Einen solchen Rückschluß zu machen, ist jedenfalls dem Verfasser nicht eingefallen. Anm. d. Red.

noch Katholiken, welche über die Zuverlässigkeit jener veröffentlichten „Bekehrungs“-Ausweise sich im Zweifel oder Irrthume befänden.

Da wir in der Lage sind, die amtlichen Ausweise der katholischen Kirchenbehörden zu benützen, so wollen wir nachstehend die vorgefundenen Resultate den anderweiten Angaben, wie sie in oben erwähntem Aufsatze sich abgedruckt finden, einfach gegenüberstellen.

Nach den protestantischen Ausweisen betrugen die Austritte aus dem Protestantismus im J. 1864 zusammen die Zahl 382, worunter 28, welche zu Gunsten der katholischen Kirche stattfanden.

Nach den Ausweisen der katholischen Pfarrämter dagegen traten im J. 1864 zur katholischen Kirche über: 855 Personen, von denen 837 (nicht 28!) dem Protestantismus angehört hatten. Wir bemerken hiezu, daß wir von jedem erwachsenen Convertiten (von denen 291 dem Protestantismus angehörten) Namen, Stand, Parochie und unterrichtenden Geistlichen aufgezeichnet finden, so daß selbst die geringste Täuschung ausgeschlossen ist.

Wenn es ferner in den protestantischen Berichten heißt: „Dagegen traten zu der protestantischen Kirche über zusammen 1061, worunter der größte Theil, nämlich 817 aus der katholischen Kirche und unter diesen wieder 525 Confirmanden“ — so stellt sich nach den amtlichen Ausweisen der katholischen Behörden das Verhältniß so, daß aus der katholischen Kirche austraten 140, davon 115 zum Protestantismus und unter diesen 73 sogenannte Confirmanden.

Endlich finden wir noch die summarische Angabe, wonach in dem Zeitraume der letzten zehn Jahre über 5039 „Confirmanden“ und 3048 Erwachsene von der katholischen Kirche abgefallen und zur „Landeskirche“ übergetreten sind. Wir haben uns die Mühe genommen, auch hierüber genaue Nachrechnung zu halten und sind zu dem Resultate gelangt, daß in dem letzten Decennium vom Katholicismus abgefallen sind in Summa 1736 Personen, davon 1469 zum Protestantismus und unter diesen 855 Neocommunicanden.

Dagegen sind in demselben Zeitraume zum Katholicismus übergetreten 8883 Personen, davon 8520 aus dem Protestantismus, nämlich 3646 Erwachsene und 4874 Neocommunicanden.

Indem wir diese Angaben veröffentlichen, vindiziren wir denselben denjenigen Anspruch auf Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit, welcher amtlich abgegebenen Notizen gebührt. Dagegen unterlassen wir es, Andeutungen zur Erklärung der allerdings ungeheuren Differenzen der beiderseitigen amtlichen Notizen beizufügen, indem wir dem Scharfsinne der Leser anheimgeben, den richtigen Erklärungsgrund selbst ausfindig zu machen.

Breslau den 1. Mai 1866.

XLVIII.

Die spanisch-amerikanischen Republiken mit besonderer Hinweisung auf Peru.

(Schluß.)

Ein ähnliches Bild, wie in Peru, sehen wir in den meisten spanischen Republiken, dieselbe Geschichte wiederholt sich immer und ewig wieder. Sobald ein Militärhäuptling eine Emeute bewerkstelligt und den Präsidenten der Republik abgesetzt hat, so erklärt er sich selbst zum provisorischen Oberhaupte der Nation, und nöthigt die Behörden ihm Treue zu schwören. Darauf ernennt er die Hauptthelfershelfer der Revolution zu Ministern, Präfekten, Subpräfekten, Administratoren der Douane u s. w. Er verbannt und verfolgt seinen Vorgänger und alle dessen Anhänger. Dann beruft er einen neuen Congreß, zusammengesetzt aus den Parteigängern des neuen Herrschers welche durch die Gewaltmaßregeln der neuen Behörden gewählt worden sind. Der Congreß proklamirt ihn dann als Präsidenten der Republik und bestätigt die Revolution, indem er dieselbe als gesetzlich erklärt. Darauf wird die Pensionirung oder Absetzung fast aller früheren Behörden vom Congresse entschieden und an ihre Stelle Deputirte oder andere Anhänger des neuen Präsidenten gesetzt, wodurch der Staatsschatz immer mehr mit Pensionen belastet wird. Ferner

[illegible]

[illegible] Revolution [illegible]

Revolutionen [illegible]

[illegible]

dünken auslegt. Die Congresse und Wahlen sind bloße Farcen, denn in Wirklichkeit erwählen nur die gerade herrschenden Parteihäupter, und die so gewählten Deputirten müssen im Congresse thun und sagen was ihnen befohlen wird.

Die Folge dieser Anarchie ist die Verschleuderung der öffentlichen Gelder. Diejenigen welche sich in Besitz der Macht gesetzt haben, bestimmen für sich enorme Gehalte und ziehen außerdem nach Belieben auf den Staatsschatz. Wenn sie nach einer Verbannung wieder zur Herrschaft gelangen, wie es mit Gamarra und Menendez in Peru der Fall war, so haben sie noch die Unverschämtheit ihren Präsidentengehalt für die ganze Zeit ihrer Verbannung zu verlangen oder vielmehr zu nehmen (in Peru 40,000 Dollars jährlich). Dasselbe geschieht auch mit den anderen Angestellten mit der Sanktion des Congresses.

Seit der Unabhängigkeit hat überhaupt in den meisten spanischen Republiken eine große Aenderung in Sitten und Ideen stattgefunden. Anstatt gebildete Männer von ehrenwerthem Charakter anzustellen, werden diese gewöhnlich beseitigt und in den lukrativen Stellen nur die Männer der Faktionen placirt, selbst wenn sie auch zum Abschaum des Pöbels gehören. Straflosigkeit für jede Art von Verbrechen, Verheißung der zügellosesten Freiheit und offene Beschützung des Lasters: dieß sind die Hauptmittel wodurch der farbige Pöbel geködert wird, der sich immer auf der Seite der radikalsten Demokratie befindet. Die den Wühlern unbequemen ehrlichen Leute werden verfolgt. Doch ist es im Ganzen nur eine sittenlose Minorität, zusammengesetzt aus jener Pest der amerikanischen Gesellschaft — den Offizieren*), Spielern und

*) Was die Mehrzahl der spanisch amerikanischen Offiziere betrifft, so darf man ja nicht bei ihnen den europäischen Maßstab anlegen. Meist sind es Leute ohne Ehre, ohne Bildung und ohne militärische Kenntnisse oder Verdienste, von der Straße weg zu Offizieren ernannt, weil ihnen die Protektion irgend eines Deputirten, Generals

Advokaten — welche die Anarchie aufrecht erhalten und den besseren Theil des Volkes terrorisiren. Sehr treffend schilderte Marschall Forey am 10. Februar 1866 im französischen Senate die mexikanischen Mißstände in dieser Beziehung und fast dasselbe läßt sich von den meisten anderen spanischen Republiken sagen.

In einigen Staaten jedoch hat sich der bessere Theil der Bevölkerung gegen die Demagogen ermannt und einigermaßen Ruhe und Ordnung im Lande erhalten. Chile welches in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit ein Spielball aller revolutionären Leidenschaften gewesen, ward durch die kräftige Hand des Ministers Portales, der die Anarchisten niederwarf und die höheren und gebildeten Schichten der Gesellschaft um die Regierung schaarte, gerettet. Seitdem hat mehr Gesetzlichkeit, Ordnung und Fortschritt in Chile geherrscht als in irgend einem anderen Theile des spanischen Amerika. Nur sind bei dem blutdürstigen und energischen Charakter des niederen chilenischen Volkes dort größere Gräuel als sonstwo zu befürchten, sobald die Aasgeier der Revolution den Triumph ihrer jetzt unter der schwachen Regierung des Präsidenten Perez immer mehr wachsenden Umtriebe erlangen sollten. Dann ist Chile verloren.

In Guatemala vereinigten sich gleichfalls die besitzenden und gebildeten Classen und erwählten einen Mann aus dem Volke, der auf die zahlreiche indianische Bevölkerung einen unbegrenzten Einfluß ausübte, zu ihrem Oberhaupte. Carrera war streng, selbst grausam zuweilen und seine indianischen Horden haben sich im Kriege manchen Zügellosigkeiten hingegeben; allein all seine Willkürlichkeiten die von den Zeitungen unendlich übertrieben wurden, waren nichts im Vergleiche zu denen der rothen Diktatoren Monagas in Venezuela, Rosas in Buenos Ayres und Mosquera in Neu-Granada.

---

oder einer Buhlerin zu Theil ward, oder auch weil sie sich in einer Revolution hervorgethan haben.

Während seiner 20jährigen Regierung (er war zum lebenslänglichen Präsidenten gewählt) hat sich Guatemala merkwürdig gehoben. Das Land erfreute sich allgemeinen Wohlstandes, Ruhe und Ordnung und sein Handel und Ackerbau blühten wie überall in jenen reichen Ländern, wo die Revolution nur wenige Jahre niedergehalten wird. Der im vorigen Jahre erfolgte Tod des Generals Carrera kann aber vielleicht auch dort neue Revolutionen zur baldigen Folge haben.

Ein anderer Miniaturstaat, Costarica, macht gleichfalls eine ehrenvolle Ausnahme von den übrigen spanischen Republiken. Die Volkselemente sind dort besser; denn da keine sehr reichen Gold- und Silberminen vorhanden waren, so kamen wenig Abenteurer, sondern die Einwanderer waren fleißige Leute die sich ausschließlich mit Ackerbau beschäftigten. Sie bestellten selbst ihre Felder, da sie zu arm waren um Negersklaven zu kaufen, und es an einer zahlreichen indianischen Bevölkerung fehlte, die zu Sklaven hätte gemacht werden können. So blieb das verderbliche Negerelement aus dem Lande, auch die Mestizen sind nicht häufig und die meisten Einwohner sind Weiße die sich nicht wie in anderen spanischen Ländern der Arbeit schämen, sondern sich ausschließlich um diese und nicht um Revolutionsumtriebe kümmern. In Costarica herrscht auch weit größere Moralität als in den andern spanisch-amerikanischen Staaten, und nur durch die Intriguen der Nachbarstaaten wird seine Ruhe zuweilen gestört.

Buenos Ayres fing unter seinem jetzigen Präsidenten Mitre auch an die Bahn der Ordnung und des Fortschrittes zu betreten, leider hat in neuester Zeit der Krieg mit Paraguay die Verhältnisse wieder sehr unsicher gemacht. Immer aber gibt die meist aus Weißen bestehende Bevölkerung von Buenos Ayres und die beständig wachsende europäische Einwanderung gegründete Hoffnung, daß diese Nation früher oder später die Revolution ausrotten und ein geordnetes Staatswesen dauernd einführen wird.

Im Allgemeinen kann es im spanischen Amerika als Regel gelten, je zahlreicher das Negerelement vertreten ist und je mehr die Mischlingsbevölkerung, seien es Mulatten oder Mestizen, in einem Staate vorherrscht, desto hoffnungsloser ist seine Zukunft. Als Beweise führe ich an Neu-Granada und Venezuela mit starker Neger- und Mulatten-Bevölkerung, Bolivia und Mexico mit vielen Mestizen. Die Culturfähigkeit des Negers ist zu gering und sein natürlicher Hang zur Trägheit und zu Ausschweifungen ist zu stark, als daß er bei vollkommener Freiheit und Gleichstellung mit dem ihm weit überlegenen Weißen je zu einem wirklichen Träger der Civilisation herangebildet werden könnte. Die Mischlinge*) erben gewöhnlich nur die Laster, aber nicht die Tugenden ihrer Eltern; aber auch hier sind die Mischlinge von Negerabkunft schlimmer und gefährlicher als die Mestizen, die Nachkömmlinge von Indianern und Weißen. So ist Venezuela, großentheils von Negern und Mulatten bewohnt, schon fast ganz der Barbarei anheimgefallen. Ausgesaugt bald von den Anhängern des Paez, bald von denen des Falcon ist dieses unglückliche Land wieder zur Wüste geworden. Auch hier wurden von der Revolution alle möglichen freien Institutionen proklamirt, unter anderen die Abschaffung der Todesstrafe, während die Neger nach Herzenslust rauben und die „Befreier" ihre wehrlosen Opfer in Massen dahin morden. Die Horden welche Hunderte von Pflanzungen, Dörfern und Städten zerstörten und Hunger und Elend im Lande zurückließen, beschäftigten sich darauf mit der Theilung, nicht des vorhandenen Reichthumes, denn davon war im Lande nicht mehr viel übrig, sondern des zukünftigen. Dort wo alle Bewohner (außer den Besiegten die am Leben geblieben sind) Generale, Obristen, Capitäne, Subalternoffiziere und Soldaten sind, hat der Congreß im J. 1864 beschlossen, daß an

---

*) Hier ist nur die Rede von solchen, welche aus der Kreuzung zweier ganz verschiedenen Menschenracen hervorgegangen sind.

alle „Patrioten des Heeres" Geldbelohnungen vertheilt werden sollten. Jeder Soldat sollte 150 Dollars erhalten, die Offiziere mehr im steigenden Verhältnisse bis zum Generalissimus, dem 148,000 Dollars „für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste" zuerkannt wurden. Da so große Summen im Lande nicht existiren, so sollte ein Nationalanleihen oder die Verpfändung des künftigen Reichthums das nöthige Geld verschaffen.

Auch in Neu-Granada (oder „Vereinigte Staaten von Colombia", wie jetzt das Land sich titulirt hat), einer Republik von welcher viele Theile ausschließlich von Negern und Mulatten bewohnt sind, hat man in den letzten Jahren wieder zu Staatsanleihen seine Zuflucht genommen. General Mosquera, ein principienloser, aber talentvoller und energischer Wüstling, dem kein Mittel unerlaubt ist um seine Herrschsucht zu befriedigen, und dem Neu-Granada seine jetzige trostlose Lage hauptsächlich zu verdanken hat, vertheilte im Jahre 1864 im Caucathale das confiscirte Land der Besiegten unter seine Soldaten. Land war das einzige, was in jenem ursprünglich so reichen, jetzt fast nur noch von schwarzen Banditen bewohnten Thale übrig geblieben war. Doch hatte man es unter solchen Umständen fertig gebracht in London ein Anlehen abzuschließen, von welchem Mosquera 600,000 Dollars gleich vorweg nahm, um damit die Kosten des Wegbaues der projektirten Straße vom Caucathale nach dem stillen Meere zu bestreiten — von welcher Arbeit Mosquera selbst der Unternehmer und oberste Direktor war. — Um die Lage von Neu-Granada näher zu schildern, wollen wir eine Stelle aus der „Opinion" von Bogota (vom Mai 1865), einem Organ der herrschenden rothen Partei mittheilen, welches aber nicht umhin kann den schrecklichen Zustand des Landes einzugestehen.

„Die politische Lage, in welcher wir uns seit dem Jahre 1857 befinden*), wird ganz unerträglich. Wenn wir uns gerade

*) Seit diesem Jahre ist die rothe Partei am Ruder und das Föderativ-System eingeführt.

in keiner Revolution befanden, so waren wir in Erwartung einer neuen und mit Vorbereitungen gegen dieselbe beschäftigt. In diesen acht Jahren war alles provisorisch und nichts stabil, alles Gute von kurzer Dauer und nur das Böse bleibend. In Bezug auf die Administration des Landes, abgesehen von der Einziehung der geistlichen Güter, der einzigen guten Maßregel deren Früchte später, wenn der Friede einmal Zeit dazu läßt, sich werden erkennen lassen *), waren alle übrigen Dekrete die Frucht des Mißtrauens und selbst des Hasses. Das Deficit ist in alle Budgets der Centralregierung sowohl als der der einzelnen Staaten eingedrungen. Die Rechnungsablegung hat aufgehört und die Creditlosigkeit zugenommen — kurz nichts wird gethan als die Hülfsquellen der Gegenwart und Zukunft zu verschleudern. Nur die Bank hat uns einen Besuch abgestattet, wie aber dieß geschehen und durch welches Wunder der Vorsehung, wissen wir nicht."

„In Bezug auf die Administration der einzelnen Staaten ist die Lage vielleicht noch schlimmer. Mit Ausnahme von Santander **) existirt nicht ein einziger Staat, der seine Ausgaben und Einnahmen in's Gleichgewicht gebracht hätte und dessen Verwaltungssystem auch nur einige Hoffnung für die Zukunft gewährte. Oeffentliche Wege existiren mehr in der Einbildung als der Wirklichkeit; die Volksschulen sind in einem jämmerlichen Zustande; die Spitäler setzen ihre unglücklichen Einwohner auf die Straße; die Justizverwaltung gibt überall Anlaß zu den begründetsten Klagen."

„Die Privatindustrie leidet nicht weniger durch die beständige Ungewißheit, in der wir gelebt haben. Der Handel sieht seine Capitale abnehmen und kann wenig Credit mehr geben; die Bearbeitung der Goldminen nimmt augenscheinlich ab; der

*) Die Früchte dieser Maßregel befinden sich schon großentheils in den Taschen der „Volksbefreier".

**) Sollte wohl „Antioquia" heißen. In diesem Staate, dessen betriebsame Einwohner noch am meisten den Umtrieben der Rothen widerstanden haben, herrscht mehr Ordnung, als in irgend einem anderen Theile von Neu-Granada.

Tabaksbau vegetirt nur; die neuen Landbauunternehmungen sterben in der Wiege — kurz das Elend zeigt überall auf die verschiedenartigste Weise seine Lumpen. Noch nie sah man eine solche Masse von Bettlern; nicht eine einzige Industrie ist vorhanden, von der man sagen könnte sie prosperire, und dem arbeitsamen Manne bieten sich jetzt nur noch wenige Aussichten dar."

Das obige Bild ist, wie gesagt, von einem der rothen Blätter der Hauptstadt von Neu-Granada gezeichnet. Der in Lima erscheinende „Mercurio" vom 8. Juli 1865 fügt noch folgende Betrachtungen hinzu: „Dahin haben die Volksbefreier das Land gebracht. Der allgemeine Ruin des Landes ist aber nicht die einzige Folge der Revolution, sondern es ist noch ein anderes Uebel vorhanden, nämlich der allmächtige Wille eines Mannes dessen ewige Umtriebe die Revolution hervorgebracht haben und der die Anarchie nur als Mittel zur Befriedigung seiner Herrschsucht benutzt. Wir meinen den General Mosquera*). Wer erhob jenen Mann so hoch, vor dessen bloßer Laune seine Landsleute erzittern? Wer gab ihm diese Allmacht welche die Freiheit seines Vaterlandes vernichtet, und dieses zum Spielballe seiner Launen macht? Die Revolution und nur die Revolution! Die Revolution, welche die constitutionellen Einrichtungen zerstörte und den Gesetzen ihre Macht und ihr Ansehen raubte, um sie dem Ehrgeize eines einzigen Menschen zu überliefern; die Revolution welche, um zu triumphiren, ihm die Diktatur übertrug und ihm mächtige Mittel lieferte, um sich eine eigene, nur seiner Person ergebene Partei zu bilden deren Interessen und Einfluß von der lebenslänglichen Herrschaft ihres Herrn abhängt. Die Revolution hat ihre eigene, selbstgewählte Regierung jetzt ohne Macht und Mittel gelassen sich selbst und das Land vor dem durch Mosquera drohenden Untergange zu retten, weil sie (die Revolution) die öffentlichen

*) Der Freund und Schüler von Bolivar.

und Privatinteressen zerstört, die Massen entsittlicht, die Religion des Landes verfolgt, die ehrlichen Leute ohne Schutz gelassen, jede Sicherheit und Garantie vertrieben und im gesunden Theile des Volkes alle Hoffnung auf dereinstige Rettung getödtet hat."

Von den übrigen südamerikanischen Republiken ist wenig besseres zu sagen. In Bolivia folgt ebenso wie in Neu-Granada und Venezuela eine Revolution der anderen, und es ist eine trostlose Arbeit dem Verlaufe der dortigen Begebenheiten zu folgen. Im vergangenen Jahre fiel glücklicher Weise der General Belzu in einem Straßenkampfe in der Hauptstadt La Paz. Mit derselben principienlosen Herrschsucht begabt wie Mosquera, war auch er Chef der sogenannten liberalen Partei, und hat fast ebenso viel Elend wie Jener über sein Land gebracht. In Ecuador hält Garcia Moreno, ein sehr intelligenter, energischer, aber grausamer Mann, mit starker Hand die Revolution nieder. Streng rechtschaffen, was selbst seine zahlreichen Feinde zugeben, und von einfachem, zurückgezogenem Lebenswandel, ist er jetzt ärmer als vor sechs Jahren, wo er die Präsidentschaft übernahm — ein in Südamerika gewiß seltenes Beispiel. Schon sind mehrere Attentate auf sein Leben gemacht worden und nach seinem Tode wird Ecuador in die alte Anarchie zurückfallen.

Ein Hauptgrund aller Revolutionen im spanischen Amerika war immer die Frage „Centralismus oder Föderativsystem", deren sich die verschiedenen Wühler gewöhnlich bemächtigen, um eine Fahne auszuhängen. So wie diese Länder zur Zeit der spanischen Herrschaft das Mutterland in allem ängstlich nachahmten, so glaubte nun nach der Trennung ein großer Theil der südamerikanischen Politiker, die Vereinigten Staaten wären die Nation deren Institutionen und Verhältnisse sie in allem nachahmen müßten, ohne die unendliche Verschiedenheit der beiden Volksracen zu begreifen, während sich ein anderer Theil den französischen Centralismus zum Vorbilde erkor, der auch mehr dem dortigen Volkscharakter angemessen er-

schien *). Das Selfgovernment der Nordamerikaner, naturwüchsig bei dieser kräftigen celto-germanischen Race, mußte bei den Creolen zum Ruine und zur Barbarei führen. In Nordamerika drängte das Föderativsystem bei wachsender Bevölkerung und verbesserten Verkehrsmitteln zu immer größerer Einheit, hier wirkte die Centripetalkraft; während in den spanischen Republiken dasselbe System, der Centrifugalkraft dienend, zu immer größerer Zersplitterung führen mußte. In den englischen Colonien war die föderative Verfassung ein Zeichen der Lebenskraft, in den spanischen aber der Schwäche, ein Symptom nahen Todes. In den spanischen Föderal-Staaten, aus Landestheilen zusammengesetzt die eigens künstlich abgegrenzt wurden, um aus ihnen eine Föderalrepublik zu bilden, hat jeder einzelne Staat, ohne seine Bedürfnisse zu kennen und genöthigt sich zu constituiren, nur die Institutionen des Gesammtstaates karrikirt. So bildeten sich Staats-Verbände vom Großen zum Kleinen, anstatt umgekehrt, in denen immer derselbe Instinkt weiterer Trennung vorherrscht. Jede neue territoriale Abgrenzung erweckt neue Eifersüchteleien und erzeugt neue Sonderinteressen die wieder jede Stadt und selbst jedes Dorf mit den andern in Streit bringen, persönliche Feindschaften hervorrufen und die Wiederkehr zum Frieden und zur Einheit ohne Dazwischenkunft eines kräftigen Despoten unmöglich machen.

Die Masse von Angestellten, welche der Dienst in einer complicirten Staatsmaschine erfordert (eigentliches Selfgovernment haben die Creolen nirgends begriffen), machte das Föderativsystem in den spanischen Ländern wo so viele Faullenzer die Arbeit unter ihrer Würde halten, gleich sehr po-

---

*) Wir wollen nicht sagen, aus verwandtschaftlichen Gründen, denn der sogenannten lateinischen Race in Europa zu der die Süd-Amerikaner sich so gerne zählen, würde kein großes Compliment gemacht werden, wenn man die Mischlingsvölker Südamerika's ihre Vettern nennte.

pulär, entzog aber der Produktion so viele Arme die sonst durch den Hunger gezwungen worden wären zu arbeiten. Da es nun immer verschiedene Parteien gibt welche sich um die Herrschaft streiten und ein zahlreiches Personal bedürfen, so ist die Folge daß in den Staaten mit föderalen Institutionen nur Wenige mehr vom Ertrage ihrer Arbeit leben, sondern ihren Lebensunterhalt auf Kosten der übrigen Bevölkerung erwerben wollen. In den Staaten mit starker indianischer Bevölkerung geht dieß noch eher an, denn hier ist der stumpfsinnige Indianer die melkende Kuh an der Alle saugen, aber in den Negerstaaten sind die Zustände gräßlich geworden. Unter solchen Umständen findet jede Revolutionsbewegung ihren Anhang bei all denen, welche sich nach Anstellungen und Gehalten sehnen. Daher sind die Bürgerkriege so blutig geworden, weil der Sieg den Kämpfern Brod verspricht, die Niederlage aber die Besiegten zum Hunger verdammt.

In diesen Ländern, wo so wenige taugliche Menschen sich vorfinden, werden bei dem großen Bedarfe an Angestellten die untauglichsten Subjekte genommen. Unter den hervorragendsten Revolutionshelden findet man oft Männer die kaum lesen und schreiben gelernt haben — ein neuer Antrieb für die jungen Leute sich nur ganz oberflächliche Kenntnisse zu erwerben, die ja hinreichen um damit eine Rolle spielen zu können. Die meisten sogenannten höheren Bildungs-Anstalten (auch die von Fremden aus Spekulation gegründeten) sind nach diesem Principe eingerichtet. In ihren Programmen figuriren auf die pomphafteste Weise alle möglichen Wissenschaften, aber in Wirklichkeit erhält darin die Jugend eine jämmerliche und in moralischer Hinsicht gar keine Erziehung. Die Städte füllen sich an mit Halbweisen und „esprits forts“, welche für keine Arbeit taugen, und diejenigen unter ihnen welche in den Städten gar kein Unterkommen mehr finden, üben durch ihr sittenloses Leben einen demoralisirenden Einfluß aus in den Dörfern. So hat jedes Nest seinen kleinen Tyrannen, welcher die armen Indianer aus-

saugt und überall herrscht Unzufriedenheit, bereit bei dem kleinsten Anlasse loszubrechen.

Diese Unzahl von Congressen und Legislaturen in den föderalen Staaten, genöthigt Einnahmen zu schaffen ohne die einfachsten staatswirthschaftlichen Principien zu kennen, deren Glieder ihre finanziellen Kenntnisse gewöhnlich am Spieltische erworben haben, häufig mit Haß erfüllt gegen eine gewisse Classe oder gegen gewisse Individuen, tödten allen Gewerbfleiß wo immer er sich zeigt. Es ist genug Eigenthümer zu seyn oder eine angenehme sociale Stellung zu besitzen, um dem Hasse und der Verfolgung ausgesetzt zu werden. Welchen Einfluß kann unter solchen Umständen der Besitzende ausüben? Nichts bleibt ihm übrig als mit dem Strome zu schwimmen und sich durch schlechte Mittel im Besitze zu erhalten, oder sein Eigenthum aufzugeben und auszuwandern, oder endlich an allem verzweifelnd im allgemeinen Kampfe mitzukämpfen.

Zu diesem Zustande sind die beiden föderalen Republiken Venezuela und Neu-Granada theils schon gelangt, theils nicht mehr weit davon entfernt. Die ewige Revolution, der Krieg zwischen den verschiedenen Staaten der sogenannten Union, die Zwietracht zwischen Dorf und Dorf, der Haß zwischen Familien und Individuen, die complete Demoralisation, kurz der Abgrund der Anarchie, dieß ist das nothwendige Resultat des Föderativsystems im spanischen Amerika gewesen. Aber nicht nur in jenen beiden Republiken, auch in Staaten mit weit besseren Volkselementen hat dieses System nicht viel bessere Früchte getragen. Man vergleiche nur die argentinische Republik (Staatenbund) mit Paraguay und Chile. Von Paraguay kann man wahrlich nicht sagen, daß es seit seiner Lostrennung von Spanien eine Musterregierung besessen habe. Aber es hatte feste Herrscher welche die Ruhe im Lande erhielten und keine Trennungen zuließen. Paraguay hat in den letzten 55 Jahren seine Bevölkerung ver' (ohne Einwanderung) und sein Nationalreichthum ist

hältnisse gewachsen. Die argentinische Republik zählte im Jahre 1810 beinahe 800,000 Einwohner, heute besitzt sie trotz ihrer starken Einwanderung kaum 1,200,000 Seelen, während in Paraguay wo im Jahre 1810 nur 500,000 Bewohner lebten, heute deren 1,500,000 vorhanden sind.

Noch auffallender ist der Unterschied zwischen der argentinischen Republik und Chile. Erstere mit ihren reichen, endlosen Pampas, bewässert von schiffbaren Strömen, mit gesundem Klima, einer besseren Bevölkerung als der der meisten anderen spanischen Länder, nahe bei Europa gelegen, müßte der mächtigste Staat auf dem südamerikanischen Continente seyn, hätte sie nicht ihre unselige Föderativverfassung angenommen. Chile hingegen, ein schmaler Landstrich am fernen stillen Meere, zum großen Theil in seiner nördlichen Hälfte mit Sandwüsten bedeckt, zählte im Jahre 1810 kaum 700,000 Einwohner, heute hat es zwei Millionen. Seine Einkünfte sind dreimal so groß als die der argentinischen Republik, es ist durchschnitten von großen Eisenbahnen und in Bezug auf Ackerbau, Bergbau und Handel nimmt es die erste Stelle im spanischen Amerika ein. Der Grund dieser Prosperität ist, weil in Chile die rothe Partei seit langen Jahren nicht mehr zur Macht gelangen konnte; sollte dieß ihr endlich doch gelingen, so wird auch Chile das Loos seiner Schwesterrepubliken theilen.

Welcher Zukunft geht nun das spanische Amerika entgegen? Es ist kaum anzunehmen, daß in den meisten dieser Staaten der gesunde Theil der Bevölkerung sich je so weit wird ermannen können, um die Tyrannei der Revolutionen zu brechen. Selbst den kräftigsten Militärherrschern ist es schwer geworden sich, auf ihre Truppen gestützt, lange zu behaupten, indem sie beständig dem Verrathe ihrer feilen Offiziere und Unteroffiziere ausgesetzt sind. Dem spanischen Amerika wird wohl kein anderes Loos übrig bleiben als die fremde Eroberung; vielleicht werden Chile und die La Platastaaten im Stande seyn ihre Unabhängigkeit zu behaupten, wenigstens

gibt ihre thätigere und energischere Bevölkerung hiezu einige Hoffnung, zumal wenn die europäische Einwanderung fortdauern sollte.

Zur Zeit des mexikanischen Krieges (1846) ward in Nordamerika in Bezug auf die spanisch-amerikanischen Staaten der Grundsatz aufgestellt, daß in neuen, weiten und spärlich bevölkerten Ländern ein verkommenes Volk welches nur den Fortgang der Civilisation und die Ausbeutung der natürlichen Reichthümer ihres Landes hindert, das Recht der Autonomie verlieren sollte. Wenn man die reichen, herrlichen Länder des spanischen Amerika's bereist und die träge, unnütze Race welche dieselben jetzt unglücklicher Weise im Besitze hat, betrachtet, so kann man nicht umhin den Nord-Amerikanern Recht zu geben und zu wünschen, diese Gebiete möchten recht bald in andere Hände übergehen.

Jedenfalls hat der Kaiser der Franzosen der Menschheit einen großen Dienst erwiesen, als er der unheilvollen Wirthschaft der mexikanischen Wühler von Profession ein Ende machte; mag nun die von ihm dort gegründete Monarchie Bestand haben oder nicht. Denn im letzteren Falle würde sie nur der nordamerikanischen Herrschaft weichen, die alte mexikanische Schandregierung mit ihren ewigen Revolutionen und ihrem Banditenwesen wird wohl nie mehr auf lange Zeit ihr Wesen treiben können. Uebrigens ist es noch sehr die Frage, ob die Nordamerikaner überhaupt die Absicht haben sich ganz Mexiko einzuverleiben; die nördlichen schwach bevölkerten Theile, das ganze Flußgebiet des Rio Grande und Sonora werden sie wohl gerne annexiren, aber schwerlich das eigentliche Mexiko. Der achtbarste Theil der nordamerikanischen Presse ist der Ansicht, daß es den Interessen der Union durchaus nicht convenire, der Creolenbevölkerung Mexiko's die Rechte amerikanischer Bürger zu verleihen, was bei einer Annexation nicht gut vermieden werden könnte. Verschiedene Blätter haben schon die Meinung geäußert, das neue Kaiserreich gebe eher Hoffnung, daß jetzt Ruhe und gesetzliche Ordnung im

Lande erhalten und seine großen und reichen Hülfsquellen entwickelt würden, wovon nur Nordamerika den Hauptnutzen zu ziehen und gleichsam den Rahm von der Milch zu schöpfen hätte. Die Besorgniß vor etwaigen Gefahren, womit das benachbarte Kaiserreich die nordamerikanischen republikanischen Institutionen bedrohen würde, erklärten sie einfach für lächerlich.

Auch sind die Verhältnisse in Nordamerika noch lange nicht gründlich consolidirt, und in nicht sehr ferner Zeit möchten dort wieder Verwicklungen eintreten die jetzt nur Wenige in Europa ahnen. Es ist daher noch gar nicht ausgemacht, ob Nordamerika das neue Kaiserreich unbedingt anfeinden wird und in diesem Falle würde es sich halten, wenn es ihm gelingt, eine starke fremde Einwanderung heranzuziehen, wenn es die indianische Bevölkerung welche ihm eine große Stütze gewähren könnte, zu heben sucht und ihm nie eine starke Fremdenlegion fehlt. Ohne letztere kann es nicht bestehen, denn auf die verrätherischen Creolen wird es sich nie verlassen können.

Schwer ist es zu sagen, was aus den anderen spanischen Republiken mit ihrer verkommenen Mischlingsbevölkerung je werden wird. Brasilien, wenn nicht selbst durch Revolutionen zerrüttet, wird wohl einen großen Theil ihres Territoriums, zuerst das ganze Gebiet des Amazonenflusses und seiner Nebenströme bis zum Fuße der Andes, sich zueignen, und die stets wachsende europäische Einwanderung, immer mehr in der argentinischen Republik und im südlichen Brasilien festen Fuß fassend, wird nach und nach die Nachbarländer absorbiren. Expeditionen von Flibustiern aus Nordamerika könnten dabei mitwirken. Immerhin wird sich eine andere Race in Besitz dieser unermeßlich reichen Länder setzen und die jetzige allmälig von der Erde verschwinden. Man nennt die Türkei den „kranken Mann", aber weit mehr Lebensfähigkeit besitzt das ottomanische Reich als die spanischen Republiken Amerika's.

Worms den 22. Februar 1866.

D. v. Schütz.

der Staatsgewalt nach seinem Belieben, die Staatsgewalt ist eigentlich des Volkes Gewalt, und Niemand hat ein Recht welchem diese nicht ein solches verleiht. Ist der Volkswille souverän und absolut, so folgt nothwendig daraus, daß es kein menschliches Verhältniß gibt, welches der Gewalt des Staates nicht unterworfen wäre. Die Wohlfahrt des Staates ist das höchste Gesetz, aber der Repräsentant des Volkswillens allein kann erkennen, was diese Wohlfahrt verlangt. Soll all ihr Handeln nicht sinnlose Widersprüche zeigen, so können die Liberalen diese Lehre nicht verwerfen, auch wenn sie heuchelnd sich nicht dazu bekennen. Die Radikalen bekennen die Lehren und scheuen deren Folgerungen nicht; ihre Verbündeten aber halten sich selbst nur für das Volk dessen Wille sie kundgeben und vertreten, und dieser Wille liebt es einen erblichen Regenten zu seinem Mandatar zu erheben, diesen auf einen glänzenden Thron zu setzen und ihn mit Schmeicheleien zu beräuchern. Der König soll nur soviel Machtvollkommenheit besitzen als sie ihm lassen, und allmählig soll an sie zurückfallen was er etwa zu viel hat.

Der Selbstherrscher in Frankreich hat allerdings nicht gestattet, daß eine liberale Kammermajorität die Gewalt ausübe; aber er selbst war der Repräsentant des modernen Liberalismus und dessen Lehren haben in den Handlungen des Machthabers ihren thatsächlichen Ausdruck gefunden. Wenn der französische Kaiser das Volk mit eiserner Hand niederhält, wenn er seine Gewalt nicht mit liberalen Parteimännern theilt und wenn er diese ohne jegliche Beschränkung ausübt, so vollzieht er sein Mandat eben nur, wie es ihm übertragen ist. Die deutschen Liberalen dagegen meinen, daß solch unbeschränktes Mandat niemals von ihnen werde gegeben werden; daß aber im Drang der Umstände ein kühner Mann es sich selbst nehmen werde, daran denken nicht die Professoren und nicht die Advokaten.

Die liberale Partei, wir haben es oben erwähnt, hatte sich vorbereitet, um irgend eine günstige Wendung schnell zu

zösischen Kaiserthums wurde von den Mächten anerkannt durch ihre Anerkennung der Thatsachen.

Oeffentliches Recht ist nicht mehr dasjenige, welches Vernunft und Geschichte, welches natürliche Verhältnisse und feierliche Verträge feststellen: öffentliches Recht ist jetzt eine jede Einrichtung welche der „Volkswille“ verlangt, d. h. welche der Mandatar oder der Repräsentant des Volkswillens beschließt und durchführen kann. Hat er sie durchgeführt, so hat er einen Rechtsstand gegründet, denn die vollendete Thatsache besteht zu Recht, eben weil sie vollendet ist, und folgerichtig sind internationale Verträge nur so lange bindend, als der Mandatar des Volkswillens sie für bindend erkennen mag, d. h. so lang er in der Ausführung der vereinbarten Bestimmungen einen Vortheil erkennt.

Die Radikalen in Deutschland jubelten über den Sieg der Revolution und über die thatsächliche Anerkennung ihrer Grundsätze. Sie wußten wohl, daß sie in Deutschland noch keine Umwälzungen machen konnten; aber sie sahen, daß eine offene Thätigkeit ihnen jetzt wieder möglich war; sie wußten sehr gut, daß die liberale Partei in günstige Lage gekommen sei, und sie erkannten in dem Ziel welches diese jetzt erstreben mußte, die Vorbereitung zu einer künftigen Umwälzung oder den Beginn einer allmähligen Durchführung derselben. Die Radikalen sahen ein, daß die Thätigkeit der Liberalen ihnen Boden gewinne; die Liberalen benutzten die guten Dienste der Radikalen und so waren vorerst beide wieder durcheinander gemengt.

Den Grundsätzen des internationalen mußten diejenigen des inneren Staatsrechtes entsprechen und wer jene anerkannt, der konnte dieser sich nicht wohl erwehren. So besteht denn kein angeborenes und kein geschichtliches Recht und die Legitimität des Königs beruht nur allein in dem Volkswillen, welcher nach Gefallen den Umfang des Mandats begrenzt. Dieser Volkswille ist die höchste souveräne Gewalt; er bildet und ändert die Form und die Wirksamkeit

der Staatsgewalt nach seinem Belieben, die Staatsgewalt ist eigentlich des Volkes Gewalt, und Niemand hat ein Recht welchem diese nicht ein solches verleiht. Ist der Volkswille souverän und absolut, so folgt nothwendig daraus, daß es kein menschliches Verhältniß gibt, welches der Gewalt des Staates nicht unterworfen wäre. Die Wohlfahrt des Staates ist das höchste Gesetz, aber der Repräsentant des Volkswillens allein kann erkennen, was diese Wohlfahrt verlangt. Soll all ihr Handeln nicht sinnlose Widersprüche zeigen, so können die Liberalen diese Lehre nicht verwerfen, auch wenn sie heuchelnd sich nicht dazu bekennen. Die Radikalen bekennen die Lehren und scheuen deren Folgerungen nicht; ihre Verbündeten aber halten sich selbst nur für das Volk dessen Wille sie kundgeben und vertreten, und dieser Wille liebt es einen erblichen Regenten zu seinem Mandatar zu erheben, diesen auf einen glänzenden Thron zu setzen und ihn mit Schmeicheleien zu beräuchern. Der König soll nur soviel Machtvollkommenheit besitzen als sie ihm lassen, und allmählig soll an sie zurückfallen was er etwa zu viel hat.

Der Selbstherrscher in Frankreich hat allerdings nicht gestattet, daß eine liberale Kammermajorität die Gewalt ausübe; aber er selbst war der Repräsentant des modernen Liberalismus und dessen Lehren haben in den Handlungen des Machthabers ihren thatsächlichen Ausdruck gefunden. Wenn der französische Kaiser das Volk mit eiserner Hand niederhält, wenn er seine Gewalt nicht mit liberalen Parteimännern theilt und wenn er diese ohne jegliche Beschränkung ausübt, so vollzieht er sein Mandat eben nur, wie es ihm übertragen ist. Die deutschen Liberalen dagegen meinen, daß solch unbeschränktes Mandat niemals von ihnen werde gegeben werden; daß aber im Drang der Umstände ein kühner Mann es sich selbst nehmen werde, daran denken nicht die Professoren und nicht die Advokaten.

Die liberale Partei, wir haben es oben erwähnt, hatte sich vorbereitet, um irgend eine günstige Wendung schnell zu

benützen. Solche Wendung war eingetreten. Die Lage der Dinge war günstig geworden, und in Vereinigung mit den Radikalen konnte die offene Thätigkeit der Partei entscheidende Erfolge erringen. Der Plan für diese Thätigkeit war festgestellt; er war sehr gut gedacht und mit großer Bestimmtheit angelegt.

Man wollte die deutschen Staaten einer preußischen Hegemonie unterwerfen; der deutsche Bundesstaat, d. h. das groß gewordene Preußen sollte eine parlamentarische Regierung erhalten deren Gewalt und Befugnisse den Führern oder im Allgemeinen der liberalen Bourgeoisie zufallen mußten. War nun dieses, das letzte Ziel der liberalen Partei lebhaft und richtig aufgefaßt, so folgten unschwer die Anordnungen für die nothwendigen Arbeiten, wenn auch viele Einzelnheiten sich erst in der Ausführung ergaben.

Selbstverständlich mußte die liberale Partei zuerst den Besitz der Gewalt erwerben und darum mußte sie vor allem sich fester organisiren. Bisher hatte sie wohl bestanden, aber sie war nicht offen als solche erschienen; jetzt mußte sie hervortreten geschlossen und einig ohne innere Spaltung mit dem Schein der äußeren Macht Man mußte das Volk gegen das „System der Reaktion" d. h. gegen die bestehenden Regierungen nach Möglichkeit aufregen; da aber die Liberalen keinen Einfluß auf das Volk und keinen Halt in demselben besaßen, so mußten sie dieses Geschäft durch ihre Verbündeten, d. h. durch die Radikalen ausführen. Diese Hetzerei konnte jedoch nur geringen Erfolg haben, wenn die Conservativen den Wühlereien sich entgegenstellten; unter den Conservativen standen in großer Zahl die Kirchlichgesinnten; solche wurden daher von vornherein als „Reaktionäre" geächtet; man mußte diese erdrücken, jenen aber mußte man Zugeständnisse machen und wo möglich sie durch Versprechungen ködern.

Selbstverständlich mußten die „reaktionären" Regierungen umgeworfen, an die Stelle der gestürzten Minister mußten Sendlinge oder Agenten der Liberalen gebracht und um dieß

zu bewirken, mußten jene in größern Regierungshandlungen angegriffen werden. Solche Angriffe konnte man allerdings durch Einwirkungen auf die öffentliche Meinung vorbereiten und unterstützen, aber mit wirklichem Erfolge konnte man sie nur in den Kammern führen. Hatten sich diese bisher dem System der Reaktion sehr willfährig bewiesen, so bestund ihre Mehrheit doch immer aus liberalen Parteimännern oder wenn nicht, so waren sie doch in einer Minderheit, welche sehr leicht verstärkt werden konnte, besonders wenn man Sorge trug alle Männer von Charakter und selbstständiger Haltung unschädlich zu machen. Dazu aber waren der Partei die Lüge, die Verläumdung und die oft angewendeten Ränke jetzt wie immer zur Hand.

Da, wie wir oft ausgesprochen, der moderne Liberalismus eine körperschaftliche Berechtigung nicht dulden kann, so mußte er schon darum seine Angriffe auf die Kirchen und die Kirchlichgesinnten wieder aufnehmen, und um die Radikalen nicht unwirsch zu machen, durfte man die Verfolgung des positiven Christenthumes nicht hindern. Von ihren Verbündeten hatte die liberale Partei keine Schwierigkeiten zu erwarten, wenn sie die Rechte der Kronen zu schmälern versuchte. Denn solche Schmälerungen mußten die Befugnisse der Vertretungen erweitern, die Vertretungen aber wurden Ausschüsse oder Organe der Partei. Dagegen mußte man den vernünftigen Ideen der Zeit schmeicheln, man mußte die sogenannten Volksrechte ehren und durch positive Einrichtungen mußte man einen Schein der Freiheit herstellen, aber man mußte dafür sorgen, daß es eben nur Schein bleibe und daß durch die Einrichtungen selbst die Herrschaft der Partei verstärkt und befestigt werde. Daß jetzt die Ausführung des Planes gelinge, daran war kaum zu zweifeln. Um jedoch der Parteiherrschaft die Zukunft zu sichern, mußte man die Jugend in der Lehre des Liberalismus und für dessen Wesen und Plane erziehen.

Um diese Zeit gewann die Freimaurerei wieder eine

[illegible]

Allerdings konnte dieses System nicht zugleich in allen [illegible] zur Ausführung kommen; hatte es aber in einem Staat Erfolge gewonnen, so mußte es rasch seine Wirkung in anderen äußern. Die Partei mußte sich eine Stellung schaffen, aus der sie zum Angriff hervorgehen konnte, um allmählig größere Flächen des Bodens zu erwerben. Eine jede solche Erwerbung sicherte den folgenden Angriffen eine größere Wahrscheinlichkeit des Erfolges und gab diesem, war er einmal errungen, eine größere Ausdehnung seiner Wirkungen. War die Herrschaft vorerst nur in einem kleinen Lande sicher gestellt, so mußte sie rasch und immer rascher in den größeren Staaten Boden gewinnen. So rechnete die liberale Partei und ihre Rechnung war nicht übel.

Die neue Aera in Preußen konnte diesen Boden nicht geben; die Partei mußte ihre Angriffsstellung in den süddeutschen Ländern gewinnen und unter diesen erschien das Großherzogthum Baden wie kein anderes für den Mittelpunkt der liberalen Bewegung geeignet.

In Baden waren, wir haben es vordem ausgeführt, die Städte in den Händen der liberalen Partei; aus den Regierungs-Collegien hatte man früher schon die conservativen Männer entfernt; eine große Anzahl von Beamten neigte sich zu dem Sy- und von den anderen war kein Widerstand zu befürchten,

sobald die Liberalen Erfolge gewannen. Die Mehrzahl der Schullehrer war in dem Dienste der Partei; dieser konnte die Mitwirkung der Logen nicht entstehen und sie konnte mit Gewißheit rechnen auf das Geld und auf die Rührigkeit der Juden. Die ehrlichen Demokraten, wegen Verkümmerung wahrer Volksfreiheit mißstimmt, ersehnten eine Aenderung der bestehenden Zustände; sie vergaßen, daß die „reaktionären“ Gesetze von liberalen Abgeordneten waren durchgebracht worden, und so wurden sie mit Versprechungen und mit allgemeinen Redensarten geködert. Auf die Radikalen konnte die Partei vollkommen rechnen; denn diesen war die äußere Ruhe verderblich und jeglicher Lärm und jegliche Bewegung war ihnen willkommen und nützlich. Eine sogenannte conservative Partei bestund nicht mehr in dem Großherzogthum Baden; die sogenannte reaktionäre Regierung hatte keine solche gebildet und die Bureaukratie hatte ohne Unterlaß an der Vernichtung der erhaltenden Elemente gearbeitet.

Die Mehrheit der Bevölkerung war nicht liberal und noch weniger radikal; sie hatte vielmehr gegen beide Richtungen eine entschiedene Abneigung; aber diese Mehrheit bestund eben nur aus Einzelnen, welche nach dem nationalen Aufschwung im Frühling 1859 mißmuthig in ihre alte Trägheit zurückfielen. Einem jeden dieser Einzelnen war die liberale Bewegung sehr widerwärtig, aber sie konnten keine Einigung für ein gemeinsames Handeln gewinnen und darum konnten sie keinen Widerstand leisten. Weil nun diese große Mehrheit des Volkes sich still und ruhig verhielt, als die Diener der liberalen Partei in den Blättern und in den Wirthshäusern schrieen und schimpften, so glaubten die Führer der Liberalen, daß in dem schönen Lande am Oberrhein „die Aufklärung“, d. h. der Unglaube, die Grundsatzlosigkeit und die sittliche Verkommenheit viel weiter als in andern Ländern vorgerückt und verbreitet seien. Bestehen doch in dem kleinen Lande zwei Universitäten, also „zwei Mittelpunkte der Aufklärung.“ Zu Heidelberg hatte seit Jahren ein Ausschuß

des leitenden Comité's der Gothaer gesessen, und die Professoren in Freiburg konnten immer eine untergeordnete Hülfe leisten, wenn man ihnen die Ehre einiger Beachtung erwies.

Die Liberalen aller Länder wußten gar wohl, daß in dem badischen Staate kein Gesetz und keine Einrichtung einen festen Bestand hat; sie wußten daß Regierende und Regierte an unaufhörliche Aenderungen gewöhnt, auch diejenige hinnehmen würden, welche sie auszuführen gedachten und sie hatten es gar oft erfahren, daß man sich dem augenblicklichen Erfolge schnell unterwarf. Im Jahre 1858 hatte das leitende Comité zu Heidelberg den sogenannten Agendastreit hervorgerufen, um die Stärke der Regierung zu erproben; die erzwungene Zurücknahme der Verfügung hatte schnell die Schwäche der Regierung gezeigt und die Herrn zu Heidelberg rechneten auf diese Schwäche. Kein deutscher Fürst hat mehr einen guten Willen als der Großherzog von Baden, wie kein anderer wollte er der Meinung des Volkes Rechnung tragen: konnte man den jungen Regenten überreden, daß die Forderungen der liberalen Partei die Meinung und die Wünsche des Volkes ausdrücken, so konnte man ihn zu Handlungen bewegen, welche die Partei wünschte oder man konnte wenigstens das Hinderniß eines entgegengesetzten Willens unwirksam machen.

In Baden war der Angriffspunkt auf die Regierung gegeben durch die Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhl vom 28. Juni 1859. Griff man diese Vereinbarung an, so war man der Hülfe eines sehr großen Theiles der protestantischen Bevölkerung gewiß; denn die sonstige Zerrissenheit hindert nicht die Protestanten, daß sie als gemeinschaftlich eine jede Sache betrachten welche irgendwie dem katholischen Wesen feindselig ist. Konnte man die Aufhebung der Vereinbarung erzwingen, so war das „reaktionäre" Ministerium gestürzt und die Ausübung der Gewalt fiel an die Auserwählten der liberalen Partei. Wurde die Verwerfung der-

selben in den Kammern durchgesetzt, so unterlag künftig ein jeder Staatsvertrag der Genehmigung der Kammern und ein bestimmtes Recht der Krone war auf die Vertretung übertragen. War die Vereinbarung verworfen, so war thatsächlich ausgesprochen, daß die Staatsgewalt ein körperschaftliches Recht nicht anerkenne, daß keine Körperschaft durch eigenes Recht bestehe und daß besonders die katholische Religions-Gesellschaft eben nur so viel Freiheit erhalten und ausüben könne als das „Staatswohl" fordert und die Gewalt ihr gestattet. Waren bei der Zusammensetzung des Großherzogthums Baden die Rechte der katholischen Kirche durch feierliche Verträge gewährleistet, und wenigstens theilweise, durch eine frühere Gesetzgebung anerkannt worden, so konnte man jetzt thatsächlich zeigen, daß die Vertretung als das Organ des Volkswillens in ihren Beschlüssen nicht gehemmt werden dürfe, daß dieser Volkswille frühere Gesetze nach seinem Belieben aufheben könne und daß internationale Verträge nur so viel Wirkung und Geltung haben als der souveräne, durch die Vertretung ausgesprochene Volkswille für gut finde. Die liberale Partei wußte ganz gewiß, daß die württembergische Vereinbarung nicht gehalten werden könne, wenn die badische falle und sie durfte hoffen, daß durch die Verwerfung der beiden die Durchführung des österreichischen Concordats wesentlich erschwert, wo nicht unmöglich gemacht, daß die beschränkenden Verordnungen gegen das bayerische Concordat festgehalten oder verschärft werden müßten, und sie durfte nicht ohne Wahrscheinlichkeit erwarten, daß Preußen zur Aufhebung der §§. 15 und 16 seiner Verfassung, d. h. zur Aufhebung der Kirchenfreiheit veranlaßt werden dürfte. So erschien denn der Angriff auf das badische Concordat als ein solcher, dessen Gelingen der liberalen Partei in allen deutschen Ländern Boden erwarb. Konnte die Eigenschaft des sogenannten Concordates, als eines internationalen Vertrages auch nicht wohl in Abrede gestellt werden, so war der Satz, daß die Bestimmungen eines solchen durch die innere

Staaten beherrschten. Wie sehr die Gothaer auch arbeiteten, wie eifrig ihre Blätter und Agenten das Volk unterwühlten: es vergingen eben doch Monate ehe die Partei ihre Organisirung öffentlich zeigte. Die bekannte Versammlung in Durlach am 28. November 1859, allerdings unmittelbar gegen das Concordat gerichtet, war die öffentliche Constituirung der liberalen Partei in dem Großherzogthum.

Indem man den Katholiken die Protestanten entgegenstellte, zog man diese in die Kreise der Partei; denn waren sie in einer Sache des Bekenntnisses mit dieser, so konnten sie sich in anderen nicht trennen; aber um sie herbeizuziehen durfte man noch nicht das positive Christenthum in dessen Grundlehren verneinen und man durfte noch nicht einmal den Staat für religionslos erklären. Der moderne Staat, sagte der Hauptredner in Durlach, sei der Sohn des Protestantismus und der Vater sei berufen und verpflichtet die Selbstständigkeit des Sohnes zu schützen. Aus dieser Auffassung der Mission des Protestantismus ist die Denkschrift der protestantischen Professoren an der Universität Freiburg hervorgegangen und in dieser Schrift, der Professor Lamey soll sie verfaßt haben, ist eigentlich nur die Stelle bemerkenswerth, welche die nahe Aenderung des Ministeriums ziemlich verständlich ankündigte.

Wer nun den Gang des sogenannten Concordatsstreites in Baden verfolgt*), der muß mit Erstaunen wahrnehmen, wie tief die liberale Partei gesunken war, als sie alle die Mittel gebrauchte, welche in den Sturmjahren die verblen-

*) Der badische Concordatsstreit ist umständlich dargestellt durch eingehende Abhandlungen: „Der Concordatsstreit im Königreich Württemberg und im Großherzogthum Baden" in den Histor.-polit. Blättern Bd. 50, und mehr übersichtlich in einer andern Schrift „Charakter[illegible]" Aera in Baden" in den Histor.[illegible] Der Verfasser glaubt daher in ge[illegible] Kenntniß der wichtigsten Einzelheiten[illegible] zu dürfen.

beten Radikalen gebraucht hatten. Zuerst leiser und dann immer schamloser wurden die Thatsachen verfälscht und die Verhältnisse verdreht und alles in den Koth gezogen was ehrwürdig ist. Nicht genug daß man den protestantischen Haß aufstachelte, ohne die Störung des Friedens bis in die Familien zu scheuen — in einer schmutzigen Tagespresse und in niederträchtigen Flugschriften verbreitete man Verläumdungen und Lügen, und was man nicht drucken oder öffentlich aussprechen wollte, das mußten bezahlte Sendlinge im Geheimen besorgen. Nicht gesellschaftliche Rücksichten und nicht sittlicher Anstand wurden von den Parteiorganen geachtet, selbst die besseren offenbarten eine rohe Verachtung des Rechtes und all diese Verworfenheit wurde mit gleißnerischen Redensarten über die Sorge für die Wohlfahrt und für die Rechte des Volkes übertüncht.

Die große Mehrheit der katholischen Bevölkerung, erfreut über die Beendigung eines unheilvollen Streites und befriediget durch die Anerkennung der Selbstständigkeit ihrer Kirche, sendete Abordnungen und zahllose Adressen, welche alle einen aufrichtigen Dank dem Großherzog brachten. Diese Mehrzahl der Bevölkerung kannte die Liebe des Fürsten für seine Unterthanen, aber sie kannte nicht die Verachtung der Liberalen für das Volk. Nur dieser Verachtung war es möglich den 86,000 Unterschriften gegenüber das Geschrei ihres verblendeten oder bezahlten Pöbels als die Volksstimme darzustellen, zu lügen und frevelhaft den jungen Regenten zu täuschen. Die wohlbekannten Parteiführer und deren Werkzeuge trieben ihre Ränke*); die zweite Kammer war nur noch

*) Ehrenhafte Männer welche die geheime Geschichte der Entstehung dieser neuen Aera kennen, erzählen wunderliche Dinge. Diese wären geeignet, um den Geist, das Gefühl für Recht und Sitte der Partei durch grelle Schlaglichter zu bezeichnen, aber der Verfasser will seine Betrachtungen nicht mit Anekdoten verzieren, und vor Allem will er nicht erzählen, was ihm nur durch Mittheilungen anderer, wenn gleich sehr glaubwürdiger Personen bekannt geworden ist.

ein Ausschuß der Partei, die Regierung aber war schwach, wie es alle conservativen Regierungen waren und vielleicht immer seyn werden. Die gleißnerische Form unter welcher die badische Kammer die rechtskräftig und amtlich verkündete Vereinbarung verwarf, konnte nicht die Mißachtung des monarchischen Princips, nicht die Geringschätzung des Rechtes und nicht den unerhörten Mangel der Rücksichten verhüllen welche die Vertretung unter allen Umständen der Bevölkerung schuldet.

In der Meinung den Frieden hergestellt zu haben, sah der Großherzog von Baden in dem Abschluß der Vereinbarung mit dem heiligen Stuhl ein gutes und heilsames Werk, aber unbekannt mit dem Geist und über die wahre Meinung des Volkes beirrt gab der junge Fürst dem Drängen nach; er ließ die Vereinbarung fallen — und änderte die Regierung. Der Rath des Großherzogs war nun von Männern gebildet welche mit den Auffassungen und Anschauungen der Partei deren Plane in die Regierung brachte. Der erste Sieg der Liberalen war gewonnen und er sollte eine neue Epoche für das südwestliche Deutschland bezeichnen. Die neue Aera in Baden begann mit dem 1. April 1860.

Die bekannte Proklamation des Großherzogs vom 7. April 1860 war von seiner Seite durchaus aufrichtig gemeint; der Fürst wollte gewissenhaft seine Verheißungen erfüllen. Aber dem schärferen Beobachter konnte die liberale Auffassung des modernen Staates nicht entgehen; denn leise aber deutlich erklärte die Proklamation, daß kein Recht bestehe, welches nicht die Staatsgewalt verliehen und daß die innere Gesetzgebung höher stehe als ein völkerrechtlicher Akt. Mochte die Erfüllung der landesherrlichen Verheißungen wohl auch die Alleinherrschaft der Partei begrenzen, so wußten die Führer doch sehr gut, daß allgemein gehaltene Sätze der Anwendung einen weiten Spielraum lassen und für diese Anwendung immer eine Auslegung gestatten.

Die Liberalen hatten die Gewalt errungen in Baden:

sie konnten nun zunächst in dem benachbarten Württemberg vorgehen. Kräftig unterstützt von besonderen Verhältnissen und getragen von der protestantischen Einseitigkeit konnte die Partei ihre Kraft gegen den Willen und die Meinung des alten Königs versuchen, aber immer fand die württembergische Vereinbarung ihre Vertheidiger in einer achtbaren Minderheit der Kammer und die Angriffe zeigten wenigstens den äußeren Anstand, dessen die badischen Verhandlungen entbehrten. In Württemberg hatten die Gegner der Vereinbarung einen Rechtsboden, weil verfassungsmäßig jeder Staatsvertrag den Kammern vorgelegt werden muß und ohne deren Genehmigung keine Rechtskraft gewinnt, und so kam es daß die Vertheidiger der Uebereinkunft vom 22. Juni 1857 dieser den Charakter eines Staatsvertrages absprachen. Die fast wörtlich gleichlautende Akte wurde in dem einen Lande vertheidigt durch Bezeichnung derselben Eigenschaft, durch welche man sie in dem anderen angriff: aber ob wirklicher Staatsvertrag oder ob nur eine innere Anordnung, das war den Liberalen gleichgültig. Die Convention mußte aufgehoben werden, das war zum Voraus beschlossen und sie wurde aufgehoben. Die liberale Partei hatte auch in Württemberg Erfolge gewonnen, aber diese hatten hier noch immer nicht eine neue Aera geschaffen.

Um die Proklamation vom 7. April 1860 nicht zur Lüge zu machen, mußte das Ministerium der neuen Aera in Baden vor Allem eine Ordnung der kirchlichen Verhältnisse bewirken und gerade diese unterlag besonderen Schwierigkeiten. Einerseits sollte das liberale Ministerium den Schein der Gerechtigkeit auch in anderen Ländern erwerben und in dem Großherzogthum selbst sollte es die katholische, d. h. die große Mehrzahl der Bevölkerung für sich gewinnen; andererseits aber mußte es die äußersten Meinungen schonen, um nicht gleich Anfangs das Vertrauen der verbündeten Radikalen zu verlieren und es mußte Sorge tragen, daß nicht im Widerspruch mit den Grundsätzen des modernen Staates die Ausdehnung der Staatsallmacht eine wesentliche Beschränkung

erfahre. Durch eine Vereinbarung mit der Kirchenbehörde wäre die schwierige Sache viel einfacher und leichter geworden, aber durch die bloße Thatsache der Unterhandlung hätte das Ministerium der neuen Aera zugestanden, daß neben der Staatsgewalt eine andere Auktorität selbstberechtiget bestehe. Gegen den Gedanken einer solchen Concession schrieen aber die Radikalen aus allen Kräften und die doktrinäre Staats-Weisheit der Professoren mußte jegliche Vereinbarung als Verstoß gegen die Lehre des Liberalismus verwerfen.

Bekanntlich hat die badische Regierung durch Vorlage mehrerer Gesetzentwürfe die Sache kurz abgemacht. Wenn diese Gesetze der Kirche einige Rechte einräumten welche der constitutionelle Staat nicht verweigern kann, so haben sie doch gar manche Befugniß beschränkt welche in anderen Staaten, z. B. in Preußen, vollkommen frei ausgeübt wird. Sie haben in den Bestimmungen über die Erziehung der Kinder den gerechten Ansprüchen der Confessionen keine Rechnung getragen; sie haben den sakramentalen Charakter der Ehe verneint und sie haben endlich die Diener der Kirche selbst als solche unter die Gewalt der staatlichen Behörden gestellt. Das Gesetz über die Bestrafung der Amtsmißbräuche der Geistlichen ist ein wahres Ausnahmsgesetz, welches Krieg oder offener Aufstand kaum hätten rechtfertigen können. Selbstverständlich konnte die ruhige Denkschrift des greisen Erzbischofs gegen die liberale Professorenweisheit nichts ausrichten; die Versammlung des Klerus in Appenweier und dessen Erklärung überraschten wohl das Ministerium und dessen Lenker, aber sie blieb ohne thatsächliche Beachtung*). Niemand sollte ein Bedenken aussprechen gegen diese vortrefflichen Gesetze und darum wurde die bekannte Meute des Parteipöbels wieder losgelassen und selbst amtliche Blätter gaben sich große Mühe, um die Katholiken zum Abfall von ihrer Kirche zu bringen**).

*) Es waren in Appenweier 3[illegible]5 Geistliche versammelt und der gesammte Klerus, etwa 1100 an der Zahl, trat der Erklärung bei.

**) z. B. auch die officielle Karlsruher Zeitung [illegible] lichen Verkündigungsblätter, wohl zwanzig an der Z[illegible]

Den Aeußersten der Partei waren die Gesetzentwürfe nicht genehm, denn nach ihrer Meinung war der Kirche noch viel zu viel zugestanden, waren dem religiösen Bekenntniß noch zu viele Rücksichten geschenkt und waren „die Pfaffen“ noch mit viel zu großer Milde behandelt. Nach kurzer Berathung wurden die Gesetzentwürfe von der Kammer angenommen; von dieser durfte das Ministerium keinen Widerstand erfahren — damals war Disciplin in der liberalen Partei.

Die Gesetze über die rechtliche Stellung der Kirche, am 9. Oktober 1860 verkündet, haben der Kirche so viel Freiheit gegeben, als dem leitenden Comité in Heidelberg zulässig erschien. Dieses Comité aber rechnete auf die Interpretationen und auf den Ausnahmsstand, welcher die Geistlichkeit in sich selber zerspalten, und in ihrer Zerreißung dem Willen der Staatsgewalt unterwerfen sollte. Am Ende konnten die Gesetze selber wieder aufgehoben oder geändert werden*), denn die gerühmten Rechte und Freiheiten der Kirche in dem Großherzogthum Baden sind lediglich auf Widerruf gegeben.

Somit war der moderne Staat der Liberalen festgestellt; die Stellung in dem südlichen Deutschland war erworben — die Partei konnte weiter gehen.

---

*) Das Gesetz vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirche wurde allerdings für ein „Verfassungsgesetz“ erklärt, d. h. für ein Gesetz zu dessen Aufhebung oder Aenderung eine Majorität von zwei Drittheilen der Stimmen in jeder Kammer nöthig ist. Ob diese zwei Drittheile von allen oder nur von den anwesenden Abgeordneten gerechnet werden, das war Controverse, scheint jedoch durch die spätern Verhandlungen über die Reform der ersten Kammer zu Gunsten der letzten Auffassung entschieden zu seyn. Wäre jedoch auch die erste Meinung angenommen, so würde es leicht seyn die zwei Drittheile der Stimmen zu erhalten in einer Kammer wie diejenige, welche das Gesetz gemacht hat.

L.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

Wie das materialistische Evangelium sich rächt.

Als der Verfasser der obengenannten Aphorismen seine Studien über die neuen Bewegungen auf dem Gebiet des allgemeinen Erwerbslebens in Angriff nahm, da gedachte er wirkliche „Aphorismen“ in diesen Blättern zu veröffentlichen, je nach dem Material das der Tag jedesmal bringen würde. Es sind aber daraus lange Abhandlungen geworden, weil der Gegenstand unter der Feder sich ebensowohl ausbreitete als vertiefte, und dann auch deßhalb weil sich immer mehr die Annahme aufdrängte, daß bei unserm conservativen Publikum eine genaue Kenntniß der liberal-ökonomischen Schule, um deren Bekämpfung oder Vertheidigung sich jetzt Alles dreht, im Allgemeinen nicht vorausgesetzt werden dürfe.

Nun aber, nachdem sozusagen die Bahn gebrochen ist, kehren wir zu unserm ursprünglichen Vorhaben zurück, nämlich durch kleine Annoncen aus den Vorkommnissen des Tages die Aufmerksamkeit frisch zu erhalten für die Regungen des neuen Geistes in den Tiefen der Gesellschaft. Diese Regungen sind ohne allen Zweifel wichtiger für die Zukunft der Menschheit als die schwersten reinpolitischen Fragen der Gegenwart, und doch werden sie in der Regel kurzweg ignorirt.

Fangen wir damit an, zuerst durch ein pikantes Beispiel zu zeigen, daß wir nicht zu viel gesagt haben mit der Behauptung: die neue sociale Bewegung sei der einzige Punkt an dem alle vermeintlich für die Ewigkeit begründeten Richtungen der Gegenwart sterblich seien, und zwar sehr sterblich, vom vulgären Liberalismus an bis zu der materialistischen Naturwissenschaft der modernen Welt.

Diese „Wissenschaft" ist es ganz wesentlich was die herrschende Bourgeoisie unter der „Bildung" und „Intelligenz" versteht, welche sie vor den alten historischen Ständen in Anspruch nimmt. Im Kampfe mit diesen Ständen entstanden und herausgewachsen hat das neue Bürgerthum, für welches eigentlich nur die französische Sprache eine treffende Bezeichnung besitzt, ihren Gegensatz und Haß nicht etwa auf die politischen und socialen Principien eingeschränkt sondern folgerichtig auch auf die religiöse Anschauung ausgedehnt. Man wird die Bourgeoisie-Parteien als solche überall von fanatischem Haß gegen Kirche und Offenbarung erfüllt sehen, und dieser Haß konnte natürlich keine bessere Befriedigung finden als in der Wissenschaft des Materialismus.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Schriften von Moleschott, Vogt und Büchner gleich nach ihrem Erscheinen massenhaft unter den Arbeitern der Fabrikorte verbreitet worden sind. Die „Arbeiter-Bildungsvereine" welche nachher unter den Auspicien von Schulze-Delitzsch entstanden, waren die eigentliche Propaganda der neuen Wissenschaft in verschiedener Form und Gestalt. Dabei berühmten sich diese Vereine auf dem einfachsten Weg für das Wohl des Arbeiter-Standes zu sorgen, indem sie die Arbeiter in den Stand setzten vermöge ihrer Bildung jeden höhern Berufszweig erreichen zu können.

Ueber diese Verheißung hat ein Herr Hasenklever am 15. April d. Js. im Lassalle'schen Arbeiter-Verein zu Solingen eine sehr merkwürdige Vereinsrede gehalten. Hr. Hasenklever steht selber ganz und gar auf dem wohlverstandensten

Standpunkt des Materialismus. Dieß ist überhaupt eine allgemeine Erscheinung an den neuen Bewegungen der Arbeiter: in England schließen sie sich an die materialistische Philosophie des Säkularismus an, in Frankreich an die atheistische Lehre des Comtismus, in Deutschland sind Karl Vogt und seine Schüler ihre Propheten, wie Herr Lassalle ihr Messias, ein ausgesprochener Gotteslängner war.

Der Solinger Vereins-Redner ist also tief überzeugt von den Wahrheiten der neuen Wissenschaft. Aber er gibt derselben eine andere praktische Anwendung als die den Materialismus predigende Bourgeoisie; er macht dadurch an der letztern das Sprüchwort wahr, daß Untreue den eigenen Herrn schlägt. Er beschuldigt die Bourgeoisie des Betrugs und frevelhaften Humbugs den sie mit den armen Arbeitern treibe mittelst ihrer Bildungs-Vereine, und vom materialistischen Standpunkt aus wird es sehr schwer, ja unmöglich seyn ihn zu widerlegen.

Er behauptet nämlich erstens: durch die Bildungs-Einimpfung die ganze Lage des Arbeiterstandes bessern zu wollen, sei überhaupt schon äußerst verkehrt. Er behauptet zweitens: die ebenbürtige Bildung der Arbeiter könnte frühestens in der nächsten Generation und zwar nur dadurch herbeigeführt werden, daß man dem gegenwärtigen Arbeiterstande — besser zu essen gäbe, der Tisch der Arbeiter müßte so gut seyn wie der der reichen Bourgeois. Seine Beweisführung ist ebenso interessant als lehrreich. Hören wir nur!

„Aber wir wollen noch tiefer in die Sache eindringen. Früher glaubte man in allen Kreisen, in den gebildetsten und ungebildetsten, daß der Mensch aus zwei wesentlich verschiedenen Theilen bestehe: aus Körper und Geist oder Seele; und daran anknüpfend suchte man auch den Körper und den sogenannten Geist immer besonders zu behandeln. Die Naturwissenschaft hat schon manchen alten Satz umgestoßen und dem Glauben manche empfindliche Schlappe beigebracht, der Vernunft aber und der Wahrheit die gebührende Stelle angewiesen. Und eben

diese Naturwissenschaft kämpft mit schneidender Schärfe für unsere Ansicht: die materielle Lage des Arbeiterstandes muß zuerst und zwar ausschließlich gehoben werden, sie schließt zum großen Theile die geistige Hebung von selbst in sich. Die naturgeschichtlichen Forschungen sagen nämlich ausdrücklich: es gibt nicht Körper und Geist, sondern nur eine einzige Materie, aus der alle Thätigkeiten, körperliche und sogenannte geistige hervorgehen. Diese Materie durchdringt den ganzen Körper und wird fortwährend verbraucht und wieder ersetzt. Der Verbrauch derselben wird natürlich durch die kleinere oder größere Kraftentwicklung bedingt, die Zufuhr geschieht durch die Aufnahme von Speisen und Verarbeitung derselben durch den Magen .... Die Gehirnsthätigkeit aber hängt ebenso von der Zufuhr von Speisen an den Magen ab, da diese Zufuhr die Gehirnstheilchen, wie die aller andern Muskeln und Organe, ersetzt und neue Kraft hinbringt. So ist nun leicht der Schluß zu ziehen, daß bei einem Menschen in gedrückter Lage — besonders wenn seine Vorfahren sich ebenfalls in einer solchen befanden welches auf seine Zeugung von Einfluß gewesen — der seinem Magen nicht die nöthigen kräftigenden Speisen zuführen kann, auch die Gehirnsthätigkeit keine große und tüchtige ist; daß er sich in sogenannter geistiger Beziehung trotz manigfacher Anstrengung nicht so ausbilden kann wie ein Mensch, und zwar aus wohlhabender Familie, der von Jugend auf gute Nahrung dem Magen zuführt" *).

Wer auf dem Boden der neuen Naturwissenschaft steht, der wird es nicht leicht haben die schlagenden Consequenzen zu widerlegen, welche Hr. Hasenklever bezüglich der Bildungs-Frage der Arbeiter daraus zieht. Ueberhaupt ist es durchaus unverkennbar, daß die Fähigkeit ein größeres Maß von Bildung zu erlangen und zu ertragen, von der jedesmaligen socialen Stellung abhängt und daß das künstlich herbeigeführte Mißverhältniß unter allen Umständen vom Uebel ist.

*) Vergl. Berliner Socialdemokrat vom 25. April 1866.

Man braucht daher nicht einmal Materialist zu seyn, um dem Solinger Vereinsredner recht zu geben wenn er sagt: „Wir finden wohl viele ungebildete Landjunker, weil ihre Ansicht in Bezug auf Wissenschaft eine andere ist wie die des Bürgerthums, aber wirklich stupide Adeliche existiren im Verhältniß bedeutend weniger." Wenn er zweitens sagt: „Der begüterte Bürgerstand, der an Zahl um Vieles den Adelstand jetzt übertrifft, hat seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wenn auch nicht im Verhältniß so doch in positiver Summe, die größte Gehirnsthätigkeit und Fähigkeit bekundet, aber auch nur von der Zeit an wo er in das Wohlleben schon eingetreten war." Wenn er endlich drittens sagt: „Selbst wenn die Mittel plötzlich da wären, so würden doch noch einige Generationen zu Grabe getragen werden müssen, ehe sich das jetzt körperlich und geistig verkümmerte Proletariat ganz erholt hätte", durch die Bildung nämlich die ihm jetzt geboten wird.

Gewiß, wenn es Ernst damit wäre den Arbeiterstand durch „Bildung" zu heben, so müßte man auf die Gegenwart mit vereinzelten Ausnahmen verzichten, für die Zukunft aber vor Allem durch reichlichern Tisch und feinern Comfort des ganzen Lebens dafür sorgen, daß die Mitglieder der Arbeiter-Vereine leichteres Blut und agilere Köpfe bekämen. Dann aber wären sie eben selber Bourgeois und man hätte keine — Arbeiter mehr!

---

heilige Christusreligion zu lehren. Bald werden sie dieselbe aus dem heiligen Buche der Natur als dem ersten Theile der Christusreligion, den Gott selbst verfaßt, und aus der heiligen Bibel dem zweiten Theile derselben, den er durch seine dazu begeisterten Freunde abfassen ließ, erlernen. Jesus als das vollkommenste Muster alles menschlichen Lebens wird ihnen bei diesem zweckmäßigen Religionsunterrichte als das Beispiel, nach dem sie ihre Moralität einrichten, vorgestellt werden. Darauf beruht nun einzig und allein das theoretische und thätige Christenthum, das sich aus den Katechismen, indem daselbst keines ist, nicht erzielen läßt."

Also eine Art rationalistischen Deismus mit Beseitigung der Kirche und ihrer Sakramente, mit Aufhebung und Aufgebung des fortgesetzten Mittleramtes. Aber nicht allein in der Religion, auch in den andern Disciplinen schoben diese höchst unwissenden und die Unwissenheit vergötternden, vom Dünkel und Hochmuth aufgeblasenen Schulmeister — immer den Kaiser als Mauerbrecher vor. Die Literaten ließen ihm stets wissen, was er thun solle, wenn er an der Leine des Fortschritts bleiben und auch ferner ihrer hohen Gunst theilhaftig werden wolle. Die aufgeklärten Nichtswisser und Vielschreiber beneideten jeden der latein und griechisch verstand, sie wollten daher diese beiden sie zu Neid und Zorn reizenden Sprachen als gemeinschädlich geradewegs aus den Schulen verbannt wissen. Man staunt wenn man folgenden ganz ernstlich gemeinten Vorschlag liest:

„Er (der Kaiser) wird den Schwall der lateinischen und griechischen Grammatiken aus den Schulen seiner Monarchie vertilgen. Denn da liegt keine Sache, sondern bloße Wort-Kenntniß und zwar eine Wortkenntniß solcher Sprachen die todt sind und der Menschheit nichts nützen. Unsere Kinder werden statt all dem Zeuge wahre Sachen lernen müssen, die den Menschen nothwendig sind, und nur eigentlich zum Leben gehören."

„Nicht derjenige der da lateinisch und griechisch versteht,

erklärt. Man meint eine Persiflage zu lesen, wenn man Pläne liest welche Schulmänner von damals für die moderne aufgeklärte Generation ausheckten. Sie liegen uns vor und wir werden sie wörtlich anführen*). Ueberall wurde der arme Kaiser Joseph vorgeschoben. Im ersten Heft der unten angeführten Zeitschrift heißt es:

„Unser gekrönter Menschenfreund, der keine That seiner erhabensten Menschenliebe und Weisheit unterläßt, wird seinen scharfsinnenden Blick auf das Schul- und Erziehungswesen werfen. Denn er selbst durchforscht und prüfet Alles, bringt allen äußern Anstrich und Schimmer durch . . . Er wird die Schulen seiner Monarchie, die seit Karl dem Großen unter den finstern Ruinen der Barbarei gerostet haben, aus den Trümmern derselben hervorreißen und sie von ihrem giftigen Roste, der sich durch ihre langwierige Sklaverei in den Händen der Mönche tief eingefressen hat, reinigen."

„Unser gekrönter Menschenfreund wird die Menge der Katechismen, in denen nichts als Dogmatik, Menschensatzung und Spekulation liegt, aus seinen Schulen verbannen. Denn sie sind das Erzeugniß mönchischer Köpfe aus den finstern Zeiten, welche das Hirn unserer zarten Jugend mit einem Schwalle dogmatisch symbolischer Sätze, menschlicher Grübeleien und Erfindungen auf die gewaltthätigste Art anfüllt, aber ihren Verstand und ihr Herz leer, ohne alle Religion, Aufklärung und Moralität läßt."

„Dieses Erzeugniß war es, das die Menschen welche Christus-Religion haben sollten, bis itzt verwirrte, und immerfort noch verwirrt, das ihren Verstand gänzlich roh und unangebaut ließ, das ihr Herz bei den unnahrhaften Worten der Dogmatik dem Eigennutze, der Sinnlichkeit und dem Pharisäismus Preis gab, das endlich die allgemeine Liebe unter den Menschen tödtete. Wir erwarten die selige Zeit, in der man andere und bessere Mittel ergreifen wird unsere Kinder die

*) Kritik über die Normalschulen von einer Gesellschaft Erzieher. Herausgegeben von K. F. Scholz. In einer Reihe von Heften. Wien Hartl. 1786.

Die deutschen allerhöchsten Verordnungen werden das ganze Studium der Rechtswissenschaften ersetzen."

„Er (der gekrönte Menschenfreund) wird endlich aus den medizinischen Hörsälen alle Pedanterei und Maschinenheit verscheuchen; er wird die edle Wissenschaft zur Einfachheit und Natur bringen und von allen Unzweckmäßigkeiten reinigen. Alsdann werden die Schüler derselben nicht mehr mit griechischen und lateinischen Benennungen der vorkommenden Gegenstände geplagt werden. Denn sie strengen das Gedächtniß nur umsonst an, und halten nur vom Wahren zurück. Es wird genug seyn, wenn die Jünglinge die Sache deutsch wissen. Es werden ferner die Rezepten deutsch zu jedermanns Verständniß vorgeschrieben werden. Denn wir sind weder Lateiner noch Griechen."

Von dem allgemeinen Bande der Gelehrtensprache welches die gelehrten Mediziner aller Welt verbindet, so daß die Resultate ihrer Forschungen in der lateinischen Sprache niedergelegt — Gemeingut der wissenschaftlich Gebildeten aller Nationen werden, von dem Umstande daß die Receptirkunst eben durch die Allgemeinheit der Einen Sprache in allen Ländern von den Doktoren prakticirt werden kann, von alledem haben die „aufgeklärten Planseßer" keine Ahnung in ihrem kleinen Gehirne gehabt. Am Schlusse meint der lichtfreundliche Schulmeister noch:

„Unser gekrönter Menschenfreund, der seine Monarchie von Mönchen befreite, wird selbe auch von allem Roste und Staube als den Reliquien derselben reinigen. Künftig wird kein Geistlicher und durchaus kein Mönch Schul- und Erziehungsplane entwerfen, denn es fehlt selben am nothwendigsten Stücke dazu: selbst Vater zu seyn." „Der Monarch soll vor nicht langer Zeit den weisen Wunsch geäußert haben, daß man das Schulwesen gleich den Predigten kritisch beleuchten möchte. Diesem Wunsche zufolge entstand also diese Schrift."

Während die „Normalherren", wie sich die Lehrer der damaligen Normalschulen ex officio nannten, geradewegs classisches und positives Wissen verbannen wollten, erklärte

sondern jener, der in seiner Sphäre richtig denkt, Tugend und Wahrheit liebt, klug und recht handelt, ist weise."

„Unser gekrönter Menschenfreund wird die Schulen seiner Monarchie von allen Theorien zur Rede- und Dichtkunst reinigen. Die beste Theorie überhaupt ist die heilige Natur selbst; und das Studium derselben ist einzig und allein zu den schönen Künsten und Wissenschaften hinreichend" . . .

„Er (der gekrönte Menschenfreund) wird auch aus den Schulen der Philosophie alle Systeme wegschaffen. Denn aus den Mistbeeten derselben sind von ihrem Anbeginn schlechte Früchte erzeugt worden" u. s. f.

Wie oben gegen die Classiker, die Griechen und Römer, dann gegen die Theorie der Rede- und Dichtkunst, so wird hier auf ein paar Seiten gegen sämmtliche philosophische Systeme weidlich geschimpft. Alle Wissenschaft war dieser selbstgenügsamen und aufgeblasenen Unwissenheit ein Gräuel. Die Phrasen von Aufklärung, Dummheit der Mönche, heiliger Natur genügten, wer sie handhaben konnte, nannte sich „Denker" der über den ganzen Trödelkram aller Wissenschaft hocherhaben dasteht. Der Kaiser sollte mit allem positiven Wissen aufräumen und selbe dem gelben Neid der aufgeklärten Ignoranz zum Opfer bringen. Der aufgeklärte Schulmeister fordert ferner:

„Unser gekrönter Menschenfreund wird ferner seine Schulen von allen Scartecken und Schriften, die über das Corpus Juris abgelesen werden, säubern. Denn in selben liegt nichts anders als was der gesunde Menschenverstand aus sich selber begreift, und zwar um so eher weil sich der steife Juristenton nicht so leicht verstehen läßt, und weil in den Scartecken alles in kauderwelscher Form und Zuschnitte zusammengeworfen ist. Die römischen Gesetze werden vor allen ihren Abschied erlangen, weil wir Deutsche sind, und weil die Verfassung unserer Monarchie nicht wie jene der Römer ist. Sie sammt allem übrigen, was zum Corpus Juris gehört, waren es welche den Schülern die Köpfe verschroben, und ein allgemeines Elend ausgebreitet haben...

Die deutschen allerhöchsten Verordnungen werden das ganze Studium der Rechtswissenschaften ersetzen."

„Er (der gekrönte Menschenfreund) wird endlich aus den medizinischen Hörsälen alle Pedanterei und Maschinenheit verscheuchen; er wird die edle Wissenschaft zur Einfachheit und Natur bringen und von allen Unzweckmäßigkeiten reinigen. Alsdann werden die Schüler derselben nicht mehr mit griechischen und lateinischen Benennungen der vorkommenden Gegenstände geplagt werden. Denn sie strengen das Gedächtniß nur umsonst an, und halten nur vom Wahren zurück. Es wird genug seyn, wenn die Jünglinge die Sache deutsch wissen. Es werden ferner die Rezepten deutsch zu jedermanns Verständniß vorgeschrieben werden. Denn wir sind weder Lateiner noch Griechen."

Von dem allgemeinen Bande der Gelehrtensprache welches die gelehrten Mediziner aller Welt verbindet, so daß die Resultate ihrer Forschungen in der lateinischen Sprache niedergelegt — Gemeingut der wissenschaftlich Gebildeten aller Nationen werden, von dem Umstande daß die Receptirkunst eben durch die Allgemeinheit der Einen Sprache in allen Ländern von den Doktoren prakticirt werden kann, von alledem haben die „aufgeklärten Planfetzer" keine Ahnung in ihrem kleinen Gehirne gehabt. Am Schlusse meint der lichtfreundliche Schulmeister noch:

„Unser gekrönter Menschenfreund, der seine Monarchie von Mönchen befreite, wird selbe auch von allem Roste und Staube als den Reliquien derselben reinigen. Künftig wird kein Geistlicher und durchaus kein Mönch Schul- und Erziehungsplane entwerfen, denn es fehlt selben am nothwendigsten Stücke dazu: selbst Vater zu seyn." „Der Monarch soll vor nicht langer Zeit den weisen Wunsch geäußert haben, daß man das Schulwesen gleich den Predigten kritisch beleuchten möchte. Diesem Wunsche zufolge entstand also diese Schrift."

Während die „Normalherren", wie sich die Lehrer der damaligen Normalschulen ex officio nannten, geradewegs classisches und positives Wissen verbannen wollten, erklärte

der bekannte Sonnenfels 14 Jahre früher in einer Rede von der Bescheidenheit, wie die Universität in Wien bald Verwunderung und Neid des ganzen deutschen Reichs erregen werde. Er sagt:

„Schon hat dieser Fortgang (der Juristen an der Wiener Universität) die übrigen Provinzen Deutschlands gezwungen die Geringschätzung zurückzunehmen, die sie sich einst gegen uns erlaubt hatten. Sie sehen verwundert unsere stark gemessenen Schritte gegen die Vollkommenheit: vielleicht daß bald Eifersucht an die Stelle der Verwunderung treten und die Hauptstadt des deutschen Reichs auch sich zur Hauptstadt im Reiche der Wissenschaften, der Künste und des Geschmackes erheben wird. Nach einem solchen Anfange, meine Herren, welcher Erfolg wäre zu groß, auf den wir nicht Anspruch machen, welcher Gipfel zu hoch, dahin wir uns nicht sollten aufschwingen können, wenn Beharrlichkeit stets der Fähigkeit zur Seite geht und nicht irgend ein ungünstiger Umstand dazwischen tritt unsern glücklichen Schwung zu hemmen*).

Sonnenfels war eine Art Faktotum; wenn es seyn mußte, redete er auch über Kunst an Künstler und zwar in einem zur Zopfperiode ganz und gar gehörigen Geschwätz. Er hielt einmal eine Rede, in welcher allerhand drolliges Zeug vorkommt**). Er wollte nämlich den jungen Künstlern und dem aufgeklärten Lesepublikum seiner Zeit von seinem Kunstverständniß einige Proben zu verkosten geben. Da heißt es:

„Lassen Sie mich gegen Künstler, welche von dem schildernden Ausdrucke hohe Begriffe haben, die Vereinigung der Wissenschaften und Künste durch Aglajen und Euphrosinen vorstellen, welche mit verschränkten Händen der Mutter des edlen Ge-

*) Von der Bescheidenheit im Vortrage seiner Meinung. Eine Rede an die Zuhörer beim Eingange der Vorlesungen. Von J. von Sonnenfels. Wien Kurzböck 1772.

**) Ermunterung zur Lektüre an junge Künstler: eine Rede bei der ersten feierlichen Austheilung der Preise in der neuerrichteten k. k. Kupferstecherakademie gelesen von J. v. Sonnenfels. Wien 1768.

schmacks, der erhabenen Venus zur Seite stehen, und mit dieser Göttin zugleich verehrt werden, wie einst in den goldenen Zeiten der Künste Parrhasius und Silanion in ihrem Gemälde des Theseus zugleich mit diesem verehrt wurden." „Ich werde mich an einem Kopfe von Denner über die hartnäckige Mühe des Mannes verwundern, der jedes Haar so ängstlich nachgeahmt, aber wenn ich das Schlachtstück von Rubens, worinnen Decius sich dem Vaterlande opfert, wenn ich dieß sehe, stehe ich bewundernd still und rufe aus: das ist ein Maler! ob ich gleich die Schweißlöcher an seinen Köpfen nicht abzählen kann!"

Nachdem Sonnenfels unter andern die Henriade Voltaires gerühmt, gibt er den Künstlern den Weg zur Vollkommenheit an, wie folgt:

„Aber hiezu gelangt man nicht, ohne daß der Geist durch die Lesung der besten Schriften des Alterthums und der neuern Zeiten genähret, daß die Einbildung durch die Dichter erhitzt, mit Bildern bereichert, daß die Gewohnheiten der Völker, ihre Sitten durch die Geschichte bekannt geworden."

Wenn jene Periode in ihrem Aufklärungsdünkel sich im Allgemeinen weit überschätzte, so mußte sie auch ihre Celebritäten lächerlich hoch anschlagen. In dieser Ueberschätzung ruft auch Sonnenfels: „Auf diese Art kann jede Kühnheit Pindars und Uzens, jeder Scherz Anakreons und Gleims und Gerstenbergs, jede Dithyrambe Horazens und Willamovs die Einbildung des Künstlers erhitzen!" Armer Künstler, dem kein anderes Feuerungsmaterial zu Gebote steht um seine Einbildung zu erhitzen, als „Uzens Kühnheiten", „Gleims und Gerstenbergs Scherze" und die affektirte bachantische Verrücktheit des sonst zahmen Schuldirektors Willamov!

Wenn nun schon ein Licht jener Zeit, ein gerühmter Professor sich so überschwenglich über die Leistungen seiner Zeitgenossen erging, wie mußte erst der Troß der Wiener-Autoren in eigener Werthschätzung vorangeschritten seyn.

Schon 1781 begannen die Klagen über das heillose ratenvolk, welches in Wien wie Regenwürmer aus allen

Löchern herauskroch um sich in der Sonne der neuen Aufklärung zu erwärmen und vergnüglich herumzudrehen. Zur Charakteristik sollen nur einige Broschüren angeführt werden, die den Unmuth aller ehrlichen Leute laut ausgesprochen haben.

1) „Briefe nach Göttingen über die neuesten Schriftsteller Wiens. Wien Hartl 1781." Darin wird weitläufig ausgeführt wie sich die Herren Autoren „schindermäßig wie wüthende Hunde" herablästern, wie sich unter zehn Personen und den Höhern nicht einer findet, der „von diesen abgeschmackten Verläumdern unangetastet geblieben wäre." Die Literatur war zu einem „Universallügenmagazin" geworden. Es werde jetzt durchwegs elendes Zeug, erbärmlicher Schund gedruckt. Der Autor spricht das denkwürdige Wort aus: „Am Ende werden sich müssige Mönche wieder zusammensetzen, gelehrte Manuscripten tausendmal abschreiben, weil hier das Gedruckte bald die rechtliche Menschensvermuthung gegen sich haben wird, daß es des Druckes nicht werth sei."

2) „Was sind die Wiener-Schriften überhaupt? Von J. A. von Lewenau. Wien Sonnleithner." Der Autor setzt unter anderm auseinander, wie keine edle Triebfeder, keine gute Absicht dahinterstecken könne, wenn man die subtilsten Streitfragen der Religion zum Gassenliede macht, den Pöbel in solchen Dingen zum Schiedsrichter wählet, die unter den Gelehrten noch nicht ausgemacht sind u. s. w. „Kann wohl diesen Herren die Untüchtigkeit des Pöbels zur Entwicklung so heikliger und meistens eine Menge Kenntnisse voraussetzender Gegenstände unbekannt seyn?" Eben auf die Unwissenheit des Pöbels aber bauten die unwissenden Autoren.

3) „Blick auf die jungen Schriftler Wiens. Von F. A. Reinhard. Pueri indocti literas, viri imperiti actiones confundunt. Demophil. Wien 1782." Im selben Sinn wie die vorige Schrift.

4) „Etwas auf Etwas, oder ein Schreiben an meinen

Freund für die unnützen Skribenten. Verfasset von Pangel. Wien 1782." Die Wienerscribenten wurden in diesem Etwas nicht artig, aber auch nicht unverdient behandelt. Da heißt es z. B. „Geliebteste Kinder und gewaltige Dummköpfe", und darnach wird ihnen ein langes Sündenregister vorgehalten.

5) „Die heutige Preßfreiheit in Wien 1787." Wien bei Kuhn. Nachdem der Autor beschrieben, wie es jedem Lotterbuben unverwehrt sei alle Stände herabzureißen, die Diener der Kirche verächtlich zu machen, nach Lust zu verläumden und zu lügen, citirt er aus der Lobrede eines Benediktiners auf den hl. Benedikt folgendes:

„Sage mir nun, heißt das aus redlichem Herzen geschrieben? Heißt das lieben und freundschaftlich und wohlthätig mit seinem Nächsten verfahren? Können solche verderbliche Intriguen und Verläumdungen auf die Herzen der Menschen fruchtbar wirken? Heißt das das allgemeine Wohl zu befördern suchen? Den Endzweck der Preßfreiheit erreichen? Kann man hoffen, daß dadurch die Menschen gebessert werden? Unmöglich. Derlei Schriften erregen bei dem Volke nichts anders als Klagen, Bosheit, Feindschaft, Nachstellung, Haß und Mord. Dieß sind gemeiniglich die Nachwehen, die auf so geartete, ungerechte und anhaltende Beleidigungen folgen."

6) „Warum bekömmt Wucherer nicht fünfzig Prügel?? Ein Pendant zu der Frage: Warum wird Kaiser Joseph nicht geliebt? Nebst einer vertraulichen Epistel an Wucherer von seinem Geheimsetzer 1787." — Wucherer ist der Name eines Druckers und Verlegers jener Zeit der in Opposition und Radikalismus eine Unzahl von Scharteken drucken ließ. So lange er Schmähschriften über Jesuiten, Mönche, Geistliche, Klöster u. s. w. herausgab, war es ganz gut; als er aber die Regierung selber anpackte, als er auch gegen den Kaiser schrieb, war es ganz anders.

Auch hier wird bei neuen Absätzen der Eingang benützt: „Die Edlen im Volke wünschen" (so z. B. daß ein Mann, der das Publikum betrügt, doch einmal für einen Betrüger gehalten werde u. s. w.).

7) „Wie lange noch? Eine Patriotenfrage an die Behörde über Wucherers Scharteckengroßhandel. Wien 1786.“ Auch dieser Autor geht über Wucherer und seinen Genossen, einen andern Schundverleger „Pfeiferl“ los, die Schrift beginnt:

„Es gibt zween Namen in Wien, welche bei allen Rechtschaffenen der Gegenstand einer allgemeinen Verachtung geworden sind, sie heißen Wucherer und Pfeiferl. Wenn man die Unternehmungen eines schmutzigen eigennützigen Buchhändlerauswürflings, so wie die gewissenlosen Handlungen eines staatsschädlichen katholischen Judens mit passenden Ausdrücken bezeichnen will, so sagt man à la Wucherer, à la Pfeiferl.“

Es waren aber diese beiden Subjekte auch nicht viel schlechter als viele andere Verleger jener Zeit. Ihr gerügter Fehler bestand nur darin, daß sie consequenter Weise bei dem Schmähen des Clerus nicht stehen blieben, sondern auch an die weltliche Gewalt beworfen mit Straßenkoth herankamen. Die Klagen über die literarische Lausbubokratie wurden gegen den Schluß des Josephinischen Dezenniums immer lauter. Jeder halbwegs ehrenhafte Literat suchte eine Gelegenheit um sich gegen den gewöhnlichen Schreibeplebs zu verwahren, sich von ihm abzusondern. So beginnt 8) eine solche Broschüre 1787*) wie folgt:

„Wenn man alle Schriften die von Anfang der Preßfreiheit in die Welt gediehen sind, etwas genauer untersuchet, so wird man darunter größtentheils solche Schriften finden, die uns Wienern wenig Ehre machen. Schmähungen waren bisher im höchsten Grade verboten und sind auch weder in einem ungesitteten Lande, um so viel weniger hier in Wien erlaubt, denn das Gericht hat hierauf stets ein obachtsames Auge zu tragen und Verbrecher nach dem Gesetze zu strafen.“

---

*) „Anfang betrachte das End. Oder genaue Rechnungstafel für Beamte, welche 500 bis 1000 fl. Besoldung haben. Von J. B. J. 1787.“

„So denkt ein Mann, welcher über alle Bübereien ganz hinausgesetzt ist, und jedermann rechtschaffen zu seyn wünschet. Seine Wünsche sind aber ganz vergeben, denn was das Gericht und die Liebe des Nebenmenschen höchstens verbietet, das erlaubt das Preßgesetz."

„Der Inhalt der Broschüren war größtentheils eine Kritisirung und Beschimpfung so vieler rechtschaffener Männer. Ein Theil derselben hat, ohne sich zu rechtfertigen, Alles mit Stillschweigen übergangen, um von den ergrimmten Schmierern nicht noch mehr Schimpf erfahren und sich in den Augen des gemeinen Pöbels, welchem die wahre Beurtheilung von derlei Schriften fehlet, sich noch mehr heruntergesetzt sehen zu dürfen. Wenn in diesen die Aufklärung Wiens bestehen soll, so ist es wohl kein Wunder, daß die auswärtigen Schriftsteller schon so oft darüber losgezogen und derlei öffentliche Aergernisse nur in der Oberfläche gelesen zu haben, groß bedauerten."

9) „Der Esel in Megapolis, oder wo man will. Ein Originaltraum. Geträumt und geschrieben von Michel Hinz. Wien 1783." Der Autor zeichnet die Wiener Literaten in folgendem Ton: „Der Schmierer welcher Gassenhauer sudelt, der Pasquillant, der Religionsschänder, der leere Kopf, der Narr mit fünf Fingern betrügt das Volk um Zeit und Geld; der fähige Kopf, der Denker, der philosophische Menschenfreund läßt Makulatur drucken, wird mit seiner gesunden Vernunft ausgelacht, mit seinen guten Wünschen und Vorschlägen in's Tollhaus geschickt."

Die „Aufklärungsliteratur", der ununterbrochene Hohn gegen die Kirche förderte die Unsittlichkeit in Wien auf eine Weise, welche für die damaligen Verhältnisse der Einwohnerzahl Wiens auffallend seyn mußte. Ein Autor 10) schrieb: „Der Staupbesen, oder etwas über die Freudenmädchen. Wien bei Jahn, Universitätsbuchdrucker 1788." Der Autor schildert die durch die Ueberhandnahme der Prostitution entnervte und verlotterte Jugend Wiens, die Familienzwiste, das Verderben der Familien und alle jene Früchte die nothwendig am Baum jener Aufklärung reifen mußten.

Am schrecklichsten arbeiteten die Wiener Satyriker. Sie ergingen sich in Persönlichkeiten oder griffen ganze Stände an, so daß dann oft eine einzige Sudelschrift eine ganze Sudelliteratur über dasselbe Thema hervorrief. So schrieb einer: „Der Kaufmannsdiener am Sonntag. Wien Gerold 1781", ein Band von 176 Seiten. Schon einige Tage darnach begannen die Entgegnungen, z. B.: „Dem Herrn Verleger des Kaufmannsdieners am Sonntage etwas auf die Finger zur ferneren Richtschnur. Wien 1781." Schrift und Gegenschrift gleich albern und abgeschmackt. Ein Anderer schrieb: „Ueber den Kleiderpracht im Prater. Wien Trattner 1781." Gleich darauf ein Anderer: „Für die beleidigten Kammerdiener an den Verfasser der Schrift: über den Kleiderpracht im Prater. Wien 1781."

Im Jahre 1786 wollte man der Nivellirung der Stände durch eine Kleiderordnung entgegentreten. Es wurden hiezu von Autoren die sinnreichsten und scharfsinnigsten Vorschläge gemacht. Hören wir einen*). Die Fürsten auf dem Hut weiße Federn mit schwarzen vermengt u. s. w., die Grafen ganz weiße Federn u. s. w., die Barone weiße mit rothen Federn u. s. w., die Ritter ganz schwarze Federn u. s. w. Außerdem zwölf Rangclassen der noch übrigen Menschheit, und zwar: „1) Die Staatsbeamten vom Präsidenten bis zum Kanzellisten. 2) Die Professoren der Universität. 3) Die Doktoren der Rechte. 4) Die Doktoren der Medizin. 5) Die Apotheker. 6) Die Chirurgie. 7) Künstler. 8) Wechsler, Kaufleute, Fabrikanten. 9) Bürger. 10) Befugte und 11) unbefugte Handwerker, Stöhrer und Handwerksbursche. 12) Die übrige Gattung Mannspersonen." Verschiedene Combinationen mit Borten spielten in dieser Abgliederung der Gesellschafts-Klassen die Hauptrolle. Ergötzlich ist das Capitel über die Titulatur.

*) Projekt einer neuen Kleiderordnung in Wien, welche künftiges Jahr 1787 beobachtet werden soll. Nebst einer neuen Titulatur-Ordnung. Wien Hartl 1786.

„1) Die k. k. geheimen Räthe werden wie bisher Excellenz genannt, sie mögen Grafen oder Freiherrn seyn. 2) Den Grafen und Freiherrn und Gräfinen und Baronessinen wird künftig allein der Titel Euer Gnaden gegeben. 3) Die Ritter werden künftig nur von ihren Hausdienern Euer Gnaden genannt, von Andern aber nur Herr von * und also ihre Gattinen Frau von *. 4) Die Herrn Hofräthe, Regierungs-Räthe, Hoffekretäre, Bürgermeister u. s. f. werden künftig nur Herr Hofrath, Frau Hofräthin u. s. f. benennt. Endlich muß über die genaue Beobachtung der Kleider-Ordnung ein wachsames Auge gehalten, und die Uebertreter an Leib oder Gut scharf und unnachsichtig gestraft werden. 5) Niemand der nicht vom Ritterstand ist, darf sich künftig Herr von oder Frau von nennen lassen. 6) Die französischen Benennungen Monsieur, Madame, Mademoiselle sollen nur den Schauspielern und Schauspielerinen beigelegt, übrigens aber ganz verbannt werden. 7) Die Redensart Sie und Ihnen (nämlich: Was befehlen Sie, was soll ich Ihnen sagen? u. s. f.) soll man im Reden mit Beamten und Personen der ersten acht Classen beobachten. 8) Zu den Burgersmännern und Burgerinen sagt man: Herr Meister, Frau Meisterin wie auch zu den befreiten Handwerkern und Gewerbtreibenden. 9) Die Stöhrer, Handwerksgesellen und übrigen geringern Leute dürfen sich nicht dawider aufhalten, daß die Personen höherer Classe zu ihnen Er oder zu den Weibern sie, z. B. was will sie, hat sie es gehört, sagen."

Schon im Jahre 1781 hatte ein „Herr von" eine langgedehnte Wehklage darüber erschallen lassen, daß Leute mit Herr von angeredet werden die es doch eigentlich und wirklich in der That nicht sind*). Nur ein in seinen Vorrechten tief verletztes Gemüth konnte dieser seiner Klage einen Ausdruck von 32 Seiten verleihen.

*) Ueber den Mißbrauch der Wörtchen Von und Euer Gnaden. Late enim patet hoc vitium et est in multis. Wien 1781.

Im Jahre 1782 war die Hochfluth der Skandalsucht hereingebrochen. Einer*) sagt in demselben Jahre darüber:

„Das tagtägliche Geschwirre und Gelärme von „„Mönchen““ und „„Mönchswesen““ ohne Beweis, ohne Beruf, oft ohne Talent und Pfund auch nur zum Vortrag, ohne Einschränkung und Maß, unartig, ehrenrührisch, unverschämt in den Tag hineingestürmet, machte mir schon einige Male Kopf und Herz warm. Das sind doch, sagte ich bei mir, ganz unerzogene Knaben . . . Jeder Junge schmiert und malt und saget wieder das Alte . . . Die unedelsten Beschuldigungen in den pöbelhaftesten Ausdrücken ohne Unterschied über eine ganze Classe Menschen ausgegossen brachten oft meine ganze Seele auf. Ist das nicht elende Freude, erst das Ding selbst zu verderben, und hernach mit zufriedener lächelnder, hämischer schadenfroher Miene über die Sache selbst sich lustig machen, daß sie so verstümmelt, verhunzet, verdorben aussehe . . . Die Herren Büchelmaler sind beflissen, die unverschämtesten Lügen und offenbarsten Verläumdungen, hundertmal die nämlichen in den plattesten Ausdrücken, auch dem niedrigsten Troß unserer Hauptstadt genießbar zu machen.“

Wurde nun ein solcher „Büchelmaler“ zurechtgewiesen, so berief er sich auf die hohe Weisheit der k. k. Bücher-Censoren, die seinen Schund zum Drucke zuließen, und rühmte diese Herren als Orakel und Weisheitsquellen. Ein Kapuziner widerlegte die Lügen einer Schmähschrift auf der Kanzel; das kam nun dem Pamphletisten ungelegen; sogleich ließ er gegen den armen Kapuziner eine neue Schmähschrift**) los und sagt in derselben: „Glauben Sie auch zuverlässig, daß jeder von diesen gelehrten Männern (d. h. den k. k. Censoren) die dieser Schrift (der besagten Schmähschrift) den Zutritt zur Presse gestatteten, im kleinen Finger mehrere

*) An den Herrn Erlanger Correspondenten. Von J. Schretter Wien Schmidt 1782.

**) Freimüthiges Schreiben an den P. Sonntagsprediger bei den P.P. Kapuzinern allhier. Wien. Hartl.

Gelehrsamkeit besitzen als fast alle Kapuziner in ihrer ganzen ungeheuren Provinz."

„Das hätten Sie einmal nicht wagen sollen, was sie am Pfingstsonntag gewagt, und so viel ich höre auch andere Prediger gewagt haben. Denn nebstdem daß Sie unmittelbar unsere von dem Monarchen mit Bedacht zusammengesetzte Censurscommission beleidigten, so haben Sie vielleicht auch den Pöbel, der bei ihrer Predigt zugegen war, auf tausend falsche Begriffe von dem Verfasser gebracht der nichts als Wahrheit, doch nicht immer im gehörigen Kleide und mit gehörigem Anstande vortrug." Durch die letzte einzige und sehr sanfte Rüge wollte der Autor sich den Anschein geben, als ob er nicht der Verfasser und Vertheidiger seiner Schrift in Einer Person wäre. Jede Schmach welche von den Scribenten mit Zulassung der Censur gedruckt wurde, erklärten sonach diese Scribenten als einen unter dem Schutz und dem Willen des Kaisers erlassenen Macht- und Orakelspruch — gegen den etwas einzuwenden der beleidigte Theil „nicht wagen dürfe." Ein ähnlicher Fall. Der Büchelmaler*) berichtet sehr naiv folgendes*):

„Im 62. Stücke der vortrefflichen (!) wöchentlichen Wahrheiten für und über die Prediger in Wien lesen wir Fremde mit Erstaunen über die sträfliche Verwegenheit (!!) und mit Abscheu über die fanatische Bosheit (!) des P. Schwickhardt, Dompredigers von St. Stephan: daß dieser Erjesuit, nachdem er die Verfasser der unter Genehmhaltung einer aufgestellten öffentlichen Censur erschienenen neuen Werke über die Kirchenverbesserung, seinen Zuhörern zu Erbauung und Verbreitung christlicher Liebe als ruchlose freigeisterische Menschen geschildert, deren Schriften nur allein die Urquelle des heutigen Unglaubens und Sittenverderbnisses sind, endlich offenbar um

*) Der Schlafrock. An Herrn ** Großhändler in ** mit Anmerkungen. Regensburg 1783. (Druckort falsch angegeben, ist in Wien gedruckt.)

mit den Worten der Predigerkritiker zu sprechen, Aufruhr predigte, indem er zu der versammelten Gemeinde die nicht weniger aus Christen und Lesern, als aus Unterthanen (!) bestand, sprach: Man scheue sich nicht, den Geiz und die Habgierde mit denen man den Gesalbten Gottes ihre Güter und Einkünfte entzieht, zu loben und zu vertheidigen. Kann irgend eine Langmuth des Regenten solchen Frevel unbestraft lassen? Da die Verfasser der „Wahrheiten" die Nachricht beifügen, daß der Erzbischof dieser ärgerlichen Predigt selbst beigewohnet, so hoffen wir auch durch sie zu erfahren, wie er den ruchlosen Empörer gegen den Gesalbten des Herrn vor der Hand bestraft habe."

Welche ekelige Heuchelei! Hier wird in dem Kaiser auf einmal „der Gesalbte des Herrn" angerufen, als ob den Broschüristen an den „Gesalbten des Herrn" die sie tagtäglich mit Koth bewarfen, überhaupt etwas gelegen gewesen wäre! Für sie, die Aufklärer, allein das Monopol der Presse, den Klerus knebeln, ihn total mundtodt machen, das verstanden sie damals unter dem „freien Wort" und das verstehen sie auch jetzt darunter.

Je mehr sich das Decennium der achtziger Jahre erfüllte, um so mehr gelangten nicht ganz kurzsichtige Beobachter zur Einsicht: die ungezügelten, bodenlos in Lüge, Verläumdung und Irreligiosität versunkenen Preßzustände haben in der Corruption des Volkes das höchste geleistet. 1789 sagt ein Beobachter*):

„Bei Gestattung der allgemeinen Red- und bei Verleihung der allgemeinen Druckfreiheit sind alle moralischen Ungeziefer, Mißgeburten und Abenteurer aus ihren verborgenen Höhlen und Winkeln hervorgebrochen und haben sich in das menschliche Geschlecht eingedrungen und durch alle Stände ausgedehnt. Was derlei unter der Menschengestalt versteckte Unthiere nicht mit

*) Philosophisches Urtheil über die heutige verderbliche Aufklärung, besonders aber wider die irrigen Aufklärer Deutschlands. Wien Schmidtbauer 1789.

ihren giftigen Zungen vergiften, tödten sie mit ihren giftigen Fingerklauen"... „Vor Zeiten zählte man nur 7 Weisen, nun sind hievon alle Bierstuben voll, allwo sie über die größten Wichtigkeiten Senat halten, die Kabinets- und Staatsgeschäfte zum Voraus entscheiden, das Recht in Kriegs- und Friedenssachen über die Länder sprechen, die Wahrheiten und Grundsätze an welchen noch kein vernünftiger Christ gezweifelt hat, in Chimären umwerfen; und endlich alles nach ihren orakelweisen Aussprüchen gültig oder ungültig machen."

„Das Volk ist der Grund worauf der Sitz des gebietenden Oberhauptes seine Sicherheit hat; ist dieser verdorben, so steht der Thron auf Schutt und Sand. Und wie könnte wohl ein solcher Grund mehr verdorben werden, als wo die Religion den ungläubigen Böswichtern zum freien Scherz-Ballon und Lustspiel ausgesetzt ist!"

Wenn wir die jetzigen Zustände in Wien mit jenen in den achtziger Jahren vergleichen, so müssen wir gestehen daß wir in der Aufklärung bedeutende Fortschritte gemacht haben. Wir sehen in den Carrikaturblättern Prediger auf der Kanzel verhöhnt, als Fanatiker und Narren dargestellt, und zwar von Leuten die es sehr unliebsam vermerken würden, wenn man an ihr Leben und Treiben eine Sonde anlegen, d. h. um ihre sittliche Berechtigung zur Satyre eine Nachforschung anstellen würde. Die Wiener Presse hat in der kirchenschmähenden Richtung jetzt das Jahr 1848 überboten.

Hören wir aber über jene ältere Zeit noch den gewiß unparteiischesten Beurtheiler der josephinisch-literarischen Sturm-Periode, den Kaiser Joseph II. selber.

Meynert (nota bene ein Lobredner der Periode) berichtet: „Wiederholt und in oft bitteren Worten spricht Joseph II. sich über diese literarische Sündfluth aus. Zuletzt glaubte er sie durch eine Art Besteuerung zu dämmen. Der betreffende Befehl vom 25. April 1784 kann hier nicht umgangen werden":

„Da durch diese Jahre der Beweis klar vorhanden lieget daß unendlich viel Broschüren geschmieret werden, und schier

keine einzige noch an das Tageslicht gekommen ist, die der hiesigen Gelehrsamkeit Ehre gemacht oder dem Publico einige Belehrung verschaffet hätte, so ist künftig jeder Autor der eine Broschüre drucken lassen will, zu verhalten zugleich bei der Einreichung derselben bei der Censur 6 Dukaten bei dem Revisionsamt zu erlegen. Wird sein Werk durch die Censur zum Druck approbiret, so sind ihm die erlegten 6 Dukaten zurückzustellen; wird dasselbe aber verworfen, so sind die 6 Dukaten zu behalten und dem Armeninstitut zuzuwenden; wodurch hoffentlich die unnützen Broschürenschmierer eingehalten und die Leute bewogen werden sich auf was nützliches zu verwenden. Dieses ist durch die Zeitungen allgemein zu Aller Wissenschaft bekannt zu machen, und wird die Censur überhaupt hinfür mit mehrem Ernst darauf sehen, damit unnütze mit Unsinn angefüllte Broschüren, die auch oft gegen die Sitten sind, oder Schmähungen gegen die Geistlichkeit, dann nur Recocta enthalten, verworfen und zum Druck nicht zugelassen werden, und der Erlag von 6 Dukaten dem Armeninstitut zu Guten komme."

Diese Maßregel half auch nichts. Die kaiserliche Kritik genirte die Schmierer nicht — es wurde bis zu des Kaisers Tode immer ärger, und noch in den letzten Jahren seiner Regierung sann er auf ein neues Mittel, dem ebenso unwissenden als frechen Literatengesindel Wiens einen Zaum anzulegen. Am 16. Januar 1789 resolvirte der Kaiser eigenhändig folgendes: „Die Stempelung und die daraus entstehende Belegung der verschiedenen Zeitungen, öffentlichen Tags- und Wochenblätter und sämmtlicher Broschüren, dann Komödien ist allerdings als das wirksamste Mittel einzuführen die Sudler, die schon seit der bestehenden Preßfreiheit so viel Unsinn und wenigstens so viel abgeschmacktes Zeug zur Schande der sogenannten aufkeimenden Nationalliteratur und Aufklärung hervorgebracht haben, künftig zu mässigen und auch künftig dergleichen Schrifteinführung hintanzuhalten." (Folgen dann die nähern Bestimmungen des Stempelungs-Gesetzes; die eingegangenen Gelder sollen zu einem Fond für

Bildung von Lehrern angelegt werden). „Dieses", so schließt Joseph seinen Erlaß, „wird ganz gewiß weit ersprießlicher und wirksamer als Alles was von diesen Schriften schon herausgekommen ist und vermuthlich noch herauskommen wird, zu Aufklärung und Bildung der Nation, so wie zu deren Ehre in der Fremde seyn."

Diese Urtheile des Kaisers über die von ihm selbst herangezogene Literatur in Wien und Oesterreich sind so schlagend, triftig und beweiskräftig, weil sicher unparteiisch — daß es sehr schwer wird etwas dagegen zu sagen!

LII.

Etwas über das Verhältniß Napoleons zu Preußen und zur deutschen Frage *).

Aus Preußen.

Gewöhnlich nimmt man an, Napoleon sei nur darauf bedacht aus den deutschen Conflikten äußeren Nutzen für sich

---

*) Da neuerdings wieder viel die Rede davon ist, daß Frankreich eine bedeutendere Vergrößerung Preußens nicht zugeben dürfe, so nehmen wir nicht Anstand im nachfolgenden Aufsatz die Sache von einer andern Seite beleuchten zu lassen.

Im Kerne ist die Anschauung unseres preußischen Correspondenten ohne Zweifel richtig. Wie die Tendenz auf der unseligen Conferenz, an die man nun doch glauben muß und ohne die selbst der Ausbruch des Bürgerkriegs vor vierzehn Tagen noch ein verhältnißmäßiges Glück gewesen wäre — sich maskiren wird, das

und Frankreich zu ziehen. Die Saarlouiser Kohlenwerke oder ein Theil des linken Rheinufers sei das höchste Ziel seines sichern oder doch hochwahrscheinlichen Eingreifens in die deutschen Angelegenheiten. Gibt es denn aber für Napoleon nicht ein anderes Ziel, liegen nicht auch andere Gründe vor aus denen er an der deutschen Bewegung Theil zu nehmen veranlaßt ist?

Wir meinen gewiß; es gibt Gründe für ihn die viel wichtiger als jene äußeren sind. Gründe die die Forterixistenz seiner Dynastie betreffen und welche die Geschichte derselben ihm äußerst klar und nahe legt.

Der erste Napoleon und sein Haus wurden von den legitimen Mächten Europa's wesentlich auch im Namen und unter dem Rechtstitel der Legitimität von Land und Leuten in die Verbannung vertrieben. Legitim wurde Frankreich neu construirt, legitim so viel es möglich schien alle Verhältnisse Europa's geformt, im Namen der Legitimität nach innen und außen die Folgen der Revolution, wenn nicht ganz beseitigt, doch abgeschwächt.

---

allein steht noch dahin. Daß aber der Versuch gemacht werden wird, das gesammte kleinere Deutschland auf napoleonisch-imperatorische Basis zu stellen, das läßt sich schon jetzt mit Händen greifen.

Nachgerade muß es doch Jedem zur entsetzlichen Klarheit kommen, wie Alles im Umfange des deutschen Bundes mit oder wider Willen beflissen war dem Manne in Paris in die Hände zu arbeiten, ohne daß er mehr dabei zu thun hatte als ruhig zuzuwarten.

Auch auf der conservativen Seite hat man sich in Voraussetzungen geirrt, die in unserer grundrevolutionären Zeit unmöglich zutreffen konnten. Es war vorauszusehen, daß man gegen Preußen gerade deßhalb die gewollten Ziele nicht erreichen werde, weil Preußen von Hause aus eine revolutionäre Macht ist.

Wie lange dann freilich der monarchische Krug in Preußen noch zum Brunnen gehen wird, das ist eine andere Frage. Nur daß wir wahrscheinlich keinen Vortheil mehr ziehen werden aus den Hohenzollern'schen Scherben.

Anm. d. Redaktion.

Gegen alle Legitimität, gegen alle legitimen Satzungen von damals kehrte Napoleon III. nach Frankreich zurück und wurde trotz dem ausdrücklichen Verbot gegen sein Geschlecht wirklicher Kaiser der Franzosen. Auf die Legitimität seinen Thron zu begründen war ihm natürlich unmöglich. Dennoch mußte er ihn in der Form auf Gott zu begründen suchen und dann auf den Willen der Franzosen. Beides schließt sich in der Natur der Sache nicht aus, sofern ja der Volkswille auch als menschliche Vermittelung von Gottes Willen gedacht werden kann.

Mit dieser Begründung seines Throns auf Gott, Ableitung desselben von Gott, Vermittlung des Volkswillens von Gott hat Napoleon ein Princip und eine Basis des Herrscherrechts, eine Grundlage aller Regierungsgewalt aufgestellt die sich von der hergebrachten monarchischen Ableitung nicht mehr principiell und wesentlich, sondern nur modaliter und geschichtlich unterscheidet.

Principiell und wesentlich sind die eigentlich revolutionären und republikanischen Theorien im Widerspruch mit der christlichen Auffassung, daß alle Obrigkeit von Gott sei. Diese Theorien leiten ja Alles, auch das politische Recht schließlich nur vom Menschen ab. Indem Napoleon diese Auffassung schon in den Formen nicht anerkannte, sondern seine Herrschaft, sein Kaiserthum auf Gott zurückführte, dokumentirte er einen grundsätzlichen Bruch mit dem Wesen der Revolution und hatte sich im wesentlichen Princip den ideellen religiösen Grundlagen des geschichtlichen Europa angeschlossen. Ein sehr großer Unterschied von der Darstellung jener Principien in anderen Staaten bestand allerdings, er kann aber das Wesen des dargelegten Sachverhältnisses nicht umstoßen.

Jener Unterschied ist der, daß die alten Mächte des legitimen Europa die Ableitung der höchsten Gewalt von Gott mehr als eine unmittelbare, oft sehr abstrakt gedachte, einseitig supranaturalistisch gefaßte nehmen und durchführen.

Es hängt dieß auf das tiefste mit den Grundsätzen zusammen welche im 16. Jahrhundert in der Politik in ungleich größerem Umkreise als in der religiösen Sphäre in Europa zur Geltung kamen, daß die politische Gewalt und das sogenannte göttliche Recht auf eine sehr abstrakte transcendentale Weise in ein nur unmittelbares Verhältniß zu Gott gebracht wurde. Diese herkömmliche Auffassungsweise eines abstrakten Supranaturalismus ist durch die Stellung und die Vermittelungsform welche Napoleon der Ableitung der höchsten Gewalt gab, durchbrochen und unterbunden. Indem aber der neue Kaiser jene Ableitung selbst principiell festhielt, betraf doch der Unterschied eben nur eine reale Form, nicht mehr die wesentliche Stellung der höchsten Gewalt.

Man könnte hier einwenden, bei Napoleon sei diese Ableitung seiner höchsten Gewalt bloß ein Schein, nicht eine Wesenheit. Darauf ist zu antworten: mangelhaft durchgeführt mag in der Organisation des Staats diese Ableitung wohl seyn, mangelhaft durchgeführt ist sie aber auch in den anderen Staaten Europa's und es fragt sich sogar, ob im neuen französischen Kaiserreiche nicht stellenweise mehr Wahrheit und Wirklichkeit von dieser Ableitung liegt als hier und da sonst.

Also auf eine vermittelnde Weise leitet Napoleon III. seine Gewalt von Gott her und diesen Modus der Ableitung einer kaiserlichen Stellung hat Europa sich gefallen lassen müssen. Das legitime Europa welches 1815 so äußerst stark die geschichtliche Vermittelung der höchsten Gewalt durch die regierenden Geschlechter hindurch, welches also eine so starke Mittelbarkeit in der Erbfolge hervorhob, es mußte sich gefallen lassen, daß jetzt ein Mann auftrat der ohne weitere geschichtliche Vermittelung, bloß durch die Vermittelung gegenwärtiger Thatsachen ein direktes Verhältniß mit Gott als Grundlage seiner Herrschaft ansprach.

Natürlich ist es aber diesem Manne nicht genug, daß er sich nach diesem metaphysischen Verhältniß in seiner poli-

tischen Stellung anerkannt steht. Napoleon weiß ganz gut, was seinem Onkel widerfahren, er weiß ganz gut, daß man ihn je eher desto lieber im Namen der Legitimität an die Luft setzen würde, wenn man nur könnte und nicht von Frankreich aus zu große Gefahren zu gewärtigen hätte. Gegen die eigentlich und specifisch legitimen Mächte Europa's ist also seine Aufmerksamkeit gerichtet. Er mußte ihnen gegenüber eine feste Position behaupten die auch seine Nachkommen durchführen können. Er muß nach Möglichkeit die alte Legitimität entkräften, die Verhältnisse so stellen, daß den legitimen Staaten so zu sagen der Boden unter den Füßen weggezogen werden wird, daß auch kein äußerer und scheinbarer Anhaltspunkt mehr übrig bleibt, in dem die Mächte sich im Ernst legitim nennen könnten. Nur dann und so ist sein Thron gesichert, wenn das alte erbliche Legitimitäts-Princip beseitigt ist.

Napoleon hat auf diesem Wege seine reale Ableitung der höchsten Gewalt und seine Theorie von der Begründung derselben zur allgemeinen Anerkennung hin nach allen Seiten hin zu bringen, dann ist sein Thron gesichert. Sodann aus dieser gesicherten Stellung die Grundlegung für die völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Verhältnisse zu machen, in welche das neue französische Reich hineinpaßt, in denen es den Eckstein bilden kann: das ist der dynastische Theil der Aufgabe seiner Politik.

In Italien hat er es nach dieser Seite hin sehr weit schon gebracht. Es war ein großer Triumph, daß er eines der ältesten legitimen Häuser von Europa auf illegitimen Boden stellte. Indem er das Haus Savoyen vermochte, alle legitimen Grundsätze aufgebend, den neuen Thron von Italien zu besteigen, feierte er einen dynastischen Triumph im Vergleich mit dessen Größe die weitere Frage, ob Italien ein Einheitsstaat oder ein Staatenbund seyn solle, fast zur Unbedeutendheit herabsank. Napoleon hätte für seine Person gern, darüber ist kein Zweifel, in Italien Manches anderes ge-

habt als es gekommen ist, das Wichtigste für ihn war aber, daß die Legitimität dort beseitigt und mit den bourbonischen Höfen aufgeräumt wurde. Der Zweck ist erreicht: das Haus Savoyen selbst hat seinen historischen Rechtsboden unter den Füßen verloren.

In England gibt es keine Arbeit für ihn in diesem Sinne, denn angesichts der englischen Dynastie von Legitimität zu sprechen, hieße doch der Geschichte zu grob mit der Faust in's Angesicht schlagen. Das Recht der Verjährung auf welches sich die Vertreter der Legitimität bei solchen mehr als zweifelhaften Thatsachen zu berufen pflegen, kann doch nie und nimmer etwas Anderes heißen, als daß ein Recht als solches praktisch behauptet oder bestritten werden kann. Nicht aber kann die Verjährung ein Recht selbst machen oder aufheben. Formelles Unrecht wird ein Recht nicht im gewöhnlichen Sinn des Wortes, wenn auch Jahrtausende darüber vergangen wären.

Aehnliche Gedankenfolgen lassen sich auf Rußland anwenden. Oesterreich hat vielleicht noch das Meiste aufzuweisen von eigentlicher Legitimität nach deren Theorie in der Restaurationszeit. Damals hat zwar schon auch von Hormayer die Sache arg in Zweifel gezogen. Ins Bewußtseyn der Völker sind diese Bedenken aber nicht gedrungen, und so ist Oesterreich von allen Großmächten fast allein im Stande den Standpunkt des conservativ historischen Rechts und der Legitimität zu behaupten.

Das muß ein starker Anstoß für die neuhergestellte französische Kaisergewalt seyn. Es wäre ja sogar möglich, daß wieder einmal von jenem Punkte aus die Legitimität als solche gegen das neubegründete Kaiserreich aufträte. Es ist ja schon dagewesen. Um den französischen Thron zu sichern gegen Eventualitäten dieser Art ist es daher von großer Wichtigkeit den legitimen Kaiserstaat zu depotenziren und zurückzudrängen. Zurückdrängen wo möglich aus seiner europäischen Großmachtsstellung oder mindestens doch aus seiner ersten

Stellung in Deutschland. Das ist ein Ziel, ohne welches erreicht zu haben Napoleon nicht mit sicherer Ruhe, im Bewußtseyn sein politisches Werk geschlossen und befestigt zu haben, den irdischen Schauplatz seiner Thaten verlassen kann.

Eins bleibt hier nur zu bedenken: ob auch das französische Volk die künftige deutsche Stellung Preußens unter diesem Gesichtspunkt in ihrer großen Wichtigkeit für das napoleonische Frankreich begreife? Wäre dieß nicht der Fall wie es wahrscheinlich ist, so bedürfte Napoleon allerdings vielleicht einer Gränzabtretung zur Zufriedenstellung der Franzosen, die an sich für ihn selbst von einer untergeordneten Bedeutung wäre.

Gegenüber seiner Hauptaufgabe kann Napoleon wenig daran liegen ein paar hundert Quadratmeilen Landes mehr oder weniger zu besitzen. Es kann ihm nichts daran liegen, wenn auch Preußen in seiner Machtstellung noch so sehr erhöht und gestärkt wird. Je mehr Preußen in dieser Richtung Erfolge hat, desto mehr entfernt es sich auch von dem Boden der Legitimität und von der Möglichkeit und Fähigkeit zur Theilnahme an einer zweiten Restauration. Wie das österreichische Haus schadlos zu halten und auf die Dauer mit solchen Zielen zu versöhnen ist, wäre eine zweite Frage, deren erster Lösungs-Versuch mit dem Kaiserthum Mexiko halb mißglückt zu seyn scheint. Schwierigkeiten dürfen aber einem Napoleon die Sache nicht verhindern, das Ziel muß im Auge behalten werden. Preußen muß zu der deutschen Großmacht schlechthin werden schon darum, weil deren Bestehen eine wesentliche Bürgschaft für die künftigen Geschicke des französischen Kaiserthums bildet.

LIII.

Wittmers und Molitors Wegweiser durch Rom.

Für eine Reise nach Rom, der christlichen Hauptstadt der Welt, fehlte bis jetzt ein vollkommen entsprechender und zweckmäßiger Führer. Besonders in seiner Bedeutung als Hauptstadt der christlichen Welt hatte Rom bisher noch keinen würdigen Cicerone gefunden. Und doch ist es eine Ehrensache für die Katholiken, daß sie selbst die immer zahlreicher nach der ewigen Stadt hinziehenden Fremden mit derselben wie mit ihrer Heimath bekannt machen. Wittmer und Molitor haben diese Ehrenschuld gelöst und zwar in einer Weise, daß ihnen von jedem verständigen Besucher Roms der freundlichste Dank dafür gezollt werden muß*). Denn erst mit diesem Buche in der Hand kann man Rom zu Rom finden. Dasselbe schleppt uns nicht durch die Hügelstadt, wie durch das Museum Barnums, um uns jetzt da, dann dort auf Curiositäten aufmerksam zu machen, ohne uns deren Zusammenhang mit der Geschichte Roms klar zu machen. Vielmehr lehrt es uns Schritt für Schritt alle eigenthümlichen Züge und den ganzen Charakter dieser merkwürdigen Stadt verstehen und kennen. Es führt

*) Rom Ein Wegweiser durch die ewige Stadt und die römische Campagna von Michael Wittmer Historienmaler in Rom und Dr. Wilhelm Molitor Domkapitular in Speyer. Regensburg und New-York Pustet.

uns alle Sehenswürdigkeiten derselben vor, aber nach einer so klaren übersichtlichen Ordnung und unter so richtig leitenden Beobachtungen, daß der Reisende nicht sowohl eine zusammenhangslose Masse von Curiositäten, als vielmehr von Tag zu Tag Rom selbst, seine Geschichte und seine Bedeutung besser kennen lernt.

Das Buch geht nicht darauf aus überall Neues, sondern vielmehr nur Wahres zu sagen, wenn es auch anderswo schon gesagt ist. Es tritt vor Allem dem so ungerechten Parteistandpunkte protestantischer Reisehandbücher entgegen, und sucht das katholische und christliche Rom im Lichte des katholischen und christlichen Verständnisses, das antike Rom mit dem Auge eines unparteiischen geschichtlichen Maßstabes zu betrachten und zu verstehen. Da der eine der beiden Verfasser ein sehr hervorragender Künstler, der andere ein mit der feinsten Beobachtungs- und Beurtheilungsgabe ausgerüsteter Kunstkenner ist, so kommen besonders auch die Kunstwerke Roms in dem Buche zur verdienten Würdigung. Daß der heidnischen Kunst kein unverdienter Weihrauch gestreut ist und ihr gegenüber die christliche zur gebührenden Anerkennung kommt, gehört gewiß nicht zu den geringsten Vorzügen des Buches. Es war an der Zeit dem philologischen Unwesen, welches in der ewigen Stadt bisher fast nur die Vergangenheit der Beachtung werth fand, ein Ziel zu setzen. Ebenso hat das Buch nur eine Pflicht der Billigkeit und Gerechtigkeit erfüllt, indem es die in vielen Reisebüchern vorkommenden und die Fremden beirrenden unwahren und unwürdigen Anekdoten über Päpste und Cardinäle hinwegläßt und dafür das segensvolle Walten der Kirche und die imposante Kraftentwicklung der Päpste hervorhebt. Die Verfasser hatten von den christlichen und heidnischen Ruinen und Denkmälern Roms eine Masse von Schutt falscher Meinungen und Anschauungen wegzuräumen, so daß nun der Fremde zu Rom Rom auch wirklich finden kann.

Die Einleitung des Buches gibt uns zuerst in einigen treffenden Bemerkungen ein Charakterbild von Rom. „Rom ist ein riesenhaftes stereoskopisches Bild der Geschichte der Menschheit. Es schmilzt aus zwei Faktoren zusammen, dem mensch-

lichen und dem göttlichen; der eine ohne den andern bleibt räthselhaft, unverständlich. Wer aber den richtigen Gesichtspunkt gewonnen, in dem sich beide vereinigen und durchdringen, den entzückt die wunderbare Schönheit, Großartigkeit und Wahrheit des Bildes." Nach diesen folgt eine anschauliche Schilderung der Lage Roms und eine großartige Rundschau über die sieben Hügel vom Thurme des Capitols aus, und dann ein Ueberblick über die Geschichte der ewigen Stadt.

Der eigentliche Führer umfaßt in drei Theilen erstens die Reste des antiken Roms, zweitens das christliche Rom, drittens die Umgebung Roms. Zu allen geschichtlich-politischen und bürgerlichen, sowie zu allen Kunst- und Cultusdenkmälern des alten Roms werden wir hingeführt und mit kurzen, treffenden, historischen und kunstsinnigen Bemerkungen darüber verständigt. Bei der Beschreibung des Capitols erwähnt der Führer auch das am Fuße desselben gelegene mamertinische Gefängniß, in welchem Petrus und Paulus eingekerkert gewesen waren. Er hält an der christlichen Ueberlieferung fest, daß der Brunnen in diesem Gefängnisse wunderbarer Weise entsprungen sei als die Apostel zur Taufe der Gefängnißwärter Processus und Martinianus sowie deren 40 Mitgefangenen Wasser bedurft hätten, und verwirft die Ansicht neuerer Kritiker, welche behaupten, die Quelle sei schon früher vorhanden gewesen und jenes Gefängniß sei ehemals ein Brunnenhaus (Tullius) gewesen, woher sein Name Tullianum rühre. Ueberhaupt sucht der Führer überall in Rom die römische Ueberlieferung gegenüber einer pietätslosen und absprechenden Kritisirsucht zu schützen.

Im zweiten Theile werden die Plätze und Brunnen, die Kirchen und Klöster, die Katakomben und Paläste mit ihren Gemäldegallerien und anderen Sammlungen, die Anstalten für Wissenschaft, Kunst und Wohlthätigkeit, sonstige historischen Gebäulichkeiten und zuletzt auch die Villen besucht. Dieser Theil nimmt den größeren Raum des Buches in Anspruch und ist auch mit dem eingehendsten Verständnisse gearbeitet. Besonders was die Beschreibung der Kirchen und Katakomben betrifft, ist das Buch auf das vollständigste und mit fleißigster Benützung aller neueren Forschungen gearbeitet. Selbst für den, der Rom nicht selbst

besucht, sind diese Capitel des Buches höchst interessant. „Ueberwältigend ist für das christliche Gemüth der Eindruck, den es beim Eintritte in die uralten Heiligthümer Roms empfängt. Wir sind gewohnt, einer Kirche schon ein ehrwürdiges Alter beizulegen, wenn sie bis in die letzten Jahrhunderte des Mittelalters zurückgeht. Hier aber sind es tausend und anderthalbtausendjährige Stätten des Gottesdienstes, welche sich aus den Ruinen der antiken Stadt erheben, die wiederum durch ein noch höheres Alter ehrwürdig geworden sind. Der Beweis, welchen die Geschichte hier in diesen erhabenen Monumenten des christlichen Alterthums von der Stabilität der Kirche führt, ist schlagend genug. Die altersgrauen Mauern, die Reihen der Marmorsäulen, welche aus den Tempeln und Basiliken des alten Roms hierher versetzt wurden, die ernsten Musivgestalten, welche in unverwüstlichem Glanze von den Wänden herniederblicken, sind beredte, überführende Apologeten für die eine, in sich unwandelbare Kirche, welche äußerlichen irdischen Wechselfällen unterworfen seyn kann, die aber keine wesentliche innere Veränderlichkeit kennt. Es entspricht unserem natürlichen Gefühle, für Alles was uns frühere Zeiten von den Ahnen her Merkwürdiges überlieferten, Verehrung zu tragen; nirgends kann aber diese Verehrung mehr sich steigern, als es für das christliche Herz hier bei den Monumenten der altchristlichen Zeit geschieht."

Im dritten Theile werden die Umgebungen Roms besucht, und Ausflüge in die Campagna, nach Ostia, Albano, Tivoli u. s. w. gemacht. Auch hier beobachtet der Führer eine schöne Ordnung, zeigt überall die gründlichste Lokalkenntniß, bleibt frisch und interessant.

Ein Anhang gibt dem Fremden für den Aufenthalt in Rom die nöthigen Aufschlüsse über Klima und Kirchenfeste, über Geldwechsler und Hotels, über Vetturini und Aerzte, Omnibus und Apotheken u. s. w. Am Schlusse folgt ein sehr ausführliches und äußerst brauchbares Generalregister. Dazu kommen noch verschiedene Karten von Rom, von dessen Umgebung, von der Umgebung Tivoli's und Albano's.

So enthält dieser Führer Alles, was man heut zu Tage von einem solchen Buche nur irgend verlangen kann. Er macht

uns in der ewigen Stadt vollkommen heimisch. Freilich sind die beiden Verfasser auch selbst heimisch in derselben. Wittmer ist vollkommen dort eingebürgert und Molitor hielt sich schon zweimal längere Zeit in Rom auf. Das Zusammenwirken zweier so tüchtiger Männer mußte darum ein gutes Buch zu Stande bringen. Die Darstellung ist wahrhaft klassisch durch ihre Klarheit, Reinheit und Kürze. Sie ist ganz aus Molitors Feder, der seine Meisterschaft im deutschen Styl durch seine poetischen Leistungen längst bekundet hat. So hat sich denn Vieles vereinigt, einen in jeder Beziehung tüchtigen Führer durch die ewige Stadt herzustellen. Der Preis zu 4 fl. ist bei der schönen Ausstattung gewiß sehr billig zu nennen.

LIV.

Briefe des alten Soldaten

über den deutschen Krieg.

I.

Frankfurt 25. Mai 1866.

Du hältst den Krieg für unvermeidlich, Du wünschest sogar dessen Ausbruch; es währt Dir zu lange bis die Kanonen donnern. „Die großen Fragen“, sagst Du, „müssen ausgetragen werden; eine friedliche Lösung ist unmöglich — die Waffen müssen entscheiden.“ Der Diplomat nimmt die Sache sehr leicht, der alte Soldat schreibt mit gepreßtem Herzen. Ja! ruft nur das Gottesurtheil herbei, aber jam-

mert nicht, wenn dessen Vollzug Euch zerschmettert. Es gibt keinen Richter in den Streitigkeiten der Nationen, eine jede muß ihre Interessen und ihre Rechte mit ihren eigenen Kräften wahren und behaupten: das weiß ich so gut als irgend ein Diplomat und besser als jeder Professor; in vorliegendem Fall aber ist das große Wort nur eine Phrase; denn wo liegt für den Krieg in Deutschland ein Streit der Nationen?

Der Krieg des Grafen Bismark ist ein Eroberungs-Krieg, der geführt werden soll gegen Bundesgenossen und Freunde. Wenn Deutschland waffnete um den Elsaß zurückzuerobern oder um die deutschen Ostseeländer zu nehmen, so würde ich gegen den Bruch des bestehenden Rechtsstandes mich aussprechen; ich würde die Unklugheit tadeln; ich würde über die wahrscheinlichen Folgen erzittern, aber ich würde nicht unzufrieden seyn mit einem glücklichen Erfolge. Bei dem Eroberungskriege zwischen deutschen Mächten auf deutschem Boden geführt, muß der Freund des Vaterlandes sein Haupt in Trauer verhüllen. Unter der Republik war Venetien wie ein fremdes Land auf der Halbinsel, es gehörte eigentlich gar nicht zu Italien und wenn die Italiener es mit Gewalt erwerben wollen, so ist es doch eine andere Nation, welcher sie es entreißen — der preußische Krieg zwischen deutschen Mächten auf deutschem Boden geführt, ist ein Bruderkrieg, ein ungeheures Unglück für die Nation und vielleicht eine Schmach. Die Dämonen aus der Zeit Friedrichs II. sind aus den Gräbern gestiegen; er selbst ist an seinem Ort geblieben und dort höhnt er die Epigonen die ihn nachäffen wollen. Die bösen Geister haben den Sinn eines guten Königs beirrt und vielleicht blenden sie ihn mit augenblicklichen Erfolgen, damit über sein Land, über ihn oder über seine Nachkommen das Unheil um so gewisser hereinbreche.

Als treue Bundesmacht wäre Preußen wichtig und groß; für die „Weltstellung“ einer Großmacht mangeln ihm nun einmal die Mittel und jetzt will es diese durch abscheuliche Praxen erwerben. Seine Regierung mißachtet das Recht, sie

schädiget oder vernichtet den Wohlstand in Deutschland, auch wirthschaftlich wirft sie uns in die Gewalt der Ausländer und sie hat es verschuldet, wenn später die verarmten Deutschen von den großen Geldmärkten entfernt sind. Die preußische Regierung erdrückt die Freiheit in ihren eigenen Ländern, sie will unser großes Vaterland verkleinern um Preußen größer zu machen, und die Kräfte und die Mittel selbstständiger Bundesstaaten will sie für preußische Zwecke verwenden.

Mit dem lügenhaften Gaukelspiel einer National-Vertretung will diese Regierung die heiligste Empfindung und den theuersten Gedanken der Nation mißbrauchen, um die deutschen Stämme unter die eine preußische Zwangsherrschaft zu drücken. Jahre lang hat die preußische Regierung eine jede Verbesserung des Bundeswesens gehindert; jetzt stellt sie feindlich sich dem Bunde entgegen und frevelhaft will sie das einzige nationale Band der Deutschen zerreißen. Das Berliner Kabinet meint Vortheile zu ziehen aus dem Abscheu, welchen der französische Imperator ausspricht gegen die Verträge von 1815 — gegen die Verträge welche mit dem Blut von Hunderttausenden erworben, Preußen seine jetzige Größe und Macht gegeben haben, dagegen aber schließt es Uebereinkünfte mit den Italienern, um Oesterreich zur Abtretung von Venetien zu zwingen; es verhandelt mit den Franzosen um ihnen das Königreich Belgien zu überliefern; im Süden und im Nordwesten unseres Vaterlandes gibt es dessen Grenzen in die Gewalt der Feinde von Deutschland, und um seine Plane auszuführen ruft es, im Bund mit den Italienern, einen inneren Krieg hervor — einen Krieg in welchem Sieger und Besiegte das Blut ihrer Söhne und den Wohlstand ihrer Länder opfern nur allein zum Vortheile der Fremden. Will der Graf Bismark den preußischen Cavour spielen, so übersieht er einen Unterschied der sehr wesentlich ist. Der Piemontese gebrauchte sehr schlechte Mittel, aber er wollte die Länder und die Ländchen der Halbinsel zu einem großen Italien einigen, er verfolgte

welche Freiburg noch nicht gesehen haben, wohl daran, sich nicht allzu säumig finden zu lassen, zumal da nicht bloß von Seiten der principiellen Feinde der christlichen Kunst Gefahr droht. Wie viel Schätzbares ist nicht schon seit dem Wiedererwachen des Sinnes für diese Kunst in der besten Absicht zu Grunde gerichtet worden! Auch die historischen Monumente haben alle Veranlassung, in den Ausruf einzustimmen: Gott beschütze uns gen unsere guten Freunde!

Bis jetzt kann das Freiburger Münster noch von besonderem Glück sagen. Es bildet architektonisch wie dekorativ ein gewaltiges Conglomerat, in welchem sozusagen jedes Jahrhundert seine Richtung und Sinnesweise durch irgend eine Anschwemmung bekundet hat. Der Chor nebst dem Querschiffe war in romanischer Art fertig gestellt, als die Gothik auftrat und hier wie allerwärts durch Germanien die Herrschaft in den Bau-Hütten überkam. Die Meister und ihre Gesellen, welche die mächtigen romanischen Dome aufgerichtet oder begonnen hatten, beugten sich sammt und sonders vor dem neuen Princip — und heutzutage streitet man noch darüber, welcher von beiden Stylen den Vorzug verdient, welcher der bildsamere, fruchtbarere, schönere sei, welcher von beiden insbesondere dem deutschen Wesen am meisten entspreche! Der Streit wird übrigens jedenfalls noch eine geraume Zeit lang fortgeführt werden, mag man auch in noch so evidenter Weise darthun, daß der gothische Styl dem Genius unserer Nation entsprossen sei und daß er in höherem Maße, als irgend ein anderer Styl allen Anforderungen zu entsprechen im Stande ist. Insbesondere werden nur diejenigen Architekten sich dazu bekehren, welche ihn wahrhaft bemeistern oder doch die Mühe nicht scheuen, die allerdings bedeutenden Schwierigkeiten, welche er darbietet, überwinden zu lernen. Die Anderen werden nach wie vor, beliebige Formen wählen und dieselben mit irgend einem gelehrt klingenden Namen bezeichnen.

Am Freiburger Münster zeigt sich wieder so recht, welche Elasticität und Schmiegsamkeit der Gothik eigen ist. Der

bilden eben doch eine Gemeinschaft, und wer muthwillig den Frieden stört, der hat gegen sich die Meinung der Gemeinschaft, und ihm mangelt die moralische Unterstützung, welche das Selbstvertrauen stählt und die materiellen Kräfte wirksamer macht. Die kriegführende Macht kann keine Hilfsleistungen erlangen in einem Lande dessen Bevölkerung ihre Siege beklagt und ihre Niederlagen bejubelt, und es wird der Regierung solchen Landes die Aufrechthaltung einer strengen Neutralität schwer werden. Der Friedensschluß schafft nicht die Abneigung aus der Welt und jahrelang macht diese sich in allen Beziehungen geltend. Die Diplomaten freilich sind ganz vertrauensselig, wenn sie die Sache unter sich abgehandelt haben, aber die Diplomaten bestimmen nicht die Meinung und die Empfindung der Völker, und diese beiden fallen in großen Krisen schwer ins Gewicht. Die sogenannten Sympathien für Italien sind, Du selber sagst es, sehr abgeschwächt, aber wenn auch noch solche bestehen — gegen den preußischen Eroberungskrieg sind einstimmig die Meinungen und die Gefühle der europäischen Völker.

Unter allen Umständen fordert der Krieg eine große Opferwilligkeit des Volkes, eine solche besteht aber nur dann, wenn dieses Volk überzeugt ist, daß es mit Waffengewalt sein Recht behaupten und seine Interessen schützen müsse. Allerdings kann die Gewalt ungeheure Opfer von Reichen und von Armen erzwingen; oft genug üben die Ereignisse die zwingende Gewalt; selbst ohne besonderen Zwang wird ein wackeres Volk die Opfer bringen, wenn Ehre und Wohlfahrt einmal eingesetzt sind. Aber immer wird es Diejenigen verfluchen, welche frevelhaft solchen Einsatz gemacht haben: Besiegt wird das Volk über ihren Werth die Zugeständnisse anschlagen, mit welchen der Staat den Frieden erkauft; als Sieger wird es die Mäßigung verdammen, welche die Nothwendigkeit gebietet oder die Staatsklugheit verlangt und vieler Jahre wird es bedürfen, bis die Wunden verheilt, bis mit der Gesundheit das Vertrauen wieder hergestellt ist.

durch allerhand Zufälligkeiten gehobene Farbe; die gemalten Fenster repräsentiren in bunter Pracht die verschiedensten Stylperioden, selbst die des Wiederauflebens dieser edeln Kunst in unseren Tagen. Als erste Versuche sind die zu letzterer Kategorie gehörenden Arbeiten des Meisters Helmle alles Lobes werth, so viel sie auch den strengen Anforderungen des Styles gegenüber noch vermissen lassen. Und wie Wenige wissen selbst heutzutage noch, daß jedwedes Material seine besondere Behandlungsart gebieterisch erfordert, daß ganz dieselben Formen, welche in Stein ausgeführt überaus schön sind, in Holz oder Metall geradezu häßlich erscheinen können, daß insbesondere die Tafel-, die Wand- und die Glasmalerei eine jede besonderen Gesetzen zu gehorchen hat, daß endlich die dekorative Ausstattung eines großen Bauwerkes Rücksichtsnahmen erheischt, welche ein inniges Vertrautseyn mit dem Geiste der Architektur und der durch letztere bezweckten Gesammtwirkung voraussetzt. In mehreren der den Chor umgebenden Kapellen hat das 16. Jahrhundert, dem die Formen der vorhergegangenen Jahrhunderte zu steif und zu *ascetisch* erschienen, die alten Fenster durch neue ersetzt. Der hohe Geist des Mittelalters war zwar damals entschieden im Weichen begriffen; allein die Technik und das Material behaupteten noch eine geraume Zeit hindurch ihre Vortrefflichkeit: mit dem Untergehen der Sonne schwindet überhaupt nicht alsbald das Licht und die Wärme aus der Atmosphäre. Runde, gegossene Scheibchen mit vorspringenden Näbeln in der Mitte umfassen in jenen Fenstern etwas genreartig behandelte gemalte Darstellungen, welche an die Periode der sogenannten kleinen Meister erinnern. Für eine neu zu errichtende gothische Cathedrale sind solche Fenster allerdings nicht zu empfehlen; allein es wäre ein unglücklicher Gedanke, die hier in Rede stehenden durch correktere ersetzen zu wollen. Möge Gott überhaupt dieses sein Haus, wie alle Kirchen welche die Vermächtnisse von Generationen zu uns herübergerettet haben, vor dem Eindringen der Puristerei bewahren,

die zerschossenen und zerhauenen Krüppel gesellen: wird da nicht die Erbitterung steigen über den abenteuerlichen Krieg? Der Ruhm des Krimkrieges hat selbst die Franzosen nicht gänzlich geblendet und in einer französischen Stadt habe ich sehr bedenkliche Ausbrüche des Unwillens gehört, als man in der Menge die verkrüppelten Soldaten gewahrte, welche nach der Einnahme von Sebastopol die befohlene Beleuchtung begafften. In dem Verlauf des Krieges muß die Regierung den Druck vergrößern um die Bedürfnisse des Krieges zu beschaffen, mit dem Druck wächst aber die Noth und mit dieser steigert sich die Aufregung des Volkes. Diese Aufregung wird eine strenge Handhabung der Gesetze sehr schwierig machen und manche gerechtfertigte Handlung der Polizeigewalt wird jetzt eine grausame Härte. Allerdings folgt, wenn die Noth ihre höchste Höhe erreicht, der Aufregung eine gewisse Ruhe; aber schauerlich ist diese Ruhe der Verzweiflung, welche Alles was da geschehen mag, mit stumpfer Gleichgiltigkeit hinnimmt. Lieber als solchen Zustand möcht ich die größte Erregung, selbst wenn diese in wüstem Lärm oder in gewaltsamen Aufständen ausbräche. Glaubst Du daß von all diesem Unheil das Heer ganz unberührt bleibe? Welche Folgen hat eine verlorene Schlacht?

Hat der Graf Bismarck wohl auch an die Möglichkeit des Unglückes gedacht, welchem er das Königreich Preußen entgegenführt, so hat er über Oesterreich sich gründlich verrechnet. Er hat seine Rechnung auf die traurige Lage der Finanzen gestützt, aber den wackeren Sinn der österreichischen Bevölkerung hat er nicht gekannt und nicht die gesunde Volkskraft, in welcher unermeßliche Hilfsmittel liegen. Der Graf Bismarck hat eine allgemeine Abneigung der deutschen, eine Auflehnung der anderen Völkerschaften, und der preußischen Kraftentwickelung gegenüber eine allgemeine Lähmung erwartet; statt dieser aber muß er einen grimmigen Haß gegen sein Unrecht, eine begeisterte Erhebung dieser Völkerschaften und eine wunderbare Opferwilligkeit sehen, welcher

Einiger Kriegsruhm hebt nicht die Folgen einer allgemeinen Zerrüttung.

Die Italiener meinen, daß Venetien ihnen gehöre, sie glauben in ihrem Rechte zu seyn, wenn sie ihr Eigenthum erobern; das Volk will den Krieg; es hat die Regierung zu ihren Rüstungen gezwungen und dennoch können die großen Worte, kann das Geschrei und das Waffengerassel nicht das geheime Zagen verdecken, und doch ist der Credit des Reiches vernichtet, erscheinen schon Anfänge der Noth. Das reiche Italien hat der Hilfsmittel zu viele, als daß die Noth die Höhe erreichen könnte welche eintreten muß in einem minder gesegneten Lande, wenn der Krieg Anstrengungen verlangt weit über die Größe der Bevölkerung und der natürlichen Hilfsmittel. Dem Ackerbau entzieht man die kräftigsten Arme, den Gewerben die geschicktesten Hände und mit dem Stillstehen der Fabriken versiegen die Quellen des möglichen Wohlstandes. Männer in reiferen Jahren werden aus den Kreisen ihres Berufes, Familienväter von der Arbeit gerissen, durch welche sie Weib und Kinder ernähren und während diese in bitterem Elend schmachten, sollen sie fechten und bluten in einem Kriege, welchen sie zum Voraus verdammen. Bald werden Tausende von brodlosen Arbeitern in Lumpen herumlaufen, um ein Stücklein Brod zu suchen oder ein Lager auf welchem sie einige Stunden lang ihr Elend verschlafen, und hungernde Kinder werden einem Jeden, welcher einen guten Rock trägt, die Straßen versperren. Die Stockung der Geschäfte, die Störung aller Verhältnisse, die Geldnoth machen dem Reichen eine bedeutende Hilfsleistung unmöglich und werfen auch den Wohlhabenden in Entbehrung und Mangel. Im Inlande werden die letzten Hilfsquellen erschöpft und im Auslande findet der Staat keinen Credit.

In Preußen siehst Du jetzt schon den Beginn solcher Zustände. Wenn man aber erst wird geschlagen haben, wenn die Zurückgelassenen die Namen der Gatten und Väter unter den Gefallenen lesen, wenn zu den hungernden Bettlern sich

die zerschossenen und zerhauenen Krüppel gesellen: wird da nicht die Erbitterung steigen über den abenteuerlichen Krieg? Der Ruhm des Krimkrieges hat selbst die Franzosen nicht gänzlich geblendet und in einer französischen Stadt habe ich sehr bedenkliche Ausbrüche des Unwillens gehört, als man in der Menge die verkrüppelten Soldaten gewahrte, welche nach der Einnahme von Sebastopol die befohlene Beleuchtung begafften. In dem Verlauf des Krieges muß die Regierung den Druck vergrößern um die Bedürfnisse des Krieges zu beschaffen, mit dem Druck wächst aber die Noth und mit dieser steigert sich die Aufregung des Volkes. Diese Aufregung wird eine strenge Handhabung der Gesetze sehr schwierig machen und manche gerechtfertigte Handlung der Polizeigewalt wird jetzt eine grausame Härte. Allerdings folgt, wenn die Noth ihre höchste Höhe erreicht, der Aufregung eine gewisse Ruhe; aber schauerlich ist diese Ruhe der Verzweiflung, welche Alles was da geschehen mag, mit stumpfer Gleichgiltigkeit hinnimmt. Lieber als solchen Zustand möcht ich die größte Erregung, selbst wenn diese in wüstem Lärm oder in gewaltsamen Aufständen ausbräche. Glaubst Du daß von all diesem Unheil das Heer ganz unberührt bleibe? Welche Folgen hat eine verlorene Schlacht?

Hat der Graf Bismark wohl auch an die Möglichkeit des Unglückes gedacht, welchem er das Königreich Preußen entgegenführt, so hat er über Oesterreich sich gründlich verrechnet. Er hat seine Rechnung auf die traurige Lage der Finanzen gestützt, aber den wackeren Sinn der österreichischen Bevölkerung hat er nicht gekannt und nicht die gesunde Volkskraft, in welcher unermeßliche Hilfsmittel liegen. Der Graf Bismarck hat eine allgemeine Abneigung der deutschen, eine Auflehnung der anderen Völkerschaften, und der preußischen Kraftentwickelung gegenüber eine allgemeine Lähmung erwartet; statt dieser aber muß er einen grimmigen Haß gegen sein Unrecht, eine begeisterte Erhebung dieser Völkerschaften und eine wunderbare Opferwilligkeit sehen, welcher

denn auch die Mittel nicht fehlen. Einige tausend Freiwillige und einige Millionen Gulden können freilich die Entscheidung nicht bringen; aber der Sinn, mit welchem die Spenden gebracht werden, stärkt die Regierung und hebt sie über Schwierigkeiten, welche der preußische Minister nicht zu überwinden vermöchte. Das Volk wird hingebend die unabwendbaren Uebel ertragen, kömmt da oder dort auch die Noth, so findet es Mittel, um sie zu lindern, denn Oesterreich hat sehr gesegnete Länder und wohlhabende Bevölkerungen. Ein Kriegsunglück zerstört nicht Zuversicht und Vertrauen, eine verlorne Schlacht ist eben nur eine verlorne Schlacht; sie gibt dem Sieger eine gewisse Strecke des Bodens, aber sie bricht nicht die Wehrkraft, denn eine ungebrochene Volkskraft steht hinter dem Heer. In Preußen sind alle Verhältnisse künstlich geschraubt, deßhalb schon überall Unruhe und Verwirrung; in Oesterreich gehen die Dinge ihren ruhigen Gang.

Heutzutage führt man nicht mehr mit „Berliner-Wachtparaden" die Kriege — man stellt Völker gegen*einander*. Unsere Soldaten sind nicht mehr arme Bursche, die man mit einigen Thalern preßt, die als eine fremde Kaste, außerhalb des Volkes stehend, durch eine grausame Zucht zusammengehalten und gedrillt werden, um nach dem Belieben des Herren todtzuschießen und sich todtschießen zu lassen. Unsere Soldaten sind die Jugend des Volkes, sie lernen und üben den Kriegsdienst, aber auch in den strammen Reihen stehend, gehören sie dem Volke. Darum geht die Meinung des Volkes in das Heer, so lange nicht die Soldaten, im Kriegen gehärtet und hochmüthig durch die Siege, nur in dem Heer ihr Vaterland haben. So waren die Soldaten des ersten Napoleon, aber so sind die unserigen nicht. Nicht einmal die Mehrzahl der Offiziere, welche den Kriegsdienst gewählt haben als ihren ausschließlichen Lebensberuf. Man kann unsere jungen Leute zu Soldaten machen und zwar zu recht guten Soldaten; sie erwerben den militärischen Geist; die Ehre der

Waffe ist ihnen heilig über Alles, sie gehorchen, sie entbehren, sie leiden, sie marschiren, sie fechten und bluten; sie widersetzen sich nicht dem Befehl, der sie in den Tod sendet, aber tief im Innern empfinden sie wie ihre Väter und ihre Brüder und mitten in dem wilden Getümmel des Krieges denken sie wehemüthig an den heimathlichen Herd. Die Poesie des Krieges ist das Gefecht und in der ernsten Stunde des Gefechtes hört der Soldat nur die Befehle und weiß nur seine Pflicht. Hört er die ersten Schüsse, so ist jede Ermattung verschwunden, in reger Kampfeslust eilt er vorwärts, um dem Feinde näher zu kommen; der Dampf des Pulvers berauscht ihn, mit Lust gebraucht er seine Waffe, er freut sich eines jeden gut gezielten Schusses und er achtet nicht des unheimlichen Sausens der Geschosse und nicht der Aernte des Todes um ihn herum.

Wenn aber der Donner verhallt ist, wenn nur manchmal ein vereinzelter Schuß noch knattert, wenn im Lager die Zerstreuten sich sammeln, wenn der Feldwebel verliest und jeden Augenblick irgend Einer antwortet „Gefallen", wenn die stattliche Compagnie ein kleines Häuflein geworden, wenn der todmüde Mann auf dem feuchten Erdboden die Ruhe sucht und wenn Hunger oder schmerzliche Ermattung lange Zeit hin den Schlaf verscheuchen — dann glaub' mir, dann frägt auch der Soldat „warum dieser Krieg", wie es die Mutter eines Gefallenen frägt. Sind Disciplin und Ehrgefühl nicht verloren, so schlägt er sich wieder am folgenden Tag, aber das zähe Aushalten im Unglück wirst du bei dem Heere nicht finden, welches nicht begleitet und gestützt wird von der Ueberzeugung des Volkes.

Mehr als in irgend einem anderen Lande ist in Preußen das Heer ein wirklicher Volkstheil; mehr als in irgend einem anderen Lande ist in Oesterreich das Heer ein für sich bestehender Körper. Hier aber steht dieses fast allerorten ganz freundlich zu der Bevölkerung und die Regierung sieht es nicht ungern, während dort die Regierung im Widerspruch mit den

Grundprincipien der Einrichtung, die Soldaten zu trennen sucht von dem Volke, in welches sie nach drei kurzen Dienstjahren wieder zurückkehren.

Die Erörterung des Grundprincips der preußischen Heeresorganisation wirst Du mir erlassen und Du wirst Dich vorerst begnügen wenn ich sage: das Institut der Landwehr recht gedacht und gut ausgeführt, ist vortrefflich zur Vertheidigung des eigenen Landes, aber es taugt nicht für Eroberungskriege und solche muß am Ende die kleinere Macht wagen, wenn sie die Stellung einer Großmacht erringen will. Das Volk hat ein richtiges Gefühl für den wahren Charakter eines Krieges und würde es in dem Kriege des Grafen Bismark einen Vertheidigungskrieg erkennen, so würden die Landwehrmänner nicht mit Verwünschungen den Waffenrock anziehen, würden solche nicht geschlossen zu den Sammelplätzen ihrer Bataillone oder Compagnien gebracht werden und wären nicht die Militärgefängnisse mit Widerspenstigen überfüllt. Würden dagegen die österreichischen Völker an einen Angriffskrieg glauben, so würden nicht Männer aller Stände, aller Lebensstellungen und aller Berufsarten freiwillig zu den Waffen sich drängen.

Ehe ich den wahrscheinlichen Gang des Krieges bespreche, muß ich noch ein bischen die Heere vergleichen, die kampfgerüstet sich gegenüber stehen. Aber ich werde allmählig bequem und schreibe nicht mehr gerne lange Abhandlungen statt Briefe. Darum morgen weiter.

Dein N. N.

LV.

Reisenotizen über Kunst.

Von Dr. A. Reichensperger.

I.

Wie sehr es mich auch nach der Schweiz hinzog und obgleich überdieß das rasche Abnehmen der Tage dringend zur Eile mahnte, so konnte ich es doch nicht über mich gewinnen, Freiburg im Breisgau zu passiren, ohne alte, liebe Erinnerungen, wenn auch nur im Fluge, wieder aufzufrischen. Es ist ein Wunder, oder doch ein halbes Wunder zu nennen, daß der weltbekannte badische „Fortschritt" es hier im Aufräumen noch nicht weiter gebracht hat. Der im Schatten des mächtigen Münsters ruhende Ort sieht sich, in seinem Kerne wenigstens, noch so malerisch und gemüthlich an, als ob innerhalb des Weichbildes der Gottesfriede niemals gestört worden sei. Vielleicht kommt es daher, weil besagter Fortschritt sich mit zu großartigen Planen trägt, um es vorderhand der Mühe werth zu erachten, gegen gothische Kirchen, Häuser und Brunnen anzurennen; wird das Alles doch auch ohnehin von selbst nachfallen, sobald das geistige und politische Nivellement zum glücklichen Ende geführt ist! Wie dem aber auch seyn möge, jedenfalls thun die Freunde alter Kunst,

welche Freiburg noch nicht gesehen haben, wohl daran, sich nicht allzu säumig finden zu lassen, zumal da nicht bloß von Seiten der principiellen Feinde der christlichen Kunst Gefahr droht. Wie viel Schätzbares ist nicht schon seit dem Wiedererwachen des Sinnes für diese Kunst in der besten Absicht zu Grunde gerichtet worden! Auch die historischen Monumente haben alle Veranlassung, in den Ausruf einzustimmen: Gott beschütze uns gen unsere guten Freunde!

Bis jetzt kann das Freiburger Münster noch von besonderem Glück sagen. Es bildet architektonisch wie dekorativ ein gewaltiges Conglomerat, in welchem sozusagen jedes Jahrhundert seine Richtung und Sinnesweise durch irgend eine Anschwemmung bekundet hat. Der Chor nebst dem Querschiffe war in romanischer Art fertig gestellt, als die Gothik auftrat und hier wie allerwärts durch Germanien die Herrschaft in den Bau-Hütten überkam. Die Meister und ihre Gesellen, welche die mächtigen romanischen Dome aufgerichtet oder begonnen hatten, beugten sich sammt und sonders vor dem neuen Princip — und heutzutage streitet man noch darüber, welcher von beiden Stylen den Vorzug verdient, welcher der bildsamere, fruchtbarere, schönere sei, welcher von beiden insbesondere dem deutschen Wesen am meisten entspreche! Der Streit wird übrigens jedenfalls noch eine geraume Zeit lang fortgeführt werden, mag man auch in noch so evidenter Weise darthun, daß der gothische Styl dem Genius unserer Nation entsprossen sei und daß er in höherem Maße, als irgend ein anderer Styl allen Anforderungen zu entsprechen im Stande ist. Insbesondere werden nur diejenigen Architekten sich dazu bekehren, welche ihn wahrhaft bemeistern oder doch die Mühe nicht scheuen, die allerdings bedeutenden Schwierigkeiten, welche er darbietet, überwinden zu lernen. Die Anderen werden nach wie vor, beliebige Formen wählen und dieselben mit irgend einem gelehrt klingenden Namen bezeichnen.

Am Freiburger Münster zeigt sich wieder so recht, welche Elasticität und Schmiegsamkeit der Gothik eigen ist. Der

zurückgebliebene romanische Kern findet sich so innig mit dem frühgothischen Langhaus und dem spätgothischen Schiffe verwachsen, daß schon ein kundiges Auge dazu gehört, um die Uebergänge ausfindig zu machen. Nur dem Höhenverhältniß thut es hier, wie beim Straßburger und Wiener Dome, überhaupt in allen Kirchen, die auf romanischer Grundlage erwachsen sind, entschieden Eintrag, daß die Conception des Ganzen nicht einheitlich gothisch ist. Der Thurm ist zwar vom Fuß bis zur Kreuzblume im gothischen Style ausgeführt, allein dem Plane des ersten Meisters wurde bei dem Beginne des Octogons ein ganz neuer substituirt, welcher in jeder Beziehung eine höhere Entwicklungsstufe bezeichnet. Es erscheint bewunderungswürdig, mit welcher Kühnheit und Sicherheit jene Meister ihre Individualität innerhalb des feststehenden allgemeinen Gesetzes geltend zu machen wußten, wie sogar Anomalien unter ihrer Hand Motive zu kunstreichen Bildungen werden, wie sie überhaupt jede Dissonanz harmonisch zu lösen wissen. Nichts ist verkehrter als die landläufige Vorstellung, daß diese Meisterschaft einer Art von ungetrübtem Instinkt beizumessen sei; sie wurzelt vielmehr in klar erkannten Regeln und Principien und ist bedingt durch ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Seelenkräften, durch ein einträchtiges Zusammenwirken von Kopf und Herz, hervorgehend aus dem festen Glauben an die Göttlichkeit der Religion, welcher sie dienten. In dem Maße, in welchem dieß Alles schwindet, schwindet auch die schöpferische Freiheit und Kraft; die Kunstübung wird kalt, conventionell, willkürlich und verfällt endlich der Bureaukratie, die sie dann von oben herab polizeimäßig reglementirt.

Solche und ähnliche Betrachtungen wurden in mir durch den Freiburger Münsterthurm angeregt, dessen Fortentwicklung vom untern Stockwerke zu den oberen ganz gewiß von keiner Oberbaudeputation genehmigt worden wäre, auch wenn sie es noch so gut mit der Gothik gemeint hätte.

Das Innere des Münsters trägt noch seine historische,

durch allerhand Zufälligkeiten gehobene Farbe; die gemalten Fenster repräsentiren in bunter Pracht die verschiedensten Stylperioden, selbst die des Wiederauflebens dieser edeln Kunst in unseren Tagen. Als erste Versuche sind die zu letzterer Kategorie gehörenden Arbeiten des Meisters Helmle alles Lobes werth, so viel sie auch den strengen Anforderungen des Styles gegenüber noch vermissen lassen. Und wie Wenige wissen selbst heutzutage noch, daß jedwedes Material seine besondere Behandlungsart gebieterisch erfordert, daß ganz dieselben Formen, welche in Stein ausgeführt überaus schön sind, in Holz oder Metall geradezu häßlich erscheinen können, daß insbesondere die Tafel-, die Wand- und die Glasmalerei eine jede besonderen Gesetzen zu gehorchen hat, daß endlich die dekorative Ausstattung eines großen Bauwerkes Rücksichtsnahmen erheischt, welche ein inniges Vertrautseyn mit dem Geiste der Architektur und der durch letztere bezweckten Gesammtwirkung voraussetzt. In mehreren der den Chor umgebenden Kapellen hat das 16. Jahrhundert, dem die Formen der vorhergegangenen Jahrhunderte zu steif und zu *ascetisch* erschienen, die alten Fenster durch neue ersetzt. Der hohe Geist des Mittelalters war zwar damals entschieden im Weichen begriffen; allein die Technik und das Material behaupteten noch eine geraume Zeit hindurch ihre Vortrefflichkeit: mit dem Untergehen der Sonne schwindet überhaupt nicht alsbald das Licht und die Wärme aus der Atmosphäre. Runde, gegossene Scheibchen mit vorspringenden Näbeln in der Mitte umfassen in jenen Fenstern etwas genreartig behandelte gemalte Darstellungen, welche an die Periode der sogenannten kleinen Meister erinnern. Für eine neu zu errichtende gothische Cathedrale sind solche Fenster allerdings nicht zu empfehlen; allein es wäre ein unglücklicher Gedanke, die hier in Rede stehenden durch correktere ersetzen zu wollen. Möge Gott überhaupt dieses sein Haus, wie alle Kirchen welche die Vermächtnisse von Generationen zu uns herübergerettet haben, vor dem Eindringen der Puristerei bewahren,

die Alles ändert oder beseitigt, was einem gewissen Schema nicht entspricht, die letzterem jede Rücksicht, namentlich auch die der Pietät, unterordnet! Das Aufräumen ist gar so leicht und verführerisch, letzteres insbesondere für Neulinge in der Kunst, die ihr Wissen und ihren Eifer in anderer Weise nicht zu bethätigen vermögen. Allerdings hat die Zopfzeit eine gewisse Scheinkunst in die Kirchen gebracht, welche mitunter an Carrikatur streift; sie hat durch Gips und hohlen Theaterprunk nicht selten den ursprünglichen Charakter der Bauwerke ganz und gar zerstört und den heiligen Ernst des Cultus durch Modeflitter herabgewürdigt. Daß in solchen Fällen dem Ursprünglichen wieder zu seinem Rechte verholfen und das Grundfalsche beseitigt werden muß, versteht sich von selbst; allein es gehört ein feiner Sinn und viel Takt dazu, um bei derartigen Operationen die richtige Grenze einzuhalten, das in dubio abstine wird dabei nur allzu leicht aus dem Auge verloren. Es steigt immer eine gewisse Bangigkeit in mir auf, wenn ich höre, daß eine alte Kirche gründlich restaurirt werden soll. Aber nicht bloß negativ sondern auch positiv führt die gute Absicht der Kirchenverschönerer nur allzu häufig zu argen Mißgriffen. Namentlich sollte in Bauwerken der fraglichen Art nur evident Treffliches gebracht werden und jede Berücksichtigung lokaler Interessen, einheimischer Künstler u. s. w. auf Kosten der Sache, ferne bleiben. Der erzbischöfliche Thron im Münster und der gleichfalls moderngothische Aufsatz auf dem Hochaltar zeigen beispielsweise, wie leicht das löblichste Streben in die Irre gehen kann.

Wie das Münster, so hat auch die Stadt recht viel von ihrem historischen Gepräge bewahrt. Namentlich ist sie noch reich an trefflichen Civilarchitekturen aus der spätgothischen Periode, die wir dem gründlichen Studium Solcher empfehlen, welche den Satz predigen, für das bürgerliche Bedürfniß der Jetztzeit sei der altdeutsche Styl keinesfalls ausreichend. Vor 20 bis 30 Jahren behauptete man ganz dasselbe auch hinsichtlich der Kirchen. Ein besonderes Interesse nehmen noch

die öffentlichen Brunnen Freiburg's in Anspruch. Heutzutage führt man das „Wohl des Volkes" unausgesetzt im Munde, in der alten Zeit sorgte man thatsächlich mehr dafür. In den Orten, wo es sich zu versammeln pflegte, wo der gemeine Mann eben so freien Zutritt hatte, wie der vornehmste Herr, in den Kirchen, den Rath- und den Zunfthäusern, pflegte die Kunst vor Allem sich einheimisch zu machen und mehr Reichthum zu entfalten, als dermalen in den abgeschlossenen Palästen der Großen; nichts ward zu gut und zu schön befunden, um öffentlichen Zwecken zu dienen. Daher der so hoch gesteigerte Kunstsinn in allen Schichten der damaligen Gesellschaft, das allseitige Bedürfniß von Aechtem und Rechtem. Auch auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen suchte man noch solchem Bedürfnisse ein Genüge zu leisten, dabei aber stets das Nützliche mit dem Schönen zu verbinden. Dafür liefern denn auch die kunstreich gebildeten mit den religiösen Anschauungen oder den historischen Erinnerungen der Bevölkerung in Verbindung gebrachten Brunnen einen merkwürdigen Beleg. Auch in dem *modernen* Stadttheile ist zwar noch für Wasser gesorgt; allein von jeder Rücksicht auf Kunstschönheit der betreffenden Anlagen hat man gänzlich Abstand genommen, vielmehr sich auf das Nothdürftigste aus Zink, Gußeisen u. dgl. in recht häßlicher Form beschränkt. Warum mag man wohl nicht auf den Gedanken gekommen seyn, die in neuerer Zeit berühmten Männern errichteten Denkmäler mit Brunnen zu verbinden, wie es damals Sitte war, und so die einen zugleich mit den anderen zu beleben und zu popularisiren?

Die kolossale Rotteck's-Büste aus Bronze steht jetzt gewaltig vereinsamt, sich und Andere langweilend, auf ihrem granitenen Fußgestelle da. Wie heutzutage gewöhnlich, hat der Künstler durch die Masse-Effekt zu machen gesucht; allein die geistlose Nüchternheit des Kopfes wird dadurch nur um so bemerklicher. Und Rotteck hatte in der That Anspruch auf eine würdigere Behandlung. Sein Liberalismus war freilich

etwas platter, mechanischer Art; allein er glaubte daran, und was er einmal für Recht hielt, das verfocht er ritterlich, selbst gegen die eigenen Parteigenossen, deren Vorurtheile und Spezial-Interessen. Die Sorte ist mittlerweile immer mehr in Abgang gekommen; der heutige Liberalismus pflegt bekanntlich solche Ehrlichkeit für einen überwundenen Standpunkt anzusehen. Was das Rottecks-Denkmal im antiken Style, das ist das dem Pulvererfinder Schwarz errichtete im gothischen. Von einer Kenntniß des eigentlichen Wesens der Gothik, zeigt sich hier keine Spur; nur einige gothische Zirkelschläge geben zu erkennen, daß der Künstler seinem Werke gerne einen mittelalterlichen Charakter verliehen hätte, er hat aber nicht bedacht, daß dazu vor Allem eine gründliche Kenntniß der Architektur dieser Periode erforderlich war. Die mit nichtsweniger als einer erfinderischen Physiognomie ausgestattete Hauptfigur steht auf einem plumpen Gestelle; auf letzterem neben dem Standbilde befindet sich wieder ein ganz gleiches Gestelle in verjüngtem Maßstabe, welches einen kleinen — Mörser (zarte Anspielung auf das Pulver und dessen Erfindung) trägt. Die Statue erinnerte mich sofort an die des Generals Wrede in Heidelberg, der eine Kanone unter dem gehobenen linken Fuße hat, und an die des Feldmarschalls Blücher in Berlin, der gleichfalls sich genau in derselben Position befindet, nur daß er einen Säbel in der rechten Hand hält, während Wrede mit einem — Perspektiv ausgerüstet ist. Welche Gedankenarmuth und welche Noth, eine Figur auch nur einigermaßen zu charakterisiren, sobald man nicht die Architektur zu Hülfe rufen will, wie solches die mittelalterlichen Meister in so genialer, lebensvoller Weise zu thun pflegten! — Freiburg hat noch einige imposante Thorthürme gerettet und diese noch so ziemlich ihre ursprüngliche Physiognomie. Wie lange wird es noch dauern, bis der emancipirte Geist der Neuzeit die Riesen niederwirft, um „klassisches" gußeisernes Gitterwerk an die Stelle zu setzen?

Gegen Basel hin weiter ziehend konnte ich nur eben unterwegs einen flüchtigen Blick auf die kirchlichen Neubauten werfen; derselbe genügte indeß schon, um einen höchst bemerkenswerthen Umschwung zu constatiren, der sich übrigens auch in vielen anderen Landstrichen kundgibt. Während bis etwa zum Beginne des letzten Decenniums hin Alles das charakterlose bureaukratische Gepräge an sich trägt, so daß die Kirchen eben so gut als Spritzenhäuser oder Turnhallen funktioniren könnten, macht sich fast allerwärts in den Constructionen der neuesten Zeit das Streben bemerklich, wieder an das Mittelalter anzuknüpfen, die Form in Einklang mit dem kirchlichen Geiste zu setzen. Leider aber zeigt sich in den meisten Fällen der Mangel eines gründlichen, allseitigen Studiums der alten Muster und des sie durchwaltenden Gesetzes. Man begnügt sich mit zusammengestoppelten Einzelheiten, geht allen Schwierigkeiten aus dem Wege, ist von keinem einheitlichen Gedanken geleitet, dekorirt an der einen Stelle zu reich, an der anderen gar nicht, greift zu kümmerlichen Nothbehelfen, verliert bei jedem Anlaufe alsbald den Athem, kurz man schafft todte Wachsfiguren, statt lebendiger, harmonisch-gegliederter Individualitäten. Spielend und nebenher läßt sich nun einmal die ächte Gothik nicht treiben; sie erfordert einen ganzen Mann, der sich mit der vollen Kraft seines Geistes in dieselbe hineinstudirt, ja hineinlebt. Bücher und Vorbilder mögen recht nützliche Hülfsmittel seyn, das eigentliche Können erwächst aber nur aus der That, die Hand muß gleichzeitig mit dem Kopfe gebildet werden; nicht aus den Hörsälen, nur aus den Handwerksstätten und den Bauhütten kann die Kunst, in unablässigem Ringen mit dem Stoffe, wieder zu frischem, gedeihlichem Leben erwachsen. Nichts charakterisirt denn auch die heutige Impotenz entschiedener, als der Hang zu Kleister- und Gußwerk, zum Uebertünchen und Beschmieren, zu Surrogaten aller Art, welche dem Geiste die Mühe ersparen, die besondere Natur eines jeden Materials zu ergründen und dem Arme die Mühe, mit dem-

selben zu ringen, seiner Natur entsprechend es zu gestalten. Darum die herrschende anarchische Styllosigkeit; denn was man Styl nennt, besteht eben u. A. wesentlich darin, daß das betreffende Werk seinem Materiale und seiner Bestimmung entsprechend gebildet wird, daß es in rhythmischer Gliederung sich sofort als dasjenige zu erkennen gibt, was es wirklich ist und seyn soll. Solche Stylgerechtheit ist keineswegs durch einen unverhältnißmäßig großen Aufwand von Mitteln oder von Geld bedingt, wie oft man auch die Aeußerung hört: „ja wir würden gerne gothisch bauen, wenn nur nicht unsere Mittel so beschränkt wären.“ Wer so redet, beweist eben dadurch, daß er das Wesen und die Geschichte unseres nationalen Styles nicht kennt. Mehr als drei Jahrhunderte hindurch haben die Meister desselben; ja die Handwerksmeister insgesammt, durchweg nur Schönes geliefert, obgleich sie gewiß, damals so wenig wie jetzt, stets bei vollen Geldsäcken standen, vielmehr für alle Schichten der Gesellschaft stets in demselben Style arbeiteten. Nur verstanden die alten Meister ihr Handwerk durch und durch; sie wußten das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden; mit ein paar Einschnitten, Hammerschlägen, Vorkragungen oder Durchbrechungen an der rechten Stelle ward ein ästhetischer Effekt erzielt; die Eurythmie aber, die Hauptsache, kostet nichts, sobald nur erst der Sinn dafür vorhanden ist. Auch auf der besten Geige wird dahingegen falsch gespielt, wenn es dem Musiker am Gehörorgane oder an der erforderlichen Geschicklichkeit fehlt. Das Sparen am unrechten Orte ist das gerade Gegentheil von Oekonomie; so ist denn auch ein Pfuschwerk immer zu theuer, mag es auch noch so wenig Geld kosten, während das Geld, welches man einem bewährten Meister für einen ordentlichen Plan bezahlt, sich stets aufs beste rentirt.

Mit derartigen Reflexionen vertrieb ich mir die Zeit während eines Haltes auf dem Bahnhofe zu Neuhausen, unweit des Rheinfalles. Genährt wurden sie durch das Sta-

tionshaus, einen sehr gefälligen Bau, dessen unterer Stock von Stein und Holz ist und von einem ziemlich weitvorspringenden Dache überschattet. Die Anlage erinnert an die traditionellen Holzbauten der süddeutschen und schweizerischen Gebirgsstriche, ohne den Eindruck einer Kopie zu machen; es ist dem durchaus modernen Zwecke glücklich angepaßt und in den Einzelheiten sorgfältig und geschickt behandelt. Mit Interesse schweift das Auge zwischen dem Ganzen und den Details hin und her, obgleich in dieser und jener Hinsicht, namentlich in Betreff der malerischen Wirkung, immer noch Manches zu wünschen bleibt. — Man hört so viel von der Zukunfts-Kunst reden, die angebahnt werden müsse — wem hätte diese Mission mehr obgelegen, als den Eisenbahn-Architekten? Ihnen fehlte es doch wahrlich nicht an Geld und an Gelegenheit, in voller Freiheit zu zeigen, was denn die Gegenwart aus sich heraus zu schaffen vermag und welche Hoffnungen aus ihr der Nachwelt erblühen. Und was haben dieselben geleistet? Nur wo sie sich, wie im zuvorgedachten Falle und durchweg im Großherzogthum Baden, dem althergebrachten Holzbaustyle anschlossen, ist Erträgliches, mitunter auch wohl recht Hübsches herausgekommen. Allerwärts sonst, wo überhaupt von Styl die Rede seyn kann, begegnen wir einem unverdauten Gemenge von antiken, Renaissance- oder gothischen Motiven, welche durch keinerlei Grundgedanken zusammen gehalten werden. Begibt sich nicht ganz Aehnliches auf anderen Gebieten, wie z. B. auf dem Gebiete der Literatur, der Wissenschaft und der Politik? Wo nur immer eine Idee sich geltend machen soll, stellt sofort die Confusion sich ein, weil es an dem zusammenhaltenden Principe fehlt.

Auf der über den Rhein nach Basel führenden Brücke findet sich als Curiosum ein kleines Bauwerk erhalten, welches ich nicht unerwähnt lassen zu sollen glaube. Ich meine das zierliche gothische Heiligenhäuschen mit einer Bischofs-Figur in halberhabener Arbeit auf dem Giebelchen über dem Eingange. Während des Mittelalters wäre eine Brücke ein

Curiosum gewesen, welche nicht durch ein Kapellchen oder doch durch ein christliches Emblem gewissermaßen ein Glaubensbekenntniß abgelegt hätte, wie dieß ja auch die Privathäuser durch eine Heiligenfigur oder einen frommen Spruch zu thun pflegten. Das „moderne Bewußtseyn" will natürlich durch solche Mahnungen sich nicht trüben lassen und hatte denn auch bereits das „philosophische Zeitalter" für deren Wegräumung fast allerwärts so gründlich gesorgt, daß unseren Tagen nur noch wenig zu thun übrig blieb. Die Pietät, welche das protestantische Basel an dem hier in Rede stehenden Brücken-Kapellchen geübt hat, verdient daher wohl notirt zu werden und dürfte wohl auch der enragirteste Modernist schwerlich zu behaupten wagen, daß es der ästhetischen Wirkung der Brücke Eintrag thut.

Natürlich kann es mir nicht einfallen, bei dieser Gelegenheit an die Baubüreaukratie oder an die Großindustrie die Mahnung ergehen zu lassen, ihren Schöpfungen doch wieder in irgend einer Weise den christlichen Stempel aufzudrücken; allein die schlichten Privatleute, welche sich des Glaubens ihrer Väter noch nicht schämen, finden doch vielleicht die Zumuthung nicht abgeschmackt, daß sie ihren ohnehin immer mehr vernüchternden Wohnungen jene althergebrachte Zierde wiedergeben möchten, die zur Zeit sogar an den meisten Pfarrhäusern nicht mehr zu erblicken ist — mag auch die „intelligente" Hochnasigkeit sich noch so sehr an den Heiligenbildern stoßen.

Nicht blos auf der zu ihr führenden Brücke, sondern auch in ihrem Inneren hat die Stadt Basel ihre Achtung für die Schöpfungen der Vorzeit bethätigt. So ist namentlich dem so überaus malerischen alten Rathhause, einem wahren Prachtexemplare der Gattung, sein höchst prägnanter historischer Charakter, sein lebendiges Formen- und Farbenspiel gewissenhaft belassen worden; man hat den Dom noch nicht durch Niederreißung der dazu gehörigen Kreuzgänge, wie anderwärts meist geschehen, „freizustellen" gesucht, ja letztere sind sogar in gutem baulichem Zustande gehalten; dem

Dome selbst aber hat man durch eine, jedenfalls wohlgemeinte Restauration seinen ursprünglichen Glanz wieder zu geben gesucht und ihn namentlich mit neuen Farbenfenstern ausgeschmückt. Daß letztere mit der Leere und Nacktheit des Inneren nicht harmoniren und zum Theil auch an sich durch die moderne Staffelei-Manier, in welcher sie ausgeführt sind, den Kenner nicht befriedigen, kann dem jetzigen Basel und den edeln Geschenkgebern nicht imputirt werden. Glaubt man doch zur Stunde noch in München und anderwärts, die alten Glasmaler aus dem Felde schlagen zu können, wenn man, die Natur, den Zweck und das Material des Fensters ignorirend, dasselbe so bemalt, als ob man ein transportables Stück Leinwand vor sich hätte, welches in irgend einer Bilderausstellung oder einem Museum zu paradiren bestimmt ist! Wie Wenige auf unserem Continent wissen überhaupt den gewaltigen in der Natur der Sache begründeten Abstand im Style, zwischen einem Tafel-, einem Wand- und einem Glas-Gemälde zu bemessen, und wie viel Wenigere noch wissen den daraus sich ergebenden Erfordernissen zu entsprechen! Auch auf diesem Gebiete haben die Engländer mit ihrem gesunden Sinn und ihrem praktischen Takte längst schon den rechten Weg eingeschlagen und uns Deutsche namentlich weit überholt.

Der zuvor erwähnte, den Kapitelsaal in sich schließende prächtige Domkreuzgang verdient auch durch die darin befindlichen vielen Grabsteine eine besondere Beachtung — es ist ein Familiengeschichtsbuch in Lapidarschrift. Wie frevelhaft ist nicht an den meisten Orten mit diesen, in künstlerischer wie in geschichtlicher Hinsicht so wichtigen Dokumenten umgesprungen worden! — Im Inneren des zugleich die romanische Stylperiode repräsentirenden Domes befindet sich eine kelchartig geformte, überaus kunstreich gearbeitete gothische Steinkanzel, welche als ein Muster der Gattung bezeichnet werden kann und für das praktische Studium den Vorzug vor der allzureichen des Straßburger Münsters verdient.

Wie fast allerwärts in Deutschland, so scheinen auch in Basel die an die große Vorzeit anknüpfenden Bestrebungen mit dem platten, gleichmacherischen Modernismus im Kampfe zu liegen. In ersterer Beziehung ist eine, auf Kosten eines Merian eben erbaute gothische Kirche rühmlichst zu erwähnen, ein Denkmal ächten Patrizier-Sinnes. Auch in architektonischer Hinsicht gibt das Werk den besten Willen kund; allein leider hat der Baumeister den Styl nicht vollkommen in der Gewalt gehabt. So z. B. sind die inneren freistehenden Pfeiler zu dünn und puppig, die Giebelkrönungen und das Pfeilersystem der Treppenhäuser neben dem Chor und dem Thurme erscheinen nicht innerlich motivirt; der Zusammenhang des Thurms mit der Hauptfaçade ist mangelhaft, überhaupt Manches nur um der Abwechselung willen improvisirt. Ich hebe diesen Mangel an Einheitlichkeit hier hervor, weil er mir so häufig an neugothischen Bauwerken auffällt und weil er das Wiederaufblühen dieser Kunstweise in hohem Maße gefährdet oder doch hemmt. Die Erscheinung wurzelt in der so verbreiteten Meinung, man könne ganz füglich mehrere Baustyle, insbesondere den romanischen und den gothischen, nebeneinander cultiviren. Dieses Vorurtheil entspringt aus der Unvertrautheit mit beiden Stylen, namentlich mit dem gothischen, welchen man meist nur in seiner Aeußerlichkeit studirt und nachzubilden sucht, ohne sich von seinem Organismus, seinem eigentlichen Lebensprincip Rechenschaft geben zu können, ja ohne von dem Grundgesetze, welches alle Einzelbildungen zu durchwalten und zu einem harmonischen Ganzen zu verbinden hat, auch nur eine Ahnung zu haben. Es ist ungefähr so, als wenn Jemand, der fleißig Conzerte besucht, aber keine generalbaßistischen Studien gemacht hat, eine Symphonie oder ein sonstiges größeres Tonstück komponiren wollte. Man darf zuversichtlich behaupten, daß alle Diejenigen, welche den Baumeistern rathen, doch ja nicht exclusiv zu seyn, sondern sich hübsch aller, oder doch wenigstens aller seit der christlichen Zeitrechnung aufgekommenen Style zu

bedienen, jedenfalls kein Verständniß des innersten Wesens des gothischen Baustyles haben, dessen Durchdringung und Beherrschung die ganze Kraft, auch eines talentvollen Meisters in Anspruch nimmt. Wie schwer es ist, den Generalbaß der Gothik sich zu eigen machen, könnte durch gar viele Beispiele erhärtet werden; ein einziges wird indeß wohl schon genügen. Der Dombaumeister Zwirner, dessen Wirken das größte Lob verdient, insofern demselben alte Vorbilder den Weg zeigten, vermochte selbst nach vieljähriger Praxis am Kölner Dome, etwas Selbstständiges nicht zu schaffen, was den Werken der alten Meister sich zur Seite stellen könnte, wie dieß gegenüber seinen Kirchen auf Appollinarisberg, in Elberfeld und in Mühlheim am Rheine auch die wohlwollendste Kritik wird zugeben müssen. Zu Vorstehendem tritt endlich aber auch noch die Rücksicht auf die Technik des gothischen Baustyles hinzu, die systematisch durchgebildete, der Eigenthümlichkeit jedes Details vollkommen kundige Arbeiter erfordert, wenn nicht todtes, jedes individuellen Gepräges entbehrendes Maskenwerk herauskommen soll. Diese Wahrheiten müssen so oft und so lange wiederholt werden, bis sie endlich wieder allgemeine Anerkennung finden, und zwar praktische Anerkennung. Wer durch sein Reden wirken will, muß darauf verzichten, immer etwas Neues zu sagen. In Basel sind sie bis jetzt noch nicht vollständig zum Durchbruch gekommen, wie dieß nicht bloß die obenerwähnte Kirche, sondern auch ein dem Dom gegenüber befindlicher neugothischer Profanbau, das dem Oekolampadius errichtete Denkmal und anderes mehr bekundet. In allem vorstehend Besprochenen muß indeß der gute Wille, das Bestreben anerkannt werden, wieder auf den rechten Weg zu kommen, und es ist nun einmal nicht anders: noch eine geraume Zeit hindurch werden wir durch Fallen das Gehen lernen müssen.

Solcher guter Wille scheint aber keineswegs in der Stadt Basel allgemein obzuwalten. Es wäre sonst unmöglich gewesen, das dachlose, bis zum Stumpfsinn langweilige neue

Museum in der Nähe des prächtigen Rathhauses aufzurichten, welches den Eindruck eines colossalen Leichenhauses macht und woran Geldmittel verschwendet sind, die zum Schönsten und Besten ausgereicht hätten. Allein nicht bloß im Bauen, sondern auch im Zerstören macht der moderne Vandalismus sich in allerneuester Zeit dort breit. Bei allen Kennern und Kunstfreunden galt stets die städtische Befestigung als ein Unicum; sie allein schon verlohnte eine weite Reise nach Basel, zumal da die verhältnißmäßig treffliche Erhaltung der alten Mauern, Thürme und Thore, welche sich noch zu uns herübergerettet hatten, einen Einblick in das kleinste Detail der mittelalterlichen Befestigungskunst gestatteten. Mit den Schlagwörtern: Licht und Luft zog das „aufgeklärte" Philisterium gegen diese ehrwürdigen Zeugen vormaligen Bürgerstolzes zu Felde, und zwar galt der erste Angriff gerade dem malerischsten, romantischsten Theile der Umwallung, wo sie mit manigfachen Hindernissen, namentlich einem die Stadt durchfließenden Bache, im Kampf, zu den keckſten und originellsten Gestaltungen ihre Zuflucht nehmen mußte. So wurden denn, wie es so oft bei mittelalterlichen Bauwerken der Fall ist, die Hindernisse zu Schönheits-Motiven, indem sie den Architekten zur vollen Bethätigung seiner Meisterschaft veranlaßten. Ein Park soll nun an die Stelle treten, welcher zugleich noch einem anderen monumentalen Thore von hoher ästhetischer Bedeutung, dem sogenannten Spalenthore, den Untergang droht! Dem modernen Spießbürgerthum — auch wohl das „gebildete Publikum" genannt — ist alles in die Höhe Strebende antipathisch; nur das Flache, Charakterlose zieht dasselbe an, wie es dem Wesenhaften, Bedeutungsvollen stets den äußerlichen Schein vorzieht. Was hier von Basel gemeldet ist, hat sich mutatis mutandis fast in allen historischen Städten unseres Vaterlandes begeben. So in Lübeck, wo das prachtvolle Holstenthor bereits verurtheilt war, einer Promenaden-Anlage zulieb niedergerissen zu werden, als glücklicherweise der in Bezug auf letztere consultirte General-

Gartendirektor Lenné das Thor rettete, indem er es für die Hauptzierde der Anlage erklärte; so weiter in Frankfurt am Main, wo der bekannte Eschenheimer Thorthurm nur der Intervention des französischen Gesandten zu danken hat, daß er noch aufrecht steht u. s. w.

Wird im weiteren Zeitverlaufe der Geist der Erhaltung, überhaupt der historische Geist (man versteht wohl, was damit gesagt seyn soll) auf dem Kunstgebiete Sieger bleiben, oder der, Alles nach Möglichkeit nivellirende und uniformirende Geist der Verflachung? In der Schweiz scheint die zweite Alternative beiweitem die meisten Chancen für sich zu haben. Diese Befürchtung hat namentlich in Zürich Nahrung erhalten, wohin zunächst mein Weg mich führte. Abgesehen von Genf ist wohl keine schweizerische Stadt in solchem Maße modernisirt, wie Zürich. Dank ihrer herrlichen Lage, übt die Stadt eine besondere Anziehung auf Fremde aus, welchen zu Ehren man denn mit dem Alten möglichst aufzuräumen und Alles hübsch kerzengerade zu machen sucht. Was sich schlechterdings zwischen Parallel-Linien nicht einzwängen lassen will, wird weiß angestrichen, um wenigstens symbolisch zu zeigen, daß man der mittelalterlichen Finsterniß abgeschworen hat.

Vor mehreren Jahren schon ist von mir auf das Wünschenswerthe einer Publikation hingewiesen worden, welche ich bei gegenwärtiger Veranlassung wieder in Anregung bringen zu sollen glaube. Ich meine nämlich, daß es ein sehr zeitgemäßes Unternehmen seyn würde, wenn Jemand zu den Bädecker'schen Reisehandbüchern Supplemente herausgäbe, in welchen die historischen Städte einerseits so abgebildet wären, wie sie heute aussehen, und andererseits die Prospekte derselben aus dem Merian'schen Werke dem Auge sich darböten *). Auch der heißblütigste Fortschrittler würde,

*) Ueber das obengedachte Werk habe ich im J. 1856 eine Monographie unter dem Titel: „Mathias Merian und seine Topographien" veröffentlicht (Leipzig bei T. O. Weigel), auf welche hin-

bei solcher Vergleichung des Sonst mit dem Jetzt, meines Erachtens, nicht umhin können zuzugestehen, daß die Renaissance, der Classicismus und der moderne Eklekticismus das Zerstörungswerk des dreißigjährigen Krieges getreulich fortgesetzt und ein Ergebniß zuwege gebracht haben, welches jeden ästhetisch Gebildeten nur mit Unwillen erfüllen kann und dem Patrioten die Schamröthe in's Gesicht treiben muß.

Wer etwa die Topographia Helvetiae zur Hand hat, möge eben nur die Prospekte von Basel (S. 46) und Zürich (S. 16) vor sich hinlegen und damit die dermalige Erscheinung dieser Städte vergleichen, und er wird die vorstehend gebrauchten Ausdrücke schwerlich zu stark finden, obgleich im Ganzen genommen diese wie die übrigen Städte der Schweiz die mittelalterliche Physiognomie noch in weit höherem Maße bewahrt haben, als die große Mehrzahl unserer deutschen Städte. Die Schweiz ist schwer zu nivelliren — auch in künstlerischer Hinsicht. Der Calvinismus hat zu diesem Ende einen gewaltigen Anlauf genommen, allein der conservative Sinn des kräftigen, freiheitliebenden Volksstammes setzte ihm bald in mehr als Einer Beziehung Schranken entgegen. Am sichtbarsten tritt sein Wirken im Inneren der altehrwürdigen Dome hervor, unter welchen der Züricher zwar nicht obenan, aber doch mindestens in zweiter Reihe steht: ein stattlicher romanischer Bau, dessen beide Thürme in etwas schwächliche spätgothische Helme auslaufen. Bemerkenswerth ist der geradlinigte Abschluß des Chores und die ursprüngliche Anlage von Emporen im Inneren. Letzteres ist grau angestrichen und gänzlich ausgeräumt; nicht einmal ein Kreuz bietet sich

---

zuweisen gestattet seyn möge. Leider ist dieses, eine ganze Reihe von Foliobänden bildende Werk, in welchem die frühere malerisch-architektonische Herrlichkeit unseres Vaterlandes auf das getreueste sich bildlich dargestellt findet, so gut wie gänzlich in Vergessenheit begraben, während jeder Gymnasial-Abiturient über die Germania des Tacitus die genaueste Rechenschaft abzulegen im Stande seyn muß

darin dem Blicke dar. In jüngster Zeit scheint man das Bedürfniß gefühlt zu haben, diese Oede in etwas wenigstens zu beleben, indem ein neues Farbenfenster, Christus mit den Aposteln Petrus und Paulus darstellend, sich in die Mitte der Chorwand eingesetzt findet, wodurch indeß die graue Nacktheit ringsumher erst recht augenfällig und verletzend wird. Auch hier ist der anstoßende romanische Kreuzgang nicht bloß erhalten, sondern überdieß vollständig restaurirt, wobei leider indeß die Lust am Neumachen etwas zu sehr vorgewaltet hat.

In Betreff der Erhaltung und der Wiederherstellung des Alten wird sich indeß der „gebildete" Züricher wenig Kopfbrechens machen, da für ihn eine ganz neue Kunstaera begonnen hat, deren Strahlen allmählig was noch irgend von mittelalterlicher Finsterniß in den Höhen und Tiefen Helvetiens lagern möge, für immer zu verscheuchen den Beruf hat. Auf einer die Stadt beherrschenden Anhöhe hat nämlich der moderne Kunstfortschritt eine mächtige Beleuchtungs-Anstalt aufgerichtet, welche für die geistige Atmosphäre gewissermaßen in die Funktionen einer Gasfabrik einzutreten bestimmt ist. Schon der Name der Anstalt: Polytechnikum deutet darauf hin, daß deren Begründer das Deutschthum als einen „überwundenen Standpunkt" ansahen; ihre äußere bauliche Erscheinung aber beseitigt in dieser Hinsicht vollends jeden Zweifel. Als Ideal scheint dem Architekten eine altgriechische Fabrik vorgeschwebt zu haben. Die Aufgabe war schwierig, da die hellenische Cultur sich bekanntlich zum Fabrikwesen noch nicht emporzuschwingen vermocht hatte; allein in magnis voluisse sat est. So kommt es denn auch, daß der griechische Typus nicht sonderlich hervortritt, vielmehr nur in einer Anzahl korinthisirender Dreiviertelsäulen sich geltend macht, welche an die Hauptfronte angeklebt sind, so wie ferner in einer Art von Attika, worin letztere ihren Abschluß findet. Um so entschiedener charakterisirt sich dahingegen das Bauwerk durch seine massenhafte Eintönigkeit als eine auf der Höhe der Jetztzeit

stehende Fabrik. Jedenfalls ist es dem Baumeister aufs beste gelungen, Alles ferne zu halten, was auch nur entfernt an altes Deutsch- oder Schweizerthum erinnern könnte. Die alte Schweiz hatte ihre Lust an keckaufsteigenden, buntgemusterten Dächern, an malerischer Gruppirung der Construktionstheile und an allerhand phantastisch-humoristischem Zierwerk; hier ist keine Spur von einem Dache zu gewahren, auch nicht der leiseste Anklang an volksthümliche Traditionen, nichts was nur irgendwie die Einbildungskraft anzuregen im Stande seyn könnte, die ja nur eine, dem Kindheits-Alter des Menschheitslebens anhängende, das „souveräne Denken" beeinträchtigende Schwäche ist. Bloß auf der Nordseite des Gebäudes ist der Architekt insoferne aus seiner Rolle gefallen, als er derselben einen malerischen Schmuck in sogenannter Sgrafitto-Manier verlieh; allein doch auch hier war er sorgsamst auf der Hut vor jedem germanischen und nicht minder vor jedem christlichen Elemente; die italienische Renaissance hat die Motive herleihen müssen und zwei schwebende Genussen halten dem Beschauer die lateinischen Inschriften: libertate und audacia entgegen. Gewiß ist es kühn in solcher Art, wie hier geschehen, die Freiheit des künstlerischen Schaffens zu proklamiren!

Das Innere des Polytechnikums hat sich natürlich der Symmetrie des Aeußeren fügen gemußt; der Wechsel der verschiedenen Bedürfnisse durfte nicht in Betracht kommen; nur ein paar Sack-Corridore bringen eine gewisse Ueberraschung zuwege. Was den Schmuck der Wände betrifft, so wechseln weiße und graue Tünche miteinander ab, in den Prachtlokalen jedoch hat der — Stuccateur noch ein Uebriges an formgebender Kraft hinzugethan. In der für die Zwecke der Bauschule dienenden Abtheilung gewahrt man nur Gipsabgüsse antiker Skulpturen oder Fragmente, wie die Büchsen in einer Apotheke neben- und übereinander gereiht. Welche Hoffnungen erblühen da nicht für die Ausbildung einer ächt vaterländischen Kunst! Man hat in jüngster Zeit viel von

Krawallen der hier studirenden Polytechniker gelesen: kein Wunder, daß dieselben selbst zu solchen Mitteln greifen, um gegen die von allerwärts her sie angähnende tödtliche Langweile anzukämpfen!

Dieser Parfüm von classischer Langweile senkt sich sichtlich von der Akropolis der Fortschritts-Kunst ansteckend ins Thal herab. Dafür gibt unter Anderm der neue Hospitalsbau sprechendes Zeugniß, welcher dem Auge schlechterdings gar nichts darbietet, als eine endlose Wand mit einer Doppelreihe von 60 bis 70 gleich großen Fensteröffnungen, so wie die gleichfalls neu erbaute Cantons-Schule, ein möglichst vernüchterter Abklatsch der Berliner Bau-Academie, und was Alles sonst noch für öffentliche oder Industrie-Zwecke in die Erscheinung gerufen worden ist. Wie lange werden solchem Andrange noch die Ueberreste Stand halten können: die malerischen Brunnen, die lustigen Häuser mit ihren ragenden Giebeln, musivischen Dächern und phantastischen Wetterfahnen, mit ihren kunstvoll vorgekragten Erkern und Umgängen, ihrem meisterhaft geschmiedeten Eisenwerk und ihren Holzschnitzereien von reichster Mannigfaltigkeit? Wie lange wird überhaupt noch irgend ein Bauwerk eine individuelle Physiognomie zur Schau tragen, den Vorübergehenden zeigen, daß es einen Charakter für sich in Anspruch nimmt, erhaben über die Schnur des Geometers, wie über die dürre Routine der „classisch" gebildeten Staatsarchitekten? Ein Vorgefühl scheint bei den Schweizern sich einzustellen, daß die Bahn zu dieser Routine hin immer abschüssiger wird. Es liegt mir eben der Prospekt zu einem Werke, betitelt: Artistisch-archäologische Mappe der Schweiz, vor, dessen Herausgeber, G. Hamann, mit folgenden Worten beginnt: „Der Zweck dieses Unternehmens ist, Alles dasjenige, was sich noch Interessantes im Gebiete der Architektur, der Bildnerei in Stein und Holz, der Malerei und anderer technischer Künste aus älterer Zeit in der Schweiz erhalten hat, in genauen und gut ausgeführten Zeichnungen zu sammeln und auf diese Weise zu

erhalten." Solcher Zweck ist gewiß recht löblich, aber auf diese Weise, nur im Bilde, das kostbare Vermächtniß der altschweizerischen Werkmeister erhalten? Warum schaart man sich nicht um die Werke selbst? Warum bietet man nicht vor Allem Alles auf, damit an die Stelle von Demjenigen, was höherer, unwiderstehlicher Gewalt erliegen muß, wieder Neues, im Geiste jener Meister Geschaffenes tritt? Warum endlich hat man verhältnißmäßig enorme Mittel darauf gewendet, um im Züricher Polytechnikum eine Pflanzschule der Flachmacherei zu gründen, von welcher aus allmählig jede nationale Eigenthümlichkeit überwuchert werden muß? Die Antwort auf diese Fragen kann nicht wohl anders als dahin lauten, daß die Kraft des ächten, ursprünglichen Volksgeistes eben gebrochen ist, daß man sich den abstrakt-weltbürgerlichen Radikalismus, hier mehr, dort weniger, hat über den Kopf wachsen lassen, jenen Radikalismus, der himmelweit verschieden ist von dem auf schweizerischem Boden entsprossenen, in ächt germanischem Drange gehegten und gepflegten Republikanismus der Sieger in so vielen Schlachten gegen Dränger mancher Art. Die altväterliche Tugend der Gastfreundschaft übend, hat man den als republikanische Brüder Zuflucht suchenden Fremden einen Platz am Herde eingeräumt; die also gastlich Aufgenommenen haben denn ihrerseits, um sich erkenntlich zu erweisen, ihren Schützern das neue fortschrittliche Evangelium verkündet von der Emancipation des Gedankens, im Gegensatz zu mittelalterlicher Verdumpfung, von der freien, nur auf sich selbst ruhenden Wissenschaft und Kunst, sowie von Allem, was sonst noch die „moderne Weltanschauung" in ihrem Schooße birgt: Licht, Aufklärung, Intelligenz, Humanität u. s. w. Das aber klang, in fließendem Hochdeutsch vorgetragen, so schön und verlockend, daß in nicht Wenigen der Wunsch erwachte, doch auch auf solche „Höhe des Zeitbewußtseyns" sich emporschwingen zu können, wozu demnächst die aus der Ferne gekommenen Träger dieses Bewußtseyns wieder an ihrem Theile aufs bereitwilligste die

Hand boten. So ist denn unter Anderem auch das Polytechnikum zu Stande gekommen, von welchem ich, wie ich eben merke, etwas weit abgeschweift bin.

Man thäte den Radikalen Unrecht, wollte man ihnen allein die in Rede stehende ästhetische Verkommenheit beimessen. Die entsprechende Doktrin wenigstens haben sie nicht erfunden; diese stammt vielmehr von dem Schul- oder Gelehrten-Philisterium her, welches dem Griechen und Römerthum den Vorrang über das Christenthum und das Deutschthum zu vindiciren, die Humanität an die Stelle der Nationalität setzen zu sollen geglaubt hat. Was würde wohl ein Plato oder ein Sophokles dazu sagen, wenn sie unter uns erschienen und sähen, wie ihre Werke und die ihrer kunstbildenden Landsleute dazu mißbraucht werden, um durch Karikaturen derselben die Erzeugnisse des Christenthums in den Hintergrund zu drängen, des Christenthums, auf welches ihr Ahnen und Sehnen stets hinzog, in dessen Sonnenhöhe Alles culminirt, was sie jemals erstrebt haben. Wenigstens sollten wir aber doch von jenen Alten lernen, vor Allem Deutsche zu seyn, wie sie vor Allem Griechen waren.

Zweifelsohne würde die Masse des Volkes, in der Schweiz wie anderwärts, die seiner innersten Natur widerstrebenden Elemente bald ausscheiden und seinen Schwerpunkt wieder gewinnen, wenn nur vorerst die höheren Schichten mit gutem Beispiel vorangehen wollten. Allein so wie von ihnen das schlechte ausgegangen ist, so werden sie, allem Anscheine wenigstens nach, auch am wenigsten geneigt seyn, in die rechte Bahn wieder einzulenken. Den ephemeren Industrie- und Börsen-Größen mag es hingehen, wenn sie mit der Tages-Mode schwimmen und von nationalen Reminiscenzen nicht incommodirt seyn wollen, vielmehr den Tapezierer und den Stuccateur unter der Oberleitung irgend eines Fortschritts-Architekten schalten und walten lassen. Allein um so schwerer ist es zu begreifen, daß selbst die Träger historischer Namen deren Stolz darauf beruht, daß ihr Stammbaum im Mittel-

alter wurzelt, nicht einsehen wollen, wie sie in das eigene Fleisch hineinschneiden, indem sie die afterclassische Maskerade mitmachen. Während der Zopfzeit, als Paris für die ganze civilisirte Welt den Ton angab, hat auch der germanische Adel, um nicht hinter dem Zeitfortschritt zurückzubleiben, damit begonnen, sein nationales Wesen möglichst abzuthun. Die alten Stammsitze wurden ihrer ragenden Thürme und Giebel beraubt, die Kreuze aus den Fenstern herausgeschlagen, die stolzen Zinnenkrönungen durch Mansarden verdrängt, ja selbst die Wappenschilder mußten, à la Versailles und Trianon, Roccoco-Gesichter schneiden. Wohin sie mit dem erborgten Franzosenthum gerathen sind, sehen die Repräsentanten unserer alten Geschlechter nun wohl so ziemlich ein, darum ist es indeß leider doch nicht viel besser geworden. Noch immer gilt es unter ihnen nicht für vornehm, zu ächtdeutscher Art sich zu bekennen. Statt der Allonge-Perücke wird jetzt altgriechisches, altrömisches Costüm, oder ein Mischmasch von beidem, „Renaissance" genannt, zur Schau getragen, die „altfränkische" Gothik aber, nach wie vor, hochmüthig über die Achsel angesehen. Statt unzähliger, mir zu Gebot stehender Beispiele nur Eines, welches dafür denn aber auch um so schwerer in die Wagschale fällt. Der Großmeister des Deutsch-Ordens, ein österreichischer Erzherzog, der Nachfolger jener gewaltigen Männer, welche die Marienburg in Preußen, in seiner Art ein wahres Kunstwunder, als Bollwerk gegen das Heidenthum erbaut haben, läßt so eben durch einen Wiener Architekten, Hansen, einen Palast in griechischem Style aufbauen, woran vier Großmeister aus der heroischen Zeit des Ordens als — Karyatiden sich verwendet finden — die einzige Erinnerung an den Zweck des Gebäudes. Im Uebrigen ist das Griechenthum so consequent durchgeführt, daß z. B. der Pferdestall eine Säulenhalle von edelem Marmorstein in streng-dorischem Style darstellt; zwischen je zwei, drei Fuß dicken, cannellirten Säulen werden je zwei Pferde Platz nehmen, während einige Kellerfenster in Verbindung

mit den Stall-Laternen das Beleuchtungs-Geschäft in der Götter-Halle zu versehen haben. Daneben wird es freilich Niemanden wundern können, daß bei dem in Wien zu erbauenden kaiserlichen Museum (dessen Name ja schon auf die neun griechischen Musen hinweist) der deutsche Baustyl principiell ausgeschlossen ward, obgleich dasselbe vorzugsweise zur Aufbewahrung der vaterländischen Alterthümer und Kunstschätze des Kaiserstaates bestimmt ist. Doch, vielleicht sind das die letzten krampfhaften Regungen jener aufgeblasenen, der Studirstube entsprossenen Afterkunst, die nothwendig untergehen muß, sobald ein höheres Selbstbewußtseyn, der rechte Stolz auf die eigene große Vergangenheit, wieder lebendig wird. Und auch in Oesterreich treten unverkennbare Symptome solcher Wiederbelebung mehr und mehr zu Tage, in der Hauptstadt und anderwärts. Das von dem Dombaumeister F. Schmidt in ächt-vaterländischer Weise wiederhergestellte fürstlich Lichtenstein'sche Schloß Fischhorn bei Gastein wiegt bereits den Deutschordens-Palast auf, und der im Verjüngungs-Proceß begriffene Stephans-Dom wird gewiß mindestens das neuheidnische kaiserliche Museum neutralisiren. Doch nun aus Oesterreich wieder zurück in die Schweiz!

Nachwort der Redaktion.

Von dem Verfasser vorstehender Reisenotizen, der als einer der gewiegtesten Verfechter des reinen deutschen Baustyls seit langen Jahren bekannt ist, sind in neuerer Zeit wieder mehrere einschlägige Schriftchen ausgegangen. Als besonders beachtenswerth glauben wir bei dem Anlaß das Büchlein erwähnen zu müssen: „Georg Gottlob Ungewitter und sein Wirken als Baumeister zumeist aus Briefen desselben dargestellt von Dr. August Reichensperger.“ Leipzig, Weigel 1866.

Die Briefe dieses ganz für die Gothik thätigen, leider der Kunst viel zu früh entrissenen hessischen Baumeisters sind als die Zeugnisse eines geist- und kenntnißreichen Mannes, der klar in seinem Ziele und muthig in dessen Verfolgung war, vorzüglich geeignet an einem lebendigen Beispiele die Kämpfe der Gegenwart auf dem praktisch-ästhetischen Gebiete abzuspiegeln. Als Lehrer der Architektur wie als schaffender Künstler und schlagfertiger Schriftsteller seines Fachs hat Ungewitter († 1864) mit principieller Unerschütterlichkeit für seine Kunstübung ein saures Kämpferleben geführt, das ihm wenig Anerkennung eingetragen hat, aber gleichwohl nicht unfruchtbar geblieben ist. Seine Richtung lebt fort in einer wackern Schule, für die er im Hessenlande erst den Boden geschaffen, in zahlreichen Bauten und Restaurationen, in bedeutenden literarischen Werken (Lehrbuch der gothischen Construktion, Gothisches Musterbuch ꝛc.). Ueber all das geben die mit einer biographischen Skizze eingeleiteten Briefe Aufschluß, die einen Einblick in die Geistesarbeit und das Ringen eines tüchtigen gegen sich selber strengen Meisters, ebenso aber in die endlosen Hindernisse und Anfechtungen eröffnen, welche von der vereinten Macht der Kunst-Bureaukratie und des modernen Kunst-Literatenthums seinem Wollen und Wirken entgegengestellt wurden. So beleuchten diese Briefe in ganz ausnehmender Weise die gegenwärtigen Kunstzustände seit 1850, und werden als „Lebensabriß eines heutigen Gothikers“ ohne Frage für die wirklichen Kunstfreunde eine dauerndes Interesse behalten.

---

mit den Stall-Laternen das Beleuchtungs-Geschäft in der Götter-Halle zu versehen haben. Daneben wird es freilich Niemanden wundern können, daß bei dem in Wien zu erbauenden kaiserlichen Museum (dessen Name ja schon auf die neun griechischen Musen hinweist) der deutsche Baustyl principiell ausgeschlossen ward, obgleich dasselbe vorzugsweise zur Aufbewahrung der vaterländischen Alterthümer und Kunstschätze des Kaiserstaates bestimmt ist. Doch, vielleicht sind das die letzten krampfhaften Regungen jener aufgeblasenen, der Studirstube entsprossenen Afterkunst, die nothwendig untergehen muß, sobald ein höheres Selbstbewußtseyn, der rechte Stolz auf die eigene große Vergangenheit, wieder lebendig wird. Und auch in Oesterreich treten unverkennbare Symptome solcher Wiederbelebung mehr und mehr zu Tage, in der Hauptstadt und anderwärts. Das von dem Dombaumeister F. Schmidt in ächt-vaterländischer Weise wiederhergestellte fürstlich Lichtenstein'sche Schloß Fischhorn bei Gastein wiegt bereits den Deutschordens-Palast auf, und der im Verjüngungs-Proceß begriffene Stephans-Dom wird gewiß mindestens das neuheidnische kaiserliche Museum neutralisiren. Doch nun aus Oesterreich wieder zurück in die Schweiz!

Nachwort der Redaktion.

Von dem Verfasser vorstehender Reisenotizen, der als einer der gewiegtesten Verfechter des reinen deutschen Baustyls seit langen Jahren bekannt ist, sind in neuerer Zeit wieder mehrere einschlägige Schriftchen ausgegangen. Als besonders beachtenswerth glauben wir bei dem Anlaß das Büchlein erwähnen zu müssen: „Georg Gottlob Ungewitter und sein Wirken als Baumeister zumeist aus Briefen desselben dargestellt von Dr. August Reichensperger." Leipzig, Weigel 1866.

Die Briefe dieses ganz für die Gothik thätigen, leider der Kunst viel zu früh entrissenen hessischen Baumeisters sind als die Zeugnisse eines geist- und kenntnißreichen Mannes, der klar in seinem Ziele und muthig in dessen Verfolgung war, vorzüglich geeignet an einem lebendigen Beispiele die Kämpfe der Gegenwart auf dem praktisch-ästhetischen Gebiete abzuspiegeln. Als Lehrer der Architektur wie als schaffender Künstler und schlagfertiger Schriftsteller seines Fachs hat Ungewitter († 1864) mit principieller Unerschütterlichkeit für seine Kunstübung ein saures Kämpferleben geführt, das ihm wenig Anerkennung eingetragen hat, aber gleichwohl nicht unfruchtbar geblieben ist. Seine Richtung lebt fort in einer wackern Schule, für die er im Hessenlande erst den Boden geschaffen, in zahlreichen Bauten und Restaurationen, in bedeutenden literarischen Werken (Lehrbuch der gothischen Construktion, Gothisches Musterbuch 2c.). Ueber all das geben die mit einer biographischen Skizze eingeleiteten Briefe Aufschluß, die einen Einblick in die Geistesarbeit und das Ringen eines tüchtigen gegen sich selber strengen Meisters, ebenso aber in die endlosen Hindernisse und Anfechtungen eröffnen, welche von der vereinten Macht der Kunst-Bureaukratie und des modernen Kunst-Literatenthums seinem Wollen und Wirken entgegengestellt wurden. So beleuchten diese Briefe in ganz ausnehmender Weise die gegenwärtigen Kunstzustände seit 1850, und werden als „Lebensabriß eines heutigen Gothikers“ ohne Frage für die wirklichen Kunstfreunde eine dauerndes Interesse behalten.

derten 72,186 Menschen aus; durch Hunger, Typhus und Auswanderung verlor Irland 1⅔ Millionen Menschen. Diese Lücke der irischen (celtischen) Bevölkerung suchte die sächsische Einwanderung auszufüllen. Die encumbered estates act setzte ihre wohlthätigen Wirkungen fort; durch sie ging der verschuldete Grundbesitz ohne Schwierigkeit in andere Hände über; 14 Millionen Acres waren bebautes, 6 Millionen ödes Land; von jenem ging ein Viertel auf andere Besitzer über, welche Bodenverbesserungen vornahmen. Bis zum Jahre 1856 wurde eine Fläche von 120,000 Acres entwässert; von den 6 Millionen öden Landes gab es im Jahre 1855 nur noch 4,890,000 Acres; ebenso verschwand die Zwerg-Wirthschaft mehr und mehr. Schon bis 1849 hatte sich die Zahl der ganz kleinen Pachtungen unter 1 Acre um 30%, die der von 1—5 Acres um 20%, die der von 5—15 Acres um 11% verringert; die Zahl der Parcellen über 30 Acres, die 1841 nur 7% der Gesammtzahl ausmachten, stieg bis 1855 auf 26%, und nahm bereits drei Viertel der Bodenfläche ein. Ebenso hob sich die Viehzucht; bessere Wohnungen traten an die Stelle der alten Hütten des Elends, die Zahl der Taglöhner nahm ab; die Zahl der Armen, 1849 noch über 2,142,766 Personen umfassend, sank 1856 auf 47,677 herab. Mit dem besseren Wohlstande hatte sich auch die Zahl der Verbrecher vermindert; das Proletariat ist mehr und mehr verschwunden.

Frankreichs agrarische Zustände haben Gelehrte und Staatsmänner lebhaft beschäftigt: wir nennen hier nur Professor Wolowsky, Lavergne, Lecoyt, Thiers und Rouher. Unter den Schattenseiten welche man hervorhebt, steht die Boden-Zersplitterung voran, die eine Folge der ungehinderten Boden-Theilung und des gleichen Erbrechts aller Kinder auf den nachgelassenen Grundbesitz ist. Nun hat Tocqueville in seinem Werke de l'ancien Régime et de la Révolution (1856) nachgewiesen, daß diese Bodenzerstückelung längst schon vor der ersten Revolution stattfand. Nach ihm hat sich schon Turgot darüber beschwert, daß die Theilung der Erbgüter in einer

ständen wieder die Aufmerksamkeit zugewendet. Sie bilden einen bedeutungsvollen Faktor in der großen socialen Frage, an deren Lösung das Jahrhundert arbeitet. Darum ist eine geschichtliche Betrachtung derselben vor Allem geboten. Beginnen wir sie!

In England ist das Grundeigenthum in den Händen des Adels und der Gentry; die Agrarverfassung ruht auf der Großwirthschaft und der Allgemeinheit des Pachtsystems. Es gibt nur Eigenthümer, Pächter, Taglöhner; die Bauernschaft ist, wie das bäuerliche Gesinde verschwunden, oder nur in einzelnen Trümmern noch vorhanden. Es gibt nur noch wenige Bezirke z. B. in Durham, Derby in Lancaster, Oxford u. a., in welchen ein kleiner Grundbesitz vom Eigenthümer selbst bebaut wird. Im 11. Jahrhundert hatte England 275,000 Grundbesitzer (ohne Wales und die 5 nördlichsten Grafschaften) und darunter fast 250,000 Bauern; am Schlusse des 17. Jahrhunderts nahm man noch 160,000 freie Grundbesitzer an; jetzt gibt es keine Bauern mehr. Neben den großen Grundherren gibt es noch die wenigen Kleinbesitzer, viele Villenbesitzer und „halbproletarische Kartoffelgärtner" u. s. w. Doch berichtet uns V. A. Huber von dem Allotmentsystem, nach welchem ein größeres Grundbesitzthum in kleineren Parcellen an die kleineren Leute, besonders Taglöhner gegen mäßigen Pachtzins zur Spatencultur abgelassen wird und die Zahl dieser Parcellen schon in die Hunderttausende geht; oder man gab Grundstücke an eine Genossenschaft von Taglöhnern zur Bewirthschaftung, oder man ließ eine Theilung des Grundertrags zwischen dem Gutsherrn, dem Inspektor des Gutes und den Arbeitern zu.

Ein schmerzlicher Umbildungsproceß hat sich in Irland vollzogen. Durch massenhafte Auswanderung aus dem grünen Heimathlande nach Amerika hat sich die irische Bevölkerung sehr gelichtet; dazu kamen Hunger und Typhus, welche Tausenden das Leben kosteten. Von 1846 bis 1849 starben 17,500 Menschen den Hungertod; im J. 1857 allein wan-

derten 72,186 Menschen aus; durch Hunger, Typhus und Auswanderung verlor Irland 1½ Millionen Menschen. Diese Lücke der irischen (celtischen) Bevölkerung suchte die sächsische Einwanderung auszufüllen. Die encumbered estates act setzte ihre wohlthätigen Wirkungen fort; durch sie ging der verschuldete Grundbesitz ohne Schwierigkeit in andere Hände über; 14 Millionen Acres waren bebautes, 6 Millionen ödes Land; von jenem ging ein Viertel auf andere Besitzer über, welche Bodenverbesserungen vornahmen. Bis zum Jahre 1856 wurde eine Fläche von 120,000 Acres entwässert; von den 6 Millionen öden Landes gab es im Jahre 1855 nur noch 4,890,000 Acres; ebenso verschwand die Zwerg-Wirthschaft mehr und mehr. Schon bis 1849 hatte sich die Zahl der ganz kleinen Pachtungen unter 1 Acre um 30%, die der von 1—5 Acres um 20%, die der von 5—15 Acres um 11% verringert; die Zahl der Parcellen über 30 Acres, die 1841 nur 7% der Gesammtzahl ausmachten, stieg bis 1855 auf 26%, und nahm bereits drei Viertel der Bodenfläche ein. Ebenso hob sich die Viehzucht; bessere Wohnungen traten an die Stelle der alten Hütten des Elends, die Zahl der Taglöhner nahm ab; die Zahl der Armen, 1849 noch über 2,142,766 Personen umfassend, sank 1856 auf 47,677 herab. Mit dem besseren Wohlstande hatte sich auch die Zahl der Verbrecher vermindert; das Proletariat ist mehr und mehr verschwunden.

Frankreichs agrarische Zustände haben Gelehrte und Staatsmänner lebhaft beschäftigt: wir nennen hier nur Professor Wolowsky, Lavergne, Lecoyt, Thiers und Rouher. Unter den Schattenseiten welche man hervorhebt, steht die Boden-Zersplitterung voran, die eine Folge der ungehinderten Boden-Theilung und des gleichen Erbrechts aller Kinder auf den nachgelassenen Grundbesitz ist. Nun hat Tocqueville in seinem Werke de l'ancien Régime et de la Révolution (1856) nachgewiesen, daß diese Bodenzerstückelung längst schon vor der ersten Revolution stattfand. Nach ihm hat sich schon Turgot darüber beschwert, daß die Theilung der Erbgüter in einer

Weise geschehe, daß ein Besitz, der für eine Familie genügen könnte, sich unter 5 oder 6 Kinder zersplittert. Und nach ihm klagte auch Necker, daß es in Frankreich eine unermeßliche Classe kleinen, ländlichen Besitzes gebe. In derselben Weise äußert sich ein Bericht dahin, daß die Parcellen in's Unendliche zerstückelt werden. Die Revolution hat daher den Boden nicht getheilt oder zerstückelt, sondern nur von Lasten frei gemacht.

Dermalen beläuft sich nach dem Vortrage des Baron Beauce in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom März 1866 die Zahl der Grundeigenthümer auf 7,846,000, von welchen aber nach einer sorgfältig geheim gehaltenen statistischen Aufnahme von 1861 nahe an 3 Millionen wegen ihrer Mittellosigkeit keine Personalsteuer entrichten. Ein anderer Berichterstatter berechnet, daß von 10,000 Ackerbauern nur 5000 eigene Wirthschaft treiben und etwa 500 Knechte haben, und schließt daraus auf die große Ausdehnung der Zwergwirthschaft. Nach dem Berichte von Casabianca (1856) belief sich die Zahl der Parcellen im Jahre 1851 auf 126 Millionen; in vier Jahren 1851/55 hatte sich die Zahl der Katasterposten um 428,372 vermehrt, und lag hierin eine Zerstückelung von 263,893 Grundstücken. Es gibt 6 Millionen, deren jährliche Steuer sich nur auf 5 Centimes beläuft. Hier existirt also ein Grundbesitz der nicht einmal mehr eine Are enthält (Wolowski).

Die auf dem Grundbesitz haftende Hypothekenlast berechnet man annähernd auf 10 Milliarden oder 600 Millionen jährlicher Zinsen. So Beauce im gesetzgebenden Körper, während Wolowski die Gesammtverschuldung des Grundes und Bodens nur auf 7 Milliarden Francs berechnet. Derselbe Beauce hält ferner die Steuerlast, womit direkt und indirekt der Grundbesitz belastet ist, für so bedeutend, daß sie in einzelnen Departements 29 Procent des Jahresertrages verschlinge. Nach Lavergne betrug vor 15 Jahren die Gesammtsumme der öffentlichen Ausgaben 1500 Millionen

Franken, jetzt aber übersteige sie 2 Milliarden und von dieser Summe habe die Landbevölkerung den größten Theil zu tragen.

Beauce führt dann noch an, daß die Versteigerungs- und sonstigen Uebertragungskosten namentlich für den kleineren Grundbesitz sich auf eine fabelhafte Höhe erheben: sie betragen bei Verkäufen zu 500 Francs 100%, zu 500 bis 2000 Francs 70%, zu 5000 bis 10,000 Francs 35% und von da an gehen sie je nach dem steigenden Werth des Grundbesitzes bis auf 10% herab.

Was die Hauptsache, die große Zersplitterung (Atomisirung) des Bodens betrifft, hat man Momente ermittelt, welche die trübe Außenseite dieser Erscheinung zu *mildern* bestimmt sind. Nach den Untersuchungen Wolowskis hat 1) die Zahl der Feldparcellen von 1821 bis 1851 abgenommen, d. h. sich um 2⅔% gemindert; daß 2) die Zerstückelung keine Fortschritte machte, geht auch daraus hervor, daß, obgleich die Bevölkerung zunahm, in demselben Maße nicht auch die Eigenthumscomplexe der Grundbesitzer sich vermehrten. Im Jahre 1815 hatte man bei einer Bevölkerung von über 29 Millionen über 10 Millionen solcher Complexe, im Jahre 1855 aber bei einer Bevölkerung von über 36 Millionen Franzosen nur über 12 Millionen jener Complexe. Wo 3) eine Parcellirung stattfand, geschah dieß mehr bei größeren als bei kleineren Gütern, so daß also der Mittelbesitz sich vermehrte. Dann weist derselbe 4) noch nach, daß der größere Grundbesitz es ist, der mit der größten Schuldenmenge belastet ist. Nach Cochut gehörten in der Zeit von 1788 zwei Drittheile des angebauten Landes großen Eigenthümern an; im Jahre 1848 aber gab es etwa 183,000 große Eigenthümer mit 18 Millionen Hectaren und 700,000 mittlere Grundbesitzer mit 15 Millionen Hectaren; die sehr kleinen Grundbesitzer haben nur ⅓ des angebauten Landes. Dem fügt Passy noch bei, daß die hinterlassenen Kinder lieber verkaufen als theilen, und daß der französische Bauer von dem

Bestreben erfüllt sei sein Gut zu vergrößern. Hieher gehört auch die amtliche Erhebung vom Jahre 1825 und Passy's Aufstellung vom Jahre 1846, die auch Wolowski annimmt, wornach die einem und demselben Grundeigenthümer in einem Steuerbezirke gehörigen Feldgrundstücke (sein Gutscompler, cote foncière)

1)	unter	5 Franken		Steuer	über	5	Millionen
2)	von	5 bis	10 Frcs.	"	"	1	"
3)	"	10 "	20 "	"	"	1	"
4)	"	20 "	30 "	"			
5)	"	30 "	50 "	"			
6)	"	50 "	100 "	"			
7)	"	100 "	500 "	"	"	2	"

im Jahre 1842 betrugen.

Die erste Classe nahm gegen das Jahr 1835 im Jahre 1842 um 4, die zweite um 3, die dritte um 6, die vierte schon um 7, die fünfte Classe um 8, die sechste um 9, die siebente um 10 Procent zu; die Comptere von 500 bis 1000 Frcs. Steuer wuchsen um 11, die über 1000 Frcs. Steuer aber um 22 Procent. Kann man auch die größere Menge der kleinen Parcellenbesitzer mehr nur als Taglöhner betrachten, so haben doch diese ein Besitzthum, während der englische Taglöhner sich eines solchen nicht erfreut. In diesem Sinne mag man die Worte von Thiers nehmen, wenn er sagt: „Ich vertrete die Interessen Frankreichs, welches keine Aristokratie hinter sich hat, aber Millionen kleiner Bauern: bringe man diese große sociale Garantie nicht in Gefahr, welche Frankreich allein in der Welt besitzt, und welche es mit kaltem Blute der Zukunft entgegen blicken läßt, daß es nämlich des unvergleichlichen Vortheils theilhaft ist 24 Millionen kleiner Grundbesitzer (d. h. wohl mit Einschluß von Weibern und Kindern) zu haben!"

Nun kommt noch der Engländer Blackwoode, der die gemüthliche Seite vorkehrt, indem er bei den Bauern im Seinethal, wo die Güterzerstückelung bis in's äußerste ging,

Franken, jetzt aber überall ... mäßeten Fleiß fand, welche
Summe habe die La... dieser Bevölkerung deutliches
tragen. ...n eine Emsigkeit im Anbaue des

Beauce führt ... England keinen Begriff habe, ob
und sonstigen U... immer glänzendere Erfolge erziele als
Grundbesitz ... gegenüber dem englischen System hebt dann
tragen bei ... daß in Frankreich Eigenthümer und Be-
2000 Fr ... Person seien, und der Eigenthümer daher
da an ... dem Wachsthume der Preise des Bodens wie
besitz ... Antheil habe.

... der Vertheidigung des französischen Ackerbau-Systems
st... ihre Gegner zwei neue Angriffspunkte entgegengestellt,
... die Abnahme der Landbevölkerung, beziehungsweise
... Uebersiedlung in die Städte und den Mangel an
Capital für die Landwirthschaft. Der erste Einwand fand
eine besondere Vertretung im „Univers“ (1857) und in der
Revue des deux Mondes“, worin Lavergne sich hierüber
aussprach. Die Landbevölkerung nimmt hiernach in einer Weise ab welche Besorgnisse einflößen muß; die Gründe liegen in den traurigen Zuständen der Landwirthschaft, in der Abwesenheit der großen Grundbesitzer, in dem größeren Verdienste den junge Leute in den Städten finden. Wenn der Ackerbau von Lasten erdrückt wird, sucht man sich demselben zu entziehen; wäre der Ackerbau blühend, so würde man bleiben; aber er erfordert mehr Arbeit als er Nutzen abwirft. Durch die Abwesenheit der großen Grundbesitzer wird das Geld auswärts ausgegeben, auf den Feldbau weniger verwendet, und verlieren die Arbeiter an Arbeit und Verdienst. Deßhalb ziehen diese Arbeiter dann in die industriellen Städte; dadurch nimmt die städtische Bevölkerung zu, die ländliche ab. Nicht Greise noch Frauen und Kinder ziehen aber in die Städte, sondern der kräftigste und arbeitsfähigste Theil des Landvolks; die männliche Bevölkerung verläßt das flache Land, um auswärts zu Vermögen zu kommen. So entgehen dem Lande die fleißigen Hände wie die Capitalien,

Städten baut man, auf dem Lande zerfallen die
Dagegen erhob sich nun Lecoyt in der „Revue
..es“ (April 1857). Hiernach muß man bei der
..ug über die Abnahme der Bevölkerung auch die
..hen Ursachen anführen — die Theuerung und die
..era. An Mißärndten und Cholera schlossen sich noch an
die Revolution und der Krieg. Abgesehen hievon wandern
nicht sowohl die Ackerbauern als die Handwerker in die
Städte, wo allein sie Verdienst finden, und wenn Arbeiter
auch dahin wandern, so kehren sie auch zum Theil wieder
zurück. Lavergne selbst hat früher (Revue des deux Mondes
1853 et 1854) nachgewiesen, daß in Frankreich zu viel
Arbeitskräfte für die Landwirthschaft verwendet werden. War
das der Fall, so ist der Abzug in die Städte ein natürlicher,
gesunder, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Wir
glauben, daß der Abzug allein das große jetzt noch bestehende
Mißverhältniß der Bodenatomisirung auszugleichen vermöge.

Wichtiger aber ist der Einwand Lavergne's, daß es der
Landwirthschaft an Capital fehle. Landwirthschaftliche Verbesserungen erfordern viel Geld, aber die Landwirthe haben
keines; selbst der Viehzucht fehlt es am Betriebscapital, obgleich ihr die hohen Fleischpreise zu Gute kommen. Der
Grund dieses Mangels liegt darin, daß man das Geld welches früher auf Hypothek ausgeliehen wurde, in Staatsanlehen anlegte, und daß ein großer Theil von Capitalien in
faulen Unternehmungen verloren ging. Verlust und Gedrücktheit ist dadurch die Lage der Landwirthe wie der Inhaber
industrieller Werthpapiere geworden.

Gegnerischer Seits wird aber behauptet, daß es der
Landwirthschaft in Frankreich so wenig an Capital als an
Arbeitskräften mangle; bisher habe es nur an der richtigen
Verwendung beider gefehlt. Private wie Regierung hätten
hier Fehlgriffe gemacht; vermeide man sie bei neuen Unternehmungen, so werde der Fortschritt wie der Unternehmungs-Geist wieder belebt und ermuntert werden.

Die Vertheidiger des Systems berufen sich nun schließlich auf das Steigen des Bodenwerthes und der Bodencultur, auf die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung, auf die Vermehrung der Eisenbahnen und der Ausfuhr. Nach Casabianca ist der Kaufwerth des Grund und Bodens von 39,514 Mill. Francs auf 83,744 Mill. gestiegen und das reine Einkommen von 1580,597,000 auf 2643,366,000 Frcs. erhöht, und kam der größere Theil dieser Verbesserung dem kleinen Grundbesitz zu gut. Die Hebung der Landwirthschaft aber ist nach Lecoyt durch Maschinen, Düngungsmittel und durch Drainage bewerkstelligt worden. Die Grundfläche des Waizens hat von 1831 bis 1856 um 36% zugenommen und das Erzeugniß der Hectare ist von 10,5 auf 14 Hectoliter durch die verbesserte Cultur gestiegen. Seit 1854 sind, sagt Minister Rouher im gesetzgebenden Körper, mehr als zwei Millionen Hectaren besseren Culturen zugewendet worden, der Ertrag der Felder ist auf durchschnittlich 14½ Hectoliter per Hectare gestiegen. „In jeder Epoche gibt es auch absteigende Perioden. Aber das Gemälde des Verfalls und des wachsenden Elends unserer Landwirthschaft ist nicht wahr. Heute verzehrt der Ackersmann 27 Kilogr. Fleisch per Kopf im Jahr, während er unter der alten Regierung nur 3 bis 5 Kilogr. zu verzehren hatte. In wenigen Jahren wurden 8 bis 10,000 Kilometer Eisenbahnen gebaut, welche der Landwirthschaft unermeßliche Dienste geleistet haben. Die Weinausfuhr nahm um 75% zu."

So haben beide Theile sich in Angriff und Vertheidigung erschöpft; wo die Einen nur die Licht- haben Andere nur die Schattenseiten hervorgehoben. Wir glauben, daß Frankreich zur Zeit noch an zu großer Bodenzersplitterung leide. Drei Millionen Kleinbesitzer welche wegen Mittellosigkeit keine Steuer entrichten, lassen den Zustand der Landbevölkerung nicht als einen ganz gesunden betrachten. Gleichwohl verdient das System Frankreichs vor dem Englands den Vorzug, weil letzteres gar keinen Bauernstand mit Eigenthum

mehr hat, in Frankreich auch der Taglöhner noch Besitzer ist, der Mittelbesitz hier nach Ausdehnung gravitirt, und der große Grundbesitz in keinem Mißverhältniß zur bäuerlichen Mittelclasse steht. Frankreich wirft immer mehr alte Mißstände ab und ist im entschiedenen Fortschritte begriffen; dieser Fortschritt würde noch nachhaltiger werden, wenn die Kleinbauern ihre Besitzungen arrondirten, wenn die Gemeinden die landwirthschaftlichen Maschinen einführten, wenn die Regierung die großen Besitzübertragungskosten herabsetzte und entsprechende Bodencreditanstalten in freier Association in das Leben träten. Wirkliche Fortschritte bestehen jetzt schon in der Verbesserung der Bodencultur, in dem Steigen des Bodenwerthes, in der Verbesserung der socialen Lage des Landmannes, in der Vermehrung der Ausfuhr und der Eisenbahnen und in der Bewegung der ländlichen Bevölkerung nach den Mittelpunkten der Industrie.

Weniger erfreulich erscheinen die Zustände Italiens. In Folge des frühen Erwachens des dritten Standes und seiner heißen Kämpfe gegen den feudalen Adel gingen die in den Städten errungenen Freiheiten auch auf das Land über und entfesselten den Bauern von gutsherrlichen Banden, machten ihn zum Selbstherrn seines Hofes. Aber die Bauern konnten nicht Stand halten im Sturme der Zeit; sie verfielen in Ueberschuldung; Uebervölkerung führte zur Güterzerstückelung und das kleine Besitzthum wurde mehr und mehr von dem großen verschlungen. Der Adel zog sich in die Städte und wurde zum städtischen Edelmanne, auch der bürgerliche Großbanquier, die Großhändler wurden Edelleute; beide kauften die Bauern aus; der Bauer wurde Pächter oder Taglöhner. Der Pacht war überwiegend Halbpacht in Ober- und Mittelitalien. So ist auch hier ein selbstständiger Bauernstand seit Jahrhunderten nicht mehr vorhanden, bis auf ganz kleine Besitzer herabgeschmolzen. Nur in Gebirgs-Gegenden gibt es noch solche, die Ebenen kennen fast nur noch Pächter.

In Süditalien ist die apulische Ebene ein altes Hirten-Land, das Land eine Weide. Gemeinden, Reiche und arme Hirten theilen sich in dasselbe; die Pachtgüter nehmen meist einen großen Umfang ein; 74 □ Meilen besitzt die Regierung. In Calabrien genießt der Bauer zumeist ein Brod von grobem Mais, der Boden ist fruchtbar aber der Anbau verwahrlost (Löher). Auch in Sicilien liegen weite Strecken fruchtbaren Bodens verödet da, die Afterpächter leben im Elend. In Norditalien ist die Zahl der Eigenthümer klein, die der Pächter groß; eben darum machen Jene harte Bedingungen bei der Verpachtung; die Wohnungen der Pächter sind klein und ärmlich. Um so schlimmer ist dieser Zustand, weil zwischen dem großen Eigenthümer und dem Bebauer ein Hauptpächter steht, der die zerstückelten Güter an Afterpächter abgibt und zuletzt auf diese alle Lasten wälzt. Das Halbpachtsystem ist auch in Mittelitalien vorherrschend. In der römischen Campagna, wo Adel, Stiftungen, Corporationen den größten Besitz haben, sind ebenfalls die Pächter zahlreich; nur im Süden finden sich einige Feldbauer, die Besitz haben. Die Pachten sind hier im Preise gestiegen. Der Getreidebau hat abgenommen. Fast die Hälfte des Bodens wird der Viehzucht zugewendet (A. Coppi 1863). Gleichwohl haben wir auch hier einige Lichtseiten. Wir finden Erbpächter in Toscana und Lucca; in Neapel und Sicilien ist die größere Vertheilung des Grundeigenthums weiter fortgeschritten; die Zahl der freien Grundbesitzer hat zugenommen und die Produktion ist in den meisten Gegenden Italiens im Steigen.

Von all' den Extremen, die wir in Frankreich, England und Italien fanden, hat sich Deutschland im Ganzen freigehalten. Eine Besitzung enthält durchschnittlich in Hannover 43, in Preußen 44, in Nassau 37, in Oesterreich 35, in Kurhessen 30, in Sachsen 27, in Bayern 25, in Württemberg 17, in Baden 16 Morgen.

Extreme gibt es auch hier: in den Kleinstaaten haben wir noch großentheils Domänen-, Kammer- und Rittergüter;

in Mecklenburg-Strelitz noch Feudalzustände; in Baden und Württemberg haben wir große Zerstückelung des Bodens, wie im bayerischen Unterfranken und am Rhein. Doch neigt sich das Uebergewicht mehr mittleren Zuständen zu. In Luxemburg bewirthschaftet die Mehrheit der Bauern Güter von 58 bis 116 Morgen. In Nassau finden wir neben dem Großbesitz der nur in den Händen des hohen Adels ist, über 48,000 Gutsbesitzer. Kurhessen hat über 127,000 Grund-Besitzer, unter welchen nur etwa 120 Großwirthschaft treiben. In Württemberg gibt es nur 718 Besitzungen die mehr als 200 Morgen haben, dagegen 2895 Besitzungen von 100 bis 200 Morgen, über 11,000 von 50 bis 100 Morgen, über 16,000 von 30 bis 50 Morgen, über 61,000 von 10 bis 30 Morgen, über 73,000 von 5 bis 10 Morgen, somit über 160,000 Besitzungen zwischen 200 und 10 Morgen; von 449,594 Besitzungen sind es 283,124, auf welche weniger als 5 Morgen kommen.

In Hannover nahm man 1851 über 281,000 Grund-Besitzer an, von welchen über 118,000 einen Grundbesitz von 8 bis 30 Morgen, über 21,000 von 30 bis 60, über 19,000 von 60 bis 120 und über 17,000 von mehr als 120 Morgen hatten. Jetzt nimmt man 350,000 Grundbesitzer an. In Sachsen nehmen die Rittergüter 43, die Privat-Besitzungen 185 □ Meilen ein. In Bayern schätzt man die Zahl der adeligen Güter auf 741, die der Grundbesitzer über 432,000 mit einem Gesammtareal von über 29 Millionen Morgen. Die Bodenzerstückelung hat abgenommen.

In Preußen haben vom Gesammtareal der Staat 10 %, die Rittergüter 34 %, die Gutsbezirke (außerhalb eines ländlichen wie städtischen Verbandes) 2 %, die Städte 5 % und der Bauernstand 47 %. Oesterreich hat den größten Theil seiner Domänen schon veräußert, somit der Privatcultur übergeben. Seine agrarischen Zustände tragen mehr den Charakter der der süddeutschen Staaten bezüglich der Parcellirung (Ad. Frantz, Statistik S. 274—286).

Sind daher die agrarischen Zustände in Deutschland besser gestaltet als in den angeführten Ländern, so ist doch für die Ackerbau-Bevölkerung auch hier noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Vor Allem ist bei ihr die Gründung von Vorschußvereinen geboten, um sie gegen den aussaugenden Wucher zu sichern, und sie nicht in die Nothlage zu bringen zur ungünstigen Zeit ihre Produkte zu verkaufen. Sie bedarf ferner der Hypothekenbanken, um Bodenverbesserungen durchzuführen, der Magazinvereine für Wein- und Getreideproducenten, der Anschaffung landwirthschaftlicher Maschinen durch die Gemeinden, der Vereine zur Entwässerung, der Assecuranz-Anstalten gegen Viehfall und Elemente, der Ackerbauschulen. In Bezug auf Wohnung, Fälle der Erkrankung und Noth verdient auch die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter ernste Beachtung.

Es ist daher noch eine große Aufgabe auf dem agrarischen Gebiete in allen Ländern zu vollziehen; die Technik allein gibt keine radikale Hülfe, so wenig als eine Bank die Millionen bent, um dem verschuldeten Grundbesitzer zu Hülfe zu kommen. Man muß erst die Extreme abwerfen, das Latifundium wie die Parcellenwirthschaft, man muß dem Zuge der Zeit nach der Herrschaft des Mittelbesitzes volle Rechnung tragen. Und die Aufgabe ist ernst: denn die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland wie die amerikanische Sklaven-Befreiung tragen für dieses Gebiet eine große Umwälzung in sich. Wollen wir daher schließlich auch diesen beiden Erscheinungen eine kurze Betrachtung widmen.

Schon das kaiserliche Manifest vom 19. Februar 1861 über die Bauern-Emancipation ist ein Denkstein in der Geschichte. Der Kaiser spricht es aus, daß er seine Fürsorge jedem Range und jedem Stande zu widmen habe, dem Krieger wie dem geringen Handwerker, dem Beamten wie dem Arbeiter. Die Reichsgesetzgebung, sagt er, hat zwar die Regelung der Rechtsverhältnisse der höheren und mittleren Classen vorgesehen, aber nicht eine gleiche Wirksamkeit erreicht in

Betreff der an die Scholle gebundenen Bauern. „Die Guts-Eigenthümer hatten zwar die Pflicht für deren Wohl zu sorgen, und es hatten sich auch patriarchalische Beziehungen ausgebildet, welche auf eine aufrichtige, gerechte und wohlthuende Fürsorge von Seiten der Gutsherrn und einen liebevollen Gehorsam von Seiten der Bauern gegründet waren.“

Aber es trat auch in Rußland jener Wendepunkt ein, den man als einen weltgeschichtlichen betrachten kann. Das patriarchalische Band ist in Selbstsucht aufgelöst, durch gegenseitiges Mißtrauen zerrissen, durch Bedrückung und verhaltenen Groll, durch Vertreibung des Bauern, Ermordung des Gutsherrn, durch Mißhandlung, Empörung, Brandstiftung geschändet worden. Treffend und mild bezeichnet diesen Zustand das russische Manifest in den Sätzen: „Die Einfachheit der Sitten minderte sich, der Charakter der Väterlichkeit in den Beziehungen der Herren zu den Bauern wurde schwächer und die herrschaftliche Gewalt fiel in die Hände solcher Individuen, die sich ausschließlich durch ihre persönlichen Interessen leiten ließen.“

Nach dem Manifeste tritt diese Emancipation nicht als eine sofortige rasch in das Leben ein; ihr hat schon Alexander I., wie Nikolaus vorgearbeitet, Alexander II. aber will das Werk vollenden. Auch ist es nicht ein kaiserliches Machtwort dem die Bauern-Emancipation entspringt; der Adel wurde erst mit seinen Vorschlägen gehört, er hat sie in besonderen Comité's berathen und entworfen, und deren Arbeit wieder der Begutachtung höherer Comité's unterstellt, zuletzt wurde noch die Prüfung des Reichsraths eingeholt. So konnte, so mußte ein großes Werk auch ein gutes werden, das die Lebensfähigkeit reifer Entwicklung, der Dauer und des Bestandes in sich trägt, das die Eintracht zwischen den Gesellschaftsclassen, zwischen der Nation und dem Kaiser verbürgt. Als es sich einst um die Befreiung Rußlands von den Franzosen handelte, da wendete sich Kaiser Alexander I.

in einem Manifeste zunächst an den Adel: „würdiger Adel Unseres Reiches, du warst zu jeder Zeit der Retter deines Vaterlandes!“ Dieses Vertrauen spricht auch Alexander II. gegen den Adel aus. „Unser Vertrauen“, sagt er, „war nicht getäuscht; wir sahen, wie der Adel seine Rechte auf persönliche Knechtschaft der Bauern freiwillig aufgab. Aber auch — wegen der Durchführung der unternommenen Reform zählen wir auf die hochherzige Ergebenheit Unseres getreuen Adels und freuen uns, dieser Corporation die Dankbarkeit zu bezeugen, die sie Unsererseits, wie von Seiten des Landes verdient hat, wegen der uneigennützigen Mitwirkung, welche sie der Erfüllung Unserer Ansichten geliehen hat.“ U. s. w.

Das Werk der Befreiung selbst wird in Uebergängen, gegen Schadloshaltung, mittelst gegenseitigen Uebereinkommens und durch die Hülfe des Staates, der hiezu besondere Behörden aufstellt und Vorschüsse macht, vollzogen. Die Grundherren bleiben im Besitze ihrer Eigenthumsrechte auf allen ihnen gehörigen Ländereien. Die Bauern behalten ihr Gehöft, und erhalten eine festgesetzte Ackerfläche: beides gegen Entrichtung von Grundzinsen an den Gutsherrn. Sie können aber ihre Gehöfte ablösen und die zinsweise ihnen überwiesenen Aecker als volles Eigenthum erwerben, und treten alsdann in den Stand der freien Bauerngutsbesitzer. Den Grundherrn ist vorbehalten, mit den Bauern gütliche Vereinbarung zu treffen und Abkommen zu schließen sowohl über den Umfang der Landüberlassung, wie über die Höhe der danach zu bestimmenden Grundzinsen. Der Zeitraum zur Ausführung wird auf zwei Jahre festgesetzt. Zu diesem Zwecke werden errichtet: in jedem Gouvernement ein Special-Gerichtshof, in jedem Distrikt Friedensrichter mit Distrikts-Versammlungen, in den herrschaftlichen Besitzungen Communal-Verwaltungen, und werden Karten entworfen. Um diese Uebergänge zwischen dem Eigenthümer und den Bauern, wobei die Bauern ihre Einfriedungen und das Land, dessen Nießbrauch sie haben, als volles Eigenthum erwerben, zu

so leichter in das Werk zu setzen, werden von Seite der Regierung Unterstützungen durch Vorschüsse bewilligt, oder auch eine Uebertragung der Schulden welche auf den Besitzungen lasten.

Sind nun auch bei der Durchführung einzelne Mißverständnisse vorgefallen, so hat doch im Allgemeinen der gute Sinn des Landes gesiegt. Er ließ sich schon von den Eingebungen des natürlichen Verstandes bestimmen, welcher fordert, daß ein jeder der die Wohlthaten der Gesellschaft frei empfängt, ihr dagegen auch die Erfüllung gewisser Verpflichtungen schuldet; er hielt die Lehre des christlichen Gesetzes im Auge, nach welchem man einem jeden das geben muß, was ihm gebührt; endlich hat er auch begriffen, daß der Eigenthümer seine Rechte nur gegen genügende Entschädigung oder in Folge freien Zugeständnisses aufzugeben braucht und daß es namentlich gegen alle Billigkeit wäre, Ländereien von den Eigenthümern anzunehmen ohne Entgelt durch gleichwiegende Lasten. Das Manifest setzt schließlich das Vertrauen in die Leibeigenen, daß sie die beträchtlichen Opfer, welche der Adel zu ihren Gunsten sich auferlegt hat, würdigen und dankbar anerkennen werden: denn sie erhalten ja die Wohlthat einer auf der Grundlage besser gesicherten Eigenthums beruhenden Existenz und die größere Freiheit in der Verwaltung ihrer Güter. Den Behörden wird eingeschärft darüber zu wachen, daß dieses Werk mit Ruhe und Regelmäßigkeit sich vollende, indem sie den Bedürfnissen der Jahreszeit Rechnung tragen, damit die Sorge des Landmanns nicht seinen Arbeiten auf dem Acker entzogen werde. Dem Volke aber wird die weise Lehre gegeben, daß man nur durch emsige Arbeit, durch strenge Oekonomie und vor Allem durch ein rechtschaffenes und beständig von der Furcht Gottes beseeltes Leben zur Wohlfahrt des Lebens komme.

Nicht so würdig wie die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland steht die Sklaven-Emancipation Amerikas vor uns: diese hat nicht die religiöse Grundlage wie jene für sich,

sie erscheint nicht als die große, durch Gottes Willen gebotene That der Befreiung eines leidenden Volksstammes; sie ruht ferner nicht auf einem großen Verzicht der herrschenden Gesellschaftsclasse wie jene. Man hat vom Süden diesen Verzicht auf dem blutigen Grabe von hundert Tausenden erzwingen müssen; es verlautete nichts von einem billigen Abkommen, von einer Entschädigung für Verluste. Die Sklaven-Emancipation ist durch die Selbstsucht und den Haß der Parteien verfinstert; sie ist nur der blutig errungene Sieg einer Partei; durch Bundesbruch, Bruderkrieg, durch blutige Mißhandlung der Unterliegenden im Kampfe von Seite der je siegenden Partei ist dieser Befreiungsakt geschändet und entehrt. Die Sklavenbefreiung diente zum Deckmantel der Politik der Parteien: ob Schutzzoll ob Handelsfreiheit? das war und ist die Frage. Wie einst der Süden den Norden, so will jetzt dieser jenen beherrschen. Das föderale Princip kämpft gegen das centrale. Die ausschließliche Herrschaft des einen und die Ausbeutung und Unterdrückung des anderen Princips: das ist das Ziel, das man verfolgt. Der sittliche Geist ist aus dem Freistaat entflohen und damit ist auch der Segen dahin. Gleichwohl der Genius der Geschichte hat einen seiner größten Siege errungen: die Leibeigenschaft ist gefallen und der Sklave ist frei.

Dr. Rch.

II. Die neuere Volkswirthschaft und der landwirthschaftliche Grundbesitz besonders in Frankreich und England.

Einer der schlimmsten und folgenschwersten Irrthümer der jetzigen Volkswirthschaft besteht in der von derselben überall angestrebten und größtentheils auch durchgeführten völligen Gleichstellung aller Werthe. Wir sehen täglich, daß die

„Volkswirthe" das bewegliche wie das unbewegliche Vermögen, das Geld wie das Grundeigenthum, unter dasselbe allgemeine wirthschaftliche Gesetz stellen, ohne sich im Mindesten darum zu kümmern ob und wie dieß den wirklichen Verhältnissen entspricht, dem Volkswohlstand vortheilhaft oder nachtheilig ist. Für den ächten Volkswirthschaftler des neunzehnten Jahrhunderts gibt es nur durch Ziffern ausgedrückte Werthe, welchen zum Zweck des Verkehrs die größtmögliche Fähigkeit der Uebertragung, der Beweglichkeit verliehen werden muß. Nach der Grundanschauung der reinen Volkswirthschaftslehre ist eben die größtmögliche Bewegungsfähigkeit des Eigenthums zur Erzielung des ausgedehntesten Verkehrs, zum größtmöglichen Aufschwung und Vermehrung der Geschäfte, des Kaufens und Verkaufens unbedingt erforderlich; und die größtmögliche Ausdehnung der Geschäfte ist wiederum eine unerläßliche Bedingung des Wohlstandes eines Volkes. Kurz, je mehr Geschäfte, je mehr Kauf und Verkauf aller Gegenstände, alles Eigenthums ohne jeglichen Unterschied, desto mehr Wohlstand.

Hinsichtlich des unbeweglichen Eigenthums, des Grundbesitzes hat daher auch überall die neuere Volkswirthschaftslehre, vielfach unterstützt durch den politischen Nationalismus und den radikalen Doktrinarismus, unablässig dahin gestrebt die größtmögliche Theilbarkeit und marktgängige Beweglichkeit einzuführen und durchzusetzen. Der Grundbesitz ist somit demselben Gesetz des Angebots und der Nachfrage unterworfen worden, welches das bewegliche Vermögen und den Arbeitsmarkt und dadurch die Existenz vieler Millionen Arbeiter ausschließlich beherrscht und regiert.

Der zuerst sich ergebende Nachtheil des Systems besteht in der allzugroßen Zerstückelung des Bodens, welche dessen rechte Bebauung und Verbesserung vielfach erschwert oder gar oft unmöglich macht. Ein weiterer Nachtheil ist der durch die leichte Theilbarkeit und Verkäuflichkeit des Bodens hervorgerufene öftere Wechsel des Besitzes, welcher wiederum

den Aufschwung der Cultur durch Bodenverbesserung hindert, und außerdem wegen der mit allen Verkaufsverträgen verbundenen gerichtlichen und sonstigen Abgaben und Unkosten dem Grundbesitze eine vergrößerte Last auferlegt.

In Frankreich wo das System zu seiner höchsten Ausbildung und Vollkommenheit gediehen ist, zahlt der Grundbesitz an dergleichen außerordentlichen Abgaben jährlich gegen 400 Millionen Franken, wozu noch mindestens ebensoviel an Gebühren für die die Verkaufsverträge und sonstigen bezüglichen Schriftstücke ausfertigenden Beamten (Notare u. s. w.) kommen. Das sind sicher ganz außerordentliche Lasten für das unbewegliche Eigenthum, Lasten wie sie bei dem beweglichen Eigenthum gar nicht vorkommen können.

Ein weiterer fast noch größerer Nachtheil entsteht dadurch daß dieser öftere, sozusagen fortwährende Besitzwechsel, der Kauf und Verkauf des Grundeigenthums auch fortwährend eine entsprechend große Masse Capitalien beschäftigt und für alle andern Zwecke völlig unbenutzbar macht. Die zu dem stetigen Kaufen und Verkaufen des ländlichen Grundeigenthumes verwendeten Geldkräfte sind als völlig todte zu betrachten. Sie sind wahre Besitzthümer der todten Hand, wie der von dem volkswirthschaftlichen Radikalismus für das Grundeigenthum der Kirche erfundene Kunstausdruck lautet.

Für den allgemeinen Volkswohlstand kann es wohl unbedingt ganz gleichgültig seyn, ob dieß Stück Ackerland in den Händen des Hans oder des Peter ist, ob der eine es für 1000 Thaler verkauft oder der andere es für 1500 gekauft hat. An dem eigentlichen Werth des Grundstückes der durch dessen Ertrag allein richtig ausgedrückt wird, ist dadurch durchaus nichts geändert. Der Ertrag des Bodens aber ist das Einzige was für die Ernährung des Volkes, also für dessen Wohlstand von Wichtigkeit ist; der marktgängige Preis des Bodens ist dagegen nur das Zeichen von dem größern oder geringern Maß von Angebot und Nachfrage, von dem

größern oder kleinern Vorrath an Geldmitteln in einem Lande.

Der Ertrag aber steigt nicht etwa dadurch daß der Boden theurer bezahlt wird, sondern dadurch daß bedeutendere Mittel zur Erhöhung der Ertragsfähigkeit desselben aufgewendet werden. Der Volkswohlstand, die bessere Ernährung eines Volkes hängen daher wesentlich von den auf die Verbesserung des Bodens, auf die Erhöhung von dessen eigentlichem Werthe verwendeten Mitteln ab. Der Kaufpreis mag sich freilich nach der Ertragsfähigkeit und deren Veränderung richten, aber nie ist er allein und in erster Linie bestimmend.

Thatsache ist nun aber, daß gerade überall da wo durch die Theilbarkeit und Beweglichkeit des Bodeneigenthums dasselbe zu ganz ungewöhnlich hohem Kaufpreis gestiegen ist, am wenigsten für die Vermehrung der Ertragsfähigkeit geschieht; nämlich die zur Verbesserung des Bodens verwendeten Mittel stehen in keinem Verhältniß zu den zur Erwerbung desselben ausgegebenen Geldern.

Die Ursache davon liegt ganz nahe: der kleine ländliche Capitalist, wie der kleine bodenbesitzende Landwirth genannt werden muß, hat alle Mühe den Kaufpreis des Bodens zu erschwingen, für dessen Verbesserung bleibt ihm zu wenig oder gar nichts, er muß Schulden machen um nur überhaupt daran denken, oft um sogar seinen Boden bezahlen zu können. Hierin liegt eben eine der wichtigsten, ja die hauptsächlichste Ursache der Verschuldung des angebauten Bodens worüber gegenwärtig in allen jenen Ländern geklagt wird, in denen der von der neuern Politik und Volkswirthschaft aufgestellte Grundsatz von der größtmöglichen Beweglichkeit und Theilbarkeit des Grundeigenthums herrscht.

Hier ist nun die wundeste Stelle des ganzen Systems. Die Verschuldung des Grundeigenthums wäre an sich noch kein so großes Unglück, wenn nicht zufolge der Eingangs gedachten Unterordnung des unbeweglichen unter das bewegliche Eigenthum mittelst sogenannter Gleichstellung aller

Werthe, der Grundbesitzer einen nach den Bedingungen des allgemeinen Geldmarktes festgesetzten Zinssatz für die auf seinem Besitzthum haftenden Schulden zu zahlen hätte. Während das im Grundeigenthume angelegte Capital sich immer nur mit 2 bis 3, höchstens 4 vom Hundert verzinst, muß der Grundeigenthümer überall mindestens vier, gewöhnlich aber mehr und bis sechs vom Hundert für die ihm geliehenen Capitalien entrichten. Jedenfalls kann er dieß nur auf Kosten seines eigenen Vermögens, zum Nachtheil des ihm eigengehörigen Capitals, sei dieß nun in angebautem Bodenbesitz, Geld oder in der Arbeitskraft seiner Person und Familie ausgedrückt. Er muß folglich den Zinsertrag seines eigenen Capitals angreifen und mit seiner Person um einen geringern Preis arbeiten oder einen geringern Unternehmergewinn beanspruchen, um nur die Zinsen des fremden Capitals zahlen zu können. Daß hiedurch eine fortwährende höchst nachtheilige Aussaugung des ländlichen Grundbesitzes stattfindet, bedarf keines weitern Beweises. Es ist dieß die Ausnutzung des unbeweglichen Eigenthums zu Gunsten des *beweglichen*, wie wir sie überall sehr deutlich wahrnehmen und worauf auch die ganze wirthschaftliche Lage der Jetztzeit sehr deutlich hinweist.

Die weitere Folge davon ist, daß der ländliche Grundbesitzer der selbst um einen geringern Preis arbeiten und sein eigenes Capital fortwährend schädigen muß, nicht im Stande seyn kann seinen Knechten und Arbeitern den gebührenden Arbeitspreis zu zahlen, der ja schon durch die Zinszahlung des fremden Capitals aufgezehrt worden ist. Der arme ländliche Arbeiter kann nicht mehr seinen Bedürfnissen entsprechend verdienen, er wendet sich deßhalb nach den Städten und Fabrikorten wo lohnenderer, gewöhnlich auch beständigerer Verdienst bei fast durchgehends weniger anstrengender Arbeit lockt. Daher die Entvölkerung des flachen Landes zu Gunsten der Städte, die wiederum besonders in Frankreich ausnehmend stark und Gegenstand allgemeiner Besorgnisse und

Vorkehrungen ist. Dort mußte dieselbe natürlich zuerst in größerm und bedrohlichem Umfange eintreten, da ja dort das System am weitesten gediehen ist.

Nebenbei erstreckt sich diese Auswanderung nach den Städten auch auf die zahlreichen Personen welche als Kinder kleiner Grundbesitzer, zufolge der gesetzlichen Gleichheit der Erbschaftstheilung, in den Besitz eines kleinen Capitals gekommen sind, welches nicht hinreicht eine eigene landwirthschaftliche Unternehmung zu gründen. In der Stadt wo sie sich mit ihrem Capital der Industrie zuwenden, können sie dasselbe zu höherm Ertrage verwerthen und sich somit eine Lebensstellung schaffen. Das Geld aber das sie mit nach der Stadt gebracht, ist der Landwirthschaft, dem Grundbesitz entzogen und trägt nur dazu bei das Uebergewicht des beweglichen Capitals zu vermehren.

Welches sind nun aber diejenigen eigenartigen Verhältnisse und Bedingungen unter welchen der Grundbesitz stehen muß, wenn er selbstständig dem übermächtigen beweglichen Capital gegenüber dastehen soll? So wird man mit Recht fragen. Die Antwort ist ziemlich einfach. Der Grundbesitz muß seiner physischen Unbeweglichkeit entsprechend, auch in wirthschaftlicher Hinsicht möglichst unbeweglich seyn. Die todte Hand! werden hier die neuern Volkswirthschaftler und liberalen Doktrinäre entsetzt ausrufen und ihre eigenen unvermögenden Hände über den Köpfen zusammenschlagen. Und doch ist die Unbeweglichkeit des ländlichen Besitzes die erste und unerläßlichste Bedingung zu dessen wirklicher Werth-Erhöhung.

Zufolge seiner Unbeweglichkeit unterliegt der Grund und Boden nicht bloß den unabänderlichen physischen und klimatischen Verhältnissen seiner topographischen Lage, sondern auch ebenso den gegebenen unabänderlichen wirthschaftlichen Verhältnissen seiner Umgebung. Für den Verkauf seiner Erzeugnisse hängt der ländliche Grundbesitzer fast unbedingt von dem nächsten Marktort ab, über eine gewisse Entfernung

hinaus kann er dieselben nicht zum Verkaufe bringen. Wenn trotzdem seine Bodenerzeugnisse einer weitern Verfrachtung unterliegen ehe sie zu ihrer endlichen Bestimmung gelangen, so ist dieß nicht mehr Sache des Erzeugers sondern des Handeltreibenden. Der Besitzer beweglichen Eigenthums dagegen hat als Industrieller oder Handeltreibender mit solchen Beengungen nicht zu kämpfen. Er legt seine Fabrik oder sein Lager da an, wo er die Verhältnisse dafür am günstigsten findet. Für den Absatz seiner Erzeugnisse und Waaren steht ihm mindestens ein ganzes großes Land offen, ja Dank den Handelsverträgen und den vermehrten billigern und schnellern Verkehrsmitteln gibt es fast gar keine Grenzen mehr für sein Absatzgebiet.

Man kann wohl den Preis eines Grundstückes, nicht aber das letztere selbst bewegen. Dieser Preis, in Geld ausgedrückt und dargestellt, ist aber nicht mehr Grundbesitz sondern eben bewegliches Capital welches keinerlei der vorgedachten Einschränkungen untergeordnet ist. Verkaufe ich also meinen Grundbesitz, so befreie ich mein Vermögen von diesen Einschränkungen, welche dessen Werth vermindern, ich werde also in der That reicher. Beugt man aber beide, bewegliches und unbewegliches Capital, unter dasselbe wirthschaftliche Gesetz, dann muß natürlich aller Vortheil auf Seiten des von allen Einschränkungen freiern und unabhängigern beweglichen Capitals seyn.

Dabei soll nur beiläufig erwähnt werden, daß das unbewegliche Capital, der Grundbesitz überall mit den stärksten, unerbittlichsten Abgaben belastet ist, indem auf Grund und Boden fast allein alle direkten Steuern haften und auf denselben die meisten Gemeinde- und ähnliche Lasten ruhen. Das bewegliche Capital hat dagegen keine dieser Abgaben sondern nur mittelbar einige Steuern zu tragen, die eher vermieden werden können als etwa die Grundsteuer.

Der Ertrag des angebauten Bodens unterliegt ebenso sehr den unerbittlichsten Einschränkungen. Indem die Erzeug-

nisse des Bodens nicht willkürlich und in's Unendliche gesteigert werden können, sind auch dem Bodenertrag ganz bestimmte Grenzen gesetzt, die sogar allmählig nur, langsam und mit vieler Arbeit und Mühe erreicht werden können. Es erfordert Jahrzehnte um bei nachhaltiger Aufwendung von Arbeits- und Geldcapital durch Verbesserung des Bodens den Ertrag desselben wesentlich steigern zu können. Dem gegenüber sind dem beweglichen, industriellen Capital hinsichtlich seines Ertrags und seiner Erzeugungsfähigkeit ebenso wenig Schranken gesetzt als hinsichtlich des Absatzes seiner Erzeugnisse. Dank der Freizügigkeit und Ungebundenheit des Arbeiterstandes und vermöge der für sie günstigen Credit-Verhältnisse kann eine Fabrik von heute auf morgen ihre Arbeitskraft und somit ihre Leistungsfähigkeit und ihren Ertrag verdoppeln, und alles wiederum mit eben solcher Leichtigkeit und ohne besondere Nachtheile auf das alte Maß beschränken.

Der grundbesitzende Landwirth muß im Frühjahr und Herbst stets ebenso viel säen, pflanzen und arbeiten, gleichviel wie und ob er seine Erzeugnisse verwerthen kann. Er ist nicht sicher wie seine Erzeugnisse gerathen werden und kann nicht immer voraus wissen, welches derselben nach sechs oder neun Monaten, zur Verkaufs- und Erntezeit, am höchsten im Preise stehen und den besten Ertrag liefern wird. Der Fabrikbesitzer kann dagegen viel besser das augenblickliche Bedürfniß übersehen und darnach die Erzeugung seiner Waaren einrichten, zu der ihm stets weniger Zeit nothwendig ist, als dem Landwirth. Stehen nun aber beide wiederum auch hier unter demselben wirthschaftlichen Gesetz, müssen beide hinsichtlich des Capitals und der Arbeitskräfte mit- und gegeneinander ringen, dann muß natürlich der Landwirth unterliegen da er sich ja überall im Nachtheil befindet.

Soll nun das in Grundbesitz angelegte unbewegliche Capital in die seiner Natur entsprechende selbstständige unabhängige Lage kommen, dann muß dasselbe nicht nur möglichst

unbeweglich bleiben sondern auch, zum Zwecke seiner bessern Ausbeutung, möglichst scharf von dem zu seiner Ausbeutung und Verbesserung stets erforderlichen beweglichen Betriebs-Capital geschieden werden. Ist es doch eigentlich nur allein das letztere, welches den Ertrag und somit auch den wirklichen Werth des Besitzes bestimmt. Denn es wird doch Niemand bestreiten wollen, daß es für die Ernährung, die Wohlfahrt des Volkes völlig gleichgültig ist, ob für ein Landgut 10,000 oder 100,000 Thaler bezahlt wird, wenn dessen Ertrag sich in beiden Fällen gleich bleibt. Für die Volkswohlfahrt ist es dagegen von um so größerer Wichtigkeit, wenn durch Boden-Verbesserungen mittelst Aufwendung eines verdoppelten Betriebscapitals der Ertrag sich ebenfalls verdoppelt. Daß dabei das Betriebscapital im Verhältniß zum Grundcapital stets der geringere Theil ist, dürfte als bekannt vorausgesetzt werden.

Die angedeutete Scheidung von Grund- und Betriebs-Capital kann nur durch Sicherung des Großgrundbesitzes bei gleichzeitiger Einführung eines auf vernünftigen Grundsätzen beruhenden Pachtsystems erreicht werden. Man braucht hiebei nur die Lage des Grundbesitzes in Ländern wo dieß System des Großgrundbesitzes und Pachtwesens herrscht, mit derjenigen jener Länder zu vergleichen wo das aus dem politischen Rationalismus und der liberalen Volkswirthschaft hervorgegangene System der unendlichen Theilbarkeit des Grundbesitzes seine Wirkungen offenbart hat.

In England herrscht das erstere System. Der Groß-Grundbesitzer dieses Landes verpachtet gewöhnlich sein sämmtliches Besitzthum, hat daher gar kein Betriebscapital nöthig. Der Ertrag seines Besitzthumes ist dadurch nicht nur gesichert und er kann seine Ausgaben danach festsetzen, sondern derselbe steigt auch stetig wenn auch langsam. Aus beiden Gründen bleibt er vor Verschuldung und der dadurch herbeigeführten Aussaugung durch Zahlung höherer Zinsen als sie dem Bodenertrag entsprechen, bewahrt. Der englische Grund-

Besitzer ist deßhalb nicht nur reich, sondern sein Vermögen vermehrt sich auch in natürlicher Progression von Jahr zu Jahr, ohne daß er einen Pfennig ausgibt oder neue Bodenflächen ankauft.

Da der englische Grundbesitz nur ganz ausnahmsweise getheilt wird sondern sich immer direkt vererbt, so bleiben auch die beim Besitzwechsel entstehenden Ausgaben erspart. Ein Verkauf findet ebenso selten statt, weßhalb wiederum alles vorhandene Capital zur Verbesserung des Bodens und zur Verwendung in Industrie und Handel zur Verfügung bleibt. Daraus erklärt sich ebenso sehr der hohe Stand des Ackerbaues als auch die ungeheure Masse verfügbarer Capitalien in England, das trotzdem weniger Geld, namentlich weniger geprägtes Geld besitzt als Frankreich. In letzterm Lande sind freilich ebenso viele hunderte von Millionen durch den beständigen Wechsel des Grundeigenthums und zum Kaufen desselben fortwährend in Anspruch genommen als in England einzelne Millionen dazu erforderlich sind. Dieß erklärt die ganze Lage.

Der kleine ländliche Capitalist Englands, der Pächter, hat nur ein Betriebscapital nöthig um eine entsprechend lohnende Pachtung zu übernehmen. Angenommen daß ein Gut 20,000 Thaler Kaufwerth hat, so erfordert es etwa 4 bis 5000 Thaler, also den fünften oder vierten Theil dieser Summe Betriebscapital um dasselbe ohne jegliche fremde Beihülfe, also bei Vermeidung aller drückenden Zinszahlungen, als Pachtgut übernehmen und bewirthschaften zu können. Da die gesetzlichen Bestimmungen den Pächter genügend schützen, so zieht er stets den vollen Ertrag aller von ihm ausgeführten Verbesserungen, was wiederum durch die auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossenen Pachtverträge begünstigt wird. Nimmt man nun an, daß der Reinertrag des Gutes durch den Pachtschilling zur Hälfte in die Tasche des Besitzers fließt was jedenfalls nur in dem für letztern günstigsten Falle eintritt, so genießt der Pächter immerhin mittelst seiner 4 bis

5000 Thaler Betriebscapital den Reinertrag eines Gutes von 10,000 oder mit Hinzurechnung der entsprechenden Hälfte des Betriebscapitals von 12,000 bis 12,500 Thalern. Er kann also jedenfalls mehr erübrigen als der grundbesitzende Ackerbauer auf dem Festland der sich mit einer gleich großen Summe immer nur den Reinertrag von 4 bis 5000 Thalern landwirthschaftlichen Capitals verschaffen kann. Uebernimmt er mit dem 25. oder 30. Lebensjahre ein Pachtgut, dann hat er nach 35 bis 25 Jahren, am Eintritt in das Greisenalter doppelt oder dreimal soviel erworben als der continentale Landwirth, der für sein Capital Boden gekauft und ebenso lang bewirthschaftet hat. Dazu kommt noch der Vortheil, daß er diesen seinen erübrigten Erwerb an seine Kinder ohne jegliche Umstände, ohne Einmischung der Behörden und besonders auch ohne Abzug von gerichtlichen Kosten und Abgaben, die z. B. in Frankreich für das ländliche Eigenthum 15 bis 18 Proc. des Werthes betragen, vererben oder übergeben kann. Ihrerseits haben seine Erben den Vortheil ihr Erbtheil beliebig verwenden, eine beliebige Pachtung damit übernehmen zu können.

Bei dem englischen Großgrund- und Pachtsystem besteht außerdem noch der Vortheil daß bei der durch die Fortschritte der Cultur und das Steigen der Bevölkerung gebotenen Vermehrung der Pachtungen es sehr leicht wird, diese Vermehrung dergestalt vorzunehmen, daß nicht eine zu plötzliche und zu starke Verkleinerung derselben eintritt. Man kann leicht aus drei Pachtgütern vier neue zusammenlegen ohne daß allzu große Veränderungen und Störungen eintreten, aber aus einem Pachtgut plötzlich deren zwei machen zu müssen, dieß bringt eine zu plötzliche Umänderung der Cultur- und sonstigen Verhältnisse hervor. Auch wird unter dem Pachtsystem bei allen andern größern Umgestaltungen der Bodencultur das dazu erforderliche Capital viel leichter und billiger aufgebracht, als beim Kleingrundbesitz

Wenn nun freilich dem entgegen viele englische Groß-

Grundbesitzer die seit Jahrhunderten auf ihren Gütern angesessenen Pächterfamilien gewaltsam austreiben, um den Boden in Weideland umzuändern, dann ist dieß ein Uebelstand der hauptsächlich in der Verbreitung der entsittlichenden Utilitätslehre und der damit verbundenen Selbstsucht seinen Grund hat, nicht aber dem System zuzuschreiben ist. Es sind dieß Erscheinungen wie sie aus der Glaubenslosigkeit sich ergeben müssen, und die nur beweisen daß ohne festen sittlichen Halt, d. h. ohne feste Religionsgrundsätze überhaupt keine Gesellschaft auf die Dauer bestehen kann.

Will man diesem Bilde des englischen Landwirthschafts-Systems dasjenige der Länder des europäischen Festlandes gegenüberstellen, dann läßt sich dasselbe, soweit es nicht in Obigem schon enthalten ist, mit wenigen Strichen thun. Der große Grundbesitz der meistens von den Eigenthümern selbst oder auf deren Rechnung bewirthschaftet wird, ist durchgehends verschuldet und muß sich immer mehr verschulden, bis das eigene Capital gänzlich aufgezehrt ist, was nach den obigen Ausführungen über den Unterschied des landesüblichen Zinsfußes und des Bodenertrags im Laufe der Zeit nothwendig eintreten muß. Ueberall vermindert sich deßhalb auch Schulden halber der Großgrundbesitz in ganz auffallender Weise.

Der ebenfalls verschuldete Kleingrundbesitz hält sich nur deßhalb noch, weil die Besitzer selbst mit ihrer Person und Familie dessen Bewirthschaftung mit oft überschwänglicher Arbeit betreiben und so den baaren Arbeitslohn ersparen. Diese Leute aber arbeiten thatsächlich nur um wiederum den Unterschied zwischen Zinsfuß und Bodenertrag mit ihrer eigenen Kraft und Aufopferung auszugleichen. Daß sie auch oft erliegen müssen und nur unter besondern Umständen zum Wohlstand gelangen können, ist klar. Dazu kommen die vielfachen Nachtheile und Beschwerden welche die Bewirthschaftung vieler kleinen Parcellen mit sich führt.

Man kann mit bestem Recht behaupten, daß die jetzige

landwirthschaftliche Frage (question agricole) in Frankreich fast nur allein in dem seit 1789 hinsichtlich des Grundbesitzes herrschenden System ihren Grund hat. Man hat dort berechnet daß der Hektoliter Weizen den Landwirth auf 18 Franken zu stehen kommt, er denselben also für 20 Franken verkaufen muß, wenn er den ihm gebührenden Gewinn haben soll. Nun wird aber der Hektoliter gegenwärtig nur mit 15 Franken auf dem Markte bezahlt, also fünf Franken weniger und sogar noch immer drei Franken geringer als der Selbstkostenpreis. Daß unter solchen Umständen der Ackerbauer zu Grunde gehen muß, ist selbstverständlich. Freilich gibt mancher dem jetzt dort kürzlich eingeführten Freihandels-System die Schuld an dem niedrigen Preis des Getreides. Wirklich mag es auch der Fall seyn, daß die wenigen in verschiedenen mittelländischen Häfen eingeführten Ladungen russischen Getreides den Preisabschlag thatsächlich herbeigeführt haben, der in seiner Rückwirkung sich auf das Land erstreckt. Jedenfalls ist aber dadurch nur ein Uebelstand *bloßgelegt* worden der schon lange bestand, und der hauptsächlich in der ungeheuren Theuerung des culturfähigen Bodens zu suchen ist, welche die Produktionskosten ganz ungebührlich steigert. Das im Boden steckende Capital ist zu groß um einen entsprechenden Ertrag abwerfen zu können. Alles landwirthschaftliche Capital wird durch die Verkaufsgeschäfte um Grund und Boden in Anspruch genommen, so daß für dessen Verbesserung nichts bleiben kann. Der Zinsfuß den der hiedurch verschuldete Boden tragen muß, entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen sondern saugt denselben aus wie oben nachgewiesen ist.

Von Frankreich ist schon vorhin gesagt und übrigens allgemein bekannt, daß dasselbe wegen des beständigen Wechsels des Grundbesitzes und trotz seines Geldreichthums viel weniger flüssiges verfügbares Capital besitze als England. Ebenso schlagende, dazu viel jüngere Beispiele der Art bieten Spanien und Italien wo durch die Beraubung der Kirche

ein ungewöhnlich großer Theil des Bodens plötzlich aus den ursprünglichen naturgemäßen Bedingungen des Grundbesitzes herausgerissen und beweglich gemacht, in Umlauf gesetzt wurde. Die geraubten Kirchengüter sind oft zu Spottpreisen verkauft worden, haben aber, ganz oder zertheilt, binnen wenig Jahren ihre Besitzer öfters gewechselt, wobei natürlich jeder derselben ein gutes Geschäft machte, indem er theurer verkaufte als er gekauft hatte. Eine ungewöhnliche Menge Geschäfte hat sich daraus ergeben und ungeheure Summen fremden Capitals sind dazu verwendet und in's Land eingeführt worden. Aber ist etwa der Wohlstand, der Reichthum beider Länder auch nur um ein Haar gewachsen? Keineswegs; der wirkliche Werth, der Ertrag des Bodens ist trotz all dieser Boden-Spekulationen genau derselbe geblieben, indem wenig oder gar nichts für dessen Verbesserung geschehen. Der Boden ist durch die auf dessen Kosten verwandten Capitalien belastet worden, die er nun aus seinem Ertrag verzinsen muß was früher nicht der Fall gewesen. Durch seine Bewegungs-Fähigkeit sind ihm nur neue Lasten auferlegt worden. Nur ist durch die Vermehrung des flüssigen, beweglichen Capitals eine Steigerung derjenigen Geschäfte eingetreten die man, wie alle Bodenverkäufe, als todte und unfruchtbare, somit höchst schädliche bezeichnen muß. Diese Belastung des Bodens sowie die Vermehrung der flüssigen Werthe, des Geldes und der Geldzeichen, haben aber mit der Vertheurung des Bodens auch eine allgemeine Steigerung aller Erzeugnisse desselben, also aller Lebensbedürfnisse, hervorgebracht. Das Volk, der arme Mann leidet schrecklich unter dem neuen System, aber die politischen Rationalisten und volkswirthschaftlichen Doktrinäre reiben sich die Hände. Sie haben ihre „Grundsätze" zur Geltung gebracht, und „todte Werthe" in Umlauf gesetzt und, was für sie die Hauptsache ist, sie haben großartige Geschäfte mit diesen Werthen gemacht, schweres Geld ohne Mühe dabei gewonnen und dessen Verzinsung auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt ohne aber den wirk-

lichen Reichthum, den Wohlstand des Landes um einen Pfennig gefördert zu haben.

Mögen sich deßhalb die Staaten in Acht nehmen welche sowohl in Staatsdomänen als in Kirchenvermögen noch großes unbewegliches Grundeigenthum besitzen, dasselbe durch Verkauf und Zerstückelung in Bewegung zu setzen. Die Geldmänner und Güterschlächter würden alsdann jene Güter ankaufen und durch deren Parcellirung ungeheures Geld verdienen, dessen Verzinsung einzig und allein dem eigentlichen Ackerbauer neue schwere Lasten zu Gunsten des beweglichen Capitals auferlegen würde. Die Cultur des Bodens selbst würde kaum verbessert werden. Vernünftiger und dem Wohlstand förderlicher würde es seyn, wenn man sich bemühte ein Pachtsystem nach englischem Muster einzuführen, welches das Spekulationscapital von dem Grundbesitz fernhalten, dem kleinen Landwirth dagegen erlauben würde, mit wenigen Tausenden die Bewirthschaftung und Verbesserung eines größern Stückes Boden zu unternehmen. Nur auf diesem Wege kann der Aufschwung der Landwirthschaft errungen und die Belastung des Bodens und die daraus folgende Beherrschung des unbeweglichen durch den beweglichen Besitz vermieden werden.

LVII.

Nordamerikanische Correspondenz.

Am 3. April d. Js., also ungefähr ein Jahr nach der völligen Unterwerfung des Südens erließ Präsident Johnson seine Friedensproklamation, worin er erklärte: das Volk des Südens neige sich jetzt zu guter und loyaler Gesinnung; daß es befriedigende Beweise gegeben habe sich der unerläßlichen Nationaleinheit fügen zu wollen; daß die südlichen Staaten in Bezug auf politische Rechte, Freiheiten, Würde und Macht auf gleichen Fuß mit den verschiedenen Staaten mit welchen sie vereint sind, gestellt werden müssen, und daß sie jetzt folglich Staaten der Union bilden, berechtigt zu allen Privilegien und Rechten der einzelnen Staaten, mit Einschluß des Rechtes der Volksvertretung. Durch diese Proklamation sollten die stehenden Armeen, militärische Occupation, Standrecht, Militärtribunale und die Suspension der Habeascorpusacte aufgehoben werden — Dinge, wie Herr Johnson erklärt, „welche die öffentliche Freiheit in Friedenszeiten gefährden, sich mit den persönlichen Rechten der Bürger nicht vereinbaren lassen, dem Sinne und Geiste der amerikanischen Institutionen widerstreben und auf die Hülfsquellen der Nation zerstörend einwirken.“ In diesem langen Documente fällt namentlich auf, daß der Präsident hierin seine Gegner durch ihre eigenen

Waffen zu bekämpfen strebt. So führt er den Beschluß des Repräsentantenhauses vom 22. Juli 1861 an: der Zweck des Krieges sei, „die Herrschaft der Constitution zu erhalten und zu vertheidigen und die Union sowie die Würde, Gleichheit und Rechte der verschiedenen Staaten ungeschwächt zu bewahren.“ Ebenso einen ähnlichen Beschluß des Senates vom 25. Juli 1861. Der jetzige Congreß, meint Johnson, „könne unmöglich die feierlichen Erklärungen seiner Vorgänger verwerfen, ohne die offenbarste Inconsequenz zu begehen.“

Durch diese Proklamation ward also die unmittelbare Zulassung der Vertreter des Südens zum Congresse angebahnt und der Bruch zwischen dem Präsidenten und der in beiden Häusern jetzt herrschenden radikalen Partei unheilbar gemacht. Wenn man die Demokraten und conservativen Republikaner abzieht, so repräsentiren die gegenwärtigen Congreßmitglieder, da der Süden nicht vertreten ist, kaum den dritten Theil der Union; sie wurden zu einer Zeit gewählt wo der Krieg alle Leidenschaften entfesselt hatte, und die Leute welche am lautesten Haß und Rache gegen den Süden predigten, die meisten Aussichten hatten gewählt zu werden. Jetzt ist in den mittleren und westlichen Staaten des Nordens eine bedeutende Reaktion eingetreten und der Präsident stützt sich in seiner Politik auf die Majorität des Volkes, des Souveräns in den Ver. Staaten. Schon sind Anzeichen vorhanden, daß in einem großen Theile der Union das Volk den gegenwärtigen Congreß als Usurpator erklären wird, welcher nicht den Willen des Volkes vertritt. Vielleicht wird man Abgeordnete zu einem neuen Congresse ernennen an welchem der Süden Theil nehmen soll, den der Präsident anerkennen und dessen Gesetze er ausführen wird. Was würde dann aus dem radikalen „Rumpfe“ werden, wie er jetzt schon vom Volke genannt wird? Die Radikalen sind jedenfalls stark genug in einen verzweifelten Kampf einzugehen, und der Präsident kann den Handschuh aufnehmen mit Hülfe der nördlichen Conservativen und des Südens. Die Armee und

Marine scheinen sich auf die Seite des Präsidenten zu neigen, obgleich in neuester Zeit einige der ersten Generale bedeutend mit den Radicalen coquettirt haben und gewiß viele tüchtige Soldaten den Radikalen in ihre neue Revolution folgen würden.

Trotz der Friedensproklamation des Präsidenten ist also der Friede in der Union eine sehr problematische Sache. Es sind freilich noch keine großen Armeen in Bewegung und noch haben keine blutigen Tumulte in den Hauptstädten statt gefunden, aber dieselben Ursachen welche den letzten Krieg hervorgebracht, wirken noch immer mit unverminderter Mächtigkeit. An der Revolution des Südens hatte der Norden, oder doch jedenfalls der schlaue calculirende Nordosten, mit seinen Centralisationsabsichten, Herrschaftsideen und Schutzzollgelüsten wenigstens eben so viele Schuld als die „feudalen Sklavenbarone", wie die liberale Presse Deutschlands die tapferen Männer des Südens zu nennen beliebt, die sie als wahre Scheusale hinstellt, weil sie es gewagt haben ihre Unabhängigkeit zu vertheidigen und ihren Nacken nicht unter das Joch nördlicher Advokaten und Spekulanten beugen zu wollen. Heute noch glauben viele Leute in Deutschland, auch unter den sog. Gebildeten, daß es sich bei dem letzten Kriege von Seiten des Südens nur „um die Verewigung der Sklaverei" gehandelt und daß der edle Norden seine eigene Existenz für die Vertheidigung der Menschenrechte eingesetzt habe. Noch immer posaunt dieß die liberale Presse in Deutschland aus und schwärmt für ihre Gesinnungsgenossen in Amerika, die dortige radikale Partei welche es ebenso versteht, unter philanthropischen Phrasen den Pferdefuß zu verstecken. Was anderes konnte den nördlichen Spekulanten an der Freiheit des „Niggers" liegen, der im Norden mit mehr Verachtung behandelt wird wie im Süden, als ihn zum Werkzeuge für ihre eigene Machterhebung und Bereicherung zu benutzen? Konnte ihnen etwas gelegener kommen als ein Krieg, in dem voraussichtlich der Süden verlieren und seine Macht einbüßen

mußte? Dieser Krieg mußte ja eine ungeheure Staatsschuld erzeugen (wozu die nördlichen Lieferanten das Ihrige redlich beitrugen) und hohe Zölle nothwendig machen, die der Morilltarif rasch verwirklichte; er mußte eine größere Centralisation herbeiführen, die mit Hülfe des Stimmrechtes der Neger dem Nordosten zu Gute kommen mußte. Daher arbeiteten insgeheim viele nördliche Politiker für den Krieg noch vor Ausbruch desselben und suchten nachher durch alle möglichen Mittel seine schleunige Beendigung zu hintertreiben. In England kannte man das amerikanische Parteigetriebe besser und ließ sich nicht so leicht durch „Yankee gas" (wie die Engländer die amerikanischen Rodomontaden nennen) täuschen; auch waren die englischen Capitalisten wohlweislich weit zäher als die Deutschen, welche hunderte von Millionen in amerikanischen Staatspapieren anlegten.

Dieselben Ursachen des letzten Krieges — die Mißachtung der Rechte des Südens — sind also immer noch im Werke. Die radikale Majorität des Congresses will die Repräsentanten von eilf Staaten nicht zulassen und, was noch schlimmer ist, sie sucht die bedeutendsten Conservativen aus dem Congresse zu treiben. Senator Stockton ward ungesetzlich ausgetrieben, ebenso die Deputirten Voorhees von Indiana und Baldwin von Michigan. Die Feindschaft zwischen dem Präsidenten und dem Congresse ist bereits auf das höchste gediehen; beide legen ihre Minen und Gegenminen. Dabei wird der Präsident im Congresse und in der radikalen Presse auf die gemeinste Weise geschmäht. Nannte doch neulich im Congresse ein radikaler Deputirter aus Illinois den Präsidenten einen elenden Verräther schlimmer als Cholera, Trichinen und Rinderpest!

Wahrscheinlich wird der Präsident seiner Friedensproklamation eine allgemeine Amnestie folgen lassen, wodurch den südlichen Pflanzern ihr Eigenthum, wovon noch 75 Proc. confiscirt sind, wieder erstattet wird.

Senator Wilson berichtete über einen Gesetzesvorschlag

welcher die Staatsschuld noch um viele Millionen vermehren würde: nämlich allen Freiwilligen welche zu Anfang des Krieges eintraten, und keine Prämie wie die später angeworbenen Soldaten erhalten haben, dieselbe Prämie nachzuzahlen. Dieß scheint auf den ersten Blick vollkommen gerecht, bei näherer Beleuchtung wird auch hierin dem Yankeewolf sein Schafskleid abgestreift. Alle Abschiedsdokumente und Guthaben dieser Freiwilligen sind nämlich schon längst von nördlichen Wucherern aufgekauft worden, in deren Taschen diese vielen Millionen fließen würden ohne den armen Soldaten zu gute zu kommen. Um die Bezahlung dieser Prämie oder des Anleihens, welches zu diesem Zwecke gemacht werden müßte, zu ermöglichen, schlägt Herr Wilson vor einen Ausfuhrzoll auf Baumwolle zu erheben. Dieß ist des Pudels Kern, den Süden also zu zwingen seine Baumwolle nur an die nördlichen Fabrikanten mit Ausschließung aller fremden Concurrenz zu verkaufen. Sollte dieses Gesetz im Congresse durchgehen, so erhält es sicher das Veto des Präsidenten der eine so schamlose Beraubung des Südens nie zugeben wird.

Der „Civil Right's bill", welche die Neger als Bürger der Vereinigten Staaten erklärte und die in beiden Häusern angenommen ward, hatte der Präsident sein Veto gegeben. Bei der darauf folgenden zweiten Abstimmung passirte die Bill den Senat mit 33 gegen 15 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 120 gegen 40 Stimmen, hatte also die zur Entkräftung des Veto nöthigen zwei Drittheile aller Stimmen in beiden Häusern erhalten und ward dadurch vom Sprecher des Repräsentantenhauses als Gesetz erklärt. Die Gesetzlichkeit der Bill wird aber von der Majorität des Volkes, dem Präsidenten und den ersten Juristen des Landes verneint, nicht nur weil die Verordnung überhaupt unconstitutionell ist und der oberste Gerichtshof dieß erklären wird, sondern auch weil sie von einem illegitimen Congresse gegeben ward. Eilf Staaten hatten nicht mitstimmen dürfen, obgleich diese Maßregel hauptsächlich gegen diese Staaten

wirken soll. Nach der Constitution der Vereinigten Staaten ist jedes Haus des Congresses Richter über die Zulässigkeit seiner Mitglieder. Demnach konnte das Repräsentantenhaus jeden der südlichen Deputirten einzeln verwerfen, obschon das Recht selbst zur Repräsentation immer bestehen blieb. Allein im Senate wären solche Kniffe unmöglich. Denn obgleich auch er über die Zulassung seiner Mitglieder entscheidet, so erklärt aber wieder die Constitution: „Der Senat muß aus jedem Staate zwei Senatoren enthalten und kein Staat kann ohne seine eigene Einwilligung seines gleichen Stimmrechtes im Senate beraubt werden.“ Jeder andere Artikel der Constitution kann durch das Votum von drei Viertheilen der Staaten geändert werden, dieser Artikel aber nur durch das einstimmige Votum aller Staaten. Die ganze Frage dreht sich also darum: sind die Staaten der früheren Conföderation Staaten der Union oder nicht? Sind sie dieß, so ist ihr Recht auf Repräsentation unzweifelhaft. Kein Congreß und keine andere Staatsgewalt kann einen Staat austreiben und die ganze republikanische Partei hat mit ihrem Präsidenten Lincoln und ihrem Congresse vom Anfang bis zum Ende des Krieges erklärt, daß kein Staat aus der Union treten könne. Dieß war immer das Hauptargument gewesen, womit der Norden seinen Krieg gegen den Süden rechtfertigte. Während des Krieges schickten die südlichen Staaten keine Senatoren; aber früher hatten sich schon mehrmals einzelne Staaten geweigert Senatoren in den Congreß zu schicken, und Niemand kann sie dazu zwingen. Die Beschlüsse des vorhergehenden Senates waren daher streng gesetzlich, da die Staaten aus freiem Willen ihre Senatoren nicht geschickt hatten. Allein nach Beendigung des Krieges versammelten sich die südlichen Staatslegislaturen, leisteten den Vereinigten Staaten den vorgeschriebenen Eid und erwählten ihre Senatoren für den Congreß, die der Senat gegen alles Recht nicht annahm.

Der Präsident hat also keine andere Wahl, sein Eid

verbietet ihm, die Civil Right's bill in Ausführung zu bringen. Man ist übrigens noch nicht gewiß, welchen Weg der Präsident jetzt einschlagen wird, ob an den obersten Gerichtshof appelliren wo eine große Majorität die Bill als unconstitutionell erklären wird, obschon der Präsident dieses Gerichtshofes, Chase, einer der wüthendsten Radikalen alles aufbieten wird, um diesen Spruch zu hintertreiben; oder ob er ganz einfach die Entscheidung des Congresses unbeachtet lassen wird, wie dieß schon vor ihm Präsident Jackson gethan hat. In letzterem Falle ist die Möglichkeit eines neuen Bürgerkrieges vorhanden und zur Vorsorge, um den General Grant für sich zu gewinnen, hat der Congreß die neue Würde eines Obergenerals geschaffen und sie dem gedachten General verliehen.

Wie die meisten Gesetze welche dieser radikale Congreß gegeben, verbirgt auch die Civil Right's bill unter ihrer philanthropischen Maske nur Haß, Rache und Eigennutz. Kömmt dieses Gesetz in Kraft welches den einzelnen Staaten ihre Staatseinrichtungen und die Art und Weise wie sie ihre industriellen Systeme einrichten sollen, vorschreibt und die Ausführung dieser Einrichtungen föderalen Militär- und Civilbeamten aufträgt, dann hören die einzelnen Staaten überhaupt auf irgend eine legislative Unabhängigkeit zu besitzen; sie sind dann nicht mehr coordinirte, sondern werden subordinirte Gewalten die in jeder beliebigen Sache von der Centralregierung gemaßregelt werden können. Aus der Union wird dann eine centralistische Republik, regiert von den Delegaten einer Majorität welche im bevölkerten Nordosten ihren Sitz hat — eine riesige despotische Demokratie. Die einzige Schranke gegen die Tyrannei, die einzige unabhängige Gewalt welche bisher die Majorität in ihrem Marsche zum Absolutismus aufhielt, und durch Vertheilung der Macht einige Freiheit und Unabhängigkeit der individuellen Meinung und der in der Minorität gebliebenen Staaten sicherte, bricht dann zusammen. Schwerlich wird dann die Dauer einer Generation hinreichen um die Folgen eines solchen centrali-

stischen Absolutismus zu überleben, und sicher werden so entfernte Staaten mit so verschiedenen Interessen wie Californien, Texas, Florida, Michigan, Tennessee u. s. w. sich nicht gutwillig unter das nordöstliche Joch beugen.

Aber auch selbst dem Neger, dessen Zukunft die Civil Right's bill angeblich sicher stellen soll, wird sie zum Verderben gereichen. Diese Frage wird weit besser als durch alle Theorien von der Erfahrung beantwortet, die man in den englischen Colonien und allen anderen Ländern, wo man den Negern unbedingte Freiheit und Gleichheit mit den Weißen gegeben, erworben hat. In Jamaica sind die schönsten, früher bebauten Ländereien jetzt wieder mit dichtem Walde bedeckt; denn der Neger will nicht arbeiten und kann durch nichts, durch keinen Vortheil zum Arbeiten bewogen werden. Er lebt dort von Bananen, Yams und Fischen, deren Erlangung keine Anstrengung kostet und arbeitet vielleicht einen Tag in der Woche, um sich für den Ertrag Schnaps kaufen zu können. Nicht Ein deutscher Taglöhner unter zehntausend kann je durch den größten Fleiß und Ausdauer denselben Grad von Wohlstand erreichen, welchen jeder Jamaica-Neger bei nur geringer Anstrengung haben könnte, so reich ist dort die Natur; aber der Neger zieht sein faules Leben im afrikanischen Schmutze jedem durch Arbeit zu erlangenden Comfort vor. Wie auf Jamaica so geht es in allen Staaten, welche eine zahlreiche freie Negerbevölkerung haben, in Venezuela, Neu-Granada, Ecuador und Peru. In letzterer Republik hat seit Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1855 die Negerbevölkerung um die Hälfte abgenommen; ihre eigenen Laster haben dieß bewirkt. Auch in den Vereinigten Staaten wird die völlige Gleichstellung der Neger mit den Weißen nur zur völligen Demoralisation der schwarzen Race und ihrer endlichen Ausrottung führen. Präsident Lincoln sah alle diese Gefahren für die Vereinigten Staaten voraus und hatte den Plan, sämmtliche Neger aus dem Lande zu schaffen, weßhalb er schon Unterhandlungen mit Bolivia angeknüpft hatte.

Präsident Johnson glaubt nur durch eine gewisse Bevormundung sie retten zu können, und hat auch bei mehreren Gelegenheiten noch neulich ausgesprochen, durch eigene föderale Negergerichte müßten sie gegen die Wiederkehr zur Sklaverei geschützt werden.

In den südlichen Staaten besteht jetzt eine Agentur oder vielmehr eine „Regierung", halb civil, halb militärisch, allgemein bekannt als das Bureau für freigelassene Flüchtlinge und verlassene Ländereien oder das „Freedmen's Bureau." Schon seit dem Jahre 1863 datirt sein Anfang und es ward damals errichtet, angeblich um die Armeen der Mühen zu entheben Horden von Negern und einige weiße Flüchtlinge zu beschützen. Später ward der Verwaltung dieses Bureau's alles verlassene Eigenthum übergeben. Der Machtbefugniß oder den Ausgaben der Anstalt wurden keine Grenzen gezogen; ihre Angestellten wurden gewöhnlich aus der Armee entnommen und waren meist Lieblinge der herrschenden Partei, empfohlen von Congreßmännern und anderen Politikern. Dieß Bureau wuchs an Bedeutung mit dem Erfolge der nördlichen Waffen und alle von den nördlichen Armeen occupirten Städte, Distrikte und Staaten kamen in Besitz der Beamten dieser neuen Regierung. Durch den Akt des Congresses welcher es errichtete, hatte das Bureau unumschränkte Gewalt in allen auf Neger Bezug habenden Angelegenheiten bis nach Verlauf eines Jahres nach der Publikation der Friedensproklamation durch den Präsidenten (also bis zum 3. April 1867), und das Gesetz, welches der Congreß neulich erließ, um das Bureau zu verewigen, ward durch das Veto des Präsidenten entkräftet. Gegenwärtig noch sind im Süden alle Arbeitscontrakte zwischen Weißen und Schwarzen ungesetzlich, wenn sie nicht durch Beamte der Anstalt ratificirt werden. In allen Civil- und Criminalfällen in welchen Neger betheiligt sind, entscheiden nur die Kriegsgerichte, die Civilgerichte sind hierin suspendirt. Der Neger mag irgend ein Verbrechen begangen haben, immer beschützt ihn das Bureau dem die ganze Mili-

tärmacht zu Gebote steht. Die Anklage, irgend eines faulen, nichtsnutzigen Negers genügt, um jeden Bürger verhaften und vor ein Kriegsgericht stellen zu lassen. Während des Krieges wurden alle Neger welche es vorzogen zu faullenzen, vom Bureau ernährt und gekleidet; jetzt ist dieß freilich anders geworden, worüber wir weiter unten sprechen werden. Mehr als tausend Agenturen des Freedmen's Bureau existiren im Süden, jede mit ihrem Beamten und einem Schwarme von Negern unter dessen Schutze. Leicht begreiflich ist daher der ungeheure Einfluß dieser Anstalt. Dabei muß man bedenken, wie groß die Nachfrage nach Arbeit im Süden ist, daß das Bureau allein die Macht und das Material besitzt um diese Nachfrage zu befriedigen, und daß alle Beamte der Anstalt Anhänger der herrschenden Partei sind, denen diese Anstellung als Belohnung für ihre politischen Verdienste gegeben ward.

Das Bureau mußte daher eine großartige Plünderungs-Anstalt werden und ist es auch geworden. Die Neger sind wieder ebenso gut Sklaven in den Händen dieser Beamten, wie früher, nur daß die südlichen Herren für nördliche vertauscht worden sind. Nördliche Missionäre und Spekulanten, Freunde von Sumner und Th. Stevens (Führer der radikalen Partei) schwärmen im ganzen Süden schaarenweise herum, um sich die besten Plantagen auszusuchen und für eine Kleinigkeit zu pachten. Arbeiter bekommen sie vom Bureau billig gestellt, zu drei bis fünf Dollars Monatslohn pro Kopf, denn mit diesen Leuten müssen sich die Beamten auf gutem Fuße halten, stecken aber doch das Geld in ihre Tasche. Gedenkt der Yankee-Spekulant nicht selbst die Pflanzung zu bebauen, so vermiethet er Land und „Hände" an einen Dritten der vielleicht früher der Besitzer der Plantage war; nimmt er sie selbst in Bau, so sorgt schon der Beamte des Bureaus dafür, daß die Neger nicht weglaufen, durch Militär läßt er sie wieder bringen. Ganz verschieden ist aber das Benehmen des Beamten, wenn ein südlicher „Rebell" sich an

ihn um Arbeiter wenden muß. Der Newyorker Correspondent des „London Standard" schildert dieß sehr treffend: Ein südlicher Pflanzer durfte seine früher confiscirte Pflanzung wieder in Besitz nehmen. Er miethet vom Bureau eine Anzahl Neger zu sieben, zehn, selbst fünfzehn Dollars Monatslohn pro Kopf. Heute beginnt er zu pflanzen und morgen, wenn die Arbeit fortgesetzt werden soll, sind alle Neger verschwunden. Er geht also zum Beamten der Anstalt, und dieser verspricht ihm für eine „Vergütung seiner Mühe" neue Neger zu besorgen, die nicht wieder weglaufen sollen. Zahlt der Pflanzer die Vergütung, so ist alles recht und am nächsten Tage kommen die versprochenen Neger an, ganz dieselben welche ihm vorgestern entlaufen waren. Ist aber der Pflanzer zu arm um die Vergütung bezahlen zu können, so bleibt ihm nichts anderes übrig als seine Pflanzung zum Verkaufe auszubieten. Sogleich erscheint der Beamte oder einer seiner Yankee-Freunde und für wenige Dollars geht die Plantage in „loyale" Hände über. Das Bureau verschafft die Arbeiter und schon durch die erste Baumwollenernte wird ein Vermögen realisirt. Hunderte, ja tausende von nördlichen Abolitionisten haben in den letzten zwei Jahren auf diese Weise große Vermögen erworben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Radikalen das Bureau verewigen wollen und den Präsidenten so hassen, weil er ihre Plane durch sein Veto zerstört hat.

Das Schlimmste bei diesem Schwindel ist, daß der Sklavenhandel von einem Staate zum anderen jetzt weit mehr in Blüthe steht als dieß früher der Fall war. Die Bureau-Beamten haben absolute Gewalt über die Neger und können über die Militärmacht und den Staatsschatz verfügen. Sie sind Sklavenhändler welche kein Capital in ihrem Geschäfte stecken und folglich nichts zu verlieren haben. Ein in Virginien wohnender Bureaubeamter hört z. B., daß in Louisiana jetzt gerade 20 Dollars Monatslohn für Feldarbeiter bezahlt werden. Gleich sucht er 200 starke Neger aus, requirirt die

nöthigen Wachen, Lebens- und Transportmittel, schickt seine Sklaven auf Regierungsunkosten 1500 Meilen weit auf Eisenbahnen und Dampfschiffen, verkauft sie oder vielmehr „vermiethet" sie zu 15 Dollars Monatslohn per Kopf, erhält einen Dollar Miethe vorausbezahlt, und geht nach Virginien zurück mit 3000 Dollars in der Tasche, die er außer seinem regelmäßigen Gehalte durch seine patriotische und philanthropische Unternehmung verdient hat. Diese Art von Geschäften ist jetzt ganz allgemein und die Bureaubeamten werden immer in ganz kurzer Zeit gemachte Männer. In einigen Gegenden des Südens sind daher gar keine Neger mehr vorhanden, da sie alle nach Orten geschickt wurden wo mehr für sie bezahlt wird.

Die radikale Majorität des Congresses hat das Territorium von Colorado als Staat anerkannt, weil sie dadurch einen Zuwachs von zwei radikalen Senatoren erhalten würde. Die ganze Bevölkerung von Colorado besteht aus 20 bis 30,000 nomadisirenden Goldsuchern und die Constitution bestimmt, daß nur Territorien mit wenigstens 60,000 Einwohnern als Staaten in die Union aufgenommen werden können. Allein die Constitution kömmt bei dem heutigen Congresse gar nicht mehr in Betracht. Der Präsident hat auch diesen Beschluß mit seinem Veto belegt.

Vor sechs Monaten ernannte der Congreß einen Ausschuß von 15 Mitgliedern des Senates und Repräsentanten-Hauses, welcher die ganze Reconstruktions-Angelegenheit ausarbeiten sollte. Präsident Johnson nannte ihn das centrale Direktorium, da er außerordentliche Gewalten besitzt, irgend welche Ausgaben machen und jeden beliebigen Bürger als Zeugen vorladen kann. Sein angeblicher Zweck war die Wiederherstellung der Union, sein wirklicher die Verewigung der Herrschaft der radikalen Partei, wie dieß sein Schöpfer, Herr Th. Stevens, selbst unumwunden erklärt hat. Alle Mitglieder dieses Direktoriums mußten schwören unverbrüchliches Stillschweigen über alle Verhandlungen zu beobachten.

Das Direktorium hat nun schon verschiedene radikale Berichte über Gesetzesvorschläge und Amendments zur Constitution abgestattet. Auch die Civil Right's Bill stammt aus dieser Quelle. Zuletzt aber brach Uneinigkeit im Schooße des Direktoriums selbst aus und dieser Ursache sind die absurden Inconsequenzen des neuen „Planes zur Wiederherstellung der Union" zuzuschreiben.

Dieser Plan besteht aus einem Amendment zur Constitution und zwei Gesetzesvorschlägen. Das Amendment erklärt: „Bis zum 4. Juli 1870 sollen alle Personen welche an der letzten Revolution Theil genommen haben, vom Rechte ausgeschlossen bleiben bei den Wahlen für Präsidenten, Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten und Congreßmitglieder ihre Stimmen abzugeben." Mit anderen Worten, bis 1870 soll kein Südlicher das Stimmrecht besitzen, noch sich im Jahre 1868 bei der Präsidentenwahl betheiligen. Der erste der beiden Gesetzesvorschläge bestimmt hingegen, daß gleich nach der Annahme des Amendments die südlichen Deputirten zum Congresse zugelassen werden sollen. Wer hat nun diese Deputirten zu wählen, wenn kein Südlicher hiezu das Stimmrecht besitzt? Natürlich nur die „loyalen" nördlichen Spekulanten welche jetzt den Süden aussaugen. Der zweite Gesetzesvorschlag schließt die bedeutendsten Männer des Südens von allen Aemtern aus, den Präsidenten der Conföderation, den Vicepräsidenten, die Gesandten, Consuln, Gouverneure, alle föderalen Offiziere und Beamte welche sich der Sache des Südens angeschlossen hatten, alle südlichen Offiziere über dem Range eines Obersten u. s. w. Alle Amendments zur Constitution müssen von den Legislaturen der einzelnen Staaten ratificirt werden, also auch von den südlichen. Diese südlichen Legislaturen wurden nun hauptsächlich von Leuten gewählt welche „an der letzten Rebellion Theil genommen haben." Die radikalen Mitglieder des Direktoriums verlangen also vom Volke des Südens sich selbst durch ihre Zustimmung zum Amendment von aller

Theilnahme an der nächsten Präsidentenwahl auszuschließen, die radikale Herrschaft auf immer zu verewigen und seine bedeutendsten Männer welche ihren letzten Heller der Sache des Südens geopfert haben, zu verdammen. Dieß wird der Süden nie thun und das Amendment kann nie in die Constitution aufgenommen werden. Denn nach Annahme eines solchen Amendments der Constitution in beiden Häusern des Congresses müssen, um es gesetzlich zu machen, drei Viertheile aller Staaten hiezu ihre Einwilligung geben.

Eine andere Inconsequenz im Amendment besteht darin, daß in seinem ersten Paragraphen das allgemeine Stimmrecht (auch der Neger) dadurch ausgesprochen wird, daß kein Staat das Recht haben soll einen Bürger der Vereinigten Staaten in irgend einem Rechte oder Privilegium zu verkürzen. Die Civil Right's Bill hat nun alle Neger als Bürger der Vereinigten Staaten erklärt, aber der zweite Paragraph des Amendments erlaubt wieder die Neger vom Stimmrechte auszuschließen. In diesem zweiten Paragraphen wird nämlich erklärt, daß wenn von einem Staate das Stimmrecht einem Theile seiner männlichen volljährigen Bürger verweigert werden sollte, so sei die Anzahl der nicht wählenden Bürger von der Basis der Repräsentation auszuschließen. Auf eine gewisse Zahl Seelen kömmt nämlich ein Glied des Repräsentantenhauses und früher wurden in den südlichen Staaten die Neger hierbei mitgezählt, was nach diesem Paragraphen aufhören soll. Das radikale Direktorium hat übrigens hiermit eine seiner Lieblingstheorien aufgegeben, daß nämlich die Zulassung der Neger zum Stimmrechte als conditio sine qua non der Wiederaufnahme der südlichen Staaten in die Union vorangehen soll, was jedenfalls eine Spaltung im radikalen Lager beweist.

Herr Th. Stevens, der grimmigste aller Abolitionisten, hat ein neues Confiskationsgesetz vorgeschlagen, welches wieder den unversöhnlichen Haß und die Verfolgungssucht der Ultraradikalen anzeigt. Sollte dieses Gesetz im Congresse

durchgehen, so erhält es sicher das Veto des Präsidenten, schon um den Ausbruch eines neuen schrecklichen Krieges im Süden zu vermeiden. Es verlangt, daß alle öffentlichen Ländereien der früheren conföderirten Staaten vom Präsidenten confiscirt und unter die freigelassenen Neger vertheilt werden sollen. 40 Acres jedem Neger, die zehn Jahre lang unverkäuflich bleiben, dann aber des Negers freies Eigenthum werden. Nachdem diese Vertheilung geschehen, soll der Rest der Ländereien verkauft und aus dem Ergebnisse des Verkaufes sollen jedem Neger 100 Dollars gegeben werden, um sich ein Haus auf seinem Lande zu bauen; 200 Millionen Dollars sollen zur Entschädigung „loyaler" Bürger welche durch den Krieg Verluste erlitten, 100 Millionen zu Prämien an Soldaten und 200 Millionen zum Ankaufe von nordamerikanischen Staatspapieren verwendet werden. Nur Pflanzungen im Werthe von mehr als 10,000 Dollars sollen confiscirt werden und Jeder darf Ländereien bis zum Werthe von 10,000 Dollars zurückbehalten. Die Confiskation muß unwiderruflich bleiben. Dieß ist der Plan des Hrn. Stevens, um den Grundbesitz des Südens unter nördlichen Spekulanten zu vertheilen; denn auch die Neger werden nur scheinbar Vortheil aus diesem Gesetze ziehen und ihr Land ebenso gut wie das andere in Besitz von Yankees übergehen. Eine größere Ungerechtigkeit als dieser Plan ist, der von einer großen Partei im Congresse unterstützt wird, läßt sich kaum denken. Unter den „öffentlichen Ländereien" sind außer dem Grundbesitz der einzelnen Staaten alle größeren Pflanzungen von Personen zu verstehen welche noch nicht vom Präsidenten begnadigt sind — zusammen also ungefähr 75 Acres von je 100 Acres südlichen Landes. Am besten würde diesem Raube eine allgemeine Amnestie vorbeugen, deren baldige Erklärung von Seiten des Präsidenten erwartet wird.

Das größte Elend herrscht in einigen südlichen Staaten, namentlich in Südcarolina, Alabama und Arcansas, in Folge von Mißwachs und Seuchen und viele Personen sind im

nördlichen Alabama verhungert. Von den übrigen südlichen Staaten, fast alle gänzlich verarmt, kann wenig Hülfe kommen, nur Tennessee und Kentucky haben mit großer Aufopferung gethan was in ihren Kräften stand, um das Elend in ihren Nachbarstaaten zu lindern. Einige nördlichen Zeitungen haben zur Hülfe aufgefordert und wenigstens bewirkt, daß auch im Congresse darüber verhandelt ward. Herr Eliot machte im Repräsentantenhause den Vorschlag: „da ohne die Hülfe der Regierung tausende von Menschen in den Staaten Arcansas, Alabama und Südcarolina vor der nächsten Ernte verhungern müssen, so wird der Ausschuß gebeten zu untersuchen, ob 100,000 Dollars zur Unterstützung der Hülflosen gleich bewilligt werden können." Der obengedachte Th. Stevens bekämpfte sofort den Vorschlag und sagte, „man hätte ohnedieß nächstens weitere zwölf Millionen zur Unterstützung der Freigelassenen zu bewilligen und mehr könne man für den Süden nicht ausgeben." Um faule, verdorbene Neger zu füttern, oder vielmehr um gierige, radikale Blutegel im Süden zu mästen, wirft der Congreß viele Millionen weg, aber die geringe Summe von 100,000 Dollars durfte er nicht bewilligen, um weiße Familien der Südstaaten vom Hungertode zu retten. Mehr Mitleid könnte Polen von den Russen erwarten als der Süden von seinen nördlichen Tyrannen, und die Franzosen haben wahrlich recht, wenn sie sagen: „die Yankees haben statt eines Herzens einen Silber-Dollar in der Brust."

Die Folge von allem Dem ist, daß die Verhältnisse in der Union sich immer drohender gestalten, und vielleicht werden sie, falls in Europa der Frieden erhalten bleibt, in nicht ferner Zeit die Aufmerksamkeit des lesenden Publikums wieder hauptsächlich auf sich ziehen.

LVIII.

Briefe des alten Soldaten

über den deutschen Krieg.

III.

Frankfurt 29. Mai 1866.

Verschiedene Schreibereien, von der Sorte die ich nicht eben liebe, haben die beiden letzten Tage in Anspruch genommen und so kann ich erst heute meine Betrachtungen weiter führen.

Der Graf Bismark hat entsetzlich falsche Rechnungen gemacht. Er hat auf die preußische Begeisterung „für König und Vaterland" gerechnet, aber eben die Liebe zu König und Vaterland hat sich gegen ihn gekehrt; er hat Mißbilligung, Widersetzlichkeit, Abscheu und grenzenlose Verwirrung erregt. Er hat auf Oesterreichs Kraftlosigkeit und Lähmung gerechnet und er hat eine wunderbare Entwicklung von der gesunden Volkskraft und eine ruhige Entschiedenheit der Regierung gesehen. Er hat auf den kläglichen Sondergeist der deutschen Mittelstaaten gerechnet und er hat erfahren, daß diese sich zu einer würdigen Haltung ermannen. Der Graf Bismark hat auf einen Bund mit den Demokraten gerechnet, aber diese wollen nichts wissen von seinem Parlament. Er hat auf das

Erstaunen und die Sympathien der deutschen Nation gehofft und er hat bei allen nur Tadel und Abneigung gefunden. Jetzt hat er den Religionshaß zum Verbündeten gesucht; aber die Eiferer wollen doch nicht erkennen, daß Preußen „der Hort des Protestantismus" und daß dieser in Gefahr sei; auch dieses schlechteste aller schlechten Mittel will nicht verfangen. Die ganze Geschichte wäre lächerlich, hätte sie nicht so furchtbaren Ernst.

Doch jetzt zu meinem besonderen Gegenstand, welcher mich übergenug schreiben macht auch ohne andere Bemerkungen! Die ungeheuren Massen, welche der heutige Krieg gegeneinander stellt, muß man in größere Abtheilungen bringen und weil jede dieser Abtheilungen, im Raume von der anderen entfernt, auf sich selbst angewiesen nach dem allgemeinen Plane operirt, so muß eine jede zu einer gewissen Selbstständigkeit organisirt seyn. Ein Armeecorps ist wie eine Armee in früherer Zeit; die heutigen Schlachten bestehen aus einzelnen Treffen und Gefechten und die Schlachtfelder sind oft sehr große Landstrecken. Hat die Heeres-Abtheilung eine organische, so muß deren Führer eine gewisse dienstliche Selbstständigkeit haben. Er handelt nach dem Plan des Oberfeldherrn, er empfängt dessen Befehle, aber innerhalb dieses Planes und dieser Befehle ordnet und leitet er seinen Theil an der Ausführung nach eigenem Ermessen und nach eigener Einsicht. Der Commandant des Armeecorps ist mehr als ein Truppenführer, denn um seine Aufgabe zu lösen bedarf er einer gewissen Feldherrn-Begabung.

Welches der kriegsgerüsteten Heere hat solche Commandanten?

Bei der italienischen wirst Du sie kaum finden. Das kriegerische Wesen liegt nicht in dem Geist der Nation. Ein Mann kann sehr begabt, sehr muthig, in Kriegssachen sehr kenntnißreich seyn und ihm fehlt doch die Auffassung welche den Plan des Oberfeldherrn praktisch zu eigen macht; ihm fehlt der Blick welcher das zugewiesene Operationsfeld richtig

erkennt, und ihm fehlt der kriegerische Instinkt, welcher im rechten Augenblick den rechten Entschluß faßt. Auch dieser Blick reicht nicht aus ohne Erfahrung und die Genies sind im Kriegswesen so selten als in irgend einer anderen Thätigkeit des Menschen. — In dem Preußenvolk ist ein kriegerischer Geist, in ihrem Heer eine große militärische Bildung; alle Eigenschaften des höheren Führers magst Du bei ihnen finden — aber nicht die Kriegs-Erfahrung. Die Preußen haben vortreffliche Truppen-Offiziere, aber sie haben viele Generale welche noch niemals ein ernstes Gefecht gesehen, und nur sehr wenige welche beträchtliche Truppen-Körper im großen Kriege geführt haben. — Die Oesterreicher haben solche Führer, wenn sie die altgewohnten Rücksichten vergessen und die rechten Männer auf die rechten Plätze stellen. Alle ihre höheren Offiziere haben den Krieg gesehen; in den Jahren 1848 und 1849 haben sie unter Radetzky eine gute Schule gemacht und — wie schlecht auch die oberste Führung und wie fehlerhaft das Benehmen einzelner Generale gewesen — im Jahre 1859 hat die Mehrzahl ihre Fähigkeit bewiesen und zwar den Franzosen gegenüber.

Die heutige Fechtart schafft wieder ihre besonderen Verhältnisse. Die Soldaten sind nicht mehr die automatischen Figuren, die man hin und her schiebt in dem blutigen Schachspiel; die Soldaten im Gefecht sind mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen; den Truppen-Offizieren soll auch in unteren Graden ein gewisser Blick und in den Grenzen der Aufgabe ein selbstständiges Urtheil nicht fehlen, und der Soldat muß seinen Vortheil wahrnehmen, muß mit Verstand seine Waffe gebrauchen, muß mit kühner Entschiedenheit vorgehen und mit Zähigkeit aushalten. Sind die nöthigen Eigenschaften vorhanden, so werden sie wohl sehr schnell im Kriege entwickelt; aber bei gleichen natürlichen Anlagen sind kriegsgeübte Truppen überlegen.

Allerdings werden die Italiener oft unterschätzt; aber man kann eben doch nicht läugnen, daß sie manche sehr

wichtige Eigenschaften des Soldaten durchaus nicht besitzen. Sie haben keine großen Bedürfnisse und wenn es seyn muß, können sie viele Entbehrungen ertragen. Es ist dieß eine Eigenschaft der südlichen Völker. Die Italiener sind gewandt und eigentlich nicht feig; sie können zu kecken Angriffen vorprellen, ist aber der erste abgewiesen, so ist die Hitze abgekühlt und mit dem gleichen Ungestüm kommen sie zu dem zweiten nicht wieder. Im Unglück halten sie nicht lange aus und ein geschlagenes Armeecorps ist aufgelöst oder doch desorganisirt, wenn der Sieger ihm auf den Fersen sitzt. Eine wirkliche Kriegsübung findet sich nur bei gewissen Bestandtheilen des jetzt so großen italienischen Heeres. — Die Bevölkerung des Königreiches Preußen besteht nur theilweise aus sehr kräftigen Stämmen; die Westfalen, die Pommern sind starke Männer, aber im Allgemeinen ist der preußische Soldat kaum der Anstrengungen fähig, welche der süddeutsche, z. B. der Schwabe oder der Bayer erträgt. Daß die Preußen kriegerische Eigenschaften wirklich besitzen, daß der Krieg sie zu vortrefflichen Soldaten machen würde, das ist gewiß nicht zu läugnen; aber dem Heere fehlt eben noch die Erziehung durch den großen Krieg und manche kundige Männer wollen zweifeln ob es jetzt noch große Unglücksfälle aushalte, wie es solche ausgehalten hat im Jahre 1813.

Die unerschütterliche Zähigkeit des österreichischen Heeres hat man von jeher bewundert und in Italien hat es auch in seinem jetzigen Bestand den Krieg kennen und von den Franzosen deren Fechtart gelernt. Du sagst: seit dem Jahre 1859 habe die Mannschaft bedeutend gewechselt und in manchen Regimentern bestehe jetzt die Mehrzahl der Soldaten aus ganz jungen Leuten. Theilweise ist es freilich wie Du es sagst, aber die Mehrzahl der Offiziere und der Unteroffiziere hat vor dem Feinde gedient; durch die längere Dienstzeit, sowie durch die Wirkung anderer Verhältnisse hat jedes Regiment einen beträchtlichen Stamm von alten d. h. von gedienten Soldaten und so, mein Freund, hat sich in den

Truppen nicht nur eine Tradition, sondern es hat sich der Geist, die Erfahrung und die Bekanntschaft mit dem Kriege erhalten. In dem französischen Heer wechselt die Mannschaft noch schneller und doch bleiben die Regimenter dieselben.

Man hört jetzt preußische Stimmen welche ein wegwerfendes Urtheil über die Truppen der süddeutschen Staaten aussprechen. Alles Heerwesen der Mittelstaaten, sagen sie, sei nicht angethan um schlagfertig in die Aktion einzugreifen. Wäre dieß unbedingt wahr, so hätten die preußischen Generale, welche die Bundes-Inspektion besorgten, ihre Schuldigkeit nicht gethan, und hätte der Graf Bismark nicht nöthig gehabt die Rüstungen der Sachsen und der Württemberger für so gefährlich zu halten. Die Mittelstaaten, wenn sie nur ernstlich wollen, können ihre Contingente und mehr als diese in kurzer Zeit schlagfertig aufstellen. Allerdings mangeln einem Bundesheere die Kriegserfahrung und die innere Einheit, aber diese ließe bei gutem Willen sich leicht herstellen und jene besitzt ebenso wenig der größte Theil des preußischen Heeres. In jedem Falle sind die süddeutschen Truppen keine verächtlichen Gegner, und wenn es Ernst gilt so werden sie mindestens sich als ebenbürtig mit den Preußen erweisen. In dem Jahre 1813 bestunden die süddeutschen Truppen aus jenen Leuten, die man in Eile ausgehoben, kümmerlich ausgerüstet und großentheils auf dem Marsch nach Sachsen ein wenig einexercirt hatte, und doch haben diese süddeutschen Truppen den Preußen manche tüchtige Schlappe angehängt. Wenn diese mit dem Jahre 1849 groß thun, so sollten sie nicht gänzlich vergessen haben, daß in dem Treffen bei Waghäusel am 21. Juni 1849 badische Regimenter ohne Offiziere mit Geschick und Entschiedenheit fochten, daß sie mit einem Flankenmarsch sich in das gebirgige Land warfen und auf weiten beschwerlichen Wegen doch 24 Stunden vor den Preußen bei Durlach wieder in das Rheinthal eintraten. Sie sollten sich der Proklamation vom 29. Juni erinnern, in welcher der Prinz von Preußen die Aufgabe seiner Armee

nöthigen Wachen, Lebens- und Transportmittel, schickt seine Sklaven auf Regierungsunkosten 1500 Meilen weit auf Eisenbahnen und Dampfschiffen, verkauft sie oder vielmehr „vermiethet" sie zu 15 Dollars Monatslohn per Kopf, erhält einen Dollar Miethe vorausbezahlt, und geht nach Virginien zurück mit 3000 Dollars in der Tasche, die er außer seinem regelmäßigen Gehalte durch seine patriotische und philanthropische Unternehmung verdient hat. Diese Art von Geschäften ist jetzt ganz allgemein und die Bureaubeamten werden immer in ganz kurzer Zeit gemachte Männer. In einigen Gegenden des Südens sind daher gar keine Neger mehr vorhanden, da sie alle nach Orten geschickt wurden wo mehr für sie bezahlt wird.

Die radikale Majorität des Congresses hat das Territorium von Colorado als Staat anerkannt, weil sie dadurch einen Zuwachs von zwei radikalen Senatoren erhalten würde. Die ganze Bevölkerung von Colorado besteht aus 20 bis 30,000 nomadisirenden Goldsuchern und die Constitution bestimmt, daß nur Territorien mit wenigstens 60,000 Einwohnern als Staaten in die Union aufgenommen werden können. Allein die Constitution kömmt bei dem heutigen Congresse gar nicht mehr in Betracht. Der Präsident hat auch diesen Beschluß mit seinem Veto belegt.

Vor sechs Monaten ernannte der Congreß einen Ausschuß von 15 Mitgliedern des Senates und Repräsentanten-Hauses, welcher die ganze Reconstruktions-Angelegenheit ausarbeiten sollte. Präsident Johnson nannte ihn das centrale Direktorium, da er außerordentliche Gewalten besitzt, irgend welche Ausgaben machen und jeden beliebigen Bürger als Zeugen vorladen kann. Sein angeblicher Zweck war die Wiederherstellung der Union, sein wirklicher die Verewigung der Herrschaft der radikalen Partei, wie dieß sein Schöpfer, Herr Th. Stevens, selbst unumwunden erklärt hat. Alle Mitglieder dieses Direktoriums mußten schwören unverbrüchliches Stillschweigen über alle Verhandlungen zu beobachten.

mindestens so gut als die preußische, aber sie ist viel beweglicher als diese, kann stärkere Märsche und überhaupt größere Beschwerlichkeiten ertragen. Ihre Massenangriffe sind furchtbar. Die vierzig Bataillone österreichischer Jäger bilden für diese im heutigen Krieg sehr wichtige Waffe die beste Truppe in Europa; und die hochmüthigen Zuaven haben großen Respekt für sie gehabt. Söhne der Gebirge sind sie der größten Anstrengungen fähig; sie schießen vortrefflich und sie lieben dennoch gar sehr das Gefecht mit der blanken Waffe. Diese Truppe in ihrem stolzen Selbstgefühl hält sich für unüberwindlich. — Die Preußen haben nur acht Bataillone Jäger, meist sog. Freiwillige, d. h. pflichtige Leute welche ihr Zeug selbst schaffen und dadurch die Vergünstigung einer kürzern Dienstzeit gewinnen. Sie sind intelligente, gewandte und tapfere Männer, aber durchaus nicht angethan, um auf schwierigem Boden und besonders in Gebirgen zu fechten. Theilweise gilt dieß auch von den preußischen Füssilieren, welche übrigens eine sehr gute Truppe sind. Der preußischen Reiterei ist die österreichische weit überlegen. Die preußische Artillerie ist ohne allen Zweifel vortrefflich, aber im Gefecht wird die österreichische gegen sie aushalten. Die technischen Waffen mögen in beiden Heeren sich gleich stehen, doch haben die österreichischen wieder die größere Uebung. Man legt jetzt ein großes, vielleicht ein zu großes Gewicht auf den Generalstab. Allerdings ist er eine sehr nützliche, bei der heutigen Heeresverfassung und Kriegführung sogar eine sehr nothwendige Einrichtung, aber die Hauptsache thun eben doch die Truppen. Wie dem auch sei: der preußische Generalstab hat wissenschaftliche und hochgebildete Offiziere, solche fehlen auch dem österreichischen nicht, aber diese machen nicht so viel Wesens aus sich und doch haben sie die Kriegserfahrung und die praktische Gewandtheit voraus.

Wenn ich von der preußischen Heeresmacht spreche, so darf ich die Landwehr nicht übergehen, aber ich werde meine Meinung mit wenigen Worten aussprechen. Für den

Theilnahme an der nächsten Präsidentenwahl auszuschließen, die radikale Herrschaft auf immer zu verewigen und seine bedeutendsten Männer welche ihren letzten Heller der Sache des Südens geopfert haben, zu verdammen. Dieß wird der Süden nie thun und das Amendment kann nie in die Constitution aufgenommen werden. Denn nach Annahme eines solchen Amendments der Constitution in beiden Häusern des Congresses müssen, um es gesetzlich zu machen, drei Viertheile aller Staaten hiezu ihre Einwilligung geben.

Eine andere Inconsequenz im Amendment besteht darin, daß in seinem ersten Paragraphen das allgemeine Stimmrecht (auch der Neger) dadurch ausgesprochen wird, daß kein Staat das Recht haben soll einen Bürger der Vereinigten Staaten in irgend einem Rechte oder Privilegium zu verkürzen. Die Civil Right's Bill hat nun alle Neger als Bürger der Vereinigten Staaten erklärt, aber der zweite Paragraph des Amendments erlaubt wieder die Neger vom Stimmrechte auszuschließen. In diesem zweiten Paragraphen wird nämlich erklärt, daß wenn von einem Staate das Stimmrecht einem Theile seiner männlichen volljährigen Bürger verweigert werden sollte, so sei die Anzahl der nicht wählenden Bürger von der Basis der Repräsentation auszuschließen. Auf eine gewisse Zahl Seelen kömmt nämlich ein Glied des Repräsentantenhauses und früher wurden in den südlichen Staaten die Neger hierbei mitgezählt, was nach diesem Paragraphen aufhören soll. Das radikale Direktorium hat übrigens hiermit eine seiner Lieblingstheorien aufgegeben, daß nämlich die Zulassung der Neger zum Stimmrechte als conditio sine qua non der Wiederaufnahme der südlichen Staaten in die Union vorangehen soll, was jedenfalls eine Spaltung im radikalen Lager beweist.

Herr Th. Stevens, der grimmigste aller Abolitionisten, hat ein neues Confiskationsgesetz vorgeschlagen, welches wieder den unversöhnlichen Haß und die Verfolgungssucht der Ultraradikalen anzeigt. Sollte dieses Gesetz im Congresse

überschätzt ihren Werth. Im ernsten Gefecht wird das berühmte Zündnadelgewehr nicht leisten was man von ihm erwartet, und wäre es auch nur deßhalb, weil der junge Soldat sein Pulver und Blei auf zu große Entfernungen verschießen wird und in zu kurzer Zeit. Ich habe die Jäger oft sagen gehört: ihre Büchse sei ihnen lieber. Das österreichische Infanteriegewehr ist zweckmäßig construirt, es ist leicht und stark, es ladet sich ohne besondere Umstände und es schießt sehr sicher und gut. — Die preußischen Gußstahlgeschütze sind vortrefflich, außer den großen englischen Armstrong-Kanonen das Schönste, was ich von solcher Arbeit gesehen; aber nur etwa die starke Hälfte der Artillerie ist mit solchen ausgerüstet. Auch die Oesterreicher haben ihr Artillerie-Material sehr wesentlich verbessert, und besonders sind die Werke in dem Festungsviereck mit großen gezogenen Geschützen bewaffnet. Die Italiener haben Gewehre und Geschütze nach französischer Construktion, doch hab ich besonders in Genua noch eine Masse alten Zeuges gesehen.

Ueber die Stärke der Heere, die sich entgegenstehen, werde ich Dir meine Meinung sagen, wenn ich den wahrscheinlichen Gang des Krieges betrachte. Für jetzt zu Deiner Beruhigung oder vielleicht auch zu Deinem Aerger nur so viel. Wenn in Italien die Oesterreicher nur ihr Festungs-Viereck vertheidigen, so werden sie auf dem nördlichen Kriegsfeld nicht schwächer seyn als die Preußen und diese werden ihre Kräfte sehr zertheilen müssen, wenn die Bundesstaaten thun, was sie thun sollen.

Von der Seemacht der betreffenden Staaten weiß ich Dir wenig Positives zu sagen. Noch habe ich kein preußisches Kriegsschiff erblickt; die preußischen Handelsschiffe jedoch sind keine Muster. Im Jahre 1863 bin ich leider nicht nach Pola gekommen und so hab ich nur einige kleinere österreichische Fahrzeuge und am Ende des August 1865 eine Fregatte — ich hab ihren Namen vergessen — gesehen, die vor Portsmouth in geringer Entfernung von der vereinigten englisch-

nördlichen Alabama verhungert. Von den übrigen südlichen Staaten, fast alle gänzlich verarmt, kann wenig Hülfe kommen, nur Tennessee und Kentucky haben mit großer Aufopferung gethan was in ihren Kräften stand, um das Elend in ihren Nachbarstaaten zu lindern. Einige nördlichen Zeitungen haben zur Hülfe aufgefordert und wenigstens bewirkt, daß auch im Congresse darüber verhandelt ward. Herr Eliot machte im Repräsentantenhause den Vorschlag: „da ohne die Hülfe der Regierung tausende von Menschen in den Staaten Arcansas, Alabama und Südcarolina vor der nächsten Ernte verhungern müssen, so wird der Ausschuß gebeten zu untersuchen, ob 100,000 Dollars zur Unterstützung der Hülflosen gleich bewilligt werden können." Der obengedachte Th. Stevens bekämpfte sofort den Vorschlag und sagte, „man hätte ohnedieß nächstens weitere zwölf Millionen zur Unterstützung der Freigelassenen zu bewilligen und mehr könne man für den Süden nicht ausgeben." Um faule, verdorbene Neger zu füttern, oder vielmehr um gierige, radikale Blutegel im Süden zu mästen, wirft der Congreß viele Millionen weg, aber die geringe Summe von 100,000 Dollars durfte er nicht bewilligen, um weiße Familien der Südstaaten vom Hungertode zu retten. Mehr Mitleid könnte Polen von den Russen erwarten als der Süden von seinen nördlichen Tyrannen, und die Franzosen haben wahrlich recht, wenn sie sagen: „die Yankees haben statt eines Herzens einen Silber-Dollar in der Brust."

Die Folge von allem Dem ist, daß die Verhältnisse in der Union sich immer drohender gestalten, und vielleicht werden sie, falls in Europa der Frieden erhalten bleibt, in nicht ferner Zeit die Aufmerksamkeit des lesenden Publikums wieder hauptsächlich auf sich ziehen.

LIX.

Zeitläufe.

Die vereitelte Conferenz und der Vorabend des deutschen Kriegs.

Es hilft also nichts mehr. Ehe diese Zeilen im Druck erscheinen, wird der blutige Tanz angehoben haben, jedenfalls im Süden, und in Deutschland wird das Elend um so größer werden, je länger die anderthalb Millionen Bewaffneter Gewehr bei Fuß sich gegenüberstehen. Wir sind seit Jahren der Meinung gewesen, daß es aller Weisheit und Selbstverläugnung unserer großen Regierungen bedürfen werde, wenn aus dieser schleswig-holsteinischen Verwicklung nicht der Krieg oder die Revolution entstehen solle. Wir werden nun höchst wahrscheinlich beides haben.

Der Krieg in Deutschland mag zu einem furchtbaren Zusammenstoß führen, aber er wird rasch vorübergehen wie im Jahre 1859. Der Zustand unserer heutigen Gesellschaft erträgt jahrelange Kriege nicht mehr; je civilisirter im heutigen Sinne ein Land ist, desto unmöglicher sind lange anhaltende Friedensstörungen. Aber schon die umständlichen Vorbereitungen thun die Wirkung des Krieges, und so muß selbst eine kurze Kriegsdauer unser armes Deutschland mit tausenden und abermals tausenden von ruinirten Existenzen bedecken und eine Unmasse von socialem Elend hinterlassen. Das ist dann der fruchtbare Boden der Revolution.

Bei uns in Deutschland werden jetzt schon die ausge-

Erstaunen und die Sympathien der deutschen Nation gehofft und er hat bei allen nur Tadel und Abneigung gefunden. Jetzt hat er den Religionshaß zum Verbündeten gesucht; aber die Eiferer wollen doch nicht erkennen, daß Preußen „der Hort des Protestantismus" und daß dieser in Gefahr sei; auch dieses schlechteste aller schlechten Mittel will nicht verfangen. Die ganze Geschichte wäre lächerlich, hätte sie nicht so furchtbaren Ernst.

Doch jetzt zu meinem besonderen Gegenstand, welcher mich übergenug schreiben macht auch ohne andere Bemerkungen! Die ungeheuren Massen, welche der heutige Krieg gegeneinander stellt, muß man in größere Abtheilungen bringen und weil jede dieser Abtheilungen, im Raume von der anderen entfernt, auf sich selbst angewiesen nach dem allgemeinen Plane operirt, so muß eine jede zu einer gewissen Selbstständigkeit organisirt seyn. Ein Armeecorps ist wie eine Armee in früherer Zeit; die heutigen Schlachten bestehen aus einzelnen Treffen und Gefechten und die Schlachtfelder sind oft sehr große Landstrecken. Hat die Heeres-Abtheilung eine organische, so muß deren Führer eine gewisse dienstliche Selbstständigkeit haben. Er handelt nach dem Plan des Oberfeldherrn, er empfängt dessen Befehle, aber innerhalb dieses Planes und dieser Befehle ordnet und leitet er seinen Theil an der Ausführung nach eigenem Ermessen und nach eigener Einsicht. Der Commandant des Armeecorps ist mehr als ein Truppenführer, denn um seine Aufgabe zu lösen bedarf er einer gewissen Feldherrn-Begabung.

Welches der kriegsgerüsteten Heere hat solche Commandanten?

Bei der italienischen wirst Du sie kaum finden. Das kriegerische Wesen liegt nicht in dem Geist der Nation. Ein Mann kann sehr begabt, sehr muthig, in Kriegssachen sehr kenntnißreich seyn und ihm fehlt doch die Auffassung welche den Plan des Oberfeldherrn praktisch zu eigen macht; ihm fehlt der Blick welcher das zugewiesene Operationsfeld richtig

geschichtlichen, socialen und nationalen Verhältnissen entsprechend veränderte Gestalt annehmen wird.

Große innere Katastrophen werden dann ganz sicher das Ende vom Liede seyn, wenn die Resultate des Krieges und des Friedens kleinliche und des ungeheuern Aufgebots von Gut und Blut unwerth seyn werden. Wenn namentlich bei uns in Deutschland alle Plagen Aegyptens auf das arme Volk herniederstürzen sollten, zu keinem andern Zwecke als damit die Bundes-Diplomatie dann das alte Misere wiederherstelle: so wird zuverlässig die starke Macht aus dem Hintergrund hervortreten und das vollbringen was der Krieg nicht vermocht hat, auch noch einiges Andere dazu. Wer die gewaltige Krisis kleinlich auffaßt, der wird schwerlich die Scylla vermeiden, aber ganz gewiß nicht die Charybdis.

Die kleinlichste Auffassung der Krisis ruht aber auf dem jetzt so viel besprochenen Bundesrechts-Standpunkt. Bis zu diesem Augenblick stehen die zwei Großmächte mit ihrer Rüstung von Hunderttausenden sich gegenüber, indem sie gleichmäßig versichern, daß es ihnen nur um den Frieden zu thun sei; keine von beiden will angreifen. Da treten nun die Mittelstaaten dazwischen und sagen: gut, hier hat also das Bundesrecht und beziehungsweise gegen den ungehorsamen und störrigen Theil die Bundesexekutions-Ordnung in Kraft zu treten. Schwerlich glauben die klügern Vertreter dieses Princips selber daran, daß es so glatt abgehen werde; denn es bedarf nur eines Blickes auf die gedachte Exekutions-Ordnung um zu bemerken, daß dieselbe auf eine kriegerische Verwicklung zwischen den zwei Großmächten gar nicht berechnet seyn kann. Unter Anderm enthält dieselbe das Gebot, daß die militärische Exekution nur am Streite nichtbetheiligten Staaten übertragen werden dürfe. Ueberdieß versteht es sich von selbst, daß keine der beiden Großmächte in ihrer Rüstung das Ende dieses Bundesprocesses erleben würde. Die aufgestellten Armeen, soweit nicht Typhus und Cholera ihre im Stillstand anfaulenden Körper weggerafft

hätten, müßten aus Rücksicht auf das finanzielle und sociale Verderben der Länder aufgelöst werden, unter dem zermalmenden Hohngelächter der europäischen und der deutschen Revolution. Es wäre der moralische Untergang der beiden Mächte.

Auch der Bundesrechts-Standpunkt muß also den deutschen Bürgerkrieg in Aussicht nehmen, aber nicht den Allianz-Krieg, sondern den Bundeskrieg. Das ist ein großer Unterschied. Denn ein solcher Krieg kann nur die Zurechtweisung der übergreifenden Macht zum Zwecke haben. Preußen also würde im Falle der Niederlage Schleswig-Holstein fahren lassen müssen, es müßte den Augustenburger als souverainen Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen, sobald er vom Bundestag eingesetzt würde. Weitere Demüthigungen aber über die Kriegskosten hinaus dürfte Preußen nicht erfahren, am allerwenigsten eine territoriale Schwächung. Wollte die siegreiche Großmacht ihren Vortheil verfolgen und ein solches Attentat wagen, wollte sie Preußen wirklich materiell schwächen und ihm zu wehe thun, so müßten die übrigen Bundesglieder ihre Waffen umkehren und an der Seite Preußens gegen das übergreifende Oesterreich zu Felde ziehen.

Selbst dann ändert sich dieses Verhältniß nicht, wenn Preußen etwa seinen Austritt aus dem Bunde erklärte, um seiner Processirung in Frankfurt auszuweichen. In diesem Falle müßte die norddeutsche Macht wegen Bundesbruchs zur Ordnung gebracht und zu ihrer Pflicht zurückgerufen, aber eine weitere materielle oder territoriale Schwächung dürfte ihr nicht zugefügt werden. Darin besteht das Wesen des Bundeskriegs, es ist gar kein Zweifel. Oesterreich könnte mit dem Aufgebot der letzten Kräfte, welche man in Wien jetzt gewagt hat, gar kein anderes Ziel erreichen; insbesondere wäre von einer Erwerbung in Schlesien schlechterdings keine Rede; der neue herzoglich Augustenburgische Mittelstaat jenseits der Elbe, im Uebrigen der Statusquo ante im Bund: das wäre Alles was Oesterreich um den Preis seines politischen und finanziellen Bankerotts erreichen könnte.

Doch ja, Eine Aenderung des Statusquo ante am Bund würde außerdem noch eintreten. Es könnte nicht ausbleiben, daß die Regierungen versuchen müßten die Aufregung über ein so winziges Resultat für die ungeheuren Opfer welche die Völker gebracht, durch schleunige Einberufung eines deutschen Parlamentes zu beschwichtigen. Oesterreich stünde dann vor der zweiten Frage die es zu fürchten hat, und deren Lösung den Staatsmännern in Wien zuletzt noch schwieriger werden dürfte als die schleswig-holsteinische Frage.

Graf Bismarck wird mit seiner Regierung vielleicht den Krieg überstehen, aber das Ende desselben dürfte so wie so ein „freisinniges" preußisches Ministerium bringen. Selbst wenn Preußen im Kriege unglücklich seyn sollte, wird man alsbald von allen Seiten beflissen seyn der norddeutschen Macht das Geschehene zu versüßen und vergessen zu machen. Tritt Preußen vollends als liberale Macht in's Parlament, dann wird die Erkenntlichkeit keine Grenzen kennen, und wozu man im Grunde jetzt schon bereit wäre, das wird dann um so weniger einem Bedenken unterliegen: nämlich Oesterreich seiner Vorrechte im Bunde zu entkleiden, beziehungsweise dieselben zwei- oder dreimal zu theilen. Wenn dann Oesterreich im schreienden Widerspruch mit den Existenz-Bedingungen seiner Reichseinheit, in das deutsche Parlament auch bereits eingetreten wäre, so stünde es bald vor der Frage seines Wiederaustritts. Denn das Parlament zum zweitenmale zu nichte zu machen und in Dunst sich auflösen zu lassen, das wird dann nicht mehr gelingen. Viel eher dürfte es gelingen, durch das Parlament die zu nichte zu machen welche einer solchen National-Vertretung abermals gefährlich werden könnten.

Aber man wird sagen: ein solcher Verlauf der Dinge ist ja völlig unmöglich; es wird Alles ganz anders gehen, sobald einmal die Kanonen donnern. Ich läugne dieß nicht, halte es sogar für sehr wahrscheinlich. Aber ich habe auch nur sagen wollen, welches für den bevorstehenden Krieg die

correkten Consequenzen des Bundesrechts-Standpunkts wären, auf den Oesterreich nach langen Verirrungen seit dem 1. Juni zurückgekehrt ist. Wollte Oesterreich sich diesen Consequenzen nicht fügen, so könnte die Befreiung davon nur um den Preis eines — abermaligen Seitensprungs statthaben.

Oesterreich hat die schleswig-holsteinische Sache als selbstständige Großmacht in Angriff genommen und bis zum Herbst v. Js. ohne Rücksicht auf den Bund fortgeführt. Als leibhaftiger Beweis hiefür steht die Abtretung Lauenburgs da. Seit dem Schritt vom 1. Juni spielen nun die zwei Mächte die Rolle der homerischen Helden, welche sich zu schimpfen und zu schmähen pflegten vor dem Kampf. Von Wien aus liest man den Preußen den Text über Bundestreue, Recht und Verträge; von Berlin aus wirft man den Oesterreichern vor, sie hätten sich ebenso über die Bundesbeschlüsse hinweggesetzt wie die nachher mit Preußen geschlossenen Verträge gebrochen. In Wien wird dieß wieder zornig in Abrede gestellt, und der Eifer ist erklärlich, auch gegenüber den Erklärungen und Conventionen vom 10. Januar, 16. Januar 1864 und von Gastein die Unwahrheit jenes Vorwurfs zu erweisen. Ich sage: der Eifer ist erklärlich, denn aller möglichen Sünden und Laster ist Oesterreich schon beschuldigt worden, nur der Vertragbrüchigkeit nicht.

Indeß wird der Schritt Oesterreichs vom 1. Juni auch auf mittelstaatlicher Seite als die Rückkehr eines bußfertigen Sünders in's Vaterhaus betrachtet. Man nimmt es in Gnaden auf, vorausgesetzt daß die Besserung wirklich aufrichtig sei und nicht wieder die Neigung auftauche selbstständige Großmacht zu spielen, mit andern Worten in dem bevorstehenden Krieg einen Sondervortheil über Preußen davonzutragen. Der Bundesrechts-Standpunkt verlangt, daß Oesterreich mit aller Macht in den Exekutions- oder Bundeskrieg eintrete; daß es aber nicht eher angreife bis es von Frankfurt den Befehl erhält; daß es dann ebenso auf Befehl wie-

der abziehe, ohne für sich etwas Anderes zu verlangen als das erhebende Bewußtseyn geleisteter Pflicht.

Von diesem wieder eingenommenen Standpunkt aus wäre Eine der Bedingungen, welche von der österreichischen Diplomatie in der Conferenz-Frage gestellt worden sind, schon wieder ganz und gar unerlaubt; sie wäre ein Zeichen daß dem Schritt vom 1. Juni denn doch das volle Verständniß des Bundesrechts- und -Kriegs gefehlt hat. Oesterreich soll sich nämlich in Paris dahin erklärt haben, daß es um des Friedens willen nicht unter allen Umständen abgeneigt wäre die Herzogthümer an Preußen abzutreten, immer aber nur gegen eine äquivalente Entschädigung an Land, und zwar nicht weit hinten in der Türkei sondern von dem Landbesitz der Macht, welche durch die Einverleibung Schleswig-Holsteins stärker würde, also gegen eine Entschädigung in Schlesien. Wie man sieht, so wäre dieß ein offenbarer Rückfall in die Convention vom 16. Januar 1864, wornach die zwei Großmächte sich verpflichteten über die Zukunft Schleswig-Holsteins nur im gegenseitigen Einverständniß zu verfügen; es wäre offenbarer Wiederabfall vom Bundesrecht, wornach Oesterreich abgesehen von seiner Stimme in Frankfurt gar nichts zu verfügen hat über die Herzogthümer.

Da man nicht wohl annehmen kann, daß Oesterreich fast an demselben Tage in Frankfurt und Paris diametral sich widersprechende Erklärungen abgegeben habe, so muß demnach der am letzteren Ort aufgestellte Grundsatz der Compensations-Politik nur von Venedig gelten oder zu verstehen seyn. In der deutschen Richtung des Kriegs, wofür Oesterreich die Hälfte seiner kolossalen Armee und der letzten Hülfsmittel seiner erschöpften Finanzen verwendet, kann es die Sicherung des mechanischen Gleichgewichts nur in der Einsetzung des Augustenburgers, respektive darin suchen daß auch Preußen keinen Gebietszuwachs erhält. Das verlangt das Bundesrecht, d. i. die Stimme der Majorität am Bundestag, und wenn Oesterreich seinen eventuellen Sieg weiter verfolgen,

wenn es Preußen dauernd schwächen wollte, so müßte es seinen großen Schritt vom 1. Juni abermals widerrufen.

Oesterreich hatte bis jetzt strikte an den Verträgen festgehalten, das war seine traditionelle Politik. An die Stelle dieser europäischen Rechtspolitik hat es nun eine Theorie des mechanischen Gleichgewichts gesetzt, welche die Compensations-Politik je nach den Umständen einschließt oder ausschließt. Dieß scheint*) mir die Bedeutung der Schriftstücke zu seyn, welche aus Anlaß der vereitelten Conferenz von Wien ausgegangen sind. Kein Staat darf einen „Machtzuwachs" aus den gegenwärtigen Verwicklungen erhalten; „Gebietsabtretungen" sind zulässig aber nur gegen „Gebietsaustausch", und zwar nur gegen völlig entsprechende territoriale Entschädigung von demselben Lande welches auf der andern Seite Gebiet erwirbt: so lauten nun die Grundprincipien der österreichischen Politik.

Wie man sieht, so müßte die Anwendung dieses neuen Princips anders bei Schleswig-Holstein, anders bei Venedig ausfallen. Wenn Oesterreich sich nicht in Frankfurt zum Gegentheil verpflichtet hätte, so wäre es für Preußen allerdings möglich die Herzogthümer gegen ein Aequivalent in Schlesien von Oesterreich eingetauscht zu erhalten. Freilich wäre dann Oesterreich gerade die Macht welche mit einem „Machtzuwachs" aus dem Streit hervorginge; denn es hätte neues Land empfangen ohne von seinem eigenen Land entgegen zu geben.

Was hingegen Venetien betrifft, so ist es unmöglich die neue Theorie auf die italienische Differenz anders als verneinend anzuwenden: es ist undenkbar, wie es zu machen wäre, daß Oesterreich für Venedig durch ein Aequivalent in Italien selbst entschädigt würde. Bekanntlich soll es im Plane des Imperators gelegen haben Oesterreich auf Kosten der Türkei,

*) Die Noten-Texte liegen noch nicht ganz vor, sondern nur officiöse Erläuterungen.

nämlich in der Herzegowina, in Bosnien und Serbien, für den Verlust Venedigs zu entschädigen. Gegen derlei Combinationen die noch dazu den Ausbruch der ganzen orientalischen Frage unmittelbar heraufbeschworen hätten, war die neue Theorie der Wiener Compensationspolitik eigentlich gerichtet. Abtretung Venedigs nur gegen entsprechende territoriale Entschädigung in Italien selbst!

Im Grunde ist diese Zumuthung an den französischen Imperator ein starkes Stück gewesen. Kein Wunder, daß er — dem es mit der Conferenz natürlich gar nie Ernst war, denn er will den Krieg — schnell abbrach; zu verwundern wäre es nur, wenn man in Wien auf solche Bedingungen hin im Ernste an die Pariser Reise des Grafen Mensdorff geglaubt haben sollte. Oesterreich steht nun wieder als europäischer Störefried da, als das einzige Hinderniß des allgemeinen Weltfriedens und um so gewisser ist die Einmischung Frankreichs, es fragt sich nur auf welcher von beiden Seiten oder auf beiden zumal?

Höchst erfreulich erscheint uns die Thatsache, daß aus den Conferenz-Bedingungen Oesterreichs dessen fester Entschluß hervorzuleuchten scheint, unter keiner Voraussetzung durch eine Abtretung Venetiens dazu beizutragen, daß das sog. Königreich Italien sich definitiv abschließe. Die venetianische Frage ist nicht nur in dem Sinn wie es jüngst der Bundestag verstand, zugleich eine deutsche Angelegenheit, sondern ich behaupte, daß die künftige Gestaltung Deutschlands wesentlich mit von dieser Frage abhängt; und gerade im gegenwärtigen Moment wo Oesterreich nach beiden Seiten hin, mit Preußen und Italien, Krieg haben soll, scheint uns dieser Gesichtspunkt besonderer Würdigung werth.

Ein Blick auf die Karte genügt zur Basis unserer Anschauung. Verlöre Oesterreich freiwillig oder gezwungen seine Stellung in Venetien, so wäre dieß ein Capitalsieg des Großpreußenthums, das dann an der consolidirten Italia definitiv einen „natürlichen Bundesgenossen" hätte, was ihm

eben bis auf die Zeit des Grafen Bismark stets gemangelt hat. Ich weiß nicht ob es jemals möglich wäre, daß Oesterreich nach dem Verlust von Lombardo-Venetien sich in Tyrol und Vorarlberg noch hielte, wenn es nicht für diese Provinzen deutsches Hinterland bekäme, natürlich auf Kosten von Bayern, Württemberg und Baden. Dann wäre aber die preußische Politik der Mainlinie so ziemlich am Ziele. Im andern Falle: wenn Oesterreich nämlich durch türkische Landestheile entschädigt werden sollte, wäre seine südwestliche Gränze gegen Deutschland und Italien die denkbar schlechteste. Mit einem langen spitzzulaufenden Höcker wäre es auf der Strecke von Salzburg bis Feldkirch zwischen Italien und Deutschland hineingedrängt; und auf dieser schmalen Landzunge müßte es forthin die gesammten Kosten der Vertheidigung Deutschlands gegen die ruhelose Gier Jungitaliens tragen. Dieses Italien wäre und bliebe der „natürliche Bundesgenosse" Preußens wie jetzt — ein Verhältniß das nur wieder aufhören wird, wenn der italienische Raubstaat zu existiren wieder aufgehört hat oder wenn Oesterreich vor dem preußischen Einfluß in Deutschland gänzlich zurückweicht, um auf den Orient hinüberzufallen.

Ich kann mir nicht anders denken: Oesterreich müßte Tyrol und Vorarlberg früher oder später abgeben freiwillig oder gezwungen durch den vereinigten Druck Preußens und Italiens. Hätte dann etwa Bayern zu dieser Erwerbung sich zu gratuliren? Ich glaube, wir hätten vielmehr alle Ursache zu beten: Herr führe uns nicht in Versuchung! Bayern als deutscher Gränznachbar Italiens befände sich wie zwischen zwei Mühlsteinen eingeklemmt, und kein Oesterreich könnte und würde ihm mehr beistehen gegen das Schicksal zerrieben zu werden. Denn Oesterreich wäre ja eine orientalische Macht geworden. So oft es darauf ankäme eine bayerische Opposition im neuen Kleindeutschland abzukühlen, bedürfte es nur eines Winkes aus Berlin und die Jungen Garibaldi's würden in Südtyrol dem neuen Gränzhüter genug zu schaffen

machen, um ihm andere Gedanken zu vertreiben. Wir hätten mit Einem Worte unser stilles Glück verloren, um erst recht der Spielball der preußischen Politik zu werden. Wir wären ein kleine Gränzmacht und Preußen geböte über uns als die alleinige Vormacht in Deutschland wie über seinen Hausknecht. So ist Venedig im Grunde sogar auch eine speciell bayerische Frage.

Nun aber muß man sich unter allen Umständen merken, daß Venetien auf die Dauer schlechterdings nicht gehalten werden kann, wenn nicht das neue italienische Königreich wieder in Trümmer geht. Es liegt daher auf platter Hand, in welcher Richtung das Hauptziel der kriegerischen Erhebung Oesterreichs gesucht werden muß. Die Erwerbung Schleswig-Holsteins durch Preußen fiele für die österreichische Zukunft entfernt nicht in das Gewicht wie der Gang der Dinge in Italien. Durch die Garibaldi'sche Allianz Preußens ist das Gleichgewicht in Deutschland viel bedenklicher gestört worden, als es durch die Einverleibung der Herzogthümer hätte geschehen können. Das ist die tiefe Lehre der heutigen Situation.

Und nun frage ich: wäre es denn nicht möglich, daß der große Schritt Oesterreichs vom 1. Juni, die „Rückkehr auf den Bundesrechts-Standpunkt", noch einen andern Sinn hätte als den offen daliegenden? Oesterreich schiebt damit unfraglich die Mittelstaaten voran, es stellt sie, die bisher nur mit Worten gekämpft haben, vor das Apropos. Könnte dieses interessante Manöver nicht etwa gar die Abwälzung der Hauptlast des deutschen Kriegs oder — Nichtkriegs auf andere Schultern bedeuten, könnte nicht die Absicht vorwalten in dieser Richtung nur das Nöthigste zu thun, um im entscheidenden Augenblick sich mit der ganzen Wucht auf die Vernichtung der italienischen Revolution und ihrer großmächtigen Gönner zu werfen?

Mit dieser Frage an das Schicksal suspendiren wir noch unser Urtheil über die neuesten Akte der österreichischen Diplomatie. **Aber mögen die sich hüten, welche es angeht!**

LX.

An die deutschen Katholiken.

Aus Oesterreich.

„Man muß über den Kirchenstaat wie mit Schwämmen hin übergleiten und in Italien tabula rasa machen“, soll der neuest Apologet des Cajus Julius Cäsar vor einigen Jahren gesag haben, der ja selbst über das keltische Gallien den Blutschwamm ausdrückte, zu welchem ihm einige Millionen Gallier das Materia geliefert hatten. Ist Venedig für Oesterreich verloren, sind di Schlüssel zum südlichen Deutschland durch den scheußlichen Ver rath des Berliner Kabinettes in welsche Hände gekommen, sie durch den Weltberuf welchen Preußen angeblich in Deutschlan hat, die lateinische Race über die deutsche, ist so der Kitt fü das neue preußische Kaiserthum fertig, nun so trifft es Rom Der Weg nach Rom geht dießmal über Venedig. Der Pap wird vertrieben, der Kirchenstaat mit dem Blutschwamme aus gelöscht, Napoleon III. entpuppt sich in seiner wahren Gestalt nimmt noch eine der italischen Inseln, noch ein Stück vom feste Lande, Victor Emanuel wird römischer Kaiser und das Ober haupt der katholischen Kirche kann flüchtig gehen und allenfall in Constantinopel bei dem Großtürken eine Stätte finden dor sein müdes Haupt niederzulegen. Vielleicht gestattet derselb auch, daß unter dem Schutze des Halbmondes ein Conclave ge halten werde!

Gewiß ist nichts schändlicher als im Schooße eines Volkes das die größten confessionellen Wirren mit seinem Herzblute be

zahlte, den alten Dämon dieses Streites der kein gewaltsames Verständniß kennt, nur das der Liebe, der Schonung und der gegenseitigen Nachsicht allein, in irgend einer Weise wieder aufzurufen. Der Versuch wurde gemacht, damit doch die ganze Schale der Bosheit sich von Berlin aus über unser jammervolles Vaterland ergieße; er führte aber zu dem entgegengesetzten Resultate. Vergeblich log man, wie in Oesterreich die Kanzeln zur confessionellen Hetze mißbraucht würden; nicht Ein Beispiel konnte nachgewiesen werden. Die Bevölkerung ist wohl einstimmig wie früher niemals in Verwerfung des schändlichen Spieles, das mit dem Rechte, mit der Ehre des deutschen Namens getrieben wird. Zum confessionellen Hader aber ist in Oesterreich glücklicher Weise auch nicht ein Stückchen Kohle hinzugetragen worden. Das hohe Verdienst dieser That bleibt dem genialen Erfinder für Zeit und Ewigkeit unbestritten. Wir wenden uns auch nicht unserer traurigen confessionellen Zerklüftung zu, welche übrigens jetzt Katholiken und Protestanten nicht hindert für das Recht in gleicher Stärke einzutreten; diese Einigkeit des Rechtsbewußtseyns nehmen wir zum günstigen Zeichen, daß die schlimmsten Zeiten eines 300jährigen Haders hinter uns sind, daß das alte Sprichwort, nur einmal könne man den Fluß überschwimmen, auch für uns gilt.

Anders ist aber die Sache, wenn wir uns Italien zuwenden und die Gefahr bemessen, welche durch die neue Allianz Preußens und Italiens dem römischen Stuhle droht. Hier ist die Frage: tritt in diesem Augenblicke nicht für den Katholiken, ja ich sage für jeden dem das Christenthum nicht ein hohler Schall geworden ist, nachdem das Königreich Italien allen und jeden christlichen Charakter von sich geworfen und mit dem crassesten Atheismus sich identificirte, tritt hier nicht für jeden Katholiken, ob deutsch oder nicht deutsch, der Augenblick ein, in welchem er sich gegen eine Politik kehren muß, die die Zerstörung der katholischen Kirche auf ihr Panier heftet. Wie kann man von dem Standpunkte der Sittlichkeit, nicht bloß des Christenthums, wie aber vor allem vom Standpunkte des Christenthums den Judaspact mit Italien vertreten? Ist es aus mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit in Deutschland und darf dieselbe Regierung, welche über 7 bis 8 Millionen Katholiken

gebietet, diese zu einem Kampfe bringen
scheußlichsten Radikalismus, den Umsturz
Triumph des Meuchelmordes in Italien
haben muß, wenn er gelingt. Und geli
Hier ist der Moment eingetreten, wo u
der Katholik zu sagen hat, an diesem
nicht betheiligen, wo die katholischen
öffnen haben, wo ein Diepenbrock, ein
Hirten ihrer Heerden einzutreten sich
nichts so gefürchtet hätten, als es mög
sie kommen: vae mihi quoniam tacui!

Ist die Noth des deutschen Vater
werth, daß endlich die deutschen Bisch
Nationalconcil versammeln, Worte des
nisses, den Balsam evangelischer Lehre
thern spenden, so scheint uns vor A
kommen, in welchem sie die Sache des
aller Macht und allem Eifer zu vertret
gelegneren wollen sie noch abwarten?
dieses scelus nefandum morte piandum
kein politisches. Es greift den Kern un
religiösen Lebens an. Hier ist der Mo
preußische Katholik seinem Könige zu
nicht, wir dürfen nicht! Es ist Gott
als den Menschen! Komme auch

